

Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923

Edited by
WERNER E. MOSSE
und ARNOLD PAUCKER

*Schriftenreihe
wissenschaftlicher Abhandlungen
des Leo Baeck Instituts*
25

Mohr Siebeck

SCHRIFTENREIHE WISSENSCHAFTLICHER ABHANDLUNGEN
DES LEO BAECK INSTITUTS

Deutsches Judentum
in Krieg und Revolution
1916 – 1923

Ein Sammelband

herausgegeben von

WERNER E. MOSSE

unter Mitwirkung von

Arnold Paucker



1971

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

THIS PUBLICATION WAS SUPPORTED
BY A GRANT FROM THE
MEMORIAL FOUNDATION FOR JEWISH CULTURE

Dieses Open Access eBook wird durch eine Förderung des Leo Baeck Institute London und
des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht.

©

Leo Baeck Institut

J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1971

Alle Rechte vorbehalten

Dieses Werk ist seit 04/2024 lizenziert unter der Lizenz ‚Creative Commons Namens-
nennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International‘ (CC BY-SA 4.0).

Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Printed in Germany

Satz und Druck: Buchdruckerei Eugen Göbel, Tübingen

Einband: Großbuchbinderei Heinr. Koch, Tübingen

ISBN 3 16 831401 3 (Brosch)

ISBN 3 16 831402 1 (Lw)

eISBN 978-3-16-163135-1 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

Das Alte stürzt,
es ändert sich die Zeit . . .

(SCHILLER)

VORWORT

Gleich seinem unter dem Titel *Entscheidungsjahr 1932* erschienenen Vorgänger ist auch der vorliegende Band der Beschäftigung mit der deutsch-jüdischen Problematik an einem kritischen Wendepunkt der deutschen Geschichte gewidmet. Tatsächlich war die Zeitspanne zwischen 1916 und 1923 nicht weniger eine Epoche des Umsturzes und der „Umwertung der Werte“ als diejenige, die Hitlers Machtergreifung unmittelbar voranging. Unter dem Druck von Krieg und Revolution zerbrachen vielerorts die Formen des alten Europa: Idealist und Realist gleichermaßen sahen sich Problemen der Neuordnung und des Wiederaufbaus gegenübergestellt.

Innerhalb dieses weiteren Rahmens stand auch die jüdische Frage – zumindest in Zentral- und Osteuropa – überall auf der Tagesordnung. Die alten Regime mit ihrer mehr oder weniger flagranten Benachteiligung der jüdischen Minderheit – sei es als Einzelne, sei es als Gemeinschaft – waren überall von der Bildfläche verschwunden. Eine wie immer gestaltete Neuordnung auch der jüdischen Verhältnisse schien damit unerlässlich geworden. Hinzu kam, daß mit der teilweisen Übernahme der Macht durch neue Führungsschichten jetzt auch eine aktive Beteiligung von Juden selbst in größerer Zahl an der Neugestaltung der Verhältnisse (der allgemeinen wie der eigenen) in den Bereich des Möglichen gerückt war. In einem Zeitalter der Revolutionen würden in den neu entstehenden Verhältnissen auch Juden ein Wort mitsprechen können.

Gleichzeitig bedeutet der Zyklus von Krieg, Niederlage (in den Siegerländern lagen die Verhältnisse etwas anders), Revolution und Neuordnung eine erhebliche Belastung, zugleich aber einen entscheidenden Prüfstein für die Beziehungen der jüdischen Minderheit zu ihrer nichtjüdischen Umwelt, nicht zuletzt auch in Deutschland. Während einerseits gemeinsame Nöte zum Abbau von Gegensätzen beitragen konnten, förderten andererseits materielle Not sowie die ständige Verschärfung politischer Spannungen die Radikalisierung der Meinungen. Unter dem Druck der Ereignisse schieden sich die Geister, wenn auch selten eindeutig und klar, und für die jüdische Minderheit entstand durch diesen Konflikt der Meinungen eine kritische Situation.

Die Entwicklung besonders des deutsch-jüdischen Verhältnisses in dieser Periode bildet heute den Gegenstand ernsthaften historischen Interesses. So beleuchtet Egmont Zechlins kürzlich erschienene wichtige Studie die vielfältigen Bemühungen der deutschen Behörden während des Weltkrieges, Juden,

auch außerhalb Deutschlands, den Zielen der deutschen Kriegführung dienstbar zu machen. Waren doch im Ringen der rivalisierenden Machtgruppen auch die Juden ein Faktor im Spiel der Weltpolitik geworden. Der vorliegende Band beschäftigt sich vorwiegend mit einer anderen Thematik. Er behandelt die Probleme des deutsch-jüdischen Verhältnisses im Verlauf einer seit 1916 in wachsendem Maße spürbaren Krise, die erst 1923/24 ein vorläufiges Ende fand. Damit rückt, verglichen mit Zechlins Problemstellung, die Rolle der Juden selbst in eine zentralere Position. Darüber hinaus haben sich Herausgeber und Mitarbeiter bemüht, bewußt das Geschick der deutschen Juden im Rahmen der allgemeinen deutschen Geschichte jener Zeit sowie die Wirkung der Geschehnisse auf die geistige Entwicklung auf beiden Seiten darzustellen. So bietet der Band einen Beitrag zur Erforschung der deutschen wie der jüdischen Geschichte.

Auch für diesen Band gilt vieles bereits im Vorwort zu seinem Vorgänger, *Entscheidungsjahr 1932*, Gesagte, auf das hier verwiesen sei. Auch dieses Mal sind sich Herausgeber und Mitarbeiter des fragmentarischen Charakters des vorliegenden Sammelbandes durchaus bewußt. Manches für die deutsch-jüdische Situation der Zeit Bezeichnende mußte unberücksichtigt bleiben. Auch ist es nicht leicht, Einzelstudien zu einem Gesamtbild zu vereinigen. Jeder Autor hat seine eigene Auffassung und Interpretation, so daß zuweilen voneinander abweichende Nuancen zum Ausdruck kommen. In gewisser Hinsicht erschwert die Form des Sammelbandes die echte Synthese; diese muß letztlich weitgehend vom Leser selbst geleistet werden. Dennoch sind Herausgeber und Mitarbeiter der Meinung, daß es mit dem vorliegenden Band gelungen ist, die deutsch-jüdische Problematik der Zeit im Rahmen der deutschen Geschichte unter neuen Gesichtspunkten zu beleuchten. So stellt der Band einen weiteren Beitrag in der Serie des Leo Baeck Instituts dar, die der Erforschung der deutsch-jüdischen Probleme zu verschiedenen Zeitpunkten seit Beginn der Aufklärung und Emanzipation gewidmet ist und die in ihrer Vielheit ein Gesamtbild dieses einzigartigen Kapitels jüdischer und zugleich deutscher Geschichte – vielleicht darf man sagen der Menschheitsgeschichte – vermitteln soll. Herausgeber und Autoren hoffen, das Verständnis für diese Problematik, für ihre Wurzeln, ihre Phänomenologie und ihre Folgen, zu fördern, sowie zu weiterer wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem Thema anzuregen.

Werner E. Mosse

Herausgeber und Mitarbeiter möchten an dieser Stelle gemeinsam allen denjenigen Dank sagen, die auf mannigfaltige Weise die Entstehung dieses Bandes maßgeblich gefördert haben.

Zuerst sei den Archiven und Bibliotheken, ihren Direktoren und Angestellten unser Dank ausgesprochen, die unsere Arbeit durch Bereitstellung von Material und durch Auskünfte und Hinweise unterstützt haben: dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv, Abt. I, II & IV, München; der Bibliothek der Industrie- und Handelskammer Frankfurt/Main; dem Bundesarchiv Koblenz; der Deutschen Bibliothek, Frankfurt/Main; dem Deutschen Zentralarchiv, Potsdam; dem Document Department of the U.S. Library of Congress, Washington, D.C.; der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg; der Frank Melville Junior Memorial Library at the State University of New York at Stony Brook, New York; dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin; dem Niedersächsischen Staatsarchiv Hannover; dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn; dem Staatsarchiv Hamburg; dem Staatsarchiv Speyer; der Staatsbibliothek München; dem Stadtarchiv Flensburg; der Universitätsbibliothek Heidelberg und der Universitätsbibliothek Mannheim. Wie bei dem vorhergehenden Sammelband sind Herausgeber und Autoren in besonders hohem Maße der Wiener Library, London, mit ihren für dieses Spezialthema einzigartigen Materialien für umsichtige und unerlässliche Hilfe zu Dank verpflichtet.

Unter Einzelpersonen, die diesen Band gefördert haben, sei zunächst in dankbarer Erinnerung des verstorbenen Dr. Richard Fuchs, London, gedacht, dem mehrere Autoren für seinen Rat verpflichtet sind. Sodann sei folgenden Herren und Damen, die den verschiedenen Autoren durch persönliche Auskünfte, wichtige Informationen, die Beschaffung von Materialien behilflich waren oder sich der Durchsicht von Manuskripten annahmen, unser bester Dank ausgesprochen: S. Adler-Rudel, Jerusalem; Dr. Volker Berghahn, Norwich; Dr. Walter Breslauer, London; Marie Feiler, Nußdorf/Attersee (Österreich); Dr. Fred Grubel, New York; Dr. Ernest Hamburger, New York; Michael Hofmann, Genf; Dr. Werner Johe, Hamburg; Professor Hans Liebeschütz, Liverpool; Dr. Cécile Lowenthal-Hensel, Berlin; Dr. E. G. Lowenthal, Berlin; Dr. Max Hermann Maier, Rolandia, Brasilien; Rosa Meyer-Leviné, London; Professor Allan Mitchell, Northampton, Mass.; Dr. Eduard Rosenbaum, London; Oskar Stark, Freiburg/Breisgau; Professor Annelise Thimme, Edmonton Alberta; Henning Timpke, Hamburg; Dr. Gerhard Vasco, New York; Dr. Hermann Weber, Mannheim.

Für die Übersetzung der englisch oder französisch geschriebenen Beiträge, die Durchsicht von Archivmaterialien und die Vorbereitung von Manuskripten; für die Besorgung der Bibliographie, die Herstellung der Register, die Betreuung von Korrekturen und für viele andere Hilfeleistungen gilt unser Dank den Damen Marion Berghahn, Norwich, Bertha Cohn, London, Helga Eberhard, Hamburg, Eva Kahn, Den Haag, Helen Kehr, London, Margot Pottlitzer, London, Annette Pringle, London, Irene Roch, Hamburg, Dora Segall, London, sowie Selma Frost, Helga Nissenbaum, Käthe Sauer und Ilse Shindel vom Leo Baeck Institut.

INHALT

Vorwort von WERNER E. MOSSE	VII
WERNER E. MOSSE	
Die Krise der europäischen Bourgeoisie und das deutsche Judentum	1
SAUL FRIEDLÄNDER	
Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage	27
WERNER BECKER	
Die Rolle der liberalen Presse	67
WERNER T. ANGRESS	
Juden im politischen Leben der Revolutionszeit	137
HANS TRAMER	
Der Beitrag der Juden zu Geist und Kultur	317
WILHELM TREUE	
Zur Frage der wirtschaftlichen Motive im deutschen Antisemitismus	387
WERNER JOCHMANN	
Die Ausbreitung des Antisemitismus	409
EVA G. REICHMANN	
Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden	511
ROBERT WELTSCH	
Schlußwort	613
Bibliographie	637
Personenregister	679
Sachregister	694
Mitarbeiterverzeichnis	703

DIE KRISE DER EUROPÄISCHEN BOURGEOISIE UND DAS DEUTSCHE JUDENTUM

von

Werner E. Mosse

„Das Gefühl, daß eine Epoche sich endigte, die nicht nur das neunzehnte Jahrhundert umfaßte, sondern zurückreichte bis zum Ausgang des Mittelalters, bis zur Sprengung scholastischer Bindungen, zur Emanzipation des Individuums, der Geburt der Freiheit, eine Epoche, die ich recht eigentlich als die meiner weiteren geistigen Heimat zu betrachten hatte, kurzum, die Epoche des bürgerlichen Humanismus; – das Gefühl, sage ich, daß ihre Stunde geschlagen hatte, eine Mutation des Lebens sich vollziehen, die Welt in ein neues, noch namenloses Sternenzeichen treten wollte, – dieses zu höchstem Aufhorchen anhaltende Gefühl war zwar nicht erst das Erzeugnis des Kriegsendes, es war schon das seines Ausbruchs, vierzehn Jahre nach der Jahrhundertwende, gewesen und hatte der Erschütterung, der Schicksalsergriffenheit zum Grunde gelegen, die meinesgleichen damals erfahren hatte. Kein Wunder nun, daß die auflösende Niederlage dieses Gefühl auf die Spitze trieb, und kein Wunder zugleich, daß es in einem gestürzten Lande, wie Deutschland, entschiedener die Gemüter beherrschte als bei den Siegevölkern, deren durchschnittlicher Seelenzustand, eben vermöge des Sieges, weit konservativer war. Keineswegs empfanden sie den Krieg als den tiefen und scheidenden historischen Einschnitt, als der er uns erschien, sondern sahen in ihm eine glücklich abgelaufene Störung, nach deren Beendigung das Leben wieder in die Bahn einlenken mochte, aus welcher er es gestoßen. Ich beneidete sie darum.“¹

So die geniale Beschreibung der Zeitenwende in Thomas Manns großem Spätwerk. Sie umreißt den Hintergrund für jene Entwicklungen, gleichermaßen schwerwiegend für Europa, für Deutschland, für das deutsche Judentum, die Gegenstand des vorliegenden Buches sind.

I

Der Weltkrieg von 1914/18 war nicht nur eine der Hauptursachen, sondern auch ein unverkennbares Symptom des Zerfalls der bürgerlichen Gesellschaft², der in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts in weiten Teilen

¹ *Thomas Mann*, *Doktor Faustus*, Stockholm 1947, 540.

² Es sollen hier nicht die Begriffe „bürgerlich“ und „Bürgertum“ analysiert werden.

Europas eingesetzt hatte. Im Anschluß an eine Phase des Optimismus und Glaubens an einen moralischen und materiellen Fortschritt wies diese Gesellschaft besonders seit den achtziger Jahren Symptome einer tiefgehenden Krisis auf. Wagners Pessimismus — seine Zurückweisung materialistischer Werte und seine Ablehnung eines positiv verstandenen Fortschrittsglaubens — bestimmte allgemein das kulturelle Klima³. Unter dem Banner des Symbolismus rebellierten Schriftsteller, Dichter und *fin-de-siècle*-Ästhetiker gegen jene „schmutzige“ Prosa des Realismus, die ihren klassischen literarischen Ausdruck im Naturalismus Emile Zolas gefunden hatte. Die Moderne trat ihren Siegeslauf an. Verhaeren und Maeterlinck bestimmten den Ton der Literatur. Wenig später würden Kandinsky und andere russische Künstler die Welle der abstrakten Malerei auslösen, Strawinsky und Schönberg die der modernen Musik. Diaghilew sollte viele dieser modernen Einflüsse in seinem Werk vereinigen.

Hand in Hand mit der Entstehung der Moderne ging, besonders in Deutschland, ein neuer Kulturpessimismus. 1897 hatte Thomas Mann die *Buddenbrooks* zu schreiben begonnen (veröffentlicht 1900), seine symbolhafte Darstellung des Verfalls der bürgerlichen Welt⁴. Im Jahre 1912 begann er mit der Arbeit am *Zauberberg*, einer mikroskopischen Studie der bei der Zerstörung der europäischen Gesellschaft wirksamen Kräfte. Aber ein vielleicht noch typischerer Repräsentant dieses kosmischen Pessimismus war Oswald Spengler. Fünf Jahre jünger als Thomas Mann (er wurde 1880 geboren), fielen die entscheidendsten Jahre seiner Entwicklung in die Zeit um die Jahrhundertwende (er promovierte 1904 in Halle). Er begann seine Arbeit am *Untergang des Abendlandes* 1911 in München und hatte den ersten Entwurf bei Ausbruch des Krieges fertiggestellt. Spengler war in der Tat ein echter Prophet des Schicksals der bürgerlichen Kultur.

Die bürgerliche Moral wurde indessen in breiten Kreisen im Namen neuer Götter angegriffen. Um die Jahrhundertwende hatte Tolstoi (*Auferstehung*, 1901) seine Abwendung von dieser Moral im Namen eines christlichen Anarchismus verkündet; Gorki um dieselbe Zeit (*Nachtasyl*, 1902) im Namen eines bindungslosen Anarchismus. Wiederum zur gleichen Zeit hatten die Entdeckungen Freuds feststehende bürgerliche Moralbegriffe erschüttert. Deutsche

Im folgenden werden sie im generalisierenden Sinne eines Flaubert oder eines Charles Morazé gebraucht und stehen für Lebensweisen und Haltungen, die zwischen denen der „feudalen“ und aristokratischen Schichten und den „arbeitenden Massen“ liegen.

³ „Wagner exercised over Europe a musical pre-eminence similar to that which Bismarck achieved in politics during the same decades. Bayreuth became, as Thomas Mann puts it, a kind of musical Lourdes, a ‚miraculous grotto for the voracious credulity of a decadent world.‘“ (*Gerhard Masur, Prophets of Yesterday*, London 1963, 68).

⁴ Zum selben Zeitpunkt schilderte *Tschechow* den Vorgang der Desintegration in *Der Obstgarten* (1904); bei ihm handelte es sich natürlich um die Schicht der russischen Großgrundbesitzer.

„Wandervogel“ hatten, als vielleicht unbewußte Erben Rousseaus, der auch Tolstoi beeinflußt hatte, in der Zwischenzeit ihr Banner der Rebellion erhoben. Anderswo hatte sich der Protest theoretisch und praktisch in der Feministenbewegung niedergeschlagen, als Protest gegen die bürgerliche (viktorianische) Tyrannei des Mannes⁵.

Ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit war ein wachsendes Gefühl der Langeweile, der Entfremdung von einer Gesellschaft, die hauptsächlich aufs Geldscheffeln aus war und nach „ödem“, materiellem Fortschritt strebte. Von der kulturellen Mittelmäßigkeit und den Scheingefechten eines scheinbar müden bürgerlichen Parlamentarismus war, wie man glaubte, nur wenig Erquickliches zu erwarten. In der Tat: „L'Europe s'ennuie“ wäre eine nicht unzutreffende Charakterisierung der „anormalen“ Epoche des Friedens und der Prosperität (zumindest in ihrer zweiten Hälfte) gewesen, die zwischen dem Deutsch-Französischen Krieg und 1914 lag. Allerdings wurde selbst der Friede von Publizisten zunehmend als ein fauler und „unmoralischer“ Zustand gekennzeichnet, der (rassisch) niedere Elemente gedeihen ließ.

So hatte schon 1868 ein „clerc“ und ausgerechnet der Schweizer Jacob Burckhardt seinen Baseler Studenten die Vorzüge des Krieges gepriesen. Er hatte beifällig Heinrich Leos Wort vom „frischen und fröhlichen Krieg, der das skrofulöse Gesindel hinwegfegen soll“ zitiert und in eigener Sprache kommentiert:

„Der lange Frieden bringt nicht nur Entnervung hervor, sondern er läßt das Entstehen einer Menge jämmerlicher, angstvoller Notexistenzen zu, welche ohne ihn nicht entständen und sich dann doch mit lautem Geschrei um ‚Recht‘ irgendwie an das Dasein klammern, den wahren Kräften den Platz vorwegnehmen und die Luft verdicken, im ganzen auch das Geblüt der Nation verunedeln. Der Krieg bringt wieder die wahren Kräfte zu Ehren. Jene Notexistenzen bringt er wenigstens vielleicht zum Schweigen.“

Worauf in geradezu klassischer Formulierung die Absage an den liberalen Humanismus und seine Lehre vom Wert des Individuums erfolgt:

„Sodann hat der Krieg, welcher soviel als Unterordnung alles Lebens und Besitzes unter *einen* momentanen Zweck ist, eine enorme sittliche Superiorität über den bloßen gewaltsamen Egoismus des Einzelnen: er entwickelt die Kräfte im Dienste eines Allgemeinen, und zwar des höchsten Allgemeinen und innerhalb einer Disziplin, welche zugleich die höchste historische Tugend sich entwickeln läßt; ja er allein gewährt den Menschen den großartigen Anblick der allgemeinen Unterordnung unter ein Allgemeines.“⁶

⁵ Es ist wohl mehr als bloßer Zufall, daß in den meisten europäischen Ländern die natürliche Geburtsrate um 1880 zu stagnieren begann und dann sank. (Wenn dies sich nicht stärker zeigte, dann lag das an der zurückgehenden Kindersterblichkeit und einer längeren Lebenserwartung.)

⁶ *Jacob Burckhardt, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Leipzig 1935, 162 f.* Getrieben vom schlechten Gewissen fügt Burckhardt allerdings die naiv anmutende Bemerkung hinzu: „Nur müßte es womöglich ein gerechter und ehrenvoller Krieg sein, etwa ein Verteidigungskrieg, wie der Perserkrieg war, welcher die Kräfte der Helle-

Unter dem doppelten Einfluß des Sozialdarwinismus und Nietzsches vulgarisierter Philosophie des „Übermenschen“ wurde nicht zuletzt unter Intellektuellen der Ruf nach den „männlichen Tugenden“ des Soldaten und dem „reinigenden“ Stahlbad laut. Während Bergson einen irrationalen „*élan vital*“ pries und d'Annunzio in seiner Lyrik über die mystische Schönheit von Blut und Tod schwelgte⁷, predigte Georges Sorel die Notwendigkeit der Gewalt:

„Niemand wird sich wundern, daß bei den Unterhaltungen dieser kulturkritischen Avantgarde ein sieben Jahre vor dem Kriege erschienenenes Buch, die ‚*Réflexions sur la violence*‘ von Sorel eine bedeutende Rolle spielte. Seine unerbittliche Vorhersage von Krieg und Anarchie, seine Kennzeichnung Europas als des Bodens der kriegerischen Kataklysmen, seine Lehre, daß die Völker dieses Erdteils sich immer nur in der einen Idee vereinigen könnten: Krieg zu führen, – dies alles berechtigte dazu, es das Buch der Epoche zu nennen. Was noch mehr dazu berechtigte, war seine Einsicht und Verkündigung, daß im Zeitalter der Massen die parlamentarische Diskussion sich zum Mittel politischer Willensbildung als gänzlich ungeeignet erweisen müsse; daß an ihre Stelle in Zukunft die Versorgung der Masse mit mythischen Fiktionen zu treten habe, die als primitive Schlachtrufe die politischen Energien zu entfesseln, zu aktivieren bestimmt seien. Dieses war in der Tat die krasse und erregende Prophetie des Buches, daß populäre oder vielmehr massengerechte Mythen fortan das Vehikel der politischen Bewegung sein würden: Fabeln, Wahnbilder, Hirngespinnste, die mit Wahrheit, Vernunft, Wissenschaft überhaupt nichts zu tun zu haben brauchten, um dennoch schöpferisch zu sein, Leben und Geschichte zu bestimmen und sich damit als dynamische Realitäten zu erweisen. Man sieht wohl, daß das Buch seinen bedrohlichen Titel nicht umsonst trug, denn es handelte von der Gewalt als dem siegreichen Widerspiel der Wahrheit. Es ließ begreifen, daß das Schicksal der Wahrheit demjenigen des Individuums nahe verwandt, ja damit identisch, nämlich dasjenige der Entwertung war. Es eröffnete eine höhnische Kluft zwischen Wahrheit und Kraft, Wahrheit und Leben, Wahrheit und Gemeinschaft. Es gab implicite zu verstehen, daß dieser bei Weitem der Vorrang vor jener gebühre, daß jene diese zum Ziel haben und daß zu kräftigen Abstrichen an Wahrheit und Wissenschaft, zum *sacrificium intellectus* bereit sein müsse, wer der Gemeinschaft teilhaftig sein wolle.“⁸

Charakteristisch für die Geistesverfassung vieler Intellektueller am Vorabend des ersten Weltkrieges sind weiterhin die Betrachtungen, die Thomas Mann seinem Leo Naphta, in Manns Sicht nicht zufällig einem getauften Juden, in den Mund legt. Die Zukunft gehöre nicht den liberal-humanistischen

nen in allen Richtungen glorreich entwickelte, oder wie der der Holländer gegen Spanien“ (aaO).

⁷ Thomas Mann präsentiert einen Gelehrten à la d'Annunzio in der Person des Dr. Helmut Institoris, „Ästhetiker und Kunsthistoriker, Privatdozent an der Technischen Hochschule, wo er ... über die Theorie des Schönen und die Baukunst der Renaissance las ...“ Er war kein starker Mann, „was sich auch an der ästhetischen Bewunderung erkennen ließ, die er für alles Starke und rücksichtslos Blühende hegte“, und daran, wie er „die Brutalität verehrte, natürlich nur wenn sie schön war“. Die italienische Renaissance verkündete er seinen Zuhörern als eine Zeit, die „von Blut und Schönheit geraucht“ habe. (*Mann*, Doktor Faustus, 441–442.)

⁸ *Mann*, Doktor Faustus, 559–560.

Werten von Freiheit und Individualismus, so argumentiert Manns Jesuit, sondern der eisernen Disziplin:

„... Daß die Renaissance all das zur Welt gebracht hat, was man Liberalismus, Individualismus, humanistische Bürgerlichkeit nennt, war mir leidlich bekannt; aber Ihre ‚etymologischen Betonungen‘ lassen mich kühl, denn das ‚ringende‘, das heroische Lebensalter Ihrer Ideale ist längst vorüber, diese Ideale sind tot, sie liegen heute zum mindesten in den letzten Zügen, und die Füße derer, die ihnen den Garaus machen werden, stehen schon vor der Tür. Sie nennen sich, wenn ich nicht irre, einen Revolutionär. Aber wenn Sie glauben, daß das Ergebnis künftiger Revolutionen – Freiheit sein wird, so sind Sie im Irrtum. Das Prinzip der Freiheit hat sich in fünfhundert Jahren erfüllt und überlebt. Eine Pädagogik, die sich heute noch als Tochter der Aufklärung versteht und in der Kritik, der Befreiung und Pflege des Ich, der Auflösung absolut bestimmter Lebensformen ihre Bildungsmittel erblickt, – eine solche Pädagogik mag noch rhetorische Augenblickserfolge davontragen, aber ihre Rückständigkeit ist für den Wissenden über jeden Zweifel erhaben. Alle wahrhaft erzieherischen Verbände haben von jeher gewußt, um was es sich in Wahrheit bei aller Pädagogik immer nur handeln kann: nämlich um den absoluten Befehl, die eiserne Bindung, um Disziplin, Opfer, Verleugnung des Ich, Vergewaltigung der Persönlichkeit. Zuletzt bedeutet es ein liebloses Mißverstehen der Jugend zu glauben, sie finde ihre Lust in der Freiheit. Ihre tiefste Lust ist der Gehorsam.“⁹

Das Zeitalter des humanistischen Individualismus sei vorüber:

„Darauf mußte es ‚lichtsuchende Jugend‘ mit ansehen, wie Naphta den Argumenten, einem nach dem anderen, den Hals umdrehte. Er machte sich lustig über die Blutscheu und die Lebensverehrung des Menschenfreundes, behauptete, daß diese Verehrung des Einzellebens nur den allerplattesten bürgerlichen Regenschirmzeitläuften zugehöre, daß aber unter leidlich leidenschaftlichen Umständen, sobald eine einzige Idee, die über die der ‚Sicherheit‘ hinausgehe, irgend etwas Überpersönliches, Überindividuelles also, im Spiele sei – und das sei der allein menschenwürdige, im höheren Sinn folglich der normale Zustand –, allezeit das Einzelleben nicht nur dem höheren Gedanken ohne Federlesen geopfert, sondern auch freiwillig, vom Individuum aus, unbedenklich in die Schanze geschlagen werden würde. Die Philanthropie seines Herrn Widersachers, sagte er, arbeite darauf hin, dem Leben alle schweren und todernsten Akzente zu nehmen; auf die Kastration des Lebens gehe sie aus, auch mit dem Determinismus ihrer sogenannten Wissenschaft...“¹⁰

Der bürgerliche Fortschritt sei der Feind des „Lebens“:

„Ach, aber auch der Widersacher war nicht auf den Mund gefallen; er wußte das englische Halleluja durch schlimme, glänzende Einwände zu stören, indem er sich zur Partei der Erhaltung und des Lebens schlug gegen den Geist der Zersetzung, welcher sich hinter jener seraphischen Gleisnerei verberge. Die Wunderverbindung, von welcher Herr Settembrini tremoliert habe, hieß es nun, laufe auf nichts als Trug und Gaukelspiel hinaus, denn die Form, die der literarische Geist mit dem Prinzip der Untersuchung und Trennung zu vereinigen sich rühme, sei nur eine Schein- und Lügenform, keine echte, gewachsene, natürliche, keine Lebensform. Der sogenannte Verbesserer des Menschen führe wohl Reinigung und Heiligung im

⁹ *Thomas Mann*, *Der Zauberberg*, Berlin 1926, 522–523.

¹⁰ AaO, 601–602.

Munde, in Wahrheit aber sei es die Entmannung und Entblutung des Lebens, worauf er ausgehe; ja, der Geist, die eifernde Theorie sei lebensschänderisch, und wer die Leidenschaften zerstören wolle, der wolle das Nichts, – das reine Nichts, rein allerdings, da ‚rein‘ denn in der Tat das einzige Attribut sei, das allenfalls dem Nichts noch könne beigelegt werden. Darin nun aber eben zeige Herr Settembrini, der Literat, sich recht als das, was er sei, nämlich als Mann des Fortschritts, des Liberalismus und der bürgerlichen Revolution. Denn der Fortschritt sei reiner Nihilismus und der liberale Bürger ganz eigentlich der Mann des Nichts und des Teufels, ja, er leugne Gott, das konservativ und positiv Absolute, indem er zum Teuflich-Gegen-Absoluten schwöre und sich mit seinem Todespazifismus noch Wunder wie fromm dünke. Er sei aber nichts weniger als fromm, sondern ein Hochverbrecher am Leben, vor dessen Inquisition und strengen Feme er peinlich gezogen zu werden verdiene – et cetera.“¹¹

Thomas Mann, in den Münchener Salons der Vorkriegsjahre zu Hause, war hellhörig für die geistigen Strömungen der Epoche. Hugo von Hofmannsthal kennzeichnete nach Kriegsende die zeitgenössische geistige Situation in einem Brief an Henri Barbusse:

„Wir sind, als Geistige, in Frage gestellt von einer Welt, die Chaos werden will, weil ihre Ideen erschüttert sind; unser Wert, als Individuen, ist bescheiden und problematisch; das Ungeheure unserer Situation ist ohne Beispiel.“¹²

Erklärte Henri Bergson, der jüdische Philosoph, den kommenden Krieg für „wahrscheinlich aber unmöglich“¹³, so sang der jüdische Dichter Ernst Lisauer im Jahre 1912:

„Maschinen singen wie eiserne Mütter mich ein, –
Ich hör überm Land eine kommende Kriegszeit schrein,
Das hat mich geweckt.“¹⁴

Nur wenige Monate vor Kriegsausbruch schrieb Charles Péguy:

„Heureux ceux qui sont morts dans les grandes batailles
Couchés dessus le sol à la face de Dieu.“¹⁵

Die politische Entwicklung der Zeit ging denn auch tatsächlich seit Jahren in die gleiche Richtung. Während ein zunehmender Protektionismus die wirtschaftlichen Konflikte verschärfte, führten die wachsenden kolonialen Reibungen unter den Großmächten zu nationalistischen und imperialistischen Ideologien, die sich immer militanter, antiliberaler und ausschließlicher gebärdeten. Der anschwellende Nationalismus der verschiedenen ethnischen Gruppen bedrohte die Existenz der Vielvölkerstaaten, Überbleibsel einer früheren Epoche. In Europa, das von einem schärfer eskalierenden Wettrüsten in

¹¹ AaO, 684–685.

¹² *Hugo von Hofmannsthal*, Die Berührung der Sphären, Berlin 1931, 255.

¹³ *Masur*, op. cit., 8.

¹⁴ Prolog zu „1813“, abgedruckt in *Zeitgeist*, 24. August 1914, 1914 *Der Deutsche Krieg im Deutschen Gedicht*, ausgewählt von *Julius Bab*, Berlin 1914, 5.

¹⁵ Zitiert bei *H. Stuart Hughes*, *Consciousness and Society*, London 1959, 351.

Spannung gehalten wurde, entwarfen Regierungen und Generalstäbe, von demographischen, strategischen und taktischen Befürchtungen angespornt, eine Reihe von offensiv-defensiven Operationsplänen. Seit der Marokkokrise von 1905 war das Klima der Diplomatie in Europa fast unerträglich schwül geworden. Allenthalben rechnete man in den herrschenden Kreisen mit einem baldigen Konflikt, und diese Aussicht erregte offensichtlich nicht einmal Schrecken. Der Krieg erschien als eine Erlösung von unerträglichen Spannungen, als eine Patentlösung für scheinbar unlösliche Probleme in einer allzu kompliziert gewordenen Situation. Für die von inneren Problemen bedrängten Herrschaftsschichten bedeutete ein Krieg den Ausweg aus ihrer gefährdeten Situation. Interessengruppen ihrerseits erhofften sich ungeheure Profite durch einen Krieg wie auch durch einen Sieg (d. h. durch Ausbeutung der Besiegten). Viele Durchschnittsbürger nahmen die Notwendigkeit eines Krieges als etwas vom Schicksal Bestimmtes hin. Andere erwarteten von ihm ein mystisches Erlebnis. Wieder andere sahen im Kriege ein Mittel der allgemeinen „Verjüngung“, der Zerstörung antiquierter und überholter sozialer und politischer Formen, der Schaffung einer neuen und besseren Gesellschaftsordnung. Weniger Phantasiebegabten hingegen versprach Krieg zumindest ein „großes Abenteuer“, die Möglichkeit der Flucht vor den oft eintönigen, langweiligen und prosaischen Realitäten des täglichen Lebens. So entstand eine künstliche Kriegshysterie, der viele Leute unterlagen.

Es gibt kaum irgendwelche Anzeichen dafür, daß der Krieg, als er dann tatsächlich kam, nicht begrüßt worden oder in weiten Kreisen unpopulär gewesen wäre.

„In unserem Deutschland, das ist gar nicht zu leugnen, wirkte er ganz vorwiegend als Erhebung, historisches Hochgefühl, Aufbruchsfreude, Abwerfen des Alltags, Befreiung aus einer Welt-Stagnation, mit der es so nicht weiter gehen können, als Zukunftsbegeisterung, Appell an Pflicht und Mannheit, kurz, als heroische Festivität.“¹⁶

Mögen manchem auch innere Zweifel gekommen sein, sie wurden überall – zumindest in der Öffentlichkeit – von einer weitverbreiteten und ansteckenden patriotischen Begeisterung überschattet. Alle Beteiligten glaubten allgemein an einen kurzen und siegreichen Krieg. Jeder meinte zuversichtlich, die Soldaten würden „Weihnachten wieder zu Hause“ sein. In diesem Geiste beschritt das europäische Bürgertum den Weg seiner eigenen, zumindest teilweisen Zerstörung. Und mit ihm, was vielleicht noch überraschender anmutet, marschierten die Unterprivilegierten oder Halbprivilegierten, die Arbeiter, Kolonialvölker, Muschiks, Tschechen, Iren, Juden und viele andere mehr. Fast überall waren innerhalb der Nationalstaaten oder Weltreiche – zumindest für eine kurze Zeit – alte Gegensätze vergessen. Vor ihrem partiellen Zusammenbruch konnte die alte Ordnung noch einmal und zwar zum letzten

¹⁶ *Mann*, Doktor Faustus, 460–461.

Mal in der traditionellen Weise ein Maximum an moralischen und physischen Kräften mobilisieren. Die nächste und letzte Mobilisierung sollte größtenteils unter den drohenden Vorzeichen der Diktatur erfolgen.

II

Die fortschreitende Erosion der einstmals liberalen bürgerlichen Ordnung, die jedoch seit den achtziger Jahren zunehmend konservativ, chauvinistisch und antiliberal geworden war, hatte tiefgreifende Konsequenzen für das europäische Judentum, wie in der Tat auch für alle anderen gesellschaftlichen Gruppen. Die emanzipierten Juden in den Ländern West- und Zentraleuropas waren größtenteils das Produkt der liberalen bürgerlichen Gesellschaft. Es war diese Gesellschaft, die ihnen in den fünfziger und sechziger Jahren die Emanzipation in Form von Gleichheit vor dem Gesetz und politischen Rechten sowie zumindest ein gewisses Maß der gesellschaftlichen Integration verschafft hatte. Darüber hinaus bot der industrielle Aufschwung der siebziger und achtziger Jahre vielen Juden Möglichkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet, die sie sich bis dahin nicht hatten träumen lassen. Die Juden bildeten in der Tat innerhalb der erstarkenden europäischen Bourgeoisie ein bedeutendes Element. Desgleichen hatte liberales Denken die kulturelle und soziale Assimilation der Juden an ihre nichtjüdische Umwelt gefördert. Der Liberalismus ermöglichte es den Juden in zunehmendem Maße, sich in vielen Teilen Europas am allgemeinen kulturellen Leben zu beteiligen. Eine fortschreitende Säkularisierung, das Produkt von Positivismus und wissenschaftlicher Methodik, hatte religiöse Bindungen gelockert und damit die Kluft zwischen Juden und Christen verringert. Durch sie verlor auch die traditionelle jüdische Religion an Einfluß und spaltete die jüdischen Gemeinden in Orthodoxe und Reformen. Gerade die letzteren gelangten im Zeitalter des bürgerlichen Liberalismus auf vielen Gebieten zu Macht und Ansehen. In wenig mehr als einer Generation (1840 bis 1880) hatte sich die europäische Judenheit gewandelt, wobei der Grad dieser Wandlung von Land zu Land, je nach der sozialen Entwicklung und der Dichte der jüdischen Bevölkerung, differierte. In den Ländern westlich Rußlands vollzog sich ein Prozeß der schrittweisen Integrierung der assimilierten und teilweise säkularisierten Juden in die liberale bürgerliche Welt.

Unter dem Gegenschlag der konservativen, „feudalistischen“, nationalistischen und imperialistischen Kräfte wurde der Liberalismus nach 1880 geschwächt, was nicht ohne Folgen für das Schicksal der Juden blieb. Zwar hatten Neo-Nationalismus und Imperialismus wenig getan, den materiellen Fortschritt derjenigen Juden aufzuhalten, die es verstanden, vom Aufschwung des Kapitalismus zu profitieren. Ebenso wenig schwächten sie (außer in Osteuropa) die Position des einzelnen Juden auf beruflichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Andererseits aber war es wahrscheinlich, daß jede Form von

nationalistischer Reaktion – tatsächlich fast jede Abkehr von liberalen Prinzipien – früher oder später notwendig in Antisemitismus einmünden würde. Überall führte die feindselige Einstellung rechtsgerichteter klerikaler und anderer Gruppen (sowie mancher Sozialisten) gegen moderne und kosmopolitische Tendenzen, Säkularisierung und Kapitalismus dazu, daß sie sich auch gegen die Juden wandten.

Diese boten tatsächlich eine ideale Zielscheibe für die Hetzkampagnen eines Stoecker in Berlin, Maurras in Paris und Lueger in Wien, die auf diesem Wege die Unterstützung der Massen für ihre eigenen politischen Ziele zu gewinnen hofften. Unter der Ägide Alexanders III. und Nikolaus II., Pobedonoszew und Plehwas entwickelte sich der Antisemitismus zu einem hervorstechenden Merkmal zaristischer Politik. Die russischen Pogrome von 1881/82 und der Ritualmordprozeß von Tisza-Eszlar in Ungarn hatten viele Juden und einige Nichtjuden aufgeschreckt und ihnen bisher ungeahnte Gefahren vor Augen geführt. Und noch vor Ende des Jahrhunderts sollte Frankreich selbst, das kulturelle Kernland Europas, von der Dreyfus-Affäre erschüttert werden. Einige Juden, unter ihnen Theodor Herzl, der assimilierte jüdische Journalist aus Wien, sahen bereits die warnende Schrift an der Wand. Der Ausbruch des militanten Antisemitismus in Frankreich, dem Herzen Westeuropas, dem Schönerers antisemitische Hetzkampagnen in Wien und die Verfolgungen in Rußland vorangingen, ließ ihn zum Begründer der modernen jüdischen nationalen Bewegung, des Zionismus, werden. Ritualmordverdächtigungen in Böhmen (die Hilsner-Affäre) und in Rußland (der Beilis-Prozeß) sollten bald weitverbreitete Zweifel und böse Vorahnungen verstärken.

Doch hatten am Ende die Kräfte des Liberalismus oder doch zumindest des Rechts den Sieg über antisemitische Agitationen davongetragen. Die Kampagne eines Stoecker war versandet, die Rechtssicherheit – einschließlich die jüdische – in Deutschland gewahrt geblieben. Dreyfus wiederum wurde nach langem hin und her rehabilitiert, und die französischen Antisemiten erlitten eine Schlappe. Auch Beilis wurde schließlich, wenn auch in zweideutiger Form, freigesprochen trotz antisemitischer Obstruktion durch die Behörden. Es konnte sogar den Anschein haben, als sei während des Jahrzehnts vor Kriegsausbruch der scharfe politische Antisemitismus zumindest in den Ländern westlich von Rußland im Abnehmen begriffen gewesen. Der größere Teil der europäischen Juden (im Gegensatz zu einigen pessimistischen Zionisten) setzte weiterhin mehr oder weniger große Hoffnung darauf (in ihrer Politik zumindest erwiesen sich auch die orthodoxen Juden als extreme Anhänger der Assimilation), den bis dahin erreichten Kompromiß zu bewahren und zu stabilisieren. In der Zukunft, so hoffte man, würden sich jederzeit zu gewärtigende antisemitische Ausbrüche innerhalb der Grenzen des Gesetzes halten und jedenfalls von nicht mehr als vorübergehender Dauer sein. Wie die meisten Nichtjuden, ging auch die Mehrzahl der Juden von der (gewöhnlich unbewußten) Annahme aus, liberal-bürgerliche Ordnung und Rechtsstaat, die so viel zur Ausformung ihrer

Anschauungen und ihres Geschicks beigetragen und ihre Emanzipation garantiert hatten, würden dauernden Bestand haben; ja, sie glaubten sogar, letztere gehöre zum endgültigen Bestand der zivilisierten Gesellschaft überhaupt.

Und doch war die Haltung der Juden gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Werten – wie unzweifelhaft auch die Vorteile, die sie ihnen gebracht hatte – auf jeden Fall seit den achtziger Jahren zumindest ambivalent. Um Emanzipation und Anerkennung bestrebt, erwiesen sich die Juden einerseits überall als glühende Verfechter liberaler Ideen. Andererseits jedoch hatten die Traditionalisten unter ihnen von jeher eine Weltanschauung abgelehnt, die nach ihrem Wesen zwangsläufig angetan war, den orthodoxen jüdischen Glauben zu untergraben. Gleichwohl aber wieder beanspruchten die orthodoxen Juden die Privilegien, die ihnen aus der Zugehörigkeit zu einer liberalen Gesellschaft erwachsen, nämlich das Recht, von Sitten und Gebräuchen der Mehrheit abzuweichen, wie etwa in der Einhaltung des Sabbath, Schechita etc. Ähnlich den Katholiken in nichtkatholischen Ländern beanspruchten sie die Vorteile einer Ordnung, die sie im Innern ihrer eigenen Gemeinschaft ablehnten oder bestenfalls zu tolerieren bereit waren. Der ihnen eigene Traditionalismus bildete zugleich den Grund für ihr im großen und ganzen konservatives Verhalten im gesellschaftlichen Bereich.

Ganz gegensätzlich war die Einstellung einer anderen Gruppe von Juden zum liberalen Bürgertum. Während viele bereitwillig die Ideologie und Praktiken des modernen Kapitalismus übernommen hatten, waren andere, in gleicher Weise überzeugt, unter den Kritikern der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu finden. Karl Marx (wenn man ihn überhaupt als Juden bezeichnen will), Moses Hess und Ferdinand Lassalle, Rosa Luxemburg, Leo Trotzki und Léon Blum, um nur die wichtigsten Vertreter zu nennen, hatten früh die Übel des Kapitalismus, nämlich seine Ausbeutung der Unterprivilegierten, seine Ungerechtigkeit und Unterdrückung, erkannt und gebrandmarkt. Erfüllt von fast messianischen Visionen träumten sie von einer zukünftigen Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit. Die von ihnen mitgeschaffene und getragene Bewegung zielte darauf, die bürgerlich-kapitalistische Ordnung abzuschaffen und durch eine sozialistische zu ersetzen. Männer und Frauen jüdischer Abstammung aus der sozialistischen Bewegung hatten von jeher eine wichtige Rolle bei den Bemühungen gespielt, die bürgerliche Gesellschaft zu diskreditieren. Jedoch hatte sich auch hier ein Element der Zweideutigkeit gezeigt. So waren fast ohne Ausnahme jüdische sozialistische Intellektuelle nicht nur die Produkte, sondern auch die Nutznießer der von ihnen befeindeten Gesellschaftsordnung. Die jüdische Bourgeoisie bildete in der Regel ihren sozialen und kulturellen Hintergrund. Der bürgerlichen Gesellschaft verdankten sie Erziehung und Bildung. Ihre Ideologie stellte, zumindest unter ihrem jüdischen Aspekt, nichts weiter dar, als die extreme Form der jüdischen, durch die progressive liberale Ideologie möglich gewordenen Assimilation. Denn eine Reihe von jüdischen Intellektuellen in der sozialistischen Be-

wegung – man denke etwa an Bernstein – (wie auch einige ihrer nichtjüdischen Zeitgenossen) proklamierten eine liberal-„reformistische“ Form der sozialen Entwicklung. Andererseits fühlte sich der radikale jüdische oder nichtjüdische Intellektuelle in der Gesellschaft biederer Gewerkschafter aus dem Arbeitermilieu in der Regel äußerst unbehaglich. Dennoch erlangte er über sie oft einen unverhältnismäßig großen Einfluß, zum einen dank seiner Fähigkeit der besseren und leichteren Artikulation, zum anderen dank der charismatischen Wirkung seiner teilweisen „Fremdartigkeit“. Dieser Einfluß des jüdischen Intellektuellen wiederum war so auf eine sonderbare Weise mit seiner Isolierung verknüpft. Denn die Situation des sozialistischen Intellektuellen innerhalb der europäischen Bourgeoisie war im Grunde paradox. Seinem bürgerlichen Milieu entfremdet, welches ihm ursprünglich Ideologie und Erziehung vermittelt hatte, war es ihm selten gelungen, in der proletarischen Bewegung eine sichere und anerkannte geistige Heimat zu finden. So war er trotz seines unbestreitbaren Einflusses isoliert. Sein „Judentum“, dem er nicht entrinnen konnte, band ihn gegen seinen Willen an die von ihm verachtete bürgerliche Gesellschaft. Auch fiel es ihm schwer, seinen liberalen Humanismus zu verleugnen. So war er im wesentlichen eine gesplante und tragische Figur.

Auch noch in einem ganz anderen Sinne hatte sich die Beziehung des emanzipierten Juden zur bürgerlichen Kultur und ihren Werten als doppeldeutig erwiesen. Gewöhnlich akzeptierte er im Grunde die Mehrzahl der bürgerlichen Werte, die seine Emanzipation ermöglicht hatten und die ihm die Wahrung seiner Rechte garantierten. Wie jedoch verschiedentlich festgestellt worden ist, spielten die Juden – sei es auf Grund ihres „Jüdischseins“, sei es aus anderen Gründen – eine bedeutende Rolle bei der „Zersetzung“ der liberalen bürgerlichen Weltanschauung, die auf Vernunft, Freiheit des Willens und für gesichert gehaltenen moralischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen basierte. Ähnlich Karl Marx im politisch-ökonomischen Bereich sollten zwei andere Juden, Freud und Einstein, in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiete wirken. Sie und ihre Schüler sollten eine intellektuelle Revolution auslösen, die die seit Descartes, Newton und Darwin tradierte Weltansicht, die Grundlage des aufklärerisch-positivistischen Ethos und damit die intellektuelle und psychologische Basis der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft entscheidend modifizierte. Ähnlich unternahmen es jüdische Schriftsteller oder solche teilweise jüdischer Abstammung, ein Schnitzler, Proust oder Kafka, die bürgerlichen Werte und Überzeugungen in Frage zu stellen. Und eine beträchtliche Zahl von Publizisten (darunter viele Juden oder Halbjuden) hatte ihr Teil dazu beigetragen, die Lehre vom Instinkt, vom Irrationalismus, von moralischem und sozialem Relativismus zu verbreiten¹⁷. Die von Juden übernommenen (zum Teil geschaffenen) moder-

¹⁷ Einen eher ungewöhnlichen Typus des jüdischen Nihilisten stellt Thomas Mann dar in der Figur des (getauften) Privatgelehrten Dr. Chaim Breisacher, eines Kulturphilosophen, „dessen Gesinnung aber insofern gegen die Kultur gerichtet war, als er

nistischen Denk- und Ausdrucksweisen stellten nicht allein das engere „viktorianische“ Erbe in Frage, sondern untergruben weiterhin die gesamte christlich-bürgerliche Gesellschaftsordnung.

Schließlich komplizierte sich das Verhältnis der Juden zur kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft auch noch infolge der wachsenden Spaltung zwischen deren liberalen und nationalen Teilkräften. Solange beide Gruppen harmonisierten, konnten sie für sich in Anspruch nehmen, daß viele Juden sie begeistert unterstützten. Als sie sich jedoch spalteten, entstand eine neue und komplexere Situation. Traditionsgemäß hatten die Juden – bedingt durch ihre Religion und Geschichte – die Trennungslinien zwischen nichtjüdischen Nationalstaaten weitgehend ignoriert. Als eine typisch „magische“ Nation – und zum Teil aus ihrer Isolierung heraus – fühlten sie sich an andere Juden gebunden, wo immer sie auch sein mochten. Ebenso waren sie sich ihrer Verbundenheit mit der gesamten Menschheit bewußt. Der Liberalismus – selbst eine Ideologie, die die nationalen Grenzen überschritt und im Innern die Grundlagen für eine pluralistische Gesellschaft schuf – war – wenn auch nicht ohne gewisse Schwierigkeiten – in der Lage, die rudimentäre jüdische „nationale Solidarität“ zu akzeptieren. Seine Ideale des Freihandels, des Humanismus und des Völkerfriedens ihrerseits waren nicht ohne Anziehungskraft auf die im Grunde „internationalistischen“ Juden. Gleichzeitig förderten die liberalen Glaubenssätze der religiösen Toleranz und Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz die freiwillige Assimilierung von Minoritäten an ihre Umgebung. Jedoch auch ein Fortbestehen solcher Gruppen stand nicht im Gegensatz zum Liberalismus.

Der Nationalismus andererseits war – trotz teilweise liberaler und humanitärer Ursprünge – seit Mazzini und Garibaldi zunehmend engstirniger, chauvinistischer und exklusiver geworden. In den späteren Jahren nationaler Selbstbespiegelung hatte die Doktrin der nationalen und rassistischen Überlegenheit die Vorstellung von der Gleichwertigkeit aller Nationalitäten abgelöst. Als der Nationalismus sich schließlich – grob gesagt während der siebziger Jahre – vom Liberalismus getrennt hatte, hatten sich die Juden einer schwierigen Entscheidung gegenüber gesehen. Sie konnten zwar den liberalen Prinzipien, die die verschiedenen nationalen Bourgeoisien binnen kurzem zugunsten extremer Formen eines chauvinistischen Imperialismus auf-

in ihrer ganzen Geschichte nichts als einen Verfallsprozeß zu sehen vorgab. Die verächtlichste Vokabel in seinem Munde war das Wort ‚Fortschritt‘.“ „Kann man es übrigens dem jüdischen Geist verargen“, kommentiert Manns Erzähler, „wenn seine hellhörige Empfänglichkeit für das Kommende, Neue sich auch in vertrackten Situationen bewährt, wo das Avantgardistische mit dem Reaktionären zusammenfällt? Jedenfalls habe ich die neue Welt der Anti-Humanität, von der meine Gutmütigkeit gar nichts wußte, damals . . . durch eben diesen Breisacher zuerst zu spüren bekommen.“ (*Mann*, Doktor Faustus, 429–430 und 437.) Interessanterweise hat Thomas Mann schon im Zauberberg den getauften Leo Naphta zum Vertreter dieser Philosophie gemacht.

geben würden, die Treue halten. Der Preis für diesen Entschluß jedoch war nicht allein politische Sterilität, sondern auch die Gefahr, von der Majorität als „vaterlandslos“ gekennzeichnet, als ein fremdes Element im Staat betrachtet zu werden, und im Laufe der Zeit auch tatsächlich in diese Rolle hineinzuwachsen. Eine fortgesetzte Unterstützung liberaler Prinzipien und Bewegungen würde häufig eine Entfremdung nicht nur von herrschenden Klassen und Beamtentum bedeuten, sondern zugleich auch von der Bourgeoisie und den freien Berufsgruppen, in welchen der Nationalismus zusehends an Boden gewann. Was die große Masse der Bevölkerung betraf, so würde der Liberalismus hier ohnehin kaum Bedeutung erlangen. Echte Liberale konnten mithin in der neuen Ära des Nationalismus wenig mehr als unzufriedene Kritiker sein¹⁸. Die Versuchung, mit dem herrschenden nationalistischen Geist zu paktieren, wäre somit auf jeden Fall nahezu unwiderstehlich gewesen.

Tatsächlich unterlagen denn auch Juden aus dem Mittelstand immer wieder der nationalistischen Versuchung, ohne deshalb jedoch zumindest bewußt ihre liberalen Prinzipien zu opfern. Einige ergaben sich still und unauffällig. Andere gebärdeten sich päpstlicher als der Papst und verkündeten bei jeder Gelegenheit lautstark ihren Patriotismus und ihre Hingabe für den Nationalstaat, mit dem sie sich vollauf identifizierten. Im „nationalen Interesse“ gingen Juden gelegentlich so weit, selbst antisemitische Parteien und Kandidaten zu unterstützen. Einige ließen sich und ihre Kinder auch dann noch taufen, als die Taufe schon gar nicht mehr als „Eintrittskarte“ in die europäische Kultur verlangt wurde. Diese Juden waren sich nicht nur darüber im unklaren, daß die nationalistische Rechte für ihre patriotischen Bekenntnisse wenig mehr als Verachtung aufbrachte, sondern sie ignorierten auch die Tatsache, daß eine extrem nationalistische Haltung, entstanden aus dem Bemühen sich anzupassen, notwendigerweise diejenige Gesellschaftsordnung geradezu zerstören mußte, die ihre eigene Sicherheit gewährleistete. Denn sie tötete den Rest an europäischem Gemeinschaftsgefühl.

Andere Juden reagierten auf die wachsende antiliberalen Stimmung der Zeit mit stärkerer Akzentuierung der eigenen jüdischen Identität und dem Bemühen, jüdisches Nationalgefühl zu kultivieren. Die Verfolgung der Juden in Osteuropa und die Schärfe der von Zeit zu Zeit ausbrechenden antisemitischen Hetze in anderen Ländern, die für die Zukunft eine wachsende Ablehnung der Juden durch ihre nichtjüdische Umwelt befürchten ließ, hatten sie aufgerüt-

¹⁸ In England lag die Situation durchaus anders. Hier waren die liberalen Traditionen fester verankert als auf dem Kontinent. Sogar als Nationalismus, Imperialismus und „Jingoismus“ im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts zusehends an Boden gewannen, unterschieden sie sich von ähnlichen Bewegungen auf dem Kontinent. Der englische Nationalismus nahm zumindest in der Metropole imperialistische, jedoch keine rassistischen Formen an. Britische Juden konnten mit gutem Gewissen Chauvinisten sein. Ein Disraeli konnte konservatives Parlamentsmitglied und selbst (konservativ-imperialistischer) Premierminister werden.

telt. Als eine Lösung ihrer Probleme erschien ihnen der Zionismus, die Rückkehr des jüdischen Volkes in das Land Israels¹⁹. Der gegen Ende des Jahrhunderts auftretende politische Zionismus war eine überwiegend säkulare nationalistische Bewegung und konnte so als eine natürliche Reaktion auf eine Zeit des ausgeprägten Nationalismus verstanden werden. (Der Zionismus absorbierte jedoch gleichzeitig Elemente der früheren biblischen und messianischen Tradition, deren geistiges Zentrum Jerusalem war, und stellte zugleich den Versuch dar, eine praktische Lösung für die Probleme der verfolgten Juden, speziell der russischen, zu finden.) Es war unvermeidlich, daß die Zionisten gegenüber der sie umgebenden Gesellschaft eine zwiespältige Haltung einnahmen. Ihre Ideologie beruhte auf der Voraussetzung einer pluralistischen Gesellschaft, die es in Wirklichkeit nicht gab. Da sie in ihrer Mehrzahl nach Palästina weder auswandern wollten noch konnten, lebten sie weiterhin innerhalb der verschiedenen europäischen Staaten. Doch ihre Bestrebungen und Interessen unterschieden sich notwendig radikal von denen der nichtjüdischen Umwelt. Die Zionisten waren beheimatet in zwei Ländern, einem idealen und einem realen, wobei die Loyalitäten diesem oder jenem gegenüber nicht immer eindeutig umrissen waren. Obwohl der zionistische Jude in wichtigen Bereichen vom bürgerlichen Liberalismus geprägt war, hatten seine speziellen politischen Interessen bestenfalls eine periphere Verbindung mit ihm. Noch weniger als Juden anderer Richtungen konnte der Zionist eine eindeutige Einstellung zu den Werten und Problemen der bürgerlichen Umwelt finden²⁰.

Mit seltener Einmütigkeit eilten die Juden nichtsdestoweniger bei Ausbruch des Krieges zur Verteidigung ihres jeweiligen Vaterlandes, gleich welcher ideologischen Richtung sie auch angehören mochten. Wenn nötig, kämpften Juden gegen Juden, Zionisten gegen Zionisten, über die nationalen Grenzen hinweg – und ohne eine Minute zu zögern. Selbst enge Familienbande „zur anderen Seite“ wurden bedenkenlos gelöst. Über Nacht verschwand jede Spur jüdischen „Weltbürgertums“. Im entscheidenden Moment identifizierten sich die Juden vorbehaltlos mit den Völkern, unter denen sie lebten²¹. Wie bei den nichtjüdischen Mitbürgern wurde auch bei ihnen, was bisher fragwürdig und problematisch erschienen war, in der großen Woge der nationalen Einheit klar und einfach.

¹⁹ Herzls Zionismus basierte auf der These, daß nach Herausbildung einer „einheimischen“ Mittelschicht in Ländern wie Polen letzten Endes für Juden kein Platz in Europa mehr sein würde. Aus diesem Grunde würden auch andere Länder an einer Lösung dieses Problems durch Auswanderung interessiert sein und es würde daher keinen Interessenkonflikt geben. Ein solcher Zionismus wäre tatsächlich mit Patriotismus zu vereinbaren gewesen. Das war eine naiv-rationalistische Analyse der Verhältnisse.

²⁰ Der Zionismus selbst sollte auch in seinem eigenen Bereich in der Zukunft den Konflikt zwischen Liberalismus und Nationalismus kennenlernen.

²¹ Das galt natürlich nicht nur für die deutschen Juden. So waren z. B. jüdische Intellektuelle in Frankreich, ein Bergson oder Durkheim etwa, nicht minder französi-

III

Bekanntlich hat der Krieg zwei Aspekte. Einerseits dient er als ein emotionales Element der Konsolidierung und entwickelt eine höchst wirkungsvolle integrierende Kraft. Individuen und Gruppen opfern ihre Eigeninteressen willig der Gemeinschaft. Der alles andere überwiegende Wunsch ist es, einen bösen und *per definitionem* unmoralischen Feind zu besiegen. Jede kriegsführende Nation meint, sich in der Abwehr zu befinden und ihre „heiligsten Güter“ zu verteidigen. Das Gefühl der gemeinsamen Gefahr beseitigt alle Barrieren von Rassen, Klassen, Hautfarben und Religionen. Jedoch beschränkt sich diese einigende Funktion vornehmlich auf Kriege, die entweder kurz oder siegreich oder beides sind. Lange und erfolglose Kriege dagegen führen eher zu sozialer Desintegration. Ein Krieg, besonders wenn er sich lange hinzieht, bringt schwerwiegende Störungen des wirtschaftlichen Lebens und der Gewohnheiten jedes Einzelnen mit sich. Es ist unvermeidlich, daß einige davon profitieren, während viele leiden. Nichts enthält wohl mehr emotionalen Zündstoff als das Nebeneinander von Kriegsgewinnlern und Schwerkriegsbeschädigten. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß sich dort, wo der Ausgang eines Krieges unsicher ist, eine Kluft zwischen Gemäßigten und Extremisten auftut, zwischen denen, die nach Kompromissen suchen und solchen, die auf dem Siegfrieden bestehen. Wo aber ein Krieg klar verloren ist, wird es zu Differenzen darüber kommen, zu welchem Zeitpunkt die Niederlage eingestanden werden soll. Schließlich verstärkt ein Krieg ganz allgemein emotionale Spannungen und dies um so mehr, als es um Leben und Tod, Patriotismus und „Verrat“ geht.

Darüber hinaus kann keine Regierung, die nicht eine „bessere Zukunft“ in Aussicht stellt, auf Unterstützung der Massen rechnen. Im Zeitalter der Volkshere wird jeder Krieg zumindest vorgeblich auch um eine verbesserte Gesellschaft geführt. Nur große Hoffnungen können ein Volk dazu bringen, Not und Elend willig zu ertragen. Wenn ein Krieg also nicht kurz und eindeutig siegreich ist – wie unter Bismarck, Moltke und Roon – so stellt er notwendigerweise eine Bedrohung für jede Gesellschaftsordnung dar. Frühe apokalyptische Hoffnungen müssen mit Enttäuschung bezahlt werden. Desillusion wird zur Verbitterung, wenn eine „alte Ordnung“ sich überdies zur Verteidigung ihrer Privilegien „eingräbt“. Noch dazu brauchen die Verlierer einen Sündenbock, um eine Entschuldigung für die „unverdiente“ Niederlage zu haben. Unter dem Druck des Krieges zerbröckelt so die Einheit der ersten Monate. Alle Risse öffnen sich erneut. Nur in den seltensten Fällen bietet der

sche Chauvinisten als Maurras, Péguy oder Barrès. Es mutet eher ironisch an, daß z. B. Sorel Klage darüber führte, daß sein Meister, Bergson, sich dem Chor der „Intellektuellen in Waffen“ verschrieben hätte. (*Hughes*, aaO, 368 f.)

Krieg eine „Lösung“ für tiefgreifende soziale, ökonomische und politische Probleme.

Der Krieg ist mit seiner notwendig zentralisierten Planung vielmehr eine Schule des Sozialismus und gleichzeitig auch eine Erziehung zur Autoritätsgläubigkeit. Er kann folgsame Automaten, aber auch anarchistische Rebellen hervorbringen. Ein Krieg suspendiert notwendigerweise eine auf freier Wirtschaft, Initiative und den Prinzipien des *laissez-faire* basierende ökonomische Ordnung. Nur eine äußerst gesicherte kapitalistische Wirtschaft kann deshalb einen größeren Krieg unversehrt überstehen. Obendrein macht ein Krieg sich ebenfalls sehr störend im Ablauf des täglichen Lebens, besonders der Zivilisten, bemerkbar. Ist er aber vorüber, so zerstört er desgleichen die Routine des Soldaten. In Kriegs- wie in Nachkriegszeiten wird daher wenig als selbstverständlich hingenommen. Die ersehnte „Rückkehr zum Normalen“, wie sehr sie auch immer gewünscht werden mag, ist unmöglich.

Dies, grob umrissen, waren die Erfahrungen der kriegführenden Nationen während und nach dem Weltkrieg. Nicht eine ging unversehrt daraus hervor. Der „Friede“ eröffnete eine Periode des weitreichenden Wandels, der Unsicherheit, Unordnung und des gelegentlichen Chaos. Überall suchte man nach neuen Institutionen, neuen Ausdrucksmöglichkeiten, einem neuen Himmel und einer neuen Erde. Die Tage scheinbar gesicherter bürgerlicher Ordnung mit ihren charakteristischen sozialen, kulturellen und intellektuellen Werten schienen gezählt. Überall war man auf der Suche nach neuen Werten als Ersatz für diejenigen, die ihre Geltung verloren hatten.

IV

Weltkrieg erzeugt Weltrevolution. Die theoretischen Grundlagen hierfür waren mehr als ein halbes Jahrhundert vorher von Karl Marx und Friedrich Engels bereits recht gründlich gelegt worden. Jedoch im Gegensatz zu ihren zuversichtlichen Voraussagen war in der Praxis die Haltung der europäischen Arbeiterklasse gegenüber der herrschenden, überwiegend bürgerlichen Gesellschaft (mit der möglichen Ausnahme Rußlands) um 1914 nicht mehr von totaler Entfremdung geprägt. Fast überall waren die organisierte Arbeiterschaft und die politische Sozialdemokratie zumindest teilweise in die bürgerliche (und zunehmend demokratische) Gesellschaft integriert worden. Die nationalistische Zeitströmung hatte – trotz allem theoretischen Internationalismus – auch die Arbeiter und die meisten ihrer Führer erfaßt und sie zu Patrioten gestempelt.

Einige wenige aber standen abseits. Unter diesen trat besonders Lenin hervor, dessen geradezu pathologischer Haß auf die Bourgeoisie aus seinen persönlichen Erfahrungen ebenso wie aus den Besonderheiten der sozialen Entwicklung in Rußland zu erklären ist. Bei Ausbruch des Krieges hatte er alle

Kompromisse mit dem Patriotismus, der Arbeiter und sozialistische Intellektuelle in allen am Kriege beteiligten Nationen ergriffen hatte, entschieden von sich gewiesen. Statt dessen proklamierte er von seinem Schweizer Exil aus die Doktrin, daß der Völkerkrieg in einen internationalen Klassenkampf umgewandelt werden müsse. Er rief seine Anhänger zum Defätismus auf. 1915 half er, eine Konferenz gleichgesinnter linksgerichteter Sozialisten aus den kriegführenden Ländern zu organisieren. Als sich der Krieg im Jahre 1916 hinschleppte, konnte Lenin endlich einige Leute zu seinen Ansichten bekehren. In Deutschland trennte sich während dieses Jahres unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eine Splittergruppe der extremen Linken von den Sozialdemokraten, um den radikalen Spartakusbund zu gründen. Ähnliche Bewegungen waren in anderen kriegführenden Ländern, besonders Frankreich, zu beobachten. Bis 1917 hatte sich eine neue, Lenins Politik verpflichtete revolutionäre Internationale gebildet. Ihr sollte sich bald eine günstige Gelegenheit zur Durchsetzung ihrer Ziele bieten.

Wie einige vorausgesagt hatten, zersprang die „kapitalistische Kette“ als erstes in ihrem schwächsten Glied, der zaristischen Autokratie. Wenige Tage planloser Demonstrationen und Straßenkämpfe in Petrograd im März 1917 genügten, eine Dynastie hinwegzufegen, die mehr als 300 Jahre geherrscht hatte. Die nachfolgende, mit dem Namen Kerenski verbundene Provisorische Regierung war eine schwache und unsichere Koalition von liberalen Kapitalisten und gemäßigten Sozialisten. Sie zeigte sich schon bald in zunehmendem Maße unfähig, die Wünsche des Volkes vor allem nach Frieden zu erfüllen, während sie sich gleichzeitig durch Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen der Linken die Kräfte auf der Rechten entfremdete. Bis zum Herbst war sie völlig diskreditiert. Im Oktober wurde sie durch einen Staatsstreich der Bolschewiken, die dabei kaum auf Widerstand stießen, gestürzt.

Die bolschewistische Regierung der Volkskommissare zweifelte lange Zeit an ihrer eigenen Fähigkeit, sich mehr als wenige Wochen an der Macht zu halten. Binnen kurzem sollte sie in einen erbitterten Bürgerkrieg verwickelt werden. In den Augen der Bolschewiken lag die größte, ja die einzige Hoffnung auf Erfolg in einem Übergreifen der Revolution auf andere Länder, insbesondere auf Deutschland. Nur eine Revolution in Deutschland, so glaubte man, konnte den um sein Leben kämpfenden russischen Kommunismus retten.

Die Wogen der Hoffnung gingen dann auch Ende 1918 hoch, als die ersehnte Revolution in Deutschland ausbrach und die Hohenzollern-Dynastie den Weg der Romanows ging. Wie fast zwei Jahre zuvor in Rußland übernahmen gemäßigte Sozialisten, diesmal ohne bürgerliche Partner, die Macht. Würden sich die russischen Ereignisse wiederholen? Die bolschewistische Regierung tat ihr Äußerstes, um dafür zu sorgen, daß es dazu kommen würde. Durch Karl Radek, ihren Hauptagenten im revolutionären Deutschland, ermutigte sie Anfang 1919 den vergeblichen Versuch der Spartakisten, die Macht in Berlin zu übernehmen. Der Aufstand wurde durch das Bündnis von

gemäßigten Sozialisten mit den Resten der alten Armee vereitelt. Die Russen wollten jedoch auch jetzt die Hoffnung auf eine weitere Revolution in Deutschland nicht aufgeben. War nicht ein deutsches Rätssystem errichtet worden? Hatten die Kommunisten nicht in München – wenn auch nur temporär – die Macht übernehmen können? War nicht die kommunistische Revolution an vielen Stellen erfolgreich? Ein kommunistisches Regime etablierte sich vorübergehend in Budapest. 1920 standen Budennyjs Reiter vor den Toren Warschaus. Doch hatte Deutschland ganz offensichtlich eine Schlüsselstellung inne. So versuchten die Kommunisten in Sachsen und an der Ruhr die Macht zu ergreifen, jedoch ohne Erfolg. Erst 1923 entschloß sich die Dritte Internationale, den Traum von der Weltrevolution zu vertagen. Zu dieser Zeit war es klargeworden, daß – während das kommunistische Regime in Rußland bestehenbleiben – das restliche Europa bei seiner Neuordnung dem russischen Vorbild nicht folgen würde. Bald wurde der „Sozialismus in einem Land“ zur offiziellen sowjetischen Politik erhoben. Stalin, den Parteiapparat bereits fest kontrollierend, machte die von seinen Rivalen (unter ihnen viele „kosmopolitische“ Juden) gehegten Hoffnungen zunichte.

In der Tat haben bei dem fehlgeschlagenen Versuch, Europa zu revolutionieren, Juden eine führende Rolle gespielt. Die theoretischen Konzepte wurden – abgesehen von Marx und dem Nichtjuden Engels – nach 1905 von zwei Juden, Parvus-Helphand und Trotzki, in Form der Theorie von der „permanenten Revolution“ erarbeitet. Martow (Zederbaum) war seit den neunziger Jahren ein prominentes Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und späterer Führer der Menschewiken. Andere Juden, man denkt an Gerschuni, die Gebrüder Gotz und den berühmten Asew, hatten sich in der rivalisierenden Partei der Sozial-Revolutionäre hervorgetan. Juden waren nach der Februarrevolution vorübergehend im Petrograder Sowjet in den Vordergrund getreten. Drei von Lenins²² wichtigsten Mitarbeitern, Trotzki, Sinowjew und Kamenew, waren jüdischer Abstammung. Trotzki hatte bei dem Staatsstreich der Bolschewiken und bei der Organisation der Roten Armee eine hervorragende Rolle gespielt. Es ist vielleicht bedeutsam, daß vor allem Trotzki für einen „Export“ der Revolution nach dem übrigen Europa eintrat, und daß Sinowjew und Radek führende Mitglieder der Dritten Internationale (Komintern) wurden. Der internationale missionarische Eifer des Kommunismus verdankt den Bolschewiken jüdischer Abstammung nicht wenig. Überdies spielten Juden, etwa Rosa Luxemburg in Berlin, Toller, Leviné und andere in München, Bela Kun in Budapest eine führende Rolle bei den verschiedenen Versuchen, die kommunistische Revolution zu verbreiten. Das gleiche gilt trotz aller Verschiedenheit auch für bol-

²² Die Tatsache, daß Lenin möglicherweise auch einen jüdischen Vorfahren besaß (durch seine Abstammung mütterlicherseits von einem konvertierten jüdischen Arzt mit Namen Blank, der eine Wolgadeutsche geheiratet hatte), ist für den vorliegenden Zusammenhang unerheblich.

schewistische Juden wie Joffe oder Borodin. Das Hervortreten der Juden in der weltweiten revolutionären Bewegung war somit zumindest für eine kurze Zeit für alle deutlich sichtbar²³.

Es ist daher nur natürlich, daß die Juden, die die Weltrevolution propagierten, den Antisemiten überall willkommene Munition lieferten. Schon zu Beginn des Jahrhunderts hatte Nilus, ein Angestellter der Heiligen Synode in St. Petersburg, die angeblichen *Protokolle der Weisen von Zion* zusammengeschrieben. Er beabsichtigte dabei, Beweise für eine weltweite jüdische Verschwörung zu erbringen. Viele Jahre lang gehörten die Protokolle zum eisenen Bestand des russischen Antisemitismus. Nach dem Kriege übermittelten Offiziere der geschlagenen weißen Armee, Mitglieder der antisemitischen Internationale, die gerade erst von Pogromen zurückgekehrt waren, diese Fälschung den deutschen Antisemiten. Und die Beteiligung von Juden an der kommunistischen Revolution verlieh zumindest in den Augen der Unbedarften den gegen sie vorgebrachten Anschuldigungen einige Farbe²⁴. Die Entwicklung in Rußland sollte also ihre Rückwirkung auf Deutschland nicht verfehlen.

V

Für Deutschland erwies sich das Erlebnis von Krieg und Revolution in der Tat als eine erschütternde Erfahrung. Seit dem Winter von 1916 hatte sich die Not des Volkes um ein Vielfaches vergrößert. Der Grabenkrieg und das Gespenst einer möglichen Niederlage hatte alte, aus der Vorkriegszeit stammende Interessengegensätze von neuem aufbrechen lassen. Die schmale Legitimationsbasis eines halbfeudalen Systems, das nicht bereit war, dem wachsenden Verlangen nach Demokratie entgegenzukommen, war wieder schmerzhaft zutage getreten. Die am Sterbebett gezeigte Reue von einigen der aufgeklärteren Bürokraten hatte lediglich dazu geführt, die Haltung der hartnäckigen Nationalisten zu versteifen. Dadurch waren die Führungsschichten in das Lager der Gemäßigten, die demokratische Reformen wünschten, und in das der Extremisten, die eine Militärdiktatur propagierten, geteilt. Die eine Gruppe befürwortete außerdem einen Verhandlungsfrieden „ohne Annexionen und Reparationen“, die andere einen „Siegfrieden“. Als die Revolution dann schließlich – zusammen mit der drohenden Niederlage – kam, hatten sich bereits mindestens drei wichtige politische Strömungen herauskristallisiert. Die nationalistische Rechte, gestützt auf die alte, ihre Privilegien verteidigende herrschende Schicht, auf Militaristen und Ultrationalisten, blieb trotz zeitweiliger Diskreditierung wegen ihres Versagens im Kriege eine Kraft, mit der

²³ Ihre Gründe jedenfalls sind in diesem Kontext unwichtig.

²⁴ Tatsächlich handelte es sich bei der „Verschwörung“, die die Protokolle angeblich aufgedeckt haben sollten, um die Alliance Israélite Universelle, also um die liberale jüdische Bourgeoisie.

man rechnen mußte. Sie zog alle Gruppen an, die Angst vor Veränderungen hatten. Die Gemäßigten – die ehemaligen „Reichsfeinde“ – nämlich Sozialdemokraten, demokratische Liberale und bis zu einem gewissen Grad das katholische Zentrum – strebten nach mehr oder weniger radikalen politischen und sozialen Reformen, lehnten jedoch eine grundlegende soziale Revolution entschieden ab. Außer einer starken Mehrheit im Reichstag konnten sie auf die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft, wichtiger Minoritäten und vieler Intellektueller und Angehöriger der freien Berufe rechnen. Auf dem linken Flügel schließlich standen die Gruppen, die hofften, dem bolschewistischen Beispiel zu folgen – revolutionäre Matrosen und Soldaten, radikale Intellektuelle, zum Kommunismus bekehrte Arbeiter, das Strandgut der großen Städte. Ihr Ziel war es, über eine Räteregierung die „Diktatur des Proletariats“ aufzurichten. Deutschlands Regierungsform nach dem Kriege wurde letzten Endes von dem Spiel dieser drei Kräfte geprägt. Wie in Rußland zeichnete sich schließlich erst nach Jahren des (hier meist latenten) Bürgerkrieges die zukünftige Gestalt der deutschen Regierung ab.

Entsprechend dem sozio-politischen Spektrum schienen tatsächlich zunächst drei Wege aus der Krise in Deutschland gangbar. Nationalistische Offiziere und Beamte konnten mit Hilfe der aus radikalen rechtsgerichteten Soldaten rekrutierten Freikorps und unter stillschweigender Zustimmung des durch das Gespenst der Revolution verängstigten Bürgertums die Macht ergreifen. (Es wäre interessant zu erwägen, ob aus dem Chaos eine dem zur selben Zeit in Italien etablierten System ähnliche Regierungsform hätte hervorgehen können.) Auf der anderen Seite hätte es den gemäßigten Reformern nach einem nicht gerade vielversprechenden Versuch, die Traditionen von 1848 zu erneuern, gelingen können, eine demokratische Republik zu gründen. Sie hätten dabei möglicherweise an die in Deutschland gut entwickelte demokratische municipale Selbstverwaltung anknüpfen können. Hätten sie sich durchgesetzt, so hätte ihre Aufgabe in nichts Geringerem als in der völligen Liquidierung des Bismarckschen Erbes bestanden. Schließlich hätten Spartakisten und Kommunisten in Deutschland eine dem sowjetischen System entsprechende Regierungsform mitsamt Räten und Volkskommissaren einführen können. Selbsternannte radikale Intellektuelle, gestützt auf Matrosen und Rote Garden, würden im Namen des Proletariats eine autoritäre kommunistische Regierung einsetzen.

Nur im Rückblick kann behauptet werden, daß der Ausgang des dreiseitig geführten Kampfes von 1918 schon von vornherein festgestanden hätte. Dem Zeitgenossen zwischen 1918 und 1923 mußte es oftmals scheinen, daß die Zukunft alle Möglichkeiten offen ließ (eingeschlossen sogar die des Zerfalls Deutschlands in seine einzelnen Teilstaaten). Frühzeitig gingen die gemäßigten Sozialisten und ihre Verbündeten, unfähig den Extremismus von links und rechts zu meistern, ein Bündnis mit den progressiveren unter den Generälen ein und errichteten erfolgreich ein Kompromißsystem. Die Gemäßigten erhielten

so die politische Kontrolle, mußten jedoch die Unterstützung durch das Militär mit der partiellen Beibehaltung der Vorkriegsordnung bezahlen. Das neue Regime blieb auch weiterhin den Angriffen der Extremisten von beiden Seiten ausgesetzt. Doch ist es schließlich der Weimarer Republik – so schwach sie war – zu danken, daß Deutschland die durch Krieg, Niederlage und Revolution bedingte Krise erfolgreich überwand. Um 1924 hatte sich die neue Ordnung, wie es schien, durchgesetzt.

VI

Die sich über mehrere Jahre erstreckende Suche nach einer „neuen Ordnung“ hatte schwerwiegende Rückwirkungen auf die Situation der jüdischen Minderheit in Deutschland. Ihre Lage war in jedem Falle so prekär, daß sie sich in Zeiten nationaler Krise besonders problematisch gestalten mußte. Wenige Teile West- und Mitteleuropas konnten sich auf eine längere, tiefer gehende und klarer ausgeprägte antisemitische Tradition berufen als die deutschsprachigen Länder²⁵. Seit Generationen schon ließen sich rassistische Tendenzen im Schreiben und Denken „gebildeter“ wie „ungebildeter“ Deutscher verfolgen. Besonders einflußreich als Exponenten antijüdischer Gefühle waren Richard Wagner und Heinrich von Treitschke. Gleichzeitig waren die Juden in kaum einem anderen Land so schnell und spektakulär in bedeutende Stellungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet aufgestiegen wie in Deutschland. Und dies in einer relativ ungefestigten, sich ihrer nationalen Identität und ihrer errungenen Werte noch bei weitem nicht versichert haltenden Gesellschaft. Furcht und Haß gegen die scheinbar allgegenwärtigen Juden ergriffen weitere Kreise. Besondere Abneigung erweckte dabei die zeitweilige überragende Stellung der Juden auf dem Gebiet des Pressewesens. Die durchweg liberale und den Extravaganzen der kaiserlichen Regierung gegenüber mehr oder weniger kritisch eingestellte „jüdische Presse“ hatte mehr und mehr die Fühlung mit der wachsenden nationalistischen Grundstimmung der Öffentlichkeit verloren. Insbesondere neigte sie dazu, eine (unpopuläre) Mäßigung in der Außenpolitik zu empfehlen. Der jüdische Journalismus fiel sofort auf und war leicht als „vaterlandslos“ angreifbar. Der Antikapitalismus hinwiederum konnte sich ohne weiteres in antijüdische Formen kleiden, da „jüdischer Geist“ – wie nicht nur Professor Sombart seinen Studenten und bürgerlichen Lesern predigte – eng mit der Entwicklung des Kapitalismus verbunden war. In Deutschland nun war der Kapitalismus in den Jahrzehnten vor dem Krieg in besonders augenfälliger Weise erstarkt. Zugleich hatte die für Deutschland charakteristische, in der Praxis, wenn nicht gar auch in der Theorie, nur unvollständig durchgeführte Emanzipation der Juden, diese zu einem im Ganzen

²⁵ „Wir Juden“, heißt es bei Thomas Mann, „haben alles zu fürchten vom deutschen Charakter, qui est essentiellement anti-sémitique . . .“ (*Mann, Doktor Faustus*, 620.)

unruhigen Element in der Bevölkerung werden lassen. Sie neigten zu einer kritischen und oppositionellen Haltung und waren so den Konservativen und den Philistern ein ständiges Ärgernis. Der kritische jüdische Journalismus, von Heine bis Harden sarkastisch, beißend, satirisch (und begabt mit einer gehörigen Portion der als „Chuzpe“ bekannten spezifisch jüdischen Frechheit), konnte den Durchschnittsbürger nur vor den Kopf stoßen.

Zu diesen für die deutsch-jüdische Situation charakteristischen Faktoren kamen durch den Krieg noch weitere hinzu: so der zeitweilig von deutschen Behörden geförderte Zustrom osteuropäischer Juden, die oft als Rüstungsarbeiter zuwanderten (die Deutschen kontrollierten in dem von ihnen besetzten Teil Polens Gebiete mit weitgehend jüdischer Bevölkerung). Diese einem völlig anderen sozialen und kulturellen Milieu entstammenden Juden waren den meisten Deutschen fremd, exotisch und unangenehm. Ihre immer spürbarer werdende Anwesenheit unter völkisch orientierten Deutschen mußte notwendig eine negative Reaktion hervorrufen. Ferner waren Juden – dank ihrer unleugbaren Geschäftstüchtigkeit (man denke an Walther Rathenau oder Albert Ballin) – an der Nachschubversorgung beteiligt. Manche von ihnen sicherten sich Verträge mit der Armee. Sie konnten nur allzu leicht als Kriegsgewinnler abgestempelt werden, die Geld scheffelten, während deutsche Soldaten elendig in den Schützengräben starben. Als es in der öffentlichen Meinung in Deutschland 1916 zur „großen Spaltung“ gekommen war, waren die Juden aus gutem Grund in ihrer Mehrheit unter den Gemäßigten zu finden gewesen, was ihnen seitens der extremen Nationalisten unschwer den Vorwurf des mangelnden Patriotismus eintrug. Darüber hinaus eignete sich die relativ prominente Beteiligung von Juden in den Reihen der extremen Linken – und nicht nur in Deutschland – gut zu antisemitischer Propaganda. Mit der wachsenden Verbreitung der *Protokolle* gewann der Mythos von einer weltweiten jüdischen Verschwörung bald immer mehr an Boden. Und waren nicht die zahlreichen Männer und Frauen jüdischer Abstammung in den Reihen der kommunistischen Weltbewegung Beweis genug, um zumindest politisch Unbedarfte völlig guten Glaubens die Theorie von einem jüdischen „Komplott“ plausibel erscheinen zu lassen? Konnte man nicht in der Komintern tatsächlich eine weltweite Verschwörung sehen? Und waren nicht Parvus-Helphand, Luxemburg, Radek oder Towia Lerch und andere wirklich Menschen ohne Vaterland und berufliche Agenten einer internationalen Revolution? Sicher ist, daß ihre Tätigkeit den Anschuldigungen der Antisemiten Überzeugungskraft verlieh. Schließlich brauchten auch die bisher herrschenden Schichten angesichts der drohenden Niederlage einen Sündenbock, um das militärische Versagen hinwegzuerklären, und gab es ein passenderes Opfer als den Juden? Alle diese Faktoren, die meisten der Situation in Deutschland mehr oder weniger eigentümlich, gaben der jüdischen Frage innerhalb der weiteren deutschen Krise eine einzigartige Bedeutung. Hatte sie auch im allgemeinen nur bedingtes Gewicht, so waren ihre Folgen nichtsdestoweniger zu allen Zeiten erheblich.

Gemäß der besonderen deutschen Situation zeigten denn auch die Juden lebhaftes Interesse für den Fortgang und die schließliche Lösung der deutschen Krise.

Für die deutschen Juden hatte in der Tat die Zerschlagung der politischen und sozialen Struktur des Landes weitreichende Konsequenzen. Sie hatten, in ihrer Mehrheit wenigstens, den gesellschaftlichen und politischen Rahmen des Bismarckreiches grundsätzlich, wenn auch nicht völlig unkritisch, akzeptiert. Während jedoch die allgemeine Tendenz der Epoche zu autoritärem Konservatismus und Militarismus führte, strebte im besonderen die jüdische Intelligenz in ihrer Mehrheit in die entgegengesetzte Richtung demokratischer und sozialdemokratischer Ideen und Organisationen. Juden waren aktiv in der kaisertreuen Opposition tätig gewesen. Ihre Identifizierung mit der Grundstruktur des Bismarckreiches hatte auch ihre Haltung während des Krieges mitbestimmt. Nicht weniger begeistert als ihre nichtjüdischen Mitbürger waren sie in den deutschen „Verteidigungskrieg“ gezogen. Viele unter ihnen hatten die durch die „schwerste Prüfung“ scheinbar herbeigeführte nationale Einheit freudig begrüßt. Sie hatten die Hoffnung gehegt, die neuerungene Gleichheit und Brüderlichkeit werde den Krieg überdauern und die Grundlage der bei seinem Ende neu zu errichtenden Gesellschaftsordnung bilden.

Als dann angesichts des militärischen Patts die nationale Einheit zerbrach, begannen schwere Zeiten. Die extreme Rechte setzte bei ihrer Suche nach einem Sündenbock bössartige antisemitische Hetzkampagnen in Gang, denen die schwache Reichsregierung weder steuern konnte noch wollte. Die Juden reagierten hierauf vielerorts mit bitterer Enttäuschung, die sich häufig durch persönliche Erfahrungen in noch verschlimmerte Verzweiflung steigerte. Der Traum von Einheit, Brüderlichkeit und Anerkennung, der sie Elend und Not hatte ertragen lassen, war ausgeträumt. Der Ausblick auf die Zukunft war trübe.

Als eine der Reaktionen auf den das Land nach 1916 überflutenden Antisemitismus entwickelten die deutschen Juden zunächst defensiv ein wachsendes Selbstgefühl und ein Bewußtsein ihrer unterschiedlichen Eigenart. Schon der Kontakt mit den nicht assimilierten Juden Osteuropas hatte sie ihr „Jüdischsein“ in bis dahin ungeahnter Weise entdecken lassen. Von der Umwelt zurückgestoßen, bekannte sich ein großer Teil der Juden jetzt verstärkt zu ihrem Judentum. Unabhängig hiervon hatten die Ereignisse des Krieges selbst der zionistischen Bewegung eine neue Stoßkraft verliehen. Deutsche Zionisten hatten sich durch die Tatsache ermutigt gefühlt, daß die deutsche Regierung zu Beginn des Krieges sie zum Zweck weltweiter jüdischer Unterstützung hofiert hatte. Und hatte sich nicht Palästina, das Land ihrer Hoffnungen, unter der Kontrolle der Deutschland verbündeten Türken befunden? Schließlich allerdings war es der britischen Regierung bestimmt gewesen, deren Kräfte Palästina erobert hatten, 1917 die „Balfour-Erklärung“ abzugeben.

Diese Geste belebte wie überall, so auch in Deutschland, die zionistischen Hoffnungen. Viele Juden, besonders die junge Generation, gingen somit aus den Qualen von Krieg und Revolution mit gestärktem jüdischem Bewußtsein hervor. Manchen erschien das alte „Land Israels“ als eine Lösung der Probleme der anscheinend ausweglos in der deutsch-europäischen Krise gefangenen Juden. Sie wollten dem diskreditierten Europa, das so viel Schrecken verbreitet hatte, den Rücken kehren. Die große Mehrheit jedoch, ihrer jüdischen Identität erneut versichert, hoffte auch weiterhin auf eine staatsbürgerlich gesicherte jüdische Existenz in einem neuen und demokratischen Deutschland.

Andere allerdings suchten in der Zeit des Interregnums nach einer durchaus andersartigen Lösung. Als sich die deutsche Sozialdemokratie während des Krieges spaltete, verband sich eine Anzahl, besonders jüdischer, Intellektueller auf Gedeih und Verderb mit den Linksextremisten. Aus psychologischen oder intellektuellen Gründen waren sie entschlossen, ein kommunistisches Utopia zu errichten, wenn nötig auf dem Wege der Revolution. Auch das jüdische Problem, so dachten sie, würde hiermit automatisch zusammen mit jedem anderen nationalen Separatismus verschwinden. Der Erfolg der russischen Revolution hatte ermutigend gewirkt und sie zum Kampf um eine „bessere Welt“ angespornt; dies zuerst in den Reihen der Spartakisten, später als Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands. Diese jüdischen Intellektuellen vertraten einen Alles-oder-nichts-Idealismus, abhold jeder Mäßigung und jedem Kompromiß. Sie ordneten beständig ihr Judentum (selbst wenn sie es nicht verleugneten) bewußt den über allem stehenden Erfordernissen der internationalen Solidarität und des Klassenkampfes unter. Sie leugneten jegliche rassischen und religiösen Unterschiede und erwarteten die Lösung auch des „Judenproblems“ im Rahmen der zukünftigen „klassenlosen Gesellschaft“.

Eine derartige Haltung war jedoch für die meisten deutschen Juden unannehmbar. Sie konnten auf Grund ihrer intellektuellen und ökonomischen Situation den ihre Existenz im Innersten bedrohenden kommunistischen Extremismus nur mißbilligen. Ihre Hoffnungen für die Zukunft basierten auf der endgültigen Liberalisierung der deutschen Gesellschaft und Politik. Ihre Sympathien galten deshalb den innerhalb der deutschen Gesellschaft wirksamen demokratischen Kräften.

Und es hatte zunächst den Anschein, als sollten ihre Hoffnungen sie nicht betrügen. Als nach dem Zusammenbruch und der allgemeinen Verwirrung der ersten Nachkriegsjahre eine „neue Ordnung“ sich schließlich abzuzeichnen begann, trug sie viele den liberal gesinnten deutschen Juden genehme Züge. So war die Weimarer Republik zumindest auf politischem Gebiet demokratisch und frei von Diskriminierung. Der Geist ihrer Einrichtungen eröffnete die Aussicht auf eine progressive Sozialpolitik. Auch bot sie trotz Niederlage und harten Jahren den Rahmen für ein reges intellektuelles und künstlerisches Leben, das Berlin zu einem Kulturzentrum ersten Ranges machte. Neuerungen,

besonders im sozialen und kulturellen Bereich, ermöglichten Juden größeren Spielraum zur Entfaltung ihrer Talente. Überall hatten sich die Juden stark engagiert. Auf vielen Gebieten war ihre Beteiligung deutlich sichtbar, allerdings nur selten ohne problematischen Beigeschmack. So beurteilte denn die Mehrheit der Juden die neue Epoche aus guten Gründen zunächst durchaus positiv. Und nur wer die Dinge ausschließlich aus der heutigen Sicht betrachtet, wird behaupten, daß dies alles eine Illusion gewesen sei.

Und dennoch, wenn auch Grund zum Hoffen vorhanden war, so war diese Epoche auch gleichzeitig die des (pessimistischen) Spenglerkults. Wenige Monate vor dem militärischen Zusammenbruch, im Juli 1918, erschien der erste Band des *Untergangs des Abendlandes*. Der Verfasser stieß auf sofortige enthusiastische Zustimmung. 1922 folgte der zweite Band, ein Jahr später die überarbeitete Neuauflage des ersten. Das bemerkenswerte Werk spiegelt vielleicht am besten den (im Grunde pessimistischen) Geist der Nachkriegsepoche wider. Vor diesem Hintergrund mußte jeglicher Optimismus des „Neubeginns“ verblasen.

Tatsächlich schuf die durch Krieg und Revolution verursachte Auflösung der alten Bindungen für Juden in vielen Teilen Europas schwerwiegende Probleme der Neuorientierung. Dies galt insbesondere auch für Deutschland mit seiner ausgeprägten politischen und Sozialstruktur und seinen, in dieser Form einzigartigen, Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden. Krieg und Revolution zerstörten nicht allein ein prekäres Gleichgewicht der deutschen Verhältnisse, sondern auch der damit unlöslich verbundenen deutsch-jüdischen Situation. Nach Zusammenbruch des Bismarckreiches wurde es für alle Deutschen, gleich ob jüdisch oder nichtjüdisch, notwendig, sowohl für sich als auch gegenseitig neue Beziehungen zu schaffen. Die schließlichen „Lösungen“ sollten tatsächlich einen ehrlichen Versuch der Mehrheit auf beiden Seiten zu einem demokratisch-humanitären Neuanfang darstellen.

Oder so mochte es jedenfalls liberal-demokratisch gesinnten Menschen zumindest eine Zeitlang erscheinen. Jedoch ist im Rückblick die Frage wohl aufzuwerfen, ob dieser Versuch (wie wohl auch jeder andere) nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt war. Von der Warte des Jahres 1945 jedenfalls fragt Thomas Mann – und nicht mit Unrecht – ob nicht vielleicht die Zukunfts- tragödie bereits im Laufe der deutschen Gesamtentwicklung vorgezeichnet war:

„Eine Vaterlandsliebe aber, die kühnlich behaupten wollte, daß der Blutstaat, dessen schnaubende Agonie wir nun erleben; der unermeßliche Verbrechen, lutherisch zu reden ‚auf seinen Hals nahm‘; bei dessen brüllender Ausrufung, bei dessen das Menschenrecht durchstreichenden Verkündigungen ein Taumel von Übergluck die Menge hinriß, und unter dessen grellen Bannern unsere Jugend mit blitzenden Augen, in hellem Stolz und im Glauben fest, marschierte, – daß er etwas unserer Volksnatur durchaus Fremdes, Aufgezwungenes und in ihr Wurzelloses gewesen wäre, – eine solche Vaterlandsliebe schiene mir hochherziger, als sie mich gewissenhaft dünkte. War diese Herrschaft nicht nach Worten und Taten nur die verzerrte, verpöbelte, verscheußlichte Wahrwerdung einer Gesinnung und Weltbeurteilung,

der man charakterliche Echtheit zuerkennen muß, und die der christlich-humane Mensch nicht ohne Scheu in den Zügen unserer Großen, der an Figur gewaltigsten Verkörperungen des Deutschtums ausgeprägt findet? Ich frage – und frage ich zu viel? ...“²⁶

Auf diese Frage, die eine der großen Gestalten deutschen Schrifttums in seinem letzten kritischen Roman aufwirft, eine Antwort auch nur zu versuchen, würde weit über den Rahmen dieser rein historischen Betrachtung hinausführen. Aber daß eine solche Frage unter dem Gesichtswinkel von 1945 und unter dem unmittelbaren Eindruck des furchtbaren Geschehens der vorausgegangenen Jahre überhaupt gestellt werden konnte, wirft ein Licht auf die Verschlungenheit der Problematik, die in ihrer ganzen Tiefe beim Zusammenbruch des Bismarckreiches von den hier erwähnten „liberal-demokratisch gesinnten Menschen“, die auf einen „demokratisch-humanitären Neuanfang“ hinzuarbeiten vermeinten, gar nicht erfaßt wurde. Am Ende der in diesem Buch behandelten Periode allerdings befinden wir uns erst am Anfang einer Entwicklung, die bei vielen der besten Zeitgenossen auf Illusionen und auf Verkennung der Kräfteverhältnisse gegründet war. Denn das Ergebnis konnte nicht vorausgesehen werden, weil dazu viele unbekannte und unvorhersehbare Faktoren, und nicht allein innerhalb des deutschen Bereiches, beitrugen. Politische und wirtschaftliche Veränderungen weltweiten Umfanges spielten hier eine schicksalsvolle Rolle. Die Antwort aber lag damals noch im Dunkel der Zukunft. Daher können auch wir diese Betrachtung nur mit einer Frage beschließen, deren eindringliche Form uns ein repräsentativer Deutscher jener Zeit gegeben hat.

²⁶ Mann, Doktor Faustus, 731.

DIE POLITISCHEN VERÄNDERUNGEN DER KRIEGSZEIT UND IHRE AUSWIRKUNGEN AUF DIE JUDENFRAGE

von

Saul Friedländer

I

Der Erste Weltkrieg brachte die bis dahin oftmals unterirdisch schwelenden Unruhen und Spannungen der europäischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zum ersten Mal ans Tageslicht. Der mit Begeisterung begrüßte Ausbruch der Feindseligkeiten schien zunächst dem aufgestauten Unbehagen und der Revolte gegen die Bürgerlichkeit ein Ventil zu schaffen. Später ließen die Kräfte, die zum Zusammenbruch des veralteten sozialen Gefüges führten, in Rußland die Empörung zur Revolution anschwellen, während anderswo die grausamen Begleiterscheinungen des Krieges, Elend und weitgehende Verwüstung, nur eine unheimliche Angst produzierten. Das Abendland stand taumelnd an der Schwelle eines neuen Zeitalters, das ihm unwiderruflich den Untergang anzukündigen schien.

In Deutschland vielleicht noch mehr als in anderen Ländern wurde das Chaos, das der Weltkrieg herbeigeführt hatte, noch verstärkt durch die innere Unsicherheit, die vor allem in den Mittelschichten seit dem Beginn des Zweiten Reiches endemisch geworden war.

Mit der Einigung Deutschlands war nicht jenes ideale Reich geschaffen worden, das so viele Deutsche mit geradezu messianischer, glühender Sehnsucht seit dem Beginn des neunzehnten Jahrhunderts erwartet hatten. Vor allem schien die mit großer Geschwindigkeit fortschreitende Industrialisierung des Landes das autoritäre Gefüge der Gesellschaft und darüber hinaus sogar das Gefühl der deutschen Identität, das ewig ungelöste Problem des deutschen Volkes, aufs neue in Frage zu stellen. Die Furcht, die überkommenen Wertbegriffe dahinschwinden zu sehen und die durch die gefährdete nationale Identität hervorgerufene innere Unruhe erfüllten den Adel und das Bürgertum des Zweiten Reiches in gleichem Maße. Aber vor allem das Kleinbürgertum fühlte sich von diesen Problemen bedrängt, denn dies war die Klasse,

die von den schweren wirtschaftlichen Schwankungen und der Umgestaltung des Gefüges von Industrie und Handel im Gefolge der raschen Expansion am unmittelbarsten bedroht war.

Aus diesen sozialen und psychologischen Verhältnissen erwuchs der deutsche Antisemitismus des ausgehenden neunzehnten und des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts. Wie auch sonst im Abendland wurde der Jude, von einer nicht auszurottenden, im kirchlichen Antisemitismus verwurzelten Tradition mit dem Bösen schlechthin gleichgesetzt und in einer von sozialer Zersetzung bedrohten Gesellschaft zum Symbol aller „negativen“ und zerstörerischen Tendenzen in der überkommenen Wertordnung gemacht. Der schnelle soziale Aufstieg von Menschen, die man als kaum dem Ghetto entstiegen betrachtete, zur selben Zeit, da sich bei gewissen Gruppen in Deutschland wie in anderen Ländern Europas die Unruhe verstärkte, schien einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Erfolg des Juden und den beängstigenden Umwälzungen, die das soziale Gefüge zu erschüttern drohten, zu beweisen.

Der Adel und die konservativen Elemente des Großbürgertums des Zweiten Reiches hatten schon ihrer gesellschaftlichen Tradition gemäß eine Verachtung für die Juden. Sie fürchteten sie als Konkurrenten im Geschäftsleben und vor allem als Verkünder liberaler oder gar sozialistischer Ideen. Die bürgerliche Presse, die zu einem erheblichen Teil in jüdischen Händen war, erschien der konservativen Hierarchie als ernsthafte Bedrohung der nationalen Moral.

In den oberen und mittleren Schichten des Bürgertums hingegen waren die ausgesprochen antisemitischen Vorurteile gemäßigt: Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ideale der Mehrheit der deutschen Juden schienen sich weitgehend mit denen der nichtjüdischen Anhänger und Wähler der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei zu decken, deren Optimismus durch den wirtschaftlichen Aufstieg und durch ihren wachsenden politischen Einfluß neue Nahrung erhielt. Und dennoch konnte Max Warburg im Jahre 1913 seinem Bruder Aby über die Einstellung liberaler kaufmännischer Kreise folgendes schreiben: „Hier in Hamburg gibt es keinen offenen Antisemitismus, aber viele verborgene antisemitische Gefühle.“¹ Es bestanden auch gewisse Schranken gesellschaftlicher Art zwischen Juden und Nichtjuden. „Geschäftsbeziehungen untereinander [in Hamburg] waren im allgemeinen freundschaftlicher Natur, aber auf dem Gebiet gesellschaftlichen Lebens gebot hanseatische Sitte bisweilen eine strenge Trennung der Rassen. So tranken Juden und Christen, die an der Börse miteinander Geschäfte gemacht hatten, nach Börsenschluß ihren Kaffee im Alsterpavillon an getrennten Tischen.“²

Während in anderen sozialen Schichten des Reichs der Antisemitismus sporadisch und relativ gemäßigt blieb, fand er bei einem Teil des Mittelstands,

¹ *Lamar Cecil*, Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888–1918, Hamburg 1969, 49.

² AaO.

dem Kleinbürgertum, heftigen und extremen Ausdruck. Das Kleinbürgertum mit seinen Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten, seinen Angestellten und Volksschullehrern, war eine von der raschen Umgestaltung der Lebensformen besonders bedrohte Klasse. Diese Klasse war ratlos, als an den ihr heiligen Werten gerüttelt wurde, und fühlte sich gedemütigt durch die Diskrepanz zwischen ihren Ambitionen und den Grenzen ihrer Macht innerhalb der Gesellschaft. Wir brauchen hier nicht auf die verschiedenen antisemitischen Bewegungen einzugehen, die sich innerhalb dieser Gesellschaftsschicht in der zweiten Hälfte des neunzehnten und zu Beginn unseres Jahrhunderts entwickelten; in letzter Zeit sind sie von Historikern wie Massing, Pulzer, Mosse³ und anderen analysiert worden. Der Jude erweckte im Kleinbürger ein Gefühl des Neides ob seiner Erfolge, aber er diente ihm auch als „Gegentypus“, an dem sich das an seiner Identität und seiner sozialen Stellung in Zweifel geratene Individuum definieren und seiner Eigenart bewußt werden konnte. Der Jude, ganz gleich ob Kapitalist oder Sozialist, verkörperte für ihn jene Mächte, die ihn bedrohten. In ihrer organisierten Form erreichte die antisemitische Agitation ihren Höhepunkt in den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges war sie stark zurückgegangen. Die antijüdische Stimmung jedoch verbreitete sich ständig weiter.

Selbst die Gewerkschaftsbewegung war keineswegs frei von antijüdischen Ressentiments. Zwar wurden diese in der Regel von Wortführern kleinbürgerlichen Ursprungs zum Ausdruck gebracht; auch waren sie eher bei den „christlichen“ Gewerkschaften anzutreffen als in den Reihen der Sozialdemokratie. Man darf andererseits aber nicht vergessen, daß Dürring einer der berühmtesten deutschen Antisemiten des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts, zugleich überzeugter Anhänger der Linken war (wie übrigens auch Drumont in Frankreich). Man erinnere sich auch der antisemitischen Ausfälle eines Erzberger anlässlich der Auseinandersetzungen zwischen christlichen Gewerkschaften und Sozialdemokratie⁴.

Über die Einstellung Wilhelms II. zu den Juden schreibt Lamar Cecil, der jüngste Biograph Albert Ballins:

„Bernhard von Bülow, der den Kaiser vielleicht am besten kannte und viel an seinem Wesen zu kritisieren hatte, fand ihn ‚in keiner Weise‘ gegen die Juden vorgegenommen, eine Ansicht, die zahlreiche andere Zeitgenossen bestätigt haben.

³ Paul W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1959; Peter G. J. Pulzer, *The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria*, New York 1964, Deutsche Ausgabe: *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914*, Gütersloh 1966; George Mosse, *The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich*, New York 1964.

⁴ Klaus Epstein, *Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy*, Princeton 1959, 402 (Deutsche Ausgabe: *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Berlin 1962).

Auf der anderen Seite enthüllen seine Korrespondenz und Gespräche, wenn auch nur gelegentlich, unverkennbare Spuren von Antisemitismus; Wilhelm scheint ein eigenwilliges Vorurteil besessen zu haben: seine Beziehungen zu wohlhabenden, in der Geschäfts- und Finanzwelt angesehenen Juden waren fast durchweg gut, manchmal sogar herzlich. Gleichzeitig waren die Berliner Pressefürsten und die Führer der Sozialistischen Partei, beide überwiegend jüdisch und dem Kaiser feindselig gesonnen, häufig das Objekt kaiserlicher Verwünschungen . . .“⁵

So war am Vorabend des Krieges der Antisemitismus in den verschiedenen Schichten der deutschen Gesellschaft nicht gerade in einer lebhaften Wachstumsphase begriffen (nur der Wahlerfolg der Linken im Jahre 1912 hatte ein gewisses Aufflackern der antisemitischen Agitation zur Folge), stellte aber nichtsdestoweniger in seiner halblatenten Form eine weitverbreitete Haltung dar; eine schwere Krise genügte, ihn mit erneuter Kraft zu einem Faktor des öffentlichen Lebens zu machen.

II

In Deutschland wurde die Kriegserklärung überwiegend mit echter Begeisterung begrüßt. „Wir brachen begeistert auf“, schreibt Zeitblom, der Erzähler in Thomas Manns *Doktor Faustus*, „erfüllt von Gewißheit, daß Deutschlands sekulare Stunde geschlagen habe, daß die Geschichte ihre Hand über uns halte; daß nach Spanien, Frankreich, England wir an der Reihe seien, der Welt unseren Stempel aufzudrücken und sie zu führen.“⁶ In dieser Atmosphäre nationaler Verbundenheit verblaßten die inneren Zwistigkeiten der Vorkriegszeit. Alle feindseligen Gefühle richteten sich nun gegen den äußeren Feind. Auch die Juden wurden eine Zeitlang nur als Deutsche betrachtet, jüdenfeindliche Strömungen wurden unterdrückt, antisemitische Zeitungen zensiert oder verboten. Die gegen Juden diskriminierenden Maßnahmen der Behörden ließen bedeutend nach. Die Juden ihrerseits wetteiferten in der Zur-Schaustellung von Patriotismus leidenschaftlich mit ihren Landsleuten; Chaim Weizmann sagte kurz nach dem Krieg dem englischen Gesandten in Berlin in sarkastischer Übertreibung: „1914 waren die jüdischen Intellektuellen in Deutschland die arrogantesten und kampflustigsten aller Preußen.“⁷ Und es war der jüdische Dichter Ernst Lissauer, der den populärsten deutschen Kampfgesang verfaßte, den „Haßgesang gegen England“. Stefan Zweig schrieb später darüber, freilich auch er nun in dichterischer Übertreibung:

⁵ *Cecil*, op. cit., 97 f. Siehe auch des Kaisers Brief vom 29. 9. 1898, in: Herzl, Hechler, *The Grand Duke of Baden and the German Emperor 1896–1904*, Documents found by *Hermann and Bessi Ellern*. Reproduced in Facsimile, Tel Aviv 1961.

⁶ *Thomas Mann*, *Doktor Faustus*, Stockholm 1947, 463.

⁷ *Viscount d'Abernon*, *An Ambassador of Peace*, Bd. I, London 1929, 236. Unter den Unterzeichnern des „Manifests der Dreiundneunzig“ befanden sich viele Juden, so zum Beispiel, um nur einige der bekanntesten von ihnen zu nennen, Paul Ehrlich, Ludwig Fulda, Fritz Haber, Paul Laband, Max Liebermann und Max Reinhardt.

„Das Gedicht fiel wie eine Bombe in ein Munitionsdepot. Nie vielleicht hat ein Gedicht in Deutschland, selbst die ‚Wacht am Rhein‘ nicht, so rasch die Runde gemacht wie dieser berüchtigte ‚Haßgesang gegen England‘. Der Kaiser war begeistert und verlieh Lissauer den Roten Adlerorden, man druckte das Gedicht in allen Zeitungen nach, die Lehrer lasen es in den Schulen den Kindern vor, die Offiziere traten vor die Front und zitierten es den Soldaten, bis jeder die Haßlitanei auswendig konnte. Aber nicht genug an dem. Das kleine Gedicht wurde, in Musik gesetzt und zum Chor erweitert, in den Theatern vorgetragen; unter den siebenzig Millionen Deutschen gab es bald keinen einzigen Menschen mehr, der den ‚Haßgesang gegen England‘ nicht von der ersten bis zur letzten Zeile kannte, und bald kannte ihn – freilich mit weniger Begeisterung – die ganze Welt.“⁸

In dieser Atmosphäre des Gemeinschaftsgefühls waren also die Voraussetzungen erfüllt für eine deutsch-jüdische Solidarität, die freilich nur flüchtig sein sollte.

In Berlin kannte man die Schwächen des Zarenreichs, das von inneren Konflikten untergraben war und das von einem schwachen, von einer korrupten Gruppe umgebenen Monarchen regiert wurde. So lag der Versuch nahe, durch eine geschickte deutsche Subversionspolitik umstürzlerische Elemente in Rußland zu stärken. Für ein dafür geeignetes Element hielt man die in Rußland entrechteten und verfolgten Juden. Diese Idee fand Unterstützung bei einem Teil der deutschen Juden.

Während in den Augen hoher Beamter der Wilhelmstraße die russischen Juden neben Polen und Ukrainern die dritte nationale Minderheit darstellten, die man zum Kampf gegen den Zarismus aufstacheln wollte, schlug der deutsch-jüdische Rechtsanwalt Max Bodenheimer vor, an die Juden Rußlands eine Proklamation zu richten und ihnen deutsche Hilfe zu versprechen. Am 17. August 1914 bildete sich in Berlin unter Vorsitz des Soziologen Franz Oppenheimer das „Deutsche Komitee zur Befreiung der russischen Juden“⁹. Ein jüdisches Komitee im österreichischen Galizien, über dessen Tätigkeit das deutsche Generalkonsulat in Lemberg laufend und positiv nach Berlin berichtete, rief seine Glaubensgenossen in Russisch-Polen zur Rache für die Pogrome und zur aktiven oder zumindest passiven Resistenz gegen die russische Herrschaft auf. Darüber hinaus nahm der deutsche Konsul in Bukarest im September 1914 den Kontakt mit jüdischen Agenten auf, die – etwas zu großsprecherisch – in Aussicht stellten, gegen hohe Belohnung in Bessarabien innerhalb von zehn Tagen einen Aufstand herbeizuführen¹⁰. Am

⁸ Stefan Zweig, *Die Welt von Gestern*, Berlin 1965, 215.

⁹ Im Januar 1915 nahm dieses, durch den Anschluß neuer Organisationen erweiterte Komitee, den Namen „Komitee für den Osten“ an. Seine Ziele waren seitdem nur noch philanthropischer Natur. Siehe *S. Adler-Rudel*, *Ostjuden in Deutschland 1880–1940*. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 1, Tübingen 1959, 36.

¹⁰ Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/1918*, Düsseldorf 1964, 169.

22. November 1914 schrieb Max Bodenheimer an Otto Warburg, den Präsidenten der Exekutive der zionistischen Organisation: „Meiner Ansicht nach haben die Juden Rußlands an einem entscheidenden Sieg Deutschlands genau dasselbe Interesse wie das Deutsche Reich.“¹¹ Dennoch beschloß die zionistische Führung nach den ersten deutschen Niederlagen im Herbst 1914, sich von der Politik der deutschen Regierung, die entgegen ihren Erwartungen, sich den nationalen Forderungen der polnischen Juden gegenüber zurückhaltend verhielt, zu distanzieren. Das „Komitee“ selbst wurde allmählich eine mehr philanthropische als politische Institution, die sich der „befreiten“ jüdischen Bevölkerung Polens annahm. Die Hauptbeteiligten allerdings, der Großteil der „befreiten“ Juden, enttäuscht von dem Verhalten der Besatzungstruppen, hielten sich von politischen antirussischen Aktionen fern. Trotzdem wurden in Rußland die Juden illegaler Handlungen bezichtigt. Die russische Regierung und militante Rechtskreise betrachteten die Juden jetzt erst als Landesfeinde, und es kam im Innern Rußlands zu neuen Ausschreitungen und Deportationen¹².

In bezug auf das Kriegsgebiet im mittleren Osten schienen die Anfänge einer deutsch-jüdischen Zusammenarbeit vielversprechend. Schon vor dem Krieg war vorübergehend die deutsche Politik mit dem zionistischen Problem befaßt gewesen. Doch obwohl es vor allem der deutsche Kaiser war, von dem Theodor Herzl sich Hilfe zur Schaffung des jüdischen Staates in Palästina erhofft hatte, so beschränkte sich das Interesse Wilhelms II. am Zionismus auf eine kurze Sympathiekundgebung anlässlich seiner Palästina-reise im Jahre 1898. Zu einem Zeitpunkt, wo das Reich eine großangelegte Politik zunächst der wirtschaftlichen und später der militärischen Durchdringung des Osmanenreiches anbahnte, konnte es sich Berlin nicht leisten, die Türken durch die Unterstützung einer utopisch erscheinenden und den Türken nicht genehmen Sache zu provozieren. Noch kurz vor dem Kriege hatten die Zionisten außerdem den Widerstand der Wilhelmstraße hervorgerufen, als sie sich der Gleichstellung von Deutsch und Hebräisch in den palästinensischen jüdischen Schulen widersetzen¹³. So war die Lage der Dinge bei Kriegsausbruch. Nun wurde die deutsche Politik in diesem Bereich von einem neuen Faktor beeinflusst: Man wollte sich für die Sache der Mittelmächte der Sympathie der Vereinigten Staaten versichern. Von diesem Gesichtspunkt aus konnte der Einfluß von drei Millionen amerikanischer Juden bedeutungsvoll sein, und die antizionistische Politik der Türken – nun Verbündete des deutschen Reiches – drohte, die amerikanischen Juden zu antagonisieren. Also trat seit 1914 die deutsche Botschaft in Konstantinopel immer wieder für die Juden Palästi-

¹¹ Leonard Stein, *The Balfour Declaration*, London 1961, 98.

¹² Fischer, *op. cit.*, 169–170. Über die deutsche Politik hinsichtlich der jüdischen Bevölkerung im besetzten Osteuropa siehe nunmehr ausführlich *Egmont Zechlin*, *Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg*, Göttingen 1969, Kap. 6–17.

¹³ Stein, *op. cit.*, 207.

nas ein, und in Berlin wurde den zionistischen Führern russischer Nationalität gestattet, ihre Tätigkeit ungehindert fortzusetzen¹⁴. Vom Gesichtspunkt der deutschen Regierung aus, so argumentierte in Berlin die zionistische Propaganda, mußte eine Verpflanzung von Juden unter deutschem Schutz nach Palästina die Bestrebungen des Deutschen Reiches fördern, im Ottomanischen Reich Stützpunkte zu gewinnen. Diese Ansicht fand ihren Ausdruck in einem Artikel, den Kurt Blumenfeld, einer der Führer der deutschen zionistischen Bewegung, in den *Preußischen Jahrbüchern* vom Juli/September 1915 unter dem Titel „Der Zionismus. Eine Frage der deutschen Orientpolitik“ veröffentlichte. In seinen Memoiren bagatellisiert Blumenfeld die Bedeutung dieses Artikels¹⁵. Er wurde immerhin als wichtig genug angesehen, um vom Delegierten der Zionistischen Bewegung in Konstantinopel, Lichtheim, dem deutschen Botschaftsrat von Neurath als Vorschlag für eine Zusammenarbeit zwischen dem Reich und der zionistischen Bewegung vorgelegt zu werden¹⁶. Aufgrund dieses Meinungsaustausches ließ die Wilhelmstraße ihre Konsuln im Ottomanischen Reich wissen, daß die deutsche Regierung „jüdische Aktivitäten, die der Förderung des wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts der Juden in der Türkei dienen, sowie die Einwanderung und Niederlassung von Juden aus anderen Gegenden [in diesem Land]“ mit Wohlwollen betrachte¹⁷. Diese im Oktober 1915 abgesandte und Lichtheim zufolge vom Reichskanzler Bethmann Hollweg persönlich gebilligte Note stellte den Höhepunkt der deutsch-zionistischen Beziehungen dar. Die deutsche Aktion hatte jedoch nicht den erwarteten Propaganda-Erfolg, vor allem nicht in den Vereinigten Staaten. Trotz der Bemühungen von Zionistenführern wie Isaac Strauss und Scharjah Levin blieb die große Mehrzahl der amerikanischen Juden der Entente weiterhin günstig gesinnt¹⁸. Wie bekannt, war es schließlich Großbritannien, das die Idee der Errichtung eines jüdischen nationalen Heimes in Palästina in seine Politik aufnahm.

III

Das Wiederaufleben des Antisemitismus in Deutschland fiel zusammen mit dem Ende der Hoffnung auf einen schnellen Sieg der Mittelmächte, mit den ersten durch die Entente-Blockade verursachten wirtschaftlichen Schwierigkeiten und ganz allgemein mit dem Ende der nationalen Solidarität. Durch die Verlängerung des Krieges wurden die sozialen Spannungen neu erweckt.

¹⁴ AaO, 208.

¹⁵ Kurt Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1962, 117.

¹⁶ Stein, op. cit., 213.

¹⁷ Richard Lichtheim, *Rückkehr. Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus*, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1970, 333.

¹⁸ Stein, op. cit., 214, 215. Zu deutscher Kriegspolitik und Zionismus siehe die detaillierte Darstellung in Zechlin, op. cit., Kap. 17–23.

Ende des Jahres 1915 verweigerte eine Gruppe sozialdemokratischer Abgeordneter die Bewilligung neuer Kriegskredite, und der äußerste linke Flügel der Partei unter Leitung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eröffnete eine systematische Kampagne gegen den „imperialistischen“ Krieg. Die sich mehrenden inneren Zwistigkeiten und die festgefahrene militärische Lage trugen zur Entstehung eines Zustandes bei, den man nur als Militärdiktatur bezeichnen kann. Im August 1916 wurden Feldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff an die Spitze der bewaffneten Kräfte des Reiches berufen. Es sollte nicht mehr lange dauern, bis das Land in entgegengesetzte Lager geteilt war.

Die Verschlechterung der Lage brachte viele Deutsche dazu, nach Sündenböcken zu suchen, und die antisemitische Tradition legte es nahe, den Juden zu dem an allem Unglück Schuldigen zu stempeln. Die zunehmende innere Spannung wurde eine Art Katalysator von Gefühlen, die bei Kriegsausbruch vorübergehend überdeckt waren. Jetzt wandte sich das Interesse bestimmten Problemen und Elementen zu, die zum Nährboden des wachsenden Antisemitismus wurden. Man kann vom zweiten Kriegsjahr an drei Brennpunkte dieser Art erkennen: Das Problem der Ostjuden, der angeblich fragliche Anteil der Juden an der Kriegslast und ihre politische Einstellung zu Problemen der Innen- und der Außenpolitik.

In unserem Zusammenhang sind die Pläne der deutschen Regierung und des deutschen Generalstabs in bezug auf Polen und vor allem auf die Eingliederung eines „Grenzstreifens“ ins Reich nur von sekundärem Interesse. Es mag genügen, daran zu erinnern, daß in diesem Grenzstreifenplan, der die leitenden Stellen des Reichs von Anfang bis Ende des Krieges beschäftigte, die Ausweisung von Polen und Juden und ihre Ersetzung durch deutsche Siedler vorgesehen war. Während des Ersten Weltkrieges blieb der Plan nur auf dem Papier stehen¹⁹. Erst Hitler hat ihn nach 1939 im „Warthegau“ verwirklicht.

¹⁹ Zu dieser Frage siehe vor allem: *Immanuel Geiss*, *Der Polnische Grenzstreifen 1914–1918*. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck und Hamburg 1960. – Friedrich von Schwerin, der deutsche Siedlungsexperte und Ratgeber für den Oststreifen hatte am 25. März 1915 in einer Denkschrift seine prinzipiellen Gedanken, die für das Grenzstreifenprojekt von Bedeutung waren, niedergelegt. „Die Tatsache, daß der Krieg mit seinen Folgen weite Teile der [bäuerlichen] polnischen und [der] jüdischen Bevölkerung im geplanten Grenzstreifen bereits entwurzelt hat, kommt Schwerins Aussiedlungsplänen nur entgegen . . . Die städtische Bevölkerung bliebe, als angeblich leichter assimilierbar, von der Aussiedlungsaktion ‚unberührt‘, während Schwerin hofft, daß die Juden durch den Einzug der deutschen Herrschaft von selbst veranlaßt werden würden, entweder freiwillig nach dem Osten abzuziehen oder sich im Rahmen der zionistischen Bewegung in Marokko oder Palästina niederzulassen“ (aaO, 81, 84). – Ein anderer Spezialist, von Kries, tritt im selben Jahr für die Auswanderung der Juden, „dieser wenig erwünschten Elemente“, ein (aaO, 158). Ludendorff will, im Jahre 1918, die Juden dazu bringen, freiwillig nach Amerika auszuwandern (aaO, 133 f.).

Bei der Okkupation Polens trafen die deutschen Truppen dort auf eine Bevölkerung von zwei Millionen Juden, die schon immer in elenden Verhältnissen gelebt hatten und deren bittere Not durch den Krieg nur noch größer geworden war. Der von antisemitischen Vorurteilen erfüllte Deutsche stand hier einem Prototyp von Juden gegenüber, der ihn durch seine manchmal abstoßende äußere Erscheinung und seine sonderbaren Gebräuche befremdete und der mitunter noch als Wucherer und Hausierer auftrat. Nur von außen gesehen schien die Wirklichkeit die extremsten vorgefaßten Meinungen zu bestätigen, sogar bei deutschen Juden und auch bei durchaus liberal eingestellten Deutschen. So schreibt George Mosse:

„Franz Blei zum Beispiel, der für die avantgardistischen *Weißten Blätter* (die man nicht des Antisemitismus beschuldigen konnte) schrieb, erklärte kategorisch, daß die einzige Art von Beziehung, die diese Juden zur Umwelt hätten, diejenige des ‚Wucherhandels‘ sei. Selbst wenn man diese Menschen ‚zivilisierte‘ und in moderne Kleidung steckte, blieben sie dennoch zwei Millionen Handel treibender Juden, die die vermutlich unschuldigen Deutschen in ein Netz von Geschäften und Handel verstrickten. René Schickele, der Redakteur der Zeitschrift, behauptete, er werde mit Beiträgen zur ‚Judenfrage‘ überschwemmt, die ihm von der Ostfront zugesandt würden. Er zitiert sogar Überschriften: ‚Die polnischen Juden und wir‘, ‚Unter fremden Brüdern‘, ‚Ist eine Lösung möglich . . .?‘ Die Verfasser dieser Artikel waren keine Reaktionäre, sondern junge Menschen, die mit allem konfrontiert wurden, was in Literatur und Kunst neu war. Dies ist sicherlich ein schlagendes Beispiel für das Ausmaß, in dem das Bild des osteuropäischen Judentums als das einer fremden und unmoralischen Macht die deutsche Einstellung zur Judenfrage durchdrang.“²⁰

Die elende Lage der Juden in den besetzten Gebieten des europäischen Ostens machte tiefen Eindruck auf die deutschen Soldaten; aber den 35 000 polnisch-jüdischen Arbeitern, die freiwillig oder mit Gewalt ins Reich transferiert worden waren, ging es keineswegs besser. In der Hoffnung, ihr Los zu verbessern, verließen sie, meist heimlich, die ihnen aufgezwungenen Arbeitsstätten und ließen sich „in den Großstädten, insbesondere in Berlin“²¹, nieder, wo sie am Rande der Gesellschaft lebten und zweifelhaften Geschäften nachgingen. Am Ende des Krieges, im Chaos der Nachkriegszeit, sollte man sie dann wiederfinden, und zwar, nach dem Zustrom von Zehntausenden von Neuankömmlingen aus dem Osten, in weitaus größerer Anzahl.

Das verzerrte Bild vom polnischen Juden, das auf diese Weise popularisiert wurde, förderte das Wiederaufleben des Antisemitismus. Seine eigentliche Kraft aber zog er aus einer Situation, die den Deutschen noch näher anging: aus dem weitverbreiteten Verdacht, daß die Juden Profitmacher seien, die dank ihrer Beteiligung an den Kriegsgesellschaften sich am allgemeinen Elend bereicherten und denen es zugleich gelänge, im Hinterland zu bleiben, während die wahren Deutschen an der Front fielen.

²⁰ George Mosse, op. cit., 136. Mosse zitiert aus den *Weißten Blättern*, II (November 1915), 1408–1410.

²¹ Adler-Rudel, op. cit., 39. Siehe auch Zechlin, op. cit., 260 ff.

Der Vorwurf, der gegen die Beteiligung der Juden an den Kriegsgesellschaften erhoben wurde, stand im Zusammenhang mit der entscheidenden Rolle, die Walther Rathenau, eine der hervorragendsten jüdischen Persönlichkeiten des Reiches, bei der Gründung dieser Unternehmen spielte. Es ist allgemein bekannt, daß Rathenau in der deutschen Elektroindustrie der Vorkriegszeit eine leitende Stellung eingenommen und daß er außerdem enge Beziehungen zur Regierung und zum Kaiser unterhalten hatte. Zu Beginn des Krieges hatte er dem Reichskanzler Bethmann Hollweg ein Memorandum vorgelegt, das ein – notfalls mit Gewalt erzwungenes – wirtschaftlich geeintes „Mitteleuropa“ mit einem hegemonialen Anspruch Deutschlands propagierte²². Es schwebte Rathenau vor, daß Belgien und Frankreich definitiv in diesen Block einbezogen werden sollten²³. In den gleichen ersten Kriegswochen wurde die „Kriegsrohstoffabteilung“ geschaffen, der Rathenau vorstand; das Amt wurde, seiner Aufgabe gemäß, der Mittelpunkt der Kriegswirtschaft des Reichs.

Die Aufgabe der Rohstoffabteilung beschränkte sich aber nicht auf die Requisition und Herstellung der für die Kriegsrohstoffwirtschaft wichtigen Waren, sondern umfaßte auch den Großeinkauf dieser Produkte in neutralen Ländern. Zu diesem Zweck wurde, angeregt von Albert Ballin, Max M. Warburg und Carl Melchior, die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (Z. E. G.) gegründet, vor allem für die Beschaffung ausländischer Lebensmittel. Hier war der Prozentsatz der Juden, die als Fachleute in ihnen arbeiteten oder sie leiteten, höher als der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung. „Schon das äußere Bild der Kriegsgesellschaften“, schreibt Graf Westarp, „rief den Eindruck hervor, als sei die Zahl der Juden erheblich, die mit Erfolg eine geschäftliche Tätigkeit dem Schützengraben vorzogen.“²⁴ Man hat festgestellt, daß am 1. Februar 1918 von den Direktoren der betreffenden Gesellschaften tatsächlich 80,7% Christen waren, 9,6% Juden und 9,7% Personen unbekannter Konfessionsangehörigkeit²⁵. Zu dieser Zeit lag der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung des Reichs unter 1%. Was auch immer die Gründe für diese Situation gewesen sein mögen (soziale Struktur der jüdischen Bevölkerung, kaufmännische Erfahrung etc.), man kann verstehen, daß in dem Maße, in dem die allgemeine Not und die Verbitterung der Bevölkerung wegen der verlängerten Kriegsdauer wuchsen, solche Tatsachen, von Gerüchten ins Grenzenlose gesteigert, in den Gemütern zu haften begannen. Dieser Stimmung gibt General Ludendorff übertriebenen, aber von vielen anderen geteilten Ausdruck, wenn er wahrheitswidrig schreibt:

„Die Genießer und Kriegsgewinnler waren zunächst vornehmlich Juden... Ihnen war in den Kriegsgesellschaften, so wie es die Urheber unserer Kriegs-

²² *Fischer*, op. cit., 113 f.

²³ *Harry Graf Kessler*, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Berlin 1928, 186.

²⁴ *Graf Westarp*, Konservative Politik, Bd. II, Berlin 1935, 635.

²⁵ *Hanns Falk*, Die Juden in den Kriegsgesellschaften, Berlin 1920, 14 ff.

wirtschaft wohl wollten, ein vorherrschender Einfluß eingeräumt und damit Gelegenheit gegeben worden, sich immer mehr auf Kosten des deutschen Volkes zu bereichern und von der deutschen Wirtschaft Besitz zu nehmen, um so eines der machtpolitischen Ziele des jüdischen Volkes zu erreichen. Die deutsch empfindenden Kreise fühlten das deutsche Volk, das mit den Waffen in der Hand um seine Freiheit rang, an das jüdische Volk verkauft und verraten. . .“²⁶

Die Beteiligung der Juden an den Kriegsgesellschaften war nicht das einzige Problem. Ein anderes war die Frage nach ihrem allgemeinen Beitrag zum gemeinsamen Kampf. Taten sie ihre Schuldigkeit wie die übrigen Deutschen oder versuchten sie, die kämpfenden Einheiten zu meiden und in der Etappe Zuflucht zu finden?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich unter den im Heere dienenden Juden überzeugte Antimilitaristen befanden. So schreibt Kurt Tucholsky, unter Hinweis auf seine drei Jahre im Heeresdienst:

„Ich habe mich dreieinhalb Jahre im Kriege gedrückt, wo ich nur konnte – und ich bedaure, daß ich nicht, wie der große Karl Liebknecht, den Mut aufgebracht habe, nein zu sagen und den Heeresdienst zu verweigern. Dessen schäme ich mich. So tat ich, was ziemlich allgemein getan wurde: ich wandte viele Mittel an, um nicht erschossen zu werden und um nicht zu schießen – nicht einmal die schlimmsten Mittel. Aber ich hätte alle, ohne jede Ausnahme alle, angewandt, wenn man mich gezwungen hätte: keine Bestechung, keine andere strafbare Handlung hätte ich verschmäht. Viele taten ebenso.“²⁷

In Wirklichkeit waren die Ideologen des deutschen Pazifismus, Foerster, Quidde, Schücking, Wehberg, von Gerlach und viele andere Nichtjuden; aber es bedurfte nur einiger jüdischer Soldaten von der Art Tucholskys, um den Eindruck zu erwecken, daß die Juden auf die eine oder andere Weise sich vom Frontdienst zu drücken versuchten. Als Beweis für diese Annahme galt ihr starker Anteil an den Kriegsgesellschaften; als anderer Beweis dienten gewisse antimilitaristische Kundgebungen. Unter diesen Umständen und als Folge der Haltung der (von Juden dirigierten) liberalen Presse zu verschiedenen Problemen, mit denen wir uns noch beschäftigen werden, kam es unter dem Druck antisemitischer Kreise im Herbst 1916 zu dem Beschluß, man wolle den Anteil der Juden im Heer und besonders unter den Frontsoldaten einer Zählung unterziehen*.

Die wahren Zahlen wurden erst nach dem Krieg bekannt²⁸. Auf jeden Fall aber trug allein die Tatsache, daß man die Zählung der jüdischen Soldaten

²⁶ *Erich Ludendorff*, *Kriegführung und Politik*, Berlin 1923, 141. Die Ludendorffsche Einstellung beschränkte sich keineswegs auf die Rechtsparteien. Erzbergers Bemühungen etwa im Jahre 1916, eine Untersuchung der Kriegsgesellschaften in die Wege zu leiten, gingen auf eine Weise vor sich, die die jüdische Beteiligung in den Mittelpunkt rücken mußte. Vgl. *Zechlin*, op. cit., 525.

²⁷ *Kurt Tucholsky*, *Mit 5 PS*, Berlin 1928, 85.

* Vgl. hierüber den Beitrag von *Werner Jochmann*, *Die Ausbreitung des Antisemitismus*, im vorliegenden Bande, S. 425 ff. (Hrsg.).

²⁸ Zur Frage der Judenzählung und der jüdischen Kriegsbeteiligung siehe vor allem *Franz Oppenheimer*, *Die Judenstatistik des Preußischen Kriegsministeriums*,

für notwendig befunden und sich dann geweigert hatte, das Ergebnis dieser Zählung bei ihrem Abschluß selbst zu veröffentlichen, sehr viel mehr dazu bei, den tiefeingewurzelten Verdacht zu verstärken – einen Verdacht, zu dessen Zertreuung keine apologetische Analyse der Ergebnisse jemals hätte beitragen können.

Die extremen Antisemiten hatten schon während der Kriegsjahre und nachher das Schlagwort von den jüdischen Kriegsgewinnlern und Drückebergern zu einem der Hauptpunkte ihrer Propaganda gemacht. Man erinnere sich nur an die Stelle in *Mein Kampf*, wo Hitler ein paar jüdische „Führer“ der Revolution beschreibt: „Keiner von ihnen war an der Front gewesen. Auf dem Umweg eines sogenannten ‚Tripperlazaretts‘ waren die drei Orientalen aus der Etappe der Heimat zurückgegeben worden. Nun zogen sie in ihr den roten Fetzen auf.“²⁰ Und noch symptomatischer ist es, daß Mitglieder der NSDAP, die von Theodore Abel interviewt wurden, Anfang der dreißiger Jahre gerade dieses Thema als Argument zur Begründung ihrer antisemitischen Haltung am häufigsten vorbrachten. Einer von ihnen erklärte:

München 1922, und *Jakob Segall*, *Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914–18*. Eine statistische Studie, Berlin 1922.

Ganz allgemein war es fraglich, ob man überhaupt die deutschen Juden, die aus historischen Gründen eine ganz eigenartige Gruppe der Bevölkerung darstellten, mit dem Maße des Durchschnitts messen konnte. Die soziale Mittelstandsstruktur bei den Juden in Bildung und Wohlhabenheit, ihre Konzentration in bestimmten Berufen des wirtschaftlichen Lebens und in einigen wenigen selbständigen Akademikerberufen, ihr relativ hoher Anteil an der Stadtbevölkerung und noch einige andere Faktoren hätten berücksichtigt werden müssen, damit das Verhalten der Juden im Kriege mit dem der Nichtjuden hätte verglichen werden können.

Segall errechnete nach dem ihm zugänglichen Material für die Dauer des Weltkrieges, also nicht für einen willkürlichen Stichtag, daß 17,3% aller deutschen Juden und 18,73% der deutschen Nichtjuden am Kriege teilgenommen hätten, und daß demnach die jüdische Bevölkerung, bis auf einen kleinen Unterschied, der durch die verschiedene Altersgliederung dieser beiden Bevölkerungsgruppen erklärt und statistisch belegt werden könnte, verhältnismäßig etwa ebensoviele Feldzugteilnehmer gestellt hätte wie die Gesamtbevölkerung. (*Segall*, op. cit., 11, 22). Segall errechnete ferner, daß mindestens 77,55% der jüdischen Kriegsteilnehmer an der Front gestanden und 11 bis 12% den Tod gefunden hätten. Daß die jüdische Verlustziffer 1 bis 2% hinter der allgemeinen zurückblieb, erklärte er damit, daß es bei Kriegsbeginn, der vor allem unter den Offizieren große Blutopfer gefordert hatte, fast keine jüdischen Offiziere und Reserveoffiziere gegeben habe, und daß später im Laufe des Krieges viele Juden ohne ihr eigenes Zutun wegen ihres durchschnittlich höheren Bildungsstandes eher in den Schreibstuben als im Schützengraben eingesetzt worden waren (aaO, 11, 27).

Wieweit die jüdischen Soldaten ihre Pflicht erfüllt hatten, wurde in Anbetracht der Hindernisse, die schon in Friedenszeiten der Beförderung von Juden im Heer entgegenstanden, aus der mindestens durchschnittlichen Auszeichnungs- und Beförderungsquote ersichtlich. 35,42% der jüdischen Kriegsteilnehmer waren dekoriert, 23,17% befördert, 2,40% in den Offiziersrang und 1,37% in den Rang eines Sanitätsoffiziers erhoben worden (aaO, 35, 38).

²⁰ *Adolf Hitler*, *Mein Kampf*, München 1938, 221.

„Am 2. August 1914 . . . übernahm ich die Leitung des Geschäftsteils der Lagerverwaltung des Bezirkshauptquartiers Nr. 11 in Berlin. Fast zur selben Zeit, als die Hinterbliebenen der ersten unserer gefallenen Helden Unterstützung beantragten, wurde meiner Dienststelle die erste Gruppe von vom Heeresdienst dispensierten Männern als Mitarbeiter zugewiesen. Ich stellte bald fest, daß meine Helfer zum großen Teil jüdischen Glaubens waren. Schon 1914 hatten diese Leute Mittel und Wege gefunden, aus dem Krieg das Beste zu machen. Da ihnen ihre eigenen Leute als Ärzte zur Verfügung standen, erhielten sie mit Leichtigkeit ärztliche Atteste, auf Grund deren wiederum sie ihnen zusagende Büroarbeit fanden. Zu Hause einquartiert, konnten sie in unseren Bürostunden von acht bis vier ihren Geschäften nachgehen.“³⁰

Ein anderer späterer Nationalsozialist machte dieselbe Entdeckung, als er sich verwundet in Kissingen im Lazarett befand. Er schrieb rückblickend:

„Das Bild, das sich uns täglich bot . . . sah folgendermaßen aus: Da war die große Kurallee, von zwei Baumreihen beschattet und mit Bänken auf beiden Seiten. Auf der einen Seite war ein Anschlag ‚Nur für Soldaten‘, auf der anderen Seite hieß es ‚Für Kurgäste‘. Dies wiederum führte zu folgendem Bild: Auf der einen Seite saßen elende unterernährte verwundete Soldaten in ihren alten, entlausten Uniformen. Die meisten von ihnen waren infolge ihrer Verletzungen und dem Nahrungsmangel so heruntergekommen, . . . daß sie sich gerade noch, halb bewußtlos, dahinschleppen konnten. Ihnen gegenüber saßen vergnügt lachende Kurgäste, die miteinander plauderten und mit vollen Backen Obst und Süßigkeiten kauten . . . Die Herren dieser auserwählten Gesellschaft waren wohlgenährte Exemplare, die jeden Morgen ihre Säcke mit schneeweißem Mehl zum Bäcker trugen und ihre Zeit Diskussionen über Geschäfts- und Börsenangelegenheiten widmeten. Tatsächlich war das Börsenblatt des *Berliner Tageblatts* . . . das Hauptthema ihrer Unterhaltung . . . Das Schicksal Deutschlands schien diesen verbündeten internationalen Parasiten, die auf Kosten des Volkes gedeihten, völlig gleichgültig zu sein. Uns Frontkämpfern war es eine ständige Last, Tag für Tag diese Schmach mit ansehen zu müssen. Hierzu möchte ich betonen, daß ich bis dahin noch niemals antisemitischen Einflüssen oder antisemitischer Einstellung ausgesetzt war, obwohl ich als Deutscher von jeher eine fast unbewußte Abneigung gegen Juden hatte.“³¹

Man könnte die Zahl dieser Aussagen um ein Vielfaches vermehren. Der letzte oben angeführte Satz zeigt deutlich, wie wenig sämtliche Statistiken bei einem ohnehin tiefwurzelnden Antisemitismus auszurichten vermocht hätten, wie sehr aber jedes negative Element – Gerücht oder Tatsache – zu seiner Stärkung beitragen mußte.

Bald konzentrierte sich der Haß nationalistischer Kreise auf die – wirkliche oder vermeintliche – politische und ideologische Haltung der Juden. Denn die innere Entwicklung im Reich und der aussichtslose Verlauf des Krieges, vor allem aber der wachsende Antisemitismus brachten viele Juden in eine Abwehrstimmung, die von den Nationalisten als Defaitismus, wenn nicht geradezu als Bereitschaft zum Verrat gedeutet wurde.

³⁰ *Theodore Abel, Why Hitler came into Power, New York 1938, 156 f.*

³¹ *AaO, 157 f.*

IV

Die Berufung von Hindenburg und Ludendorff an die Spitze der Obersten Heeresleitung bedeutete praktisch das Ende der konstitutionellen Ordnung in Deutschland. Die Zivilmacht war nun der Militärmacht unterstellt. Von diesem Augenblick an erstreckte sich der Kampf zwischen Gemäßigten und Rechtsextremisten auf drei wesentliche Gebiete: In der Außenpolitik befürworteten die Extremisten einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg, selbst auf die Gefahr hin, damit den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg herauszufordern und verlangten einen „Siegfrieden“ mit Annexionen im Westen und Osten Europas, während die Gemäßigten die Gefahren eines uneingeschränkten U-Boot-Krieges deutlich erkannten und für einen „Verständigungsfrieden“ ohne Annexionen eintraten. In der Innenpolitik waren die extremen nationalistischen Kreise für die Stärkung der Militärgewalt und stellten sich jeder Liberalisierung entgegen, während die Gemäßigten eine Demokratisierung der Verfassung und insbesondere eine Reform des preußischen Wahlrechts forderten. Die Haltung der politischen Parteien war nicht immer dieselbe; sie schwankte je nach der Art der Probleme und entsprechend dem Verlauf des Krieges. Die in der öffentlichen Meinung zur Geltung kommenden jüdischen Stimmen unterstützten in ihrer großen Mehrheit den Standpunkt der Gemäßigten in allen genannten Fragen und zogen sich dadurch den Zorn der nationalistischen Kreise zu. Als im Frühjahr 1917 in Rußland eine konstitutionelle Regierung an die Macht zu kommen schien und als die Vereinigten Staaten sich auf die Seite der Entente stellten, womit eine deutliche Frontstellung von Demokratie und Militärdiktatur entstanden war, bezichtigten die antisemitischen Nationalisten die ideologisch für Demokratie im eigenen Land eintretenden Juden mehr und mehr der Sympathie mit den Ideen des Feindes. Dabei griff man vor allem die von Juden herausgegebene große liberale Presse an, die *Vossische Zeitung*, das *Berliner Tageblatt* und die *Frankfurter Zeitung*; man wandte sich gegen die pazifistischen Gedankengänge Maximilian Hardens in der *Zukunft* und selbstverständlich gegen die revolutionäre Agitation der Wortführer der äußersten Linken. Betrachten wir einmal die Entwicklung dieser sogenannten „Judenpresse“ und die von ihr erregten Rückwirkungen etwas genauer.

Im Jahre 1915 war die Stellungnahme der liberalen Tageszeitungen zum U-Boot-Krieg noch unentschieden*. Während man im *Berliner Tageblatt* im Juli 1915 kritische Bemerkungen über die Wirksamkeit des U-Boot-Krieges lesen konnte³², stimmte die *Frankfurter Zeitung* in den Chor der konserva-

* Zu den folgenden Ausführungen über die Haltung der liberalen Zeitungen siehe ausführlicher den Aufsatz von Werner Becker, Die Rolle der liberalen Presse, im vorliegenden Bande (Hrsg.).

³² Ernst R. May, *The World War and American Isolation 1914–1917*, Cambridge 1963, 200.

tiven Zeitungen ein und begrüßte die Torpedierung der „Lusitania“³³. Die *Vossische Zeitung* erklärte, Deutschland lasse sich die Mittel zur Durchbrechung der britischen Blockade nicht vorschreiben oder verbieten³⁴. Sogar das *Berliner Tageblatt* bediente sich damals gelegentlich einer drohenden Sprache den Vereinigten Staaten gegenüber³⁵. Im weiteren Verlauf jedoch, und als sich die Gefahren des uneingeschränkten U-Boot-Krieges deutlicher abzeichneten, stellte sich die liberale Presse hinter Bethmann Hollweg und lehnte die Thesen des Großadmirals von Tirpitz ab. Daraufhin veröffentlichte am 11. Februar 1916 eine der Zeitungen der nationalistischen Rechten, die *Kölnische Volkszeitung*, eine heftige Attacke gegen die Anhänger der Thesen des Reichskanzlers und bezeichnete sie als Sozialisten, Profitmacher und Juden. Unter Hinweis auf das *Berliner Tageblatt* und die *Frankfurter Zeitung* sprach die *Kölnische Volkszeitung* von kleinen, aber aktiven Gruppen, die aus Motiven der inneren Politik, aus einem pazifistischen Sentimentalismus heraus oder gar aus religiöser Überzeugung jede Gebietserweiterung Deutschlands durch den Krieg ablehnten. Sie seien die Gegner von Tirpitz, Falkenhayn und jedes starken Mannes. Sie seien gegen den Unterseebootkrieg, gegen Luftangriffe auf England und betrachteten den Krieg vom Standpunkt des Börsenfachmannes³⁶. Es war teils aus Haß gegen den „jüdischen Liberalismus“, der mehr und mehr als die Hauptstütze des Reichskanzlers angesehen wurde, daß die Zentrumsparterie im Herbst 1916 dem Kanzler die Unterstützung verweigerte und dem Reichstag den Antrag vorlegte, der der militärischen Führung den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ermöglichte. Zu dieser Meinungsänderung des Zentrums bemerkt Ernst R. May:

„Viele Katholiken in Stadt und Land nahmen ihrer Partei die Zusammenarbeit mit den Juden und Freidenkern, der Sozialdemokratie und der Fortschrittspartei übel . . . Die jesuitische Zeitschrift *Stimmen der Zeit* warnte vor der Illusion, daß Katholiken mit ‚demokratischen Mördern und Brandstiftern‘ irgend etwas gemeinsam haben könnten . . . Das Zentrum wurde von dem neuerwachten Antisemitismus, der in ganz Deutschland um sich griff, erfaßt . . .“³⁷

Mehr noch aber als das Problem des U-Boot-Krieges war es die grundlegende Frage der Entscheidung zwischen „Siegfrieden“ und „Verständigungsfrieden“, die die beiden Lager trennte und die Juden zur Zielscheibe der nationalistischen Angriffe machte.

Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß entgegen der allgemeinen Meinung und besonders entgegen dem, was in Deutschland während des Krieges gedacht wurde, eine gewisse Zahl prominenter Juden dem annexionistischen Lager nahe blieben oder zum mindesten sich nicht öffentlich von ihm distanzierten. Theodor Wolff beschreibt in seinen Memoiren Albert Ballins Einstellung zu dieser Frage. Trotz aller Bemühungen Wolffs verhielt sich

³³ AaO, 205.

³⁴ AaO, 214.

³⁵ AaO, 217.

³⁶ AaO, 265.

³⁷ AaO, 282.

Ballin dem Annexionismus gegenüber weiterhin geneigt³⁸. Andere Juden kooperierten sogar aktiv bei der Ausarbeitung von Annexionsplänen. So zeigten sich auch jüdische Banken äußerst interessiert, als man Anfang 1918 in Berlin die Pläne für die Beherrschung der weißrussischen und ukrainischen Wirtschaft durch die Deutschen überarbeitete³⁹. Im Beisein von Vertretern der Disconto-Gesellschaft und des Bankhauses M. M. Warburg & Co. wurden am 4. Juni 1918 in Berlin Besprechungen abgehalten, in deren Verlauf man eine richtiggehende Kolonisierung der besetzten russischen und ukrainischen Gebiete anvisierte, was gleichzeitig eine Fortdauer der militärischen Besetzung dieser Gebiete bedeutete⁴⁰. Diese Haltung einzelner Juden war jedoch eine Ausnahme. Die annexionsgegnerische sogenannte „jüdische Presse“ vertrat zweifellos auch die Meinung der Mehrheit der deutschen Juden.

Wenn auch 1915 die Haltung von Georg Bernhard, dem Chefredakteur der *Vossischen Zeitung* zu den Expansionsplänen des Reiches noch unklar und unentschieden war⁴¹, so wurde sie ab 1917 eindeutig anti-annexionistisch, und die *Vossische Zeitung* wurde zu einem der schärfsten Kritiker der deutschen Ostpolitik. Sicherlich hatte Georg Bernhard keinerlei Sympathie für die äußerste Linke⁴², aber seine Angriffe auf den Diktatfrieden von Brest-Litowsk waren so scharf, daß der Chefredakteur der *Vossischen Zeitung* nicht zu einer geheimen Pressekonferenz eingeladen wurde, da Staatssekretär Hintze die Haltung der Zeitung geradezu als Hochverrat ansah. (Hintze hatte auf den 20. August 1918 alle Redakteure der wichtigsten deutschen Zeitungen zu dieser Konferenz gebeten, um der gegen den Frieden von Brest ausgelösten Kampagne ein Ende zu bereiten⁴³.) Während der letzten Kriegsjahre erwog Georg Bernhard auch die Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Frankreich. Diese Auffassung trug ihm noch heftigere Angriffe der Nationalisten ein als seine Polemik gegen die deutsche Ostpolitik. Man ging so weit, anzudeuten, die *Vossische Zeitung* stehe im Solde der Franzosen; in denselben Kreisen nannte man sie bald nur noch „Gazette de Foch“⁴⁴.

³⁸ Theodor Wolff, *Der Marsch durch zwei Jahrzehnte*, Amsterdam 1936, 265, 268 ff.

³⁹ Fischer, op. cit., 729.

⁴⁰ AaO, 761. Max Warburg bringt seinen Patriotismus bis ganz gegen Ende des Krieges auf andere Art zum Ausdruck. In den Tagen vor dem Waffenstillstand versuchte er, den Kanzler, Max von Baden, zur Fortsetzung des Krieges zu bewegen, indem er zum Beispiel erklärte: „Es kommt mir seltsam vor, daß ich als Zivilist den Militärs heute zurufen muß: Kämpfen Sie weiter! Ich weiß, daß mein einziger Sohn, der jetzt ausgebildet wird, in vier Wochen im Schützengraben sein wird, aber ich beschwöre Sie, machen Sie jetzt nicht Schluß!“ *Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente*, Berlin 1928, 344, 380 ff.

⁴¹ Fischer, op. cit., 207.

⁴² Günter Rosenfeld, *Sowjetrußland und Deutschland 1917 bis 1922*, Berlin 1960, 48.

⁴³ Winfrid Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, Wien 1966, 252.

⁴⁴ Rudolf Schay, *Juden in der deutschen Politik*, Berlin 1929, 270.

Theodor Wolff, der einflußreiche Redakteur des *Berliner Tageblatts*, wurde oft als Wortführer des deutschen Judentums angesehen. Schon vor dem Krieg war er englandfreundlich gewesen, und während der ganzen Kriegsdauer war er der Vorkämpfer einer gemäßigten Haltung, die zu einem Kompromiß mit den von ihm bewunderten demokratischen Staaten neigte⁴⁵. Gewiß, sogar er hatte im August 1914 die Möglichkeit von Annexionen erwogen⁴⁶, aber dies war eine vorübergehende Anwandlung. Im Sommer 1915 regte er, zusammen mit August Stein von der *Frankfurter Zeitung*, die Gründung eines anti-annexionistischen Ausschusses an, dessen Satzung er aufgesetzt hatte⁴⁷. Seitdem änderte er seine anti-annexionistische Einstellung nicht mehr, was Ludendorff dazu bewog, nach dem Krieg zu diesem Thema zu schreiben: „Besonders verderblich war das Wirken der jüdischen demokratischen Blätter, allen voran das *Berliner Tageblatt* und die *Frankfurter Zeitung*.“⁴⁸ Diese Haltung brachte Wolff mehrfach ein kurzfristiges Verbot seiner Zeitung ein, und ohne das Einschreiten Albert Ballins beim Chef der Militärzensur wäre das *Berliner Tageblatt* im August 1916 wegen eines längeren Verbotes dem Ruin ausgesetzt gewesen⁴⁹. Seine Gegner benutzten in ihren Attacken gegen Wolff ganz offen den Antisemitismus als Waffe. Man kann sich vom Ausmaß dieser Angriffe ein Bild machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß zu den Feinden des Redakteurs des *Berliner Tageblatts* so hochangesehene Persönlichkeiten gehörten wie der berühmte Theologe Theodor Haecker. In einer seiner Tiraden empfiehlt er dem Redakteur des *Berliner Tageblatts*, sich Börsenangelegenheiten zu widmen und von der Verteidigung der deutschen Kultur Abstand zu nehmen und fährt dann fort:

„Nie werde ich leugnen, daß die Wolffs jene Bildung haben, die sie befähigte, in Paris Minister und Präsidenten zu werden. Kennen tun sie alles wie jene auch. Nur kein Mißverständnis! Die Wolffs und Genossen dürften in meinem Staat auch tun, wonach eigentlich ihr Herz drängt. Sie könnten so reich werden, wie sie geworden sind, aber sie müßten die ihnen nach der Ordnung des Geistes gebührende Stellung einnehmen. Die groteske Perversion, daß sie zugleich die Führer des Geistes spielen, die Probleme des Deutschen Volkes lösen helfen, und durch dieses verruchte, aber einträgliche Spiel den Durchbruch des Geistes wirklich verhindern, würde mein Staat nicht dulden. Es käme niemals zu der unsagbaren Schamlosigkeit, daß der Angestellte eines Inseratenagenten öffentlich behaupten darf, das Herz tue ihm weh, weil die Kathedrale von Reims beschossen wird – und weiß doch jeder Abonnent und Inserent, wann diesen Herren das Herz wirklich weh tut.“⁵⁰

⁴⁵ Wolff, op. cit., 274.

⁴⁶ Hans W. Gatzke, *Germany's Drive to the West*, Baltimore 1950, 57.

⁴⁷ AaO, 132.

⁴⁸ Ludendorff, op. cit., 126. Die *Frankfurter Zeitung* sollte dann eine besonders wichtige Rolle in der Frage der Abdankung des Kaisers spielen. Siehe Koppel S. Pinner, *Modern Germany*, 2. Ausg., New York 1966, 353.

⁴⁹ Schay, op. cit., 264.

⁵⁰ Zitiert in Margret Boveri, *Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler*, Olten und Freiburg im Breisgau 1966, 27–28.

Margret Boveri, die diese Zeilen Haeckers zitiert, fügt hinzu:

„In den Redaktionszimmern des B.T. dürften die Angriffe Haeckers und Polemiken ähnlicher Art kaum beachtet worden sein. Man hatte gegen Kriegsende anderes zu tun. Das Alte war am Einstürzen. Nun galt es, die eigenen Ideale den falschen Größen, die sich noch auf das Heer stützen konnten, entgegenzustellen. Wer sich heute noch an jene Jahre im Ersten Weltkrieg erinnern kann, spricht mit größter Bewunderung von den damaligen Artikeln Theodor Wolffs. Nie habe er mutiger, nie überzeugender geschrieben. Wer in Berlin den Zusammenbruch voraussah und auf ein neues Beginnen hoffte, gründete seine Hoffnungen auf die Worte, die er im *Berliner Tageblatt* las. Es gehört zur Tragik Theodor Wolffs, seiner Gesinnungsgenossen und Mitarbeiter, daß die Hoch-Zeit ihres Wirkens mit einem ersten Tiefstand im Schicksal des deutschen Reichs zusammenfiel, daß ihre politischen Ideale zwar mit denen des siegreichen Feindes übereinstimmten, ihre Verwirklichung jedoch kein Entgegenkommen der reparationsgierigen Alliierten zur Folge hatte, und daß in den Augen allzuvieler Deutscher ihre Bemühungen, etwas Neues zu schaffen, auf immer mit der vorangegangenen Katastrophe verknüpft und durch ihre Folgen belastet waren.“⁵¹

Während ein Mann wie Theodor Wolff stets liberal und gemäßigt gewesen war, ist der totale Umschwung von Maximilian Harden vielleicht typischer für das Verhalten der Mehrzahl der deutschen Juden. Man konnte kaum nationalistischer und aggressiver sein als der berühmte Redakteur der *Zukunft* zu Beginn des Krieges; im Oktober 1914 schrieb er:

„Nur: nie wieder ein dürres Reichsland! Von Calais bis nach Antwerpen, Flandern, Limburg, Brabant, bis hinter die Maasfestunglinie: preußisch . . . das Südreieck mit Elsaß-Lothringen (und Luxemburg: wenn es will) zu einem selbständigen, einem katholischen Fürstengeschlecht anvertrauten Bundesstaat, einem neuen Lotharingen, gefügt. Dann wüßte Deutschland, wofür es geblutet hat. Wir brauchen Industrieland, Wege ins Weltmeer, eine unzerstückte Kolonie, die Gewißheit des Rohstoffbezuges und den ergiebigsten Wohlstandsborn . . .“⁵²

Später aber änderte Harden seine Meinung radikal, und von nun an erwartete er das Heil von der amerikanischen Demokratie; eine Demokratisierung Deutschlands hielt er für unerlässlich zur Verwirklichung einer Verständigung zwischen Berlin und Washington. Er schrieb damals:

„Die Vereinigten Staaten werden nicht gegen ein Reich kämpfen, das von unverbrauchten Männern geleitet wird und voran auf dem Weg an das von Wilson gezeigte Ziel ist. Nicht weil er es gezeigt hat, müssen wir es erreichen, sondern

⁵¹ AaO, 28. Es ist verständlich, daß die nationalistischen Kreise einen Leitartikel von der Art wie ihn Theodor Wolff am 10. November 1918, am Tag der Abdankung des Kaisers, am Vorabend des Waffenstillstands, als das Reich in ein Chaos sank, im *Berliner Tageblatt* publiziert hat, nicht gerade mit Begeisterung aufnahmen: „ . . . Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazugehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so festgebaute, mit soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist.“ *Berliner Tageblatt*, XLVII, Nr. 576 (10. November 1918), M., TW.

⁵² Die *Zukunft*, XXII (17. Oktober 1914), 96.

weil gebieterische Notwendigkeit deutschen Daseins, des Geistes und der Wirtschaft dahin drängt. Ringsum ist Demokratie, wer hemmt die Speichen des Rades? Der Völkerbund wird, wollten wir draußen frieren?“⁵³

Seither gehörte die *Zukunft* zu den erklärten Feinden des extremen Nationalismus. Der Mordanschlag, durch den Harden nach dem Krieg schwer verletzt wurde, hätte sich eigentlich ebensogut gegen Theodor Wolff oder Georg Bernhard richten können; er bedeutete, daß der Kampf gegen die den westlichen Demokratien geistig nahestehenden liberalen Juden, die vom Standpunkt einer antiwestlichen Reichsidee objektiv als „Verräter“ erschienen, ein Kampf auf Leben und Tod war.

Zusammen mit den Liberalen wurden natürlich die Sozialisten zur Zielscheibe aller Angriffe aus nationalistischen Kreisen, zunächst als Feinde des Vaterlandes und später als Anstifter des Zusammenbruches.

Im August 1914 hatten die Sozialdemokraten zusammen mit den anderen deutschen Parteien für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt, aber bereits im Dezember 1914 weigerte sich Karl Liebknecht, der offiziellen Politik der Partei zu folgen, und im Dezember 1915 stimmten weitere Linkssozialisten mit ihm gegen die Kredite. Im selben Jahr bildeten Liebknecht und Rosa Luxemburg die „Gruppe Internationale“ und begannen eine systematische Agitation gegen den „imperialistischen Krieg“. Im April 1917 verließen noch andere Sozialdemokraten die Partei und gründeten, gemeinsam mit der „Gruppe Internationale“, die inzwischen inoffiziell den Namen „Spartakus“ angenommen hatte, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD), der Juden relativ zahlreich angehörten.

In den Jahren 1917 und 1918 traten als Kriegsgegner neben Liebknecht vor allem Hugo Haase und Rosa Luxemburg hervor⁵⁴. Ihnen schob man die Schuld an den Meutereien von 1917 und den revolutionären Streiks vom Januar 1918 zu. Ludendorff sah die Dinge folgendermaßen:

„Die Bestrebungen dieses Teiles der deutschen Sozialdemokratie deckten sich mit den Zielen des Feindes, gegen den Volk und Heer rangen. Wir hatten es also in Deutschland mit einer hoch-, landes- und kriegsverräterischen Bewegung zu tun, die unmittelbar den Bestand des Heeres und das Dasein des Vaterlandes bedrohte . . . In ihr war der jüdische Volksstamm besonders stark vertreten.“⁵⁵

Nachdem in Rußland die Bolschewisten an die Macht gekommen waren und der Friede von Brest-Litowsk unterzeichnet worden war, beschuldigte man die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, sie stünden in engem Kontakt mit den russischen Delegierten in Berlin, um in Deutsch-

⁵³ Zitiert aus: *Friedrich C. Sell*, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953, 367–368.

⁵⁴ Liebknecht war kein Jude, obwohl er von allen deutschen Nationalisten dafür gehalten und als jüdischer Verräter gebrandmarkt wurde.

⁵⁵ *Ludendorff*, op. cit., 133. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß Juden auch zur nationalistischen Strömung innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gehörten; Ernst Heilmann kann hier als gutes Beispiel genannt werden.

land die Sache der Revolution zu fördern. Auch hier wieder waren es der deutsche Jude Oskar Cohn und der russische Jude Adolf Joffe, die miteinander in Verbindung traten, und die deswegen später denunziert wurden*. Nationalistische Kreise behaupteten, Joffe stelle Cohn erhebliche Summen für revolutionäre Zwecke zur Verfügung⁵⁶. Was auch immer daran den Tatsachen entsprach – die Cohn übrigens später zum Teil zugab⁵⁷ –, die Bedeutung des jüdischen Elements in der neuen Sowjetregierung und die Rolle, die es in Deutschland auf der äußersten Linken spielte, trugen dazu bei, Millionen von Deutschen davon zu überzeugen, daß eine „jüdisch-bolschewistische“ Verschwörung im Gange sei, die das Kaiserreich stürzen und in Berlin die rote Fahne hissen sollte.

V

In diesem geistigen Klima, das sich mehr und mehr im ganzen Reich ausdehnte, verstärkten die anti-jüdischen Organisationen, die im Herbst 1914 ihren Ton gedämpft hatten, ihre Tätigkeit, während andere Gruppen, die das jüdische Problem bisher nicht in den Mittelpunkt ihres Programms gestellt hatten, es nunmehr zu dessen Hauptthema machten. Der Alldeutsche Verband zum Beispiel, dessen Mitglieder zwar oft als Einzelpersonen notorische Antisemiten waren, der aber als Organisation den Kampf gegen die Juden nicht in sein offizielles Programm aufgenommen hatte, beschloß am 19. Oktober 1918, ihn in Zukunft zum zentralen Element seiner Tätigkeit zu machen**:

„Immer mehr gewann die Auffassung Boden“, schreibt der Chronist dieser Organisation, Kruck, „daß nach allem, was das Judentum in Deutschland und in der ganzen Welt während des Großen Krieges gegen das deutsche Volk gesündigt hatte, der Kampf um die Brechung seiner Macht gar nicht scharf genug geführt werden könne...“⁵⁸ Die kurz vor dem Krieg gegründete Thulegesellschaft von Rudolf Freiherr von Sebottendorff bereitete sich gleichfalls im letzten Kriegsjahr auf den antisemitischen Feldzug vor, und Sebottendorff verkündete: „... jetzt wollen wir sagen, daß der Jude unser Todfeind ist, von heute ab werden wir handeln.“⁵⁹

In Norddeutschland trugen die in Hamburg herausgegebenen *Deutsch-völkischen Blätter* vom Januar 1917 an das Hakenkreuz als Symbol ihres Kampfes gegen die Juden⁶⁰. In Bremen und München bildeten sich „Freie

* Siehe hierüber ausführlich den Beitrag von *Werner T. Angress*, *Juden im politischen Leben der Revolutionszeit*, im vorliegenden Bande, S. 214–215 (Hrsg.).

⁵⁶ *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918*, Band VI, Berlin 1928, 24.

⁵⁷ AaO, 25.

** Siehe hierzu ausführlich die Darstellung von *Werner Jochmann*, S. 437 ff. (Hrsg.).

⁵⁸ *Alfred Kruck*, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes*, Wiesbaden 1954, 131.

⁵⁹ *Rudolf von Sebottendorff*, *Bevor Hitler kam*, München 1933, 60.

⁶⁰ *Werner Maser*, *Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt am Main/Bonn 1965, 141.

Ausschüsse für den Arbeitsfrieden“. Offiziell antikommunistisch, war ihr Programm auch extrem antisemitisch. Wenn sich die Zahl der Mitglieder des Ausschusses in Bremen auf Tausende belief, so war die von Anton Drexler geleitete Gruppe in München winzig, aber aus dieser Keimzelle formierte sich die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus der 1920 die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) Adolf Hitlers werden sollte.

Die erwähnten Organisationen sind nur als einige zufällige Beispiele herausgegriffen, die die gewaltige Ausbreitung des Antisemitismus in den letzten Monaten des Zweiten Reiches illustrieren sollen. Von nun an sind alle nationalistischen Organisationen mehr oder weniger antisemitisch, ebenso wie die meisten konfessionellen Organisationen, ob katholisch oder protestantisch, und auch die meisten Studentenverbände und Teile der bürgerlichen Jugendbewegung.

„Objektiv“ gesehen, ist die ab 1916 von der großen Mehrheit der deutschen Juden unterstützte politische Einstellung gewiß die richtige gewesen; es gab sogar einsichtige Konservative, die dies nach der Niederlage zugaben. So schrieb der Historiker Hans Delbrück 1919 in einem Artikel mit dem Titel „Proleten und Juden“:

„Nun sind eben jene Schichten an die Stelle getreten, die ehedem zurückgesetzt waren, im Kriege aber einen richtigen politischen Instinkt gezeigt haben. Natürlich nicht, weil ihnen von der Natur eine größere Dosis politischer Klugheit verliehen wäre, sondern weil der internationale Zug ihres Denkens sie behütete vor dem nationalistischen Wahnsinn, der die anderen umnebelte.“⁶¹

Objektiv recht behalten zu haben, bedeutet unter diesen Umständen aber gar nichts. Nach der Deutung der Nationalisten hatten die Juden am Krieg verdient und mit den Feinden des Reichs sympathisiert; für die breite Masse blieben die „Kriegsgesellschaften“, die Zählung der jüdischen Soldaten, die revolutionären Aktionen von Haase und Rosa Luxemburg usw. Beweise für ebensoviel Niedertracht wie Verrat. Diese ebenfalls als „objektiv“ angesehenen Tatsachen fachten die bis dahin zum Teil nur latenten antisemitischen Gefühle an, und diese Erregung wiederum verlieh den Tatsachen ein Ausmaß und eine Bedeutung, die in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit standen und in kurzer Zeit zu einem regelrechten Mythos wurden. Die Niederlage, die Revolution und das Chaos der Anfänge der Republik sollten den schwelenden Antisemitismus der letzten Kriegsjahre zur wahren Explosion treiben.

VI

Die Jahre, die der Niederlage von 1918 folgten, brachten für Millionen von Deutschen eine psychologische Krise ohnegleichen. Das politische Gefüge des Reiches war völlig zusammengebrochen und die „heiligsten Güter“ von

⁶¹ Hans Delbrück, Proleten und Juden, in: Vor und nach dem Weltkrieg, Berlin 1926, 437.

ehemals drohten unterzugehen. Erniedrigung, Elend, Chaos und Gewaltstrieche waren allenthalben gegenwärtig. Ernst von Salomon kennzeichnet die Ausweglosigkeit, die der Einzelne empfand, wie folgt:

„Nun, in diesem verworrenen Augenblick, da alles in Trümmer ging, war der Weg verschüttet, der mir vorgezeichnet war, stand ich unfasslich vor dem Neuen, vor dem, was sich herandrängte, ohne Gestalt angenommen zu haben, ohne einen eindeutigen Anruf klingen zu lassen, ohne eine Gewißheit zwingend ins Gehirn zu hämmern außer der, daß jene Welt, der ich verhaftet war, zu der ich mich nicht zu bekennen brauchte, da ich ihrer ein Teil, nun endgültig und unwiderruflich in den Staub sank und nie mehr, niemals wieder erstehen würde.“⁶²

Und weiter stellt Salomon die Frage:

„Wo war Deutschland? In Weimar, in Berlin? Einmal war es an der Front, aber die Front zerfiel. Dann sollte es in der Heimat sein, aber die Heimat trog. Es tönte in Lied und Rede, aber der Ton war falsch. Man sprach von Vater- und Mutterland, aber das hatte der Neger auch. Wo war Deutschland? War es beim Volk? Aber das schrie nach Brot und wählte seine dicken Bäuche. War es der Staat? Doch der Staat suchte geschwätzig seine Form und fand sie im Verzicht.“⁶³

Berlin nach dem Waffenstillstand war für Harry Graf Kessler

„... ein Alptraum, in dem man nur noch Tanzdielen und Maschinengewehre sah. Die Regierung, ein Häuflein, das gegen drohende Gewalt seine Existenz nur von Stunde zu Stunde fristete und eines Tages, in ein Stück Wilhelmstraße zusammengedrängt, Mann für Mann dem Tod ins Auge blickte. Drei blutige, blutig niedergeschlagene Aufstände im Dezember, Januar, März, die mehr Menschenleben kosteten als die ganze Französische Revolution; doch in das Maschinengewehrfeuer nachts in den dunklen Straßen der Friedrichstadt, aus Bars und Kabarett hineintönend, die neuesten Schlager, die ‚Peruanerin‘ und der Walzer aus dem ‚Schwarzwaldmädel‘. Der schauerliche Mord an den Matrosen in der Französischen Straße, und am gleichen Tage Plakate an den Mauern: ‚Wer hat die schönsten Beine von Berlin? ... Caviar-Mäuschen-Ball da und da, achteinhalb Uhr.‘ Schieber überall und ihre Kokotten, die im Wanken nicht nur des Staates, nicht nur der Wirtschaft, sondern auch jeder Sitte, zwischen Hungernden dick und reich wurden, Gesichter, die für alle Zeit festgehalten worden sind von George Groß [Grosz], – ein fetter Nährboden des Antisemitismus.“⁶⁴

Die Juden, die sich unter diesen Schiebern und anderen unangenehmen Elementen befanden, waren für das deutsche Publikum anstößiger als andere Schieber. Ebenso bot die Stellung, die manche Juden im politischen Leben nach der Niederlage Deutschlands errungen hatten, einen Stein des Anstoßes. Vor allem aber führte das Bedürfnis, einen Sündenbock für ihr Elend zu finden, Millionen Deutscher dazu, die Juden als die Urheber dieses allgemeinen Zusammenbruchs anzusehen: Für die bürgerliche Gesellschaft, welche der Auflösung ihrer bisherigen Bindungen hilflos gegenüberstand und zum Weimarer Staat kein richtiges Verhältnis fand, war dieses Judentum eben die

⁶² Ernst von Salomon, *Die Geächteten*, Berlin 1935, 8.

⁶³ AaO, 64.

⁶⁴ Kessler, *op. cit.*, 280.

Verkörperung all jener Mächte, durch welche man sich seiner heiligsten Güter beraubt glaubte. Golo Mann betrachtet diese Jahre unmittelbar nach dem Krieg als eine Periode, in der Deutschland wohl den gewaltigsten aller Ausbrüche des Antisemitismus erlebte – den stärksten in bezug auf das Ausmaß und die Intensität des Judenhasses einer so großen Zahl von Deutschen. Er schreibt:

„Die ungeheure moralische Verwirrung und Verwilderung im Zeichen der Niederlage, die folgende totale Verarmung und soziale Deklassierung vieler Millionen Menschen durch die Inflation, Vorgänge, die über den Verstand der meisten durchaus hinausgingen, haben dem Ruf: ‚Die Juden sind unser Unglück‘ zum ersten Mal ein starkes Echo verschafft. *Ich würde die Behauptung wagen: nie war die antisemitische Leidenschaft in Deutschland wütender als in den Jahren 1919 bis 1923. Sie war damals viel wütender als 1930 bis 1933 oder 1933 bis 1945.* Es war die Epoche des ersten großen Erfolges der Nationalsozialisten. Kaum erschien mit dem Ende der Inflation für die Massen neue Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben, so wurde die Bewegung rückläufig.“⁶⁵

Wir werden sehen, daß es in einer solchen Atmosphäre nur noch eines einzigen Schrittes bedurfte, um die „jüdischen Machenschaften gegenüber Deutschland“ in einen größeren Zusammenhang einzuordnen, in den einer weltweiten Verschwörung der Juden mit dem Ziele, alle Völker der Erde zu beherrschen.

VII

Eine Reihe von verwandten Tatbeständen, die sich aus der Stellung und dem Verhalten der Juden in Deutschland während der Nachkriegszeit ergaben, machten diese zur Zielscheibe des Hasses nicht nur der Nationalisten, sondern viel breiterer Bevölkerungsschichten: Der beträchtliche Anteil der Juden an den revolutionären Bewegungen in der letzten Phase des Krieges und der dann folgenden Verwirrung, das Problem der Ostjuden, das Ansteigen des übrigens mehr scheinbaren als wirklichen Einflusses der Juden innerhalb des aus der Niederlage hervorgegangenen Weimarer Systems, schließlich die scheinbar in der Person Walther Rathenaus verkörperte, von den Liberalen unterstützte Politik der Erfüllung eines immerhin unterzeichneten Vertrages. Wir müssen uns hier darauf beschränken, die in den anderen Beiträgen dieses Buches ausführlich behandelten Probleme nur kurz anzudeuten.

Einige Tage vor der Flucht des Kaisers und vor dem Waffenstillstand brach die Revolution in verschiedenen Teilen des Reiches aus. Zuerst kam die Meuterei der Besatzungen der Kriegsflotte in den Häfen der Nord- und der Ostsee. Dann breitete sich die Revolution von Kiel, Hamburg und Bremen nach dem Süden aus und gelangte nach Bayern, wo die Wittelsbacher vertrie-

⁶⁵ Aus der Rede von Golo Mann, gehalten beim Jüdischen Weltkongreß in Brüssel am 4. August 1966. (Deutsche und Juden, ein unlösbares Problem. Reden zum Jüdischen Weltkongreß 1966, Emmerich 1966, 45.)

ben wurden. Zugleich erreichte die Revolution Berlin. In wenigen Wochen war das Reich in einen Bürgerkrieg gestürzt. Auf der einen Seite versuchten die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Spartakisten, die Macht an sich zu reißen, während andererseits die Überreste der kaiserlichen Armee und die ersten Freikorps, jene Sturmtruppen der Gegenrevolution, „die Ordnung wiederherstellten“. Zur ersten blutigen Straßenschlacht kam es in Berlin im Dezember 1918, zur zweiten im Januar 1919, zur dritten im März 1919. In Bayern folgte die Räterepublik der sozialistischen Republik; und erst im April 1919 wurde hier die Revolution von den Freikorps des Ritters von Epp niedergeschlagen.

Die Zahl der Juden, die in den Soldatenräten, die sich seit Anfang November 1918 in dem in der Auflösung begriffenen kaiserlichen Heer gebildet hatten, verantwortungsvolle Stellen einnahmen, war relativ beträchtlich. In den Augen der Nationalisten waren die Leute, die nunmehr hinter der Front die revolutionären Aktivitäten organisierten, dieselben wie diejenigen, die sich im Kriege von der Front gedrückt hatten. So sagte einer der in den frühen dreißiger Jahren von Abel befragten Nationalsozialisten, über die zahlreiche jüdische Belegschaft in einer Versorgungsabteilung der Armee in Berlin:

„Anfang November 1918 fanden alle meine Juden eine fadenscheinige Erklärung für ihr Fernbleiben von der Arbeit und nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet war, wurden sie alle einmal mehr als Beutegeier der Revolution tätig. Die Zeit für den Ausverkauf und die Zerstörung Deutschlands war gekommen. Der Krieg war für diese Kerle ein Geschäft gewesen; Menschenleben und -leiden waren nebensächlich.“⁶⁶

In Wirklichkeit gibt es eine sehr einfache Erklärung für die steigende Zahl der Juden, die an die Spitze der Soldatenräte – die übrigens in ihrer Mehrheit weit davon entfernt waren, „revolutionär“ zu sein – gewählt wurden: „Dies hängt vor allem damit zusammen“, schreibt Alfred Berger, „daß eine große Zahl jüdischer Intellektueller, die es infolge des im deutschen Heere herrschenden Antisemitismus nicht bis zum Offizier gebracht hatten, in den Versammlungen der Soldatenräte sehr bald durch ihre relativ höhere Bildung und ihre rednerische Begabung hervorragten und daher gewählt wurden.“⁶⁷ Der hohe prozentuale Anteil von Juden in der Spitze der Soldatenräte war eine anstößige Tatsache.

Was jedoch die Gemüter viel mehr bewegte, als die Anzahl der Juden in den Soldatenräten oder gar im Rat der Volksbeauftragten, der zur ersten Regierung des nachkaiserlichen Deutschlands wurde (und von dessen sechs Mitgliedern zwei Juden waren, Otto Landsberg und Hugo Haase), das war die Anzahl der Juden in den eigentlichen revolutionären Gruppen und die Rolle, die sie dort spielten. Man sehe sich nur einmal die Berliner Spartakisten an: Karl Liebknecht war, wie schon erwähnt, Nichtjude (eine Tatsache, die den

⁶⁶ Abel, op. cit., 157.

⁶⁷ Alfred Berger, in: Jüdisches Lexikon, Bd. 4, Berlin 1930, Spalte 1443.

meisten Deutschen in Anbetracht geschickter nationalistischer Propaganda langhin unbekannt blieb), während Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Paul Levi in der Tat Juden waren. Noch auffallender war die Lage in Bayern: Für viele wurde der Jude Kurt Eisner, der die Wittelsbacher davongejagt und die sozialistische Republik in Bayern ausgerufen hatte, zum Symbol des jüdischen Revolutionärs. Seine deutschen und ausländischen Zeitgenossen betonten seine jüdische Herkunft. Obwohl in Berlin geboren, war er für die meisten Deutschen ein „galizischer Jude“. Paul Gentizon, der Korrespondent des *Temps* in Bayern, beschreibt ihn als einen „Shylock im glänzenden Gehrock“, „den Kopf mit einem schmierigen Käppchen bedeckt“⁶⁸. Seine Aufrufe an das deutsche Volk machten ihn für die Nationalisten nicht nur zum Verkünder der Revolution, sondern auch zum Verräter am Vaterland, weil seine Anerkennung der deutschen Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges und sein Appell an die Deutschen, sich am Wiederaufbau der zerstörten feindlichen Gebiete zu beteiligen, dahin ausgelegt wurde, als hätte er „gefordert, daß die deutschen Kriegsgefangenen bis zur Vollendung des Wiederaufbaus in Frankreich arbeiten müßten, daß das gesamte Volk, vom Jüngling bis zum Greis, verpflichtet sei, Steine zusammenzutragen für die zerschossenen Gebiete und so weiter“⁶⁹. Er wurde zum Ziel der Angriffe der äußersten Rechten, aber auch der katholischen Bayerischen Volkspartei; überall wurde er als Jude beschimpft⁷⁰. In Wirklichkeit hatte Eisner nichts von einem wirklichen Revolutionär an sich. Das Symbol war falsch gewählt. Erst nach seiner Ermordung am 21. Februar 1919 und nach einem kurzen sozialistischen Zwischenspiel wurde am 7. April 1919 die kurzlebige „Räterepublik“ in Bayern ausgerufen. In dieser waren zahlreiche Juden in führenden Stellungen: Ernst Toller, Gustav Landauer, Erich Mühsam, Eugen Leviné, Axelrod...

Im übrigen traten Juden nicht nur in Berlin und in Bayern als führende Mitglieder revolutionärer Bewegungen hervor. So nennt ein antisemitischer Historiker willkürlich die folgenden Namen: „In Magdeburg ist es Brandes,

⁶⁸ M. Droz, *Les forces politiques dans la République de Weimar de 1919 à 1933*, Paris 1967, 22.

⁶⁹ Schay, *op. cit.*, 247.

⁷⁰ Allan Mitchell, *Revolution in Bavaria*, Princeton 1965, 222. Als er an Eisners Grabe sprach, betonte Gustav Landauer ebenfalls dessen jüdischen Ursprung, tat das aber auf andere Weise: „Kurt Eisner, der Jude“, sagte Landauer, „war ein Prophet, der unbarmherzig mit den kleinmütigen, erbärmlichen Menschen gerungen hat, weil er die Menschheit liebte und an sie glaubte und sie wollte. Er war ein Prophet, weil er mit den Armen und Getretenen fühlte und die Möglichkeit, die Notwendigkeit schaute, der Not und Knechtung ein Ende zu machen. Er war ein Prophet, weil er ein Erkennender war, dieser Dichter, der zugleich von der Schönheit, die kommen sollte, träumte und den harten, bösen Tatsachen unerschrocken ins Gesicht sah. Er war ein Prophet und wurde so zum Satiriker und zum Geißler der Verlogenheit und Verkleisterung, wie er sie zumal bei seinen Kollegen von der Presse fand; er war ein Schwärmer und zugleich ein unermüdlicher, trockener Erforscher der Wirklichkeit.“ *Münchener Neueste Nachrichten*, LXXII, Nr. 24 (27. Februar 1919).

in Dresden Lipinsky, Geyer und Fleissner, an der Ruhr Markus und Levinsohn, in Bremerhaven und Kiel Grünwald und Kohn, in der Pfalz Lilienthal und Heine.“⁷¹ Die Liste hätte zwar zuverlässiger, aber auch umfangreicher sein können.

Die Gleichsetzung von Juden und Weltrevolution prägte sich den Gemütern um so tiefer ein, als fast im selben Augenblick, wo in Bayern die „Räterepublik“ ausgerufen wurde, Bela Kun in Ungarn eine kommunistische Regierung bildete, in der ebenfalls zwei Drittel der Volkskommissare Juden waren⁷². In Sowjetrußland schließlich war die Zahl führender Juden besonders hoch: Trotzki, Sinowjew, Radek, Kamenew, Joffe . . .

Die Beweggründe, die so viele Juden dazu trieben, sich den revolutionären Bewegungen anzuschließen, sind sehr komplexer Natur und sollen an dieser Stelle nicht analysiert werden. Es scheint jedoch, als habe der Tätigkeit der jüdischen Revolutionäre in Deutschland ein fraglos naiver, aber sehr humaner Idealismus zugrunde gelegen: Eine Art säkularisierter Messianismus, als ob die Revolution die Erlösung von allen Leiden bringen könnte. Viele glaubten auch, daß die Judenfrage mit dem Sieg der Revolution verschwinden werde. „Als die Judenfrage heftigere Formen annahm“, schrieb Eduard Bernstein, „sah ich in der sozialistischen Internationale die erlösende Macht, die sie einst zur Ruhe bringen werde . . .“⁷³ Hier dient Gustav Landauer als schlagendes Beispiel, denn bei ihm finden wir ein Echo der Tradition des jüdischen Messiasglaubens und Humanismus: „Gustav Landauer, der Apostel einer wiedergeborenen Menschheit“, schreibt der Katholik Friedrich Heer, „hat die Fragen des Judentums tiefer durchdacht als viele vor ihm. Er beeinflusst stark seinen Freund, der seine Schriften sammelt: Martin Buber. Martin Buber ist der Zeuge für die reine Menschlichkeit des Blutzweigen Gustav Landauer, des ‚jüdischen Bolschewiken‘.“⁷⁴

Für die deutschen Nationalisten und in der Tat für die große Mehrheit der Bevölkerung war die Tätigkeit der jüdischen Revolutionäre eng verknüpft mit jener gefährlichsten aller Legenden, die sich nach dem Kriege in Deutschland verbreitete, der Legende vom „Dolchstoß in den Rücken“ der kämpfenden Armeen. Als Ebert am Morgen des 11. Dezember 1918 vor dem Brandenburger Tor die von der Front zurückkommenden Truppen begrüßte und ihnen zurief: „Froh begrüßen wir euch in der Heimat. Kein Feind hat euch überwunden!“, da setzte er, zweifellos unfreiwillig, den tragischsten aller psychologischen Denkprozesse in Bewegung: „Mit dieser Redewendung“, schreibt Wheeler-Bennett, „mit der er den Truppen gefällig sein wollte, sprach er den Generalstab frei und verurteilte die revolutionäre Republik. Die Legende vom ‚Dolchstoß in den Rücken‘ war geboren; die Saat zum Zweiten

⁷¹ Jacques Benoist-Méchin, *Histoire de l'Armée allemande*, Bd. II, Paris 1964, 216.

⁷² Maurice Baumont, *La faillite de la paix*, Bd. I, Paris 1960, 43.

⁷³ Eduard Bernstein zitiert in *Schay*, op. cit., 203.

⁷⁴ Friedrich Heer, *Gottes erste Liebe*, München 1967, 280.

Weltkrieg war gesät.“⁷⁵ Beinahe ein Jahr später gab Hindenburg dieser Legende seine volle Unterstützung, als er vor der Reichstagskommission zur Untersuchung des deutschen Zusammenbruches erklärte, ein englischer General habe ihm versichert, das deutsche Heer sei von hinten erdolcht worden. Eyck bemerkt hierzu: „Wer dieser englische General gewesen sei, sagte Hindenburg nicht, und der Ausschuß hat ihn leider nicht danach gefragt. Aber wenn es vielleicht auch nie ein englischer General gesagt hat, Millionen von Deutschen schrien es jetzt: ‚Unser Heer ist von hinten erdolcht worden.‘“⁷⁶ Wer aber konnte der deutschen Armee diesen Dolchstoß versetzt haben? Die Revolutionäre! Und wer waren die Revolutionäre? Die Juden! So drückte es Georg Heidner im Jahre 1919 aus: „Jeder Jude war ein freiwilliger Agent der Entente.“⁷⁷ Die *Ostdeutsche Rundschau* vom 25. Juni 1919 beschrieb ihrerseits die Rolle, die die Juden beim Zusammenbruch Deutschlands gespielt hatten, folgendermaßen:

„Die Juden haben unseren Siegeslauf gehemmt und uns um die Früchte unserer Siege betrogen. Die Juden haben die Axt an die Throne gelegt und die monarchische Verfassung in Stücke geschlagen. Die Juden haben die innere Front und dadurch auch die äußere zermürbt. Die Juden haben unseren Mittelstand vernichtet, den Wucher wie eine Pest verbreitet, die Städte gegen das Land, den Arbeiter gegen den Staat und Vaterland aufgehetzt. Die Juden haben uns die Revolution gebracht, und wenn wir jetzt nach dem verlorenen Kriege auch noch den Frieden verlieren, so hat auch Juda sein gerüttelt Maß von Schuld. Darum, deutsches Volk, vor allem das Eine – befreie dich von der Judenherrschaft.“⁷⁸

In besseren Worten konnte man alle die Vorstellungen und den Gefühlsgehalt kaum zusammenfassen, die die Legende vom „Dolchstoß in den Rücken“ in sich schloß. Jüdische Versuche, sie durch rationale Argumente zu widerlegen, konnten keinen Erfolg haben. Von nun an stand die Auffassung von Millionen Deutschen fest. Der antijüdische Schriftsteller Hans Blüher täuschte sich nicht, als er 1922 schrieb:

„... es nützt nichts mehr, daß man die ‚Fabel vom Dolchstoß in den Rücken‘ zu ‚widerlegen‘ versucht. Man kann alles widerlegen und alles beweisen. Es ist aber bereits Ereignis geworden, daß jeder Deutsche es im Blute hat: Preußentum und Heroismus gehören zusammen, zusammen gehören Judentum und der Geist der Niederlage. Jeder Deutsche weiß, daß die Gesinnung, durch die wir seit der Niederlage verachtet sind, jüdische Gesinnung ist... Hier helfen keine ‚Beweise‘ dafür und dawider, und wenn hunderttausend deutsche Juden für das Vaterland gefallen wären. Der Deutsche wird bald wissen, daß der Kern aller politischen Fragen die Judenfrage ist.“⁷⁹

⁷⁵ John W. Wheeler-Bennett, *Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1945*, Düsseldorf 1954, 52.

⁷⁶ Erich Eyck, *Geschichte der Weimarer Republik*, Bd. I, Zürich 1956, 189.

⁷⁷ Georg Heidner, *Der politische Charakter der Deutschen*, Berlin 1919, 5.

⁷⁸ Zitiert von O. Stauff von der March (Hrsg.), *Die Juden im Urteil der Zeiten. Eine Sammlung jüdischer und nichtjüdischer Urteile*, München 1921, 179.

⁷⁹ Hans Blüher, *Secessio Judaica. Philosophische Grundlegung der historischen Situation des Judentums und der antisemitischen Bewegung*, Berlin 1922, 49.

Die „revolutionäre“ und „verräterische“ Tätigkeit des Juden ist nur eine der Komponenten des komplexen antisemitischen Gesamtbildes. Wie schon im Kriege, ja noch in höherem Maße, verlieh ihm die Anwesenheit von entwurzelten Ostjuden in Deutschland, die noch zudem zu jeder Art von Beschäftigung bereit waren, zusätzlich eine besonders düstere Note. Man schätzt die Zahl der Ostjuden, die sich am Ende des Krieges auf Reichsgebiet befanden, auf etwa 160 000⁸⁰. Wegen der politischen Unsicherheit und der Pogrome, die über Osteuropa hinweggingen, betrachteten sie Deutschland, das selber in einem Zustand des Chaos war, wenn nicht als Zufluchtsort, so doch als eine Durchgangsstation auf ihrer Wanderung. Aber wie sollten sie sich in einer durch den Zusammensturz und das soziale Durcheinander lahmgelagerten Wirtschaft am Leben erhalten, in einem Augenblick, wo Millionen von Soldaten von der Front zurückkehrten und Arbeit suchten! Gewiß, die Verwaltungsbehörde versuchte, sie zu schützen: „Bei der Auswahl der Arbeiter für die Heimreise“, heißt es in einer Verfügung vom 4. Dezember 1918, „ist den Wünschen der Arbeiter möglichst Rechnung zu tragen. Insbesondere sind Ausländer, z. B. Juden, denen eine Heimreise aus triftigen Gründen augenblicklich unerwünscht ist, möglichst bis zu dem letzten Transport zurückzustellen.“⁸¹ Trotzdem machten die Länder schon in den ersten Monaten der Republik von ihrer diskretionären Entscheidungsgewalt bei der Abschiebung von mißliebigen Ausländern, die die Paßvorschriften verletzt hatten, gegenüber Ostjuden Gebrauch. Ausländer aus neutralen Staaten, Russen oder nichtjüdische Polen dagegen, wurden grundsätzlich nicht abgeschoben⁸². Das Auswärtige Amt versuchte deshalb, insbesondere über seinen Referenten für jüdisch-politische Angelegenheiten, Professor Sobernheim, einzugreifen, damit bei derartigen innenpolitischen Maßnahmen die deutschen Interessen in der Außenpolitik, zum Beispiel die Stimmung des in der amerikanischen Politik und in verschiedenen anderen Ländern einflußreichen Judentums, berücksichtigt wurden⁸³. Schließlich bestimmte der preußische Innenminister trotz der völkischen Propaganda über die „wirtschafts-, bevölkerungs- und rassenpolitischen Nachteile“ der ostjüdischen Einwanderung durch Erlaß vom 1. November 1919 aus „völkerrechtlichen und aus Gründen der Menschlichkeit“, daß vorläufig auch die illegal eingewanderten Ostjuden im Inland geduldet werden sollten⁸⁴.

Was die öffentliche Meinung ganz besonders aufbrachte, war die „fremde, und nicht gleichwertige Kultur“ der Ostjuden, bei denen vor allem das ungewohnte Geschäftsgebaren Anstoß erregte⁸⁵. Man bezichtigte die jüdischen

⁸⁰ *Adler-Rudel*, op. cit., 60.

⁸¹ AaO.

⁸² Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes [PAAA Bonn], Akten betr. Jüdisch-Politische Angelegenheiten, 192/2, L 329497 ff.

⁸³ PAAA Bonn, Nachlaß Sobernheim, 202/5, L 348582 ff.

⁸⁴ *Adler-Rudel*, op. cit., 158 ff.

⁸⁵ PAAA Bonn, Nachlaß Sobernheim, 203/1, L 349057 ff.

Händler aus Polen, Rußland und dem übrigen Osteuropa, sie betrachteten es mit kaufmännischer Ehre vereinbar, Schmier- und Bestechungsgelder zu zahlen, zu feilschen, zu unterbieten und zu wuchern, während dergleichen in Deutschland verpönt sei. Am heftigsten entrüsteten sich die kleineren und mittleren Kaufleute, die sich schon durch die – meist in jüdischem Besitz stehenden – Großkaufhäuser und nun auch noch durch die ostjüdischen Händler in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht fühlten und deshalb widerspruchslos der antisemitischen Propaganda das Ohr liehen. „Der deutsche Handel wurde überwuchert. Die minderwertigsten Geschäftspraktiken des unkultivierten östlichen Europas wurden in Deutschland eingeführt. Die Korruption des privaten und öffentlichen Lebens war an der Tagesordnung...“, klagte man im völkischen Lager⁸⁶. Und in der ersten seiner Reden, die uns im Druck vorliegt, ruft Hitler aus:

„Vergleichen Sie die 1 Million Arbeiter in Berlin vom Jahre 1914 mit dem, was sie heute sind: Arbeiter wie damals. Was hat sich an ihnen geändert? Sie sind magerer geworden, sie sind zerlumpt und verbraucht in ihrer Kleidung, sie sind arm geworden. Und nun suchen Sie nach jenen 100 000 Ostjuden, die in den ersten Kriegsjahren einwanderten. Sie finden sie heute überhaupt nicht mehr. Der größte Teil von ihnen hat sich „gemacht“ und sitzt bereits im Auto. Nicht, weil sie gescheiter sind ..., sondern aus dem einfachen Grunde, weil diese 100 000 von vorneherein niemals bereit waren, redlich mitzuarbeiten in einem Volkskörper zu gemeinsamem Gedeihen, sondern im vorhinein den gesamten Volkskörper als nichts weiter ansahen denn als Mistbeet für sich selber.“⁸⁷

Obwohl viele der osteuropäischen Juden Handel trieben, entsprach das antisemitische Gerede von der Masseneinwanderung galizischer Händler und Schieber insofern nicht der Wahrheit, als ein großer Teil der Einwanderer, soweit er nicht der berufslosen Kategorie der „Luftmenschen“ zuzurechnen war, aus Erwerbstätigen bestand und zum Proletariat gehörte⁸⁸. Allerdings sahen sich auch manche ostjüdische Arbeiter gezwungen, ihren Lebensunterhalt durch unlautere Schwarzmarkt- und Schiebergeschäfte, zum Beispiel in der Grenadierstraße in Berlin oder an anderen derartigen berüchtigten Orten zu verdienen, soweit es ihnen nicht gelang, sich durch Unterbieten von Lohnforderungen reguläre Arbeitsplätze zu beschaffen. Viele von ihnen, die schon im Kriege nach Deutschland gekommen und danach entlassen worden waren, machten sich als Hausierer selbständig; sie kauften für 100 Mark Knöpfe und anderen Kleinkram ein, um so der Ausweisung durch die Polizei zu entgehen. Oft wagten sie wegen der Ausweisungsgefahr nicht einmal, sich polizeilich zu melden, erhielten deshalb keine Lebensmittelkarten, mußten also Brotkarten

⁸⁶ Die Juden in Deutschland, hrsg. vom Institut zum Studium der Judenfrage, München 1936, 190.

⁸⁷ Rede Hitlers am 12. April 1922, veröffentlicht unter dem Titel: Die ‚Hetzer‘ der Wahrheit! in: Adolf Hitlers Reden, hrsg. von *Ernst Boepfle*, München 1933, 12.

⁸⁸ *A. Mendelssohn-Bartholdy*, *The War and German Society. The Testament of a Liberal*, New Haven 1937, 102 ff.

kaufen und damit handeln⁸⁹. Aus diesem Teufelskreis fanden die Ostjuden keinen Ausweg. Es blieb ihnen, die sowieso traditionsgemäß Stadtbewohner waren, nichts anderes übrig, als in Berlin und in anderen Städten unterzutauchen und ihr Leben zu fristen, so gut es ging. Dort aber waren sie oft nicht nur wegen ihres fremdartigen Äußeren und Auftretens eine Quelle ständiger Ärgernisse und Anlaß zu Beschwerden, sondern auch häufig – wegen ihrer elenden sozialen Lage – die Ursache politischer Agitation und eine finanzielle Last für die städtischen Verwaltungen⁹⁰.

Unter dem Einfluß der Propaganda von der „Ostjudengefahr“ wurde die Stimmung in der Bevölkerung gegenüber den ostjüdischen Fremdlingen immer unfreundlicher. Dabei hatte schon seit Ende 1919 und besonders seit der Beendigung des russisch-polnischen Krieges die Zahl der im Lande verbliebenen Ostjuden durch die Rückwanderung in ihre frühere Heimat und die Abwanderung nach Nordfrankreich und Übersee ständig abgenommen, so daß der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, im März 1922 dem Reichstag aufgrund der statistischen Angaben des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands berichten konnte, es hätten über die Hälfte der ostjüdischen Arbeiter das Land verlassen⁹¹. Anfang des Jahres 1922 gab es wieder ungefähr genauso viele Ostjuden im Reich wie vor dem Krieg.

Was die Antisemiten aber mindestens ebenso ärgerte wie die Tätigkeit der Revolutionsführer, und zweifellos mehr noch als die östlichen Zuwanderer, war der Aufstieg der Juden, deren politische Einstellung man mißbilligte, innerhalb des „Weimarer Systems“. Die nationalistischen Ideologien konstruierten einen Zusammenhang zwischen dem Aufstieg von Juden in der politischen Hierarchie und der Erniedrigung der Nation. Dies war für sie geradezu versinnbildlicht in der Gestalt Walther Rathenaus, der für eine Erfüllung der Forderungen der Sieger eintrat.

VIII

In den Augen der deutschen Nationalisten stellte sich die Lage etwa folgendermaßen dar:

Der Entwurf der Verfassung der Weimarer Republik war das Werk des Juden Hugo Preuß; die große deutsche Presse war bekanntlich von Juden beherrscht. Juden wurden Minister: Haase, Landsberg, Hilferding und vor allem Rathenau. Juden waren unter den Mitgliedern der Untersuchungskommissionen, die sich mit den Ursachen des Zusammenbruches befaßten: Oskar Cohn, Hugo Sinzheimer und der „Halbjude“ Georg Gothein. Vor ihnen mußten sich Hindenburg und Ludendorff rechtfertigen: „Hindenburg

⁸⁹ PAAA Bonn, Nachlaß Sobernheim, 202/5, L 348587 ff.

⁹⁰ *Mendelssohn-Bartholdy*, op. cit., 140 ff.

⁹¹ *Adler-Rudel*, op. cit., 119 ff.

gegen Cohn“, hieß die ironische Formel der Antisemiten⁹². Das Schlagwort war nicht ohne Wirkung. In der antisemitischen Propaganda erschien die Weimarer Republik wie ein von Juden für Juden geschaffenes Regime.

In Wirklichkeit war auf gewissen wichtigen Gebieten der Einfluß der Juden in der Weimarer Republik geringer, als er es im Kaiserreich gewesen war. So verlor seit dem Ende des Ersten Weltkrieges die Rolle, die sie im Finanzwesen spielten, ständig an Bedeutung. Waren 1907 noch 7,9% des deutschen Bank- und Kreditwesens in jüdischen Händen, so betrug Anfang 1933 der Anteil der Juden im gesamten Reichsgebiet nur noch 2,6%⁹³. Wie Hannah Arendt bemerkt, erreichte der Antisemitismus seinen Höhepunkt in dem Moment, wo der tatsächliche Einfluß der Juden in der Abnahme begriffen war⁹⁴. Auch dies ist jedoch mehr ein Zufall als ein Kausalzusammenhang, denn dieser Rückgang war kaum sichtbar: Was man wahrnahm, war eine Vergrößerung der jüdischen Machtstellung. Hierüber täuschten sich selbst klarsehende Beobachter: „Es ist ja nicht so unnatürlich, daß im besonderen die ehemals in den Winkel gedrängten Juden heute so vielfach in die erste Reihe gelangt sind“, schrieb Hans Delbrück im Jahre 1919. Aber er fügt hinzu: „Aber schon macht sich auch der Rückschlag bemerklich. Der Antisemitismus schwillt von Tag zu Tag.“⁹⁵

Die Identifikation der Mehrheit der deutschen Juden mit der von den nationalen Kreisen angeprangerten Republik fand ihren Ausdruck in der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei, die in vieler Hinsicht die Erbin der Fortschrittspartei der Kaiserzeit war. Sie wurde zur Fahnenträgerin der republikanischen Ideologie und zum politischen Sammelplatz der bürgerlichen deutschen Juden (natürlich mit Ausnahme derer, die bei der Sozialdemokratie oder auf der äußersten Linken standen)⁹⁶. Den Nationalisten schienen selbst die Sozialdemokraten noch annehmbarer als diese „verjudete“ Demokratische Partei. General von Seeckt, seit 1920 Chef der Reichswehr und die prominenteste militärische Persönlichkeit der zwanziger Jahre, erklärte:

„Mit Herrn Ebert und Genossen kann ich [zusammenarbeiten] vielleicht trotz diametral verschiedener Welt- und Wirtschaftsauffassung, weil ich diese Leute für verhältnismäßig ehrlich, wenn auch für Ideologen und Schwächlinge halte.

⁹² Eyck, op. cit., Bd. I, 191.

⁹³ Esra Bennathan, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, hrsg. von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts 13, 2. Auflage, Tübingen 1966, 118.

⁹⁴ Hannah Arendt, The Origins of Totalitarianism, New York 1958, 4.

⁹⁵ Delbrück, loc. cit., 437.

⁹⁶ Daß die DDP einen beträchtlichen Teil der deutschen und vor allem der jüdischen Intelligenz umfaßte, wird auch von Droz hervorgehoben. Ferner weist der französische Historiker auf die engen Beziehungen zwischen der Partei und der großen „jüdischen“ liberalen Presse der Konzerne Ullstein und Mosse hin. Droz, op. cit., 87–88.

Mit Herrn Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt, Dernburg, Solf [Deutsche Demokratische Partei] und ähnlichen Brüdern, kann ich nicht und werde ich nie können, weil ich an ihre Überzeugungstreue nicht glaube.“⁹⁷

Von den drei von Seeckt genannten Persönlichkeiten waren zwei, Wolff und Dernburg, Juden bzw. Judenstämmlinge, und wie so viele andere Nationalisten glaubte Seeckt nicht an die Echtheit ihrer Loyalität. Annelise Thimme, die in ihrer Stresemannbiographie diese Worte zitiert, fügt hinzu: „Ähnlich dachte Stresemann . . .“⁹⁸ In Wirklichkeit waren es die Mitglieder der Demokratischen Partei gewesen, die sich im Jahre 1918 geweigert hatten, Stresemann aufzunehmen, was für die Glaubwürdigkeit ihrer Prinzipien, aber auch für ihre Naivität spricht . . . Die Demokratische Partei, das Symbol der „Judenrepublik“, sollte nur für einige Monate Erfolg haben: 1919 war sie die Zuflucht vieler bürgerlicher Wähler. Schon von 1920 an verlor sie die Hälfte ihrer Stimmen, und 1924 hatte sie nur noch um die dreißig Sitze im Reichstag. Von da an war sie als politischer Machtfaktor erledigt.

Bis zu seiner Ermordung im Juni 1922 war Walther Rathenau die am besten bekannte, wenn auch häufig mißverstandene Persönlichkeit der Deutschen Demokratischen Partei; Nationalisten und Antisemiten betrachteten ihn als den repräsentativen Exponenten der politischen Einstellung der Mehrheit der deutschen Juden. Wenn auch die Gestalt Rathenaus zunächst mit dem Vertrag von Rapallo, dem Pakt mit einem bolschewistischen Rußland, in Verbindung gebracht wurde, so erschien er doch vor allem als Vertreter der Politik, die im nationalistischen Lager als besonders demütigend empfunden wurde: der sogenannten „Erfüllungspolitik“ der Jahre 1921 und 1922.

Der Friedensvertrag, der von den Vertretern Deutschlands nur angesichts der Unmöglichkeit jeden Widerstandes unterzeichnet worden war, setzte keine bestimmte Summe für die Reparationen fest, die das Reich den Siegern zahlen sollte. Ein Pauschalbetrag von zwanzig Milliarden Goldmark sollte bis zum 1. Mai 1921 geleistet werden, an diesem Tag sollte die Reparationskommission die Gesamtsumme festsetzen. Auf der Konferenz von Spa im Juli 1920 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Deutschen und den Alliierten über die „Zahlungsfähigkeit Deutschlands“ und über die Lieferungen auf Rechnung der ersten zwanzig Milliarden. Auf Drängen des Finanzministers Wirth nahm Rathenau als Berater der deutschen Delegation an dieser Konferenz teil. Neben ihm gehörte der Delegation ein ganz anderer Mann an, der Wortführer der deutschen Schwerindustrie, der Fahnenträger des unversöhnlichen Nationalismus, Hugo Stinnes. Rathenau riet zur Annahme der Forderungen der Sieger, um ihnen später beweisen zu können, daß sie unausführbar seien; Stinnes stimmte für Ablehnung. So trafen in Spa auf sym-

⁹⁷ *Annelise Thimme*, *Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik*, Hannover und Frankfurt a. M. 1957, 37.

⁹⁸ AaO.

bolische Weise die „jüdische“ und die „nationalistische“ Haltung aufeinander. Als am 1. Mai 1921 die Alliierten die Höhe der vom Reich aufzubringenden Reparationen auf die ungeheure Summe von 132 Milliarden Goldmark festsetzten, trat die Regierung Fehrenbach zurück. Der Zentrumsmann Wirth übernahm es, eine Regierung zu bilden, die mit Hilfe seines Reparationsministers Rathenau aus reiner Verzweiflung einer Erfüllungspolitik zustimmte.

Die symbolische Bedeutung der Ernennung Rathenaus zum Reparationsminister entging niemandem. Seine Mutter und seine Freunde waren sich darüber im klaren, daß er von nun an das Hauptziel aller nationalistischen und antisemitischen Angriffe sein würde: „Seine Person allerdings“, schreibt Rathenaus Biograph, „trat damit in einen Bereich erhöhter Gefahr. Seine Mutter drang in ihn, abzulehnen. Er selbst scheint in letzter Stunde geschwankt zu haben: scheint, denn innerlich trieb ihn alles, anzunehmen.“⁹⁹ Es geht hier nicht darum, die Erfüllungspolitik Rathenaus als Reparationsminister und ab Anfang 1922 als Außenminister zu analysieren. Es geht darum, die Position der liberalen deutschen Juden am Beispiel Rathenaus zu studieren. Wie Rathenau hingen die meisten deutschen Juden innig an ihrem Vaterland, waren aber gegen jeden überspitzten Nationalismus, da sie einsehen, daß ein Weg der Verständigung mit den Feinden von gestern gesucht werden mußte. In den Augen der Völkischen aber war die Erfüllungspolitik nur ein weiterer Verrat, nach all den den Juden zugeschriebenen Verrätereien der letzten Kriegsjahre und der Revolutionszeit. So schrieb Erich Eyck über die Ernennung von Walther Rathenau:

„Die Rechtspresse begrüßte seine Ernennung mit den Äußerungen des schärfsten Unwillens, indem sie den Zitatensack auskramte, in welchem man alle der Mißdeutung fähigen Sätze Rathenaus sorgsam gesammelt hatte. Aber auch manche Freunde, welche die Stärke und Skrupellosigkeit des deutschen Antisemitismus kannten . . ., waren besorgt. Wohl konnte er mit Recht erwidern, daß ‚sie keinen anderen gefunden haben‘, aber was kümmerte das diejenigen, welche die Erfüllungspolitik als ‚Landesverrat‘ brandmarkten und bis zur Raserei getrieben wurden, wenn sie von einem Juden gemacht wurde.“¹⁰⁰

„Er ist stolz darauf, Deutschlands Außenminister zu sein“, bemerkte der britische Gesandte in seinem Tagebuch, „und wird es sicher gut machen, wenn die antisemitischen Fanatiker ihn lassen.“¹⁰¹

In den wenigen Monaten, die zwischen seiner Berufung in die Wilhelmstraße und seiner Ermordung lagen, war Rathenau Gegenstand ständiger Drohungen¹⁰². Unter den Nationalisten kursierte der Reim:

„Schlagt tot den Walter Rathenau
Die gottverfluchte Judensau!“

⁹⁹ Kessler, op. cit., 308.

¹⁰⁰ Eyck, op. cit., Bd. I, 271.

¹⁰¹ D'Abernon, op. cit., Bd. I, 255.

¹⁰² AaO, 310.

Norman Cohn faßt die Themen der antisemitischen Propaganda, die seit 1920 gegen Rathenau getrieben wurde, zusammen, indem er folgende Zitate bringt:

„Höllisches Recht, höllische Sitte, höllische Kunst, höllische Moral verbreitest du um dich her“, schrieben die *Deutsch-völkischen Blätter*. Und der *Völkische Beobachter*, das Blatt der NSDAP, fragte und drohte: „Wie lange noch, und wir haben einen Walter I. aus der Dynastie Abraham-Joseph-Rathenau? Es kommt der Tag... Das Rad der Weltgeschichte wird herumgeworfen, das dann über manche Leiche der Hochfinanziers und seiner Helfershelfer hinwegrollen wird.“ Zur gleichen Zeit behauptete Fritsch in seinem *Hammer*, Rathenau lenke von Deutschland aus die Politik des Bolschewismus in Rußland, 1922 wurden die Angriffe noch wüster. Rathenau wurde beschuldigt, durch die von ihm organisierte Rohstoffkontrolle während des Krieges habe er das deutsche Volk aushungern wollen. Und um Außenminister zu werden, habe er dem Reichskanzler ultimativ gedroht, „das deutsche Volk der jüdischen Weltmacht zu opfern.“¹⁰³

Die Aufforderungen zur Ermordung Rathenaus mehrten sich, bis sie am 24. Juni 1922 zum Ziel führten. Die Mörder gehörten zu jenen Kreisen einer erbitterten nationalistischen Jugend, deren Opfer bereits Hunderte zählten.

Der Rathenau-Mord wurde auf mehreren Ebenen zum Signal und zur Zäsur. Gewiß, die Republik gewährte ihrem Außenminister ein eindrucksvolles Begräbnis; Hunderttausende von Deutschen folgten seinem Sarge. Aber war es der *Jude* Rathenau, den man ehren wollte? War dies nicht vielmehr eine politische Demonstration der Linken gegen die von der Rechten drohende Gefahr, eine Demonstration, bei der Rathenaus Tod nur als Vorwand diente? Bezeichnender als all dies waren die Erklärungen, die Techow, einer der Mörder, vor Gericht abgab. Ihm zufolge war die Gruppe der Verschwörer von den *Protokollen der Weisen von Zion* beeinflusst gewesen, für Techow hatte sich Rathenau selbst als „einen der dreihundert Weisen von Zion“ bezeichnet, und sein Ziel war, in Deutschland dieselbe Regierung zu bilden, die Lenin in Rußland ins Leben gerufen hatte¹⁰⁴. Das Auftauchen des Mythos von der jüdischen Weltverschwörung bei einer fanatisierten Jugend hatte für die Lage der Juden eine viel größere Bedeutung als der Pomp, mit dem der erste und einzige jüdische Außenminister, den Deutschland je besessen hat, zu Grabe getragen wurde.

¹⁰³ Norman Cohn, *Warrant for Genocide. The Myth of the Jewish World-Conspiracy and the Protocols of the Elders of Zion*, London 1967. Zitiert nach der deutschen Ausgabe, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung*, Köln-Berlin 1969, 183. Die ersten der beiden hier angeführten Äußerungen antisemitischer Blätter sind wiedergegeben nach C.V.-Zeitung, I (20. Juni 1921).

¹⁰⁴ Eyck, op. cit., Bd. I, 285 ff.

IX

Im Deutschland der Nachkriegszeit war ein neuer Mythos vom Juden im Entstehen begriffen, neu nicht in seinen wesentlichen Bestandteilen, die man größtenteils schon im Antisemitismus früherer Perioden findet¹⁰⁵, sondern wegen ihrer Verschmelzung zu einem Schreckbild und wegen der Intensität der dadurch hervorgerufenen Emotionen. Zwei Gesichtspunkte vor allem bestimmten diesen Mythos: die Weltverschwörung der Juden und die systematische Zersetzung der arischen Rasse und des germanischen Volkes durch die „Verunreinigung ihres Blutes“.

Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, dessen Wurzeln schon im religiösen Antisemitismus des Mittelalters stecken, fand im Nachkriegsdeutschland der Rolle wegen, die man den Juden in den revolutionären Bewegungen sowie hinter den Kulissen des Kapitalismus zuschrieb, ein starkes Echo. Ein Buch vor allem diente als dokumentarischer „Beweis“ für diesen Mythos: *Die Protokolle der Weisen von Zion*.

Wir wollen hier nicht auf die Geschichte der *Protokolle* eingehen, deren verwickelte Ursprünge schon 1922 in der Londoner *Times* und kürzlich wieder in einer Untersuchung von Norman Cohn enthüllt worden sind. Es möge genügen, daran zu erinnern, daß dieser im Jahre 1905 unter dem Schutz der

¹⁰⁵ Einige der extremsten Anklagen des Antisemitismus der vergangenen Jahrhunderte, wie die Beschuldigung des Ritualmordes, erscheinen in der Tat wörtlich wieder. Man kann sich beim Lesen der folgenden Zeilen, die im Jahre 1921 in Berlin veröffentlicht wurden, ein Bild davon machen: „Weckruf! Deutsche Mütter! Deutsche Väter! Deutsche Schwestern! Deutsche Brüder! Über 200 Kinder allein in Groß-Berlin vermißt . . . Man vermutet, daß das Fleisch dieser unglücklichen Kinder in der Ziegenwurst verarbeitet ist! Ist nicht schon der bloße Gedanke grauerregend, daß wir uns . . . wieder mitten im Zeichen des Kannibalismus befinden sollen? . . . Seht ihr denn nicht, daß Euren lieben Kindern das gleiche Los droht? . . . Wir wissen ja alle, daß *bestimmte Sekten zur Auffrischung ihres minderwertigen (!) Blutes aus rituellen Gründen ihren Opfern unter den grausamsten Qualen das Blut abzapfen!* Ist es nicht sonderbar, daß so viele Kinder zur Zeit der Ostern (!) verschwinden, zur Zeit, da gerade die alten Opfer [wessen?] gefeiert wurden? Volksgenossen! Soll bei uns wieder der *Molochdienst* einreißen, der im Morgenlande täglich Hunderte von zarten Menschenkindern seit Jahrtausenden verschlang? Vernichtet und tötet alle, die sich gegen die göttliche Ordnung erheben! Es ist höchste Zeit! Fort mit den Verbrechern! . . . ‚Deutschland uns Deutschen‘ ist die Parole. Unserer reinen Rasse allein, ihr das von Gott bestimmte Land! Und hier sollen Kannibalismus und Molochdienst grassieren? Was meldet das Berliner Tageblatt vom 23. April 1919 aus Rodach in Thüringen? Hier lest es nochmals: ‚Der Schleihändler Lichtenburg aus Alsleben wurde verhaftet, weil er dreizehn Pfund Fleisch eines abgeschlachteten elfjährigen Mädchens als Hammelfleisch verkauft hatte!‘ Volksgenossen! . . . Das Fleisch der rituell geschlachteten Kinder Eures eigenen Volkes sollt Ihr nun gar schon selbst verzehren! Auf! Volksgenossen! Auf zur Tat! Wehrt Euch! . . .“ Zitiert in *Harry Pross* (Hrsg.), *Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871–1933*, Frankfurt 1959, 254.

zaristischen Geheimpolizei veröffentlichten Fälschung bis zur bolschewistischen Revolution nur ein mittelmäßiger Erfolg beschieden war. Es bedurfte der Ereignisse von 1917, um viele der von ihnen unmittelbar Betroffenen davon zu überzeugen, daß dieser schreckenerregende Umsturz nur erklärt werden konnte als das Ergebnis einer geheimnisvollen und allmächtigen Verschwörung.

Mit den in den Westen fliehenden „weißen“ Russen kamen die *Protokolle* nach Westeuropa. Ihre erstaunliche Verbreitung ist nur ein weiteres Symptom für die seelische Erschütterung und Ratlosigkeit in der Nachkriegswelt, die die Menschen an Gespenstergeschichten glauben ließ. Deutschland war das Land, in dem die sogenannten Protokolle den weitesten Einfluß erlangten. Sie wurden zunächst 1920 von einem gewissen Müller von Hausen (alias Gottfried zur Beek) veröffentlicht und später in zahlreichen Varianten und mit Zusätzen und Kommentaren von den verschiedenen antisemitischen Schriftstellern neu herausgebracht. In wenigen Jahren wurden Hunderttausende von Exemplaren verkauft. Ein jüdischer Beobachter beschreibt die Wirkung des Buches in den Kreisen des Bürgertums:

„In Berlin wohnte ich mehreren Versammlungen bei, die ganz den Protokollen gewidmet waren. Als Redner trat gewöhnlich ein Professor, ein Lehrer, ein Redakteur, ein Rechtsanwalt oder dergleichen auf. Die Zuhörerschaft bestand aus Angehörigen der gebildeten Klasse, Beamten, Kaufleuten, ehemaligen Offizieren, Damen und hauptsächlich Studenten, Studenten aller Fakultäten und Semester. Es war wie bei den mittelalterlichen Glaubensdisputationen. Die Leidenschaften wurden bis zur Siedehitze aufgepeitscht. Da hatte man sie ja leibhaftig vor sich, die Ursache aller Übel, die Anstifter des Krieges, die Urheber der Niederlage, die Macher der Revolution, die das ganze Elend über uns heraufbeschworen hatten. Dieser Feind war in der nächsten Nähe, mit Händen zu greifen, und dennoch war das ein Feind, der im Dunkeln schlich, und es graute einem bei dem Gedanken, was er im Schilde führte. Ich beobachtete die Studenten. Einige Stunden zuvor hatten sie vielleicht in einem Seminar unter Anleitung eines weltberühmten Forschers an der Lösung eines juristischen, philosophischen oder mathematischen Problems alle ihre Geisteskräfte angestrengt. Nun kochte das junge Blut, die Augen blitzten, die Fäuste ballten sich, heisere Stimmen brüllten Beifall oder stießen Entzündungs- und Racheschreie aus. Manchmal wurde eine Aussprache zugelassen: wer es wagte, einen leisen Zweifel zu äußern, wurde niedergeschrien, oft beschimpft und bedroht. Wäre ich als Jude erkannt worden, ich zweifle, ob ich heil die Stätte verlassen hätte. Die deutsche Wissenschaft aber ließ es geschehen, daß der Glaube an die Echtheit der Protokolle und an das Bestehen einer jüdischen Weltverschwörung sich immer tiefer in alle gebildeten Schichten des deutschen Volkes hineinfraß, so daß er heute schier unausrottbar ist [1924!, S. F.]. Hier und da äußerte ein ernstes christliches Blatt leise Zweifel, machte sanfte und milde Einwendungen, das war aber auch alles. Keiner der großen deutschen Gelehrten (bis auf den verstorbenen Strack) hat sich erhoben, um die Fälschung zu entlarven...“¹⁰⁶

¹⁰⁶ B[enjamin] Segel, *Die Protokolle der Weisen von Zion kritisch beleuchtet. Eine Erledigung*, Berlin 1924, 37–38.

Die *Protokolle der Weisen von Zion* waren nur eine Steigerung der anti-semitischen Gedankengänge der Vorkriegszeit, aber in ihnen erschien die jüdische Gefahr in einer konkreteren und erschreckenderen Form als früher. Für Hunderttausende von Deutschen stand von nun an fest, daß der Kampf gegen die vermeintliche jüdische Gefahr wahrscheinlich ein „Kampf auf Leben und Tod“ sein müsse. Dabei waren die *Protokolle* nur die bekannteste unter den Veröffentlichungen dieser Art. Im Deutschland der Nachkriegszeit erschienen Dutzende von Schriften, die alle in der einen oder anderen Form die jüdischen Weltherrschaftspläne beschrieben¹⁰⁷.

Die „sexuelle Verunreinigung“ als Mittel der Unterwerfung der Nichtjuden durch die Juden spielte in den *Protokollen* keine entscheidende Rolle, aber aufgrund psychologischer Vorgänge, für die es bis heute kaum eine Erklärung gibt, verbreitete sich diese Schreckenskunde im Nachkriegsdeutschland immer mehr. Immer mehr Menschen glaubten daran, daß die Juden systematisch auf die „Verunreinigung arischen Blutes“ durch sexuelle Beziehungen zu arischen Frauen hinarbeiteten. Die Bastarde aus solchen Verbindungen stünden unter jüdischer Gewalt. Aus einer Kollektivangst hervorgegangen, verbreiteten sich solche Phantasien in ganz Deutschland. Sie wurden in Hunderten von Pamphleten und Romanen ins Volk gebracht, von denen einige – ebenso wie die *Protokolle* – zu den meistgelesenen Büchern der Zeit gehörten. Hier muß an erster Stelle Artur Dinters Roman *Die Sünde wider das Blut* genannt werden, sowie das ebenso berühmte Buch *Das Rätsel des jüdischen Erfolges* von Theodor Fritsch, das unter dem Pseudonym Roderich-Stoltheim veröffentlicht wurde.

Der Held des Dinterschen Buches ist ein junger nichtjüdischer Gelehrter, der als zweite Frau eine Arierin wählt, nachdem er zuerst mit einer Jüdin verheiratet gewesen ist. Aus dieser zweiten Ehe geht ein Kind hervor, das ausgesprochen „semitische“ Züge aufweist. Es stellte sich heraus, daß die arische Frau in ihrer Jugend sexuelle Beziehungen zu einem jüdischen Offizier unterhalten hatte und daß dadurch ihr Blut für immer „verdorben“ ist. Der Held des Buches entdeckt schließlich, daß die Juden die sexuelle Verunreinigung systematisch dazu benutzen, die Arier zu bastardisieren. Der Vater seiner ersten Frau, ein reicher Kommerzienrat, hatte eine „Pension“ eingerichtet, in der er blonde Jungfrauen aufnahm; sein Hauptziel war das „Verunreinigen“ arischen Blutes. Sobald die blonden Arierinnen schwanger wurden, schickte er sie fort (nicht ohne sie mit einem größeren Betrag abzufinden), und nahm andere auf. Bei dieser Bastardisierung der arischen Welt half ihm übrigens ein

¹⁰⁷ Siehe vor allem *Wilhelm Meister* (Paul Bang), Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung, München 1919; *F. Wichtl*, Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik, München 1922; *Siegfried Pentha-Tull* (Hans Schliepmann), Die siegreiche Weltanschauung (Neo-Machiavellismus) und wir Juden, Leipzig 1920.

junger Jude¹⁰⁸. Dieses Machwerk wurde in Deutschland zu Hunderttausenden verkauft.

Das Buch von Fritsch (oder, wie er sich hier nannte, Roderich-Stoltheim) ist ein weiteres Beispiel für diese Art von Literatur: Nach einer Schilderung der jüdischen Machenschaften zur Erlangung der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft in Deutschland betont Roderich-Stoltheim wie Dinter die rassische Entartung, von der Tausende von aus Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ hervorgegangene Kinder zeugen¹⁰⁹. Aus den Akten der Polizei gehe hervor, daß die Juden einen Trieb zur Schändung arischer junger Mädchen und sogar zu Kinderschändung haben¹¹⁰. Die nichtjüdische Frau wird von Juden nur als Geschlechtstier betrachtet. Nicht nur sein Geld gestattet es dem Juden, die Arierinnen zu verführen, er übt auch eine geheimnisvolle und unheilbringende Gewalt über sie aus. Einige Bemerkungen des Autors zu diesem Thema seien hier zitiert:

„Ein ziemlich schäbiger Jude begegnete einer Frau aus gutem bürgerlichem Stande. Er blickt sie an, sie bleibt wie angewurzelt stehen, sieht sich nach ihm um und geht ihm nach. – Ähnliches geschah in einer Straße, wo ein rothaariger Kleiderjude vor seinem Laden stand. Ein junges anständiges Mädchen, kaum dem Backfischalter entwachsen, geht vorüber, der Jude sieht sie an oder flüstert ihr etwas zu; sie fühlt sich wie betroffen, bleibt am nächsten Schaufenster stehen und blickt immer zu dem Juden hin. Es dauert nicht lange, so folgt sie ihm in seinen Laden . . .

Es entsteht die Frage: Liegen hier vielleicht talmudische Geheimkünste zu Grunde? – Manche Juden sollen es sogar mit ihrer Kunst soweit gebracht haben, daß sie ein weibliches Wesen mit einem Blicke erzittern und erbeben machen können, wie von einem elektrischen Schläge durchzuckt. – Eine Dame, die sich mit einem Juden eingelassen, erzählte, nachdem sie wieder zu Verstand gekommen, ihrer Familie: Als der Mensch zum ersten Mal mit ihr gesprochen und mit seinen tiefdunklen Augen durchdringend sie angeschaut habe, wäre es ihr durch Mark und Bein gefahren, und von Stund' an hätte sie sich unwiderstehlich zu ihm hingezogen gefühlt, er wäre ihr im Traum erschienen, usw. . . .

Wer löst dieses Rätsel? Ist es der Blick (vielleicht das, was die Italiener *jettatura* nennen) oder kennt vielleicht die talmudische außerordentliche Klugheit und Lebenserfahrung geheime Wechsel-Beziehungen, gewissermaßen geheimnisvolle sympathische Kräfte? Oder kommt hierbei auch die jüdische Energie in Betracht, wodurch die Juden vielleicht das weibliche Gemüt zu beherrschen verstehen?“¹¹¹

Anonyme Pamphlete, in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet, nehmen unermüdlich dasselbe Thema auf. Im Jahre 1924 warnt der Verfasser des Buches *Frauenkräfte in Deutschlands Not und Hoffnung* die deutschen Frauen vor ihrem Schicksal:

„Christliche Dienstboten, Verkäuferinnen, Beamtinnen, Schauspielerinnen sind nach jüdischer Auffassung für die Befriedigung jüdischer Ausschweifungen vogelfrei. (Tiere in Menschengestalt!) Mustergültig? – Wer zählt die harmlosen deut-

¹⁰⁸ Artur Dinter, *Die Sünde wider das Blut*, Leipzig 1921, 201 ff.

¹⁰⁹ F. Roderich-Stoltheim (Pseud. für Theodor Fritsch), *Das Rätsel des jüdischen Erfolges*, Leipzig 1919, 238.

¹¹⁰ AaO, 239.

¹¹¹ AaO, 246–247.

schen Kinder und Mädchen, welche der religiösen Sorg- und Gedankenlosigkeit von der ‚Vorbildlichkeit jüdischen Ehelebens‘ schon zum Opfer gebracht wurden? Deutsche Frauen, seht einmal genauer hinter die Kulissen! Orientalische Harems vor euren Augen! Schwarze Schmach am Rhein als Wille der jüdischen Hochfinanz und Judenschmach in ganz Deutschland! Dort liegt Euer Arbeitsfeld! Erlöst die Unglücklichsten Eures Geschlechtes und reißt den blinden Zutreibern die Binde von den Augen.“¹¹²

Man könnte unzählige Texte dieser Art anführen.

Wilhelm Meister (Paul Bang), der Verfasser einer der berüchtigsten Schmähchriften der Nachkriegszeit, *Judas Schuldbuch*, nennt die von den Juden ausgehende dämonische Verführungstechnik arischer Frauen, die „Schadchen-Politik“, als eines der erfolgreichsten Mittel Judas zur Erreichung seiner Ziele¹¹³.

Angesichts des wachsenden Zerfalls der Gesellschaft und angesichts eines Judenbildes, dessen mythische Charakterzüge immer erschreckender ausgemalt wurden, hofften mehr und mehr Deutsche auf das Kommen dessen, der die Ordnung und die überlieferten Werte wiederherstellen, die Autorität zur Regenerierung des Volkes wiederaufrichten, das Reich in seinem alten Glanze wiedererstehen lassen und den Entscheidungskampf gegen das Symbol des Bösen, den Juden, führen wird.

Die Zeit war reif für den Auftritt Adolf Hitlers.

¹¹² Frauenkräfte in Deutschlands Not und Hoffnung, Bremerhaven 1924, 38.

¹¹³ *Wilhelm Meister*, op. cit., 5.–6. Auflage, München 1920, 50.

DIE ROLLE DER LIBERALEN PRESSE

von

Werner Becker

In jeder Untersuchung, die der Situation der Juden innerhalb der deutschen Gesellschaft im ersten Drittel des zwanzigsten Jahrhunderts gewidmet ist, stellt sich die liberale Presse als ein Faktor von besonderer Bedeutung dar. In der Zeit, von der wir hier sprechen, hatte diese Presse noch eine sehr angesehene Stellung, obwohl ihr Einfluß bereits im Abnehmen war. Sie war eins der Überbleibsel einer früheren Ära, das sich am längsten behaupten konnte, obwohl die Grundlagen, auf denen diese Presse aufgebaut hatte, immer mehr untergraben wurden. Aus Gründen, die in diesem Bande in anderem Zusammenhang dargestellt werden, war die in privatem Besitz (größenteils von Juden) befindliche Presse eines derjenigen Gebiete, auf welchen sich jüdische Intellektuelle uneingeschränkt betätigen konnten. Diese Tätigkeit übte eine um so größere Anziehungskraft auf viele dieser begabten jungen Menschen aus, als sie leidenschaftliche Vorkämpfer der liberalen Ideen waren, wie sie sich seit dem achtzehnten Jahrhundert in Europa entwickelt hatten. Sie glaubten an die Macht des Arguments auch im politischen Leben und an die Grundsätze der Vernunft und Humanität, denen diese Presse dienen wollte. Tatsächlich war die liberale Presse eines der merkwürdigsten Phänomene: meistgelesen, best geschrieben, gut redigiert, auch im Ausland beachtet, aber politisch identifiziert mit einer Gruppe, die zusehends an Einfluß verlor. Es erscheint – im nachhinein – als ein tragischer Zusammenhang, daß die Stunde des Siegs der demokratischen Ideen, für die die linksliberale Presse mit dem Pathos moralischer Begeisterung eingetreten war, in Wahrheit den Beginn der Niederlage bezeichnete.

In der Zeit des Niederganges des Liberalismus und des Aufstiegs radikalierter Massenbewegungen, richtete sich der Hauptangriff gegen die Presse, die der sichtbarste Vorkämpfer liberaler Ideen war. Der große Anteil der Juden wurde einer der Angriffspunkte, an denen man diese Presse tödlich zu treffen suchte; sie wurde von antisemitischer Seite als „Judenpresse“ diffamiert, und ihr Eintreten für die Republik brachte auch dieser den Namen der „Judenrepublik“ ein. In der Tat waren die Juden, wie schon erwähnt,

nicht nur in den Redaktionen stark vertreten; auch innerhalb des deutschen Bürgertums, das durch diese Presse repräsentiert wurde, war das jüdische Element proportional stark. Man darf vielleicht sagen, daß durch die großstädtischen Zeitungen, die im Besitz von Juden waren, die Illusion erzeugt wurde, als sei die von ihnen vertretene Haltung maßgebend für das deutsche Bürgertum. Dieser Illusion sind vor allem die deutschen Juden selbst erlegen, die der gleichen bürgerlichen Schicht angehörten; sie ließ bei ihnen die Meinung aufkommen und – beinahe unbewußt – einwurzeln, als stelle das liberale Bürgertum, später etwa noch mit einem Zusatz von idealistischem Sozialismus, das deutsche Volk dar. Nur das erklärt die Reaktion der deutschen Juden auf den Antisemitismus und ihre überlegene Geste der Geringschätzung angesichts seines ständigen Anwachsens. Sie konnten nicht glauben, daß eine Bewegung, die ihnen als vulgär, demagogisch und boshaft erschien, ernsthaft Positionen erobern könnte. Dies spiegelt sich in der liberalen Presse in diesen kritischen Jahren.

Im Verlauf des Weltkrieges und der darauffolgenden, von den „linken“ Parteien getragenen Revolution, fiel dieser liberalen Presse eine besonders delikate Aufgabe zu. Sie hat die aus dem militärischen Zusammenbruch entstandene demokratische Republik als Beginn einer neuen Epoche begrüßt. Durch die Wunderkraft der demokratischen Idee (die in Deutschland eher eine abstrakte als eine praktische Bedeutung hatte) sollte der neue Staat gleich einem Phönix aus der Asche aufsteigen, und sogar der ganzen Welt zum Muster dienen. Es ist also nicht zu verwundern, daß Männer aus den Kreisen der liberalen Presse auch führend waren bei der Reorganisation des deutschen Parteiwesens, vor allem bei dem Versuch, eine wirklich tragfähige demokratische Partei zu gründen. Die Presse hätte das Rückgrat einer solchen Partei bilden können.

I

Am Mittwoch, dem 20. November 1918, nicht einmal zwei Wochen nach dem Ausbruch der Revolution und dem Sturz der deutschen Dynastien, wurde in Berlin die Deutsche Demokratische Partei gegründet – eine politische Gruppe, die sich in den ersten Jahren ihres Bestehens nachdrücklicher als jede andere mit der theoretischen Grundlegung und der aktuellen Gestalt der Weimarer Republik identifizierte; die, wie außer ihr nur noch die Sozialdemokratie, mit den Erfolgen und Mißerfolgen dieses Staates, mit seinen Leistungen, Schwächen, Versäumnissen und schließlich mit seinem Untergang schicksalhaft und unentrinnbar verbunden war; die in der eigenen Problematik diejenige des deutschen Bürgertums und diejenige der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie in Deutschland detailgetreu widerspiegelte; die als bürgerliche Linkspartei und als politische Partnerin der SPD konzipiert wurde, sich in großen Teilen jedoch als Prellbock des Bürgerblocks gegen eine sozialistische

Vorherrschaft verstand – und an der Unvereinbarkeit beider Konzeptionen trotz zahlreicher pragmatischer Kompromißversuche scheiterte; die den endlichen und späten Triumph des entschiedenen Liberalismus in Deutschland zu bringen schien, eine große Anzahl von bisher der Politik fernstehenden Menschen der praktischen politischen Arbeit zuführte und dennoch schon wenige Monate nach der Gründung deutlich und für jedermann erkennbar den Weg des Abstiegs begann, der 1930 in eine drei Jahre währende Agonie mündete.

In vielerlei Hinsicht eng verknüpft mit der Existenz der Deutschen Demokratischen Partei war das politische Schicksal der emanzipierten und assimilierten bürgerlichen Juden – nicht nur weil der Niedergang der DDP und derjenige der auf einer liberalen, freiheitlichen, toleranten Verfassung sich gründenden Weimarer Republik zeitlich zusammenfielen und gemeinsame Ursachen hatten.

In der Deutschen Demokratischen Partei, der „einzigen echten Parteigründung unter dem Einfluß der Revolution“ (Sigmund Neumann), wurde die Reichsverfassung von 1919 konzipiert. Die Partei gab dem zweckhaften, auf wenig mehr als die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gerichteten Machtbündnis zwischen SPD und Heerführung das politische Gesicht; sie stellte mit Hugo Preuß den Theoretiker des neuen „Volksstaates“, mit ihm, Max Weber und Friedrich Naumann die Schöpfer und Anreger der Verfassung, mit Conrad Haußmann den Vorsitzenden des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung; sie stellte der Republik zwar keine Kanzler, aber – im Reich und in den Ländern – eine Reihe von Ministern, Staatssekretären und Verwaltungsbeamten, die – wie unterschiedlich ihre politischen Ansichten und Ziele gewesen sein mögen, und wie wenig lang ihre Tätigkeit gedauert haben mag – die deutsche Politik der zwanziger Jahre entscheidend mitbestimmten: um nur Hugo Preuß, Erich Koch-Weser, Walther Rathenau, Eugen Schiffer, Hjalmar Schacht (bevor er mit der Rechten paktierte), Ernst Troeltsch, Rudolf Oeser, Wilhelm Groener, Otto Geßler zu nennen. Von der Bildung des Kabinetts Scheidemann im Februar 1919 bis zum Sturz der Regierung Brüning im Mai 1932 waren die Demokraten an fast allen Koalitionsregierungen der Weimarer Republik direkt oder indirekt beteiligt. Dabei sank die Zahl ihrer Mandate beständig: von 75 in der Nationalversammlung im Januar 1919 (und 18,6 Prozent der bei der Wahl abgegebenen Stimmen) auf zwei im letzten freigewählten Reichstag vom November 1932 (und ein Prozent der Stimmen).

Konzipiert wurde die DDP in einer Berliner Zeitungsredaktion. Theodor Wolff, der Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, hatte den Aufruf zur Gründung der „großen demokratischen Partei für das einige Reich“ entworfen und am 16. November 1918 in seiner Zeitung veröffentlicht¹.

¹ Berliner Tageblatt, XLVII, Nr. 587 (16. November 1918), M. = Morgenausgabe; auch in: *Margret Boveri*, Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler, Olten/Freiburg 1965, 54 ff. – Für die Geschichte der DDP vgl. *Wolfgang Hartenstein*, Die

Unter den knapp 60 Unterzeichnern dieses Aufrufs fallen neben den eigentlichen Initiatoren der Parteigründung (Alfred Weber, Hugo Preuß, Hjalmar Schacht, Theodor Wolff) und einigen wenigen Parlamentariern der alten liberalen Parteien (Dove, Fischbeck, Gothein, Kauffmann, von Liszt, Lucas, von Richthofen) zahlreiche Vertreter von Zeitungen und Zeitschriften auf. Für das *Berliner Tageblatt* und den Mosse Verlag unterschrieben Theodor Wolff, Martin Carbe, Rudolf Mosse und Otto Nuschke; für die *Frankfurter Zeitung* Max Wießner, für die *Welt am Montag* Hellmut von Gerlach, für die *Hilfe* Wilhelm Heile, für den *Holsteinischen Courier* Robert Hieronymus, für die *Münchener Neuesten Nachrichten* Hellmuth Sarwey, für das *Hamburger Fremdenblatt* Albert Wacker, für den *Berliner Börsen-Courier* Dr. Emil Faktor.

In dieser Liste fehlen die Namen einiger liberaler Zeitungen, die der traditionsreichen nationalliberalen *Kölnischen Zeitung*, der *Königsberger Hartung'schen Zeitung*, der *Leipziger Neuesten Nachrichten* etwa; ob der Grund im Zufall mangelnder Kommunikation oder in politischen Meinungsverschiedenheiten zu suchen ist, muß dahingestellt bleiben. Ebenso fehlen die Namen des Berliner Großverlages Leopold Ullstein, der durchaus der liberalen Richtung nahestand, und seiner *Vossischen Zeitung*; ihre Beteiligung scheiterte wohl an der scharfen geschäftlichen Konkurrenz zwischen Mosse und Ullstein und an den Vorbehalten gegen den „belasteten“ Leiter der *Vossischen Zeitung* Georg Bernhard, der während des Weltkrieges ein Annexionist und „Heimkrieger“ gewesen war.

Die Zahl der unterzeichnenden Verlagsvertreter bleibt bemerkenswert. In der Tradition des neunzehnten Jahrhunderts waren Zeitungen weltanschaulich geprägt und eng an Parteien und Parteirichtungen gebunden, waren gewissermaßen selbst „Personalgefolgschaften“, die nun in die neue Partei eingebracht werden sollten.

Drei Tageszeitungen vorzugsweise spiegeln in ihren politischen Meinungsäußerungen die Problematik, die Stärken und Schwächen liberal-demokratischer Argumentation und Politik wider und können als prototypische Vertreter politischer Strömungen gelten, die in der deutschen Politik nie recht zu Einfluß kamen: die *Frankfurter Zeitung* mit einer sozialliberalen, bieder und entschieden demokratischen, an die süddeutsche bürgerliche Linke von 1848

Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962; Karl Hermann Beeck, Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des deutschen Liberalismus, Diss. phil., Köln 1955; Die Entstehung der Deutschen Volkspartei, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der DVP, Berlin 1919; Theodor Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936, 203 ff.; Ernst Portner, Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Linksliberalismus, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1965, 150–161; Günter Fischenberg, Der deutsche Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik, Diss. phil., Münster 1958. – Die innere Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei ist in bedauerndem geringem Umfang erforscht und dargestellt.

anknüpfenden Haltung, die *Vossische Zeitung* mit einem eher konservativen Kulturliberalismus, der im Weltkrieg in einen unbekümmerten Pragmatismus umschlug, und das *Berliner Tageblatt* mit der vom „Liberalismus“ zur „Demokratie“ fortgeführten, stark von den Realitäten und Auseinandersetzungen des Bismarckreichs geprägten Tradition².

Frankfurter Zeitung, *Vossische Zeitung* und *Berliner Tageblatt* waren zugleich herausragende Beispiele für das, was die ungemein anschwellende antisemitische Propaganda der letzten Kriegs- und der ersten Nachkriegsjahre „die Judenpresse“ nannte. Es wurde ein mit geradezu verbissener Energie betriebener Wettbewerb, immer mehr oder immer neue Presseorgane aufzuzählen, in deren Redaktionen oder Verlagen sich ein jüdisch klingender Name fand, und die dann flugs das demagogische Etikett erhielten; das führte oft genug zu grotesken Ergebnissen, die einer Nachprüfung nicht standhielten, hatte jedoch in bezug auf die „große“ demokratische Presse (und einige radikale Zeitschriften wie die *Weltbühne*, das *Tagebuch* und andere literarische und kulturelle Periodica) zumindest den Anschein von Glaubwürdigkeit. Diese hatten jüdische (oder ehemals jüdische) Verleger, jüdische Redakteure und Mitarbeiter in großer Zahl, einen hohen Anteil von jüdischen Abonnenten. Die Verbindung des bürgerlichen deutschen Judentums und der fortschrittlichen liberalen Politik mit dem Multiplikator Presse schien sich in ihnen unübersehbar und überzeugend zu verkörpern.

Die latente gesellschaftliche Diskriminierung, die kaum je ganz überwunden wurde, hatte politisch zu einer starken Beteiligung von Juden an den Links-, insonderheit an den linksbürgerlichen Parteien und ganz besonders an ihrer Presse geführt³; diese Beteiligung diente den Antisemiten zur willkommenen und in ihrer Bedeutung weit übertriebenen Bestätigung für ihre vorgefaßten ideologischen Meinungen; den einzigen entschiedenen politischen Gegner außerhalb der sozialistischen Parteien fanden die Antisemiten wiederum in der linksliberalen Partei und der ihr nahestehenden Presse. Der Kreis schien geschlossen und nicht mehr zu durchbrechen; 1917, als die innenpolitische Radikalisierung und Hysterie manifest wurden, noch undeutlich,

² Vgl. *Werner Becker*, Demokratie des sozialen Rechts. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918 bis 1924, Göttingen 1970.

³ Vgl. dazu *Jacob Toury*, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 15, Tübingen 1966; *Hans J. Morgenthau*, The Tragedy of German-Jewish Liberalism, The Leo Baeck Memorial Lecture 4, New York 1961; *Eva G. Reichmann*, Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt/Main o. J. [1956]; *Rudolf Kaulla*, Der Liberalismus und die deutschen Juden, Das Judentum als konservatives Element, München-Leipzig 1928; *Werner E. Mosse*, Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden; in: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelband, hrsg. von *Werner E. Mosse* unter Mitwirkung von *Arnold Paucker*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 13, 2. Auflage, Tübingen 1966.

1923/24 am Beginn der Stabilisierungsperiode der Republik als unverkennbares und unübersehbares Erbe der binnen weniger Jahre eingetretenen extremen Polarisierung aller politischen Kräfte. Der Antisemitismus hatte sich tief in die ganz anders gearteten, älteren, sachbezogenen politischen Gegensätze eingefressen und machte ein Gespräch über die Fronten und einen Kompromiß so gut wie unmöglich.

Die Alternative „für oder gegen Weimar“ schloß – neben vielem anderem – für immer mehr Deutsche auch die Entscheidung „für oder gegen Juden“ in sich ein.

Nach dem Ersten Weltkrieg trat die Deutsche Demokratische Partei auch insofern das Erbe der Freisinnigen und Fortschrittlichen an, als ihr, wenigstens am Beginn der Republik, der überwiegende Teil der jüdischen Wähler zugefallen sein dürfte, weit eher jedenfalls als den sozialistischen Parteien, unter deren Führern Juden eine prominente Rolle spielten. Die DDP schien eine starke politische Bastion gegen die erneut – und stärker als je zuvor – anbrandenden Wellen des Antisemitismus zu sein.

Sie erwies sich freilich bald schon als zu schwach. Entschieden linksliberal Engagierte – Juden wie Nichtjuden – hatten allen Anlaß, innerhalb der DDP als Mahner zu einer mutigen, weniger lauen und anpassungsbereiten Politik aufzutreten. Viele von ihnen vollzogen aus Unzufriedenheit mit der Partei bald schon die Hinwendung zur SPD⁴, die meisten fanden dennoch ihre politische Heimat auf dem linken Flügel der Demokraten, der freilich seinerseits zur Mehrheit und zur Parteiführung in Opposition stand.

Diese merkwürdige Oppositionsstellung, die grundsätzliche Loyalität zur Partei mit dem zähen Festhalten an fortschrittlich-demokratischen Prinzipien verband, spiegelt sich auch in den Spalten der großen demokratischen Tageszeitungen, die dem assimilierten jüdischen Bürgertum eng verbunden waren. Sie blieben dem Geist der Verfassung treu und gerieten in Opposition zu den Regierungen; sie beharrten auf der entschiedenen Linksausrichtung der DDP, die doch deutlich nach rechts schwenkte, und verteidigten nachdrücklich die Gesamtpartei, insonderheit vor Wahlen. Da die DDP nur in ganz geringem Umfang über eine eigene Presse verfügte, oblag es den großen privaten, parteinahen Blättern, die vernachlässigte Verbindung zu Mitgliedern und Wählern aufrechtzuerhalten. Die Zeitungen waren also unentbehrlich, sie erfüllten eine überaus wichtige Funktion für die Partei – um so wichtiger, als die Euphorie der Gründungsmonate und der Arbeit in der Nationalversammlung bald verflog, als Mißerfolge bei den Wahlen, Enttäuschungen in der Außen- und Innenpolitik, voreilige Kompromißbereitschaft und taktische Fehler die DDP in eine permanente Krise stürzten.

Frankfurter Zeitung und *Berliner Tageblatt* in besonderem Maße – in geringerem Umfang auch andere Presseorgane – waren zudem die Bindeglie-

⁴ Ein prominentes jüdisches Beispiel ist Paul Nathan, der 1921 von der DDP zur SPD überwechselte.

der zwischen der Partei und ihren jüdischen Anhängern. Auch als solche waren sie für die DDP nützlich, wiewohl sie zugleich den Unmut offen – und öffentlich – formulierten. Vor Wahlen sparten sie nicht mit Hinweisen darauf, daß alle anderen bürgerlichen Parteien den rüdesten Antisemitismus auf ihre Fahnen geschrieben hätten. Stärker als die Partei selbst, formulierte die ihr nahestehende Presse die liberal-demokratische Antwort auf den Antisemitismus. Sie birgt eine Vielzahl verschiedenartiger Motivationen und politischer Probleme in sich. Ehrliche demokratische Überzeugung, Abscheu vor dem moralischen Niveau der antisemitischen Verhetzung der Bevölkerung (die oft in erster Linie die Zeitungen und ihre Redakteure selbst betraf) und die Suche nach Auswegen aus einer verfahrenen und verzweifelten Lage verbanden sich mit durchaus parteitaktischen Überlegungen und Zielen.

II

Die *Frankfurter Zeitung*, die den Aufruf Theodor Wolffs vom 16. November 1918 zur Gründung einer „großen demokratischen Partei“ noch am gleichen Tag in ihrem zweiten Morgenblatt nachdruckte und so einen entscheidenden Beitrag zur Entstehung der DDP leistete, konnte auf eine über 60jährige Geschichte und eine bisweilen dramatische, aber doch bemerkenswert kontinuierliche Entwicklung zurückblicken. Sie war, seit sie sich der Politik zugewandt hatte, mit mehr oder weniger Nachdruck ein Oppositionsblatt gewesen; sie hatte das großdeutsche und demokratische Erbe von 1848 bewahrt, stets einen entschiedenen Liberalismus vertreten und zeitweise mit großer Heftigkeit gegen Bismarck und die von ihm konzipierte Reichsverfassung gekämpft. Sie hatte alle obrigkeitlichen Anfeindungen und Pressionen überstanden, sich von einer Finanzzeitung unter anderen zu einem großen unabhängigen politischen Blatt fortentwickelt; sie bezog die Nachrichten fast ausschließlich von dem eigenen umfangreichen Korrespondentenstab und bot ihren Lesern einen Kulturteil von beachtlich hohem Niveau und einen Handelsteil, der als Hohe Schule der Wirtschaftsjournalistik galt. Sie nannte sich selbstbewußt das „erste Kampfesorgan der deutschen Demokratie“⁵. Sie war ein Mythos und eine reale Macht zugleich. Der Mythos überdauerte den Tod der Zeitung; die Macht wurde schon in den Jahren der Republik immer geringer, bis schließlich die vollkommene Ohnmacht an ihre Stelle trat.

Benno Reifensbergs Bemerkung, daß die Geschichte des deutschen Liberalismus „ohne das Kapitel *Frankfurter Zeitung* schwerlich zu schreiben“ sei⁶, scheint nicht übertrieben. Sie läßt sich vom Liberalismus mühelos auf die

⁵ Geschichte der Frankfurter Zeitung, Volksausgabe, Frankfurt a. M. 1911, 7.

⁶ Benno Reifensberg, Einleitung zum Facsimile-Querschnitt durch die Frankfurter Zeitung, Bern-München-Wien 1964, 7.

deutsche Presse und auf die deutschen Juden übertragen. Ernst Kahn, ehemals selbst Redakteur der Zeitung, bemerkte:

„It is difficult for contemporary newspaper readers to imagine the influence which the Frankfurter Zeitung had on its readers, especially in Southern Germany. If the paper was held in such high esteem by non-Jewish circles – an esteem which went far beyond the customary relationship between a reader and his newspaper – this relationship was even more intimate in the case of a Jewish subscriber. Intellectually he depended on the Frankfurter Zeitung and so did his family and his neighbours.“⁷

Rahel Straus spricht in ihren Erinnerungen von der Zeitung als der „Bibel der deutschen Juden“, die in ihrem Karlsruher Elternhaus „natürlich“ gelesen wurde. Der Nationalökonom Moritz Julius Bonn, in Frankfurt aufgewachsen, billigt dem Blatt das Hauptverdienst an der Entwicklung seiner liberalen politischen Anschauungen zu. Theodor Heuß hat beschrieben, wie sein Vater die Zeitung nach sorgfältigem Studium an gleichdenkende Freunde weitergab⁸. Alle diese Zeugnisse weisen auf die politische Landschaft Südwestdeutschlands in den letzten Jahren des neunzehnten Jahrhunderts hin. Die Zeitung, die nach dem Brauch und gemäß den Bedürfnissen der Zeit mehrmals täglich erschien, war – für jüdische und nichtjüdische Leser – zu einer Institution geworden.

Die *Frankfurter Zeitung*⁹ entstand 1856 als ein privater Firmenbericht der Bankiers Leopold Sonnemann und Heinrich Bernhard Rosenthal, die für ihre Kunden Informationen über den Aktienmarkt zusammenstellten. Die Zeitung blieb zunächst, mit wechselnden Namen, ein reines Finanzblatt; erst ab 1859 – ein historisch bezeichnendes Datum – befaßte sie sich auch mit der Politik. Die enge örtliche und personelle Verbindung mit der Bewegung von 1848 schlug sich auch im politischen Programm nieder, das die Einheit der Nation und die Freiheit des Staatsbürgers forderte. 1866 wurde Leopold Sonnemann, der Bankier, Verleger und Politiker, Alleininhaber und beherrschender Kopf der Zeitung, bis zu seinem Tod im Jahr 1909. Das geistige Erbe Sonnemanns blieb in der Zeitung bis zu ihrem Verbot im Jahre 1943 lebendig, selbst dann noch, als sie den Namen ihres Gründers aus dem Titel verbannen mußte.

⁷ Ernst Kahn, *The Frankfurter Zeitung*, in: Year Book II of the Leo Baeck Institute, London 1957, 234.

⁸ Rahel Straus, *Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880–1933*, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1961, 78; Moritz Julius Bonn, *So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens*, München 1953, 45; Theodor Heuß, *Erinnerungen*, in: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung, Sonderheft der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1956, 19.

⁹ Das Folgende nach der Geschichte der Frankfurter Zeitung, Volksausgabe, Frankfurt a. M. 1911. – Über Sonnemann in der Frage Elsaß-Lothringen und im Kulturkampf siehe jetzt ausführlich Werner E. Mosse, *The Conflict of Liberalism and Nationalism and its Effect on German Jewry*, in: Year Book XV of the Leo Baeck Institute, London 1970. – Siehe auch Bibliographie unter Gerteis, Klaus.

Unter den Ereignissen, die die Zeitung prägten, stand an erster Stelle der scharfe Kampf gegen Bismarck, den Sonnemann als Verleger und Reichstagsabgeordneter der kleinen Deutschen Volkspartei, als Demokrat, grundsätzlicher Republikaner und zugleich als Vertreter eines eigensinnigen süddeutschen Partikularismus (als Patriot der Freien Stadt Frankfurt) führte. Dieser Kampf war erfolglos; Sonnemann stand auf der Seite der Elsaß-Lothringer, die für ihre politischen Rechte im Deutschen Reich fochten, auf der Seite des Zentrums im Kulturkampf, auf der Seite der unterdrückten und verfolgten Sozialdemokratie: all dies frühe, flüchtige und zunächst folgenlose Vorspiele zur Weimarer Koalition. Die Politik der Deutschen Volkspartei war Richtlinie für Sonnemanns Redakteure. Friedrich Payer, der Parteivorsitzende, war lange Jahre hindurch Mitglied des Aufsichtsrats der Zeitung. Die fortschrittlichen Reformen, die allmählich in den süddeutschen Staaten in Gang kamen, galten als Vorbild für die Reichspolitik. Die Vorliebe für die plebiszitäre, direkte Demokratie und für eine Volksmiliz orientierten sich an Schweizer Einrichtungen. Einflußreicher Verlagsdirektor war bis 1914 der eidgenössische Politiker Theodor Curti, und noch 1933 tauchte im Kreis der Redakteure der Gedanke auf, die Zeitung fortan in der Schweiz erscheinen zu lassen¹⁰.

Das politische Ziel Sonnemanns und der Zeitung hieß „Demokratie“, nicht „Liberalismus“; das Symbol für dieses Ziel blieb die schwarz-rot-goldene Fahne. In den Spalten des Blattes dokumentiert sich ein deutlicher, gelegentlich unter dem Eindruck des Tages durch Kompromisse oder sektiererische Rechthaberei gestörter, aber immer wieder wahrnehmbarer unterirdischer Strom demokratischer Überlieferung, an die sich 1918 nach dem ruhmlosen und wenig betrauten Untergang der Hohenzollern-Dynastie mühelos anknüpfen ließ.

Dazu kam, bei Sonnemann stärker als bei der Partei, die er vertrat, das soziale Engagement. Der Bankier spielte eine wichtige Rolle in den Jahren neuer politischer Aktivität nach der Reaktion auf die gescheiterte Revolution von 1848. Er gehörte mit einigen seiner Mitarbeiter zu den Initiatoren des „Vereinstags deutscher Arbeitervereine“ zusammen mit Wilhelm Liebknecht und August Bebel und in scharfer Frontstellung gegen Ferdinand Lassalle. Eine angemessene historische Würdigung seiner Rolle steht noch aus. Sonnemann fürchtete die klassengebundene Arbeiterpartei, die mit Hilfe des allgemeinen gleichen Stimmrechts das linksgerichtete Bürgertum in die Minderheit drängen konnte, und er schied erst 1869 aus dem Vereinstag aus, als dieser zusammen mit den Lassalleanern nunmehr entschlossen den Weg zur Arbeiterpartei beschritt. Ein starker Wille, die Klassentrennung zu überwinden (zugleich auch: die proletarischen Arbeitermassen an eine linksliberale Führung zu binden), blieb immer wirksam. Auch er zeitigte 1918 politische Ergebnisse.

¹⁰ Benno Reifenberg, Die zehn Jahre, in: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung, aaO, 41.

Freilich fehlte die kapitalistische Komponente durchaus nicht. Der Wirtschaftsteil blieb immer das Herzstück der *Frankfurter Zeitung*. Seine Unentbehrlichkeit für wirtschaftlich Interessierte sicherte der Zeitung lange Zeit hindurch die finanzielle Grundlage. Er war ursprünglich ganz auf den Aktienmarkt hin orientiert; Sonnemann und Ludwig Cohnstaedt, der Leiter des Handelsblatts der Zeitung, betrachteten sich als die Anwälte der Aktionäre. Die Integrität und Unabhängigkeit der Wirtschaftsredakteure trugen viel zum guten Ruf der Zeitung bei, auch wenn der Aktionärs-Kapitalismus manche Rüge erfuhr. Die rein kapitalistische Betrachtungsweise trat später nicht selten in mehr oder weniger offenen Gegensatz zur sozialen Orientierung der politischen Redaktion. Der Rückgang des Frankfurter Börsengeschäfts, vor allem der Verbindungen mit ausländischen Emittenten, schwächte die Finanzkraft der Zeitung.

Auch dies war eine Erbschaft Sonnemanns und ein Bestandteil des Mythos der Zeitung: sie hatte keinen Chefredakteur und präsentierte ihre Redakteure öffentlich stets in alphabetischer Reihenfolge. Formal entschied bei Streitfragen die Redaktionskonferenz, der der Verleger präsierte; in der Praxis gab es natürlich Prioritäten, die auch die Interessen Sonnemanns und seiner Nachfolger gebührend berücksichtigten. Die Redaktion hatte ein Mitspracherecht bei Neueinstellungen – diese Regelung trug zur Homogenität des Kollegiums entscheidend bei und garantierte die politische Übereinstimmung und die Gediegenheit der Arbeit weitgehend. Diese innere Verfassung blieb sogar im Dritten Reich erhalten. Sie gab der Zeitung, deren tägliche Leitartikel unsigniert erschienen, die Aura des Objektiven, Grundsätzlichen, Unpersönlichen, Unanfechtbaren.

Leopold Sonnemann gehörte jahrzehntelang dem Frankfurter Stadtparlament an, er war ein prominenter Bürger der Stadt und ein geachteter Mäzen. Die Mitglieder seines Aufsichtsrats und seine Testamentsvollstrecker waren wie er Frankfurter Bankiers und Politiker der Deutschen Volkspartei, einer süddeutschen, an die 1848er Tradition anknüpfenden, entschieden demokratischen Splittergruppe der linksliberalen Bewegung, deren Namen Stresemann 1918 – sehr zum Zorn der *Frankfurter Zeitung* – für seine nationalliberale Umgründung benutzte. Sie kamen aus dem weltoffenen, kulturell stark interessierten, dabei überzeugt linksliberalen – und zum großen Teil jüdischen – Großbürgertum. Das großbürgerliche Element ist, solange die *Frankfurter Zeitung* bestand, unter ihren Redakteuren und ihren Lesern immer stark und bestimmend gewesen. In der Leserschaft war sowohl das Besitz- als auch das Bildungsbürgertum vertreten, der Anteil der freien Berufe war außerordentlich groß.

Sonnemann war der Sproß einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Mainfranken, die 1840 vor der restriktiven Politik des bayerischen Ministeriums Abel nach Offenbach auswich und 1849 in Frankfurt/Main Bürgerrecht erhielt. Ihre Geschäftsbeziehungen reichten bis nach New York, wo für kurze

Zeit das freilich erfolglose Handelshaus „Sonnemann & Heuberger“ bestand.

Der Weg Sonnemanns und der Zeitung war von Anfang an vom Antisemitismus begleitet. Das begann 1859, als der Deutsche Nationalverein als „Jung-Israel“ verspottet wurde, und war auf seinem Höhepunkt nach dem Ersten Weltkrieg, als – beispielsweise – ein Organ wie der *Miesbacher Anzeiger* nur von dem „Blatt des Löb Sonnemann“ sprach¹¹. Es nutzte wenig, daß die Zeitung wiederholt ernsthaft darlegte, auch sie könne „die germanischen Stammbäume und lutherischen Religionszeugnisse der Mehrzahl (des) Redaktions- und Mitarbeiterpersonals“ vorzeigen¹². Sonnemann und seine Zeitung hatten immer, ganz im Sinne ihres traditionellen liberalen Glaubensbekenntnisses, die jüdische Emanzipation und Assimilation, die Überbrückung des Gegensatzes zwischen Juden und Christen in der einen deutschen Nation verfochten und innerjüdische Fragen nur am Rand und mit gehöriger Distanz behandelt. Die frühen Palästina-Pläne von Moses Hess stießen folgerichtig auf Ablehnung: „Glücklicherweise haben die Israeliten in Deutschland schon lange aufgehört, eine besondere Nation zu bilden, und sind nichts mehr als eine Religionspartei. Deshalb werden die Pläne der israelitischen Ultras scheitern.“¹³ Der Bannstrahl traf den späteren Zionismus in gleicher Weise; die Zeitung konnte dabei der Zustimmung des größten Teils der deutschen Juden sicher sein.

„Daß die Frankfurter Zeitung . . . bei der Abwehr des Antisemitismus in der ersten Reihe stand“, so ist in einer Selbstdarstellung zu lesen, „liegt in der Konsequenz ihrer Grundsätze begründet: galt es doch, den Ansturm der antisemitischen Demagogen gegen eine der wesentlichsten Grundlagen des modernen Staates, die Gleichberechtigung der Bürger, zurückzuschlagen.“¹⁴ Eine solche Haltung band die jüdischen Leser und Abonnenten um so enger an die Zeitung, als sie das spezielle Problem der Bedrohung der jüdischen Existenz in das allgemeine Problem der Behauptung der bürgerlichen Rechte mit einbezog. Es ist nicht verwunderlich, daß die Zeitung viele junge Intellektuelle aus bürgerlichen jüdischen Familien anzog. Um die Jahrhundertwende trat eine Reihe von ihnen in die Redaktion der *Frankfurter Zeitung* ein, Männer, die den Kurs der Zeitung später entscheidend mitbestimmten: Bernhard Guttmann¹⁵, bis 1914 Korrespondent in England, dann führender Kopf in der

¹¹ Das Beispiel gibt *Werner Maser*, in: *Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt a. M. – Bonn 1965, 320 ff.

¹² So am 28. September 1859, *Geschichte der Frankfurter Zeitung*, 51.

¹³ Am 11. Juni 1864, aaO, 46.

¹⁴ AaO, 436.

¹⁵ Bernhard Guttmann, geb. am 24. Juli 1869 in Breslau, gest. am 20. Januar 1959 in Buchenbach/Schwarzwald. Dr. phil., Berlin, 1895. Seit 1899 Korrespondent der *Frankfurter Zeitung*, seit 1908 in London, seit 1914 in Frankfurt a. M., seit 1920 in Berlin. Schied 1930 aus, lebte zurückgezogen in Deutschland. 1946–1949 Herausgeber, bis 1958 Mitarbeiter der *Gegenwart*. Veröffentlichungen u. a.: *England im Zeitalter der bürgerlichen Reform*, 1923, 2. Aufl. 1949; *Schattenriß einer Generation 1888–1919*, 1950.

Frankfurter Redaktion, zwischen 1920 und 1930 Leiter der Berliner Redaktion und damit faktisch politisch bestimmend; Arthur Feiler¹⁶, seit 1903 Handels-, seit 1910 politischer Redakteur, Wortführer und glühender Verfechter der entschieden sozialreformerischen Richtung innerhalb der Zeitung wie auch innerhalb der DDP; außerdem Wilhelm Cohnstaedt¹⁷, Sohn von Ludwig Cohnstaedt, des langjährigen Leiters des Handelsteils und späteren Geschäftsführers der *Frankfurter Zeitung*, Schüler von Lujo Brentano und Hans Delbrück, Mitkämpfer Naumanns in der Nationalsozialen Partei, seit 1906 in der politischen Redaktion, die er erst 1933, nach erregten Auseinandersetzungen mit der Generation, die die Zeitung auch im Dritten Reich weiterführen wollte, verließ, Mitglied des Vorstands der DDP; dann Robert Drill¹⁸, auch er Schüler von Lujo Brentano, überzeugter Kantianer, „Redaktionsphilosoph“ und Autor der meisten redaktionellen Äußerungen zum Problem des Antisemitismus.

Das Bild würde ungebührlich verfälscht, vergäße man den Umstand, daß zur gleichen Redakteur-Generation der *Frankfurter Zeitung* viele Nichtjuden gehörten, die zudem in führenden Positionen zu finden waren: Fritz Schotthöfer¹⁹, außenpolitischer Redakteur; Walter Kamper²⁰, wie Feiler Verfechter des sozialliberalen Kurses; Rudolf Oeser, der der Redaktion nur kurze Zeit angehörte und später preußischer Abgeordneter und Minister wurde; von den Jüngeren, Wolf von Dewall, Außenpolitiker und Interpret Stresemannscher Politik; Rudolf Kircher, nach dem Ersten Weltkrieg Korrespondent in England, seit 1930 Leiter der Berliner Redaktion, nomineller „Hauptschriftleiter“ bis 1943. Bei allen Redakteuren – Juden wie Nichtjuden – stand, soweit sich das an ihren veröffentlichten Arbeiten ablesen läßt, die Judenfrage nicht im Mittelpunkt des Interesses. Sie war subsumiert unter das größere, allgemeinere Problem der Durchsetzung einer demokratischen, freiheitlichen, fortschrittlichen, toleranten Politik.

¹⁶ Arthur Feiler, geb. am 16. September 1879 in Breslau, gest. am 11. Juli 1942 in New York. Dr. phil., Heidelberg, 1923, habil. 1928 in Frankfurt a. M. Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates seit 1920 und der Sozialisierungskommission seit 1921. Professor in Frankfurt a. M. und Königsberg seit 1932. Emigration. Dozent an der New School for Social Research in New York seit 1933. Veröffentlichungen u. a.: *Der Staat des sozialen Rechts*, 1918; *Amerika-Europa. Erfahrungen einer Reise*, 1926; *Das Experiment des Bolschewismus*, 1929.

¹⁷ Wilhelm Cohnstaedt, geb. am 9. November 1880 in Frankfurt a. M., gestorben in Philadelphia. Dr. rer. pol., München, 1903. Seit 1907 Korrespondent in Amerika, seit 1914 in Frankfurt a. M. Emigration 1934.

¹⁸ Robert Drill, geb. am 21. August 1870 in Graz, gest. 1942 in Südafrika. Dr. rer. pol., München, 1897. Politischer Redakteur bis 1933. Emigration 1935.

¹⁹ Fritz Schotthöfer, geb. am 3. März 1871, gest. am 28. Oktober 1951 in Frankfurt a. M. Schüler von Lujo Brentano. 1900–1943 Korrespondent und Redakteur der Zeitung.

²⁰ Walter Kamper, 1906–1939 (?) Redakteur der Zeitung. Gest. 1939 in der Schweiz.

Gerade dieses Problem trat während des Ersten Weltkrieges in ungemein verschärfter Aktualität zutage. Alle ungelösten Fragen der deutschen inneren und äußeren Politik stellten sich neu. Die Antworten, die die Parteien und die politischen Gruppen darauf gaben, konnten wegen der Kriegszensur über Jahre hin nicht öffentlich diskutiert werden. Um so schärfer traten die Gegensätze plötzlich in der Krise des Jahres 1917 hervor – und sie wurden auf allen Seiten mit Entschlossenheit und Aggressivität artikuliert. Die *Frankfurter Zeitung* reagierte auf die Herausforderung der Zeit gemäß der eigenen Tradition und mit einer neuen, tapferen Unerschrockenheit. Sie stellte sich vorbehaltlos auf die Seite derer, die zum Verhandlungsfrieden und zu schnellen inneren Reformen drängten. Mutig formulierte sie ihre Gegnerschaft gegen Annexionisten und Vaterlandspartei, gegen die politische Macht der Militärs und die Reste von Feudalismus in der Gesellschaft, gegen das Dreiklassenwahlrecht und die Niederhaltung des Parlaments, gegen Großgrundbesitz und soziale Ungerechtigkeit.

Am konsequentesten verfolgte die *Frankfurter Zeitung* ihre außenpolitische, an den Idealen des friedlichen Ausgleichs der Konflikte ausgerichtete Linie. Schon früh trat neben die Kriegsbegeisterung, die auch in ihren Spalten nicht fehlte, der nachdrücklich vorgebrachte Wunsch nach einer diplomatischen Beilegung des Krieges. Die Friedenshoffnung konzentrierte sich auf England, während die antirussische Stimmung relativ lange anhielt. Zögernd zwar fiel die Stellungnahme gegen den U-Boot-Krieg aus, weit eindeutiger war jedoch die Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstags von 1917. Kaum eine andere Zeitung wagte es in dieser Zeit, die deutsche Kriegsmüdigkeit so unverblümt zu formulieren, wie die *Frankfurter Zeitung* es tat. „Keiner von allen kämpfenden Staaten ist innerlich so bereit zum Frieden wie wir“, hieß es lapidar am 31. Juli 1918, als die deutschen Offensiven im Westen zusammengebrochen und die Alliierten auf dem Vormarsch waren. Der Kanzler Prinz Max von Baden konnte der uneingeschränkten Unterstützung der Zeitung bei seinen Friedensschritten sicher sein.

Auch die *Frankfurter Zeitung* reagierte auf die alliierten Forderungen und auf den Versailler Vertrag zunächst mit tiefer Enttäuschung, Verbitterung und einem spontanen und strikten „Unannehmbar“²¹. Es ist für die Intensität und die Ernsthaftigkeit der innerdeutschen Diskussion aufschlußreich, wie ausführlich das Problem der Annahme oder Ablehnung in beinahe täglichen Leitartikeln behandelt wurde und schließlich das „Nein“ sich in Unentschiedenheit und im Juni 1919 in ein verzweifelt, aber unverrückbares „Ja“ verwandelte. Die Zustimmung war eng verbunden mit der Überzeugung, „daß der Friedensvertrag revidiert werden muß, wenn nicht alles in Europa zugrunde gehen soll“²².

²¹ So *Frankfurter Zeitung*, LXIII, Nr. 327 (25. November 1918), A. = Abendblatt.

²² *Bernhard Guttman*, Eine Reise nach England. Flugschrift der *Frankfurter Zei-*

Die Hoffnung auf eine baldige Revision fand allerdings in der Entwicklung der nächsten Jahre wenig Bestätigung; die Folge war ein illusionsloser Pessimismus in der Außenpolitik, der sich mit resigniertem Quietismus paarte, freilich die Zeitung nicht daran hinderte, ernsthafte Entspannungsversuche der deutschen Regierungen nachhaltig zu unterstützen. Die Marschroute war mit der Annahme des Versailler Vertrages festgelegt: friedliche, in Verhandlungen und mit wechselseitigen Zugeständnissen erreichte Revision, keine außenpolitische Kraftmeierei – Stinnes' Auftreten in Spa etwa wurde als schädlich und schändlich angeprangert – Annahme der alliierten Ultimaten, Eintritt in den (freilich idealistisch mißverstandenen) Völkerbund, Zustimmung zur Erfüllungspolitik der Regierung Wirth/Rathenau und schließlich zur Verständigungspolitik Stresemanns, den innenpolitisch nach wie vor stärkstes Mißtrauen traf. Unnötig zu sagen, daß das Londoner Abkommen und der Pakt von Locarno volle Zustimmung fanden, weil sie die Chance für eine friedliche außenpolitische Entwicklung in Europa zu bieten schienen.

Weitaus komplizierter stellten sich die innenpolitischen Probleme dar. Auch hier fielen 1917 wichtige Vorentscheidungen. In der einsetzenden Diskussion um den Parlamentarismus spielte die *Frankfurter Zeitung* eine ungemein wichtige Rolle, nicht zuletzt wegen ihrer Verbindung zu Max Weber, der hier im Sommer 1917 – anonym – unter dem Titel „Deutscher Parlamentarismus in Vergangenheit und Zukunft“ ein nachdrückliches Plädoyer für die Ministerverantwortlichkeit und das parlamentarische Regierungssystem und eine Abrechnung mit dem persönlichen Regiment des Kaisers erscheinen ließ²³. Die Artikelserie brachte der Zeitung (freilich nur für kurze Zeit) die Präventivzensur ein, fand ein ungemein starkes Echo in der Öffentlichkeit und leitete unmittelbar zu den Verfassungsdebatten des Jahres 1919 über. Wie kaum eine andere Zeitung beteiligte sich die *Frankfurter Zeitung* auch an dieser Diskussion; sie focht vor allem für den Einheitsstaat, der durch örtliche Selbstverwaltung gemildert werden sollte, für das Verhältniswahlrecht und die Möglichkeit von Plebisziten²⁴; mit geringen Einschränkungen stimmte sie der Weimarer Verfassung zu und machte sich zu ihrer eifrigsten Propagandistin.

Die Zeitung und die politische Gruppe, für die sie sprach, hatten die Revolution nicht gewollt und die Demokratie nicht auf diesem Wege erstrebt. Die

tung, Frankfurt a. M. 1919, 18. Aus *Frankfurter Zeitung*, LXIV, Nr. 899, 905, 914, 927 (2., 4., 7., 12. Dezember 1919). Vgl. unten, S. 108 ff.

²³ *Max Weber*, *Deutscher Parlamentarismus in Vergangenheit und Zukunft*, *Frankfurter Zeitung*, LXII (26. April, 27. Mai, 5. Juni, 6. Juni, 24. Juni und 8. September 1917). Verändert und erweitert als *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland* in: *Max Weber*, *Gesammelte politische Schriften*, Tübingen 1958, 249 bis 431. Dort auch die zahlreichen anderen Beiträge für die *Frankfurter Zeitung*. Zur Zusammenarbeit Max Webers mit der Zeitung vgl. *Wolfgang J. Mommsen*, *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*, Tübingen 1959, 171 ff.

²⁴ *Anon.*, *Die Weimarer Reichsverfassung*. Flugschrift der *Frankfurter Zeitung*. Aus *Frankfurter Zeitung*, LXIV (September 1919).

Revolution war ihnen nur annehmbar um den Preis der Nationalversammlung, die an die Reformen des Oktober 1918 anknüpfen und die Gewalt in das Recht zurückführen sollte. Mit der Republik fanden sich die Redakteure leichter ab, das Ideal der parlamentarisch regierten konstitutionellen Monarchie, das sie zuvor propagiert hatten, war ein Modell *rebus sic stantibus* und am allerwenigsten in der Anhänglichkeit an deutsche Dynastien begründet gewesen. Die Forderungen der Stunde hießen: „... die eine deutsche Republik, der freie deutsche Volksstaat, das Reich auch der sozialen und wirtschaftlichen Gerechtigkeit und Freiheit“; sie umfaßten eine entschiedene linksliberale Reformpolitik, für die die *Frankfurter Zeitung* nach westeuropäischem Vorbild das Wort „radikal“ gebrauchte: „Das neue Deutschland muß radikal und sozial sein bis in die Knochen! ... Das Bürgertum wird radikal sein – oder es wird nicht sein.“²⁵

Was hier unter dem Eindruck der sich überstürzenden Ereignisse zum Ausdruck kam, war mehr als ein Strohfeuer oder ein taktisches Eingehen auf die Ereignisse des Tages. Es war der Ausfluß überlieferter demokratischer Gesinnung. „Demokratie“ bedeutete im Sprachgebrauch der Zeitung weit mehr als die Bezeichnung einer Staatsform. Sie war eine Synthese von Liberalismus und Sozialismus, eine höhere geschichtliche Form als beide; sie stand in direktem Gegensatz zu „Reaktion“, Obrigkeitsstaat, „Militarismus“, Imperialismus. Sie lieferte die Begründung für die schroffe Feindschaft zu allen Rechtsparteien, einschließlich der Nachfolger der Nationalliberalen und ihres Parteivorsitzenden Stresemann, des „Richtungslosen, den die Deutsche Volkspartei zu ihrem und unserem Unglück immer noch als ihren Führer duldet“²⁶. Gegen eine Verbindung der DDP mit Stresemann focht die *Frankfurter Zeitung* jahrelang einen erbitterten Kampf – zusammen mit Männern wie Hugo Preuß, der hier im Juli 1921 seine zornigen „Bergbriefe“ veröffentlichte²⁷. Entsprechend war die politische Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten für die Zeitung stets die *conditio sine qua non* jeder Regierungsbeteiligung der DDP.

Der entschiedene Linkskurs fand besonders in der Sozialpolitik seinen Niederschlag, in der Formel vom „Staat des sozialen Rechts“. Er war der vielleicht wesentlichste Beitrag einer Tageszeitung zur öffentlichen Diskussion der Nachkriegszeit. Wortführer dieses Kurses war Arthur Feiler. Anknüpfend an sozialliberale Traditionen wollte er die ungerechten Auswirkungen eines uneingeschränkten Kapitalismus durch „ein vorsichtig und entschlossen zugleich

²⁵ AaO, LXIII, Nr. 316 (14. November 1918), A.; Nr. 313 (11. November 1918), A., Die deutsche Revolution; LXIV, Nr. 59 (23. Januar 1919), 1. M. = 1. Morgenblatt, Die deutsche Nationalversammlung.

²⁶ AaO, LXVI, Nr. 712 (24. September 1921), A.; und öfter.

²⁷ Hugo Preuß, Bergbriefe. Flugschrift der Frankfurter Zeitung, 1921. Aus Frankfurter Zeitung, LXVI, Nr. 523, 530, 536, 542, 549 (17., 20., 22., 24., 27. Juli 1921). Ein eindringliches Plädoyer gegen den Bürgerblock und für die „Vereinigung bürgerlicher und sozialer Demokratie“.

abgewogenes System sehr mannigfacher realer Maßnahmen“ mildern und vermeiden. Nach Feiler sollte die „demokratische Staatsgewalt dort regelnd und neuordnend (eingreifen), wo die Abstinenz des alten Staates dem Privateigentum gestattet hat, sich zu ungesunden, das Gesamtwohl gefährdenden Formen auszuwachsen“. Er fand „das private Kohlenmonopol reif und überreif zur Expropriation“ und forderte die „unerbittliche Zurücknahme des Großgrundbesitzerlandes“. Er wollte mit Hilfe der Steuerpolitik die soziale Zerklüftung ausgleichen und die Gesellschaft umformen und verfocht die Mitbestimmung der Arbeiter über das im Betriebsrätegesetz festgelegte Maß hinaus – alle diese Vorstellungen gingen weit über die Denkmodelle des traditionellen Liberalismus hinaus und wurden im Weimarer Staat nicht verwirklicht. Feilers Grundsatz hieß: „Es gibt auf die Dauer keine Demokratie, wenn sie nicht gleichzeitig die soziale Gerechtigkeit verwirklicht, wie es umgekehrt keine soziale Gerechtigkeit gibt ohne die Demokratie.“ Das Wirtschaftsprogramm der DDP, das freilich auf dem Papier stehen blieb, hat Feiler in entscheidenden Passagen mitbestimmt und -formuliert²⁸.

Es versteht sich, daß eine Zeitung, die solche entschiedenen politischen Ansichten vertrat, die unerschrocken immer wieder die Umwandlung und Demokratisierung der Reichswehr forderte und die „Begünstigung, die der nationalistische Fanatismus häufig in den Gerichtssälen erfährt“, geißelte²⁹, die die öffentliche Untersuchung der Kriegsursachen angeregt hatte und die entsprechende Arbeit des parlamentarischen Ausschusses mit nur geringen Einschränkungen verteidigte³⁰, die im innenpolitischen Kampf bald scharf Stellung beziehen mußte gegen die Heroen der Kriegszeit, denen sie selbst noch eine gewisse Zeitspanne gehuldigt hatte³¹ – es verwundert nicht, daß die *Frankfurter Zeitung* sich über einen Mangel an Gegnern nicht zu beklagen brauchte. Die Zeitung gehörte zum „Weimarer“ Lager und fand ihre Widersacher unter der wachsenden Zahl derer, die den neuen Staat bekämpften, die sich an Schlagworten wie „Dolchstoß“ und „Verrat“ berauschten, die das parlamentarische System verabscheuten, ja selbst unter denen, die der Verfassung und der

²⁸ Dazu *Arthur Feiler*, Vor der Übergangswirtschaft. Frankfurt a. M. 1918. Aus *Frankfurter Zeitung*, LXIII (Mai/Juni 1918); *A. Feiler*, Der Staat des sozialen Rechts. Flugschrift der *Frankfurter Zeitung* „Zur deutschen Revolution“ Nr. 1, aus *Frankfurter Zeitung*, LXIII, Nr. 325, 328, 329, 333 (23., 26., 27. November und 1. Dezember 1918), Zitat Seite 3, 12 ff.; LXIV, Nr. 29 (11. Januar 1919), A. (Zitat); Das Parteiprogramm der DDP in: Bericht über die Verhandlungen des 2. Außerordentlichen Parteitags der DDP. Berlin o. J. [1919], 251 ff.

²⁹ Reichswehr: *Frankfurter Zeitung*, LXV, Nr. 223 (23. März 1920), A.; Nr. 808 (31. Oktober 1920), 1. M., *B. Guttman*, Die Reichswehr. Justiz: aaO, LXVII, Nr. 936 (31. Dezember 1922), 1. M., *B. Guttman*, Gerechtigkeit u. a.

³⁰ Max Weber hatte einen solchen Ausschuß angeregt: *Frankfurter Zeitung*, LXIV (22. März 1919); auch in *M. Weber*, Gesammelte politische Schriften, 490–492.

³¹ *Frankfurter Zeitung*, LXIV, Nr. 325 (2. Mai 1919), A.; „Der Deutsche wäre ehrlos, der die Verdienste Hindenburgs jemals vergäße.“ Als Präsidentschaftskandidat war Hindenburg 1925 Gegenstand schärfster Kritik.

aktuellen Politik eine konservative, „bürgerliche“ Auslegung und Richtung geben wollten.

Im politischen Spektrum stand die Zeitung auf dem linken Flügel der DDP, an der äußersten Grenze des „bürgerlichen Lagers“, von der Sozialdemokratie durch die strikte Ablehnung marxistischer Gedankengebäude getrennt, in vielen praktischen Fragen aber mit ihr einig. Den Reichsregierungen gegenüber war ihre Haltung loyal, freilich meist frostig; nur der Kanzler Joseph Wirth konnte sich ihrer nachhaltigen Unterstützung erfreuen – sein ehrlicher Republikanismus schien den Traum einer entschiedenen Linkspolitik zu verwirklichen.

Schon innerhalb der DDP gab es gelegentlich heftige Kritik an der Haltung der Zeitung. Auf der Rechten gehörte dies zum täglichen Brot der politischen Propaganda. In den Angriffen fehlten die antisemitischen Beimengsel kaum jemals. Die direkte, persönliche Konfrontation gab es nur selten. Ein Beispiel ist der Prozeß, den Bernhard Guttman 1918 gegen Houston Stewart Chamberlain wegen dessen Behauptung anstrebte, die *Frankfurter Zeitung* arbeite „im Dienst des englisch-amerikanischen Finanzkapitals an der Unterminierung des um sein Leben kämpfenden Vaterlandes“, und der mit der Verurteilung Chamberlains endete³². Im übrigen blieb es bei den üblichen Polemiken in Zeitungen, Zeitschriften oder Wahlreden, die von vornherein nicht auf eine sachliche Auseinandersetzung angelegt waren. Die Zeitung verschmähte es, auf solche Darlegungen einzugehen. Ihre Antwort auf die Verrohung und Verwilderung der politischen Sitten im Nachkriegs-Deutschland war die entschiedene Reformpolitik und der strikte Verweis auf das Strafgesetzbuch. Wenn sie sich gezwungen sah, das Problem des wachsenden und sich radikalisierenden Antisemitismus zu behandeln – die vielen einschlägigen Gewalttaten, die sie sorgfältig registrierte, bewirkten das –, so tat sie es mit rationalen Argumenten und appellierte an die menschliche Anständigkeit und an die Toleranz.

III

Auch das *Berliner Tageblatt*, in dessen Redaktionszimmern 1918 für kurze Zeit deutsche Parteigeschichte gemacht wurde, war ein Produkt des neunzehnten Jahrhunderts. Es war fünfzehn entscheidende Jahre jünger als die *Frankfurter Zeitung*: nicht das Jahr 1848 und der Ort der ersten deutschen Nationalversammlung prägten seinen Charakter, sondern das Jahr 1871 und die Hauptstadt Preußens. Das Lokalblatt, dessen erste Nummer am 1. Januar 1872 erschien, war bewußt auf die neue Funktion Berlins als Metropole des Reiches hin angelegt. Es erschien in einem erfolgreichen Verlag und hatte selber schnell Erfolg. Es war eine Gründung des noch nicht dreißigjährigen

³² Bernhard Guttman, Die Zeitung und das Reich, in: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung, 4.

Rudolf Mosse³³, dessen 1867 entstandene „Annoncen-Expedition“, von einem neuartigen System der Anzeigenvermittlung und dem wirtschaftlichen Aufschwung dieser Jahre profitierend, in beachtlicher Entwicklung begriffen war. Das Anzeigengeschäft gab den Anstoß für die Gründung der eigenen Zeitung; es machte Rudolf Mosse zum Millionär und blieb bis zum Ende die finanzielle Grundlage der Zeitung und des Verlages, in dem neben vielem anderen später auch die *Allgemeine Zeitung des Judentums* und die *Berliner Volkszeitung* – wie das *Berliner Tageblatt* auflagenstark und ein einträgliches Unternehmen – erschienen. (Mosse druckte übrigens auch das Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, die *C.V.-Zeitung*.) Erst mit dem Ende der zwanziger Jahre geriet das Haus Mosse – ähnlich wie die beiden anderen demokratischen Großverlage Simon-Sonnemann und Ullstein – in eine Krise, die mit scharfen inneren Auseinandersetzungen und geschäftlichen Schwierigkeiten einherging und nach dem Sieg der Nationalsozialisten mit der Liquidation des Verlages endete. Das *Berliner Tageblatt* erschien – in Reichs- und schließlich in Parteibesitz – weiter bis 1938³⁴.

Wiewohl das *Berliner Tageblatt* weit weniger an die eigene Tradition gefesselt war als die *Frankfurter Zeitung*, pragmatischer, undogmatischer, „journalistischer“, lebendiger gemacht wurde als jene, war die Bindung an den politischen Liberalismus doch unverkennbar. Aus dem Lokalblatt für einen mehr oder weniger unpolitischen Mittelstand war eine große politische Zeitung mit einem weithin beachteten Wirtschaftsteil, einem unverkennbar berlinischen Feuilleton und vielen populären Beilagen geworden. Ihr Weg hatte vom linken Flügel der Nationalliberalen über die Sezession an die Seite der Fortschrittspartei geführt – ein exemplarischer Weg für viele Juden, die die wichtigste und wohl auch größte Lesergruppe des *Berliner Tageblatts* stellten, und eine Folge der verstärkten Differenzierung zwischen Industrie- und Handelskapital, die sich gerade jetzt vollzog. Die Zeitung wurde geradezu zum Sprachrohr des „demokratischen Handelskapitals“ (Sigmund Neumann) und so im Kaiserreich ein Oppositionsblatt. Nach ihrer eigenen Analyse im Ersten Weltkrieg gehörten zu ihrem Leserkreis: „Handelstreibende aller Art, Bankiers, Export und Großhandel, verarbeitende Industrie, Gewerbetrei-

³³ Zur Geschichte des Verlags Rudolf Mosse und des Berliner Tageblatts vgl. *Werner E. Mosse*, *Rudolf Mosse and the House of Mosse 1867–1920*, in: *Year Book IV of the Leo Baeck Institute*, London 1959, 237–259; *Joachim Klippel*, *Geschichte des „Berliner Tageblatts“ von 1872–1880*, Diss. phil. Leipzig 1935 (nur teilweise brauchbar); *Rudolf Mosse 1867–1917*. Fest-Schrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin o. J. [1916]; jetzt besonders: *Gott-hart Schwarz*, *Theodor Wolff und das „Berliner Tageblatt“*. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906–1933, Tübingen 1968. Rudolf Mosse, geb. am 8. Mai 1843 in Grätz/Posen, gest. am 8. September 1920 bei Berlin. Sohn eines liberalen jüdischen Arztes, Buchhandelslehre, seit 1867 selbständig.

³⁴ Vgl. dazu vor allem *Boveri*, op. cit., passim, bes. 30 ff., 76 ff., 214 ff.; auch: *Dr. Lr.*, *Zur Insolvenz Mosse*, in: *Der deutsche Oekonomist*, LI (21. Juli 1933), 942 f.

bende . . .“³⁵ Unter den Inserenten fielen die Berliner Konfektion und die Kaufhäuser besonders auf. Das Verbreitungsgebiet blieb über Jahrzehnte hin auf Berlin, seine nähere Umgebung und die östlichen Provinzen Preußens, besonders Schlesien und Posen, beschränkt. Einen entsprechend großen Raum nahm die lokale und regionale Berichterstattung ein, sie füllte nicht selten über die Hälfte der Zeitung.

1906 wurde ein Mann Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*, der dessen politische und journalistische Physiognomie entscheidend veränderte und während eines Vierteljahrhunderts prägte; sein Name blieb untrennbar mit dem seiner Zeitung verbunden: Theodor Wolff³⁶. Wolff, 1868 in Berlin geboren, war ein Verwandter Rudolf Mosses. Nach der Realschule und einer kaufmännischen Lehre war er Feuilleton-Mitarbeiter und schließlich Pariser Korrespondent des *Berliner Tageblatts* geworden. Seine Berichte hatten ihm den Ruf eines meisterhaften impressionistischen Feuilletonisten eingebracht; die Bekanntschaft und Freundschaft mit prominenten französischen Schriftstellern und Politikern (Anatole France, Clemenceau, Scheurer-Kestner, Waldeck-Rousseau) und das Erlebnis der Dreyfus-Affäre hatten ihn zum Politiker werden lassen. In Berlin lebte er in einem Kreis intellektueller, liberaler, kosmopolitischer Künstler, Wissenschaftler, Aristokraten – Annette Kolb, Albert Einstein, Bernhard Dernburg, Karl Max Fürst von Lichnowsky gehörten dazu – die gelegentlich auch in seinem Blatt an bevorzugter Stelle zu Wort kamen.

Theodor Wolff entstammte derselben Generation wie Max Weber, Friedrich Naumann, Friedrich Meinecke, Ernst Troeltsch, Walther Rathenau, derselben auch wie Alfred Kerr, der Star-Kritiker seiner Zeitung, wie Maximilian Harden, der Herausgeber der *Zukunft*. Wie diese war er ein Repräsentant des personalisierten, individualistischen Journalismus der Zeit. Der Stil seiner allmontäglichen, mit den Initialen „TW“ gezeichneten, politischen Leitartikel ist – auf dem Höhepunkt seines Wirkens – leicht, ironisch, meist kühl distanziert, oft frech und polemisch und reich an Pointen und literarischen Anspielungen. Theodor Wolff war ein Liberaler aus Veranlagung, voller Optimismus und Vertrauen in die Kraft der freiheitlichen Idee, voller Skepsis

³⁵ W. Carlé, *Weltanschauung und Presse, eine soziologische Untersuchung an zehn deutschen Tageszeitungen*. Leipzig 1931, 98; vgl. *Handbuch deutscher Zeitungen*, 1917.

³⁶ Theodor Wolff, geb. am 2. August 1868 in Berlin, gest. am 23. September 1943 in Berlin. Seit 1887 Mitarbeiter, seit 1894 Pariser Korrespondent, seit 1906 Chefredakteur des *Berliner Tageblatts*. Emigration 1933 über Prag nach Südfrankreich. Dort 1942 von der Gestapo verhaftet, in verschiedenen Konzentrationslagern und schließlich in dem Berliner Polizeigefängnis Invalidenstraße inhaftiert. Starb nach einer Operation im Berliner Jüdischen Krankenhaus in der Iranischen Straße. Veröffentlichungen u. a.: *Vollendete Tatsachen*, Berlin 1918; *Das Vorspiel*, München 1924; *Der Marsch durch zwei Jahrzehnte*, Amsterdam 1936. Über Theodor Wolff vgl. *Schwarz*, op. cit., passim; *W. Becker*, op. cit.

gleichzeitig gegenüber den ersten Anzeichen der die Freiheit bedrohenden Massen-Demokratie, gegenüber den politischen Fähigkeiten seiner deutschen Zeitgenossen. Seine grundsätzliche demokratische Überzeugungstreue stand nur selten im Gegensatz zur taktischen Flexibilität, die ihm durchaus auch eigen war. Dennoch formulierte Wolff sein politisches Ziel in Übereinstimmung mit der *Frankfurter Zeitung* als die „Demokratie“, nicht den Liberalismus. Das Wort „liberal“ kommt weder in seinem Aufruf zur Parteigründung noch in seinen Interpretationen der DDP-Politik je vor. Ganz in diesem Sinne richtete er die Politik seines Blattes aus.

Über Theodor Wolffs bestimmendem Einfluß dürfen freilich seine Mitarbeiter nicht vergessen werden – in den ersten Friedensjahren vor allem drei aus dem großen Kreis der Redakteure herausragende Journalisten: Ernst Feder³⁷, Erich Dombrowski³⁸, Felix Pinner³⁹. Ernst Feder, 1881 in Berlin geboren, war Jurist und arbeitete als Rechtsanwalt und Notar, ehe er 1919 Innenpolitiker des *Berliner Tageblatts* wurde. Er war ein genauer Beobachter besonders der rechtsextremen Parteien und Gruppierungen, ein scharfer Kritiker der deutschen Justiz, besonders des politischen Strafrechts und seiner Handhabung, ein Verfechter der demokratischen Reform der Gesellschaft. Erich Dombrowski, ein Jahr jünger, leitete das Ressort Innenpolitik; Felix Pinner, 1880 geboren, Jurist wie Feder, war seit 1917 Chefredakteur der *Handelszeitung im Berliner Tageblatt* und einflußreicher Kommentator der Wirtschafts-, Reparations- und Währungspolitik des Reiches. Besonders in der Person Ernst Feders, aber auch in den engen persönlichen Beziehungen zu Paul Nathan oder Hugo Preuß dokumentiert sich die Verbindung des *Berliner Tageblatts* mit einer politischen Tradition, die durch Männer wie Eduard Lasker, Ludwig Bamberger, Theodor Barth gekennzeichnet wird⁴⁰.

³⁷ Ernst Feder, geb. am 18. März 1881 in Berlin, gest. am 29. März 1964 in Berlin. Dr. jur., Rostock 1903. 1919–1931 Redakteur des *Berliner Tageblatts*; Vorsitzender des Bezirks Berlin-Mitte der DDP; Mitarbeiter der C.V.-Zeitung. Emigration 1933 nach Frankreich, 1941 nach Brasilien; Rückkehr nach Deutschland 1957. Auszüge aus seinen Tagebüchern 1930–1932 sind von Arnold Paucker ediert worden: *Arnold Paucker, Searchlight on the Decline of the Weimar Republic. The Diaries of Ernst Feder*, in: Year Book XIII of the Leo Baeck Institute, London 1968, 161–234. Eine umfangreichere Ausgabe ist in Vorbereitung.

³⁸ Erich Dombrowski, geb. am 23. Dezember 1882 in Danzig. Banklehre. Redakteur in Danzig, Kiel, Breslau, Gera. 1916–1926 am *Berliner Tageblatt*; 1926–1936 Chefredakteur des *Frankfurter Generalanzeigers*; Mitarbeiter vieler Zeitschriften. 1945–1957 Chefredakteur der *Allgemeinen Zeitung*, Mainz. 1948–1962 Mitherausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

³⁹ Felix Pinner, geb. am 22. Februar 1880 in Birnbaum/Warthe, gest. am 3. Mai 1942 in New York. Dr. jur., Rostock, 1904. 1917–1934 Chefredakteur der *Handelszeitung im Berliner Tageblatt*. Emigration in die Schweiz, später nach Amerika.

⁴⁰ Dazu *Ernst Feder, Paul Nathan, the Man and his Work*, in: Year Book III of the Leo Baeck Institute, London 1958, 60–80. Dasselbe deutsch in: *Deutsches Judentum, Aufstieg und Krise*, Stuttgart 1963, 120–144.

Theodor Wolff hatte es verstanden, auch während des Krieges, auch in der Kriegsbegeisterung, der sein Blatt – mit Stoßrichtung gegen das zaristische Rußland – durchaus huldigte, seine mäßigende, mahnende und warnende Stimme hörbar zu machen. Er schrieb, „... um die oft wiederholte dringende Bitte des Herrn von Bethmann-Hollweg zu erfüllen und aus eigener Überzeugung, gegen die Annexionspläne, den unbeschränkten U-Boot-Krieg, die Unterschätzung Amerikas und die chauvinistische Verblendung...“⁴¹. Im Juni 1915 redigierte er die Denkschrift, in der sich zahlreiche Professoren und liberale Aristokraten, auf die Initiative von Hans Delbrück hin und als Antwort auf die sogenannte „Seeberg-Adresse“ gegen Annexionen und die „Einverleibung oder Angliederung politisch selbständiger oder an Selbständigkeit gewöhnter Völker“ wandten⁴². Und er schonte seine Gegner nicht, wenn er die „intellektuelle Kriegsneurose“, die „geifernden Patrioten, die nicht fühlen, daß Anständigkeit der Gesinnung eine Vorbedingung und ein Teil des Patriotismus ist“, den „kriegerischen Literaturmisten, den die Honorarhelden häufen“, das „Geschwätz der Heimkrieger“ publizistisch bekämpfte⁴³.

Theodor Wolff wurde so zum Wortführer der intellektuellen Opposition gegen den Krieg und die offizielle Politik, aber er wirkte weit über die intellektuellen Kreise hinaus: seine Zeitung, deren Auflagenstärke seit der Jahrhundertwende sprunghaft um jährlich zwischen 10 000 und 20 000 Exemplare gestiegen war, überschritt am Ende des Ersten Weltkriegs die 300 000-Grenze. Das war etwa das Dreifache dessen, was die *Frankfurter Zeitung* zur gleichen Zeit verkaufte. Das *Berliner Tageblatt* war hinter Ullsteins *Berliner Morgenpost* die auflagenstärkste deutsche Zeitung. Der Zustrom von Lesern war bedingt durch den Nachrichtenhunger in den entscheidenden Monaten des Jahres 1918 (später sanken die Auflagen merklich), bedingt aber auch durch den Ruf Theodor Wolffs als eines mutigen Verfechters des Verständigungsfriedens und der inneren Reform, als eines Antipoden zum herrschenden Regime.

Denn wenn das *Berliner Tageblatt* die Aufrichtung und Einhaltung internationaler Rechtsnormen forderte, für eine Verständigung mit den Angelsachsen plädierte und jeden „Militarismus“ bekämpfte, so hatte das auch innenpolitische Konsequenzen: es bedeutete eine Absage an die politische Führung des Reiches. Unermüdlich trug Theodor Wolff seine Argumente gegen die „Scheinverfassung“, die „Nebenregierungen“, die Zensur, mit der er oft genug in Konflikt geriet, gegen die Schwäche der Regierung und des Reichstags, gegen gesellschaftliche Privilegien und Korruption vor. „Auf der deutschen Eiche“, so spottete er später, „nisteten Schmarotzerpflanzen in unüber-

⁴¹ *Th. Wolff*, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, 225.

⁴² AaO. Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. Hans Delbrück, Conrad Hausmann, Max Weber, Ernst Troeltsch, Wilhelm Kahl, Graf Wolff-Metternich, Bernhard Dernburg, August Stein (*Frankfurter Zeitung*).

⁴³ Vgl. *Th. Wolff*, Vollendete Tatsachen, 20, 83, 105, 122, 177 und passim.

sehbarer Menge und von jeglicher Art . . . die Blüte der Ritterschaft hielt in Belgien Hoflager, für die ‚Vlambewegung‘ und anderen phantastischen Schwindel opferten strebsame Scharen ihren Schweiß und unser Geld.“⁴⁴ Die bürgerliche - und berlinische - Abneigung gegen privilegierte Stände fand im *Berliner Tageblatt* immer wieder ihren pointiert formulierten Niederschlag. Theodor Wolff karikierte einen bestimmten Typus des Deutschnationalen als den „Knallprotz mit vorgewölbter Brust und blitzendem Adlerauge“ und nannte Reichswehr-Offiziere, die 1920 im Berliner Hotel Adlon französische Diplomaten verprügelt hatten, eine „Bande aristokratischer Alkoholiker“, die sich „mitunter wie der letzte Straßenlude“ benimmt⁴⁵.

Auch das *Berliner Tageblatt* bestand darauf, daß die Schuld der herrschenden Schicht am Ausbruch, an der falschen Führung und am Verlust des Krieges in aller Deutlichkeit festgestellt würde. Theodor Wolff kam zeitweise jede Woche auf dieses Thema zurück und teilte eigene Erfahrungen oder die Reminiszenzen der Diplomaten mit. Sein Motto: „Jede Hand muß geöffnet werden, die noch Wahrheiten umklammert hält. Dieses ist . . . das einzige Mittel, das man besitzt, um politisch unkundige Völker zu erziehen, sie von ihrem schlimmsten Feind, der Phrase, zu erlösen, sie hellhörig gegenüber der Verführung zu machen und vor Fehlern zu warnen, in die sie, wie Quartalstrinker, immer wieder verfallen.“⁴⁶ Bemerkenswert bei dieser Aufklärungsarbeit ist die Courtoisie, mit der Wolff die gestürzten Protagonisten des Kaiserreiches – Wilhelm II. selbst, Ludendorff – beurteilte, ist auch die Unbeirrbarkeit, mit der er auf der schweren französischen und russischen Mitschuld am Krieg bestand. Der Dolchstoßlegende suchte er mit Sachlichkeit, mit der Darlegung aller Umstände zu begegnen.

Die Außenpolitik des *Berliner Tageblatts* nach dem Waffenstillstand unterschied sich in wesentlichen Punkten von der der *Frankfurter Zeitung*. Theodor Wolff verfocht gegenüber den alliierten Friedensbedingungen unbeirrt ein deutsches „Unannehmbar“; Versailles, so fand er, sei „würdeloser als eine Kaffernvorführung bei Barnum arrangiert“ gewesen⁴⁷. Nach der Annahme freilich plädierte auch er für die Erfüllung; er ging realistisch von den begrenzten deutschen Möglichkeiten aus, unterstützte loyal die Entspannungs- und Lösungsvorschläge der deutschen Regierungen und nahm sie gegen die bramarbasierende Rechte in Schutz. Das *Berliner Tageblatt* schlug – auch in Konkurrenz zur Frankreich-freundlichen Politik der *Vossischen Zeitung* – bis 1924 scharf anti-französische Töne an. Seine anti-polnische Propaganda war durch-

⁴⁴ *Berliner Tageblatt*, XLVIII, Nr. 383 (18. August 1919).

⁴⁵ AaO, XLIX, Nr. 124 (8. März 1920); Nr. 177 (17. April 1920), M.; Nr. 501 (1. November 1920), A.

⁴⁶ *Th. Wolff*, Das Vorspiel, 6.

⁴⁷ *Berliner Tageblatt*, XLVIII, Nr. 206 (8. Mai 1919), M., *TW*, Die unannehmbaren Friedensbedingungen; Nr. 209 (9. Mai 1919), A., *TW*, Was ist zu tun?; Nr. 213 (12. Mai 1919), M.; XLIX, Nr. 299 (28. Juni 1920), A., Zitat (*TW*).

aus nationalistisch – es hatte in Posen und Schlesien einen Teil seines Verbreitungsgebietes verloren, und viele seiner Leser waren von den Abtrennungen deutscher Gebiete persönlich betroffen; am Zustandekommen der für Deutschland günstigen Abstimmungsergebnisse hatte das *Berliner Tageblatt* wesentlichen Anteil⁴⁸.

Die hohe Auflage erlaubte der Zeitung keine allzu engen ideologischen Bindungen: der gemeinsame Nenner mußte größer sein als bei der *Frankfurter Zeitung*. So fehlte die sozialliberale Komponente völlig. Wie seine Leser, hielt das *Berliner Tageblatt* streng an den kapitalistischen Prämissen des Liberalismus fest. Wenn es von „Demokratie“ sprach, meinte es die Bekämpfung und Beseitigung aller feudalistischen Relikte in der Gesellschaft, in den Schulen, den Universitäten, der Verwaltung, der Justiz, dem Heer, und forderte mit allem Nachdruck die entsprechenden Reformen. Es wachte über die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze und hatte – etwa bei den vielen Attentats-Prozessen – Grund genug, ihre eklatante Mißachtung zu beklagen. Seine Mitarbeiter beschrieben und analysierten die zahlreichen Gruppierungen der Rechtsextremen und Völkischen und bestanden darauf, daß die „scharfe Waffe des Strafrechts“ gegen ihre Machinationen angewendet werden müsse⁴⁹. Theodor Wolff hatte wenig Illusionen, was die irrationalen Vorstellungen betraf, die einen großen Teil der Wähler beherrschten. Häufig präsentierte er seine Vorschläge, die die Republik und die Demokratie anziehender, verlockender, überzeugender machen sollten: ein Volksfest am 1. Mai im Stil des 14. Juli, ein großer Preis der Republik für sportliche Leistungen, die Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Fahne – und eine entschiedenere Politik.

Zusammen mit der Fortschrittspartei hatte auch das *Berliner Tageblatt*, den Gedankengängen von Hugo Preuß folgend, in den Jahren 1917 und 1918 die Parlamentarisierung des Reiches propagiert. Theodor Wolff forderte die Reform des preußischen Wahlrechts, die Ministerverantwortlichkeit und warnte – im Juli 1917 – vor der drohenden Revolution: „... wenn man jetzt wieder kompromisselt und halbherzig Kleinigkeiten bietet und annimmt, dann ist es unvermeidlich, daß die heute in Fragen, Zweifeln, Mahnungen und Forderungen durcheinanderwallende Stimmung sich vereinheitlichen, auf bestimmte

⁴⁸ AaO, L, Nr. 134 (21. März 1921), A., TW, „Das einzige, was [in Polen] blüht, ist der Größenwahn . . . Unter all den Mißgeburten von Versailles ist keine so leichtfertig in die Welt gesetzt worden wie der große Polenstaat. Nur indem sich die hochtrabende Professorenunwissenheit Wilsons mit der Revanchefurcht der Franzosen paarte, konnte dieses unwahrscheinliche Produkt entstehen.“ Vgl. XLIX, Nr. 347 (26. Juli 1920), A., TW; L, Nr. 477 (10. Oktober 1921), A.: Wolff fordert einen scharfen Wirtschaftskrieg gegen Polen, damit „sich der polnische Verwesungsprozeß so schnell wie irgendetwas vollzieht“.

⁴⁹ AaO, LI, Nr. 10 (6. Januar 1922), A., E. Feder, Verfassungsschutz; Nr. 112 (7. März 1922), A., E. Feder, Richter und Republik; vgl. L, Nr. 406 (30. August 1921), M., E. Feder, Republikanische Notwehr; und öfter.

Ziele hinstreben und laut sich äußern wird. Will man warten – bis zu diesem Augenblick?“⁵⁰ Auch Wolff setzte auf die Karte der Evolution, der Reform, auch er konnte die Revolution nur als Zwischenspiel bis zur Wahl der Nationalversammlung akzeptieren. Er hat nach dem 8. November und auch später keinen Hehl aus seiner Sympathie für die deutsche Revolution, für ihre Gutmütigkeit und Besonnenheit gemacht; seine politische Aktivität aber war darauf gerichtet, sie zu kanalisieren, ihre Ergebnisse zu sichern und zugleich den unterbrochenen Rechtszustand wiederherzustellen – sie so überflüssig zu machen.

Um zu verhindern, daß der neue Staat nur „sozialistische und katholische Taufpaten“ bekomme, sammelte Theodor Wolff die „unabhängigen demokratischen Gruppen“ und gab den Anstoß zur Gründung der Deutschen Demokratischen Partei, die er auf einen strengen Linkskurs, vor allem eine Zusammenarbeit mit der SPD zu verpflichten suchte, um so die Kluft zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft im Rahmen der parlamentarischen Demokratie zu schließen. Schon am 14. November veröffentlichte Hugo Preuß im *Berliner Tageblatt* seinen Beitrag „Volksstaat oder umgekehrter Obrigkeitsstaat“⁵¹, in dem er die Forderungen des demokratischen Bürgertums gegenüber der revolutionären Regierung präzisierte: Wahl einer Nationalversammlung und Entscheidungsfreiheit für sie, Überführung der Revolution in die Legalität, Teilhabe bürgerlicher Repräsentanten an der Macht. Der Artikel meldet einen politischen Anspruch an und ist zugleich ein Appell an das Bürgertum, sich für die Republik einzusetzen: „Es gilt, Hand in Hand zu gehen mit den neuen Mächten, aber nicht als Handlanger, sondern als gleichberechtigter Genosse.“ Preuß' Ruf fand ein Echo: Ebert beauftragte ihn mit der Ausarbeitung einer neuen, demokratischen Verfassung.

Theodor Wolff und seine Zeitung konnten, der Auseinandersetzung um die Parteigründung ungeachtet, mit ihrem politischen Erfolg zufrieden sein: der Wählerzustrom für die DDP gab ihnen recht. Ein Grund für diesen Erfolg läßt sich aus der Wahlagitation der Zeitung ablesen. Sie war – jetzt und später – scharf gegen alle Extreme, vor allem gegen die Gefahr der „Zweiten Revolution“ gerichtet. Die DDP wurde als Fels der Stabilität angepriesen; als sie dann die Erwartungen ihrer Wähler nicht erfüllen konnte, begannen diese, schnell von ihr abzufallen.

Wolffs aktive Beteiligung an der von ihm gegründeten Partei war nicht von langer Dauer. Im April 1919 schied er aus dem Hauptvorstand aus, sieben Jahre später verzichtete er aus Protest gegen die Annahme des „Schmutz- und Schundgesetzes“ sogar auf die Mitgliedschaft – dieser Vorgang ist charakteristisch für die Enttäuschung vieler Intellektueller über ihre eigene Parteigründung. Die Unterstützung des *Berliner Tageblatts* blieb der DDP dennoch

⁵⁰ *Th. Wolff*, Vollendete Tatsachen. 204 f., *Berliner Tageblatt* (9. Juli 1917).

⁵¹ *Berliner Tageblatt*, XLVII, Nr. 583 (14. November 1918), M.

bis zu ihrem Ende erhalten. Redakteure des Mosse-Verlages, die 1924 eine konkurrierende „Republikanische Partei“ gründeten, mußten aus ihren Zeitungen ausscheiden. Angehörige des Verlages – so Martin Carbe, der Generalbevollmächtigte, so Otto Nuschke, der Chefredakteur der *Berliner Volkszeitung*, so Ernst Feder – spielten eine wichtige Rolle auf den Parteitag und in der Berliner Organisationen der DDP. Das *Berliner Tageblatt* leistete der Partei immer robuste und lautstarke Wahlhilfe. Es unterstützte und propagierte meist ihre Politik – jedenfalls die ihres linken Flügels. Es konnte zeitweise als das Sprachrohr von Hugo Preuß gelten, mahnte immer wieder zum Festhalten an dem Bündnis mit der Sozialdemokratie, zu entschiedener, kompromißloser Politik, zur strengen Abstinenz von allen Bürgerblock- Bestrebungen und warnte vor dem Flirt mit Stresemanns Deutscher Volkspartei.

Wegen ihrer Rollen bei der Gründung der DDP galten Theodor Wolff und Stresemann als extreme politische Antagonisten. Bezeichnend für den Beschluß, mit dem der Geschäftsführende Ausschuß der DDP am 26. November 1918 seine Marschroute für die Anschlußverhandlungen mit den Nationalliberalen festlegte, ist ebenso die Ausrichtung auf Stresemann wie auch die Erwähnung Theodor Wolffs:

„Bedingung soll sein, daß Dr. Stresemann sich zurückzieht, und die Nationalliberalen, die zur deutschen demokratischen Partei herüberkommen, sollen öffentlich erklären, daß sich Dr. Stresemann vom politischen Leben zunächst zurückgezogen hat. Bei politischen Aktionen, die die Partei nach außen hin festlegen, sollen zu den Verhandlungen des Geschäftsführenden Ausschusses die Herren Dernburg, Prof. Gerland, Dr. Vogelstein, Theodor Wolff zugezogen werden.“⁵²

Auch dieser Streit stammte nicht aus dem Herbst 1918, sondern war eine Folge der grundlegenden Auseinandersetzungen des Jahres 1917. Für das *Berliner Tageblatt* war Stresemann ein Annexionist, ein „belastetes Element“, ein „politisch Schiffbrüchiger“, dem der Weg zur Führung versperrt bleiben mußte. Theodor Wolff spottete über die „ehemaligen Hauptsprecher des Annexionismus, der Gewaltpolitik und des U-Boot-Wahnsinns, die vergeblich gehofft hatten, in die demokratische Partei eintreten und sich dort entflecken lassen zu können wie in einem chemischen Reinigungsinstitut“⁵³. Stresemann konterte nicht weniger rabiati. Öffentlich und privat sprach er davon, daß „die Zersetzungsarbeiten des Berliner Tageblatts die Hauptschuld an dem Zusammenbruch Deutschlands“ trügen; und, mit Bezug auf Theodor Wolff: „Hier scheiden sich . . . kosmopolitisches und deutsches Empfinden.“⁵⁴

⁵² Bundesarchiv Koblenz, [BA Koblenz] DDP/DStP R 45 111 9: Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der DDP vom 26. November 1918, Blatt 1. Bei der Sitzung anwesend waren Fischbeck, Nuschke, von Richthofen, Schacht, Alfred Weber und Frh. Dr. Bernhard.

⁵³ *Berliner Tageblatt*, XLVII, Nr. 601 (24. November 1918), M., Die Deutsche demokratische Partei; Nr. 624 (6. Dezember 1918); Nr. 650 (20. Dezember 1918), A., anon., Die Wahlen zur Nationalversammlung; vgl. *Hartenstein*, op. cit., passim.

⁵⁴ *Beeck*, op. cit., 10; *Hartenstein*, op. cit., 44 f.

Der Streit hielt über Jahre hin an. Motto des *Berliner Tageblatts*: „Wer von der Demokratie zur Volkspartei geht, wechselt die Front.“⁵⁵ Noch nach der Niederlage in den Reichstagswahlen von 1920 hieß das Argument gegen eine Regierungsbeteiligung der DVP: „Über den Rubicon kann man hinüberkommen, über den Rinnstein nicht.“⁵⁶ Um so bemerkenswerter und beachteter war dann die Versöhnung zwischen Wolff und Stresemann, die Mitte 1921 einsetzte und – unter dem Zwang der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag – aus dem *Berliner Tageblatt* einen eifrigen Verfechter der Großen Koalition (unter Einschluß der DVP) und der Außenpolitik Stresemanns machte. Nicht nur Stresemann hatte Einwendungen gegen das Vorgehen Theodor Wolffs im November 1918. Tiefes Mißtrauen spricht auch aus einem Brief Friedrich Naumanns vom 25. November: „Bei uns sind die Vorgänge, die zur Herstellung der Deutschen demokratischen Partei geführt haben, zum Teil sehr unerfreulich gewesen. Es handelt sich um eine Art Staatsstreich, der vom ‚Berliner Tageblatt‘ ausgeht. Man hat uns bolschewisiert.“⁵⁷ Nicht nur auf der politischen Rechten galt Wolff damals als ein Verräter an der bürgerlichen, wenn nicht gar der nationalen Sache.

Auch Theodor Wolff mag es nicht erstaunt haben, daß er und seine Zeitung zum Objekt rüdester – und stets mit antisemitischen Beimengseln versehener – Angriffe der politischen Rechten wurden. Solche Pamphlete galten gemeinhin der gesamten demokratischen Presse, aber der besondere Hinweis auf das *Berliner Tageblatt* fehlte nie; er war eher noch schärfer, noch böserartiger formuliert als der die *Frankfurter Zeitung* betreffende. Das *Berliner Tageblatt* wurde regelrecht zur Zielscheibe der Antisemiten, zur Chiffre für das Ziel ihrer Angriffe, kurz zum verderbenbringenden „Judenblatt“⁵⁸.

IV

Mit nur geringer Begeisterung strich die *Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen* am 12. November 1918 die beiden ersten Worte aus einem Namen, den sie seit 133 Jahren getragen hatte, zuletzt, seit 1911, nur im Untertitel, aber mit unvermindertem Stolz auf eine ehrwürdige Tradition. Im Kopf der Zeitung stand die Angabe „gegründet 1704“ – später stellte sich heraus, daß das Blatt noch wesentlich älter war. Seine Anfänge reichen bis zum Beginn des siebzehnten Jahrhunderts zurück. Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts war es im Besitz des Buchdruckers und Verlegers Christian Friedrich Voss, auf den sich die populäre Bezeichnung *Vossische Zeitung* bezog, die 1911 aus dem Untertitel in den Haupttitel aufstieg. Voss verlegte die Literatur der Aufklärung, Autoren wie Voltaire,

⁵⁵ *Berliner Tageblatt*, XLIX, Nr. 203 (1. Mai 1920), E. Feder, Klärung.

⁵⁶ AaO, XLIX, Nr. 263 (7. Juni 1920), A., TW.

⁵⁷ *Th. Heuß*, op. cit., 453.

⁵⁸ Siehe unten, S. 122 ff.

Montesquieu, Georg Forster, Moses Mendelssohn – und Gotthold Ephraim Lessing, der für einige Zeit das Feuilleton seiner Zeitung leitete und dessen Bruder Karl Gotthelf mit Vossens Tochter verheiratet war. Die Lessings blieben bis 1910 als „Vossische Erben“ Besitzer der Zeitung.

Die *Vossische Zeitung* war ein traditionsreiches Blatt mit einem umständlichen, altertümlichen Titel – aber keineswegs ein konservatives Organ. Die Revolution von 1848 hatte die Zeitung mit einem „Extrablatt der Freude“ begrüßt, im Bismarckreich stand sie auf der Seite der Fortschrittspartei und also in der Opposition. Sie hatte um die Jahrhundertwende ihre 20 000 bis 25 000 Abonnenten im liberalen Bildungsbürgertum Berlins und der Mark Brandenburg, unter Universitätslehrern, Pfarrern, Ärzten, Juristen, für die Theodor Fontane zwanzig Jahre lang ausführlich und ohne Hast die Berliner Theaterkritiken schrieb. Ein blühendes Anzeigengeschäft sorgte für die gesunde finanzielle Grundlage. Nach dem Ausscheiden und baldigen Tod Carl Robert Lessings, der jahrzehntelang Herausgeber der Zeitung gewesen war, stand das Blatt 1910 zum Verkauf. Über das Frankfurter Bankhaus Lazard Speyer-Ellissen & Co. gelangte es zu Beginn des Jahres 1914 in den alleinigen Besitz des Berliner Großverlages „Leopold Ullstein & Co.“⁵⁹.

Dieser Zeitungsverlag stammte, wie der Sonnemanns und der Mosses, aus der liberalen Periode des neunzehnten Jahrhunderts. Er war der jüngste der drei – und der erfolgreichste. Leopold Ullstein kam – wie Leopold Sonnemann – aus einem fränkisch-jüdischen Elternhaus⁶⁰. Sein Vater war Papiergroßhändler in Fürth, der Sohn betrieb das Geschäft seit 1848 in Berlin weiter. Seine erste Zeitung kaufte er 1877, mit gerade 50 Jahren – sie wurde als *Berliner Zeitung* zur Grundlage eines Verlags-Konzerns, der um 1920 zu den größten der Welt zählte, in dem so erfolgreiche Zeitungen und Zeitschriften wie die *Berliner Morgenpost*, das Boulevardblatt *BZ am Mittag*, die *Berliner Illustrierte Zeitung*, die *Grüne Post* (beide mit Millionenauflagen) erschienen, dem Buchverlage mit populären Romanreihen, literarischen Bestsellern und Klassikerausgaben angegliedert waren, und der dann nach dem Ersten Weltkrieg auch einen umfangreichen eigenen Nachrichtendienst

⁵⁹ Zur Geschichte der Vossischen Zeitung vgl. *Arend Buchholtz*, Die Vossische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke in drei Jahrhunderte, Berlin 1904; *Ernst Consentius*, Die älteste Berliner Zeitung. Fragmente der Berliner Wochenzeitung von 1626 aus dem Besitz der Preußischen Staatsbibliothek, Berlin 1928; *Fünzig Jahre Ullstein 1877–1927*. Hrsg. von *Max Osborn*, Berlin 1927; *Hermann Ullstein*, The Rise and Fall of the House of Ullstein, New York 1943.

⁶⁰ Leopold Ullstein, geb. am 6. September 1826 in Fürth, gest. am 3. Dezember 1899 in Berlin. Seine Söhne Hans Ullstein, geb. 18. Januar 1859 in Berlin, gest. am 14. Mai 1935 in Berlin; Louis Ullstein, geb. am 11. November 1863 in Berlin, gest. am 20. Mai 1933 in Berlin; Dr. Franz Ullstein, geb. am 16. Januar 1868 in Berlin, gest. am 13. November 1945 in New York, Leiter der Abteilung Tageszeitungen; Rudolf Ullstein, geb. am 26. Februar 1874 in Berlin, gest. am 2. Februar 1964 in Berlin; Hermann Ullstein, geb. am 6. Juli 1875 in Berlin, gest. am 23. November 1943 in New York.

organisierte. Die *Vossische Zeitung* war für den Verlag, der nach Leopold Ullsteins Tod von seinen fünf Söhnen als Familienunternehmen weitergeführt wurde und dessen Produkte bei grundsätzlich liberaler Haltung doch eher unpolitisch zu nennen waren, ein politisches Aushängeschild, das, bis es 1934 unter dem Druck der neuen Herrscher eingestellt wurde, jährlich beträchtliche Zuschüsse verschlang.

Die Ullsteins übernahmen die Redaktion der *Vossischen Zeitung*. Chefredakteur blieb bis zu seinem Tod im Jahre 1920 Hermann Bachmann, der kaum noch selbst schrieb und seinen Einfluß auf die Gestaltung der Zeitung bald verlor. Die eigentliche Leitung des Blattes ging schnell, jedenfalls mit Beginn des Weltkrieges, auf Georg Bernhard, den Verbindungsmann zwischen Verlag und Redaktion, über; er wurde 1920 Bachmanns Nachfolger und schied 1930 nach Zwistigkeiten mit der Familie Ullstein aus dem Verlag aus. Georg Bernhard⁶¹, 1875 in Berlin als Sohn eines Kaufmanns geboren, war nach dem Besuch des Realgymnasiums Banklehrling, Buchhalter, Börsenvertreter und früh schon Journalist geworden. Er war Redakteur bei Ullstein, schrieb für Hardens *Zukunft* und viele andere Blätter und leitete seit 1904 seine eigene Zeitschrift *Plutus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen*. Er schrieb eine große Zahl von Büchern, meist über volkswirtschaftliche Themen. Er war eine Zeitlang „bürgerlicher“ Sozialdemokrat und stand auf dem revisionistischen Flügel der Partei, aus der er 1906 nach scharfen Auseinandersetzungen ausschied.

Georg Bernhard war ein glänzender Journalist, in allen Wirtschaftsfragen bewandert, überaus produktiv und vielseitig, als Politiker ein Einzelgänger, schnell begeistert und schnell enttäuscht, bedenkenlos Bündnisse eingehend und lösend, durch und durch Pragmatiker, dabei von heftigem Temperament und einem brennenden Ehrgeiz, der wohl nur durch ein Ministeramt hätte befriedigt werden können. Im gesellschaftlichen Leben der Reichshauptstadt spielte er eine vielbeachtete Rolle; er organisierte einen politischen Salon und war Mitglied zahlreicher Clubs, Organisationen und Vereinigungen. Er saß im Vorstand des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und im Pro-Palästina-Komitee, war Vorsitzender des Reichsverbandes der deutschen Presse, wurde Mitglied des Reichswirtschaftsrates, für dessen Konstituierung er eine wilde Kampagne geführt hatte und schließlich sogar (von 1928 bis 1930) Reichstagsabgeordneter für die Deutsche Demokratische Partei.

⁶¹ Georg Bernhard, geb. am 20. Oktober 1875 in Berlin, gest. am 10. Februar 1944 in New York. 1898–1903 Handelsredakteur der Berliner Morgenpost, seit 1908 erneut im Verlag Ullstein, seit 1919 Geschäftsführer der Ullstein Nachrichten GmbH. 1915–1918 Stadtverordneter in Charlottenburg. 1916–1933 Dozent, seit 1928 Honorarprofessor an der Berliner Handelshochschule. 1928–1930 MdR 1931–1933 Syndikus des Reichsverbandes deutscher Warenhäuser. 1933 Emigration nach Frankreich, Hrsg. des Pariser Tageblatts (1933–1936), dann der Pariser Tageszeitung (1936 bis 1937). Interniert, 1941 Flucht in die USA. Mitarbeiter des World Jewish Congress. Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Tragödie, Prag 1933.

Den Initiatoren der DDP hatte er 1918, ganz wie Stresemann, als „belastet“ gegolten, als „Heimkrieger“, wie er sich selbst bezeichnete⁶², als Verfechter des unbeschränkten U-Boot-Krieges und einer anti-angelsächsischen Politik, als Verbündeter der Obersten Heeresleitung und besonders Ludendorffs beim Sturz von Bethmann Hollweg. Bernhard, der im November 1918 seine Politik binnen weniger Tage neu formuliert hatte, war Theodor Wolffs Aufruf zu einer Parteigründung um einen halben Tag zuvorgekommen: am 15. November regte das Abendblatt der *Vossischen Zeitung* die Schaffung einer „großdeutschen liberalen Partei“ an⁶³; die Initiative dazu war von den Jungliberalen ausgegangen, die aber von den „unabhängigen Demokraten“ Theodor Wolffs überspielt wurden.

Die Beziehungen zwischen Georg Bernhard und der Partei, der er nahestand, und die er in seinem Sinn zu beeinflussen suchte, waren konfliktgeladen. Der geschäftsführende Ausschuß der DDP konnte sich Ende 1918 nicht dazu entschließen, eine Kandidatur Georg Bernhards für die Wahl zur Nationalversammlung in Oberschlesien, wie sie „von demokratischer Seite“ vorgeschlagen worden war, zu empfehlen. Und der Hauptvorstand der Partei lehnte im April 1919 den Versuch des Journalisten und Wirtschaftstheoretikers, ein positives Votum für seine – noch überaus vorsichtig formulierten – Sozialisierungsideen nach ausführlicher Debatte mit großer Mehrheit ab⁶⁴. Bernhard versuchte für einige Zeit, seine *Vossische Zeitung* zwischen DDP und DVP, deren Aufrufe er veröffentlichte, anzusiedeln und geriet wiederholt, besonders während des Jahres 1919, in offenen Konflikt mit den Demokraten⁶⁵, um schließlich auf ihren Kurs einzuschwenken. Ein nicht unerhebliches Moment in dieser Auseinandersetzung war der Konkurrenzkampf zwischen Ullstein und Mosse, der in einer persönlichen Gegnerschaft der beiden Chefredakteure Theodor Wolff und Georg Bernhard gipfelte.

In einer Broschüre *Die Kriegspolitik der Vossischen Zeitung*, die Georg Bernhard 1919 zu seiner Verteidigung drucken ließ, sprach er davon, daß er wegen seiner politischen Haltung im Weltkrieg „einer regelrechten Hetze“

⁶² Georg Bernhard, Land oder Geld, 84. Heft der Reihe „Der deutsche Krieg“, 1916, 22 ff.: „... ich schäme mich dieses Namens nicht. Wir in der Heimat sind tatsächlich auch Krieger. Deshalb müssen wir ... verlangen, daß dieser Krieg weitergeführt wird. Wir müssen verlangen, daß er mit allen Mitteln zu Lande, auf und unter Wasser und in der Luft weitergeführt wird ...“

⁶³ Vossische Zeitung, Nr. 586 (15. November 1918) A., vgl. Die Entstehung der Deutschen Volkspartei ... , 5.

⁶⁴ 23 : 9 Stimmen gegen den Antrag, der postulierte „Die Errichtung von – den Volkskammern gleichberechtigten – Kammern der Arbeit, als Vertretern aller Arbeit leistenden Deutschen, widerspricht nicht den Grundsätzen der Demokratie“. BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 15: Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes vom 12. und 13. April 1919, Blatt 90 ff., bes. Blatt 110.

⁶⁵ Mitte 1919 beschloß die DDP-Fraktion der Nationalversammlung sogar, die Vertreter der Vossischen Zeitung nicht mehr wie andere demokratische Journalisten zu ihren Beratungen zuzulassen.

ausgesetzt gewesen sei, und daß auch unter Freunden „... hie und da Zweifel in Zuschriften laut geworden ist, ob diese oder jene Stellungnahme wohl objektiv richtig oder subjektiv dem allgemeinen politischen Rahmen der Zeitung entsprechend gewesen sei“⁶⁶. Der Zweifel der politischen Freunde äußerte sich ziemlich drastisch. Theodor Heuß berichtete von einem Plan des liberalen Industriellen Robert Bosch aus dem Jahre 1917, die *Vossische Zeitung* zu kaufen, „... um sie von der irrlichternden Kriegspolitik ihres Leiters Georg Bernhard frei zu machen“. Die *Frankfurter Zeitung* und das *Berliner Tageblatt*, die sich beide, wenn auch nicht rückhaltlos, bei seinem Widerstand gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg auf Bethmanns Seite gestellt hatten, griffen Bernhard wiederholt scharf an⁶⁷. Und Theodor Wolff machte seine Drohung vom November 1918, er werde die „gnadenlos annexionistischen Artikel“ seiner Gegner wieder hervorholen, wahr, vor allem an den Quartalsenden, als über die Verlängerung des Abonnements entschieden wurde. Die Zeitschriften der neuen Linken, besonders Siegfried Jacobsohns *Weltbühne*, ließen ihrem Haß vollends freien Lauf⁶⁸.

Auch Georg Bernhard focht in diesem Duell mit schweren Waffen. Er polemisierte gegen die „Erpressertaktik“, die „Gemeingefährlichkeit und die schwere Kriegsschuld des Berliner Tageblatts“, gegen die „Selbstbeweihräucherung“ seines Chefredakteurs und die „Gesinnungslosigkeit, die in artistischer Freude an schönen Einfällen Artikel für den Tag so zusammenschreibt, wie sie jeweils die Konjunktur im Leserpublikum erfordert.“ Und er profitierte offen von der Funktion des *Berliner Tageblatts* als ständige Zielscheibe nationalistischer Angriffe: Die Zeitung habe, so schrieb er, „sich dauernd bemüht, dem deutschen Volk sein Vaterland und den Glauben an deutsche Kraft und deutsche Ehrlichkeit zu verkehren“⁶⁹. Was sich hier austobte, war weit mehr als der Konkurrenzkampf zweier Tageszeitungen. Die Schärfe der Auseinandersetzung belegt die tiefe, radikale Scheidung der Geister, die sich an den politischen Entscheidungen des Jahres 1917 vollzog. Georg Bernhard, 1917 der

⁶⁶ Die Kriegspolitik der Vossischen Zeitung, Berlin 1919, 3.

⁶⁷ *Th. Heuß*, Robert Bosch. Leben und Leistung, Stuttgart-Tübingen 1946, 316. *Frankfurter Zeitung*, LXIII, Nr. 282 (11. Oktober 1918) A., „... daß er vier Jahre lang in vordringlicher Weise als politischer Eigenbrötler trotz einer von Hause aus demokratischen Gesinnung alldeutschen Kriegslärm gemacht und sich in unverzeihlichen politischen Irrgängen hoffnungslos verirrt hat.“

⁶⁸ *Weltbühne*, XIV/1 (14. Februar 1918), 152 ff.: *Johannes Fischart* (= Erich Dombrowski), Georg Bernhard; XIV/2 (14. November 1918), 471: Siegfried Jacobsohn triumphiert über Bernhards Ausschluß aus dem „Rat geistiger Arbeiter“ und fährt fort: „... über ein Kleines wird er sich in die junge Bewegung eingewandt haben, da von Insektenpulver zur Zeit nur ein unscharfer Kriegsersatz existiert“; XIV/2 (21. November 1918), 484 ff. („Die Unruhestifter“): seitenlange Zitate aus Bernhards Kriegsartikeln; Tagebuch, XVII (2. April 1921), 412 f.: Glosse über den wendigen Politiker, der, da er es allen recht machen will, Reichspräsident werden könne.

⁶⁹ *Vossische Zeitung*, Nr. 256 (21. Mai 1919); vgl. Nr. 290 (10. Juni 1920), A., *Hermann Bachmann*, Üble Methoden.

nationalistischen Richtung angehörend, flüchtete sich zunächst in einzelgängerische Opposition und fand erst in den Jahren 1921/22 zu einem positiven Verhältnis zur Republik, ihren Regierungen und deren Innen- und Außenpolitik.

Es ist aus mehreren Gründen nicht leicht, zu einem schlüssigen Urteil über die *Vossische Zeitung* zu kommen. Sie war in den ersten Nachkriegsjahren eine Zeitung im Übergang: dauernder Wechsel in der Redaktion, Experimente in der Aufmachung zwischen konservativer Seriosität und der Nähe zur Boulevardzeitung, mangelnde politische Kontinuität, gelegentlich täglich sich ändernde Meinungsäußerung, loyal demokratische Grundhaltung und zugleich wilde, weit über das Ziel hinauschießende Polemik gegen die Regierungen, die traditionelle Gediegenheit des Feuilletons und die tumultuarische, stark persönlich gefärbte Politik Georg Bernhards – es bedurfte kaum noch der Seitenhiebe des *Berliner Tageblatts*, um die *Vossische Zeitung* in schwere Krisen zu stürzen. 1918, am Ende des Krieges, hatte das Blatt eine Auflage von 80 000 Exemplaren. 1923 waren gerade noch 32 000 Abonnenten übriggeblieben. Die Vermutung liegt nahe, daß sich nicht nur der liberal-konservative Leserstamm von der Zeitung abgewandt hatte (den sie gerade durch betonte Distanz zur Revolution, durch Schonung monarchischer Gefühle, durch Vermeiden jeder polemischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu halten suchte), sondern auch die nationalistischen Leser der Kriegszeit. Denn Bernhards Alternativen waren in sich widersprüchlich und nicht schlüssig genug, um ein an Gesinnungspolitik gewöhntes Publikum zufriedenzustellen.

Das außenpolitische Programm der *Vossischen Zeitung* stand seit dem Ersten Weltkrieg unter dem Motto „Kontinentalpolitik“. Es war ausgesprochen anti-englisch, später ebenso anti-amerikanisch, propagierte die Schonung Rußlands und den Versuch, den östlichen Nachbarn zu einem Sonderfrieden zu bewegen – unter besseren Bedingungen als denen, die ihm in Brest-Litowsk tatsächlich gewährt wurden. Beredter Verfechter einer solchen Politik, die ähnlich auch von den *Sozialistischen Monatsheften* lanciert wurde, war Max Cohen-Reuss, der regelmäßig in der *Vossischen Zeitung* zu Wort kam. Für Georg Bernhard selbst war der Krieg nichts weiter als ein Ausfluß der „traditionellen englischen Rivalenvernichtungspolitik“ und also in der Hauptsache gegen Großbritannien zu führen⁷⁰. Der Ausgleich mit Rußland blieb bis in den Oktober 1918 hinein das *ceterum censeo* der *Vossischen Zeitung*; dann trat binnen weniger Tage Frankreich an Rußlands Stelle, und Georg Bernhard und sein Blatt wurden nicht müde, die deutsche Regierung zum äußersten Entgegenkommen gegenüber Clemenceau und Poincaré zu drängen. Gerade diese unpopuläre außenpolitische Orientierung, die zudem die tatsächlichen Verhältnisse souverän mißachtete, entfremdete die Leser, die sich das patriotische Pathos der Kriegszeit hatten gefallen lassen, der Zeitung nun endgültig.

⁷⁰ Die Kriegspolitik . . . , 5; vgl. *Vossische Zeitung*, Nr. 659 (28. Dezember 1919), „An unsere Leser“; und öfter.

Am 7. Oktober 1918 hatte die *Vossische Zeitung* Walther Rathenaus Aufruf zum organisierten Widerstand gegen die siegreichen Alliierten, zur levée en masse (Rathenau vermied das Wort) gebracht – nachdem Theodor Wolff sich geweigert hatte, ihn im *Berliner Tageblatt* zu drucken⁷¹. Eine konsequente Fortsetzung dieser Idee war zunächst das strikte „Unannehmbar“, das jedoch schon seit Beginn des Jahres 1919 modifiziert wurde. An seine Stelle traten die unentwegt vorgetragenen Hinweise auf die Bereitschaft der französischen Regierung zur Zusammenarbeit mit dem Reich. Diese Interpretation der Politik des siegreichen Frankreich zwang die *Vossische Zeitung* oft zu abenteuerlichen logischen Konstruktionen, wenn es galt, die harte französische Politik und den Verlauf des Versailler Kongresses zu erklären⁷². Mit Rücksicht auf Frankreich plädierte Georg Bernhard auch für die Annahme des Friedensvertrages – im übrigen in der durchaus nüchternen Erkenntnis der geringen deutschen Handlungsfähigkeit.

Die pro-französische und fanatisch anti-englische Politik blieb in den nächsten Jahren vorherrschend. Die Zeitung mußte sie oft gegen das „Unverständnis“ der eigenen Leser verteidigen. Die *Frankfurter Zeitung* spottete, Georg Bernhard habe „... die Aufgabe übernommen, jeden Fußtritt, den wir von den Franzosen erhalten, zu einer angenehmen Berührung umzudichten“⁷³. Und die Reichsregierung beantwortete im November 1919 heftige Angriffe Bernhards, der ihr in der Kriegsgefangenenfrage ein „unerhörtes Maß von Schuld gegen die eigenen Landeskinder“ vorgeworfen hatte, mit einem dreitägigen Erscheinungsverbot für die *Vossische Zeitung*. Die Haltung änderte sich grundsätzlich erst während des Jahres 1921, als eine Indiskretion des *Berliner Tageblatts* die Zeitung in eine schwere Krise stürzte⁷⁴. Dr. Alexander

⁷¹ *Vossische Zeitung*, Nr. 512 (7. Oktober 1918), M., *Walther Rathenau*, Ein dunkler Tag.

⁷² AaO, Nr. 504 (2. Oktober 1918), A., *Georg Bernhard*, Prinz oder Programm? „Durch die englische Front führt der Weg nicht bloß zur Schmach Deutschlands, sondern zur Knebelung Europas.“ Meldungen über hohe französische Gebietsansprüche galten als von England lanciert. Nr. 263 (25. Mai 1919), *Redlich*, Verhandlungsmethoden: „Wir haben zwei Gruppen von Gegnern: die eine, an deren Spitze Frankreich steht, will durch unsere Opfer, also letzten Endes durch unsere Hilfe sich selbst retten. Die andere, die angelsächsische, betrachtet den Friedensschluß genauso wie den Krieg als ein unerhört gutes Geschäft. Die erste Gruppe will, daß wir leben, die zweite, daß wir sterben.“

⁷³ *Frankfurter Zeitung*, LXIV, Nr. 428 (12. Juni 1919), A.

⁷⁴ *Berliner Tageblatt*, L, Nr. 205 (3. Mai 1921), M., Einige Tatsachen, veröffentlichte einen Geschäftsbrief des Ullstein-Verlages an einen Düsseldorfer Zeitungshändler, in dem es hieß, die *Vossische Zeitung* sei „jetzt dasjenige Blatt, das in Düsseldorf die besten Absatzchancen hat. Diese Zeitung wird von der französischen Besatzungsbehörde überall mit größtem Entgegenkommen behandelt, weil ihr bekannt ist, daß die *Vossische Zeitung* das einzige Blatt in Deutschland ist, das für eine Verständigung mit Frankreich eintritt“. Das *Berliner Tageblatt* fügte ironische Bemerkungen über die Außenpolitik der *Vossischen Zeitung* an. Vgl. *Vossische Zeitung*, Nr. 205 (3. Mai 1921), A., *Bernhard*, Verleumder.

Redlich, der Hauptvertreter der „französischen“ Richtung, schied aus der Redaktion der *Vossischen Zeitung* aus, blieb freilich Verlagsdirektor und machte die „Kontinentalpolitik strengster Observanz“ zur Bedingung bei der Einstellung von Redakteuren.

In den Spalten der *Vossischen Zeitung* jedoch fanden sich jetzt gemäßigte Ansichten zur Außenpolitik, und Georg Bernhard schwenkte bald ganz auf die Erfüllungspolitik Wirths und Rathenaus, später, mit größerer Überzeugungskraft, auf die Außenpolitik Stresemanns ein, die den Vorzug hatte, den Ausgleich auch mit Frankreich zu suchen. Auch innenpolitisch gab die *Vossische Zeitung* in dieser Zeit ihre Oppositionsstellung auf, in der sie seit dem Ausbruch der Revolution und seit dem Scheitern ihrer Parteigründungsversuche verharret hatte. Julius Elbau, Innenpolitiker und stellvertretender Chefredakteur seit 1920, neigte mehr zur DDP – er war vorher Redakteur der *Frankfurter Zeitung* gewesen⁷⁵. Die Kritik Georg Bernhards an den Regierungen der Republik aber war grundsätzlich unabhängig vom Namen der sie tragenden Parteien. Die Opposition begann mit den Angriffen gegen die Volksbeauftragten („So geht es unmöglich weiter“), setzte sich in der Kritik an der „Taten- und Talentlosigkeit des Kabinetts Scheidemann“ fort und mündete in eine turbulente Kampagne gegen das „aufdringliche Treiben von Parlamentariern alten Schlages, die gänzlich unfruchtbar sich in der Negation der Entwicklung betätigen“⁷⁶ und für eine „Kammer der Arbeit“ mit weitgehenden politischen Rechten.

Ausgehend von Rathenaus Organisation der Kriegswirtschaft entwickelte Georg Bernhard während des Krieges und nachher in zahlreichen Veröffentlichungen Pläne für eine „Übergangswirtschaft“, die weder Sozialismus noch Kapitalismus sein und ihre Organisation in obligatorischen Berufsverbänden und einem „Reichswirtschaftsrat“ haben sollte. Zwischen November 1919 und Ende 1920 propagierte Bernhard auch in der *Vossischen Zeitung* einen solchen ständischen Reichswirtschaftsrat mit großen wirtschafts- und allgemeinpolitischen Vollmachten. Fast täglich wiederholte er die Angriffe auf den „Parteiplunder“, den „Fluch der Parteiwirtschaft“, das „Diktat der Fraktionszimmer“, auf das ganze Weimarer System, das er durch die „Organisation der Produzenten“ (einschließlich der Arbeiter) ersetzen wollte: „Die Schwierigkeiten, Deutschland wiederaufzubauen, sind so groß, daß an ihre Lösung nicht mit hadernden Parteien, sondern nur mit einer Zusammenfassung von Män-

⁷⁵ Julius Elbau, geb. am 19. März 1881 in Stuttgart, gest. am 25. Oktober 1965 bei New York. Seit 1901 Redakteur der Heilbronner Zeitung, seit 1903 der Frankfurter Zeitung, seit 1914 im Verlag Ullstein. Seit 1920 stellvertretender Chefredakteur, von März 1930 bis März 1933 Chefredakteur der *Vossischen Zeitung*. Emigration nach Frankreich, 1938 in die USA. Mitarbeiter des Aufbau, der New Yorker Staatszeitung und Herold.

⁷⁶ *Vossische Zeitung*, Nr. 659 (27. Dezember 1918), M.; *Bernhard*, Es muß regiert werden; Nr. 296 (13. Juni 1919), A., *Bernhard*, Schimpf-Minister; Nr. 409 (13. August 1919), A., *Elbau*, Erzbergers Steuerfeldzug.

nern ... gegangen werden kann, die trotz der Parteien, ja eventuell selbst gegen diese, sachliche Arbeit tun wollen.“⁷⁷

Mit größter Unbekümmertheit drosch Bernhard auf die Parteien – alle Parteien – ein und spielte mit dem Diktatur-Gedanken.

Jedoch, selbst wenn Georg Bernhard um einer wenig ausgegorenen und durchdachten Idee willen dem parlamentarischen System den Kampf ansagte, wenn er Mißstände bei der Berliner Stadtbahn, Streiks und vorgebliche oder wirkliche Unordnung demagogisch gegen die jeweilige Regierung ausspielte, wenn er den parlamentarischen Untersuchungsausschuß tadelte, weil er Hindenburg, „eine der wenigen Kostbarkeiten, die (das deutsche Volk) aus der Zerstörung aller Werte sich hat herüberretten können“, bei seiner Aussage hatte unterbrechen lassen, wenn er die Dolchstoß-Legende akzeptierte, um ihr eine anti-englische Stoßrichtung zu geben⁷⁸: ein Anhänger der Rechtsparteien war und wurde er nicht. Die vergangenheitsbezogene Ausrichtung des Konservatismus konnte seinem dynamischen Temperament und seinem Intellekt nicht genügen, den Weg zu den Völkischen, den viele ehemalige Alldeutsche und Annexionisten gingen, konnte er, vor allem auch als Jude, nicht beschreiten. Georg Bernhard war ein Einzelgänger, den die Linksliberalen als verlorenen Sohn verachteten oder belächelten. Seine Kampagnen stellten die grundsätzlich demokratische Haltung der *Vossischen Zeitung* nur vorübergehend in Frage. Und er fand bald eine Rolle, die seinem Ehrgeiz und seiner polemischen Energie angemessen war: die des Verteidigers der Regierung gegen die lautstarke, wachsende Opposition von rechts.

Die *Vossische Zeitung* mäßigte während des Jahres 1921 ihre Haltung zusehends. Der erste Kanzler, der ihrer Zustimmung sicher sein konnte, war Joseph Wirth, dessen republikanisches Pathos und demokratische Volkstümlichkeit sehr viel zur Sammlung der zerstrittenen „Weimarer“ Kräfte beigetragen haben. Georg Bernhard ordnete sich an der Seite der DDP ins politische Spektrum der Republik ein und akzeptierte den Weimarer Konsensus: Bejahung der Verfassung und des Parlamentarismus trotz Kritik an Einzelheiten, Einbeziehen der SPD in die Regierung bei scharfer Frontstellung gegen die Rechte jenseits der DVP, Zustimmung und Werbung für die konziliante außenpolitische Linie zuerst Rathenaus, dann Stresemanns. Bemerkenswert ist, daß die *Vossische Zeitung* bei dieser gemäßigten Politik und als Propagandistin Stresemanns eine beachtliche Auflagensteigerung verzeichnen konnte⁷⁹. Georg Bernhard hatte, wie Stresemann, bis zu diesem Konsensus

⁷⁷ AaO, Nr. 271 (30. Mai 1920), *Bernhard*, Erkenntnis; vgl. Nr. 285 (6. Juni 1920), M., *Bernhard*, Weisheit, nicht Harnisch; Nr. 295 (13. Juni 1920), *Bernhard*, Es lebe das Vaterland.

⁷⁸ AaO, Nr. 611 (1. Dezember 1919), M., *Bernhard*, Verwahrlost: „Reich, Land und Stadt sind verwahrlost“; Nr. 586 (17. November 1919), M., *Bernhard*, Hindenburg vor dem Ausschuß; Nr. 650 (22. Dezember 1919), M., *Bernhard*, Der Dolchstoß von hinten.

⁷⁹ Auflage 1927: 70 000, sonntags 80 000.

einen weiten Weg zurückzulegen. Daß er sich schließlich an der Seite der *Frankfurter Zeitung* und des *Berliner Tageblatts* wiederfand, zeigt auch, wie eng der Spielraum für eine unabhängige Position zwischen den politischen Fronten geworden war.

Georg Bernhards Reaktion auf die politische Entwicklung des Jahres 1918, die mit den tönenden Worten der Kriegszeit nicht mehr zu bewältigen war, mündete in den Versuch, den Entscheidungen auszuweichen: „Weimar“ war ohne ihn zustande gekommen, doch er konnte nicht gegen „Weimar“ sein; er bekämpfte die Koalitionsregierungen mit Verve und Demagogie, aber auch den Kapp-Putsch mußte er verurteilen; er schalt die deutsche Außenpolitik „unnational“, aber zum unbeugsamen Revanchisten wurde er nicht; er gab sich anti-sozialistisch, aber das Regieren gegen die Arbeiterschaft hielt er für unmöglich. Seine politischen Modelle – Kontinentalpolitik, Kammer der Arbeit – erleichterten ihm das Ausweichen: Der Außenseiter konnte die Politiker gleich welcher Richtung, die seinen Modellen nicht folgten, risikolos attackieren. Seine Alternativen waren weder überzeugend noch paßten sie in die politische Wirklichkeit der Zeit, und Bernhard war Pragmatiker genug, die „dritte Position“ aufzugeben, sobald eine Reichsregierung sich entgegenkommend zeigte. Im Gegensatz zur *Frankfurter Zeitung* und zum *Berliner Tageblatt*, die durch ihre demokratische Überzeugungstreue zu Beginn der zwanziger Jahre faktisch mehr und mehr zu Oppositionsblättern (mit guten Beziehungen zur Regierung) wurden, konnte die *Vossische Zeitung* seit 1922 in mancher Beziehung als regierungstreu und offiziös gelten.

An Georg Bernhard blieb der Ruf des Opportunisten hängen und für die Rechte war die *Vossische Zeitung* die „Gazette de Foch“⁸⁰. Als Chef einer großen demokratischen Zeitung, als Propagandist einer Frankreich-freundlichen Haltung, als Anhänger Stresemanns, als mutiger, unbekümmerter und kämpferischer Politiker, als Jude war Georg Bernhard 1923 auf der Rechten ebenso verhaßt wie es Theodor Wolff 1918 gewesen war. Seitdem die *Vossische Zeitung* im Ullstein-Verlag erschien, und Georg Bernhard ihr Leiter war, wurde auch sie zur „Judenpresse“ gezählt. Sie wurde, und das war prinzipiell unabhängig sowohl von Bernhards nationalistischer als auch von seiner „Weimarer“ Politik, von der ständig anwachsenden völkischen Hetze betroffen.

V

Frankfurter Zeitung, *Berliner Tageblatt* und (mit Einschränkungen in der ersten Nachkriegszeit) *Vossische Zeitung* waren die prominentesten und beachtetsten Stimmen im Chor der linksliberalen Verlautbarungen – „die“ de-

⁸⁰ So die Deutsche Allgemeine Zeitung, von der die *Vossische Zeitung* 1923 gerichtlich eine förmliche Entschuldigung erzwang: *Vossische Zeitung*, Nr. 603 (21. Dezember 1923), A., Der Abwehrkampf der Vossischen Zeitung.

mokratische Öffentlichkeit waren sie nicht. Sie stellen freilich einen so breiten Ausschnitt aus ihr dar, daß er als Urteilsgrundlage genügen kann. Kurze Erwähnung allerdings verdienen noch zwei Publikationen, die einen eigenen, individualistischen Ton ins Konzert liberal-demokratischer Meinungsäußerungen brachten und so etwas wie die radikalisierte Variante der großen demokratischen Presse waren: Siegfried Jacobsohns *Weltbühne* und Stefan Großmanns *Tagebuch*.

Weltbühne und *Tagebuch* traten nach dem Ersten Weltkrieg die Erbschaft der Zeitschriften von Maximilian Harden und Karl Kraus an, die beide zwar weiterhin erschienen, aber an aktueller Bedeutung wesentlich verloren. Die beiden neuen Wochen-Zeitschriften erreichten relativ hohe Auflagen⁸¹ und konnten sich gut neben den traditionellen liberalen Kulturrundschau behaupten. Ihre Besonderheit bestand darin, daß sie eine Mischung von Literatur und Politik, von Gedichten, Prosa, Theater-Rezensionen und politischen Leitartikeln brachten (und oft genug Politik mit ästhetischen Maßstäben maßen). Beide wandten sich an ein intellektuelles Publikum; ihre Herausgeber und Mitarbeiter waren aggressive, nonkonformistische und kritische Journalisten und Schriftsteller, die sich der Linken zurechneten, sich aber mit keiner der bestehenden Parteien identifizieren mochten. Sie verkörperten, weit stärker noch als etwa Theodor Wolff, einen „subjektiven“ Journalismus; in ihren Glossen und Berichten triumphierte das „ich“, das in der *Frankfurter Zeitung* gänzlich verpönt war. Eine „Politik“ der *Weltbühne* gab es kaum, es gab nur eine Politik ihrer (wechselnden) Mitarbeiter. Der uneingeschränkte Individualismus erschwerte eine erschöpfende und gerechte Beurteilung, für die im Grunde eine Reihe von Schriftsteller-Biographien notwendig wäre⁸².

⁸¹ 1925 beide 10 000; 1930 *Tagebuch* 14 000, *Weltbühne* 15 000.

⁸² Vgl. für die *Weltbühne* die Analyse von *Alf Enseling*, *Die Weltbühne, Organ der intellektuellen Linken*, Münster 1962. Neuerdings auch: *Istvan Deak*, *Weimar Germany's Left Wing Intellectuals. A Political History of the Weltbühne and its Circle*, Berkeley und Los Angeles 1968. Deaks Buch, das nach Abschluß dieser Arbeit erschien und dem Verfasser für die Revision nur in Auszügen zugänglich war, behandelt auch ausführlich auf Seiten 24–29 das Problem der Zugehörigkeit der *Weltbühne* zur „Judenpresse“. Der Autor hat – bei allem Vorbehalt gegen derartige Rechnungen – festgestellt, daß 42 von 68 Mitarbeitern der *Weltbühne*, deren religiöse Herkunft ermittelt werden konnte, Juden waren, zumeist jedoch zu christlichen Bekenntnissen konvertiert waren oder sich selbst als Agnostiker oder Atheisten bezeichneten. Deak zieht auch die Parallele zwischen dem „enthusiasm of the *Weltbühne* writers for revolutionary socialist propositions“ – der freilich erst im späteren Verlauf der zwanziger Jahre in der *Weltbühne* allbeherrschend wurde – und der Erkenntnis ihrer „inescapable Jewish condition“. – Für *Weltbühne* und *Tagebuch* siehe jetzt ebenfalls: *Ruth Greuner*, *Gegenspieler. Profile linksbürgerlicher Publizisten aus Kaiserreich und Weimarer Republik*, Berlin 1969; und das Kapitel: *Left-Wing Intellectuals in the Weimar Republic*, in: *George L. Mosse*, *Germans and Jews. The Right, the Left, and the Search for a „Third Force“ in Pre-Nazi Germany*, New York 1970, 171–225.

Siegfried Jacobsohn⁸³, 1881 in Berlin als Sohn eines Kaufmanns geboren, hatte sich früh der Literatur zugewandt und 1905 mit der *Schaubühne* eine Theaterzeitschrift gegründet, die sich schnell ihren Platz im literarischen Leben der Reichshauptstadt eroberte. Erst während des Ersten Weltkrieges kam die Politik – zögernd und durchaus nicht aufsehenerregend – ins Spiel: Robert Breuer schrieb (als „Cunctator“, seit 1915 als „Germanicus“) den wöchentlichen politischen Leitartikel. Breuer war Mehrheitssozialist; er vertrat eine ruhige, dabei durchaus kriegerische und patriotische, gegenüber Exzessen jedoch zurückhaltende, vorsichtig für Bethmann Hollweg, gegen die Alldeutschen, für die Juli-Resolution des Reichstags, für innere Reformen plädierende Politik⁸⁴. Die eigentliche Politisierung jedoch kam – geraume Zeit nach der Umbenennung in *Weltbühne* im April 1918 – mit dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges. Die Sprache Jacobsohns und seiner Kollegen nahm an Schärfe ungemein zu. Neben die alten Mitarbeiter Polgar, Friedell, Julius Bab traten jetzt – radikaler als jene – Kurt Tucholsky (unter verschiedenen Pseudonymen), in dessen Arbeiten die neue Verbindung von Literatur und Politik sich geradezu idealtypisch manifestierte, Erich Dombrowski (als Johannes Fischart), der mit respektlosen Politikerporträts brillierte⁸⁵, Alfons Goldschmidt, später Otto Flake und andere.

Der politische Standort der Zeitschrift blieb dennoch nur vage definiert. Jacobsohn veröffentlichte im Wortlaut das Programm des „Rates geistiger Arbeiter“ Kurt Hillers, in dem – kunterbunt – Abschaffung von Wehrpflicht und Todesstrafe, Recht auf Freitod, Völkerbund, internationale Schiedsgerichte, gerechte Löhne, Vergesellschaftung von Grund und Boden, Einheitschule, Trennung von Staat und Kirche, Auflösung der Bundesstaaten gefordert wurden⁸⁶. Er trennte sich von Breuer, dem er Mangel an Radikalismus, an internationaler, pazifistischer, anti-militaristischer, republikanischer und demokratischer Gesinnung vorwarf⁸⁷, und dessen mehrheitssozialistische Mäßigung ihm nicht mehr in die Zeit zu passen schien. In der – jedenfalls verbalen – Radikalität, die sich jetzt ausbreitete, spiegelt sich deutlich genug die tiefe Zerrissenheit eines Staatswesens, dessen Bürger sich – politisch gänzlich unerfahren – unvermittelt einer beträchtlichen nationalen Katastrophe ausgesetzt sahen. An Breuers Stelle als Kommentator der *Weltbühne* trat zunächst Ludwig Jurisch mit dem Motto: „Eine Feder taugt in stürmischen Zei-

⁸³ Siegfried Jacobsohn, geb. am 28. Januar 1881 in Berlin, gest. am 3. Dezember 1926 in Berlin. Theaterkritiker, von 1905 bis zu seinem Tod Herausgeber der *Weltbühne*. Vgl. *Enseling*, op. cit., 19 ff.

⁸⁴ Etwa *Schaubühne*, Nr. 1 (3. Januar 1918), 1 ff., *Germanicus*, Die Neuordnung der Welt; *Weltbühne*, XIV/1 (25. April 1918), 381 ff., *Germanicus*, Wir und die Alldeutschen.

⁸⁵ Gesammelt: *Johannes Fischart*, Das alte und das neue System, 4 Bde., Berlin, 1919 ff.

⁸⁶ *Weltbühne*, XIV/2 (21. November 1918), 473–475.

⁸⁷ AaO, XIV/2 (5. Dezember 1918), 521 ff.

ten nur als Ersatz für eine Flinte, um unmittelbarste Wirkung zu wecken“, und mit dem erklärten Ziel, „die Revolution vorwärts zu treiben mit Zuruf, wenn es ausreicht, mit Ruten, wenn es nicht vom Fleck geht, mit Skorpionen, wenn nichts anderes verfängt“⁸⁸. Auf Jurisch folgte im März 1919 Heinrich Ströbel, der sich dem rechten Flügel der USPD zurechnete und heftig gegen die Mehrheitssozialisten einerseits und gegen die Bolschewisten andererseits polemisierte.

Stark im Vordergrund stand der Anti-Militarismus – unmittelbare Folge des mehr als vierjährigen Weltkrieges. Er äußerte sich in überaus scharfen Angriffen auf die Reichswehr, die bis 1933 nicht abrissen, und etwa auf Gustav Noske, der sich ihrer gegen die zweite Revolution bedient hatte (Tucholsky: „Er ist ein Schädling, denn schlimmer als die exploitierenden Reichen sind ihre Handlanger, schlimmer als der Großbauer ist sein Hund“)⁸⁹. Er war Teil der antiautoritären Grundeinstellung und des unerbittlichen Kampfes gegen die obrigkeitlichen Überbleibsel im neuen Staat, gegen die „Klassen- und Kastenstrukturen“ in der Verwaltung, der Justiz, der Universität, der Schule; Kurt Tucholsky war Jurist und hat über fast alle großen politischen Prozesse der Nachkriegsjahre – überaus kritisch – berichtet. Das Thema der mangelnden republikanischen und demokratischen Gesinnung in den Institutionen der Republik selbst (dem auch die großen Tageszeitungen ihre Aufmerksamkeit gewidmet hatten) beherrscht fast alle Nummern der *Weltbühne*. Die Beiträge sind in einer furchtlosen, temperamentvollen, polemischen, oft unerhört radikalen Sprache verfaßt, gehen vielfach von utopistischen Prämissen aus und lassen nicht selten auch die Sachlichkeit vermissen. Das Problem, das sich – etwa angesichts der Arbeiten von Kurt Tucholsky – stellt, ist das des Verhältnisses des Intellektuellen zur Macht, zur Politik – aber das ist ein weites Feld.

Der Kreis der *Weltbühne* war durchaus für den neuen Staat, aber er war gegen seine aktuelle Gestalt, gegen die „alten abgeklapperten Namen, die gestrigen abgebrauchten Männer“, die ihn regierten⁹⁰. Er hatte keinen festen Platz im politischen Spektrum der Republik, er war außerparlamentarische, linke Opposition. Die Mitarbeiter und Leser der *Weltbühne* waren „individualistische, nicht organisierbare, kulturliberale“ Menschen, die etwa der Deutschen Liga für Menschenrechte, der Deutschen Friedensgesellschaft, der

⁸⁸ AaO, XV/1 (2. Januar 1919) 1 ff., *L. Jurisch*, Ansage.

⁸⁹ AaO, XV/1 (15. Mai 1919, 564 ff., *Ignaz Wrobel–Kurt Tucholsky*, Die lebendigen Toten; vgl. (9. Januar 1919), 38, Offizier und Mann (23. Januar 1919), 87 (30. Januar 1919), 110 (6. Februar 1919), 134 (13. Februar 1919), 159 (20. Februar 1919), 201, Militaria; „Wir speien auf das Militär – aber wir lieben die neue, uralte Menschlichkeit!“ (20. Februar 1919), 205; XV/2 (6. November 1919), 560 (13. November 1919), 601 (20. November 1919), 625 (27. November 1919), 654 (4. Dezember 1919), 689 (11. Dezember 1919), 724 (18. Dezember 1919), 759 (25. Dezember 1919), 785; „Das alte Heer“, von einem Stabsoffizier. Vgl. *Enseling*, op. cit., 116 ff.

⁹⁰ *Weltbühne*, XV/1 (20. Februar 1919), 193, *L. Jurisch*, Die Weimarer.

Opposition in den Linksparteien angehörten⁹¹. Das Verhältnis der *Weltbühne* zu den politischen Parteien dokumentiert sich in dem – oftmals abgewandelten – Satz: „In keiner der sieben Parteien hat der denkende Mensch heute Platz.“⁹² Der politische Standort wurde stets idealistisch (und durchaus unpolitisch) bestimmt: „Spartakus ist es nicht; der Offizier, der sein eigenes Volk als Mittel zum Zweck ansah, ist es auch nicht – was wird es denn am Ende sein? Der aufrechte Deutsche.“ Und, ebenso bezeichnend für die logokratischen Vorstellungen: „Der unbedingten Solidarität aller Geldverdiener muß die ebenso unbedingte Solidarität aller Geistigen gegenüberstehen.“⁹³

Bei Gründung der DDP hatte Julius Bab in ihrem Programm „eine etwas schärfere, härtere, reinere Luft“ und einen entschiedeneren Anti-Kapitalismus vermißt⁹⁴. Ansonsten wurde die Partei praktisch negiert. Die konsequente Wendung nach links, zu den sozialistischen Parteien, scheiterte jedoch an der mangelnden Bereitschaft der bürgerlichen Dissidenten, der „denkenden Menschen“ zur Einordnung in den Apparat, in die politische Disziplin, in die Organisation. Es blieb beim „Asyl des bedruckten Papiers“. Verstärkt wurde der Kreis um Jacobsohn und Tucholsky, die sich von vornherein der DDP ferngehalten hatten, bald von einer beträchtlichen Zahl derer, die sich enttäuscht von der neuen Partei abwandten. Schon auf dem Parteitag von 1920 diagnostizierte Erich Eyck besorgt, „... daß ein großer Teil der Gebildeten wiederum anfängt, sich von der Partei abzuwenden“⁹⁵ – die Unzufriedenheit wurde auch in den Spalten der *Frankfurter Zeitung* und des *Berliner Tageblatts* immer wieder ausgedrückt. Die Mitarbeit solcher pazifistischer, „republikanischer“, „unabhängig demokratischer“ DDP-Dissidenten (Hellmut von Gerlach etwa oder die Gründer der Republikanischen Partei von 1924 mit Carl von Ossietzky) prägten in den kommenden Jahren das politische Gesicht der *Weltbühne*, bevor sich, gegen das Ende der Republik hin, der Trend zur proletarischen Bewegung und zur Kommunistischen Partei wieder stärker abzeichnete.

Einige prominente Redakteure der Berliner demokratischen Presse waren zugleich Mitarbeiter der *Weltbühne* – Erich Dombrowski als „Johannes Fischart“, Felix Pinner als „Frank Faßland“, Richard Lewinsohn, der Korrespondent und spätere Wirtschaftsredakteur der *Vossischen Zeitung* als „Morus“, Paul Schlesinger (Sling), der Gerichtsberichterstatte des gleichen Blattes, später Rudolf Olden, der innenpolitische Redakteur des *Berliner Tageblatts*. Es ist durchweg zu bemerken, daß sie in der *Weltbühne* zwar dieselbe Politik ver-

⁹¹ *Enseling*, op. cit., 164 ff.

⁹² *Weltbühne*, XVIII/1 (13. April 1922), 385.

⁹³ AaO, XV/1 (9. Januar 1919), 38–41. Militaria, Offizier und Mann, 13. März 1919), 279 ff., *Tucholsky*, *Wir Negativen*.

⁹⁴ AaO, XIV/2 (28. November 1918), 509 ff., *J. Bab*, *Liberale Erneuerung*.

⁹⁵ Bericht über die Verhandlungen des 2. (außerordentlichen) Parteitags der DDP, Berlin o. J. [1919], 38.

fochten wie in ihren eigenen Zeitungen, jedoch in einer wesentlich schärferen Tonart: heftige innenpolitische Ablehnung Stresemanns etwa, aber Beifall für seine Außenpolitik seit 1923 und Unterstützung der „Locarno-Richtung“, zwischen Sympathie und Ablehnung schwankende Haltung gegenüber der SPD, Unterstützung für den Republikaner Wirth und für die Währungs-Stabilisatoren. In dieser Hinsicht war die Politik der *Weltbühnen*-Mitarbeiter an der der großen demokratischen Presse orientiert. Das ceterum censeo aber war und blieb auch während dieser Jahre – gerechtfertigt und ungemein verstärkt durch den Mord an Walther Rathenau –, daß die Republik „entschiedener“ gegen ihre offenen und versteckten Feinde auftreten müsse⁹⁶.

Alles das gilt, mit geringen Modifikationen, auch für das *Tagebuch*. Die erste Nummer erschien im Januar 1920 im Berliner Verlag Ernst Rowohlt und unter der Leitung des früheren Wiener Dramaturgen, Journalisten und Schriftstellers Stefan Großmann⁹⁷. Das *Tagebuch* gab sich – mit dem Blick auf österreichische Leser – großdeutsch, ansonsten aber trat die Politik zunächst sehr in den Hintergrund, kam erst mit den wirtschaftspolitischen Beiträgen Leopold Schwarzschilds ins Spiel, der sich in die Herausgeberschaft bald mit Stefan Großmann teilte. Bezeichnend ist Großmanns Programm in der ersten Nummer:

„Diese Zeitschrift rechnet mit urteilsfähigen Lesern. Das Tage-Buch kann und wird keiner Partei dienen, wohl aber hoffe ich auf eine Verschwörung der schöpferischen Köpfe neben, über, trotz den Parteien. Wenn es gelänge, diesen Geheimbund der Sachkenner zu schaffen, die urteilen, ohne nach rechts oder nach links zu schielen und zu schieben, dann würden die Diskussionen über Verwirklichung des Sozialismus, über die aristokratische Durchhäderung der Demokratie, über die Erziehung und Erzielung unverstümmelter Menschen ohne den Ballast der Schwarmgeister leichter und ergebnisreicher werden. Diese Zeitschrift wird geschrieben für alle Deutschen. Die Papiere von Versailles und St. Germain können nicht hindern, daß unsere Gedanken hinüberfliegen nach Wien, nach Danzig, nach Köln, nach Prag, nach Bozen. Wir wollen auf eine beharrliche, aber keineswegs lärmende Weise deutsch sein . . .“⁹⁸

Die Problematik der politischen Position einer solchen Zeitschrift wird in diesen wenigen Sätzen überaus deutlich: das Einverständnis mit dem abstrakten Bild, nicht aber mit der konkreten Gestalt der Demokratie, die Verachtung der Parteilarbeit, die Flucht vor der nüchternen, sicherlich wenig begeisternden Wirklichkeit, vor dem Alltag der Politik, vor den harten Bedingungen der Friedensverträge in das schöne Reich des Geistes, in den „Geheimbund der

⁹⁶ Vgl. *Weltbühne*, XVIII/1 (19. Januar 1922), 61 ff., *Otto Flake*, Geburtstag der Republik; (29. Juni 1922), 641 ff., *Deutscher Balkan*, – nach dem Mord an Rathenau; vgl. *Enseling*, op. cit., 71 ff., 76 ff.

⁹⁷ Stefan Großmann, geb. am 18. Mai 1875 in Wien, gest. 1935. Dramaturg in Wien, 1913–1919 Korrespondent und Redakteur der *Vossischen Zeitung*, 1920–1927 Hrsg. des *Tagebuch*, zusammen mit Leopold Schwarzschild, der die Zeitschrift dann übernahm.

⁹⁸ *Tagebuch*, I (10. Januar 1920), 1, S. *Großmann*, Zum Anfang.

Sachkenner“ gar, in die gedankliche Treue für Prag und Bozen. Gerade die Parteifeindlichkeit mag noch stark von Georg Bernhard beeinflußt gewesen sein – Großmann war zuvor Redakteur der *Vossischen Zeitung* gewesen – aber sie weist doch auch über die aktuellen Strömungen hinaus. Das *Tagebuch* stand mit einem solchen Programm durchaus in der apolitischen Tradition deutscher Intellektueller.

Thomas Wehrlin, der einige Zeit die politischen Glossen schrieb, neigte zur SPD, unterzog jedoch die Partei und die Weimarer Koalition häufig heftiger Kritik. Die DDP galt als großkapitalistisch und als nicht diskutabel. Mitte 1920, als die als „Manchester-Liberale“ verschrienen DDP-Prominenten Wiemer und Mugdan zur DVP übertraten, schrieb Großmann den Demokraten ins Stammbuch: „Wiemer, Mugdan und Co, ihr sagt, ihr könnt sie verschmerzen. – Aber seid ihr nicht alle Wiemer, Mugdan und Co?“⁹⁹ In der Praxis überwogen die republikanische Haltung, die Sympathien für Ebert, Wirth und Rathenau. Rathenau selbst war regelmäßiger Mitarbeiter, ebenso Moritz Heimann, zunächst auch Thomas Mann, Hermann Hesse, Theodor Heuß, alle Autoren des Rowohlt-Verlages. Das *Tagebuch* war ruhiger, eher ironisch als polemisch, eher skeptisch als aggressiv geschrieben, zog die Glosse dem frontalen Angriff auf die Gegner der Republik vor. Es war in den ersten Jahren weit mehr eine Kulturzeitschrift als ein politisches Blatt.

In einem Punkt freilich ließ Großmann es nicht an ätzender Schärfe fehlen: in der Auseinandersetzung mit seinem Konkurrenten Siegfried Jacobsohn. Der Kampf zog sich in der Mitte des Jahres 1920 über einige Nummern beider Zeitschriften hin und kann kein besonderes Interesse in Anspruch nehmen. Eines freilich verdient festgehalten zu werden: weder in dieser Fehde noch in Angriffen auf Dritte verschmähten es Jacobsohn und Großmann, das Judentum des Gegners mit dessen behaupteten oder tatsächlichen negativen Eigenschaften in Verbindung zu bringen¹⁰⁰. Es bedürfte einer besonderen Untersuchung, um herauszufinden, ob diese Haltung einer wirklichen oder nur vorgespiegelten Unbefangenheit und Gleichmütigkeit gegenüber dem Problem des jüdischen Selbstverständnisses entsprang – oder am Ende nichts weiter war als ein Befangensein im grobianischen Pamphlet-Stil der Zeit.

⁹⁹ AaO, I (15. Mai 1920), 608; vgl. (12. Juni 1920), 726 f., *Th. Wehrlin, Wer glaubt an den Reichstag?*

¹⁰⁰ *Weltbühne*, XIII/1 (22. März 1917), 262 f.: „Georg Bernhard gehöre zu den ‚Typen, die selbst im Juden antisemitische Abneigung gegen den weltbewegenden Leitartikler erregen können‘“; XIV/2 (26. Dezember 1918), 615, gegen den Wiener Journalisten Paul Goldmann. *Tagebuch*, I (17. Januar 1920), 1 [39] gegen Parvus-Helphand; (17. April 1920), 498, gegen Trebitsch-Lincoln.

VI

Die Antworten, die die linksliberalen Publizisten auf die neuen (und alten) Fragen der deutschen Politik gaben, waren nicht einheitlich. Innerhalb einer gemeinsamen liberalen Grundhaltung blieb der Wunsch nach differenzierter – und damit auch kontroverser – Beurteilung lebendig. Da die großen Presseorgane als private Unternehmungen durchaus nicht an eine Parteidisziplin gebunden waren – und sich an sie nicht binden ließen –, blieb genügend Raum für die freie Meinungsbildung – und also auch für Subjektivismus und Widersprüchlichkeit. Bemerkenswert ist freilich, daß die Gegensätze 1918/19 weit aus größer und tiefgreifender waren als 1917 einerseits und 1923/24 andererseits; während des Weltkrieges hatte die gemeinsame Opposition gegen ein starkes aber unsicher gewordenes Regime die Einigung gefördert, 1923 tat die Notwendigkeit der Abwehr ungemein gefährlicher radikaler Angriffe dieselbe Wirkung. 1919, in der Stunde des scheinbaren Erfolges der Demokratie und einer sicheren Parlaments-Mehrheit, wurden die Gegensätze offen ausgetragen – sicherlich zum Schaden einer entschlossenen und tatkräftigen Politik.

Am deutlichsten läßt sich das bei der außenpolitischen Meinungsbildung belegen, zumal hier die Diskussion in den Spalten der überregionalen Zeitungen eine gewisse Allgemeingültigkeit für das gesamte republikanische Lager beanspruchen kann.

Die Ausgangspunkte waren klar abgesteckt: *Frankfurter Zeitung* und *Berliner Tageblatt* unterstützten mit Verve die Friedensresolution des Reichstags, forderten diplomatische Verhandlungen zur Beendigung des Krieges und zugleich die Bereitschaft, auf Eroberungen und andere expansive Bedingungen zu verzichten; sie setzten ihre Hoffnung – mit durchaus verschiedenen Akzenten – auf die Friedensschritte des amerikanischen Präsidenten. Georg Bernhard dagegen und seine *Vossische Zeitung* versuchten, mit Hilfe eines Sonderfriedens (erwünschte Partner: zunächst Rußland, dann Frankreich) einen Sieg über die Angelsachsen zu erringen. Die Anhänger des Verständigungsfriedens betrachteten Bernhard als unverbesserlichen Militaristen, die Verfechter des Siegfriedens mißtrauten ihm, weil er überhaupt Verhandlungen und Kompromisse erwog. Das plötzliche Kriegsende und die Bedingungen, unter denen es erkauft werden mußte, die Forderungen der Sieger und die Entschlossenheit, mit der sie sie durchsetzten, enthüllten Bernhards Position vollends als illusionär. Sie zeigten aber auch, daß die Hoffnungen der Reichstagsmehrheit – wie die entgegengesetzten der offiziellen Politik – auf einem gravierenden Informationsmangel und auf einer Fehlbeurteilung der alliierten Politik beruht hatten. Enttäuschung, Niedergeschlagenheit, Resignation, aber auch heftige Auflehnung waren die Folgen. Walther Rathenau formulierte – wie so oft – exakt die Stimmung nach dem Schock:

„... Nicht im Weichen mußte man Verhandlungen beginnen, sondern zuerst die Front befestigen ... Das Land ist ungebrochen, seine Mittel unerschöpft, seine

Menschen unermüdet. Wir sind gewichen, aber nicht geschlagen . . . Wer die Nerven verloren hat, muß ersetzt werden . . . Die nationale Verteidigung, die Erhebung des Volkes muß eingeleitet, ein Verteidigungsamt errichtet werden . . . Einer erneuten Front werden andere Bedingungen geboten als einer ermüdeten. Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung.“¹⁰¹

Auch dies war Illusion, wie sich bald zeigen sollte. Der Lernprozeß für die deutschen Politiker hatte erst begonnen. Georg Bernhard, der „Heimkrieger“ und Annexionist, plädierte jetzt, nach kurzer Unentschiedenheit, für die Annahme der Versailler Friedensbedingungen, ausgehend einerseits von der realistischen Einschätzung der beschränkten deutschen Macht, andererseits von seiner These, daß Frankreich im Gegensatz zu den Angelsachsen einen Ausgleich mit Deutschland wünsche und die deutsche Politik ihm – auch durch die Versailler Unterschrift – soweit wie möglich entgegenkommen müsse. Die Begründungen klangen unsicher, aber das Votum war endgültig:

„Wenn sich der Friedensvertrag hinsichtlich der materiellen Leistungen in den Grenzen des Tragbaren hält und wenn er nicht dem Opfer noch die Schande der Ehrlosigkeit hinzufügt, dann ist es ein törichtes Gerede, davon zu sprechen, daß die Unterschrift unter dem Vertrag verweigert werden soll . . . Der Friedensvertrag kann in der sicheren Hoffnung von Deutschland unterzeichnet werden: schon in wenigen Jahren wird die Welt wesentlich anders aussehen als im Jahre 1919.“¹⁰²

Und, nach einer Phase der Unsicherheit:

„Alles was jetzt für die Nicht-Unterzeichnung ins Feld geführt werden könnte, war wirklich beweiskräftig, als es sich darum handelte, den Waffenstillstand nicht bedingungslos zu unterschreiben. Aber jetzt, nachdem das Heer entlassen . . . [ist], wie soll man da das ‚Unannehmbar‘ glaubhaft machen?“¹⁰³

Georg Bernhards Position war schwach, auch wenn er gute Argumente für seine Meinung geltend machen konnte; das gleichzeitig und später – trotz aller gegenteiligen Beweise – propagierte weitgehende – und bedingungslose – Entgegenkommen gegenüber Frankreich¹⁰⁴ bot dem politischen Gegner genügend Angriffspunkte für die Polemik.

¹⁰¹ Vossische Zeitung, Nr. 512 (7. Oktober 1918), *Walther Rathenau*, Ein dunkler Tag.

¹⁰² AaO, Nr. 225 (5. Mai 1919), M., *Georg Bernhard*, Gegenwart oder Zukunft?

¹⁰³ AaO, Nr. 276 (2. Juni 1919), M., *Georg Bernhard*, Friedenslast.

¹⁰⁴ Bes. Dr. Alexander Redlich formulierte diese Politik. So Vossische Zeitung, Nr. 170 (2. April 1919), A., *Alexander Redlich*, Das Saargebiet. („Der französische Ruf nach dem Saargebiet ist ein Eingeständnis für die Tatsache, daß Frankreich und Deutschland aufeinander angewiesen sind.“) Nr. 237 (11. Mai 1919), *Alexander Redlich*: Die neue Weltordnung. („ . . . Dazu ist es nötig, daß Deutschland und seine Vertreter durch ihre ganze Haltung das ernste Bemühen zeigen, das tiefwurzelnde Mißtrauen Frankreichs zu bekämpfen und zu beseitigen. Dann wird es die Aufgabe der französischen Regierung sein, die geforderten Sicherheitsmaßnahmen gegen Deutschland abzubauen und durch wirkliche Vertragsverhältnisse zu ersetzen“). Nr. 251 (19. Mai 1919), M., *Georg Bernhard*, Anfang oder Ende? („Wenn Deutschland jetzt nicht unterschreibt, so wird es Frankreich in Raserei bringen“).

Zu den Gegnern zählten nicht nur die Rechtsparteien, sondern auch das *Berliner Tageblatt*. Theodor Wolff kam, ausgehend von der grundsätzlichen Verständigungsbereitschaft der Kriegsjahre, nach der Lektüre des Friedensvertrags zu einer völlig anderen Stellungnahme. Seine Hauptsorge war, daß der neue Staat, die demokratische und republikanische Regierung sich nicht mit der Verantwortung für die Sanktionierung substanzgefährdender Friedensbedingungen belasten dürfe. Schon im Januar schrieb er: „Die deutsche Nationalversammlung wird die hohe, wundervolle Aufgabe haben, den schmähhlichen Selbstvernichtungswahn zu vertreiben und mit weithin vernehmbarer Stimme zu bekunden, daß die deutsche Demokratie sich nicht auf Gnade und Ungnade fremdem Vernichtungswillen zu beugen gedenkt.“¹⁰⁵ Das „Nein“ ist dann von Theodor Wolff im *Berliner Tageblatt* energisch und unermüdlich propagiert worden bis zu der – nachträglichen – boshaften Anmerkung, daß es „in weitesten Kreisen der Bevölkerung ... Bedauern und Verwunderung (erregt), daß die Regierung nicht Herrn Erzberger genötigt hat, seinen Namen unter den Vertrag zu setzen.“¹⁰⁶ Die vielleicht ausführlichste Diskussion, die zugleich die volle Tragweite der Gewissensentscheidung sichtbar gemacht hat, ist über die Frage von Annahme oder Ablehnung der alliierten Bedingungen in der *Frankfurter Zeitung* geführt worden. Auch sie war eine führende Verfechterin des Verhandlungsfriedens gewesen, auch sie hatte die Waffenstillstandsbedingungen als „unerfüllbar“ angesehen und bis zum Mai 1919 das „unannehmbar“ vertreten: „Es wäre besser, ... Deutschland seinen Unterdrückern in eigene Regie zu übergeben. Eine deutsche Regierung könnte sich nach einem solchen Vertrag keine 14 Tage am Leben erhalten.“¹⁰⁷ Fast täglich – über Wochen hin – gab es Beiträge zu diesem Thema, auch führende Politiker der DDP (so Ludwig Quidde) beteiligten sich an der Diskussion. Seit Mitte Mai standen sich die Argumente für und gegen die Ablehnung unentschieden gegenüber. Mitte Juni schließlich obsiegte die Resignation:

„Was wir nunmehr auch tun: es wird fürchterlich sein ... Die Wahrheit aber ist: Deutschland ist außerstande, dem Feind die Unterschrift unter den Vertragsentwurf zu verweigern, wenn sie durch das Ultimatum erzwungen wird ... Schicken wir uns in das Unvermeidliche und hoffen wir auf eine bessere Zukunft! Es sind gute Anzeichen dafür da, daß sie kommen werde“ –

Gemeint war die faktische Undurchführbarkeit des Vertrages¹⁰⁸. Als auch diese Hoffnung trog, manifestierte sich in der *Frankfurter Zeitung* – sehr im Gegensatz zur *Vossischen Zeitung* – nur noch tiefe außenpolitische Resignation, die jede deutsche Aktivität skeptisch beurteilen mußte.

¹⁰⁵ *Berliner Tageblatt*, XLVIII, Nr. 35 (27. Januar 1919), TW.

¹⁰⁶ AaO, XLVIII, Nr. 286 (26. Juni 1919), A. (anon.). Vgl. Nr. 177 (20. April 1919), M., TW; Nr. 206 (8. Mai 1919), M., TW, Die unannehmbaren Friedensbedingungen; Nr. 213 (12. Mai 1919): Nein; und öfter.

¹⁰⁷ *Frankfurter Zeitung*, LXIV, Nr. 338 (8. Mai 1919), A.

¹⁰⁸ AaO, LXIV, Nr. 440 (17. Juni 1919), A.

Drei politische Antworten also gab es auf den Versailler Vertrag, die sich gegenseitig widersprachen und ausschlossen und deren Gegensätzlichkeit nur dadurch gemildert war, daß sich die Verfechter des „Ja“ und des „Nein“ in der Nationalversammlung und in der Öffentlichkeit (freilich nur im Bereich des „Weimarer“ Lagers) ihres gegenseitigen Respekts versicherten. Als vier Jahre später das Londoner Abkommen zur Debatte stand, hatten sich die Fronten verändert. Sowohl die Frankfurter wie auch die beiden Berliner Zeitungen unterstützten die Ratifizierung des Vertrages; sie waren auf die Linie der Regierung, genauer gesagt Stresemanns, eingeschwenkt und verfochten das Erreichbare. Die Vorbehalte wurden öffentlich kaum noch artikuliert, die schmale Basis der Außenpolitik des Ausgleichs verbot das. Die Energien verbrauchten sich bei der Abwehr der Angriffe der Rechtsparteien.

Das zweite Ereignis, mit dem sich die linksbürgerlichen Politiker im November 1918 konfrontiert sahen, das ohne ihr Zutun zustande gekommen war, mit dessen Folgen sie sich jedoch auseinandersetzen mußten, war die Revolution, die das gewaltsame Ende der Monarchie und die Ausrufung der Republik zur Folge hatte. Sie brachte die bürgerlichen Demokraten insofern in Verlegenheit, als sie die Ergebnisse der Revolution – Republik, parlamentarische Demokratie, Weimarer Verfassung – durchaus bejahten, durchsetzen und sichern halfen, die Revolution selbst als gewalttätigen Rechtsbruch jedoch nicht billigen konnten.

Am enthusiastischsten äußerte sich, unmittelbar unter dem Eindruck der Berliner Ereignisse, Theodor Wolff:

„Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazugehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so festgebaute, mit soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist.“

Die Einschränkung war nicht zuletzt von der Rücksichtnahme auf einen Teil seiner 300 000 Abonnenten diktiert:

„Niemand, der selbst auf freies Denken Anspruch erhebt, wird denjenigen zu nahe treten, diejenigen kränken dürfen, die mit ihrem Herzen bei einem anderen Götterkultus sind. Es sind nicht immer die Schlechtesten, die bei jeder Winddrehung und beim Emporsteigen neuer Mächte umzulernen verstehen.“¹⁰⁹

Es blieb nicht beim Bekenntnis zu der „größten aller Revolutionen“. Es folgten die Forderungen nach der Einberufung der Nationalversammlung, nach dem Anschluß an die Kontinuität des Rechts, nach freier Entfaltung aller politischen Kräfte, nach bürgerlicher Machtbeteiligung schon vor der Neuwahl. Und mit der Gründung der DDP war die Position klar abgesteckt: Die Geschichte des neuen Staates konnte erst mit der Nationalversammlung beginnen, die zehn Wochen zwischen Revolution und Wahl waren nichts weiter als eine Übergangszeit und später nicht viel mehr als eine peinliche Reminis-

¹⁰⁹ Berliner Tageblatt, XLVII, Nr. 576 (10. November 1918), M., TW.

zenz. Ernst Feder hat am ersten Jahrestag der Revolution Zustimmung und Ablehnung formuliert: er sah „keine Veranlassung, die Revolution zu feiern“; er erkannte in ihr nicht den „Durchbruch neuer Ideen“, sondern nur die Niederlage des alten Regimes, das sich nicht mehr wehren konnte; aber er differenzierte: „Die deutsche Revolution bedeutete also ihrer Entstehung nach noch keine innere Erneuerung, aber sie hat den Weg für die notwendige Erneuerung frei gemacht.“¹¹⁰

Auch die *Frankfurter Zeitung* hatte der revolutionären Bewegung – bereits am 8. November – mit vorsichtigen und wohlgesetzten Formulierungen Tribut gezollt:

„Die deutsche Revolution entwickelt sich mit rasender Geschwindigkeit . . . Unendlich vieles ist faul in dieser Ordnung, Unrecht ist bei ihr in Menge am Werke. Das haben wir nie verhehlt; durch ruhige Reform, die dadurch nicht minder radikal sein sollte und die nur leider immer in den Ansätzen stecken blieb, wünschten wir es zu mildern. Wenn jetzt die ungeheure Revolution dieses Krieges die Gesellschaft revolutioniert und ihr Tempo sich auch dem Tempo der reformierenden Umbildung mitteilt – wir werden es freudig und zur Mitarbeit bereit begrüßen.“¹¹¹

Auch hier folgten der Ruf nach der Nationalversammlung, die Forderungen nach parlamentarischer Demokratie und nach einem sozialen Rechtsstaat – und die Manifestation einer betonten Distanz zu den revolutionären Ereignissen¹¹².

Die Stellungnahme der *Vossischen Zeitung* fiel – mit Rücksicht auf die eigene Entwicklung während der Kriegszeit und auf die Meinungen der mehr konservativ gestimmten Leser – eindeutiger aus. Ihr Bekenntnis zum neuen Staat kam verspätet und war kühl, und eher wie eine Pflichtübung formuliert: „Zunächst [muß] betont werden, daß die Vossische Zeitung selbstverständlich die Umwälzung zu einer neuen Staatsordnung als vollzogene Tatsache betrachtet und die deutsche Republik mit allen Mitteln wirksam fördern und unterstützen wird.“¹¹³ Die Klage über die Opfer, die gebracht worden waren, überwog:

„War es nötig, das Neue so teuer zu erkaufen? Gewiß war vieles faul und dem Untergang schon lange geweiht. Aber jetzt ist das Schöne mit dem Schlechten, das noch Lebensfähig-Starke mit dem Morschen ausgetilgt. Es gab vieles im alten Reich, dem niemand nachtrauert. Aber das alte System hatte doch auch gesunde Triebe, die sich hätten fortentwickeln lassen.“¹¹⁴

¹¹⁰ AaO, XLVIII, Nr. 533 (9. November 1919), M., *Ernst Feder*, Der 9. November.

¹¹¹ *Frankfurter Zeitung*, LXIII, Nr. 310 (8. November 1918), A.

¹¹² AaO, LXIV, Nr. 840 (9. November 1919), 2. M., 9. November; LXV, Nr. 827 (7. November 1920), 1. M., *Arthur Feiler*, Die Tragik der deutschen Revolution. Feiler anerkennt, daß die Sozialdemokraten in die Bresche gesprungen seien, als die alten Mächte abdankten; auch er sieht aber in der Revolution das Ende eines Regimes, nicht den Anfang neuer, positiver Entwicklungen.

¹¹³ *Vossische Zeitung*, Nr. 581 (13. November 1918), M., *Georg Bernhard*, Demokratie.

¹¹⁴ AaO, Nr. 1 (1. Januar 1919), *Georg Bernhard*, Neue Werte.

Bezeichnend ist, daß der Wahlkampf der DDP im Januar 1919 im wesentlichen mit Stoßrichtung gegen die Linksparteien geführt wurde. Dem entzogen sich auch *Berliner Tageblatt* und *Frankfurter Zeitung* nicht, die mit Angriffen auf die Regierung der Volksbeauftragten nicht sparten, dabei meist die SPD schonten und im wesentlichen die Unabhängigen angriffen oder vor der Gefahr des Bolschewismus warnten. Die Niederschlagung der Zweiten Revolution und besonders der kurzlebigen und wechselreichen Münchner Räterepublik wurde auch in den Spalten der demokratischen Presse als eine notwendige Verteidigung der rechtsstaatlichen republikanischen Ordnung dargestellt.

Georg Bernhard fand unter den Spartakusleuten „lichtscheues Deserteurgesindel“¹¹⁵. Max Weber sprach in der *Frankfurter Zeitung* abfällig von „allerhand Literaten“, die Deutschland beherrschten; und von der „vollendeten Erbärmlichkeit im Verhalten nach außen, [die] alles überbietet, was die deutsche Geschichte aufzuweisen hat“; die Räterepublik tadelten die Frankfurter Redakteure als Ausfluß „chiliasmischer Hoffnungen“ und „überreizter Nerven“, fügten jedoch gleich hinzu, daß man sie nicht mit Maschinengewehren, sondern mit politischen Taten bekämpfen müsse¹¹⁶. Das *Tageblatt* endlich ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, verurteilte scharf die „wirre Tobsucht der nur von blinden Trieben und von fanatischen Hetzern in die Straßenschlacht getriebenen Matrosen, der verbummelten Kasernenschläfer und des plündernden Mob“ und konstatierte beruhigt das Ende der Münchner Räteherrschaft: „Einstweilen hat man gestern in München den kommunistischen Lumpenball beendet und die Mehrzahl der führenden Schieber, Philosophen, Scharlatane und Literaten, die durchaus aufs Kapitol steigen wollten, ins Gefängnis gesteckt.“¹¹⁷ Bald nach der Niederwerfung der linken Revolution gab es Gelegenheit genug, einen Putsch von rechts zu fürchten, und der Gerechtigkeit halber ist anzumerken, daß Theodor Wolff auch gegen diese Gefahr mit der gleichen Entschiedenheit und vielleicht mit größerem Mut ankämpfte. Daß er dabei weniger erfolgreich war, ist ein anderes Problem.

Der Erfolg der DDP bei den Wahlen zur Nationalversammlung beruht in nicht geringem Umfang auf dieser Wendung gegen die „linke Unordnung“. Man mag eine solche Haltung bei den Verfechtern einer linksliberalen Politik widersprüchlich und – von der weiteren Entwicklung der Republik her gesehen – auch kurzsichtig finden. Man hat bei ihrer Beurteilung allerdings gebührend in Rechnung zu stellen, daß die Erhaltung des gerade erst konstituierten parlamentarisch-demokratischen Staates nicht nur ein – im übrigen legitimes – Klasseninteresse des Bürgertums war. Dies festzustellen heißt nicht, den Terror billigen, den die Gegenrevolution im Namen der republikanischen

¹¹⁵ AaO, Nr. 9–22 (13. Januar 1919), M., Georg Bernhard, Sind wir frei?

¹¹⁶ Frankfurter Zeitung, LXIV, Nr. 43 (17. Januar 1919), 1. M., Max Weber, Zum Thema der Kriegsschuld; Nr. 262 (7. April 1919), A.

¹¹⁷ Berliner Tageblatt, XLVIII, Nr. 99 (8. März 1919), A.; ähnlich Nr. 101 (10. März 1919), TW; Nr. 166 (14. April 1919), TW.

Regierungen ausübte. Die Empörung über diesen Terror schlug sich bald auch in den demokratischen Zeitungen nieder; er wurde ganz richtig als Symptom dafür gedeutet, daß man die größere Gefahr jetzt im rechten Extremismus zu suchen habe.

Schneller als in der Außenpolitik klärten sich in der Innenpolitik die Fronten. Der Kapp-Putsch und die Wahlen zum Reichstag von 1920 brachten die Weimarer Koalition in die Defensive. Dennoch ist es ein bemerkenswertes Phänomen, daß sich so etwas wie eine republikanische Einheitsfront erst im Sommer 1922, genauer: nach der Ermordung Walther Rathenaus abzeichnete. Niemals vorher – auch nicht nach dem Attentat auf Matthias Erzberger – konnten die Zeitungen eine so große Bereitschaft konstatieren, alle demokratischen Kräfte – und auch alle Machtmittel des Staates – für die Verteidigung der Republik zu mobilisieren. Für eine kurze Zeit schien es so, als wenn die Chance der einigenden Empörung genutzt würde; und die Enttäuschung war groß, als sich das Republikenschutzgesetz als nicht ausreichend gegen die Gewalttaten der Rechten erwies.

Der Mord an Rathenau lenkte die Aufmerksamkeit auf die Cliques und Verbände der extremen Rechten, auf die Völkischen – und auf die entstehende nationalsozialistische Bewegung. In den Spalten der *Frankfurter Zeitung* tauchte ihr Name zum ersten Mal Ende 1922 in Berichten aus München auf. Die Redaktion bemühte sich um eine Analyse und kam zu dem – für den Stil der Zeitung bezeichnenden – Ergebnis: „Im Grunde ist die Bewegung nichts anderes als eine in gewaltsame gedankliche Formen gepreßte Art der Unbeherrschtheit.“¹¹⁸ Über die Verurteilung der Machinationen der Putschisten von 1923 konnte naturgemäß kein Zweifel bestehen. Immerhin taucht im entsprechenden Kommentar der *Frankfurter Zeitung* die Vermutung auf, der Nationalsozialismus gehöre den turbulenten Nachkriegsjahren an und habe keine Zukunft¹¹⁹.

Skeptischer urteilten die beiden Berliner Blätter. Die *Vossische Zeitung* hatte in Dr. Richard Hultschiner einen Münchner Korrespondenten, der bereits im Herbst 1922 eindringlich „die nationalsozialistische Gefahr“¹²⁰ beschwor und die Gruppe und ihre Aktionen genau beobachtete. Die ausführlichsten Berichte und Analysen lieferte das *Berliner Tageblatt*. Ernst Feder war ein scharfer und klarsichtiger Kritiker der politischen Justiz. Er schalt das Urteil gegen die Münchner Aufrührer „selbst angesichts der zahlreichen Fehlurteile in der politischen Strafjustiz unserer Tage vollkommen ohne Beispiel“, eine „Bankrott-Erklärung der bayerischen Gerichtsbarkeit“ und „eine Verhöhn-

¹¹⁸ Frankfurter Zeitung, LXVIII, Nr. 71 (27. Januar 1923), A.

¹¹⁹ Vgl. aaO, Nr. 837 (10. November 1923), A.; auch LXX (11. November 1925), Erledigung Hitlers – beim Erscheinen von *Hitlers Mein Kampf*.

¹²⁰ Bes. Vossische Zeitung, Nr. 556 (24. November 1922), M., Richard Hultschiner, Die nationalsozialistische Gefahr.

nung der Gesetze“¹²¹. Feder fügte der Empörung über die Gewalttaten die Empörung über ihre mangelhafte Ahndung vor den Gerichten hinzu, und er rührte damit an eine fundamentale Schwäche der Weimarer Republik.

Hier wie anderswo konnten die demokratischen Zeitungen nur mahnen, tadeln, Veränderungen fordern, aber nicht durchsetzen. Daß sie seit 1922 (und in den beiden folgenden Jahren immer häufiger) so nachdrücklich auf diese Schwäche hinweisen und so hartnäckig wie vergeblich die – selbstverständliche – Erfüllung des Rechts fordern mußten, zeigt, wie verzweifelt die Lage der Demokraten in dem von ihnen geschaffenen Staat geworden war und erklärt vieler Menschen Enttäuschung. Das Verhältnis der linksliberalen Presse zur DDP ist zu einem guten Teil von dieser Enttäuschung geprägt.

VII

Die führenden demokratischen Tageszeitungen waren selbständige Größen neben der DDP; sie waren älter als diese, erschienen in ihren Wählerhochburgen¹²², (und leiteten daraus ganz unverblümt das Recht auf eine gewisse Bevormundung ab). Sie gewannen für die Partei umso eher an Wert, als die ehemals blühenden liberalen Provinzzeitungen sichtlich an Bedeutung verloren oder in den zwanziger Jahren durch Verkauf und Anpassung nach rechts abwanderten, und als die Partei selbst – bezeichnend für ihre Struktur – über keine eigene Presse verfügte. Die DDP begnügte sich mit einer *Demokratischen Parteikorrespondenz*, die den kleineren Zeitungen gute Dienste leisten mochte, für die großen, sich auf eigene Nachrichtendienste stützenden Blätter aber ohne Bedeutung blieb.

Die Deutsche Demokratische Partei sprach – auch dies eine Schwäche ihrer Struktur – mit mehr als einer Zunge. Die „Personalgefugschaften“, die sich in ihr zusammengefunden hatten, blieben immer deutlich erkennbar. Die Gegnerschaft der *Frankfurter Zeitung* und des *Berliner Tageblatts* gegen die ehemaligen Nationalliberalen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grenze zwischen DDP und DVP immer unscharf gezogen war – nicht zuletzt deshalb, weil beide Parteien dieselben sozialen Schichten ansprachen. Fusionspläne tauchten immer wieder auf. Die „liberaldemokratische Öffentlichkeit“ kann nicht von der Partei her definiert werden; sie war eine eigenständige Erscheinung.

Die Mitwirkung demokratischer – besonders Berliner – Publizisten bei der Gründung der DDP führte zunächst auch zu einer beträchtlichen persönlichen

¹²¹ Berliner Tageblatt, LIII, Nr. 157 (1. April 1924), A., *Ernst Feder*, Das Münchener Angst-Urteil.

¹²² Die Landesverbände Berlin und Hessen-Nassau (mit Frankfurt/Main) hatten 1919 je 40 000 Mitglieder; nur Württemberg, das zum Verbreitungsgebiet der Frankfurter Zeitung gehörte, und Hamburg hatten mehr. Die Zahlen gibt *Otto Nuschke*: Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitags der DDP. Berlin o. J. [1919], 17.

Beteiligung in den Führungsgruppen der Partei. Sowohl Theodor Wolff als auch Otto Nuschke (Chefredakteur der ebenfalls im Verlag Mosse erscheinenden *Berliner Volkszeitung*) und Max Wiessner, die schon den Aufruf vom 16. November unterzeichnet hatten, gehörten dem vierzigköpfigen Provisorischen Vorstand und dem – aus ihm hervorgehenden und vorübergehend auf die dreifache Mitgliederzahl erweiterten – Vorläufigen Hauptvorstand an. Wolff schied bereits im April 1919 aus und verzichtete damit auf ein immerhin bedeutsames Parteiamt¹²³. Nuschke und Wiessner saßen außerdem im Geschäftsführenden Ausschuß, der während des ersten halben Jahres wichtige Entscheidungen für die Partei fällte, und – als Mitglieder des Vorstandes – im wesentlich größeren Parteiausschuß. Auch die beiden Redakteure der *Frankfurter Zeitung*, Wilhelm Cohnstaedt und Arthur Feiler spielten in der Partei – gestützt auf ihre Frankfurter Hausmacht – eine wichtige Rolle, sehr bald nur noch als Vertreter des linken, oppositionellen Flügels. Cohnstaedt wurde auf dem ersten Ordentlichen Parteitag der DDP im Juli 1919 in den Vorstand gewählt und gehörte ihm bis zum Ende der Republik an. Feiler war schon nach zwei Wochen (im Dezember 1918) aus dem – damaligen – Hauptausschuß ausgetreten: aus Protest gegen die Verbindung der DDP-Gründer mit einem Teil der Nationalliberalen¹²⁴. Er wurde dennoch Mitglied der Programm-Kommission auf dem ersten Parteitag und hat die sozialliberalen Formulierungen in das Programm eingebracht. Das ceterum censeo beider Politiker ist die Ablehnung jeglicher politischer Zusammenarbeit mit Stresemanns Deutscher Volkspartei gewesen¹²⁵.

Umgekehrt sparten natürlich die Andersdenkenden in der Partei nicht mit ihrer Kritik an dem „Presseflügel“. Unzufriedenheit und Unbehagen artikulierten sich – öffentlich und nicht öffentlich – in allen Parteigremien. Aus den Formulierungen, sogar noch aus der Kurzfassung der Protokolle, läßt sich der gereizte Ton solcher Kritik ablesen: Auswirkung der Stigmatisierung, deren Opfer die demokratische Presse, vornehmlich durch ständige scharfe antisemitische Angriffe geworden war. Kaum verwunderlich, daß bewußte

¹²³ BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 9, Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 25. April 1919, Blatt 98. Schon am 13. Dezember war im Geschäftsführenden Ausschuß mitgeteilt worden, Alfred Weber habe alle Parteiamter niedergelegt. AaO, Blatt 17 ff.

¹²⁴ „Fischbeck macht Mitteilung von dem Austritt des Redakteurs Feiler/Frankfurt a. Main aus dem Hauptausschuß. Feiler begründet seinen Schritt mit der Vereinigung der Deutschen Demokratischen Partei mit der Deutschen Volkspartei“ (gemeint ist wohl der Übertritt Friedbergs und eines großen Teils des ehemals Nationalliberalen Parteiapparats). Vgl. BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 9, Protokoll des Geschäftsführenden Ausschusses der DDP am 5. Dezember 1918, Blatt 5.

¹²⁵ Rede Cohnstaedts auf dem 1. Parteitag der DDP: Bericht . . ., 53 ff.; Rede Feilers aaO, 223 ff.; Rede Cohnstaedts auf dem 2. Ordentlichen Parteitag: Bericht über die Verhandlungen des 2. Ordentlichen Parteitags der DDP (1920), Berlin o. J. [1921], 188 f.; Plädoyer Cohnstaedts in der Sitzung des Parteiausschusses vom 27. November 1920: BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 10, Protokoll, Blatt 141.

oder unbewußte antijüdische Vorurteile bei diesen Protestäußerungen mitklängen*.

Im Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 9. Dezember 1918 findet sich der Satz: „Auf Anfrage wird festgestellt, daß ein Druckmonopol der Firma Rudolf Mosse für die Deutsche Demokratische Partei nicht besteht“¹²⁶; unter der Parteiprominenz gab es – gemäß der liberalen Tradition – genügend Druckereibesitzer, die auf eine solche Feststellung Wert legten. Im Hauptvorstand beanstandete im Januar 1919 maliziös ein Parteifreund, „der Parteivorstand hätte dafür Sorge tragen sollen, daß das Berliner Tageblatt nicht mehr als Moniteur der Partei erscheint“; die Bemerkung fiel bezeichnenderweise in einer harten Debatte über das Selbstverständnis der Partei und die Frage, ob der Antisemitismus ein Hindernis für Wahlbündnisse sei¹²⁷.

Offen äußerte sich der Unmut auch auf den Parteitag – meist ganz unabhängig von seinem konkreten politischen Anlaß. So beklagte 1919 ein süddeutscher Parteisekretär das Fehlen einer parteieigenen Presse, um den Einfluß der *Frankfurter Zeitung* und des *Berliner Tageblatts* zu reduzieren; mit beiden Blättern werde im Wahlkampf „aufhetzend gegen uns gearbeitet“ – und die Vorwürfe der Gegner seien „nicht ganz unbegründet“¹²⁸. Eine Reihe von Parteimitgliedern identifizierten DDP und *Berliner Tageblatt* offenbar derart, daß sie sich an die Parteispitze wandten, wenn sie sich über rein redaktionelle Äußerungen – zudem unpolitischen Inhalts – der Zeitung empörten. Jedenfalls stand auf der Tagesordnung des Geschäftsführenden Ausschusses im März 1919 die Beschwerde eines „Parteifreundes“, der wegen der satirischen Beilage (*Ulk*) des *Berliner Tageblatts* mit seinem Parteiaustritt drohte:

„Aus Anlaß einer Zuschrift . . . wird das Verhältnis zum Berliner Tageblatt ausführlich erörtert. Da das Tageblatt vollkommen unabhängig von der Partei ist, hat der Geschäftsführende Ausschuss nicht die Möglichkeit einer Einwirkung, doch wird Herr Nuschke gebeten, privatim und freundschaftlich Herrn Theodor Wolff auf die Beschwerden aus den Kreisen der Deutschen Demokratischen Partei aufmerksam zu machen und um Abhilfe zu ersuchen.“¹²⁹

Die DDP machte verschiedentlich den Versuch, die Distanz zwischen sich und den ihr nahestehenden Presseorganen zu verdeutlichen – nicht nur zum *Berliner Tageblatt*, sondern auch zu den radikaldemokratischen Zeitschriften. Die Verbindung zu *Weltbühne* oder *Tagebuch* mußte der Partei, die immer größere Rücksicht auf die Empfindsamkeiten ihrer bürgerlichen Wähler zu

* Über DDP und Antisemitismus siehe ebenfalls den Beitrag von *Werner Jochmann*, Die Ausbreitung des Antisemitismus, im vorliegenden Bande, S. 495 f. (Hrsg.).

¹²⁶ BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 9, Blatt 10.

¹²⁷ BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 15, Protokoll des Hauptvorstandes der DDP am 7. Januar 1919, Blatt 26. Über diese Debatte siehe auch weiter unten, S. 121.

¹²⁸ Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitages . . ., 132.

¹²⁹ BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 9, Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 18. März 1919, Blatt 82.

nehmen hatte, besonders unangenehm sein. Anton Erkelenz, der 1926 beim Parteiaustritt Theodor Wolffs einen erneuten Versuch machte, das Verhältnis zwischen der Partei und der demokratischen Presse grundsätzlich zu klären, rühmte die Beziehungen zur demokratischen Provinzpresse (*Königsberger Hartung'sche Zeitung*, *Leipziger Neueste Nachrichten*) – zwischen ihr und der DDP war die gegenseitige Abhängigkeit am größten; er erwähnte mit betonter Distanz die großstädtische demokratische Presse (*Frankfurter Zeitung*, *Berliner Börsen-Courier* und die Blätter des Ullstein- und des Mosse-Verlags); und er legte besonderen Wert auf die Abgrenzung gegenüber der „Presse der kritischen Individualisten“, zu der er Hellmut von Gerlachs Montagszeitung *Welt am Montag*, das *8-Uhr-Abendblatt* und natürlich *Weltbühne* und *Tagebuch* rechnete. Diesen Blättern kreidete er ihre „kritisch-verneinende Tendenz“ an, die sie nur für „reife Leser“ sinnvoll mache; zwar stünden diese Leser meist der DDP am nächsten – aber „demokratisch“ (im Sinne der Partei, meint Erkelenz) „ist diese Presse nicht“¹³⁰.

Wie stark auch immer die DDP die Distanz zur demokratischen Presse betonte, wie einleuchtend auch immer ihr Hinweis auf deren Selbständigkeit sein mochte: die personellen Verflechtungen und die enge politische Verwandtschaft ließen sich nicht leugnen. Demokratische Presse und Demokratische Partei waren in hohem Maße aufeinander angewiesen – das wird besonders deutlich, wenn man ihr Schicksal im Jahre 1930 betrachtet, als die radikale Bedrohung der Republik und ihrer Anhänger sichtbar wurde. Die Partei gab sich auf und stürzte sich in das Abenteuer einer Fusion um jeden Preis, die *Frankfurter Zeitung* wechselte, nachdem Guttman, Feiler und einige andere führende Vertreter der bisherigen Richtung aus Redaktion und Verlag ausgeschieden waren¹³¹, ihren Kurs und versuchte, sich vorsichtig von der ideologischen Bindung an den Linksliberalismus zu lösen und ein neutrales Nachrichtenblatt zu werden. Im *Berliner Tageblatt* und im Verlag Mosse drang Rudolf Mosses Schwiegersohn Lachmann-Mosse auf eine Entpolitisierung und veranlaßte die Entlassung vieler ehemals führender Redakteure – so die Feders und Nuschkes¹³²; Georg Bernhard mußte – nach einer halb persönlichen, halb politischen Auseinandersetzung zwischen den Brüdern Ullstein – die *Vossische Zeitung*

¹³⁰ Anton Erkelenz, Demokratische Partei und Presse, in: *Die Hilfe*, Nr. 24, 1926, 533 ff.

¹³¹ So Oskar Stark, der Reichstagskorrespondent, der zum *Berliner Tageblatt* überwechselte; so Siegfried Nassauer, der stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung. Der Wechsel war, dem Stil der Zeitung entsprechend, nicht abrupt – Guttman und Feiler blieben Mitarbeiter – aber er war doch spürbar. Kurz zuvor hatten die Besitzer der Zeitung, die Familie Sonnemann-Simon, 49 % ihrer Anteile an Carl Bosch verkauft.

¹³² Dazu bes. die Tagebücher Ernst Feders; vgl. A. Paucker, *Searchlight*, aaO, 201 ff.; Boveri, op. cit., 34 ff. Auch Martin Carbe, ein Neffe Rudolf Mosses und Generalbevollmächtigter des Verlages, kündigte.

verlassen. Die Partei und ihre Presse hatten das Selbstbewußtsein verloren, die Basis für eine linksliberale Politik war zu schmal geworden.

Für einen großen Teil der Öffentlichkeit und gar für die Propaganda ihrer Gegner in den Rechtsparteien und unter den parteilosen Rechtsradikalen blieb die DDP, solange sie bestand, die Partei, die Theodor Wolff hatte gründen helfen, die Partei der „Judenpresse“, die „Judenpartei“ schlechthin, die Partei der Minister Hugo Preuß und Walther Rathenau, die Partei, die die deutschen Juden vorzugsweise wählten, aus der sich ein großer Teil der aktiven Kämpfer und Aufklärer gegen den Antisemitismus rekrutierte. Ein solches Bild konnte auch nicht durch den Hinweis darauf korrigiert werden, daß die DDP gerade Preuß und Rathenau ausgesprochen schlecht behandelt hatte, daß sie zwar stärker als andere bürgerliche Parteien Juden in ihren Führungsgruppen beteiligte, es jedoch im Hinblick auf die zunächst starke jüdische Wählerschaft in geradezu auffallend geringem Maß tat¹³³.

Soweit die Partei offiziell zum Antisemitismus Stellung nahm, tat sie es einmal in Übereinstimmung mit ihrem grundsätzlichen Anspruch, Bannerträgerin des entschiedenen Liberalismus, der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, der Rechtsidee und der Toleranz in weltanschaulichen und religiösen Fragen zu sein; zum anderen eingedenk der wahltaktischen Notwendigkeit, die bürgerlichen deutschen Juden an sich zu binden. In der *Demokratischen Partei-Korrespondenz* wird, zumindest während der Jahre 1919 und 1920, unentwegt und eindeutig gegen den Antisemitismus der anderen bürgerlichen Parteien, in Sonderheit den der DVP, polemisiert. Hier steht der Zweck der Parteitagitation ganz im Vordergrund – er hatte seine Entsprechung in der großen demokratischen Presse. Ähnliches läßt sich auf den Parteitagen beobachten. Solange diese überhaupt noch der grundsätzlichen Diskussion dienten, also bestenfalls bis 1921, stand das Thema zur Debatte. Die Delegierten warnten immer wieder vor dem Antisemitismus und forderten seine aktive Bekämpfung – zum Beispiel in den Schulen¹³⁴.

¹³³ Hugo Preuß und Theodor Wolff waren die prominentesten jüdischen Mitglieder des 40köpfigen provisorischen Vorstandes von 1918, dem außerdem nur wenige weitere Juden angehörten. Ein großer Teil der jüdischen Mitglieder des vorläufigen Hauptvorstandes (150 Mitglieder) von 1918 – ihre Zahl lag unter 20 – kam aus der Berliner Organisation, so Dr. Richard Frankfurter, Frau Levy-Rathenau, Hugo Preuß, Konsul Sali Segall; auch andere jüdische Mitglieder kamen aus Städten mit beachtlichem jüdischem Bevölkerungsanteil – Dr. Heilbrunn aus Frankfurt a. M., Dr. Hirschfeld aus Stettin. Ähnlich, weil personell weitgehend übereinstimmend, verhielt es sich im Parteiausschuß. Mitgliederlisten: BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 10, Blatt 1–7, 10. In manchen Ortsvereinen mag die Situation anders gewesen sein, in den Führungsgremien der Partei änderte sie sich nicht. Schwankungen in der Beteiligung von Juden lassen sich höchstens mit ebenso müßigen wie problematischen statistischen Prozentrechnungen feststellen.

¹³⁴ Vgl. Bericht ... des 2. Ordentlichen Parteitags ..., 57 f. (Abg. Gothein); 62 f. (Deleg. Frau Pringsheim, Halle); Bericht ... des 3. Parteitags ..., 113 (Deleg. Kößler).

Dabei überwog oft genug die Rhetorik. Leitmotiv war die vorsichtige und gewissermaßen festrednerische Erklärung des Abgeordneten Carl Petersen (der später Parteivorsitzender wurde) auf dem ersten Ordentlichen Parteitag von 1919:

„Ich halte mich für verpflichtet, hier ein Wort für unsere Mitglieder jüdischen Glaubens zu sagen. Wir bedauern, und gerade die Juden sicher mit uns, daß manche Leute in der kommunistischen und unabhängigen Bewegung keine Arbeiter sind, sondern ganz andere Leute, zufällig jüdischen Glaubens. Das werden alle Leute, die klare Verhältnisse haben wollen, bedauern, aber wir protestieren dagegen, daß diese Tatsache von den Herren Konservativen, die das früher mit den Sozialdemokraten gemacht haben, wieder gegenüber diesem Teile unserer Mitbürger mißbraucht wird. Wir werden dagegen kämpfen im Interesse der Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall.) Und die Herren wollen bedenken, wie kurz heute der Weg ist von dem verhetzenden Wort zu der Tat; sie wollen bedenken, was sie im deutschen Volk noch anrichten können, wenn sie mit diesen Rezepten noch weiter unsere deutsche Politik behandeln. Wir haben diese Politik an den Pranger zu stellen und den Herren zu erklären: Ihr habt mit Eurer Politik schon einmal unser Volk bis an den Rand des Verderbens gebracht, hütet Euch, daß das noch einmal geschieht! (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)“¹³⁵

Wenn Petersen auf die „Leute, zufällig jüdischen Glaubens“, in den sozialistischen Parteien anspielt, so macht er die Defensive deutlich, in der die Gegner des Antisemitismus kämpfen mußten; auffällig (und ganz im Sinn der liberalen Tradition) ist dabei, daß das Problem als ein solches des Kampfes um „Freiheit, Menschlichkeit und Gerechtigkeit“, also als ein allgemeines, nicht speziell jüdisches gesehen wird. Nicht anders äußern sich die aufklärerischen Broschüren, die – ein beliebtes und nach dem Ersten Weltkrieg noch verbreitetes Mittel der Selbstdarstellung – im Parteiverlag erschienen.

In den *Politischen Zeit- und Streitfragen in demokratischer Beleuchtung* des Reichstagsabgeordneten Ferdinand Hoff ist das Kapitel über die „Judenhetze“ das längste; es ist in unverkennbarer Abwehrstellung gegen die vordringende Ideologie der bürgerlichen Rechtsparteien geschrieben¹³⁶. Eine Broschüre von Arthur Sußmann dagegen (*Demokratie und Judenfrage*) wendet sich ausdrücklich gegen „diese Verwirrung der Geister, diese Verunreinigungen des gerechten und klaren demokratischen Gedankens in den eigenen Reihen“¹³⁷ – ein Hinweis darauf, daß die Partei nicht nur mit verschiedenen, sondern zum Teil auch mit antisemitischen Zungen reden konnte.

Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens trat gelegentlich verschiedener Anlässe mit Wünschen an die Partei heran. So diskutierte der Geschäftsführende Ausschuß am 4. Januar 1919 Kandidatenfragen für die Listen zur bevorstehenden Wahl der Nationalversammlung und dabei auch

¹³⁵ Bericht des 1. Parteitags . . . , 140.

¹³⁶ Ferdinand Hoff, *Politische Zeit- und Streitfragen in demokratischer Beleuchtung*. Ein Wort der Aufklärung für die kommenden Wahlen, Berlin o. J. [1920], 43–55.

¹³⁷ Arthur Sußmann, *Demokratie und Judenfrage*, Berlin 1920, 3.

den Wunsch des Centralvereins nach „einer Kandidatur für die preußische und auch für die deutsche Nationalversammlung“¹³⁸. Zwei Wochen später wurde in demselben Gremium ein weiterer Antrag behandelt: „Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens beantragt die Zuwahl eines seiner Mitglieder in den Hauptvorstand bzw. in den Geschäftsführenden Ausschuß. Der Antrag wird abgelehnt.“¹³⁹ Sowohl der Hauptvorstand als auch der Geschäftsführende Ausschuß vergrößerten sich durch Zuwahl der Vertreter vieler der Partei nahestehender Organisationen zur gleichen Zeit beträchtlich. Wenngleich die Begründung für die Ablehnung im Protokoll nicht mitgeteilt wird, kann man wohl annehmen, daß die DDP eine allzu enge Verbindung mit den Vertretern einer konfessionellen Minderheitsgruppe vermeiden wollte und so darauf beharrte, den Antisemitismus als ein allgemeines – und eben nicht speziell jüdisches – Problem zu betrachten.

Im Hinblick auf die politische Taktik der Partei ist eine Diskussion aufschlußreich, die ebenfalls Anfang Januar 1919 im Hauptvorstand der DDP geführt wurde. Formell ging es um die Frage der möglichen oder auszu-schließenden Listenverbindungen, die Debatte führte jedoch folgerichtig zu dem Problem des politischen Selbstverständnisses der Partei. Anhänger eines Bündnisses mit den Sozialdemokraten und Verfechter der Bürgerblock-Politik mit scharfer Frontstellung gegen die Linke trafen hart aufeinander. Auf eine Attacke Nuschkes gegen die Deutschnationalen, bei der der Vorwurf des Antisemitismus eine Rolle gespielt hatte, antwortete Robert Friedberg mit Formulierungen, die die taktierende Haltung der DDP vor den Wahlen im Januar 1919 überaus deutlich kennzeichnen:

„[Der deutschnationale] Führer Hergt ist durchaus kein Reaktionär. Aber natürlich sind auch antisemitische und reaktionäre Kräfte [bei den Deutschnationalen] vorhanden. Antisemitismus gibt es übrigens auch in der Deutschen Volkspartei. Mit solchen Leuten soll man sich nicht verbinden. Deshalb ist die Frage der Listenverbindung nur lokal zu entscheiden... Dagegen könnte der Fall eintreten, wo man sich mit den Deutschnationalen verbindet, um die Sozialdemokratie zurückzudrängen. Unsere Tendenz muß ja die sein, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen unter keinen Umständen die Mehrheit erlangen, sondern, daß sie von den bürgerlichen Parteien abhängig bleiben. Dann können wir vielleicht darauf rechnen, in der Nationalversammlung mit den maßvollen Sozialdemokraten zusammen zu wirken, um Ruhe und Ordnung zu schaffen.“¹⁴⁰

¹³⁸ Eine Kandidatur in Oberschlesien lehnte der Centralverein ab. Das Protokoll vermerkt: „Da die Listen für die Reichskonstituante jetzt schon fertiggestellt sind, so kann nur in Frage kommen, zwei Kandidaten des Centralvereins auf die preußische Liste zu setzen.“ Auf der gleichen Sitzung regte der Geschäftsführende Ausschuß freilich den Versuch an, Max Weber, dessen Kandidatur in Frankfurt a. M. und Baden in den Wahlkreis-Versammlungen gescheitert war, auf der Posener Liste unterzubringen – die also noch nicht abgeschlossen war. BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 9, Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses vom 4. Januar 1919, Blatt 38 ff.

¹³⁹ AaO, Blatt 49 (am 21. Januar 1919).

¹⁴⁰ BA Koblenz, DDP/DStP R 45 III 15, Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes am 7. Januar 1919, Blatt 17.

In der gleichen Debatte kamen auch die Klagen über den *Moniteur Berliner Tageblatt*.

Das Ergebnis der Auseinandersetzung war die Annahme einer Kompromiß-Resolution, die Otto Fischbeck formuliert hatte: „Da es gilt, eine Mehrheit der Sozialdemokratie zu verhüten, so erklärt [die DDP] sich gegen eine Listenverbindung mit dieser Partei. Eine Verbindung mit reaktionären Richtungen ist abzulehnen.“ Diese Formel bezeichnet den Sieg der bürgerlichen Politik – nach rechts blieben viele Absprachen möglich; die parteiinterne Linke hatte nur erreichen können, daß die Weigerung, sich im Wahlkampf mit der SPD zu verbünden, durch ein taktisches und nicht ein prinzipielles Argument begründet wurde.

Aufschlußreich ist die Resolution aber besonders, wenn man sie mit dem ersten Entwurf vergleicht; da hatte der zweite Satz noch gelautet: „Eine Verbindung mit reaktionären und antisemitischen Elementen ist abzulehnen.“ In der Diskussion fiel sehr bald der Vorwurf des Antisemitismus weg, und das geringschätzig gemeinte Wort „Elemente“ machte dem neutralen Wort „Richtungen“ Platz¹⁴¹.

Wie immer man die politische Entscheidung der Mehrheit des Parteivorstandes beurteilt, festzustellen bleibt, daß sie nach den Gesetzen, die für eine politische Partei Gültigkeit haben, gefällt wurde. Sie war freilich eine Enttäuschung für alle diejenigen, die mit der Hoffnung auf eine neue, überzeugungstreue, entschiedene, für ethische Grundsätze sich einsetzende Politik in die DDP gekommen waren. Die Entscheidung war nicht endgültig – der Kampf zwischen der Rechten und Linken begleitete die Geschichte der Partei während langer Jahre. Aber die Diskussion vom Januar 1919 und das Ergebnis, das sie hatte, zeigen die tiefen Gegensätze, die auch später nicht überbrückt wurden. Sie zeigen die Schwäche der linksliberalen Position und begründen die schmerzliche Enttäuschung derer, die ihre bürgerliche Existenz mit der Behauptung dieser Position untrennbar verbunden sahen.

VIII

Die Zahl der antisemitischen Attacken gegen die großen demokratischen Blätter ist Legion. Wie das in den Wahlkämpfen ausgesehen haben mag, läßt der Inhalt der deutschnationalen Flugschriften ahnen, die der Redner-Schulung dienten. Die Deutsche Demokratische Partei, so heißt es da, „gruppiert sich um die jüdischen Blätter ‚Frankfurter Zeitung‘ und ‚Berliner Tageblatt‘ ... [Sie] ist kirchenfeindlich, ist nie für die christlichen Religionen eingetreten, wie ihre Verwandtschaft mit dem ‚Berliner Tageblatt‘ nicht anders erwarten läßt“. Oder: „Ihre Wiege stand im ‚Berliner Tageblatt‘, jener großkapitalisti-

¹⁴¹ AaO, Blatt 12 ff., bes. Blatt 27.

schen Zeitung, die für das Interesse des Judentums gegründet wurde und ausgehalten wird“. Und schließlich:

„Gegen die demokratische Partei bestehen in weiten Kreisen des deutschen Volkes Bedenken wegen der Verbindung mit dem Judentum des ‚Berliner Tageblatts‘ . . . Der Teil des deutschen Judentums, den man vielleicht mit dem ‚Berliner Tageblatt‘ und der ‚Frankfurter Zeitung‘ identifizieren kann, ist wesentlich mit-schuldig an den Zuständen, die den Ausbruch der Revolution ermöglicht haben.“¹⁴²

Am stärksten von dieser Agitation betroffen war zweifellos das *Berliner Tageblatt*; schon vor dem Ersten Weltkrieg waren Bücher zu seiner anklägerischen Herabsetzung erschienen¹⁴³. Die Zeitung reagierte auf die antisemitische Flutwelle weitaus empfindlicher und betroffener als etwa die *Frankfurter Zeitung*; sie hatte nicht nur einen jüdischen Verleger und zahlreiche jüdische Redakteure, sondern auch eine Vielzahl jüdischer Leser und Abonnenten.

Es ist unmöglich, den Anteil der Juden an der Leserschaft des *Berliner Tageblatts* nachträglich mit Genauigkeit festzulegen. 1936, nach schweren Krisen und einer totalen redaktionellen Umwandlung, nachdem viele jüdische Leser Deutschland verlassen hatten und viele nichtjüdische das Blatt aus diesem oder jenem Grund abbestellt haben mochten, wird der Anteil jüdischer Abonnenten mit 60 Prozent angegeben¹⁴⁴. Auch nach dem Ersten Weltkrieg war er zweifellos sehr hoch; die Familienanzeigen und die zahlreichen Spendenlisten (die wohlthätigen, meist auch patriotischen Zwecken dienten) lassen es vermuten. Zu beachten ist, daß 1925 ein knappes Drittel aller deutschen Juden – etwa 173 000 – in Berlin und ein weiterer hoher Prozentsatz in den östlichen Provinzen Preußens lebten¹⁴⁵. Aus dieser Minderheitsgruppe kam auch ein großer Teil der Redakteure des Blatts. Neben Theodor Wolff, Ernst Feder und Felix Pinner verzeichnete das Impressum nach dem Ersten Weltkrieg die Namen von Joseph Schwab (Außenpolitik), von Fritz Engel, Alfred Kerr und

¹⁴² Deutschnationale Flugschriften Nr. 12; Nr. 13, 8 f.; Nr. 14 (*Karl von Müller*, Das betörte deutsche Volk), 9, 12; Nr. 16 passim; Nr. 29 (*Oskar Thomas*, Demokratie, Landwirtschaft und Landarbeiterschaft). Alle: Berlin 1919. Desgl.: Deutschnationales Rüstzeug, Nr. 5; Nr. 22; alle Berlin 1924.

¹⁴³ *Heinrich Pudor*, Wie kriegen wir sie hinaus? Deutsche Nutzenwendungen. Eine Antwort auf die Berliner Tageblatt-Pöbelei, Leipzig 1913; anon., Das Berliner Tageblatt gegen die deutschen Turner. Von einem alten Wettturner. Berlin 1913; *G. Blume*, Herr Theodor Wolff und das Ressentiment, Berlin 1920; *A. Herold* (d. i. E. Schilasky), Die Sünden des Berliner Tageblatts. Ein Mahnwort an Christen und Juden, Hannover 1920. Im März 1914 fand eine Leserin auf dem Exemplar des Berliner Tageblatts in der Lesehalle der Marburger Universitätsbibliothek ein gelbes Dreieck aufgeklebt, auf dem zu lesen stand: „Dieses ist ein Judenblatt, Deutscher nimm Dich drum in Acht.“ (Freundliche Mitteilung von Dr. Walter Breslauer, London).

¹⁴⁴ *Boveri*, op cit., 475.

¹⁴⁵ Vgl. *Esra Bennathan*, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, 89. Bedeutsam für die wirtschaftspolitische Haltung des Berliner Tageblatts ist die andere Zahl, die Bennathan mitteilt: daß etwa die Hälfte aller jüdischen Erwerbepersonen im Waren- und Produktenhandel tätig war (aaO, 120 ff., bes. 106 f.).

Paul Block, später auch Hermann Sinsheimer (Feuilleton), von Heinrich Ehrlich (Musikkritik) und Gustav Mamlock (Wissenschaft); in der politischen Redaktion kamen später Rudolf Olden und Wolfgang Bretholz hinzu. Eine solche Aufzählung kann nicht vollständig und nicht beweiskräftig sein: sie verzerrt in jedem Fall das Bild einer Zeitung, die von einer Redaktion gemacht wurde, die sich gemeinsamen politischen Idealen verbunden fühlte, und der eine große Zahl von Nichtjuden angehörte.

Rudolf Mosse hatte den Übertritt zum Christentum ebenso verworfen wie den Zionismus; das Judentum war für ihn eine Religionsgemeinschaft unter anderen in Deutschland¹⁴⁶. Er traf sich in dieser Ansicht sicherlich mit den meisten seiner deutschen Glaubensgenossen. Die Haltung der Redaktion des *Berliner Tageblatts* in grundsätzlichen Fragen glich denn auch weitgehend der des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Sie suchte darüber hinaus die Lösung des antisemitischen Problems im politischen Kampf, dem sie sich mit bemerkenswertem Mut stellte.

Aus mancherlei Reaktionen ist die unmittelbare Betroffenheit über antisemitische Vorfälle abzulesen. Auf die Zählung jüdischer Soldaten durch das preußische Kriegsministerium antwortete Theodor Wolff eher ironisch: „Während man dem letzten Juden nachspürt, sehen wir, daß mancher noch stämmige Barde, der sich einer besonderen Cheruserseele rühmte, nur vom Schreibtisch oder von der Bierbank aus zum Kampfe ruft.“¹⁴⁷ Später genügte die Ironie nicht mehr. Paul Nathan, der Begründer des Hilfsvereins der deutschen Juden und des Interkonfessionellen Comités zur Erleichterung der Not in den besetzten Gebieten des Ostens, berichtete häufig über die Lage der Juden in Osteuropa, über Pogrome in Polen und Rußland; er hatte bald Gelegenheit, sich besorgt und mahnend über die deutsche Entwicklung zu äußern¹⁴⁸.

Auf persönliche Attacken reagierte die Redaktion bissig und degoutiert. Ernst Feder etwa zitierte eine Polemik Heinrich Riplers aus der völkischen *Täglichen Rundschau* („Unsere Demokraten, namentlich die Pressedemokraten, die mit Trotzki Blutverwandtschaft eint, möchten am liebsten den asiatisch-bolschewistischen Terror einführen, der ihnen jede Beschimpfung und persönliche Verdächtigung erlaubt, dem Gegner aber Stillschweigen auferlegt“) und merkte an: „Dies Kulturdokument muß festgehalten werden, wenn auch Reinlichkeitsgefühl eine Erwiderung nicht zuläßt“¹⁴⁹. Und Theodor Wolff konterte gelegentlich, bitter und ironisch zugleich: „... das Shakespeares Jago und Schillers Wurm erheblich sympathischere Gestalten sind als

¹⁴⁶ Werner E. Mosse, Rudolf Mosse . . . , aaO, 253.

¹⁴⁷ Th. Wolff, Vollendete Tatsachen . . . , 125; Berliner Tageblatt, XLV, (20. November 1916).

¹⁴⁸ Siehe unten, S. 134.

¹⁴⁹ Berliner Tageblatt, L, Nr. 403 (27. August 1921), A., E. Feder, Der Mord als politisches System.

die unnennbare Gesellschaft, die heute einen Teil der nationalen Presse beherrscht“¹⁵⁰.

Ein aufrechter, unerschrockener, kämpferischer Demokrat, der für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger, für Toleranz, für den Respekt vor Minderheiten focht – in diesem Sinn konnte Theodor Wolff, der sich „den eigentlich jüdischen Fragen gegenüber . . . stets zurückhaltend“ äußerte¹⁵¹, durchaus als der „inoffizielle Wortführer der deutschen Juden“ erscheinen¹⁵².

Die politische Stigmatisierung freilich war gelungen. Das *Berliner Tageblatt* wurde für weite Kreise zum Inbegriff des politischen Mißliebigen, des Unnationalen. Friedrich Naumann fühlte sich von ihm „bolschewisiert“, Gustav Stresemann wußte geschickt den Vorwurf des „Kosmopolitismus“ auszuspielen. Beide Begriffe wurden polemisch gebraucht. Sie waren für sich allein durchaus nicht antisemitisch, konnten jedoch ihre enge Verwandtschaft mit dem Stamm-Vokabular der Antisemiten nicht verleugnen: Die politische Sprache, an die allzu hohe Ansprüche zu stellen ungerecht wäre, war zusätzlich vergiftet. Nicht weniger bezeichnend ist, daß ein Autor, der angetreten war, den Antisemitismus seiner deutschnationalen Parteifreunde zu widerlegen und zu bekämpfen, und dabei auch unbequeme Dinge beim Namen nannte, das *Berliner Tageblatt* durchaus als nützliche Zielscheibe akzeptierte: Friedrich von Oppeln-Bronikowski, der einen „starken Nationalismus ohne antisemitischen Einschlag“ zu schaffen versuchte, judenfeindlichen Vorurteilen mit ausführlichen historischen Darlegungen begegnete und die deutschen Juden für den Konservatismus gewinnen wollte, nannte als Bedingung für den „Friedensschluß“ – bezeichnende Sprache – die Abkehr der Juden vom *Berliner Tageblatt*¹⁵³.

In einer geistesverwandten, wenngleich mit gröberen Vorwürfen versehenen Broschüre, heißt es zu diesem Thema:

„. . . an der Demokratie und am Judentum rächen sich die Sünden des Berliner Tageblatts . . . Die Juden mögen sich also daher keinen Illusionen hingeben, solange das Berliner Tageblatt als ihr Organ zu gelten hat, solange kann das bürgerliche Deutschland einschließlich der Demokratie den Antisemitismus nur als ein notwendiges Gegengewicht gegen die vom Berliner Tageblatt begünstigte Zwitterstellung und die damit verbundene Vorherrschaft des Judentums in politischen Stellungen ansehen . . . Der beste Kampf gegen den Antisemitismus ist daher der Kampf gegen das Berliner Tageblatt.“¹⁵⁴

Diese Auslassungen sind nur deshalb von Bedeutung, weil sie einen Vertreter der jüdischen religiösen Gemeinden, den Dortmunder Rabbiner Dr.

¹⁵⁰ AaO, XLIX, Nr. 59 (2. Februar 1920), TW.

¹⁵¹ Jüdisches Lexikon, Berlin 1930, Band IV/2, 1492.

¹⁵² Werner E. Mosse, Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden, in: Entscheidungsjahr 1932, 7.

¹⁵³ Friedrich von Oppeln-Bronikowski, Antisemitismus? Eine unparteiische Prüfung des Problems, Charlottenburg 1920.

¹⁵⁴ Herold, op. cit., 8, 68, 78.

Benno Jacob, zu einer ausführlichen und grundsätzlichen Antwort an den Autor, der sich hinter einem Pseudonym verbarg und als Anwalt von Demokratie und Judentum auftrat, veranlaßten:

„Das Berliner Tageblatt ist eine politische Zeitung und kann jüdische Interessen schon deswegen nicht vertreten, weil es solche, wie Sie sie auffassen, gar nicht gibt. Es gibt keine gemeinsamen positiven wirtschaftlichen und politischen Interessen der Juden, weil sie den verschiedensten Berufen, Klassen und politischen Richtungen angehören. Das einzige gemeinsame Interesse positiver Natur ist das religiöse. Die Presse, die dieses vertritt, kann man allerdings als jüdische bezeichnen. Daß sie jemals das christliche oder nationale Empfinden verletzte, kann selbst der böseste Wille nicht behaupten, während es nicht an christlich-konfessionellen Blättern fehlt, die gegen Juden und Judentum hetzen. Daß das Berliner Tageblatt jenes religiöse Interesse der Juden vertrete, wird man nicht sagen können. Wohl aber nimmt es sich u. a. auch des negativen Interesses an, das wir Juden gemeinsam haben: der Behauptung unserer staatsbürgerlichen Gleichberechtigung und der Bekämpfung des Antisemitismus, aber auch dies nicht etwa wegen der zufälligen Zugehörigkeit des Verlegers und Redakteurs zum Judentum, sondern in notwendiger Konsequenz seiner politischen Richtung, die es dazu auch ohne jenen persönlichen Zusammenhang verpflichten würde. Es unterscheidet sich darin prinzipiell durchaus nicht von der gesamten demokratischen und sozialistischen Presse. Wenn es sich vielleicht häufiger mit dieser Materie beschäftigt, so liegt dies sicherlich auch daran, daß seine wütendsten Angreifer die Antisemiten sind, denen es daher eine besondere Aufmerksamkeit widmet. Aber ich habe im Gegenteil unter uns schon öfter Klagen darüber gehört, daß gerade die politische Presse in jüdischen Händen eine besondere Sprödigkeit und Lauheit in der Verteidigung jüdischer Interessen zeige. Das ist auch ganz wohl zu verstehen. Sie wollen nicht als Judenblätter verschrien werden, ähnlich wie jüdische Angeklagte einen jüdischen Richter mehr fürchten als einen christlichen. Wenn das Berliner Tageblatt sich durch solche Erwägungen nicht beirren läßt, ist das um so aner kennenswerter.“¹⁵⁵

Treffender als es Benno Jacob hier tat, läßt sich das Selbstverständnis der Mehrzahl der führenden jüdischen Verleger und Journalisten in der linksliberalen Presse kaum formulieren – ein Selbstverständnis, das auch dann Respekt verdient, wenn Teile der Argumentation der Korrektur bedürfen. Die Journalisten waren nach einem politischen Gesetz angetreten, nicht nach einem religiösen, und sie teilten diese Haltung mit ihren zahlreichen nichtjüdischen

¹⁵⁵ Benno Jacob, Die Juden und das Berliner Tageblatt. Ein Briefwechsel, Berlin 1920, 13–14. Für Jacob vgl. Kurt Wilhelm, Benno Jacob, A Militant Rabbi, in: Year Book VII of the Leo Baeck Institute, London 1962, 75–94. – Daß die sogenannte Judenpresse nichts weniger sei als eine Vertretung jüdischer Interessen, wurde ihr gerade von bewußt-jüdischer Seite oft angekreidet. Vor lauter Angst, als Judenpresse stigmatisiert zu werden, vergesse sie sogar gelegentlich ihre liberalen Grundsätze, wenn es sich darum handele, für Juden einzutreten oder gegen an Juden begangene Verbrechen zu protestieren. Einen scharfen Angriff dieser Art richtete z. B. Arnold Zweig gegen die führenden liberalen Zeitungen, in einem Artikel betitelt ‚Schweigen‘, der im Januarheft 1921 der damals von Jakob Klatzkin und Nahum Goldmann in Heidelberg herausgegebenen Zeitschrift Freie Zionistische Blätter erschien. Zweig warf der Presse vor, daß sie nicht über die in der Ukraine von den Banden Petljuras gegen die jüdische Bevölkerung verübten Pogrome und Greuelthaten berichte, während ihre Spalten für Belanglosigkeiten reichlich Platz hätten.

Kollegen innerhalb der gleichen Zeitungen. Die hohe Beteiligung jüdischer Redakteure an den demokratischen Zeitungen ist weit mehr ein soziologisches als ein religiöses Phänomen.

Das gilt auch für die *Vossische Zeitung* und für *Weltbühne* und *Tagebuch*, obwohl es in ihren Spalten nur selten deutlich ausgesprochen wurde. Zwar fanden Antisemitismus und Judenfrage in beiden Zeitschriften, die eine Reihe jüdischer Mitarbeiter aus dem literarischen Leben Berlins hatten, auch unmittelbar Beachtung: in – nicht allzu häufigen – ausführlichen historisch-erklärenden Darlegungen der jüdischen Entwicklung und in ironischen Glossen über antisemitische Verlautbarungen; aber besonders die *Weltbühne* machte den Versuch – zum Beispiel in einem Beitrag Arnold Zweigs –, den Antisemitismus als „Mittelstandsgeistigkeit“ im Gegensatz zur Solidarität der Arbeiter und also als Klassenfrage zu definieren¹⁵⁶: auch in dieser Version war das Problem nur mit politischen Mitteln zu lösen.

Der Anteil jüdischer Mitglieder in der Redaktion der *Vossischen Zeitung* war nach dem Ersten Weltkrieg wenn möglich noch höher als beim *Berliner Tageblatt*. Neben Georg Bernhard sind vor allem sein Stellvertreter und Nachfolger Julius Elbau, die Redakteure Dr. Richard Lewinsohn, Carl Misch, Edgar Stern-Rubarth, Kurt Zielenziger, Monty Jacobs (Feuilleton), Max Marschalk (Musikkritik), Max Osborn (Kunstkritik) und die Feuilletonisten Moritz Goldstein und Paul Schlesinger zu nennen. Daß die *Vossische Zeitung* noch von den schlimmsten antisemitischen Beschimpfungen verschont blieb, mag sich aus ihrer kriegerischen Politik vor 1918 und ihrer reservierten Haltung gegenüber der Republik nach diesem Jahr erklären. Entsprechend vermied die Redaktion in den ersten Nachkriegsjahren sorgfältig jede eingehendere Behandlung des Antisemitismus. Ihr ständiger Mitarbeiter Erich Eyck gab entsprechende Berichte und Analysen an die *Frankfurter Zeitung*; in der Auseinandersetzung mit dem *Berliner Tageblatt* spielte die *Vossische Zeitung* betont abfällig auf dessen „Antisemiten-Riecherei“ an¹⁵⁷. Seit Georg Bernhard sich freilich zur Republik schlug, entging auch er den Angriffen nicht mehr; die *Vossische Zeitung* antwortete mit einer verstärkten Aufmerksamkeit für die Agitation der extremen Rechten, die sie wiederum als primär politische, nicht primär antisemitische Bewegung, einschätzte und bekämpfte.

Als die *Frankfurter Zeitung* 1914 eine Serie über die „Judenfrage“ vorbereitete, bestand Arthur Feiler darauf, daß der Verfasser kein Jude sein solle.

¹⁵⁶ *Tagebuch*, II (22., 29. Oktober, 5. November 1921), 1268 ff., 1306 ff., 1338 ff., *Robert Müller*, Der Jude; I (17. April 1920), 497 f., *Ludwig Reve*, Deutschlands Verjudung; II (12. Februar 1921), 161 ff., *Thomas Wehrlin*, Weder jüdisches, noch farbiges Weib; II (2. April 1921), 410 ff., *Rudolf Olden*, Die Sünde wider das Blut, – gegen Dinter; III (13. Mai 1922), 716 ff., *S. Großmann*, Secessio Judaica, – gegen Blüher; *Weltbühne*, XV/2 (4. Dezember 1919), 685 ff., *Georg Metzler*, Juden raus; XV/1 (3., 10. April 1919), 381 ff., 417 ff., *Arnold Zweig*, Die antisemitische Welle.

¹⁵⁷ *Vossische Zeitung*, Nr. 290 (10. Juni 1920), A., *Hermann Bachmann*, Üble Methoden.

Man übertrug Robert Drill diese Aufgabe. Zwanzig Jahre später zwang ihn die Rassengesetzgebung der Nationalsozialisten dazu, seinen Beruf aufzugeben und zu emigrieren¹⁵⁸. Diese Geschichte verdeutlicht zur Genüge die Unbefangenheit und Souveränität der Betroffenen gegenüber antisemitischen Argumenten. Religion war selbstverständlich eine Privatsache, und entsprechend gering sind die öffentlichen persönlichen Zeugnisse zu diesem Problem. Bernhard Guttman, ein hochgebildeter, nachdenklicher Mann, Autor zahlreicher historischer und politischer Bücher, ein Liberaler, der früh das Ende des Liberalismus konstatierte und die Symptome des Niedergangs nüchtern und illusionslos beschrieb, war in den Journalismus gegangen, weil „dringend jemand gebraucht (wurde), der mit guter Feder Treitschkes nationalen Fanatismus bestreiten konnte“¹⁵⁹. Es bleibt der Spekulation überlassen, ob der Antrieb dazu eher aus der Ablehnung von Treitschkes allgemeiner Agitation oder aus der Empörung über seine antisemitische Propaganda kam. In der Praxis war beides miteinander verwoben, und gewiß war der Sohn aus jüdischem Elternhaus immuner gegenüber den Verführungskünsten des Antisemiten.

Ernst Kahn, der Guttman für den „bedeutendsten Kopf in der Geschichte und der Entwicklung der Frankfurter Zeitung“ hielt, beschrieb ihn als einen „typischen Judenchristen“, der früh zum Christentum übergetreten sei, „vermutlich zunächst aus dem Wunsch heraus, symbolisch seine Zugehörigkeit zum Deutschtum zu manifestieren“¹⁶⁰. Auch Arthur Feiler verließ während des Ersten Weltkrieges die jüdische Religion, wohl aus ähnlichen Gründen wie Guttman. Ernst Kahn bezeichnete beider Haltung als typisch für die übrigen jüdischen Mitglieder der Redaktion der *Frankfurter Zeitung* und für „a large upper stratum of intellectual German Jews of the post-assimilation era ... From the Jewish point of view, they were for the most part ‚bad Jews‘, in the process of losing their Jewish identity“¹⁶¹. Auch Heinrich Simon, der Enkel Sonnemanns und Leiter der Redaktionskonferenz seit 1914, war getauft. Gerade er jedoch zeigte als einziger neben den Handelsredakteuren Fritz Naphtali¹⁶² und Ernst Kahn selbst Aufgeschlossenheit und Sympathie

¹⁵⁸ Die Mitteilung macht *Ernst Kahn*, *The Frankfurter Zeitung*, aaO, 232.

¹⁵⁹ *Bernhard Guttman*, *Schattenriß einer Generation 1888–1919*, Stuttgart 1950, 199.

¹⁶⁰ *Ernst Kahn*, Nachruf auf Bernhard Guttman, in: *Mitteilungsblatt*, Tel Aviv (27. Februar 1959), 6.

¹⁶¹ *Ernst Kahn*, *The Frankfurter Zeitung*, aaO, 230.

¹⁶² Fritz Naphtali, später Perez Naphtali, geb. am 29. März 1888 in Berlin, gest. am 30. April 1961 in Tel Aviv. Handelsredakteur der Berliner Morgenpost und der Vossischen Zeitung, von 1921 bis 1926 der Frankfurter Zeitung, dann bis 1933 Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftswissenschaften der Gewerkschaften in Berlin. Emigration nach Palästina, 1933–1936 Dozent am Haifa Technological Institute, dann Bankdirektor und Abgeordneter der Elected Assembly und der Knesseth. 1952 bis 1960 Minister des Staates Israel. Zahlreiche wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen. Von den führenden Redakteuren der demokratischen Zeitungen durchlief Naphtali die erfolgreichste politische Karriere.

für den Zionismus, für ein anderes jüdisches Weltbild. Von den weiteren jüdischen Redakteuren der *Frankfurter Zeitung* sind etwa die Handelsredakteure Hermann Stern, Artur Lauinger und Fritz Nachmann und die Feuilletonredakteure Bernhard Diebold und Siegfried Kracauer zu nennen.

Betrachtet man die Lebensläufe dieser Publizisten – ob sie sich der jüdischen Religion zugehörig fühlten oder nicht –, so fällt auf, daß viele von ihnen in ihrer Jugend einen für den aufstrebenden deutschen Mittelstand bezeichnenden Bildungsweg einschlugen: sie besuchten das Realgymnasium, um dann eine kaufmännische oder Banklehre zu absolvieren (so Theodor Wolff, Georg Bernhard, Felix Pinner, Fritz Naphtali); den Beruf ihres Vaters gaben sie mit „Kaufmann“ an (so Bernhard Guttmann, Arthur Feiler, Georg Bernhard, Siegfried Jacobsohn, Stefan Großmann). Ihre Hinwendung zum Journalismus, so undramatisch sie sich vollzogen haben mag, war ein Ausbrechen aus der traditionellen, auf private und geschäftliche Bereiche begrenzten, bürgerlichen Karriere in die Öffentlichkeit, in die Politik. Nicht nur eine neue Generation, sondern auch eine neue soziale Schicht meldete ihre auf das Gemeinwesen gerichteten Ansprüche an.

Für den jüdischen Mittelstand im besonderen bezeichnete dieses Ausbrechen zugleich ein bestimmtes Stadium im Fortgang der Emanzipation: Die Väter hatten ihr die Konsolidierung der privaten Existenz, in vielen Fällen den wirtschaftlichen Aufstieg zu verdanken, die Söhne sprengten diesen engen Rahmen und suchten sich einen Platz in der *res publica*. Soweit sie sich der Politik im engeren Sinn zuwandten, fanden sie ihren Standort an der Seite der bürgerlichen Linken. Die letzte Stufe der Assimilation, die uneingeschränkte Chance öffentlichen Wirkens, schien für eine breite bürgerlich-jüdische Schicht erreicht. (Die Literatur etwa konnte ebenso als ein vorzügliches „entréebillet in die Gesellschaft“ gelten; Theodor Wolff, Siegfried Jacobsohn, Stefan Großmann, Kurt Tucholsky stehen hier als Beispiele für eine große Zahl anderer, die diesen Weg gingen.) Die besondere, tragische Bedeutung der innenpolitischen Entwicklung zwischen 1917 und 1923/24 liegt für die deutschen Juden darin, daß sich die selbstverständlich scheinende Vollen- dung der Emanzipation als eine Hoffnung entpuppte, der die Verwirklichung versagt blieb; und daß diejenigen, die diese Hoffnung hegten und für ihre Verwirklichung kämpften, in die Defensive gedrängt wurden und die Erfahrung machen mußten, daß sie ohne allzu viele verlässliche politische Verbündete dastanden.

IX

Die Antwort der liberal-demokratischen Öffentlichkeit auf die Zuspitzung der Judenfrage, auf heftiges Anwachsen eines brutalen Antisemitismus in und nach dem Ersten Weltkrieg, auf die Verrohung und Verwilderung der politischen Sitten, auf eine unverkennbare moralische Krise, auf Gewalttaten und

Attentate war – sieht man von einigen, zum Teil beträchtlichen Abweichungen ab – die Forderung nach einer entschiedenen Reformpolitik. Das Ziel war die konsequente und ausnahmslose Verwirklichung der linksliberalen Ideale vom Rechtsstaat, von der faktischen Gleichberechtigung aller Staatsbürger, von der Beseitigung aller Vorrechte, von der demokratischen Willensbildung, vom friedlichen Ausgleich der inneren und äußeren Konflikte. Der Kampf galt den obrigkeitlichen, feudalen, autoritären, reaktionären, nationalistischen und militanten Gruppen, Mächten, Personen. Die Überzeugung herrschte vor, daß eine vollkommene und gerechte Demokratisierung des Staates und der Gesellschaft und aller ihrer Institutionen die Judenfrage – und wie sie, viele andere Teilprobleme – mitlösen werde. Die Antwort auf den Antisemitismus war also eine allgemeine und politische, und sie zog ihre Rechtfertigung aus dem aktuellen Erscheinungsbild des Antisemitismus selbst.

Betrachtet man die Flut der antisemitischen Aufsätze, Broschüren, Bücher aus jener Zeit, so fällt neben der geradezu ungeheuerlichen Brutalität in der Formulierung ein für das Thema wichtiger Zusammenhang auf: Die Polemiken waren fast ausnahmslos auch antidemokratisch. Sie schlugen Kapital aus jedem einzelnen jüdischen oder vermeintlich jüdischen Namen in einem Verlag oder einer Redaktion – solange Verlag und Redaktion dem demokratischen Lager angehörten. Das gilt – in durchaus verschiedener Ausprägung – ebenso für die deutschnationalen Parteiverlautbarungen und Pamphlete, denen der Antisemitismus Munition im parteipolitischen Kampf war, wie für die Auslassungen der Völkischen und der sich formierenden Nationalsozialisten, denen der Judenhaß eher als Hebel einer pervertierten Revolution diente¹⁶³.

Antisemitismus trat nicht allein, isoliert, „rein“ auf, er war, in der Öffentlichkeit geäußert, immer Teil der Politik. Antisemitismus und Gegnerschaft gegen eine bestimmte Innen- und Außenpolitik, gegen Juli-Resolution, Verständigungsfrieden, Parlamentarismus, Weimar, Völkerbund und Locarno gingen ein Bündnis ein, wurden untrennbare Bestandteile einer neuen Ideologie. Diese Entwicklung hatte politische und psychologische Ursprünge: Die

¹⁶³ Vgl. Deutschnationale Flugschriften, Berlin 1918; Deutschnationales Rüstzeug, Berlin 1924; *August Eigenbrodt*, Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887–1914, Berlin 1917; *Franz Collasius*, Die Außenpolitik der Frankfurter Zeitung im Weltkrieg, Diss. phil., Greifswald 1921; *Pudor*, op. cit.; *Blume*, op. cit.; *Herold*, op. cit.; *Anton Meister*, Die Presse als Machtmittel Judas, Nationalsozialistische Bibliothek, München 1930. Die umfangreichste Aufzählung „verjudeter“ Zeitungen, gekoppelt mit einer abstrusen Mischung aus „metaphysischem“, christlich-katholischem, politisch-konservativem, rassistischem und psychopathischem Antisemitismus, gibt *Joseph Eberle*, Großmacht Presse. Enthüllungen für Zeitungsgläubige. Forderungen für Männer, Wien-Regensburg 1920, 201 ff. Einschlägige Denunziationen galten im Dritten Reich als Wissenschaft: vgl. *Heinrich Tötter*, Warum wir den Ruhrkampf verloren? ... Die Methoden der französischen Pressepropaganda und ihr Zusammenspiel mit der deutschen Linkspresse, Habilitationsschrift, Köln 1940; *Josef März*, Artikel „Judenpresse“, in: Handbuch der Zeitungswissenschaft, hrsg. von Walter Heide, Leipzig 1940 ff.

Krise der deutschen Politik im Jahre 1917, das Zerbrechen der nationalen Einheitsfront, die Zweifel an der Möglichkeit und der Wünschbarkeit eines Siegfriedens, die sich in der Friedensresolution des Reichstags niederschlugen, das Zerbröckeln der Autorität des alten monarchischen Staates, das die Diktatur Ludendorffs nur mühsam verschleierte und das sich in die Forderung nach Demokratisierung und parlamentarischer Regierung umsetzte – und die Weigerung eines großen Teils der Bevölkerung, die Notwendigkeit von Veränderungen einzusehen, ihren Vollzug hinzunehmen. Das plötzliche Sichtbarwerden einer brutalen, bedrohlichen, katastrophalen Wirklichkeit traf viele Deutsche, die sich unter der obrigkeitlichen Regierung des Kaiserreichs und der verschweigenden, verwischenden offiziellen Kriegspropaganda geborgen gefühlt hatten, völlig unvorbereitet. (Es waren nicht zuletzt die Zeitungen, die die Wirklichkeit sichtbar machten.) Der Schock löste Hysterie, Utopismen, Flucht in Ideologien, Aggressionen aus, die sich im (schon starken) Antisemitismus bündelten. Der Zusammenbruch der Front und die Revolution im November 1918, die Konstituierung des neuen, demokratischen Staates, wirkten nur noch verstärkend, festigten die 1917 gezogenen Fronten.

Der politische Konflikt, der sich aus der plötzlich unabweisbar zutage tretenden Krise ergab, und die militante Feindschaft gegen alles, was mit dem Begriff „Demokratie“ zu belegen war, hatten den Vorrang. Die Judenfrage und der Antisemitismus waren durchaus sekundär. Die Geister schieden sich an den deutschen Kriegszielen und Friedensangeboten, an Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrages, an den innenpolitischen Alternativen, nicht an der Judenfrage. Die Rechte bekämpfte die Weimarer Gruppierung, weil ihr die politische Richtung nicht paßte, nicht weil sie an prominenter Stelle von Juden repräsentiert oder verteidigt wurde.

Andererseits: die üblichen und gewissermaßen „normalen“ politischen Gegensatzpaare – konservativ-fortschrittlich, autoritär-demokratisch, feudalistisch-egalitär, militaristisch-antimilitaristisch, annexionistisch-pazifistisch, obrigkeitsstaatlich-plebiszitär – fielen zusammen in der Alternative für oder gegen die Republik von Weimar. Es gab den Frontwechsel, und dem, der ihn vollzog, wäre das Wort als zu scharf erschienen; Stresemann ist ein prominentes und umstrittenes Beispiel, Georg Bernhard ist ein anderes. Es gab harte Konflikte innerhalb des Weimarer Lagers, aber je offenkundiger die Republik in die Defensive geriet, desto mehr wurden sie überspielt, zurückgestellt; wirklich ausgetragen wurden sie nie. Es gab Bewegungen im Lager der Rechten, Differenzierungen, mäßigende Stimmen; zur Versöhnung kam es nicht. Auch dies war eine Folge der nationalen Krise: die totale Aufspaltung der politischen Kräfte setzte ein.

Der Antisemitismus hatte, faktisch und nach dem Willen seiner Propagandisten, die Funktion, diese Polarisierung zu fördern, die einmal gezogenen Fronten zu verhärten, das Gespräch, die Diskussion, den Kompromiß unmöglich zu machen. Die politische Auseinandersetzung, nach der Lage der Dinge

gerade scharf und unerbittlich genug, bekam durch ihn einen vollends unveröhnlichen Akzent. Auch er war – wie die Fremdenfeindlichkeit überhaupt, der übersteigerte Nationalismus, der Hang zur Sektiererei und zu Fanatismus – Teil der hysterischen Reaktion auf den Zerfall der alten Ordnung. Er bot eine – irrationale, unvernünftige, verhetzende – Antwort auf die neu sich stellenden Fragen, und er vermischte sich mit den mehr oder weniger sachgerechten, jedenfalls aber rein politischen Antworten aufs innigste. Er drang tief in alle gesellschaftlichen und politischen Konflikte ein und vergiftete sie. Die Verbindung von Antisemitismus und Politik war durchaus nicht neu; neu waren ihre Intensität, ihr unerhörter Erfolg und ihre hemmungslose Manifestation, die ihrerseits Rückschlüsse auf die moralische Dimension der politischen Erschütterung zulassen.

Das *Berliner Tageblatt* diene als Beispiel: Eine Zeitung, geschäftlich erfolgreich, also relativ unangreifbar, mutig redigiert und mit unbequemen Ansichten, eine Zeitung, die eine entschiedene linksbürgerliche Richtung mit allen Konsequenzen, die sich im Krieg aus dieser Haltung ergaben, verfocht und dabei steigende Auflagen erzielte, mußte aufgebrachte und verbitterte Feinde haben. Die Pressefreiheit ist, gerade bei politisch unreifen Völkern mit kurzer, verzerrter demokratischer Tradition, eine wenig geliebte, herausfordernde Freiheit. Die liberal-demokratische Forderung nach Reform von Gesellschaft und Staat war nicht nur gegen die Inhaber der Macht im kaiserlichen Deutschland gerichtet, sondern auch gegen weit verbreitete politische Meinungen. Theodor Wolff spielte in den Kriegsjahren klug, unerschrocken und unbefangen die Rolle des oppositionellen Wortführers. Daß er und seine Zeitung die Zielscheibe politischer Angriffe waren, konnte nicht überraschen, und Wolff war seinerseits nicht zimperlich in der Replik. Der eigentlich unerträgliche, unveröhnliche, jede gemeinsame Grundlage zerstörende Faktor war der Antisemitismus: als extremes Mittel gegen einen überlegenen Gegner.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die hohe Beteiligung jüdischer Mitarbeiter an linksliberalen Zeitungen den Antisemiten als willkommene Begründung und Bestätigung ihrer Thesen von der verderblichen Vorherrschaft der Juden im öffentlichen Leben Deutschlands diente.

Desgleichen: Der bedenkenlose Opportunismus und Ehrgeiz Georg Bernhards, seine lauten und ungestümen politischen Kampagnen, die Radikalerei der *Weltbühne*, Kurt Tucholskys Frechheiten, Siegfried Jacobsohns wenig geschmackvolle Polemiken, das Konkurrenz-Gerangel zwischen *Vossischer Zeitung* und *Berliner Tageblatt*, zwischen *Weltbühne* und *Tagebuch*, riefen nicht nur den Unwillen politisch Nahestehender hervor, sondern haben in gewisser Weise auch die Feindschaft gegen den demokratischen Staat, den sie verteidigten, verstärkt und aktualisiert und der extremen Rechten und den Antisemiten wohlfeile Argumente geliefert.

Weit mehr als diese Begleiterscheinungen reizten jedoch die politischen Aussagen. In einem bestimmten Sinn kann man dabei sogar von „jüdischer Poli-

tik“ sprechen: in dem Sinn nämlich, daß die Angehörigen der jüdischen Minderheit, die über Jahrzehnte hin ihre rechtliche und staatsbürgerliche Gleichstellung in Frage gestellt sahen, in ihrer politischen Orientierung die Richtung wählten, die das Bedrohte zu verteidigen versprach, und daß sie das Verlangen nach Freiheit, Gleichheit und Demokratie, das dieser Orientierung entsprach, wohl noch nachdrücklicher, konsequenter (vielleicht gelegentlich radikaler) als andere vertraten. Viele jüdische Demokraten sahen keine andere Möglichkeit, als die Weimarer Republik, die Gruppen, die sie stützten, und die Ideale, die sie begründeten, zu verteidigen – sie sahen sich dabei mehr und mehr der Gefahr ausgesetzt, in dieser Verteidigung allein gelassen zu werden¹⁶⁴.

Für die antisemitische Attacke und ihre Beurteilung blieb dieser Zusammenhang freilich ohne Belang. Sie zielte durchaus nicht auf diese oder jene Eigenschaft dieses oder jenes Schriftstellers oder Politikers. Sie richtete sich gegen den turbulenten Georg Bernhard ebenso wie gegen den persönlich zurückhaltenden Theodor Wolff, gegen das angriffs- und spottlustige *Berliner Tageblatt* ebenso wie gegen die um Sachlichkeit, Objektivität und Anonymität bemühte *Frankfurter Zeitung*. Sie galt der demokratischen Reformpolitik und war weitgehend unabhängig vom Verhalten derer, die sie verfochten. Sie nahm eine unabdingbare Begleiterscheinung dieser Reform zum erfolgverheißenden Vorwand: den Umstand, daß Juden im öffentlichen Leben der Nation wichtige und geachtete Positionen einnehmen konnten.

Gewiß wäre dem Antisemitismus viel von seiner Stoßkraft genommen worden, hätten Juden grundsätzlich und allgemein darauf verzichtet, solche Positionen zu erstreben und einzunehmen. Diese Therapie zur Bekämpfung der Judenfeindschaft freilich wäre allen liberalen und demokratischen Traditionen zuwidergelaufen, wäre dem Eingeständnis einer totalen Niederlage gegenüber den Feinden der Freiheit gleichgekommen und hätte der über hundertjährigen Geschichte von Emanzipation und Assimilation hohn gesprochen; sie war nicht durchzuführen, solange die liberale Idee lebendig war, solange ein freiheitliches Staatswesen bestand, solange die Juden selbst an dem Ideal der bürgerlichen Freiheit und der vollen Gleichberechtigung festhielten.

Männer wie Theodor Wolff, Ernst Feder, Julius Elbau, Bernhard Guttman, Arthur Feiler leiteten aus den Modellen des Liberalismus, aus dem Komplex der „Ideen von 1789“, aus den bürgerlich-fortschrittlichen Traditionen des neunzehnten Jahrhunderts nicht nur ihre politischen Forderungen, sondern auch die Berechtigung für ihr Handeln ab. Sie waren unbefangen genug, von der Frage ihrer Zugehörigkeit oder Nicht-mehr-Zugehörigkeit zur jüdischen Religion abzusehen und für die politischen Ideale, denen sie sich ver-

¹⁶⁴ Über eine Kundgebung der Liga für Menschenrechte Mitte 1931 notierte Feder, was ihm gewiß nicht zum erstenmal begegnete: „Es verläuft programmgemäß, der Saal ist gut gefüllt, allerdings ist nur 1 0/0 des deutschen Volkes vertreten – das jüdische . . .“ (*A. Paucker, Searchlight . . .*, aaO, 211).

bunden fühlten, zu kämpfen. Sie sahen im Ansturm der antisemitischen Demagogen die Bedrohung „einer der wesentlichsten Grundlagen des modernen Staates, der Gleichberechtigung der Bürger“¹⁶⁵, und sie formulierten darauf ihre liberal-demokratische Antwort. Die meisten von ihnen waren freilich zugleich in der optimistischen Ahnungslosigkeit des neunzehnten Jahrhunderts befangen und blind gegenüber der Tatsache eines modernen, durch und durch illiberalen Nationalismus¹⁶⁶, der zudem im Deutschland der Weimarer Republik weit mehr gegen den inneren als gegen den äußeren Gegner wütete.

Wenn eines der hier behandelten Blätter sich mit dem Phänomen des Antisemitismus direkt auseinandersetzte – und das geschah selten –, dann tat es das stets nach dem Motto: „Wir brauchen die Wahrheit nur auszusprechen. Sie ist so unüberwindlich, daß ihr auf die Dauer keiner, weder mit Reflexion noch mit Gefühl, widerstehen kann... Es gibt Behauptungen, die nur von der Furcht ihrer Gegner leben. Der Antisemitismus existiert nur, solange man ihn nicht charakterisiert.“ So stand es im *Berliner Tageblatt*, so stand es in der Broschüre Sußmanns, so stand es wiederholt in der *Frankfurter Zeitung*¹⁶⁷. Den Antisemitismus charakterisieren aber hieß, ihn die „größte Kulturschande“ (Professor Gerland), die „Waffe der Reaktion“ (Paul Nathan), einen „Morast moralischer Verwirrung, gewissenloser Demagogie und unglaublicher Heuchelei“ (Ferdinand Hoff), eine „entschieden zu bekämpfende kulturelle Rückfallerscheinung“ (*Vossische Zeitung*), das „Prinzip der Schafzucht“ (Robert Drill) zu nennen¹⁶⁸ und immer wieder darauf hinzuweisen, daß auch die jüdische Existenz ihre historischen Bedingtheiten habe, daß es Revolutionäre aller Konfessionen gebe, daß gerechte Maßnahmen ohne persönliche Härten gegen die weitere Einwanderung von Ostjuden durchaus erwogen werden könnten, daß ein konsequentes Vorgehen gegen Juden nach rassistischen Maßstäben „Aufregung in beste deutschnationale Familien“ brächte¹⁶⁹, daß, „selbst wenn es möglich wäre, die Rassen klar zu scheiden, allgemeine Werturteile

¹⁶⁵ So die *Frankfurter Zeitung*, vgl. oben, S. 77.

¹⁶⁶ „Twentieth-century nationalism is fundamentally different from nineteenth-century nationalism. Twentieth-century nationalism is fundamentally illiberal“ – so *Morgenthau*, op. cit., 10.

¹⁶⁷ *Berliner Tageblatt*, XLVIII, Nr. 520 (2. November 1919), M., *Professor Gerland*, Antisemitismus und Demokratie; *Sußmann*, op. cit., 23: „Aber es wird genügen, daß man einmal auf das Unwahre und Unlogische der antisemitischen Grundlagen hingewiesen hat, um derartige Verwirrungen aus den demokratischen Reihen für immer verschwinden zu lassen“; *Frankfurter Zeitung*, LXIV, Nr. 548 (27. Juli 1919), 1. M., (wohl *Drill*, Antisemitische Hetzpropaganda): „Es genügt, die Dinge, die für viele noch im Dunkeln waren, ins helle Licht zu stellen, um dieses Gift unschädlich zu machen.“

¹⁶⁸ *Berliner Tageblatt*, XLVIII, Nr. 520 (2. November 1919), M., *Professor Gerland*; Nr. 393 (23. August 1919), M., *Paul Nathan*; *Hoff*, op. cit., 43; *Vossische Zeitung*, Nr. 290 (10. Juni 1920), A., *H. Bachmann*, Üble Methoden; *Frankfurter Zeitung*, LXIV, 786 (20. Oktober 1919), A., Leitartikel (wohl *Drill*).

¹⁶⁹ *Hoff*, op. cit., 51.

über sie dem ethischen Gesetz“ widersprächen¹⁷⁰ und daß antisemitische Vorfälle dem deutschen Ansehen im Ausland schaden.

Wenn nach unpolitischen Rezepten gegen den Antisemitismus gesucht wurde, dann hießen sie „Verständnis und Empfinden, Takt und Zurückhaltung“¹⁷¹, waren der Appell an die Toleranz, an die Logik, an die Moral, an die menschliche Anständigkeit. Die Judenfeindschaft galt als eine Barbarei, die es beim aktuellen Stand der Kultur eigentlich nicht geben durfte, als ein Relikt aus vergangenen, unaufgeklärten Zeiten, als eine Welle, die zweifellos wieder abebben würde. Sorgen machten die Folgen, die sie möglicherweise für die Gesellschaft, für den Staat, für das öffentliche Leben der Nation haben konnte – der Weg führte sofort zurück in die Politik. Kaum jemand allerdings hat die Gefahren, die hier drohten, so klar und illusionslos gesehen und formuliert wie Robert Drill in der *Frankfurter Zeitung*:

„Man täusche sich doch nicht, daß einem Volke, welches seelisches Gift in sich aufnimmt, das nicht gut bekommt. Man kann nicht einer Gruppe gegenüber alle Grundsätze des Rechtes und der Billigkeit verleugnen und dennoch fordern, daß sie in allem Übrigen gälten. Werden sie auf einem Gebiete verraten, dann ergreift das Unheil auch alles andere. Man mag immerhin das Judentum als ein Problem ansehen. Aber die Geschichte mißt ein Volk daran, wie es Probleme löst: ob mit dem Dreschflegel oder mit der Humanität.“¹⁷²

¹⁷⁰ Frankfurter Zeitung, LXVI, Nr. 131 (15. Februar 1921), 1. M., R. Drill, Die Judenfrage; auch in ders.: Aus der Philosophenecke. Kritische Glossen zu den geistigen Strömungen unserer Zeit. Frankfurt a. M. 1923, 98.

¹⁷¹ AaO, 104.

¹⁷² AaO, LXVIII, Nr. 222 (22. März 1924), A., Leitartikel.

JUDEN IM POLITISCHEN LEBEN DER REVOLUTIONSZEIT

von

Werner T. Angress

I

Wenige Wochen vor dem Zusammenbruch des Kaiserreiches, am 28. September 1918, gab der Historiker Friedrich Meinecke in einer Tagebucheintragung seiner Sorge über die Zukunft des Reiches Ausdruck und bemerkte dazu:

„Wäre doch eine Metanoia unserer führenden und gebildeten Schichten möglich . . . Dann wäre diese Synthese, die wir brauchen, möglich. Denn mit den Vorkämpfern der Linken, mit ihren jüdisch sentimental weichen Ideen läßt sich kein Staat auf die Dauer regieren. Eisen ins Blut für sie – und Gehirnschrot für die anderen.“¹

Die von diesem gewiß nicht böartigen Beobachter nur angedeuteten Vorahnungen einer politischen Entwicklung, die er im voraus als ein Negativum bewertete, sollten sich etwa über einen Monat später verwirklichen. Am 9. November 1918 fiel in Deutschland zum erstenmal die Regierungsgewalt in die Hände der Arbeiterbewegung und damit erschienen plötzlich auch zum erstenmal Juden in Schlüsselpositionen der Politik, die ihnen bisher nie zugestanden worden waren und die sie auch diesmal nur kurzfristig, jedoch mit einschneidenden Folgen, innehaben sollten.

Da eine eingehende Behandlung der Revolution den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde, können hier nur die wesentlichsten Grundzüge ihres Verlaufs kurz skizziert werden². Die deutsche Novemberrevolution von 1918

¹ *Friedrich Meinecke*, Straßburg, Freiburg, Berlin. 1901–1919. Erinnerungen, Stuttgart 1949, 266.

² Die Literatur über die deutsche Revolution ist viel zu umfangreich, als daß sie hier auch nur auszugsweise angeführt werden könnte. Für bibliographische Hinweise, die vor allem auch die neueste Forschung berücksichtigen, siehe die folgenden Werke: *Eberhard Kolb*, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 23, Düsseldorf 1962, 416–424; *Wolfgang Elben*, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und

war das Endergebnis eines auf militärischer Basis verlorenen Krieges. Die Erkenntnis der verzweifelten militärischen Lage, die am 29. September von der Obersten Heeresleitung zugestanden wurde, führte in den darauffolgenden Wochen zu einer „Revolution von oben“, wobei politische Reformen in Angriff genommen wurden, um Deutschland in eine auf wirklicher parlamentarischer Grundlage beruhende konstitutionelle Monarchie umzuwandeln. Das geschah mit der Absicht, dadurch ein gleichfalls beschlossenes Gesuch an den amerikanischen Präsidenten Wilson um sofortige Waffenstillstandsverhandlungen im Sinne der 14 Wilsonschen Punkte reibungsloser herbeizuführen. Der schleppende Gang dieser politischen Umwandlung und der Verhandlungen mit dem amerikanischen Präsidenten wie auch der Ende Oktober einsetzende Zusammenbruch der verbündeten habsburgischen Donaumonarchie führte in Deutschland zu einer sich schnell ausbreitenden Beunruhigung der Bevölkerung. Forderungen, der Kaiser müsse abdanken, mehrten sich. Der Anfang Oktober zum Reichskanzler ernannte Prinz Max von Baden setzte am 26. dieses Monats die Entlassung des Generals Ludendorff durch, um weitere Eingriffe der OHL in die politische Führung des Reiches zu unterbinden und damit die Verhandlungen mit Wilson zu erleichtern; aber auch dieser einschneidende Schritt vermochte die um sich greifende Kriegsmüdigkeit im Lande nicht mehr aufzuhalten.

Ausgelöst wurde die Revolution durch die Kaiserliche Marine. In der letzten Oktoberwoche erging (ohne vorherige Benachrichtigung des Reichskanzlers) ein Befehl der Obersten Seekriegsleitung an die deutsche Flotte, gegen den englischen Gegner auszulaufen. Wie es Admiral von Hipper, der Chef der Hochseeflotte, einige Tage darauf in einem erläuternden Aufruf ausdrückte, war dies erfolgt, um „mit unserem Geist, unseren Schiffen und unseren Waffen den Feind von unserer deutschen Nordsee, von unserer deutschen Küste abzuwehren . . .“³ Die Verweigerung dieses Befehls durch die Besatzungen der Schiffe, die sich am 30. Oktober dagegen sträubten, eine „Todesfahrt“ anzutreten, nur um, wie sie glaubten, die Ehre der Flotte zu retten, führte zur Absage des Unternehmens, aber auch zur Verhaftung der Rädelsführer, was wiederum Demonstrationen von Matrosen und Werftarbeitern in Kiel zur

der politischen Parteien, Bd. 31, Düsseldorf 1965, 179–190; *Gerhard Schulz*, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920, München 1967, 283–292; und *A. J. Ryder*, The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt, Cambridge 1967, 279–289. Gute Dokumentensammlungen finden sich in den folgenden Werken: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, und Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik, hrsg. von Dr. *Herbert Michaelis* und Dr. *Ernst Schraepler* unter Mitwirkung von Dr. *Günter Scheel*, Berlin o. J., hiernach zit. als Ursachen und Folgen; außerdem jüngst auch *Gerhard A. Ritter* und *Susanne Miller* (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919, Frankfurt/Main 1968.

³ Ursachen und Folgen, II, 503.

Folge hatte. Am 4. November kam es in dieser Stadt zum offenen Aufruhr, der sich schnell auf die weiteren Küstenstädte ausbreitete, wo während dieser Tage auch die ersten Arbeiter- und Soldatenräte (A. und S.Räte) geschaffen wurden⁴. Am 7. November sprang der Funke dann von der Küste nach München über. Dort gelang es dem Leiter der örtlichen Unabhängigen Sozialdemokraten, Kurt Eisner, am Abend dieses Tages die Wittelsbach-Monarchie als beendet zu erklären, eine bayerische Republik zu proklamieren und am folgenden Tage eine provisorische Regierung zu bilden. Am gleichen Tage, am 8. November, dankte auch der Herzog von Braunschweig zugunsten der Arbeiter- und Soldatenräte ab.

Inzwischen hatten in Berlin seit dem 6. November Verhandlungen zwischen Reichskanzler Max von Baden und den führenden Männern der Mehrheitssozialisten (SPD) stattgefunden. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Frage der Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen, und damit die Rettung der Monarchie womöglich durch Einsetzung einer Regentschaft für einen der preußischen Prinzen. Wilhelm II., der am 29. Oktober Berlin verlassen hatte, weigerte sich von Spa aus, die Abdankung in Erwägung zu ziehen. War die SPD noch am 6. November dazu bereit gewesen, die Monarchie beizubehalten, sofern der Kaiser auf den Thron verzichtete, so verlangte die Partei am 7. November unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die besonders in Berlin stündlich radikaler wurde, ultimativ die Abdankung des Kaisers und stellte nun auch das Fortbestehen der Monarchie unter einer Regentschaft in Frage. Diesem Ruck nach links lag die Befürchtung der SPD zugrunde, daß eine zu laue Einstellung ihrerseits zur Abdankungsfrage die linksradikalen Kräfte innerhalb der Arbeiterschaft, besonders die Berliner Revolutionären Obleute und die Spartakusgruppe, stärken würde⁵.

⁴ Zum Problem des Räteystems während der deutschen Revolution siehe neben *Kolb*, op. cit., *Peter von Oertzen*, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 25, Düsseldorf 1963; *Walter Tormin*, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4, Düsseldorf 1954; und die einschlägigen Beiträge in *Helmut Neubauer* (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1968.

⁵ Die Revolutionären Obleute gingen aus der Gewerkschaftsbewegung, besonders der Berliner Metallarbeiter hervor. Hauptsächlich in Berlin konzentriert, waren die R. O. keine Massenorganisation, sondern ein kleiner, ausgewählter Kreis, dessen Mitglieder jedoch beträchtlichen Einfluß in ihren jeweiligen Betrieben hatten. Organisatorisch gehörten sie – sehr lose – der USPD an, faßten aber ihre Beschlüsse zumeist sehr unabhängig von dieser Partei. Für nähere Angaben, einschließlich Literatur, siehe *Kolb*, op. cit., 38 ff. und passim, sowie *Eric Waldman*, The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement: A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice, Milwaukee 1958, 47–48 und passim. Die Spartakusgruppe, aus der Ende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die Entscheidung fiel am 9. November. Obwohl aus Spa keine definitive Nachricht eingetroffen war, daß der Kaiser und sein ältester Sohn abgedankt hätten, entschloß sich Prinz Max am Vormittag dieses Tages, den Thronverzicht telegraphisch verkünden zu lassen. Gegen 12 Uhr mittags übertrug er dann die Regierungsgeschäfte dem Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert. Durch diesen Schritt wurde nun auch Wilhelm II., der selbst bei der Obersten Heeresleitung in Spa keinen Rückhalt mehr fand, gezwungen, sich am Abend des 9. November mit dem ihm von militärischer Seite nahegelegten Vorschlag abzufinden und am nächsten Morgen nach Holland ins Exil zu gehen. Das war das Ende der Monarchie in Deutschland, denn mit dem Abgang des Kaisers und Königs von Preußen war auch das Los der übrigen Bundesfürsten besiegelt.

Kurz nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Ebert und noch vor der tatsächlich erfolgten Ausreise des Kaisers rief der Mehrheitssozialist Philipp Scheidemann, ohne dazu von irgend jemandem ermächtigt zu sein, vom Reichstagsgebäude die Deutsche Republik aus. Durch diese spontane Handlungsweise stellte er Ebert und das deutsche Volk vor vollendete Tatsachen. Während sich die Revolution ausbreitete und überall Arbeiter- und Soldatenräte gebildet wurden, bemühte sich Ebert um die Schaffung einer provisorischen Regierung. Da dieser Vorgang später noch ausführlicher behandelt wird, darf hier eine kurze Schilderung genügen. Nach langen Verhandlungen zwischen SPD und den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)⁶, einigte man sich am 10. November darauf, eine provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten (RdV), zu bilden, der paritätisch aus je drei führenden Vertretern der beiden sozialistischen Parteien zusammengesetzt war. Formell war der RdV den Räten verantwortlich, die am Abend des 10. November diesen als die provisorische Reichsregierung in offener Versammlung bestätigten. Dabei bestanden sie jedoch auf dem Recht, bis zur endgültigen Entscheidung über die Staatsform durch das Volk den RdV zu kontrollieren und notfalls sogar absetzen

hervorging, organisierte sich bald nach Ausbruch des Weltkrieges innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) als linksradikale Opposition unter der Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. Als sich die SPD 1916 spaltete (siehe Anm. 6), schloß sich die Spartakusgruppe den Sezessionisten an, die sich im Frühjahr 1917 zur USPD, d. h. Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, zusammenschlossen. In dieser gehörte die Spartakusgruppe bis zur Gründung der eigenen (kommunistischen) Partei zum revolutionären, extrem linken Flügel, und trieb eine von der Mutterpartei weitgehend unabhängige Politik. Immer noch grundlegend: *Ossip K. Flechtheim*, Die KPD in der Weimarer Republik, Offenbach/M. 1948 und *Arthur Rosenberg*, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt/Main 1955, 110 ff. und passim.

⁶ Die weitaus beste Studie über die Geschichte der Spaltung der SPD und die Gründung der USPD ist *Carl E. Schorske*, German Social Democracy 1905–1917. The Development of the Great Schism, Cambridge, Mass. 1955. Dort auch Literaturangabe, aaO, 331–352.

zu können, überließen ihm aber nach einigen scharfen Auseinandersetzungen die Ausübung der Exekutive. Die Ausübung des Kontrollrechts nahm zunächst der ebenfalls paritätisch zusammengesetzte Großberliner Vollzugsrat für sich in Anspruch; er mußte dieses Recht aber Mitte Dezember an den auf dem Ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gewählten Zentralrat abtreten, dem beizutreten die USPD sich weigerte und der somit nur aus Mitgliedern der Mehrheitspartei bestand⁷.

In den Wochen nach dem 9. November gelang es dem RdV – trotz andauernder Reibereien mit dem Vollzugsrat – einen Waffenstillstand zu schließen, die interne Lage durch Verkündung von Wahlen zu einer Nationalversammlung zu stabilisieren, Friedensverhandlungen anzubahnen und eine weitere Radikalisierung der Revolution zu unterbinden. Obwohl die sechs Mitglieder des RdV oft Meinungsverschiedenheiten hatten, wie noch zu zeigen sein wird, war ihre Zusammenarbeit im ganzen betrachtet zunächst fruchtbar. Ende Dezember jedoch schieden die drei Vertreter der USPD aus der Regierung aus, da ihre SPD-Kollegen, ohne sie vorher ins Vertrauen gezogen zu haben, eine Meuterei der in Berlin stationierten Volksmarinedivision⁸ durch Truppeneinsatz niederwerfen ließen. Dieser Zwischenfall erschien den Unabhängigen als eine Bestätigung ihres schon vorher oft zum Ausdruck gebrachten Verdachts, daß die SPD zu stark unter den Einfluß des Militärs geraten war. Sie führten diesen Einfluß auf das geheime Abkommen zu gegenseitiger Hilfeleistung zurück, das am 10. November 1918 zwischen Ebert und dem Nachfolger Ludendorffs, General Wilhelm Groener, getroffen worden war. Ebert und seine Partei glaubten auf die Hilfe des Militärs angewiesen zu sein, um die Reichsgrenzen gegen Bedrohungen von außen, besonders von Polen, zu sichern, und im Innern des Landes linksradikale Aufstände zu verhindern, oder ihnen wenigstens wirksam entgegenzutreten zu können. Eine Gefahr von rechts wurde während der ersten, dem 9. November folgenden Monate nicht akut, da die Rechtsparteien durch die Revolution stark zurück-

⁷ Für den Zentralrat siehe vor allem jetzt auch die jüngst veröffentlichten Sitzungsprotokolle dieses Gremiums: Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd. 1: Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik 19. 12. 1918–8. 4. 1919, vom Ersten zum Zweiten Rätekongreß, bearbeitet von *Eberhard Kolb* unter Mitwirkung von *Reinhard Rürup*, Leiden 1968. Leider wurde diese grundlegende Quelle dem Verfasser erst nach Abschluß des Manuskripts zugänglich.

⁸ Die VMD war ursprünglich aus Cuxhaven zum Schutz der Regierung nach Berlin verlegt worden und wurde im Marstall und im Schloß einquartiert. Sie geriet unter der Führung radikaler Elemente schließlich in Konflikt mit den Volksbeauftragten, deren SPD-Mitglieder, ohne ihre USPD-Kollegen vorher zu Rate zu ziehen, Truppen durch den Kriegsminister von Scheuch gegen die VMD einsetzen ließen. Siehe dazu *Ryder*, op. cit., 188–193; *Cuno Horkenbach*, Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930, 46; die diesbezüglichen Dokumente in: Ursachen und Folgen, III, 47–49, und die persönlichen Erinnerungen von *Arnold Brecht*, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966, 226–228, 502–504.

gedrängt worden waren, sich erst langsam umorganisieren konnten und zunächst weder die Möglichkeit noch den Willen hatten, sich dem Gang der Ereignisse entgegenzustellen.

Der Umstand, der sich am stärksten auf die Stabilisierung der Lage auswirkte, war der Mitte Dezember auf der Ersten Reichskonferenz der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte gefaßte Beschluß, die Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung auf den Januar 1919 einzuberufen. Dieser Beschluß trug erheblich dazu bei, der Bevölkerung, die sich nach Ruhe und Ordnung sehnte, ein absehbares Ende der Umsturzperiode anzuzeigen. Allerdings wurde der Stabilisierungsprozeß noch mehrmals gefährdet, so durch den schon erwähnten Aufstand der Volksmarinedivision, durch den Berliner Januaraufstand⁹, sowie durch das Aufflammen vereinzelter Unruheherde im Frühjahr 1919 wie z. B. in Bremen, im Ruhrgebiet und noch einmal in Berlin. Ganz besonders kritisch blieb die Lage in Bayern, wo die revolutionären Zustände bis Anfang Mai andauerten und die Entwicklung der Dinge ihren eigenen, von den Ereignissen in anderen Teilen des Reiches unabhängigen Verlauf nahmen. Dennoch kann festgestellt werden, daß mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung, die dem deutschen Volk eine republikanische Verfassung gab und mit seinen Feinden Frieden schloß, die Revolution als nationale Massenbewegung ihren Abschluß fand.

Somit waren die Ursachen der Revolution vielfältiger Natur. Sie wurde ermöglicht durch Hunger und Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung in der Heimat; durch die Zermürbung der Front, die im Herbst 1918 zum militärischen Zusammenbruch führte, welcher zwar offiziell nicht zugestanden wurde, dem Volke aber nicht verborgen blieb. Die Kieler Matrosenmeuterei gab schließlich das Sturmzeichen für eine unaufhaltsame, von breiten Schichten des deutschen Volkes (besonders den demobilisierten Soldaten und der Arbeiterschaft) getragene revolutionäre Bewegung.

Was nun zunächst die Haltung der Juden als Gesamtheit zur Revolution anbetrifft, so läßt sich nur sagen, daß sie wie die meisten ihrer nichtjüdischen Mitbürger den Ereignissen zunächst passiv und abwartend gegenüberstanden*. Die Juden waren im kaiserlichen Deutschland als Bürger zweiten Ranges angesehen und behandelt worden und denjenigen, die dem Mittelstand angehörten, also dem weitaus größten Teil, eröffneten sich nun gleichsam über Nacht neue Aussichten, vor allem auf größere Bewegungsfreiheit und volle Gleichberechtigung in den Berufen. Auch politisch ergaben sich für sie neue Möglichkeiten. Andererseits scheint – die verhältnismäßig kleine Gruppe von Akti-

⁹ Über den Januaraufstand, irreführenderweise auch oft „Spartakusaufstand“ genannt, siehe *Waldman*, op. cit.; über Rosa Luxemburgs Anteil an diesem Aufstand siehe unten, S. 232–233.

* Siehe hierzu ebenfalls den Beitrag von *Eva G. Reichmann*, *Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden*, S. 550 ff. (Hrsg.).

visten ausgenommen – unter der Gesamtheit der deutschen Juden eine echte Begeisterung für den Umsturz und die durch ihn geschaffene neue Lage nicht aufgekommen zu sein. Die Nachwehen der schweren Kriegsjahre, der plötzliche Zusammenbruch mit den darauf folgenden Wirren, die Ungewißheit und Unsicherheit der dem 9. November folgenden Wochen wurde von ihnen ebenso stark empfunden wie von den nichtjüdischen Mitbürgern. Dazu kam noch, daß der weit verbreitete Antisemitismus ihnen Sorge bereitete¹⁰. All diese Erscheinungen wirkten beunruhigend und machten die damals von der jüdischen Bevölkerung weithin geübte Zurückhaltung der Revolution gegenüber begreiflich.

Die jüdischen Zeitungen jener Zeit (mit den so unterschiedlichen Nuancen der einzelnen Richtungen innerhalb des deutschen Judentums, also der religiös und politisch Liberalen, der Nationaljuden und der Orthodoxie) gewähren Einblick in die damalige Haltung und Gesinnung der deutschen Judenheit. Die Juden, hieß es im *Israelitischen Gemeindeblatt* (Köln), das sich an den liberalen, gebildeten jüdischen Mittelstand besonders Westdeutschlands wandte, bedürften nun der „völligen und sozialen Neuorientierung“. Es genüge nicht,

„... sich einfach mit der Tatsache abzufinden, daß es nunmehr eine sozialdemokratische Regierung gibt, in deren engerem Ausschusse sogar ein Jude [!] sitzt. Es reicht nicht aus, daß viele sozialdemokratische Parteifunktionäre beider Gruppen dem Judentum teils wirklich angehören, teils ihm entstammen. Schon deshalb nicht, weil nur ganz wenige von ihnen sich einen Zusammenhang mit dem Judentum gewahrt haben. Die deutschen Juden als solche müssen endlich einmal anfangen umzulernen. Sie brauchen sich nun nicht gleich mit Haut und Haaren der neuen herrschenden Anschauung anzuschließen, ebenso wie es völlig falsch wäre, sie zu bekämpfen oder ihr den Erfolg zu mißgönnen. Aber es genügt auch nicht, einfach den Sturm über sich hinwegbrausen zu lassen und sich zu ducken, bis er etwa vorüber ist. Das wäre erst ganz verkehrt. Ohne dem Rade der Zeit in die Speichen zu fallen, ohne die demokratische und soziale Entwicklung zu hemmen, und auch ohne die lautesten Schreier der neuen Zeit zu sein, vermögen die Juden sich doch so einzustellen, daß sie die Entwicklung als gesunder Volkskörper mitmachen.“¹¹

Vor allem müsse die Revolution in ruhigen Bahnen gehalten werden. Dazu sei es aber nötig, daß insbesondere der gebildete Mittelstand mehr als bisher seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit stelle, und verhindere, daß „die Schreier und Extremen von rechts und links . . . das Staatsschiff in ihr Schlepptau . . . nehmen“¹².

¹⁰ Daß der Antisemitismus stark im Zunehmen begriffen war, geht nicht nur aus der jüdischen Presse jener Tage hervor. Siehe z. B. *Freiheit*, I, Nr. 41 und 42 (beide 7. Dezember 1918); Nr. 54 (14. Dezember 1918) und aaO, II, Nr. 11 (7. Januar 1919).

¹¹ *Israelitisches Gemeindeblatt*, XXXI, Nr. 47 (22. November 1918).

¹² AaO.

All das klang gemäßigt, distanziert, weder revolutionär noch gegenrevolutionär. Bewegter wurde der Ton dieser Zeitung jedoch, sobald der Antisemitismus zur Sprache kam:

„Pogromluft weht durch Berlin ... Aber man schlägt nur die Juden, die sich nicht wehren. Man hat nur Mißachtung gegen Juden, die ihr Judentum selbst nicht achten. Wir aber wollen bis zum letzten Blutstropfen an unserm Judentume hängen ... Das Judentum ... braucht vor keiner Kulturnation die Segel zu streichen. Wir sind Juden und wollen es bleiben bis in alle Ewigkeit.“¹³

Ähnlich trat die *Allgemeine Zeitung des Judentums* an die Zeitfragen heran. Schon der Titel von Hermann Beckers Leitartikel kurz nach dem Umsturz, „Was erwarten wir Juden von der demokratischen Regierung?“ ist aufschlußreich¹⁴. Man erwartete vor allem die staatliche Anerkennung der jüdischen Religion sowie die volle Gleichberechtigung bei Anstellungen im Staatsdienst. Im Anschluß an diese grundsätzlichen Themen wandte sich die Zeitung dann der Revolution als solcher zu, wobei aber auch sogleich ein jüdisches Problem vorangestellt wurde. Nach dem einleitenden Wunsch nämlich, die neue sozialistische Republik möge sich ungestört entwickeln, wurde die Beteiligung „vieler Juden an dem neuen Regiment“ festgestellt und begrüßt, allerdings mit der Einschränkung, daß die „prozentual starke Teilnahme der Juden an der neuen Regierung bei den politisch Zurückgebliebenen einen schlimmen Eindruck machen“ könnte. Es sei daher nicht ausgeschlossen, daß „unter den Feinden der Revolution und der Republik ... die antisemitische Strömung überhand nimmt“. Vor allem sei „auf das entschiedenste“ der Vorwurf zurückzuweisen, „daß die Revolution von Juden gemacht sei“. Dann, sich an die Jugend wendend, mahnte die *Allgemeine*:

„Es wird uns von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt, daß einzelne Delegierte des Arbeiter- und Soldatenrates, junge Burschen jüdischen Bekenntnisses, bei ihrem Auftreten sich herrisch und übermütig gezeigt und durch ihr ganzes Gebaren das Mißfallen derer, denen sie entgegenzutreten hatten, besonders aber die Empörung ihrer eigenen Glaubensgenossen hervorgerufen haben ... Sie müssen bedenken, daß sie durch eigenmächtiges Verfahren, durch herrisches Auftreten ... die Gemeinschaft gefährden, der sie entstammen, und feindliche Gesinnung gegen das Judentum anfachen und verstärken.“¹⁵

Schließlich stellte die Zeitung – eine der ältesten und renommiertesten des deutschen Judentums – am Ende ihrer erstmaligen Stellungnahme zur Revolution und ihren Problemen zwei politische Forderungen, die sich nicht auf die Juden bezogen. Erstens sollte sobald wie möglich eine deutsche Nationalversammlung einberufen werden; zweitens, im Zusammenhang damit müsse die Beteiligung des gebildeten Bürgertums an einer zukünftigen Regierung gewährleistet werden, da „die deutsche Nation nicht nur aus Arbeitern und

¹³ AaO, Nr. 50 (13. Dezember 1918).

¹⁴ AZdJ, LXXXII (22. November 1918), 553–555.

¹⁵ AaO, 555.

Soldaten besteht“ und das deutsche Volk durch sein Bürgertum und seine Geistesarbeiter groß geworden sei¹⁶. Eine Woche darauf kam die *AZdJ* noch einmal kurz auf die äußere und innere Lage des Reiches zurück, konzentrierte sich aber danach, wie auch die anderen jüdischen Zeitungen, mehr und mehr auf das Problem des merkbar anwachsenden Antisemitismus¹⁷. Es ist bezeichnend für diese Entwicklung, daß die *AZdJ* schon einen Monat nach Ausbruch der Revolution resigniert schrieb:

„Wir haben in manchen Ausführungen stark dagegen polemisiert, daß man die ganze Revolution den Juden in die Schuhe schiebt, und es bedauert, daß unter den führenden Männern in Nord- und Mitteldeutschland so sehr viel Juden sich befinden. In dieser Hinsicht schließen wir uns einer Ausführung der Münchner Zeitung ‚Das jüdische Echo‘ an, die ... lautet: ‚... Wenn aber die allgemeine Stimmung diese [jüdischen] Führer bekämpft, die nicht aus breiter, gesetzlich begründeter Wahl zu dem erhoben worden sind, wozu sie die Umwälzung gemacht hat, dann handeln sie vielleicht nicht klug, wenn sie im Führeramte verharren ... Mißgunst und Mißtrauen schaden nicht nur ihnen, sondern der Allgemeinheit und vor allem dem Judentum.‘“¹⁸

Am ausführlichsten berichtete das Organ des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, *Im deutschen Reich*, damals wohl das repräsentativste Sprachrohr des assimilierten deutschen Judentums, über den Zusammenbruch¹⁹. Noch am 2. November 1918 hatte der Centralverein in Berlin eine Mitgliederversammlung abgehalten, die „in ein Treuegelöbnis an das Vaterland“ ausklang und in deren Verlauf die Erklärung eines Sprechers, Deutschland sei bereit, „für die hereinbrechende Völkerdämmerung alles zu opfern, aber nicht die Ehre“, mit jubelndem Beifall begrüßt wurde²⁰. So war es nicht weiter verwunderlich, daß die Zeitschrift die Revolution zwar zur Kenntnis nahm, sie aber nicht freudigen Herzens begrüßte. Der Schwerpunkt des mit patriotischem Pathos geschriebenen Berichtes lag auf dem Ende des Alten, nicht dem Beginn des Neuen:

„Der Krieg ist zu Ende ... Am 11. November mittags fiel der letzte Schuß. Wir alle haben das Aufhören des Blutvergießens mit ständig wachsender Sehnsucht erfleht, und nun vermochten wir uns über den nahenden Frieden nicht zu freuen. Die Waffenstillstandsbedingungen sind derart, daß sich das Herz auch der röttesten Republikaner zusammenzieht ...“

Der einzige feste Pol, der Deutschland in diesem Moment verbliebe, sei – Hindenburg. Dieser

„... steht nun einsam auf Trümmern zerbrochener Hoffnungen, auf den Trümmern seiner ungewöhnlichen und an Erfolgen reichen Arbeit. Fast wollten mir die

¹⁶ AaO, 555–556.

¹⁷ AaO (29. November 1918), 566; Antisemitismus, aaO, 567–568 und Nr. 49 bis Nr. 52, passim.

¹⁸ AaO, Nr. 49 (6. Dezember 1918), 580; siehe dazu auch *Nathan Birnbaum*, *Der neue Typ*, Neue Jüdische Monatshefte, III (10./25. Januar 1919), 161–164.

¹⁹ Umwälzung und Kriegsende, *Im deutschen Reich*, XXIV (November 1918), 417–427.

²⁰ AaO, 420–421; siehe auch 427–437.

Tränen in die Augen steigen, als ich seinen geradezu klassischen Erlaß an die deutsche Armee (vom 12. November, nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes) las . . . Ein Vorbild von sich bescheidender Größe, ein Pflichtsymbol! Eine Brücke zwischen Altem und Neuem.“²¹

Wie die anderen jüdisch-liberalen Blätter erhob auch *Im deutschen Reich* Forderungen auf eine baldige Wahl zur Nationalversammlung und die Zuziehung des Bürgertums zur Regierung. „Keine einseitige Diktatur! Das neugebildete republikanische Kabinett [der RdV] . . . ist noch nicht das Volk“²². Mit der Verschärfung des Antisemitismus jedoch klang auch der patriotische Ton dieser Zeitschrift ab und gab einer von Trauer und Enttäuschung durchsetzten Abwehrhaltung statt²³.

Mit vorsichtiger Zurückhaltung und bei Anerkennung der geschaffenen Tatsachen, reagierte die Presse des liberalen und weitgehend assimilierten Judentums auf die Revolutionsereignisse. Dabei stellten die verschiedenen Zeitungen alle die Frage in den Vordergrund, wie sich die neuen Zustände auf die Juden auswirken würden²⁴. Es war eine etwas peinliche, aber leider berechtigte Frage.

Auch die nationaljüdischen Zeitungen verfolgten mit Unbehagen das anti-jüdische Echo, das die revolutionären Ereignisse hervorriefen, und das Anwachsen des Antisemitismus. Aber als Vertreter einer Bewegung, die sich mit demokratischen Ideen identifizierte, haben sie die Revolution zunächst fast vorbehaltlos bejaht.

„Uns Juden in Deutschland gibt die Revolution Aussicht und Hoffnung, daß wir von einem neuen demokratischen System . . . *Anerkennung* und *Sicherstellung unserer Forderungen* erreichen werden. Die Demokratie und die Gerechtigkeit, in deren Zeichen das deutsche Volk in die neue Zeit eintritt, sind uns starke, unüberwindliche Helfer. Wir begrüßen die Revolution!“²⁵

Warum sie sie begrüßten, hat wohl damals am klarsten Martin Buber zum Ausdruck gebracht:

„Von je hat er [der Jude] an die Erneuerung geglaubt, an den ‚Neubruch‘, an die ‚neue Erde‘, an das ‚Neuwerden aller Dinge‘; von je hat es ihn danach verlangt, das Absolute im Empirischen auszuprägen und die ‚Gerechtigkeit‘ wie einen

²¹ AaO, 425–426. Hervorhebungen im Original.

²² AaO, 426. Hervorhebungen im Original.

²³ Siehe, z. B., Die „Schuld“ der Juden, aaO, XXV (Januar 1919), 1–11, sowie die darauf folgenden Nummern. Obwohl der Antisemitismus am hemmungslosesten von den rechts stehenden Kreisen betrieben wurde, machte er sich gelegentlich auch im katholischen Lager bemerkbar. So wandte sich die dem Zentrum nahestehende Volkszeitung am 4. Dezember 1918 gegen die „rohe Diktatur des hergelaufenen, rassefremden Eindringlings Kurt Eisner im guten Bayernland . . .“; siehe *Rudolf Morsey*, Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 32, Düsseldorf 1966, 118.

²⁴ Besonders ausgeprägt in *M. R.*, Die Revolution, Neue Jüdische Monatshefte, III (10./25. November, 10. Dezember 1918), 49–51; siehe auch *Eugen Fuchs*, Was nun?, aaO (10./25. Januar 1919), 137–144.

²⁵ Revolution, Jüdische Rundschau, XXIII (15. November 1918), 357.

unversieglichen Bach sich ergießen zu lassen. Mit der wirkenden Kraft dieses Glaubens und dieses Verlangens stellt er sich in die beginnende Umwälzung ein.

Freilich, er greift oft fehl, er muß immer wieder fehlgreifen... Er wird erst dann nicht mehr fehlgreifen, *wenn er seine Wahrheit auf eigenem Boden und mit dem eignen Volkstum verwirklicht*. Dann erst werden der tiefe Zusammenhang seines Wesens mit der Aufgabe des Zeitalters und seine Berufung zur neuen Menschheit den Augen der Welt aufleuchten. Aber heute schon, inmitten der Irrungen, bestehen sie und wirken. Auf ihrem Grunde stehend, nicht um irgendwelcher uns zugute kommender Nebenprodukte willen, nicht als Nutznießer, sondern als Mitkämpfer und Mitträger, grüßen wir die Revolution.“²⁶

Eine neue Zeit also, eine freie, gesündere politische Atmosphäre, das war es, was man von nationaljüdischer Seite aus von der Revolution vor allem erwartete, da eben nur unter solchen, im günstigen Sinne veränderten Umständen, die zionistischen Ziele gefördert und verwirklicht werden konnten.

„Die Revolution, die das deutsche Volk befreit und ihm den Weg zur Verbrüderung mit den freien Völkern der Erde öffnet, gibt auch den Juden in Deutschland die Möglichkeit und das Recht, von der Demokratie des deutschen Volkes die *Anerkennung und Unterstützung der heiligen jüdischen Forderungen zu verlangen*, die der *Zionismus* vertritt.“²⁷

Manche Zionisten gingen so weit, sich von allen derartigen politischen Fragen und Aufgaben zu distanzieren, die man im nationaljüdischen Lager als Angelegenheiten des deutschen „Wirtsvolkes“ betrachtete. So stellte in der *Jüdischen Rundschau* im Dezember 1918 ein Einsender die Frage, ob Nationaljuden sich aktiv an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligen sollten oder nicht. Erich Cohn, der Verfasser des Artikels, stellte anfangs zwar fest, daß Nationaljuden „grundsätzlich nicht [dazu] berufen“ seien, aktiv am deutschen politischen Leben teilzunehmen (was auch ein Abrücken von den jüdischen revolutionären Führern impliziert), sprach sich aber schließlich dafür aus, in diesem besonderen Falle an den Wahlen teilzunehmen. Er begründete dies damit, daß „auch die deutschen Juden [also einschließlich der nichtzionistischen] ein Bestandteil des jüdischen Volkes sind, für den wir uns vor der jüdischen Geschichte verantwortlich fühlen“. Deshalb müßten die Zionisten unter anderem den Antisemitismus in Deutschland bekämpfen, da „sich gezeigt hat, daß dieser dem Judentum mehr Menschen entführt als zuführt“, und somit „um des nichtzionistischen deutschen Judentums willen am Platze und in der Lage ... sein ... Einfluß im deutschen öffentlichen Leben auszuüben“²⁸, also einschließlich der Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung. Dieser nur von wenigen Zionisten geteilte radikale Standpunkt ist charakteristisch für eine Gruppe, die sich unter dem bestürzenden Ein-

²⁶ *Martin Buber*, Die Revolution und Wir, Der Jude, III (November/Dezember 1918), 345–346. Hervorhebung des Verfassers.

²⁷ *Revolution*, Jüdische Rundschau, XXIII (15. November 1918), 357. Hervorhebung des Verfassers.

²⁸ Die Wahlen zur Nationalversammlung, aaO, XXIII (24. Dezember 1918), 440.

druck des Krieges von aller deutschen Politik distanzieren und nur noch jüdischen Interessen dienen wollte. Auch das war ein adäquater Ausdruck einer durch das Gefühl einer Erschütterung aller hergebrachten Begriffe veranlaßten Haltung.

Noch zurückhaltender als die Zeitungen der Nationaljuden waren in der Frage der deutschen Politik diejenigen der Orthodoxie. Zwar begrüßten sie die bevorstehende Trennung von Staat und Kirche, da dadurch die „Orthodoxie ... sich in freier Vereinigung und völliger Selbständigkeit zusammenfinden“ wird²⁹. Aber sonst verhielt man sich reserviert:

„In Mitteleuropa ist die Revolution ausgebrochen ... Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das neue Deutschland ist noch nicht. Die Macht regiert, und die Weihe des Rechts steht aus. Der Vätertradition entspricht es, daß Juden in solcher Zeit strengste Zurückhaltung wahren. Nicht an ihnen ist es, den Umsturz zu benutzen, um zu Macht und Rangstellung zu gelangen, die ihnen das alte Regiment versagt hat. Das Wort des Propheten Jesaja hat für uns noch Geltung: ‚Geh, mein Volk, geh ein in Dein Gemach [der Thora], bis daß der Sturm vorüber.‘“³⁰

Ebenso eindringlich mahnte *Der Israelit* seine orthodoxen Leser zur „Zurückhaltung in politicis“. Sicherlich sei es Aufgabe eines jeden Juden, als deutscher Staatsbürger und als Angehöriger des „unsterblichen Volkes der Thora“ Treue zu bewahren „unserem Gotte, seinem Gesetze und seiner Lehre“ wie auch dem „Staate und dem Gemeinwesen, in dessen Mitte unser bürgerliches Leben sich entfaltet“. Darüber hinaus aber gezieme es sich für einen jeden Juden, taktvolles Zurücktretenlassen der eigenen Person zu üben, denn „manch gutgemeinte Geschäftigkeit und manche Pose menschenrettenden Kraftmeiertums hat schon mehr Unheil angerichtet, als die Urheber jemals geahnt hatten“. Schließlich warnte der Verfasser noch „vor dem sich vorbereitenden unheilvollen Versuch, etwa mitten in der Wirrnis der Gegenwart, Parteiprogrammen zuliebe, heute staatsrechtliche Forderungen für die deutschen Juden und in deren Namen aufzustellen, die von deren ungeheurer Mehrheit mißbilligt werden“³¹.

Diese gemäßigte Haltung, die in den jüdisch organisierten Kreisen vorherrschte, wurde in der deutschen Öffentlichkeit jedoch kaum beachtet; dafür um so mehr die Tätigkeit der individuellen Politiker jüdischer Abstammung, die so plötzlich und unerwartet an leitenden Stellen des Reiches und verschiedener deutscher Länder erschienen waren und die an den Revolutionsereignissen einen so aktiven und augenfälligen Anteil genommen hatten. Die offen

²⁹ Zur Lage, Jüdische Monatshefte, V [1918], 335. Zu einer solchen Trennung ist es allerdings nie gekommen, da die entsprechenden, zunächst im November 1918 in Preußen erlassenen Verordnungen auf den Protest der Kirchen hin schon kurz darauf wieder aufgehoben wurden. Siehe dazu *Hermann Giesecke*, Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, XIII (April 1965), 162–177.

³⁰ Zur Lage, Jüdische Monatshefte, V [1918], 334.

³¹ Zerstörung und Neugeburt, *Der Israelit*, LIX, Nr. 46 (14. November 1918).

jüdisch firmierenden Faktoren interessierten die deutsche Öffentlichkeit niemals; das war in ihren Augen nebensächlich. Nur die „getarnten“ Juden, die im deutschen politischen Leben ohne jüdischen Auftrag als individuelle Deutsche auftraten, wurden bemerkt.

Der Begriff „Jude“, wie er hier im folgenden angewandt wird, bedarf einer kurzen Klarstellung. Hätte es sich 1918/19 bei den Personen, die uns hier beschäftigen, ausschließlich um Bekenntnisjuden gehandelt, so würde sich diese Studie erübrigen. Denn Bekenntnisjuden waren die wenigsten. In der Mehrzahl hatten sie sich schon als junge Menschen von der jüdischen Religionsgemeinschaft entfremdet und empfanden ihr Judentum, sofern sie sich nicht überhaupt von ihm abgewandt hatten, als etwas Zufälliges und Belangloses. Zum Teil lag das wohl daran, daß sie sich – es handelte sich zumeist um Intellektuelle – im Laufe ihrer politischen Betätigung in stärkerem Maße von jüdischen Bindungen gelöst hatten als die Masse der deutschen Juden. Religion hatte für sie jede Bedeutung verloren. Die Partei, oder in manchen Fällen die Karriere, war für sie die Hauptsache, und die Identifizierung mit oft idealistisch empfundenen politischen Zielen bestimmte ihren Lebensweg. Es gab auch Ausnahmen, aber diese bestätigten, wie üblich, nur die Regel. Der Charakter dieser Entfremdung wies unterschiedliche Züge auf. Von denen, die politisch im Lager der bürgerlichen Parteien standen, waren die meisten zum Christentum übergetreten oder schon als Kinder getauft worden. Dabei war der Beweggrund zumeist die Erkenntnis, daß getaufte Juden in ihrer politischen und beruflichen Laufbahn weniger Hindernissen ausgesetzt waren als Glaubensjuden. Unter den Sozialisten dagegen waren getaufte Juden eine Ausnahme. Anders als bei den bürgerlichen Parteien war der Glaubensübertritt bei den Sozialisten insofern bedeutungslos, als es in der Sozialdemokratie weitverbreitete Praxis war, jegliche kirchliche Bindung überhaupt abzulehnen. So folgte die Mehrzahl der jüdischen Sozialisten dem Beispiel vieler ihrer nichtjüdischen Genossen, indem sie sich als „konfessionslos“ oder „dissidentisch“ bezeichneten. Daneben gab es jedoch im sozialistischen wie auch im bürgerlichen Lager immer eine Anzahl von Personen, die sich weiterhin als „jüdisch“, „mosaisch“ oder „israelitisch“ bezeichneten, ohne aber ihre Religion auszuüben. Ihre Haltung war dadurch bedingt, daß sie trotz des Verlustes ihrer inneren Bindung zum Judentum nicht gewillt waren, ihre Herkunft zu verleugnen, solange in Deutschland Juden als Staatsbürger zweiten Ranges behandelt wurden. Einer jüdischen Schicksalsgemeinschaft konnten sie sich noch zugehörig fühlen, auch wenn sie sich von der Religionsgemeinschaft gelöst hatten. Daß für die Juden im Spartakusbund eine Religionsfrage gar nicht existierte, bedarf wohl kaum einer besonderen Erklärung³².

³² Eine eingehendere und statistisch belegte Behandlung dieses Themas bietet nunmehr *Ernest Hamburger*, *Juden im öffentlichen Leben Deutschlands*. Regierungsmit-

So unterschiedlich auch die Form der Entfremdung des Einzelnen vom Judentum war, gemeinsam war ihnen allen die Überzeugung, daß die religiöse oder ethnische Herkunft weder im privaten noch im öffentlichen Leben als wertender Faktor in Betracht gezogen werden dürfe. Die allgemeine Anerkennung dieses Prinzips war ihnen aber nicht vergönnt. Denn ob sie ungetauft, getauft oder dissidentisch waren, ihre Umwelt, und besonders die ihnen feindlich gesinnte Umwelt, betrachtete sie zumeist unterschiedslos als Juden und bezeichnete sie obendrein oft noch als „Vertreter des Judentums“. Selbst „Halbjuden“ oder Personen, die noch weitläufiger von einem oder zwei jüdischen Großelternanteilen abstammten, wurden häufig den Juden zugezählt, sofern ihre Herkunft bekannt war. Dieser Sachlage soll hier Rechnung getragen werden. Man mag dagegen einwenden, daß damit eine auf völkischer Rassentheorie beruhende Bewertung nicht nur angewandt, sondern auch anerkannt wird, was natürlich nicht der Fall ist. Aber die Einbeziehung allerer, die man damals als Juden bezeichnet hat, also der Getauften, der Dissidenten und derjenigen Personen, deren jüdische Abstammung bekannt war, ist insofern berechtigt, als ihre Teilnahme an den politischen Vorgängen jener Zeit dann und später mit denselben Argumenten angegriffen wurde, wie die Aktivität von Glaubensjuden. Da es sich hier darum handelt, den Zusammenhang zwischen der politischen Betätigung der Juden während der Revolutionszeit und der Verschärfung des Antisemitismus zu untersuchen, muß die damalige Einschätzung jener Personen durch weite Kreise der Öffentlichkeit so dargestellt werden, wie sie zu der Zeit erschienen ist.

Der hier vorgelegte Beitrag ist ein Versuch, die Teilnahme von Juden an den Ereignissen der Revolutionszeit und die daraus erwachsene Problematik unvoreingenommen zu schildern und insbesondere festzustellen, wie und warum Juden in den Jahren 1918/19 an führende politische Stellen gelangt sind, wieweit ihre jeweilige Haltung zur Revolution von ihrer jüdischen Herkunft abhängig war, und inwiefern sie den Gang der Ereignisse beeinflusst haben. Da der hier zur Verfügung stehende Raum weder eine systematische Darstellung der Revolution noch eine vollzählige Berücksichtigung aller an ihr beteiligten Personen jüdischer Herkunft in jedem Landesteil zuläßt, beschränkt sich diese Untersuchung in ihrem Hauptteil weitgehend auf die Städte Berlin und München, die damals im Mittelpunkt der Ereignisse standen.

glieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 19, Tübingen 1968, 252–253, 406, 410–413 und passim. Da dieses grundlegende Werk erst nach Abschluß des Manuskripts veröffentlicht wurde, konnte es nur noch für die Revision hinzugezogen werden. Über die Haltung der Sozialdemokraten zu dieser Frage siehe auch *Erich Matthias* und *Eberhard Pikart* (Hrsg.), *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 1. Reihe, zwei Bände, Band 3/I, Düsseldorf 1966, LXV f.; hiernach zit.: *Matthias* und *Pikart*, Reichstagsfraktion, Band . . .

Die Frage, wie stark die politische Aktivierung der Juden das Gepräge der Weimarer Republik beeinflußt hat, kurz, das Problem, ob man von einer „Judenrepublik“ sprechen kann, ist seit 1918 immer wieder und meist polemisch erörtert worden. Uns beschäftigt hier vor allem die Debatte über die Betätigung der Juden während der Revolutionszeit, von der das Schlagwort der Judenrepublik seinen Ausgang nahm. Die nationalistische Geschichtsschreibung in Deutschland hat stets betont, daß die Revolution dem jüdischen Einfluß auf die deutschen Geschehnisse das Tor geöffnet hat – zum Schaden von Reich und Volk. So schrieb ein Akademiker in den zwanziger Jahren:

„Wir haben den Anteil der Juden an der Politik und am Staatsleben selbst bisher nicht berührt. Daß er den Anfang und das Ende des jüdischen Machtstrebens darstellt, liegt auf der Hand. Hier tritt uns denn auch die Judenfrage in reinsten und eindeutiger Form entgegen, wenn es sich darum handelt, die Leitung der Geschicke von Volk und Staat Menschen in die Hand zu geben, die nicht Glieder dieses Volkes, aber doch Bürger dieses Staates sind. Wir wissen, daß dies besonders seit dem Zusammenbruch von 1918 in einem Maße geschehen ist, das wiederum in keinem Verhältnis zur Zahl der Juden in Deutschland steht . . . Alle Zugänge zur politischen Macht haben sie sich erschlossen.“³³

Ähnlich bewertete eine nationalsozialistische Studie die Situation:

„Während im Kaiserreich . . . die Juden von der Bekleidung führender Ämter in der Regierung ferngehalten wurden, trat darin mit dem Umsturz vom November 1918 ein radikaler Umschwung ein. Es ist nicht nur, als seien mit diesem Umsturz gerade die den Juden adäquaten politischen Anschauungen an die Macht gekommen, sondern als stürzten sich die Juden mit einem jahrelang nur mühsam unterdrückten Hunger auf die leitenden Ämter in der Politik.“³⁴

Solchen Gedanken wurde schon während der Revolutionswochen Ausdruck verliehen. Der *Münchener Beobachter* brachte im Jahre 1918, also lange vor dem Ankauf dieser Zeitung durch Hitler, eine von Irrtümern strotzende Liste „jüdischer“ Politiker, die die Zeitung mit den Worten „Eine faine, daitsche Sammlung“ kommentierte³⁵. Die jüdische Reaktion auf diese Anfeindungen war und blieb zumeist apologetisch. Man konnte nicht umhin zuzugeben, daß eine beträchtliche Anzahl von Juden plötzlich an leitenden Stellen in das Blickfeld der Öffentlichkeit getreten war, aber man versuchte, dieses Phänomen zu bagatellisieren und zugleich die antisemitische Kritik daran als irrelevant oder übertrieben abzutun. Bezeichnend für diese Haltung war ein Leitartikel in *Im deutschen Reich*:

³³ *Friedrich Koepp*, Die Juden im deutschen öffentlichen Leben, in: Deutsche Politik. Ein völkisches Handbuch, bearbeitet von Angehörigen des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten und herausgegeben in seinem Auftrage durch Dr. Wilhelm Berensmann, Dr. Wolfgang Stahlberg, Friedrich Koepp, Frankfurt/Main 1926, 17–18.

³⁴ Die Juden in Deutschland, hrsg. vom Institut zum Studium der Judenfrage, München 1936, 108.

³⁵ *Rudolf von Sebottendorff*, Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, 2. Aufl., München 1934, 94–95.

„Die Revolution soll von Juden gemacht sein. Es gab allerdings unter denen, die die Revolution vorbereitet [!] und geleitet haben, auch Juden. Wenn ihre Zahl mehr als ein Prozent ausmacht . . . so liegt die Erklärung nahe genug. Den Juden war fortgesetzt die verfassungsmäßige Gleichberechtigung verweigert worden. . . Es kommt hinzu, daß die meisten, man darf vielleicht sagen, fast alle jüdischen Revolutionäre mit dem Judentum nichts oder kaum noch etwas zu schaffen haben.“³⁶

Auch das *Israelitische Familienblatt* (Hamburg) verhielt sich ähnlich. Es reagierte auf einen Angriff der *Münsterischen Zeitung*, die sich über die „Verjudung“ des preußischen Kultusministeriums ausgelassen hatte, mit der Erwiderung, daß es in dieser Regierungsstelle überhaupt keine Juden gäbe. Wenn sie jedoch in anderen Ministerien mitwirkten, so täten sie das „nicht als Vertreter des Judentums, gehörten demselben häufig nur dem Namen nach an, und haben sich häufig längst von demselben losgesagt“. Es ginge nicht an, die Gesamtheit der deutschen Juden für etwaige Maßnahmen verantwortlich zu machen, die von einzelnen Personen jüdischer Abstammung ausgingen. Politiker aller Schattierungen gäbe es in jeder Religionsgemeinschaft, also auch unter den Juden³⁷.

Abwägender war das Urteil des *Israelitischen Gemeindeblatts* (Köln) über dieses Problem. Diese Zeitung stellte fest, daß sich seit dem Umsturz viele Juden an führenden politischen Stellen befänden und führte etliche Namen an. Aber „diese bedeutenden jüdischen Politiker, die jetzt hohe Staatsämter bekleiden“, hätten sich wahrlich nicht zu diesen Ämtern gedrängt, sondern hätten diese nur aus Pflichtgefühl gegenüber dem Vaterlande übernommen.

„Nun, und wenn sich jetzt Juden in derartigen Ämtern in einem weit über den Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung in Deutschland hinausgehenden Verhältnis befinden . . . so erblicken wir in diesem Umstande nichts anderes denn eine schwere Anklage gegen die gestürzte alte, verrottete Regierung, die das Gute nicht zu nehmen gewußt hat . . . Heute gilt der Grundsatz: *la recherche de la confession est interdite*, und so soll es bleiben.“³⁸

Nüchtern urteilte auch der Historiker Hans Delbrück. Ausgehend von der häufig aufgestellten Behauptung, Deutschland werde von „Proleten und Juden“ regiert, bemerkte er in einem Aufsatz vom 24. Oktober 1919, daß dies nur eine so relative Wahrheit wäre wie die im Kaiserreich weit verbreitete Meinung, daß Deutschland von Junkern und Korpsstudenten regiert worden sei. „Nun sind eben jene Schichten an die Stelle getreten, die ehemals zurückgesetzt waren, im Kriege aber einen richtigen politischen Instinkt gezeigt haben“. Allerdings äußerte er Zweifel daran, daß Deutschland in Zukunft besser regiert werden würde als ehemals. „Im besten Falle werden die Fehler an anderen Stellen liegen.“ Und dann, sich wieder dem Ausgangsthema zuwendend, schrieb er:

³⁶ Im deutschen Reich, XXV (Januar 1919), 9.

³⁷ Israelitisches Familienblatt, XXI, Nr. 1 (3. Januar 1919).

³⁸ Israelitisches Gemeindeblatt, XXXI, Nr. 50 (13. Dezember 1918).

„Es ist ja nicht so unnatürlich, daß im besonderen die ehemals in den Winkel gedrängten Juden heute so vielfach in die erste Reihe gelangt sind. Aber schon macht sich auch der Rückschlag bemerklich. Der Antisemitismus schwillt von Tag zu Tag.“³⁹

In den folgenden Jahren, zumeist unter dem Eindruck dieses ansteigenden Antisemitismus, wurde von jüdischer Seite aus immer stärker betont, wie verschwindend klein der Anteil der Juden am politischen Leben der Republik sei, wobei man aber meist die Situation während der Revolutionszeit überging. Auf die 1924 in der Originalausgabe des *Anti-Anti* gestellte Frage, wieviele Juden tatsächlich seit der Begründung der Republik einer Reichsregierung angehört hätten, lautete die Antwort: „Resultat: in zehn Ministerien waren unter 121 Ministern fünf Minister jüdischer Abstammung!“⁴⁰ Allerdings gibt der *Anti-Anti* dann später in einer gesonderten Abhandlung über die Revolutionszeit ohne weiteres zu, daß damals verhältnismäßig viele Juden führend hervorgetreten seien, geißelt aber gleichzeitig die von den Antisemiten errechneten 80% als einen „Schwindel“. Die starke jüdische Beteiligung erkläre sich damit, daß viele Juden, die wegen der ihnen vielfach zuteil gewordenen Zurücksetzung in die Oppositionsparteien gedrängt worden waren, nun „natürlicherweise mit dieser [sic] ans Ruder gelangten“⁴¹.

Der Tendenz, den jüdischen Anteil am politischen Leben der Republik, einschließlich der Revolutionszeit, möglichst niedrig anzusetzen, wurde nach der über die Juden hereingebrochenen Katastrophe weiterhin nachgegeben. So schrieb der getaufte Jude Oscar Meyer, der als Abgeordneter und fast dreißig

³⁹ Hans Delbrück, Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902–1925, Berlin 1926, 436–437.

⁴⁰ *Anti-Anti*. Blätter zur Abwehr, Tatsachen zur Judenfrage, hrsg. vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin o. J., 29.

⁴¹ AaO, 43. An dieser Stelle wird die Behauptung aufgestellt, daß „von 423 Abgeordneten [der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung] 8 Juden und 4 jüdischer Abstammung“ gewesen seien. Das entspricht nicht den Tatsachen. Es waren 16 Juden und 8 Personen jüdischer Abstammung, die als Abgeordnete in der Nationalversammlung saßen. Jüdische Abgeordnete der SPD waren: Dr. Adolf Braun, Georg Davidsohn, Dr. Georg Gradnauer, Hugo Heimann, Gustav Hoch, Simon Katzenstein, Otto Landsberg, Dr. Hugo Sinzheimer; von der USPD: Dr. Oskar Cohn, Hugo Haase, Emanuel Wurm und (nach dessen Tode) Dr. Kurt Rosenfeld; von der Deutschen Demokratischen Partei (DDP): Dr. h. c. Bernhard Dernburg, Dr. Carl Wilhelm Petersen und Georg Gothein (Halbjuden), Erich Koch-Weser (Großvater Jude), Julius Lippmann (get.) und Eugen Schiffer (get.); von der Deutschen Volkspartei (DVP): Dr. Jakob Riesser (get.). Außerdem muß auch noch Anna von Gierke, die Tochter des bekannten Rechtsgelehrten Otto von Gierke, genannt werden. Sie war Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und durch ihre Mutter, Lili Gierke, geb. Loening, Halbjüdin.

Das ist zwar immer noch kein außergewöhnlich hoher Prozentsatz, die Zahlen sind aber fast doppelt so hoch wie die damals im *Anti-Anti* angegebenen. Max Schwarz, MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, passim, gibt die Liste der Abgeordneten.

Jahre lang als Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer einflußreiche Stellungen bekleidet hatte, in seinen Erinnerungen, daß die Behauptung, die Revolution sei von Juden „gemacht worden“, mit der geschichtlichen Wahrheit in so offenbarem Widerspruch stehe, „daß auf sie nicht eingegangen zu werden braucht“⁴². Und Ernst Ehrlich, der die Revolution gänzlich übergeht, führt aus, daß sich in den neunzehn Regierungen der Weimarer Republik nur zwei Juden befanden, Rathenau und Preuß, und daß drei weitere, Landsberg, Gradnauer und Hilferding, jüdischer Abstammung gewesen seien⁴³.

Neben der Diskussion über die Beteiligung der Juden an der Revolution wie auch am politischen Leben der Republik überhaupt, also einer Auseinandersetzung, die sich weitläufig auf einer quantitativen Ebene bewegt, hat man sich mit der Frage beschäftigt, wieweit Juden von Natur aus zum Radikalismus neigten.

Wilhelm Stapel, der antisemitische Herausgeber der Zeitschrift *Deutsches Volkstum*, behauptete 1928, es bestehe „eine besondere Affinität . . . zwischen dem intellektuellen Judentum und dem Empörertum jeder Art“⁴⁴. Er hätte sich hier auf eine Äußerung des jüdischen Schriftstellers Jakob Wassermann stützen können, der schon 1921 zu einer ähnlichen Feststellung gelangt war:

„Bei allem Bildersturm, allem Paroxysmus oder sozialen Forderung waren Juden, sind Juden in der vordersten Linie. Wo das Unbedingte verlangt, wo reiner Tisch gemacht wurde, wo der staatliche Erneuerungsgedanke mit frenetischem Ernst in Tat umgesetzt werden sollte, waren Juden, sind Juden die Führer. Juden sind die Jakobiner der Epoche.“⁴⁵

Wassermann fügte jedoch hinzu, daß die meisten dieser Menschen Idealisten seien, „von ehrlicher Überzeugung beseelt . . . Heilbringer“, denen zugestanden werden müsse, „daß in ihrem Tun eine vielleicht unsinnige und schuldvolle, vielleicht aber auch weit in die Zukunft deutende Folgerichtigkeit liegt: die Überpflanzung der vom Judentum empfangenen Messiasidee aus dem Religiösen ins Soziale“⁴⁶, ein Gedanke also, der sich von Stapels Auslegung grundsätzlich unterscheidet. Auch dieses Thema ist nach 1945 wieder aufgegriffen worden. In seinem Büchlein *Semiten und Antisemiten* sieht Karl Friedrich Borée den Grund für den Eintritt von Juden „in solcher unverhältnis-

⁴² Oscar Meyer, *Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen*, New York 1944, 118.

⁴³ Ernst Ludwig Ehrlich, *Judenfeindschaft in Deutschland. Von der Römerherrschaft bis zum Zeitalter der Totalität*, in: Karl Thieme (Hrsg.), *Judenfeindschaft. Darstellung und Analysen*, Frankfurt/Main 1963, 246.

⁴⁴ Wilhelm Stapel, *Antisemitismus und Antigermanismus. Über das seelische Problem der Symbiose des deutschen und des jüdischen Volkes*, Hamburg-Berlin-Leipzig 1928, 99.

⁴⁵ Jakob Wassermann, *Mein Weg als Deutscher und Jude*, Berlin 1921, 117–118.

⁴⁶ AaO, 118.

mäßigen Zahl“ in die praktische Politik in ihrem „Gerechtigkeitsgefühl, gepredigt von ihrer Religion und durch die seit Jahrhunderten erfahrene Unterdrückung geschärft“. Dazu käme aber auch noch ihre mangelnde traditionelle Bindung, eine Folge ihrer nun verwirklichten Emanzipation, die ihnen „den Absprung ins Neue“ erleichtert und „sie zu Radikalismus und Auflehnung“ disponiert habe⁴⁷.

Vorsichtiger abwägend behandelt der Historiker Golo Mann diesen Punkt⁴⁸. Zu dem vielfach erhobenen Vorwurf, das deutsche Judentum sei in seiner Gesinnung und Wirkung revolutionär und umstürzlerisch gewesen, sagt Mann, daß es im neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhundert unter den revolutionären Denkern und Politikern Europas sicherlich viele Juden gegeben habe, „weit mehr, jedenfalls, als der Gesamtzahl der in Deutschland oder in der Habsburger Monarchie oder in Rußland lebenden Juden entsprochen hätte“. Aber während sich einerseits, besonders unter den jüdischen Sozialdemokraten, „ausgezeichnete Männer, deutsche Patrioten“ befunden hätten, so habe es andererseits auch eine Reihe von „radikalen, lieblosen revolutionären Theoretiker[n], welche später zu den Kommunisten stießen“ gegeben. Letztere „haben durch ihre revolutionären Experimente in der Politik in Mitteleuropa zu gewissen Zeiten tatsächlich eine schwere Schuld auf sich geladen“, zum Beispiel 1919 in München. „Es gab eben doch entschieden mehr [Revolutionäre] unter ihnen als ihrer Gesamtzahl entsprochen hätte.“ Aber daraus nun zu schließen, wie es so häufig der Fall gewesen sei, daß „das Judentum in seiner Gesamtheit oder überwiegend revolutionär, umstürzlerisch, subversiv“ gewesen wäre, müsse man ablehnen. „Im Gegenteil. Die bei weitem überwiegende Mehrzahl der Juden gerade in Deutschland... ist ganz entschieden konservativ gewesen... In Wirklichkeit ist in revolutionärer Gesinnung und Praxis nichts typisch Jüdisches.“

Das Gesamtbild, das sich aus den historiographischen und journalistischen Auseinandersetzungen der letzten fünf Jahrzehnte über das uns hier vorliegende Problem ergibt, ist also widerspruchsvoll. Auf der einen Seite finden sich polemische, meist auf Vorurteilen basierende Behauptungen; auf der anderen Seite steht der Versuch, diese Behauptungen mit häufig apologeti-

⁴⁷ *Karl Friedrich Borée*, *Semiten und Antisemiten. Begegnungen und Erfahrungen*, Frankfurt/Main 1960, 36; siehe auch Seite 60, wo er von den Juden als „geborene[n] Revolutionäre[n]“ spricht („soweit es sich um geistige Vorbereitung von Revolution handele“), und Seite 106, wo er glaubt, „die Beobachtung gemacht zu haben, es wäre [unter den Juden] eine Disposition zum Extremen vorhanden, zum Radikalismus, ein Hang sozusagen, die charakterlichen Züge zu steigern. Das dürfte dann wohl die Folge eines eigentümlich starken Temperamentes sein.“

⁴⁸ *Golo Mann*, *Über Antisemitismus*, in: *Geschichte und Geschichten*, Frankfurt/Main 1961, 186–189. Siehe auch die Auseinandersetzung mit Manns These in *Walter Gross*, *Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik*, in: *Hans Tramer* (Hrsg.), *In Zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsechzigsten Geburtstag*, Tel-Aviv 1962, besonders 538–544.

schen Gegenargumenten zu entkräften. Nur vereinzelt haben jüdische und nichtjüdische Beobachter sich an eine Mittellinie gehalten, ohne aber damit den Gang der Debatte wesentlich zu beeinflussen. Was damals und später nicht zum Ausdruck kam, war die Tatsache, daß die Debatte den Kern der Dinge nicht traf und wohl auch nicht treffen konnte. Sie bewegte sich nämlich auf zwei völlig verschiedenen Ebenen. Auf jüdischer Seite war man vor allem darauf bedacht, den statistisch aufgezogenen antisemitischen Anschuldigungen bezüglich der „Verjudung“ der deutschen Politik dadurch zu begegnen, daß man die Zahlen anfocht und dazu oft gleichzeitig versuchte, sich von den Politikern jüdischer Abstammung zu distanzieren. Diese Bemühungen hätten aber nur dann Erfolge erzielen können, wenn die den Juden feindlich gesinnten Kreise wenigstens sachlichen Argumenten zugänglich gewesen wären, was aber nicht der Fall war. Denn ihnen ging es eben nur darum, im Volke den Eindruck zu erwecken, „die Juden“ seien im Begriff, von den durch sie „eroberten“ wichtigen politischen Stellen aus, den Deutschen ihren „jüdischen Willen“ aufzuzwingen. Für die Untermauerung dieser Behauptungen kam ihnen das während der Revolutionszeit beispiellose, wenn auch kurzfristig bemessene plötzliche Erscheinen von Juden an prominenten politischen Stellen sehr zu statten. Dabei war es im Grunde genommen nebensächlich, wie hoch die Zahl der an der Revolution aktiv beteiligten Juden tatsächlich war. Wäre die Zahl kleiner gewesen, so hätte das wohl die antisemitischen Anfeindungen quantitativ geschwächt, ausgeblieben wären sie aber nicht. Auch ein einziger „Vertreter des Judentums“, dessen „korrumpierenden, undeutschen“ Einfluß man ebenso stigmatisiert hätte, wie man es ein paar Jahre darauf mit Walther Rathenau tat, hätte genügt, um Angriffsstoff gegen die deutschen Juden zu liefern. Denn diese in ihrer Gesamtheit waren ja das eigentliche Ziel, das getroffen werden sollte. Die aller Öffentlichkeit sichtbare Tätigkeit einzelner Juden diente als Grundlage einer Rationalisierung der antisemitischen Haltung, die aus dem Fremdheitsgefühl und aus der gefühlsmäßigen Ablehnung der Juden stammte und der es willkommen war, eine Minderheit als Sündenbock gebrauchen zu können. So lag das wesentliche Problem der Debatte darin, daß man auf der einen Seite mit antisemitischen Anschuldigungen an die gefühlsmäßigen Vorurteile der Massen appellierte und auf der anderen Seite versuchte, diesen Anschuldigungen mit vernunftmäßigen Argumenten entgegenzutreten. Daß die auf das gefühlsmäßige Empfinden hinzielenden antisemitischen Anschuldigungen eine größere Wirkung ausübten als die sachlich gehaltenen Entgegnungen, war bei der Lage der Dinge unvermeidlich. Dieses Dilemma, nämlich die überlegene emotionale Wirkungskraft antisemitischer Behauptungen allen sich auf einer vernunftgemäßen Ebene bewegenden Argumenten gegenüber kennzeichnete bis zum Ende der Republik fast jede öffentliche Diskussion über die sogenannte Judenfrage⁴⁰.

⁴⁰ Zu diesem Dilemma siehe besonders *Arnold Paucker*, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Wei-*

II

Die aktive Beteiligung deutscher Juden am politischen Leben hatte schon am Anfang des neunzehnten Jahrhunderts eingesetzt, war aber trotz steten Anwachsens immer begrenzt und prekär geblieben⁵⁰. Obwohl Juden schon im Vormärz in der Kommunalpolitik aktiv waren, sich seit März 1848 als Abgeordnete an der Landespolitik und seit der Reichsgründung 1871 auch an der Reichspolitik beteiligten, und obwohl auf allen drei Ebenen viele von ihnen sich auszeichneten und sich Achtung verschafften, blieben ihnen in der Regel, sofern sie sich nicht taufen ließen, leitende Stellen als Regierungs- und Verwaltungsbeamte in den Einzelstaaten und im Reiche bis 1918 verschlossen. Dadurch ergab sich ein Gefühl des Zurückgesetztseins, das sowohl die politische Einstellung der einzelnen jüdischen Politiker wie auch die des deutschen Gesamtjudentums bestimmte. Besonders im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts schwenkten viele Juden zur Opposition – zumeist zum Freisinn, aber auch zur Sozialdemokratie – über, da der Staat offensichtlich nicht gewillt war, die Juden vom Stigma eines Bürgertums zweiter Klasse zu befreien. Der politische Zug nach links entwickelte sich in den neunziger Jahren zusehends. Das rapide Anwachsen des Antisemitismus im Bürgertum, zusammen mit der opportunistischen und lauen Haltung des liberal-freisinnigen Lagers dieser Entwicklung gegenüber, veranlaßte besonders junge jüdische Intellektuelle – Rechtsanwälte, Schriftsteller, aber auch Angestellte – sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen, in deren Reihen sie dank ihres höheren Bildungsgrades meist rasch in führende Stellen aufstiegen⁵¹. Die seit der Jahrhundertwende beachtlich gewachsene Anzahl jüdischer Parteifunktionäre und Parlamentarier in der SPD entsprach aber keineswegs der politischen Einstellung des Gesamtjudentums im Lande. Zwar gab es zweifellos eine (unbestimmbare) Anzahl jüdischer Wähler, die aus Enttäuschung über die Haltung

marer Republik, *Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte*, Bd. IV, 2. Auflage, Hamburg 1969, 146 und passim; *Eva G. Reichmann*, Diskussionen über die Judenfrage, in: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelband, hrsg. von *Werner E. Mosse* unter Mitwirkung von *Arnold Paucker*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 13, 2. Auflage, Tübingen 1966, 503–531 und passim; *Robert Weltsch*, Schlußbetrachtung: Entscheidungsjahr 1932, aaO, 535–562 passim.

⁵⁰ Siehe dazu neuerdings *Hamburger*, op. cit., und *Jacob Toury*, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 15, Tübingen 1966, wie auch die älteren Studien von *Rudolf Schay*, Juden in der deutschen Politik, Berlin 1929, und *Moritz Bilecki*, Die Deutschen Juden in der Deutschen Politik, Der Jude, I (Juli 1916), 212–232.

⁵¹ „Die gleichzeitige Erschwerung ihrer beruflichen Existenz infolge des Antisemitismus und ihr fast völliger Ausschluß aus Regierungssämtern brachte sie den ‚Zurückgesetzten‘ nahe und machte sie zu Parteigängern des Sozialismus“ (*Toury*, op. cit., 216); siehe auch *Hamburger*, op. cit., 147–150.

des liberalen Bürgertums in den Jahren 1903, 1907 und 1912 für die Sozialdemokratie stimmten⁵². Aber da die deutschen Juden zum größten Teil in Handel und Gewerbe tätig waren und der Arbeiterbewegung mit einem im Mittelstand recht verbreiteten Mißtrauen entgegentraten, unterstützte nur eine Minderheit die SPD. Dazu kam noch, daß viele von ihnen trotz aller erlittenen Zurücksetzungen ein ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl zu Kaiser und Reich besaßen⁵³, so daß die Mehrzahl bis zum Fall der Monarchie der oppositionellen Sozialdemokratie fernblieb.

Als sich die Sozialdemokratie wegen innerparteilicher Auseinandersetzungen 1916/17 spaltete, verteilten sich auch ihre jüdischen Anhänger auf die aus ihr hervorgehenden Parteien, d. h. auf die Mehrheitssozialdemokratische Partei, die sich weiterhin SPD nannte, auf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) und auf deren linken Flügel, die radikale Spartakusgruppe, die zwar formell bis Ende 1918 unter dem „schützenden Dach“ der USPD verblieb, aber in der Regel ihre eigene Politik trieb⁵⁴. In den bürgerlichen Parteien gab es gleichfalls jüdische Parlamentarier (zumeist bei den Liberalen), von denen allerdings die meisten getauft waren. Jedenfalls standen beim Ausbruch der Revolution Juden vornehmlich im Lager der Linken; von ihnen gehörten einige den Führungsgruppen ihrer Parteien an und hatten darüber mitzubestimmen, wie sich diese dem überraschend hereingebrochenen Umsturz gegenüber verhalten sollten.

Die Übernahme leitender politischer Ämter durch Juden war im November 1918 am auffallendsten in Berlin⁵⁵. Dort befand sich der Sitz der provisorischen Reichsregierung, der preußischen Staatsregierung, und die Leitung der im ganzen Lande gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte, welche sich zunächst im Berliner Vollzugsrat, dann im deutschen Zentralrat konstituierten⁵⁶. In

⁵² *Toury*, op. cit., 212 ff.; *Hamburger*, op. cit., 145–148.

⁵³ „Der Jude neigt seiner Natur nach und seinem völkischen Schicksal nach zu einer Haltung des Patriotismus . . . Die lange begehrte, aber stets verwehrte Teilnahme an einem ‚Vaterland‘ machte seine Haltung zu dem, was von da an eigentlich die charakteristische Note seines Patriotismus ist: zu einer Werbung. Aus solcher werbenden Haltung heraus ist der Jude auch leicht bereit, sich zum Übermaß, zum Chauvinismus, zu bekennen“ (*Josef Kastein*, *Juden in Deutschland*, Wien 1935, 91, 93); siehe auch *Paucker*, op. cit., 30.

⁵⁴ *Schorske*, op. cit., besonders 285–330; *Rosenberg*, op. cit., 110–115 und passim.; *Kolb*, op. cit., 46–55. Kolb weist darauf hin (47), daß sich die Spartakusgruppe bis zum 11. November 1918 offiziell „Gruppe Internationale“ nannte.

⁵⁵ Sofern nicht anderweitig vermerkt ist, stützen sich die nachfolgenden Angaben auf die folgenden Belege: *Hermann A. L. Degener*, *Wer ist's?* IX. Ausgabe, Berlin 1928; *Siegmund Kaznelson* (Hrsg.), *Juden im deutschen Kulturbereich*. Ein Sammelwerk, 3. Ausgabe, Berlin 1962; *Cuno Horkenbach*, op. cit.; *Franz Osteroth*, *Biographisches Lexikon des Sozialismus*, I: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960; und *Toury*, op. cit., passim.

⁵⁶ Siehe oben, Anm. 4. Im Berliner VR scheint, wie später im deutschen ZR, nur ein Jude gesessen zu haben, Max Cohen-Reuss; siehe Mitgliedsliste in *Hermann Müller*, *Die Novemberrevolution. Erinnerungen*, Berlin 1928, 92, 239.

allen diesen Gremien waren Juden vertreten. Im Rat der Volksbeauftragten (RdV), dessen sechs Mitglieder vorläufig die Regierungsgeschäfte des Reiches wahrnahmen, saßen die Rechtsanwälte Otto Landsberg (SPD) und Hugo Haase (USPD). Der Staatsrechtler Dr. Hugo Preuß, der sich als Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angeschlossen hatte, war zum Staatssekretär und damit zum Leiter des Reichsamts des Innern ernannt worden. Als Beigeordneter⁵⁷ im Reichsamt des Innern fungierte Dr. Joseph Herzfeld für die USPD. Der bisherige Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt, der getaufte Eugen Schiffer, der von den Nationalliberalen zur DDP stieß, wurde zum Staatssekretär befördert und übernahm die Leitung dieses Amtes⁵⁸. Als Beigeordneter für beide sozialistische Parteien wurde ihm Eduard Bernstein zugewiesen. Dem Reichsernährungsamt stand Emanuel Wurm (USPD) vor, während Dr. Oskar Cohn (USPD) Beigeordneter im Reichsjustizamt wurde.

Ähnlich war die Situation in der preußischen Staatsregierung. Auch sie bestand zunächst aus sechs Volksbeauftragten, von denen zwei, Paul Hirsch (SPD) und Dr. Kurt Rosenfeld (USPD), bei der kurz nach dem 9. November vollzogenen Umbildung in eine regelrechte Regierung Ministerposten annahmen. Hirsch wurde Ministerpräsident und zugleich, bis März 1919, Leiter des preußischen Innenministeriums, während Rosenfeld (allerdings erst am 26. November 1918) vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Leiter des preußischen Justizministeriums ernannt wurde. Das preußische Finanzministerium wurde dem Bankier Hugo Simon (USPD) anvertraut⁵⁹. Dazu wirkten, und zwar

⁵⁷ „Man hatte sich in den Verhandlungen zwischen beiden sozialistischen Parteien am 10. November darauf geeinigt, bürgerliche Staatssekretäre nur als ‚Fachminister‘ zu übernehmen. Dabei war man dem Mißtrauen der sozialdemokratischen Anhängerschaft gegen die ‚alten Gewalten‘ entgegengekommen und hatte jedem Staatssekretär zur Kontrolle zwei . . . [Beigeordnete], und zwar je ein MSP- und ein USP-Mitglied, zur Seite gestellt“ (*Elben*, op. cit., 37).

⁵⁸ Zu Schiffers Stellung während der Revolution, siehe unten, S. 204 ff. Am 13. Februar 1919 übernahm Schiffer im Kabinett Scheidemann das Amt des Finanzministers sowie des Stellvertreters des Präsidenten des Reichsministeriums (also des Reichskanzlers, wie der Inhaber dieses Amtes später wieder genannt wird); er wurde am 19. April 1919 in beiden Ämtern durch Dr. Bernhard Dernburg (Halbjude) abgelöst. Das nunmehr vom Reichsfinanzministerium getrennte Reichsschatzamt übernahm vom 21. März bis zum 3. April 1919 der Halbjude Georg Gothein. Bis zum 21. Juni 1919 waren außerdem Landsberg und Preuss Mitglieder des Kabinetts Scheidemann.

⁵⁹ Da sich die beiden sozialistischen Parteien darauf geeinigt hatten, dem Beispiel der provisorischen Reichsregierung folgend, alle Ministerien in der preußischen Regierung paritätisch, also doppelt, zu besetzen, standen Rosenfeld und Simon je ein Kollege von der SPD, Hirsch ein Kollege von der USPD zur Seite. Dieser Zustand nahm am 4. Januar 1919 ein Ende, als die USPD-Minister aus der preußischen Regierung schieden; siehe *Walter Gross*, Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik, aaO, 543, und *Kolb*, op. cit., 262, Anm. 2. – Somit waren auf der Reichsebene von sechs Volksbeauftragten zwei jüdisch; drei von zwölf Reichsbehörden wurden von Juden geleitet, und von den elf Beigeordneten waren drei jüdisch.

schon seit vor der Revolution, Dr. Curt Joël als Ministerialdirektor im Reichsjustizamt und Dr. Friedrich Theodor Freund als Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium des Innern. Beide waren getauft.

Zieht man die Berufsschichtung der deutschen Juden in Betracht, so ist es kaum verwunderlich, daß sie nur ganz vereinzelt in den Arbeiterräten oder bei den Berliner Revolutionären Obleuten auftauchten. Dafür waren sie jedoch recht zahlreich in den Soldatenräten vertreten⁶⁰. Zu ihnen gehörte Max Cohen-Reuss. Er nahm zunächst im Berliner Vollzugsrat eine führende Stellung ein und wurde Mitte Dezember 1918 im neugebildeten Zentralrat der A. und S.Räte Deutschlands zunächst dessen zweiter, danach erster Vorsitzender. In beiden Gremien, dem VR mit 28 und dem ZR mit 27 Mitgliedern, war Cohen-Reuss der einzige Jude. Eng mit ihm zusammen arbeitete in der Rätebewegung als solcher der Angestelltenvertreter Julius Kaliski. Beide wurden die Hauptsprecher der sozialdemokratischen Räte⁶¹.

An der Spitze der Stadt Berlin selber, in deren kommunalen Körperschaften ja schon seit Jahrzehnten Juden vielfach mitgewirkt hatten, stand während der Revolutionswochen ebenfalls ein Jude, Hugo Heimann (SPD), als Volksbeauftragter und Stadtverordnetenvorsteher⁶². Aber es waren nicht ausschließlich jüdische Politiker, die sich in amtlichen Stellen dem Blick der Öffentlichkeit präsentierten. Auch die nun sehr einflußreichen Presseorgane beider sozialistischer Parteien, *Vorwärts* und *Freiheit*, wurden von Friedrich Stampfer (SPD), respektive Dr. Rudolf Hilferding (USPD) redigiert, und der Halbjude Robert Breuer (SPD)⁶³ saß als stellvertretender Pressechef der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes während der kritischen Wochen an der Quelle des offiziellen Nachrichtenwesens⁶⁴.

Auch in den wichtigsten Ausschüssen saßen einige Juden. Im Verfassungsausschuß der im Januar 1919 gewählten Nationalversammlung waren von

In Preußen waren von insgesamt 14 Ministern (Doppelbesetzung bis zum Januar 1919) drei jüdisch.

⁶⁰ *Walter Gross*, Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik, aaO, 542 und Anm. 2.

⁶¹ *Oertzen*, op. cit., 82.

⁶² Berlin hatte vier Volksbeauftragte, von denen drei – Heimann, Dr. Kurt Rosenfeld und Dr. Hermann Weyl – Juden waren; siehe *Freiheit*, I, Nr. 17 (24. November 1918), und *Israelitisches Gemeindeblatt*, XXXI, Nr. 50 (13. Dezember 1918).

⁶³ Breuer war der Sohn eines jüdischen Vaters und einer christlichen Mutter und hieß ursprünglich Lucian Friedländer; *Osteroth*, op. cit., 48; *Walter Oehme*, Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/1919, Berlin [Ost] 1958, 44.

⁶⁴ Weniger bekannt war, daß in der Propagandaabteilung des Berliner VR Felix Stößinger im Hintergrund arbeitete und, wie Hermann Müller es ausdrückt, von dort aus die „Ideen ausgab“; *Hermann Müller*, Novemberrevolution, 112. Eine kurze Schilderung der bürgerlichen Presse in Berlin während dieser Zeit, einschließlich der von jüdischen Verlegern gelenkten Häuser Mosse und Ullstein, gibt *Peter de Mendelssohn*, Zeitungstadt Berlin, Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Berlin 1959, 215–228; siehe auch *Theodor Wolff*, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936, 201–221, passim.

28 Mitgliedern drei jüdisch: Simon Katzenstein und Dr. Hugo Sinzheimer, beide SPD, und Oskar Cohn, der einzige Vertreter der USPD. Und von den insgesamt 11 Mitgliedern der im November 1918 vom RdV eingesetzten Sozialisierungskommission waren es wiederum drei – Hilferding, der Privatdozent Dr. Emil Lederer und der Industrielle Dr. Max Theodor Vogelstein⁶⁵.

Schließlich fanden sich sofort nach dem Umsturz fast alle Führer der Spartakustruppe in Berlin zusammen und gründeten dort am Jahresende die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD). Der Prozentsatz der Juden in der Spartakusführung war hoch. Da die meisten von ihnen während des Krieges verschiedentlich verhaftet und abgeurteilt worden waren, kannte man auch allgemein die Namen von Rosa Luxemburg, Paul Jogiches, Paul Levi, Rosi Wolfstein, August Thalheimer – um nur die prominentesten zu nennen – ganz abgesehen von Karl Radek, der zwar als illegal in Deutschland weilender Ausländer der Spartakusgruppe gar nicht angehörte, aber gewöhnlich mit dazu gezählt wurde⁶⁶.

Da auf die Entwicklung in München noch ausführlicher und gesondert einzugehen sein wird, soll es vorerst genügen, einen kurzen Überblick über die in Bayern vornehmlich an der Revolution beteiligten Juden zu geben. In der Revolutionsregierung Kurt Eisners (USPD) war vom 7./8. November 1918 bis zu seiner Ermordung am 21. Februar 1919 außer Eisner nur noch ein (getaufter) Jude, der bayerische Finanzminister Dr. Edgar Jaffé (USPD) tätig. Daneben muß aber auch Eisners Sekretär und „Adjutant“, Felix Fechenbach (USPD) erwähnt werden, sowie Frau Sara Sonja Lerch, geb. Rabinowitz (USPD), eine Veteranin der russischen Revolution von 1905 und eine „besonders eifrige Helferin Eisners“⁶⁷. Außerdem war der aus Fürth stammende Fliegerleutnant Kurt Königsberger im November 1918 fünf Tage lang „Oberbefehlshaber der bayerischen Armee“⁶⁸. Seine hauptsächliche Aufgabe bestand

⁶⁵ *Hermann Heidegger*, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870–1920, unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Revolutionsjahre, Göttingen-Berlin-Frankfurt 1956, 266–267, einschl. Anm. 632 und 273; Ursachen und Folgen, III, 33, Anm. 3; *Osteroth*, op. cit., 292.

⁶⁶ Ernst Meyer, der bisher gewöhnlich den Juden in der Spartakusführung zugezählt worden ist (siehe z. B. *Kaznelson*, op. cit., 563), war, nach Angaben seiner Witwe, Frau Rosa Meyer-Leviné, weder Jude noch jüdischer Abstammung. Der Verfasser verdankt diese Information Herrn Dr. Hermann Weber, Briefe vom 18. Oktober und 15. Dezember 1968. Auch Karl Liebknecht wurde oft fälschlich für einen Juden gehalten, obwohl das schon im Dezember 1918 von jüdischer Seite aus widerlegt wurde; siehe Im Deutschen Reich, XXIV (Dezember 1918), 470. Ein Beispiel für diese falsche Behauptung: *Dr. Walter Liek*, Der Anteil des Judentums am Zusammenbruche Deutschlands; Flugblatt aus Deutschlands Erneuerung, Monatschrift für das deutsche Volk, München 1919, 3.

⁶⁷ *Franz Schade*, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961, 46 und 118, Anm. 61. – Sara Sonja Lerch spielte allerdings nur im Januarstreik 1918, im Vorspiel zur Münchener Revolution, als enge Mitarbeiterin Eisners eine Rolle. Verhaftet wegen ihrer Streiktätigkeit, verübte sie Selbstmord im Gefängnis.

⁶⁸ *Allan Mitchell*, Revolution in Bavaria 1918–1919, The Eisner Regime and the

allerdings darin, das Landtagsgebäude militärisch zu sichern. Im bayerischen provisorischen Nationalrat, der 256 Mitglieder zählte, saßen nur wenige jüdische Abgeordnete, darunter Fechenbach, Ernst Toller (USPD), Gustav Landauer (parteilos, Anarchist) und Dr. Max Süßheim (SPD)⁶⁹.

Auf Eisners Ermordung⁷⁰ folgte ein Interregnum, das bis zum 17. März andauerte. Am 25. Februar konstituierte sich der revolutionäre Zentralrat der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zu einem Rätekongreß und beriet darüber, wer nun in Bayern regieren sollte. An diesen Verhandlungen beteiligten sich lebhaft und aktiv eine Reihe von Juden, darunter im besonderen Landauer, Toller, Süßheim, Erich Mühsam (Anarchist), die Brüder Dr. Philipp und Walter Löwenfeld (SPD) und Dr. Arnold Wadler (USPD); der am 1. März zum Volkskommissar für Wohnungsfürsorge ernannt wurde⁷¹. Am 17. März trat kurzfristig wieder eine regelrechte Regierung unter dem Sozialdemokraten Johannes Hoffmann zusammen, dessen Kabinett keine jüdischen Mitglieder aufwies. Jedoch ernannte die Regierung Hoffmann einen erst unlängst in München eingetroffenen Österreicher jüdischer Abstammung, den Nationalökonom Dr. Otto Neurath, zum Vorstand einer bayerischen Sozialisierungskommission⁷².

Die Regierung Hoffmann wurde am 7. April 1919 von der ersten bayerischen Räterepublik abgelöst. Diese dauerte ganze sechs Tage, die aber genügten, um Toller, Landauer, Mühsam, Wadler usw., die während dieser Tage politisch hervortraten, den Ruf gewalttätiger Terroristen einzubringen. Die erste Räterepublik wurde am 13. April von einer zweiten, kommunistischen Räterepublik verdrängt. Diese hielt sich bis zum Ende des Monats unter führender Beteiligung der jüdischen Kommunisten Eugen Leviné-Nissen und Towia Axelrod sowie des Abschnittskommandanten der Dachauer Front, Ernst Toller.

Außerhalb Berlins und Münchens standen Juden in den verschiedenen Länderregierungen weniger zahlreich im Vordergrund der politischen Ereignisse.

Soviet Republic, Princeton 1965, 114; *Wilhelm Herzog*, Menschen, denen ich begegnete, Bern und München 1959, 67; *Moritz J. Bonn*, So macht man Geschichte? Bilanz eines Lebens, München 1953, 192. Herzog und Bonn betiteln ihn als „Kriegsminister“.

⁶⁹ Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918–1919. Stenographische Berichte Nr. 1 bis 10 (8. November 1918 bis 4. Januar 1919), München, o. J., XIII–XVI; hiernach zit.: Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. ... Der provisorische Nationalrat setzte sich aus Vertretern der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, der Gewerkschaften, der ehemaligen Landtagsfraktionen der SPD, des Bayerischen Bauernbundes und der Liberalen Vereinigung sowie verschiedener beruflicher Organisationen zusammen. Sein politischer Einfluß war bis zu seiner Auflösung im Januar 1919 nie sehr groß. Näheres siehe unten, S. 234 ff. passim.

⁷⁰ Siehe unten, S. 248.

⁷¹ Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. Februar bis 8. März 1919, München o. J., Nr. 4, 100; hiernach zit.: Sten. Bericht ... vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. ...

⁷² *Mitchell*, op. cit., 293; über Wadler und Neurath siehe unten, S. 274 ff.

In Sachsen war der Halbjude Richard Lipinski (USPD) vom 15. November 1918 bis zum 16. Januar 1919 Minister des Innern und Äußeren, dazu Vorsitzender der sächsischen Volksbeauftragten. Sein Nachfolger als Minister des Innern war Dr. Georg Gradnauer (SPD), seit dem 15. November 1918 sächsischer Justizminister und ab 1. März 1919 der erste Ministerpräsident des neuen Freistaates Sachsen. Gradnauer war ursprünglich getauft, dann konfessionslos.

In Baden hatte der letzte Großherzog dieses Landes schon im Oktober 1918 Dr. Ludwig Haas, den fortschrittlichen Vertreter von Karlsruhe im Reichstag, zum Minister des Innern ernannt. Haas, der sich der DDP anschloß, verwaltete sein Amt während der Revolutionszeit bis zu seinem Eintritt in die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung als Mitglied der „vorläufigen Volksregierung“ Badens. Als Justizminister desselben Landes fungierte seit dem Umsturz Dr. Ludwig Marum (SPD).

In Württemberg war Berthold Heymann (SPD) vom 11. November 1918 bis zum 20. Oktober 1919 Kultusminister und übernahm dann, bis zum 1. Juli 1920, das Innenministerium.

Schließlich war Dr. Hugo Sinzheimer, der während des Krieges von Theodor Barths Demokratischer Vereinigung zur SPD übergewechselt war, und der 1919 die Betriebsräteartikel in die Weimarer Reichsverfassung einbrachte, nach Ausbruch der Revolution für kurze Zeit Polizeipräsident von Frankfurt am Main⁷³.

Die vorangehende Zusammenstellung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit; sie zeigt jedoch, in welchem Ausmaße Juden während der Revolution plötzlich in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerieten, wo diese Entwicklung mit Erstaunen und Befremden vermerkt wurde. Fügt man dem noch hinzu, daß schon die starke Beteiligung jüdischer bolschewistischer Führer an der russischen Oktoberrevolution von 1917 einen ungünstigen Eindruck in Deutschland hinterlassen hatte und daß dieser durch die im Frühjahr 1919 von Bela Kun, einem jüdischen Kommunisten, ausgelöste ungarische Revolution noch bestärkt wurde, so ist es zumindest nicht verwunderlich, daß 1918/19 die These vom überstarken jüdischen Einfluß in der deutschen Politik unter der Bevölkerung Wurzel fassen konnte⁷⁴.

⁷³ Toni Sender, *The Autobiography of a German Rebel*, New York 1939, 115.

⁷⁴ Am 17. November 1918 schrieb General Wilhelm Groener an seine Frau u. a. die folgenden Sätze: „Vier Jahre war das deutsche Volk ungebrochen gegen eine Welt von Feinden – nun läßt es sich wie eine Leiche umwerfen von einer Handvoll Matrosen, denen das russische Gift des Herrn Joffé und Genossen eingespritzt war. Und wer sind die Drahtzieher? Juden hier wie dort.“ *Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen*. Jugend, Generalstab, Weltkrieg, hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertingen, Bd. 41, *Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Göttingen 1957, 471–472. Siehe auch die Erklärung des Herausgebers zu dieser Bemerkung, 472, Anm. 6 a.

Fragt man nun, auf welche Art Juden damals an führende politische Stellen gelangt sind, wie und in welchem Sinne sie gewirkt haben und wie stark ihr Einfluß auf die Ereignisse gewesen ist, so findet man hier eine ebensolche Vielfältigkeit wie bei den nichtjüdischen Politikern. Zwei aufschlußreiche Beispiele dafür, wie Juden 1918 „an die Macht“ gekommen sind, bilden Landsbergs und Haases politische Werdegänge bis zum Ausbruch der Revolution.

Beide waren schon als Studenten der SPD beigetreten, schlugen dann aber sehr verschiedene Wege ein. Der 1869 in Rybnik, Oberschlesien, geborene Otto Landsberg, Sohn eines Kreisarztes, zog 1912 als sozialdemokratischer Vertreter der Stadt Magdeburg in den Reichstag ein⁷⁵. Obwohl er sich schon im Mai jenes Jahres einen Verstoß gegen die Parteidisziplin zuschulden kommen ließ, indem er bei der Vertagung des Reichstags im Saal blieb und sich stehend das Kaiserhoch mitanhörte⁷⁶, rückte er in der Fraktion bald in eine führende Stelle auf. Als ihr Sprecher in juristischen Fragen wurde er am 1. Mai 1917 zum Mitglied der sozialdemokratischen Vertretung im neugeschaffenen Verfassungsausschuß des Reichstags bestimmt, dem übrigens auch Gradnauer angehörte⁷⁷. Am 23. Oktober 1918 wurde er in einer Fraktionssitzung durch Akklamation als zusätzlicher Vertreter der Partei in den Interfraktionellen Ausschuß des Reichstags und in derselben Sitzung zusammen mit Gustav Noske als Beisitzer in den Parteivorstand gewählt⁷⁸. Somit gehörte Landsberg beim Ausbruch der Revolution der engeren Führung seiner Partei an. Als juristischer Sachverständiger und Rechtsberater der SPD hatte sich der Akademiker Landsberg bei der Parteileitung, namentlich bei den in ihr zahlreich vertretenen Gewerkschaftsführern, Vertrauen und Achtung zu verschaffen gewußt. Auch war er während der Kriegsjahre als einer der Wortführer seiner Reichstagsfraktion weiten Kreisen der sozialdemokratischen Wählerschaft bekannt geworden. Alle diese Gründe trugen dazu bei, daß sich Partei- und Fraktionsleitung am 9. November darüber einig waren, Landsberg zusammen mit dem Parteivorsitzenden Friedrich Ebert und dem Reichstagsabgeord-

⁷⁵ *Matthias und Pikart*, Reichstagsfraktion, Bd. 3/I, LXII.

⁷⁶ AaO, CXLCII, Anm. 61 a.

⁷⁷ *Osteroth*, op cit., 176; *Matthias und Pikart*, Reichstagsfraktion, Bd. 3/II, 252 und Anm. 4. Der Ausschuß, Ende März 1917 durch Reichstagsbeschluß gebildet, hatte sich zur Aufgabe gesetzt, verfassungsrechtliche Fragen zu prüfen, „insbesondere der Zusammensetzung der Volksvertretung und ihres Verhältnisses zur Regierung“. Er setzte sich aus Vertretern der SPD, des Zentrums, der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei zusammen.

⁷⁸ *Matthias und Pikart*, Reichstagsfraktion, Bd. 3/II, 504. Der interfraktionelle Ausschuß bildete sich im Oktober 1917 aus den Parteien der Friedensresolution vom 19. Juli 1917, also der SPD, dem Freisinn und Zentrum, denen sich dann die Nationalliberalen anschlossen. Siehe dazu: *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18*, bearbeitet von *Erich Matthias* unter Mitwirkung von *Rudolf Morsey*, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe Bd. 1/I und 1/II, Düsseldorf 1959.

neten Philipp Scheidemann als Volksbeauftragten der mit der USPD auf paritätischer Grundlage zu bildenden provisorischen Regierung zu ernennen⁷⁹.

Hugo Haase kam im Gegensatz zu Landsberg aus sehr beschränkten sozialen Verhältnissen. Er wurde 1863 als Sohn eines Schuhmachers in Allenstein geboren. Nachdem er Gymnasium und Universität absolviert hatte, ließ er sich in Königsberg als Rechtsanwalt nieder, wo er 1897 in den Reichstag gewählt wurde⁸⁰. Dort gehörte er innerhalb der SPD-Fraktion zu der kleinen, aber gewichtigen Gruppe der Rechtsanwälte, zu der auch seine jüdischen Kollegen Ludwig Frank, Joseph Herzfeld, später auch Otto Landsberg und Oskar Cohn gehörten. In der Reichstagswahl von 1907, wo die SPD fast die Hälfte ihrer 1903 errungenen Mandate einbüßte, verlor auch Haase das seine, gewann es aber 1912 zurück. Inzwischen war er, 1911, vom Parteivorstand vorgeschlagen und besonders von August Bebel gefördert, in einer umstrittenen Wahl (283 gegen 102 Stimmen) neben Bebel zum Parteivorsitzenden gewählt worden. Die Opposition gegen ihn kam hauptsächlich von gewerkschaftlicher Seite, insbesondere von Carl Legien, der Ebert als Gegenkandidaten vorgeschlagen hatte, damit aber damals nicht durchdrang. Erst 1913, nach Bebels Tod, wurde Ebert zum 2. Vorsitzenden gewählt, während Haase an Bebels Stelle zum 1. Parteivorsitzenden aufrückte und es bis zur Parteispaltung 1916 auch blieb. Als der sozialdemokratische Fraktionsvorstand 1912, zu Anfang der XIII. Legislaturperiode, um sieben Mitglieder erweitert wurde, fungierte Haase zusammen mit Bebel und Hermann Molkenbuhr als einer der drei Vorsitzenden des Fraktionsvorstands. Da sich Molkenbuhr zumeist im Hintergrund hielt, war Haase nunmehr nach Bebel, der aus gesundheitlichen Gründen immer seltener nach Berlin kam, der zweite Mann in der Fraktionsführung seiner Partei. Als Bebel 1913 starb, rückte Haase an seinen Platz, obwohl er offiziell das Amt gleichberechtigt mit Molkenbuhr und dem 1913 ebenfalls in den Fraktionsvorsitz gewählten Philipp Scheidemann ausübte. Somit war Haase der einzige, der zugleich als Parteivorsitzender und als Fraktionsvorsitzender amtierte⁸¹.

Im Laufe der ersten zwei Kriegsjahre kam Haase, dessen Führerrolle schon vor 1914 nie so unangefochten war wie die seines Vorgängers Bebel, wegen der Frage der Bewilligung von Kriegskrediten mit seiner Partei in immer

⁷⁹ Müller, Novemberrevolution, 56; Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution. Ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. 1. Band: Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin 1921, 33.

⁸⁰ Johannes Fischart (d. i. Erich Dombrowski), Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands, Berlin 1919, 277. Schwarz, MdR, 141.

⁸¹ Matthias und Pikart, Reichstagsfraktion, Bd. 3/I, LXII, CXIII–CXV, einschl. Anmerkungen; Bd. 3/II, 536, 547. Die beste Studie über die Organisation der Parteileitung und der Fraktion in Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18, Düsseldorf 1961, 367–386.

stärkeren Konflikt⁸². Zwar stimmte er 1914 noch für die Bewilligung, enthielt sich aber von März 1915 ab der Stimme und forderte endlich im Juni 1915, zusammen mit Karl Kautsky und Eduard Bernstein in dem Manifest „Das Gebot der Stunde“, öffentlich die Arbeiter auf, gegen die Regierung Stellung zu beziehen, weil sie eine Politik der Eroberung befürworte. Nach schweren innerparteilichen Kämpfen gründete er Anfang März 1916 mit siebzehn gleichgesinnten Fraktionskollegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und gehörte deren Vorstand an. Als diese Gruppe beschloß, gegen den Notetat im Reichstag zu stimmen, kam es zu einer entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Haase und dem Parteivorstand, worauf Haase sich gezwungen sah, seine Stellung als Fraktionsvorsitzender niederzulegen. Damit wurde ein offener Bruch unvermeidlich. Er erfolgte denn auch im Januar 1917, und zu Ostern desselben Jahres wurde die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet und Haase zu ihrem Vorsitzenden gewählt⁸³.

Bei Ausbruch der Revolution befand sich Haase auf einer Inspektionsreise nach Kiel und kehrte erst am Abend des 9. November nach Berlin zurück. Inzwischen waren die Volksbeauftragten der SPD in die Reichskanzlei eingezogen und hatten die USPD eingeladen, sich an einer paritätisch besetzten provisorischen Regierung zu beteiligen. Obwohl während Haases Abwesenheit im Führungskreis der USPD Unentschlossenheit und Verwirrung herrschten, wurde doch eine Delegation zu Ebert geschickt, um Haase, Emil Barth und Karl Liebknecht als Regierungskandidaten in Vorschlag zu bringen. Dabei stellte die Partei aber Bedingungen, die für die SPD unannehmbar waren, und so kam es am 9. November zu keiner Einigung zwischen den beiden Parteien. Am folgenden Tage trat die Partei- und Fraktionsleitung der USPD dann unter Haases Vorsitz zusammen. Dieser sprach sich zunächst gegen eine Beteiligung seiner Partei an der Regierung aus, stellte aber schließlich seine Bedenken zurück, teils, um „den Willen der Massen auszuführen“⁸⁴, teils aus taktischen Erwägungen. Denn er und seine gemäßigten Parteifreunde wußten, daß nur durch Zusammenarbeit mit der SPD ein Bürgerkrieg verhindert werden konnte. Aus diesem Grunde entschlossen sie sich schweren Herzens zur Koalition mit der Mehrheitspartei und hofften, daß sie als Regierungspartner die SPD zu einer rein sozialistischen Politik bewegen und jeglichen bürgerlichen Einfluß ausschalten könnten⁸⁵. Von diesem Standpunkt

⁸² Dazu vor allem *Schorske*, op. cit., 285–321, passim. Zu „nie so unangefochten“ siehe *Matthias* und *Pikart*, Reichstagsfraktion, Bd. 3/I, CXIII.

⁸³ *Schorske*, op. cit., 304–321; *Osteroth*, op. cit., 110.

⁸⁴ *Ernst Haase* (Hrsg.), Hugo Haase. Sein Leben und Wirken, mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, Berlin o. J., 58.

⁸⁵ *Kolb*, op. cit., 159; *Freiheit*, I, Nr. 57 (16. Dezember 1918); vgl. dazu die etwas abweichende Darstellung von *Emil Barth*, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin o. J., 59, sowie Haases Brief an seinen Sohn Ernst vom 26. November 1918, in dem er schrieb: „Ich würde allein mit meinen Freunden die Regierung ergriffen haben, wenn nicht die Soldaten fast einmütig darauf bestanden, daß wir mit

aus milderten sie nun ihre vortägigen Eintrittsbedingungen in den RdV derart ab, daß Ebert, Scheidemann und Landsberg sie akzeptierten. Auf diese Weise kam die paritätisch besetzte provisorische Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, zustande. Haase, den seine Partei schon in seiner Abwesenheit vorgeschlagen hatte, teilte, gleichberechtigt mit Ebert, den Vorsitz. Da Liebknecht die Beteiligung an der Regierung ablehnte, trat Wilhelm Dittmann an seine Stelle. Am Abend dieses 10. November wurde die neue Regierung von einer Versammlung der A. und S.Räte Berlins im Zirkus Busch mit überwältigender Mehrheit durch Wahl bestätigt⁸⁶.

Dieser erste Erfolg konnte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der RdV, der von vornherein nur als eine Zwischenlösung angesehen wurde, in einer schwierigen Lage befand. Der Ausbruch der Revolution hatte SPD und USPD ebenso überrascht wie die übrigen Parteien. Ganz unerwartet war dem Parteivorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert, die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte zugefallen. Unter dem Druck der ungestümen Masse und in der Hoffnung, eine möglichst breite Vertrauensbasis im kriegsmüden und aufgewühlten Volk zu schaffen, nahm die SPD die ihr gar nicht genehmen Unabhängigen als Partner in den RdV auf. Letzterer stand nun mit den ihm untergeordneten Regierungsgremien einer Reihe von dringenden und dornenvollen Aufgaben gegenüber: Das waren der Abschluß eines Waffenstillstands mit den Feinden, die Anbahnung von Friedensverhandlungen, die Befriedung des Landes und die Sicherung der Regierung gegen linksradikale Aufstände. Die Stellung der Obersten Heeresleitung und des Offizierkorps zur provisorischen Regierung bedurfte einer Klärung, zumal die geordnete Zurückführung des Heeres in die Heimat noch eine ungelöste Aufgabe war. Die Ernährungslage blieb wegen der noch andauernden englischen See-Blockade äußerst kritisch. Endlich mußte geklärt werden, für welche Staatsform sich das deutsche Volk entscheiden würde, ob für das spontan entstandene Rätssystem oder für eine demokratisch-parlamentarische Republik. Dabei war es offensichtlich, daß über die Art und Weise der Bewältigung dieser Aufgaben weder im RdV selber noch unter den Regierungsparteien Übereinstimmung herrschte. Die SPD war unter Eberts Einfluß entschlossen, schnellstens Wahlen auszuschreiben und eine verfassunggebende Nationalversammlung einzuberufen. Die USPD dagegen wollte unter allen Umständen das Rätssystem in irgend-

Ebert die Gewalt teilen sollten, und wenn nicht ohne Ebert ein erheblicher Teil der bürgerlichen Fachmänner Sabotage treiben würde. So müssen wir manches in Kauf nehmen, was uns *contre coeur* ist. Der revolutionäre Elan wird stark gedämpft“ (*Haase*, op. cit., 173).

⁸⁶ *Haase*, op. cit., 58–59; *Kolb*, op. cit., 34–35, 114–118; *Müller*, Novemberrevolution, 52–57, 65–72; *Bernstein*, Die deutsche Revolution, 33, 45–48; *Elben*, op. cit., 15–17; *Brecht*, op. cit., 191–192; *Philipp Scheidemann*, The Making of New Germany. The Memoirs of Philipp Scheidemann, II, New York 1929, 267–271; *E. O. Volkmann*, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, 49–54; *Ryder*, op. cit., 149–159.

einer Form aufrechterhalten sehen, wobei allerdings in dieser Partei die Meinungen darüber weit auseinandergingen, wie das zu bewerkstelligen sei und ob man eine Wahl zur Nationalversammlung grundsätzlich ablehnen oder sie nur möglichst lange aufschieben sollte. Im letzteren Falle ergab sich für die Unabhängigen die Frage, welche Stellung die Räte in einer demokratischen Republik einnehmen würden, d. h., ob sie dem zukünftigen Parlament über-, neben- oder untergeordnet sein sollten. Vorläufig war die Lage jedenfalls so, daß bis zum Zusammentritt einer Reichskonferenz aller deutschen A. und S.Räte im Dezember 1918 der am 10. November geschaffene und paritätisch aus Vertretern der SPD und der USPD zusammengesetzte Berliner Vollzugsrat (VR) der A. und S.Räte sich als allein befugtes Führungsorgan des deutschen Rätensystems betrachtete. Da weder das genaue Verhältnis des RdV zum Berliner VR noch die Funktionen und Kompetenzen beider Körperschaften je klar festgelegt und abgegrenzt worden waren, kam es zwischen ihnen zu häufigen Reibereien über ihre verschiedenen Machtbefugnisse⁸⁷. Mit diesen und weiteren Fragen mußten sich nicht nur die Volksbeauftragten an der Spitze des Reiches auseinandersetzen, sondern auch alle diejenigen, die im Bereich ihrer jeweiligen Ämter und Befugnisse an den Regierungsgeschäften beteiligt waren.

Wenden wir uns zunächst den beiden jüdischen Volksbeauftragten zu. Als bei der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den RdV die Aufgaben des ehemaligen Reichskanzleramts den sechs Mitgliedern des Rats übertragen wurden, erhielt Haase, zusätzlich zu seiner Stellung als – mit Ebert gleichberechtigter – Vorsitzender die Ressorts Äußeres, Kolonien und – das ist nicht ganz klar – Justiz. Landsberg war bis zum 20. November für Presse- und Nachrichtenwesen, danach für Finanzen verantwortlich⁸⁸. Die beiden Männer waren grundverschiedene Naturen. Der stärkere, aggressivere war Landsberg, von einem Zeitgenossen „Waldmensch“ genannt. Sein „Haupt- und das etwas struppige Barthaar, das Ableger eigentlich über das ganze Gesicht verstreut hat, schien ... einen einzigen rotbraunen Urwald zu bilden, der auf einem mächtigen Kieferbau ruhte“⁸⁹. Emil Barth, der Landsberg bitter haßte und einen „Mephisto der Revolution“ geschimpft hat⁹⁰, gestand ihm dennoch zu, daß er ein „ebenso gescheiter wie gewissensarmer Kopf, ein außerordentlich gerissener und überzeugend deduzierender Jurist“ sei⁹¹. Diese Meinung ist

⁸⁷ Einzelheiten über die Stellung des VR zum RdV und die durchaus nicht einheitliche Stellung der USPD zu diesen Fragen können hier nicht eingehend behandelt werden. Siehe hierzu *Kolb*, op. cit., 119 ff., 159–169, und passim; *Elben*, op. cit., 18–25, und passim.

⁸⁸ *Elben*, op. cit., 28 und Anm. 1. Etwas abweichend *Bernstein*, Die deutsche Revolution, 48. Daß Haase zusätzlich zu seinen anderen Pflichten auch das Justizressort übernommen hätte, wird erwähnt in *Freiheit*, I, Nr. 3 (16. November 1918).

⁸⁹ *Johannes Fischart* (d. i. Erich Dombrowski), *Das alte und das neue System. Neue Folge: Die Männer der Übergangszeit*, Berlin 1920, 127.

⁹⁰ *Barth*, op. cit., 147.

⁹¹ *AaO*, 76.

von einem, Landsberg ebenfalls nicht gewogenen, damaligen Angestellten der Reichskanzlei bestätigt worden⁹². Seine Gegner auf der Linken nannten ihn reaktionär und verbreiteten das von Georg Ledebour stammende *bon mot*, Landsbergs Bart sei das einzige, das rot an ihm wäre⁹³. Er habe das Proletariat gehaßt, meinte Barth⁹⁴, und der sonst mit Landsberg oft übereinstimmende Eduard David charakterisierte ihn 1915 als einen zwar begabten Juristen und Sprecher, der aber „leider Eingänger und Lebensgenießer“ sei und „der für keine dauernde Vorarbeit zu gewinnen ist; kein soziales Pflichtgefühl“ besäße⁹⁵.

Ein „Reaktionär“ war der ehemalige Anwalt des Magdeburger Proletariats sicher nicht, und die Behauptung, er sei der „leitende und bestimmende Kopf des Rats der VB“ gewesen, wird von Arnold Brecht als Übertreibung zurückgewiesen⁹⁶. Aber es ist zutreffend, daß er auf dem rechten Flügel der SPD stand, daß er allen von ihm als „radikal“ angesehenen Kräften gegenüber Gewaltmaßnahmen nicht scheute und daß er, der für das außenpolitische Ressort in keiner Weise verantwortlich war – diese Aufgabe war Haase übertragen – häufig in außenpolitische Fragen eingriff. Dabei bewies er oft einen so starken Nationalismus, wie er ähnlich unter seinen Parteikollegen nur noch bei David und Noske zu finden war.

Zu den vielen Problemen, mit denen sich der RdV in den ersten Wochen nach dem Umsturz zu befassen hatte, gehörte sein Verhältnis zum Berliner VR. Beide nahmen das Recht der Exekutive für sich in Anspruch, da, wie schon erwähnt, ihre jeweiligen Befugnisse nie eindeutig festgelegt worden waren. Landsberg und seine beiden SPD-Kollegen konnten zwar nicht öffentlich bestreiten, daß der VR das Kontrollrecht über den RdV besaß, Landsberg nahm jedoch im Kabinett und auch außerhalb dieses Gremiums die Exekutivgewalt für den RdV in Anspruch und behauptete, daß dieser damit auch die Verantwortung für die ihm unterstellten einzelnen Reichsämter übernehmen müsse. „Der Rat der Volksbeauftragten ist als Regierung eingesetzt. Das bedeutet, daß er allein die Geschäfte zu leiten hat... sonst kommt man zu einer Nebenregierung.“⁹⁷ Eben als eine solche sah Landsberg den VR an und tat

⁹² Oehme, op. cit., 38.

⁹³ AaO; Heidegger, op. cit., 202; Eugen Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin 1951, 225.

⁹⁴ Barth, op. cit., 76.

⁹⁵ Eduard David, Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, in Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, I. Reihe, Bd. 4, Düsseldorf 1966, 141–142.

⁹⁶ Barth, op. cit., 76; Oehme, op. cit., 42 und passim; Brecht, op. cit., 501.

⁹⁷ Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Berlin o. J., 3. Sitzung (17. Dezember 1918), Spalte 79; hiernach zit. als Allgemeiner Kongreß der A. u. S.Räte... vom 16. bis 21. Dezember 1918.

sein möglichstes, ihn zu hemmen und zu diskreditieren. So wurde dem VR am 6. Dezember auf Landsbergs Veranlassung hin der dem RdV unterbreitete Etat mit der Aufforderung zurückgeschickt, der VR müsse sich größerer Sparsamkeit befleißigen und die geforderte Gesamtsumme herabsetzen⁹⁸. Einige Tage darauf, am 9. Dezember, kam es in einer Kabinettsitzung zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den drei Volksbeauftragten der SPD und ihren USPD-Kollegen, als die Nachricht eintraf, der VR habe die Verhaftung eines Offiziers und zweier Industrieller angeordnet. Landsberg war außer sich und drohte: „Wir drei, die wir einem Fraktionsverband angehören, gehen zusammen, wenn nicht in kürzester Frist die Aufhebung all dieser Maßnahmen des VR erfolgt.“⁹⁹ Rücktrittsdrohungen benutzte Landsberg überhaupt des öfteren. So hatte er schon am 29. November bezüglich der Frage des Wahltermins zur Nationalversammlung, den der VR völlig ablehnte¹⁰⁰, den Haase und seine beiden USPD-Kollegen aber wenigstens möglichst lange hinausschieben wollten, im Kabinett erklärt, er und seine Parteifreunde könnten die Verantwortung für die Weiterführung der Regierung nicht übernehmen, wenn nicht morgen der Termin zu den Wahlen für die Konstituante bekanntgegeben würde. Sie würden sonst aus der Regierung ausscheiden und es den Herren Haase, Dittmann und Barth überlassen, die Politik Deutschlands weiterzuführen¹⁰¹. Und am 23. Dezember, als die Volksmarinedivision meuterte¹⁰² und die Volksbeauftragten mit den aufrührerischen Matrosen in Verhandlung traten, hat Landsberg seiner eigenen Berichterstattung zufolge die „schwer bewaffneten Leute“ nicht nur heruntergeputzt „wie Schulbuben“¹⁰³, sondern auch schließlich die Verhandlungen mit den Worten abgebrochen: „Jetzt ist Schluß. Dann übernehmen Sie die Regierung“¹⁰⁴.

Nachdem die Meuterei mit Waffengewalt niedergeworfen worden war, kam es unter den Volksbeauftragten zu ernststen Auseinandersetzungen, die einige Tage darauf zum Rücktritt der drei USPD-Mitglieder führten¹⁰⁵. Auch hier trat Landsberg als der schärfste Verteidiger des von Ebert, Scheidemann

⁹⁸ Akten betreffend: Protokolle der Kabinettsitzungen, Alte Reichskanzlei, Vorakten 2 b zu R.Min., Bd. I, vom 14. November bis 13. Dezember 1918; 6. Dezember 1918, eng. Filmmr.: 8935 H/E 627049; hiernach zit. als VB-Protokolle, I, Datum, 8935 H/E. . .

⁹⁹ AaO, 9. Dezember 1918, 8935 H/E 627080. ¹⁰⁰ Kolb, op. cit., 131.

¹⁰¹ VB-Protokolle, I, 29. November 1918, 8935 H/E 627022.

¹⁰² Siehe oben, Anm. 8.

¹⁰³ Otto Landsberg, Der Rat der Volksbeauftragten, in: Friedrich Ebert und seine Zeit. Ein Gedenkwerk über den ersten Präsidenten der Deutschen Republik, Berlin o. J., 196.

¹⁰⁴ Brecht, op. cit., 504; ähnlich auch in: Akten betreffend: Protokolle der Kabinettsitzungen, Alte Reichskanzlei, Vorakten 2 b zu R.Min., Bd. II, vom 14. Dezember bis 31. Dezember 1918; 24. Dezember 1918, engl. Filmmr. 8935 H/E 627191 bis 627192; hiernach zit. als VB-Protokolle, II, Datum, 8935 H/E. . .

¹⁰⁵ Ryder, op. cit., 188–193; siehe auch die diesbezüglichen Dokumente in: Ursachen und Folgen, III, 49–52 und Ritter und Miller, op. cit., 151–159.

und ihm gebilligten Vorgehens gegen die Matrosen auf. Zwar gab er zu, daß er sich die Durchführung dieser Maßnahmen weniger drastisch und blutig vorgestellt hätte; aber den Befehl, die Truppen zum Einsatz zu bringen, „werden wir drei stets verantworten können“¹⁰⁶. Und dabei blieb er. Zwei Wochen später, während des sogenannten Spartakusaufstands im Januar 1919¹⁰⁷, nahm Landsberg eine ähnliche Haltung ein. „Wir wollen nicht angreifen, sondern uns verteidigen. Die beste Parade ist aber der Hieb, und wir haben uns nicht auf die reine Defensive festgelegt.“ Er habe sich heute nacht (vom 6. auf den 7. Januar) die Zustände in Berlin angesehen. Gesindel beherrsche die Straße. „Mit 2000 bis 3000 entschlossenen Soldaten rennen wir die ganze Korona über den Haufen.“ Noske solle man schalten und walten lassen¹⁰⁸.

Das gleiche Draufgängertum, das er im Zusammenhang mit den innerpolitischen Schwierigkeiten bewies, trat auch in seinen außenpolitischen Ansichten zutage. Seine spezielle Aufmerksamkeit widmete er den östlichen Grenzgebieten – Oberschlesien, Posen, Westpreußen, usw. –, wo die noch ungeklärte Grenzföhrung zu Spannungen zwischen Deutschen und Polen geföhrt hatte. Schon am 21. November hatte er im Kabinett geäußert, daß Deutschland zwar eine friedliche Verständigung mit den Polen anstrebe, „daß aber, wenn diese scheitern sollte, wir Truppen zur Sicherung im oberschlesischen Kohlenrevier bereithalten wollen“¹⁰⁹. Etwas über einen Monat später warnte er in einer Debatte über die bevorstehende Demobilisierung des Heeres, daß man sich damit nicht übereilen dürfe, „wegen der Polen“, die vor der Friedenskonferenz Posen in ihre Hände bekommen wollten. „Ist jemand hier, der willig ist, den Polen jetzt vor dem Friedenskongreß die ganze Provinz Posen zu lassen?“ rief er ärgerlich¹¹⁰. In derselben Nacht schlug er dann vor, deutsche Truppen nach Oberschlesien zu entsenden, um dort separatistische Umtriebe zu verhindern und kam nach längerer Debatte immer wieder darauf zurück, daß die Entsendung von Militär unter Umständen der einzige Ausweg sei, der der Regierung bliebe. „Vor der Gefahr, daß, wenn Oberschlesien nicht genü-

¹⁰⁶ VB-Protokolle, II, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627219, und E 627205 bis 627234, passim.

¹⁰⁷ Siehe unten, S. 232 f.

¹⁰⁸ Akten betreffend: Protokolle der Kabinettsitzungen, Alte Reichskanzlei, Vorakten 2b zu R.Min., Bd. III, vom 2. Januar bis 8. Februar 1919; 7. Januar 1919, engl. Filmmr. 8935 H / E 627415; hiernach zit. als VB-Protokolle, III, Datum, 8935 H / E . . .

¹⁰⁹ VB-Protokolle, I, 21. November 1918, 8935 H / E 627000.

¹¹⁰ VB-Protokolle, II, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627236–627237. Während dieser Debatte sagte Barth: „Ich weiß erst seit heute früh, daß der Genosse Landsberg aus Schlesien stammt. Ich erkläre ohne weiteres, daß ich heute sehr vieles verstehe und begreife, wenn ich es auch nicht gut heiße. Ich begreife, daß das Nationale bei ihm in einer ganz anderen Weise entwickelt ist, als schließlich bei mir. Das bringen die Verhältnisse in den gemischtsprachlichen Gebieten mit sich“; aaO, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627257.

gend geschützt ist, die Tschechen und Polen einmarschieren... können wir uns nur durch Militär schützen.“¹¹¹ Hierin war und blieb er konsequent.

Auch später änderte sich seine Haltung nicht. In der Nationalversammlung unterstützte er den Preußischen Gedanken einer unitarischen Staatsform, um, wie er später erklärte, damit „der Gefahr des Zerfalls durch die vollständigste, innigste Zusammenfassung aller deutschen Stämme und Gaue zu einem echten Einheitsstaate für jetzt und immerdar zu steuern“¹¹². Am 13. Februar 1919 übernahm er im Kabinett Scheidemann das Reichsjustizministerium, ging als Mitglied der deutschen Friedensdelegation nach Versailles und trat am 20. Juni gemeinsam mit Scheidemann und dem Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau von seinem Ministeramt zurück, da er, wie diese, die Unterzeichnung des Vertrags ablehnte. Während der vorangehenden Verhandlungen in der Nationalversammlung hatte er sich öffentlich gegen die Annahme des Vertrages ausgesprochen. Aber in der entscheidenden Sitzung vom 22. Juni stimmte er nicht dagegen, sondern blieb mit Scheidemann und drei anderen SPD-Abgeordneten der Abstimmung fern, um nicht vom Votum der Fraktion abweichen zu müssen¹¹³.

Wie alle Quellen bestätigen, war der Politiker Landsberg eine ehrgeizige und temperamentvolle Persönlichkeit; als ein Revolutionär im wahrsten Sinne des Wortes enthüllt er sich nicht. Landsberg war und blieb ein revisionistischer, „staatserhaltender“ Sozialdemokrat, dem Ruhe und Ordnung im Lande ebenso am Herzen lagen wie der Schutz der Reichsgrenzen. Darin stimmte er völlig mit Ebert und Scheidemann überein¹¹⁴. Wie wenig revolutionär er dachte, geht auch daraus hervor, daß er noch kurz vor dem Ausbruch der Revolution auf einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 8. November 1918 der Meinung Ausdruck gab, der Kaiser müsse zwar gehen, aber „wir... [sind] auch Demokraten. Deshalb wollen wir die Republik nicht aufzwingen. Wir denken nicht daran, eine völlige Abdankung der Monarchie und der Hohenzollern zu beanspruchen“¹¹⁵. Die Revolution, die dann folgte, betrachtete er

¹¹¹ AaO, 28./29. Dezember 1918, 8935 H / E 627305–627307, E 627313. Landsberg wurde dann auch von Ebert nach Oberschlesien entsandt, damit er sich dort persönlich mit der Situation bekannt machen und darüber bei seiner Rückkehr dem Kabinett Bericht erstatten könne. Dieses geschah am 3. Januar 1919; siehe VB-Protokolle, III, 3. Januar 1919, 8935 H / E 627399–627400, E 627407.

¹¹² *Otto Landsberg*, Der Rat der Volksbeauftragten, in: Friedrich Ebert und seine Zeit, 201. Preuß selber verfocht die Einheitsstaatsidee aus ganz anderen Erwägungen heraus. Siehe unten, S. 184 ff.

¹¹³ Ursachen und Folgen, III, 379–380; *Horkenbach*, op. cit., 55, 77; *Osteroth*, op. cit., 177; *Heidegger*, op. cit., 341–342.

¹¹⁴ Über „die eigentümlich konservative, allen politischen Risiken abgeneigte Färbung des sozialdemokratischen Patriotismus“ siehe besonders *Oertzen*, op. cit., 264 bis 265. Eine Definition des Wortes „staatserhaltend“ ist unten, S. 225 gegeben.

¹¹⁵ *Erich Matthias* und *Rudolf Morsey*, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, I. Reihe, Bd. 2, Düsseldorf 1962, 597. Auch am 20. Februar 1919 sprach er in der

vor allem als eine Gelegenheit, die bestehenden Institutionen des Reiches und Preußens zu demokratisieren. Deshalb strebte er eine demokratische Lösung der Wahlrechtsfrage an, mit Frauenstimmrecht, Verhältniswahl und Einschränkung der Rechte des preußischen Herrenhauses¹¹⁶. Von einer Diktatur des Proletariats sprach Landsberg nicht. Aus vielen seiner Äußerungen geht hervor, daß ihm die „Masse“ nicht besonders sympathisch war, obgleich er sie als sozialdemokratischer Volksbeauftragter in der Regierung vertreten mußte. Somit haben seine Kritiker sicher nicht ganz unrecht, wenn sie ihn der Gleichgültigkeit, ja, des Mißtrauens den Arbeitern gegenüber bezichtigten. Ganz hat er seine bürgerliche Herkunft nie abstreifen können.

Und seine jüdische Herkunft? Er hat sie selten erwähnt¹¹⁷. Im Reichstags- handbuch war er, wie so viele seiner Parteigenossen, als „keiner Religions- gemeinschaft angehörig“ vermerkt¹¹⁸. Es bleibt eine offene Frage, ob Landsbergs betonter Nationalismus, der in der Frage der östlichen Grenzgebiete manchmal fast in Chauvinismus auszuarten schien, nicht teilweise dem Ver- langen entsprang, öffentlich zu zeigen, daß es auch ein Sozialdemokrat jüdi- scher Herkunft in bezug auf Vaterlandsliebe mit jedem anderen Deutschen aufnehmen könne. Dasselbe gilt für die von Barth erhobene Behauptung, der ehrgeizige Landsberg habe darunter gelitten, daß ihm als Juden selbst nach der Revolution der Weg nach oben keineswegs unbegrenzt offen stand. Barth zu- folge war Landsberg seine jüdische Abstammung geradezu verhaßt, weil sie ihn dazu „verdammte, nur Nebenfigur zu sein, wo er im andern Falle nach dem Lorbeer hätte greifen können“¹¹⁹. Ein anderer Zeitgenosse berichtet wieder- um, wie Landsberg nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Bürozimmer der Reichskanzlei auf und ab lief und sich laut fragte, ob man nun als Regierung werde zurücktreten müssen. Wenn ja, wer sollte dann an Eberts Stelle rücken? Schließlich erwähnte er als Möglichkeit Cohen-Reuss, verwarf diesen Gedanken jedoch sofort mit der Bemerkung, daß ein Jude an der Spitze der Regierung nicht gut sei. „Man müsse der Men- talität der Deutschen Rechnung tragen.“¹²⁰ Beide Aussagen sind unverbürgt.

deutschen Nationalversammlung in Weimar in versöhnlichen Worten über Wil- helm II.; siehe Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalver- sammlung. Stenographische Berichte, Berlin 1919, Bd. 326, 227.

¹¹⁶ *Matthias* und *Morsey*, Die Regierung des Prinzen Max von Baden, 571; *Mat- thias* und *Pikart*, Reichstagsfraktion, Bd. 3/II, 512.

¹¹⁷ Er hat 1928 in einer Veröffentlichung darauf hingewiesen, daß man ihn und Hugo Preuß 1918/1919 wegen ihres Einstehens für den unitarischen Staat während der Verfassungsberatungen in der Nationalversammlung „Zentraljuden“ genannt habe; *Otto Landsberg*, Der Rat der Volksbeauftragten, in: Friedrich Ebert und seine Zeit, 201.

¹¹⁸ *Matthias* und *Pikart*, Reichstagsfraktion, Bd. 3/I, LXV, Anm. 67. Tatsächlich schrieben sich die Mehrzahl der Sozialisten als „Dissidenten“ oder „konfessionslos“ ein; Landsbergs Version bildet einen Sonderfall. Vgl. *Schwarz*, MdR, 381, 700.

¹¹⁹ *Barth*, op. cit., 76.

¹²⁰ *Oehme*, op. cit., 315.

Ein ganz anderer Mensch und Politiker als Landsberg war Hugo Haase. „Ein kleiner, unscheinbarer Mensch“, so hat ihn ein derzeitiger Beobachter beschrieben. „Einer, der scheu und gedrückt ist. Ein gelbliches, runzliches Gesicht. Ein schmaler, lässig herabhängender Schnurrbart. Kleine, flüchtige graue Augen, die müde Lider bis zur Hälfte beschatten. Einer, der, mit gebeugtem Rücken, nach einer harten Jugend und sehr viel Arbeit aussah.“¹²¹ Aber dieser „kleine, unscheinbare“ Mann hatte im Laufe seiner politischen Tätigkeit sowohl Bewunderer als auch Gegner gefunden. Bei der Arbeiterschaft war er „ungeheuer angesehen“¹²². Bei den Führern der SPD stand er schon vor seinem Austritt aus der Partei in schlechtem Ruf. Das geht unter anderem aus dem Kriegstagebuch Eduard Davids hervor. „Schlimmer noch als die großen Debatten“, schrieb dieser im Januar 1915, ist „der Kleinkampf um die Geschäftsführung usw. mit Haase, der ein unglaublich geriebener Jurist, Rabulist und Regisseur ist... Drei Tage keinen Augenblick innere Ruhe... Es ist Mord für mich. Wäre doch Frank noch da!“¹²³ Und im Mai desselben Jahres: „Wesensgegensatz zwischen... [Ebert] und Haase: innere Scheu und feinfühlig persönliche Zurückhaltung, im Gegensatz dazu: Chuzpe.“¹²⁴

Will man dem Volksbeauftragten Haase gerecht werden, muß man zunächst versuchen, den Parteipolitiker Haase zu begreifen. Wie Landsberg, so begann auch Haase seine Laufbahn als Arbeiteranwalt, was er im Grunde genommen auch immer geblieben ist. Fern von allem persönlichen Ehrgeiz sah er seine politische Aufgabe vor allem darin, die Arbeiterschaft aus ihrer unmenschlichen proletarischen Existenz zu befreien. Haase, mehr ein Schüler Immanuel Kants als ein Anhänger von Karl Marx – obgleich er sich stets zum Marxismus bekannte –, besaß einen stark ausgeprägten Gerechtigkeitssinn. Als Jurist sah er sein Ideal im klassischen Begriff des Rechtsstaates, der auf das

¹²¹ *Fischart*, Das alte und das neue System. Die politischen Köpfe Deutschlands, 276. Ähnlich Graf Kessler: „... ein kleiner, unscheinbarer Mann mit einer freundlichen, jüdischen Manier; erinnerte mich, ins Semitische transponiert, an Chlodwig Hohenlohe. Er sitzt an Bismarcks Schreibtisch, erkennbar an der Kupferplatte.“ Einen Monat später revidierte Kessler seinen Eindruck etwas: „Der überwiegende Eindruck, den Haase macht, ist der einer großen Geschmeidigkeit bei fundamentaler Härte; die eiserne Faust im Gummihandschuh. Ein kleiner, verbissener, etwas jesuitischer Jude mit klugen, harten Augen“; *Harry Graf Kessler*, Tagebücher 1918–1937, hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt/Main 1961, 29, 75 (13. November und 17. Dezember 1918).

¹²² *Oertzen*, op. cit., 73.

¹²³ *David*, op. cit., (2. bis 4. Januar 1915), 101; Dr. Ludwig Frank (SPD, Jude), fiel im September 1914 bei Baccarat in Frankreich.

¹²⁴ AaO (19. Mai 1915), 128. Obwohl David keineswegs als antisemitisch galt, machte er doch gelegentlich abfällige Bemerkungen über Juden, wie das auch andere sozialdemokratische Führer hier und da taten. So schrieb er am 14. März 1916 in sein Tagebuch (aaO, 165): „Nachmittags: Sitzung der Steuerkommission: Haase, Landsberg, Cohn [Oskar] und Dittmann an einem Strang. Todmüde... Gradnauer muß mich ablösen. Er ist der letzte der Juden, auf den ich noch Vertrauen setze.“ Dittmann war kein Jude.

Kaiserreich seiner Ansicht nach nicht anwendbar war, weil in diesem die Arbeiterschaft weitgehend benachteiligt, wenn nicht gar aus der Gesellschaft ausgeschlossen war. Um diesen Zustand zu verändern und vor allem, um die Gesellschaft im demokratischen Sinne umzuformen, war Haase Sozialist geworden. In der Sozialdemokratie sah er das Mittel, wirkungsvoll gegen die bestehenden Ungerechtigkeiten im politischen und sozialen Raum anzukämpfen und so seine idealistischen Ziele zu verwirklichen. Dabei erwartete er von seiner Partei, daß sie fest auf ihren sozialen und politischen Prinzipien beharre. Als das die SPD seiner Ansicht nach nicht mehr tat, als sie sich dem Revisionismus zuwendete und dann im Kriege fortgesetzt den Wehretat bewilligte, auch als es schon offensichtlich war, daß die Regierung den Burgfrieden mißachtete und außerdem durch Annexionsgelüste einem Verständigungsfrieden entgegenwirkte, da brach Haase mit der SPD und gründete seine eigene Partei. Er tat dies nach langem Zögern, weil ihm die Einigkeit der Sozialdemokratie ebenso am Herzen lag wie seine Prinzipien. Erst als wiederholte Zugeständnisse an den Führungskreis der SPD zu nichts führten und ihn, die Prinzipienfestigkeit in Person, in die Gefahr brachten, eben diese Prinzipien der Parteinigkeit opfern zu müssen, sah er sich zur Herbeiführung des Bruchs gezwungen¹²⁵.

Jedoch war auch die neue Partei von Anfang an in sich gespalten. Als die Revolution ausbrach, war Haases Standort der rechte, gemäßigte Flügel der USPD. Auf dem äußersten linken Flügel standen die Spartakisten hinter Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; dazwischen, nicht ganz so radikal wie die Spartakusgruppe, aber dennoch prononciert links-revolutionär, eine Gruppe um Richard Müller, Georg Ledebour und Ernst Däumig, die den Revolutionären Obleuten nahestand. Diese drei Richtungen zusammenzuhalten, war eine schwere Aufgabe, und sie ist Haase auch nur sehr unvollkommen gelungen. Besonders schwierig war sein Verhältnis zu den Spartakisten, die sich erst Ende des Jahres 1918 offiziell von der USPD lossagten. Dennoch hat Haase ihre Führer nie persönlich angegriffen¹²⁶, sondern sie vor und während der Revolution häufig gegen Anfeindungen anderer verteidigt. Er tat das, obwohl er nur in wenigen Punkten mit ihren politischen Zielen übereinstimmte und ihre radikalen Methoden völlig ablehnte.

Haases prekäre Mittlerstellung in der Partei wurde nach seiner Ernennung zum Volksbeauftragten noch mehr gefährdet. Einerseits mußte er versuchen, mit den SPD-Kollegen im RdV gütlich zusammenzuarbeiten, zugleich aber auch sein Bestes dazu tun, ihren Bestrebungen, die Revolution vor Erreichung der von der USPD geforderten sozialistischen Demokratie zum Abschluß zu bringen, entgegenzuwirken. Dazu stand er in der eigenen Partei fortwährend unter dem Druck des linken Flügels – vom Spartakusbund ganz zu schweigen –,

¹²⁵ Diese Betrachtungen stützen sich weitgehend auf *Schorske*, op. cit., 209–211.

¹²⁶ AaO, 211.

die Revolution weiterzutreiben und zu radikalisieren, eine Tendenz, die Gefahren heraufbeschwor, welche Haase und die ihm Gleichgesinnten in der Partei vermeiden wollten. Aus dieser Situation heraus ergab sich für ihn die Notwendigkeit, dauernd lavieren zu müssen, Zugeständnisse nach rechts hin zu machen, die Kritiker auf der linken aber zu beschwichtigen. Es war keine dankbare Aufgabe. Dabei war sich Haase seiner Verantwortung als Volksbeauftragter völlig bewußt. Er war nun einmal Mitglied der Regierung, durfte als solches keine uneingeschränkte Parteipolitik treiben, sondern mußte versuchen, möglichst über der Situation zu stehen. Das war aber wegen der eben geschilderten Umstände nicht einfach und ist ihm auch nur in beschränktem Maße gelungen. Man hat Haase später vorgeworfen, daß er, der sich in seiner eigenen Partei trotz häufiger schwerer Kämpfe fast immer durchgesetzt hatte und nach seinem Austritt aus der Regierung auch wieder durchsetzen sollte, seinen SPD-Kollegen im RdV gegenüber zu oft nachgab, einlenkte, Kompromisse schloß; daß er die Bourgeoisie nicht haßte, sondern versuchte, sie gütlich und durch Entgegenkommen für die Ziele des Proletariats zu gewinnen¹²⁷. Diese Kritik entbehrte nicht der Berechtigung, ergab sich aber vor allem aus Haases stetem Bestreben, offene Konflikte zu vermeiden.

Wie schwer sein Stand war, geht aus den Debatten in den Kabinettsitzungen hervor. Hier vertrat er unter anderen das Ressort der Auswärtigen Angelegenheiten, die zwar im einzelnen durch das Auswärtige Amt geführt wurden, für die Haase aber verantwortlich war. Er stand auf denkbar schlechtem Fuß mit dem damaligen Staatssekretär des Äußeren, Wilhelm Solf, der erst am 20. Dezember 1918, also nur wenige Tage vor Haases Austritt aus dem RdV, von seinem Posten zurücktrat¹²⁸. Haase mißtraute Solf wegen seiner monarchistischen Einstellung und entrüstete sich über seine Arroganz. Er versuchte jedoch, wie in fast allen Fragen, so auch in der Außenpolitik einen Mittelweg zu gehen. So schlug er seinen Kollegen am 18. November vor, Deutschlands Beziehungen zur russischen Sowjetrepublik „dilatorisch“ zu behandeln, teils, weil man die Entente nicht unnütz herausfordern solle, teils, weil er und seine Kollegen nicht glaubten, daß sich die Sowjetregierung lange würde halten können¹²⁹. Er wandte sich aber entschieden gegen Landsbergs aggressive Einstellung in Fragen der deutschen Ostpolitik, namentlich in der polnischen Frage, was zu wiederholten scharfen Auseinandersetzungen zwi-

¹²⁷ So *Barth*, op. cit., 77–78, und *Oehme*, op. cit., 42–43. Haases Sohn Ernst spricht von der „Weichheit seines Gemütes und der Zartheit seiner Empfindungen“; *Haase*, op. cit., 2.

¹²⁸ Das zeigt sich besonders nach Solfs offener Brückierung Haases, im Zusammenhang mit den russischen Behauptungen, Haase habe gewußt, daß Mitglieder seiner Partei von den Bolschewisten Geld für geheime Waffenkäufe angenommen hätten (siehe dazu unten, S. 214 f.). Haase hat das damals und später bestritten; VB-Protokolle, I, 9. Dezember 1918, 8935 H / E 627072–627074.

¹²⁹ AaO, 18. November 1918, 8935 H / E 626974–626975; ebenfalls seine etwas apologetisch klingenden Ausführungen zu diesem Punkt in *Haase*, op. cit., 234–235.

schen den beiden Kollegen führte¹³⁰. Haase wollte die im Osten entstandenen Grenzdispute friedlich lösen. Landsberg bejahte diesen Standpunkt zwar im Prinzip, fügte aber, wie schon oben bemerkt, hinzu, daß Deutschland notfalls seine Rechte mit Waffengewalt verteidigen müsse¹³¹.

Trotz mancher Meinungsverschiedenheiten stand Haase jedoch durchaus nicht immer in Opposition zu seinen SPD-Kollegen, wie er überhaupt während seiner ganzen Amtszeit darum bemüht war, nach Möglichkeit vermittelnd zu wirken. Während einer Besprechung des Wahlgesetzes zur kommenden Nationalversammlung z. B. stimmte Haase mit Ebert, Scheidemann und Landsberg dafür, Elsaß-Lothringen als 38. Wahlkreis in die Liste der Wahlbezirke mit einzubeziehen, während Dittmann und Barth dagegen stimmten, mit der Begründung, für Frankreich könne dies ein Anlaß sein, den Krieg wiederaufzunehmen¹³².

Auch in innerpolitischen Fragen war Haase bemüht, die Zusammenarbeit im Kabinett nicht durch unnötige Zwistigkeiten zu gefährden. Praktisch bedeutete dies, daß er sich auch hier an eine Mittellinie hielt, was von Teilen seiner Partei mißbilligt wurde, der SPD und ihren Vertretern im RdV aber oft nicht genügte. So bezog er z. B. zu der Frage „Nationalversammlung oder Rätssystem“, die damals heiß diskutiert wurde, eine Stellung, die ihm rechts und links Gegner schuf. Er sah in den Räten ein „durchaus legales Erzeugnis der Revolution“¹³³, aber ohne deshalb das Rätssystem als die einzig mögliche Staatsform anzuerkennen. Vielmehr glaubte er, unterstützt von seinen gleichfalls der gemäßigten USPD-Führungsschicht angehörenden Kollegen Rudolf Hilferding und Eduard Bernstein, daß die Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung „unumgänglich“ sei, denn sie müsse „die verfassungsrechtliche Gestaltung der deutschen Republik... beschließen und den Frieden... bestätigen“, wie es Haase am 18. Dezember 1918 auf der Reichskonferenz der A. und S.Räte Deutschlands ausdrückte¹³⁴. Die Frage „Nationalversammlung oder Rätssystem“ hielt er für falsch gestellt, da der Nationalversammlung wie den Räten besondere Funktionen zufielen¹³⁵. Die Funktionen der Räte sahen Haase und andere Gemäßigte der USPD vor allem in der Umgestaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die speziell durch die Entmachtung der alten Gewalten, also zunächst des monarchistisch eingestellten Beamtentums und Offizierkorps erfolgen sollte, um hierdurch die Grundlage für eine sozialistische Demokratie zu schaffen¹³⁶.

¹³⁰ Siehe besonders VB-Protokolle, II, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627236 bis 627244.

¹³¹ VB-Protokolle, I, 21. November 1918, 8935 H / E 626996, E 626999, E 627000.

¹³² AaO, 29. November 1918, 8935 H / E 627020–627021.

¹³³ Freiheit, I, Nr. 20 (26. Nov. 1918); zur Rätefrage siehe oben, Anm. 4, 65.

¹³⁴ Allgemeiner Kongreß der A. u. S.Räte... vom 16. bis 21. Dezember 1918; 18. Dezember 1918, Spalte 253.

¹³⁵ AaO.

¹³⁶ Kolb, op. cit., 159. Nach seinem Ausscheiden aus dem RdV und nunmehr wie-

Allerdings war Haase davon überzeugt, daß diese Aufgaben weitgehend vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung bewältigt werden müßten. Deshalb bestand er auf einem möglichst langen Hinausschieben des Termins der Wahlen zur Nationalversammlung. Er begründete das jedoch öffentlich zunächst mit praktischen Erwägungen, indem er darauf hinwies, daß, solange die Grenzen noch nicht vertraglich festgelegt seien, besonders im Osten Menschen wählen könnten, die später vielleicht gar nicht dem Reich angehören würden; ferner meinte er, daß hunderttausende noch außerhalb des Landes stationierte Soldaten, die dort vielleicht noch längere Zeit verharren müßten, dadurch von der Wahl ausgeschlossen bleiben würden; daß viele Deutsche politisch unaufgeklärt und ungeschult seien, namentlich die nun stimmberechtigten Frauen, so daß die Masse erst politisch erzogen werden müßte, bevor man sie zur Wahlurne gehen ließe. Nur dann werde es möglich sein, „die junge Republik mit demokratischem und vor allen Dingen auch mit sozialistischem Inhalt zu erfüllen“¹³⁷.

Bei dem linken, hinter Ledebour und Richard Müller stehenden Flügel der USPD, wie auch bei den Revolutionären Obleuten fand Haases Mittelstellung in der Frage der Nationalversammlung keine Unterstützung. Sie lehnten die Nationalversammlung völlig ab, verlangten schärfste Bekämpfung der SPD, Stärkung der Räte und Austritt der drei USPD-Volksbeauftragten aus der Regierung¹³⁸. Drei Monate später quittierte Haase diese Haltung in einer Rede auf dem USPD-Parteitag in Berlin mit den bitteren Worten: „Wenn unsere Regierungszeit nicht fruchtbringender gewesen ist, so behaupte ich mit

der Parteipolitiker, konnte es sich Haase erlauben, weniger zurückhaltend zu sein, als er als VB gewesen war. Zwar bestätigte er seine, im Dezember 1918 geprägte Formel von „Nationalversammlung *und* Räte“ als gerechtfertigt, wollte aber nun den Räten einen stärkeren politischen und wirtschaftlichen Einfluß einräumen, als zuvor. Auch deutete er an, daß er das Räte-system neben dem Parlament als Dauer-einrichtung ansah. Siehe seine (gekürzte) Fassung: Die Aufgaben der Partei; Reden auf dem Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei am 3. März 1919, in: *Haase*, op. cit., 236–237.

¹³⁷ Allgemeiner Kongreß der A. u. S.Räte ... vom 16. bis 21. Dezember 1918; 18. Dezember 1918, Spalte 253–256; ähnlich in *Freiheit*, I, Nr. 38 (5. Dezember 1918). Was Haase an diesem Tage nicht erwähnte, war, daß dieser Punkt schon am 29. November im Kabinett besprochen worden war. Haase, Dittmann und Barth hatten vorgeschlagen, den Wahltermin hinauszuschieben, was Eberts Widerspruch und einen scharfen Angriff Landsbergs auf Haase ausgelöst hatte. Schließlich einigte man sich aber auf den 16. Februar 1919, einen Termin, dem auch Haase zustimmte. Siehe VB-Protokolle, I, 29. November 1918, 8935 H / E 627022–627023; nur Barth enthielt sich der Stimme. Die Wahl wurde dann später wieder vorverlegt, nämlich auf den 19. Januar 1919. Das war auch der Termin, der dem Rätekongreß Mitte Dezember zur Bestätigung vorgelegt und von diesem akzeptiert wurde. Siehe dazu unten, S. 220.

¹³⁸ *Kolb*, op. cit., 158. Allerdings stand auch die USPD-Linke den Spartakisten mißtrauisch gegenüber und verwarf deren Straßentaktik (aaO).

aller Bestimmtheit, deswegen, weil die Parteigenossen uns gar keine Unterstützung zuteil werden ließen.“¹³⁹

Wenn in den Kabinettsitzungen die Rätefrage aufgeworfen wurde, was häufig geschah, so war es vor allem Haase, der die A. und S.Räte verteidigte und wiederholt mahnte, daß man diese sowohl informieren als auch zur Mitarbeit heranziehen müsse¹⁴⁰. Andererseits war er wiederum als Volksbeauftragter oft ebenso verärgert über die unausgesetzten Übergriffe des Berliner VR in den Verantwortungsbereich des RdV wie seine SPD-Kollegen, und er machte dann aus seinen Gefühlen keinen Hehl¹⁴¹. So wurde er hin und her gerissen. Einmal verteidigte er die Räte, dann wieder nahm er scharf gegen sie (namentlich gegen den VR) Stellung, so wie es ihm sein Gerechtigkeitssinn befahl. Viele Freunde gewann er dabei nicht. Auch schwand sein Einfluß im Kabinettt und in der eigenen Partei. Mit dem langsamen, aber unaufhaltbaren Erstarren der sozialdemokratischen Position im Reich, besonders nachdem die Reichskonferenz der A. und S.Räte Mitte Dezember 1918 für eine baldige Wahl zur Nationalversammlung gestimmt und anschließend einen nur aus Mehrheitssozialisten zusammengesetzten Zentralrat gewählt hatte¹⁴², wurde Haase im RdV immer öfter von seinen SPD-Kollegen überspielt. Obwohl er theoretisch mit Ebert gleichberechtigt den Vorsitz teilte, lagen Führung der Regierungsgeschäfte und Leitung der Kabinettsitzungen weitgehend in Eberts Händen. Höchstens drei Kabinettsitzungen haben unter Haases Vorsitz stattgefunden – in Eberts Abwesenheit¹⁴³.

Haases Austritt aus der Regierung mag auch davon mitbestimmt gewesen sein, daß er sich zurückgesetzt fühlte. Der äußere Anlaß zu diesem Schritt war jedenfalls die Meuterei der Volksmarinedivision. Als sich die Matrosen weigerten, Schloß und Marstall zu räumen und den als Geisel verhafteten sozialdemokratischen Stadtkommandanten Otto Wels freizulassen, beschloß Ebert, Scheidemann und Landsberg in der Nacht vom 23. zum 24. Dezember, während einer Konferenz mit dem Kriegsminister Heinrich von Scheüch, Truppen gegen die Aufständischen einzusetzen, wobei sie Scheüch völlige Handlungsfreiheit ließen. Dieser Zwischenfall wurde am 28. Dezember im Verlauf einer stürmischen Kabinettsitzung gemeinsam mit Vertretern des Zentralrats eingehend debattiert. Haase war außer sich, daß man weder ihn noch Dittmann oder Barth in jener Nacht ins Vertrauen gezogen hatte. „Ich wußte nicht, daß der Kriegsminister in der Nacht hiergewesen ist; ich höre das zum

¹³⁹ Haase, op. cit., 235. Er sprach das schon kurz nach seinem Austritt aus dem RdV aus; siehe Freiheit, II, Nr. 1 (1. Januar 1919).

¹⁴⁰ VB-Protokolle, I, 18. November 1918, 8935 H / E 626974; 21. November 1918, 8935 H / E 627001; und Dezember 1918, 8935 H / E 627037.

¹⁴¹ Über seine diesbezüglichen Auseinandersetzungen mit Vertretern des Berliner VR sowie mit seinem Kollegen Dittmann siehe aaO, 7. Dezember 1918, 8935 H / E 627059–627066 und 13. Dezember 1918, 8935 H / E 627156; siehe auch *Elben*, op. cit., 22, Anm. 5.

¹⁴² *Tormin*, op. cit., 100–102.

¹⁴³ *Oehme*, op. cit., 37.

ersten Mal, ich und meine Kollegen“¹⁴⁴; und kurz darauf beschwerte er sich nochmals darüber, daß man ihn, der ja zur Verfügung gestanden habe, nicht benachrichtigt habe, obwohl das einfach gewesen wäre. „Man kann doch eine solche Maßnahme nicht allein in die Hand eines solchen Mannes, wie die des Kriegsministers Scheüch legen, ohne mir bis heute, bis zum dritten [!] Tage zu sagen, wie die Dinge zustande gekommen sind. Wenigstens hätte man uns benachrichtigen müssen, wie das gewesen ist... Wir stehen doch sonst so, daß wir uns alles sagen. Den Schluß zu ziehen, möchte ich dem Kabinett überlassen; im einzelnen auch [mit] VB Landsberg zu polemisieren, verzichte ich.“¹⁴⁵

Haases Entrüstung über das gewaltsame Vorgehen der Truppen und das damit verbundene Blutvergießen war zweifellos ein gewichtiger Grund für seinen Entschluß, aus der Regierung auszutreten. Die ganze Angelegenheit schien ihm eine Bestätigung dafür zu sein, wie gerechtfertigt sein oft geäußertes Mißtrauen gegenüber dem Militär war¹⁴⁶. Aber man darf bei seinem Schritt das Element der persönlichen Kränkung nicht übersehen. Nicht nur, daß man ihn während der Vorgänge am 23. und 24. Dezember nicht ins Vertrauen gezogen hatte, man ließ auch während der entscheidenden Besprechungen vom 28. Dezember seine Einwände zu allen an diesem Tage behandelten Fragen – Volksmarinedivision, Stellung der Regierung zum Militär, Ostgebiete, spartakistische Umtriebe, um nur die wesentlichsten zu nennen – unbeachtet. Seine sozialdemokratischen Kollegen und der Zentralrat gingen entweder über sie hinweg oder wiesen sie schroff zurück¹⁴⁷. Dabei steht keinesfalls fest, daß Haase bei Beginn der Unterredungen schon dazu entschlossen war, das Kabinett zu verlassen. „Wir stehen als Kollegen persönlich gut miteinander“, sagte er morgens, am Anfang der Konferenz, zu Landsberg. „Wir haben noch nie unter uns eine persönliche Differenz gehabt“; und mittags kam er noch einmal darauf zurück, daß die Kabinettsmitglieder „trotz mancher sachlichen Mei-

¹⁴⁴ VB-Protokolle, II, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627205.

¹⁴⁵ AaO, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627222. Man habe keine Zeit gehabt, war Landsbergs etwas lahme Erklärung dafür, daß weder Haase noch seine beiden USPD-Kollegen benachrichtigt worden waren; siehe aaO, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627219.

¹⁴⁶ Das geht aus den Fragen hervor, die Haase, Dittmann und Barth am 28. Dezember 1918 an den Zentralrat richteten. Da die entsprechenden Antworten die drei USPD-Volksbeauftragten nicht befriedigten, traten sie aus der Regierung aus. Für die Fragen, ihre Beantwortung und Haases Begründung des Ausscheidens der USPD-Volksbeauftragten siehe Ursachen und Folgen, III, 49–51 (das Datum ist dort irrtümlich als der 27. Dezember 1918 angegeben), und Ritter und Miller, op. cit., 155 bis 158. Eine etwas gekürzte Fassung der Verhandlungen, in englischer Sprache, in Charles B. Burdick und Ralph H. Lutz (Hrsg.), *The Political Institutions of the German Revolution 1918–1919*, New York–Washington–London 1966, 119–165.

¹⁴⁷ Über diese Besprechungen siehe, neben Burdick und Lutz, op. cit., jetzt auch Ryder, op. cit., 191–193, sowie VB-Protokolle, II, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627205–627289 und Nachtrag, E 627290–627297.

nungsverschiedenheiten“ vom 10. November an bis heute gut zusammengearbeitet hätten, und zwar in dem Bewußtsein, daß sonst dem deutschen Volke neue Schwierigkeiten erwachsen wären¹⁴⁸. Aber als er sah, daß er mit keiner seiner Ansichten durchdrang; als der völlig sozialdemokratisch zusammengesetzte Zentralrat seine prinzipiellen Fragen zur bisherigen und zukünftigen Politik, die er an dieses Gremium gerichtet hatte, unbefriedigend beantwortete, zog Haase den Schluß, daß ein weiteres Verbleiben im RdV sinnlos sei. Aus dieser Erkenntnis heraus schied er in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember 1918 mit Dittmann und Barth aus der Regierung aus. Seine Abschiedsworte waren höflich und konzilient, wenn auch vielleicht nicht ganz ohne eine Spur von Ironie: „Meine Herren! Wir haben . . . unseren Willen klar zum Ausdruck gebracht und möchten nur dem ausdrücklichen Wunsch Ausdruck geben, daß nach unserem Ausscheiden die Regierung in der Lage sein wird, die Regierungsgeschäfte wirksam zu führen, und eine kraftvolle, nach außen und innen geachtete und gesicherte Regierung darzustellen.“¹⁴⁹

Wie zwei Jahre zuvor, im Krieg, war für Haase wiederum der Augenblick gekommen, wo sein Gewissen ihm verbot, weiterhin durch Zugeständnisse seine Prinzipien einer Sache zu opfern, an die er nicht länger glauben und für die er keine Verantwortung mehr übernehmen konnte. Sein Einfluß hatte nicht ausgereicht, die SPD von der Notwendigkeit zu überzeugen, die durch die Revolution geschaffene Gelegenheit zu benutzen und Deutschlands politische und gesellschaftliche Struktur im Sinne des ihm vorschwebenden sozialistischen und demokratischen Ideals umzugestalten. Die wenigen Monate, die ihm noch verblieben, sahen ihn wieder als Parteipolitiker und kompromißlosen Kritiker einer Regierungspolitik, für die er nun nicht länger verantwortlich war. Trotz seiner Enttäuschung über die eigene Partei, die ihm während seiner Amtszeit keine Rückendeckung gewährt hatte, sprach er sich mehrmals zuversichtlich über einen endgültigen Sieg der USPD und ihrer politischen Ziele aus¹⁵⁰. Wie fest er unter den gegebenen Umständen wirklich daran geglaubt hat, muß allerdings dahingestellt bleiben. Während des sogenannten Spartakusaufstands im Januar 1919 beteiligte sich Haase aktiv an Vermittlungsversuchen, ohne aber ein Blutvergießen verhindern zu können¹⁵¹. In den darauffolgenden Wochen griff er die Regierung deswegen scharf an und bezichtigte sie der Mitschuld an der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg¹⁵². Denn obwohl er selber den Spartakusführern, deren Radikalismus ihn abstieß, stets kritisch, wenn nicht sogar ablehnend, gegenübergestanden hatte, sah er doch in den militärischen Gewaltmaßnahmen gegen sie und ihre Anhänger keine Lösung dieses politischen Problems¹⁵³.

¹⁴⁸ VB-Protokolle, II, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627206, E 627244.

¹⁴⁹ AaO, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627289.

¹⁵⁰ Freiheit, II, Nr. 1 (1. Januar 1919); Nr. 111 (3. März 1919).

¹⁵¹ AaO, Nr. 15 (9. Januar 1919).

¹⁵² AaO, Nr. 84 (16. Februar 1919).

¹⁵³ Über Haases Einstellung siehe VB-Protokolle, II, 28. Dezember 1918, 8935 H / E 627267–627270, und *Haase*, op. cit., 173–174, 240–241.

An der Nationalversammlung nahm er als Vertreter seiner Partei freudlos und skeptisch teil. „Ich fühle mich hier [in Weimar] nicht wohl... Sehe ich von der äußeren Umgebung ab, so fühle ich mich ganz in den alten Reichstag versetzt: die alten Gesichter – und was schlimmer ist – die alte Denkweise, als ob eine Revolution gar nicht gewesen wäre.“¹⁵⁴ Anfang März unterbrach er seinen Weimarer Aufenthalt, um an dem in Berlin tagenden außerordentlichen Parteitag der USPD teilzunehmen. Am 3. März sprach er dort über die „Aufgaben der Partei“¹⁵⁵. Die Rede sollte sein politisches Testament werden, das Testament eines einsam gewordenen Idealisten. Indem er über seine Tätigkeit als Volksbeauftragter Rechenschaft ablegte, tadelte er seine Partei für all die Schwierigkeiten, die sie ihm bereitet hatte, griff die Gewaltmaßnahmen der jetzigen Regierung an, warnte vor der Gefahr des linken Putschismus und verteidigte schließlich sowohl die Nationalversammlung, die ihn so sehr enttäuschte, wie auch das Weiterbestehen des Rätensystems. Die Rede gipfelte in einem Bekenntnis zur sozialistischen Demokratie. Dieses Bekenntnis hat Haase sicherlich ehrlich gemeint; aber es mußte zur Zeit, da er die Rede hielt, auf jeden realistisch denkenden Beobachter illusorisch wirken. Denn die Koalition von SPD und bürgerlichen Parteien war nun einmal eine Tatsache, so stark Haase sie auch kritisieren mochte. Noch kurz vor dem Parteitag hatte er auf einer Massenversammlung der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß „die künftige Partei... nicht die Unabhängige Partei sein [soll], auch nicht die Mehrheitspartei, sondern eine Vereinigte sozialistische Partei“¹⁵⁶. Dieser Wunsch bewegte ihn auch auf dem Parteitag und trübte seinen Blick für das Geschehene und das im Augenblick Mögliche:

„Das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse und damit der Befreiung der Menschen kann nur sein das Werk des Proletariats... Wir wollen die Massen sammeln auf Grund ihrer Einsicht in die Richtigkeit unserer Grundsätze. Wenn wir unermüdlich tätig sind im Geist der großen Zeit, in der wir leben... , dann kann es nicht anders kommen, als daß die Proletariermassen uns folgen.“

Dann würde die Diktatur des Proletariats kommen, ein Wort, das ihn nicht erschreckte. Denn sie sei eine Übergangserscheinung, hinter der die Mehrheit der Bevölkerung stehen würde, und somit sei eine derartige Diktatur kein Gegensatz zur Demokratie. „Den erhabenen Gedanken des Sozialismus... zu verwirklichen, muß und wird unser heiligstes Bestreben sein!“¹⁵⁷

Als Kämpfer auf verlorenem Posten blieb er sich bis zum Ende treu. Die Tage der Konzessionen waren vorüber, aber an ihre Stelle waren die Illusionen getreten. In der Debatte über die Annahme oder Ablehnung des Friedens-

¹⁵⁴ Haase, op. cit., 175

¹⁵⁵ Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin o. J. [1919], 78–95.

¹⁵⁶ Haase, op. cit., 78.

¹⁵⁷ USPD, Protokoll... des außerordentlichen Parteitages, 93, 95.

vertrages, die seine Partei wieder in sich uneins werden ließ, stand er mit Überzeugung auf der Seite derer, die zur Unterschrift bereit waren. Er habe die Zuversicht, sagte er, „daß der Friedensvertrag schließlich durch die Solidarität des internationalen Proletariats, das überall zur Herrschaft kommen wird, abgeändert werden wird“¹⁵⁸.

Eine seiner letzten öffentlichen Handlungen war die Verteidigung Ernst Tollers, der in München wegen seiner Beteiligung an der bayerischen Räterepublik wegen Hochverrats angeklagt war. So stand Haase am Ende seines Lebens und seiner politischen Laufbahn wieder als Strafverteidiger der Entrechteten vor den Schranken des Gerichts und plädierte – vergeblich – auf Freispruch¹⁵⁹. Am 8. Oktober 1919 wurde er in Berlin von einem Manne, der persönliche Rachegefühle hegte und den das Gericht später für geisteskrank erklärte, angeschossen. Haase erlag seinen Verletzungen am 7. November¹⁶⁰.

Das war das Ende eines der integersten, aber keineswegs erfolgreichsten jüdischen Politiker der deutschen Revolutionszeit. Trotz seiner wiederholten Bekenntnisse zur Diktatur des Proletariats war er weder Klassenkämpfer im orthodoxen Sinne noch radikaler Revolutionär, sondern vielmehr ein im Grunde gemäßigter politischer Idealist. Sein heißestes Sehnen war es, in Deutschland, dem Land der Klassengegensätze und der sozialen Ungleichheit, eine sozialistisch-demokratische, von Gerechtigkeit durchdrungene Gesellschaft entstehen zu sehen. Daß ihm dieser Wunsch verwehrt blieb, lag daran, daß die Widerstände gegen die von ihm angestrebte Lösung in den Jahren 1918/1919 zu stark waren. Darüber hinaus aber fehlte es Haase als Politiker zuweilen an Wirklichkeitssinn, an politischer Finesse. Im Grunde seines Herzens war er ein friedliebender Mensch, und nur sein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl, sein Wunsch, an einer besseren Welt mitbauen zu können, hatten ihn in die Politik getrieben.

Das treffendste Epitaph hat ihm wohl Maximilian Harden gesetzt:

„Er war ein Jude, stieg leichter als fest Eingewurzelte auf die Hochstufe übernationalen, internationalen Empfindens, ließ aber, besonders stark, wenn er von seinem engsten Heimatbereich sprach, jedes helle Ohr spüren, mit welcher Mannes-zärtlichkeit er, in Trauer und Hoffnung, Deutschland umfange. . . Der nur in Ent-sagung große judenchristliche Sozialist Haase schien vom Kriegsleid, vom zehrenden Weh tausendfacher Enttäuschung feiner, zarter geworden. Von seiner Stirn wehte etwas vom Stolz der Brahmanen, der die Vedas, des Orientjuden, der die

¹⁵⁸ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 327, 1129. Seine Stellung geht auch aus den Briefen an seine Familie und aus seinen Reden hervor; *Haase*, op. cit., 176–182, 242–248.

¹⁵⁹ Das Plädoyer gedruckt in *Haase*, op. cit., 249–254. Über Toller, siehe unten, S. 297 und passim.

¹⁶⁰ Der Täter war zur Zeit, da Haase noch Volksbeauftragter war, bei ihm mit Klagen über die preußische Staatslotterie vorstellig geworden und wurde abschlägig beschieden (*Haase*, op. cit., 83). Dafür, daß der Mord politisch motiviert war, wie *Ryder* (op. cit., 231) behauptet, liegen keinerlei Beweise vor. Dennoch kann die Möglichkeit eines politischen Beweggrundes nicht ausgeschlossen werden.

Bibel durch Sturmflut und Feuersbrunst trägt und weiß, daß er Reichskleinodien der Menschheit rettet . . .“¹⁶¹

Wenn wir uns nun dem prominentesten bürgerlichen jüdischen Leiter einer Zentralbehörde und Regierungsmitglied zuwenden, der während der Revolutionszeit – und nur dann – beträchtlichen Einfluß auf die Neugestaltung des deutschen Staatsgebildes hatte, so müssen sich die folgenden Betrachtungen auf das Wesentlichste beschränken. Es steht zu hoffen, daß Hugo Preuß über kurz oder lang seinen Biographen finden wird¹⁶².

Am 15. November 1918 ernannte der RdV, gegen die Stimme Barths, den Staatsrechtler und Rektor der Berliner Handelshochschule, Professor Dr. Hugo Preuß, zum Staatssekretär des Reichsamts des Innern. Es war dies keine zufällige Wahl. Am Tage vorher war im *Berliner Tageblatt* ein Aufsatz von Preuß, „Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?“ erschienen¹⁶³. In dem Artikel sprach sich Preuß gegen die Alleinherrschaft der Sozialdemokratie und für die Mitarbeit des Bürgertums an den Regierungsgeschäften aus. Diese Forderung eines Bürgerlichen, Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei, zudem Stadtverordneter und später ehrenamtlicher Stadtrat in Berlin, hätte allein wenig dazu beigetragen, ihn mit dem verantwortungsvollen Amt eines Staatssekretärs des Innern zu betrauen. Aber Preuß war kein „Bürgerlicher“ schlechthin. Er galt als ausgesprochener Verfechter der parlamentarischen Demokratie, als Liberaler und als „der am weitesten links stehende deutsche Staatsrechtler“¹⁶⁴. Zumal deckten sich die politischen Ansichten und Forderungen, die er in seinem am 14. November veröffentlichten Artikel vorgebracht hatte, weitgehend mit denen von Ebert, Scheidemann und Landsberg, die auch Haase und Dittmann für seine Berufung zu gewinnen wußten. Preuß hatte unter anderem geschrieben:

„Nicht Klassen und Gruppen, nicht Parteien und Stände in gegensätzlicher Isolierung, sondern nur das gesamte deutsche Volk, vertreten durch die aus völlig demokratischen Wahlen hervorgehende deutsche Nationalversammlung, kann den deutschen Volksstaat schaffen. Sie muß ihn baldigst schaffen, wenn nicht unsagbares Unheil unser armes Volk vollends verelenden soll. Gewiß muß eine moderne Demokratie vom Geiste eines kräftigen sozialen Fortschritts erfüllt sein; aber ihre politische Grundlage kann niemals der soziale Klassenkampf, die Unterdrückung einer sozialen Schicht durch die andere, bilden, sondern nur die Einheit und Gleichheit aller Volksgenossen. Im Rahmen der zu schaffenden demokratischen Verfassung sind die unausbleiblichen sozialpolitischen Kämpfe der Zukunft friedlich auszutragen. Die Stellung zu der konstituierenden Nationalversammlung des deut-

¹⁶¹ Zit. in *Haase*, op. cit., 85.

¹⁶² Eine nützliche Bibliographie der bis 1965 erschienenen Studien über Preuß sowie über dessen eigenes Schrifttum ist enthalten in der unveröffentlichten Ph. D. Dissertation von *Allen Taber Green, Jr.*, *Hugo Preuß and the Weimar Republic*, Emory University, Atlanta, Georgia 1965, 382–398.

¹⁶³ *Berliner Tageblatt*, XLVII, Nr. 583 (14. Nov. 1918).

¹⁶⁴ *Elben*, op. cit., 45.

schen Volksstaates ist zugleich die Stellung zu der Frage: Demokratie oder Bolschewismus.“¹⁶⁵

Das war auch Eberts Ansicht, und so gab der besagte Artikel den Ausschlag für die Berufung von Preuß, der dabei einem anderen Kandidaten, dem Heidelberger Professor Max Weber, vorgezogen wurde¹⁶⁶.

Obwohl die Bestellung auch für ihn überraschend kam, trat Preuß seine Aufgabe nicht unvorbereitet an. Seit den achtziger Jahren, also schon zur Zeit Bismarcks, hatte er sich in einer Reihe von Aufsätzen und längeren Abhandlungen kritisch mit Fragen auseinandergesetzt, die die verfassungsrechtliche Struktur Preußens und des Reiches betrafen, hatte aber damit bei leitenden Stellen kein Gehör gefunden. Beeinflußt von Gneist, Laband, Gierke, Theodor Barth und dem Freiherrn vom Stein, und ausgehend vom Werk der Frankfurter Paulskirche 1848–1849, stand Preuß dem von Bismarck künstlich geschaffenen und von Preußen überschatteten wilhelminischen Obrigkeitsstaat ablehnend gegenüber. Aber seine vielen kritischen Kommentare und Reformvorschläge blieben wirkungslos. Er verblieb in der Rolle eines sehr klugen Beobachters, der in Theodor Barths *Nation* und anderen, dem Fortschritt verbundenen Zeitschriften seinen Gedanken Ausdruck gab, Verfassungsänderungen befürwortete, und auf der Grundlage der von Gierke stammenden Genossenschaftstheorie für eine Demokratisierung des Staatswesens und die Entwicklung der Selbstverwaltung im Sinne des Freiherrn vom Stein eintrat¹⁶⁷. Theoretisch gab es für ihn zwei Möglichkeiten, seinen staatstechnischen Gedanken Einfluß zu verschaffen – durch Eintritt in die Politik oder durch eine Professur an der Universität. Er hatte sich um beides jahrelang vergeblich bemüht. Für seine politischen Ambitionen mußte er sich mit der Arbeit in der Berliner Kommunalpolitik begnügen, und eine ihm angemessene akademische Laufbahn blieb ihm zunächst völlig verschlossen. Zwar wurde er 1889 als Privatdozent für Staatsrecht zur Berliner Universität zugelassen, erhielt aber erst 1906 eine Professur an der neugeschaffenen Berliner Handelshochschule, nachdem seine Anträge auf eine außerordentliche Professur von der juristischen Fakultät der Berliner Universität zweimal, 1896 und 1902, abgelehnt worden waren¹⁶⁸.

¹⁶⁵ Berliner Tageblatt, XLVII, Nr. 583 (14. November 1918), abgedruckt in *Hugo Preuß, Staat, Recht und Freiheit. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte*. Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss, Hildesheim 1964, 367–368.

¹⁶⁶ *Elben*, op. cit., 46; *Friedrich Ebert*, Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß, Bd. 2, Dresden 1926, 102; *Wolfgang J. Mommsen*, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1959, 297 und Anm. 1.

¹⁶⁷ Dazu vor allem neuerdings *Siegfried Grassmann*, Hugo Preuß und die deutsche Selbstverwaltung, Historische Studien, Heft 394, Lübeck und Hamburg 1965, 16–111, passim; *Heinrich Heffter*, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950, 751–759.

¹⁶⁸ *Green*, op. cit., 43, 81 ff., 124 und passim; *Theodor Heuss*, An und über Juden.

Der Hauptgrund für seine Zurücksetzung bestand darin, daß Preuß Jude war; obendrein verfocht er seine Ansichten zu radikal, zu selbständig und zu freimütig¹⁶⁹. Schon 1898, während seines ersten Jahres als Berliner Stadtverordneter, war er mit dem königlich-preußischen Kultusministerium in Konflikt geraten. Er hatte schon verschiedentlich dagegen Protest eingelegt, daß jüdische Lehrer in verfassungswidriger Weise bei Anstellungen an den Berliner Gemeindeschulen benachteiligt würden. Gelegentlich einer Stadtverordnetensitzung, bei der die Angelegenheit zur Sprache kam, parodierte Preuß unter Bezug auf den preußischen Kultusminister ein bekanntes Bibelzitat mit den Worten: „Exzellenz haben gegeben, Exzellenz haben genommen, der Name Seiner Exzellenz sei gelobt“. Dieser Ausspruch gelangte in die Presse. Während die liberalen Blätter ihn verteidigten, griffen die *Kreuzzeitung* und *Germania* Preuß mit antisemitischen Ausfällen an. Schließlich ersuchte Oberhofmeister Graf Mirbach den Rektor der Berliner Universität im Namen der Kaiserin, den jüdischen Privatdozenten Preuß zu maßregeln. Nach längeren Verhören entschloß sich die Universität jedoch, Preuß nur einen Verweis zu erteilen¹⁷⁰.

Es ist zumindest zweifelhaft, ob Preuß seinen Streit mit dem Kultusministerium von einem „jüdischen Gesichtspunkt“ aus angebahnt hatte. Wahrscheinlicher ist es, daß er als Staatsrechtler und Fortschrittler handelte. Denn Theodor Heuss zufolge hat Preuß ein „Judenproblem nicht gekannt und anerkannt“¹⁷¹. Zwar hat er nie seine Abstammung verleugnet, war aber weder an der religiösen noch an der traditionellen Seite des Judentums interessiert. Wie die meisten seiner Glaubensgenossen betrachtete er sich bewußt als Deutscher; seine Arbeit gehörte dem deutschen Volke, „das auch sein Volk war“¹⁷². Heuss läßt die Frage allerdings offen, wieweit Preuß nicht doch in späteren Jahren, als sich die Angriffe gegen ihn mehrten, „die schmerzliche Lehre empfing, was es heißen kann, in Deutschland als Jude geboren zu sein“¹⁷³. Aber Preuß war Sanguiniker mit der Gabe, Enttäuschungen und persönliche Anfeindungen durch Arbeitseifer zu überbrücken und mit einem Achselzucken abzutun, um sich ganz seiner jeweiligen Aufgabe zu widmen. Diese Haltung – man könnte sie Dickfelligkeit nennen – mag für Preuß überhaupt die einzige Möglichkeit gewesen sein, sich trotz Enttäuschungen und Kränkungen zeit seines Lebens auf seine Arbeit zu konzentrieren. Dieses „Sich-über-die-Dinge-stellen“ charakterisierte auch sein Ringen um die deutsche Reichsverfassung, wobei dieser olympische Standpunkt gleichzeitig sein stärkster und schwächster Punkt war.

Wiederholt wies Preuß 1918 beinahe triumphierend darauf hin, daß die Revolution endlich einen Weg für notwendige Reformen des deutschen Staats-

Aus Schriften und Reden (1906–1963) zusammengestellt und hrsg. von Hans Lamm. Vorwort von Karl Marx, Düsseldorf-Wien 1964, 110.

¹⁶⁹ Green, op. cit., 130.

¹⁷⁰ AaO, 124–129.

¹⁷¹ Heuss, Geleitwort in: *Preuß*, Staat, Recht und Freiheit, 15.

¹⁷² AaO.

¹⁷³ AaO.

systems, für Neugliederung und verfassungsrechtliche Änderungen gebahnt hätte¹⁷⁴. Die von ihm langersehnte Gelegenheit, seine Gedanken in die Praxis umzusetzen, war mit der Berufung ins Reichsamt des Innern endlich gegeben. Er ging sofort mit wahrem Feuereifer an die Arbeit. Schon am 26. November 1918 präsentierte er dem RdV den Entwurf eines Reichswahlgesetzes zur Nationalversammlung, der vorsah, bei künftigen Wahlen das Proporzsystem zugrunde zu legen¹⁷⁵. Während der folgenden Wochen fanden im Kabinett weitere Beratungen über den Preußischen Verfassungsentwurf statt, und es trat bald zutage, daß dieser auf Widerstand stoßen würde¹⁷⁶.

Was Preuß vorschwebte, war eine Neugliederung des Reiches durch die Errichtung eines dezentralisierten Einheitsstaates. Dieser sollte nicht nur auf demokratisch-parlamentarischer Grundlage aufgebaut werden, sondern auch den von Bismarck geschaffenen Dualismus zwischen Reich und Preußen beseitigen, alle Einzelstaaten in mittlere Reichsprovinzen von ungefähr gleicher Größe umwandeln, diesen Gebieten jedoch weitgehende Selbstverwaltungsrechte geben. Deutsch-Österreich sollte mit einbezogen werden¹⁷⁷. Die Republik Deutschland würde kein Obrigkeitsstaat mehr sein, sondern sollte ein Volksstaat werden; kein föderatives Staatsgebilde, in dem die Einzelstaaten, vornehmlich das mächtige Preußen, dem Reiche Schwierigkeiten bereiten konnten, sondern ein unitarischer Staat. Zugleich wollte Preuß aber auch verhindern, daß die Reichsregierung die einzelstaatlichen Glieder durch Bevormundung und Einengung an der Entfaltung lokaler Selbstverwaltung beschränken könnte:

„Baut sich das Reich, der Struktur des Volksstaates entsprechend, von unten nach oben auf, und ruht es infolgedessen mit seiner ganzen inneren Lebenstätigkeit auf dem organischen Unterbaue seiner kommunalen und einzelstaatlichen Glieder, so ist ein gewisser normierender Einfluß des Gesamtwillens, also der Reichsgesetzgebung auf die Organisation der Einzelstaaten und ihre Gemeinden unentbehrlich. Aber es soll sich auch auf das Unentbehrliche beschränken, indem es nur die Homogenität zwischen der Struktur des Reichs und der seiner einzelstaatlichen und kommunalen Glieder sicherstellt.“¹⁷⁸

Diese Gedanken bildeten den Kern seiner Vorschläge zur Verfassung, die in der hier unumgänglichen Komprimierung allerdings nicht vollständig aufgeführt werden können. Erwähnenswert ist noch die Tatsache, daß sich Preuß für einen plebiszitär gewählten Reichspräsidenten einsetzte, diesem jedoch keine Befugnisse ohne Gegenzeichnung des verantwortlichen Ministers ein-

¹⁷⁴ Preuß, Denkschrift zum Entwurf des allgemeinen Teils der Reichsverfassung vom 3. Januar 1919, in: Staat, Recht und Freiheit, 371, 386.

¹⁷⁵ VB-Protokolle, I, 26. November 1918, 8935 H / E 627012–627016.

¹⁷⁶ Einzelheiten siehe in Willibald Apelt, Geschichte der Weimarer Verfassung, München 1946, 56–124; Green, op. cit., 290 ff.; Mommsen, op. cit., 339–379, passim.

¹⁷⁷ Heffter, op. cit., 769–770 ff.

¹⁷⁸ Preuß, Denkschrift . . ., in: Staat, Recht und Freiheit, 382.

räumen wollte¹⁷⁹, und daß er für die neue Republik die schwarz-rot-goldene Bundesfahne, „die überlieferten Farben der großdeutschen Demokratie“, empfahl¹⁸⁰.

Trotz der ihm von Ebert gewährten Unabhängigkeit in der Ausarbeitung seines Verfassungsentwurfs und der Unterstützung durch Landsberg, Max Cohen-Reuss und den USPD-Beigeordneten seines Amtes, Dr. Joseph Herzfeld, fand Preuß sich doch sehr bald in die Enge getrieben¹⁸¹. Schon während der ersten Verfassungsberatung auf einer Expertenkonferenz im Reichsamte des Innern (9. bis 12. Dezember), der auch Max Weber als Gast beiwohnte, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen letzterem und Preuß über den Plan einer Teilung Preußens¹⁸². Als kurz darauf durch eine Indiskretion Artikel 29 des Preußischen Entwurfs, einschließlich der Aufteilung Preußens wie auch territorialer Veränderungen in anderen Bundesstaaten, in der Presse erschien, brach ein Sturm los. Ebert, der anfänglich die von Preuß vorgesehene territoriale Neugliederung des Reiches mehr oder weniger gutgeheißen hatte, bekam nun Bedenken angesichts der äußerst negativen Reaktion der Einzelstaaten¹⁸³. Fast über Nacht wurde der Staatssekretär des Innern einer der bestgehaßten Männer Deutschlands. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei, deren Mitbegründer Preuß war, nahm ohne weitere Erklärung davon Abstand, seinen Namen für die kommende Wahl zur Nationalversammlung auf die Wahlliste der Partei zu setzen¹⁸⁴.

Inzwischen hatte Preuß nach einer weiteren Besprechung mit den Volksbeauftragten am 14. Januar 1919 den umstrittenen Artikel 29 auf Eberts Wunsch hin gestrichen, gab aber damit die Hoffnung keineswegs auf, die geplante Neuordnung dennoch durchführen zu können. Das geht aus der am 20. Januar im *Reichsanzeiger* veröffentlichten Denkschrift (vom 3. Januar) klar hervor; sie wurde zusammen mit dem auf Grund der Konferenz vom 14. Januar umgearbeiteten Entwurf am selben Tage dem deutschen Volke vorgelegt¹⁸⁵. Entwurf und Denkschrift riefen erneut heftige Proteste der Einzelstaaten hervor. In Bayern führte Kurt Eisner den Angriff gegen das Preußische Projekt, in Preußen wurde es von einer Phalanx bekämpft, die

¹⁷⁹ Näheres in *Mommsen*, op. cit., 346–350.

¹⁸⁰ *Preuß*, Begründung des Entwurfs einer Verfassung für das deutsche Reich (Rede, gehalten in der 14. Sitzung der National-Versammlung zu Weimar am 24. Februar 1919, Stenographischer Bericht 284), in: Staat, Recht und Freiheit, 399.

¹⁸¹ *Elben*, op. cit., 48, 56; *Gerhard Schulz*, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik: Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaues 1919–1930, Berlin 1963, 130.

¹⁸² *Mommsen*, op. cit., 351 ff.; *Green*, op. cit., 262 ff.

¹⁸³ *Green*, op. cit., 298.

¹⁸⁴ AaO, 310.

¹⁸⁵ *Apelt*, op. cit., 59–60; der zweite Entwurf ist abgedruckt in: Ursachen und Folgen, III, 429–440.

von den Junkern bis zur SPD reichte¹⁸⁶. Anstelle des gestrichenen Artikels 29 stieß jetzt Artikel 11 auf den Widerstand der Einzelstaaten:

„Dem deutschen Volke steht es frei, ohne Rücksicht auf die bisherigen Landesgrenzen neue deutsche Freistaaten innerhalb des Reichs zu errichten, soweit die Stammesart der Bevölkerung, die wirtschaftlichen Verhältnisse und geschichtliche Beziehungen die Bildung solcher Staaten nahelegen . . .¹⁸⁷

Von der öffentlichen Meinung unterstützt, bestanden nun die Gliedstaaten darauf, Vertreter nach Berlin zu entsenden, um noch vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung mit der Reichsregierung gemeinsam den Entwurf von Preuß umzuarbeiten. Eine erste Besprechung dieses Gremiums fand am 25. Januar im Reichsamt des Innern statt. Bayern machte sich zum Fürsprecher der Gliedstaaten gegen den Preußischen Gedanken eines Einheitsstaats. Das vorläufige Ergebnis war die Einsetzung eines Staatenausschusses, der zur weiteren Ausarbeitung der Reichsverfassung hinzugezogen werden sollte. Dieser Ausschuss konstituierte sich formell am 26. Januar unter dem Vorsitz von Preuß. Wieder war es Eisner, der Vertreter Bayerns, der am schärfsten gegen Preuß vorging und sich auch nicht scheute, prominente Vertreter der alten bayerischen Bürokratie vorzuschicken, die den Partikularismus ihres Staates im besonderen, und den der anderen deutschen Staaten im allgemeinen, verfochten. Auf diese Weise erzielten die Gliedstaaten eine Reihe von Konzessionen, die es ihnen ermöglichten, den Verfassungsentwurf in ihrem Interesse abzuändern¹⁸⁸.

Aus diesen Beratungen ging am 21. Februar ein weiterer Entwurf hervor, den Preuß der Nationalversammlung in einer langen Rede drei Tage später präsentierte¹⁸⁹. Unter den Zuhörern befand sich Graf Kessler, der etwas bissig bemerkt:

„Preuss begründete seinen Entwurf zur Reichsverfassung in einer unendlich langweiligen, farb- und temperamentlosen, schwerfälligen und schleppenden Rede; von der Größe des historischen Moments kein Hauch. Nach einer Stunde schlief ich ein und ging dann hinaus.“¹⁹⁰

Kesslers Urteil ist sehr subjektiv, wie aus der Reaktion der Versammlung hervorgeht. Die Rede war gut durchdacht, zielte auf Überzeugung der Hörer hin und enthielt einige Proben von Preuß' trockenem Humor. Aber es war schon nicht mehr der eigene Entwurf, den er da vorlegte. Denn durch die notwendig gewordenen Konzessionen an die Gliedstaaten war das ursprüngliche Konzept des Einheitsstaates beträchtlich verwässert worden. Preuß schloß

¹⁸⁶ *Apelt*, op. cit., 63; *Schulz*, Zwischen Demokratie und Diktatur, 141.

¹⁸⁷ Ursachen und Folgen, III, 431.

¹⁸⁸ *Apelt*, op. cit., 63–68; *Schulz*, Zwischen Demokratie und Diktatur, 142–173.

¹⁸⁹ Abgedruckt in: *Preuß*, Begründung des Entwurfs einer Verfassung . . ., in: Staat, Recht und Freiheit, 394–421; Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 326, 284–292.

¹⁹⁰ *Kessler*, op. cit., 137 (24. Februar 1919).

seine lange Rede mit einem Bekenntnis zu dem Freiherrn vom Stein, seinem geistigen Vater:

„Leite Sie bei ihrem Werke [der Ausarbeitung des endgültigen Entwurfs] die Stimme des größten inneren Staatsmannes unserer Vergangenheit, des Freiherrn vom Stein: Ich kenne nur ein Vaterland, und das heißt Deutschland; deshalb kann ich auch nur dem gesamten Deutschland und nicht einem Teil davon mit ganzer Seele ergeben sein.“¹⁹¹

Der abgeänderte Entwurf vom 21. Februar wurde nach eingehender Beratung durch die Nationalversammlung einem Verfassungsausschuß überwiesen und mußte noch viele Änderungen über sich ergehen lassen. Ende Juli fanden dann in der Nationalversammlung die letzten Debatten statt, und am 11. August unterzeichnete der nunmehrige Reichspräsident Ebert die endgültige Verfassungsurkunde.

Zur Zeit dieses letzten Aktes war Preuß schon nicht mehr Staatssekretär oder, wie es seit dem 13. Februar 1919 hieß, Reichsminister des Innern. Am 21. Juni war er, bei der zur Annahme des Friedensvertrages notwendig gewordenen Neubildung des Kabinetts, als Minister aus der Regierung ausgeschieden, hatte sich aber auf Eberts Wunsch hin dazu bereit erklärt, bis zum Abschluß der Verfassungsberatungen als Reichskommissar zu amtieren¹⁹². Während der vorangehenden Debatten über die Friedensbestimmungen hatte er sich im Kabinett leidenschaftlich für die Ablehnung des Vertrages eingesetzt und schließlich auch seine Zustimmung zur Annahme verweigert. Diese Haltung beeinträchtigte seine bis dahin freundschaftlichen Beziehungen zu Ebert¹⁹³.

Inwiefern war Preuß nun wirklich der „Vater“ der Weimarer Verfassung? Die endgültige, am 11. August 1919 in Kraft getretene Verfassung enthielt 181 Artikel (mit etwa 50 Unterabteilungen); von diesen Artikeln stammten nur knapp 20 direkt und unverkennbar aus den beiden ersten Preußischen Entwürfen¹⁹⁴. Die übrigen Artikel waren das Resultat einer auf Kompromissen beruhenden Gemeinschaftsarbeit¹⁹⁵. Dennoch sollte man Preuß' Einfluß auf die Weimarer Verfassung nicht ausschließlich vom numerischen Gesichtspunkt aus messen. Gewiß, viele seiner ursprünglichen Gedanken, besonders das Konzept des Einheitsstaates, hatten sich nicht durchgesetzt¹⁹⁶. Die Gliedstaaten, vor allem Preußen und Bayern, blieben erhalten und sie, ebenso

¹⁹¹ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 326, 292. Das ursprüngliche Zitat Steins ist korrekt wiedergegeben in: Ursachen und Folgen, III, 460, Anm. 78.

¹⁹² Schay, op. cit., 259; Heuss, Geleitwort in: Preuß, Staat, Recht und Freiheit, 19. Schay schreibt irrtümlicherweise 21. Juli.

¹⁹³ Wilhelm Ziegler, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932, 188.

¹⁹⁴ Green, op. cit., 352.

¹⁹⁵ Ziegler, op. cit., 186.

¹⁹⁶ Die nachstehenden Betrachtungen stützen sich, falls nicht anders vermerkt, auf die folgenden Werke: Heffter, op. cit., 770–771; Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur, 202–212; Green, op. cit., 352–360.

wie die weiterhin bestehenden Zwergstaaten, entsprachen keineswegs den ursprünglich geplanten „Reichsprovinzen“. Auch das ihm so wichtige Prinzip der Selbstverwaltung, das besonders in den Gemeinden gelten sollte, war völlig aufgegeben worden. Trotzdem war die Weimarer Republik, nicht zuletzt dank Preuß' Einfluß, erheblich unitarischer, als es das kaiserliche Deutschland gewesen war. Auch die von ihm angeregten ursprünglichen Institutionen von Reichsregierung, Reichspräsident und Reichstag, dem man dann noch einen Reichsrat beifügte, wurden in die endgültige Fassung übernommen. „Manches ist in der ‚Weimarer Verfassung‘ anders geworden, wie er [Preuß] es sich gedacht und gewünscht hat“, schrieb ein Historiker, „... Aber in den entscheidenden Linien der demokratischen Grundauffassung war er klar und von sicherem Instinkt.“¹⁹⁷ Ähnlich urteilte ein anderer Beobachter, der Preuß einen bedeutenden Anteil am Zustandekommen des Verfassungswerkes zugesteht, obwohl „das schließlich in großen und entscheidenden Stücken anders geworden war, als er es geplant hatte“¹⁹⁸.

Warum ist Preuß mit seinem „idealistischen Reformwillen“¹⁹⁹ nicht durchgedrungen? Teilweise lag das an Umständen, auf die er keinen Einfluß hatte, wie z. B. der von der Entente verhinderte Anschluß Deutsch-Österreichs an das Reich²⁰⁰. Andererseits aber trug auch Preuß' Wesen dazu bei, daß ihm ein größerer Erfolg versagt blieb. Die Schärfe, mit der er gelegentlich seine Ansichten verfocht, wirkte verletzend²⁰¹. Heuss spricht von seinem skeptischen Spott, „der ihm locker saß und dem er dann wohl die Form einer gewissen Schnoddrigkeit gab“, erwähnt aber auch Preuß' Selbstironie²⁰². „Ein Unge-
tüm“ kommentierte Graf Kessler, als er Preuß im März 1919 in Weimar begegnete²⁰³. Dazu kam, daß trotz allen taktischen Geschicks seine Bemühungen um die Durchsetzung seiner Pläne viele Widersprüche enthielten²⁰⁴. Einerseits fehlte Preuß die Gabe zur kraftvollen Führung, zur Entschlossenheit, wozu sich ein Hang zur Dogmatik und zu doktrinären Ansichten gesellte²⁰⁵. Gleichzeitig aber besaß er ein fast unerschütterliches Vertrauen in die Realisierbarkeit seiner Projekte, auch wenn die gegebenen Tatsachen solchem Optimismus nicht entsprachen. So arbeitete er unbekümmert um die öffentliche Meinung an seiner Denkschrift vom 3. Januar, ohne dabei das Anwachsen der partikularistischen Opposition, die sich schon in der zweiten Dezemberhälfte bemerkbar gemacht hatte, zu beachten²⁰⁶. Ein Freund sagte einmal von ihm, „Preuß sei immer etwas erstaunt, daß die Welt unverändert weitergehe, auch

¹⁹⁷ Ziegler, op. cit., 188.

¹⁹⁸ Apelt, op. cit., 424.

¹⁹⁹ Heffter, op. cit., 770.

²⁰⁰ AaO.

²⁰¹ So das Urteil von Gerhard Anschütz; aus dessen unveröffentlichten Erinnerungen zit. in Green, op. cit., 123.

²⁰² Heuss, Geleitwort, in: *Preuß, Staat, Recht und Freiheit*, 16.

²⁰³ Kessler, op. cit., 141 (1. März 1919).

²⁰⁴ Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, 129.

²⁰⁵ Apelt, op. cit., 423–424; Ziegler, op. cit., 188.

²⁰⁶ Green, op. cit., 304.

wenn er einen Aufsatz geschrieben habe“²⁰⁷. Solche Überschätzung des durch ihn Erreichbaren mag auch eine Rolle gespielt haben, als er an den verschiedenen Verfassungsentwürfen arbeitete. Ging er dann aber vom Schreibtisch fort zum grünen Verhandlungstisch, wo er den Einwänden seiner Kritiker begegnen mußte, so verteidigte er zwar seine Ansichten zunächst mit aller Überredungskunst, pflegte dann aber Schritt für Schritt nachzugeben, Konzessionen zu machen und sich am Ende fast stets mit Kompromissen abzufinden²⁰⁸.

Die Art seiner Verhandlungstaktik, von einer zunächst exponierten und doktrinären Ausgangsposition zurückzuweichen, wenn er auf Widerstand stieß, mag dazu beigetragen haben, daß Preuß mit seinen ursprünglichen Verfassungsplänen nicht durchgedrungen ist. Dagegen bildeten weder seine negative Einstellung zum Rätssystem und zu den Sozialisierungsplänen, noch die geringe Begeisterung der aus dem Kaiserreiche übernommenen Beamenschaft im Reichsamt des Innern für die Vorhaben des neuen Chefs wesentliche Hinderungsgründe²⁰⁹. Ebenso wenig scheint Preuß' jüdische Herkunft zum Widerstand gegen seine Verfassungsentwürfe beigetragen zu haben, zumal wenn man bedenkt, daß sein erfolgreichster und vehementester Gegner in dieser Hinsicht Kurt Eisner war. Erst nach Annahme der Verfassung, die jedoch nur noch in beschränktem Maße den Preußischen Stempel trug, wurde diese und damit der Weimarer Staat von nationalistischer Seite aus als „jüdische Mache“ gebrandmarkt, und der Jude Preuß für die Schwierigkeiten und Mängel der neuen Republik verantwortlich gemacht. Obwohl Preuß diese Ausfälle schmerzlich empfinden mußte, ist er ihnen mit Würde begegnet. So schrieb er am 16. Februar 1924 in der *Vossischen Zeitung*:

„Während es gerade jetzt die nationale Pflicht jedes Deutschen ist, unverbrüchlich an der Reichsverfassung festzuhalten . . . hetzen die sonderbaren Vaterlandsverteidiger gegen eben diese Verfassung, weil sie ‚undeutsch‘ sei. Es ist dies eines jener Schlagworte, die trotz ihrer bodenlosen Dummheit und Verlogenheit doch schlaue Wirkung in die Breite berechnen sind. Einmal ist das Schlagwort wie die ganze Agitation auf die antisemitischen Neigungen eines gewissen Publikums eingestellt; denn wenn diese Leute mit hämischer Betonung von ‚deutsch‘ und ‚undeutsch‘ sprechen, so meinen sie nicht die ganze Volksgemeinschaft und ihre Gegner, sondern sie rufen ganz bewußt den Antisemitismus zur Hilfe herbei. Wenn ich persönlich bei solchem Anlaß mit Schmutz beworfen werde, so genügt mir zur Abwehr das Wörtchen Pfui, das Bismarck als den deutlichsten Ausdruck des Ekels und der Verachtung bezeichnet hat . . . Edle Leidenschaft, namentlich der Jugend, die im Wirrsal der Zeit nach Wahrheit und Klarheit ringt, die sich an das gedemütigte Vaterland mit desto innigerer Liebe anschließen will, wird durch jene Lügenpest verseucht, abscheulich irregeführt; und sie gefährdet in ihrem so erzeugten Wahn aufs schwerste die Erhaltung und Rettung des Vaterlandes, der sie dienen will.“²¹⁰

²⁰⁷ Zit. von Heuss, Geleitwort, in: *Preuß, Staat, Recht und Freiheit*, 19.

²⁰⁸ Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, 143–144, und passim.

²⁰⁹ Ziegler, op. cit., 188; Elben, op. cit., 69, 173–174.

²¹⁰ *Preuß, Die „undeutsche“ Reichsverfassung*, in: *Staat, Recht und Freiheit*, 474 bis 475.

Zu erleben, wie klar er 1924 die Gefahr für Deutschlands Zukunft gesehen hatte, ist Preuß erspart geblieben.

Während der Beratungen über die Reichsverfassung war Preuß mit seinen einheitsstaatlichen Bestrebungen nicht nur auf den Widerstand des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, sondern auch auf den des preußischen Ministerpräsidenten Paul Hirsch gestoßen²¹¹. Letzterer wurde am 17. November 1868 als Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie in Prenzlau in der Uckermark geboren und kam schon als Knabe nach Berlin, wo er viele Jahre seines langen Lebens politisch wirken sollte. Als junger Mann studierte er zunächst Medizin, wandte sich dann aber den Sozialwissenschaften und der Nationalökonomie zu. Durch seine Mitgliedschaft in reformerischen Studentengruppen stieß er zur Sozialdemokratie. Von 1900 bis 1921 war er Stadtverordneter in Charlottenburg, von 1908 bis 1918 außerdem Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und Vorsitzender der zehnköpfigen sozialdemokratischen Fraktion. Seine Publikationen jener Zeit spiegelten sein Interesse an den politischen Tagesfragen wider. Zusammen mit dem späteren Leiter der Reichskanzlei während der Revolutionszeit, Curt Baake, gab er eine Parlamentskorrespondenz heraus; er schrieb unter anderem über die Entrechtung der Arbeiter durch das preußische Wahlrecht, verfaßte ein *Handbuch für preußische Wähler* und veröffentlichte eine Reihe von Schriften über kommunalpolitische Fragen²¹². Neben der Kommunalpolitik beschäftigte ihn vor allem die preußische Wahlrechtsfrage, wobei er die arbeiterfeindliche Gesinnung des preußischen Staates scharf angriff und seine Bemühungen, das „elendeste aller Wahlsysteme“ zu ändern, bis zum Ende des Weltkriegs fortsetzte. „In zwei Menschenaltern nicht ein einziger Fortschritt auf dem Gebiet des preußischen Staatsrechts, überall finsterste Reaktion, wohin auch immer wir blicken“ schrieb er noch ingrimmig Jahre später, in der Weimarer Zeit, über diesen Kampf²¹³.

Außerlich war Hirsch, der Beschreibung eines damaligen Journalisten zufolge, „eine hagere, lang aufgeschossene Gestalt. Nachlässig in Haltung und Kleidern. Er gibt nichts auf das Äußere und läßt sich, gemächlich beim Sitzen die Beine weitausstreckend, gehen. Die Hände verkriechen sich in den Hosentaschen, und der Oberkörper versinkt nachlässig in die Lehne des Sessels“²¹⁴. Als Mensch war er gütig, von tiefem sozialem Empfinden, dabei ein mittelmäßiger Redner und ohne persönlichen Ehrgeiz; kein starker, „aber ein be-

²¹¹ Dem Verfasser war es aus technischen Gründen nicht möglich, für den Abschnitt über Paul Hirsch die einschlägigen Akten der damaligen preußischen Staatsregierung heranzuziehen.

²¹² Näheres siehe bei *Hamburger*, op. cit., 524 ff., und *Osteroth*, op. cit., 134–135.

²¹³ *Paul Hirsch*, Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1925, 11–12.

²¹⁴ *Fischart*, Das Alte und das Neue System; Neue Folge . . ., 158; *Kessler*, op. cit., (25. Februar 1919).

sonnener und klarblickender Mann ohne Illusionen, mit einem Anflug von Skeptizismus“, zu dem sich oft noch ein Schuß mangelnder Entschlußfähigkeit gesellte. „Er war im guten Sinne des Wortes ein preußischer Jude, gewissenhaft, zuverlässig, der Sache hingegeben.“²¹⁵

Zum Amt des Ministerpräsidenten, das ihm auf Grund seiner Stellung in der Fraktion zufiel, hat er sich nicht gedrängt²¹⁶. Nachdem die königlich preußischen Minister am 8. November 1918 ihre Abschiedsgesuche eingereicht hatten, wurde Hirsch am 9. November von Ebert – an diesem Tage noch eintägiger Reichskanzler – und von dem preußischen Innenminister Dr. Wilhelm (Bill) Arnold Drews dazu ermächtigt, sich „mit sämtlichen Polizei- und Kommunalbehörden Groß-Berlins zum Zwecke der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Verbindung zu setzen, die erforderlichen Maßnahmen zu vereinbaren und nötigenfalls selbst zu treffen“²¹⁷. Drei Tage darauf, am 12. November, vormittags um 11 Uhr, erfolgte dann die Übernahme der preußischen Regierung durch die beiden sozialistischen Parteien im Auftrage des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte Berlins. Denn ebenso wie auf Reichsebene wurde auch die preußische Regierung, deren Mitglieder sich zunächst ebenfalls Volksbeauftragte nannten, aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen gebildet; Hirsch teilte somit den Vorsitz der preußischen Staatsregierung mit dem Unabhängigen Heinrich Ströbel. Dazu stand er bis zum März 1919 neben Rudolf Breitscheid, der allerdings am 4. Januar 1919 zurücktrat, dem preußischen Innenministerium vor²¹⁸. Trotz der Doppelbesetzung der Ämter besteht jedoch kaum ein Zweifel darüber, daß sich auch in Preußen die gemäßigte Haltung der Mehrheitspartei vom ersten Tage an durchsetzte. Das geht schon aus dem Ton des am 13. November als Aufruf veröffentlichten preußischen Regierungsprogramms hervor²¹⁹, dessen politisch abgewogene Formulierung deutlich auf die geistige Urheberchaft der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder hinweist, also vor allem auf Hirsch und den zum Landwirtschaftsminister ernannten Otto Braun. Man bekannte sich zur demokratischen Volksrepublik, versprach die baldige Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung für Preußen und stützte sich bis zu deren Einberufung als „vorläufige Regierung“ auf das Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte. Aber obwohl der Aufruf die

²¹⁵ *Hamburger*, op. cit., 526.

²¹⁶ AaO.

²¹⁷ *Hirsch*, op. cit., 111.

²¹⁸ Für die Kabinettsliste siehe *Kolb*, op. cit., 262, Anm. 2, wobei hinzugefügt werden muß, daß Rosenfeld (USPD) sein Amt als Justizminister erst am 26. November 1918 antrat (Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, 94). Zunächst nannten sich auch die preußischen Minister „Volksbeauftragte“, gingen aber sehr bald zum Ministertitel über. Nach dem Austritt der USPD-Minister aus der preußischen Regierung, am 3. Januar 1919, amtierten die SPD-Minister vom 4. Januar ab bis zur Neubildung des Kabinetts im März 1919 allein.

²¹⁹ Abgedruckt in: *Hirsch*, op. cit., 112–114, und Ursachen und Folgen, III, 86–87.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften ankündigte, Reform der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus sowie die Beseitigung der Gutsbezirke und die Schaffung des völlig gleichen Wahlrechts beider Geschlechter versprach, wurde hervorgehoben, daß es die Regierung als ihre erste Aufgabe ansehe, „für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen“²²⁰. Daneben wurden alle Beamten, die bereit waren, sich der neuen Regierung zur Verfügung zu stellen, ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und aufgefordert, ihre amtliche Tätigkeit „im Interesse des Vaterlandes“ fortzusetzen und somit „zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit beizutragen“²²¹. Der Aufruf enthielt also eine Mischung von Kontinuität und versprochenen demokratischen Reformen; das Wort „Revolution“ wurde darin nicht erwähnt.

Das war sicherlich kein Zufall. Der einzige Hinweis darauf, daß eine grundlegende staatliche Umwälzung stattgefunden hatte, fand sich im ersten Satz des Aufrufs: „Preußen ist wie das Deutsche Reich . . . durch den Volkswillen zum freien Staat geworden“²²². Das war sehr vorsichtig ausgedrückt und entsprach weitgehend der gemäßigten politischen Einstellung Hirschs. Zweifellos war ihm, der schon vor dem Kriege die politischen und sozialen Mängel des preußischen Staates mit Wort und Schrift bekämpft hatte, 1918 ehrlich daran gelegen, in Preußen „mit den zahlreichen Überbleibseln aus der Zeit der Reaktion aufzuräumen“²²³. Nun bot ihm die durch den Zusammenbruch des alten Reiches geschaffene Lage die Möglichkeit, dieses Ziel zu verwirklichen. Da er außerdem preußischer Regierungschef und Innenminister war, befand er sich in einer Stellung, die ihm gestattete, einen beträchtlichen Einfluß auf den Gang der Regierungsgeschäfte auszuüben.

Trotz der Autorität, die ihm dank dieser beiden Schlüsselpositionen zugefallen war, ist Hirsch äußerst zurückhaltend an die Aufgabe herangetreten, den preußischen Staat von Grund auf zu reformieren. Es lag ihm, der auf dem rechten Flügel der SPD stand, zunächst daran, „die junge deutsche Republik vor dem Herabsinken in das Chaos zu bewahren“, also Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, beziehungsweise wiederherzustellen, und vor allem den bestehenden Verwaltungsapparat möglichst reibungslos in Gang zu halten, schon um die gefährdete Volksernährung zu sichern²²⁴. Dazu benötigte er in Preußen ebenso wie die Volksbeauftragten in den Reichsbehörden die Mitarbeit der erprobten alten Beamten. Das wiederum bedingte eine Regelung des Verhältnisses zwischen den staatlichen Behörden mit ihren aus der Monarchie übernommenen Beamten und den aus der Revolution hervorgegangenen Räten. Die Entscheidung darüber, welche Rechte den bestehenden

²²⁰ Ursachen und Folgen, III; *Hirsch*, op. cit., 113; siehe auch 115, und passim.

²²¹ *Hirsch*, op. cit., 113–114; Ursachen und Folgen, III, 87.

²²² Ursachen und Folgen, III, 86; *Hirsch*, op. cit., 112.

²²³ *Hirsch*, op. cit., 124.

²²⁴ AaO; *Kolb*, op. cit., 262–263; zu dieser Frage vgl. auch *Otto Braun*, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949, 14.

Behörden und welche den Räten zufielen, lag bei der Regierung, besonders beim Innenminister. Schon am 12. November hatte die preußische Regierung sämtliche ihr unterstellten Behörden und Beamten aufgefordert, ihre Ämter weiterzuführen²²⁵. Am folgenden Tage gingen dann zwei, von Hirsch und Ströbel unterzeichnete telegraphische Erlasse an alle preußischen Oberpräsidenten, in denen die Regierung die Räte als Kontrollinstanzen anerkannte, ihnen aber die Befugnis zur Übernahme jeglicher über das Kontrollrecht hinausgehenden Funktionen praktisch absprach²²⁶. Der bestürzte, ja, aggressive Ton, mit dem der VR der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. November auf diese Erlasse reagierte²²⁷, war symptomatisch für die fortgesetzten Kompetenzstreitigkeiten, die für die Dauer der Revolutionszeit das Verhältnis zwischen der preußischen Regierung und den Räten kennzeichnen sollten.

In seinen späteren Aufzeichnungen hat Hirsch dieses Verhältnis weit positiver bewertet, als es in Wirklichkeit gewesen ist. In diesem Zusammenhang hat er indessen eine aufschlußreiche Bemerkung eingeflochten, die seiner grundsätzlichen Einstellung zu den Problemen seiner Amtszeit, einschließlich des eben erwähnten, Überzeugungskraft verleiht: „Jedes Buhlen um die Gunst der Massen lag uns fern.“²²⁸ Nicht, daß ihm die Massen gleichgültig gewesen wären. Als langjähriger Sozialdemokrat hatte er sich stets für sie eingesetzt und war auch während der Revolutionszeit nicht müßig, ihre Interessen wahrzunehmen. Aber wie so viele seiner Parteigenossen, einschließlich derer, die im RdV saßen, scheute er davor zurück, die günstige Gelegenheit des politischen Umsturzes beim Schopf zu fassen und durchgreifende Maßnahmen zur Demokratisierung Preußens zu ergreifen. Daß das damals nicht einfach war, soll nicht bestritten werden. Schon die Personalfrage, d. h. die Neubesetzung der verschiedenen Verwaltungsstellen durch Beamte, auf deren uneingeschränkte Loyalität sich die neue preußische Regierung verlassen konnte, scheiterte oft am Fehlen qualifizierter Kräfte²²⁹. Hinzu kam noch die Besorgnis, daß wirtschaftliche und soziale Experimente großen Stils die ohnehin prekäre Lage des Landes gefährdet hätten. Diese Beurteilung der Situation, die sich auch in den Erinnerungen Otto Brauns widerspiegelt, klingt in Hirschs Aufzeichnungen

²²⁵ Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger, Nr. 269, (13. November 1918) zit. in: *Hans-Karl Behrend*, Zur Personalpolitik des preußischen Ministeriums des Innern, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, hrsg. vom Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. VI, Tübingen 1957, 181; siehe auch *Wolfgang Runge*, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933 (Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsg. v. Werner Conze, Bd. V), Stuttgart 1965, 16–17.

²²⁶ *Kolb*, op. cit., 263–264; siehe dazu auch die Bemerkungen in *Schulz*, Zwischen Demokratie und Diktatur, 78–79, 105–110, und *Behrend*, op. cit., 181, 197. Im Gegensatz zu Kolb datiert Behrend die beiden Erlasse auf den 14. November 1918.

²²⁷ Abgedruckt in: *Ursachen und Folgen*, III, 89.

²²⁸ *Hirsch*, op. cit., 214; siehe auch ff., passim.

²²⁹ *Behrend*, op. cit., 176, 189, 192.

immer wieder durch²³⁰. Die Folge war, daß Hirsch und seine Kollegen sehr langsam und vorsichtig zu Werke gingen, so vorsichtig, daß ein deutscher Historiker 1950 feststellte, „die republikanische Linksregierung [in Preußen sei] . . . praktisch nicht schöpferischer gewesen als die konservative Beamtenregierung der Monarchie“²³¹. Alle Personalfragen, die seiner Entscheidung bedurften, behandelte Hirsch vorwiegend unter verwaltungstechnischen Gesichtspunkten. Bei Konflikten zwischen örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten und einzelnen Provinzbehörden pflegte er, wobei er auf die „Übergriffe“ der Räte hinwies, fast durchweg die Zuständigkeit der jeweiligen Behörden gegen die Forderungen der Räte nachdrücklich zu bestätigen, auch wenn es sich, was oft der Fall war, um ausgesprochen reaktionäre Beamte handelte²³². Hellmut von Gerlach, für einige Wochen Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium, schreibt dazu in seinen Erinnerungen:

„Kam ein Mann wie der überaus fähige Freiherr von Reibnitz, wegen ungenügender Hohenzollernfrommheit gemäßregelter Landrat, für den Oberpräsidentenposten in Frage, so warf [der getaufte] Unterstaatssekretär Dr. Freund ein: ‚Im Fall seiner Ernennung drohen die schlesischen Landräte mit Streik.‘“

Immer ließ sich Paul Hirsch, zugleich Ministerpräsident und Innenminister, und so mit Arbeit überlastet, ins Bockshorn jagen. Er war ein ausgezeichnete Kommunal sachverständiger. Aber ihm mangelte ganz das, was die Franzosen ‚la poigne‘ nennen, die rücksichtslose Entschlußfähigkeit. Die Geheimräte tanzten ihm auf der Nase herum . . . Sie sabotierten die Republik, und die Republik ließ sich sabotieren!“²³³

Mit großer Bedächtigkeit trat Hirsch auch an die Reform der Gemeindevertretungen und der Kreisordnung heran. Den „Ersatz der auf Grund plutokratischer Wahlgesetze gebildeten Gemeindevertretungen“ betrachtete die preußische Regierung, laut Hirsch, als „eine ihrer ersten Aufgaben“²³⁴. Eine diesbezügliche Verordnung, die Neuregelung des Gemeindewahlrechts betreffend, legte die Regierung aber erst am 24. Januar 1919 vor, zweieinhalb Monate nach Ausbruch der Revolution²³⁵. Eine Verordnung über die Zusammensetzung der Kreistage, einschließlich einiger Änderungen der Kreisordnung, folgte am 18. Februar 1919; die neugewählten Kreistage traten schließlich am 3. Juni 1919 zusammen, und die Neuwahl der Kreisausschüsse erfolgte Mitte dieses Monats. Es dauerte also acht Monate, ehe die im November 1918 zur Macht gekommene neue Regierung die noch auf das alte preu-

²³⁰ Hirsch, op. cit., 124–125 und ff., passim; Braun, op. cit., 14, 17, 23.

²³¹ Heffter, op. cit., 778.

²³² Kolb, op. cit., 275–276, 374–378; vgl. Hirsch, op. cit., 126–131 und besonders die Verteidigung seiner Beamtenpolitik, 162–166; siehe auch Runge, op. cit., 18–20, 60–61, und passim.

²³³ Hellmut von Gerlach, Von Rechts nach Links, hrsg. von Emil Ludwig, Zürich 1937, 246–247.

²³⁴ Hirsch, op. cit., 142.

²³⁵ Kolb, op. cit., 268.

ßische Dreiklassenwahlrecht zurückgehenden Selbstverwaltungsorgane durch demokratische ersetzt²³⁶.

Auch die verfassunggebende preußische Landesversammlung trat erst am 13. März 1919 zusammen, vier Monate nach Ausbruch der Revolution und über einen Monat später als die Deutsche Nationalversammlung in Weimar. Mit begreiflichem Stolz erklärte Hirsch in seiner Eröffnungsrede vor der Landesversammlung: „Das alte Preußen ist für immer dahin. Ein neues Preußen ist im Werden.“²³⁷ Aber selbst wenn diese Worte insofern berechtigt waren, als Preußen nun eine republikanisch-demokratische Staatsform besaß, blieb doch so manches Stück vom alten Preußen unversehrt. Seine Beamten, sowohl der Verwaltungs- als auch der Justizbehörden, wurden weitgehend übernommen²³⁸. Die Beseitigung der selbständigen Gutsbezirke Ostelbiens, am 13. November 1918 im Regierungsprogramm angekündigt, wurde endgültig erst auf Grund des Gesetzes vom 27. Dezember 1927 (!) durchgeführt²³⁹. Von einer Aufteilung des ostelbischen Großgrundbesitzes, dessen Eigentümer später mithalfen, der Republik das Grab zu schaufeln, wurde Abstand genommen, da, wie es der Landwirtschaftsminister in Hirschs Kabinett ausgedrückt hat, ein solches Unterfangen „in jener Zeit der größten Ernährungsschwierigkeiten zu einer Katastrophe geführt hätte“²⁴⁰. Ebenso großzügig verhielt sich die preußische Revolutionsregierung dem Hause Hohenzollern gegenüber. Gemäß einer Verordnung vom 13. November 1918 wurde das Eigentum des ehemaligen regierenden Hauses lediglich beschlagnahmt, also bis auf weiteres sichergestellt. Kurt Rosenfeld, der erst am 26. November vom Arbeiter- und Soldatenrat zum preußischen Justizminister ernannt wurde, hatte sich am 30. November auf einer Kabinettsitzung für die Enteignung dieses Vermögens eingesetzt. Sein Antrag wurde jedoch mit drei gegen drei Stimmen abgelehnt. Einer der drei Mehrheitssozialisten, die gegen Rosenfelds Antrag stimmten, war Ministerpräsident Paul Hirsch²⁴¹.

²³⁶ AaO, 268-269. Über eine allgemeine Kritik der preußischen Verwaltungsreform bis 1925 siehe *Hugo Preuß*, Deutschland und die preußische Verwaltungsreform (1925), in: Staat, Recht und Freiheit, 129-143. Siehe auch *Ernst Troeltsch*, Spektatorbriefe, Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918 bis 1922, hrsg. von Hans Baron, Tübingen 1924, 37.

²³⁷ *Hirsch*, op. cit., 149.

²³⁸ *Kolb*, op. cit., 277-280; *Behrend*, op. cit., 203, 205; *Runge*, op. cit., 60-61; vgl. *Hirsch*, op. cit., 162-166. Über die *Justiz*, allerdings nicht nur in Preußen, schrieb Julius Leber 1925: „Immer wieder taucht die bange Frage auf, hätte man nicht 1918 die ganzen unzuverlässigen Juristen in die Wüste jagen sollen? Keine Antwort gibt es auf diese Frage, denn sie ist ein Teil der Tragik, die . . . in ihrem innersten Wesen ihre Erklärung in der Tatsache hat, daß der November 1918 keine Revolution, keine Umstellung war, sondern ein Zusammenbruch . . .“ *Julius Leber*, Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe, hrsg. von seinen Freunden, Berlin-Frankfurt/Main 1952, 128.

²³⁹ *Heffter*, op. cit., 779.

²⁴⁰ *Braun*, op. cit., 17 ff., 23.

²⁴¹ Siehe dazu die Auseinandersetzung zwischen Kurt Rosenfeld und Otto Braun auf dem SPD Parteitag in Kiel, 1927 (Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel,

Daß Hirsch, wenn es ihm darauf ankam, schnell und entschlossen handeln konnte, bewies er im Januar 1919 mit seinem Vorgehen gegen den Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Der Unabhängige Sozialdemokrat Eichhorn, der den Mehrheitssozialisten von Anfang an nicht genehm war, verdankte seine Ernennung dem Vollzugsrat. Als die USPD-Regierungsmitglieder am 3. Januar aus allen preußischen Ämtern ausschieden, beschloß Eichhorn, auf seinem Posten zu bleiben. Da man ihn der Sympathie mit den radikalen Kräften, die die Revolution weiter nach links zu treiben hofften, verdächtigte und ihm außerdem nachsagte, er habe am 24. Dezember die aufrührerischen Matrosen der Volksmarinedivision begünstigt, sah sich die preußische Regierung veranlaßt, ihn abzusetzen. Den Anlaß zu diesem Schritt gab Eichhorn durch seine Weigerung, der Regierung über eine Anzahl gegen ihn erhobener Vorwürfe Rechenschaft abzulegen. Auch sprach er der preußischen Regierung das Recht ab, sich in seinen Arbeitsbereich einzumischen, da er das Ministerium nicht als eine ihm übergeordnete Instanz anerkenne. Eichhorns Weigerung, die am 3. Januar erfolgte, führte am nächsten Tage zu seiner Entlassung und zur Ernennung des Mehrheitssozialisten Eugen Ernst zum Nachfolger. Die betreffende Verfügung wurde von Hirsch in seiner Eigenschaft als Innenminister unterzeichnet und Eichhorn zugestellt. Die Folge dieses Schrittes war der Januar-Aufstand, dem sich die Kommunisten anschlossen und der dann durch Truppen in blutigen Kämpfen niedergeschlagen wurde²⁴².

Bernstein vertrat später die Auffassung, man hätte der Verfügung zur Absetzung Eichhorns aus Gründen der Klugheit eine weniger verletzende Form geben sollen. Hirsch selbst hat diese Frage in seinen Aufzeichnungen offengelassen²⁴³. Dennoch muß er gewußt haben, daß die von ihm so energisch be-

74–76, 94–100). Rosenfelds Darstellung dieses Zwischenfalles wurde auf dem Parteitag von seinem ehemaligen USPD-Kollegen Adolf Hoffmann bestätigt (aaO, 101). Braun, der Rosenfeld auf dem Parteitag scharf angriff und der behauptete, daß Rosenfeld nie einen Antrag auf Enteignung gestellt habe, geht in seinen Erinnerungen über diese Frage mit Ausnahme eines nebulösen Satzes hinweg (Braun, op. cit., 111). Hirsch hat in seinen Aufzeichnungen über die Auseinandersetzung auf dem Kieler Parteitag Rosenfelds Darstellung ebenfalls als unwahr bezeichnet (Hirsch, op. cit., 144–146). So stehen die Aussagen der beiden ehemaligen Unabhängigen Rosenfeld und Hoffmann gegen die von Hirsch und Braun. Da die Debatten der Kabinettsitzung vom 30. Januar 1918 laut Hoffmann nicht zu Protokoll genommen wurden, sondern nur die Beschlüsse, und da ein Beschluß in dieser Angelegenheit nicht gefaßt worden ist, wird es wohl nicht möglich sein, je den wahren Tatbestand zu ermitteln. Fest steht nur, daß nach dem Volksentscheid über die Fürstenabfindung in 1926 die Hohenzollern ihr damals beschlagnahmtes Eigentum zurückerhielten. Zu einer scharfen Kritik dieser Begünstigung des Hauses Hohenzollern wie auch des ostelbischen Großgrundbesitzes siehe Gerlach, op. cit., 243–244.

²⁴² Ryder, op. cit., 200 ff.; Müller, Novemberrevolution, 246–248; Hirsch, op. cit., 131–136. Über die Haltung der KPD und besonders Rosa Luxemburgs, siehe unten, S. 225 ff.

²⁴³ Hirsch, op. cit., 134.

triebene Maßnahme alle Kräfte links der SPD herausfordern mußte²⁴⁴, wie er auch den unermesslichen Schaden zugestanden hat, „den der republikanische Gedanke durch die Ereignisse des Januar 1919 erlitten hat“²⁴⁵. Daß er als verantwortlicher preußischer Staatschef die Insubordination des Berliner Polizeipräsidenten nicht einfach hinnehmen konnte und daß es seine Pflicht war, gegen jegliche staatsfeindliche Umtriebe Eichhorns geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, soll nicht bestritten werden. Es bleibt jedoch die Frage, ob nicht eine weniger drastische und taktlose Lösung dieser heiklen Angelegenheit zu einem Zeitpunkt, da die Wunden des Weihnachttaufstandes der Volksmarinedivision noch nicht verheilt waren, angebracht gewesen wäre.

Mit großer Entschlossenheit führte Hirsch auch seinen Kampf gegen die in Hugo Preuß' Verfassungsentwurf vorgesehene Aufteilung Preußens. Zwar erklärte Hirsch bei der Eröffnung der preußischen Landesversammlung am 13. März 1919, daß Preußen bereit sei, im Reiche aufzugehen, wenn das gesamte Reich zweckmäßig in neue Verwaltungsbezirke eingeteilt werden würde²⁴⁶. Aber am 21. März plädierte er vor derselben Versammlung für die Beibehaltung des Status quo: „Preußens verwaltungstechnische und kulturelle Leistungen sind wirkliche Werte, die nicht verloren gehen dürfen; dem Reiche muß die Leistungsfähigkeit Preußens im vollsten Maße erhalten werden.“²⁴⁷ Diesen Standpunkt hatte Hirsch schon seit Beginn der Verhandlungen über den Preußischen Verfassungsentwurf eingenommen²⁴⁸, und es ist anzunehmen, daß sein am 13. März gemachtes Zugeständnis lediglich taktischer Natur war, da er zu diesem Zeitpunkt schon sicher sein konnte, daß die Absicht einer Zerschlagung Preußens – nicht zuletzt durch die Haltung der südlichen Staaten – zum Scheitern verurteilt war. In seinem Kampf gegen den Preußischen Entwurf gewann Hirsch die fachkundige Unterstützung von Dr. Freund, Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium, der unter anderem das länderstaatliche Polizeirecht vor dem Zugriff des Reiches rettete²⁴⁹. Wie es ein deutscher Historiker jüngst ausgedrückt hat, „bekämpfte die Linksregierung, die nun die preußischen Ministerien leitete, die Zerschlagung des einstigen Hohenzollernstaats, in seltsamem Gleichklang mit den konservativen Anhängern der altpreußischen Tradition“²⁵⁰.

Auf die gleiche entschiedene Art, in der er die Aufteilung Preußens bekämpft hatte, wandte Hirsch sich ein paar Wochen später gegen die Annahme des Versailler Vertrages. Hier jedenfalls war ein Punkt, in dem er mit Preuß übereinstimmte. Während einer Kundgebung der Nationalversammlung am

²⁴⁴ *Ryder*, op. cit., 222.

²⁴⁵ *Hirsch*, op. cit., 136.

²⁴⁶ *Heidegger*, op. cit., 248.

²⁴⁷ *Zit. aaO*, 251–252.

²⁴⁸ *Schulz*, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, 146, 161–162, einschl. Anm. 98, und passim.

²⁴⁹ *AaO*, 167; siehe auch 161 und ff., passim.

²⁵⁰ *Heffter*, op. cit., 770. Vgl. dazu Hirschs Aufzeichnungen (174–187), in denen Hirsch das Scheitern des Preußischen Entwurfes hauptsächlich dem Widerstand der Südstaaten, speziell Bayern, zur Last legt.

12. Mai 1919 in der Aula der Berliner Universität protestierte Hirsch im Namen aller deutschen Freistaaten mit dem Ausruf: „Lieber tot als Sklav!“, und erklärte:

„Unsere Feinde mögen sich hüten, auf irgendeine Uneinigkeit der deutschen Stämme zu rechnen. (Bravo!) In der tiefsten und furchtbarsten Not, die unser Volk je heimgesucht hat, stehen wir alle in unerschütterlicher Treue zum großen deutschen Vaterlande. (Lebhafter Beifall.)“²⁵¹

Und hierin blieb er fest. In einer Sitzung des Reichskabinetts am 3./4. Juni trat Hirsch wiederum für die Nichtunterzeichnung ein, gab am 19. Juni die Ablehnung des Vertrages durch die preußische Landesregierung bekannt, und bestätigte diese Erklärung am 25. Juni vor der preußischen Landesversammlung²⁵².

Der von den Nationalsozialisten 1945 als Widerstandskämpfer hingerichtete sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Julius Leber schrieb im Juni 1933 in der „Schutzhaft“ über die deutsche Revolution:

„Niemand wird ernstlich in Abrede stellen, daß die Volksbeauftragten bei ihrer Machtübernahme sich vor die allerschwierigste Aufgabe gestellt sahen . . . Jedoch selbst unter diesen einschränkenden und entlastenden Voraussetzungen muß auch der vorurteilslose Kritiker zu dem Urteil kommen, daß die Leistungen jener Revolutionsregierung zwischen dem 9. November 1918 und dem 11. August 1919 schmählich klein waren. Besonders klein hinsichtlich der größten und schönsten Aufgabe: Der Schaffung eigener und haltbarer Grundlagen für den neuen Staatsaufbau . . . Die Gesamthaltung der revolutionären Zwischenregierung erscheint im unbarmherzigen Urteil der Geschichte als ein bewußter oder unbewußter Verzicht auf die Revolution, auf die geistige und schließlich wirtschaftliche Umformung der deutschen Gesellschaft und des deutschen Menschen.“²⁵³

Lebers Kritik trifft nicht nur auf die Volksbeauftragten des Reiches zu, sondern auch auf Hirsch und seine Regierung. Bis zum März 1920 war Hirsch als preußischer Ministerpräsident (und bis zum März 1919 auch als Innenminister) für die Geschicke des größten deutschen Einzelstaates verantwortlich. Bis zum Ausbruch der Revolution hatte hier das Junkertum fast uneingeschränkt geherrscht; es hatte von Preußen aus dem Reich seinen Stempel aufgedrückt und dabei seine alten, immer reaktionärer anmutenden Privilegien behaupten können. Nun bot sich mit dem Zusammenbruch der Monarchie die Gelegenheit, den politischen Einfluß von Preußens vormaliger Herrschaftsschicht endgültig zu brechen. Daß dies nur in sehr unzulänglichem Maße geschehen ist, sollte sich noch bitter rächen. Obwohl Hirsch den Geist der Junker und der Beamten gekannt hat, unternahm er während seiner Amtszeit jedoch weder den Versuch, durch Sozialisierung oder Parzellierung des ostelbischen Großgrundbesitzes die Wirtschaftsmacht, und dadurch den politischen Einfluß des Jun-

²⁵¹ Zit. in *Hirsch*, op. cit., 170.

²⁵² *Heidegger*, op. cit., 342; *Horkenbach*, op. cit., 79; *Hirsch*, op. cit., 171–173.

²⁵³ *Leber*, op. cit., 201, 203.

kertums zu brechen, noch entfernte er die republikfeindlichen Beamten aus ihren Verwaltungsstellen²⁵⁴. Seine Regierung beschränkte sich darauf, die wesentlichsten Verwaltungsinstitutionen des Landes strukturell im demokratischen Sinne umzuformen, ohne aber dabei eine angemessene Personalpolitik zu betreiben.

Gewiß gab es einleuchtende und berechtigte Argumente technischer und psychologischer Natur – Hirsch hat sie aus preußischer Sicht in seinen Aufzeichnungen immer wieder angeführt – für eine Unterlassung dieser Schritte. Die Aufgaben, an die Hirsch herantrat, waren heikel und die Bedingungen, unter denen er sie ausführen mußte, schwierig. Er hat diese Aufgaben im Rahmen des von ihm als möglich Erachteten nach bestem Wissen und Gewissen bewältigt. Damit hat er vor allem den Übergang Preußens zur republikanischen Staatsform, wenn nicht reibungslos, so doch verhältnismäßig friedlich in die Wege geleitet und die strukturelle Demokratisierung der preußischen Institutionen ermöglicht. Dennoch erscheinen im Rückblick seine Unterlassungssünden schwerwiegender als die von ihm erzielten Erfolge. Zum Teil lag das sicherlich an den Umständen, zum Teil aber auch an Hirschs Mentalität und politischer Einstellung. Schließlich war es kein Zufall, daß er nicht der USPD, sondern der SPD angehörte und auf ihrem rechten, gemäßigten Flügel stand. Ebert handelte ganz folgerichtig, als er Hirsch am 9. November 1918 damit beauftragte, die öffentliche Ordnung und Sicherheit Groß-Berlins aufrechtzuerhalten. Er wußte, wer zuverlässig war. Hirsch hat sich dann auch während der Revolutionszeit – und darüber hinaus – dieser Aufgabe ganz in Eberts Sinne entledigt, „gewissenhaft, zuverlässig, der Sache hingegen“²⁵⁵. Wie die Mehrzahl seiner Parteigenossen, sah er vor allem die Gefahren, die von links drohten und unterschätzte die momentan nicht offenkundigen von rechts. So folgte er, außer wenn ihm die öffentliche Ordnung und Sicherheit von links aus gefährdet schienen, zumeist dem Grundsatz „festina lente“. Dabei trat seine, von mehreren Beobachtern erwähnte mangelnde Entschlußfähigkeit vor allem dann in Erscheinung, wenn es darauf ankam, rigoros gegen republikfeindliche Oberpräsidenten und Landräte vorzugehen. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß bei Hirsch in dieser Hinsicht eine auch vielen anderen sozialdemokratischen Ministern damals anhaftende „merkwürdige, halb widerwillige, halb vertrauensvolle Hochachtung“ gegenüber den hohen

²⁵⁴ Dazu schreibt *Kolb*, op. cit., 280: „Im Juni 1919 gab es in Preußen zwei sozialdemokratische Oberpräsidenten (von zwölf), einen sozialdemokratischen Regierungspräsidenten (von 36) und einen einzigen sozialdemokratischen Landrat (von 470). In den acht Monaten nach dem Staatsumsturz hatte die SPD also genau 0,2 % der Landratsposten aus ihren eigenen Reihen besetzt“; siehe auch *Runge*, op. cit., 60 und, über die Einstellung der Beamten zum Staat, 100 ff.; und *Gerlach*, op. cit., 244, der einen konservativen Großgrundbesitzer zitiert, welcher ihm später sagte: „Hätte uns im November 1918 die Republik die Hälfte unseres Besitzes konfisziert, so hätten wir die andere Hälfte als Geschenk des Himmels angesehen.“

²⁵⁵ Siehe oben, S. 194.

Beamten mit ihren Fachkenntnissen und Erfahrungen mitgespielt hat²⁵⁶. Beweisen läßt sich das ebensowenig wie die Vermutung, daß Hirsch als Jude – der allerdings aus der Religionsgemeinschaft ausgetreten war und ihr erst 1933 wieder beitrug – besonders vorsichtig an seine Aufgaben herantrat; dazu seinen zweifellos ehrlich empfundenen Patriotismus betont zum Ausdruck brachte und sich verpflichtet fühlte, das ihm anvertraute Preußen vor den „Zerschlagungsplänen“ eines Hugo Preuß zu retten.

Es ist bezeichnend für die historische Wirkungskraft Paul Hirschs, daß er in der zeitgenössischen Literatur nur selten erwähnt wird. Er war keine umstrittene Figur. Im Gegensatz zu Rosa Luxemburg, Haase, Preuß, Oskar Cohn, Eisner und anderen jüdischen Politikern seiner Zeit hat er auch viel weniger antisemitische Haßgefühle hervorgerufen als jene. Er war eben ein preußischer Jude „im guten Sinne des Wortes“, wie Ernest Hamburger ihn treffend charakterisiert hat²⁵⁷, und dazu ein ehrlicher, pflichtgetreuer Sozialdemokrat – gemäßigt, vorsichtig, korrekt²⁵⁸. In schwieriger Zeit hat er Anerkennenswertes geleistet. Daß er weder die Entschlossenheit und Überzeugungskraft des Revolutionärs, noch die staatsmännische Kunst des Voraussehens besaß, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen. Er wäre auch der letzte gewesen, der auf diese Attribute Anspruch erhoben hätte.

Im Gegensatz zu Hirsch mangelte es dem neuen Staatssekretär des Reichsschatzamts Eugen Schiffer keineswegs an Entschlußfähigkeit. Schiffer stammte aus Breslau, wo er am 14. Februar 1860 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren wurde. Nach Vollendung des Studiums der Rechtswissenschaft begann er 1888 seine Laufbahn als Amtsrichter in Zabrze (dem späteren Hindenburg in Oberschlesien). Nach mehreren vergeblichen Gesuchen um Versetzung ließ sich Schiffer 1896 evangelisch taufen. Von nun an machte er Karriere: 1900 war er Landrichter in Magdeburg, 1906 Kammergerichtsrat, 1910 Oberverwaltungsgerichtsrat, bis er 1917 als Unterstaatssekretär in das Reichsschatzamt eintrat. Dazu saß er von 1903 bis 1918 als Nationalliberaler für Magdeburg im preußischen Abgeordnetenhaus und von 1912 bis 1917 für Neuhaldensleben, Bezirk Magdeburg, auch im Reichstag. Obwohl er später den wilhelminischen Obrigkeitsstaat mit all seinen Mängeln kritisierte, hat er ihm doch bis zur Revolution vorbehaltlos gedient, sich in ihm zu Hause gefühlt und nur wenig zu seiner Reformierung getan²⁵⁹.

²⁵⁶ Wolfgang Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht, Diss. phil., Freie Universität Berlin 1957, 93 f., zit. in Kolb, op. cit., 276.

²⁵⁷ Siehe oben, S. 194.

²⁵⁸ „Wir müssen Gesetze, die wir schaffen, namentlich Gesetze, die in Form von Notverordnungen ergehen, so gestalten, daß sie jeder Kritik standhalten“ sagte Hirsch auf einer Sitzung des 1. Zentralrates am 9. Januar 1919; zit. in Kolb, op. cit., 270.

²⁵⁹ Hamburger, op. cit., 88, 356; Georg Maas (Hrsg.), Die verfassunggebende

Während des Krieges vertrat Schiffer bis zum Sommer 1917 eine gemäßigte Annexionspolitik mit dem Argument, daß eine Ausdehnung der Reichsgrenzen für die zukünftige Sicherheit Deutschlands notwendig sei. Den extremen imperialistischen Kriegszielen seiner Partei setzte er sich allerdings ebenso scharf entgegen wie der Entfesselung des unbeschränkten Unterseebootkrieges²⁶⁰. Als juristischer Berater Wilhelm Groeners, des damaligen Chefs des Kriegsamts, beschäftigte er sich mit der Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen zur Regelung der Beziehungen zwischen Staat, Industrie und Arbeiterschaft im Rahmen des Ende 1916 in Kraft getretenen Hilfsdienstgesetzes²⁶¹.

Beim Ausbruch der Revolution war Schiffer schon Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt. Aus seinen Erinnerungen geht hervor, daß er die staatliche Umwälzung als einen schweren persönlichen Schlag empfunden hat²⁶². Dazu kam die Frage, wie er sich zu den Ereignissen stellen sollte.

„Die Revolution brachte mich in schwere äußere und innere Bedrängnis. Sie stellte mich vor eine Gewissensfrage, die eine schleunige Antwort erheischte. Ich war Monarchist und hatte meine monarchische Überzeugung oft betont. Wie sollte ich mich jetzt, nach dem Sturz der Monarchie, verhalten?“²⁶³

Schiffer löste dieses Problem, indem er, wie er es später ausgedrückt hat, „verfassungsmäßiger Republikaner“ wurde²⁶⁴. Schweren Herzens, „als ein Kompromiß zwischen politischem Empfinden und sachlichem Pflichtgefühl“, erklärte er sich nach dreitägigen Verhandlungen mit Ebert dazu bereit, vorläufig im Amte zu verbleiben, knüpfte aber daran die Bedingung, daß die Wahlen zur Nationalversammlung „unverzüglich stattfänden“²⁶⁵. Um sich nicht allzusehr mit der neuen Regierung zu identifizieren, vor allem, weil die ihm unliebsamen Unabhängigen an ihr beteiligt waren, äußerte er den Wunsch, sich als „Unterstaatssekretär, beauftragt mit der Führung der Geschäfte des Staatssekretärs“ bezeichnen zu dürfen²⁶⁶. Schließlich fand er sich jedoch damit ab, als Staatssekretär zu amtieren, nachdem die Zeitungen dies am 14. November verkündet hatten. „Schließlich kommt es auf die Sache an; nachdem ich mich entschlossen habe, ihr zu dienen, muß ich in den Kauf

Deutsche Nationalversammlung, Lebensgang, Lebensarbeit, Lebensziele ihrer Mitglieder nach eigenen Mitteilungen und mit Bildnissen, Charlottenburg 1919, 167.

²⁶⁰ *Hamburger*, op. cit., 358; *Fritz Fischer*, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1961, 202, 204, 602.

²⁶¹ *Gerald D. Feldman*, Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918, Princeton 1966, 275, 358. Schiffer hat während des Krieges mehrere Schriften über dieses Gesetz veröffentlicht; siehe *Maas*, op. cit., 167. Eine ausführlichere Schilderung von Schiffers Wirken während der Kriegszeit findet sich in *Hamburger*, op. cit., 357–359 und *Eugen Schiffer*, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin-Grunewald 1951, 19–82, 187–205, passim.

²⁶² *Schiffer*, op. cit., 206 ff., besonders seine Bewertung der Revolution, 213–214.

²⁶³ AaO, 206.

²⁶⁴ AaO, 212.

²⁶⁵ AaO, 209.

²⁶⁶ *Elben*, op. cit., 95.

nehmen, was damit verbunden ist“ bemerkte er zu seiner öffentlichen Ernennung²⁶⁷.

Schiffer trat mit großer Energie an die Aufgaben, die sein neues Amt mit sich brachten, heran. Zunächst ging es ihm darum, die durch die Kriegswirtschaft zerrütteten Finanzen zu sanieren und die prekäre wirtschaftliche Lage möglichst vor revolutionären Experimenten zu schützen. Anlässlich einer Kabinettsitzung vom 19. November, in der die Inangriffnahme der Sozialisierung aller dafür geeigneten Betriebe besprochen wurde, erhob Schiffer Einwände, und es gelang ihm auch, eine Beschlußfassung in der Sozialisierungsfrage hinauszuzögern²⁶⁸. Zwar wurde eine Sozialisierungskommission eingesetzt, die jedoch über theoretische Erwägungen nicht hinaus kam, da weder der RdV noch die Reichsämtler, darunter Schiffers Reichsschatzamt, sie unterstützten²⁶⁹. Von allen Staatssekretären der Revolutionszeit haben Schiffer und der Chef des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung, Dr. Joseph Koeth, wohl am meisten dazu beigetragen, eine Sozialisierung der Wirtschaft damals zu verhindern²⁷⁰.

Am 9. Dezember 1918 erörterte Schiffer die Sozialisierungsfrage in einem Vortrag, den er in der Berliner Handelskammer auf Einladung des Deutschen Industrie- und Handelstages hielt. Dabei führte er aus, daß jegliche Eingriffe des Staates in das Wirtschaftsleben, die über die im Kriege ausgeübte Kontrolle hinausgingen, zu einer finanziellen Katastrophe führen würden, ganz abgesehen davon, daß derartige einschneidende Schritte auch schon aus Rücksicht auf die auswärtige Politik unterbleiben müßten. Jede neue Finanzgesetzgebung müsse darauf sehen, daß sie „den Kapitalisten des In- und Auslandes Vertrauen einflöße, um sie zu Kreditgewährung zu veranlassen“. Dann gab er seinen Zuhörern die beruhigende Versicherung, daß die jetzige Regierung keineswegs daran denke, nun plötzlich das gesamte Wirtschaftsleben durch radikale Eingriffe zu gefährden²⁷¹. Im Laufe des Vortrags setzte er sich erneut für eine baldige Einberufung der Nationalversammlung ein, ließ auch sein Unbehagen über die Revolutionsregierung durchblicken und wandte sich speziell gegen die Arbeiter- und Soldatenräte, die er, wie er sich ausdrückte, als Finanzfachmann und nicht als Politiker kritisieren müsse, weil sie soviel teurer und verschwenderischer arbeiteten als das vorherige Regierungssystem. Für seine Auffassung fand er vollstes Verständnis auf seiten der sozialdemokratischen Volksbeauftragten, so daß Schiffer es dann auch

²⁶⁷ AaO; als während der Kabinettsitzung vom 14. November 1918 Schiffers Ernennung erwogen wurde, wandte sich der VB Barth besonders heftig gegen diese, drang aber damit nicht durch; siehe *Barth*, op. cit., 73; *Kolb*, op. cit., 125.

²⁶⁸ VB-Protokolle, I, 18. November 1918, 8935 H / E 626980–626981.

²⁶⁹ *Kolb*, op. cit., 176–177.

²⁷⁰ *Elben*, op. cit., 167. Siehe dazu auch *Oertzen*, op. cit., 176, 251–252. Koeth war seit dem Frühjahr 1915 bis zum Kriegsende Rathenaus Nachfolger als Leiter der Kriegsrohstoffabteilung des preußischen Kriegsministeriums.

²⁷¹ *Elben*, op. cit., 88–89, 92.

durchsetzen konnte, daß die finanzielle Selbständigkeit der Räte stark eingeschränkt wurde²⁷².

Schiffers beharrliches Drängen auf die Schaffung geordneter Zustände durch baldige Einberufung der Nationalversammlung sowie seine Opposition gegen alle Sozialisierungspläne und das von ihm als schädlich erachtete Treiben der Räte entsprangen vor allem seinem Bestreben, die Finanzen des Reiches schnellstens auf eine gesicherte Basis zu stellen²⁷³. Auf der am 25. November in Berlin tagenden Reichskonferenz der deutschen Ministerpräsidenten setzte Schiffer die Annahme einer Resolution durch, die das Weiterarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute in „der bisherigen Form“ gewährleistete und alle Eingriffe in diese Institute untersagte²⁷⁴. In einer langen Kabinettsitzung vom 12. Dezember besprach er mit den Volksbeauftragten die wesentlichsten Fragen, die er in seinem Ressort zu lösen hatte, wie die der trotz des Waffenstillstands weiterbestehenden hohen Staatskosten, der Beseitigung der unsicheren Verhältnisse, der Ankurbelung des Wirtschaftslebens, der Notwendigkeit neuer Steuern und ähnliches²⁷⁵. Er betonte und wies auch später immer wieder darauf hin, daß die Finanzlage nur durch die Schaffung einer staatsrechtlichen Grundlage gefestigt werden könne. So hatte er sich zunächst darauf beschränken müssen, durch ein Gesetz vom 21. November die Kapitalflucht ins Ausland zu bekämpfen und Steuerhinterziehung zu erschweren. Anfang Dezember entwickelte er dann ein vorläufiges Steuerprogramm, das „so ziemlich die ganze spätere Erzbergersche Steuergesetzgebung vorwegnahm“²⁷⁶ und das sofort, besonders von der Linken, angegriffen wurde²⁷⁷. Eine durchgreifendere und wirkungsvollere Finanzreform wurde dann im Sommer 1919 unter Leitung von Matthias Erzberger ausgearbeitet.

Wie groß das Vertrauen war, das besonders Ebert in den bürgerlichen und grundsätzlich antisozialistischen Staatssekretär des Reichsschatzamts setzte, zeigte sich während der Berliner Januarunruhen. Da die Regierung befürchten mußte, sich ohne genügenden militärischen Schutz in Berlin nicht gegen die Aufständischen halten zu können, plante man, sollte es zum Schlimmsten kommen, außerhalb Berlins eine Ersatzregierung unter dem provisorischen

²⁷² AaO, 92–93; vgl. *Kolb*, op. cit., 193–194, dessen Darstellung von Schiffers Rede von der Elbens abweicht.

²⁷³ Siehe, z. B. Schiffers Erklärung, daß er Steuerhinterziehung und Steuerflucht bekämpfen werde, dies aber erst dann erfolgreich unternehmen könne, wenn die NV zusammentrete; siehe *Freiheit*, I, Nr. 9 (19. November 1918); ähnlich auf der Reichskonferenz vom 25. November 1918 (*Ryder*, op. cit., 170).

²⁷⁴ *Bernstein*, Die deutsche Revolution, 67–68.

²⁷⁵ VB-Protokolle, I, 12. Dezember 1918, 8935 H / E 627081 ff., passim.

²⁷⁶ *Bernstein*, Die deutsche Revolution, 68. Das Programm wurde offiziell erst am 20. Dezember 1918 von den Volksbeauftragten veröffentlicht (*Horkenbach*, op. cit., 47), war aber der Öffentlichkeit schon drei Wochen vorher bekannt.

²⁷⁷ *Freiheit*, I, Nr. 47 (10. Dezember 1918). Zu einer späteren Kritik siehe *Kessler*, op. cit., 174 (14. April 1919).

Vorsitz des Sozialdemokraten Hermann Müller zu bilden. Um sich in einem solchen Falle der loyalen Weiterarbeit der Beamten zu versichern, ließ Ebert den Staatssekretär Schiffer kommen und beauftragte ihn mit dem Entwurf eines Aufrufs an die Beamten, die darin aufgefordert werden sollten, an der bestehenden Regierung festzuhalten. Schiffer entwarf diesen Aufruf und gelobte dann durch Handschlag dem zum stellvertretenden Staatschef vorgesehenen Hermann Müller namens der deutschen Beamten Treue zur bestehenden Regierung²⁷⁸. Praktische Bedeutung erlangte diese etwas theatralisch anmutende Geste nicht, sie zeigt jedoch, welch großes Ansehen Schiffer bei den Mehrheitssozialisten genoß²⁷⁹.

Die unverhohlenen revolutionsfeindliche Einstellung Schiffers und seine Bemühungen, einen finanziellen und wirtschaftlichen Kurs zu steuern, der weitgehend die Kontinuität mit der Politik vor dem 9. November 1918 wahrte, fand großzügige Unterstützung nicht nur bei den Mehrheitssozialisten, speziell deren Vertretern im RdV, sondern auch beim Staatssekretär des Reichsernährungsamts, Emanuel Wurm (USPD) und dem ebenfalls den Unabhängigen zugehörigen Beigeordneten im Reichsschatzamt, Eduard Bernstein²⁸⁰. So trug Schiffer, unterstützt von seinen Kollegen in den übrigen Reichsämtern, beträchtlich dazu bei, daß die Revolution ein politischer Umsturz blieb, der zwar die deutsche Staatsform änderte, darüber hinaus grundlegenden Revisionen der bestehenden Institutionen jedoch einen Riegel vorschob. Ebert schätzte Schiffer als finanziellen Fachmann so hoch, daß er ihn am 13. Februar 1919 im neugebildeten Kabinett Scheidemann zum Reichsfinanzminister und stellvertretenden Präsidenten des Reichsministeriums ernannte. Schiffer trat von diesen Ämtern am 20. Juli 1919 zurück, weil die Deutsche Demokratische Partei, der er nun angehörte, über die Frage der Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages aus der Regierung ausschied. Ob er – wie Landsberg, Hirsch und Preuß – die Ablehnung der Unterzeichnung persönlich vertrat, oder ob er sich lediglich den Beschlüssen seiner Partei fügte, hat Schiffer selber offengelassen²⁸¹.

²⁷⁸ Schiffer, op. cit., 219–220; Müller, Novemberrevolution, 257–258.

²⁷⁹ Eine ähnliche Rolle, gleichfalls vom Vertrauen Eberts getragen, sollte Schiffer im März 1920 während des Kapp-Putsches unter sehr viel kritischeren Umständen spielen. Siehe dazu Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 35, Düsseldorf 1967, 148–149 und passim.

²⁸⁰ Siehe dazu besonders Elben, op. cit., 88 ff., 167 und passim. Über die Haltung von Bernstein und Wurm, siehe unten, S. 208 ff.

²⁸¹ Schiffer, op. cit., 216. Einem Augenzeugenbericht zufolge hat Schiffer allerdings am 22. Juni 1919 als Sprecher der Demokraten sehr nervös und viel zu lang gegen die Unterzeichnung geredet. Siehe Viktor Schiff, So war es in Versailles. Mit Beiträgen von Otto Landsberg, Hermann Müller, Friedrich Stampfer, Berlin 1929, 128. Zum Beschluß der DDP, Otto Nuschke, Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Anton Erkelenz (Hrsg.), Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928, 36.

Eugen Schiffer war ein kluger und wendiger Mann, dem es auch nicht an persönlichem Ehrgeiz fehlte. Seine Wendigkeit, von Ernest Hamburger erwähnt und von Theodor Heuss einmal als „etwas beängstigend“ bezeichnet, verband sich jedoch mit Entschlußfähigkeit, Energie und, wenn es darauf ankam, auch mit „Unabhängigkeit des Denkens und des Standpunkts“²⁸². Diese Eigenschaft trat bei ihm besonders während der Revolutionszeit zutage, zu deren relativ konservativem Ausklang er wesentlich beigetragen hatte. Die jüdische Herkunft, die er in seinen Erinnerungen nicht erwähnt und deren nachteiligen Auswirkungen für sein berufliches Fortkommen er sich als junger Mann durch die Taufe zu entziehen suchte, hat dann auch seine Karriere von diesem Zeitpunkt ab nicht wesentlich beeinträchtigt, wenn sie ihm auch auf antisemitischer Seite nicht vergessen wurde²⁸³. So diente er dem Kaiserreich bis zu dessen Zusammenbruch; danach der Revolutionsregierung und zwischen Oktober 1919 und Oktober 1921 der Republik, zunächst im Kabinett Bauer als Vizekanzler und Reichsjustizminister, dann im ersten Kabinett Wirth ebenfalls als Justizminister. Mitte der zwanziger Jahre zog er sich vom aktiven politischen Leben zurück, überlebte die nationalsozialistischen Jahre im Versteck in Berlin und leitete von 1945 bis 1948, schon hochbetagt, die Justizverwaltung in den von Sowjetrußland besetzten deutschen Gebieten. 1948 siedelte er in die Bundesrepublik über und starb 1954 in West-Berlin²⁸⁴.

Einer der Staatssekretäre, mit dem Schiffer in wichtigen Punkten übereinstimmte, war wie erwähnt, der Leiter des Reichsernährungsamts Emanuel Wurm (USPD), dem während der Revolutionswochen eine der schwersten und undankbarsten Aufgaben zufiel. Im Jahre 1857 als Sohn einer jüdischen Bürgerfamilie in Breslau geboren, war Wurm jahrzehntelang sozialdemokratischer Parlamentarier, der sich besonders mit Fragen der Ernährungspolitik beschäftigte. Auf Grund seiner Erfahrungen auf diesem Gebiete hatte er schon im Weltkrieg die Einführung der Brotkarte durchsetzen können, um einer Ernährungskatastrophe vorzubeugen. Als die Revolution ausbrach, wurde er von seiner Partei als Staatssekretär für das Reichsernährungsamt vorgeschlagen²⁸⁵. Seine Ernennung erfolgte am 14. November 1918, und am 25. November wurde er darüber hinaus zum preußischen Staatssekretär für Volksernährung bestimmt²⁸⁶. Beide Ämter bekleidete er bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, obwohl er sie, als Mitglied der USPD, Ebert schon am 30. Dezember 1918 zur Verfügung gestellt hatte. Auf Eberts Wunsch hin er-

²⁸² *Hamburger*, op. cit., 359–360; *Theodor Heuss*, Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963, 318.

²⁸³ Siehe z. B., *Die Juden in Deutschland*, 108, und *Liek* op. cit., 1.

²⁸⁴ *Hamburger*, op. cit., 88, 359.

²⁸⁵ *Osterroth*, op. cit., 338.

²⁸⁶ Dies auf seinen eigenen Wunsch hin. Siehe VB-Protokolle, I, 20. November 1918, 8935 H / E 626986.

klärte sich Wurm aber bereit, bis zur Wahl eines passenden Nachfolgers im Amt zu bleiben²⁸⁷.

Wurm sah sich einer ungewöhnlich schwierigen Situation gegenüber. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands war ohnegleichen. Die Nahrungsmittelversorgung, die schon während der letzten zwei Kriegsjahre prekär gewesen war, wurde nach dem Waffenstillstand durch die anhaltende englische Seeblockade und den Ausfall wichtiger deutscher Gebiete noch kritischer. Wurm wies die Öffentlichkeit schonungslos auf die Gefahren dieser Lage hin²⁸⁸. Um ein Weiterarbeiten der Wirtschaft überhaupt zu ermöglichen, trat er für schnellste Konsolidierung der politischen Verhältnisse ein, was auf eine baldige Wahl zur Nationalversammlung hinauslief und ambitionöse Sozialisierungspläne ausschloß. In diesen Gedankengängen traf er sich sowohl mit Ebert, Scheidemann und Landsberg wie auch mit Schiffer und Preuß, setzte sich aber zugleich in einen starken Gegensatz zu seiner eigenen Partei. Angesichts der kritischen Lebensmittellage versuchte Wurm, eine möglichst planvolle und gerechte Verteilung der Nahrungsmittel im Lande durchzuführen. Deshalb wandte er sich verschiedentlich gegen Störungen auf diesem Gebiet, besonders gegen solche, die durch eigenmäßiges Vorgehen der Räte hervorgerufen wurden. Daß er den Unabhängigen angehörte, war aus seiner Amtsführung nicht ersichtlich. Er handelte als verantwortlicher Staatssekretär und ließ sich durch die gehässige Kritik der eigenen Partei in seiner Tätigkeit nicht beeinflussen²⁸⁹. Trotz seiner offensichtlich korrekten Haltung wurde im Februar 1919, kurz nach seinem erfolgten Rücktritt am 13. dieses Monats, in der Presse berichtet, daß einige höhere Beamte des Reichsernährungsamts der Regierung ein Ultimatum gestellt hätten: entweder trete Wurm zurück oder sie legten ihre Ämter nieder. Die Regierung dementierte die Nachricht²⁹⁰.

Nach seinem Rücktritt saß Wurm noch über ein Jahr als Vertreter der USPD in der Nationalversammlung. Seine Verdienste waren groß. Er hatte während der schwierigen Monate die Ernährungslage des Reiches gesichert. An jüdischen Fragen war er uninteressiert, hat sich aber im Reichstagshandbuch als „mosaisch“ eingetragen²⁹¹. Die Wirren der kommenden Jahre erlebte er nicht mehr. Er starb am 3. Mai 1920 in Berlin.

²⁸⁷ *Elben*, op. cit., 96, 177; VB-Protokolle, II, 30. Dezember 1918, 8935 H / E 627317.

²⁸⁸ *Müller*, Novemberrevolution, 124.

²⁸⁹ *Elben*, op. cit., 97–100, 167.

²⁹⁰ *Freiheit*, II, Nr. 97 (23. Februar 1919).

²⁹¹ *Schwarz*, MDR, 791; *Toury*, op. cit., 231.

III

Zu vielen der Probleme, welche die Volksbeauftragten, die Staatssekretäre und den preußischen Ministerpräsidenten beschäftigten, mußten auch die auf untergeordneteren Posten stehenden Politiker Stellung nehmen, je nachdem, in welchem Ressort sie arbeiteten. So saß im Reichsschatzamt als Beigeordneter der fast neunundsechzigjährige Parteitheoretiker und Vater des Revisionismus, Eduard Bernstein. Obwohl eigentlich auch die SPD einen Beigeordneten in dieses Amt hätte entsenden können, war es Bernstein auf Eberts Veranlassung hin gestattet worden, als Beigeordneter der USPD gleichzeitig auch die Belange der Mehrheitssozialisten zu vertreten²⁹². Dieses Vertrauen lag wahrscheinlich darin begründet, daß sich Bernstein zwar 1917 der USPD angeschlossen hatte, sich aber an den scharfen Auseinandersetzungen, die dem Bruch vorangingen, kaum beteiligte und danach nie die Hoffnung aufgab, die beiden sozialistischen Parteien wieder vereinigt zu sehen. So bemühte er sich auch während der Revolutionszeit darum, die Kluft zwischen den feindlichen Gruppen zu schließen²⁹³. Er ging darin so weit, daß er Weihnachten 1918 beim Schöneberger Wahlverein der SPD um Aufnahme in die Mehrheitspartei einkam, aber ohne „meine Beziehungen zur U.S.P.D. zu lösen“. Erst als ihm die USPD eine solche doppelte Parteimitgliedschaft verbot, entschloß Bernstein sich im März 1919 dazu, endgültig zur Mehrheitspartei zurückzukehren²⁹⁴.

Dank seiner konziliannten und gemäßigten Einstellung konnte er auch im Schatzamt erfolgreich und harmonisch mit dem bürgerlichen Staatssekretär Schiffer zusammenarbeiten und dabei Konflikte zwischen diesem und den leitenden Kräften der Revolution verhindern²⁹⁵. Letzterer hat ihm dies in seinen Erinnerungen dankbar bestätigt. Er war, schrieb Schiffer, „ein treuer Ekkehard des Amtes, begab sich in die Versammlungen seiner eigenen Leute, in denen über mich hergezogen werden sollte, kämpfte wie ein Löwe für das Reichsschatzamt und erstattete mir schweißtriefend und triumphierend Bericht. Er war ein rührender Mensch“²⁹⁶. Diese Hilfe seines Beigeordneten konnte Schiffer, der keinen leichten Stand hatte, gut gebrauchen. Sein Steuerprogramm, seine Ablehnung der Sozialisierung und der Räte, seine Maßnah-

²⁹² Schiffer, op. cit., 220.

²⁹³ Peter Gay, *The Dilemma of Democratic Socialism. Eduard Bernstein's Challenge to Marx*, New York 1962, 288–289, 291; Osterroth, op. cit., 23; Müller, *Novemberrevolution*, 238.

²⁹⁴ *Freiheit*, I, Nr. 74 (25. Dezember 1918); Müller, *Novemberrevolution*, 261; Heidegger, op. cit., 322.

²⁹⁵ Elben, op. cit., 96.

²⁹⁶ Schiffer, op. cit., 221; siehe auch Bernsteins Verteidigung Schiffers gegen einen von „Atlanticus“ (Professor Carl Ballod) geschriebenen Angriff, sowie dessen Antwort: *Freiheit*, I, Nr. 45 (9. Dezember 1918) und Nr. 55 (14. Dezember 1918).

men gegen Kapitalflucht und Steuerhinterziehung wie auch sein Drängen auf baldige Einberufung der Nationalversammlung schufen ihm rechts und links viele Feinde²⁹⁷. Da Bernstein in den meisten Punkten mit Schiffer übereinstimmte, unterstützte er ihn, wie z. B. auf einer Versammlung in Pankow am 6. Dezember 1918, auf der Bernstein vor einer übereilten Sozialisierung warnte, weil er vorschnelle Eingriffe in die Wirtschaft für gefährlich hielt; dafür wäre Rußland ein deutliches Beispiel²⁹⁸.

In die Streitigkeiten jener ersten Revolutionswochen, einschließlich der Auseinandersetzungen über das Rätssystem, scheint Bernstein sich nicht eingemischt zu haben. Dagegen beteiligte er sich an Schlichtungsversuchen. Während der Januarunruhen 1919 war es vor allem Bernstein, der seine Parteigenossen, unter anderen Haase und Oskar Cohn, dazu bewog, zwischen der Regierung und den Aufständischen zu vermitteln²⁹⁹. Das entsprach seinem ganzen Wesen. Er war zeit seines Lebens der Mann zwischen den Fronten, immer bestrebt, Einigung zu erzielen und Frieden zu stiften. Schon während des Krieges hatte er auf diese Art den Unwillen Eduard Davids hervorgerufen. David hat sich in seinem Tagebuch darüber ausgelassen, daß Bernstein – der kurz darauf seine Schrift *Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege*³⁰⁰ veröffentlichen sollte – Friedrich Stampfer gegenüber geäußert hätte, daß „doch jüdisches Blut in Ihren Adern [fließt], also sind Sie doch auch verpflichtet, der internationalen Aufgabe des Judentums im Weltkrieg Rechnung zu tragen“³⁰¹. Bernstein zufolge sollte jeder Jude, „welcher staatlich organisierten Nation er auch angehört, mit der Erfüllung der Pflichten gegen diese Nation stets auch die Aufgabe verbinden . . . ein Mittler der Nationen zu sein“³⁰². Bernstein selbst blieb diesem Standpunkt auch während der Revolutionswirren treu und setzte sich damit nur allzu oft in einen Gegensatz zu der vorherrschenden Haltung seiner Umwelt. Das trat besonders deutlich auf dem Weimarer SPD-Parteitag vom 10. bis 15. Juni hervor. Es ging während dieser Tagung vor allem um die Frage der Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen, wobei Bernstein und sein ebenfalls jüdischer Freund, Gustav Hoch, die Unterzeichnung des Versailler Vertrages befürworteten³⁰³. Bernstein, dem man als besondere Ehrung das Hauptreferat über Außenpolitik übertragen hatte, wurde wegen seiner pazifistischen Ausführungen von der Mehrheit seiner Kollegen öffentlich zurechtgewiesen. Besonders wurde es

²⁹⁷ Bernstein, *Die deutsche Revolution*, 68. Einzelheiten in der ausgezeichneten Studie von *Elben*, op. cit., insb. 36, 88–97, 102, 167, sowie *Freiheit*, I, Nr. 9 (19. November 1918) und Nr. 47 (10. Dezember 1918).

²⁹⁸ *Freiheit*, I, Nr. 43 (8. Dezember 1918). Von dieser Einstellung zur Sozialisierung wich er nicht ab; siehe auch *Kessler*, op. cit., 174 (15. April 1919).

²⁹⁹ *Oehme*, op. cit., 305.

³⁰⁰ Berlin 1917.

³⁰¹ *David*, op. cit., 112 und Anm. 4 (18. März 1915). David mag diese Äußerung Bernsteins etwas überspitzt wiedergegeben haben.

³⁰² *Eduard Bernstein*, *Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege*, Berlin 1917, 33.

³⁰³ *Heidegger*, op. cit., 323.

ihm verübelt, daß er die Forderungen der Entente als zum großen Teil berechtigt anerkannte³⁰⁴. Otto Braun, der spätere langjährige preußische Ministerpräsident, forderte den Parteitag auf, zum Ausdruck zu bringen, „daß Bernstein in dieser Frage im deutschen Volke, wie in der Partei ein Eingänger ist, der keinen Resonanzboden, nichts hinter sich hat“³⁰⁵. Hermann Müller, der kurz nach dem Parteitag den Friedensvertrag mitunterschreiben mußte, rief Bernstein zu: „Man darf eben nicht alle Dinge unter dem Gesichtspunkte des Rabbiners von Minsk behandeln, wenn man aktuelle Politik zu machen hat“, und Bernsteins jüdischer Parteigenosse Adolf Braun hieb in die gleiche Kerbe: „Sie müssen einmal hören, daß wir Ihnen in der talmudistischen Methode Ihrer Politik nicht folgen können“³⁰⁶.

Bernstein, ähnlich wie Haase, besaß den Mut der Überzeugung und war ein Mann der gemäßigten politischen Mittel. Wie jener strebte auch er eine gerechtere Gesellschaftsform an und setzte sich für die Völkerverständigung ein, gab sich jedoch keinen Illusionen hin und verstand es, solange es nicht gegen seine innerste Überzeugung ging, im Rahmen der gegebenen Tatsachen wirkungsvoll mitzuarbeiten. In außenpolitischen Fragen blieb Bernstein allerdings kompromißloser Pazifist, worin er mit Haase und den diesbezüglichen Prinzipien der USPD weiterhin übereinstimmte – diese Haltung hing sicherlich mit seiner schon erwähnten, im Kriege vertretenen Anschauung zusammen, daß es eben Aufgabe der Juden wäre, „Mittler der Nationen“ zu sein.

Die betont auf Völkerverständigung ausgerichtete Haltung der USPD war aber nur einer von mehreren Anziehungspunkten dieser Partei für so manche jüdische Politiker. Sie war ihnen auch sonst angemessener als die SPD, deren Haltung ihnen zu autoritär, zu nationalistisch, zu kompromißbereit in den von der Revolution aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen erschien. Denn im Gegensatz zu den Mehrheitssozialisten nahmen die Unabhängigen ihren Sozialismus sehr ernst, bestanden im Prinzip auf der Sozialisierung der Industrien – auch wenn sie bezüglich des Zeitpunktes dieser Maßnahme nicht dogmatisch waren –, forderten die Aufteilung der großen Güter, vor allem im preußischen Osten, standen dem Rätssystem positiv gegenüber und wollten es neben dem Parlament als permanente Einrichtung erhalten sehen. Den bürgerlichen Parteien, auch den liberalen, standen sie skeptisch gegenüber und lehnten jegliche Koalitionsregierung mit ihnen ab, da sie darin ein Hindernis für die Verwirklichung ihrer sozialistischen Ziele sahen. Sie mißtrauten dem

³⁰⁴ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919, 242–249, 253 ff.; *Heidegger*, op. cit., 323.

³⁰⁵ Protokoll über die Verhandlungen . . . in Weimar, 254.

³⁰⁶ AaO, 255, 256. Allerdings hat Bernstein selbst den „Wunderrabbi von Minsk“ zuerst in die Debatte geworfen (aaO, 241).

Militär und der vom Kaiserreiche übernommenen Beamtenschaft und betrachteten deshalb die von der SPD-Führung mit diesen Kräften geschlossenen Vereinbarungen mit Besorgnis. Auf der anderen Seite wandten sie sich entschieden gegen den extremen Linksradikalismus des Spartakusbundes und beschleunigten so den Austritt dieser Gruppe aus der Partei.

Diese Ansichten vertrat allerdings in erster Linie der gemäßigte rechte Flügel der USPD, der darum von dem radikalen linken Flügel, vor allem von Ledebour, Däumig und Richard Müller, oft angegriffen wurde³⁰⁷. Der gemäßigten Richtung gehörten aber 1918–1919 fast alle jüdischen Unabhängigen an, weil deren Ziele und Politik ihnen näher lagen als die viel radikaleren des linken Flügels – von den extremen Spartakisten ganz zu schweigen. Dazu kam noch, daß ihnen als vorwiegend Intellektuellen die lockere Organisation der Partei, die dem einzelnen Mitglied weitgehende Freiheit gewährte, nur zusagen konnte. Dabei gab es natürlich auch unter den jüdischen Unabhängigen unterschiedliche Meinungen. Dennoch kann zusammenfassend festgestellt werden, daß die USPD hauptsächlich solche Juden anzog, die aus tiefster Überzeugung Sozialisten waren und die als Intellektuelle und Idealisten in der Revolution eine einmalige Gelegenheit sahen, außenpolitisch eine Atmosphäre der Völkerverständigung, innenpolitisch eine gesunde und gerechte Gesellschaftsform zu schaffen. So setzten sie ihre ganze Kraft dafür ein, diese Ziele konsequent, jedoch ohne Blutvergießen zu erreichen. Es war gewiß kein Zufall, daß gerade Menschen wie Haase und Bernstein, aber auch Kurt Eisner, Ernst Toller und andere, die zumeist als Außenseiter zum Sozialismus gestoßen waren, nun führende Positionen in einer Partei innehatten, die mit ihrer schwachen Organisation, ihrer prekären Stellung zwischen den politischen Fronten, ihren oft unklaren, manchmal widerspruchsvollen, zumeist unrealisierbaren Zielen während der Revolutionszeit selbst ein Außenseiter im politischen Kräftespiel Deutschlands war³⁰⁸.

Eine der interessantesten Gestalten unter den jüdischen Unabhängigen war der Beigeordnete im Reichsjustizamt, Dr. Oskar Cohn. 1869 zu Guttentag/Oberschlesien, als Kaufmannssohn geboren, promovierte er 1892 zum Dr. jur., diente 1892–1893 beim Kaiser-Franz-Garde-Grenadierregiment und ging nach Vollendung seines Militärdienstjahres nach Berlin, wo er zunächst als Referendar beim Kammergericht arbeitete und sich dann als Rechtsanwalt niederließ. Seit frühen Jahren Sozialist, verteidigte er vornehmlich Arbeiter und Angestellte. 1909 schickte ihn die SPD in das Berliner Stadtparlament, und 1912 zog er als Abgeordneter seiner Partei in den Reichstag ein³⁰⁹. Im Kriege

³⁰⁷ Dazu immer noch *Eugen Prager*, Geschichte der U.S.P.D.: Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921. Neuerdings sind Forschungsarbeiten über diese Partei in Vorbereitung.

³⁰⁸ Das geht am klarsten hervor aus *Kolb*, op. cit., 36–45, 157–169, 205–209.

³⁰⁹ Cohn wurde vom Wahlkreis Nordhausen (Bez. Erfurt) in den Reichstag ge-

war er von 1915 bis 1917 Soldat, wurde 1917 in die Heimat entlassen und nahm – nun als Mitglied der eben gegründeten USPD – seinen Rechtsanwaltsberuf wieder auf. Sein Name wurde bald auch außerhalb Berlins bekannt, nachdem er 1917 einige der Matrosen, die im Sommer jenes Jahres wegen ihrer Teilnahme an den Flottenunruhen in Kiel verhaftet wurden, verteidigte und sich im folgenden Jahre auch der während des Januarstreiks verhafteten Arbeiter annahm³¹⁰. Dazu wirkte er seit Anfang 1918 noch als Rechtsbeistand der sowjetrussischen Botschaft in Berlin. Im Verlauf dieser Tätigkeit wurde er kurz vor dem Ausbruch der Revolution in einen Zwischenfall verstrickt, als dessen Folge er den – unberechtigten – Ruf eines politischen Extremisten erwarb.

In der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 hatte der russische Botschafter Adolf Joffe, der soeben seinen Ausweisungsbefehl von der deutschen Regierung erhalten hatte und am nächsten Tage abreisen mußte³¹¹, Cohn 150 000 Mark und 150 000 Rubel zwecks Förderung der erhofften deutschen Revolution ausgehändigt. Am 5. Dezember brüstete Joffe sich dann in einem Funk-spruch öffentlich damit, die inzwischen ausgebrochene Revolution geldlich unterstützt zu haben. Er fügte hinzu, daß das Geld für Flugschriften und Waffenankäufe benutzt worden sei und führte in diesem Zusammenhang Haase und Barth, nicht aber Cohn, namentlich an. Die Angelegenheit drohte in einen für die USPD sehr unangenehmen Skandal auszuarten. Die Partei wies am 10. Dezember Joffes Behauptungen als Unterstellungen zurück, worauf dieser am 15. aus Moskau drahtlich wiederholte, welche Dienste er der deutschen Revolution erwiesen hatte, und diesmal auch Cohns Rolle ausführlich mit einbezog³¹².

Cohn nahm am 24. Dezember mit frappierender Offenheit zu den Ausführungen Joffes Stellung, indem er sich ohne weiteres zu seiner Teilnahme bekannte:

„Meiner Tätigkeit als Rechtsbeistand der russischen Botschaft in Berlin werde ich mich mit Genugtuung erinnern. Ich denke auch oft und gern an die politischen Gespräche, die ich mit dem Genossen Joffe und meinen übrigen russischen Freunden

wählt und man hat ihm vorgeworfen, er sei von den Antisemiten in das Parlament geschickt worden. Daß er sich um deren Stimmen bemüht habe, hat Cohn allerdings bestritten. Stampfer zufolge hat Scheidemann auf dem Chemnitzer Parteitag der SPD 1912 seinen Bericht mit den Worten beendet, der konservative Wahlspruch in Nordhausen habe nicht geheißt: „Mit Gott für König und Vaterland“, sondern „Mit Gott für Cohn und Vaterland, Ohne Cohn kein Fahnenband!“; siehe *Friedrich Stampfer*, Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957, 161, 163; *Toury*, op. cit., 232–233. Eine Richtigstellung der Stampferschen Legende gibt *Hamburger*, op. cit., 503.

³¹⁰ *Osteroth*, op. cit., 55; *Kaznelson*, op. cit., 563; *Degener*, Wer ist's?, 255. Zu Einzelheiten über die Flottenunruhen in Kiel 1917 und den Januarstreik 1918 siehe vor allem noch immer *Rosenberg*, op. cit., 166–174, 187–195.

³¹¹ Die diesbezügliche deutsche Note abgedruckt in: Ursachen und Folgen, II, 531–533.

³¹² AaO, 534–537; *Bernstein*, Die deutsche Revolution, 23.

geführt habe. Über das Ziel bestand Einigkeit; über die Voraussetzungen, die Methoden und die Formen der deutschen Revolution waren wir nicht durchweg einer Meinung. Niemals aber war ein Streit darüber, daß die Parteien der sozialistischen Internationale einander mit Rat und Tat helfen müssen . . . Bedarf es also umständlicher Erklärung und Begründung, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe? Revolutionen verschlingen zwar nur einen kleinen Bruchteil dessen, was ein Tag Weltkrieg gekostet hat . . . aber immerhin beträchtliche Summen, und diese Summen muß die internationale Sozialdemokratie aufbringen, die in der Revolution die sozialistische Gesellschaftsordnung durchsetzen will.

Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben, mit den Summen, die er nach seinen früheren Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben, hatte das nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedaure nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubrauchen. Hoffentlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann.“³¹³

Trotz dieses radikal anmutenden Zwischenspiels war Cohn keineswegs ein „wilder Mann“. Er gehörte zu Haases engerem Kreis in der Partei und damit zum gemäßigten Flügel³¹⁴. Am 9. November hatte er in Haases Abwesenheit an den Verhandlungen über den Regierungsantritt der USPD teilgenommen und sich am Abend dieses Tages, nach Haases Rückkehr aus Kiel und entgegen dessen Neigung, für die Beteiligung an der Regierung ausgesprochen³¹⁵. Auch in außenpolitischen Fragen war seine Einstellung überaus pragmatisch und sachlich. Als am 27. Dezember das Problem der Ostgebiete, insbesondere die Lage in Litauen, im Kabinett besprochen wurde, war Cohn als Gast zugegen und befürwortete die Verteidigung der von den Polen bedrohten Gebiete. Zum Unterschied von Landsberg allerdings war er der Meinung, daß man sich im Osten nicht auf das alte Militär, sondern vor allem auf die dortigen Räte und auf freiwillige, der neuen Regierung loyal gegenüberstehende Truppen stützen solle. Er erklärte, man müsse Wilna halten, schon um die deutschen Truppen unversehrt aus der Ukraine zurückzubringen, und daß man Litauen schon deswegen nicht aufgeben dürfe, weil es an Nahrungsmitteln reich sei. Dabei beklagte er sehr, daß sich das schlechte

³¹³ Ursachen und Folgen, II, 537–538; Freiheit, I, Nr. 75 (27. Dezember 1918). Cohn hatte die ihm anvertrauten russischen Gelder beim Berliner Bankhaus Mendelssohn deponiert. Eine Meldung darüber, sowie über die Tatsache, daß das deutsche Auswärtige Amt auf Cohns Stellungnahme zu Joffes Eröffnungen damit reagierte, daß es eine Cohn schon zugestandene Einladung an die russische Regierung, Vertreter zu einer Zusammenkunft mit Cohn an der Demarkationslinie zu senden, nicht abschickte, wurde vom AA am 24. Dezember 1918 durch das Wolffsche Telegraphenbüro als Mitteilung an die Presse gegeben; siehe Ursachen und Folgen, II, 539 und Anm. 1.

³¹⁴ Kolb, op. cit., 43.

³¹⁵ AaO, 115; E. O. Volkemann, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930, 50; Barth, op. cit., 58.

Verhältnis der Regierung zu den Bolschewiken nun räche. Die Situation im Osten könne nun einmal nicht mit alten Mitteln und der alten Denkweise behandelt werden³¹⁶.

Während der Januarunruhen 1919 in Berlin nahm Cohn aktiven Anteil an den von der USPD eingeleiteten Vermittlungsversuchen zwischen den Aufständischen und der Regierung, ohne allerdings einen Erfolg zu erzielen³¹⁷. Als die Nationalversammlung zusammentrat, saß Cohn im Verfassungsausschuß, wo er als Vertreter der USPD eifrig, sachkundig und „im großen und ganzen sachlich“ mitarbeitete³¹⁸. Dabei war er von der Nationalversammlung ebensowenig begeistert wie Haase und hätte wie jener die Wahlen gern länger hinausgeschoben³¹⁹. Als am 10. Februar 1919 die provisorische Reichsverfassung in dritter Lesung verhandelt wurde, wandte sich Cohn scharf gegen sie mit dem Einwand, die Revolution sei noch nicht abgeschlossen. Auch sprach er sich gegen die Einsetzung eines Reichspräsidenten und die Schmälerungen der Funktionen des Zentralrats aus, ohne aber mit seinen Einwänden bei der Versammlung Widerhall zu finden³²⁰. Adolf Stein, der als „Rumpelstilzchen“ bekannte, rechtsstehende Journalist, kommentierte damals: „Daher auch das verzweifelte Bestreben des verfassunggebenden Nationalversammlungsmitgliedes Cohn, an Stelle eines einzigen Präsidenten einen Fünf-Männer-Ausschuß zu setzen. Da könnte die Reichsgewalt doch wenigstens reihum gehen. Nach dem ABC natürlich. Und da käme Cohns hohes C vor dem E unseres Ebert“³²¹.

Überhaupt geht aus „Rumpelstilzchens“ Berichten hervor, wie sehr Cohn sich bei den Rechtsparteien, deren Anschauungen diese Artikel zum Ausdruck brachten, verhaßt gemacht hatte. So schrieb Stein, Cohn hätte sich während der Debatte über die Reichsfarben dafür eingesetzt, daß diese rot sein müßten, daß „Cohn und Haase“ Deutschland in den Abgrund hineingestoßen hätten und daß die „Erzberger, Müller, Cohn und Genossen“ im Auftrage der Entente regierten³²². Aber am schärfsten und gehässigsten wurden

³¹⁶ VB-Protokolle, II, 27. Dezember 1918, 8935 H / E 627199–627200.

³¹⁷ *Volkemann*, op. cit., 183; *Oehme*, op. cit., 305; *Kolb*, op. cit., 234; *Freiheit*, II, Nr. 13 (8. Januar 1919) und Nr. 15 (9. Januar 1919).

³¹⁸ *Ziegler*, op. cit., 193; *Osteroth*, op. cit., 55.

³¹⁹ *Kolb*, op. cit., 160 und Anm. 4.

³²⁰ *Freiheit*, II, Nr. 74 (11. Februar 1919). Obwohl sich Cohn, wie die meisten seiner Parteigenossen, für die Räte als permanente Institution einsetzte, sah er sie weder als eine Alternative zum Parlament, noch als eine Imitation der russischen Sowjets. So sagte er einmal zu Dittmann über diesen Punkt: „Die Astronomen behaupten, es gäbe Sterne, die so ungeheuer weit von der Erde entfernt sind, daß sie selber schon längst wieder erloschen sind, wenn ihr Licht zur Erde kommt. Solche Sterne sind die Räte in Rußland“; zit. nach *Tormin*, op. cit., 28.

³²¹ *Rumpelstilzchen* [d. i. Adolf Stein], *Friedrich der Vorläufige* (2. Februar 1919), in: *Politisches, Militärisches, Weltanschauung*, Berlin 1928, 112.

³²² *Rumpelstilzchen*, *Schwarz-Rot-Gold* (2. Juli 1919) und *Das Urteil hat Rechtskraft* (9. Juli 1919), aaO, 144, 149.

„Rumpelstilzchens“ Angriffe auf Cohn im Zusammenhang mit dessen Teilnahme an den am 21. Oktober 1919 einsetzenden Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der sich über Jahre hinaus mit den Ursachen des Zusammenbruchs, den Friedensmöglichkeiten und anderen Fragen befassen sollte³²³. „Die Sinzheimer, die Cohn und Genossen haben die Führung [im Untersuchungsausschuß], die Kautsky und die Katzenstein sieht man als Zuträger, das wimmelnde Volk der Delila.“³²⁴ Am 15. November, während der Zeugenvernehmung des ehemaligen kaiserlichen Staatssekretärs Dr. Karl Helfferich durch den Ausschuß, entlud sich die Empörung über dieses Schauspiel in antisemitischen Ausfällen aus Steins Feder:

„Ein Aufschrei der Nation wird Helfferich antworten. Längst schon hat sie es, bis weit in sozialdemokratische Kreise hinein, als Schmach empfunden, daß just die Cohn und Sinzheimer als Weltenrichter über uns erkoren wurden. Der deutsche Arbeiter hat die Herren der ‚unabkömmlichen Konfession‘ nur sehr vereinzelt im Kriege voranstürmen sehen. Aber nach dem Kriege saßen sie an der Spitze der Soldatenräte. In Preußen, in Sachsen, in Bayern regierten jüdische Ministerpräsidenten. Hat nicht die Revolutionierung des Heeres und der Heimat schlagartig in demselben Augenblick begonnen, in dem das preußische Kriegsministerium mit seiner *statistischen Aufnahme der Hinterfrontjuden* vorging? Diese Statistik mußte durch die Revolution zugeschlachtet werden; die Drückeberger und Fahnenflüchtigen übernahmen die Regierung und wurden immun, sakrosankt, exterritorial.

Und einer derer, die mit dem Gelde ihrer östlichen Glaubensgenossen, der Joffe, Braunstein und Sobelsohn, die ‚unabhängige‘ Revolutionspartei bei uns finanziert haben, Cohn, will jetzt einen Hindenburg, einen Ludendorff richten. Tiefer konnten wir nicht sinken . . .

Helfferich ist durchaus kein Antisemit in landläufigem Sinne. Davor schützt ihn schon seine . . . Kenntnis der auch von uns nie angezweifelten Tatsache, daß es in Deutschland auch eine Menge wirklich patriotischer Juden gibt, nützliche Mitbürger, die unsere Volkswirtschaft nicht entbehren kann. Um so greller heben sich die Schädlinge ab, die Noch-nicht-Akklimatisierten, die ‚Schnorrer und Verschwörer, die Mandelstamm und Silberfarb‘, wie Fürst Bülow sie nannte. Die sollen und dürfen uns nicht knechten. Wir sind es satt. Bescheidener sollen sie sein . . . Wenn er Takt besäße, ginge Cohn. Aber er denkt nicht daran. Es ist asiatische Wollust, über einen Hindenburg zu Gericht zu sitzen.“³²⁵

³²³ Siehe dazu: Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassungegebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1928. Verhandlungen, Gutachten, Urkunden. Vier Reihen, Berlin 1927 f.

³²⁴ *Rumpelstilzchen*, Im Untersuchungsausschuß (21. Oktober 1919), aaO 179. Dabei wird Karl Kautsky fälschlicherweise den Juden zugezählt.

³²⁵ *Rumpelstilzchen*, Im Untersuchungsausschuß (15. November 1919), aaO, 197 bis 198. (Hervorhebungen im Original). In diesem Zusammenhang schrieb Professor Max Weber in einem Brief vom 14. April 1920 an den Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) Carl Petersen, dem Weber (wegen seiner Mißbilligung der Sozialisierungspolitik) seinen Austritt aus dem Ausschuß der Partei mitteilte, wie folgt: „Nicht einverstanden war ich auch mit der *Auswahl* und dem *Verfahren* im Untersuchungsausschuß: Herren, die Pazifisten sind (und als Juden gelten, einerlei wie sehr mit Unrecht), durfte man nicht hineinsetzen. Fast mein ganzer Umgang ist jüdisch, eine Kusine meiner Mutter war Felix Mendelssohns Frau – ich denke ich bin unverdächtig, ‚Antisemit‘ zu sein“; zit. nach *Bruce Frye*, A Letter from Max

Oskar Cohn gehörte zu der überaus kleinen Gruppe jüdischer Sozialisten, die sich bewußt zum Judentum bekannten und sich auch nicht scheuten, die Interessen der Glaubensgenossen öffentlich zu vertreten³²⁶. So hatte er während des Krieges am 6. Juni 1916 in einer Reichstagssitzung darüber Beschwerde geführt, daß die Juden in den östlichen Grenzgebieten von der deutschen Militärgerichtsbarkeit sehr schlecht behandelt würden. Diese Stellungnahme quittierte David in seinem Tagebuch mit der Bemerkung: „Die Juden [Oskar] Cohn, Haase, Davidsohn besorgen wieder mal gründlich die Geschäfte der Antisemiten.“³²⁷

Ob Cohns persönliche Erfahrungen des Antisemitismus während seiner Jugend ihn in diesem Sinne beeinflußt haben, entzieht sich unserer Kenntnis, ist aber nicht unwahrscheinlich³²⁸. Fest steht jedenfalls, daß das Anwachsen des Antisemitismus während der Weimarer Periode ihn dazu veranlaßte, die Poli-

Weber, in: *The Journal of Modern History*, XXXIX (June 1967), 124 (Hervorhebung im Original). Zu diesem Punkt kommentiert *Mommsen*, op. cit., 318: „Es war nicht antisemitische Gesinnung, die Weber zu solcher Kritik veranlaßte, eher das genaue Gegenteil, so wenig das besonders seine jüdischen Freunde verstanden haben. Unter allen Umständen wollte er es vermieden sehen, daß antimilitärische Ressentiments seitens der jüdischen Ausschußmitglieder [ein Drittel des Ausschusses bestand aus Politikern *jüdischer* Abkunft, aaO] ... auf die Vernehmungen der deutschen Offiziere Einfluß ausüben könnten. Er wollte dadurch einer Herabsetzung des Ansehens des deutschen Offizierskorps vorbeugen, wie er sie im anderen Falle für möglich hielt. Das Argument, es möchte sonst indirekt der Antisemitismus gefördert werden, hatte demgegenüber mehr vordergründigen Charakter.“

³²⁶ *Toury*, op. cit., 244, Anm. 82; *Hamburger*, op. cit., 502, 507–508. Im Reichstagsbandbuch war er als „mos[aisch]“ eingetragen; siehe *Schwarz*, MdR, 631. Ende November 1918 nahmen Cohn und Julius Kaliski als Hauptredner an Berliner Protestversammlungen gegen die damals tobenden Pogrome in Galizien und anderen Teilen Polens teil; *Jüdische Rundschau*, XXIII (29, November 1918), 393–394. Als einziger Zionist unter den jüdischen Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung setzte sich Cohn dann während der Verfassungsberatungen dafür ein, daß den deutschen Juden der Status einer nationalen Minderheit verfassungsrechtlich zuerkannt würde. Da dieser Antrag keinerlei Rückhalt bei der Mehrheit der deutschen Juden oder in der Nationalversammlung fand, war er ohnehin zum Scheitern verurteilt, zumal auch Hugo Preuß ihn nicht unterstützte. Siehe dazu *Ernest Hamburger*, *One Hundred Years of Emancipation*, in: *Year Book XIV of the Leo Baeck Institute*, London 1969, 34–36. Dieser soeben erschienene Aufsatz, der auch zusätzliche Hinweise auf die Betätigung jüdischer Politiker während der Revolutionszeit enthält, wird einzig an dieser Stelle zitiert, so daß sich alle vorangehenden und nachfolgenden Hinweise auf „*Hamburger*, op. cit.“ nur auf sein zuerst in Anmerkung 32 angeführtes Buch beziehen.

³²⁷ *David*, op. cit., 181 und Anm. 2–4 (6. Juni 1916). Weder Haase noch Davidsohn hatten zu Cohns Ausführungen Stellung genommen; siehe *Verhandlungen des Reichstags*, 13. Legislaturperiode, *Stenographische Berichte*, Bd. 307, 1564–1566 ff. Das ist die Zeit, in der Cohn Soldat war. Seine Anwesenheit im Reichstag ist damit zu erklären, daß er als Abgeordneter von der Front zu den Sitzungen beurlaubt wurde.

³²⁸ *Osteroth*, op. cit., 55.

tik aufzugeben und sich der jüdischen Volksarbeit zu widmen. Am Ende der Weimarer Republik war er in der Repräsentantenversammlung der jüdischen Gemeinde Berlins der Vertreter der Poale Zion. Hitlers Machtergreifung zwang ihn 1933 zur Auswanderung in die Schweiz. Nach seinem Tode 1936 in Genf wurde er gemäß seinem Wunsch im Kibbuz Daganja in Palästina beigesetzt³²⁹.

Trotz des Umsturzes lag der Aufgabenbereich der bisher hier angeführten Personen fast ausschließlich im Rahmen herkömmlicher Regierungsstellen. Neben diesen bestand aber noch das Rätssystem, dessen nationale Leitung, wie schon erwähnt, zunächst der Berliner VR beanspruchte, um sie dann Mitte Dezember 1918 an den neugewählten Zentralrat aller deutschen A. und S.Räte zu übertragen. Die bekannteste jüdische Persönlichkeit in der deutschen Rätebewegung war der Mehrheitssozialist Emanuel, genannt Max, Cohen (Reuß)³³⁰.

Cohen, am 30. Januar 1876 zu Langenberg im Rheinland geboren, wurde Kaufmann der Textilbranche, beschäftigte sich aber schon als junger Mann mit politischen Fragen. Von 1908 bis 1914 war er Stadtverordneter in Frankfurt am Main und wurde 1912 als Kandidat der SPD in einer Nachwahl für Reuß ältere Linie gegen den ebenfalls kandidierenden Nationalliberalen Gustav Stresemann in den Reichstag gewählt. Von einer ursprünglich radikalrevolutionären Ausgangsstellung war er schon vor Ausbruch des Krieges zum rechten, revisionistischen Flügel der SPD hinübergewechselt und hatte sich während der Kriegsjahre verschiedentlich dazu bereit erklärt, der kaiserlichen Regierung „in der Frage der Staatsform, des preußischen Wahlrechts und der Gesamteinstellung der Partei“ weitgehende Konzessionen zu machen³³¹. In außenpolitischen Fragen befürwortete er damals die Brechung von Englands Vormachtstellung, trat gegen die überwältigende Mehrheit seiner Fraktion für die Aufnahme des uneingeschränkten Unterseebootkrieges ein und vertrat eine rußlandfreundliche Politik, da er überzeugt war, daß nur eine solche Politik Deutschland nach Kriegsende im Osten Ruhe und Sicherheit gewähren könne. Darum wandte er sich scharf gegen die in den letzten Kriegsjahren von der Regierung betriebene Polen- und Randstaatenpolitik, weil sie die zukünftigen Beziehungen zu Rußland gefährdete. Obwohl Cohen den bolschewistischen Aufstand im Sommer 1917 verurteilte, verfocht er nach dem Siege der Bolschewisten die gleiche rußlandfreundliche Politik wie vor der Oktoberrevolution und bekämpfte den Frieden von Brest-Litowsk als einen verfehl-

³²⁹ Robert Weltsch, in: *Entscheidungsjahr 1932*, 558; *Toury*, op. cit., 233; *Hamburger*, op. cit., 508.

³³⁰ *Hamburger*, op. cit., 498, 587; *David*, op. cit., 299 (Register) und 165, Anm. 3; *Schwarz*, MDR, 289.

³³¹ *Hamburger*, op. cit., 498; *Müller*, *Novemberrevolution*, 98; *David*, op. cit., 16 (12. August 1914); *Horkenbach*, op. cit., 650.

ten und kurzsichtigen Schritt. Diese Ansichten vertrat er vor allem in den ihm nahestehenden *Sozialistischen Monatsheften*, in der *Vossischen Zeitung* und in der Fraktion; im Reichstag hat er nur zweimal gesprochen, aber nicht über außenpolitische Fragen³³².

Am 9. November 1918, so berichtet Hermann Müller, „zog sich Max Cohen, der bei den Franzern einmal . . . ausgebildet war, seine Uniform an und bekümmerte sich um die Soldaten“³³³. Er gewann deren Vertrauen und wurde von ihnen in den Berliner VR gewählt, wo er zunächst als Sprecher der Soldatenräte hervortrat. Im Laufe der folgenden Wochen, bis zum Zusammentreten der Nationalversammlung, entwickelte Cohen eine rege und einflußreiche Tätigkeit, die sich durch Züge starker Unabhängigkeit auszeichnete. Zunächst arbeitete er eng mit Ebert zusammen, da seine Ansichten über den Gang der Revolution weitgehend mit denen Eberts übereinstimmten. So setzte er sich als Vertreter des VR für eine baldige Wahl zur Nationalversammlung ein, wobei er sich mit Ebert auf den 19. Januar als Wahltermin einigte und ihm auf seine Bitte hin versprach, in dem am 16. Dezember in Berlin zusammentretenden Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einen entsprechenden Antrag vorzulegen³³⁴.

Cohen erfüllte dieses Versprechen am 19. Dezember in einer Rede, die den Höhepunkt des Kongresses bildete. Er führte aus, daß man so schnell wie möglich die Produktion wieder in Gang bringen und die Ordnung im Lande wiederherstellen müsse:

„Das ist nur möglich, wenn unser staatlicher Mechanismus . . . wieder richtig funktioniert, wenn wir eine Zentralgewalt im Reiche bekommen, die in der Lage ist, den inneren und äußeren Zerfall des Reiches aufzuhalten . . . Aber eine starke Zentralgewalt kann nur sicheren Halt und eine starke moralische Autorität haben, wenn sie auf dem festen und breiten Fundament des allgemeinen Volkswillens aufgebaut ist . . . Parteigenossen, Kameraden, es gibt nach meiner festen Überzeugung nur ein einziges Organ, das diesen Volkswillen feststellen kann: das ist die allgemeine deutsche Nationalversammlung.“³³⁵

Obwohl er die Räte „günstig“ bewerte, fuhr Cohen fort, seien sie doch nur Ausdruck eines Teilwillens, niemals aber des Willens des ganzen Volkes. Die glorreiche deutsche Revolution dürfe nicht zu einer bloßen Lohnbewegung degenerieren. Dann warnte er vor den drohenden separatistischen Umtrieben, setzte sich für den Anschluß Deutsch-Österreichs ein und wandte sich energisch gegen die Diktaturforderungen des Spartakusbundes, indem er auf

³³² *Hamburger*, op. cit., 498–502; *Fischer*, op. cit., 426–428; *Matthias und Pikart*, Reichstagsfraktion, 3/II, 244, 271–273, 324–325, 406, 435–436.

³³³ *Müller*, Novemberrevolution, 99; Franzer: Kaiser-Franz-Garde-Grenadierregiment.

³³⁴ *Elben*, op. cit., 64–65.

³³⁵ Allgemeiner Kongreß der A. u. S.Räte . . . vom 16. bis 21. Dezember 1918, 19. Dezember 1918, Spalte 212.

die russischen Zustände als warnendes Beispiel hinwies³³⁶. Nach weiteren scharfen Angriffen gegen den Bolschewismus (den Cohen damals als ein vorübergehendes Phänomen ansah)³³⁷, kam er auf die Sozialisierung zu sprechen:

„Wenn die Produktion stockt, wie bei uns, wenn weder Rohstoffe, noch Betriebe vorhanden sind: ja, was soll man da eigentlich sozialisieren? Da ist *das plötzliche Sozialisieren der helle Wahnsinn*, da gibt es gar nichts zu sozialisieren!“³³⁸

Diesem, für einen Vertreter der Räte etwas seltsam anmutenden Ausspruch, folgte eine Begründung seiner Ansichten, die sich auf die Lehren von Karl Marx stützte. Am Ende kam Cohen wieder auf die Nationalversammlung zurück und ersuchte den Kongreß, dem vereinbarten Wahltermin vom 19. Januar 1919 zuzustimmen³³⁹. Cohens Rede wurde mit anhaltendem Beifall begrüßt und sein Antrag mit starker Mehrheit angenommen. In dem darauf gewählten deutschen Zentralrat, der aus 27 Mitgliedern bestand, wurde Cohen, als dessen einziges jüdisches Mitglied, der zweite von drei Vorsitzenden³⁴⁰.

Der Entschluß des Kongresses, für eine baldige Wahl zur Nationalversammlung zu stimmen, lenkte den Gang der deutschen Revolution trotz der noch zu überwindenden Rückschläge im Lande allgemein in ein ruhigeres und gemäßigteres Fahrwasser und trug somit zur allmählichen Stabilisierung der Verhältnisse bei. Cohens Anteil an dieser Entscheidung war beträchtlich. So sind denn auch seine Haltung in dieser Frage sowie seine nüchternen Ausführungen über die Rolle der Räte, die Möglichkeiten einer Sozialisierung und die von ihm angeführte Gefahr des Bolschewismus von linksradikaler Seite her damals und auch später stark angegriffen worden³⁴¹. Dennoch tut man Cohen Unrecht, wenn man ihn, wie Oehme das tut, als Wolf im Schafspelz hinstellt, d. h. als Agenten Eberts, der die Rätebewegung von innen heraus zu diskreditieren und zu zerstören suchte. Wie sehr Cohen darauf bedacht war, das Räte-system als eine positive und dauernde Einrichtung in der neuen Republik zu verankern, trat erst nach den Wahlen zur Nationalversammlung zutage. Bis dahin arbeitete er trotz gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten eng mit den Volksbeauftragten zusammen³⁴², ergriff aber, wenn er von der Notwendigkeit dazu überzeugt war, auch die Initiative. So wandte er sich noch vor dem Rätekongreß, also Anfang Dezember, von sich aus gegen den wachsenden Antisemitismus. Im Westen Berlins wurden damals Flugblätter verteilt, in

³³⁶ AaO, Spalte 213–216.

³³⁷ Heidegger, op. cit., 359.

³³⁸ Allgemeiner Kongreß der A. u. S.Räte... vom 16. bis 21. Dezember 1918, 19. Dezember 1918, Spalte 217–218.

³³⁹ AaO, Spalte 224.

³⁴⁰ AaO, Spalte 282, 300–301; Müller, Novemberrevolution, 224; Elben, op. cit., 65 und Anm. 2; Tormin, op. cit., 99; Bernstein, Die deutsche Revolution, 91–92. Die USPD nahm nicht an der Wahl zum Zentralrat teil und war somit in ihm nicht vertreten. Cohen wurde einige Wochen später erster Vorsitzender des ZR.

³⁴¹ Allgemeiner Kongreß der A. u. S.Räte... vom 16. bis 21. Dezember 1918, 19. Dezember 1918, Spalte 279–280; Oehme, op. cit., 115, 135–138.

³⁴² Heidegger, op. cit., 238.

denen gegen die Juden gehetzt wurde³⁴³. Cohen versuchte, diese Flugblätter mit Hilfe des VR zu bekämpfen. Ein von ihm eingebrachter Antrag, Arbeiter und Soldaten dazu aufzufordern, dieser Hetze entgegenzutreten, wurde nach längerer Debatte zwar angenommen, blieb aber ohne praktische Wirkung³⁴⁴.

Während der am 24. und 25. Dezember stattfindenden Kämpfe zwischen der Volksmarinedivision und Regierungstruppen beteiligte auch Cohen sich an Vermittlungsversuchen, um Blutvergießen zu verhindern. Die Zeitung der Unabhängigen, *Freiheit*, attestiert ihm, daß er „obzwar Rechtssozialist, dort nicht einseitig den Standpunkt der Rechtssozialisten vertreten hat“³⁴⁵. Auch während der Januaraufstände nahm Cohen aktiven Anteil an den Vermittlungsversuchen zwischen Aufständischen und Regierung³⁴⁶.

Wenige Tage nach der Wahl zur Nationalversammlung gab Cohen bekannt, daß der Zentralrat beschlossen habe, seine souveräne Gewalt auf die Nationalversammlung zu übertragen. Der Zentralrat solle lediglich als Kontrollorgan der preußischen Regierung sowie als Spitzengremium der A. und S.Räte weiterfungieren. Gleichzeitig brachte Cohen erneut den Willen zum Einheitsstaat zum Ausdruck, welcher die ungehinderte Autorität der deutschen Nationalversammlung erfordere³⁴⁷. Jedoch mit diesem Entschluß, der sich logisch aus Cohens bisheriger Einstellung ergab, begann für ihn eine Phase schweren Ringens um den Fortbestand der Räte als wirtschaftliche – nicht als politische – Körperschaften. Was er anstrebte, war die Eingliederung der A. und S.Räte in die Verfassung³⁴⁸. Aber zu diesem Zeitpunkt war die Sozialdemokratie unter Eberts Einfluß schon dazu entschlossen, dieser von den Volksbeauftragten nie geschätzten „Nebenregierung“ so weit wie möglich das Wasser abzugraben. Einem Gesuch des Zentralrats, eine Delegation nach Weimar entsenden zu dürfen, wurde von Ebert nicht entsprochen. Cohen war darüber so erregt, daß er sich zu der Drohung hinreißen ließ, der Zentralrat habe jederzeit das Recht, die Volksbeauftragten nach Hause zu schicken³⁴⁹.

Was wollte Cohen? Auf einer Zentralratssitzung vom 6. Februar 1919 sprach er sich für den Fortbestand der Räte aus. Zwar müßten sie als zentrale politische Körperschaften verschwinden, aber andererseits hätten sie noch weitgehende wirtschaftliche Funktionen zu erfüllen³⁵⁰. Seine Gedanken über die

³⁴³ Eins davon behauptete: „Die Beteiligung der Juden an den Frontkämpfen war gleich Null. Ihre Beteiligung an der Regierung beträgt jetzt schon 80 Prozent“; siehe Müller, Novemberrevolution, 108; Jüdische Rundschau, XXIII (3. Dezember 1918), 401.

³⁴⁴ Müller, Novemberrevolution, 109.

³⁴⁵ Freiheit, I, Nr. 74 (25. Dezember 1918).

³⁴⁶ Freiheit, II, Nr. 13 (8. Januar 1919).

³⁴⁷ Kolb, op. cit., 252; Heidegger, op. cit., 238; Freiheit, II, Nr. 63 (5. Februar 1919). Im Gegensatz zu Kolb, der diesen Entschluß – korrekt – mit dem 25. Januar datiert, gibt Heidegger das Datum vom 20. Januar 1919.

³⁴⁸ Heidegger, op. cit., 238.

³⁴⁹ Kolb, op. cit., 252; zu Einzelheiten dieser Episode siehe auch 253 ff.

³⁵⁰ Burdick und Lutz, op. cit., 244.

Form dieser Funktionen hat Cohen in enger Zusammenarbeit mit Julius Kaliski formuliert und in den *Sozialistischen Monatsheften* veröffentlicht. Sein Plan sah vor, „von den Gemeinden an aufwärts auf allen Ebenen für jedes Gewerbe einen ‚Produktionsrat‘ zu schaffen, der aus Unternehmern *und* Arbeitnehmern zusammengesetzt werden sollte. Diese Produktionsräte sollten Vertreter in sog. ‚Kammern der Arbeit‘ entsenden, die ihrerseits, ebenfalls auf allen Ebenen des Staates, als gleichberechtigte zweite Kammer neben die Parlamente treten sollten“³⁵¹. Es sollte also eine Vertretung der Produktivkräfte mit der Volksvertretung auf gleiche Ebene gestellt werden. Diese Forderung entsprang der Erkenntnis, „daß die formale Demokratie noch nicht den Aufbau des Sozialismus gewährleistet“³⁵². Für Cohen war die Sozialisierung „im Grunde doch nichts anderes . . . als Arbeitsleistung im Interesse der Gesamtheit, im Sinne einer Produktionshebung und -vermehrung“³⁵³. Dabei hielt er sich durchaus auf einer gemäßigten Linie. Er wandte sich auch dagegen, den in der Verfassung vorgesehenen Betriebsräten wirtschaftliche Mitbestimmungsrechte zuzugestehen, da dies zu Betriebsegoismus und lähmendem Hineinregieren nichtqualifizierter Arbeiterräte in die Unternehmens- und Betriebsleitungen führen würde, eine Ansicht, mit der sich Cohen in einen Gegensatz zum Betriebsrätefachmann der Partei, Hugo Sinzheimer, stellte. Dafür wollte Cohen aber den überbetrieblichen Arbeitervertretungen auf allen Ebenen des Staates „echte wirksame Befugnisse geben“³⁵⁴.

Er drang mit seinen Plänen nicht durch. Der im Juni 1919 in Weimar tagende Parteitag der SPD lehnte sie ab, ebenso Cohens grundsätzlich geforderte zweite Kammer. Zu diesem Zeitpunkt war er, der noch vor einigen Monaten im Mittelpunkt der Ereignisse gestanden hatte, zum politischen Außenseiter in der eigenen Partei geworden, wie er es auch bis 1918 stets gewesen war. Schon im Januar 1919 hatte er begonnen, scharfe, aber sachliche Kritik an der Regierungspolitik zu üben³⁵⁵. Obwohl er den linksradikalen Januaraufstand verurteilte und das Eingreifen des Militärs als notwendig anerkannte³⁵⁶, hatte er doch ein paar Tage zuvor seiner Besorgnis über die von der Regierung aufgestellten Freiwilligenverbände Ausdruck gegeben. Er habe mit den Leuten gesprochen, „die die Anwerbung der Freiwilligen vornehmen. Ich muß

³⁵¹ Oertzen, op. cit., 201.

³⁵² AaO. Zu Einzelheiten siehe das Referat, das Cohen im April 1919 auf dem zweiten Rätekongreß hielt: Der Aufbau Deutschlands und der Rätegedanke. Revolutionsstreitfragen, Heft 2, Berlin 1919. Oertzen kommentiert zu diesen Plänen: „Sie enthielten einerseits die organisatorisch am weitesten durchgebildeten Vorschläge und übten andererseits auch die größte praktische Wirkung aus, da Cohen, als Vorsitzender des Zentralrats der sozialdemokratischen Arbeiterräte, zeitweilig einen großen politischen Einfluß besaß“ (Oertzen, op. cit., 200; siehe auch 259).

³⁵³ Zit. nach Oertzen, op. cit., 202.

³⁵⁴ AaO, 203–204.

³⁵⁵ Kolb, op. cit., 252.

³⁵⁶ Burdick und Lutz, op. cit., 238 (Cohen auf der 24. Sitzung des ZR am 15. Januar 1919).

sagen, es ist mir kalt über den Rücken gelaufen. Es sind viele Offiziere darunter, denen alles sozialistische Empfinden fernliegt und die sich darauf freuen, wieder einmal dazwischenhauen zu können“³⁵⁷. Diesen Zweifeln folgte die Auseinandersetzung über die Zukunft der Räte, die mit Cohens Niederlage endete.

Ebenso erging es ihm mit seinen Vorstellungen über die deutsche Außenpolitik, mit der er sich schon während des Krieges intensiv beschäftigt hatte. Wie damals machte er zwei grundsätzliche Vorschläge. Der erste, der unter dem Schlagwort „kontinentaleuropäische Politik“ bekannt geworden war und sich an seine im Kriege entwickelten Gedankengänge angeschlossen, sah jetzt eine gegen die englische Vorherrschaft gerichtete deutsch-französische Verständigung vor, die für Cohen 1919 der „Grund- und Eckstein“ der deutschen Politik war. Er forderte ein enges wirtschaftliches Zusammengehen mit Frankreich, zugleich aber auch ein enges Freundschaftsverhältnis mit Rußland, allerdings mit dem Zusatz, daß der bolschewistische Despotismus in jenem Lande „gewiß in nicht zu ferner Zeit“ verschwinden würde. Ein Alternativ-Vorschlag war ein Dreibundplan, der Deutschland, Rußland und Japan einschließen sollte. Keiner dieser Pläne fand beim Parteitag der SPD Anklang³⁵⁸. So mag wohl, neben sachlichen Gründen, auch Enttäuschung der Grund dafür gewesen sein, daß Cohen 1919 das von ihm als verfehlt empfundene außenpolitische Programm der Regierung wie auch das der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion häufig abfällig bewertete³⁵⁹. Auch der Gang der Friedensverhandlungen fand nicht seine Billigung. Nachdem er zunächst mit seiner Meinung zurückgehalten hatte, setzte er sich schließlich für die Annahme des Vertrages ein und wandte sich nach der Unterzeichnung gegen diejenigen, die für eine Ablehnung eingetreten waren. Ihre Haltung tadelte er als einen „Akt politischer Unkenntnis erster Ordnung“³⁶⁰.

Gleich manchen anderen seiner jüdischen Kollegen hat Cohen in der Politik oft seine eigenen Ansichten verfochten, ohne viel zu fragen, ob sie seiner Partei oder der Regierung nun genehm waren oder nicht. Was er auch immer unternahm, dieser unabhängig denkende aber auch oft eigenwillige Mann tat es aus innerster Überzeugung. Daß er schließlich langsam an Einfluß verlor, lag weniger an ihm selbst als an der neuen Gedanken nicht mehr günstigen politischen Entwicklung, die er ironischerweise nicht zuletzt durch seine Tätigkeit beschleunigt hatte. Denn er hat während der ersten Revolutionswochen erheblich dazu beigetragen, wieder stabilere Zustände herzustellen. Die Wahlen zur Nationalversammlung, für die er sich so energisch eingesetzt hatte, legten nicht nur die Grundlage für diese stabileren Zustände, sondern zerstörten auch die kurzfristige Vorherrschaft der beiden sozialistischen (schließlich nur noch der mehrheitssozialistischen) Parteien. Die für die SPD nunmehr unum-

³⁵⁷ Zit. nach *Elben*, op. cit., 154–155.

³⁵⁸ *Heidegger*, op. cit., 354, 358–359.

³⁵⁹ AaO, 355, 359.

³⁶⁰ AaO, 339, 363–364.

gängliche Koalition mit bürgerlichen Parteien brachte daher auch die gemäßigsten sozialistischen Projekte zum Scheitern, und so war es denn auch nicht weiter verwunderlich, daß Cohens eigene Partei seine größtenteils durchaus gangbaren und konstruktiven Vorschläge ohne ernsthafte Prüfung verwarf. Damit endete seine Laufbahn als Revolutionspolitiker. 1920 ernannte ihn die Reichsregierung zum Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, in dem er bis zu Hitlers Machtergreifung verblieb. 1934 emigrierte er nach Frankreich, wo er die deutsche Besatzungszeit überlebte. Er starb 1963 in Paris³⁶¹.

IV

Wir haben uns bis jetzt ausschließlich mit Politikern jüdischer Herkunft befaßt, die man als „staatserhaltend“ bezeichnen kann. Damit ist gemeint, daß sie alle, ganz gleich, welcher politischen Richtung sie angehörten, darauf bedacht waren, im Rahmen der Revolution geordnete Zustände in einer freien, demokratisch-parlamentarischen Republik zu schaffen. Zwar gingen ihre Ansichten in vielen Punkten – so der Rolle der Räte, der Sozialisierung, dem Grad des Sozialismus überhaupt und dem Termin zu den Wahlen zur Nationalversammlung, um nur die wesentlichsten zu nennen – weit auseinander. Aber obwohl diese Differenzen oft erheblich waren, dürfen sie doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß über die Einheit des Reiches, den Schutz der Grenzen, die Herstellung geordneter Zustände und die Schaffung einer demokratisch-parlamentarischen Regierungsform weitgehend Übereinstimmung herrschte. Eine Ausnahme bildete jedoch der unter der geistigen Führung Rosa Luxemburgs stehende Spartakusbund³⁶².

Der Spartakusbund, der damals noch dem linken Flügel der USPD angehörte, erlitt seine erste schwere Niederlage schon am 9. und 10. November 1918, als seine Unfähigkeit offenbar wurde, die SPD zurückzudrängen und seine eigenen politischen Ziele durchzusetzen. Diese waren, durch die bewaffnete Arbeiterschaft eine Räteregierung zu schaffen, die sich nach russischem Vorbild auf die revolutionären A. und S.Räte stützen und somit

³⁶¹ *Horkenbach*, op. cit., 650; *E. G. Lowenthal*, Die Juden im öffentlichen Leben, in: Entscheidungsjahr 1932, 59; *Hamburger*, op. cit., 502.

³⁶² Der Spartakusbund (oft auch „Spartakusgruppe“) nannte sich bis zum 11. November 1918 offiziell „Gruppe Internationale“; siehe *Kolb*, op. cit., 47. Da die Stellung dieser Gruppe hier nur ganz kurz umrissen werden kann, verweist der Verfasser auf die folgenden Werke, einschließlich ihrer bibliographischen Hinweise: außer *Flechtheim*, op. cit., und *Waldman*, op. cit., vor allem auch *Hermann Weber* (Hrsg.), Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916–1966, München 1967. Siehe jetzt auch: *Paul Levi*, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, Hrsg. und erweitert von Charlotte Beradt, Frankfurt u. Wien 1969; und *Charlotte Beradt*, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a. Main 1969.

eine Diktatur des Proletariats herbeiführen sollte³⁶³. Mehrere Gründe trugen zu diesem ersten und, wie sich bald zeigen sollte, entscheidenden Rückschlag bei. Spartakus war mit schätzungsweise etwa tausend Mitgliedern zahlenmäßig schwach³⁶⁴, besaß eine lose Organisation und hatte daher nur geringe Kontrolle über das eigene „Fußvolk“. Auch hatte er vor der Revolution stark an Initiative eingebüßt, da viele seiner Führer im Gefängnis saßen. Gleichzeitig fehlten ihm auch konkrete Pläne für eine Übernahme der Macht, die allerdings unter den gegebenen Umständen auf jeden Fall problematisch gewesen wäre³⁶⁵.

Trotz der erlittenen Niederlage war die Führung des Spartakusbundes keineswegs gewillt, sich mit den gegebenen Machtverhältnissen vom 9. November abzufinden. Nach der Befreiung Rosa Luxemburgs und anderer Führer aus dem Gefängnis wurde während der folgenden Wochen alles versucht, die Revolution im spartakistischen Sinne voranzutreiben, die Massen für ihre Ziele zu gewinnen und dann, durch spontane Aktionen, die Regierungsgewalt an sich zu reißen. Die Formulierung der politischen Richtlinien zur Durchführung dieser Pläne lag weitgehend, wenn auch nicht ausschließlich, in den Händen von Rosa Luxemburg³⁶⁶.

Rosa Luxemburg gehörte zusammen mit Leo Jogiches von 1918 bis 1919 jener ganz kleinen Gruppe von Juden an, die schon seit ihrer frühesten Jugend in revolutionären Bewegungen standen³⁶⁷. In der deutschen Arbeiterbewegung blieb die geborene Polin zeitlebens eine einsame Figur, obwohl sie bald nach ihrem Eintritt in die SPD, im Mai 1898, einer ihrer wichtigsten und umstrittensten geistigen Führer wurde. Geprägt von jahrzehntelanger Arbeit in der polnischen revolutionären Bewegung, vor allem in der SDKPiL³⁶⁸, hat sie nie eine echte innere Zugehörigkeit zur deutschen Arbeiterbewegung empfunden. Weder Deutschland im allgemeinen noch die SPD im besonderen erweckten in ihr das gleiche Zugehörigkeitsgefühl, das sie für die polnischen

³⁶³ Kolb, op. cit., 138; Tormin, op. cit., 35–36.

³⁶⁴ Kolb, op. cit., 47.

³⁶⁵ Dazu besonders aaO, 47–55, sowie Oertzen, op. cit., 219–221 und Tormin, op. cit., 35–40.

³⁶⁶ Da es heute an Biographien über Rosa Luxemburg nicht mehr mangelt und die wesentlichen Entwicklungsstufen ihres Lebens und Wirkens als bekannt vorausgesetzt werden können, beschränken wir uns hier auf ihre Haltung während der Revolution. Als Biographie ist jetzt vor allem maßgeblich *J. P. Netti*, Rosa Luxemburg, 2 Bände, London-New York-Toronto 1966, einschließlich einer ganz ausgezeichneten Bibliographie. Immer noch lesenswert: *Paul Frölich*, Rosa Luxemburg. Her Life and Work, London 1940; *Henriette Roland-Holst van der Schalk*, Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken, Zürich 1937; und aus kommunistischer Sicht, *Fred Oelsner*, Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze, Berlin [Ost] 1956. Ein kurzer Abriss ihres Lebens auch in *Schay*, op. cit., 229–237.

³⁶⁷ Hierzu, wie auch für die nachfolgenden Bemerkungen, *Nettl*, op. cit., I, 52–53, 139–140 und II, 734, 859–860, und passim; *Frölich*, op. cit., 16, 21 und passim.

³⁶⁸ D. i.: Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen; siehe dazu besonders *Nettl*, op. cit., I, 105 ff.

Revolutionäre empfand. Zwar liebte sie die deutsche Literatur und war besonders in den Werken der Klassiker bewandert, blieb aber eine Fremde im Lande. Ein Vaterland hat sie nie anerkannt, Polen so wenig wie Deutschland. Als revolutionäre Marxistin bekannte sie sich ausschließlich zum Internationalismus der europäischen sozialistischen Bewegung. Diese ausgeprägte Wurzellosigkeit, die vor allem in ihrer Stellung zu Nationalitätenfragen zutage trat, hat man verschiedentlich ihrer jüdischen Herkunft zugeschrieben³⁶⁹.

Diese Herkunft hat sie nie verleugnet, hätte das auch schon wegen ihres jüdischen Aussehens nicht tun können³⁷⁰. Aber trotz dieser Herkunft, trotz der Tatsache, daß sie gelegentlich jüdische Ausdrücke gebrauchte – sie hat, z. B., die SPD als „Schabbesgojim“ der deutschen Kapitalisten bezeichnet –, oder daß sie etwas Jiddisch verstand und ihre engsten Freunde jüdisch waren, nahmen weder das Judentum noch die Juden einen besonderen Platz in ihrem Denken ein. Nur selten hat sie jüdische Fragen überhaupt berührt. Sie waren für sie, die marxistische Revolutionärin, kein Problem, das besondere Aufmerksamkeit verdiente. Ihre Einstellung hat sie wie am Rande, jedoch unmißverständlich, in einem Brief dargelegt, den sie am 16. Februar 1917 aus der Haft an ihre Freundin Mathilde Wurm schrieb:

„Was willst Du mit den speziellen Judenschmerzen? Mir sind die armen Opfer der Gummipflanzungen in Putumayo, die Neger in Afrika, mit deren Körpern die Europäer Fangball spielen, ebenso nahe. Weißt Du noch die Worte aus dem Werke des Großen Generalstabs über den Trothaschen Feldzug in der Kalahari: . . . Und das Röcheln der Sterbenden, der Wahnsinnsschrei der Verdurstenden verhallen in der erhabenen Stille der Unendlichkeit. O diese ‚erhabene Stille der Unendlichkeit‘, in der so viele Schreie *ungehört* verhallen, sie klingt in mir so stark, daß ich keinen Sonderwinkel im Herzen für das Getto habe: ich fühle mich in der ganzen Welt zu Hause, wo es Wolken und Vögel und Menschentränen gibt.“³⁷¹

Es ist allerdings fraglich, ob sie von dem persönlich gegen sie gerichteten Antisemitismus, der sie ihr ganzes Leben lang verfolgte, so unberührt geblieben ist, wie es einer ihrer Biographen jüngst behauptet hat³⁷². Zwar hat sie nach außen hin diese Anfeindungen immer ignoriert; aber wer weiß, wie es dabei in ihrem Innern aussah? Jedenfalls war sie sich bewußt, daß man sie als Jüdin betrachtete, auch in der SPD. „So sind sie immer, wenn sie in Verlegenheit kommen“, schrieb sie am 1. Mai 1899 an Jogiches über die

³⁶⁹ Es würde zu weit führen, diese Frage hier zu behandeln. Siehe *Nettl*, op. cit., I, 33 und Anm. 1, sowie II, 859–860 und passim. Vgl. dazu *Hannah Arendts* Rezension von *Nettels* Biographie in: *The New York Review of Books*, VII, (6. Oktober 1966), 21–27, bes. 23. Was die Nationalitätenfrage anbelangt, so lehnte Rosa Luxemburg jeglichen Nationalismus zeitlebens ab; siehe Appendix 2 in *Nettl*, op. cit., II, 842–862.

³⁷⁰ *Frölich*, op. cit., 210.

³⁷¹ *Rosa Luxemburg*, *Das Menschliche entscheidet*. Briefe an Freunde, München 1958, 13; (Hervorhebung im Original).

³⁷² *Nettl*, op. cit., I, 33.

deutsche sozialdemokratische Parteiführung, „zu den Juden um Hilfe, und wenn es vorbei ist – fort mit euch, Juden“³⁷³.

Obwohl Rosa Luxemburg nicht das einzige jüdische Mitglied des spartakistischen Führungskreises war, hat sie die allerstärksten antisemitischen Haßgefühle ausgelöst. Es gab kaum ein Schimpfwort, das man auf sie nicht anwandte; kaum eine Niederträchtigkeit, derer man sie nicht bezichtigt hat, nicht nur während der Revolutionszeit, sondern über ihren Tod hinaus. Der damalige Antisemitismus wollte in ihr den Juden überhaupt treffen; und er präsentierte Rosa Luxemburg dem Volke als Vertreterin des „typisch jüdischen“ Radikalismus, um damit die ganze Revolution als jüdischen Umsturz zu diskreditieren. Unzweifelhaft hat sie auch – und das soll nicht als Werturteil verstanden werden – durch ihr Verhalten den Antisemiten häufig einen Grund für ihre Angriffe geliefert.

Gleich ihren Parteigenossen hat Rosa Luxemburg die Lösung des 9. November nicht akzeptiert. Da aber Spartakus weder in den Betrieben noch in den A. und S.Räten eine starke Position besaß und sich mit den ebenfalls radikalen Revolutionären Obleuten Berlins über Taktik stritt, wurde beschlossen, die Aktivität der Spartakisten auf Versammlungen und Straßendemonstrationen zu konzentrieren, um dadurch Massenaktionen auszulösen³⁷⁴. Nun war Rosa Luxemburgs Glaube an die spontane Kraft der Massen unerschütterlich. Seit über einem Jahrzehnt hatte sie gepredigt, daß man sich auf den revolutionären Willen der breiten Masse, also des Proletariats, stützen müsse, da man die Führer der Arbeiterbewegung nicht beeinflussen könne³⁷⁵. Dabei kann sie die Gefahren, die diese Theorie mit einschloß, schwerlich übersehen haben. So hatte sie 1917 aus dem Gefängnis, wiederum an Mathilde Wurm, geschrieben:

„Die Masse ist stets das, was sie nach Zeitumständen sein *muß*, und sie ist stets auf dem Sprunge, etwas total anderes zu werden, als es scheint. Ein schöner Kapitän, der seinen Kurs nur nach dem momentanen Aussehen der Wasseroberfläche steuern und nicht verstehen würde, aus Zeichen am Himmel und in der Tiefe auf kommende Stürme zu schließen!“³⁷⁶

Im Winter 1918–1919 war sie aber nicht gewillt, sich durch irgendwelche Gefahren von ihrem Ziel und ihrer Überzeugung abbringen zu lassen. Als erfahrene Revolutionärin wußte sie, daß jeder Revolution ein Lebensgesetz

³⁷³ Zit. aaO, 140, und aus dem Englischen zurückübersetzt. Auf polnisch, wie es im Original stand, reimt sich das; siehe aaO, Anm. 2.

³⁷⁴ Kolb, op. cit., 145, 153; siehe auch Nettl, op. cit., II, 725 ff.

³⁷⁵ Nettl, op. cit., II, 726; Werner T. Angress, Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921–1923, Princeton 1963, 11 ff.

³⁷⁶ Luxemburg, Das Menschliche entscheidet, 11; (Hervorhebung im Original). Obwohl sie das Argument hier dazu benutzte, um Wurm von der Richtigkeit ihres Vertrauens in die Masse zu überzeugen, war sie zu klug, um übersehen zu können, daß ihr eigenes Argument solches Vertrauen zu einem sehr zweischneidigen Schwert machte.

innewohnt, wie sie schon in ihrer kritischen Studie über die russische Revolution geschrieben hatte:

„... entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärtsstürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken, oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächeren Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt. Ein Stillstehen, ein Trippeln auf demselben Fleck, ein Selbstbescheiden mit dem ersten einmal erreichten Ziel gibt es in der Revolution nicht.“³⁷⁷

Dies war der Grundgedanke, den sie während der deutschen Revolutionszeit zum Leitsatz ihres Handelns machte³⁷⁸.

Vom Redaktionstisch des Zentralorgans der Spartakisten, *Die Rote Fahne*, aus führte Rosa Luxemburg den Kampf gegen die „unvollendete Revolution“. Unterstützt von Karl Liebknecht, mit dem sie jedoch keineswegs immer übereinstimmte, ihrem Freund Leo Jogiches, Ernst Meyer, Paul Levi und anderen Genossen, formulierte sie die Parolen, zumeist in Leitartikeln, die den Massen den Weg zur Macht weisen sollten. Im November und in den ersten Tagen des Dezembers 1918 konzentrierte sich ihre Agitation auf den Kampf gegen die Wahlen zur Nationalversammlung, wobei sie das Problem schroff als eine Alternative „Rätediktatur oder Nationalversammlung“ hinstellte³⁷⁹. Die letztere sah sie als ein „überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisite aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen“ an³⁸⁰. Als aber der Rätekongreß Mitte Dezember beschloß, die Wahlen zur Nationalversammlung für den 19. Januar 1919 auszuschreiben, plädierte Rosa Luxemburg mit Unterstützung Paul Levis Ende Dezember auf dem Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) erfolglos für eine kommunistische Beteiligung an der Wahl³⁸¹. Ihre Argumente bewegten sich ausschließlich in taktischen Bahnen:

„Genossen, Ihr macht Euch Euren Radikalismus etwas sehr bequem. Wir müssen bei allem stürmischen Drängen nicht den erforderlichen Ernst und die ruhige Überlegung vermissen lassen ... Wir stehen im Anfange der Revolution. Wir haben nichts hinter uns, als die elende halbe Revolution des 9. November. Da müssen wir uns fragen, welcher Weg der sicherste ist, um die Massen zu erziehen ... Was ich bisher sehe, ist die Unreife der Massen, die zum Sturz der Nationalversammlung berufen sind. Wir müssen deshalb die Waffen, die der Gegner gegen uns zu führen gedenkt, in seiner eigenen Hand umdrehen ... Die Hauptaktion ist auf der Straße. Sie soll überall zur Herrschaft und zum Triumph kommen. Wir wollen zur Unterstützung dieses Kampfes auch noch die Tribüne der Nationalversammlung.“³⁸²

³⁷⁷ Rosa Luxemburg, *Die russische Revolution*. Eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt a. M. 1963, 52.

³⁷⁸ Sie veröffentlichte diesen Grundgedanken fast wörtlich in: *Die Rote Fahne*, I, Nr. 3 (18. November 1918) in ihrem Artikel, *Der Anfang*.

³⁷⁹ Kolb, op. cit., 148.

³⁸⁰ Die Nationalversammlung, *Die Rote Fahne*, I, Nr. 5 (20. November 1918).

³⁸¹ *Die Rote Fahne*, I, Nr. 45 (31. Dezember 1918).

³⁸² AaO; teilweise abgedruckt in: *Ursachen und Folgen*, III, 55–56.

Die überwältigende Mehrheit des Gründungskongresses überstimmte Rosa Luxemburg und diejenigen ihrer Genossen, die mit ihr in diesem Punkte einig waren. Dies war das erste Anzeichen dafür, daß ihre Kontrolle über die politische Linie ihrer Partei begrenzt war, was sich bis zu ihrem Tode nicht ändern sollte.

Neben der Debatte über die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den Wahlen führte Rosa Luxemburg einen erbitterten Kampf gegen die Führung der USPD, den sie am 28. November mit dem Artikel „Der Weg zum Nichts“ eröffnete³⁸³. So, wie der Kampf des Spartakusbundes gegen die Nationalversammlung zu einer „Selbstisolierung von den Massen der SPD und sogar der USP“ führte³⁸⁴, trieben die Angriffe gegen die USPD-Führung den Spartakusbund „zu einer organisatorischen Selbstisolierung“³⁸⁵ von der Mutterpartei. Dieser Prozeß endete schließlich mit der bereits erwähnten Gründung einer selbständigen Partei³⁸⁶. Die Polemik Rosa Luxemburgs zielte besonders auf Haase, dessen Beteiligung an der provisorischen Regierung sie schlechthin als Verrat am Sozialismus brandmarkte. „Wir haben ja von den Herren Haase, Dittmann und Kautsky noch nie viel gehalten“, schrieb sie in „Der Weg zum Nichts“, „und schon oft während des Krieges gefunden, daß sie zwar immer das Maul, aber ab und zu – besonders dann, wenn es galt – auch die Hosen voll hatten. Nun, ein Hase wird über Nacht nicht zum Löwen.“³⁸⁷ Und als Haase auf dem Rätekongreß als durchaus gemäßigter Redner auftrat und nach dessen Vertagung zunächst in der Regierung verblieb, obwohl er mit manchen der auf dem Kongreß gefaßten Entschlüsse nicht einverstanden war, schrieb Rosa Luxemburg: „Haase bleibt im Rat der Volksbeauftragten, an die Lende Eberts als Schamgürtel geheftet. Jawohl, er bleibt!“³⁸⁸

Wie ein roter Faden zog sich in jenen Wochen der feste Glaube Rosa Luxemburgs an den Sieg *ihrer* Revolution durch die Spalten der *Roten Fahne*, und damit verbunden ihre kompromißlosen Angriffe gegen den Status quo.

„... der eherne Gang der Revolution läßt sich nicht aufhalten. Wir werden unsere Stimme laut erschallen lassen, die Massen werden uns verstehen, und dann werden sie sich um so ungestümer gegen die Hetzer und Fabrikanten der Pogromgerüchte wenden. Nicht über Marställe, Bäckerläden und furchtsame Philister wird dann der Sturm brechen, sondern über euch wird er hinwegfegen, ihr gestrigen Kumpane der bürgerlichen Reaktion und des Prinzen Max, ihr Schutztruppen der kapitalistischen Ausbeutung, ihr lauernde Vorposten der Gegenrevolution, ihr Wölfe im Schafspelz!“³⁸⁹

³⁸³ Die Rote Fahne, I, Nr. 13 (28. November 1918).

³⁸⁴ *Flechtheim*, Die Kommunistische Partei, 40.

³⁸⁵ *Kolb*, op. cit., 148.

³⁸⁶ Diese Neugründung, der Rosa Luxemburg sowie Jogiches zunächst skeptisch gegenüberstanden, war ursprünglich nicht von Rosa Luxemburg beabsichtigt worden. Sie hat sie aber durch ihre Politik mit herbeigeführt.

³⁸⁷ Die Rote Fahne, I, Nr. 13 (28. November 1918).

³⁸⁸ Eberts Mamelucken, Die Rote Fahne, I, Nr. 35 (20. Dezember 1918).

³⁸⁹ Das alte Spiel, Die Rote Fahne, I, Nr. 3 (18. November 1918).

Als der *Vorwärts* unter Stampfers Redaktion scharf mit dem Spartakusbund ins Gericht ging, antwortete sie:

„Das Zentralorgan der abhängigen Sozialdemokratie, der Vorwärts, ist jetzt Zentralorgan der gegenrevolutionären Treibjagd gegen die Spartakusleute . . . Es ist ein gewagtes Spiel. Der Diktatur des Proletariats, dem Sozialismus gehört der Tag und die Stunde. Wer sich dem Sturmwagen der sozialistischen Revolution entgegenstemmt, wird mit zertrümmerten Gliedern am Boden liegenbleiben.“³⁹⁰

Am folgenden Tage wandte sich Rosa Luxemburg an „Die Proletarier aller Welt“ und gab in einer fast visionär anmutenden Sprache ihrem Glauben an den Sozialismus und das Proletariat Ausdruck:

„Der Sozialismus allein ist imstande, das große Werk des dauernden Friedens zu vollbringen . . . Wenn sich Vertreter der Proletarier aller Länder unter dem Banner des Sozialismus die Hand reichen, um den Frieden zu machen, dann ist der Friede in wenigen Stunden gemacht . . . Dann gibt es nur ein Recht: die Gleichheit aller Menschen. Dann gibt es nur ein Ziel: Wohlfahrt und Fortschritt für alle.

Die Menschheit steht vor der Alternative: Auflösung und Untergang in der kapitalistischen Anarchie oder Wiedergeburt durch soziale Revolution. Die Stunde der Entscheidung hat geschlagen. Wenn ihr an Sozialismus glaubt, jetzt ist es Zeit, es durch Taten zu zeigen. Wenn ihr Sozialisten seid, jetzt gilt es zu handeln.“³⁹¹

Die meisten ihrer Artikel klangen wie Aufforderungen zu bewaffnetem Aufstand, was periodisch ausbrechende, von der Führung unkontrollierbare spartakistische Straßenkrawalle damals vielen Leuten zu bestätigen schienen. Diese Bürgerkriegsstimmung wuchs an, als der Ton der Luxemburgschen Leitartikel sich verschärfte. So schloß Rosa Luxemburg am 14. Dezember ihre Ausführungen über das Programm des Spartakusbundes mit den Worten:

„Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution: er ist identisch mit dem Siege der großen Millionenmassen des sozialistischen Proletariats.

Auf, Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!“³⁹²

War das bloße Rhetorik oder tatsächlich der Versuch, die Massen auf die Barrikaden zu treiben? Rosa Luxemburgs Zeitgenossen waren davon überzeugt, daß sie das letztere beabsichtigte. In der jüngst erschienenen Luxemburg-Biographie erklärt der Autor jedoch, daß ihr unter den gegebenen Umständen gar nichts anderes übrigblieb, als diesen radikalen Ton anzuschlagen, um, wie er sich ausdrückt, Klarheit zu schaffen. Unmittelbare Aufforderung zu kämpferischen Aktionen sei nicht der Hauptzweck dieser Artikel gewesen³⁹³.

³⁹⁰ Ein gewagtes Spiel, Die Rote Fahne, I, Nr. 9 (24. November 1918).

³⁹¹ An die Proletarier aller Welt, Die Rote Fahne, I, Nr. 10 (25. November 1918).

³⁹² Was will der Spartakusbund?, Die Rote Fahne, I, Nr. 29 (14. Dezember 1918).

³⁹³ *Nettl*, op. cit., II, 733–734.

Wo die Wahrheit liegt, wird sich wohl nie feststellen lassen. Sicher ist, daß man damals ihre Worte für bare Münze nahm und danach handelte. Sehr gut möglich ist, daß, wie ein anderer Historiker es unlängst ausgedrückt hat, Rosa Luxemburgs Haltung ambivalent war; daß sie auf der einen Seite die Einsicht besaß, jeder Fortführung der Revolution müsse ein langsamer Reifeprozess vorangehen, daß sie aber andererseits mit einem „fanatischen, die Wirklichkeit mißachtenden Willen“ diesen Reifeprozess möglichst beschleunigen und vorwärtstreiben wollte³⁹⁴. Wunschgedanke und Wirklichkeitssinn, oft beeinflusst von der rasch und ständig wechselnden Situation, gerieten so miteinander in Konflikt.

Am stärksten trat dieser innere Konflikt Rosa Luxemburgs während des Januaraufstandes hervor, dem man zu Unrecht den Namen „Spartakusaufstand“ gegeben hat³⁹⁵. Wir können uns hier nicht mit den Hintergründen und Einzelheiten dieser, für Rosa Luxemburg tödlich endenden Episode auseinandersetzen. Kurz zusammengefaßt: sie unternahm den Versuch, dem durch die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn (USPD) ausgelösten und von Liebknecht, vom linken Flügel der USPD sowie von den Revolutionären Obleuten geforderten Aufstand entgegenzutreten; nach dem Fehlschlag ihres Versuches fühlte sie sich dann moralisch verpflichtet, die kämpfenden Massen durch ihre Artikel zu unterstützen³⁹⁶. Schärfer denn je stellte sie ihre Forderungen, formulierte und steigerte sie ihre Parolen. Folglich war es nicht weiter erstaunlich, daß sie Außenstehenden als die treibende Kraft hinter diesem unglückseligen, von ihr nicht gewollten Aufstand erschien.

„Handeln! Handeln! Mutig, entschlossen, konsequent – das ist die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der revolutionären Obleute und der ehrlich-sozialistischen Parteiführer. Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. *Rasch* handeln! Die Revolution verpflichtet.“³⁹⁷

Am folgenden Tage, dem 8. Januar, schrieb sie noch deutlicher:

„Die Regierung Ebert-Scheidemann hinwegräumen heißt nicht, ins Reichskanzlerpalais stürmen und die paar Leute verjagen oder festnehmen [n. b., ‚verjagen oder festnehmen‘, nicht ‚erschießen‘ waren ihre Alternativen]: es heißt vor allem, sämtliche Machtpositionen ergreifen und sie auch *festhalten* und *gebrauchen*... Die Erfahrung der letzten drei Tage ruft den führenden Organen der Arbeiterschaft mit lauter Stimme zu: Redet nicht! Beratet nicht ewig! Unterhandelt nicht! *Handelt*.“³⁹⁸

³⁹⁴ Kolb, op. cit., 151.

³⁹⁵ So Waldman, op. cit., der zwar in seinem Buch den Beweis bringt, daß Spartakus den Aufstand nicht ausgelöst hat, aber dennoch den irreführenden Titel seiner Studie beibehielt.

³⁹⁶ Frölich, op. cit., 320–326; Rosenberg, op. cit., 324–331, 488.

³⁹⁷ Was machen die Führer?, Die Rote Fahne, II, Nr. 7 (7. Januar 1919); Hervorhebung im Original.

³⁹⁸ Versäumte Pflichten, Die Rote Fahne, II, Nr. 8 (8. Januar 1919); Hervorhebungen im Original.

Wie vorauszusehen war, brach der Aufstand nach wenigen Tagen zusammen. Rosa Luxemburg schrieb noch einen bitteren Leitartikel – ihren letzten – in dem sie sich mit einer fast distanziert wirkenden Klarheit mit den Ursachen der Niederlage auseinandersetzte. Jedoch am Ende ihrer Betrachtungen, am Ende ihres Lebens, brach ihr unerschütterlicher Glaube an den Sieg der Massen noch einmal durch:

„Ordnung herrscht in Berlin!‘ Ihr stumpfen Schergen! Eure ‚Ordnung‘ ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon ‚asselnd wieder in die Höh‘ richten‘ und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:

ich war, ich bin, ich werde sein!“³⁹⁹

Am nächsten Tage wurde sie zusammen mit Karl Liebknecht ermordet⁴⁰⁰.

Blickt man nach einem halben Jahrhundert auf die Haltung Rosa Luxemburgs während der Revolutionszeit zurück, so fällt vor allem ihre innere Widersprüchlichkeit auf. Es wurde schon bemerkt, daß ihre revolutionäre Überzeugung ihren sonst so scharfen Sinn für die Realitäten der gegebenen Verhältnisse während jener Wochen oft getrübt hat. Zweifellos hat sie mit ihrer Kritik der damaligen politischen Lage vieles richtig gesehen. Die deutsche Revolution war keine echte Revolution im klassischen Sinne; sie blieb eine unvollendete Revolution, was sich später bitter gerächt hat. Aber war der Weg Rosa Luxemburgs, der Weg des Spartakusbundes, die richtige und einzige Lösung? Die Tatsachen sprechen dagegen. Vor allem hatte der Spartakusbund nie die Massen hinter sich, da die überwältigende Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft fest hinter der gemäßigten provisorischen Regierung stand, der SPD – und auch der USPD – folgte, und bereit war, die bis dahin erzielten Erfolge des Umbruchs zu akzeptieren, zu festigen, wohl hier und da auch zu modifizieren, aber keineswegs durch radikale Abenteuer zu gefährden. Rosa Luxemburg war sich dessen bewußt, zog aber daraus nicht die notwendigen Konsequenzen. Tat sie das, weil sie die Hoffnung nicht aufgeben konnte oder wollte, daß bei fortgesetztem Einsatz des revolutionären Willens das Blatt sich wenden und das Proletariat sich Spartakus zuneigen würde? Wir wissen es nicht⁴⁰¹.

Doch auch ihre Taktik war widerspruchsvoll. So haben sich zwei zeitgenössische Beobachter unabhängig voneinander darüber gewundert, daß eine so kluge Frau, die obendrein noch Volkswirtschaft studiert hatte, in das Programm des Spartakusbundes wirtschaftliche Maßnahmen aufgenommen hat, die „eine hochgradige Unkenntnis der elementarsten Erfordernisse des Wirt-

³⁹⁹ Die Ordnung herrscht in Berlin, Die Rote Fahne, II, Nr. 14 (14. Januar 1919); Hervorhebungen im Original.

⁴⁰⁰ Siehe dazu neuerdings: Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, hrsg. von *Elisabeth Hannover-Drück* und *Heinrich Hannover*, Frankfurt a. M. 1967.

⁴⁰¹ Siehe Anm. 374.

schaftslebens eines Industriestaates wie Deutschland“ verriet⁴⁰². Unkenntnis war sicher nicht der Grund, sondern eher die Überzeugung Rosa Luxemburgs, auch das Programm müsse revolutionäre Losung sein.

Schließlich fragt man sich, wie sie revolutionäre Unbedingtheit mit ihrem ausgeprägten Humanitätssinn vereinbaren konnte. Ein blutdürstiger Mensch ist sie nie gewesen. Ihre ganze revolutionäre Laufbahn war aufgebaut auf der tiefen Liebe für den Menschen, vor allem für den unterdrückten Menschen. Aber dieselbe Frau, die noch kurz vor der Revolution den bekannten Satz geschrieben hatte: „Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden“⁴⁰³, und die sich am 24. November 1918 gegen den Terror wandte, indem sie schrieb: „Terror und Schreckensherrschaft waren in den bürgerlichen Revolutionen ein Mittel, geschichtliche Illusionen zu zerstören . . . Das sozialistische Proletariat . . . tritt in seine Revolution ohne alle Illusionen ein . . . Es hat es deshalb nicht nötig, die eigenen Illusionen erst durch blutige Gewaltakte zu zerstören“⁴⁰⁴, dieselbe Frau gab am Ende ihres Lebens Tag für Tag Losungen aus, die den Eindruck erwecken mußten, daß sie die von ihr öffentlich abgelehnten Gewaltakte dennoch herbeiführen wollte⁴⁰⁵.

Auch hier besteht ein innerer Konflikt, mit dem sie gerungen haben mag, den sie aber ebenfalls nicht bewältigen konnte. Die Problematik ihrer Haltung während der Revolution findet wohl ihren treffendsten Ausdruck in einer Versdichtung, die sie sehr geschätzt hat, Conrad Ferdinand Meyers „Huttens letzte Tage“⁴⁰⁶:

„Das plumpe Recht der Faust ist mir verhaßt
Und selber hab ich wohl am Weg gepaßt.

...

Das heißt: ich bin kein ausgeklügeltes Buch,
Ich bin ein Mensch mit seinem Widerspruch.“

V

Während in Berlin und den meisten anderen Teilen des Reiches die Revolutionsereignisse trotz entgegengesetzter linksradikaler Bestrebungen langsam aber stetig einer politischen Konsolidierung zustrebten, ging die Entwicklung in Bayern in umgekehrter Richtung. Zwar waren dort zwischen dem 8. November 1918 und dem 21. Februar 1919 Ruhe und Ordnung zunächst weniger

⁴⁰² *Bernstein*, Die deutsche Revolution, 102; ähnlich *Kessler*, op. cit., 115 (31. Januar 1919).

⁴⁰³ *Luxemburg*, Die russische Revolution, 73.

⁴⁰⁴ Ein gewagtes Spiel, Die Rote Fahne, I, Nr. 9 (24. November 1918); vgl. dazu die abweichende Interpretation von *Kolb*, op. cit., 140.

⁴⁰⁵ So hat sie auch den Bürgerkrieg bejaht; siehe: Die Nationalversammlung, Die Rote Fahne, I, Nr. 5 (20. November 1918).

⁴⁰⁶ *Nettl*, op. cit., I, 29–30; *Frölich*, op. cit., 220, 281–282; *Luxemburg*, Das Menschliche entscheidet, 31.

gestört als in vielen anderen Teilen Deutschlands⁴⁰⁷; nach Eisners Ermordung am 21. Februar jedoch wurde die Lage in Bayern, und besonders in München, zusehends radikaler und chaotischer, und artete im Frühjahr 1919 in einen Bürgerkrieg aus. An dieser Entwicklung waren eine Reihe von Juden in exponierten Führerstellen in viel stärkerem Maße beteiligt, als das in Berlin, Bremen, Kiel, Braunschweig oder anderen Unruheherden des Novembersturms der Fall gewesen war. Als daher die Revolutionszeit in Bayern am 1. Mai 1919 mit der „Eroberung“ Münchens durch Regierungstruppen ihr Ende fand, löste die kurzfristige, aber prominente Rolle, die Juden in der bayerischen Politik gespielt hatten, in dem normalerweise katholisch-konservativen Lande eine besonders starke antisemitische Reaktion aus, die noch jahrelang anhalten sollte.

Da der Verlauf der Revolution in Bayern im allgemeinen weniger bekannt ist als die Ereignisse in Berlin, sollen hier noch einmal ihre hauptsächlichsten Entwicklungsphasen nachgezeichnet werden⁴⁰⁸. Vier Zeitabschnitte sind zu unterscheiden: das Regime Eisners vom 7./8. November 1918 bis zum 21. Februar 1919; ein „Interregnum“ vom 21. Februar bis zum 6./7. April, als eine provisorische Regierung des bayerischen Zentralrats der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte langsam auf die Wiederherstellung einer auf den Landtag gestützten Regierung hinarbeitete. Dieser Entwicklung wurde aber durch die plötzliche Proklamierung einer Räterepublik am 7. April ein Ende gesetzt. Die sogenannte erste Räterepublik, die sich nach der Distanzierung von SPD und KPD nur auf die wenig homogene und schwache USPD, wie auch auf anarchistische Kreise, stützen konnte, wurde schon am 13. April von einer zweiten, kommunistischen Räteregierung abgelöst. Den Anstoß dazu gab ein mißglückter Putsch der seit dem 4. April in Bamberg stationierten legitimen sozialdemokratischen Regierung Hoffmann. Diese zweite Räterepublik, die sich nur noch auf München und Umgebung beschränkte, wurde dann am 1. Mai durch den Einmarsch von Regierungstruppen beseitigt.

In diesem Abschnitt deutscher, und spezifisch bayerischer Geschichte ist es die Figur Kurt Eisners, die der Forschung noch nach einem halben Jahrhundert ungelöste Fragen stellt, die im Mittelpunkt vieler Legenden steht und das Opfer von Verzerrungen ist. Das zeigt z. B. schon die Tatsache, daß noch nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Historiker darauf bestehen, Eisners wirklicher Name sei Kosmanowski gewesen. Daß dies schon während der Weimarer Zeit widerlegt worden ist, hat der Legende keinerlei Abbruch getan⁴⁰⁹. Die Problematik des Falles Eisner liegt vor allem in der unterschied-

⁴⁰⁷ *Carl Landauer*, *The Bavarian Problem in the Weimar Republic, 1918–1923: Part I*, in: *The Journal of Modern History*, (June 1944), 99.

⁴⁰⁸ Die weitaus beste Studie der bayerischen Ereignisse stammt von *Allan Mitchell*, *Revolution in Bavaria 1918–1919. The Eisner Regime and the Soviet Republic*, Princeton 1965; jetzt auch in deutscher Übersetzung.

⁴⁰⁹ „Eisner-Kosmanowski“ oder „richtiger Name: Kosmanowski“ in den folgenden: *Ursachen und Folgen*, III, 578; *Karl Schwend*, *Bayern zwischen Monarchie und*

lichen Bewertung seiner kurzen politischen Laufbahn durch die Nachwelt. War Eisner ein politischer Scharlatan oder ein verkannter Prophet? War er Bayerns Verderber oder Erneuerer; machtlüsterner, „fremdrassiger“ Demagoge oder edler Idealist? Die Anschauungen gehen weit auseinander, wobei die Protagonisten eines negativen Eisnerbildes bei weitem überwiegen⁴¹⁰. Obwohl eine erschöpfende Behandlung dieser Fragen im vorliegenden Kontext unmöglich ist, soll zumindest der Versuch unternommen werden, kurz auf einige der wesentlichen Probleme des Eisner-Regimes einzugehen.

Eisner wurde am 14. Mai 1867 als Sohn eines Militäreffektenfabrikanten in Berlin geboren⁴¹¹. Er absolvierte das Gymnasium, studierte einige Semester Philosophie und Germanistik an der Berliner Universität, beendete eine begonnene Doktorarbeit über Achim von Arnim aber nicht, sondern wandte sich der Journalistik zu. Von 1889 an arbeitete er für verschiedene Zeitungen, so für die *Frankfurter Zeitung*, die *Hessische Landeszeitung*, den *Vorwärts* – aus dem er nach einem Konflikt mit der SPD-Führung und der „historisch-ökonomisch“ eingestellten Parteirichtung als „ethisch-ästhetischer“ Redakteur 1905 mit vier anderen Kollegen, darunter Gradnauer, ausschied. Er ging dann zur *Fränkischen Tagespost* in Nürnberg und siedelte 1910 nach München über, wo er Mitarbeiter der *Münchner Post* wurde. Dazwischen arbeitete er als freier Schriftsteller und widmete sich daneben, angeregt durch seine Freundschaft mit dem Marburger Neukantianer Hermann Cohen, der Philosophie Kants und Fichtes⁴¹². Seine philosophischen Studien beeinflussten auch sein politisches Denken. So brachten ihn die Kant-Studien offenbar zu der Überzeugung, daß der Sozialismus eine politische Notwendigkeit sei, was ihn zu dem Versuch bewog, „die Synthese Marx–Hegel in die Verbindung Marx–

Diktatur. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954, 574; und *Gerhard Ritter*, Staatskunst und Kriegshandwerk, 4. Band: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918, München 1968, 572. Zur Tatsache, daß diese Legende schon vor einem halben Jahrhundert widerlegt worden ist, erst von Eisner selbst, dann durch dessen zweite Frau, siehe *Franz Schade*, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie, Hannover 1961, 104, Anm. 199. Daß sich auch die Münchener Polizei im Herbst 1919 vergeblich darum bemüht hat, vom Münchener Beobachter darüber Auskunft zu erhalten, mit welcher Begründung das Blatt den Namen Salomon Kosmanowsky (mit y) für Eisner aufrechterhielt, geht aus Eisners Polizeiakte hervor: Library of Congress, Rehse Collection, Mappe 422, Akte Eisner, Blatt 121; hiernach zit. als: L. of C., Rehse, Mappe . . ., Akte . . ., Blatt . . .

⁴¹⁰ Siehe unten, S. 248 f.

⁴¹¹ Falls nicht anders vermerkt, stützt sich die folgende Zusammenfassung von Eisners Herkunft usw. auf die folgenden Werke: *Mitchell*, op. cit., 35–74; *Schade*, op. cit., 26–30, 51 und passim; *Osteroth*, op. cit., 73–74; und *Helmut Neubauer*, München und Moskau 1918/1919. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern, Beiheft 4 der Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, München 1958, 16–17.

⁴¹² *Schade*, op. cit., 27–28; *Harry Schulze-Wilde*, Ein Toter auf Urlaub. Kurt Eisner (1867–1919), in: *Der Monat*, XIX, Heft 221 (Februar 1967), 28–29. Beide geben einen kurzen Überblick über sein Schrifttum.

Kant aufzulösen“⁴¹³. Eisners politische Vorbilder waren Wilhelm Liebknecht und der französische Sozialist Jean Jaurès. Eisner, der ursprünglich dem revisionistischen Flügel der SPD nahestand und der 1914 noch von Rußlands Schuld am Kriegsausbruch überzeugt war und deshalb die Kriegskredite bejahte, neigte im Laufe des Krieges immer mehr nach links. Bei der Parteispaltung 1916–1917 schloß er sich der USPD an und wurde deren Vorsitzender in München. Daß er, der geborene Berliner, den Aufenthalt in Bayern dem in Norddeutschland vorzog, lag an seinem, seit der Jahrhundertwende immer stärker anwachsenden Antagonismus zum preußisch-monarchistischen Obrigkeitsstaat. Bereits 1897–1898 hatte er wegen Majestätsbeleidigung eine neunmonatige Haft verbüßt. Während des Krieges wanderte er wieder ins Gefängnis, diesmal in Bayern, da er sich im Januar 1918 führend an dem weitverbreiteten Proteststreik gegen den Krieg beteiligt hatte. Als er im September 1918 wieder freigelassen wurde, verspürte er bereits die Vorwehen des politischen und militärischen Verfalls und stürzte sich in die Propagandaarbeit, um die erwartete Revolution vorzubereiten.

Die Stimmung in Bayern, die Eisner bei seiner Entlassung vorfand, war gedrückt. Das lag an einer Reihe von Gründen – verfassungspolitischen, wirtschaftspolitischen und situationsgebundenen. Die Sozialdemokratie war verbittert darüber, daß sich der Übergang zu einem rein parlamentarischen System nicht vollzogen hatte und daß wiederholte Versuche, Verfassungsreformen durchzuführen, vergeblich geblieben waren. Die Bauern beklagten sich über den Ablieferungszwang und über ihre Überforderung durch die wirtschaftlichen Zentralbehörden in Berlin, die überhaupt einen immer stärker werdenden Druck ausübten. Dazu kamen ganz allgemein antipreußische Gefühle, Zorn auf den Kaiser, Mißtrauen gegenüber der militärischen Führung, speziell der Obersten Heeresleitung und, nach dem Zusammenbruch Österreichs, die Sorge, daß Bayern Kriegsschauplatz werden könnte. All diese Symptome zunehmender Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung trugen auch zu der schon seit Monaten schwindenden Volkstümlichkeit des „Berlin-hörigen“ Königs Ludwig bei. Dabei war die Stimmung in Bayern weder ausgesprochen antimonarchisch noch prorepublikanisch. Der König, nicht die Monarchie selbst, wurde zur Zielscheibe bayerischen Mißmuts. Bayern war im Herbst 1918 unzufrieden, revolutionär war es noch nicht. Das sollte es erst werden, als die Nachricht von den Marinemeutereien in Kiel der Bevölkerung den nahenden Zusammenbruch anzeigte und sie dadurch für jegliche Revolutionspropaganda empfänglich machte⁴¹⁴.

⁴¹³ *Neubauer*, op. cit., 16; siehe auch *Schade*, op. cit., 28; *Mitchell*, op. cit., 41; *Alfred Werner*, Kurt Eisner, in: *Der Zuschauer. Offene Tribüne für alle Probleme der Zeit*, Nr. 2 (Wien, Februar 1934), 35.

⁴¹⁴ *Mitchell*, op. cit., 21–33; *Schade*, op. cit., 52–55; etwas abweichend, *Werner Gabriel Zimmermann*, *Bayern und das Reich 1918–1923. Der bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion*, München 1953, 16–27.

Der Gang der Ereignisse, wie sie sich am Abend des 7. November 1918 in München abspielten, ist hinreichend bekannt und bedarf keiner erneuten Darstellung⁴¹⁵. Mit dem Instinkt des erfahrenen Journalisten hatte Eisner die politische Stimmung in Bayern erfaßt und handelte demgemäß. Sein berühmter Marsch, der von der Theresienwiese aus, wo er seinen sozialdemokratischen Rivalen Erhard Auer überspielte, in die Stadt führte, ging kampf- und reibungslos vonstatten. Die vollkommen überraschten königlichen Behörden und das Militär standen den Ereignissen unvorbereitet gegenüber und leisteten keinen Widerstand. Die reibungslose Machtübernahme kann aber nur teilweise auf die spontane Reaktion der Bevölkerung zurückgeführt werden. Es besteht heute kaum noch ein Zweifel darüber, daß die Revolution in großen Zügen von Eisner geplant und vorbereitet worden war. Den Tag der Revolution hatte er festgesetzt, und er führte sein Vorhaben fast fahrplanmäßig aus. Schon am Abend des 4. November, als die ersten Nachrichten der Kieler Ereignisse nach München drangen und Gerüchte umgingen, die Regierung würde zur nationalen Verteidigung aufrufen, sagte Eisner auf einer sozialistischen Versammlung im Mathäerbräu, daß man die Regierung im Falle eines solchen Aufrufs eben stürzen müsse⁴¹⁶. Am folgenden Abend, während einer spontanen Versammlung auf der Theresienwiese, versprach Eisner einer aufgeregten Menge, die in die Stadt ziehen wollte: „Nur noch kurze Zeit. Ich setze meinen Kopf zum Pfande, ehe 48 Stunden verstreichen, steht München auf!“⁴¹⁷ Auch Außenstehenden waren Absicht und sogar Termin der geplanten Revolution vor ihrem Ausbruch bekannt⁴¹⁸. Triumphierend rief Eisner am 8. November während seiner Antrittsrede vor dem provisorischen Bayerischen Nationalrat den Abgeordneten zu: „Meine Herren! Wir haben in den letzten Tagen gezeigt, wie man Geschichte macht, wie man Tatsachen revolutionär für alle Zukunft schafft... Es war ein Stück Überraschungsstrategie, mit der wir das alte Bayern aus den Angeln gehoben haben. Nie-

⁴¹⁵ Neben *Mitchell*, op. cit., 92–103, und *Schade*, op. cit., 56–61, auch *Oskar Maria Graf*, *Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis aus diesem Jahrzehnt*, München, 1927, 549–556; *Wilhelm Herzog*, *Menschen, denen ich begegnete*, Bern und München 1959, 61–66; und *Karl Alexander von Müller*, *Mars und Venus. Erinnerungen 1914–1919*, Stuttgart 1954, 264–272.

⁴¹⁶ *Schade*, op. cit., 55.

⁴¹⁷ AaO; siehe auch Eisners Rede vom 30. November 1918 vor den bayerischen Soldatenräten, Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919. Beilagenband (Beilagen 1–100), Beilage 2, Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der bayerischen Soldatenräte vom 30. November bis 3. Dezember 1918, München o. J., 18, hiernach zit. als *Verh. d. prov. Nationalrates*, Beilage II.

⁴¹⁸ v. *Müller*, *Mars und Venus*, 264; *Philipp Löwenfeld*, *Memoiren*, 208–210, 212, 214; unveröffentlichtes Buchmanuskript, deponiert im Leo Baeck Institute, New York.

mand hat vor zwei Tagen noch dergleichen für möglich gehalten.“⁴¹⁹ Und am 25. November berichtete er dem Berliner Vollzugsrat:

„Sie wissen, daß wir in München mit der Revolution vorangegangen sind. Die Revolution ist bei uns entstanden im Kampf mit den Mehrheitssozialisten. Es war [von der SPD] geplant, einen friedlichen Spaziergang von der Theresienwiese nach dem Friedensengel zu unternehmen. Alles war vorbereitet. Trotzdem wir [d. h. Eisners USPD-Anhänger und die dem linken Flügel des bayerischen Bauernbundes angehörigen und von den Brüdern Ludwig und Karl Gandorfer geführten Bauern] in der großen Minderheit waren, gelang es uns, die Hunderttausende *nach einem vorbereiteten Plan* mitzureißen.“⁴²⁰

So prahlerisch das auch klingen mag, Eisner hatte in der Sache dennoch nicht unrecht. Sein Husarenstreich, durch den der Wittelsbacher Dynastie ein Ende gemacht wurde, führte binnen 48 Stunden zur Abdankung der Fürsten von insgesamt 23 deutschen Dynastien, einschließlich der der Hohenzollern, und ebnete so den Weg zur deutschen Republik⁴²¹.

Während seines etwas über hundert Tage dauernden Regimes widmete sich Eisner mit ungeheurer Energie der Aufgabe, den neuen „Volksstaat“ Bayern innerlich umzugestalten, ihn zu festigen und nach außen hin zu sichern. Am 8. November wurde, gemeinsam mit Auers Sozialdemokraten, eine neue Regierung gebildet, in der Eisner das Präsidium und das Außenministerium übernahm, Auer das Innenministerium und Dr. Edgar Jaffé das Finanzministerium⁴²². Am selben Tage trat als vorläufiges Parlament ein provisorischer Nationalrat des Volksstaates Bayern zusammen, der sich aus 50 Delegierten der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, 39 Vertretern der früheren Landtagsfraktion, 14 Gewerkschaftsvertretern und 53 Vertretern von 29, meist berufsständischen Gruppen, zusammensetzte⁴²³. Die endgültige Form der parlamentarischen Vertretung Bayerns blieb einer konstituierenden National-

⁴¹⁹ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. I, 1.

⁴²⁰ Freiheit, I, Nr. 21 (26. November 1918); Hervorhebungen vom Verfasser. Ähnlich Eisners Rede vor den bayerischen Soldatenräten am 30. November 1918, Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage II, 53: „Ach, die Revolution ist nicht gewachsen, die ist gemacht worden (Lebhafter Beifall)“; aber vgl. dazu: „So haben wir nicht eine Revolution gemacht, die organisiert war, im Gegenteil, es war eine Revolution, die zwar in allen Einzelheiten vorbedacht, aber ohne die bisherigen Formen der organisatorischen Arbeit geleistet war“; Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919. Beilagenband (Beilagen 1 bis 100), Beilage 3, Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der bayerischen Arbeiterräte am 9. und 10. Dezember 1918, München o. J., 130; hiernach zit. als Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage III.

⁴²¹ Schade, op. cit., 64, 137 und Anm. 169; Tormin, op. cit., 65; Rosenberg, op. cit., 244.

⁴²² Die vollständige Ministerliste befindet sich in Horkenbach, op. cit., 30; Mitchell, op. cit., 106. Über Jaffé, siehe Moritz J. Bonn, So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953, 182–183, 190–191, 193; Schwend, op. cit., 579; Mitchell, op. cit., 172–173 und passim; Löwenfeld, op. cit., 209, 221, 320–321.

⁴²³ Neubauer, op. cit., 15.

versammlung vorbehalten, deren Einberufung Eisner am 8. November versprochen hatte und die so „schnell wie möglich“ zusammentreten sollte⁴²⁴. Dieses Versprechen qualifizierte er jedoch schon am gleichen Tage, indem er vor dem provisorischen Nationalrat ausführte, daß die Nationalversammlung „in Zeiten ruhiger Entwicklung“ zusammentreten werde und daß inzwischen die Regierung dem Nationalrat verantwortlich sei⁴²⁵.

Im großen und ganzen stießen Eisners Ausführungen im Nationalrat und im Lande selbst zunächst auf scheinbar völlige Zustimmung⁴²⁶. Sein Versprechen, eine Volksregierung zu schaffen, „die von dem Vertrauen der breiten Masse der Bevölkerung getragen“ werden müsse, sowie auch die vom Präsidenten des Nationalrats, Franz Schmitt, verlesene Proklamation, die von der demokratischen und sozialen Republik Bayern sprach, strengste Ordnung und friedliche Entwicklung als Ziele setzte, Sicherung des Eigentums hervorhob und soziale Fürsorge versprach, fanden einen allgemein günstigen Widerhall⁴²⁷. Es schien, als begrüße das im Grunde monarchistisch-klerikal gesinnte bayerische Volk die Eisnersche Revolution. Daß es sich so keineswegs verhielt, sondern nur eine Augenblicksreaktion der vom Kriege schwer heimgesuchten Bevölkerung war, sollte Eisner nur zu bald erfahren.

Liest man die Fülle von Verordnungen, die damals von Eisner an die Bevölkerung Bayerns gerichtet wurden, sowie die Proklamationen und Noten an die Alliierten und die deutsche Reichsregierung, dann gewinnt man einen Einblick in die fieberhafte Tätigkeit, die er vom Ausbruch der Revolution an bis zu seinem Tode entfaltete⁴²⁸. Die von ihm so bezeichnete „neue Zeit“ in Bayern, die er ersehnte und ungeduldig herbeizuführen trachtete, sollte einen demokratisch-sozialistischen Staat hervorbringen, der in seiner Basis weder bürgerlich noch bolschewistisch war, sondern „unmittelbar aus dem Ganzen des revolutionären Volkes“ entsprang⁴²⁹. Im Reiche selbst wollte er Bayerns Selbstbestimmungsrecht weitgehend bewahren und bekämpfte deshalb die unitarischen Verfassungspläne von Hugo Preuß heftig und erfolgreich⁴³⁰.

⁴²⁴ Aufruf Kurt Eisners vom 8. November 1918, in: Ursachen und Folgen, III, 104–105.

⁴²⁵ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 1, 2. Am 11. November stellte Eisner dann auf einer Ministerratssitzung ausdrücklich fest, daß sich die Revolutionsregierung dem improvisierten Parlament gegenüber nicht verantwortlich fühle; *Schade*, op. cit., 135, Anm. 148.

⁴²⁶ *Mitchell*, op. cit., 107, 109; *Schade*, op. cit., 64.

⁴²⁷ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 1, 2, 4.

⁴²⁸ Siehe dazu *Franz August Schmitt*, Die Neue Zeit in Bayern, München 1919, 8–63, passim; L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Eisner, Bl. 55–64, passim; 163, 181 und passim.

⁴²⁹ *Schade*, op. cit., 90.

⁴³⁰ Die weitverbreitete Verdächtigung, Eisner habe sich mit separatistischen Plänen getragen, wie sie erst jüngst wieder in der Literatur aufgetaucht ist (*Neubauer*, op. cit., 15), muß als haltlos zurückgewiesen werden. Separatist war Eisner nie. Separatistische Umtriebe gab es in Bayern allerdings kurz vor der Revolution im Lager

Vom Ausland erhoffte er – vergeblich, wie sich herausstellen sollte – eine Abmilderung der Waffenstillstandsbedingungen, indem er Bayern der Entente gegenüber als den einzigen echt demokratischen Verhandlungspartner in Deutschland hinstellte. Dies versuchte er zu belegen, indem er Dokumente aus den bayerischen Archiven veröffentlichte, die die Schuld der deutschen Regierung am Ausbruch des Weltkrieges beweisen sollten⁴³¹.

Es wurde Eisner zum Verhängnis, daß er mit seinen innenpolitischen Plänen sehr bald den Widerstand linksradikaler, sowie auch gemäßigter und konservativer politischer Kreise herausforderte. Die brennendste Frage war dabei – wie auch zunächst in Berlin – die Stellung und Aufgabe der Räte im neuen Staat, ein Problem, das eng mit der versprochenen Wahl zur bayerischen Nationalversammlung verknüpft war⁴³². Was Eisner vorschwebte, war eine zweigleisige Staatsform, d. h. die Schaffung eines vom Volke gewählten Landesparlamentes mit den Räten als beratendem Nebenparlament. Während er die gesetzgebende Funktion der künftigen Nationalversammlung vorbehielt, wollte er gleichzeitig das Selbstbewußtsein der Räte stärken und ihnen bei der inneren Festigung der neuen republikanischen Staatsordnung Bayerns eine positive Aufgabe zuweisen⁴³³. Diese Gedanken hatte er bereits in dem am 15. November veröffentlichten Regierungsprogramm zum Ausdruck zu bringen versucht, aber in einer verschwommenen und vieldeutigen Verklausulierung, die jegliche Deutung zuließ⁴³⁴. Schon Ende November stieß sein Konzept der Räte als „Nebenparlament“ auf die Opposition linksradikaler, sozialdemokratischer und bürgerlicher Kreise⁴³⁵. Die Linksradi-kalen, d. h. zunächst der kleine, am 8. November gegründete Revolutionäre Arbeiterrat, dem Gustav Landauer und Erich Mühsam angehörten⁴³⁶, später

des klerikalen und königstreuen Zentrums (*Landsberg*, Der Rat der Volksbeauftragten, in: Friedrich Ebert und seine Zeit, 198–199 und *Löwenfeld*, op. cit., 227). Löwenfeld zufolge hat Eisner von diesen Bestrebungen gewußt und deshalb die SPD aufgefordert, an der geplanten Kundgebung vom 7. November auf der Theresienwiese teilzunehmen, um die Einheit des Reiches gegen den drohenden Separatismus zu verteidigen. Die SPD habe eingewilligt, wollte aber bei der Kundgebung vor allem die Parlamentarisierung und Demokratisierung betonen (*Löwenfeld*, op. cit., 227). Siehe auch Eisners Bemerkung vom 30. November 1918: „Ich sehe die Erneuerung Deutschlands in der Kraftentfaltung der Glieder, aber nicht in der Lostrennung der Glieder“; Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage II, 22. Eine kurze Literaturangabe zu diesem Punkt enthält *Schade*, op. cit., 146–147, Anm. 53.

⁴³¹ Siehe unten, S. 245 f.

⁴³² In Bayern war diese Wahl im Januar 1919 praktisch mit den Wahlen zum bayerischen Landtag identisch.

⁴³³ *Kolb*, op. cit., 332; *Oertzen*, op. cit., 199; *Schade*, op. cit., 74–76.

⁴³⁴ Das Programm ist abgedruckt in: Ursachen und Folgen, III, 107–111; siehe besonders 109.

⁴³⁵ *Neubauer*, op. cit., 20.

⁴³⁶ *Erich Mühsam*, Von Eisner bis Leviné. Die Entstehung der bayerischen Räte-republik. Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutionsereignisse in München vom 7. Nov[ember]. 1918 bis zum 13. April 1919, Berlin 1929, 12–13.

auch die von Max Levien⁴³⁷ am 11. Dezember gegründete Münchener Ortsgruppe des Spartakusbundes, versuchten eifrig, auf die Rätebewegung Einfluß zu gewinnen, um eine Räteregierung nach russischem Muster zu errichten. Diese Idee fand aber weder im provisorischen Nationalrat noch bei Eisner Anklang⁴³⁸. Durch die Agitation der Kommunisten in den Betrieben, und besonders unter den Soldaten⁴³⁹, sowie deren fortwährende Ausfälle gegen die SPD und die sozialdemokratischen Minister rückten die Sozialdemokraten ständig weiter nach rechts, bis sie, gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien, eine baldige Wahl zur Nationalversammlung forderten⁴⁴⁰.

In dieser Hinsicht war nun Eisner durch sein öffentliches Versprechen vom 8. November gebunden. Einerseits mißtraute er den Linksradi kalen, wollte auf ihre Unterstützung jedoch nicht verzichten, andererseits stand er der SPD zusehends kühler und den bürgerlichen Parteien, die ihn in ihrer Presse

⁴³⁷ Max Levien (auch Levin oder Lewin oder Lewien geschrieben) ist seit der bayerischen Revolutionszeit in der Literatur stets als Jude bezeichnet worden. Selbst der sonst so zuverlässige *Schade* nennt ihn den „Sohn eines jüdischen Kaufmanns“ (op. cit., 155, Anm. 124). Dafür, daß Levien weder Jude noch jüdischer Abstammung war, gibt es zwei voneinander unabhängige Quellen: erstens *Immanuel Birnbaum*, Juden in der Münchener Räterepublik, in: *Hans Lamm* (Hrsg.), Von Juden in München, München 1958, 301; und zweitens *John Raatjes*, The Role of Communism during the Munich Revolutionary Period, November 1918–May 1919, unveröffentlichte Ph. D. Dissertation der University of Illinois, Urbana 1958, 60 und Anm. 71. Raatjes, der seine Information am 15. Juli 1957 in Paris von dem ehemaligen kommunistischen Funktionär Erich Wollenberg erhalten hat, schreibt, daß Leviens Vorfahren französische Hugenotten waren, deren Namen ursprünglich wohl Lavigne gewesen ist und der in Levien abgeändert wurde, als die Familie nach Deutschland einwanderte. Leviens Vater, Johann Ludwig Levien, sei Lutheraner gewesen, und die Mutter, Katherina (!) geb. Kondratiewa, griechisch-orthodox. Wollenberg traf Levien in den zwanziger Jahren in Moskau, wo beide gute Freunde wurden. Auch die Münchner Polizei, die im allgemeinen fast stets die Konfession in die Akten eintrug, besonders wenn es sich um einen Juden handelte, hat nur die folgende Eintragung über Levien: „Levien Max, led. Student philol., geb. 21. V. 1885 in Moskau, Eltern: Ludwig und Katarina L., geb. Kondratiewa, Staatsangeh. Mecklenburg, wohnt Barerstraße 67/IV“; L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 128. *Löwenfeld*, op. cit., 313, schreibt ebenfalls, daß Levien kein Jude war.

⁴³⁸ Trotz der vor und nach seinem Tode ständig wiederholten Behauptung, Eisner sei Bolschewist gewesen, war Eisners Haltung in diesem Punkte ganz unzweideutig. Er hat den Bolschewismus als Staatsform stets abgelehnt, wenn er auch während seines Regimes den Spartakusleuten, später Kommunisten, zumeist recht tolerant gegenüberstand. Siehe zu dieser Frage seinen schon im Dezember 1917 geschriebenen Aufsatz, Die Bolschewiki und die deutsche Sozialdemokratie in: *Die neue Zeit*, Zweite Folge, München 1919, 47–55; ebenfalls *Verh. d. prov. Nationalrates*, Beilage II, 54–55; *Bernstein*, Die Deutsche Revolution, 71; *Neubauer*, op. cit., 19–28 und passim; *Freiheit*, I, Nr. 52 (13. Dezember 1918); und überspitzt, aus kommunistischer Sicht, *Hans Beyer*, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin [Ost] 1957, 12–19.

⁴³⁹ *Kolb*, op. cit., 333 und Anm. 4.

⁴⁴⁰ Am besten *Mitchell*, op. cit., 143 ff.; *Neubauer*, op. cit., 19–31.

scharf angriffen, ausgesprochen feindselig gegenüber. Er äußerte sich zur Einberufung einer Nationalversammlung deshalb merklich zögernder, und bestand immer nachdrücklicher auf einem starken Räteystem als kontrollierendem Nebenparlament. Eisners Haltung wurde hierbei teilweise durch die abnehmende Unterstützung des Rätegedankens in Berlin und anderen Teilen des Reiches beeinflusst⁴⁴¹. Sogar nach der Verkündung des 12. Januar 1919 als Wahltermin – dieser Entschluß wurde Eisner von seinen sozialdemokratischen Kollegen im Kabinett am 5. Dezember abgerungen – blieben seine öffentlichen Erklärungen in dieser Sache schwankend und zweideutig⁴⁴². Seine Formel, „Parlament *und* Räte“, befriedigte weder die Rechte noch die Linke. Am 9. Dezember sagte er auf einer Sitzung der bayerischen Arbeiterräte:

„Die Arbeiterräte sollen die Parlamente der körperlichen und auch geistigen Arbeiter sein, und wenn man demgegenüber erklärt, daß die Nationalversammlung, der Landtag, diese Arbeiterräte entbehrlich machen würde, so behaupte ich: Umgekehrt, es wäre noch eher die Nationalversammlung entbehrlich als die Arbeiterräte . . .

Die Nationalversammlung ist notwendig und daß sie so rasch kommt, ist gut, weil sie eine Menge abenteuerlicher Vorstellungen beseitigen wird. Welchen Erfolg sie haben wird, steht nicht bei uns.“⁴⁴³

Ein paar Tage später, am 13. Dezember, äußerte er sich in viel positiverer Weise vor dem Nationalrat, in dem die gemäßigten Delegierten weitaus überwogen:

„Die Nationalversammlung muß die oberste, souveräne, gesetzgebende Körperschaft sein, sonst wäre sie ja kein Parlament, kein demokratisches Parlament. Die künftige Nationalversammlung ist die Gesetzgeberin, die souveräne Gesetzgeberin, aber in den Räten liegt die moralische Kraft der Massen. Von hier aus soll der lebendige Geist der Demokratie und des Sozialismus hinüberströmen in das Parlament der Abgeordneten. Erst dann wird dieses Parlament in Harmonie . . . mit den Volksmassen sich entwickeln.“⁴⁴⁴

Am 17. Dezember, nach einer besonders heftigen, gegen ihn gerichteten Pressekampagne, verteidigte er seine Haltung vor demselben Gremium in gereiztem Ton:

„Ich habe mich gar nicht geändert, ich bin ganz eindeutig und klar auf meinem Wege weitergeschritten, und habe nach der Einberufung der Nationalversammlung wie vorher gesagt: die Grundlage bilde nicht der bürgerliche Parlamentaris-

⁴⁴¹ *Tormin*, op. cit., 67. Seine Äußerungen vor der Festsetzung des Wahltermins siehe in Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918/1919. Beilagen-Band (Beilagen 1–100), Beilage 1, Stenographischer Bericht über die Sitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates vom 28. November 1918, München o. J., 2; hiernach zit. als Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage I. Ebenfalls Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage II, 47.

⁴⁴² *Mitchell*, op. cit., 168–175.

⁴⁴³ Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage III, 132; ähnlich auch in seiner Wahlrede vor den Unabhängigen am 12. Dezember 1918, in: *Die neue Zeit*, 29–30.

⁴⁴⁴ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 2, 11.

mus in seiner äußerlichen Formelhaftigkeit, sondern die demokratischen Organisationen. Damit stehe ich und falle ich. Wenn das nicht gelingt, so ist die Revolution umsonst gewesen.“⁴⁴⁵

Und zwei Wochen danach, am 30. Dezember, klang eine kaum verhohlene Drohung durch seine Rede vor dem Nationalrat:

„Lassen Sie uns die Tage [bis zur Wahl] noch arbeiten und wir wollen noch einiges zu leisten versuchen. Man wird uns durch kein Wahlergebnis totschiessen. Wenn wir nicht hier stehen, stehen wir dort unten im Saal . . . und es ist noch die Frage, wo dann der größte Einfluß und die größte Macht ist . . . Die Revolution lebt und bleibt leben, die Demokratie haben wir und der Sozialismus kommt, und je eher sich die Bürger damit abfinden, desto friedlicher und fruchtbarer wird sich diese notwendige Entwicklung vollziehen.“⁴⁴⁶

Die Wahl vom 12. Januar zeigte deutlich, wie sehr Eisner an Sympathien eingebüßt hatte⁴⁴⁷. Seine Partei, die USPD, erhielt nur 2,5 % der abgegebenen Stimmen und mußte sich mit drei Mandaten im zukünftigen Landtag begnügen. Das Wahlergebnis führte sofort zu einer verstärkten Polarisierung der politischen Kräfte. Eisner wurde immer mehr isoliert und seine Regierungstätigkeit gehemmt. In den letzten Wochen seines Regimes, in denen wachsende Arbeitslosigkeit und Lebensmittelknappheit herrschten, geriet er von einer politischen Krise in die andere und vermochte der Situation nicht Herr zu werden. (Der *Simplizissimus* prangerte ihn damals in einer Karikatur als „Kurt der Kleber“ an⁴⁴⁸.) Während die radikalen Elemente unter den Räten, angetrieben von den Kommunisten, Eisner dazu aufforderten, seine sozialdemokratischen Ministerkollegen auszubooten, und gleichzeitig zu Demonstrationen gegen die Regierung aufriefen, distanzierten sich die Sozialdemokraten immer mehr von ihm, und die bürgerliche Presse, die vergeblich seinen Rücktritt gefordert hatte, verdoppelte ihre Angriffe. Eisner aber bemühte sich weiter, einen Weg zwischen den politischen Fronten zu finden. Zwar ging er auf die linksradikalen Forderungen, sein Kabinett in ihrem Sinne umzubilden, nicht ein, unterließ es jedoch auch nicht, den zum 21. Februar einberufenen Landtag im voraus anzugreifen und am Vorabend dieses Tages sogar von einer „zweiten Revolution“ zu sprechen⁴⁴⁹. Somit provozierte er die Linksradikalen, indem er nicht in ihrem Sinne handelte und forderte gleichzeitig die gemäßigten und konservativen Kreise durch aufreizende und zweideutige Reden heraus⁴⁵⁰, die allerdings viel revolutionärer klangen als sie gemeint

⁴⁴⁵ AaO, Nr. 4, 67.

⁴⁴⁶ AaO, Nr. 7, 229.

⁴⁴⁷ Die Landtagswahl war die eigentlich bedeutende und diejenige, gegen die Eisner so oft gesprochen hatte. Am 19. Januar fand dann die Wahl zur deutschen Nationalversammlung statt, deren Resultat in Bayern mit dem der vorangehenden Landtagswahl fast identisch war. Eine gute Analyse dieser Wahlen enthält *Mitchell*, op. cit., 212–230.

⁴⁴⁸ AaO, 209, 230–241; *Neubauer*, op. cit., 32–35.

⁴⁴⁹ *Schade*, op. cit., 84–88; *Tormin*, op. cit., 117; *Mitchell*, op. cit., 226–272.

⁴⁵⁰ *Neubauer*, op. cit., 37.

waren. So verdächtigte man ihn weithin des Doppelspiels und äußerte Zweifel daran, daß er je freiwillig zurücktreten werde⁴⁵¹. Solche Zweifel waren insofern verständlich, als er den Entschluß zu diesem Schritt erst am 20. Februar faßte, am selben Tage also, an dem er vor den Räten von einer „zweiten Revolution“ sprach⁴⁵². Und da sein Entschluß nur dem Kabinett bekannt war, erregte Eisner bis zuletzt durch seine undurchsichtige Haltung allgemeines Mißtrauen.

So, wie er durch seine innenpolitischen Manöver allmählich die Gegnerschaft fast aller politischen Gruppen Bayerns heraufbeschwor, zog ihm seine eigenwillige Außenpolitik die Feindschaft weiter Kreise Deutschlands, einschließlich der Sozialdemokratie, zu. Seine Veröffentlichung (am 23. November 1918) der bayerischen Geheimakten zum Kriegsausbruch, die er mit Hilfe Felix Fechenbachs und ermutigt von Maximilian Harden betrieb, wurde wegen der von Eisner an den Dokumentenauszügen vorgenommenen Kürzungen als eine Entstellung gebrandmarkt und weithin als Landesverrat angesehen. Zwar begrüßten es seine Anhänger, daß er am 26. November die diplomatischen Beziehungen zum deutschen Auswärtigen Amt abbrach, in der breiten Öffentlichkeit Bayerns und des Reiches gewann er aber dadurch wenig Sympathien. Der von ihm zum bayerischen diplomatischen Vertreter in Bern ernannte Professor Friedrich Wilhelm Foerster, der ihn zunächst unterstützt hatte, distanzierte sich Anfang Dezember öffentlich von seiner Innen- und Außenpolitik. Auch auf der am 25. November in Berlin tagenden Reichskonferenz der einzelstaatlichen Ministerpräsidenten, der Eisner als Vertreter Bayerns beiwohnte, wurde ihm seine Außenpolitik zum Vorwurf gemacht. Ein zusätzlicher Sturm der Entrüstung brach los, als Eisner auch auf dem in Bern vom 3. bis 11. Februar 1919 tagenden Internationalen Sozialistenkongreß noch einmal öffentlich auf Deutschlands Kriegsschuld zu sprechen kam. Außerdem wurde er – allerdings völlig zu Unrecht – in der ganzen deutschen Presse scharf angegriffen, weil er sich angeblich gegen die Repatriierung deutscher Kriegsgefangener ausgesprochen habe⁴⁵³.

⁴⁵¹ *Josef Hofmiller*, Revolutionstagebuch 1918/19. Aus den Tagen der Münchner Revolution, Leipzig 1938, 137, 153, und passim; *Oswald Spengler*, Briefe 1913–1936, München 1963, 119, 124–125; siehe auch *Ludwig Thoma*, Ein Leben in Briefen, München 1963, der zwar noch am 1. Januar 1919 über Eisner schrieb (348): „Der Schwarmgeist ist ehrlich, spricht gut, ist überzeugungstreu, hat auch für seine Überzeugung geduldet – aber klug ist anders...“, dann aber am 16. Januar (361) den „verrückten Kaffeehausliteraten Eisner“ hinausgeschmissen sehen will. Ausgeglichenener *Löwenfeld*, op. cit., 274–278.

⁴⁵² *Mitchell*, op. cit., 270–272.

⁴⁵³ Zur Frage der Eisnerschen Außenpolitik kurz, aber anschaulich, siehe *Schade*, op. cit., 67–74, 84 und 163, Anm. 219–221; subjektiver *v. Müller*, Mars und Venus, 287–293; über Hardens Rolle, siehe Ursachen und Folgen, III, 111–113 sowie *Harry F. Young*, Maximilian Harden. Censor Germaniae. The Critic in Opposition from Bismarck to the Rise of Nazism, The Hague 1959, 222–223. Zur Reichskonferenz in Berlin: *Bernstein*, Die deutsche Revolution, 67; *Elben*, op. cit., 109–110; Freiheit,

Eisner verfolgte mit seiner Außenpolitik das an sich lobenswerte Ziel, Bayern der Entente, und zumal Clemenceau gegenüber, als einen Hort des Friedens und des internationalen Verständigungswillens hinzustellen. Aber die Mittel, derer er sich dabei bediente, erregten in der deutschen Öffentlichkeit nur Entrüstung und verfehlten der Entente gegenüber gleichfalls ihre Wirkung. Wie Haase und Bernstein nahm Eisner eine auf internationale Verständigung ausgerichtete Haltung zu den außenpolitischen Fragen jener Wochen ein und war zudem von Deutschlands Schuld am Kriegsausbruch überzeugt. Aber während diese sich darauf beschränken mußten, ihre Gedanken gelegentlich auf Versammlungen vorzubringen, konnte Eisner als Staatschef versuchen, seine außenpolitischen Ziele durch die Aktenpublikationen zu erreichen. Dadurch zog er sich bis über den Tod hinaus den Haß vieler deutscher Zeitgenossen zu.

Dieser Haß wurde mitbestimmt durch den bayerischen Antisemitismus, der schon vor Ausbruch der Revolution stärker spürbar und durch Eisners Politik noch verschärft wurde⁴⁵⁴. Daß ihn der Herausgeber des *Münchener Beobachter*, Rudolf von Sebottendorff, einmal einen „russischen“, dann wieder einen „galizischen Juden“ nannte, ist nicht weiter verwunderlich⁴⁵⁵. Daß aber Dr. Ernst Müller-Meinigen, der sich als einen „demokratischen Linksliberalen“ bezeichnete, auf einer öffentlichen Versammlung aussprechen konnte, „Wir lassen uns nicht von einem Galizier aus Berlin regieren“ (um dem dann später den Kommentar anzufügen, er habe sich seit zwei Jahrzehnten für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Juden eingesetzt), ist ein Zeichen für die Stimmung, die zu jener Zeit gegen Eisner herrschte⁴⁵⁶. Josef Hofmiller, Mitarbeiter von Paul Nikolaus Cossmann, dem Herausgeber der *Süddeutschen Monatshefte*⁴⁵⁷, schrieb am 18. Januar 1919 in sein Tagebuch, Eisner entpuppe „sich immer mehr als Kleber, und verbindet damit die Eigen-

I, Nr. 20 (26. November 1918). Eisners eigene Anschauungen am klarsten in seiner Rede vom 28. November 1918 vor dem Münchener A., S. u. B.Rat, Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage I, 2–5, teilweise abgedruckt in Ursachen und Folgen, III, 113 bis 116. Zu Foerster, Freiheit, I, Nr. 33 (3. Dezember 1918) und Nr. 39 (6. Dezember 1918); unklar und ungenau Foerster selber: *Friedrich Wilhelm Foerster, Erlebte Weltgeschichte 1869–1953*. Memoiren, Nürnberg 1953, 212–214. Zum Internationalen Sozialistenkongreß, Freiheit, II, Nr. 64 (5. Februar 1919); *Ernst Niekisch, Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse*, Köln-Berlin 1958, 49. Zur Reaktion auf Eisners Aktenpublikation, *Hofmiller*, op. cit., 78, 101, 140; *Ernst Müller-Meinigen*, Aus Bayerns schwersten Tagen. Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit, Neue Ausgabe, Berlin und Leipzig 1924, 58–74; viel objektiver, *Löwenfeld*, op. cit., 251–252.

⁴⁵⁴ Zum Antisemitismus in Bayern nach der Revolution siehe unten, S. 297 ff.; vor der Revolution, siehe *Hofmiller*, op. cit., 18, 31, und *Löwenfeld*, op. cit., 214.

⁴⁵⁵ *Rudolf von Sebottendorff*, Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, 2. Aufl., München 1934, 49, 231.

⁴⁵⁶ *Müller-Meinigen*, op. cit., 37, 49; ähnliche Bemerkungen, passim.

⁴⁵⁷ Cossmann war getaufter Jude und ist später in Theresienstadt umgekommen. Siehe *Hermann Sinsheimer*, Paul Nikolaus Cossmann, in: *Lamm*, op. cit., 295–297.

schaft seiner Rasse, sich durch keinen Hinauswurf beleidigt zu fühlen, sondern, wenn man ihn durch die vordere Tür hinausbefördert hat, bei der hinteren den Kopf wieder hereinzustrecken“⁴⁵⁸. Auch Juden urteilten recht scharf. So kommentierte drei Jahre später, 1922, ein Dr. Breslauer im *Mitteilungsblatt des Verbandes Nationaldeutscher Juden*:

„Was Kurt Eisner am deutschen Vaterland im allgemeinen und an Bayern im besonderen gesündigt hat, das wiegt zentnerschwer gegenüber allen Verdiensten, die früheren, jetzigen und späteren jüdischen Ministern zugeschrieben werden können. Sein Gedächtnis ist mit dem Vorwurf des Landesverrats belastet, begangen in der Zeit allerschwerster Heimsuchung des deutschen Volkes, und die Bayern werden in alle Ewigkeit seinen Namen mit den schrecklichsten Tagen in Verbindung bringen, die ihr schönes Land jemals durchgelebt hat.“⁴⁵⁹

Während Eisners Amtszeit als Ministerpräsident machten Juden aus bürgerlichen Kreisen heimlich in München gegen ihn Stimmung. Sie warfen ihm vor, er halte sich als Jude nicht gebührend zurück und exponiere sich zu sehr⁴⁶⁰. Ein Kommerzienrat Mayer wandte sich Anfang November 1918 schriftlich an Eisner und bat ihn, zugunsten Auers zurückzutreten. Diese Zumutung wies Eisner am 12. November scharf zurück:

„Das hätte sich wahrhaftig gelohnt, diese gewaltige Umwälzung zu erkämpfen, wenn der neue Geist darin bestehen wollte, darauf Rücksicht zu nehmen, welcher Herkunft dieser oder jener leitende Mann ist. Ich habe größere Sorgen, als auf solche ‚Taktfragen‘ einer überwundenen Zeit nur einen Augenblick Rücksicht zu nehmen.“⁴⁶¹

Dabei hat Eisner seine Abstammung nie verleugnet. Wilhelm Hausenstein schrieb über ihn, „daß in diesem Mann Vorzug und Tragik des Jüdischen in die letzten Tiefen gingen“⁴⁶², wobei wohl allerdings nicht gemeint ist, daß Eisner der jüdischen Religion oder irgendeiner jüdischen Richtung nahegestanden hätte. In einem unlängst erschienenen Artikel heißt es über ihn:

„Judentum und jüdisches Erbe bedeuteten ihm, der aus der jüdischen Gemeinschaft nie ausschied, wohl so gut wie nichts, und in seinen Schriften findet sich vielleicht kein Wort über die Juden, als der fast zufällige Gedankensplitter: ‚Menschen, die durch die Welt getrieben werden, schleppen entweder allen Kehrlicht mit sich, oder nehmen in ihrer Seele alles Schöne, Große und Gute auf; sie werden entweder ganz niedrig oder ganz erhaben . . . Die Juden, die Weltwanderer der Geschichte, sind ein Beispiel für diese Wahrheit.‘“⁴⁶³

⁴⁵⁸ Hofmiller, op. cit., 136–137.

⁴⁵⁹ Zit. in Bayerischer Kurier, Nr. 166 (20. April 1922), L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Eisner, Bl. 241.

⁴⁶⁰ Löwenfeld, op. cit., 246.

⁴⁶¹ Auszug aus Eisners Antwort, abgedruckt in *Toury*, op. cit., 344; siehe auch L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Eisner, Bl. 194.

⁴⁶² Wilhelm Hausenstein, aus „Erinnerung an Eisner“ (Frühjahr 1919), in: *Lamm*, op. cit., 164.

⁴⁶³ *David Melchior*, Stiefkind der Geschichte? Zum 100. Geburtstag von Kurt Eisner, in: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, XXII, Nr. 7 (12. Mai 1967).

Antisemitische Anfeindungen begleiteten Eisner bis zu seinem Tod. Als er sich am 21. Februar 1919 auf dem Wege zum Landtagsgebäude befand, um dort bei der Eröffnung des im Januar gewählten Parlaments seine Rücktrittserklärung zu verlesen, wurde er von einem jungen Aristokraten, Anton Graf Arco auf Valley, dessen Vorfahren mütterlicherseits jüdischer Abstammung waren, erschossen⁴⁶⁴. Während die Tat in Arbeiterkreisen tiefe Empörung hervorrief und, vorübergehend, die verschiedenen politischen Richtungen im Lager der Linken in aufrichtiger Trauer vereinte, jubelte man in gewissen bürgerlichen Kreisen und brachte dem Mörder Sympathiekundgebungen dar⁴⁶⁵. Ein Redner berichtete am 6. März auf dem Kongreß der bayrischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, während Eisners Beisetzung seien Tänze veranstaltet worden, und fuhr fort:

„Am Abend von Eisners Tod war ein Wohltätigkeitsfest, ein Stück eines Dilettanten . . . wurde gespielt und von Herren und Damen der Gesellschaft aufgeführt. . . . Es wurde außer antisemitischen Ausfällen folgendes improvisiert, d. h. es wurden Dinge gesagt, die nicht in den Rollen standen: ‚Es gibt eine Vorsehung; den Eisner haben sie nun kaputt geschossen!‘ Darauf ein Freudengeheul!!“⁴⁶⁶

Und die *Kreuzzeitung*, kein völkisches Radaublatt, sondern das 1848 begründete Organ der preußischen Konservativen, brachte folgenden „Nachruf“:

„Eisner war einer der übelsten Vertreter des Judentums, die in der deutschen Geschichte der letzten Monate eine so bezeichnende Rolle gespielt haben. In hervorragender Weise vereinigten sich in ihm zwei Eigenschaften seiner Rasse, der geschichtlich begründete Internationalismus – auch Eisner war ja Ausländer von Geburt [!] – und die blutsmäßig begründete Eitelkeit im Gegensatz zur deutschen Sachlichkeit.“⁴⁶⁷

Das war der Ton, der auf Jahrzehnte hinaus Eisners Bild in der deutschen Geschichtsschreibung bestimmt hat. Während der zwanziger und dreißiger Jahre wurde er von den sich mit seiner Regierungszeit befassenden Histori-

⁴⁶⁴ Arco Valleys Mutter, eine geb. Emmi Freiin von Oppenheim, war väterlicherseits jüdischer Abstammung; siehe Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Freiherrlichen Häuser, 1875, Gotha o. J., 523–524, und Genealogisches Handbuch des Adels, hrsg. von Hans Friedrich Ehrenkrook *et. al.*, Gräfliche Häuser A, Band 1 (Band 2 der Gesamtreihe) Glücksburg/Ostsee 1952, 17–18. *Sebottendorff*, *op. cit.*, 82, übertreibt, wenn er ihn als Halbjuden bezeichnet: „Graf Anton Arco auf Valley . . . ist Jüdling und war daher weder von der Thule Gesellschaft noch vom Kampfbunde aufgenommen worden. Er wollte zeigen, daß auch ein Halbjuden eine Tat ausführen könne.“ Über Arco und die Tat selbst siehe auch *Mitchell*, *op. cit.*, 271–272, nebst Anm. 45.

⁴⁶⁵ *Hofmiller*, *op. cit.*, 353 ff., 356. Über die Stimmung unter den Arbeitern, *Graf*, *op. cit.*, 623; *v. Müller*, *Mars und Venus*, 311–312; *Mitchell*, *op. cit.*, 275–276.

⁴⁶⁶ Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. Februar bis 8. März 1919, München o. J., Nr. 6, 134; hiernach zit. als Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. . . . , . . .

⁴⁶⁷ Neue Preußische Zeitung (*Kreuzzeitung*), Nr. 87 (21. Februar 1919).

kern vorwiegend negativ beurteilt⁴⁶⁸. Nur ganz wenige verteidigten ihn, so sein ehemaliger Sekretär und Adjutant, Felix Fechenbach⁴⁶⁹. Selbst zwei so liberal denkende Männer wie Theodor Heuss und Max Weber standen seiner Politik zumindest ablehnend gegenüber⁴⁷⁰. Eine betont kritische Einstellung zu Eisner machte sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der deutschen Historiographie bemerkbar⁴⁷¹. Erst im letzten Jahrzehnt, vor allem in den Studien Schades und Mitchells, wird der Versuch gemacht, Eisner und seiner Politik Verständnis und Objektivität entgegenzubringen⁴⁷². Eine definitive Biographie steht allerdings noch aus.

Versucht man, einen Gesamteindruck von Eisner während der Revolutionszeit zu gewinnen, muß man zwischen dem persönlichen und dem politischen Aspekt unterscheiden. Als Mensch war Eisner Idealist, erfüllt von den besten Absichten, persönlich integer, frei von Machtgelüsten und von einem – ihm oft zu Unrecht vorgeworfenen – Bestreben, sich an der Revolution zu bereichern. Seine politischen Gegner hat er oft allzu großzügig behandelt, und er hat alles in seinen Kräften Stehende getan, um Blutvergießen zu vermeiden, was ihm auch weitgehend gelang. Dazu besaß er den Mut der Überzeugung, die in seiner, von der Kantschen Ethik beeinflussten Anschauung des Sozialismus wurzelte. Verschiedentlich hat man ihm auch das Attribut „edel“ beigelegt⁴⁷³. Nun, ganz so edel war er nicht. Eisners Verhalten seiner ersten Frau, Elisabeth Hendrich-Eisner, und den aus dieser Ehe stammenden fünf Kindern gegenüber war keineswegs einwandfrei⁴⁷⁴. Auch darf nicht unerwähnt

⁴⁶⁸ Siehe dazu, z. B., *Michael Doeberl*, Sozialismus, soziale Revolution, sozialer Volksstaat, München 1920; *Georg Escherich* (Hrsg.), Escherich Hefte, München 1921; Sozialdemokratische Partei in Bayern, Die bayerische Sozialdemokratie vom 8. November 1918 bis 2. Juni 1920, München o. J., sowie die Bücher Hofmillers, Müller-Meinings, Sebottendorffs und anderer, zu zahlreich, um sie hier anzuführen.

⁴⁶⁹ *Felix Fechenbach*, Der Revolutionär Kurt Eisner, Berlin 1929; *Werner*, Kurt Eisner, Der Zuschauer, Nr. 2 (Februar 1934). Ebenfalls objektiv *Rosenberg*, op. cit., 242–244 und passim.

⁴⁷⁰ *Theodor Heuss*, Kurt Eisners Gesammelte Schriften, in: Das literarische Echo (1. März 1920), abgedruckt in: An und über Juden, 54–55. Der kühle Ton beherrscht auch noch Heuss' Erinnerungen: Theodor Heuss, Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963, 234–235. Weber hat ihn einen „Hanswurst des blutigen Karnevals“ genannt; siehe *Julie Meyer-Frank*, Erinnerungen aus meiner Studentenzeit, in: *Lamm*, op. cit., 159.

⁴⁷¹ So *Schwend*, op. cit., 41–57; dagegen bemüht sich *v. Müller*, Mars und Venus, ihn abwägend zu beurteilen (269 ff., passim); *Beyer*, der von der kommunistischen Warte aus schreibt, greift Eisner aus parteipolitischen Gründen an; *Beyer*, op. cit., xiv–xv, 2–43, passim.

⁴⁷² Ebenfalls in *Löwenfeld*, op. cit., passim, und *Harry Schulze-Wilde*, Ein Toter auf Urlaub. Kurt Eisner (1867–1919), in: Der Monat, XIX, Heft 221 (Februar 1967), 28–40 und Heft 222 (März 1967), 41–53.

⁴⁷³ *Melchior*, Stiefkind der Geschichte, op. cit.; *Werner*, Kurt Eisner, op. cit., 34.

⁴⁷⁴ In Eisners Polizeiakte befindet sich die Korrespondenz seiner ersten Frau Elisabeth, geb. Hendrich, mit den Gerichten über ihre Scheidung von Eisner und deren Vorgeschichte. Eisner hat weder seine erste Frau, die seit 1910 getrennt von ihm

bleiben, daß sein Auftreten während der Revolutionswochen oft Spuren von Selbstgefälligkeit und Eitelkeit trug, was namentlich in seinen Reden zum Ausdruck kam, wie auch der von seinen Gegnern gern erwähnte schauspielerische Zug in seinem Wesen ganz unverkennbar war. Aber all das waren menschliche Schwächen, die aufgewogen wurden durch den ehrlichen, aufopfernden Glauben, einer guten Sache zu dienen. Sein Ziel war die Befreiung einer überalterten Gesellschaft von den Übeln der Ausbeutung, Unterdrückung und sozialen Ungerechtigkeit, sein Bestreben, die Menschheit einer lebendig tätigen Demokratie und dem Kantschen Ideal des ewigen Friedens zuzuführen.

Es war sein Verhängnis, daß er an diese Aufgabe zwar mit ehrlicher Überzeugungskraft, aber ohne besondere politische Begabung herantrat. Er habe sich alles viel zu einfach vorgestellt, kommentierte ein Zeitgenosse⁴⁷⁵. Es ist anzunehmen, daß der überraschend glatte Verlauf des Novemberumsturzes in München Eisner in dem Gedanken bestärkte, man benötige zu einer erfolgreichen Revolution nur Mut, Begeisterung und Glauben. Erst der Gang der Ereignisse öffnete ihm langsam die Augen für die Realität der bayerischen Verhältnisse, die notwendigen Konsequenzen daraus zog er jedoch nicht. So scheiterte er als Staatsmann und als Politiker. Zum Teil lag das eben an der allgemeinen Lage, an den äußerst schwierigen Ernährungsverhältnissen, der finanziellen Krise, der Arbeitslosigkeit, kurz, an der „mit politischem Zündstoff geladenen revolutionären Situation“⁴⁷⁶. Aber Eisners politischer Dilettantismus trug ebenfalls zum Mißlingen seiner Pläne bei. Mit der Überzeugung des heilbringenden Propheten glaubte er vergeblich, sich über alle Widerstände und Machtkonstellationen hinwegsetzen zu können, um die von ihm gesteckten hohen Ziele – Wiederherstellung der Menschenrechte, der Menschenwürde, der internationalen Verbrüderung – zu verwirklichen⁴⁷⁷. Bald starr und verkrampft in einer einmal gewählten Richtung verharrend, wie bei der Aktenpublikation zur Kriegsschuldfrage, bald zwischen den politischen Fronten hin und her lavierend, wie in der Frage „Rätesystem und Parlament“, verlor er das Vertrauen der Linken, der Mitte und der Rechten, so daß

lebte, noch die aus dieser Ehe hervorgegangenen fünf Kinder je geldlich unterstützt, und sich in Berlin sogar ein Armenzeugnis ausstellen lassen, um sich dadurch seinen finanziellen Verpflichtungen entziehen zu können. Erst nach Eisners Tod erhielt Elisabeth Eisner eine einmalige Abfindung von 60 000 Mark – von der Familie des Grafen Arco-Valley. Siehe L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Eisner, Bl. 105–107, 208–225. Die Abfindungssumme von 60 000 Mark bestätigt auch *Löwenfeld*, op. cit., 286, wo allerdings nur „Eisners Witwe“ angegeben ist, womit sowohl Frau Elisabeth Hendrich-Eisner als auch seine zweite Frau, Else Belli Eisner, gemeint sein können (übrigens waren beide Nichtjüdinnen). Obwohl das zitierte Material ausschließlich den Gesichtspunkt von Eisners erster Frau wiedergibt, besteht kein Grund, an der Ehrlichkeit ihrer Angaben zu zweifeln.

⁴⁷⁵ *Löwenfeld*, op. cit., 294.

⁴⁷⁶ *Schade*, op. cit., 91.

⁴⁷⁷ Zu Eisners prophetischem Zug siehe *Mitchell*, op. cit., 72–74, 270.

er endlich, hoffnungslos isoliert, fast allein stand. Sein Tod besiegelte nur noch die Niederlage, die er, der „politisierende Philosoph“⁴⁷⁸, im Kampfe um eine „neue Zeit“ in Bayern erlitten hatte.

VI

Obwohl Eisner während seiner letzten Lebenswochen Beschimpfungen und Anfeindungen ausgesetzt war, sein persönlicher Einfluß stark reduziert und er zusehends in eine isolierte Stellung getrieben wurde, war es ihm immerhin gelungen, mit Hilfe seiner Koalitionsregierung die öffentliche Ordnung notdürftig aufrechtzuerhalten und blutige Auseinandersetzungen zu verhindern. Nach seiner Ermordung spitzte sich jedoch die Lage sofort zu. Über Nacht war ein Machtvakuum entstanden, und keiner wußte zunächst, wie und durch wen es gefüllt werden könnte. Sehr schnell zeigte sich, daß die allgemeine Entrüstung über die Mordtat, die man in Arbeiterkreisen durchweg der „reaktionären Bourgeoisie“ zur Last legte, die Massen nach links trieb. Die Bahn schien frei für alle diejenigen Gruppen, denen schon zu Eisners Lebzeiten die Revolution nicht weit genug gegangen war, die also den Parlamentarismus ablehnten und für Bayern einen radikaleren Kurs angestrebt hatten als Eisner. Nun, da er nicht mehr lebte und einem starken Ruck nach links nicht länger im Wege stand, konnte er von den Angehörigen fast aller Richtungen der Münchener Arbeiterschaft, einschließlich der radikalen Gruppen, als Märtyrer der Revolution zu Grabe getragen werden. Aber wenn die Anhänger der SPD, USPD und KPD auch gemeinsam den Mord verdammt und in öffentlichen Versammlungen Rache für Eisner forderten, so bedeutete das keineswegs, daß sie deshalb gewillt waren, sein politisches Konzept von „Parlament *und* Räten“ anzuerkennen und weiterzuführen, oder daß sie sich über Bayerns zukünftigen Weg einigen konnten. Die Folge war zunächst ein schweres Ringen zwi-

⁴⁷⁸ *Schade*, op. cit., 91. Das Dilemma Eisners, wie auch das mancher seiner politischen Kollegen, hat Walter Laqueur unlängst treffend zum Ausdruck gebracht: „Über Intellektuelle in der Politik könnte man sagen, daß es mit ihnen häufig nicht geht, aber ohne sie noch viel weniger. Der Intellektuelle ist der Kolonne voraus . . . Während sie den Blick fest auf den Boden richtet, bemüht er sich, bereits um die nächste Ecke zu schauen. Er ist häufig seiner Zeit voraus, aber seine Prophezeiungen werden nicht immer richtig sein, denn Geschichte ist, was die Menschen aus ihr machen. Der Intellektuelle ist kein Prophet, er mag manche Entwicklungen schärfer sehen als seine Mitmenschen, für andere aber hat er weniger Verständnis. So kann man Maßlosigkeit, den fehlenden Sinn für Realitäten und fehlendes Geschichtsbewußtsein manchen Intellektuellen vorwerfen. Eine solche Kritik läßt aber die positiven Elemente in der Entscheidung der Intellektuellen für die Revolution außer acht: den Einsatz für soziale Gerechtigkeit, für eine friedlichere und harmonischere Welt und all den Idealismus, den die Intellektuellen, die sich der revolutionären Partei anschlossen, mitgebracht haben“; *Walter Laqueur*, *Die Ideologen der Revolution*, in: *Kurt Hoffman* (Hrsg.), *Macht und Ohnmacht der Intellektuellen*, Hamburg 1968, 59–60.

schen den Mehrheitssozialisten, die, teils unter dem Einfluß der politischen Entwicklung außerhalb Bayerns, eine gemäßigte und das Parlament bejahende Richtung anstrebten, und den von Kommunisten, Anarchisten und linken Unabhängigen beeinflussten Kreisen, die eine Rätediktatur errichten und den Landtag völlig ausschalten wollten.

Da Auer durch einen Racheakt kurz nach Eisners Ermordung schwer verwundet worden war und drei von Auers SPD-Kollegen aus München geflohen waren, existierte die alte Regierung praktisch nicht mehr. Zwar amtierten Jaffé und zwei weitere Minister noch, aber sie nahmen ihre Aufgaben nur formell und ohne Machtbefugnisse wahr. Der Landtag war auseinandergegangen, und an sein erneutes Zusammentreten war unter den bestehenden Umständen vorläufig nicht zu denken. So fiel die Aufgabe, eine – zunächst provisorische – Regierung zu bilden, den immerhin weiterbestehenden Räten zu. Am 21. Februar kam es unter Teilnahme von Vertretern der SPD, USPD und KPD zur Bildung eines provisorischen Aktionsausschusses. Man einigte sich darauf, einen neuen Zentralrat zu bilden, der am nächsten Tage bereits zusammentrat und für den 25. Februar einen Rätekongreß einberief. Dieser errichtete am 1. März ein provisorisches Ministerium und tagte bis zum 8. März. Es zeigte sich bald, daß, im Gegensatz zum sich steigernden Radikalismus auf den Straßen, im Rätekongreß selber unter dem programmatischen Schlagwort einer „zweiten Revolution“ eine gemäßigte Richtung die Oberhand gewann. Der Kongreß stimmte am 8. März nach schweren und oft bitteren Debatten einem zwischen SPD, USPD und bürgerlichen Parteien geschlossenen Kompromiß zu, der es dem Landtag ermöglichte, am 17. März zu einer kurzen Tagung zusammenzutreten, eine aus SPD, USPD und Bayerischem Bauernbund bestehende Regierung zu wählen und den vormaligen Kultusminister im Eisnerkabinett, Johannes Hoffmann (SPD), zum Ministerpräsidenten zu bestimmen, sowie seiner Regierung weitgehende Vollmachten zu gewähren. Weniger noch als sein Vorgänger Eisner war Hoffmann aber während seines drei Wochen dauernden Regimes imstande, die fortschreitende politische Polarisierung und Radikalisierung in München aufzuhalten. „Hie Landtag!“ war und blieb die Parole der rechten und gemäßigten Kreise; „hie Räterepublik!“ die der radikalen linken. Letztere wurden dabei durch die Nachricht ermutigt, daß in Ungarn am 20. März von Bela Kun eine Räterepublik ausgerufen worden war, was in München auf der radikalen Seite stürmisch begrüßt wurde. Am 3. April faßte Hoffmann den Entschluß, den Landtag auf den 8. April einzuberufen, um dadurch dem ansteigenden Druck von links entgegenzuwirken. Vorsichtshalber setzte er sich am 4. April mit seinem Kabinett nach Bamberg ab. Bevor er jedoch seinen Entschluß, den Landtag einzuberufen, ausführen konnte, wurde er am 7. April durch die Proklamierung einer bayerischen Räterepublik überrascht. Damit begann die kurze aber schicksalsschwere Periode der bayerischen – vorwiegend Münchener – Räteregierung, die zwar am 1. Mai ihr blutiges Ende fand, deren

Auswirkungen aber jahrzehntelang die bayerische Politik beeinflussen sollten⁴⁷⁹.

Hatte schon der Jude und „Saupreuß“ Eisner mit seinem vorwiegend einheimischen Kabinett⁴⁸⁰ in Bayern viele Gemüter erregt, so verschärfte sich diese Stimmung nach seinem Tode durch das politische Hervortreten mehrerer „landfremder“ Juden noch mehr. Aber es waren nicht ausschließlich antisemitische Argumente, die gegen Landauer, Mühsam, Toller und Genossen ins Feld geführt wurden. Man hielt ihnen auch vor, daß sie politische Laien seien, die ohne Erfahrung in die bayerischen Verhältnisse, für die sie kein echtes Empfinden hätten, eingriffen und dem Land ihre „artfremden Begriffe“ aufzuzwingen versuchten.

Versetzt man sich in die damalige Lage der Bayern, zumal des bayerischen Mittelstandes, und sieht man zunächst von den antisemitischen Beweggründen ab, so waren viele dieser Vorwürfe nicht unberechtigt. Der Kontrast zu Berlin, zum Beispiel, tritt hier deutlich zutage. Dort, wie in anderen Teilen des Reiches, hatte die Revolution viele jüdische Personen in den Vordergrund gerückt, die fast alle seit Jahren politisch tätig gewesen waren, zumeist in den Parteien und im Parlament, einige, soweit sie getauft waren, auch in der Regierung⁴⁸¹. In Bayern selbst war ja auch Eisner kein völliger Neuling in der Politik gewesen, sondern hatte sich schon vor dem Kriege, vorwiegend journalistisch in der SPD und, seit 1917, organisatorisch auch in der USPD betätigt. Mit ganz wenigen Ausnahmen fehlte jedoch seinen Nachfolgern jüdischer Herkunft selbst Eisners beschränkte praktische Erfahrung auf der politischen Bühne. Dazu kam noch, daß auch von ihnen keiner ein gebürtiger Bayer war. Parteipolitische und revolutionäre Erfahrung besaßen nur die beiden geborenen Russen, Leviné und Axelrod. Aber alles, was diese erreichten, als sie in der zweiten Hälfte des April in den Mittelpunkt der Ereignisse traten, war die endgültige Katastrophe.

Unter den Juden, die nach Eisners Ermordung in der bayerischen Politik ihre Aktivität entfalteten, war die bedeutendste und neben Toller menschlich sympathischste Figur Gustav Landauer, der einzige Süddeutsche. Am 7. April 1870 in Karlsruhe geboren, Schriftsteller, Kulturkritiker, Privatge-

⁴⁷⁹ Auf die allgemeine Entwicklung kann hier nicht noch ausführlicher eingegangen werden. Siehe hierzu vor allem *Mitchell*, op. cit., 273–303, und *Kolb*, op. cit., 334–336.

⁴⁸⁰ Der in Hamburg geborene Finanzminister Edgar Jaffé bildete neben Eisner die andere Ausnahme.

⁴⁸¹ Dem muß allerdings hinzugefügt werden, daß die „neuen Männer“, die die Regierungsgeschäfte übernahmen, auf diesem Gebiet ebenfalls Neulinge waren, da ja weder Parteipolitik noch Parlament sie auf die Regierung vorbereitet hatte. Dennoch haben sie, trotz Fehlern und Rückschlägen, diese Probe recht gut bestanden, einschließlich der Intellektuellen unter ihnen. Und hier besteht ein großer Unterschied zwischen Berlin und Bayern: In Berlin waren die jüdischen Teilnehmer an der Revolution zumeist fähige Politiker, auch wenn sie dazu Intellektuelle waren; in München waren die meisten von ihnen prononcierte Intellektuelle und sehr schlechte Politiker.

lehrter, Shakespeareforscher, Freund Martin Bubers, bekannte sich Landauer zu einem auf ethischer Basis beruhenden Sozialismus, der ein stark Proudhonsches Gepräge trug und im krassen Gegensatz zum Marxismus stand. Daher hat Landauer sich stets als Anarchisten bezeichnet. Jedoch bis zum November 1918 hielt er sich in seinen Schriften, besonders dem im Jahre 1911 zuerst veröffentlichten *Aufruf zum Sozialismus*, trotz seiner theoretischen Beschäftigung mit politischen Fragen der Tagespolitik fern⁴⁸².

Den Ausbruch der Revolution hatte er nicht in München miterlebt, da er, an Grippe erkrankt, daheim in Krumbach lag. Erst am Abend des 15. November fühlte er sich stark genug, nach München zu reisen, erlitt aber einen Rückfall und kehrte am 21. wieder nach Hause zurück⁴⁸³. So blieb er bis Anfang Dezember den Ereignissen fern, verfolgte sie aber von seiner schwäbischen Warte aus eifrig und mit offensichtlicher Zufriedenheit. „Ich war täglich mit Kurt Eisner zusammen“, schrieb er am 22. November an seinen Bruder, „und glaube, daß ich auch fernerhin gut mit ihm zusammenarbeiten werde.“⁴⁸⁴ Landauers positive Einstellung zu Eisner dauerte bis Anfang Dezember⁴⁸⁵. Aber schon kurz nach seiner zweiten Reise nach München, am 8. Dezember, äußerte er die ersten Zweifel am Kurs der neuen Regierung. „Eisner . . . tut jetzt manches, um die Parteien und die zu ihnen gehörigen Ministerkollegen zu befriedigen, was ich für falsch halte. Die Einberufung des Landtags hat bei allen Revolutionären, auch bei mir, sehr böses Blut gemacht . . . aber er hielt die Konzession für nötig.“⁴⁸⁶ Am 30. Dezember sprach er sich im provisorischen Nationalrat schon schärfer aus:

⁴⁸² *Martin Buber*, Landauer, in: *Pfade in Utopia*, Heidelberg 1950, 81–99; *Heuss*, Landauers politischer Nachlaß, in: *Das literarische Echo* (15. Juni 1919), abgedruckt in: *An und über Juden*, 56–60; *Kaznelson*, op. cit., 64, 558, 683; *Schade*, op. cit., 142–143; neuerdings auch *Wolf Kalz*, *Gustav Landauer. Kultursozialist und Anarchist*, Meisenheim am Glan 1967, und *Paul Breines*, *The Jew as Revolutionary. The Case of Gustav Landauer*, in: *Year Book XII of the Leo Baeck Institute*, London 1967, 75–84.

⁴⁸³ Landauer an Martin Buber (15. und 22. November 1918), in: *Gustav Landauer, Sein Lebensgang in Briefen*, hrsg. von *Martin Buber*, Frankfurt/Main 1929, II, 298 bis 299, hiernach zit. als *Landauer, Briefe*, II. Eisner muß Landauer kurz nach der revolutionären Erhebung nach München gerufen haben, da dieser am 11. November zurücktelegraphierte, er läge krank im Bett, hoffe aber, bald kommen zu können; siehe *Schade*, op. cit., 143, Anm. 21. Am 14. November schrieb Eisner wieder: „Kommen Sie, sobald es Ihre Gesundheit erlaubt. Was ich von Ihnen möchte, ist, daß Sie durch rednerische Betätigung an der Umbildung der Seelen mitarbeiten“; siehe *Landauer, Briefe*, II, 296, Anm. 1.

⁴⁸⁴ Landauer an Hugo Landauer (22. November 1918), aaO, 302.

⁴⁸⁵ Landauer an Fritz Mauthner (23. November 1918); an Frau Else Eisner (27. November 1918); an Adolf Neumann (28. November 1919); an Auguste Hauschner (30. November 1918); und an Hugo Landauer (2. Dezember 1918), aaO, 305, 320, 324, 326, 329.

⁴⁸⁶ Landauer an (seine Tochter) Charlotte Landauer (8. Dezember 1918), aaO, 332. Dennoch lobte er Eisner noch am 18. Dezember in öffentlicher Rede; *Verh. d. prov. Nationalrates*, Nr. 5, 109–110.

„Ich frage die Regierung, wie lange soll diese sogenannte Pressefreiheit [gemeint ist die Tendenz der bürgerlichen Presse, die Regierung andauernd anzugreifen] noch geduldet werden? (Sehr gut!) Das ist keine Pressefreiheit, das ist Pressemonopol . . . Keine Revolution der Welt, keine revolutionäre Regierung der Welt ist noch je so geduldig, so human gewesen. Wir haben es lange mitangesehen . . . aber es darf nicht zu weit gehen.“⁴⁸⁷

Trotz wachsender Zweifel versuchte er jedoch, Eisner gerecht zu werden. „Mit K[urt] E[isner] bin ich im wesentlichen einig; aber was er tut, ist ja nicht er, sondern die Differenz, die übrig bleibt, wenn er die Feinde der Revolution von sich abzieht.“⁴⁸⁸ Aber langsam wurde sein Unbehagen über den Gang der Entwicklung stärker und Mitte Januar zeigte sich schon ein Anflug von Resignation: „Eisner ist von der Situation und von seiner komplizierten Politik dahin gedrängt worden, die Unpolitischen und Narren unter seinen Freunden, d. h. fast seine einzigen Freunde, zu Feinden zu machen. Was wird daraus werden? Langes, Schweres, Verworren-Wildes.“⁴⁸⁹ Nach den Wahlen vom 12. Januar wurde seine Haltung zusehends kritischer und oppositioneller. „Kurt Eisner hat reinen Geist, reinste Ziele; aber er hat, aus Vorsicht, Klugheit, Humanität und Optimismus, seinen eigenen Weg verlassen und den der Klugheitspolitik gewählt . . . Es rächt sich, daß er so lange Sozialdemokrat gewesen ist . . .“⁴⁹⁰ Dieser Ton der Ernüchterung, ja, der Enttäuschung beherrscht fortan die Korrespondenz Landauers⁴⁹¹. Dennoch sind seine Sympathie und Achtung für Eisner nie versiegt. Als Eisner beerdigt wurde, hielt Landauer dem oft kritisierten Freund die Grabrede⁴⁹².

Landauers Kritik an Eisner war durch seine eigenen Vorstellungen von den Zielen der bayerischen Revolution bedingt. Wie Eisner, war auch Landauer ein Gegner jeglicher Gewalttat, begrüßte den unblutigen Verlauf des Umsturzes in Bayern, erhoffte aber eine völlige Erneuerung der staatlichen und gesellschaftlichen Formen im Sinne des antimarxistischen Sozialismus, den er als die einzig feste Grundlage einer wirklichen Demokratie betrachtete. Einen zentralistischen, auf Macht begründeten Staat verwarf er ebenso wie die alt-hergebrachte Form des Parlamentarismus, und sah vor allem das Rätssystem als eine akzeptable Alternative an⁴⁹³. Von den Räten erhoffte er „die Gliede-

⁴⁸⁷ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 7, 199.

⁴⁸⁸ Landauer an Hermann Croissant (3. Januar 1919), in: *Landauer*, Briefe, II, 348.

⁴⁸⁹ Landauer an Adolf Neumann (12. Januar 1919), aaO, 357.

⁴⁹⁰ Landauer an Margarete Susman (13. Januar 1919), aaO, 359.

⁴⁹¹ Siehe, z. B., Landauer an Charlotte Landauer (16. Januar 1919); an Gustav Mayer (17. Januar 1919); an Hugo Landauer (17. Januar 1919); und an Georg Springer (25. Januar 1919), aaO, 362, 364, 365, 367.

⁴⁹² *Martin Buber*, Erinnerungen an einen Tod, in: *Lamm*, op. cit., 166–167.

⁴⁹³ Einen kurzen Abriß seiner Ideen enthält *Heuss*, Landauers politischer Nachlaß, op. cit., 56–60; Die Ähnlichkeit von Landauers und Bubers Gedanken über den Staat zeigt auf *Ernst Simon*, Nationalismus, Zionismus und der jüdisch-arabische Konflikt in Martin Bubers Theorie und Wirksamkeit, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, IX (1966), 26.

nung des gesamten Volkes in organischen Korporationen . . . die Erneuerung des verrotteten, nichtswürdigen Parlamentarismus, der ab ist, tot ist, der von der Revolution beseitigt ist und der in keiner Gestalt . . . wieder kommen kann“⁴⁹⁴. Zugleich mit dem Parlamentarismus lehnte er aber auch den Kommunismus und die Diktatur des Proletariats kompromißlos ab:

„Ein schwerer Fall sind die Bolschewiki (Spartakusleute): pure Zentralisten wie Robespierre und die Seinen, deren Streben keinen Inhalt hat, sondern nur um die Macht geht: sie arbeiten einem Militärregiment vor, das noch viel scheußlicher wäre als alles, was die Welt vorher gesehen hat. Diktatur des bewaffneten Proletariats, – dann wirklich lieber Napoleon!“⁴⁹⁵

Einige Tage später gab er den gleichen Gedanken vor dem provisorischen Nationalrat Ausdruck:

„Diese Revolution kann keine Parteiherrschaft bringen, und die Leute, die sich Bolschewisten und Spartacusgruppe [!] nennen, wenn die uns nicht bald sagen, *was* sie wollen, *wie* sie die menschliche Gesellschaft, das deutsche Volk organisieren wollen, wenn sie uns nur immer bedeuten, sie wollen die Herrschaft haben – denn nichts anderes steckt hinter der sogenannten Diktatur des Proletariats . . . dann gehören sie in denselben Kessel hinein, in dem die stehen, die nur um die Herrschaft der Parteien kämpfen [also die Bourgeoisie] . . .“⁴⁹⁶

So erstrebte Landauer für Bayern eine demokratisch-sozialistische Gesellschaftsform, die er aber von den korporativ gegliederten Räten getragen sehen wollte, und lehnte Landtag, Nationalversammlung und die Diktatur des Proletariats ab. Am 30. Dezember, wiederum vor dem provisorischen Nationalrat, faßte er seine politischen Anschauungen in die Worte: „Ich bin für unabhängigen, aber ganz unabhängigen Sozialismus . . . für das, was man meinetwegen, wenn man es nur nicht mißdeutet, Anarchismus nennen kann; dafür bin ich eingetreten vom Jahre 1891 bis zu dieser Stunde . . .“⁴⁹⁷

⁴⁹⁴ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 5, 111; siehe dazu auch aaO, Beilage III, 134–138, 187.

⁴⁹⁵ Landauer an Margarete Susman (13. Dezember 1918), in: *Landauer, Briefe*, II, 336; siehe auch an Hugo Landauer (29. Januar 1919), aaO, 370; am klarsten wohl schon im November: „Nicht Diktatur, sondern *Abschaffung des Proletariats* soll die Losung sein“; Landauer an Margarete Susman (23. November 1918), aaO, 308. Hervorhebungen im Original.

⁴⁹⁶ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 5, 112; Hervorhebungen im Original. Zugleich war er aber auch gegen eine Isolierung der Spartakisten, was er Mitte Januar auf einer vom Vollzugsrat einberufenen Versammlung der A. u. S.Räte Münchens zum Ausdruck brachte. Er plädierte dabei für eine geschlossene, einheitliche Front des Sozialismus und der Republik gegen Kapitalismus und Imperialismus unter Führung einer geschlossen vorgehenden Revolutionsregierung. Als sich gegen die Einbeziehung der Spartakisten in diese politische Front lebhafter Widerspruch erhob, antwortete Landauer: „Ich bin kein Freund der Gewalt, aber ein Freund der verfolgten Ehrlichen. Und das sind viele Arbeiter, die zu Spartakus hinfliegen, wie der Schmetterling zum Licht. Bilden wir eine Einheit aller ehrlichen Sozialisten!“ Zit. vom Hrsg. in: *Landauer, Briefe*, II, 361–362, Anm. 1.

⁴⁹⁷ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 7, 235.

Auf nationaler Ebene schwebte Landauer ebenfalls eine Neugliederung vor, wobei seine Idee in manchen Zügen, aber ganz unabhängig von diesem, mit den Vorstellungen von Hugo Preuß übereinstimmte. Schon am 22. November 1918 verließ er seinen Gedanken Ausdruck und wich bis zu seinem Tode nicht von ihnen ab, obwohl er schließlich erkannte, daß ihre Verwirklichung illusorisch bleiben mußte. Seine Vorstellungen gipfelten in der Errichtung einer föderalistischen Staatsform, einem neuen Bund deutscher Republiken:

„Ich bin meiner Lebtag Föderalist gewesen . . . Die Vormachtstellung Preußens hat aufgehört; ich bin überzeugt, daß nicht bloß die ostdeutsch-polnischen, sondern auch die westdeutschen Teile sich von Preußen loslösen und selbständig werden. Daß alle diese Autonomien sich dann – Österreich inbegriffen – miteinander verbünden und einen Bund deutscher Republiken bilden, ist mir sicher; das kann aber nicht der – zentralistische – Anfang der Bewegung, muß vielmehr das – föderalistische – Ergebnis der Bewegung sein.“⁴⁹⁸

Die Entwicklung in Berlin und im Reiche machten diese Hoffnungen zunichte, was Landauer Ende Januar 1919 resigniert zugab:

„Man hätte die Berliner Zentralregierung nie anerkennen dürfen . . . man hätte den Bund der autonomen Republiken gründen müssen. Aber was gehe ich auf Einzelheiten ein! Der ganze Geist der Erneuerung, der zu Selbstbestimmung, Selbstverwaltung neuer Körperschaften und Genossenschaften hätte führen müssen, ist verfliegen!“⁴⁹⁹

In dieser entsagungsvollen, pessimistischen Stimmung erreichte ihn am 21. Februar in Krumbach die Nachricht von Eisners Ermordung⁵⁰⁰. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Landauer sich zwar verschiedentlich als parteiloser Delegierter des von Mühsam begründeten Revolutionären Arbeiterrats⁵⁰¹ an den Verhandlungen des provisorischen Nationalrats und der bayerischen Arbeiterräte beteiligt, war aber sonst politisch im Hintergrund geblieben. Das änderte sich nun. Während der nächsten Wochen widmete er sich sehr aktiv dem Versuch, die politische und wirtschaftliche Lage in Bayern, der durch Eisners Tod eine sehr ernste Krise drohte, zu stabilisieren und auf die Entwicklung Einfluß zu gewinnen. Bereits am 25. Februar, als der vom neugebildeten Zentralrat einberufene Rätekongreß zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, war es Landauer, der sofort nach Ernst Niekischs kurzer Eröffnungsansprache das Wort zur Tagesordnung ergriff, deren Thema, wie er eindringlich forderte, die künftige Verfassung des freien Volksstaates Bayern sein müsse. Die Revolution vom 7. November 1918 sei gehemmt worden und habe nichts erreichen können. Bayern befinde sich nun in der zweiten Revolution.

⁴⁹⁸ Landauer an Leo Kestenberg (22. November 1918), in: *Landauer, Briefe*, II, 300. Dieser Gedankengang taucht immer wieder in seinen Briefen auf; siehe z. B., aaO, 302, 306, 309, 310, 314, 315, 316, 337, 338 und passim.

⁴⁹⁹ Landauer an Hugo Landauer (29. Januar 1919), aaO, 370.

⁵⁰⁰ Er war zum Todestage seiner Frau dorthin gefahren, um den Tag mit seinen Kindern zu verbringen; Landauer an Fritz Mauthner (22. Februar 1919) und an Ludwig Berndl (22. Februar 1919), aaO, 384, 385.

⁵⁰¹ Siehe dazu *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 12–13.

„Jetzt ist es unsere heiligste Aufgabe von diesem Moment an – das ist die beste Rache, die wir für Kurt Eisner nehmen können –, daß wir die Revolution so weiterführen, daß die zunächst beteiligten Menschen, die Armen, Entbehrenden, Entrechteten und Enterbten fühlen und . . . spüren: Jetzt kommt eine neue Zeit, jetzt fängt man an, die Armut abzuschaffen.“

Der Kongreß müsse nun bis zur zukünftigen Regelung der Staatsform Beschluß und Dekret sein, Gesetz für die Republik Bayern: „. . . wir wollen souverain sein für diese Tagung, wir wollen erklären, was künftig aus Bayern werden soll . . . es gibt zur Zeit souveraine Gewalt nirgends als hier in dieser Tagung“⁵⁰².

Die Hoffnungen, die Landauer auf den Kongreß gesetzt hatte, erfüllten sich nicht. Schon während der folgenden Sitzungen befand er sich in der Opposition und blieb es bis zum Ende. Als sich am 27. Februar die Delegierten beim Eintritt in den Kongreßsaal auf Anordnung des Münchener Stadtkommandanten Dürr hin auf Waffen untersuchen lassen mußten, widersetzte sich Landauer wütend dieser Prozedur und rief seinen Kollegen erregt zu: „Ihr wollt eine souveraine Körperschaft sein und laßt Euch von einem Soldaten der Stadtkommandantur untersuchen? Ich bitte, die Würde besser zu wahren. Der Stadtkommandant kann uns den Dreck . . .“⁵⁰³ Seine Geduld wurde am nächsten Tage noch härter auf die Probe gestellt. Zusammen mit Erich Mühsam und dem Kommunisten Max Levien wurde er vorübergehend von Soldaten der Republikanischen Schutztruppe aus dem Kongreßgebäude heraus verhaftet. Alle wurden jedoch fast umgehend wieder freigelassen. Aber trotz dieser, für ihn aufreibenden Zwischenfälle, die seine Skepsis dem Kongreß gegenüber nur bestärken konnte, stimmte er im Laufe desselben Tages dennoch gegen einen von Mühsam eingebrachten Antrag zur sofortigen Ausrufung der Räterepublik in Bayern. Der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt⁵⁰⁴.

Landauers wachsende Enttäuschung über die schleppenden Verhandlungen und die Ziellosigkeit des Kongresses machten ihn gereizt und aggressiv. Als am 1. März eine Liste von Ministern debattiert wurde, sprach er sich sehr negativ über einige der vorgeschlagenen Kandidaten aus und reagierte dann außerordentlich heftig auf einen sozialdemokratischen Antrag, keine Vertreter des Revolutionären Arbeiterrates, dem Landauer angehörte, in den neu zu bildenden Aktionsausschuß zu delegieren:

⁵⁰² Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 1, 1–13.

⁵⁰³ AaO, Nr. 2, 26; *Löwenfeld*, op. cit., 296–297.

⁵⁰⁴ Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 3, 74; *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 31; *Landauer*, Briefe, II, 387, Anm. 2. Landauer hielt den Zeitpunkt zur Ausrufung einer solchen Räterepublik für verfrüht. Mühsam brachte seinen Antrag am 27. Februar ein (Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 2, 45–47). Er wurde dann am nächsten Tage, aber ohne Bezugnahme auf Mühsams Antrag, von Max Levien in ähnlicher Form nochmal eingebracht, nachdem Mühsam wiederum darauf drang, über die sofortige Errichtung einer Räterepublik abzustimmen; siehe aaO, Nr. 3, 64, 72–73.

„Hier redet einer, der sein Recht, unter Ihnen zu wirken, nur daher hat, daß der Revolutionäre Arbeiterrat ihn hierher delegiert hat... Und in diesem Augenblicke geschieht der Antrag, wir sollen von der Mitarbeit ausgeschlossen sein. Genosse Niekisch [der Vorsitzende dieser Sitzung], wollen Sie die Liebeshwürdigkeit haben, mich zur Ordnung zu rufen; denn ich muß jetzt, ich kann nicht anders, etwas sagen, was sehr unparlamentarisch ist: In der ganzen Naturgeschichte kenne ich kein ekelhafteres Lebewesen als die sozialdemokratische Partei.“⁵⁰⁵

Die von ihm kritisierte Ministerliste wurde mit einigen Änderungen angenommen. „Wir haben ein Ministerium der Mittelmäßigkeiten“, schrieb er kurz darauf an seine Verwandten; „aber wenigstens ist es vom Rätekongreß eingesetzt und kann von ihm wieder abgesetzt werden.“⁵⁰⁶ Bis zum Ende des Kongresses blieb er der personifizierte Widerspruch und stritt sich während der Verhandlungen besonders oft und heftig mit den beiden SPD-Abgeordneten Dr. Max Süßheim und Walter Löwenfeld⁵⁰⁷. Wiederholt drang er auf die Bildung eines tatkräftigen und entschlossenen Ministeriums, das zeigen sollte, „daß es jetzt dem Sozialismus zugeht“, und setzte sich sogar für die Festnahme bürgerlicher Geiseln ein⁵⁰⁸. Statt eines solchen Ministeriums kam es aber zu dem schon oben erwähnten Zusammenschluß und der Entscheidung, den Landtag zu einer kurzfristigen Sitzung über die Bildung eines Koalitionsministeriums einzuberufen⁵⁰⁹. Erbittert griff Landauer am 8. März diesen Entschluß des Kongresses an⁵¹⁰; ändern aber konnte er ihn nicht. Wie zu Eisners Zeiten gingen die Ereignisse über ihn hinweg. Am 11. März, also noch vor dem Zusammentritt des Landtags, fuhr er nach Krumbach zurück, wo er bis zum Abend des 24. März blieb⁵¹¹.

Am 25. März war Landauer wieder in München, das er bis zu seinem Tode nicht wieder verlassen sollte. Ausgeruht und erholt stürzte er sich mit voller Kraft erneut auf die Arbeit, hielt Vorträge, und glaubte die aus der Einigungsaktion hervorgegangene Regierung Hoffmann sei nun derart unter Druck gesetzt, „daß sie nun mit dem Sozialismus Ernst machen will“⁵¹². Das tat sie aber durchaus nicht, sondern kündigte gegen den Willen der Räte an, den Landtag zum 8. April wieder einzuberufen, was am 7. April zur Ausrufung der Räterepublik (der ersten, oder „Scheinräterepublik“, wie die Kommunisten sie nannten) führte.

⁵⁰⁵ AaO, Nr. 4, 81, 88–89. *Hans Brandenburg*, Münchener Juden, die ich kannte, in: *Lamm*, op. cit., 196, hat Landauer den „stillste[n] Führer des Arbeiterrates“ genannt. Das war Landauer nicht, wie aus den Verhandlungen hervorgeht.

⁵⁰⁶ Landauer an Adolf, Franziska, Otto und Julius Lachmann (3. März 1919), *Landauer*, Briefe, II, 387.

⁵⁰⁷ Z. B. Sten. Bericht... vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 2, 33–35; Nr. 5, 107, 127, 129, und passim.

⁵⁰⁸ AaO, Nr. 4, 86; Nr. 5, 119, 122.

⁵⁰⁹ Siehe oben, S. 252; dazu *Mitchell*, op. cit., 287–289.

⁵¹⁰ Sten. Bericht... vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 8, 189.

⁵¹¹ Landauer an Fritz Mauthner (11. März 1919), in: *Landauer*, Briefe, II, 390; an Hugo Landauer (24. März 1919), aaO, 406.

⁵¹² Landauer an seine Töchter (26. März 1919), 407; siehe auch 408–411, passim.

Landauers Anteil an dieser Entwicklung bedarf der Klarstellung⁵¹³. Noch Ende Februar hatte er die sofortige Ausrufung einer Räterepublik abgelehnt, obwohl er sie im Prinzip nicht verneinte⁵¹⁴. Einige Wochen darauf, am 20. März, gab er in einem nie abgeschickten Brief seinen Vorstellungen über eine Räterepublik Ausdruck. Im Gegensatz zu jenen, die sich von dieser Staatsform die Diktatur des Proletariats erhofften, neigte Landauer einer Lösung zu, die den Räten nur die allgemeine Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, namentlich auf lokaler Ebene, zubilligen wollte, ohne dabei das Parlament zu ersetzen. Seine Grundkonzeption war jedoch zu diesem Termin noch keineswegs fest geprägt:

„Jeder Lösungsversuch läuft also darauf hinaus: daß die neue Wirtschaft und das neue Gemeinwesen sich nur zusammen ausbilden können. Dies zu lenken ist ein Provisorium berufen, das . . . nicht nach der formalen Mitbestimmung aller, sondern nur nach dem Inhalt und Geist, nach der Richtung des Weges . . . gefragt werden kann. Darin liegt eine ungeheure Gefahr des Mißbrauchs und der Verwirrung . . . Dieser Weg ist nur zu gehen, wenn Männer an der Spitze stehen, die so lauter wie stark sind; dies ist die Ecke, wo jede Revolution in der Gefahr allergrößter Korruption ist. Aber die Menschheit kommt nicht um ihr Schicksal herum, das Gute im Material des Schlechten vorbereiten zu müssen . . . Es gilt also all diese Gefahren zu sehen und doch weiterzugehen: sich zu wagen und sogar andere zu wagen, solange die Revolution lebendig ist. Darum ist es auch ganz in Ordnung, daß alle die, in denen und um die die Revolution nicht lebt, uns für verwegene Verbrecher oder fanatische Narren ansehen müssen.“⁵¹⁵

Das waren theoretische Erwägungen, die zwar weitgehend mit seinen im *Aufruf zum Sozialismus* niedergelegten Gedanken übereinstimmten, in der Praxis aber kaum etwas mit der dann tatsächlich verwirklichten Räterepublik gemein hatten.

Der ursprüngliche Plan zu deren Errichtung entstand nicht in München, sondern am 3. April in Augsburg, und Landauer war daran weder direkt noch indirekt beteiligt⁵¹⁶. Als jedoch das Projekt in der Nacht vom 4. zum 5. April den führenden Männern der Münchener Arbeiterschaft im bayerischen Kriegsministerium vorgelegt wurde, war Landauer anwesend und setzte sich sofort energisch für seine Verwirklichung ein. Er wurde beauftragt, mit Erich Mühsam zusammen ein Manifest zur Proklamierung der neuen Staatsform zu entwerfen, was auch noch in jener Nacht geschah. Dabei bestand

⁵¹³ Wie irreführend ein einziger Satz sein kann, zeigt in diesem Punkt die sonst ausgezeichnete Studie von Kolb, op. cit., 338: „Die mit der KPD eng zusammenarbeitenden Anarchisten Mühsam und Landauer [!] waren die eifrigsten Befürworter der Räterepublik und wollten sie auf eigene Faust ausrufen, wenn die übrigen Parteien sich weigern würden.“ Da Kolb aber auf die näheren Umstände dieses Zwischenfalls überhaupt nicht eingeht, ganz abgesehen von der unzutreffenden Bemerkung, Landauer habe eng mit der KPD zusammengearbeitet, entsteht hier ein völlig verzerrtes Bild.

⁵¹⁴ Siehe oben, S. 258; *Landauer*, Briefe, II, 387, Anm. 2.

⁵¹⁵ Landauer an Hans Cornelius (20. März 1919), aaO, 402–404.

⁵¹⁶ *Niekisch*, op. cit., 64; *Beyer*, op. cit., 69; *Landauer*, Briefe, II, 412–413, Anm. 1.

Landauer darauf, daß „das Provisorische aller Maßnahmen deutlich kenntlich gemacht würde . . . da alle endgültigen Entschließungen und Ämterbesetzungen selbstverständlich den Räten vorbehalten werden müßten“⁵¹⁷. Auf dieser Sitzung wurde auch die Besetzung der Ministerressorts besprochen, und man einigte sich darauf, die Minister nunmehr „Volksbeauftragte“ zu nennen. Niekisch zufolge bewarb sich Landauer um das Ressort für Erziehung und Unterricht, das jetzt die Bezeichnung „Volksaufklärung“ erhielt. Es wurde ihm zugesprochen⁵¹⁸.

Man erwartete noch die Zustimmung der Kommunisten, die an den Besprechungen jener Nacht nicht teilgenommen hatten. Eine Delegation der KPD erschien dann auch zu einer zweiten Nachtsitzung und lehnte, vornehmlich aus Mißtrauen gegen die Sozialdemokraten, durch ihren Sprecher, Eugen Leviné, jegliche Mitarbeit ab⁵¹⁹. Alle Versuche, Leviné umzustimmen, namentlich durch Landauer, Mühsam und Toller, blieben vergeblich⁵²⁰. Landauer befürchtete, auch die SPD, die um Beratungszeit bat, wolle sich von dem Vorhaben zurückziehen, und schlug deshalb vor, wenn nötig, die Räterepublik durch den Revolutionären Arbeiterrat ausrufen zu lassen. Aber die SPD-Delegation bestätigte zunächst, wenn auch zögernd, das ursprüngliche

⁵¹⁷ Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 43, 45. Das ist die Quelle, auf die sich fast alle Studien, besonders die der neuesten Zeit, hauptsächlich stützen. Eine Ausnahme dazu bildet Niekisch, op. cit. Mühsams Erinnerungen müssen jedoch mit Vorsicht aufgenommen werden, da sie mit der Absicht geschrieben wurden, Lenin und die Bolschewiken zu beeindrucken, so daß vieles von dem, was er sagt, gefärbt ist. – Die endgültige Fassung des erwähnten Manifestes, wie es am 7. April veröffentlicht wurde, ist abgedruckt in: Ursachen und Folgen, III, 123–124; unter anderen unterzeichneten Mühsam und Landauer. Beyer, op. cit., 77–78, gibt jedoch nur Niekischs Unterschrift. Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 55, bezeugt, daß er es „auf Verlangen“ mit unterschrieb und glaubt sich auch zu erinnern, daß die endgültige Fassung, allerdings unter Beteiligung anderer, einschließlich Landauers, von Niekisch stammt. So steht es auch in: Ursachen und Folgen, III, 123, Anm. 2 Niekisch, op. cit., 66–67, erwähnt unabhängig von Mühsam, daß Landauer den ursprünglichen Entwurf ausgearbeitet habe, und schreibt dann über die endgültige Fassung, die am 7. April in der Form von Telegrammen an alle Bezirksämter Bayerns ging: „Diese Telegramme liefen mit meiner Namensunterschrift, die ich freilich nie gegeben hatte, ins Land hinaus“ (70).

⁵¹⁸ Niekisch, op. cit., 68. Irrtümlich datiert Niekisch diese Sitzung auf 48 Stunden später, die Nacht vom 6. zum 7. April, und beschreibt die Verhandlungen so, als hätten sie alle in jener zweiten Nacht stattgefunden. Das scheint ein Gedächtnisfehler zu sein; vgl. Beyer, op. cit., 70–71; Mitchell, op. cit., 305; Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 44 ff. – Am Morgen des 7. April sandte Landauer folgendes Telegramm an seine Töchter: „An meinem Geburtstag wird Räterepublik ausgerufen heute ist Nationalfeiertag ich bin Volksbeauftragter für Volksaufklärung, früher Kultusminister“; Landauer, Briefe, II, 412.

⁵¹⁹ Beyer, op. cit., 70–74. Eine gedrängte, aber überzeugende Analyse der Einstellung der KPD findet sich in Kolb, op. cit., 338–339, einschl. Anm. Vgl. dazu Müller-Meinigen, op. cit., 167–169.

⁵²⁰ Niekisch, op. cit., 69; allerdings ist nicht erwiesen, daß Toller anwesend war; siehe unten, S. 283, Anm. 623.

Abkommen⁵²¹, und nach weiteren Beratungen einigte man sich darauf, die Proklamierung um 48 Stunden zu verschieben und inzwischen Abgesandte in die verschiedenen bayerischen Städte zu schicken, die für die geplante Aktion die notwendige Unterstützung gewinnen sollten⁵²².

Nach Ablauf dieser Frist, am Abend des 6. April, fand eine weitere Sitzung der beteiligten Parteien statt. Die SPD war nur schwach vertreten und zog sich im Laufe der Nacht dann auch völlig zurück. So ruhte die Verantwortung für die zu proklamierende Räterepublik in den frühen Morgenstunden des 7. April – Landauers Geburtstag – nur auf der USPD mit ihrem Hauptsprecher Ernst Toller und dem Revolutionären Arbeiterrat, dessen prominenteste Vertreter Landauer und Mühsam waren⁵²³. Trotz der erlittenen Rückschläge ging man an die endgültige Formulierung des Proklamationsstextes. Niekisch berichtet, daß Landauer die Gründung der Räterepublik als Anbruch einer Ära des allgemeinen Friedens und edler Menschlichkeit ansah und gesagt haben soll: „Vier Jahre . . . hindurch befand sich das deutsche Volk im Bluttausch. Sollen wir diesen Bluttausch fortsetzen? Kommt es nicht darauf an, wieder nüchtern, wieder menschlich zu werden“⁵²⁴. Landauer war es auch, auf dessen Vorschlag hin die Ausrufung der Räterepublik durch Glockengeläut im ganzen Land gefeiert wurde⁵²⁵. Durch den Ausfall der SPD mußte nun auch die Ministerliste geändert werden, wobei Landauer jedoch sein, ihm 48 Stunden vorher zugesprochenes Ressort beibehielt. Dann wurde durch Telegramme die Räterepublik im Lande verkündet.

Diese erste Räterepublik bestand nicht ganz eine Woche. Die wenigen Tage genügten jedoch, Landauer zum Todeskandidaten zu stempeln. Am 7. April schrieb er eine Ansichtskarte mit seiner Photographie an Fritz Mauthner, die mit dem fast prophetisch anmutenden Satz schloß: „Läßt man mir ein paar Wochen Zeit, so hoffe ich, etwas zu leisten; aber leicht möglich, daß es nur ein paar Tage sind, und dann war es ein Traum.“⁵²⁶

Daß Landauer in einer Woche nicht viel erreichen konnte, lag auf der Hand. Ganz abgesehen von der sich immer mehr verschlechternden wirtschaftlichen Lage war das neue Staatsgebilde, das weder von der sozialdemokratischen Regierung Hoffmann in Bamberg anerkannt noch von linksradikaler Seite unterstützt wurde, ein politisches Phantom. Selbst im Fall, daß die Kommunisten sich dieser Räterepublik angeschlossen hätten, wäre sie früher oder später von Berlin aus unterdrückt worden⁵²⁷. Aber Landauer ging an die Arbeit, obwohl er sich über den Ernst der Lage keinerlei Illusionen

⁵²¹ Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 48–49.

⁵²² Beyer, op. cit., 75.

⁵²³ AaO, 76–77; Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 52; Kolb, op. cit., 339.

⁵²⁴ Niekisch, op. cit., 70. ⁵²⁵ AaO.

⁵²⁶ Landauer, Briefe, II, 414.

⁵²⁷ Einen klaren und kurzen Abriß dieser Probleme bietet Mitchell, op. cit., 310 bis 318.

machte⁵²⁸. Sein Name erschien unter einer Reihe von Anordnungen und Manifesten, so einem beruhigenden Aufruf an die Münchener Bevölkerung, daß niemand seines Vermögens beraubt werden würde. Der Aufruf wandte sich gleichzeitig gegen antisemitische Ausschreitungen⁵²⁹. Am 9. April richtete er dann ein Schreiben an die Münchner Universität, erklärte sie für den Rest des Semesters geschlossen, und kündigte Reformen an, die auf ihre Sozialisierung hinausliefen⁵³⁰. Und am 12. April forderte er die Beamten seines Ministeriums auf, eine prinzipielle Erklärung abzugeben, daß sie bereit seien, unter völlig veränderten Umständen nach den Grundsätzen der revolutionären Räterepublik mitzuarbeiten⁵³¹.

Damit endete Landauers revolutionäre Tätigkeit. In der Nacht vom 12. zum 13. April erfolgte ein von der Regierung Hoffmann unterstützter, und von der Münchener Republikanischen Schutztruppe unter führender Beteiligung Walter Löwenfelds ausgeführter militärischer Versuch, die Räterepublik zu stürzen⁵³². Diese Gelegenheit benützte Eugen Leviné dazu, die Kommunisten und die mit ihnen sympathisierenden Schichten der Arbeiterschaft zu bewaffnen, den Putsch der Mehrheitssozialdemokraten niederzuschlagen und dann, am 14. April, die zweite, nunmehr kommunistische, Räte-

⁵²⁸ Landauer an seine Töchter (11. April 1919), in: *Landauer*, Briefe, II, 414; siehe auch einen Agentenbericht über eine Rede Landauers während einer Betriebsräteversammlung in der Nacht vom 11. zum 12. April, L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 58–59. – *Niekisch*, op. cit., 73–74, berichtet über eine Unterhaltung mit Landauer vom 9. April, in der sich dieser sehr skeptisch über die Lage der Räterepublik aussprach und Niekischs Vorschlag, mit der Regierung Hoffmann zwecks friedlicher Liquidierung dieses Abenteuers in Verhandlung zu treten, nicht widersprach. Siehe dazu auch *Löwenfeld*, op. cit., 359 (Löwenfeld selber beteiligte sich an den Vermittlungsversuchen auf seiten der Regierung Hoffmann und berichtet, daß sich Landauer und Toller besonders zugänglich zeigten); ebenfalls *Raatjes*, op. cit., 164.

⁵²⁹ Abgedruckt in *Max Gerstl*, Die Münchener Räte-Republik, München 1919, 37; Landauer war einer von vier Unterzeichnern.

⁵³⁰ Abgedruckt in *Beyer*, op. cit., 154. *Paul Werner* (d. i., Paul Frölich), Die bayerische Räterepublik. Tatsachen und Kritik, 2. Auflage, erweitert durch einen Anhang: Dekrete, Aufrufe, Erklärungen usw., Leipzig 1920, 43, hat kritisiert, daß Landauer nur die Universitäten und nicht die Volksschulen „sozialisiert“ hat. Werner tut Landauer Unrecht, da Pläne für eine Reform der unteren Schulen unternommen wurden, aber während der Kürze des Bestehens der ersten Räterepublik nicht ausgeführt werden konnten; siehe *Raatjes*, op. cit., 144–145. Eine Beschreibung der Universitätsatmosphäre während dieser Zeit gibt *Bonn*, op. cit., 210–212.

⁵³¹ Abgedruckt, mit sarkastischem Kommentar, in *Josef Karl*, Die Schreckensherrschaft in München und Spartakus im bayerischen Oberland. Tagebuchblätter und Ereignisse aus der Zeit der „bayerischen Räterepublik“ und der Münchener Kommune im Frühjahr 1919. Nach amtlichen Quellen aufgezeichnet, München o. J. [1919], 281–283; ebenfalls in *Landauer*, Briefe, II, 415–416.

⁵³² Dazu besonders *Löwenfeld*, op. cit., 361 ff.; und *Landauer*, Briefe, II, 417, Anm. 1, sowie *Birnbaum*, Juden in der Münchener Räterepublik, in: *Lamm*, op. cit., 302.

republik auszurufen⁵³³. Inzwischen war es aber den regierungstreuen Truppen Hoffmanns gelungen, den Revolutionären Zentralrat für abgesetzt zu erklären, und einige seiner Mitglieder, darunter Mühsam und Dr. Wadler, zu verhaften und aus München fortzuschaffen. Landauer konnte das Hotel Wolff, in dem er wohnte, noch rechtzeitig verlassen und sich so der Verhaftung entziehen⁵³⁴. Jedoch stellte er sich schon am 13. April auf einer Betriebsräteversammlung, und am darauffolgenden Tage durch eine schriftliche Erklärung, dem neugebildeten kommunistischen Aktionsausschuß, der nun die gesamte gesetzgebende und vollziehende Gewalt beanspruchte, zur Verfügung, „wo immer man mich brauchen kann“⁵³⁵.

Aber man brauchte ihn nicht, und er selber teilte den neuen Machthabern schon am 16. April mit, daß auch er nichts mehr mit ihnen gemein haben wolle. Es gibt kein klareres Beweisstück für Landauers Einstellung zur kommunistischen Räterepublik als den Entwurf seines Briefes vom 16. April an den Aktionsausschuß:

„Ich habe mich um der Sache der Befreiung und des schönen Menschenlebens willen der Räterepublik weiter zur Verfügung gestellt; als der alte Zentralrat von einer Organisation ersetzt worden war, die von dem Vertrauen der Münchener Arbeiterschaft getragen zu sein schien. Sie haben meine Dienste bisher nicht in Anspruch genommen. Inzwischen habe ich Sie am Werke gesehen, habe Ihre Aufklärung, ihre Art den Kampf zu führen, kennengelernt. Ich habe gesehen, wie im Gegensatz zu dem, was Sie ‚Schein-Räte-Republik‘ nennen, Ihre Wirklichkeit aussieht. Ich verstehe unter dem Kampf, der Zustände schaffen will, die jedem Menschen gestatten, an den Gütern der Erde und der Kultur teilzunehmen, etwas anderes als Sie. Ich stelle also fest – was schon vorher kein Geheimnis war – daß die Abneigung gegen eine gemeinsame Arbeit gegenseitig ist. Der Sozialismus, der sich verwirklicht, macht sofort alle schöpferischen Kräfte lebendig; in Ihrem Werke aber sehe ich, daß Sie auf wirtschaftlichem und geistigem Gebiet, ich beklage es, sehen zu müssen, sich nicht darauf verstehen.

Diese Mitteilung bleibt von mir streng privat; es liegt mir fern, das schwere Werk der Verteidigung, das Sie führen, im geringsten zu stören. Aber ich beklage aufs schmerzlichste, daß es nur noch zum geringsten Teil mein Werk, ein Werk der Wärme und des Aufschwungs, der Kultur und der Wiedergeburt ist, das jetzt verteidigt wird.

Gustav Landauer.“⁵³⁶

Damit beschloß Landauer seine kurze aber schicksalhafte politische Laufbahn. Am Nachmittag des 1. Mai wurde er, der München nicht verlassen hatte und im Hause Frau Eisners polizeilich gemeldet war, verhaftet, und am folgenden Tage bei seiner Einlieferung ins Stadelheimer Gefängnis dort von

⁵³³ Kolb, op. cit., 347–350; Beyer, op. cit., 91–98 und ff., passim; sehr einseitig.

⁵³⁴ Landauer, Briefe, II, 417, Anm. 1. Es trifft aber nicht zu, daß er sich zwei Tage lang in einem Vorort versteckt halten mußte; siehe L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 68.

⁵³⁵ Beyer, op. cit., 93, 101; Landauers Erklärung abgedruckt in Gerstl, op. cit., 63.

⁵³⁶ Landauer an den Aktionsausschuß (16. April 1919), in: Landauer, Briefe, II, 420–421; eine gekürzte Fassung erschien 1921 in den Escherich Heften (siehe aaO, einschl. Anmerkungen).

Soldaten ermordet. Nach Mitteilungen von Zeugen sollen seine letzten Worte gewesen sein: „Erschlagt mich doch! Daß Ihr Menschen seid!“⁵³⁷

Die Nachwelt hat Landauers Namen eng mit den „Schrecken der Rätezeit“ verknüpft gesehen, wobei zwischen der ersten und zweiten Räterepublik zu meist gar nicht unterschieden wird⁵³⁸. Sicherlich hat Landauer bei der Errichtung der ersten Räterepublik mitgewirkt und in ihr ein öffentliches Amt bekleidet. An der ihr folgenden kommunistischen Räterepublik hatte er keinen Anteil mehr, obwohl nicht zu leugnen ist, daß diese durch die ihr vorangehende Entwicklung überhaupt erst möglich wurde. Am Erfolg in der praktischen Politik gemessen, hat Landauer ebensowenig erreicht wie Eisner, wobei Landauer allerdings in seinem Verantwortungsbereich eingeschränkter war als jener. Beide waren sie Intellektuelle, Idealisten, Theoretiker und Verfechter ihrer spezifischen sozialistischen Vorstellungen, die sie im Bereiche und Rahmen der Revolution zu verwirklichen hofften; jedoch übersahen sie dabei, daß die Situation und die Massen für das ihnen vorschwebende Millennium nicht reif waren. Dennoch besteht ein Unterschied zwischen ihnen. Eisner glaubte bis fast zum Ende seines Lebens, daß er durch Beharrlichkeit und festen Willen die ihm im Wege stehenden Hindernisse überwinden könne. Landauer war nicht nur viel skeptischer, er war auch bereit, eine Niederlage hinzunehmen. Der Versuch war ihm so wesentlich wie der Erfolg. Das hatte er schon vor dem Kriege ausgesprochen, und es besteht kein Grund, anzunehmen, daß er seine Ansichten darüber bis 1919 geändert hat:

„... wir brauchen Versuche, wir brauchen den Zug der Tausend nach Sizilien, wir brauchen diese wunderköstlichen Garibaldinaturen, und wir brauchen Fehlschläge über Fehlschläge und die zähe Natur, die sich nicht, die sich durch nichts abschrecken läßt, die festhält und aushält und immer noch einmal ansetzt, bis es gelingt, bis wir durch sind, bis wir unüberwindlich sind. Wer die Gefahr der Niederlage, der Vereinsamung, des Rückschlags nicht auf sich nimmt, wird nie zum Siege kommen.“⁵³⁹

Daß er eine menschlich und geistig hochstehende Persönlichkeit war, haben ihm auch seine politischen Gegner, sofern sie objektiv urteilten, nicht absprechen können⁵⁴⁰. Den höchsten Tribut hat ihm noch vor seinem Tode ein antisemitischer Führer der Jugendbewegung, Hans Blüher, gezollt:

⁵³⁷ AaO, 421–423 (Bubers Kommentar); *E. J. Gumbel*, Gustav Landauers Ende, in: *Die Weltbühne*, XX (14. Februar 1924), 191–193; neuerdings auch *Heinrich und Elisabeth Hannover*, Politische Justiz 1918–1933, Frankfurt a. M. 1966, 55–56.

⁵³⁸ z. B. *Graf*, op. cit., 690, ein Landauer gewiß nicht feindlich gesinnter Beobachter; ähnlich *Julie Meyer-Frank*, Erinnerungen an meine Studienzeit, in: *Lamm*, op. cit., 160. Zwei Wochen nach Landauers Tode, am 15. Juni 1919, schrieb Theodor Heuss: „Ob sein Einfluß in München groß war, wissen wir nicht. Die Zeitungen nannten ihn oft, weil er eben zwischen dem mancherlei Volk, das solche Bewegung nach oben führt, den bekannten Namen trug“; *Heuss*, An und über Juden, 60. Heuss scheint damals schon ganz instinktiv das Richtige getroffen zu haben.

⁵³⁹ *Gustav Landauer*, Aufruf zum Sozialismus, 4. Auflage, Köln 1923, 45.

⁵⁴⁰ Siehe *Niekischs* Bewertung, op. cit., 78–79, und die von *Müller-Meinigen*, op. cit., 79, 133; vgl. aber *Werner*, Die bayerische Räterepublik, 19.

„Wenn es Sie aber danach drängt, und es wird Sie bald danach drängen, ein Buch zu lesen, in dem sich wirklich der Geist einer solchen Theophanie offenbart, so lesen Sie Gustav Landauers ‚Aufruf zum Sozialismus‘ . . . Die Jugend wird dieses Buch, das einen richtigen Begriff vom Volk aber einen umso falscheren vom Staate hat, mit größtem inneren Jubel begrüßen können, denn es gehört zu ihr. Martin Buber und Gustav Landauer bringen den Deutschen die tiefsten Beziehungen zum Probleme des Sozialismus; und beide sind Juden, und beide sind Zionisten.“⁵⁴¹

Nun, Zionist ist Landauer nicht gewesen, aber Jude war er bewußt und mit Überzeugung⁵⁴², obwohl auch das bestritten worden ist. Nach seinem Tode ließ die jüdische Gemeinde in Krumbach die Welt wissen, daß die Landauers, die „allerdings geborene Juden“ gewesen seien, „wie die Heiden“ gelebt hätten, „aber in keinerlei Beziehung zum Judentum“ gestanden und „weder eine Kirche [!], noch eine Synagoge“ je betreten hätten⁵⁴³.

Daß Landauer seine Religion nicht praktisch ausübte, trifft zu; dennoch hat er sich sein Leben lang zum Judentum bekannt⁵⁴⁴. Er tat das auch öffentlich während der Revolution, am 18. Dezember in einer Rede vor dem provisorischen Nationalrat:

„Wie, gestatten Sie das Gleichnis, wir Juden in Wahrheit die einzig berechtigten Antisemiten sind, d. h. die, die die Schäden an unserem Volkskörper am allerbesten und allertiefsten erkennen und aussprechen können, weil wir mit dieser Nation verwachsen sind, genau so stehen wir Deutsche unter der Schuldigkeit, das schonungslos auszusprechen . . . was uns tief im Herzen brennt, wo wir empfinden.“⁵⁴⁵

Wir wissen nicht, wie er reagiert hat, als man ihm, gemeinsam mit seinen jüdischen Kollegen, in einem Offenen Brief vorwarf, daß er sich als Jude exponiere und dadurch den Antisemitismus in Bayern verstärke⁵⁴⁶. Mög-

⁵⁴¹ Hans Blüher, Deutsches Reich, Judentum und Sozialismus. Eine Rede an die Freideutsche Jugend, München 1919, 22. Gehalten wurde sie zum erstenmal am 13. Januar 1919 in Berlin und im Februar und März in München und Hamburg wiederholt.

⁵⁴² George L. Mosse, The Influence of the *Völkisch* Idea on German Jewry, in: Studies of the Leo Baeck Institute, New York, 1967, 94; Breines, Gustav Landauer, in: Year Book XII of the Leo Baeck Institute, London 1967, 77, 82–83.

⁵⁴³ L. of C., Rehse, Mappe 421, Akte Landauer, Bl. 45 (Ausschnitt aus Nr. 151 des Bayerischen Kurier vom 30. Mai 1919). Auch Julie Meyer-Frank zählt Landauer denjenigen jüdischen Politikern der Rätezeit zu, „von denen keiner . . . ein eingessener Münchener [war] oder . . . zur jüdischen Gemeinde [gehörte]“; Meyer-Frank, Erinnerungen an meine Studienzeit, in: Lamm, op. cit., 160.

⁵⁴⁴ Breines, Gustav Landauer, in: Year Book XII of the Leo Baeck Institute, 75–84, passim; siehe auch Landauer an Richard Beer-Hofmann (13. Dezember 1918); an Fritz Mauthner (18. Dezember 1918); an Martin Buber (30. Dezember 1918), in: Landauer, Briefe, II, 339, 341, 343.

⁵⁴⁵ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 5, 109.

⁵⁴⁶ Sigmund Fraenkel, Ein Brief aus der Räterepublik und ein Aufsatz aus der Frühzeit des Nationalsozialismus. Offener Brief an die Herren Erich Mühsam, Dr. Wadler, Dr. Otto Neurath, Ernst Toller und Gustav Landauer, in: Lamm, op. cit., 304–306. Der Brief war datiert „München, 6. April 1919, abends 11 Uhr, am Vorabend des Passahfestes 5679“. Siehe auch Löwenfeld, op. cit., 313.

lich, daß ihm dieser Vorwurf nicht gleichgültig war. Deshalb hat er aber seine politische Tätigkeit ebensowenig eingestellt wie unter ähnlichen Umständen Eisner, da er dadurch sich selbst und seine chiliastischen Ziele verleugnet hätte. Zudem hatte er auch auf diesen, von jüdischer Seite erhobenen Vorwurf, schon Jahre zuvor eine Antwort gegeben:

„Sie können nicht wissen und nicht fassen, daß das, was Geschichte zu nennen ist, in den hohen Zeiten des Umschwungs nicht von den Philistern und Zeitgenossen . . . besorgt wird, sondern von den Einsamen, Abgesonderten, die eben darum Abgesonderte sind, weil in ihnen Volk und Gemeinschaft wie zu Hause, wie zu ihnen und mit ihnen geflüchtet sind.“⁵⁴⁷

Mit Gustav Landauer zugleich wird fast immer Erich Mühsam genannt, wohl schon, weil sie Freunde waren und sich auch Mühsam zum Anarchismus bekannte. Theodor Heuss schrieb im Sommer 1919, Mühsam sei Landauers „etwas fataler Schatten“ gewesen⁵⁴⁸. „Fatal“ mag zutreffen, aber ein Schatten, irgend jemandes Schatten, war Mühsam nie; dazu war sein Drang nach Selbstständigkeit und Unabhängigkeit viel zu groß⁵⁴⁹. Es wäre treffender, ihn als ein Irrlicht der Münchener Revolutionszeit zu charakterisieren.

Der am 6. April 1878 in Berlin geborene Sohn eines jüdischen Apothekers „gewann . . . die erste Fühlung mit der revolutionären Bewegung in Deutschland“ im Alter von 22 Jahren, und mußte sich zwischen 1900 und 1918 wegen politischer Verstöße wider die öffentliche Ordnung mehrfach vor den Gerichten verantworten⁵⁵⁰. Spezifische Angaben über die revolutionäre Bewegung, in der er vor dem Kriege tätig war, hat Mühsam nicht gemacht, wie auch späterhin seine politischen Ansichten zwar stets radikal, aber gleichzeitig auch verworren blieben. Er habe, schrieb er 1920, „unter der Leitung Gustav Landauers Fuß in der kommunistisch-anarchistischen Bewegung“ gefaßt und sei ihr, wie er beteuerte, treu geblieben. Dann spricht er von seinen

⁵⁴⁷ Landauer, Aufruf zum Sozialismus, 57–58.

⁵⁴⁸ Heuss, An und über Juden, 60.

⁵⁴⁹ Löwenfeld, op. cit., 299–303, betont diese Eigenschaften.

⁵⁵⁰ Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 10. Mühsams Polizeiakte weist zwei solche Vergehen auf, 1900 in Berlin und 1909/10 in München; L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Mühsam, Bl. 64. In einer von ihm 1913 verfaßten biographischen Angabe erwähnt er zwei, in München vor den Gerichten verhandelte Gesetzesübertretungen, aber ohne das Berliner Verfahren anzuführen. W. Zils (Hrsg.), Geistiges und künstlerisches München in Selbstbiographien, München 1913, 246. Jedoch in: Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 10, erwähnt er nur einen Fall. – Eine kurze Beschreibung von Mühsams politischer Vorkriegsbetätigung in München, wo er seit 1908 ansässig war, findet sich in der auf Akten des Kreisarchivs Oberbayern beruhenden Schilderung von Georg Franz, Munich: Birthplace and Center of the National Socialist German Workers' Party, in: The Journal of Modern History, XXIX (Dezember 1957), 321–322 und passim. Der Artikel, der die politische Rolle der Juden in München vor und während der Revolutionszeit hervorhebt, enthält eine Reihe von interessanten Einzelheiten, allerdings auch verschiedene Übertreibungen und Irrtümer und ist durch einen kaum verhüllten antisemitischen Unterton gekennzeichnet.

„Schwankungen in der Auffassung“ zwischen den politischen Ideen Max Stirners und Pierre Proudhons, um endlich seinen „Standpunkt in der Anerkennung des reinen und bedingungslosen Klassenkampfes“ zu finden, wobei ihm die Kampfmethoden Michail Bakunins und die Kampfziele Peter Kropotkins „maßgebend waren“⁵⁵¹.

Vor und während der Revolution nahm Mühsam jedenfalls eine äußerst extreme Haltung ein und versuchte dazu stets, wie einer seiner Bekannten es ausgedrückt hat, links von sich selbst zu stehen⁵⁵². Dabei war aber keineswegs klar, welche Linie er einschlug, weil er keiner Partei angehörte, keine feste Gefolgschaft hinter sich hatte, nur seinen eigenen Eingebungen folgte und meist von einem unbändigen Geltungsbedürfnis getrieben war.

Das Verdienst, in München am 7. November 1918 die Revolution zum Ausbruch gebracht zu haben, hat Mühsam für sich in Anspruch genommen. In einem Brief vom 1. Dezember 1918 an den Führer der Bremer Linksradiكالen und späteren Kommunisten, Johann Knief⁵⁵³, behauptete er, daß er schon am Abend des 7. November, „gegen 3/4 6, der erste Mensch Deutschlands“ war, „der öffentlich die Absetzung der Dynastien und die Errichtung einer freien bayerischen Räterepublik proklamierte“. Er beschrieb dann sehr ausführlich, wie er und seine Frau, von bewaffneten Soldaten umjubelt, auf einem Lastwagen von Kaserne zu Kaserne fuhren und die Revolution verkündeten, während Eisner etwas später, zusammen mit Auer, eine „zunächst sehr langweilig“ verlaufende Versammlung auf der Theresienwiese abhielt. Eisner proklamierte dann „um 1/2 12 Uhr nachts dasselbe, was ich sechs Stunden früher proklamiert hatte... So war der Verlauf in München. Es ging fast ohne Blutvergießen ab und war zuerst sehr schön“⁵⁵⁴.

Eine seiner ersten Handlungen war die Gründung eines Revolutionären Arbeiterrates (RAR) in München, der sich aber auch Befugnisse über die Räte in der Provinz vorbehielt. Der RAR war klein – er zählte 50 Mitglieder – wog jedoch diesen Nachteil durch Lautstärke und radikales Auftreten auf. Daß der RAR „die stärkste treibende Kraft der bayerischen Revolution bis zum April 1919“ gewesen sei, wie Mühsam behauptet hat, ist übertrieben, obwohl er zweifellos zur Radikalisierung Münchens beigetragen hat⁵⁵⁵. Ende November kam es zu einer weiteren Mühsamschen Gründung, der „Vereini-

⁵⁵¹ Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 10. Siehe dazu S. 261, Anm. 517. Besonders was Mühsams Stellung zum Kommunismus betrifft, sind seine Aussagen äußerst kritisch zu bewerten.

⁵⁵² Löwenfeld, op. cit., 303.

⁵⁵³ Über diesen siehe Kolb, op. cit., 78–79, 328–331 und passim; Otto-Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, 101–102.

⁵⁵⁴ L. of C., Rehse, Mapped 422, Akte Mühsam, Bl. 67–68; ähnlich, weniger weit-schweifig, wenn auch nicht bescheidener, Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 12.

⁵⁵⁵ AaO, 12–13; für eine objektive Bewertung, Mitchell, op.cit., 152–153, 194 und passim; und Schade, op. cit., 151, Anm. 89.

gung revolutionärer Internationalisten“ (VRI). Zwar erreichte sie nur eine Lebensdauer von einigen Wochen und hat ihre Ziele nie klar formuliert; aber sie gab Mühsam, der seine im Krieg verbotene Zeitschrift *Kain* wieder zum Leben erweckte und der VRI als Publikationsorgan zur Verfügung stellte, die Gelegenheit, sich erneut mit seinen radikal-oppositionellen Parolen an die Öffentlichkeit zu wenden⁵⁵⁶.

Wurde er schon auf diese Weise im revolutionären München berühmt und berüchtigt, so schädigte eine von ihm geführte Aktion in der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember 1918 seinen Ruf noch mehr. In dieser Nacht zog er mit einer Gruppe von Anhängern, zum Teil Soldaten, nach einer öffentlichen Versammlung in die Stadtmitte, ließ die Gebäude der *Münchener Neuesten Nachrichten*, *Münchener Zeitung*, *Münchener-Augsburger Abendzeitung* und des *Bayerischen Kurier* besetzen, und erklärte diese bürgerlichen Zeitungen fortan für sozialisiert. Kurz darauf, allerdings ohne Mühsam, zog ein Trupp dieser Menge zur Wohnung des Innenministers Erhard Auer und zwang ihn zum Rücktritt⁵⁵⁷. Erst Eisner konnte durch sein persönliches Eingreifen diese beiden Zwischenfälle beilegen. Die Angelegenheit führte am 10. Dezember auf einer Sitzung der Arbeiterräte zu einer heftigen Debatte. Mühsam verteidigte sich gegen die scharfen Angriffe seiner Kritiker teils mit Humor, teils mit Entzückung, gab aber mit keinem Worte zu, daß er sich mit dem nächtlichen Unternehmen prinzipiell ins Unrecht gesetzt hätte. Die Verantwortung für diesen Zwischenfall nahm er mit Bravour allein auf sich⁵⁵⁸.

Eisner und seinem Regime stand Mühsam von Anfang an kritisch gegenüber – sie waren beide schon im Frühjahr 1917 auf einem politischen Diskussionsabend hart aneinander geraten – und Mühsam hat auch noch nach Eisners Tod abfällig über diesen geurteilt⁵⁵⁹. In einem am 30. November veröffentlichten Flugblatt an die „revolutionäre[n], internationalistisch gesinnte[n] kommunistische[n] Arbeiter und Soldaten! Männer und Frauen!“ lautete der erste Satz: „Nicht alle Volksgenossen sind mit dem bisherigen Ver-

⁵⁵⁶ Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 15–17; Mitchell, op. cit., 195; Beyer, op. cit., 25–26. Landauer, der dem RAR angehörte, war kein Mitglied der VRI; Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 13, 16.

⁵⁵⁷ Kolb, op. cit., 314; Schade, op. cit., 76; Mitchell, op. cit., 174.

⁵⁵⁸ Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage III, 179–205, passim.

⁵⁵⁹ Siehe Walter Löwenfelds Bemerkung dazu in Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 2, 33–34; siehe auch Schade, op. cit., 67; Mühsam, Von Eisner bis Leviné, passim. Mühsam schrieb auch am 1. Dezember 1918 in diesem Zusammenhang an Knief: „Man hat mich in den Arbeiterrat gewählt, wo ich bemüht bin, radikalisiert einzugreifen, was nicht vergeblich zu sein scheint. Eisner mache ich vorläufig keine zu starke Opposition, weil er in mancher Hinsicht sehr tüchtig ist . . . Ich beschränke mich daher in meinem Verhalten zu ihm auf energische Kritik“; L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Mühsam, Bl. 67; Hervorhebungen des Verfassers. Vgl. dazu Löwenfeld, op. cit., 302, der behauptet, Mühsam habe sich nie an Hetzereien gegen Eisner beteiligt.

lauf der Revolution einverstanden.“⁵⁶⁰ Und im Januar 1919 schrieb er in *Kain*:

„Beabsichtigt die Regierung Eisner, sich weiterhin zur Gouvernante der Gegenrevolution herabwürdigen zu lassen? Werden die Revolutionäre Münchens und Bayerns den Entschluß aufbringen, unverzüglich zur Errichtung einer Diktatur zu schreiten . . . Übernimmt Eisner dafür die Verantwortung, und wenn nicht, warum bleibt er an seinem Posten?“⁵⁶¹

Während der ganzen Regierungszeit Eisners, besonders aber nach der Bekanntgabe des Wahltermins, beteiligte sich Mühsam als ausdauernder und aufpeitschender Redner an den verstärkten linksradikalen Straßendemonstrationen⁵⁶². In enger Zusammenarbeit mit Max Levien propagierte er den Rätegedanken und verdamnte den Parlamentarismus und die bevorstehenden Wahlen in so starken Tönen, daß Eisner, der von dieser Seite aus eine Störung der Wahlen befürchtete, Mühsam, Levien und zehn weitere Linksradikale am 10. Januar verhaften ließ. Erst unter dem Druck von Protestdemonstrationen ließ er sie wieder freisetzen⁵⁶³. Dabei war Mühsam keineswegs ein unbedingter Anhänger des Kommunismus. Er gehörte weder dem Spartakusbund noch der Ende des Jahres 1918 gegründeten KPD an, sondern blieb Anarchist. Er bekundete jedoch weitgehende Sympathien für die Parolen der Kommunisten, insbesondere für deren Angriffe auf Eisner, die SPD und die Wahlen, und forderte zur engen Zusammenarbeit mit dem bolschewistischen Rußland auf. Aber die ganze Art seiner Propaganda war so zügellos – die sozialdemokratischen Arbeiter schimpfte er „Auerochsen“ –, und so sprunghaft, daß er zwar auf der Straße weithin Anklang fand, von der kommunistischen Führung aber, trotz zeitweiliger Zusammenarbeit, nie völlig ernst genommen wurde⁵⁶⁴.

⁵⁶⁰ *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 14. Mit Mühsam unterzeichneten noch drei weitere Personen.

⁵⁶¹ Zit. nach *Schade*, op. cit., 151, Anm. 91.

⁵⁶² Siehe z. B. den Polizeibericht über eine kommunistische Versammlung vom 27. Januar 1919, auf der Mühsam sprach; L. of C.; Rehse, Mappe 422, Akte Mühsam, Bl. 80.

⁵⁶³ *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 16–18; *Mitchell*, op. cit., 207–210; *Kolb*, op. cit., 333.

⁵⁶⁴ Dazu besonders *Beyer*, op. cit., 25–27, und auch *Mühsams* Beschreibung seiner Stellung zur KPD in: Von Eisner bis Leviné, 16 ff. und passim. Im September 1919, als politischer Gefangener auf der Festung Ansbach, wandte sich Mühsam an die Kommunisten mit einem Aufruf: „Nehmt mich auf“, *Erich Mühsam*, Auswahl: Gedichte Drama, Prosa. Mit einem Nachruf von Erich Weinert, Berlin [Ost] 1961, 468–471. Aber auch dann nannte er sich noch einen „kommunistischen Anarchisten“, und in seinem Nachwort schreibt Weinert vier Jahrzehnte später, daß Mühsam „trotz aller Sympathien mit dem revolutionären Kampf der KPD“ die Grundlagen kommunistischer Politik nie begriffen habe. „So bleibt er revolutionärer Einzelgänger trotz aller Lauterkeit seines politischen Wollens“ (aaO, 494–495). Viel vernichtender urteilte damals Mühsams kommunistischer Zeitgenosse *Paul Werner* (Paul Frölich), Die bayerische Räterepublik, 19: „Er war ein Epigone jener Kaffeehausdichter aus der

Nach Eisners Ermordung saß Mühsam zunächst als Delegierter des Münchener RAR im Rätekongreß, wo er sich weiterhin als radikaler Volkstribun gebärdete und die Versammlung so oft mit Zwischenrufen störte, daß er sich schließlich von Max Süßheim sagen lassen mußte: „Genosse Mühsam, Sie können ja später sprechen. Mir ist die Sache viel zu ernst, als daß ich mich auf Ihre fortgesetzten Zwischenrufe einlassen kann.“⁵⁶⁵ Seine Taktik auf dem Kongreß bestand hauptsächlich darin, sich bei den Verhandlungen durch eine radikale Stellungnahme zum Fürsprecher der Straße zu machen. Zum Beispiel schloß sein schon erwähnter, am 27. Februar eingebrachter und am darauffolgenden Tage abgelehnter Antrag, in Bayern die Räterepublik auszurufen, die Forderung ein, alle russischen Kriegsgefangenen sofort zu entlassen und Beziehungen zu Sowjetrußland aufzunehmen, da „Rußland uns dabei helfen kann, zur Weltverbrüderung zu kommen“⁵⁶⁶. Einige Tage später stand die Festnahme von Geiseln, vor allem von Adeligen und Offizieren, zur Diskussion. In einem Dringlichkeitsantrag wandte sich Süßheim gegen diese Maßnahme, weil „die Festnahme von Geiseln . . . sich nicht mit der Höhe eines sozialistischen und demokratischen Gemeinwesens“ vertrage⁵⁶⁷. Mühsam jedoch verteidigte die Festnahme von Geiseln mit dem prinzipiellen Argument, es gälte diejenigen einzuschüchtern, die „bestimmte gegenrevolutionäre Handlungen . . . planen . . . Es soll die Einschüchterung einer ganzen Gesellschaftsklasse durchgeführt werden“⁵⁶⁸. Und am folgenden Tage, als der Kongreß die Beschlüsse der Nürnberger Einigungsaktion⁵⁶⁹ debattierte, beantragte Mühsam, von den Nürnberger Beschlüssen zur Tagesordnung überzugehen und den Kongreß zur höchsten Gewalt des Volksstaates Bayern zu erklären. Wie wenig ernst man Mühsams Politik nahm, zeigte die Reaktion des Kongresses, als Felix Fechenbach (USPD) sich zu Wort meldete und seinerseits beantragte: „Der Kongreß wolle beschließen, er geht über den Antrag Mühsam zur Tagesordnung über und tritt morgen früh zusammen, um zu den Beschlüssen, die heute gefaßt wurden, Stellung zu nehmen (Heiterkeit, leb-

lustigen Zeit Peter Hilles, die in einer Atmosphäre von Hunger, Alkohol, Perversität und Größenwahn manchen kecken lyrischen Triller und gegen die Gesellschaft manch freches Spottlied ertönen ließen. Die Bohème war sein Element und das hieß: er war ein politisches Kind. Seine rührende Naivität nahm einen für ihn ein. Aber wenn er Politik machte . . . Gott, o Gott!“

⁵⁶⁵ Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 5, 107. Süßheim wiederholte seinen Tadel noch schärfer am folgenden Tage, wobei er Landauer mit einbezog; aaO, Nr. 6, 127. Für weitere Beispiele von Unterbrechungen durch Mühsam, aaO, N. 5, 116, 117; Nr. 8, 195, und passim.

⁵⁶⁶ AaO, Nr. 2, 45–47. Bei seiner Begeisterung für die Bolschewiki übersah Mühsam völlig die terroristischen Methoden dieses Regimes, Methoden also, die er, trotz seiner radikalen Phrasen im Grunde nicht guthieß und die er wohl deshalb auch nicht sehen wollte. Hier unterscheidet er sich grundsätzlich von Landauer.

⁵⁶⁷ Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 6, 127.

⁵⁶⁸ AaO, 127; ähnlich übrigens auch Landauer, aaO, 129–130.

⁵⁶⁹ Siehe oben, S. 252.

hafter Beifall und Händeklatschen).“⁵⁷⁰ Mühsams Antrag wurde abgelehnt.

Während des kurzfristigen Regimes Hoffmann betätigte sich Mühsam wieder vornehmlich als Versammlungs- und Straßenredner. Am Nachmittag des 4. April hörte er dann von den in Augsburg gefaßten Plänen, in Bayern eine Räterepublik auszurufen, beteiligte sich sofort an den Beratungen über die in München zu ergreifenden Schritte, und fuhr am 5. April nach Nürnberg, um dort für die geplante Proklamierung Stimmung zu machen⁵⁷¹. Im Laufe der Verhandlungen über das zu bildende Kabinett brachte Mühsam sich als Volksbeauftragter für das Auswärtige in Vorschlag, was jedoch von Landauer mild, aber bestimmt abgelehnt wurde⁵⁷². So erhielt Mühsam kein Amt in der Regierung der ersten Räterepublik, was ihn allerdings nicht daran hinderte, auf eigene Faust ein von ihm unterzeichnetes Manifest an die Münchener Bevölkerung zu veröffentlichen:

„Proletarier Baierns [!] vereinigt Euch! ... Bayern ist Räterepublik. Ohne Rücksicht auf die Streitigkeiten ihrer Führer hat sich die werktätige Bevölkerung ... zusammengeschlossen, den Sozialismus, den Kommunismus zu verwirklichen! ... Die Diktatur des Proletariats ist Tatsache. Eine Rote Armee wird sofort gebildet. Die Verbindung mit Rußland und Ungarn wird sofort aufgenommen ... Ein Revolutionsgericht wird jeden Versuch reaktionärer Machenschaften rücksichtslos ahnden. Die Lügenfreiheit der Presse hört auf. Die Sozialisierung des Zeitungswesens sichert die wahre Meinungsfreiheit des revolutionären Volkes ... Im Bunde mit dem revolutionären Rußland und Ungarn wird das neue Baiern die revolutionäre Internationale hochhalten und der Weltrevolution die Wege ebnen! Proletarier! Haltet Frieden miteinander ... An die Arbeit! Jeder auf seinen Posten! Es lebe das freie bayerische Volk! Es lebe die Räterepublik!

Erich Mühsam.“⁵⁷³

⁵⁷⁰ Sten. Bericht ... vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 7, 181.

⁵⁷¹ In seinem für Lenin bestimmten Bericht hat Mühsam seine damaligen Zweifel an den gefaßten Plänen betont; *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 43 ff. Solche Zweifel gehen auch aus der Schilderung *Beyers* hervor, op. cit., 71. Mühsams Skepsis richtete sich aber nicht gegen eine Räterepublik als solche, sondern gegen die Bestellung einer Ministerliste, bei der er leer ausgegangen war. Ein Plakat, das *Beyer*, aaO, auf Mühsams Anhänger zurückführt, forderte damals eine rein kommunistische Regierung, „an der Spitze unsere Genossen Dr. Levien und Mühsam“.

⁵⁷² *Niekisch*, op. cit., 67–68. Vgl. dazu *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 44, 53. Mühsam war aber Mitglied des neu konstituierten Revolutionären Zentralrates, und zwar als Delegierter des Münchener RAR; aaO, 53–67 und L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Mühsam, Bl. 176. Er wurde auch am Morgen des 7. April damit beauftragt, dem neuen, später als geistesgestört befundenen Volksbeauftragten für das Auswärtige, Dr. Franz Lipp, zu helfen, Funksprüche mit der Nachricht von der Ausrufung der bayerischen Räterepublik nach Moskau und Budapest zu senden; aaO und *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 55. Daß diese, am 7. April verschickten aber mit den berüchtigten, erst am 10. April abgesandten Funksprüchen Lipp's identisch sind, wie *Neubauer*, op. cit., 55–56, behauptet, ist höchst unwahrscheinlich. Zur Affaire Lipp siehe besonders *Beyer*, op. cit., 82–83; *Niekisch*, op. cit., 68; *Mitchell*, op. cit., 311–312.

⁵⁷³ Abgedruckt, ohne Datum, in *Gerstl*, op. cit., 15–16; gekürzt und vom 8. April

Während der sechstägigen Dauer der ersten Räterepublik bestand Mühsams Hauptbeschäftigung in vergeblichen Versuchen, die Kommunisten zur Mitarbeit am räterepublikanischen Experiment zu bewegen⁵⁷⁴. Sonst scheint er während dieser Woche nicht sonderlich hervorgetreten zu sein. Am 13. April wurde er um 4 Uhr morgens im Laufe des rechtssozialistischen Unternehmens, das München für die Regierung Hoffmann zurückzuerobern suchte, aus dem Bett heraus verhaftet und unter militärischer Bewachung nach Nordbayern abtransportiert⁵⁷⁵. Als er dann am 12. Juli 1919 vom Standgericht München wegen Hochverrats zu 15 Jahren Festungshaft und Aberkennung der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte verurteilt wurde, bescheinigte ihm das Gericht in der Urteilsbegründung, daß seine Handlungsweise nicht aus ehrloser Gesinnung entsprungen sei. Er habe aber „mit einem an psychopathischen Zustand grenzenden Fanatismus die Durchführung seiner Ideen verfochten... [und] während der ganzen Revolutionszeit einen höchst verderblichen Einfluß auf die an sich erregbaren Massen... ausgeübt“⁵⁷⁶.

Inwiefern das Strafmaß dieses Standgerichtsurteils mit rechtsstaatlichen Normen in Einklang zu bringen ist, soll dahingestellt bleiben. Daß es aber zu diesem Urteil und seiner Begründung überhaupt kommen konnte, lag zum großen Teil an Mühsams damaligem Auftreten. Denn von allen Politikern der ersten bayerischen Räterepublik – den jüdischen und nichtjüdischen – war er derjenige, der sich am lautesten und am radikalsten gebärdete. Man hat damals gern hämisch auf einen seiner Verse hingewiesen, der seine Handlungsweise treffend zu kennzeichnen schien:

„Ich bin ein Pilger, der das Ziel nicht kennt;
der Feuer sieht und weiß nicht, wo es brennt.“⁵⁷⁷

Als zweifellos ehrlicher und überzeugter Revolutionär hat Mühsam das ihm vorschwebende politische und soziale Ziel zu kennen geglaubt, es in der Öffentlichkeit aber in so verworrener und überspitzter Form vertreten, daß er oft nicht einmal in den eigenen Reihen ernst genommen wurde, dem Münchener Bürgertum aber wie eine Reinkarnation Dantons erschien. Der

1919 datiert in *Müller-Meinungen*, op. cit., 176. Die neue Schreibweise „Baiern“ war eine Eigenheit der ersten Räterepublik. Auch abgedruckt, mit vollem Wortlaut (aber „Bayern“ mit y) und dem Datum des 9. April in *Mühsam, Von Eisner bis Leviné*, 61–62.

⁵⁷⁴ *Mühsam, Von Eisner bis Leviné*, 54–67; *Neubauer*, op. cit., 62. Für die Behauptung von *Müller-Meinungen*, op. cit., 199, Mühsam habe die Errichtung eines Revolutionstribunals mit besonderem Eifer betrieben, liegen keinerlei Beweise vor. Ganz abgesehen davon hat dieses Tribunal auch während seiner ganzen, sehr kurzen, Existenz keinem etwas zuleide getan, was *Müller-Meinungen*, op. cit., 201, selber zugeibt; siehe auch *Beyer*, op. cit., 129, 172–173.

⁵⁷⁵ *Mühsam, Von Eisner bis Leviné*, 67. Für den Putsch, siehe oben, S. 263.

⁵⁷⁶ L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Mühsam, Bl. 176; siehe auch *H. und E. Hannover*, Politische Justiz 1918–1933, 64–65.

⁵⁷⁷ *Mühsam*, Ich bin ein Pilger, in: *Auswahl*, 31. Siehe auch *Gerstl*, op. cit., 16, Anm. 1, und *Müller-Meinungen*, op. cit., 176.

stadtbekannte jüdische Bohemien aus Schwabing, der berlinerte⁵⁷⁸, als Aufwiegler des Proletariats, das mußte provozieren! Dabei war er nicht im geringsten blutdürstig oder gewalttätig, sondern ebenso pazifistisch eingestellt wie Eisner und Landauer⁵⁷⁹. Aber er erschien gewalttätig, liebte es auch, sich in Pose zu setzen, und gefiel sich in der Rolle eines heroischen Volks-tribuns⁵⁸⁰. So wurde er das *enfant terrible* des Interregnums und der ersten Räterepublik, obwohl er in keiner dieser politischen Stadien eine wirklich einflußreiche Stellung bekleidet hat. Auch bei der Gründung der Räterepublik war er, Niekisch zufolge, keine „unmittelbar organisierende Kraft gewesen . . . Indes hielt man ihn, seiner aufreizenden Reden wegen, auch für einen der wesentlichsten Urheber“⁵⁸¹. Höchstwahrscheinlich hätte er Anfang Mai Landauers Schicksal geteilt, wäre er nicht zufällig zwei Wochen vorher verhaftet worden. So wurde ihm noch eine Frist gewährt, die allerdings fast sechs Jahre politischer Gefangenschaft einschloß. Als er am 20. November 1924 auf Bewährung entlassen wurde, verblieb ihm noch beinahe ein Jahrzehnt schriftstellerischen Wirkens⁵⁸². Im Juli 1934 wurde Erich Mühsam im Konzentrationslager Oranienburg nach einjähriger Haft ermordet.

Beunruhigte schon Mühsams lautstarkes Revoluzzertum viele Gemüter, vornehmlich im Münchner Bürgertum, so wurde die allgemeine Besorgnis dieser Kreise durch die Tätigkeit Dr. Arnold Wadlers und Dr. Otto Neuraths noch verstärkt. Beide waren Juden, kamen, wie in München sofort vermerkt wurde, „aus dem Osten“, und unternahmen praktische Eingriffe in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen Bayerns, wobei sie besonders aufreizend wirkten, weil sie das Privateigentum bedrohten.

Am 1. März 1919 brachte Ernst Toller im Rätekongreß den Antrag ein, ein Kommissariat für Wohnungsfürsorge einzurichten und Dr. Wadler als Kom-

⁵⁷⁸ Löwenfeld, op. cit., 320.

⁵⁷⁹ So schreibt Mühsam in seinem Aufruf vom 30. November 1918, in dem er das Proletariat der Welt zur Revolution rufen wollte: „. . . wir verlangen die Verwirklichung des Sozialismus als Krönung der gegenwärtigen Volksbewegung . . . Wir blicken nicht auf den Weg, sondern auf's Ziel. Das Mittel der Revolution heißt Revolution. Das ist nicht Mord und Totschlag, sondern Aufbau und Verwirklichung. Mit diesem Mittel wollen wir die sozialistische Gesellschaft der Gerechtigkeit und Wahrheit bei uns durchführen, um den Brüdern der gesamten Internationale das Beispiel zu geben, das unsere russischen Kameraden uns gegeben haben. Wie sie wollen wir die Liebe zur Menschheit zur Richtschnur unserer Handlungen machen“; Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 14. Kein Wunder, daß die Kommunisten den Verfasser eines solchen Aufrufs „zur Weltrevolution“ nicht als einen der ihrigen betrachteten. Mühsams Ablehnung jeglicher Gewalt als Kerngrundsatz seiner anarchistischen Ansichten auch in Raatjes, op. cit., 51–52.

⁵⁸⁰ Meyer-Frank, Erinnerungen an meine Studienzeit, in Lamm, op. cit., 159, beschreibt eine solche Szene.

⁵⁸¹ Niekisch, op. cit., 80.

⁵⁸² Eine Bibliographie seiner Werke findet sich in Erich Mühsam, Unpolitische Erinnerungen, Berlin [Ost] 1961, 313–316.

missar „mit weitgehenden Vollmachten“ zu bestellen. Er begründete seinen Antrag mit einem Hinweis auf das Wohnungselend in den großen Städten und erinnerte daran, „wieviele Paläste, Korpshäuser usw. freistehen, die man sehr wohl als Arbeiterwohnungen gebrauchen kann“. Wadler wurde noch am selben Tag vom Rätekongreß in seinem neuen Amt bestätigt⁵⁸³.

Wie Toller, war auch Wadler während der Revolutionszeit Mitglied der USPD und des RAR. Ein damaliger Beobachter nannte ihn einen anständigen, aber durch die Ereignisse vorübergehend radikalisierten Menschen⁵⁸⁴. Sein politischer Werdegang war jedenfalls eigenartig. Wadler, am 7. Mai 1882 in Krakau geboren, wurde Rechtsanwalt und erwarb erst kurz vor Ausbruch des Weltkrieges die deutsche Staatsangehörigkeit. Im Kriege diente er als Leutnant in der Rechtsabteilung des bayerischen Kriegsministeriums und war zeitweilig im industriellen Büro in Brüssel beschäftigt, das dem Ministerium unterstellt war. Dort beteiligte er sich an den Zwangsdeportationen belgischer Arbeiter nach Deutschland, schloß sich aber dann im Frühjahr 1919 in München der revolutionären Bewegung an⁵⁸⁵.

Als Wohnungskommissar griff Wadler so gründlich durch, daß er sich den „unauslöschlichen Haß der Bourgeoisie“ zuzog. „Er beschlagnahmte sämtliche Spekulationsgrundstücke, um darauf Wohnstätten zu errichten, registrierte alle großen Wohnungen und quartierte Arbeiterfamilien bei Kapitalisten ein. Er reiste selbst im Lande umher, um sich persönlich von der miserablen Unterkunft der Arbeiter bei den großen Industrieanlagen . . . zu überzeugen und Abhilfe zu schaffen.“⁵⁸⁶ So erscheint sein Name in der Literatur hauptsächlich als der eines radikalen Demagogen⁵⁸⁷. Dazu trug vor allem seine Haltung in der Öffentlichkeit bei, die wiederum seine amtlichen Machtbefugnisse dem Bürgertum noch verdächtiger machten. Schon am 22. Februar 1919 hatte er auf einer Sitzung der Münchener Arbeiter- und Soldatenräte beantragt, sofort die Räterepublik auszurufen, eine neue Verfassung zu schaffen, einen Revolutionsgerichtshof einzusetzen und im Lande den allgemeinen Verteidigungszustand zu verkünden⁵⁸⁸. Als am 28. Februar dann der Zentralrat auf dem Rätekongreß einen ähnlichen, diesmal von Mühsam eingebrachten und von Levien unterstützten Antrag, ablehnte, trat Wadler unter lautem Protest

⁵⁸³ Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 4, 99–100.

⁵⁸⁴ Löwenfeld, op. cit., 336

⁵⁸⁵ AaO; Mühsam, von Eisner bis Leviné, 37–38; L. of C., Rehse, Mappe 422, Akte Mühsam, Bl. 173–174 (Urteilsbegründung); Werner, Die bayerische Räterepublik, 20.

⁵⁸⁶ Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 37. Am 8. April 1919 veröffentlichte Wadler eine von Toller gegengezeichnete „Verordnung über Beschlagnahme und Rationierung der Wohnräume“, und am 9. April eine, gleichfalls von Toller gegengezeichnete „Verordnung gegen den Mietwucher“; L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 62.

⁵⁸⁷ Müller-Meinigen, op. cit., 144, 167, 169 und passim; von Müller, Mars und Venus, 316, 321; Karl, op. cit., 249; Gerstl, op. cit., 27, Anm. 2.

⁵⁸⁸ Müller-Meinigen, op. cit., 140; Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 31.

mit einigen anderen Kollegen zusammen aus dem Aktionsausschuß des Zentralrats aus⁵⁸⁹. Einen Monat später aber wendete sich das Blatt. Die Nachricht von dem in Augsburg gefaßten Entschluß, in Bayern die Räterepublik auszurufen, erreichte Wadler am folgenden Tage in München. Am Abend dieses 4. April, noch vor der Nachtsitzung im Kriegsministerium, sprach er im Löwenbräukeller in einer vom Zentralrat einberufenen Versammlung. Er führte aus, daß in München vollendet würde, was in Augsburg begonnen habe. Jetzt gelte es, die Parteien zu beseitigen, das Proletariat zur Einigung zu rufen, den Generalstreik zu proklamieren und durch Verbrüderung mit dem russischen und ungarischen Proletariat die Räterepublik auszurufen⁵⁹⁰. Als die Nacht jedoch fortschritt und Wadler während der Verhandlungen sah, daß die KPD sich nicht an dem Unternehmen beteiligen wollte, riet er als einziger, die Proklamation der Räterepublik nicht nur um 48 Stunden, sondern um einige Wochen hinauszuschieben⁵⁹¹. Sein Rat wurde aber nicht befolgt, und als die Räterepublik am 7. April verkündet wurde, stand der Name des Wohnungskommissars Wadler auf der Ministerliste. Sechs Tage darauf wurde er dann zusammen mit Mühsam von der Republikanischen Schutztruppe verhaftet und am 7. Juli 1919 vom Standgericht München „wegen Beihilfe zu einem Verbrechen des Hochverrats zu 8 Jahren Zuchthaus und Kosten“ verurteilt⁵⁹².

Wir wissen nicht, welche Motive diesen Rechtsanwalt und vormaligen bayerischen Offizier dazu getrieben haben, sich der Revolution nicht nur anzuschließen, sondern von führender Stellung aus auch noch radikalisiert auf sie einzuwirken. Standgericht und Kommunisten haben ihn des Renegatentums bezichtigt, wobei das Gericht „ehrlose Gesinnung“ feststellte und damit das Strafmaß in seiner Urteilsbegründung als „schuldangemessen“ erklärte⁵⁹³. Daß er, im Gegensatz zu Eisner, Landauer, Mühsam und anderen, erst nach dem Ausbruch der Revolution sein sozialistisches Herz und seine Liebe zum Proletariat entdeckt hat, scheint hinreichend verbürgt, was noch nicht zu der Folgerung berechtigt, daß dieser Gesinnungswechsel schlechthin dem Opportunismus entsprang. Fest steht jedenfalls, daß der „galizische Jude“, der plötzlich „mit vielen anderen Juden auf der Bildfläche erschien“⁵⁹⁴, sein Scherflein zum Anwachsen des Antisemitismus in Bayern beigetragen hat.

Im Gegensatz zum „Novembersozialisten“⁵⁹⁵ Wadler, der sich nach Ausbruch der Revolution mit großer Energie in die Politik stürzte, war der am

⁵⁸⁹ Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 3, 75. In seiner Begründung dieses Entschlusses klangen allerdings persönliche Motive mit.

⁵⁹⁰ *Beyer*, op. cit., 69; *Müller-Meinigen*, op. cit., 169; *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 51.

⁵⁹¹ *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 49.

⁵⁹² L. of. C., Rehse, Mappe 422, Akte Mühsam, Bl. 173–174; *H. und E. Hannover*, Politische Justiz 1918–1933, 65.

⁵⁹³ AaO; *Werner*, Die Bayerische Räterepublik, 20.

⁵⁹⁴ *Karl*, op. cit., 249; *Sebottendorff*, op. cit., 61.

⁵⁹⁵ *Werner*, Die bayerische Räterepublik, 20.

10. Dezember 1882 in Wien geborene Sozialwissenschaftler Dr. Otto Neurath an Politik nur mäßig interessiert, desto mehr jedoch an wirtschaftlichen Fragen. Er war vor allem Theoretiker, ein Technokrat⁵⁹⁶. Sein Steckenpferd war die Planwirtschaft, besonders die Vollsozialisierung, und da die Situation in Bayern ihm im Frühjahr 1919 die Gewähr für ein weites Wirkungsfeld zu bieten schien, stellte er sich Mitte März der Regierung Hoffmann als Fachmann für Sozialisierungsfragen zur Verfügung⁵⁹⁷. Es war Neuraths zweiter Versuch, die Sozialisierung Bayerns voranzutreiben. Schon im Januar 1919 hatte er Eisner und Jaffé ähnliche Vorschläge gemacht, war aber abschlägig beschieden worden und hatte sich daraufhin nach Sachsen begeben, um dort seine Dienste zu offerieren⁵⁹⁸. Eisners Weigerung, das Anerbieten Neuraths damals anzunehmen, hatte keineswegs mit seiner prinzipiellen Ablehnung der Sozialisierung zu tun. Tatsächlich hatte er im Januar eine Sozialisierungskommission eingesetzt, die unter dem Vorsitz Professor Lujo Brentanos die Möglichkeiten der Wirtschaftssozialisierung untersuchen sollte. Aber Eisner scheute zunächst vor drastischen Maßnahmen, vor allem der Vollsozialisierung, zurück, da er der Meinung war, daß wegen der im Laufe des Krieges völlig zerrütteten Produktion „wir . . . nicht sozialisieren [können], wo nichts mehr zu sozialisieren ist“⁵⁹⁹.

Eisners Nachfolger zeigten weniger Einsicht. Daß Neurath dann doch die Gelegenheit geboten wurde, seine Sozialisierungstheorien in Bayern auszuprobieren, war das Resultat eines Zentralratsbeschlusses vom 14. März, der die Vollsozialisierung Bayerns als Programm aufstellte. Josef Simon (USPD), Minister für Handwerk, Gewerbe und Industrie in der Regierung Hoffmann, und das einzige Kabinettsmitglied, das auch im Zentralrat vertreten war, berief Neurath eine Woche nach dem Zentralratsbeschuß telegrafisch aus Leipzig nach München, damit dieser dort sein Wirtschaftsprogramm vorstellen könne⁶⁰⁰. Ernst Niekisch hat in einer Tagebucheintragung seinen damaligen Eindruck von Neurath festgehalten:

„. . . ein großer, stattlicher Mann, Glatze, große Stirn, schön geformter Kopf, roter Vollbart, kleine braune Augen, schwach semitischer (wirklich ägyptischer!) Typus; flüssiger, geistvoller, fesselnder Vortrag. . . Die Minister fühlen, daß etwas getan werden muß. Ob Gutes oder Schlechtes, ist vorerst nebensächlich; Hauptsache ist, daß etwas getan werde . . . Neurath brannte – und enthüllte sich als Diktator und Pistolenpolitiker. Jetzt sogleich anstellen – oder ich gehe. Jetzt sofort diese Vollmacht – oder ich hetze Massen auf. Jetzt sofort dieses Gehalt – oder ich werfe

⁵⁹⁶ Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 39; Niekisch, op. cit., 54; Oertzen, op. cit., 237.

⁵⁹⁷ Niekisch, op. cit., 53–57; Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 38–41; siehe auch Otto Neurath, Bayerische Sozialisierungserfahrungen, Wien 1920. Dieses Buch stand dem Verfasser nicht zur Verfügung.

⁵⁹⁸ Mitchell, op. cit., 185, Anm. 14; 292–293; Niekisch, op. cit., 53–56.

⁵⁹⁹ Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage II, 54; ähnlich aaO, Beilage I, 6; und aaO, Nr. 7, 228.

⁶⁰⁰ Mitchell, op. cit., 292–293; Müller-Meinigen, op. cit., 162.

alles weg ... Seine leidenschaftliche, brennende Ungeduld, seine Gier zur ungehemmten Arbeit, sein Schwung, seine Begeisterung machen ihn rücksichtslos, ‚brutal, kühn, frech‘. Vielleicht Genie? Die Minister werden voll Geringschätzung, oft mit Verachtung ... behandelt. Wie gutwillig sie sind: sie tun zuletzt doch alles, was er will ...“⁶⁰¹

Auf Neuraths Betreiben hin und trotz aller persönlichen Antipathie, die ihm Ministerpräsident Hoffmann entgegenbrachte, wurde ein Zentralwirtschaftsrat geschaffen und Neurath als Direktor eingesetzt. Da Hoffmann jedoch bremste und darauf bestand, daß ein Sozialisierungsgesetz nur mit Genehmigung der Regierung und des einzuberufenen Landtags in Kraft treten könne, verschärfen sich die politischen Gegensätze in Bayern noch mehr⁶⁰². Die bürgerlichen Parteien lehnten jegliche Sozialisierungsexperimente ab, während die Linke auf beschleunigte Durchführung drang. Da es offensichtlich war, daß diese Frage dem Landtag vorgelegt werden würde, bestärkte das zweifellos die Bestrebungen der Landtagsgegner, einer Einberufung dieses Gremiums zuvorzukommen. So boten Neuraths Sozialisierungspläne einen zusätzlichen Beweggrund für die Verfechter des Rätegedankens, den Zusammentritt des Landtags am 8. April durch die Proklamierung der Räterepublik am 7. zu verhindern⁶⁰³. Weiterhin wurde die Lage dadurch kompliziert, daß der Zentralrat am 7. April die bayerischen Betriebsräte dazu ermächtigte, sofort alle Wirtschaftszweige des Landes einer vollständigen Kontrolle zu unterwerfen. Jedoch bestätigte am folgenden Tage derselbe Zentralrat Neurath als Sozialisierungskommissar, der sich nun mit den Betriebsräten über die jeweiligen Kompetenzen auseinandersetzen mußte. Um seine eigene Autorität so schnell wie möglich zu festigen, veröffentlichte Neurath in den darauffolgenden Tagen Bestimmungen zur Sozialisierung der Presse und der Bergwerksindustrie. Aber weder er noch die rivalisierenden, von Neurath einfach überspielten bayerischen Betriebsräte, waren imstande, mit diesen und weiteren Maßnahmen in der kurzen Zeit, die der ersten Räterepublik gegeben war, durchgreifende praktische Erfolge zu erzielen⁶⁰⁴.

Dennoch haben die angekündigten und teils in die Wege geleiteten Maßnahmen das Bürgertum schwer beunruhigt. Neurath arbeitete in seinem Zentralwirtschaftsamt mit „Dutzenden von Kontroll-, Nationalisierungs- und

⁶⁰¹ *Niekisch*, op. cit., 56–57; Hervorhebung im Original. Eintragung vom 29. März 1919.

⁶⁰² *Raatjes*, op. cit., 124–125; *Mühsam*, Von Eisner bis Leviné, 39; *Mitchell*, op. cit., 294.

⁶⁰³ Dazu, allerdings etwas überspitzt, *Raatjes*, op. cit., 125–126 ff.

⁶⁰⁴ AaO, 145–148; *Werner*, Die bayerische Räterepublik, 41; *Neubauer*, op. cit., 59; *Beyer*, op. cit., 85–86. Das Dekret über die Sozialisierung der Presse wurde vom Vorstand des Zentralrates, Toller, unterzeichnet; *Beyer*, op. cit., 155. Siehe auch L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 75–76, ein Agentenbericht über eine Betriebsräteversammlung vom 16. April, auf der Neurath mahnte, daß der politische Kampf den Sozialisierungsprozeß nicht aufhalten dürfe und dann nähere Ausführungen darüber machte, was zu tun sei.

Organisationszentralen und Fachräten“ grandiose Sozialisierungserlässe aus und stellte Projekte zur „Sozialisierung der Presse, der Wohnungen [unter Wadlers Regie], der Nahrung, der Bekleidung, der Bildung [Landauer], der Vergnügungen“ auf, die der Öffentlichkeit unterbreitet wurden⁶⁰⁵, und auf Enteignung von Privatbesitz hinzuweisen schienen. Dieser Eindruck wurde noch dadurch verstärkt, daß eine Verfügung über private Bankguthaben die Kontrolle ihrer Eigentümer einschränkte und die Sozialisierung des Bankwesens ankündigte – was allerdings nicht durch Neurath geschah, sondern durch den Volksbeauftragten für Finanzen, Silvio Gesell⁶⁰⁶. Der Verlauf dieser Entwicklung steigerte die Besorgnis des Bürgertums zur Panik, was wiederum den Beschluß der Regierung Hoffmann in Bamberg beeinflußt haben mag, den schon mehrfach erwähnten Umsturzversuch vom 13. April zu unternehmen.

Neurath gelang es an diesem Tage nicht nur, der Verhaftung zu entgehen; er erreichte es auch, daß ihn die neue, kommunistische, Regierung, die am 14. April als „Sieger“ hervorging und die zweite Räterepublik proklamierte, weiterhin als Sozialisierungskommissar beibehielt⁶⁰⁷. Aber auch unter den Kommunisten blieben Neuraths Projekte vornehmlich auf dem Papier. Die Ausrufung eines demonstrativen Generalstreiks, der vom 14. bis zum 23. April dauerte, zusammen mit der notwendig gewordenen militärischen Verteidigung nach außen hin, drängte alle anderen Maßnahmen in den Hintergrund. So blieben die theoretisch enteigneten „vormaligen“ Besitzer und Verwalter weiterhin die tatsächlichen Herren in ihren Betrieben, auch wenn sie ihre Anordnungen gelegentlich von einem Betriebsrat gegenzeichnen ließen, um dessen Geltungsbedürfnis zu befriedigen⁶⁰⁸.

Als am 1. Mai die zweite Räterepublik ihr Ende fand, wurde Neurath verhaftet, vor Gericht gestellt, aber schließlich freigesprochen und in seine österreichische Heimat ausgewiesen⁶⁰⁹. Er behielt den Ruf eines „mit allen Künsten der Demagogie ausgestatteten“ Mannes⁶¹⁰, der sich in Gemeinschaft mit Wadler, Landauer und anderen angemaßt hatte, durch Sozialisierungsmaßnahmen die verbrieften Besitzrechte des Bürgertums zu bedrohen. Liest man die zeit-

⁶⁰⁵ von Müller, Mars und Venus, 320.

⁶⁰⁶ Raatjes, op. cit., 148–151; Müller-Meinungen, op. cit., 167; Niekisch, op. cit., 73; Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 67.

⁶⁰⁷ „Die politische Verfassung des Landes war ihm völlig gleichgültig, er war nur besessen von dem Gedanken, sein Projekt durchzuführen“; Niekisch, op. cit., 54; ähnlich Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 39.

⁶⁰⁸ Raatjes, op. cit., 181–182. Trotz seiner Mitarbeit hatten die Kommunisten damals und später keine gute Meinung von Neuraths Fähigkeiten oder seiner politischen Einstellung; siehe Werner, Die bayerische Räterepublik, 38–42; Beyer, op. cit., 63–64, 85; ähnlich ablehnend Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 38–41.

⁶⁰⁹ Niekisch, op. cit., 54–55. Niekisch trat in Neuraths Prozeß als Hauptzeuge auf. Vgl. dazu aber Werner, Die bayerische Räterepublik, 64, wo der Verfasser behauptet, Neurath sei zu ein und einhalb Jahren Festung verurteilt worden.

⁶¹⁰ Müller-Meinungen, op. cit., 161.

genössischen Berichte aus jenen Tagen, so beziehen sich die wenigen konkreten Details zur „Schreckensherrschaft“ der Rätezeit zumeist auf diese drohende Enteignung allen Besitzes.

Der Ausdruck „Schreckensherrschaft“, sofern er überhaupt berechtigt ist, kann höchstens für die letzte Phase jener so sonderbaren bayerischen Eigenentwicklung während der deutschen Revolutionszeit als Bezeichnung dienen. Denn in der zweiten Räterepublik spitzte sich die wirtschaftliche Lage zu; es herrschten kritische Lebensmittelnot und Bargeldknappheit. Gleichzeitig wurden München und Umgebung – alles, was nach dem 13. April von der „bayerischen“ Räterepublik noch übriggeblieben war – von anrückenden Regierungstruppen aus dem Reich und Nordbayern bedroht. Die sich aus dieser Situation ergebenden Kampfhandlungen verschärften nicht nur die wirtschaftlichen Mißstände innerhalb der belagerten Stadt, sondern veranlaßten die kommunistische Führung, bürgerliche Geiseln zu verhaften⁶¹¹. Während dieses letzten Aktes standen zwei Juden, Ernst Toller und Eugen Leviné, im Vordergrund der politischen Ereignisse, und obgleich sich beide ursprünglich zur Revolution und zum Räteystem bekannt hatten, gingen ihre Ansichten über politische Methoden und Ziele später jedoch so weit auseinander, daß – nach anfänglicher Zusammenarbeit – ein Bruch zwischen ihnen schließlich unvermeidlich wurde.

Ernst Toller wurde am 1. Dezember 1893 in Samotschin, Bezirk Bromberg, geboren. Nach Beendigung seiner Schulzeit in Samotschin und Bromberg nahm er in Grenoble das Studium der Nationalökonomie auf, beschäftigte sich aber schon damals mit literarischen Studien. Bei Kriegsausbruch befand er sich in Frankreich, kehrte jedoch noch rechtzeitig nach Deutschland zurück und trat am 9. August 1914 als Freiwilliger in das 1. Bayerische Fußartillerieregiment ein. Von März 1915 bis Mai 1916 war er an der Front und nahm an den Kämpfen im Priesterwald teil. Im Mai 1916 kam er wieder in die Heimat, da man ihn der Infanterie zur Ausbildung zugewiesen hatte. Dort wurde er im Herbst 1916 zur Fortsetzung seiner Studien beurlaubt – möglicherweise, weil er sich ein Herz- und Nervenleiden zugezogen hatte – und studierte zeitweilig in München und Heidelberg Volkswirtschaft und Jurisprudenz. Sein Interesse an der Politik, das seiner stark negativen Reaktion auf das Fronterlebnis entsprang, machte ihn 1917 zum Mitbegründer des Kulturpolitischen Bundes der Deutschen Jugend, einer kriegsgegnerischen Jugendorganisation in Heidelberg. Als im Januar 1918 in München zur Erzwingung eines Friedensschlusses der Generalstreik ausgerufen und Kurt Eisner, der sich führend daran beteiligt hatte, verhaftet wurde, setzte sich Toller für dessen Freilassung ein, wurde in das Strafverfahren gegen Eisner mitverwickelt, und zog dadurch die Aufmerksamkeit der Militärbehörden auf sich. Er wurde sofort wie-

⁶¹¹ *Mitchell*, op. cit., 318–331; über die Geiseln, siehe unten, S. 296.

der zum Dienst eingezogen und zunächst in militärische Haft genommen. Nach seiner Entlassung, im Frühjahr 1918, wurde er erneut zur Truppe abkommandiert. Er kam jedoch nicht wieder ins Feld, sondern wurde im September oder Oktober aus gesundheitlichen Gründen endgültig aus dem Heeresdienst entlassen⁶¹².

Den 9. November 1918 verbrachte Toller krank in Landsberg⁶¹³ bei seiner Mutter. Als er vom Ausbruch der Revolution erfuhr, reiste er sofort nach Berlin und fragte bei Eisner telegrafisch an, ob er ihm in München helfen könne. Eisners Antworttelegramm drückte Dank aus, enthielt allerdings keine Einladung. Dennoch entschloß sich Toller, umgehend nach München zu fahren, um Eisner zur Seite zu stehen⁶¹⁴. Er wurde von Freunden in den RAR kooptiert, vertrat diesen schon Mitte November als Mitglied des Landesarbeiterrates, wurde am 28. November als Vertreter des Landesarbeiterrates in den Aktionsausschuß des bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates gewählt, rückte zum zweiten Vorsitzenden auf und wurde schließlich am 10. Dezember 1918 auf einer Sitzung der bayerischen Arbeiterräte in den Vollzugausschuß des Zentralarbeiterrates gewählt. An den Verhandlungen des provisorischen Nationalrates nahm er als Mitglied des Landesarbeiterrates teil. Er war Mitglied der USPD⁶¹⁵.

So begann Tollers seltsame politische Laufbahn in der bayerischen Revolutionszeit. Qualifiziert für diese Tätigkeit war er nicht, machte sich darüber aber wohl damals ebensowenig Gedanken wie viele seiner Kollegen. Er war

⁶¹² L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 45, 339, 341–342, 420. Die obige Kurzbiographie beruht auf einem Vergleich der verschiedenen Aussagen, die Toller während seiner Untersuchungshaft im Juni und Juli 1919 zu Protokoll gegeben hat, sowie auch auf einer beigelegten Berichtigung von Einzelheiten durch den verhörenden Beamten. Da Toller anscheinend mit dichterischer Freiheit aussagte, finden sich manche Widersprüche und Ungenauigkeiten in den einzelnen Protokollen. Der Verfasser hat sich bemüht, diese so weit wie möglich klarzustellen, kann aber trotzdem nicht sicher sein, daß alle Aussagen, speziell Tollers Datumsangaben, absolut korrekt sind. Tollers viel später geschriebene Erinnerungen, *Ernst Toller, Eine Jugend in Deutschland*, Hamburg 1963, ursprünglich Amsterdam 1933, sind in dieser Beziehung noch unzuverlässiger, obwohl sie sonst ein anschauliches und echtes Bild seiner grundsätzlichen Haltung während der Kriegs- und Revolutionszeit geben; siehe besonders aaO, 54–78.

⁶¹³ An der Warthe?

⁶¹⁴ L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 342.

⁶¹⁵ AaO, Verh. d. prov. Nationalrates, XIII; aaO, Beilage I, 9; aaO, Beilage III, 128, 194. Diese Zusammenfassung von Tollers diversen Funktionen wird dadurch kompliziert, daß die Terminologie der damaligen Institutionen und Körperschaften weder von Toller noch sonst in der Literatur einheitlich gehandhabt worden ist. So hat Toller behauptet, er sei in den „Zentralrat“ kooptiert worden (L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 342, und *Toller, Eine Jugend in Deutschland*, 82). Gemeint ist aber der Zentralarbeiterrat, der in seiner ursprünglichen Form während der ersten Woche nach dem 7. November 1918 weitgehend mit dem RAR identisch war, aber Mitte November umgeformt wurde. Siehe dazu besonders *Mitchell, op. cit.*, 152–153.

jung, hatte schon ein pazifistisches Drama – *Die Wandlung* – geschrieben und fühlte sich zum „Apostel der Humanität“ berufen. Als Redner liebte er „das große Pathos, die eindrucksvolle Geste und neigte dazu, sich stets, wenn auch in durchaus geschmackvoller Weise, in Szene zu setzen“⁶¹⁶. Ein zeitgenössischer Beobachter hat uns folgende Beschreibung von Tollers öffentlichem Auftreten hinterlassen:

„Hitzig, ekstatisch, mit wilden Gestikulationen und verzerrtem Gesicht schrie er seine Gefühle heraus. Er zitterte wie fiebernd und schäumte auf den Lippen. Ganz schwarz kam er mir vor. Tiefe, dunkle Augen, schwarze, dichte Haare, schöne Augenbrauen und ein etwas gelbliches Gesicht. ‚Ihr Mütter!‘ hub er an – immer wieder – . . . ‚Ihr Brüder und Schwestern!‘“⁶¹⁷

Und viele Jahre später erinnerte sich ein Münchener Bürger an den jungen revolutionären Volksredner:

„. . . der Toller war, wie gesagt, ein etwas zerfahrener – er hat auch keine politische Reife gehabt – er war ein impulsiver Mensch. Wenn er gesprochen hat, ein hinreißender Redner. Aber ein schlechter Politiker.“⁶¹⁸

Neben seiner Teilnahme an den Verhandlungen des provisorischen Nationalrats und der Arbeiterräte fuhr Toller auch als deren Delegierter zu dem Mitte Dezember in Berlin tagenden Allgemeinen Rätekongreß, und begleitete Eisner Anfang Februar 1919 zur Tagung des Internationalen Sozialistenkongresses nach Bern. Diese Geschäftigkeit Tollers darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß er während des Eisnerschen Regimes keine sonderlich hervorragende politische Rolle spielte. Eisner gegenüber war Toller trotz seiner Mitgliedschaft im RAR nicht oppositionell eingestellt. Zudem beschränkten sich zu diesem Zeitpunkt seine Vorstellungen über die politische Zukunft Bayerns auf den Kampf gegen die Bourgeoisie und die Hoffnung auf deren Ablösung durch den Sozialismus, von dem er die „Befreiung des Menschen von aller kapitalistischen, von jeder geistigen Unterdrückung“ erwartete⁶¹⁹.

Nach Eisners Ermordung wurde Tollers Auftreten radikaler, aber er nahm zunächst noch immer keine prominente Führerstellung ein. Dem neugebildeten Zentralrat gehörte er nicht an, blieb jedoch weiterhin Mitglied des Vollzugsausschusses des Zentralarbeiterrates. In dieser Eigenschaft nahm er am bayerischen Rätekongreß teil, von dem er am 6. März als Abgeordneter der USPD, deren Führung in München er nach Eisners Tod übernommen hatte, in den

⁶¹⁶ Niekisch, op. cit., 98.

⁶¹⁷ Graf, op. cit., 475.

⁶¹⁸ Protokolle zur Baierischen Räterepublik, in: Kürbiskern, Literatur und Kritik, hrsg. von Christian Geissler, Friedrich Hitzer, Yaak Karsunke, Hannes Stütz, Manfred Voß, München 1966, 49. Der Sprecher, dessen Bemerkungen 1963 in München auf Tonband aufgenommen wurden, wird nur als „Carl D., Schriftsetzer“ identifiziert. Die Protokolle sind *Tankred Dorst*, Szenen aus Toller, aaO, 22–43, beigelegt.

⁶¹⁹ Verh. d. prov. Nationalrates, Nr. 7, 191.

Aktionsausschuß des Kongresses gewählt wurde⁶²⁰. Während der Verhandlungen sprach sich Toller verschiedentlich gegen die Einberufung des Landtags aus. Er befürwortete das Rätssystem, und war zunächst bereit, es als Provisorium zu akzeptieren. Anfang März kämpfte er im Kongreß heftig, aber vergebens gegen die Nürnberger Vereinbarung, Grundlage zur Bildung der Regierung Hoffmann. So rief er den Genossen von der USPD, die für die Nürnberger Beschlüsse gestimmt hatten, verärgert zu:

„Geht einmal zu Eurem Volke und verantwortet, was Ihr hier geleistet habt, Ihr werdet die Antwort bekommen! . . . Sie wissen nicht, was Sie tun . . . An Euch alle, revolutionäre Sozialisten, richte ich die Mahnung: Tretet in Opposition! . . . Tretet in Opposition, haltet Euch in Bereitschaft und wartet den Augenblick ab, wo wir zur dritten endgültigen Revolution des Sozialismus der Gesinnung, die Sie noch nicht besitzen, schreiten können.“⁶²¹

Obwohl Toller die Regierung Hoffmann ablehnte, setzte er ihr keinen aktiven Widerstand entgegen. Er betrachtete sie als ein Provisorium und war davon überzeugt, daß eine Räterepublik für Bayern die beste politische Lösung sei⁶²². An den ursprünglichen, in Augsburg gefaßten Beschlüssen zu ihrer Errichtung, war er nicht beteiligt. Er hörte davon zuerst in Nürnberg, wo er sich vorübergehend aufhielt, und fuhr dann sofort nach München zurück, um an den entscheidenden Besprechungen teilzunehmen, ohne aber dabei besonders in den Vordergrund zu treten⁶²³. Als am 7. April die Ministerliste der eben proklamierten Räterepublik veröffentlicht wurde, stand Tollers Name nicht darauf. Am selben Abend jedoch, als Ernst Niekisch auf einer Versammlung der bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte seinen Rücktritt als Vorstand des Zentralrates bekanntgab, wurde Toller zu seinem Nachfolger bestimmt. Somit fungierte er technisch als Staatsoberhaupt der ersten Räterepublik⁶²⁴. Denn formell zumindest hatte der Zentralrat den

⁶²⁰ L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 343; *Niekisch*, op. cit., 97; Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 6, 140.

⁶²¹ Sten. Bericht . . . vom 25. Februar bis 8. März 1919, Nr. 8, 199; siehe auch aaO, Nr. 2, 52, und Nr. 5, 109–113 für seine Opposition.

⁶²² L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 343.

⁶²³ Auch hier sind Tollers Angaben, was Daten anbelangt, unzuverlässig, so daß es nicht möglich ist, genau festzustellen, ob er bereits an den Besprechungen vom 4./5. April teilgenommen hat, oder erst an denen vom 6. und 7. April. Er behauptet, erst am 5. April abends in München eingetroffen zu sein (aaO). Jedenfalls war er bei den Besprechungen vom 6. und 7. April bestimmt anwesend.

⁶²⁴ AaO, *Niekisch*, op. cit., 73; *Beyer*, op. cit., 85; *Toller*, Eine Jugend in Deutschland, 91. Der ganze Zeitpunkt dieses Ereignisses ist nicht mit Bestimmtheit festzustellen. Niekisch gibt den Abend des 7. April an, spricht aber von einer letzten Sitzung des Kongresses der A., S. und B.Räte, der tatsächlich nur bis zum 8. März getagt hat. Toller sagte bei seiner Vernehmung aus, daß er „einige Tage später“ zum Vorsitzenden des Zentralrates bestimmt worden sei (L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 343); *Beyer* spricht ebenfalls von „wenigen Tagen“. Die ersten amtlichen Verordnungen jedoch, alle von Toller im Namen des revolutionären Zentralrates unterzeichnet, wurden schon am 8. April veröffentlicht. Siehe *Gerstl*, op. cit., 25 ff.; L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 62, 63, 71.

„Rat der Volksbeauftragten“, wie sich das Ministerkabinett am 7. April nannte, eingesetzt, und war ihm daher übergeordnet⁶²⁵.

Toller, der sein verantwortungsvolles Amt nur widerstrebend angenommen hatte⁶²⁶, veröffentlichte im Namen des Zentralrates eine Anzahl von ihm unterzeichneter Verordnungen über die Neuordnung des Beamtentums, die Einsetzung eines Revolutionstribunals, die Sozialisierung der Presse, der Wohnungen und anderes, und bemühte sich um deren Vollzug⁶²⁷. Aber trotz emsiger Tätigkeit machte er sich keine Illusionen über die Überlebenschancen dieses neuen Staatsgebildes, das nur auf einen kleinen Teil Bayerns beschränkt war und dessen Autorität sogar dort begrenzt blieb. Deshalb beteiligte er sich, mit Landauers Einverständnis sowie der tatkräftigen Unterstützung Niekischs, an geheimen Verhandlungen mit einem Vertreter der Regierung Hoffmann – wahrscheinlich Philipp Löwenfeld – über die Möglichkeiten einer friedlichen Liquidierung des Räteexperimentes⁶²⁸.

Diesen Verhandlungen und damit zugleich auch der ersten Räterepublik wurde durch den Umsturzversuch vom 12./13. April ein Ende gesetzt⁶²⁹. Da Toller während jener Nacht nicht in seiner Pension übernachtet hatte, entging er der Verhaftung. Nach der Vereitelung des Umsturzversuchs und der Machtübernahme durch die Kommunisten stand er vor der Frage, wie er sich zu der neuen Lage stellen sollte. Als Vorsitzender des eigentlich schon nicht mehr bestehenden Zentralrates trat er nach einer etwas gespannten Besprechung mit den neuen Machthabern im Laufe des 13. April zurück. Aber trotz innerer Vorbehalte, und stark von der Nachricht beeinflusst, daß „weiße“ Regierungstruppen gegen München im Anmarsch seien, stellte sich Toller der zweiten Räterepublik zur Verfügung und bekräftigte diesen Entschluß durch einen von Pathos durchdrungenen öffentlichen Aufruf vom 14. April, „An das werktätige Volk Baierns [!]“⁶³⁰.

⁶²⁵ Kolb, op. cit., 349.

⁶²⁶ Niekisch, op. cit., 73.

⁶²⁷ L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 343; Kolb, op. cit., 349–350; Eine Liste der Verordnungen ist abgedruckt in Gerstl, op. cit., 25 ff.; Beyer, op. cit., 155, 171–172.

⁶²⁸ Niekisch, op. cit., 73–74; L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 344 (wo Toller von „einer einflußreichen Persönlichkeit, die ich heute nicht nennen möchte“ spricht); Löwenfeld, op. cit., 359 ff., wo der Verfasser über seine Vermittlungstätigkeit berichtet. Tollers skeptische Haltung geht auch aus der am 7. April abgefaßten und von ihm unterzeichneten „Erklärung der Münchener USPD über den Grund ihrer Beteiligung an der Ausrufung der Räterepublik“ hervor; abgedruckt in Beyer, op. cit., 151.

⁶²⁹ Auf die noch heute ungelöste Frage, ob dieser Versuch der Eigenmächtigkeit des sozialdemokratischen Ministers für militärische Angelegenheiten im Kabinett Hoffmann, Ernst Schnepfenhorst, entsprang, wie Löwenfeld behauptet (Löwenfeld, op. cit., 361–362), oder ob das Unternehmen die volle Billigung Hoffmanns hatte (Raatzjes, op. cit., 165–166), kann im Rahmen dieses Beitrags nicht weiter eingegangen werden.

⁶³⁰ Kopie in L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 72. Über Tollers damalige Stellung und Entscheidung, aaO, Bl. 344–345 und Toller, Eine Jugend in

Gleich Landauer schloß auch Toller sich der kommunistischen Räterepublik mit gemischten Gefühlen an. Aber ungleich Landauer, der die wahre Sachlage klarer und früher sah, blieb Toller bis fast zur letzten Stunde eng mit dem Schicksal des auch ihm verdächtigen Unternehmens verbunden. Eine der ersten Handlungen der neuen Regierung war die Aufstellung einer „Roten Armee“ zur Verteidigung gegen die anrückenden „weißen“ Regierungstruppen⁶³¹. Mit einer Abteilung dieser „Armee“ ritt Toller am Abend des 15. April auf Patrouille gegen den „Feind“, erst nach Allach, dann weiter nach Karlsfeld bei Dachau, wo er von den dort stationierten „Rotgardisten“ – die aber zumeist nicht mit der KPD, sondern mit der USPD sympathisierten – stürmisch begrüßt wurde und sich das Kommando antragen ließ. Er nahm es an, um, wie er später aussagte, dem Chaos entgegenzutreten und vielleicht mit den anrückenden Regierungstruppen Verhandlungen einleiten zu können⁶³². Früh am nächsten Morgen, dem 16. April, fuhr er wieder nach München zurück und sprach am Vormittag kurz auf einer Betriebsräteversammlung. Ein paar Stunden später kehrte er, inzwischen vom kommunistischen Kriegskommissar Rudolf Egelhofer als Abschnittskommandant der 1. (Dachauer) Front bestätigt, wieder nach Karlsfeld zu seiner Truppe zurück. Dort war im Laufe des Tages ein Waffenstillstand mit den anrückenden Regierungstruppen vereinbart worden. Toller setzte sofort nach seiner Rückkehr aus München die Verhandlungen mit den Parlamentären der „weißen“ Truppen fort und versuchte, diese zum Rückzug über die Donau zu bewegen. Im Laufe dieser Verhandlungen feuerten am späten Nachmittag und ohne Tollers Befehl die Geschütze der „Roten Armee“, womit der Waffenstillstand gebrochen war. Tollers Truppen, wieder ohne seinen Befehl oder den seines Vertreters, Gustav Klingelhöfer, gingen zum Angriff über. Toller blieb keine andere Wahl, als mitzugehen, und gegen Abend befand sich Dachau in den Händen der Roten Armee; 4 Offiziere und 36 Mann wurden gefangengenommen, 4 Geschütze erbeutet, und der Gegner gezwungen, sich auf Pfaffenhofen zurückzuziehen. Das war der berühmte „Sieg“ von Dachau, den der 25jährige Amateurpolitiker und nun auch Amateurbefehlshaber Ernst Toller am Nachmittag vor

Deutschland, 96 ff.; *Niekisch*, op. cit., 99. Über seine öffentliche Unterstützung der neuen Regierung siehe auch seine Rede auf der Betriebsräteversammlung vom 13. April nachmittags, L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 68.

⁶³¹ *Beyer*, op. cit., 97–103; siehe auch die ebenfalls sehr tendenziöse Studie von *Rudolf Lindau*, *Revolutionäre Kämpfe 1918–1919*. Aufsätze und Chronik, Berlin [Ost] 1960, 194.

⁶³² L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 345 ff. und *Toller*, *Eine Jugend in Deutschland*, 100–104; *Erich Wollenberg*, *Als Rotarmist vor München*. Reportage aus der Münchener Räterepublik, Berlin 1929, 30–31; *Raatjes*, op. cit., 180. Tollers Gründe klingen nicht überzeugend. Wahrscheinlich nahm er das Kommando an, weil er eben jung war, sich geehrt fühlte und zunächst wohl auch nicht weiter über die möglichen Folgen dieses Schrittes nachgedacht haben mag.

dem Gründonnerstag 1919 über die Truppen der Regierung Hoffmann erfocht⁶³³.

Das Dachauer Gefecht bedeutete für Toller den Höhepunkt seiner kurzen militärpolitischen Laufbahn. Gleich danach begannen seine ersten ernsthaften Auseinandersetzungen mit der kommunistischen Regierung in München, da Toller sich weigerte, deren Befehl auszuführen und die gefangenen Offiziere standrechtlich erschießen zu lassen⁶³⁴. Die darauffolgenden Tage brachten dann weitere Konflikte taktischer und vor allem auch grundsätzlicher Art. Tollers Hauptwidwersacher, den er dann später als der „Namenlose“ in seinem Drama *Masse-Mensch* verewigt hat, war Eugen Leviné-Nissen.

Evgenij Jul'evič Leviné, der sich den Vornamen seines Schwiegervaters, Nissen, als *nom de guerre* zugelegt hatte, wurde am 9. oder 10. Mai (21. oder 22. alter Zeitrechnung) 1883 als Sohn jüdischer Eltern in St. Petersburg geboren. Nach dem frühen Tode seines Vaters nahm die Mutter ihn erst in die Schweiz, dann nach Deutschland, wo er in Wiesbaden das Gymnasium absolvierte. 1902 oder 1903 begann er, in Heidelberg Jura zu studieren, setzte 1904 sein Studium in Berlin fort, unterbrach es aber im folgenden Jahre, um sich an der in Rußland ausgebrochenen Revolution zu beteiligen. Von diesem Zeitpunkt an blieb er bis zu seinem Tode aktiv in der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung tätig. Nach wiederholter längerer Inhaftierung in Rußland kehrte er 1908 nach Deutschland zurück, ging vom Studium der Jurisprudenz zu dem der Nationalökonomie über und erwarb 1914 auf diesem Fachgebiet den Dokortitel. 1913 erlangte er in Baden die deutsche Staatsangehörigkeit. Während des Krieges diente er unter anderem als Dolmetscher in einem russischen Gefangenenlager, wurde aber 1916 als kriegsdienstuntauglich aus dem Heer entlassen und mußte sich mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen. 1918 arbeitete er in Berlin für die russische Nachrichtenagentur ROSTA als Redakteur und Übersetzer. Daneben blieb er aber politisch weiterhin aktiv, trat nach ihrer Gründung der USPD bei, und schloß sich ihrem linken Flügel, der Spartakusgruppe, an. Nach Ausbruch der Revolution in Deutschland arbeitete er politisch für Spartakus im Ruhrgebiet, wo er besonders in Düsseldorf unter den aus dem Felde zurückströmenden Truppen eine lebhaftige Agitation betrieb. Am 3. Dezember hielt er auf der ersten großen Versammlung des Spartakusbundes in Essen die Hauptrede und nahm Mitte des Monats als USPD-Vertreter für Essen an den Verhandlungen des Allge-

⁶³³ L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 77, 84, 85, 89, 93, 345; *Toller*, Eine Jugend in Deutschland, 104–106; *Wollenberg*, op. cit., 33–40; *Raatjes*, op. cit., 201–202. Nach *Löwenfeld*, op. cit., 384–385, war es wieder Philipp Löwenfeld, der am Nachmittag des 16. April mit Toller während des Waffenstillstands verhandelt hat. Löwenfeld hat auch angegeben, daß Klingelhöfer während dieser Zeit zu Unrecht für einen Juden gehalten wurde (aaO, 372). Siehe dazu *Müller-Meinigen*, op. cit., 224, und dessen Beschreibung des nur als „G. K.“ identifizierten Häftlings.

⁶³⁴ *Toller*, Eine Jugend in Deutschland, 106; *Raatjes*, op. cit., 202.

meinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands in Berlin teil. Auf dem Gründungsparteitag der KPD zwei Wochen darauf sprach er sich für den Ausbau des Betriebsrätesystems aus und stimmte mit der Mehrheit gegen eine Teilnahme der Partei an den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Während der Januarkämpfe in Berlin war er bis zur Rückeroberung des *Vorwärts*-Gebäudes durch die Regierungstruppen Chefredakteur des *Roten Vorwärts* und ging nach dem Zusammenbruch des Aufstandes im Auftrag der KPD-Zentrale nach Braunschweig und Oberschlesien. Nachdem er dort die Aufträge der Partei erfüllt hatte, unternahm er den Versuch, von sich aus als Vertreter der ROSTA – und somit als unabhängiger, nicht stimmberechtigter Beobachter – am Gründungskongreß der Komintern in Moskau teilzunehmen, kam aber nicht über die Grenze und kehrte nach Berlin zurück. Anfang März schickte ihn die Parteizentrale nach München mit der Aufgabe, den dortigen „anarchistischen“ Bestrebungen der unter Max Leviens Führung stehenden kommunistischen Ortsgruppe entgegenzuwirken⁶³⁵.

Man hat Leviné in der Literatur über die Endphase der bayerischen Revolution immer wieder als „russischen Bolschewisten“ und als „Schwager Max Leviens“ bezeichnet⁶³⁶. Beides ist unrichtig. Mit Levien hatte er nur die Mit-

⁶³⁵ Der obige Abriss von Levinés Laufbahn bis zu seiner Münchener Mission stützt sich auf die folgenden Belege: *Paul Werner* (Paul Frölich), Eugen Leviné, Berlin 1922; *Neubauer*, op. cit., 66–67; *Kolb*, op. cit., 219, 307, 313; *Mitchell*, op. cit., 307–308; *Raatjes*, op. cit., 111–116; *Rosa Leviné*, Aus der Münchener Rätezeit, Berlin 1925, 7 ff. und passim; und *Gerhard Schmolze*, Eugen Leviné-Nissen, Israelit unter den jüdischen Dissidenten der bayerischen Revolution, in: *Emuna. Blätter für christlich-jüdische Zusammenarbeit*, IV (Oktober 1969), 329–336. Daß Leviné nicht als Delegierter der KPD, sondern als Vertreter der ROSTA zum Gründungskongreß der Dritten (kommunistischen) Internationale nach Moskau wollte, beruht auf Mitteilungen von Levinés Witwe, Frau Rosa Meyer-Leviné, London (Interview am 23. Februar 1970, sowie ihr Brief vom 26. Februar 1970). Als geborener Russe und Veteran der revolutionären Bewegung von 1905 schien er besonders gut dafür geeignet, die junge KPD in Moskau zu repräsentieren, und sowohl Rosa Luxemburg wie Leo Jogiches versuchten, Leviné dahingehend zu beeinflussen. Anders als Hugo Eberlein, der dann schließlich allein die KPD in Moskau vertreten sollte, verweigerte Leviné aber das Angebot, weil er im Gegensatz zu Rosa Luxemburg und Jogiches für die sofortige Gründung einer kommunistischen Internationale war und seine Partei in Moskau nicht mit einem „gebundenen Mandat“ vertreten wollte, welches ihn dazu gezwungen hätte, gegen die Gründung der Komintern zu stimmen. – Über die verworrenen, sich oft widersprechenden und teils auf sehr zweifelhaften Quellen beruhenden Versionen, wann und wie die Parteileitung Delegierte für den Gründungskongreß der Komintern bestimmte, und zu Levinés Rolle in diesem Zusammenhang siehe z. B. *Franz Borkenau*, *The Communist International*, London 1938, 161–162; *Julius Braunthal*, *Geschichte der Internationale*, 2. Band, Hannover 1963, 182; *Flechtheim*, op. cit., 57; *Nettl*, op. cit., II, 783. Über Rosa Luxemburgs gleichfalls strittige Stellungnahme zur geplanten Gründung einer kommunistischen Internationale überhaupt siehe, neben der oben angegebenen Literatur, vor allem *Hermann Weber* (Hrsg.), *Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien*, Frankfurt-Wien 1969, 30–33 nebst Anmerkungen.

⁶³⁶ *Karl*, op. cit., 247; *Müller-Meinigen*, op. cit., 192–193, einschl. Anmerkun-

gliedschaft in der KPD und die Ähnlichkeit des Namens gemeinsam, wobei schon festgestellt wurde, daß Levien gar kein Jude war, allerdings dafür gehalten wurde. Beide waren sie überdies deutsche, wenn auch naturalisierte, Staatsangehörige, die während des Krieges im deutschen Heere gedient hatten. Es trifft auch nicht zu, daß Leviné ein „russischer Bolschewist“ gewesen ist. Er hatte sich 1905 in Rußland der antizaristischen Sozialrevolutionären Partei, deren Ziel ein russischer Sozialismus war, angeschlossen. Seit dieser Zeit unterhielt er, soweit sich das feststellen läßt, mit Ausnahme seiner kurzfristigen russischen Kontakte in der ROSTA und bis Anfang November 1918 mit der russischen Botschaft, keinerlei engere Verbindung zu Rußlands revolutionären und besonders zu den bolschewistischen Führern⁶³⁷. In seiner Einstellung zu grundlegenden Fragen revolutionärer Theorie stand er weitgehend Rosa Luxemburgs politischen Gedankengängen nahe und teilte vor allem ihr starkes Vertrauen in die revolutionäre Rolle der Massen⁶³⁸. Das hat ihn aber nicht daran gehindert, ihr in wenigstens zwei wesentlichen Fragen der politischen Taktik entgegenzutreten: in der Debatte über den Austritt aus der USPD und damit der Frage der Bildung einer eigenen Partei im Dezember 1918, wie kurz darauf in der Debatte über die Stellung der neuen Partei zu den Wahlen für die deutsche Nationalversammlung während des Gründungsparteitags der KPD. Beide Male vertrat Leviné den Standpunkt der Parteimehrheit gegenüber Rosa Luxemburg und Jogiches, die mit ihren Argumenten nicht durchdrangen. Aber trotz seiner Opposition zu Rosa Luxemburg in Fragen der Taktik, trotz seiner starken Bewunderung für Lenin und dessen Führereigenschaften, und obwohl auch kaum ein Zweifel darüber besteht, daß die Beispiele der russischen Oktoberrevolution und der ungarischen Räterepublik Bela Kuns im Frühjahr 1919 Leviné und seine Gefolgsleute in der Absicht bestärkt haben, in Bayern eine kommunistische Räterepublik zu errichten⁶³⁹, besteht kein Anlaß, ihn deswegen zum überzeugten Anhänger der

gen; *Neubauer*, op. cit., 69, und Ursachen und Folgen, III, 126, Anm. 3, sprechen von den „Schwägern“; *Volkmann*, Revolution über Deutschland, 221; und *Georg Franz*, Munich: Birthplace and Center of the National Socialist German Workers' Party, loc. cit., 322. Zu Leviens „jüd. Abst.“ siehe oben, S. 242, Anm. 437.

⁶³⁷ Siehe dazu *Mitchell*, op. cit., 308; *Neubauer*, op. cit., 47, 67–69; *Raatjes*, op. cit., 174–175, Anm. 97. Auf dem Gründungsparteitag der KPD, an dem Leviné aktiv beteiligt war, zog er wie auch Levien die Aufmerksamkeit Karl Radeks auf sich (*Raatjes*, op. cit., 115). Es ist allerdings sehr zweifelhaft, ob diese kurze Begegnung irgendwelchen weitgehenden Einfluß auf Leviné ausgeübt hat. Vgl. dazu aber *Werner*, Eugen Leviné, 21–24, wo Leviné schlankweg und ohne weiteren Kommentar als Bolschewist bezeichnet wird. Frau Meyer-Leviné zufolge hatte Leviné bis zur Ausweisung Joffes mit der russischen Botschaft häufigen und engen Kontakt (Interview am 23. Februar 1970).

⁶³⁸ *Raatjes*, op. cit., 115–117.

⁶³⁹ *Neubauer*, op. cit. 96 und passim; allerdings ist Neubauers Studie weder frei von Irrtümern, noch sind seine Argumente durchweg überzeugend. Im übrigen sind ja auch die Januarkämpfe in Berlin und die diversen revolutionären Bewegungen

Bolschewisten zu stempeln oder ihn einen „Jünger Moskaus“⁶⁴⁰ zu nennen.

Leviné nahm am 5. März 1919 seine Tätigkeit in München auf. Er fand dort eine undisziplinierte, anarchistisch beeinflusste kleine Ortsgruppe vor und widmete sich zunächst der Aufgabe, die Münchener KPD zu reorganisieren. Am Ende des Monats hatte er fast alle bisherigen Mitglieder der Münchener Parteiführung ihrer Posten enthoben; nur Max Levien und ein weiterer Genosse blieben, wobei aber Leviens Einfluß sehr eingeschränkt wurde. Leviné forderte ebenfalls alle Mitgliedskarten der Parteigenossen an, prüfte sie, und gab sie nur an diejenigen zurück – ungefähr 2900 –, die sich als zuverlässige Kommunisten bewährt hatten. Dem bisherigen engen Kontakt der Partei mit Mühsam und seinen anarchistischen Freunden setzte Leviné ein Ende. Gemäß seiner Überzeugung, daß eine kommunistische Beeinflussung der Betriebsräte eine wesentliche Vorbedingung jeglicher revolutionären Aktion sei, gab er die Anweisung, möglichst viele kommunistische Zellen in den Münchener Fabriken zu bilden⁶⁴¹. Außerdem redigierte er seit Mitte März die Münchener *Rote Fahne*, deren Ton er zunächst gemäßigt hielt, teils wegen der situationsbedingten Schwäche der Partei, teils aber auch, weil er am 18. März von der Berliner Parteizentrale, deren Führung nach Leo Jogiches' Ermordung auf Paul Levi übergegangen war, strenge Anweisung erhalten hatte, unter keinen Umständen bewaffnete Aktionen der Partei zuzulassen, besonders nicht gegen Regierungstruppen⁶⁴².

Drei Wochen lang hielt sich Leviné an diese Anweisung und „bremste“ im Auftrag der Parteizentrale. Es gelang ihm aber nicht immer, Disziplinverstöße in den eigenen Reihen zu verhindern, da die fortschreitende Radikalisierung in München ihre Wirkung auch auf die kommunistische Gefolgschaft ausübte⁶⁴³. Aber das weitaus schwierigste Problem, mit dem er sich auseinander-

in anderen Teilen Deutschlands während der ersten Monate des Jahres 1919 unabhängig von Rußland und seiner politischen Führung ausgetragen worden. – Was Levinés Gegensatz zu Rosa Luxemburg und Jogiches in der Frage des geeigneten Zeitpunkts der Parteibildung anbetrifft – Leviné widersetzte sich im Dezember 1918 jeglicher weiteren Verzögerung des Austritts der Spartakusgruppe aus der USPD zwecks Gründung einer selbständigen, d. h. kommunistischen, Partei – stützt sich der Verfasser ebenfalls auf eine Mitteilung von Frau Meyer-Leviné (siehe oben Anm. 635).

⁶⁴⁰ *Volkmann*, Revolution über Deutschland, 221.

⁶⁴¹ *Mitchell*, op. cit., 308; *Raatjes*, op. cit., 117–119.

⁶⁴² Über diese Anweisung siehe *Mitchell*, op. cit., 308, einschl. Anm. 5, und *Raatjes*, op. cit., 120. Für eine kurze Bewertung der kommunistischen Politik jener Tage siehe *Kolb*, op. cit., 336–338; aus kommunistischer Sicht, *Beyer*, op. cit., 65 ff. und passim; *Rosa Leviné*, op. cit., 9–10 ff.

⁶⁴³ *Kolb*, op. cit., 338; *Rosa Leviné*, op. cit., 9 ff.; dazu trug besonders die Nachricht über die am 20. März in Ungarn ausgerufene Räterepublik bei; *Neubauer*, op. cit., 46. Zu dieser und der Rolle der Juden siehe neuerdings *Istvan Deak*, Budapest and the Hungarian Revolutions of 1918–1919, in: *The Slavonic and East European Review*, XLVI, Nr. 106 (Januar 1968), 129–140.

zusetzen hatte, war die Stellung seiner Partei zur ersten Räterepublik. Wie schon gezeigt worden ist, verweigerte Leviné die kommunistische Beteiligung an dieser „Scheinräterepublik“ mit dem Argument, daß der Zeitpunkt ihrer Proklamierung verfrüht und daher ungünstig sei. Das war jedoch nicht der wirkliche Grund. Vielmehr war Leviné einfach nicht bereit, sich an einem Unternehmen zu beteiligen, an dem die SPD ursprünglich mitgearbeitet hatte und dessen Führung nach dem Ausscheiden dieser Partei am 7. April in den Händen der USPD und der Anarchisten lag. Wenn die Kommunisten sich beteiligt hätten, wären sie folglich in der Minorität gewesen. Leviné aber wollte die uneingeschränkte Vormachtstellung seiner Partei in einer zu errichtenden Räterepublik – oder er spielte nicht mit. Da er diese Vormachtstellung während der Unterhandlungen vom 4. und 6. April nicht erreichte (und auch nicht einmal erhoffen konnte), beschloß er trotz Drängens auf Beteiligung innerhalb der eigenen Reihen, sich zurückzuhalten. Zugleich aber leitete er mit Hilfe konzentrierter Agitation der von kommunistischen Zellen durchgesetzten Betriebsräte Münchens Schritte ein, die schwache Regierung der „Scheinräterepublik“ zu unterminieren, um dadurch eine kommunistische Machtübernahme vorzubereiten. Entsprechende Pläne wurden am 9. April diskutiert, ihre Ausführung jedoch höchstwahrscheinlich zunächst deshalb unterlassen, weil Leviné inzwischen erfahren hatte, daß seitens der Räteregierung Verhandlungen mit Hoffmann in Bamberg angebahnt worden waren. Da solche Verhandlungen die Gefahr einschlossen, das ganze Abenteuer der Räterepublik ein für allemal zu beenden, fand es Leviné aus taktischen Gründen angebracht, erst einmal völlig umzuschwenken, um die „Scheinräterepublik“ nicht durch kommunistische Angriffe von innen heraus in die Arme der Regierung Hoffmann zu treiben. Folglich suchte er die Volksbeauftragten dadurch zu ermutigen, daß er ihnen am 10. April zwar nicht die Mitarbeit seiner Partei, aber doch deren Unterstützung anbot, wobei er diesen Schritt mit dem Hinweis auf einen drohenden Angriff der „weißen Garden“ begründete⁶⁴⁴.

Levinés politische Chance kam am Palmsonntag, als die Regierung Hoffmann den Versuch unternahm, die erste Räterepublik durch einen Aufstand der sozialdemokratisch gesinnten Münchener Bürgerwehr zu stürzen. Der Coup, der zu blutigen Zusammenstößen vor dem Münchener Hauptbahnhof und in anderen Stadtteilen führte, wurde unter kommunistischer Leitung vereitelt. Am Abend des 13. April war die Münchener KPD im Besitz der Macht und proklamierte am folgenden Tage die zweite Räterepublik, deren Führung in

⁶⁴⁴ Kolb, op. cit., 338–339, 348–349; Mitchell, op. cit., 309–310, 312–313; vgl. dazu Beyer, op. cit., 89–90. Für die Verhandlungsbereitschaft der Räterepublik, Niekisch, op. cit., 73–74. Neubauer, op. cit., 60–63, nimmt mit seiner Interpretation eine Zwischenstellung ein, da er das kommunistische Argument, die Partei habe ihre Unterstützung angeboten, um Bayern gegen Angriffe von außen zu beschützen, als berechtigt anerkennt. Ähnlich Raatjes, op. cit., 156–163.

den Händen eines aus vier Mitgliedern bestehenden Vollzugsrates lag, mit Leviné an der Spitze ⁶⁴⁵.

Warum war Leviné, der noch eine Woche vorher die erste Räterepublik als verfrüht abgelehnt hatte, am 13. April dazu bereit, die Verantwortung zur Errichtung einer zweiten zu übernehmen? Gebessert hatte sich an den äußeren Umständen nichts ⁶⁴⁶. Im Gegenteil, die wirtschaftliche, militärische und auch die politische Lage war seit dem 7. April unhaltbar geworden. Die Massen, die nach Levinés Meinung am 7. April zum Aufbau einer Räterepublik noch nicht genügend Reife besessen hatten, waren sechs Tage darauf immer noch gespalten. Nur dadurch, daß sie am 13. April die Gelegenheit des SPD-Putsches beim Schopf genommen hatten, waren die Kommunisten in der Lage, überhaupt an die Macht zu kommen. Keinesfalls hatte sie eine spontane Massenbewegung nach oben gespült ⁶⁴⁷. Seine Antwort zu dieser Frage hat Leviné später vor Gericht gegeben. Er habe, sagte er, am 13. April vor einer schweren Entscheidung gestanden. Die Situation, in der sich die Kommunisten befunden hätten, sei nicht von ihnen geschaffen worden. Aber seine Vorgänger seien entweder verhaftet worden oder geflohen, der Einmarsch der Regierungstruppen habe das Proletariat bedroht. Somit habe er, Leviné, an jenem Tage die schwere Verantwortung auf sich genommen, in der Stunde der Gefahr das Proletariat nicht im Stich zu lassen ⁶⁴⁸.

Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, hier kurz Levinés Stellung mit derjenigen Rosa Luxemburgs während der Berliner Januarkämpfe zu vergleichen. Wie Leviné, befand auch Rosa Luxemburg sich damals in einer Zwangslage; wie er, glaubte auch sie, das Proletariat nicht im Stich lassen zu dürfen. Dennoch besteht ein entscheidender Unterschied zwischen der Haltung dieser beiden kommunistischen Führer. Denn während Rosa Luxemburg durch den Gang der Ereignisse und besonders durch die Eigenwilligkeit Liebknechts in ein Unternehmen hineingezogen wurde, das sie lieber vermieden hätte und dem sie mißtraute, hatte Leviné entgegen seinen von der Parteizentrale erhaltenen Anweisungen in München die Initiative ergriffen, obwohl er gewußt haben muß, wie verschwindend gering die Chancen, sich zu behaupten, auf die Dauer waren ⁶⁴⁹. Die Tatsache, daß er trotz der in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht verzweifelten Lage das Leben der Einwohner Münchens, insbesondere der zum Kampfe aufgerufenen Arbeiter,

⁶⁴⁵ Kolb, op. cit., 350.

⁶⁴⁶ Raatjes, op. cit., 171.

⁶⁴⁷ Dazu Mitchell, op. cit., 319–322.

⁶⁴⁸ Raatjes, op. cit., 172, der das Protokoll der Verhandlungen zitiert. Ähnliche Argumente wurden späterhin auch von kommunistischen Historikern angeführt; siehe besonders Beyer, op. cit., 92–93. – Siehe ebenfalls Neubauer, op. cit., 64, der sich mit der kommunistischen Deutung kurz auseinandersetzt.

⁶⁴⁹ Siehe dazu die Diskussion zwischen Paul Levi, der seit Leo Jogiches' Ermordung am 10. März 1919 die Partei führte, und Paul Werner (Paul Frölich), in Münchener Erfahrungen, I, in: Die Internationale, I (4. August 1919), 8, und Die Kehrseite, aaO, 12–13, zit. in Raatjes, op. cit., 173–174.

aufs Spiel setzte, führte schließlich zu einem offenen Konflikt zwischen ihm und Ernst Toller.

Leviné hatte schon am Tage nach der Einnahme Dachaus den abwesenden Toller auf einer Betriebsräteversammlung scharf angegriffen, indem er ihm vorwarf, er sei ohne Wissen und gegen den Willen des Vollzugsrates mit den weißen Garden in Verhandlung getreten⁶⁵⁰. Zwei Tage später, am 19. April, kam Toller von der Front nach München, um diesmal persönlich an einer weiteren Betriebsräteversammlung teilzunehmen. Dort erklärte er, daß man seiner Überzeugung nach von Dachau aus hätte weiter vorstoßen müssen, um ganz Südbayern zu besetzen, was dank der Einstellung der Bevölkerung dieser Gegenden ohne Blutvergießen hätte erreicht werden können. Er habe strengste Order gegeben, kein Dorf durch Artillerie zu beschießen. Nun sei ihm aber der Befehl zugegangen, keinen Vorstoß zu unternehmen. Da man ihm nicht zu trauen scheine, bitte er darum, ihm eine Kontrollkommission zum Generalstab nach Dachau zu senden, damit weitere Mißverständnisse in Zukunft vermieden werden könnten⁶⁵¹. Dieser Bitte nach einer Kontrollkommission gab die Versammlung statt. Toller ging mit dieser Kommission an die Front zurück und überredete wohl noch auf dem Wege ihre Mitglieder dazu, ihn bei weiteren Verhandlungen mit den gegnerischen Truppen zu unterstützen. Das geschah auch, aber ohne jeglichen Erfolg, da Hoffmann sich weigerte, mit „Hochverrätern“ zu verhandeln und ihre sofortige und unbedingte Unterwerfung verlangte⁶⁵². Wie nicht weiter verwunderlich, drangen Berichte über diese Verhandlungen nach München, so daß Leviné Toller am 20. und 21. April wiederum wegen der befehlswidrig fortgesetzten Verhandlungen mit dem Feind öffentlich zurechtwies. Von seinem dann am folgenden Tage, dem 22. April, unternommenen Versuch, Toller als militärischen Abschnittskommandanten abzusetzen, mußte er jedoch Abstand nehmen, weil dieser Schritt bei den Truppen, bei denen Toller sich großer Beliebtheit erfreute, auf Widerstand stieß⁶⁵³.

Im Laufe der folgenden Woche erfuhr Toller Einzelheiten über die Situation in München, die ihn beunruhigten. Im besonderen verurteilte er solche Maßnahmen der Levinéschen Führung wie den „fortdauernden Generalstreik mit seinen schweren Schädigungen, die Eingriffe in das Bankwesen, die Geiselfestsetzungen, insbesondere von Leuten wie Krankenhausärzten und ähnlichen politisch vollständig gleichgültigen und auf ihren Posten notwendigen Personen; die Handhabung der Requisitionen, die unkontrollierte Befugnis

⁶⁵⁰ L. of C., Rehse, Mapped 420, Akte Toller, Bl. 78–79.

⁶⁵¹ AaO, 84–85; *Gerstl*, op. cit., 87; *Toller*, Eine Jugend in Deutschland, 108, führt aus, daß die Münchener Kommunisten den Unabhängigen an der Front nicht getraut haben. Das dürfte der Fall gewesen sein.

⁶⁵² L. of C., Rehse, Mapped 420, Akte Toller, Bl. 345; *Wollenberg*, op. cit., 52; *Werner*, Die bayerische Räterepublik, 51–52; *Raatjes*, op. cit., 202 ff.

⁶⁵³ L. of C., Rehse, Mapped 420, Akte Toller, Bl. 87, 88, 345, 347.

zu Verhaftungen durch jede Sektion, das Einbringen unzuverlässiger und zweifelhafter Persönlichkeiten in die Regierungsstellen, usw.“⁶⁵⁴.

Zu denen, die Toller als „unzuverlässige und zweifelhafte Persönlichkeiten“ bezeichnet hatte, gehörte auch Towia Axelrod, der einzige jüdische Kommunist an führender Stelle in Bayern, der tatsächlich Russe war. Towia, ein Neffe des russischen Menschewiken Paul Axelrod, hatte sich 1905 ebenfalls an der Revolution in Rußland beteiligt, floh dann in die Schweiz und kehrte erst 1917 wieder nach Rußland zurück. Im Juli 1918 wurde er Direktor der ROSTA in Berlin, wo er mit Leviné zusammentraf. Als die ROSTA im November 1918 aufgelöst wurde, versuchte er, mit seiner Frau nach Rußland zurückzukehren, wurde aber an der Schweizer Grenze zuückgewiesen. So mußte er vorerst in Deutschland bleiben, wo er sich dann auch in Stuttgart als Kommunist betätigte. Er wurde schließlich verhaftet und in der Nähe von München interniert, dort aber am 7. April von der neuen Räteregierung freigelassen. Nach der kommunistischen Machtübernahme am 13./14. April wurde Axelrod, da Leviné ihn kannte, zum politischen Kommissar für Finanzen ernannt und damit dem Volksbeauftragten für Finanzen, dem Unabhängigen Emil Männer, quasi als Aufpasser zur Seite gestellt.⁶⁵⁵ Da die finanzielle Lage der Räterepublik äußerst kritisch war, hatte Männer bereits am 16. April drastische Maßnahmen ergriffen, um die Regierung in den Besitz von Bargeld zu bringen⁶⁵⁶. Er hatte die Bevölkerung aufgefordert, das in Bankschließfächern aufbewahrte Bargeld an die Regierung abzuliefern. Demgemäß wurden alle Schließfächer am 17. April in Gegenwart der Eigentümer und unter Beaufsichtigung einiger Betriebsräte von Bankbeamten geöffnet und untersucht. Die gefundenen Barbeträge wurden dem einzelnen auf ein Konto gutgeschrieben und jedem eine mit Männer's Unterschrift versehene Quittung ausgestellt. Es handelte sich also nicht um Beschlagnahme, sondern um Zwangsanleihen, die der Volksbeauftragte für Finanzen mit seiner Unterschrift deckte. Da beschloß der Vollzugsrat am 26. April auf Anraten Axelrods die Konfiszierung aller in den Schließfächern befindlichen privaten Wertgegenstände, einschließlich Schmuck. Zwar hatte Männer am selben Tage von sich aus weitere, sehr einschränkende „Ergänzungsbekanntmachungen für den Geldverkehr“ veröffentlicht⁶⁵⁷, die aber anscheinend dem Vollzugsrat nicht weit genug gingen⁶⁵⁸.

Noch bevor er von diesem letzten Beschluß des Vollzugsrates und Axelrods Kenntnis erhalten haben konnte, hatte Toller am frühen Morgen des

⁶⁵⁴ AaO, 347. Fehler im Original.

⁶⁵⁵ Raatjes, op. cit., 185–187; Neubauer, op. cit., 85; Mitchell, op. cit., 326.

⁶⁵⁶ Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte [Münchens], Nr. 5 (18. April 1919); Einzelheiten auch in Raatjes, op. cit., 188–190.

⁶⁵⁷ Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte [Münchens], Nr. 13 (26. April 1919).

⁶⁵⁸ Raatjes, op. cit., 212.

26. April auf Grund der Berichte, die ihn aus München ereilten, seine Rücktrittserklärung als Abschnittskommandant durch Kurier den Münchener Betriebsräten zugesandt. Seinen Entschluß begründete er mit den Worten, er betrachte

„die jetzige Regierung . . . als ein Unheil für das werktätige Volk Baierns [!]. Die führenden Männer bedeuten für mich eine Gefahr für den Rätegedanken. Unfähig, auch nur das geringste aufzubauen, zerstören sie in sinnloser Weise. Sie unterstützen hieße für mich, die Revolution und die Räterepublik gefährden. Das furchtbarste ist, daß das werktätige Volk über die wahren Vorgänge völlig in Unkenntnis gelassen wird . . . 26. April, früh 1:35.

Gez. Toller.“ ⁶⁵⁹

Dieses Schreiben, dem sich auch sein militärischer Stellvertreter, Gustav Klingelhöfer, anschloß, wurde am Abend des 26. April auf einer weiteren Betriebsräteversammlung im Münchener Hofbräuhaus verlesen. Der Verlesung folgte eine mündliche Rücktrittserklärung von Männer, Tollers Parteigenossen, der Leviné und Axelrod vor den versammelten Räten der Absicht des politischen Diebstahls bezichtigte, wobei er auf die geplante Beschlagnahme der privaten Wertgegenstände in den Bankfächern hinwies. Dann forderte Männer die Betriebsräte auf, einen neuen Aktionsausschuß und Vollzugsrat zu wählen ⁶⁶⁰.

Da die Versammlung vorzeitig unterbrochen wurde, kam es an diesem Abend zu keiner Entscheidung. Die Unterbrechung folgte einer Meldung, daß fünfzig Pässe aus dem Polizeipräsidium entwendet worden seien. Dies war auf Anordnung Levinés geschehen, um im Falle eines Einmarsches von Regierungstruppen die Flucht der kommunistischen Funktionäre aus München zu sichern. Zwar war Levinés Urheberschaft dieser Anordnung den Betriebsräten an diesem Abend nicht bekannt, aber sie vermuteten doch, daß er dahinterstand ⁶⁶¹. Das zeigte sich am folgenden Nachmittag, dem 27. April, als in einer weiteren Versammlung die am Vorabend von Männer erhobene Forderung mit großer Mehrheit von den Betriebsräten angenommen wurde, worauf Levinés kommunistische Regierung zurücktrat.

⁶⁵⁹ Mitteilungen . . . Nr. 15 (29. April 1919); die orthographischen Fehler im Original. Abgedruckt auch in *Wollenberg*, op. cit., 112–113.

⁶⁶⁰ *Gerstl*, op. cit., 105; *Raatjes*, op. cit., 213.

⁶⁶¹ *Raatjes*, op. cit., 214–215 und Anm. 95; vgl. dazu *Rosa Leviné*, op. cit., 56–57. Dies und die Tatsache, daß sich Leviné beim Einmarsch der Regierungstruppen versteckt hielt, in der Hoffnung, aus München zu fliehen, wurde ihm vom Staatsanwalt als Feigheit ausgelegt. Daß Leviné kein Feigling war, hat er wohl sein ganzes Leben lang bis zur Hinrichtung bewiesen. Die Sicherstellung der Führer nach einer politischen Niederlage war und ist kommunistische Parteipraxis. Nach dem mißglückten bolschewistischen Coup vom 16. bis 18. Juli 1917 in Rußland floh Lenin nach Finnland, und der größte Teil der deutschen KPD-Führerschaft setzte sich nach dem 30. Januar 1933 ins Ausland ab. Der konventionelle Ehrenkodex der von ihnen bekämpften „kapitalistischen“ Gesellschaft wird von den Kommunisten abgelehnt, weil im Klassenkampf geschulte Funktionäre zu wertvoll sind, um einer Konvention wegen leichtthin geopfert zu werden.

Während dieser Versammlung kam es zu einer letzten öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Toller und Leviné. Es war ein Wortgefecht, das auf politischen Ruinen zwischen zwei Männern ausgetragen wurde, die grundverschiedenen Idealen nachgingen: Toller, der von einer „Diktatur der Liebe, nicht des Hasses“, träumte, und Leviné, der, ohne das damit zweifellos verbundene Blutvergießen zu scheuen, auf Verteidigung der kommunistischen Diktatur in München bestand⁶⁶². Dennoch war Leviné im Grunde kein Gewaltmensch. Kränklich und sensitiv als Kind, war er als junger Mann aus tiefstem sozialen Mitgefühl zur revolutionären Bewegung gestoßen. Wie stark er die Leiden anderer mitempfand, geht aus seinen Kurzgeschichten hervor, die er als Häftling in Rußland schrieb, und die nach seinem Tode veröffentlicht wurden⁶⁶³. 1919 in München widmete er seine ganze Kraft der von ihm als notwendig angesehenen Aufgabe. Er bereicherte sich nicht, wie das einige seiner Genossen getan haben, sonnte sich auch nicht im Applaus der Massen, wie Leviné es zu tun pflegte⁶⁶⁴. Leviné war eben überzeugter Kommunist, ein Idealist, und ein guter Organisator. Aber wie so mancher Idealist geriet auch er in eine tragische Verstrickung: er verdrängte aus Liebe zur Menschheit die Liebe und Verantwortung dem Menschen gegenüber.

Verglichen mit ihm war Toller viel unsteter, politisch naiver, dafür aber in seiner Liebe zum Menschen unerschütterlich und konsequent. Es mutet seltsam an, daß ein revolutionärer militärischer Abschnittskommandant mehr mit dem Gegner verhandelt, als mit ihm kämpft, daß er Südbayern erobern will, aber ohne Waffengewalt und daß er vor seinen Untergebenen Volksreden hält und mit ihnen diskutiert, jedoch nur selten und ungern Befehle gibt⁶⁶⁵. Es lief im Grunde darauf hinaus, daß er ein feinfühliges Dichter ohne politische Reife und Erfahrung war. Max Weber, der in Tollers Prozeß als Zeuge aussagte, hat ihm diese Unreife bestätigt und dazugefügt, daß ihn „Gott in seinem Zorn zum Politiker auserwählte“⁶⁶⁶. Das mag hart klingen, war aber nicht unberechtigt. Fast ein halbes Jahrhundert nach der Revolution in München nannte ihn ein damaliger Beobachter einen Phantasten ohne Führereigenschaften, einen Mann der „Halbheiten, Plattheiten, Verwirrung“⁶⁶⁷. Derselbe Mann aber lobte Leviné: „Mei, was ham mir für einen Fehler gemacht, der Mann hat gekämpft für uns und mir ham ihm nicht das Ohr ge-

⁶⁶² Werner, Die bayerische Räterepublik, 52; Gerstl, op. cit., 110; Raatjes, op. cit., 214–215.

⁶⁶³ Eugen Leviné, Skizzen, Rede vor Gericht und Anderes, 2. Ausg., Berlin 1925.

⁶⁶⁴ Raatjes, op. cit., 211–221, betont diese Züge Levinés.

⁶⁶⁵ Die Schilderung in Wollenberg, op. cit., 60–70, mag wohl im einzelnen übertrieben sein, klingt aber im ganzen authentisch. Wollenberg war Kommandeur der Infanterie unter Toller.

⁶⁶⁶ L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 154.

⁶⁶⁷ Protokolle zur Baierischen Räterepublik, in: kurbiskern, 3/66, 49–52 (Hans K. Fahrer).

schenkt, das ihm gebührt hat, mir ham dem anderen das Ohr geschenkt.“⁶⁶⁸ Und ein weiterer Zeuge erinnerte sich: „Die Revolution, o mei, das war keine Revolution nicht . . . Der Leviné, der hat ja gewarnt vor der Sach als zu früh . . . Dabei ham sich damals so viel gemeldet gehabt, zum Kämpfen, zur Roten Armee . . . Aber was nützt des, wenn der Toller nix vom Handwerk versteht? Des war doch ein Kasper. Und der wird Kommandant.“⁶⁶⁹ *Vox populi?*

Praktisch endete mit dem 27. April für Toller und Leviné die kurze Episode ihrer politischen Tätigkeit in der Münchener Revolutionszeit. Während die kommunistische Führung fieberhafte, allerdings zumeist erfolglose Vorbereitungen zur Flucht und Illegalität traf, fiel die Macht der Roten Armee zu. Diese unterstand dem Matrosen Rudolf Egelhofer, der in den letzten drei Tagen der zweiten Räterepublik in München eine rote Soldatendiktatur errichtete⁶⁷⁰. Egelhofer war es auch, auf dessen Befehl hin am 30. April zehn Geiseln im Luitpoldgymnasium erschossen wurden; an dieser Tat war Leviné, trotz gegenteiliger Behauptungen in der damaligen Literatur, völlig unschuldig⁶⁷¹. Sowie Toller von diesen Erschießungen erfuhr, machte er sofort erfolgreiche Anstrengungen, weitere Geiseln vor einem gleichen Schicksal zu bewahren, indem er sie eigenmächtig befreite. Diese Tat wurde sogar von seinen politischen Gegnern anerkannt⁶⁷².

Am 1. Mai marschierten die Regierungstruppen ein; es folgte ein Blutbad, das in keinem Verhältnis zum sogenannten „roten Terror“ der Räterepublik stand⁶⁷³. Zusammen mit den anderen Führern der Rätezeit waren Toller und Leviné tagelang die steckbrieflich verfolgten Objekte einer Menschenjagd. Ein Kopfpreis von je zehntausend Mark Belohnung wurde für Mitteilungen ausgesetzt, die zu ihrer Verhaftung führen würden⁶⁷⁴. Leviné, der sich bei dem Kunstmaler Botho Schmidt versteckt hielt, wurde am 13. Mai entdeckt. Toller, der sich die Haare rot gefärbt und einen Schnurrbart hatte wachsen lassen, wurde am 4. Juni in der Wohnung eines Herrn Reichl verhaftet. Beide

⁶⁶⁸ AaO, 52.

⁶⁶⁹ AaO, 53 (Heinrich S., Schreiner).

⁶⁷⁰ Raatjes, op. cit., 216 ff.

⁶⁷¹ Gerstl, op. cit., 126; Karl, op. cit., 77; Sebottendorff, op. cit., 131, 160 und passim. Der berüchtigte Geiselmord forderte das Leben von zehn Menschen, von denen drei „weiße“ Soldaten, und sechs Angehörige der rechtsradikalen Thulegesellschaft waren. Letztere waren bezichtigt worden, Stempel der KPD zu illegalen Zwecken entwendet zu haben. Der zehnte war ein Professor Ernst Berger, ein Jude; Raatjes, op. cit., 223–224. Daß Berger Jude war, wird übrigens auch von Sebottendorff zugegeben, op. cit., 230.

⁶⁷² Karl, op. cit., 84–89; Müller-Meinigen, op. cit., 191; Gerstl, op. cit., 125. Zu Tollers eigener Darstellung vor dem Untersuchungsrichter, L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 347–348.

⁶⁷³ Dazu vor allem Graf, op. cit., 700–706, 709–712; Raatjes, op. cit., 224–230; Mitchell, op. cit., 330–331.

⁶⁷⁴ L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 45; Raatjes, op. cit., 233, Anm. 147.

wurden vor ein Münchener Standgericht gestellt. Leviné, dessen mutige Verteidigung weithin Aufsehen erregte, wurde am 3. Juni zum Tode verurteilt und am 6. Juni erschossen⁶⁷⁵. Toller, zu dessen Verteidigern auch Hugo Haase gehörte, wurde trotz dessen Bemühungen sowie der Aussagen der bekannten Schriftsteller Thomas Mann, Max Halbe und Björn Björnson, die sich vor Gericht für ihn einsetzten, am 16. Juli zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt⁶⁷⁶. So beendete Bayern seine kurze revolutionäre Episode.

Was in Bayern damals nicht beseitigt wurde, sondern auf Jahre hinaus die politische Atmosphäre vergiftete, war der Antisemitismus, der sich jedoch schon vor Ausbruch der Revolution verstärkt hatte. Das bestätigt Hofmiller in einer Tagebucheintragung vom 6. November 1918, und Löwenfeld erwähnt aus jüdischen Kreisen stammende Gerüchte von einer im Herbst 1918 vorherrschenden Pogromstimmung unter der Münchener Arbeiterschaft⁶⁷⁷. Ende Dezember des Jahres tauchten antisemitische Flugblätter auf und „moritaten-ähnliche Legenden über Eisners Herkunft“ machten die Runde⁶⁷⁸. Kurz vor der Proklamierung der ersten Räterepublik, und während dieser, wandte sich die Regierung verschiedentlich in öffentlichen Bekanntmachungen gegen die überhandnehmende antisemitische Hetze⁶⁷⁹. Zeitgenössische Aufzeichnungen geben ein anschauliches Bild der besonders in bürgerlichen Kreisen vorherrschenden Stimmung. So schloß der Hauptgeistliche der Markuskirche, Pfarrer Lambert, im Januar 1919 im Gebet die Worte ein: „O Herr, nimm endlich weg von uns die Fremden, die über uns herrschen!“⁶⁸⁰ Hofmiller, dem wir diesen Bericht verdanken, vermerkte auch, daß eine ihm bekannte weißrussische Pianistin jedesmal, wenn man ihr einen neuen Namen nannte, zu fragen pflegte: „Ist das ein ‚Judde‘?“; und er fügte dem hinzu: „Jetzt muß ich oft daran denken. Bei jedem neuen Mann muß man fragen: ‚Ist das ein Judde?‘ Es ist natürlich immer ein ‚Judde‘.“⁶⁸¹ Ähnliche Kommentare finden sich bei dem

⁶⁷⁵ Schmolze, loc. cit., 335–336; siehe Levinés Rede vor Gericht, in Skizzen . . ., 36–46; neuerdings auch in: Tankred Dorst (Hrsg.), Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar. Mit einem Kommentar versehen von Helmut Neubauer, Frankfurt a. M., 1966, 157–167.

⁶⁷⁶ L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 44, 45, 146–155, 349, 358; Raatjes, op. cit., 233–235; H. und E. Hannover, Politische Justiz 1918–1933, 63–64, 67–68. Axelrod wurde in Österreich verhaftet, in Bayern zu 15 Jahren (Zuchthaus?) verurteilt, aber dann vor Antritt seiner Haft in die Sowjetunion ausgewiesen; Raatjes, op. cit., 233. Ein Telegramm vom 19. Mai 1919, in dem das Gericht ersucht wurde, Levinés Prozeß bis zu einem Zeitpunkt zu verschieben, an dem sich die politische Atmosphäre beruhigt haben würde, war unter anderen von Ernst Cassirer, Adolf Grabowsky, Albert Einstein, Hugo Haase und Maximilian Harden unterzeichnet; aaO, Anm. 148.

⁶⁷⁷ Hofmiller, op. cit., 31; Löwenfeld, op. cit., 214.

⁶⁷⁸ Graf, op. cit., 607; Hofmiller, op. cit., 74.

⁶⁷⁹ Gerstl, op. cit., 13, 37.

⁶⁸⁰ Hofmiller, op. cit., 141.

⁶⁸¹ AaO, 174.

schon vorher zitierten Josef Karl, der am 12. April 1919 in sein Tagebuch schrieb:

„... wie lange wird landfremdes Judengesindel, das sich nirgends anders halten kann, in Bayern noch die Herrschaft führen? Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn auch die Erbitterung der Bevölkerung gegen die Juden in steigendem Maße wächst, wenn gleich sich die anständige Judenschaft mit Grauen und Verachtung von diesen Glaubensgenossen abwendet und jede Gemeinschaft mit solchen *Verbrechern ablehnt!*“⁶⁸²

Und der Demokrat Müller-Meiningen schrieb zu diesem Thema: „Es waren in der Hauptsache jene landfremden Elemente, die mit ihrer Regiekunst, ihrer Zungengewandtheit, ihrer Skrupellosigkeit die Massen zu ködern wußten, – um dann zu verschwinden, wenn es gefährlich wurde.“ Um keine Täuschungen darüber aufkommen zu lassen, wen er mit den „landfremden Elementen“ gemeint hatte, setzte er noch in einer Anmerkung hinzu:

„Die starke Beteiligung des Judentums an der Revolution läßt sich nicht leugnen; sie ist auch nach der historischen Entwicklung und der literarischen und rhetorischen Gewandtheit des Judentums ganz natürlich. Ebenso selbstverständlich, daß sie einen außerordentlich starken antisemitischen Zug ins deutsche Volk brachte. Fast sämtliche ‚Größen‘ waren Juden.“⁶⁸³

Es kann wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die in Bayern an der Revolution beteiligten Juden sich dieser Stimmung bewußt waren. Eisner hat das in seinen Reden mehrfach angedeutet, allerdings nur einmal öffentlich und dann mit spezifischem Bezug auf seine eigene Person, ausdrücklich darauf hingewiesen⁶⁸⁴. Dagegen hat Leviné versucht, die gegen die „Landfremden“ in Bayern betriebene Agitation zu berücksichtigen. Als er sich im April an die württembergische Organisation der KPD wandte und diese um Verstärkung bat, trug er seinem Kurier ausdrücklich auf, die Württemberger sollten weder norddeutsche noch jüdische Funktionäre nach München senden⁶⁸⁵.

Wie schon an anderer Stelle dargelegt, haben die Münchener Juden im allgemeinen die politische Betätigung der prominenten jüdischen Revolutions-

⁶⁸² Karl, op. cit., 24. Hervorhebung im Original.

⁶⁸³ Müller-Meiningen, op. cit., 206 und Anm. 1. Ein ähnlicher Kommentar, besonders München betreffend, in Franz, Munich: Birthplace and Center of the National Socialist German Workers' Party, loc. cit., 319–334, passim.

⁶⁸⁴ Verh. d. prov. Nationalrates, Beilage II, 22 (vor den bayerischen Soldatenräten am 30. November 1918).

⁶⁸⁵ Raatjes, op. cit., 193, Anm. 37. Es sollte in diesem Zusammenhang auch vermerkt werden, daß Leviné vor Gericht dem Staatsanwalt Hahn auf dessen Bemerkung über „landfremde ... Elemente“ geantwortet hat: „Ich weiß ja wohl, ich bin meiner Abstammung nach Russe, ich bin Jude, nicht Bayer“; Leviné, Rede vor Gericht, in: Skizzen ..., 41. Im Gegensatz zu Leviné gab Toller vor dem Untersuchungsrichter an, daß er konfessionslos sei. Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden setzte er dann hinzu, daß beide Eltern jüdischer Konfession seien; L. of C., Rehse, Mappe 420, Akte Toller, Bl. 45.

führer verurteilt und sich vielleicht auch, wie Karl schrieb, „mit Grauen und Verachtung“ von ihnen distanziert. Jedenfalls sah sich im April 1919 der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens dazu veranlaßt, Erklärungen gegen die in Flugblättern erhobenen Behauptungen abzugeben, daß die Juden die eigentlichen Triebkräfte der Revolution gewesen seien⁶⁸⁶.

VII

Juden als „Triebkräfte der Revolution“ – das war der vorherrschende Eindruck, der sich in Bayern – und nicht nur dort – fast drei Jahrzehnte lang bewahrt hat und der auch in die historische Literatur übernommen wurde. Berücksichtigt man, unter welchen Umständen dieser Eindruck damals entstanden ist, so wird eine solche einseitige Darstellung durchaus verständlich. Aber eben weil sie einseitig war, wurde die Tatsache übersehen, daß sich eine Anzahl bayerischer Juden nach Eisners Ermordung intensiv an der Bekämpfung des Räteregimes beteiligten. Man kann also nicht „die Juden“ schlechthin mit dem revolutionären Lager identifizieren. Männer wie Franz Gutmann und Walter Löwenfeld nahmen führend am sozialdemokratischen Umsturzversuch vom 12./13. April teil; Dr. Adolf Braun, Dr. Julian Marcuse, die Anwälte Wilhelm Esslinger und Adolf Kaufmann sowie Dr. Carl Landauer, alle Anhänger des Hoffmann-Regimes, arbeiteten gegen die Räterepublik; Dr. Philipp Löwenfeld fungierte als Hoffmanns Unterhändler, während Dr. Max Süßheim als Hauptsprecher der SPD auf dem bayerischen Rätekongreß sein möglichstes tat, um nach Eisners Tod einer radikaleren Entwicklung im Lande entgegenzuwirken⁶⁸⁷. (Allerdings darf man dabei nicht übersehen, daß auch die gemäßigten Männer bei vielen Gegnern der Sozialdemokratie und bei der Rechten schlechthin als „Revolutionäre“ galten). Jedoch selbst diese, von der traditionellen Überlieferung einigermaßen abweichenden Begebenheiten hätten wohl kaum vermocht, den durch die außerordentliche Prominenz jüdischer Revolutionäre entstandenen Gesamteindruck in Bayern wesentlich zu ändern.

So sind denn auch die von Juden außerhalb Bayerns unternommenen Schritte, die Revolution in gemäßigten Bahnen zu halten, nicht in das Ge-

⁶⁸⁶ Karl, op. cit., 19 schreibt: „Verein jüdischer Staatsbürger“; den hat es nicht gegeben. Siehe dazu auch: Der Jude als Ministerpräsident, Im deutschen Reich, XXIV (Dezember 1918), 459–460, wo es am Ende heißt: „Auch wir wünschen, daß die Juden sich heute von den leitenden Staatsstellen zurückhalten möchten.“ Die Haltung der verschiedenen jüdischen Richtungen zu dieser Frage, ist bereits oben behandelt worden. Siehe S. 142–149.

⁶⁸⁷ Immanuel Birnbaum, Juden in der Münchener Räterepublik, in: Lamm, op. cit., 301–303, hat zuerst auf diesen Punkt hingewiesen; siehe auch Carl Landauer, Erinnerungen an die Münchener Sozialdemokratie 1921–1923, aaO, 311, und Raatjes, op. cit., 164 ff. (Raatjes hatte die Gelegenheit, das Löwenfeld-MS einzusehen), sowie Löwenfeld, op. cit., passim.

schichtsbild der damaligen Zeit eingegangen. Denn neben den jüdischen Sozialdemokraten Münchens, die zwar die Revolution selbst zunächst bejaht hatten, sie aber nicht in das radikale Fahrwasser einer Rätediktatur treiben lassen wollten, gab es auch in anderen Teilen des Reiches jüdische Staatsbürger, die sich den extremen Strömungen entgegensetzten, indem sie energisch für Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung geordneter Zustände eintraten. Auf die entsprechenden Bemühungen mancher in Berlin tätiger jüdischer Politiker, deren Entschlüsse und Handlungen allerdings heute bei rückschauender Betrachtung keineswegs immer positiv bewertet werden können, wurde schon hingewiesen. Neben diesen beteiligten sich in Berlin auch andere Juden, die nicht direkt in der Politik standen, an der Verteidigung des gemäßigten provisorischen Regimes. So finanzierten der Geheime Kommerzienrat Hermann Frenkel, Chef des Bankhauses Jacquier & Securius, und Konsul Salomon Marx, Vorsitzender des Berliner Bürgerrats, im Januar 1919 die Anwerbung von Freiwilligen zum Schutze Berlins gegen Aufstände von links⁶⁸⁸. Der *Vorwärts*-Redakteur Erich Kuttner seinerseits war führend an der Aufstellung einer aus den Regimentern „Reichstag“ und „Liebe“ bestehenden republikanischen Schutzwehr beteiligt. Kuttner selbst kommandierte das Regiment „Reichstag“, welches logischerweise auch im Reichstagsgebäude in Berlin einquartiert war. Dort erreichte ihn bei Ausbruch des sogenannten Spartakusaufstandes am 6. Januar 1919 die Nachricht, die Aufständischen hätten das Brandenburger Tor besetzt. Es gelang Kuttner, das Tor mit seinem aus sozialdemokratischen Arbeitern rekrutierten Regiment zurückzuerobern. Während der folgenden Tage kämpfte er dann mit seiner Truppe im Berliner Zeitungsviertel, bis die Aufständischen am 11. Januar kapitulierten⁶⁸⁹.

Kuttner war nicht der einzige Jude, der sich einem Freikorps anschloß. Mit prononciert patriotischem Pathos schrieb ein ehemaliger Teilnehmer an den Nachkriegskämpfen, Oberleutnant der Reserve und Kompanieführer Alwin Lippmann:

„Es dürfte sich wohl erübrigen ... die Verzweiflung und Niedergeschlagenheit zu schildern, die uns Frontkämpfer ergriffen hatte, als wir Ende 1918 aus dem Felde zurückkehrten und das Chaos in der deutschen Heimat sahen. Schon beim Rückmarsch der trotz Umschwung und Revolution durchaus geordneten und disziplinierten Truppe, die fest zusammenblieb, gaben wir uns gegenseitig das Versprechen, unter keinen Umständen zu dulden, daß die schwer geprüfte, ausgehungerte Bevölkerung von verbrecherischen, zum großen Teil sehr jugendlichen Elementen terrorisiert werde. *Wir hatten nicht vier Jahre gekämpft, um bei der Heimkehr tatenlos zuzusehen, wie dieser Mob die Straßen beherrschte.*“⁶⁹⁰

⁶⁸⁸ Freiheit, II, Nr. 42 (24. Januar 1919); Kaznelson, op. cit., 572.

⁶⁸⁹ Oehme, op. cit., 306; Bernstein, Die deutsche Revolution, 150–151; Volkemann, op. cit., 187; Harold J. Gordon, Jr., The Reichswehr and the German Republic 1919–1926, Princeton 1957, 20; Gustav Noske, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach/Main 1947, 133–134.

⁶⁹⁰ Alwin Lippmann, Als Freikorpsführer in Oberschlesien, in: Der Schild, XII (15. August 1933), 125. Hervorhebungen im Original.

Überhaupt waren Juden in den Freikorps der östlichen Grenzgebiete stark vertreten, wo sie unter anderem im „Grenzschutz Oberschlesien“ Spartakisten und polnische Insurgenten bekämpften. Besagter Oberleutnant Lippmann führt über vierzig jüdische Namen an und setzt hinzu, daß seine Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben könne. Man kann es fast als eine Ironie der Geschichte ansehen, daß der Fahnenträger der Kompanie des von den Nationalsozialisten späterhin als Märtyrer gefeierten Albert Leo Schlageter kein anderer als der Jude Alfred Badrian aus Königshütte, O. S., war⁶⁹¹.

Die Haltung einzelner Juden in der deutschen Revolutionszeit ergibt also ein durchaus uneinheitliches Bild, wobei hinzuzusetzen ist, daß in dieser Studie die Fülle dieser Uneinheitlichkeit keinesfalls erschöpfend dargestellt werden konnte. Dennoch ist der gewaltige Anteil von Juden an der Führerschaft der Revolution in dieser Zeit unbestreitbar. Er war das ausschlaggebende Faktum, und wir können nur feststellen, daß die Vielfältigkeit der jüdischen Stellungnahme von den meisten deutschen Zeitgenossen unbeachtet blieb und nicht in die deutsche Geschichtsschreibung eingegangen ist. Die Tatsachen genügten zur Bestätigung der aus dem rechtspolitischen Lager stammenden Schlagworte, d. h., man bezeichnete unter Nichtbeachtung aller nicht in diesen Rahmen passenden Tatsachen „die“ Juden schlechthin als Drahtzieher und Nutznießer der Revolution. Das war deswegen besonders leicht, weil nichts so augenfällig war wie die Prominenz der verhältnismäßig kleinen Zahl von Juden, die aktiv und führend an den Revolutionsvorgängen beteiligt waren.

Wieder soll auf den zu Anfang dieses Beitrages zitierten Historiker Meinecke hingewiesen werden, der am Ende seines Lebens zu dieser Frage geschrieben hat: „Zu denen, die den Becher der ihnen zugefallenen Macht gar zu rasch und gierig an den Mund führten, gehörten auch viele Juden. Nun erschienen sie allen antisemitisch Gesinnten als die Nutznießer der deutschen Niederlage und Revolution.“⁶⁹² Dieser Ausspruch, der Meinecke oft verübelt wurde, entbehrt nicht einer sachlichen Grundlage. Juden waren damals in größerer Anzahl „an der Macht“, sie waren auch überall sichtbar und ließen

⁶⁹¹ AaO, 125–127; der Verf. fügt hinzu, Schlageter habe gewußt, daß Badrian ein Jude war. Auch der bekannte Historiker Ernst H. Kantorowicz kämpfte damals in einem Freikorps. Am 4. Oktober 1949 schrieb er an den Rektor der Universität von Kalifornien, in Berkeley, Robert G. Sproul: „My political record will stand the test of every investigation. I have twice volunteered to fight actively, with rifle and gun, the left-wing radicals in Germany; but I know also that by joining the white battalions I have prepared, if indirectly and against my intention, the road leading to National-Socialism and its rise to power“; siehe *Ernst H. Kantorowicz, The Fundamental Issue. Documents and Marginal Notes on the University of California Loyalty Oath.* o. O. 1950, 6–7; siehe auch *Peter Gay, Weimar Culture. The Insider as Outsider,* New York-Evanston 1968, 50.

⁶⁹² *Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen,* 3. Aufl., Wiesbaden 1947, 53.

es an Zurückhaltung fehlen. Antisemitisch Gesinnte haben daraus Kapital schlagen können. Juden waren auch insofern „Nutznießer“ der Revolution, als Revolutionäre jüdischer Herkunft ohne ihren Ausbruch ja gar nicht in die Lage gekommen wären, leitende politische Stellungen einzunehmen, wie sie das 1918/19 getan haben. Aber damit ist dieses Problem nicht erschöpft. Denn daß sie an der Macht beteiligt waren, bedeutet keineswegs notwendigerweise, daß sie sich alle nach ihr gedrängt hätten oder, wie von antisemitischer Seite aus immer wieder behauptet worden ist, daß ihr „Machtstreben“ einzig darauf gerichtet gewesen sei, den Gang der Entwicklung möglichst zu ihrem Nutzen – oder gar im „jüdischen“ Sinne – zu beeinflussen, worunter man vor allem materiellen Nutzen verstand: Macht und persönliche Bereicherung.

Die Frage, wie die einzelnen jüdischen Politiker selbst sich zur Übernahme von Machtpositionen verhielten, ist kaum einheitlich zu beantworten. Man müßte prüfen, wieweit persönlicher Ehrgeiz gelegentlich die politische Laufbahn des Einzelnen mitbestimmt haben mag. Was die objektive Lage betrifft, so muß zwischen den Politikern Berlins und denjenigen Münchens unterschieden werden. Denn in der Reichshauptstadt war die politische Verantwortlichkeit am 9. November 1918 durch den Reichskanzler Prinz Max von Baden der darauf nicht vorbereiteten SPD übertragen worden. In dieser Situation mußte diese Partei sowie die sich ihr anschließende USPD schnellstens die geeignetsten Personen finden, die die schwierigen Aufgaben einer Regierung übernehmen konnten. Das waren in fast allen Fällen führende Parteifunktionäre, unter denen sich verschiedene Juden und Personen jüdischer Abstammung befanden. Inwiefern solche jüdischen Funktionäre 1918 die Übernahme hoher Ämter als Erfüllung einer Pflicht betrachteten, und wieweit sie persönliche Genugtuung darüber empfanden, entzieht sich unserer Beurteilung. Höchstwahrscheinlich war das von Fall zu Fall verschieden. Man darf vermuten, daß Landsberg seinen Posten als Volksbeauftragter mit größerer Befriedigung ausübte als Haase; beweisen kann man das nicht. Jedenfalls scheint es, daß sich in Berlin keiner der führenden jüdischen Politiker im November 1918 zur Macht gedrängt hat. Bernstein, Cohen-Reuss, Cohn, die beiden Volksbeauftragten usw. standen auf ihren Posten, weil ihre jeweilige Partei sie entweder dazu bestimmt oder weil die Parteileitung sie dahin beordert hatte. Das war auch bei den Kommunisten der Fall. Die erste KPD-Zentrale, zu deren zwölf Mitgliedern vier Juden zählten, wurde auf dem Gründungsparteitag von den Delegierten gewählt. Auch der bürgerliche Demokrat Hugo Preuß wurde von Ebert aufgefordert, das Amt des Staatssekretärs des Innern anzunehmen. Dieser Einladung mag Preuß insofern nicht ungerne gefolgt sein, als er – eben als Jude – jahrzehntelang zurückgesetzt worden war. Auch ihm jedoch lag 1918 vor allem daran, dem deutschen Volk zu dienen, was er im kaiserlichen Obrigkeitsstaat vergeblich angestrebt hatte.

Anders war die Lage in Bayern. Dort löste Eisner nicht nur die Revolution aus, er ernannte sich auch zum Ministerpräsidenten und bildete sein Kabinett.

das er durch eine Wahlzeremonie bestätigen ließ⁶⁹³. Zwar tat er das nicht aus persönlicher Machtgier, sondern weil er sich dazu berufen fühlte, der „neuen Zeit“ in Bayern die Wege zu bahnen. Trotzdem steht fest, daß er, dessen eigene Partei in Bayern immer eine kleine Minderheit blieb, sich selber zum Staatschef machte. Nach seinem Tode, als die politische und wirtschaftliche Lage Bayerns dem Chaos entgegentrieb, folgten Eisners Nachfolger seinem Beispiel. Im Interregnum wurde die Regierung zwar noch durch den Rätekongreß ernannt, um dann einem vom Landtag gewählten Kabinett Hoffmann Platz zu machen. Aber die Führer der ersten Räterepublik bildeten ihr Kabinett auf einer geschlossenen Sitzung, an der etwa hundert Personen teilnahmen. Landauer und seine Kollegen wurden nicht von den Parteien bestellt; sie ernannten sich gegenseitig zu Volksbeauftragten⁶⁹⁴. Mühsam, der das verschwiegen hat, wäre auch gern Volksbeauftragter geworden⁶⁹⁵. Als ihm dies nicht gelang, suchte er sein Geltungsbedürfnis durch Auftreten in der Öffentlichkeit zu befriedigen. Toller jedoch wurde in seine verschiedenen Ämter hineingewählt und später auch von der Truppe zum Abschnittskommandanten proklamiert, sehr gegen den Willen der neuen, kommunistischen Machthaber in der zweiten Räterepublik. Diese hatte kein offizielles Kabinett. Der kommunistische Vollzugsrat wurde vom dreißigköpfigen kommunistischen Aktionsausschuß zwar „gewählt“, aber das Ergebnis dieser „Wahl“ hatte man voraussehen können. Leviné, von der Berliner Parteizentrale nach München beordert, wurde als führender Parteifunktionär der Münchener KPD *de facto* Regierungschef für zwei Wochen; seine Autorität stützte sich auf die Bajonette der Roten Garde. Jedoch handelte Leviné strikt als Soldat der Revolution. Persönliches Machtbedürfnis lag ihm fern, im Gegensatz zu dem Nichtjuden Max Levien mit seinen Gewaltmenschmanieren, die man jahrzehntelang seiner angeblich jüdischen Herkunft zur Last legte.

Einen deutschen Trotzki hat die Revolution 1918/19 jedenfalls unter den jüdischen Kommunisten ebensowenig hervorgebracht, wie einen deutschen Lenin unter den nichtjüdischen. Das lag zum Teil an der in Deutschland von den russischen Zuständen so sehr abweichenden politischen Kräfteverteilung und gesellschaftlichen Gliederung, teils jedoch an der Mentalität der jüdischen KPD-Führer. Prinzipielle Verfechter des Terrors hat es unter ihnen nicht gegeben, ganz abgesehen davon, daß Rosa Luxemburg, Paul Levi, aber auch Leviné, trotz ihres ausgeprägten Radikalismus jede totalitäre Organisation ablehnten und ihnen jeglicher Sinn für Lenins „demokratischen Zentralismus“ abging.

Nationalistische deutsche Geschichtsschreiber nach 1918 haben nicht nur die These eines angeblich „jüdischen“ Machtstrebens aufgestellt, sie haben auch oft den Eindruck zu erwecken gesucht, als sei die politische Einstellung aller

⁶⁹³ Schade, op. cit., 61–63.

⁶⁹⁴ Niekisch, op. cit., 66–69.

⁶⁹⁵ AaO; vgl. Mühsam, Von Eisner bis Leviné, 53.

an der Revolution beteiligten Juden weitgehend identisch gewesen. Es war dies natürlich nicht der Fall. Zunächst wurde die Haltung der Einzelnen vornehmlich von den Zielen und politischen Orientierungen ihrer jeweiligen Parteien bestimmt, und außerdem gingen auch innerhalb derselben Partei die Meinungen der verschiedenen Mitglieder oft weit auseinander. Es ist heute geradezu ein Gemeinplatz, festzustellen, daß Rosa Luxemburg die Revolution von einer anderen Warte aus betrachtete als etwa ein Landsberg, Haase oder Preuß, von denen aber auch wieder jeder ganz verschiedene Ansichten über Form, Richtung und Ausmaß der Revolution hatte. Ebenso wenig deckten sich die Vorstellungen von z. B. Cohen-Reuss über die den Räten zuzusprechenden Funktionen mit denen Landsbergs, obwohl beide Mitglieder der SPD waren. Eisner stand dem Bürgertum, besonders den Staatsbeamten, mit weit größerem Mißtrauen gegenüber als seine Berliner USPD-Kollegen Bernstein und Wurm und, mit Einschränkungen, auch Haase; und der Anarchist Landauer verhielt sich gemäßigter und verantwortungsbewußter in seiner Politik als sein ebenfalls anarchistischer Kollege Mühsam. Dieses sind nur einige Beispiele, die beliebig vermehrt werden können. Diese Mannigfaltigkeit von individuellen Einstellungen zur Revolution, teils in Nuancen, teils in großen Gegensätzen, war natürlich nicht auf Juden beschränkt. Aber eben diesen hat man sie vielfach abzustreiten versucht, um durch Verallgemeinerung den Eindruck einer Verschwörung zu erwecken.

Wie steht es nun um das sogenannte „jüdische Moment“ während der Revolutionszeit? Haben, wie so oft behauptet worden ist, spezifisch jüdische Eigenheiten oder Beweggründe die politische Haltung der Einzelnen beeinflusst? Hier bewegen wir uns im Raum des Unbestimmbaren, der psychologischen Imponderabilien, und müssen uns auf Vermutungen beschränken. Dennoch kann die Frage nicht umgangen werden.

Von den allgemeinen Zielen der Revolution wurden von jüdischer Seite aus einige besonders häufig hervorgehoben, ohne sie jedoch mit spezifisch jüdischen Interessen zu verknüpfen: der Rechtsstaat, das Niederreißen sozialer Schranken, die erhoffte Verbrüderung der Nation und der Völker. Den jüdischen Sozialisten war ein starker kosmopolitischer Zug zu eigen. Zwar erstrebten auch sie zunächst vor allem die demokratisch-sozialistische deutsche Republik, setzten ihre Hoffnungen jedoch darüber hinaus auf ein sozialistisches Europa und betrachteten sich als Protagonisten einer neuen, besseren Welt, einer Welt des Friedens, der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung. Dieses Bekenntnis zur Utopie einer auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gegründeten Zukunft war besonders ausgeprägt bei den jüdischen Politikern der gemäßigten USPD-Richtung. Sie alle – Haase, Bernstein, Cohn, Rosenfeld, Eisner, Toller, aber auch der nicht zur USPD gehörige Landauer – sahen in der Revolution vor allem einen „idealistisch-demokratischen Protest gegen die Unmenschlichkeit der . . . kapitalistischen Zivilisation“⁶⁹⁶. Sie woll-

⁶⁹⁶ Oertzen, op. cit., 304.

ten zwar die Gesellschaftsform ändern, jedoch war Blutvergießen keinesfalls ihr Ziel. Zum großen Teil waren dies alles gleichfalls allgemeine sozialistische Ideale, wobei dahingestellt bleiben mag, ob die Scheu vor Gewalttätigkeit ein spezifisch jüdischer Zug ist; aber es war wohl kaum ein Zufall, daß diese Ideale von jüdischen Politikern besonders ernst genommen wurden, was auch vielfach in ihren Reden zum Ausdruck kam. Sie waren alle im Kaiserreich aufgewachsen, der Umwelt weitgehend entfremdet und hatten als Juden und Intellektuelle die Zurücksetzungen, denen sie ausgesetzt waren, besonders stark empfunden. Schließlich hatten sie in der Bewegung der vom kaiserlichen Obrigkeitsstaat ebenfalls als Bürger zweiter Klasse behandelten und gleichfalls politisch und sozial isolierten deutschen Arbeiterschaft eine politische Heimat gefunden⁶⁹⁷. Für die Verwirklichung der sozialistischen Idee waren sie Politiker geworden, nahmen sie 1918/19 an der Revolution teil und beteiligten sie sich als Vertreter ihrer jeweiligen Parteien an der Regierungsarbeit. Aber am Ende bleibt die Frage, inwiefern ihre jüdische Herkunft mit den oft so bitteren Erinnerungen dazu beigetragen hat, daß sie so häufig von einer Zukunft sprachen, in der die Menschen friedlich und gleichberechtigt miteinander leben würden. Sie setzten sich für die Verwirklichung allgemeiner Menschheitsideale ein. Man kann annehmen, daß sie dabei in erster Linie nicht an Vorteile für die Juden selber dachten.

Betrachtet man die unter den Juden des gemäßigten USPD-Flügels besonders ausgeprägte pazifistisch-kosmopolitische Einstellung als einen „spezifisch jüdischen“ Zug, so muß man andererseits das fast ausnahmslose Bekenntnis der jüdischen Revolutionspolitiker zu ihrem Heimatlande hervorheben. An und für sich bestand hier kein Widerspruch. Sie alle wollten ihr Ideal in Deutschland verwirklichen, weil sie dies als ein Glück für Deutschland betrachteten. Hier sollte der ideale sozialistische Staat entstehen. Selbstverständlich gab es auch hierbei Unterschiede. Während diejenigen unter ihnen, die sich zum – damals strikt internationalen – Kommunismus bekannten, gleich ihren nichtjüdischen Genossen die Bedeutung von Vaterländern bagatellisierten, hat ein Mann wie Haase sich zwar nie mit Patriotismus gebrüstet, war aber als

⁶⁹⁷ In diesem Zusammenhang hat Arnold Zweig folgendes geschrieben: „Diese Arbeiterpartei, deren stärkste Kraft die Gewerkschaften darstellten, wußte immer, daß sie dieses Erbe der Großen Revolution angetreten und zu verwalten habe. Und die Fülle jüdischer Intelligenz, die sich ihr zur Verfügung gestellt hatte, als sie noch kämpfte, rechtfertigte auch für die Juden selber diesen Kampf als Verteidigung der Zivilisation. Dies war der geheime Sinn . . . jenes Bündnisses, das wir jüdischen Intellektuellen mit den Arbeiterparteien geschlossen hatten. Wir gaben ihnen die geistige Führung, die selbst zu erwerben der Machtstaat sie hinderte, sie verbürgten uns die Sicherheit unseres Lebens und die Grundlagen unserer Arbeit als Juden. Es war ein anständiger ungeschriebener Vertrag, von dem beide Teile Nutzen zogen, wie es sich gehört, und der gehalten worden ist von den Arbeitern und von uns . . .“ *Arnold Zweig, Bilanz der Deutschen Judenheit. Ein Versuch. Mit einem Nachwort von Dr. Achim von Borries, Neudruck, Köln 1961, 281–282.*

Volksbeauftragter entschieden darauf bedacht gewesen, außenpolitisch die Sicherheit und Integrität des Reiches zu wahren. Grundsätzlich war das auch die Einstellung von Haases Parteigenossen Wurm, Bernstein und Cohn; ja, trotz seiner irreführenden „Verräterpose“ war auch für Eisner das Wohl Deutschlands, das er durch Beschwichtigung der Sieger zu erreichen suchte, der Leitgedanke. Neben diesen Unabhängigen gab es bei den Mehrheitssozialisten Männer wie Landsberg und Hirsch, die ihren Patriotismus öffentlich unter Beweis zu stellen bemüht waren. Wie stark dieses Motiv bei so manchen der jüdischen Politiker damals war, zeigte sich im Frühjahr 1919 während der Debatte über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages. Wie Preuß, Landsberg und Hirsch widersetzten sich auch Schiffer, Gothein und Ludwig Haas – um nur einige zu nennen – der Unterzeichnung, und Friedrich Stampfer verfocht als Redakteur des *Vorwärts* die Ablehnung des Vertrages⁶⁹⁸. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Unterzeichner des Friedensvertrages schlechtere Patrioten waren. Ihr Ziel war es, durch die Annahme des Vertrages die deutliche Abwendung von der verhängnisvollen imperialistischen Politik des Kaiserreiches zu dokumentieren, die Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht hatte, und so den Weg zum Wiedereintritt eines neuen Deutschlands in die Völkergemeinschaft zu ebnen. Das mag naiv und irrig gewesen sein, aber das Motiv war nicht unpatriotisch.

Ganz kurz soll auch noch auf die vielen Vermittlungsversuche hingewiesen werden, an welchen sich jüdische Politiker während der Revolutionszeit beteiligten: Haase, Cohn, Cohen-Reuss, Bernstein, unter anderen, in Berlin; Philipp Löwenfeld und Toller in Bayern; Max Warburg in Hamburg⁶⁹⁹. An den Friedensverhandlungen mit den Alliierten nahmen Juden teil, so Landsberg und Max Warburgs Firmenteilhaber, Dr. Carl Joseph Melchior, beides Mitglieder der von Brockdorff-Rantzau geführten eigentlichen Delegation. Auch der zusätzlich nach Versailles entsandten Wirtschafts- und Finanzdelegation gehörten in verschiedenen Funktionen eine Reihe von Juden an, so Max Warburg, Oskar Wassermann, Georg Arnhold, Felix Deutsch, Eduard Rosenbaum und Kurt Hahn. Albrecht Mendelssohn-Bartholdy (jüdischer Abstammung) war Mitglied der Kommission für Rechtsfragen⁷⁰⁰.

⁶⁹⁸ Eine Liste der namentlichen Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages findet sich in: Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 327, 1136–1138; über Stampfers Haltung siehe *Heidegger*, op. cit., 329 und ff., passim. Sehr kurz dazu *Stampfer*, op. cit., 241–242.

⁶⁹⁹ Über die Verhandlungen, die Max Warburg Mitte November 1918 mit dem Vorsitzenden des Hamburger Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrats Dr. Heinrich Laufenberg geführt hat, siehe *Max M. Warburg*, Aus meinen Aufzeichnungen, New York 1952, 67–68, und *Richard A. Comfort*, Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic, Stanford, California 1966, 47–48.

⁷⁰⁰ *Hans Tramer*, Die Hamburger Kaiserjuden, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, III (1960), 186; *Schiff*, op. cit., 6–7.

Es könnte noch auf ein anderes Moment verwiesen werden, das den meisten der genannten Personen bei aller sonstigen Verschiedenartigkeit gemein war: sie waren einsame Menschen in der großen Politik. Fast alle waren sie Außenseiter, nicht nur als Juden, sondern auch als Intellektuelle. In welchem politischen Lager sie auch standen, sie haben nicht immer die Gewißheit gehabt, von ihren jeweiligen Parteigenossen vollauf zu den ihrigen gezählt zu werden, zumal selbst in den verschiedenen Führungskreisen gelegentlich antisemitische Töne in den Debatten mitklangen, sogar bei den Sozialdemokraten. Und wie viele von ihnen haben während der Revolutionszeit den Augenblick erleben müssen, wo man aus den eigenen Reihen heraus gegen sie Front machte, ihre Gedankengänge verwarf, sie der Ketzerei bezichtigte? Man denke nur an Preuß, Haase, Bernstein, Cohen-Reuss, Rosa Luxemburg, Toller.

Die deutsche Revolution war nicht von langer Dauer. Ihre erste Phase endete mit dem Zusammentritt der verfassunggebenden Nationalversammlung, ihre zweite mit der Annahme der Verfassung am 11. August 1919. Von diesem Zeitpunkt an bis zum Ende der Republik standen nur noch wenige jüdische Politiker an prominenter Stelle. Dennoch genügte die kurze Periode der Revolutionszeit, um in der Vorstellung breiter Massen eine so enge Verbindung von Juden und Republik hervorzurufen, daß die These von der „Judenrepublik“ auf fruchtbaren Boden fiel.

Was der deutsche Bürger 1918/19 zu beobachten glaubte, was er in den Zeitungen las, und was ihm dann auf Jahre hinaus von nationalistischer (und dann von nationalsozialistischer) Seite aus immer wieder eingehämmert wurde, das war das Bild einer Revolution, die von Juden für Juden „gemacht“ worden war. Bis zum November 1918 hatte die deutsche Öffentlichkeit Juden politisch nur als Parlamentarier und Parteifunktionäre, vornehmlich der linken Parteien, wie auch als Mitarbeiter in den Gemeindevertretungen gekannt. Nun erschienen sie plötzlich in leitenden Regierungsstellen, saßen an Bismarcks Schreibtisch, bestimmten die Geschicke der Nation. So trug die politische Beteiligung von Juden an der Revolution zweifellos zur Zuspitzung der Judenfrage bei, die sich zwar schon vorher angebahnt hatte, 1918/19 aber sichtbar schärfere Formen annahm. Sicherlich hat diese Entwicklung dazu beigetragen, daß nach Ablauf der Revolution Juden fortan nur noch selten in exponierten politischen Ämtern anzutreffen waren⁷⁰¹. Dies jedoch konnte nichts mehr an dem Eindruck ändern, den die Geschehnisse 1918/1919 auch bei vielen unvoreingenommenen Beobachtern hinterließen. Man hat nachträglich oft jenen Politikern vorgeworfen, sie hätten taktlos gehandelt, hätten sich größerer Zurückhaltung befleißigen sollen. Der Vorwurf mag verständlich sein; Juden haben ihn oft erhoben; ob er aber objektiv berech-

⁷⁰¹ *Walter Gross*, Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik, aaO, 548–549.

tigt ist, ist eine andere Frage. Denn erstens läßt er außer Betracht, daß die politische Betätigung des Einzelnen letzten Endes auf individueller Entscheidung beruhte, die zu treffen sein gutes und alleiniges Recht war. Zweitens schließt er die Annahme ein, irgendeine Gruppenautorität, d. h. eine jüdische, habe über die Betätigung solcher Personen Kontrolle ausüben können. Die zukünftige politische Entwicklung in Deutschland konnten damals nur wenige voraussehen. Das Zukunftsbild der Revolutionäre war auf Ideale gerichtet, die sie durch ihre Aktionen zu verwirklichen hofften. Sie waren in erster Linie Gesinnungspolitiker – Sozialisten, Demokraten, Kommunisten, Anarchisten –, die ihre jüdische Herkunft, wenn überhaupt, als Privatsache empfanden. Antisemitismus war für sie allein kein Beweggrund, von der Verfolgung ihrer politischen Ziele abzusehen. Denn in ihren Augen war ein neues Zeitalter angebrochen. Der kaiserliche Obrigkeitsstaat bestand nicht mehr. Adel und Militär, die Hauptträger der alten Ordnung, waren, so schien es jedenfalls, dem Ansturm der Revolution gewichen; nun sollte eine neue, gesündere, gerechtere und klassenlose Gesellschaftsordnung errichtet werden.

Es war ein Traumgebilde, aber das konnten sie nicht wissen. Und sollten selbst dem einen oder anderen von ihnen damals Zweifel gekommen sein, und das ist beinahe als sicher anzunehmen, so konnten sie sich dadurch nicht von ihren Hoffnungen und idealistischen Zielen abbringen lassen. Denn auch für sie galt das bereits oben zitierte Wort Gustav Landauers:

Wer die Gefahr der Niederlage,
der Vereinsamung, des Rückschlags nicht auf sich nimmt,
wird nie zum Siege kommen.

ANHANG

Statistische Angaben

Über soziale Herkunft, Schulung, berufliche Stellung und parlamentarisches Wirken von 52 in dieser Tabelle aufgezählten Personen jüdischer Herkunft, die sich während der Revolution in irgendeiner Weise politisch betätigten, läßt sich im einzelnen folgendes feststellen:

a) Gesamtüberblick

Soziale Stellung der Eltern:

Bürgerlich, zumeist kaufmännisch	44
Unbekannt:	5 (davon wahrscheinlich bürgerlich: 4)
Kleinbürgerlich	3

Religionszugehörigkeit:

Juden	21
Jud./Diss.	19
Jud./get.	6
Halbjuden	5 (einschl. Lipinski, dessen Abstammung ungewiß)
Jüd. Abstammung	1

Beruf:

Schriftsteller	19
Rechtsanwälte	18
Staatsbeamte	5
Kaufleute	4
Andere	6

Stadtverordnete oder Stadträte vor der Revolution (einschl. Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft): 21 (davon 10 Juden; 7 Juden/Diss.; 2 Juden/get.; 2 Halbjuden)

Bildungsgrad:

Universitätsbesuch	41 (davon Dokortitel,
Gymnasium absolviert	8 einschl. 1 h. c., 25)
Nur Volksschule	2
Unbekannt	1

Parteizugehörigkeit:

SPD	14
USPD	15
USP/KPD	4
DDP	12
DVP	1
DNVP	1
Anarchisten ohne Parteizugehörigkeit	2
Nicht angegeben	3

Parlamentarische Betätigung im Reichstag, den Landtagen, den bayerischen Revolutionsgremien und der Nationalversammlung:

Nur vor der Revolution	7
Vor und während der Revolution	18
Nur während der Revolution	14
Nie in einem Parlament	13

Alter (1918 waren von den Beteiligten):

über 60 Jahre alt	5
über 50 Jahre alt	19
über 40 Jahre alt	16
über 30 Jahre alt	10
über 20 Jahre alt	2

Geographische Verteilung nach Geburtsort:

Berlin	4
Breslau	4
Frankfurt/Main	1
Hamburg	2
Norddeutschland	4 (ohne Berlin, Hamburg)
Süddeutschland	7
Ostdeutschland	16 (mit Ostpreußen, Schlessien, aber ohne Breslau)
Westdeutschland	6 (ohne Frankfurt/Main)
Ausland	8 (davon 2 aus Wien)

b) Biographische Angaben

Zeichenerklärung zu nachstehender Tabelle

*	= Stadtverordneter oder Stadtrat, einschl. Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft
B. Nr.	= Mitglied des Bayerischen Nationalrats
B. Zr.	= Mitglied des Bayerischen Zentralrats
Bad. L.	= Mitglied des Badischen Landtags
Dr.	= Besaß Dokortitel
ev.	= evangelisch
G	= Gymnasium besucht (höchste Bildungsstufe)
get.	= getauft
HJ	= Halbjude
J	= Jude
JA	= jüdischer Abstammung
J/get.	= Jude getauft
J/Diss.	= Jude, der sich als Dissident bezeichnete
Kaufm.	= Kaufmann, einschließlich Fabrikant, Buchhändler, usw.
MdR	= Mitglied des Reichstags
NV	= Mitglied der Nationalversammlung
Old. L.	= Mitglied des Oldenburgischen Landtags
Parl. Betät.	= Parlamentarische Betätigung vor und (oder) während der Revolution
Partei	= Parteizugehörigkeit 1918/19
Pr. A.	= Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses
Pr. HH.	= Mitglied des Preußischen Herrenhauses
Rechts.	= Rechtsanwalt
Schrift.	= Schriftsteller, einschließlich Journalisten
Schulbldg.	= Höchste genossene Schulbildung
Staatsb.	= Staatsbeamte
U	= Universität besucht (höchste Bildungsstufe)
V	= Volksschule besucht (höchste Bildungsstufe)
Würt. L.	= Mitglied des Württembergischen Landtags

Name	Geb.	Relig.	Vät. Beruf	Schulbldg.	Beruf	Partei	Parl. Betät.
Baerwald, M.	1860 Thorn	J	Kaufm.	U	Rechts.	DDP	Pr. A.; NV; *
Bernstein, E.	1850 Berlin	J/Diss.	Lokom. Führer	G	Schrift.	USP/SPD	MdR; *
Braun, Ad.	1862 Laag	J/Diss.	Großkaufm.	U (Dr.)	Schrift.	SPD	NV
Cohen-Reuss	1876 Langenb.	J/Diss.	Kaufm. (?)	G	Schrift.	SPD	MdR; *
Cohn, O.	1869 Guttentag	J	Kaufm.	U (Dr.)	Rechts.	USP	MdR; NV; *
Davidsohn, G.	1872 Gnesen	J	Buchhalter	U	Schrift.	SPD	MdR; NV
Dernburg, B.	1865 Darmstadt	HJ/ev	Hofger. Rat	G (Dr. h. c.)	Staatsb.	DDP	Pr. HH; NV
Eisner, K.	1867 Berlin	J	Kaufm.	U	Schrift.	USP	/
Falk, B.	1867 Bergheim	J	Kaufm.	U	Rechts.	DDP	NV; *
Fechenbach, F.	1894 Mergenth.	J	Bäcker	V	Schrift.	USP	BNr
Freund, F. T.	1861 Breslau	J/get	Prof. d. Med.	U (Dr.)	Staatsb.	?	/
Gierke, A. v.	1874 Breslau	HJ/ev	Prof.	G	Fürsorg.	DNVP	NV
Gothein, G.	1857 Neumarkt	HJ/ev	Dr. med.	U	Bergrat, Staatsb.	DDP	Pr. A.; MdR; NV; *
Gradnauer, G.	1866 Magdeburg	J/get., Diss.	Kaufm.	U (Dr.)	Schrift.	SPD	MdR; NV

Name	Geb.	Relig.	Vät. Beruf	Schulbdg.	Beruf	Partei	Parl. Betät.
Haas, L.	1875 Freiburg	J	Kaufm.	U (Dr.)	Rechts.	DDP	MdR; NV; *
Haase, H.	1863 Allenstein	J	Schuhmacher	U	Rechts.	USP	MdR; NV; *
Heimann, H.	1859 Konitz	J	Kaufm.	G	Kaufm.	SPD	Pr. A.; NV; *
Herzfeld, J.	1853 Neuss	J/Diss.	Kaufm.	U (Dr.)	Rechts.	USP	MdR
Heymann, B.	1870 Posen	J/Diss.	Inspektor	G	Schrift.	SPD	Würt. L.
Hilferding, R.	1877 Wien	J/Diss.	Kaufm.	U (Dr.)	Schrift., Arzt	USP	/
Hirsch, P.	1868 Prenzlau	J/Diss.	Kaufm.	U	Schrift.	SPD	Pr. A. *
Hoch, G.	1862 Neubrück	J/Diss.	Kaufm.	U	Schrift.	SPD	MdR; NV; *
Jaffé, E.	1866 Hamburg	J/get	Kaufm.	U (Dr.)	Professor	USP	/
Joël, C. W.	1865 Greifenbg.	J/get	Justizrat	U (Dr.)	Staatsb.	?	/
Jogiches, L.	1867 Wilna	J/Diss.	Kaufm.	?	Revolutionär	USP/KP	/
Katzenstein, S.	1868 Giessen	J/Diss.	Kaufm.	U	Schrift.	SPD	NV; *
Koch-Weser, E.	1875 Bremerhaven	JA/ev	Oberlehrer	U	Bürgermeister	DDP	Pr. HH; Old. L; NV
Landauer, G.	1870 Karlsruhe	J	Kaufm.	U	Schrift.	/	B. Nr., Zr.

Name	Geb.	Relig.	Vät. Beruf	Schulbdg.	Beruf	Partei	Parl. Betät.
Landsberg, O.	1869 Rybnik	J/Diss.	Arzt	U	Rechts.	SPD	MdR; NV; *
Lederer, E.	1882 Pilsen	J	?	U (Dr.)	Professor	?	/
Levi, P.	1883 Hechingen	J/Diss.	Kaufm.	U (Dr.)	Rechts.	USP/KP	/
Leviné, E.	1883 St. Petersb.	J/Diss.	Kaufm.	U (Dr.)	Schrift.	USP/KP	/
Lipinski, R.	1867 Danzig	HJ (?)	?	V	Kaufm.	USP	MdR
Lippmann, J.	1864 Danzig	J/get	Kantor	U	Rechts.	DDP	Pr. A.; NV; *
Löwenfeld, P.	188? München	J	Rechts.	U (Dr.)	Rechts.	SPD	B. Nr.
Luxemburg, R.	1871 Zamosc	J/Diss.	Kaufm.	U (Dr.)	Schrift.	USP/KP	/
Marum, L.	1882 Frankenth.	J	Kaufm.	U (Dr.)	Rechts.	SPD	Bad. L.; *
Mühsam, E.	1878 Berlin	J/Diss.	Apotheker	G	Schrift.	/	B. Zr.
Neurath, O.	1882 Wien	J/Diss.	National- ökonom	U (Dr.)	National- ökonom	USP (?)	B. Zr.
Petersen, C. W.	1868 Hamburg	Ev/HJ	Jurist, Rat.	U (Dr.)	Rechtsanw. Bürgerm.	DDP	NV; *
Preuß, H.	1860 Berlin	J	Kaufm.	U (Dr.)	Schrift., Professor	DDP	/ *
Riesser, J.	1853 Frankf./M.	J/get	Justizrat	U (Dr.)	Rechts., Professor	DVP	MdR., NV

Name	Geb.	Relig.	Vät. Beruf	Schulbldg.	Beruf	Partei	Parl. Betät.
Rosenfeld, K.	1877 Marienwerder	J/Diss.	Kaufm.	U (Dr.)	Rechts.	USP	NV; *
Schiffer, E.	1860 Breslau	J/get	Kaufm.	U	Staatsb.	DDP	Pr. A.; MdR; * NV;
Simon, H.	1880 Usch	J	Lehrer	G	Kaufm.	USP	/
Sinzheimer, H.	1875 Worms	J	Kaufm.	U (Dr.)	Rechts.	SPD	NV; *
Süßheim, M.	1875 Nürnberg	J	?	U (Dr.)	Rechts.	SPD	BL; B. Nr.
Toller, E.	1893 Samotschin	J/Diss.	Kaufm.	U	Schrift.	USP	B. Nr., Zr.
Vogelstein, M. T.	1880 Stettin	J	Rabbiner	U (Dr.)	Kaufm.	DDP	/
Wadler, A.	1882 Krakau	J	?	U (Dr.)	Rechts.	USP	B. Zr.
Waldstein, D. F.	1865 Gnesen	J	Kaufm.	U	Rechts.	DDP	Pr. A.; MdR; NV
Wurm, E.	1857 Breslau	J	?	U	Schrift.	USP	MdR; NV; *

DER BEITRAG DER JUDEN ZU GEIST UND KULTUR

von

Hans Tramer

In der Gesamtschau über jene Epoche, die hier zur Darstellung kommt, darf der rückblickende Historiker vor allem feststellen, daß in ihrem geistigen und künstlerischen Leben Elemente Ausdruck finden, die stärker und eruptiver im Zusammenhang stehen mit dem äußeren Geschehen, als das jemals früher in der deutschen Literatur und Kunst der Fall gewesen war. Wenn auch schon vieles zumindest in dem Jahrzehnt vorher angelegt war, so hatte eben doch der Krieg entscheidende Wandlungen hervorgerufen, und seine Folgen zumal eröffneten nicht nur eine freie Sicht, sondern darüber hinaus sogar neue Betätigungsmöglichkeiten. Die auch schon früher geübte, durch Rücksichten immerhin aber doch eingeschränkte Kritik an den bestehenden Verhältnissen konnte lauter, eindrucksvoller, ungehemmter vorgetragen werden, die Sehnsucht nach dem neuen Menschen durfte konkretere Formen annehmen, und dem Willen zur Umgestaltung stand mit einem Mal kein Druck der Obrigkeit mehr entgegen. Der Aufschrei einer Jugend, die sich sinnlos geopfert fühlte, erzwang sich Gehör. Und wohl beinahe alles, was dieser Aufschrei gegen die herrschenden Kräfte vorbrachte, was er zum Vorwurf machte, was seine Anklage darstellte, verdichtete sich zu einem Angriff auf die Vätergeneration.

Die Rebellion der Jungen, der „Strahl in die Zukunft“, wie Wassily Kandinsky seinem Freunde Franz Marc schrieb, mußte sich zur Wehr setzen gegen die im Grunde kulturfeindliche, jedweder modernen Strömung aber besonders abholden Umwelt des kaiserlichen Deutschland. Fortschrittliche Gesinnung galt als unerlaubt, sie sollte nach einem berühmten Ausspruch „ein hartes Leben haben“ und unter der Rute gehalten werden. Das offizielle Deutschland verfemte alles, was nur irgendwie in Verdacht stand, mit dem Hergebrachten brechen zu wollen. Maßgebend in Philosophie, Kunst, Literatur, und übrigens auch der Religion, war lediglich der kernige Stil der Zeit, den der Oberste Kriegsherr billigte und für angemessen hielt. Die Opposition zur materialistischen und militaristischen Einstellung jener Dezennien war damit allerdings nicht besiegt, der Wille zur Freiheit von jedem Zwang gerade in künstlerischen Dingen bestand weiter. Noch herrschte ja keine Diktatur, es fanden sich

Anhänger und Gleichgesinnte voller Zukunftsgläubigkeit, denn der „Geist bricht Burgen“¹, wie Kandinsky 1912 in dem Sammelband *Der Blaue Reiter*, dem wohl kühnsten und hervorstechendsten Dokument jener Epoche, hatte ausrufen können. Und in der Tat, es war richtig, „die Kunst geht heute Wege, von denen unsere Väter sich nichts träumen ließen“², sie befand sich in einem Stadium umwälzender Ideen, die nach gänzlich ungewohnten Gestaltungen drängten.

Der Überschwang des nationalistischen Empfindens bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges dämmte die eben erst begonnene künstlerische und literarische Neuorientierung für eine gewisse Zeit zurück. Andererseits aber führten gerade die Erfahrungen des Krieges dazu, daß so manche erstarrten Idealbilder der Vorkriegsperiode ins Wanken gerieten. Leitgedanken, an denen bisher niemand zu rütteln gewagt hatte, erwiesen sich als doch nicht so alleingültig, wie man bis dahin angenommen hatte. Mehr und mehr wurde das Bildungsideal des Deutschen zweifelhaft oder mindestens jedoch überdenkenswert. Zeichen dafür ist u. a. auch die Diskussion, die die Brüder Heinrich und Thomas Mann durch ihre Arbeiten im ersten Kriegsjahre – der Zola-Essay einerseits und das Bändchen *Friedrich und die große Koalition* andererseits – entzweit. Das Kapitel „Der Zivilisationsliterat“ seiner umfangreichen, 1918 erschienenen, vorwiegend gegen den Bruder gerichteten Erwidierungsschrift *Betrachtungen eines Unpolitischen* beendet Thomas Mann mit der Frage, was denn dieser vom Zivilisationsliteraten so gepriesene Fortschritt eigentlich sei, und er antwortet:

„... es ist eine handvoll schändlich häßlicher Kunstwörter nötig, um anzudeuten, um was es sich handelt. Es handelt sich um die Politisierung, Literarisierung, Intellektualisierung, Radikalisierung Deutschlands, es gilt seine ‚Vermenschlichung‘ im lateinisch-politischen Sinne und seine Enthumanisierung im deutschen... es gilt, um das Lieblingswort, den Kriegs- und Jubelruf des Zivilisationsliteraten zu brauchen, die *Demokratisierung* Deutschlands, oder, um alles zusammenzufassen und auf den Generalnenner zu bringen: es gilt seine Entdeutschung...“³

Thomas Mann stand mit diesem Werk in der falschen Richtung. Er war rückwärts gewandt. Mit seinen *Betrachtungen* hatte er sich zum Repräsentanten des Vergehenden und zur Zeit der Abfassung sogar schon weitgehend Vergangenen gemacht. Die ihn seit seiner Jugend beherrschende Sympathie mit dem Tode – auch Hans Pfitzners *Palestrina* war zur gleichen Zeit entstanden und 1917 zur Uraufführung gekommen – verführte ihn zu der bei Erscheinen dieses Buches in der Tat schon merkwürdig anmutenden Apotheose des schweigenden Gehorsams und der Pflicht im Dienste der Macht, die, wie

¹ *Der Blaue Reiter*, hrsg. von Wassily Kandinsky und Franz Marc. Dokumentarische Neuausgabe von Klaus Lankheit, München 1965, 24.

² Franz Marc in dem von ihm verfaßten Subskriptionsprospekt zum *Blauen Reiter*, aaO, 316.

³ *Thomas Mann, Betrachtungen eines Unpolitischen*, Frankfurt a. M. 1956, 60.

er damals noch meinte, das humane Ideal des Deutschen verkörperten. Seine Ausfälle gegen die gesamte westliche Zivilisation aber zeugten nicht nur von einem gründlichen Mißverstehen der wirkenden Zeitströmungen, sondern brachten ihn auch in eine bedenkliche Nähe zu den später so beliebt gewordenen Schlagwörtern im Kampf gegen das Neue, das Ringen um eine demokratische Staatsform und die Wegbereiter einer veränderten Auffassung von der Aufgabe des Geistes in Kunst und Literatur. Wendet er sich gegen den politischen Intellektuellen, prangert er die Demokratisierung Deutschlands an, ja setzt sie mit der Radikalisierung gleich, so fehlen in dieser Gemeinschaft eigentlich nur noch die Sozialisten und die Juden.

So wenig sich das Neue auch noch fassen ließ, so sehr der neue Mensch vorerst noch Sehnsucht blieb, die traditionellen Formen sowohl des Geisteslebens wie auch der Gesellschaft waren am Auseinanderbrechen. Für die den Ersten Weltkrieg bewußt erlebende Generation – und Thomas Mann hat das wenig später selber erkannt und bekannt – lösten sich in fortschreitendem Maße die alten Bindungen und Ordnungen auf. Ihre moralischen, ihre politischen, ihre ästhetischen, ihre künstlerischen Maßstäbe, all ihre Wertungen und Rangordnungen verloren immer stärker an Gültigkeit. Die bürgerliche Welt bot dieser Generation des Krieges keine Sicherheit mehr. „Menschheits-Höherzüchtung auch in seelischer Hinsicht ist keine Utopie weltabgewandter Ideologen mehr, sondern ist das von der Gewißheit sicheren Erfolges begleitete Jahrhundertprogramm wirklich innerer Sozialisten“⁴, hieß es in einem Werk über die moderne Malerei. Proklamierte man solche Ziele, mußte das Alte, der Ballast abgeworfen werden. Für das Neue, dem man entgegenging, durfte man nicht mehr verwurzelt und verankert sein. Freiheit hieß eben vor allem, sich radikal freimachen von jeder Bindung. Mit dieser Entscheidung für die Freiheit und der Einbeziehung der Gegenwart in den Schaffensprozeß rückten allerdings auch zwei Begriffe zusammen, die bisher ängstlich voneinander geschieden waren: Kunst und Politik. Die so entstehende „politische Kunst“ gebar aber auch zugleich den weiteren, von den Feinden der „Demokratisierung“ ausschließlich als Herabsetzung und als Schmähung erfundenen Begriff vom wurzellosen Intellektualismus.

Wie im Bereich des Politischen, vollzog sich gleicherweise in allen Bezirken der Kunst, der Literatur, auf dem Theater und selbst innerhalb des Tagesjournalismus eine Wandlung, die sich wohl am treffendsten als Übergang bezeichnen läßt. Spürbar war dieser Wandel, der sich in den mannigfachsten Erscheinungsformen äußerte, schon in den letzten Jahren des Kaiserreichs gewesen, doch brachte ihn das revolutionäre Geschehen nach dem Zusammenbruch natürlich erst voll zur Entfaltung. Dieser Übergang hatte über die Opposition und den Willen zur Freiheit hinaus zahlreiche Gründe und Ursachen, bei denen insbesondere auch der Entwicklung der Technik, nicht zu-

⁴ *Max Deri*, Die moderne Malerei, Leipzig 1921, 74.

letzt hervorgerufen durch die Kriegserfordernisse, eine gewichtige Rolle zufällt. Auf der Spur nach neuen Formen, eröffneten sich mit einem Male ungeahnte Dimensionen der künstlerischen, ja sogar der allgemein kulturellen Betätigung. Je liberaler die äußere Atmosphäre wurde, desto geneigter zeigte sich auch das Publikum allen möglichen Versuchen und sogar gänzlich ungewohnten Ausdrucksmitteln gegenüber. Neue literarische Gattungen kamen auf, das Zeit- und Tendenztheater entstand, der Film machte seine ersten Schritte als Unterhaltungs- und Bildungsinstrument und selbst die Musik entwickelte neuartige Kompositions- und Tonsysteme. Auf allen Gebieten setzte eine Leidenschaft des Experimentierens ein, wie sie ähnlich kaum jemals früher zutage getreten ist. Es gehört unzweifelhaft zu den Grundzügen dieses Zeitabschnitts, der schon einige Jahre vor dem Beginn des Krieges anhebt, daß der Glaube an die Macht des Geistes zumindest bei einem Teil der Schöpferischen zum beherrschenden Antrieb wird. Der Wille, den Geist und das Leben zu verbinden, Neues, Bewegendes, Zukünftiges zu erschließen, scheute kein Experiment, auch wenn es zunächst noch so abwegig oder gewagt erschien.

Das Neuartige jedoch hatte wohl zu allen Zeiten mit widerstrebenden Kräften zu ringen. Die Suche nach bisher unbegangenen und oft unsicheren Wegen wird immer auf Widerstand stoßen. Niemals ist das Experiment frei von Zweifeln, stets ist es Angriffen, Vorwürfen und meistens sogar erbitterter Ablehnung ausgesetzt. Hinzu kommt, daß es in Deutschland eine wirkliche politische Tradition nicht gab. Ja mehr als das, die konservativen Elemente waren, von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, ausgesprochen geistfeindlich, sie gefielen sich in ihrer Verdammnis der westlichen Zivilisation und bourgeoiser Dekadenz. Sie waren weit davon entfernt, den Ernst der geistigen Krise, in die die technisierte und industrialisierte Welt immer tiefer hineingezogen wurde, überhaupt erkennen zu wollen. Soweit sie, wie etwa Oswald Spengler oder auch Arthur Moeller van den Bruck und schließlich Ernst Jünger, in eine geistige Auseinandersetzung eintraten, gebärdeten sie sich als in jeder Hinsicht antiliberal und antidemokratisch. Daher mußte die Weimarer Republik, schon als sie ins Leben trat, von vornherein mit einem Block von Vereinern rechnen, deren Vertreter auf den Kathedern der Universitäten vor allem, aber auch sonst in allen öffentlichen Äußerungen aus ihrer Verachtung der liberal-demokratischen Form des neuen Staates und seiner toleranten Haltung gegenüber revolutionären Erscheinungen des Geistes kein Hehl machten.

Die Frage, auf welcher Seite die Juden in dieser Zeit des Übergangs und des Umbruchs der politischen Verhältnisse in Deutschland standen, ist naturgemäß leicht zu beantworten. Sie mußten, schon wegen ihrer staatsrechtlichen Stellung, natürlich daran interessiert sein, daß sich das deutsche Reich, in welcher Form auch immer, zu einer freiheitlichen Haltung der Gesamtheit seiner Staatsbürger gegenüber durchrang, konnten sie doch lediglich im Rahmen einer demokratischen Gesellschaftsordnung eine freie, unangefochtene und

ihrer Eigenart entsprechende Entfaltung ihrer Kräfte erwarten. Schwerer dagegen ist es, ihre objektive Lage während des Krieges, nach der Niederlage und in den ersten Jahren der jungen Republik wirklich zu erfassen. Bestanden auf deutscher Seite die Absicht und der Wille, den „Prozeß der Angleichung, Anpassung und Annäherung, auch des Vergessens, d. h. den Prozeß der Assimilation“⁵ der Juden vorurteilsfrei sich entwickeln zu lassen? In einem denkwürdigen Aufsatz aus dem Jahre 1919⁶ schildert Ernst Simon die Stimmung, die einen großen Teil der jüdischen Jugend zu Beginn des Ersten Weltkrieges beseelte*:

„... wir empfanden vor allem das ungeheure Erlebnis, das berauschte Glück, endlich einmal alle Bindungen unseres komplizierten Ichs vergessen zu dürfen, endlich einmal als bedeutungsloses Teilchen, als einer von Millionen und Abermillionen mitschwimmen zu dürfen in dem großen Strome vaterländischen Schicksals.“

Dann aber kam sehr bald die Ernüchterung, die Mißachtung und Verächtlichmachung, die sie als Juden erfuhren. Ihr Anstoß war die Judenzählung.

„Sie war es uns nicht deshalb, weil wir durch Zurücksetzung in der Beförderung und sich häufende antisemitische Vorfälle schon müde gemacht waren, erst recht nicht deshalb, weil sie ein offizieller Beweis für die Ausnahmegesetz-Tendenzen war, sondern weil sie so wie wenige Amtshandlungen des alten Regimes eine durchaus populäre Sache war, realer Ausdruck der realen Stimmung. Aller Meinung ging dahin, daß wir fremd waren, daß wir danebenstanden, besonders rubriziert und gezählt, aufgeschrieben und behandelt werden mußten. Der Traum von Gemeinsamkeit war dahin, mit einem furchtbaren Schlage tat sich vor uns zum anderen Male die tiefe, nie verschwundene Kluft auf, die nicht durch gemeinsames Leiden und Bluten, nicht durch gemeinsame Sprache und Arbeit, nicht einmal durch gemeinsame Zivilisation und Gesittung überbrückt werden kann, die Kluft, die jenseits von Schuld und Verfehlung, von gutem oder bösem Willen liegt, die naturgegebene Voraussetzungen hat und ihrer Natur nach keinen Berechnungen noch so scharfsinniger Art zugänglich ist.“⁷

Diese Kluft drängte die Juden an die Peripherie. Soweit das nicht im Kaiserreich überhaupt offiziell geschah, indem ihnen gewisse Berufe, fast sämtliche beamtete Stellungen einfach verschlossen blieben, was sich auch während des Krieges nicht grundsätzlich änderte, entsprach diese Ausnahmeposition jedenfalls der Auffassung derjenigen Deutschen, die die Juden als nicht zugehörig empfanden. Jenseits von Gesetzen, Verordnungen und sogar Verfas-

⁵ Max Kreutzberger in seiner Einleitung zu: Leo Baeck Institute New York. Bibliothek und Archiv. Katalog Band I, hrsg. von Max Kreutzberger unter Mitarbeit von Irmgard Foerg, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 22, Tübingen 1970, XVIII.

⁶ Unser Kriegserlebnis, in: Jüdische Jugend, Heft 1 (1919).

* Siehe hierzu den Beitrag von Eva G. Reichmann, Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden, im vorliegenden Band (Hrsg.).

⁷ Zitiert aus: Ernst Simon, Brücken. Gesammelte Aufsätze, Heidelberg 1965, 19, 20–21.

sungsrechten stellte sich auch in den republikanischen Anfangsjahren, noch vor der Zeit der immer hemmungsloser einsetzenden Verhetzung, nicht jene Unbefangenheit ein, die als Voraussetzung einer nicht nur verbrieften, sondern wirklich geübten Gleichberechtigung hätte gelten müssen. Im Bewußtsein des deutschen Volkes hörte der Jude, welche Leistung er auch vollbrachte und welches Verdienst er sich auch erwarb, nicht auf, eine Außenseiterrolle zu spielen. Es war nicht immer offen ausgesprochene antisemitische Einstellung, aber gerade die Intensität der Juden, ihre nicht selten sogar bewunderten Gaben und Kenntnisse machten sie andererseits der breiten Masse nicht geheuer, irgendwie erzeugte die dumpf empfundene Überlegenheit der Juden auf manchen Gebieten eine Abwehr. Der häufig zutage tretende Extremismus der Juden verursachte sozusagen ein doppeltes Mißbehagen.

Natürlich, daß es am ehesten zu solchen Gegensätzen kommt, wo es um das Wesen des kulturellen Verständnisses einer Epoche geht. Geistige Erscheinungen werden immer dann ein Ereignis, wenn sie eine Überraschung, eine Bereicherung des bisher nicht Dagewesenen, eine Erweiterung des nicht Herkömmlichen darstellen. Ja, man könnte sogar sagen, das unerwartet sich Ereignende, das plötzlich Eintretende und Hervorbrechende sei das wahre geistige Ereignis. Überraschung und Erweiterung kennzeichnen somit den Weg des Geistes. Waren aber Juden als Dichter, Denker, Schriftsteller, Künstler die Urheber derartiger Überraschungen oder Erweiterungen, so erfuhren sie von seiten der sich als Wahrer echter deutscher Kultur aufspielenden Kritiker meistens brüske Ablehnung. Was als deutsche Kultur angesehen wurde, daran sollten Juden höchstens passiven, aufnehmenden, betrachtenden, nicht aber aktiven, schöpferischen, weiterführenden Anteil haben. In allem, was Geist und Kultur anbelangte, entstand demnach eine Art Zerrbild, stellte sich heraus, daß der neue Eiland entdeckende Dichter, Maler, Musiker, Dramatiker oder Romancier Jude war.

Nun gewiß, Juden entwickelten gerade in dem von uns behandelten Zeitraum ein ungewöhnliches Maß an schöpferischer Intensität. Sie nahmen teil an allen Strömungen des Geistes und der Kunst, und ihre Leistung machte sie sogar, zumindest eine Zeitlang, attraktiv in den Augen der Umwelt. Selbst ihre Problematik wurde nicht nur durch sie selber, sondern vor allem auch durch nichtjüdische Autoren zum Gegenstand künstlerischer Betrachtung und als solcher zugleich auch kritischer Auseinandersetzung. Thomas Manns Leo Naphta im *Zauberberg* und Musils Paul Arnheim in *Der Mann ohne Eigenschaften* mögen dafür als Beispiele gelten. Auch hier werden sie bei aller, im ganzen positiven Bewertung, bei Anerkennung ihres überragenden Intellektualismus – ein gefährliches Wort! – klar ersichtlich als Außenseiter- und Kontrastfiguren geschildert. Wo sie auftreten, und wie sie auftreten, wird die Ausnahme von der Regel deutlich.

Gerade darum war der den Juden gegenüber erhobene Vorwurf, sie hätten sich zu „Verwaltern“ der deutschen Kultur gemacht, ganz und gar unberech-

tigt⁸. Wie gewissenhaft man auch forscht und wie sehr man sich um einen möglichst umfassenden Überblick bemüht über das, was der einigermaßen fragwürdige Begriff „deutsche Kultur“ in den, sagen wir einmal, zwanzig Jahren vor 1933 auch immer darstellen mag – die Juden sind im besten Falle, soll das Wort schon gelten, höchstens als „Mitverwalter“ zu bezeichnen⁹. Mehr gewiß nicht! Aber darüber hinaus war diese ganze Debatte, schon als sie entfacht wurde, verfehlt und sie bleibt es auch weiterhin. Der Ausdruck ist nämlich nach jeder Richtung hin unangemessen, denn zur Kultur, der Gesamtheit der Lebens- und Geistesbekundungen eines Volkes oder einer Epoche kann man zwar beitragen, jedoch man kann sie nicht verwalten. Beigetragen allerdings haben die Juden und, wie man zugestehen soll: nicht nur ihrer Zahl nach, in einem hohen Maße. Doch auch hierbei hat man sehr genau, wie uns Fritz Strich gelehrt hat, auf die Linie zu achten, die zwischen wahren Zeitgenossen und den Epigonen, den Mitläufern trennt. Er sagte:

„Von wahrer Zeitgenossenschaft muß noch etwas anderes unterschieden werden, und man halte seine Augen wach und klar für den Unterschied. Ich meine: das Mitläufertum. Es ist, weiß Gott, nicht schwer, . . . von existentieller Angst und Verzweiflung zu schreiben, zu dichten, zu jammern, um zeitgenössisch zu scheinen. Denn das gehört nun einmal zum guten Ton, und zwar von recht vergnügten und zufriedenen Leuten. Aber ihre Worte sind klingelnde Schellen. Sie laufen mit und wählen damit den leichtesten Weg. Es ist gewiß *nicht* leicht, die wahren Zeitgenossen von ihren Mitläufern zu unterscheiden, die es gut verstehen, sich anzupassen. Es ist ihr größtes Talent, ihr einziges. Aber der Historiker, und nicht nur er, muß Blick und Ohr zu schärfen lernen, damit er die Masken durchschauen und die falschen Töne hören kann. Zeitgenossen nenne ich nur die, welche aus innerster und eigenster Not und Notwendigkeit die neue Wahrheit ihrer Zeit verspüren und den Weg, der not tut, suchen. Mitläufertum aber ist lediglich Bequemlichkeit und Opportunismus, und auch die Mitläufer sind wie Epigonen und die Don Quichoten nicht wahre Zeitgenossen.“¹⁰

Nun allerdings, ganz so präzise läßt sich die Unterscheidung in bezug auf die Juden doch nicht durchführen. Der Jude trug nun einmal, als was er auch auftrat, das Kennzeichen seiner Herkunft an sich. Dadurch befand er sich von vornherein in einer gefährdeten Position, die einerseits Beschränkungen auferlegte, andererseits jedoch außergewöhnliche Leistungen herausforderte, die ihrerseits wiederum zu mancherlei Grenzüberschreitungen verführten. Ob er wollte oder nicht – und meistens wollte er nicht –, das Wort „Jude“ stand stets wie mit unsichtbarer Schrift vor seinem Namen. Sein Werk wurde doppelt unter die Lupe genommen.

Diese Sonderstellung, die ihnen gleichsam einen zusätzlichen Ausweis abverlangte, wirft die Frage auf: als was sprachen die Juden im deutschen

⁸ Siehe *Moritz Goldstein*, *German Jewry's Dilemma. The Story of a Provocative Essay*, in: *Year Book II of the Leo Baeck Institute*, London 1957, 236 ff.

⁹ Karl Wolfskehl hat sich in einem Briefe im Jahre 1946 „Mitverwalter, Mit-hüter des deutschen Geistes“ genannt (siehe *Karl Wolfskehl*, *Zehn Jahre Exil. Briefe aus Neuseeland (1938–1948)*, Heidelberg 1959, 285).

¹⁰ *Fritz Strich*, *Kunst und Leben*, Bern 1960, 22.

Kulturbereich? Sprachen sie als Juden, als Deutsche, als Europäer oder, sozusagen unabhängig, als Vertreter und Vorkämpfer einer allgemein-menschlichen Entwicklung? Daß sie sich der deutschen Sprache bedienten, kann in diesem Zusammenhang kein allein entscheidendes Kriterium sein. Wichtiger ist, als was sie sich empfanden, von welcher Warte aus sie ihr Werk präsentierten und an wen sie sich wandten. Um noch deutlicher zu formulieren: Sprachen sie bewußt und ohne jede Hemmung als Juden, richteten sie ihr Wort durch das Medium der deutschen Sprache vorwiegend an Juden, um so getragen von der Achtung vor der eigenen geschichtlichen und kulturellen Vergangenheit ihren Beitrag zur allgemeinen Menschheitskultur zu leisten, oder wandten sie sich ohne jedwede Bindung an ihr Herkommen gleichsam unmittelbar an ihre Umwelt, der sie sich verhaftet fühlten und der sie durch ihr Werk zu einem höheren Dasein verhelfen wollten? Unnötig zu sagen, daß es dabei natürlich noch zahlreiche Differenzierungen gab, und daß bei dieser Gegenüberstellung ein widerspruchloses Bild kaum zu entwerfen ist. Worauf es aber ankommt, ist der Ausgangspunkt, von dem aus ein Jude sein Werk schuf und es der Öffentlichkeit unterbreitete.

Das Kriterium, das hier zu beachten ist, besteht demnach in der Zielrichtung, die das Schaffen eines Juden verfolgt. Als entscheidend dabei braucht nicht immer das fixierte vordergründige „Sein“ zu gelten, vielmehr kann auch das bewegende Geheimnis des „Werdens“ (Kafka!) eine reflektierende Wirkung auf das Bewußtsein des Empfängers ausüben. Angeregt von zeitlichen Bedingungen oder der eigenen biographischen Situation gab es Juden, die nicht nur als Analytiker und Denker, sondern auch auf künstlerischem Gebiete fast ausschließlich oder jedenfalls stets bewußt als Juden sprachen und so ihr Werk formten. Soweit sie ein Echo erwarteten, sollte es von innen kommen, denn vorwiegend wollten sie ja den Juden als Juden retten. Das gilt, wenn wir einmal von Hermann Cohen in seiner Alterszeit absehen, vor allem für Martin Buber, für Franz Rosenzweig, für das Wirken von Leo Baeck, aber auch für Max Brod und wohl ähnlich für Richard Beer-Hofmann, ebenso wie, obzwar nicht immer so deutlich, für Arthur Schnitzler, Jakob Wassermann, Franz Werfel, Arnold und Stefan Zweig und für nicht wenige Dichter, Maler, Musiker, die trotz aller poetisch-imaginären Erweiterungsprozesse ihre positiv jüdische Grundhaltung nicht verließen.

Indem sie aber als Juden sprachen, ihre Leistung also zugleich eine Zeugnishaft darstellte, übernahmen sie noch eine weitere Rolle. Durch die Tatsache, daß ihr Werk der Information, der Belehrung und Aussage über jüdisches Sein und jüdisches Denken, über jüdisch-geschichtliche Vorgänge, über die Lage des Juden in der Gegenwart diente, fiel ihnen auch das Amt des Mittlers zu. Was sie den Juden als Juden anboten, boten sie nicht minder der Welt an. Ihre Funktion erschöpfte sich also nicht lediglich im jüdischen Innenraum, sondern sie wurden zugleich Mittler zwischen der vielleicht mehr regionalen Kultur des Judentums und der allgemeinen Kultur, der deutschen, der europäischen,

der Menschheitskultur. Durch ein Erschließen der Grundquellen des Humanen im Judentum trugen sie ihren Anteil bei zu dem, was im fortschreitenden Verstehen zwischen Menschen verschiedener Herkunft als gemeinsame Kultur aufgefaßt wird.

Einem anderen, überwiegend großen Teil jedoch war das belebende Gedächtnis seines Judentums und vielfach sogar seines Judeseins verlorengegangen. Diese Menschen, und unter ihnen viele schöpferische Begabungen, empfanden nur die Spannung ihrer deutschen, resp. europäischen Gegenwart, in der es sie drängte, Mitsprecher, Mitgestalter zu sein. Ihre Bindung an das europäische Kulturleben reichte im Regelfalle nicht weiter zurück als zwei, drei Generationen, und sie besaßen an kulturellen Gütern im Grunde nicht mehr als das, was ihnen deutschsprachige Bildungsstätten vermittelt hatten. Dafür aber waren sie erfüllt von rückhaltloser Hingabe. Von keiner Verzagttheit gequält, glaubten sie, zumindest eine gewisse Zeit, die sie als Juden diffamierende Abwehr der Widersacher einfach ignorieren zu können. Da sie von dem brennenden Willen getrieben waren, Diener des Geistes und damit des deutschen Geistes sein zu wollen, trafen sie die Kränkungen, die sie als Folgen ihres jüdischen Herkommens hinnehmen mußten, wie ein Akt der Untreue, den ihnen die Umwelt antat. Dieser gegenüber half nicht die reinste Absicht und nicht das edelste Vertrauen; der Schatten, der dem Judesein anhaftete, verdunkelte am Ende immer wieder jeden objektiv noch so berechtigten Erfolg und jede Anerkennung. Die teilweise schrillen Töne, die diese für einen Juden damit doppelt gefährdete Position zwischen leidenschaftlicher Zuneigung und dauernd gefürchteter Abweisung hervorriefen, hatten denn auch nicht zuletzt ihre Ursache in dem immanent vorhandenen Drang nach Verteidigung, der ständig mitschwang. Es war eine Abwehrstellung, die manches überbetont zum Ausdruck kommen ließ, in der Hoffnung, die Verhältnisse ändern und dadurch dieses antisemitische Tun und Treiben in Zukunft verhindern zu können.

Und trotzdem, das Problem des jüdischen Menschen im deutschen Kulturkreis bleibt von beiden Seiten, von der jüdischen und von der deutschen her, fragwürdig. Mit Recht hieß es, gerade in den Jahren des ausgehenden Kaiserreichs, des Kriegs und der werdenden Republik ließen sich Juden „vorwiegend in jenen Lagern finden, die, ob nun bürgerlich-demokratisch oder sozialistisch-radikal, doch immer auf ein Aufheben von nationalen Unterschieden bedacht sind. [Ihr] Kennzeichen ist die entscheidende Betonung des Allgemein-Menschlichen, des von Bedingungen Unabhängigen. In dieser Beziehung ist er immer noch um einen Ton radikaler als der gleichgerichtete Nichtjude: der absoluten Idee, der durch Gegebenheiten nicht modifizierten, scheinbar entschlossener hingegen“¹¹. Daß dies der Fall war, geht zu einem

¹¹ *Gustav Krojancker* (Hrsg.) in: *Juden in der deutschen Literatur. Essays über zeitgenössische Schriftsteller*, Berlin 1922 (hiernach zitiert als *Krojancker*), 8.

großen Teil zu Lasten des deutschen konservativen Bürgertums, das ja, wenn es überhaupt an Gleichberechtigung dachte, nicht die Gleichberechtigung der Juden, sondern höchstens des Einzelnen, des individuellen Menschen meinte. Andererseits soll von jüdischer Seite, und gewiß von zionistischer, zugegeben werden, daß die oft radikalere Haltung von Juden zuweilen des Taktes entbehrte, wo er in bezug auf nationale Fragen des deutschen Lebens und der deutschen Zukunft geboten gewesen wäre. Zionisten hätten es bestimmt lieber gesehen, wenn sich die Juden jeder aktiven politischen Tätigkeit enthalten hätten. Und wiederum, ist es ein so staunenswertes Geschehnis, wenn schöpferische Juden meinten, diesem Ringen um eine Neugestaltung des deutschen Gemeinwesens zur Seite stehen zu müssen? Mit den vielfältigen Gaben ihres Geistes setzten all diese Dichter, Dramatiker, Schriftsteller, Journalisten sich ein für die Ideen, auf denen die Weimarer Republik beruhte; sie versuchten, die immer wieder aufbegehrende Reaktion abzuwehren. Ihr gestaltetes Wort entsprach im Grunde ja fast durchweg der offiziellen Regierungsauffassung, sie waren demnach im Einklang mit dem Ziel der politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung, die die Weimarer Verfassung einzuleiten sich vornahm. Hätten sie also schweigen sollen?

Für den Historiker ist aber kein Hätte oder Sollen, sondern der tatsächliche Verlauf von Bedeutung. Und in dieser Hinsicht muß aus der Distanz von einem halben Jahrhundert noch einmal festgestellt werden, daß das Wort von der Verwaltung der deutschen Kultur durch die Juden eine ungerechtfertigte Übertreibung darstellt. Was der Begriff vom Verwalten einer Kultur auch immer beinhalten mag, zu einer echten, einer wirkungsvollen Verwaltung gehört Autorität und das Recht zur Entscheidung. Beides besaßen die Juden nicht. Niemals, zu keiner Zeit war ihre Stellung, weder als Schriftsteller, noch auf dem Gebiet des Theaters oder der Presse, unangefochten. Allerdings, gerade im Rückblick wird deutlich, ihr Beitrag zu Geist und Kultur in Deutschland, besonders in den zwanziger Jahren, war bedeutend. Sie haben hellhörig und erfüllt von revolutionärer Dynamik beinahe alles erfaßt, was den Stimmungsgehalt jener Zeit charakterisiert. Sie haben in einer vielleicht entscheidenden Epoche beigetragen zum Ruhme des deutschen Geisteslebens, sie haben damals, sozusagen in einer einmaligen Sternstunde, Gestaltungsmethoden ausprobiert und ihnen zum Siege verholfen, die heute zur geistigen und künstlerischen Substanz der ganzen Welt gehören. Beschränkt auf das Maß des Geistig-Künstlerischen war ihr Beitrag zu den jetzt sprichwörtlich gewordenen „goldenen zwanziger Jahren“ in der Tat außerordentlich.

Aber noch eine letzte Frage drängt sich uns auf, bevor wir im einzelnen schildern, wie diese Jahre in kultureller Hinsicht verlaufen sind, und was der Beitrag der Juden auf den verschiedenen Gebieten war: Hat ihr Anteil dem, was man den deutschen Geist nennt, geschadet oder hat er ihn befruchtet? Wenn man die Quellen des antidemokratischen Denkens in der Weimarer

Republik¹² nur einigermaßen studiert, so wird einem – über alle Erfahrung hinweg und trotzdem mit einem Rest von Nichtverstehen – erschreckend klar, daß das, was nationalistisch gesinnte Kreise unter deutscher Kultur verstanden, in der Tat nur in der Diktatur des Ungeistes enden konnte.

„Ihr Bild von Deutschland entsprach einer der wilhelminischen Zeit entlehnten autoritären Staatsauffassung, wo gesicherte Bildungsprivilegien Ausdruck eines hierarchisch geordneten und gesinnungstüchtigen Staatsbürgertums sein sollten. In diesen Kreisen wurden Expressionismus, proletkultistische Kunstexperimente, Jazz, sozialkritische Kunstäußerungen als gezielte Schwächung des Staates angesehen. Ihre Auffassung von Kunst entsprach dem Bild von Tempel und Altar.“¹³

Baut sich in unserer Gegenwart der deutsche Geist zaghaft und oft noch tastend eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft, so knüpft er an jene Vergangenheit, an der Juden ihren Anteil hatten, an. Das festzustellen, ist kein Anlaß zu einem irgendwie gearteten Preislied, es ist nur eine Tatsache, die der Historiker zu registrieren hat.

Die Fülle der Begabungen war aber auch wirklich staunenswert groß. Als habe ein lange zurückstauender Damm nachgegeben, so traten mit einem Mal auf fast allen Gebieten der Literatur, der Lyrik, der Novelle, des Romans, des Essays, der Dramatik Juden hervor mit Leistungen, die zumindest von einer gewissen Schicht geistiger Menschen als Merkmale der Epoche empfunden wurden. Als Philosophen und als Schriftsteller, die sich um eine theoretische Auseinandersetzung mit den Fragen der Zeit bemühten, konnten Juden neue Bereiche des Denkens, der Welt-, der Gesellschafts- und Kunsterfassung eröffnen. Juden waren es, die der Musik neuartige Wege wiesen, Wege, die der Überwindung des Althergebrachten dienten. Ja selbst in der bildenden Kunst zeigten sich jüdische Talente und Begabungen, die in einem erheblichen Ausmaße Thema und Gestaltungsweise künftigen Kunstschaffens mitbestimmten. Erfüllt von dem leidenschaftlichen Willen teilzunehmen und voranzutreiben oder eine neue Entwicklung jedenfalls in die Wege zu leiten, sahen zahlreiche Juden ihre Berufung darin, in das geistige und kulturelle Leben ihrer Zeit einzutreten als Vermittler, als Interpreten, als Kritiker und Übersetzer. Was sie in dieser Hinsicht als Verleger, als Lektoren, als Zeitschriftenherausgeber taten und wagten, ist Geschichte geworden und bleibt ihr unvergänglicher Beitrag zur deutschsprachigen Kultur. Große Namen der Bühne kamen ebenso aus jüdischem Geschlecht, wie es Juden waren, die als Kunsthändler, als Anreger, als Helfer, als Wegbereiter einer jungen, nach Neuem drängenden Künstlergeneration zum ersten Male eine Öffentlichkeit schufen. Und selbst

¹² Siehe das sehr erhellende Buch von *Kurt Sontheimer*, *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik*, München 1968.

¹³ *Hildegard Brenner*, *Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus*, Hamburg 1963, 14–15.

dem damals noch „in Verlegenheit harrenden Kino“¹⁴ haben Juden durch Ideen, durch Phantasie, durch Text und Technik und durch eine vielfache filmische Betätigung zu einer in jenen Jahren kaum geahnten künstlerischen Vollendung mitverholfen.

Aber gerade weil die Fülle so außerordentlich ist, bedarf die Schilderung mannigfacher Beschränkungen. Vor allem muß festgestellt werden, daß wir in unsere Betrachtung nicht die Wissenschaften und schon gar nicht die Naturwissenschaft einbeziehen. Aber auch sonst kann es sich hier, soll überhaupt ein einigermaßen übersichtliches Bild entstehen, nur um einen Überblick handeln, der bedeutsame und besonders charakteristische Erscheinungen ins Licht treten läßt. Da hier der Beitrag deutschsprachiger Juden in einem bestimmten Zeitabschnitt dargestellt werden soll, bleibt es uns auch verwehrt, die Leistungen von Nichtjuden in der gleichen Periode eingehender darzulegen. Sie können nur zur Verdeutlichung der Zeitstimmung als Gegenbilder, resp. als Kontrastfiguren gleichsam herangezogen werden. Wenn wir auch dadurch der Gefahr ausgesetzt sind, als hätten lediglich Juden – was ganz und gar unrichtig wäre – Anteil an dem Kulturschaffen dieser Epoche gehabt, so soll eben andererseits nicht der Eindruck entstehen, als wollten wir durch eine Vielzahl nichtjüdischer Namen den tatsächlich frappierenden Anteil der Juden in der Reihe der Dichter, Schriftsteller, Künstler vertuschen oder verkleinern. Hervorgehoben werden muß allerdings der Bezug, unter dem Juden ihre Werke geschaffen haben. Hierbei geht es um den Raum, auf den hin ihr Wirken gezielt war. Meinten sie lediglich die allgemeine Kulturwelt oder, noch enger gefaßt, ausschließlich das deutsche Geistesleben, oder galt ihnen ihre Werkarbeit und empfanden sie ihre schriftstellerischen und künstlerischen Erscheinungen als die ihnen gemäße Emanation eines Juden, dessen Schaffen die Herkunft und die Bildungselemente des Judentums nicht verleugnete und nicht verleugnen wollte? Die in Deutschland geistig schaffenden Juden waren so sehr ein Teil der deutschen Wirklichkeit, und andererseits hatte auch das Judentum dieser Juden eine recht erhebliche Prägung durch Elemente deutscher Bildung erfahren, so daß man sogar dort, wo Juden über jüdische Dinge zu Juden sprachen, den entscheidenden Kulturzusammenhang nicht übersehen kann. Als Beispiel hierfür seien nur Bubers Chassidische Schriften oder etwa die Legendensammlungen von Micha Josef bin Gorion erwähnt, die stofflich und in der geistigen Intention eindeutig jüdisch waren, und denen dennoch ein zugehöriger Platz im Bereich der deutschen Literatur zuerkannt wurde, den sie bis heute behauptet haben.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, soll auch noch darauf hingewiesen werden, daß hier der Begriff Jude ohne jedwede Differenzierungen gebraucht wird. Die üblichen Unterscheidungen etwa im Hinblick auf Taufjuden oder

¹⁴ Kurt Pinthus, Das Kinobuch. Dokumentarische Neu-Ausgabe des „Kinobuchs“ von 1913/14, Zürich 1963, 19.

solche Juden, die sich selber als nicht mehr dem Judentum zugehörig erklären, können in unserem Zusammenhang nicht gelten. Wir müssen als einen Juden betrachten, und das bezieht sich auch auf die recht stattliche Zahl von Halbjuden, wer als solcher von seiner Umwelt angesehen wird. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß für dieses Kriterium nicht der subjektive Wille ausschlaggebend ist, sondern die Beurteilung, die die Person und die Leistung des Betreffenden in den Augen und in dem Bewußtsein der Nichtjuden erfahren. Ausdrücklich unterstrichen sei aber, daß es uns in dem Wechselgeschehen zwischen deutschem und jüdischem Geist nicht auf die „Zurechnung“ ankommt, sondern allein auf die Klarstellung.

Im Hinblick auf den hier zu behandelnden Stoff ergeben sich drei, zeitlich einigermaßen deutlich zu umgrenzende Kapitel. Das erste umfaßt die Zeit unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg und die Jahre während des Krieges. Das zweite Kapitel hat sich mit der Neugestaltung des geistigen, des gesellschaftlichen und politischen Lebens nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Reiches zu beschäftigen, während das dritte die Weimarer Republik und ihre geistigen und kulturellen Bemühungen und Gegensätze zum Inhalt haben wird.

Doch noch auf eine Beschränkung, die allerdings mehr die Art der Darstellung betrifft, ist aufmerksam zu machen. Bei der Betrachtung des Beitrags, den deutschsprachige Juden zu Geist und Kultur in jener Zeit geleistet haben, soll nicht ihr spezieller oder manchmal sogar überwiegender Anteil an einzelnen Wissenschafts-, Kunst- oder Literaturreichtungen hervorgehoben werden, wie er z. B. im Zusammenhang mit dem literarischen Expressionismus, wenn auch nicht gerade durch seine überragenden Figuren, leicht beweisbar wäre. Das müßte Spezialstudien vorbehalten bleiben. Wir wollen in einer mehr chronologischen Weise auf die tatsächliche Mitwirkung der Juden bei der Gestaltung des geistigen und kulturellen Lebens in der jeweiligen Epoche hinweisen. Dabei allerdings wird sich ergeben, daß Juden auf Grund ihrer Stellung in und zu ihrer Umwelt manches im Bereich dieser Umwelt eher und klarsichtiger erkannten als ihre nichtjüdischen Dichter- und Künstlerkollegen. Wahrscheinlich verlieh ihnen ihre eigene Ungesicherheit als Juden innerhalb dieser Umwelt vorzeitiger ein beinahe untrügliches Gefühl für die schwankende und brüchige Existenz ihrer Umgebung. Sie empfanden die Krisenstimmung, die das beherrschende Symbol dieser Zeit war, als Vorstufe einer „Weltauflösung“ und reagierten wohl auch auf die soziale Verlagerung, die sich allenthalben andeutete, sehr viel voraussichtiger, als das gemeinhin geschah. Ebenso hatten sie schon frühzeitig ein Bewußtsein für die Bedeutung der Stadt, die durch ihre Massierung das geistige Leben und das individuelle Selbst des Einzelnen bedrohte. Jedenfalls wird das Phänomen der Großstadt, in der sich zugleich die als wurzellos bezeichnete ungesicherte Situation des Bürgertums offenbarte, wenn auch nicht ausschließlich, so doch zu einem beträchtlichen Teil durch Juden in den Vordergrund gerückt.

Der „Aufbruch“, in eine neue Zeit und zu neuen Pfaden, war ein viel gebrauchtes und oft als Titel verwandtes Wort in jenen Jahren vor 1914. Es bedeutete Absage an eine Form des Lebens, die als genauso einengend wie auch überholt empfunden wurde und die als Stilbegriff einer neuen Zeit weder Geltung noch Dauer haben sollte. Sehr mit Recht hat Karl Ludwig Schneider darauf hingewiesen, daß in dem unter dem Titel *Aufbruch* in den ersten Monaten des Jahres 1914 erschienenen und für die Stimmung jener Zeit zweifellos repräsentativen Gedichtband des (nichtjüdischen) Dichters Ernst Stadler der schärfste Gegensatz zu Stefan George zum Ausdruck kommt, wenn es in dem oft zitierten Gedicht „Form ist Wollust“ heißt:

„Form ist klare Härte ohn' Erbarmen,
Doch mich treibt es zu den Dumpfen, zu den Armen,
Und in grenzenlosem Michverschenken
Will mich Leben mit Erfüllung tränken.“¹⁵

Bei George, dessen großes Verswerk *Der Stern des Bundes* ebenfalls 1914 zur Veröffentlichung kam, tritt das Leben, tritt die Welt nicht in Erscheinung. Der Aufbau der Dichtung ist in einer Weise streng, daß „kein Schaubild, keine Landschaft“ Einlaß findet, „alles ist derart allegorisch gefaßt und stilisiert, daß sich keine Evokation einstellt. Keine Gegenstände, die einzige ‚Welt‘, die sich hier findet, ist spirituell. Also auch kein Symbol, die Bilder sind nur noch rhetorische Ausdrücke. Diese Lyrik fürchtet nicht die Abstraktion oder verkleidet sie kaum.“¹⁶

Die große, alles umgestaltende Zäsur stellte 1914 der Kriegsbeginn dar. Jetzt war mit einem Mal die Scheidelinie erreicht, und die Hoffnung keimte auf, daß trotz allen Schreckens und „im Bewußtsein des kommenden Zusammenbruchs“ der „ersehnte Neu-Aufbau“ gelingen würde. „Als Symbol dessen“, erzählt Kurt Pinthus,

„hatte schon im November 1914 Walter Hasenclever an René Schickele geschrieben: ‚Sollten wir geistigen Krieger, die besten und würdigsten, nicht ein Konzil abhalten, etwa in der Mitte Deutschlands zu Weimar? Am Ende des Jahres, Sylvester 1914/15?!‘ Diese Zusammenkunft fand tatsächlich in der Silvesternacht zu Weimar im alten Hotel Elefant statt, freilich ohne Schickele; aber es erschienen Martin Buber, Ernst Rowohlt, Hasenclever, ich, Paul Zech, Rudolf Leonhard, Albert Ehrenstein, Heinrich Eduard Jacob u. a. Um Mitternacht traten wir auf den tief verschneiten Marktplatz hinaus und veranstalteten ein Wettrennen, das Martin Buber gewann. Wir rannten aus dem alten Jahr ins neue, aus der sich selbst zerstörenden alten Zeit in die neue, in die Zukunft.“¹⁷

¹⁵ Ernst Stadler, *Dichtungen. Gedichte und Übertragungen mit einer Auswahl der kleinen kritischen Schriften und Briefe. Eingeleitet, textkritisch durchgesehen und erläutert von Karl Ludwig Schneider, Hamburg 1954, Bd. I, 67 u. 127.*

¹⁶ Claude David, *Stefan George. Sein dichterisches Werk, München 1967, 286.*

¹⁷ Kurt Pinthus, *Leipzig und der frühe Expressionismus, in: Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen der Zeitgenossen. Hrsg. und mit Anmerkungen versehen von Paul Raabe, Olten und Freiburg i. Br. 1965 (nachstehend zitiert als Raabe, Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen), 83.*

Doch gab es auch unter den Juden andere, die die Zukunft nicht oder noch nicht im gleichen Sinne verstanden. Drei der prominentesten Mitglieder des Kreises um George, die sämtlich auch zu den Autoren der 1914 erschienenen X. Folge der *Blätter für die Kunst* gehörten, meldeten sich im September und Oktober 1914, bezeichnenderweise alle drei in der *Frankfurter Zeitung*, zum Wort, um öffentlich Zeugnis abzulegen für die große Zeit Deutschlands. Der Zionist und auf sein altes Judengeschlecht so stolze Dichter Karl Wolfskehl richtete am 12. September 1914 einen Offenen Brief an Romain Rolland, in dem folgende Sätze stehen:

„Dieser ungewollte, uns aufgezwungene Krieg ist dennoch eine Notdurft, er hat hereinbrechen müssen für Deutschland und für die Welt europäischer Menschheit, um dieser Welt willen. Wir haben ihn nicht gewollt, aber er ist von *Gott*. Unser Dichter hat ihn gewußt. Er hat diesen Krieg und seine Not und seine Tugenden gesehen und verkündet, lange ehe noch ein böses Ahnen durch das Jahr fuhr – vor allem Blätterrasseln. Der ‚Stern des Bundes‘ ist dies Buch der Weissagung, dies Buch der Notwendigkeit und der Überwindung . . .“¹⁸

Es folgte am 11. Oktober 1914 ein Aufsatz „Tat und Wort im Krieg“ aus der Feder von Friedrich Gundolf, und am 30. Oktober schrieb im gleichen Sinne Berthold Vallentin, der spätere Verfasser einer bedeutenden Napoleon-Monographie, über „Deutschlands Berufung“.

Auch der 1882 in Berlin geborene und 1937 in Wien gestorbene Dichter Ernst Lissauer glaubte zunächst ehrlich an die vermeintliche Einkreisung Deutschlands. Als er sein Land überfallen wähnte, schrieb er, der sich dazu berufen fühlte, gerade den heroischen Ton deutscher Dichtung neu beleben zu müssen, 1914 ein Gedicht, das ihm zum Schicksal wurde. Über Nacht hatte Ernst Lissauer mit seinem „Haßgesang gegen England“, wie Stefan Zweig sagte „den feurigsten Ruhm, den sich ein Dichter je in diesem Kriege erworben – freilich einen Ruhm, der später an ihm brannte wie ein Nessushemd“¹⁹.

Wirklich Ausdruck ihrer Zeit aber waren andere dichterische Stimmen. Als Synonym dessen, was in den Menschen damals vorging, darf man wohl den Gedichtband ansehen, den der jüdische, in Wien geborene Dichter Albert Ehrenstein (1886–1950) 1916 im Kurt Wolff Verlag, Leipzig herausgab und den er sehr charakteristisch *Der Mensch schreit* überschrieb. Das am 29. Juni 1914 verfaßte Gedicht „Die Nachtgefangenen“ leitet den Band ein, doch das eigentliche Titelgedicht lautet:

„Uns Gefesselte umringen
Teufel, die uns tierisch zwingen.
Mich verfluch ich, der ich kam,
Ehe Licht die Erde nahm.“

¹⁸ Siehe Karl Wolfskehl 1869–1969. Leben und Werk in Dokumenten. Ausstellungskatalog von Manfred Schlösser, Darmstadt 1970, 218.

¹⁹ Siehe Bulletin des Leo Baeck Instituts, V (1962), 286.

Albert Ehrenstein gehörte als Lyriker und auch als Prosaschriftsteller gewiß „in die erste Reihe derer, die wirklich mit dem Wort Expressionismus zu umschreiben sind, wenn man ihn nicht bei seiner besonderen Art schon gar einen Surrealisten nennen will“²⁰. Er hatte sich mit seinem 1911 veröffentlichten kleinen Roman *Tubutsch* (Verlag Jahoda & Siegel, Wien), den sein Freund Oskar Kokoschka mit zwölf Zeichnungen schmückte, und im folgenden Jahr mit der Novelle *Der Selbstmord eines Katers* (Georg Müller, München) schon einen Namen als Erzähler gemacht, als 1914 seine erste Gedichtsammlung *Die weiße Zeit*, ebenfalls bei Georg Müller, erschien. *Die rote Zeit*, einen weiteren Gedichtband, verlegte 1917 sogar schon Samuel Fischer in Berlin. Ehrenstein „schrie und schrieb sich“, wie Karl Otten treffend sagte, „die Seele wund nach Gott, Erlösung, Liebe und Trost in einer unbarmherzigen, kriegerisch-selbstmörderischen Welt des Untergangs“²¹. Sein Freund Ernst Weiß bezeichnete ihn als einen „der stärksten und eigenartigsten Geister unserer Zeit“, bei dem es klar war,

„daß jüdischer Geist sich . . . mit griechischem Geist vereinigen wollte: der jüdische Geist des alten Testaments, müde gewandert, in Wien gelandet, in staubigen, kleinen, halb rührenden, halb komischen Worten, Räumen, Szenen, Stimmen, auferstehend, todesmüde, wie er war, und doch dem Leben im tiefsten zugewandt, nach rückwärts gewandt, nach den alten Behausungen der vielgewanderten Seele. Der griechische Geist, das Dasein, das tausendtorige Leben in stark umfangenden Armen umklammernd, Ahasver, der ruhelose, auf griechischer Insel, erstaunt über das Grotteske der Welt, ewig hungrig nach dem wirklichen Getriebe, nach dem ungeheuren, rettenden Schwung, nach dem großen, endlich beruhigenden, stillenden, und, sei es selbst tötenden Zauberwort . . . [Ehrenstein] ist der ewige Jude, aber nicht in ein ewiges Gewand gekleidet, sondern in den schillernden, geflickten Bettelrock zerstörter Illusionen überallhin spielenden Witzes eingekleidet, und es fehlt auch nicht der wehmütige Zauber des guten jüdischen Herzens“²².

Ganz anders geartet war der bärtige Kaffeehaus-Anarchist Erich Mühsam, 1878 in Berlin geboren und am 11. Juli 1934 im Konzentrationslager in Oranienburg umgebracht. Er stand, ein Freund Gustav Landauers, mit dem er anschauungsmäßig vielfach übereinstimmte, in engen Beziehungen zum Sozialistischen Bund*. Die Wüste, in die er sich als Jude in Deutschland und als Deutscher in seiner Zeit gestellt fühlte, spielte in seinem, vorwiegend sozialkritisch ausgerichteten lyrischen Schaffen eine große Rolle. Schon 1914 be-

²⁰ *Jacob Picard*, Ernst Blass, seine Umwelt in Heidelberg und „Die Argonauten“, in: *Imprimatur*. Neue Folge, Bd. III (1961/62), 198.

²¹ *Karl Otten* (Hrsg.) in: *Das leere Haus*. Prosa jüdischer Dichter, Stuttgart 1959 (nachstehend zitiert als *Karl Otten*, *Das leere Haus*), 632. Karl Otten hat auch den Band *Albert Ehrenstein*, Gedichte und Prosa, Neuwied 1961 eingeleitet und herausgegeben. Außerdem siehe *Albert Ehrenstein* *Ausgewählte Aufsätze*, hrsg. von M. Y. Ben-Gavriel, Heidelberg 1961.

²² *Ernst Weiß*, Albert Ehrenstein, in: *Krojanker*, loc. cit., 63.

* Über Mühsams politische Tätigkeit siehe den Beitrag von *Werner T. Angress*, *Juden im politischen Leben der Revolutionszeit*, in diesem Bande, S. 267–274 (Hrsg.).

kannte er in seinem im Verlag Paul Cassirer, Berlin, erschienenen Gedichtband *Wüste – Krater – Wolken*: „Mein armes Herz ist seiner Leiden satt, / Bald kommt die Nacht, die keine Sterne hat.“ Seit 1911 gab Mühsam in München allmonatlich den *Kain*, eine „Zeitschrift für Menschlichkeit“, wie er sie nannte, heraus. Er war alleiniger Autor, „Mitarbeiter dankend verbeten“. Anfang August 1914 verschickte er an seine sämtlichen Abonnenten einen gedruckten Brief, in dem er folgendes mitteilte:

„An die Leser des Kain! Die über Länder und Völker hereinbrechende Katastrophe ist nicht mehr aufzuhalten. In diesem Augenblick wäre es müßiges Tun, Kritik zu üben oder Schuld auszuteilen. Die Ereignisse nehmen mir, der ich um der Menschlichkeit willen meine Zeitschrift geschaffen habe, die Feder aus der Hand. Die Leser, die in vierzig Monaten mein Wollen erkannt haben, werden meine Stellung verstehen und billigen. Ich habe nur die Wahl, ganz zu schweigen oder zu sagen, was jetzt niemanden frommt und was unter dem geltenden Ausnahmerecht meine persönliche Sicherheit gefährden kann . . . In dieser Stunde, wo es um das Schicksal aller geht, gibt es außerdem nichts Wesentliches und nichts, was eine Zeitschrift für Menschlichkeit angehen könnte. Deshalb habe ich mich entschlossen, die Herausgabe des ‚Kain‘ während der Dauer des Kriegszustandes zu unterbrechen. Nachher werde ich wieder auf dem Plan sein, um die Wege zu Frieden und Glück suchen zu helfen. Möge es bald sein!“²³

Nicht ohne Grund stellte Kurt Pinthus seiner berühmt gewordenen Sammlung *Menschheitsdämmerung. Symphonie jüngster Dichtung* das Gedicht „Weltende“ von Jakob van Hoddis voran. Dieses 1911 entstandene, aber wiederholt gedruckte und immer wieder zitierte Gedicht wurde nämlich geradezu zur Fanfare der damaligen Generation. Hier war ein ganz neuer, aufrüttelnder Ton. Es war, wie Pinthus sagte, „die Intensität und der Radikalismus des Gefühls, der Gesinnung, des Ausdrucks, der Form; und diese Intensität, dieser Radikalismus zwingt die Dichter wiederum zum Kampf gegen die Menschheit der zu Ende gehenden Epoche und zur sehnsüchtigen Vorbereitung und Forderung neuer, besserer Menschheit“²⁴. Das Thema entsprach der Stimmung der Zeit, auch Georg Heym, auch Trakl, auch Else Lasker-Schüler und andere dichten dann über Weltende und Weltuntergang. Van Hoddis' Gedicht enthält acht einfache Zeilen:

„Dem Bürger fliegt vom spitzen Kopf der Hut,
In allen Lüften hallt es wie Geschrei,
Dachdecker stürzen ab und gehn entzwei
Und an den Küsten – liest man – steigt die Flut.
Der Sturm ist da, die wilden Meere hupfen
An Land, um dicke Dämme zu zerdrücken.

²³ Zitiert nach *Paul Raabe*, *Die Zeitschriften und Sammlungen des literarischen Expressionismus*, Stuttgart 1964, 38.

²⁴ Erstmals im Ernst Rowohlt Verlag, Berlin 1920 erschienen. Neudruck unter dem Titel: *Menschheitsdämmerung. Ein Dokument des Expressionismus, mit Biographien und Bibliographien neu hrsg. von Kurt Pinthus*, Hamburg 1959, 23.

Die meisten Menschen haben einen Schnupfen.
Die Eisenbahnen fallen von den Brücken.“²⁵

Über die sozusagen epochale Wirkung dieses Gedichtes erzählt Johannes R. Becher:

„Diese zwei Strophen . . . schienen uns in andere Menschen verwandelt zu haben, uns emporgehoben zu haben aus einer Welt stumpfer Bürgerlichkeit, die wir verachteten und von der wir nicht wußten, wie wir sie verlassen sollten. Diese acht Zeilen entführten uns. Immer neue Schönheiten entdeckten wir in diesen acht Zeilen, wir sangen sie, wir summten sie, wir murmelten sie, wir pfften sie vor uns hin, wir gingen mit diesen acht Zeilen auf den Lippen in die Kirchen, und wir saßen, sie vor uns hinflüsternd, mit ihnen beim Radrennen. Wir riefen sie uns gegenseitig über die Straßen hinweg zu wie Losungen, wir saßen mit diesen acht Zeilen beieinander, frierend und hungernd, und sprachen sie gegenseitig vor uns hin, und Hunger und Kälte waren nicht mehr.“²⁶

Jakob van Hoddis, heute als Schöpfer der „Marseillaise der expressionistischen Rebellion“ und als der erste Dichter der Großstadt bezeichnet, war als Hans Davidsohn am 16. Mai 1887 in Berlin geboren worden und gehörte zum Kreise von Kurt Hiller, der mit seinen sechs Freunden Jakob van Hoddis, Erwin Löwenson²⁷, Ernst Blass, Erich Unger, Armin Wassermann und Wilhelm Simon Ghuttmann den „Neuen Club“ gründete, aus dem im Januar 1910 das „Neopathetische Cabaret“²⁸ am Berliner Nollendorfplatz hervorging. Nur ein schmaler Band zeugt heute von dem Werk des Dichters²⁹, dessen geistige Erkrankung kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges festgestellt wurde. Am 30. April 1942 wurde er aus einer Heilanstalt bei Koblenz deportiert.

Ein anderer Dichter der Großstadt, Alfred Lichtenstein, stand wohl tatsächlich im Banne des „Weltende“ von Jakob van Hoddis. Auch er war 1889 in Berlin geboren, schrieb die Gedichte des Kuno Kohn, der auch die groteske Hauptgestalt einiger seiner Geschichten, Skizzen und Fragmente ist, fiel aber schon mit 25 Jahren im September 1914 an der Somme. Außer Veröffentlichungen in verschiedenen Zeitschriften – Franz Pfemfert brachte in seiner *Aktion* (Nr. 40, 4. 10. 1913) eine Sondernummer Alfred Lichtenstein mit einem Titelbild des Dichters von Max Oppenheimer heraus – erschien zu seinen Lebzeiten außer einem Kinderbuch nur eine kleine Gedichtsammlung *Die*

²⁵ Jakob van Hoddis, *Weltende*. Gesammelte Dichtungen, hrsg. von Paul Pörtner, Zürich 1958, 28.

²⁶ Johannes R. Becher, Über Jakob van Hoddis, in: *Raabe*, Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen, 52.

²⁷ Hans Tramer, Berliner Frühexpressionisten. Leben und Schaffen von Erwin Löwenson, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, VI (1963), 245 ff.

²⁸ Siehe *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, II (1958/59), 102 ff. und *Karl Ludwig Schneider*, *Zerbrochene Formen*, Hamburg 1967, 35 ff.

²⁹ Siehe *Hansjörg Schneider*, Jakob van Hoddis. Ein Beitrag zur Erforschung des Expressionismus, Bern 1967, sowie *Victor Lange* in: *Wolfgang Rothe* (Hrsg.), *Expressionismus als Literatur*, Bern 1969 (nachstehend zitiert als *Rothe*), 344 ff.

Dämmerung im Verlage A. R. Meyer, Berlin 1913. Sein gleichaltriger Freund Alfred Lemm (eigentlich Lehmann), ebenfalls ein Verfasser expressionistischer Romane und Erzählungen, der im Herbst 1918 an den Folgen einer im Kriege geholten Lungenentzündung starb, widmete ihm noch 1917 im *Almanach der Neuen Jugend* einen Nachruf. Sein Jugendfreund Kurt Lubasch gab dann 1919 eine zweibändige Ausgabe seiner *Gedichte und Geschichten* (Georg Müller Verlag, München) heraus³⁰.

Der lyrischen Glanzzeit jener Jahre ist auch Ernst Blass zuzurechnen. 1912 hatte der 1890 in Berlin geborene und nach langem Leiden, fast erblindet, am 23. Januar 1939 im Berliner Jüdischen Krankenhaus gestorbene Dichter im Verlage Richard Weißbach, Heidelberg, seine erste Sammlung von Gedichten vorgelegt, die den die Art seines Dichtens bezeichnenden Titel führte: *Die Straßen komme ich entlang geweht*. Ein frühes Gedicht, „Die Kindheit“ überschrieben, hatte schon Karl Kraus in seine *Fackel* (Jg. 12, 1910/11) aufgenommen. Auch Blass war ein Stadtdichter, wie Jakob van Hoddis, wie Alfred Lichtenstein, wie der wirklich geniale Georg Heym. Ganz besonders Berlin ist sein Thema. In den „Vor-Worten“ zu diesem Bande von 1912 sagt er:

„... Der Lyriker der nächsten Zeit wird sich nicht schämen. Auch seiner mehr träumerischen Stimmungen nicht. Doch seine Träume werden anders aussehen, als die weniger Kultivierter; nämlich: gehetzter, weltstädtischer, mit dem lebhaften Willen zur Kritik, mit einem das Träumerische Nicht-Für-Voll-Nehmen. Noch als schwebender Engel im Traum aber weiß er, daß er vielfach als Herr Soundso auf Erden lebt – und viel Irdisches zu ertragen hat. Noch wenn er Lyrik dichtet, wünscht er nicht zu lügen. Seine Art Lyrik ist ‚fortgeschrittene‘ Lyrik genannt worden; von einem, der, ein großer Lehrer all dieser Dinge, für Europa schafft; von Alfred Kerr. Nicht wegen Großstadtmilieus so genannt, sondern wegen jener kritischen, beschwingten, fechtlustigen Daseinsstimmungen selbst in der Lyrik. Der neue Dichter (der den Alltag kennt, der den Schwindel durchschaut) wird gegen künstlerisches Schaffen überhaupt, soweit es unkritisch ist, etwas skeptisch sein, – dennoch wird er eine Melodie haben ...“³¹

1915 folgte im Kurt Wolff Verlag, Leipzig, ein zweiter Band *Die Gedichte von Trennung und Licht*, und 1918 kamen dann noch *Die Gedichte von Sommer und Tod* in Kurt Wolffs Bücherei Der Jüngste Tag heraus³².

Blass war 1913 nach Heidelberg übergesiedelt, und hier, wohl unter dem Einfluß des George-Kreises, wandelte sich langsam seine Kunstauffassung. In einem Briefe vom 13. Mai 1915 an Georg Heinrich Meyer, den Verlagsleiter von Kurt Wolff, findet sich eine erstaunliche Äußerung von ihm. Er sagt dort:

„... Daß man mir George-Schülerschaft nachredet, ist teils sachlich unzutreffend, teils kunstkritisch unwichtig – in der Renaissance gab es viel stärker und bedeu-

³⁰ Siehe auch *Alfred Lichtenstein*, Gesammelte Gedichte. Kritisch hrsg. von Klaus Kanzog, Zürich 1962; sowie *Gesammelte Prosa*. Kritisch hrsg. von Klaus Kanzog, Zürich 1966.

³¹ Siehe *Paul Pörtner*, *Literatur-Revolution 1910–1925. Dokumente – Manifeste – Programme*, Darmstadt/Neuwied 1960, Bd. I, 221–222.

³² Siehe *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, II (1958/59), 105–107.

tender den Begriff ‚Schule‘. George und ich schließen sich an die hohe deutsche Überlieferung gemeinsam an, das unterscheidet uns von den anderen deutschen Undichtern, aber auch von den Dichtern des ‚siechen Österreich‘ Hofmannsthal, Rilke, Werfel. Deutschlands Stunde im Reich des Geistes und der Künste ist wieder einmal vor der Tür. Und sie soll herrlich werden.“³³

Von Januar 1914 ab gibt Blass, der von Kurt Hiller „eine Art deutscher Verlaine“³⁴ genannt wurde, in Heidelberg, ebenfalls im Verlag Richard Weißbach, *Die Argonauten* heraus, eine Monatsschrift, in der Erich Auerbach, Walter Benjamin, Ernst Bloch, Rudolf Borchardt, Max Brod, Paul Kornfeld, Max Scheler, Carl Sternheim, Franz Werfel, aber auch Franz Blei, Friedrich Burschell, Paul Ernst, Franz Jung, Robert Musil, Gustav Radbruch u. a. zu Worte kommen. Im 8. Heft 1915 – im August 1914 mußte das Erscheinen der *Argonauten* zeitweilig eingestellt werden – druckte Blass die Anfang Dezember 1914 in der Heidelberger Stadthalle gehaltene Rede von Rudolf Borchardt „Der Krieg und die deutsche Selbsteinkehr“³⁵, von der auch Jacob Picard³⁶ erzählt, und die Hugo von Hofmannsthal „sehr hochgestimmt und groß in der Haltung“³⁷ findet. In dieser Rede, „in der Tracht der Manneszucht“, verkündet Borchardt z. B.: „Der heilige Name Gneisenau ist auf unseren Lippen, wenn wir den Blick zu den geisterkühnen Zügen Ludendorffs erheben...“ Rudolf Borchardt, dieser so unheimlich Begabte, der alle dichterischen Gattungen umfaßte und beherrschte, ist trotzdem dem Judenschicksal nicht entgangen, es hatte ihn, bevor er im Januar 1945 auf der Flucht in Trins in Tirol starb, doch noch eingeholt³⁸.

Ein bedeutendes Werk als Lyriker, Novellist, als Dramatiker und Übersetzer (vorwiegend aus dem Französischen) hat Alfred Wolfenstein hinterlassen, als er, wenig mehr als 56 Jahre alt, am 22. Januar 1945, nachdem er sogar eine Gestapohaft durchgestanden hatte, im Pariser Rothschildspital, schwerkrank, müde und verzweifelt, seinem Leben ein Ende setzte. Seit 1912 ein Dichter in Pfemferts *Aktion*, nannte er sein erstes selbständiges Gedichtwerk, das der angesehene S. Fischer Verlag im Mai 1914 herausbrachte, *Die gottlosen Jahre. Freundschaft* (1917) und *Menschlicher Kämpfer* (1919) hießen

³³ Kurt Wolff, Briefwechsel eines Verlegers 1911–1963, hrsg. von Bernhard Zeller und Ellen Otten, Frankfurt a. M. 1966, 220.

³⁴ Kurt Hiller, Köpfe und Tröpfe, Hamburg 1950, 288.

³⁵ Diese Rede ist in dem Band „Reden“ der Gesamtausgabe der Werke von Rudolf Borchardt (Stuttgart 1955) nicht aufgenommen.

³⁶ Jacob Picard, in: Imprimatur, loc. 196.

³⁷ Hugo von Hofmannsthal/Eberhard von Bodenhausen, Briefe der Freundschaft, Düsseldorf 1953, 198.

³⁸ Über Borchardt siehe: Werner Kraft, Rudolf Borchardt, Hamburg 1961; Hans Tramer, Vom deutsch-jüdischen Dichtertum, in: Robert Weltsch (Hrsg.), Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1963, 258–263; sowie die Einleitung von Theodor W. Adorno zu Rudolf Borchardts Ausgewählten Gedichten, Frankfurt a. M. 1968; und Willy Haas in: Krojanker, loc. cit.

andere lyrische Zusammenstellungen in diesen Jahren. Daneben ist dieser sich selbst gegenüber ewig kritische, andererseits aber höchst enthusiastische Dichter mit zahlreichen Novellen (*Der Lebendige*, 1918) und dramatischen Szenen (*Die Nackten*, 1917) hervorgetreten. Besonderes Ansehen erwarb er sich als der Herausgeber der beiden wichtigen Jahrbücher für neue Dichtung und Wertung *Die Erhebung*, die 1919 und 1920, „zwischen Krieg und Frieden“, im S. Fischer Verlag erschienen.

In all seinen Werken sang er, wie der Maler und Graphiker Karl Jakob Hirsch sich ausdrückte, „sein Hoheslied von der Kameradschaft der Menschen“³⁹. Wolfenstein steht nach der Charakteristik, die Kurt Pinthus von ihm gibt, „in der versteinerten Stadt und ruft, einsam, nach Freunden, zieht sich die Unzulänglichkeiten der gottlosen Jahre der Jugend, die fest gewachsen sind wie seine Haut, von Leib und Seele, und ringt mit härtester Anstrengung aus der dumpfen Wirrnis der Wirklichkeit den Geist zur Klarheit und Gemeinschaft empor“⁴⁰. Ob es stimmt, wie Heinrich Eduard Jacob später feststellte, daß dieser Gehirnlyriker „eine Kenntnis von der Symbolik und den Ausdruckskräften des menschlichen Körpers besitzt, die diejenige Rilkes fast übersteigt“⁴¹, mag dahingestellt bleiben⁴².

Wolfenstein war ein jüdischer Dichter, der sich auch mit seinem Judentum als Dichter auseinandersetzte. Nicht nur, daß er wiederholt jüdische Themen in seinem Werke anklingen ließ, war er der Verfasser des Essays *Das neue Dichtertum des Juden*, den Gustav Krojanker als Endbetrachtung seines Werkes über die *Juden in der deutschen Literatur* aufnahm⁴³. Darin unternimmt Wolfenstein es, aus seiner Sicht – „die neue Dichtung wuchs in der Stadt auf; das ist der Raum für diese Zeit“ –, obwohl „innerhalb unserer Generation doch Verwandtschaften von ganz anderer und allgemeinerer Art herrschen... vom dichterischen Ausdruck des jüdischen Wesens“ zu sprechen. Unter diesem Gesichtspunkt analysiert er nun Gedichte von Ernst Blass, Alfred Lichtenstein, Franz Werfel, Else Lasker-Schüler, Iwan Goll und sich selber. Dann aber gibt es eine Stelle, da treten vor sein Auge die ewigen Juden und die ewigen Deutschen als die „vor der eignen Rastlosigkeit Fliehenden“.

„Ihre inneren und äußeren Schicksale werfen sich zwischen Gipfel und Abgrund hin und her. Während der Jude seine Geschichte allzusehr ‚als seine eigene‘ durchleben mußte, unsichtbar, eingeschlossen, noch mehr ins Innere zurückgeworfen,

³⁹ Raabe, Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen, 237.

⁴⁰ Paul Raabe (Hrsg.), Expressionismus. Der Kampf um eine literarische Bewegung, München 1965, 74.

⁴¹ AaO, 203.

⁴² Über Wolfenstein siehe: Carl Mumm, Alfred Wolfenstein. Eine Einführung in sein Werk und eine Auswahl, Wiesbaden 1955; Peter Fischer, Alfred Wolfenstein. Der Expressionismus und die verendende Kunst, München 1968.

⁴³ Eine etwas veränderte und z. T. erweiterte Fassung erschien im gleichen Jahr 1922 unter dem Titel Jüdisches Wesen und neue Dichtung in der von Kasimir Edschmid hrsg. Schriftensammlung Tribüne der Kunst und Zeit im Erich Reiss Verlag, Berlin.

zwischen messianischer Schwermut und letzter Zuversicht, die atemlosen Reihen aller Wünsche und Würfe ganz in den Geist verlegt –: Zog auch die Geschichte des Deutschen von Pol zu Pol, sichtbarer und tönender, und nicht weniger heillos. Von erster wandernder und karlovingischer Weltbegierde empor zur wahren Himmelslust der Gotik, hinab ins Gemisch der Religionsmordsucht, hinauf zu blumenhafter Romantik, und wieder begraben unter eiserner Politik. Maßloses Volk, das um seiner Besten willen lebt.“⁴⁴

Geschrieben 1922!

Der Name Rudolf Leonhard, er ist uns schon bei dem von Martin Buber gewonnenen Sylvesterrennen 1914/15 in Weimar begegnet, erscheint in fast allen Anthologien jener Jahre. Leonhard wurde 1889 in Lissa (Posen) geboren und meldete sich, obwohl jahrelanger *Aktion*-Mitarbeiter, 1914 sofort freiwillig. Wenige Monate vorher noch waren seine ganz und gar nicht militaristischen Balladen *Barbaren* mit einer Titelzeichnung seines Freundes Ludwig Meidner erschienen. Die Ende 1914 veröffentlichten Kriegslieder *Über den Schlachten* führten dann natürlich zu einem Zerwürfnis mit Franz Pfemfert, doch wurde aus dem zunächst Begeisterten sehr bald ein entschiedener Kriegsgegner. Im Lazarett – noch vor seiner Aburteilung durch ein Kriegsgericht – schrieb er einen Band Aphorismen *Xonen des Fegefeuers* (1917). 1918 brachte Kurt Wolff in seiner Bücherei *Der Jüngste Tag* die bereits 1916 verfaßten *Polnischen Gedichte* heraus. Im gleichen Jahr erschien auch sein schon vor dem Kriege entstandener Roman *Beate und der große Pan*. Fritz Max Cahén berichtet, daß Leonhard – aus dem Felde zurück – in den letzten Kriegsjahren von Kopenhagen aus für deutsche Zeitungen geschrieben habe.

„Rudolf Leonhard fragt mich eines Tages, ob ich ihn nicht brauchen kann. Ich lasse ihn anfordern. Der Oberkommandierende in den Marken verbietet ihm als unverbesserlichem Pazifisten – seit wann? Er hatte sich vorher nie politisch zu erkennen gegeben – die Ausreise. Als ich 1918/19 Graf Brockdorff-Rantzaus Presseferent im Auswärtigen Amt bin, wird er mein Verbindungsmann zur USPD. Ich lasse ihn auch Funksprüche für Nauen abfassen. Nach und nach gleitet er ins völlig Rote: unsere Freundschaft ändert sich nicht, unsere Gespräche aber sind nicht mehr unbeschwert wie einst.“⁴⁵

Leonhard wird Anhänger Liebknichts und nimmt 1918/19 an der Revolution teil, ist sogar 1919 Mitglied des Rats der geistigen Arbeiter in Berlin. Von 1927 an lebte er in Paris und war während des Zweiten Weltkrieges in der französischen Untergrundbewegung tätig. 1950 ging er nach Ost-Berlin, wo er im Dezember 1953 starb.

Iwan Goll und sein Werk brauchen an dieser Stelle nur genannt zu werden. Für die von Kurt Pinthus 1920 herausgegebene Symphonie jüngster Dichtung *Menschheitsdämmerung* schrieb er als Selbstbiographie:

⁴⁴ AaO, 47–48.

⁴⁵ Fritz Max Cahén, *Der Alfred Richard Meyer-Kreis*, in: *Raabe*, Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen, 115.

„Iwan Goll hat keine Heimat: durch Schicksal Jude, durch Zufall in Frankreich geboren, durch ein Stempelpapier als Deutscher bezeichnet. Iwan Goll hat kein Alter: seine Kindheit wurde von entbluteten Greisen aufgesogen. Den Jüngling meuchelte der Kriegsgott. Aber um ein Mensch zu werden, wie vieler Leben bedarf es. Einsam und gut nach der Weise der schweigenden Bäume und des stummen Gesteins: da wäre er dem Irdischen am fernsten und der Kunst am nächsten.“

Goll befand sich bei Kriegsausbruch in Zürich und blieb in der Schweiz, war Mitarbeiter des *Sturm* von Herwarth Walden, der *Aktion* und fast aller avantgardistischen Zeitschriften, bis er 1919 nach Paris übersiedelte. Als zweisprachiger Dichter ließ er 1915 *Élégies Internationales. Pamphlets contre cette guerre* in Lausanne erscheinen. 1917 kam, bei Rascher in Zürich, sein *Requiem. Für die Gefallenen in Europa* heraus, 1918 veröffentlichte er in Kurt Wolffs Serie *Der Jüngste Tag* ein kleines Büchlein *Dithyramben*, und 1918 wurde von S. Fischer noch ein Band Gedichte unter dem Titel *Die Unterwelt* verlegt. Das Gesamtwerk von Iwan Goll, der 1950 im Alter von 59 Jahren in Paris starb, liegt heute in zwei umfangreichen Bänden *Dichtungen* und *Gedichte* sowie mehreren Einzelausgaben vor.

Erwähnung finden muß hier auch ein Dichter wie Arthur Silbergleit. 1881 in Gleiwitz geboren, war er schon als junger Mensch Redakteur der Zeitschrift der Breslauer Dichter. Seit 1908 als freier Schriftsteller in Berlin, stand er u. a. zu Martin Buber, Max Brod, Hugo von Hofmannsthal und Stefan Zweig in Beziehungen. Aufsehen erregte sein Hymnus auf die Großstadt, den er unter der Überschrift *Die Stimme der Stadt* am 19. Juni 1911 in der *Aktion* veröffentlichte. Auch für den *Sturm* schrieb er Gedichte, Essays und Aufsätze. Sein erster, 1915 erschienener Gedichtband hieß *Flandern*. 1919 brachte er Pastelle unter dem Titel *Das Füllhorn Gottes* heraus. Dann folgten: *Die Magd, eine Legende* (1919), die Dichtung *Der verlorene Sohn* (1920) und als weitere Gedichtbände *Alte Stadt* und *Balalaika* (beide 1921). Ein letzter Band von Gedichten Silbergleits wurde 1935 unter dem Titel *Der ewige Tag* von der Künstlerhilfe der Jüdischen Gemeinde zu Berlin herausgebracht. 1943 mußte er, fast völlig erblindet, den Weg nach Auschwitz antreten.

Was Max Brod (1884–1968) für die deutsche Literatur und die Dichter seiner Heimatstadt Prag bedeutete, braucht hier nicht im einzelnen ausgeführt zu werden. Er war Lyriker, Romancier, Dramatiker, Essayist, Komponist, Philosoph, und sein Einfluß auf die Gestaltung und zum Teil sogar auch die Richtung der literarischen Welt zumindest in dem Jahrzehnt von 1908 ab, dem Erscheinen von *Schloß Nornepygge*, seinem Roman eines Indifferenten, bis dann während des Ersten Weltkrieges der Kampf um das Judentum ihn und sein Schaffen immer dringlicher beherrschte, ist ganz enorm. Viele Namen, die heute zum selbstverständlichen Besitz jedes Gebildeten gehören, wären ohne seine Ermunterung, sein Urteil, seine Fürsprache und seinen Mut für alle Zeit unbekannt geblieben. Er war es, der den Vorhang vor vielen der literarischen Hauptakteure jener Zeit hob. Seine Bibliographie hat einen nahezu unglaublich anmutenden Umfang. „Die Atempausen seines Schaffens

scheinen von verschwindend geringer Dauer“, und bis in die letzten Jahre, ja Tage stehen seine Werke „wie Meilensteine an seinem Lebensweg“⁴⁶. Immer aber blieb er der Interpret des Geschehens seiner Zeit und seinem Volke gegenüber, „sein Ohr lag immer dicht am Herzschlag seiner Geschöpfe. Sie leben in ihrer Erschaffung unser Leben. Brod schuf sie Spiegeln gleich, uns darin zu erkennen“⁴⁷.

Mit seinem Roman *Schloß Nornepygge* hatte Brod, wie Rudolf Kayser bezeugt, „die Bibel unserer nihilistischen Jahre“ geschrieben. „Hier fanden wir in symbolischer Deutlichkeit unsere Revolutionen und Zweifel, Bewegungen und Zerrüttungen wieder; wir spürten den Atem unserer wilden, doch skeptischen Jugend, die vor entscheidende Entschlüsse sich gestellt sah.“⁴⁸ Mit zwei wichtigen Romanen, *Jüdinnen* (1911) und *Arnold Beer* (1912), leitete Brod unter neuem Blickfeld die Behandlung des Judenthemas in der modernen Literatur ein. Seine Verse werden, je stärker ihn das Grauen des Krieges beeindruckt, immer eindeutiger eine Absage an den reinen Subjektivismus und bloßen Ästhetizismus. „Ihr fühlte nicht des Daseins Würdigkeit, nicht das Gewicht des Ich“, wirft er seinen Zeit- und Altersgenossen vor. Mit seinem großen Roman *Tycho Brahes Weg zu Gott* (1915) erschließt er sich eine ganz neue Schaffensperiode, ebenso wie die Lieder der Schmerzen und Hoffnungen *Das gelobte Land* (1917) seiner Lyrik eine Zäsur setzen. Mit seinem Drama *Eine Königin Esther* weiß er wohl endgültig, daß seine Berufung in der deutschen Literatur zugleich auch eine Bestätigung seines Judentums sein muß.

Es gilt hier nicht, eine Literaturgeschichte zu schreiben. Deshalb soll nur ganz kurz daran erinnert werden, daß Max Brod Verse seines jungen Prager Freundes Franz Werfel schon öffentlich in Berlin vorlas, bevor sie in dessen erstem Gedichtband *Der Weltfreund* (1911) gedruckt waren. Werfel, der eigentliche Schöpfer der O-Mensch-Dichtung, besaß die Gnade des Genies, reines Gefühl, den Stoß des Herzens, die Aufwallung der Liebe und des Hasses umzuschmieden in Melodien mit einem Glanz der Sprache, den das Urerlebnis der Musik geschliffen hatte. Vor allem mit den Versen seiner nächsten Bücher *Wir sind* (1913) und *Einander* (1915), in denen schon die ersten Proteste gegen den Krieg laut werden, ist Werfel die Hoffnung und das Ideal einer neuen Jugend geworden.

„Seine Echtheit und Hingabe der Gefühle wird nach den diskreditierten Naturalisten, Materialisten, Relativisten und Ästhetizisten als befreiende Wohltat empfunden. Die kühne, knabenhaft-naive Beteuerung einfachster innerer Lebenswerte, wie Menschenliebe, Gottergebenheit, Glaube an die Perfektibilität, spricht in so natürlicher Sprache aus den Gedichten, daß man das gelegentliche pubertäre Überschnappen der Stimme nicht hört oder gern überhört. Es ist ein Jüngling gekommen, der wie Rilke so weise gerade aus seiner Gegensetzlichkeit erkannt hatte, den Mut besaß, Gott und Mensch, Himmel und Erde, die ganze Schöpfung in einer

⁴⁶ *Manfred Georg*, Max Brod, in: *Krojanker*, loc. cit., 321.

⁴⁷ AaO, 332.

⁴⁸ *Raabe*, *Expressionismus*. Der Kampf um eine literarische Bewegung, 131.

großen umarmenden Geste an sein Herz zu reißen: ‚Werfel schaffte, wenngleich einsam, so doch aus dem Gemeinsam-Menschlichen heraus, mehr als aus der Natur; aber es ist um so erschütternder oft, wie er da ans Elementare kommt, ans fast Anorganisch-Rücksichtslose, hinaustritt aus der Stube unmittelbar ins All und es erträgt. Zuweilen staune ich ihn an; dann wieder bewundere ich ihn mit der ganzen Einsicht ins Geleistete, mit der wunderbaren Freiheit des Künstlers, der doch nur dort ausruhen kann, wo er einen anderen das Äußerste glücklich vollbringen sieht‘ (Brief an Frau Cassirer, 17. September 1913).⁴⁹

Was Werfel als Novellist, Romancier, Dramatiker – sein Jugenddrama *Der Besuch aus dem Elysium* wurde am 6. September 1918 im Berliner Deutschen Theater aufgeführt – für die deutschsprachige Literatur bedeutete, gehört im wesentlichen einer späteren Periode an. Als ein großer Künstler des deutschen Wortes, als der Kündler einer ekstatischen Welt- und Lebensbejahung, aber auch als der Sucher nach der Harmonie im menschlichen Dasein, dem Sozialismus des Herzens, wird Werfel gewiß für immer seine Geltung haben.

Von den so zahlreichen Prager (jüdischen) Lyrikern wollen wir wenigstens noch einige Namen nennen. Da ist vor allem auf die beiden älteren, Friedrich Adler und Hugo Salus, hinzuweisen. Dann auf den hochbegabten, 1917 gefallenen Franz Janowitz. Weiterhin sind als lyrische Talente anzusprechen Otto Pick, dessen Übertragung der *Hymnen* von Ottokar Brezina aus dem Tschechischen 1913 in der Bücherei Der Jüngste Tag erschien, sowie Rudolf Fuchs der Petr Bezruc aus dem Tschechischen übersetzt hat und zwei eigene Gedichtsammlungen *Meteor* (1913) und *Karawane* (1918) herausgab. Außerdem schrieben Gedichte Emil Faktor, Ernst Feigl, Camill Hoffmann und Oskar Wiener. Sie alle sind vertreten in dem 1920 von Oskar Wiener eingeleiteten und herausgegebenen Sammelbuch *Deutsche Dichter aus Prag*, in dem sich übrigens neben Oskar Baum, Egon Erwin Kisch, Paul Kornfeld, Fritz Mauthner, Franz Werfel auch Beiträge von Viktor Hadwiger, Gustav Meyrink, Rainer Maria Rilke und Johannes Urzidil finden.

Der Dichter des im Ersten Weltkriege außerordentlich populären *Österreichischen Reiterliedes*, das wegen seiner leicht sangbaren Verse überall erklang, war ebenfalls ein deutschböhmischer Jude. Diese Verse von Hugo Zuckermann (1881–1915) galten als das schönste deutsche Soldatenlied und sie stammten von einem Manne, der „die Begeisterung für das Judentum und die Hoffnung auf seine Erneuerung in der Urheimat Palästina, das verzückte Hinüberträumen in Israels antike Größe... mit seinem starken und glühenden Bekenntnis zu Österreich, seiner freudigen Hingabe in der Feldschlacht“⁵⁰ glücklich zu vereinen wußte.

Weniger glücklich konnte der „schwarze Schwan Israels“, wie Peter Hille schon 1902 die Dichterin Else Lasker-Schüler nannte, mit dem Geschehen des

⁴⁹ Adolf D. Klarmann, Franz Werfel, in: *Rothe*, loc. cit., 410/11.

⁵⁰ Otto Abeles in seinem Geleit zu den von ihm herausgegebenen nachgelassenen Gedichten von Hugo Zuckermann, Wien 1915.

Krieges sein. Sie, die „Psalmistin der deutschen Avantgarde“⁵¹, die die Welt mit den Bildern ihrer Phantasie heiterer, lichter, friedlicher machen wollte, konnte jetzt im Menschen wohl nicht mehr den Himmel sehen, wie sie einst (in ihrem Liebesroman *Mein Herz*, 1912) geträumt hatte. Franz Jung erzählt, sie

„hatte jeden Kontakt zur Umwelt und den Vorgängen draußen in der Welt verloren. Der Krieg muß für sie etwas Unvorstellbares und auch völlig Unverständliches gewesen sein. Sie hat mich manchmal im Café aufgefordert, sie in ihre Wohnung zu begleiten. Ich erinnere mich an ein typisches Altberliner Zimmer, mit einem kleinen Podium am Fenster, wie das früher war in der guten alten Zeit, als die Bewohner dort ihre Blumentöpfe stehen hatten. Auf diesem Podium saß dann Else Lasker-Schüler auf einem einfachen Rohrstuhl und sah auf die Straße hinaus und in ihre Welt, die Kamelstraßen durch die fernen Wüsten, das seit Jahrtausenden angestammte Land des Prinzen von Theben. Sie sprach vor sich hin und überließ sich den bunten Träumen oder sie rezitierte Gedichte oder las aus Briefen vor, die sie durch Kuriere zu senden beschlossen hatte und die niemals abgeschickt worden sind. Der Besucher saß etwas abseits am Tisch in der Mitte des Zimmers und hörte zu, stundenlang und voller Ehrfurcht.“⁵²

Daß Else Lasker-Schüler bewußte, auf ihre Herkunft stolze Jüdin war, und als Jüdin Dichterin, stand für alle fest. Kasimir Edschmid meinte, daß bei ihr „Gleichung einsetzt zwischen Vers und Blut. Sie ist eine der größten Dichterinnen, weil sie zeitloser ist als alle, sie tritt dicht neben das Hohe Lied. Man glaubt, ganz Asien sei in der seltsamen Schau ihres Gedichts Lyrik geworden“⁵³. Ihre 1913 erschienenen *Hebräischen Balladen* hatten das bewiesen, ihr Geschichtenbuch *Der Prinz von Theben* (1914) es erneut unterstrichen. 1917 kamen ihre *Gesammelten Gedichte* heraus.

Else Lasker-Schüler hatte schon ihrem zweiten Mann, der eigentlich Georg Levin hieß, Kunstschriftsteller, Komponist und Redakteur war und 1910 die Zeitschrift *Der Sturm* gründete, einen Namen gegeben. Sie nannte ihn Herwarth Walden, und so hieß er dann für alle Welt. Während des Krieges, Mitte 1916, entstand auf Betreiben von Wieland Herzfelde die Monatsschrift *Neue Jugend*, in der alle freiheitlich Gesinnten zu Wort kommen sollten. Vier Nummern und im Februar 1917 noch eine Doppelnummer erschienen, dann aber wurde die Zeitschrift von der Zensur verboten. Wie Wieland Herzfelde erzählt, hatte Franz Jung einen guten Einfall.

„Mein (volljähriger) Bruder [John Heartfield] machte ein Gesuch bei Herrn General von Kessel, dem Gouverneur in den Marken. Das Gesuch besagte: Die ‚Neue Jugend‘ ist verboten worden. Dort erschien in Fortsetzungen der Roman ‚Der Malik‘ von Else Lasker-Schüler. Diesen Roman sind wir verpflichtet ganz zu veröffentlichen, er handelt von einem türkischen Prinzen, einem *Verbündeten* also. Wir ersuchen, *nur* zum Zweck der Veröffentlichung dieses Romans, um eine Ver-

⁵¹ Walter Mehring in: Als das Jahrhundert jung war, Zürich 1961, 32.

⁵² Franz Jung, Der Weg nach unten, Neuwied 1961, 106.

⁵³ Zitiert nach Raabe, Expressionismus. Der Kampf um eine literarische Bewegung, 106.

lagskonzession. Den Verlag würden wir nach dem zu druckenden Roman Malik-Verlag nennen. – Die Konzession wurde erteilt. Else Lasker-Schülers Roman – symbolisch-romantische Prosa, die mit der Türkei so wenig zu tun hatte wie mit irgend einem anderen realen Land, erschien Jahre später im Paul Cassirer-Verlag⁵⁴. Dagegen erschien bereits einige Wochen darauf im Malik-Verlag die ‚Neue Jugend‘ wieder.“⁵⁵

Jedenfalls war das der Beginn des Malik-Verlages, der bis 1933 vorwiegend linke Literatur herausbrachte.

Als typischer Vertreter expressionistischer Sprachgestaltung darf wohl Ludwig Rubiner bezeichnet werden. Von ihm stammen *Kriminalsonette* (1913), ein schmaler Gedichtband *Das himmlische Licht* (1916), ein vieraktiges „die Macht der Friedfertigkeit militant proklamierendes“⁵⁶ Drama *Die Gewaltlosen* (1919), außerdem hat er Tolstois Tagebuch und Voltaires Romane und Erzählungen übersetzt, und er war der Herausgeber der Sammelbände *Kameraden der Menschheit. Dichtungen zur Weltrevolution* (1919, mit Beiträgen u. a. von Johannes R. Becher, Albert Ehrenstein, Iwan Goll, Walter Hasenclever, Rudolf Leonhard, Karl Otten, Ernst Toller, Franz Werfel, Alfred Wolfenstein) und *Die Gemeinschaft. Dokumente der geistigen Weltwende* (1919). Über ihn sagt Kurt Hiller:

„Sein Wie, sein Stil, übrigens auch der seiner Prosa (man lese den ‚Mensch in der Mitte‘) [Sammlung politischer Aufsätze, 1917], hat das Ekstatische, mystisch Kondensierende, leicht Wolkige, das meist gemeint wird, wenn von Expressionismus die Rede ist, und sein Was, seine Substanz ist Messianismus, glühendes Weltänderertum. Rubiner, der ebenfalls jung starb, 1920 mit knapp 39 Jahren, an den Folgen einer Grippe, ist gleichsam der Rhapsode des Aktivismus gewesen. Jene Kraft der Gestaltung, die in den glorreichsten Fällen bis zu diamantener Luzidität führt, war in ihm schwächer als die der ethischen, der prophetischen Leidenschaft.“⁵⁷

Nicht vergessen werden soll hier auch der österreichische Lyriker, Erzähler, Essayist und Regisseur Berthold Viertel (1885–1953). Viertel war ein Freund von Karl Kraus und schon mit 26 Jahren Dramaturg und Regisseur an der von ihm mitbegründeten Wiener Volksbühne. Wenn auch das Theater sein Hauptfeld wurde und bis zu seinem Ende blieb, so hat er doch immer wieder sehr schöne Gedichte geschrieben. Im jüngsten Tag erschien seine Sammlung *Die Spur* (1913) und 1921 kam bei Jakob Hegner in Hellerau der Band *Die Bahn* heraus⁵⁸.

⁵⁴ Von Else Lasker-Schülers Roman *Der Malik*, einer Kaisergeschichte mit Bildern und Zeichnungen, erschienen einige Kapitel in der *Aktion*, im *Brenner* und in der *Neuen Jugend*. Die Buchausgabe brachte der Verlag Paul Cassirer, Berlin 1919.

⁵⁵ *Wieland Herzfelde*, Wie ein Verlag entstand, in: *Raabe*, Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen, 229–30.

⁵⁶ *Walter Falk*, in: *Rothe*, loc. cit., 83.

⁵⁷ *Der Monat*, 13 (Januar 1961), Heft 148, 59.

⁵⁸ Von *Berthold Viertel* siehe: *Dichtungen und Dokumente*, hrsg. von Ernst Ginsberg, München 1956; *Schriften zum Theater*, hrsg. von Gert Heidenreich, München 1970.

Im Dezember 1914 veröffentlichten Dichter ein Flugblatt, das sie *Der Krieg* nennen. Der gesamte Reinertrag wird, wie auf der Titelseite steht, der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen überwiesen. Es enthält Beiträge u. a. von Richard Dehmel, Herbert Eulenberg, Carl Hauptmann, Gerhart Hauptmann, Klabund, Rudolf Alexander Schröder, Hermann Stehr, von Rudolf Leonhard, Alfred Lichtenstein und einem jungen jüdischen Lyriker, Martin Gumpert, der ganze siebzehn Jahre alt ist. Die zwischen 1914 und 1916 entstandenen Gedichte Gumperts faßt Kurt Wolff zum 38. Band seiner Bücherei der Jüngste Tag zusammen. Sie erscheinen unter der Überschrift *Verkettung* im Februar 1917 und erreichen, eine seltene Ausnahme damals, 1920 eine zweite Auflage. Noch während des Krieges, in dem Gumpert, der spätere Arzt, als Sanitätssoldat diente, fand er Anschluß an den Kreis um Wolf Przygode⁵⁹, der von 1917–1923 die Zeitschrift *Die Dichtung* herausbrachte und zu deren Autoren er nun ebenfalls zählte. Außerdem war er mit einem Beitrag in Alfred Wolfensteins Jahrbuch *Die Erhebung* vertreten, wie auch in der Anthologie junger Lyrik *Verkündigung*, die Rudolf Kayser 1921 herausgab. Im gleichen Jahr 1921 erschien noch ein weiterer Band Gedichte *Heimkehr des Herzens* von Martin Gumpert, der später neben medizinisch wissenschaftlichen Studien ausschließlich noch Prosa veröffentlichte⁶⁰.

Zu einem seinem Wesen nach ganz anders gearteten Dichtertum gehörte Arno Nadel, der 1878 in Wilna geboren wurde, sein Leben in Berlin verbrachte und 1943 in Auschwitz umkam. Nadels lyrisches Werk ist, vielleicht neben demjenigen von Alfred Mombert, als eine der großen, aus jüdischem Geist geborenen Privatkosmologien zu bezeichnen. Er war außerdem Musikschriftsteller, Komponist, Maler, aber bei aller Fruchtbarkeit doch ein Einzelgänger. Er rang „um die Erneuerung des Menschenbildes, inbrünstig beseelt vom Glauben an die geistige Kraft der Seele“⁶¹. Arno Nadel, von dem sein Freund Felix Stößinger sagte, daß seinem dichterischen Hauptwerk (*Der Ton*, mit über 2000 Gedichtstücken auf mehr als 700 Seiten, 1921⁶²) „die Paradoxie zuteil wurde, an sichtbarster Stelle des deutschen Verlagswesens, nämlich in einer Dünndruckausgabe des Insel-Verlages, völlig unsichtbar zu werden und zu bleiben“⁶³, ist auch heute noch weithin unbekannt und unbeachtet. Seine ersten Aphorismen und Gedichte erschienen 1909, dann veröffentlichte er 1914 einen schon ziemlich umfangreichen Band Gedichte *Um dieses alles*. Mit dem *Ton* aber hatte er seine endgültige lyrische Sprache gefunden, „in der sich die Natur neu erlebt“. Nadel „ist nicht nur der Form,

⁵⁹ Siehe *Hermann Kasack*, Mosaiksteine, Frankfurt a. M. 1956, 207 ff.

⁶⁰ Siehe *Klaus Mann*, Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht, Frankfurt a. M. 1952, 403–404.

⁶¹ *Kasack*, op. cit., 243.

⁶² Die zweite Auflage von 1926 führte den Untertitel: Die Lehre von Gott und Leben. Religiöses Gedichtwerk.

⁶³ In: *Hermann Friedmann* und *Otto Mann* (Hrsg.), Deutsche Literatur im XX. Jahrhundert, Heidelberg 1959, 353.

sondern seinem lebendigen Wesen nach lyrisch. Das Subjekt, das Ich, die ich-werdende und ich-gewordene Natur spricht sich aus. Das lyrische Ich, das die Erschütterungen des Lebens registriert, bildet bei Nadel eine dichterische Dreiheit: die der sozialen, der religiösen, der dionysischen Reaktion.“⁶⁴ Wenn er auch 1923 unter dem Titel *Laotse und Kurfutse* Gedichte nach chinesischen Motiven erscheinen ließ, so ist doch nur z. T. richtig, eben weil Nadel zutiefst von jüdischen Bildungs- und Erlebnisgehalten erfüllt war, was Ludwig Marcuse über ihn sagte: „Arno Nadel, der kleine, polnische, rotbäckige, leise lächelnde jüdische Kantor“⁶⁵ war in seiner Lyrik von Lao-tse beeinflusst; in dem Kreis von Schriftstellern, Malern und Musikern, der sich um ihn gebildet hatte, wurden regelmäßig die Werke der chinesischen und indischen Sinnierer gelesen und kommentiert.“⁶⁶

Sein dramatisches Werk umfaßt ein Schauspiel in fünf Akten *Cagliostro und die Halsbandgeschichte* (1913), dann das Drama *Adam* (1917), sowie eine Tragödie *Siegfried und Brunhilde* (1918). 1920 erschienen seine sieben biblischen Szenen *Der Sündenfall*, und 1928 war das Mysterium mit Chören in neun Szenen *Orpheus* jedenfalls fertig und abgeschlossen. Posthum brachte Friedhelm Kemp, versehen mit einem Nachwort von ihm, Nadels nachgelassenes Gedichtwerk *Der weissagende Dionysos* heraus⁶⁷.

Im Geleitwort zu den von Werner Kraft herausgegebenen *Dichtungen und Schriften* von Ludwig Strauß erklärt Martin Buber:

„Die Symbiose deutschen und jüdischen Geistwesens hat in den wenigen Jahrzehnten ihrer Endperiode eine Reihe von Dichtern hervorgebracht, die eine besondere Beachtung verdienen, vornehmlich auf die Art hin, wie die Mischungen und Entmischungen jener beiden bestimmenden Seelenmächte in ihrem Werk sich kundtun. Es lassen sich hier unschwer drei Kategorien unterscheiden. In der ersten gibt sich das jüdische Element dem achtsamen Empfänger als etwas von dem Grund der Dichtung zu ihm Dringendes, aber seiner vergleichenden Analyse kaum Zugängliches zu erkennen; es ist unstreitig da, aber sowie man es einzuordnen versucht, entzieht es sich. Die zweite Kategorie ist dadurch gekennzeichnet, daß das Jüdische hier auch motivisch waltet: jüdische, ja urjüdische Motive treten hier nicht als bloße Sonderstimmung, vielmehr als Sonderregungen auf, sie durchziehen die Dichtung, sie prägen sie, ja man darf zuweilen sagen, daß sie es recht eigentlich sind, die sie erzeugt haben. Es gibt jedoch noch eine dritte Art. Im Bereich des deutschen Gedichts unterscheidet sie sich nicht von jener; aber da treiben Schicksal und Eingebung den Dichter, treiben ein Teil seines Werkes über die deutsche Sprache hinaus. Er bleibt ihr getreu, er sagt in ihr, was er in ihr zu sagen hat: aber um ein andres, schicksalhaft ihm Zugekommenes zu sagen, muß er eine andere, die ihm angestammte Sphäre betreten, muß nun auch – ich betone beides, ‚muß‘ und ‚auch‘ –

⁶⁴ Kasack, op. cit., 244–245.

⁶⁵ Nadel war nicht Kantor, sondern seit 1916 Chordirigent der Berliner Jüdischen Gemeinde an der Synagoge Kottbusser Ufer.

⁶⁶ Ludwig Marcuse, *Mein zwanzigstes Jahrhundert*, München 1960, 70.

⁶⁷ Heidelberg 1959. Ein gedrucktes Exemplar des Mysteriums *Orpheus* war bisher nicht nachzuweisen.

in der ihm angestammten Sprache authentisch dichten. Diese dritte Kategorie ist durch einen einzigen Dichter hohen Ranges, durch Ludwig Strauß vertreten.“⁶⁸

Der erste Gedichtband dieses 1892 in Aachen geborenen Dichters, der die Jahre 1913 bis 1916 umfaßt, erschien unter dem Gesamttitel *Wandlung und Verkündigung* 1918 im Insel-Verlag. Schon dieser Band, aber noch stärker die Gedichte von 1916 bis 1919 *Die Flut. Das Jahr. Der Weg* (1922) und die *Das Ufer* (1922) genannten Gedichte offenbaren Strauß' „einheitliches Kulturbewußtsein: der Deutsche war auch ein Jude, der Jude auch ein Deutscher; jeder war selbständig, keiner unterdrückte den anderen“⁶⁹. Zu Beginn seines dichterischen Weges hatte er Novellen (*Der Mittler*, 1916) veröffentlicht, dann widmete er sich, während sein Bruder Max Strauß 1918 Agnons große Erzählung *Und das Krumme wird grade* aus dem Hebräischen ins Deutsche übersetzte, Übertragungen Ostjüdischer Liebeslieder und der Gedichte Chajim Nachman Bialiks aus dem Jiddischen. Ludwig Strauß war ein fruchtbarer Dichter, Schriftsteller und Herausgeber. Hier soll nur noch hervorgehoben werden, daß 1951, zwei Jahre vor seinem Tode, eine umfangreiche Sammlung seiner hebräischen Gedichte *Schaot wa-dor* (Stunde und Epoche) herauskam.

Ein sehr vielversprechender Dichter, der jedoch infolge einer Kriegserkrankung nur 26 Jahre alt wurde, darf in dieser Betrachtung nicht fehlen. Franz Blei hatte Kurt Wolff auf den jungen, 1896 in Magdeburg geborenen Lyriker Paul Kraft aufmerksam gemacht, der auch tatsächlich schon 1915 Krafts *Gedichte* als Nr. 18 seiner Bücherei *Der Jüngste Tag* veröffentlichte. Es sind vorwiegend Liebesgedichte, aber eines der eindruckvollsten ist bezeichnenderweise „Lied des müden, abgearbeiteten Großstädtlers“ überschrieben. „Eine umfangreiche Gedichtsammlung wurde von S. Fischer, wieder durch Vermittlung Bleis angenommen. Moritz Heimann schickte das Manuskript dem Autor wegen eines geringfügigen Einspruchs gegen den Vertrag zurück“⁷⁰, und so blieben die Gedichte unveröffentlicht. Sein literarischer Nachlaß befindet sich im Deutschen Literatur-Archiv in Marbach.

Schließlich gilt es hier noch von einer Lyrikerin zu sprechen, in deren Werk sich nach dem Buber-Wort „die Mischungen und Entmischungen jener beiden bestimmenden Seelenmächte“ Deutschtum und Judentum kundtun. Margarete Susman (1872–1966) hatte ihre ersten Gedichte schon vor der Jahrhundertwende erscheinen lassen. Dann folgten *Neue Gedichte* 1907. Im Krieg entstanden die drei dramatischen Gedichte *Der Sieger – Die Liebenden – Der*

⁶⁸ Ludwig Strauß, *Dichtungen und Schriften*, hrsg. von Werner Kraft, München 1963, 9.

⁶⁹ Werner Kraft in: Ludwig Strauß, op. cit., 796.

⁷⁰ Siehe *Der Jüngste Tag. Die Bücherei einer Epoche*. Neu hrsg. und mit einem dokumentarischen Anhang versehen von Heinz Schöffler, Frankfurt a. M. 1970, Bd. II, 1679; sowie *Die Aktion*. Nachdruck. Mit Einführung und Kommentar von Paul Raabe, Stuttgart 1961, Jg. 1911, 72–73. Das von Werner Kraft, dem Vetter Pauls, verfaßte Nachwort zu Pauls Gedichten befindet sich ebenfalls in der Handschriftenabteilung in Marbach.

Betrüger⁷¹. Lange Krankheit und die „Einsicht in die Schrecken und Verlogenheiten des Krieges“⁷² – am 9. August 1918 schrieb sie in der *Frankfurter Zeitung*: „Was ist zu tun? Nur Eines! Nur schreien können wir – schreien mit aller Kraft unserer armen, erstickten Menschenstimme – schreien, daß wir den grauenhaften Lärm des Geschehens übertönen . . .“ – brachten schließlich die *Lieder von Tod und Erlösung* hervor, die 1922 gedruckt wurden. Frucht ihrer theoretischen Durchdringung war das 1910 veröffentlichte Buch über *Das Wesen der modernen deutschen Lyrik*, in dem sie von Zeitgenossen neben Alfred Mombert vor allem Stefan George, Hugo von Hofmannsthal und schließlich Rainer Maria Rilke behandelt. „Er ist reicher als George, reicher als Hofmannsthal, denn er umfaßt die Inhalte beider in einer selbständigen Persönlichkeit. Aber er ist auch um ein Gran bewußter als jene beiden, und darum ist er als Dichter nicht so groß wie sie.“⁷³ Mit Stolz betont sie jedoch in ihren Erinnerungen, daß ebenfalls in dieser Zeit, 1913, ihr „erster rein philosophischer Aufsatz über ‚Spinoza und das jüdische Weltgefühl‘ . . . in dem von Hans Kohn herausgegebenen Bar-Kochba-Buch ‚Vom Judentum‘“ erschien⁷⁴.

Gehen wir nun mehr zur Prosa über, so braucht man eigentlich nur zu registrieren, daß in diesen Jahren auch schon Franz Kafka, langsam, zögernd und im Grunde mehr auf Drängen seines Freundes Max Brod, an die Öffentlichkeit getreten war. Ein kleiner, sehr kleiner Kreis erkannte wohl schon damals die Bedeutung dieses Prager Erzählergenies, aber zum Ausdruck unseres Jahrhunderts wurde sein Name doch erst Jahrzehnte später. Von den im Dezember 1912 ausgelieferten Erzählungen *Betrachtung*, die in einer einmaligen Auflage von 800 nummerierten Exemplaren im Ernst Rowohlt Verlag, Leipzig, herauskamen, waren am 30. Juni 1916 ganze 258 Exemplare verkauft⁷⁵. Kurt Wolff, der damals noch Teilhaber von Ernst Rowohlt war, erinnert sich „unverrückbar“, wie Franz Kafka ihm zum Abschluß des Besuches, den er ihm in Begleitung von Max Brod am 29. Juni 1912 in Leipzig gemacht hatte, und der zum Beginn der Verlagsbeziehung wurde, sagte: „Ich werde Ihnen immer viel dankbarer sein für die Rücksendung meiner Manuskripte als für deren Veröffentlichung.“⁷⁶ Wolff sandte jedoch nichts zurück,

⁷¹ Zusammengefaßt unter dem Titel *Die Liebenden*, Kurt Wolff Verlag, Leipzig 1917.

⁷² *Margarete Susman*, *Ich habe viele Leben gelebt. Erinnerungen*, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1964, 85.

⁷³ *Margarete Susman*, *Das Wesen der modernen deutschen Lyrik*, Stuttgart 1910, 125.

⁷⁴ *Susman*, *Ich habe viele Leben gelebt*, 78. Siehe auch *Robert Weltsch*, *Erinnerungen an ein vergessenes Buch*, in: *Auf gespaltenem Pfad. Für Margarete Susman*, hrsg. von *Manfred Schlösser*, Darmstadt 1964, 217 ff.

⁷⁵ *Kurt Wolff*, *Briefwechsel*, 41.

⁷⁶ *Kurt Wolff*, *Autoren, Bücher, Abenteuer. Betrachtungen und Erinnerungen eines Verlegers*, Berlin 1965, 68.

im Gegenteil, er bemühte sich geradezu um diesen „heimlichen König der deutschen Sprache“, wie Hermann Hesse später einmal den Prager Dichter nannte. Er selber berichtet: „Im Mai 1913 begann der Kurt Wolff Verlag eine neue Schriftenreihe zu publizieren. Es war mir wichtig, daß gleich unter den ersten Veröffentlichungen der Serie, die unter dem Titel *Der Jüngste Tag* erschien, ein Beitrag von Franz Kafka sein sollte. Ich bat darum und Kafka schlug vor, das erste Kapitel eines Romans, den er nie veröffentlichen wollte, als selbständige Erzählung zu drucken; es war ‚Der Heizer‘, das erste Kapitel des Romans ‚Amerika‘.“⁷⁷ Und in der Tat, nach Werfels *Die Versuchung* und Hasenclevers *Das unendliche Gespräch* erschien im Mai 1913 *Der Heizer* als dritter Band der Bücherei *Der Jüngste Tag*. In der Oktober-Nummer 1915 (Jg. 2, Heft 10) brachten René Schickeles *Weißer Blätter* Kafkas Erzählung *Die Verwandlung*, die Kurt Wolff noch im November 1915 neu drucken ließ und als Doppelband 22/23 des *Jüngsten Tag* herausgab. Als Honorar erhielt Kafka 350 MK, den „Höchstsatz, der für den ‚Jüngsten Tag‘ [bis dahin] je gezahlt worden ist“⁷⁸ – ein Zeichen der Wertschätzung, die Kafka bei Kurt Wolff genoß. Zu Kafkas Lebzeiten kamen dann noch bei Kurt Wolff *Das Urteil* (1916) und die beiden Bände Erzählungen *In der Strafkolonie* (Mai 1919) und *Ein Landarzt* (Ende 1919) heraus.

Auf etwas für unseren Zusammenhang Interessantes mag noch hingewiesen werden. Kafka selber fragte in einer Postkarte vom 7. Oktober 1916 seine Braut Felice Bauer, ob sie ihm nicht sagen wolle, was er eigentlich sei. Da hatte nämlich Robert Müller in seiner Besprechung der *Verwandlung* in der *Neuen Rundschau* geschrieben: „Die sonst absichtslose Erzählerkunst Kafkas, die etwas Urdeutsches, rühmlich Artiges, im Erzählenden Meister-singerliches besitzt, wird durch hypothetische Flicke auf ihrem schönen Sachgewande deformiert.“⁷⁹ Max Brod dagegen hatte in einem Aufsatz „Unsere Literaten und die Gemeinschaft“ folgendes ausgeführt:

„Wunderbar starke Symbole des reuigen Ausgeschlossenheitsbewußtseins, das die Seele des modernen Juden durchtobt, hat er [Kafka] geschaffen: den Knaben, der von seinen Eltern verstoßen, nach Amerika auswandert und auf dem Schiffe eine erste, menschlich freie Beziehung zu einem ‚Heizer‘ anknüpft, – den fleißigen Reisenden, der eines Morgens in seinem Bette als ungeheuerliches Insekt erwacht und in dieser Gestalt, aufs Radikalste der Gemeinschaft entrückt und jenseits aller menschlichen Gebundenheiten, sein trauriges Leben eines naturwidrigen Eremiten, eines Monstrums zu Ende lebt (‚Die Verwandlung‘ – Verlag Kurt Wolff). – Obwohl in seinen Werken niemals das Wort ‚Jude‘ vorkommt, gehören sie zu den jüdischesten Dokumenten unserer Zeit.“⁸⁰

⁷⁷ AaO, 72.

⁷⁸ Kurt Wolff, Briefwechsel, 34.

⁷⁹ Die Neue Rundschau 1916, Bd. 2, 1421 ff. Über Robert Müller, der sich 1924 das Leben genommen hat, siehe Robert Musil, Tagebücher, Aphorismen, Essays und Reden, Hamburg 1955, 745 ff.

⁸⁰ Der Jude, I (Oktober 1916), 463–464.

So uneingeschränkt läßt sich nicht das gleiche behaupten von Peter Altenberg (1859–1919), den man wohl am besten als eine Art jüdischer Baudelaire bezeichnen darf. Er hieß eigentlich Richard Engländer, schlenderte „im karierten Anzug mit zu kurzen Hosen, den Ledergürtel sportlich umgeschnallt, ohne Hut, sandalenklappernd, die Zwickerschnur breit wie ein Meßband, den keulenförmigen knolligen Stecken unterm Arm“⁸¹ durch die Straßen Wiens, saß im berühmten Café Central oder im Sommer am Graben – und schrieb seine Skizzen, seine kleinen Geschichten und Dialoge. Arthur Schnitzler hatte ihn entdeckt, mit Karl Kraus war er befreundet, und Hermann Bahr und Hugo von Hofmannsthal priesen begeistert seine kleinen Werke. S. Fischer hatte ihn in Verlag genommen und hohe Auflageziffern mit ihm erreicht. Im Grunde war er ein Philosoph, der gegen das bürgerliche Ideal seiner Zeit rebellierte und auf seine Fahne die unbedingte Freiheit des Gefühls, der Liebe, der Frau schrieb. Er wird nicht müde, diesen Rausch von seinem ersten Buche an *Wie ich es sehe* (1896) in allen möglichen Variationen bis in seine letzten Veröffentlichungen *Fechsung* (1915), *Nachfechtung* (1916), *Vita ipsa* (1918), *Mein Lebensabend* (1919) zu wiederholen.

Wenn auch Albert Ehrenstein von Altenberg sagte, er „war ein Urwiener und doch heimatlos, der Boden unter seinen Füßen grüßte ihn nicht. Er war ein Jude. Ahasverisch lief sein Leben von Hotelzimmer zu Hotelzimmer, von Café zu Café. Sein Witz war jüdisch, antithetisch, umfallend, sich preisgebend – aber sein Zorn war prophetisch, sein Grimm alttestamentarisch“⁸², so glauben wir doch andererseits, daß es in der Welt, die sich Altenberg vor seinem Auge baute, weder Juden noch Nichtjuden gab, sondern eben lediglich Menschen. „Und wenn er in der nichtidealen Welt einem Juden begegnete, objektivierte er ihn und fühlte sich dann nicht anders mit ihm verbunden als mit jedem Menschen, der sich durch seine Äußerlichkeit von seiner Umgebung abhob.“⁸³ Jedenfalls trat das Jüdische bewußt in seinem Werk nicht in Erscheinung.

Anders bei Jakob Wassermann (1873–1934). In seinem gesamten Werk spielt der Jude, spielen Jüdinnen in ihrem Ringen um – heute würde man sagen: – Integration eine große Rolle. Das Jude-sein und der Wille zum Deutschtum beherrschen geradezu das Werk dieses grandiosen Fabulierers. Das beginnt mit seinen *Juden von Zirndorf* (1897), es setzt sich fort in der *Geschichte der jungen Renate Fuchs* (1900), in der die Jüdin zu einem neuen Frauenideal wurde, es steckt im Grunde im *Caspar Hauser* (1908) und gewiß im *Gänsemännchen* (1915), Wassermanns größtem Erfolg. Auch in diesem Roman sagt der an seiner Symphonie verzweifelnde, urdeutsche Musiker

⁸¹ Alfred Polgar in: Das Altenbergbuch, hrsg. von Egon Friedell, Wien, Leipzig, Zürich 1921, 272.

⁸² Krojanker, loc. cit., 196.

⁸³ Ernst Randak, Peter Altenberg oder das Genie ohne Fähigkeiten, Graz und Wien 1961, 193.

Daniel Nothafft eines Tages, das Außenseitertum charakterisierend: „... er streckt die Hand aus, und es wird ihm hineingespuckt. Er gibt und gibt und gibt, und sie nehmen, nehmen, nehmen, ohne Dank, ja mit Hohn. Sie achten nur die Vetternschaft, sie verkuppeln das Mikroskop mit dem Katechismus und die Philosophie mit der Polizei. Ohne jeden Anstand, ohne humane Übereinkunft...“ In seinem zweibändigen *Christian Wahnschaffe* (1919) wollte er einen lebenswahren Abriss des deutschen Geschehens geben mit all dem untergründigen und tiefliegenden Haß gegenüber jüdischem Wesen und jüdischem Dasein. Es ist Selbsterfahrung, wenn er jenen Amadeus Voss in die Worte ausbrechen läßt: „... ich drücke mich noch mild aus, wenn ich sage, daß ich die Juden immer gehaßt habe. Einen Juden nur riechen, das hieß bei mir: eine Ladung Sprengstoff in die Nerven. Da steht uraltes Verbrechen auf, zweitausendjährige Schuld. Der Gekreuzigte seufzt über Länder und Zeiten hinweg an mein Ohr; noch gegen die Edelsten Eures Stammes wehrt sich mein Blut.“

Gewiß, „die Sonderstellung des Juden, eine immer wieder gefühlte Ablehnung während der Zeit der stärksten Weltbedürftigkeit ließen ihn Schmerzen erkennen, wie sie die Leere erzeugt, die um Caspar Hauser hohe Geburt und geheimnisvolles Geschick wirken“⁸⁴. Aber doch glaubt er zuweilen, diese Schmerzen könnten linder werden, ja schließlich ganz verschwinden. Im S. Fischer-Almanach *Das große Jahr 1914–15* schreibt Jakob Wassermann in einem Aufsatz „Das Nationalgefühl“ (der auch in der *Neuen Rundschau* des Kriegsjahrs erschien):

„Der Gemeinschaft angehörig ist, wer sich zu ihr bekennt und mit seiner Leistung für sie einsteht... Es bedarf aber keines tausendjährigen Testimoniums, um als Mitarbeiter aufgenommen zu werden; eine lebenskräftige Organisation kennt keine Exklusivität, die die Gefahr der Verarmung in sich trägt. Willigkeit und Tüchtigkeit sind bessere Bürgschaften für das Gedeihen als zur Schau gestellte Gesinnung oder verbriefte und dann mißbrauchte Vorrechte. Wenn die Fähigkeit und der Entschluß zur Anpassung, zur Einfügung vorhanden ist, ist das neue Blut niemals von Unsegen. Juden und Emigranten beweisen es.“⁸⁵

Wassermann besaß den Willen zur Anpassung; und doch, er wollte zu ihr gelangen als ein Jude. „Der Jude, den ich den Orientalen nenne“, schrieb er in einem Brief an Martin Buber im Zusammenhang mit seiner Schrift *Der Literat oder Mythos und Persönlichkeit*, „ist seiner selbst sicher, ist der Welt und der Menschheit sicher. Er kann sich nicht verlieren, da ihn ein edles Bewußtsein, Blutbewußtsein, an die Vergangenheit knüpft und eine ungemene Verantwortung der Zukunft verpflichtet; und er kann sich nicht verlieren, da er gleichsam ein offenbartes Wesen ist. Er ist kein Leugner, sondern ein Bestätiger.“⁸⁶

⁸⁴ Erwin Poeschel, in: *Krojanker*, loc. cit., 93.

⁸⁵ *Das große Jahr 1914–1915*, Berlin, November 1915, 28.

⁸⁶ *Jakob Wassermann*, Lebensdienst, Leipzig 1928, 177.

Er mußte aber erfahren, daß die anderen leugneten. Als ein genauer Beobachter aller geistigen Vorgänge spürte er, wie sehr eine gewisse Art von Literatur die Seele des deutschen Volkes immer wieder von neuem vergiftete. Er wußte um die Wirkung des Buches von Heinrich Claß *Wenn ich der Kaiser wär'* und er erschrak vor der Begeisterung, mit der Walter Flex und sein *Wanderer zwischen beiden Welten* aufgenommen wurde⁸⁷. Da gab es den Herrn Artur Dinter und seinen Zeitroman *Die Sünde wider das Blut* und Wilhelm Stapels Zeitschrift *Deutsches Volkstum*; und die *Protokolle der Weisen von Zion* lebten auf, während gleichzeitig die natürlich vorwiegend gegen die Juden gerichtete Dolchstoßlegende ihre Laufbahn begann. Arthur Moeller van den Bruck schrieb ein Buch über *Das Recht der jungen Völker*, und Schriftsteller wie Ludwig Klages und Oswald Spengler gewannen Namen und Einfluß.

All das war für Jakob Wassermann Veranlassung, schweren Herzens, aber ehrlich Rechenschaft abzulegen „über den problematischsten Teil meines Lebens, den, der mein Judentum und meine Existenz als Jude betrifft, nicht als Jude schlechthin, sondern als deutscher Jude, zwei Begriffe, die auch dem Unbefangenen Ausblick auf Fülle von Mißverständnissen, Tragik, Widersprüchen, Hader und Leiden eröffnen“⁸⁸. In dieser Bekenntnisschrift *Mein Weg als Deutscher und Jude** führt er aus, daß er erfahren habe, der Geist zwischen Deutschen und Juden mischt sich nicht. Herzl und dem Zionismus konnte er nicht Gefolgschaft leisten, denn er fühlte nicht „die Solidarität, auf die sie mich verpflichten wollten, nur weil ich Jude war. Die religiöse Bindung fehlte, aber auch die nationale Bindung fehlte, und so, in meinem noch nicht zur Klarheit gediehenen Widerstreben, vermochte ich im Zionismus vorläufig nichts anderes zu sehen als ein wirtschaftlich-philanthropisches Unternehmen“⁸⁹. Nun aber 1921 kam er zu der Erkenntnis, daß der Jude, wenn auch nicht im juristischen Sinne, so doch im Gefühl des Volkes, vogelfrei sei. Es ist eine „herzbeengende Lage“, in der sich der deutsche Jude befinde. Einen Ausweg aber kann auch er nicht weisen. Er vermag lediglich festzustellen: „Überläufertum verbietet sich dem, der sich achtet, von selbst. Anpassung in Heimlichkeit führt zu einem Ergebnis nur für die, die zur Anpassung geeignet sind, also für die schwächsten Individuen.“ Da er aber kein Heil weiß, bekennt er noch einmal: „Ich bin Deutscher, und ich bin Jude, eines so sehr und so völlig wie das andere, keines ist vom anderen zu lösen. Ich spüre, daß dies in gewissem Sinn, wahrscheinlich durch das vollkommene Bewußtsein davon

⁸⁷ Siehe *Adolf Leschnitzer*, Der Gestaltwandel Ahasvers, in: *Hans Tramer* (Hrsg.), In Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel-Aviv 1962, 498 ff.

⁸⁸ *Jakob Wassermann*, *Mein Weg als Deutscher und Jude*, Berlin 1921, 7.

* Zu Wassermanns Schrift siehe ebenfalls den bereits angeführten Aufsatz von *Eva G. Reichmann*, S. 533 (Hrsg.).

⁸⁹ Wassermann, *op. cit.*, 106.

und die vollkommene Durchdringung mit den Elementen beider Sphären, orientalischer und abendländischer, ahnenhafter und wahlhafter, blutmäßiger und durch die Erde bedingter, ein neuer Vorgang ist.“⁹⁰

Einen Anwalt der Juden hatte Moritz Goldstein den jungen Arnold Zweig (1887–1968) genannt⁹¹. Und in der Tat, schon sein Erstlingswerk, die *Aufzeichnungen über eine Familie Klopfer* (1911), zeichnet (ein wenig an Thomas Manns „Buddenbrooks“ geschult) die Geschichte „eines unerträglich atemlosen Juden“, der ein berühmter Schriftsteller geworden ist, aber nach dem Tode seiner adligen Frau mit seinen beiden Kindern nach Erez Israel, ins Heilige Land zieht, um dort einen Inhalt für sein Leben zu finden. Die als Roman bezeichneten *Novellen um Claudia* (1912) wiesen Arnold Zweig als europäischen Prosakünstler von Format aus. Seinem Drama *Abigail und Nabal*, auch 1912, liegt der bekannte biblische Stoff um David zugrunde. Mit dem ausdrücklich als jüdische Tragödie bezeichneten Schauspiel *Ritualmord in Ungarn* (1914) – das später unter dem Titel *Die Sendung Semaels* (1920) den Kleist-Preis erhielt – gelang es ihm, der antisemitischen Tisza-Eszlar-Affäre eine dramatische Gestalt zu geben. Die *Umkehr des Abtrünnigen* schildert in Prosa (1925) und dann als Tragödie (1929) das Schicksal eines getauften, sogar bis zum Bischof aufgestiegenen Juden.

Zweig war Zionist. Und von dieser Grundhaltung ist auch sein, Sigmund Freud zugeeignetes, Werk *Caliban oder Politik und Leidenschaft* (1927), dieser grundlegende Versuch über die menschlichen Gruppenleidenschaften, dargetan am Antisemitismus, getragen. Seine bewußt jüdische und zionistische Einstellung wurde vertieft durch die Kriegserlebnisse in Osteuropa, die ja auch in Zweigs berühmtesten Werk *Der Streit um den Sergeanten Grischa* (1927) ihren Niederschlag fanden, und die ihren ersten schriftstellerischen Ausdruck durch die beiden großen „Essays zum Schicksal eines Volkes“ *Das ostjüdische Antlitz* (1920, mit 50 Steinzeichnungen von Hermann Struck) und *Das neue Kanaan* (1925) erhielten. Interessant ist, daß die für Zweigs späten Jahre so entscheidende Wendung nach links durchaus auch damals schon seine Hoffnung war, wenn er 1928 für eine erneute Buchausgabe dieser beiden Essays schreibt, das Schicksal der Juden wird nur gelöst werden, „getragen von der großen Flutung der Menschheit nach links“⁹².

Der Weg Alfred Döblins (1878–1957) führte von chaotischem Aufruhr der Jugendjahre über die Erkenntnis des Judentums in die katholische Kirche. Seine epische Kraft war außerordentlich. Von Döblins erstem echten Roman *Die drei Sprünge des Wang-lun* (1915), den Aufstand chinesischer Goldwäscher und seine Unterdrückung durch russisches Militär darstellend, sagte Franz Kafka: „Das ist ein großer Name unter den neuen deutschen Romanschriftstellern. Ich kenne von ihm – außer diesem, seinem ersten Buch – nur einige

⁹⁰ AaO, 125–126.

⁹¹ Siehe *Krojanke*, loc. cit., 248.

⁹² *Arnold Zweig*, Herkunft und Zukunft, Wien 1929, 230.

kleine Erzählungen und einen seltsamen Liebesroman ‚Der schwarze Vorhang‘. Döblin kommt mir so vor, als würde er die sichtbare Welt als etwas ganz Unvollkommenes auffassen, das er erst mit seinem Wort schöpferisch ergänzen muß.“⁹³ Bei den kleinen Erzählungen handelte es sich um die Skizzen und Novellen, die Döblin 1912 in Waldens *Sturm* veröffentlicht hatte, und die im folgenden Jahre als Buch, genannt *Die Ermordung einer Butterblume und andere Erzählungen*, herauskamen. *Der schwarze Vorhang* war ein 1901 entstandener, reichlich pubertärer Roman, der 1919 erschien. Sein übriges sehr reiches Schaffen – der Roman *Berlin Alexanderplatz. Die Geschichte vom Franz Biberkopf* (1929) wurde ein absoluter Welterfolg – mag für uns hier außer Betracht bleiben. Nur auf die Essaysammlung *Der deutsche Maskenball* (1921), die er unter dem Pseudonym Linke Poot herausgab, sei noch hingewiesen, weil sich in ihr die Abkehr des Berliner Armenarztes von der Sozialdemokratie schon andeutet.

Dagegen ist von höchstem Reiz eine kurze Betrachtung der *Reise nach Polen*, die Döblin 1925 unternahm und deren Ergebnisse er in einem 1926 erschienenen umfangreichen Buche darlegte. Diese Reise war für den schon aus dem Judentum ausgetretenen Arzt und Dichter im Grunde ein Weg zurück. Mit Recht sagt Walter Muschg: „Die religiöse Unruhe trieb ihn 1925 nach Polen, weil er sich an der Quelle über sein Verhältnis zur jüdischen Tradition klarwerden wollte, und sie brach offen im 1926 entstandenen indischen Epos *Manas*⁹⁴ hervor, das den großen Umschlag aus der heidnischen Verherrlichung der Natur in eine visionäre Innerlichkeit brachte.“⁹⁵ Bevor er aber an die Ausarbeitung des indischen Epos ging, drängte es ihn, mit seinem Buch über die Polenreise öffentlich für das Judentum einzutreten. Mehr als zwei, für ihn, für die Juden, für die Welt schicksalsvolle Jahrzehnte später erklärte er, was für ihn der Anlaß zu dieser Reise gewesen war:

„In der ersten Hälfte der zwanziger Jahre ereigneten sich in Berlin pogromartige Vorgänge, im Osten der Stadt, in der Gollnowstraße und Umgebung. Das geschah auf dem Landsknechthintergrund dieser Jahre; der Nazismus stieß seinen ersten Schrei aus. Damals luden Vertreter des Berliner Zionismus eine Anzahl Männer jüdischer Herkunft zu Zusammenkünften ein, in denen über jene Vorgänge, ihren Hintergrund und über die Ziele des Zionismus gesprochen wurde. Im Anschluß an diese Diskussionen kam dann einer in meine Wohnung und wollte mich zu einer Fahrt nach Palästina anregen, was mir fremd war. Die Anregung wirkte in anderer Weise auf mich. Ich sagte zwar nicht zu, nach Palästina zu gehen, aber ich fand, ich müßte mich einmal über die Juden orientieren. Ich fand, ich kannte eigentlich Juden nicht. Ich konnte meine Bekannten, die sich Juden nannten, nicht Juden nennen. Sie waren es dem Glauben nach nicht, ihrer Sprache nach nicht, sie waren vielleicht Reste eines untergegangenen Volkes, die längst in die neue Um-

⁹³ *Gustav Janouch*, Gespräche mit Kafka, Frankfurt a. M. 1968, 130.

⁹⁴ Siehe *Heinz Graber*, Alfred Döblins Epos „Manas“, Bern 1967.

⁹⁵ *Alfred Döblin*, Unser Dasein, Olten und Freiburg i. B. 1964, 480–481.

gebung eingegangen waren. Ich fragte also mich und ich fragte andere: Wo gibt es Juden? Man sagte mir: In Polen. Ich bin darauf nach Polen gefahren.“⁹⁶

Und dort fand er die Juden. Massen in ihrem wirtschaftlichen Elend und in ihrer geistigen Größe. Er fand, daß es auch dort Antisemitismus gab, mörderischen, zerstörenden, mit dem Willen zur Vernichtung. Und er fand, daß man diesen Resten des jüdischen Volkes irgendwo Land verschaffen müßte, um sie vor Vernichtung und Untergang zu bewahren⁹⁷.

Ernst Weiß, 1884 in Brünn geboren, zum Prager Dichterkreis gehörig, nahm sich im Juni 1940, beim Einmarsch der deutschen Truppen, in Paris das Leben. Gleich Döblin war auch er Arzt, ein Schüler Sigmund Freuds, dem der Schmerz und geistige Leiden zu Hauptmotiven seiner dichterischen Gestaltung werden. Allerdings kann er aus einem reichen jüdischen Fundus schöpfen. Er „trug ... über alles Literarische hinweg eine große und tiefgläubige Liebe zum jüdischen Volke als unzerstörbaren Kern in seiner Seele“⁹⁸. Eine seiner schönsten und sprachlich auch gereiftesten Erzählungen *Daniel* (1924) spielt in Babylon unter den armen, vertriebenen Juden. Von 1913 an, mit dem *Die Galeere* betitelten Buch, hat Weiß bis 1924 mehr als ein halbes Dutzend Romane veröffentlicht, fast alle tragen sie Titel – *Mensch gegen Mensch* (1914), *Der Kampf* (1916), *Tiere in Ketten* (1918) –, die irgendwie mit dem „infernalen Dasein“ der Kreatur zu tun haben. Sein Drama *Tanja* wurde 1919 in Prag aufgeführt. Leider in Vergessenheit geraten ist seine sehr anziehende Dichtung in vier Kreisen, der er den Titel *Versöhnungsfest* (1918) gab. Nach dem Zweiten Weltkrieg bemüht sich der Claassen-Verlag, Hamburg, um eine Wiederentdeckung dieses bedeutenden Romanciers⁹⁹.

⁹⁶ Alfred Döblin, *Schicksalsreise. Bericht und Bekenntnis*, Frankfurt a. M. 1949, 164.

⁹⁷ Zur Vervollständigung sei hier noch auf ein Werk Döblins hingewiesen, das nach der Zeitspanne, mit der wir uns hier beschäftigen, entstand. Im April 1933 erschien im S. Fischer Verlag in Berlin ein starkes, seine Philosophie oder besser seine Lebensanschauung darstellendes Buch *Unser Dasein* (siehe Anm. 95 für den bereits zitierten Nachdruck). Am 10. Mai wurde es auf einem Scheiterhaufen der Nazis verbrannt. Sein siebentes Kapitel war überschrieben: *Wie lange noch, Jüdisches Volk-Nichtvolk?* Dieses Kapitel stellte in etwas veränderter und erweiterter Fassung unter dem Titel *Jüdische Erneuerung* sein erstes Buch in der Emigration dar, das der Querido Verlag, Amsterdam, noch 1933 herausbrachte. Er will „keinen Rückgang, sondern neues Volk, nein, neues Menschentum“. Über den Zionismus hinaus soll das jüdische Volk-Nichtvolk wieder zu seiner Grundformel zurückkehren, die „hieß und wird immer heißen: Ein ewiger Weltträger und Diesseitigkeit und das sittliche Gebot“ (*Jüdische Erneuerung*, 94 und 97). Zur gleichen Zeit, in Paris, war er Mitglied der Liga für jüdische Kolonisation und setzte sich mit den Territorialisten für die Errichtung eines jüdischen Gemeinwesens außerhalb Palästinas ein. Nach 1945 trat er dann zur katholischen Kirche über.

⁹⁸ Karl Otten in: *Das leere Haus*, 646.

⁹⁹ Über Ernst Weiß siehe *Eduard Wondrak*, *Einiges über den Arzt und Schriftsteller Ernst Weiß*, München 1968; sowie *Wolfgang Wendler* in: *Rothe*, loc. cit., 656 ff. – Der Roman *Nahar* (1922) von Ernst Weiß ist wiedergedruckt in *Ego* und

Bedauerlich unbekannt und gewiß zu Unrecht blieb der theosophisch-metaphysische Epiker Paul Adler leider sein Leben lang. 1878 in Prag geboren, hatte er Jura studiert, war dann kurze Zeit Richter gewesen und 1912 nach Hellerau gekommen, wo er Freund und eifriger Verkünder der kosmischen Mythologie Theodor Däublers und nebenbei ewiger Diskussionspartner Jakob Hegners wurde. Er starb, elend, krank und einsam, am 8. Juni 1946 in Zbraslav bei Prag. Seine dichterischen drei Hauptwerke *Elohim*. Ein symbolischer Geschichtenkreis (1914), *Nämlich*. Erzählende Aufzeichnungen (1915) und *Die Zauberflöte*. Roman (1916) entstanden und erschienen in Hellerau. In neuester Zeit hat Karl Otten *Nämlich* und *Die Zauberflöte* wieder vollständig und *Elohim* teilweise zur Veröffentlichung und zu einer posthumen Wirkung gebracht¹⁰⁰.

Zu der spezifischen Prager Note in der modernen Prosa gehörten auch der blinde Dichter und Komponist Oskar Baum (1883–1941), und der ihm besonders nahe stehende Romancier und Dramatiker Ludwig Winder (1889 bis 1946). Baum, der Freund Brods, Kafkas und des Philosophen Felix Weltsch, schrieb ungewöhnlich schöne, ja zuweilen wirklich ergreifende Erzählungen und Romane, von denen hier nur *Das Leben im Dunkeln* (1908), *Die Memoiren der Frau Marianne Rollberg* (1912), *Die Tür ins Unmögliche* (1919) und *Die neue Wirklichkeit* (1921) herausgegriffen seien. Mit zwei Erzählungen – „Der Geliebte“¹⁰¹ und „Unwahrscheinliches Gerücht vom Ende eines Volksmanns“ – war er auch im Jüngsten Tag (1918, Bd. 52) vertreten. – Winder brachte 1917 unter dem sensationellen Titel *Die rasende Rotationsmaschine* einen ersten Roman heraus, der damals viel Beachtung fand. Max Brod lobt ihn besonders als den „erfindungsreichen Erzähler der ‚Jüdischen Orgel‘ (1922), des ‚Thronfolger‘-Romans, der die Ballade von Sarajewo 1914 ergreifend sachlich darstellt“¹⁰².

Einen dann wieder lange Zeit in der literarischen Welt vergessenen Namen hatte sich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren Carl Einstein gemacht. Er war 1885 als Sohn eines frommen jüdischen Lehrers in Neuwied geboren, ist in Karlsruhe aufgewachsen, hatte in Berlin studiert und gelebt, bis er 1928 endgültig nach Paris übersiedelte, wo er am 3. Juli 1940 Selbstmord beging. Einstein war berühmt geworden durch seinen 1912 in der *Aktion* veröffentlichten Roman *Bebuquin oder die Dilettanten des Wunders*. Der Roman galt als ein erster Versuch der sogenannten „absoluten Prosa“, einer Art Vorläufer der essayistischen Romanschriftstellerei. Von seinem gleichfalls im Verlage der

Eros. Meistererzählungen des Expressionismus, hrsg. von Karl Otten, Stuttgart 1963, 442–546.

¹⁰⁰ Siehe Karl Otten, *Das leere Haus*, 151–201 und 353–447. Ahnung und Aufbruch. Expressionistische Prosa, hrsg. und eingeleitet von Karl Otten, Neuwied 1957, 525 ff., sowie Ego und Eros, op. cit., 264 ff.

¹⁰¹ Siehe Karl Otten, *Ego und Eros*, 176 ff.

¹⁰² Max Brod, *Streitbares Leben*, München und Berlin 1969, 282; sowie Max Brod, *Der Prager Kreis*, Stuttgart 1966, 142 ff.

Aktion 1916 erschienenen Buche *Anmerkungen* sagte Oskar Loerke, es sei „gemischt aus reiner und angewandter Theorie, voll leuchtender Überzeugungskraft und Kraft zu überzeugen, erwärmend mit seinem Fanatismus der Strenge [und es] ist sicher eins der wertvollsten Bekenntnisse aus den Kreisen der jungen Kunst“¹⁰³. 1918 kam ein weiterer Roman *Der unentwegte Platoniker* heraus, und 1921 verlegte Rowohlt sein Jesus-Drama in zwanzig Szenen *Die schlimme Botschaft*¹⁰⁴, das auf Betreiben rechtsradikaler Kreise den ersten spektakulären Gotteslästerungsprozeß der Weimarer Republik hervorrief. Schon Jahre vorher hatte sich Einstein aber daneben der Kunstgeschichte zugewandt und Bücher u. a. über *Negerplastik* (1915), *Afrikanische Plastik* (1921) und *Frühere japanische Holzschnitte* (1923) geschrieben, die größtenteils auch ins Französische übersetzt wurden.

Im Zusammenhang mit dem gegen Einstein 1922 durchgeführten Prozeß – in seiner Darstellung wird Jesus von der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verfolgt, verhaftet und getötet – wurden heftige Angriffe gegen ihn als Juden und Sozialisten erhoben. Obwohl er im Prozeß sich selbst als religionslos bezeichnet hatte, blieb er in den Augen seiner Ankläger der Jude. Das Gericht verurteilte ihn zu einer Geldstrafe (statt neun Wochen Gefängnis)¹⁰⁵.

Ellen Otten berichtet, in einem Briefe vom 31. August 1922 an Kurt Wolff habe Dr. Salomo Friedländer erklärt: „Ich behaupte kühnlich, daß ich zur Zeit der einzige bin, der eine gewisse Synthese aus Kant und Clown (Chaplin) darstellt.“¹⁰⁶ Das traf ziemlich genau zu auf den Mann, der als Groteskdichter, als Berliner Kaffeehausoriginal und Nachtbummler unter dem Namen Mynona – die Umkehrung von anonym – bekannter war denn als Philosoph, was ihm eigentlich als Beruf und Berufung galt. Berühmt geworden ist er schon mit seinem ersten Buch dieser Grotesken *Rosa, die schöne Schutzmannsfrau*, das 1913 erschien. Dann folgten fast jedes Jahr solche Sammlungen, wobei wir allerdings die 1916 mit zwei Zeichnungen von Ludwig Meidner in der Bücherei *Der jüngste Tag* herausgebrachte besonders herausheben wollen. Die Titelerzählung heißt *Schwarz-Weiß-Rot* oder Deutschlands Sieg über England unter Goethes Farben. Eine köstliche Humoreske! Ihr schließt sich eine Liebesgeschichte an: Goethe spricht in den Phonographen, und da verulkt er Elisabeth Förster-Nietzsche, „die stadtbekannte Schwester des weltbekannten Bruders“, wie sie zu „einer alten Durchlaucht von Rudolstadt“ gerade sagt: „Unser Fritz hatte stets eine militärische Haltung, und doch war er sanft, er war mit andern von echt christlicher Sanftmut – wie würde er sich über diesen

¹⁰³ Oskar Loerke, *Literarische Aufsätze aus der Neuen Rundschau*, hrsg. von Reinhard Tgahrt, Heidelberg 1967, 66.

¹⁰⁴ *Carls Einsteins* Gesammelte Werke wurden von Ernst Nef herausgegeben, Wiesbaden 1962.

¹⁰⁵ Sybille Penkert, *Carl Einstein. Beiträge zu einer Monographie*, Göttingen 1969, 90–91; siehe auch Heinz Graber in: *Rothe*, loc. cit., 699 ff.

¹⁰⁶ *Mynona, Rosa, die schöne Schutzmannsfrau und andere Grotesken*, hrsg. von Ellen Otten, Zürich 1965, 237.

Krieg gefreut haben! und über das herrliche, ja heilige Buch von Max Scheler!“¹⁰⁷

Als Salomo Friedländer verfaßte er in diesen Jahren ein bedeutendes philosophisches Buch, das er *Schöpferische Indifferenz* (1918) nannte und das die Gottwerdung des Subjekts zum Thema hat. Es ist ein Werk in der Nachkommenschaft von Schopenhauer und Nietzsche, aber mit selbständig verarbeiteten Gedanken. Georg Muche erzählt eine ergötzliche Geschichte, wie er eines Nachts mit Mynona, George Grosz, Johannes Molzahn, Oskar Schlemmer und noch einigen Freunden des Philosophen über den Kurfürstendamm bis nach Halensee spazierte. Dabei begab sich, daß Mynona

„hin und wieder triumphierend und dann und wann deprimierend seine Gedanken von der Allmacht der schöpferischen Indifferenz hin und her jonglierte . . . um uns von der Treffsicherheit und Reichweite seines Gedankenspiels zu überzeugen. So geschah es, daß er zum Ende hin . . . in aufreizender Formulierung diese schöpferische Indifferenz Gott gleichsetzte. Für Molzahn, der gültige Wertbegriffe hatte, war das schwer erträglich. Die Straße war einsam und still. Nur am Vorgärtchen eines Hauses stand ein Mensch. Als wir näher kamen, sahen wir, daß es ein Mädchen war . . . Von Mynonas Gedankenspitzen verletzt, brach Johannes Molzahn aus der Reihe aus, lief auf das Mädchen zu und sagte: ‚Entschuldigen Sie, mein Fräulein, sind Sie vielleicht der liebe Gott?‘ – Das Mädchen schrie auf, rannte erschreckt zum Tor des Vorgartens hin und versuchte in seiner Angst gar nicht, das Schloß aufzuschließen, sondern stieg flink über die eisernen Gitterstäbe und stürzte zur Haustür. Wir waren stumm geworden“, erzählt Muche weiter, „bis Molzahn sagte ‚Wenn einmal die Frage nach Gott beantwortet werden wird, dann werden wir Kreaturen aufschreien wie dieses Mädchen.“¹⁰⁸

Es gab da in Berlin übrigens noch einen Philosophen, der lebhaftesten Anteil an der neuen literarischen Richtung dieser Zeit und besonders der Kriegsjahre nahm. Dr. Anselm Ruest (Anagramm seines bürgerlichen Namens Ernst Samuel, 1878–1943), ein Vetter Salomo Friedländers, war der wohl beste Stirner-Kenner der damaligen Zeit, ein Schüler Dessoirs und befreundet mit Georg Lasson, dem Hegelherausgeber. Er hatte 1906 eine Max Stirner-Biographie veröffentlicht und war dann Mitschöpfer der *Bücherei Maiandros*, einer *Zeitschrift von 60 zu 60 Tagen*, für die Ruest, Heinrich Lautensack und Alfred Richard Meyer verantwortlich zeichneten¹⁰⁹. Er gehörte zu den engsten Gefährten Pfemferts, der in seiner *Aktion* zahlreiche Beiträge von Ruest druckte. Direkt nach dem Kriege gab er von 1919–1921 in der Berliner Druckerei Emil Krebs zusammen mit Mynona die Zeitschrift *Der Einzige* heraus, der Ruest

¹⁰⁷ *Schöffler*, Der Jüngste Tag, Bd. I, 1162. – 1915 hatte der Halbjude Scheler das Buch *Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg* geschrieben. Was Mynona angeht, so bedurfte es „einiger Zivilcourage, es in diesem Zeitpunkt zu schreiben und zu veröffentlichen“. (*Mynona*, Rosa, die schöne Schutzmannsfrau, 240.)

¹⁰⁸ *Georg Muche*, *Blickpunkt. Sturm, Dada, Bauhaus, Gegenwart*, München 1961, 197–198.

¹⁰⁹ Siehe *Kreutzberger*, *Leo Baeck Institute New York. Bibliothek und Archiv. Katalog Bd. I, 352, Nr. 525.*

das folgende Programm gab: „Der Einzige‘ kennt keine Parteien. Er steht auf streng individualistischem Boden und kämpft gegen jede Massensuggestion und Massenpsychose. Er ist der Ansicht, daß die Rettung aus verwirrter Gegenwart in klarere Zukunft nur wieder im Appell an das Ich, durch Zurückgehn auf Individualisten wie Stirner und Nietzsche zu finden sei, deren Ideen er vor allen übrigen entwickeln und ausbauen wird.“¹¹⁰

Die zweifellos beste Porträtzeichnung Anselm Ruests stammt von Ludwig Meidner (1884–1966), der an dieser Stelle wenigstens kurz Erwähnung finden soll. Seine denkwürdige Doppelbegabung als Maler, Graphiker und Schriftsteller ist bekannt und schon oft gerühmt worden. Er war mit fast sämtlichen expressionistischen Lyrikern und Dichtern befreundet, die er auch wiederholt gemalt und gezeichnet hat. Im letzten Satz eines schon während des Krieges im Felde verfaßten „Gruß des Malers an die Dichter“ sagt er in der ihm eigenen ekstatischen Art: „Und zum Schluß, ihr Verabscheuer und Hasser des Krieges, ihr wahrhaften Dichter und Menschen, ihr Gottesstreiter dieser Tage, einsam treibend und tief geknechtet – – euch Allertreuesten sende ich meinen menschenbrüderlichen Gruß.“¹¹¹ Meidners literarische Beiträge finden sich in vielen Zeitschriften und Almanachen des Expressionismus. Als Bücher kamen von ihm heraus: *Im Nacken das Sternemeer*. Rufe eines Malers (1918) und *Septemberschrei*. Hymnen, Gebete, Lästerungen (1920). Später, als er zeitweilig um der Schriftstellerei willen das Malen aufgab und sich wieder orthodox-jüdischer Religiosität näherte, erschien noch ein Buch von ihm, *Gang in die Stille* (1929), „in dem auf jeder Seite der Wunsch nach Geborgenheit – Geborgenheit in Gott – hervorbricht und die Einsicht zur Bescheidenheit“¹¹².

Berlin vor allem, er wohnte in Kagel, einem Dorfe der Mark, war auch die Wirkungsstätte eines Mannes, der, spricht man von Literatur in jenen Jahren, zu einer Art legendärer Figur geworden ist. Gerhart Hauptmann nannte Moritz Heimann, von dem hier die Rede ist, „das Gewissen der deutschen Literatur“. Von und über Heimann liegen heute wieder zahlreiche Zeugnisse¹¹³ vor, so daß eigentlich ein kurzer Hinweis auf den jahrzehntelangen Lektor des S. Fischer Verlages, den Freund und Schwager von Gerhart Hauptmann und Emil Strauß, den Entdecker Hermann Stehrs genügen dürfte. Heimann wurde am 19. Juli 1869 in dem märkischen Dorf Werder, wo seine Eltern als einzige jüdische Familie des Ortes lebten, geboren. Etwas von der Stille, der Abgeschiedenheit und vielleicht auch der leisen Fremdheit dieses

¹¹⁰ Zitiert nach Raabe, Die Zeitschriften und Sammlungen des literarischen Expressionismus, 94.

¹¹¹ Zitiert nach Pörtner, op. cit., Bd. I, 114–115.

¹¹² Thomas Grochowiak, Ludwig Meidner, Recklinghausen 1966, 184.

¹¹³ Moritz Heimann. Eine Einführung in sein Werk und eine Auswahl von Wilhelm Lehmann, Wiesbaden 1960; Moritz Heimann, Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte. Essays mit einem Nachwort von Wilhelm Lehmann, Frankfurt a. M. 1966; Moritz Heimann, Kritische Schriften. Ausgewählt, eingeleitet und erläutert von Helmut Prang, Zürich 1969.

Jugenderlebnisses hat sein Wesen immer beibehalten. Aber je reifer er wurde, desto mehr speiste er „alles und alle mit eigenem Leben“¹¹⁴, wie Wilhelm Lehmann schrieb. Ein ehrendes und lebenswahres Bild hat Jakob Wassermann in seinem Roman *Der Fall Maurizius* von ihm entworfen. Dort erzählt er, wie der junge Etzel Andergast den Schriftsteller Melchior Ghisels besuchte. Sein „Haus war ein Zufluchtsort der geistig Bedrängten, der Ringenden, Aufstrebenden, Ratlosen, Gescheiterten und Verirrten. Man ging zu ihm wie zu einem großen Arzt, oft wurde seine Stube von Mittag bis Mitternacht von Besuchern nicht leer, Leuten jeden Alters, Männern und Frauen, Literaten, Künstlern, Schauspielern, Studenten, Emigranten, Politikern, so daß die nächsten Freunde und seine Frau sich bisweilen entschließen mußten, den Zudrang abzuwehren.“ Übrigens hat auch Gerhart Hauptmann ihn als Dr. Boxer in seiner Tragikomödie *Der rote Hahn* konterfeit und mit „seinem Freund Dr. Joël“ reist er im zweiten Teil des *Buches der Leidenschaft* über Nürnberg nach Italien.

Immer und überall wird Moritz Heimann als Jude charakterisiert und sogar idealisiert. Und es stimmt, wie Willy Haas sagt, er „war immer ein ehrlicher alter Jude, seine Werke sind voll ehrlicher, alter, jüdischer Lebensweisheit, auch wenn er über Jean Paul oder Dostojewski schrieb. Man hat ihn oft mit Nathan dem Weisen verglichen, und dieser Vergleich hat vieles für sich. Er war weise und gut und hilfsbereit und konnte so fein und verschmitzt und kompliziert-diplomatisch helfen, wie es nur der Repräsentant eines sehr alten Volkes kann.“¹¹⁵ Von seinen mehr als achtzig Artikeln und Aufsätzen in der *Neuen Rundschau*, unter denen es viele über jüdische Themen gab, über Judentaufen, über Zionismus, über Buber, über Micha Josef bin Gorion, hat er etwa fünfzig für seine dreibändigen *Prosaischen Schriften* ausgewählt, die 1918 herauskamen. 1921 erschienen – er hatte einige schon 1913 veröffentlicht – zehn Novellen unter dem Titel *Wintergespinst*. Loerke gab dann in seinem Auftrag 1926 noch einen Band *Nachgelassene Schriften* heraus. Weniger Anklang fanden seine recht zahlreichen dramatischen Versuche, wobei wohl das 1922 veröffentlichte Drama *Das Weib des Akiba*, es spielt zur Zeit des Aufstandes der Juden gegen Rom, als am ausgereiftesten zu bezeichnen ist.

In einem noch heute als grundlegend anzusehenden Essay über Moritz Heimann erklärt Julius Bab:

„Sein Judentum ist ganz gewiß ein ungeheuer wichtiges Element seiner geistigen Struktur. Das zeitlose Wesen des Judentums, der leidenschaftliche Wunsch, zum reinen, letzten, vermittelnden Sinn aller Erscheinungen vorzudringen, ist in ihm ebenso wirksam wie das geschichtliche Schicksal des jüdischen Geistes, dem ein Jahrtausend ausschließlich theologischen Studiums eine dialektische Beweglichkeit ohnegleichen gegeben hat. Aber wie tief das jüdische Wesen sich in lebendigen

¹¹⁴ Wilhelm Lehmann in: *Moritz Heimann*, Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte, 286.

¹¹⁵ Willy Haas, *Gestalten. Essays zur Literatur und Gesellschaft*, Berlin 1962, 236.

Menschen doch mit den Lebensbedingungen der unendlich vielfältig verschiedenen europäischen Situation verbindet, wie völlig verschiedene Mischung, wie unlösliche, wahrhaft übergeordnete Lebenseinheiten neuer Art aus dieser Berührung jüdischen Wesens mit europäischen Lebenskreisen hervorgehen, dafür gibt es vielleicht kein stärkeres Beispiel als Moritz Heimann.“¹¹⁶

Er starb am 22. September 1925. Oskar Loerke hat ihm auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee die Gedenkrede gehalten.

Neben Heimann, wenn auch nicht in einem direkten Sinne als Gefolgschaft, müssen hier auch noch einige genannt werden, die als Kritiker, als Herausgeber, als Berater und als Schriftsteller Bedeutsames für das deutsche Geistesleben geleistet haben. Arthur Eloesser (1870–1938), der es abgelehnt hatte, sich zugunsten einer ihm angebotenen Universitätskarriere taufen zu lassen, war ein ausgesprochener Theatermann. Viele Jahre hatte er das Theaterreferat der *Vossischen Zeitung* inne, dann wechselte er 1913 (bis 1920) als Dramaturg und Regisseur an das Berliner Lessingtheater über, wo „er besonders mit der jungen Elisabeth Bergner bekannt wurde“¹¹⁷, über die er später ein Buch schrieb. In ähnlicher Weise hatte sich auch Julius Bab (1880 bis 1955) durchgesetzt. Schon früh war er für Richard Dehmel eingetreten, hatte sich dann für George Bernhard Shaw in Deutschland eingesetzt und wurde schon während des Krieges einer der Hauptwortführer der Volksbühnenbewegung. Von 1914–1919 gab er in zwölf Lieferungen, die später zu zwei Bänden zusammengefaßt wurden, die Sammlung *Der deutsche Krieg im deutschen Gedicht* heraus. In ähnlicher Form veröffentlichte er auch eine „geschichtliche Auswahl“ *Deutsche Revolutionslyrik*¹¹⁸. Auch Hermann Sinsheimer (1883 bis 1950) gehört in diese Reihe, der schon in und nach dem Kriege, bevor er 1924 Redakteur des *Simplicissimus* wurde, als Theaterkritiker und Essayist einen Namen besaß. Der gleichen Gruppe bedeutender Theaterschriftsteller ist auch Monty Jacobs (1875–1945) zuzurechnen, der von 1905 bis 1910 als Nachfolger Fritz Mauthners Theaterkritiken für das *Berliner Tageblatt* schrieb. Ende 1913, als Eloesser ans Lessingtheater ging, übernahm er an dessen Stelle das Theaterreferat der *Vossischen Zeitung*. Während des Krieges meldete er sich, obschon in vorgerücktem Alter, freiwillig zur kämpfenden Truppe und gab in dieser Zeit, interessanterweise zusammen mit dem stark antisemitisch angehauchten Paul Fechter, ein Buch heraus: *Wanderstunden in Wilna* (1916). Für seine Einstellung ist bezeichnend, daß er sich schon in seinem ersten Artikel nach Rückkehr aus dem Felde, am 19. Januar 1919, heftig gegen den „Typ des großschreierischen Pazifisten“¹¹⁹ wandte. Obzwar er seine

¹¹⁶ Krojanke, loc. cit., 261.

¹¹⁷ Doris Schaaf, Der Theaterkritiker Arthur Eloesser, Berlin 1967, 10.

¹¹⁸ Siehe u. a. Julius Bab, Über den Tag hinaus. Kritische Betrachtungen. Ausgewählt und hrsg. von Harry Bergholz. Mit einer Einführung von C. F. W. Behl, Heidelberg 1962.

¹¹⁹ Joachim Werner Preuss, Der Theaterkritiker Monty Jacobs. Ein Beitrag zur Geschichte der neueren Theaterkritik, Berlin 1965, 11.

Zugehörigkeit zum Judentum nicht leugnete, glaubte er doch Arnold Zweig, der sein Drama *Die Sendung Semaels* eine „jüdische Tragödie“ genannt hatte, in der *Vossischen Zeitung* vom 26. Januar 1920 belehren zu müssen, „daß Trauerspiele nicht nach jüdisch und christlich aufgeteilt werden können, da der Begriff ‚Tragödie‘ nicht teilbar ist. Höchstens darin, daß es gute und schlechte Tragödien gibt“¹²⁰.

Auch Kurt Pinthus (geb. 1886), den wir schon oft erwähnt haben, der langjährige Lektor des Ernst Rowohlt sowie des Kurt Wolff Verlages, gehört zu den bedeutenden Theater-, Literatur- und Filmkritikern. Er war zudem längere Zeit Dramaturg an den Max Reinhardt-Bühnen. Von den durch ihn herausgegebenen Schriften, dem *Kinobuch* (1914) und der *Menschheitsdämmerung* (1920), haben wir schon wiederholt gesprochen. Hier anschließen dürften wir vielleicht noch Willy Haas (geb. 1891), den späteren Herausgeber der Wochenschrift *Die literarische Welt*, der ebenfalls schon ganz kurz nach dem Kriege als Literatur- und Theaterkritiker bekannt war.

Sodann saß in den Parketts der Berliner Theater Alfred Kerr (1867–1948), der Lyriker der Bühnenkritik. Von Theodor Fontane entdeckt, zog er aus, „festzustellen, was ist; zu greifen, was lockt; zu schaffen, was bleibt. Vorwärtskommend meine Welt vorwärtszubringen“¹²¹. Für die Weltgeltung Henrik Ibsens, George Bernard Shaws, Gerhart Hauptmanns und auch Arthur Schnitzlers hat er Entscheidendes beigetragen. Er lehnte Max Reinhardt ab, weil dieser für ihn die Kommerzialisierung des Theaters verkörperte. Seine Sprache war originell, betont subjektiv, vielfach schwelgend, zuweilen geradezu herausfordernd. Er kannte den Wert seiner Leistung, aber er wußte, wie fragwürdig es um seine Anerkennung stand. „Wenn ich Christian Schmidt hieße, würde man dies Gesamtwerk auf den Ruhm Deutschlands schlagen. Da ich so heiße, wie ich heiße (und nicht einmal so heiße, wie ich hieß), wird es von drei Vierteln umgeleugnet werden.“¹²² Er hatte aus Kempner Kerr gemacht, aber das war auch die einzige Konzession, zu der er sich bereit fand, wie man in der Einleitung zu seinem fünfbändigen Werk *Die Welt im Drama* (1917) nachlesen kann.

Aber es gab noch einen anderen Kerr. Nachdem „neun Monate jeden Jahres das dargestellte, geschminkte, reflektierte, unwirkliche und paradigmatische Leben im Rampenlicht“¹²³ ihm Beruf und Leidenschaft gewesen war, machte er sich auf, die Welt im Licht des Tages zu genießen und schrieb Reisebilder „Quittungen für Erlebtes“. 1920 stellte er sie in zwei Bänden zusammen und gab ihnen den Titel *Die Welt im Licht*. In dem dort eingereichten Bericht seiner 1903 unternommenen Palästina-reise heißt es u. a.:

¹²⁰ AaO, 14.

¹²¹ Alfred Kerr, *Die Welt im Drama*, Berlin 1917, Bd. I, V.

¹²² AaO, XX.

¹²³ Friedrich Luft in der von ihm hrsg. einbändigen Ausgabe von *Die Welt im Licht*, Köln 1961, 436.

„Juden, sie sind, jeden Wirrglauben belächelnd, auch den ihren, im Verstande die Allerfreiesten. Die Allerfernsten von jedem Lichtschwund. Dies alte Volk ist das neueste – nach zweitausend Jahren. Sie haben alle Scheiterhaufen überwährt. Sie haben allen Seelenschlachten getrotzt. Und wuchten die Welt vorwärts – nach zweitausend Jahren . . . Vor dem Einschlafen denk ich, nach Europa fliegend: Der Beitrag an neuer Kraft, den Ihr, Juden, mit Eurer Stärke liefert, wird verwischt; vertuscht; unter andren Firmen verbucht; weggehaßt; weggelogen. Man nennt Euch, um Euch zu schmähen. Man nennt Euch, um ein dunkles Gegenstück zu haben für die sonnig-wonnig-verwaschene Mehrheit, Mehrheit, Mehrheit – das ist es . . .“¹²⁴.

Eine große Popularität als Reiseschriftsteller erlangte in jenen Jahren übrigens auch Arthur Holitscher (1869–1941), dessen 1912 erschienenes Buch über Amerika sozusagen richtunggebend für diese Literaturgattung wurde. 1920 stellte er das neue Sowjetrußland dar, und 1922 legte er in seinem Buche *Reise durch das jüdische Palästina* ein begeistertes Bekenntnis zum Werke der jüdischen Arbeiterschaft im Heiligen Lande ab. Nahezu weltberühmt wurden die beiden Prager Egon Erwin Kisch (1885–1948) als „der rasende Reporter“ und Richard Katz (1888–1968) als „Bummler um die Welt“. Auch der 1893 in Berlin geborene Leo Matthias beschrieb seine 1920 unternommene Reise durch die Sowjetunion (*Genie und Wahnsinn in Rußland*, 1921), dann eine Weltreise und einen Ausflug nach Mexiko. Matthias hat sich übrigens auch als Dramatiker versucht und zahlreiche Essays verfaßt. Sein groteskes Spiel *Der jüngste Tag* erschien 1914 in der gleichnamigen Bücherei des Kurt Wolff Verlages. 1922 veröffentlichte er noch eine Komödie *Klavier*.

Daneben gab es eine reiche Produktion der Romanschriftsteller, die z. T. auch, und manche sogar mit Vorrang, jüdische Themen behandelten. Unter ihnen nennen wir hier nur gleichsam stellvertretend Felix Holländer (1867 bis 1931), Georg Hermann (1871–1943 Auschwitz), den Schilderer des Berliner Judentums in *Jettchen Gebert*, *Henriette Jacoby*, und *Die Nacht des Dr. Herzfeld*, Arnold Höllriegel (Richard Bermann 1883–1939), der mit *Das Antlitz* (1919) und *Bimini* (1923) große Erfolge erzielte und auch ein Palästina-Buch schrieb. Sodann Bruno Frank (1887–1945) mit seinen historischen Darstellungen *Die Fürstin* (1915), *Die Tage des Königs* (1924), weiterhin Martin

¹²⁴ Alfred Kerr, *Die Welt im Licht*, Berlin 1920, Bd. II, 156–157, 161. – Was das hieß, in Wahrheit und Realität hieß, auch Kerr hat es dreißig Jahre später erfahren. In die von Friedrich Luft herausgegebene Auswahl aus *Die Welt im Licht* ist ein Abschnitt Gerhart Hauptmann eingefügt. Da steht zuerst als ein Zeugnis der Liebe und Verehrung die Rede, die Kerr 1922 in Breslau zu Hauptmanns 60. Geburtstage gehalten hat, und dann kommt die bittere Absage „Hauptmanns Schande“, die Kerr im November 1933 in Paris schrieb, als er die Kunde erhielt, daß die Hakenkreuzfahne über dem Wiesenstein wehte. „Hauptmann ging zu den Gegnern. Ehrlos, ehrlos, ehrlos . . . Hier starb jemand vor seinem Tode; verachtet selbst von denen, die von allen verachtet sind . . . Sein Andenken soll verscharrt sein unter Disteln; sein Bild begraben in Staub.“ (*Friedrich Luft*, op. cit., 289–290.)

Beradt (1881–1949), der nach seinem Erstlingsroman *Go* (1909) einen in Romanform verfaßten realistischen Bericht über seine Soldatenzeit im Kriege schrieb, *Erdarbeiter*, dessen Vorabdruck die Behörden unterdrückten und der erst 1919 bei S. Fischer erscheinen konnte¹²⁵. Und schließlich soll auch der Arzt, Geigenbauer und Schriftsteller Julius Levin (1862–1934), der Freund Loerkes, hier seinen Platz finden. Er hat 1915 den Roman *Das Lächeln des Herrn von Golubice-Golubicki* herausgebracht, der bis 1925 35 Auflagen erlebte. Außerdem schrieb er den jüdischen Roman *Zweie und der liebe Gott* (1919), der die religiöse Verwirrung eines jüdischen Kaufmanns in einem polnischen Landstädtchen schilderte. Ihm folgte, bevor er sich ganz dem Geigenbau zuwandte, noch ein Roman *Die Großfürstin* (1921).

Zweifellos eine reiche und ihnen ebenso reichlich oft verübelte Begabung haben Juden auf dramatischem Gebiete entwickelt. Wenn wir hier einmal von Hugo von Hofmannsthal absehen wollen, obzwar sein Urgroßvater Isaak Löw Hofmann zu den Mitgründern der „Wiener Israelitischen Kultusgemeinde“ gehörte und ihr erster Vorsteher war, so darf doch nicht an der tiefschürfenden Deutung vorübergegangen werden, die Hermann Broch dem Wesen und dem Künstlertum Hugo von Hofmannsthal zuteil werden ließ. Broch meint, „die Gerechtigkeits-Kalkulationen der Seele sind von traumhafter Kompliziertheit“. Daher konnte

„die neuerliche Abtrünnigkeit, mit der das Bürgerliche zugunsten des Künstlerischen preisgegeben wurde, nur durch eine Wiederaufnahme des ganzen, mit der katholischen Heirat des Großvaters fehlgegangenen Assimilationsprozesses und seines Feudalzieles gutgemacht werden. In der Tat, zwar nicht als Jude – obschon er als erster Hofmannsthal nach drei Generationen wieder eine jüdische Ehe eingeht –, wohl aber als Künstler und mit dem Adelsanspruch des Künstlers stellt sich Hugo v. Hofmannsthal aufs neue der Assimilationsaufgabe. Dem Geist des Urgroßvaters, verkörpert in dem mystisch nachwirkenden Bild der Gesetzestafeln im Familienwappen, wurde solcherart eine glänzende nachträgliche Abbitte geleistet, wenn es auch nicht gerade jener Glanz war, den er sich für seine Kindeskinde erträumt haben mochte.“¹²⁶

Jedenfalls mit als sein Werk, und das verdient hier hervorgehoben zu werden, dürfen die Salzburger Festspiele gelten. Hofmannsthal war zwar nicht ihr alleiniger Initiator, aber neben Max Reinhardt und Richard Strauß sicher ihr eifrigster und unermüdlichster Fürsprecher. Für den Gedanken hat er immer wieder geworben, bis er am 1. August 1917 die Gründung des Vereins „Salzburger Festspielhausgemeinde“ erreichte. Er entwarf den ersten Salzburger Programmentwurf von 1919, und mit seinem *Jedermann* begannen am 22. August 1920 die ersten Salzburger Festspiele.

¹²⁵ Siehe *Charlotte Beradt*, Martin Beradt, – Sein Kreis und sein Werk, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, VIII (1965), 41 ff.

¹²⁶ *Hermann Broch*, Dichten und Erkennen, Essays, Bd. I, Zürich 1955, 135.

Der erst aus dem Nachlaß veröffentlichte Prolog zu *Der Tor und der Tod* von Hugo von Hofmannsthal beginnt:

„In dem alten Wien mit Türmen,
Mit Basteien, Pagen, Läufern,
Lebten vier berühmte, große,
Gänzlich unbekannte Dichter.
Hießen Baldassar, Ferrante,
Galeotto und Andrea.“¹²⁷

1893 etwa, als der neunzehnjährige Andrea-Hofmannsthal diese Verse schrieb, da waren die vier Dichterfreunde zwar berühmt und groß, aber in der Tat noch nicht sehr bekannt. Baldassar, der Arzt, war wohl am weitesten, er hatte mit einigem Erzählenden bereits Anerkennung gefunden, auch seinen *Anatol-Zyklus* schon geschrieben, aber von Arthur Schnitzlers Bühnenwerken waren eben erst das kleine Stück *Abschiedssouper* in Bad Ischl und das Schauspiel *Das Märchen* im Wiener Deutschen Volkstheater zur Aufführung gekommen. Auch Ferrante, der später durch seine Novellen, Romane, Theaterstücke und Tiergeschichten (*Bambi*, 1923) so geschätzte Felix Salten, den Hermann Bahr sogar für den Nobelpreis vorschlagen wollte, stand damals noch ganz am Anfang. Und Galeotto, Richard Beer-Hofmann, hatte gerade zwei Novellen zum Druck gegeben, die jedoch nicht zu seinen bleibenden Werken zählen sollten. Erst 1897 entstand dann, als er schon in seinem schönen Haus in Währing wohnte, dessen Portal, seinem Lebenswerk entsprechend, sehr sichtbar mit dem Davidsstern geschmückt war, das berühmte *Schlaflied für Mirjam*, das der Dichter für die breite Öffentlichkeit aber erst 1919 freigab. War schon sein Trauerspiel *Der Graf von Charolais* ein Erfolg gewesen, so wurde *Jaakobs Traum*, ein Vorspiel zur Historie von König David, geradezu ein Ereignis. Am 5. April 1919 wurde es im Wiener Burgtheater uraufgeführt, und am 7. Dezember 1919 brachte es Max Reinhardt im Deutschen Theater, Berlin heraus.

Arthur Schnitzler, den Dichter des „süßen Mädl“, der *Liebelei*, aber auch den Darsteller der Judenfrage im alten Österreich, brauchen wir hier nicht vorzustellen. In der von uns behandelten Epoche stand er auf der Höhe seines Erfolges, war ein viel gelesener und viel aufgeführter Autor¹²⁸. 1912 hatte der S. Fischer Verlag schon seine Gesammelten Werke in zwei Abteilungen herausgebracht, drei Bände Erzählende Schriften und vier Bände Theaterstücke. Unter ihnen befand sich auch der schon 1896/97 verfaßte *Reigen*. 1900 hatte Schnitzler davon einen Privatdruck anfertigen lassen, der die Bemerkung enthielt: „Da Dummheit und böser Wille immer in der Nähe sind, füge

¹²⁷ Hugo von Hofmannsthal, *Gedichte und lyrische Dramen*, Stockholm 1946, 171.

¹²⁸ Über die tragischen Motive von Liebe und Tod in Schnitzlers Werk vgl. Hans Kohn, Karl Kraus – Arthur Schnitzler – Otto Weininger. Aus dem jüdischen Wien der Jahrhundertwende, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 6, Tübingen 1962.

ich den Wunsch hinzu, daß meine Freunde das Buch als bescheidenes Geschenk für sich ansehen.“¹²⁹ 1903 kam der *Reigen* dann das erste Mal öffentlich heraus – aber einer Aufführung des ganzen Zyklus hatte sich der Dichter widersetzt. Jetzt, nachdem die Zensur abgeschafft war, ließ er 1920 die Darstellung zu. Aber schon auf die Ankündigung hin gab es Proteste, das Stück wurde als unzüchtig verschrien. Gemessen an den Vorstellungen des Jahres 1970 muß es allerdings als recht harmlos bezeichnet werden. Über ein Aufführungsverbot des Berliner Landgerichts setzte sich die Direktion des Kleinen Schauspielhauses in Berlin hinweg. Die Premiere fand am 23. Dezember 1920 statt. Mit glänzendem Erfolg. Kerr schrieb: „Darf man Stücke verbieten? – Nicht mal, wenn sie schlecht geschrieben sind und schlecht gespielt werden; (was ein Standpunkt sein könnte). Hier aber ist ein reizendes Werk – und es wird annehmbar gespielt... und die Welt ist, zum Donnerwetter kein Kindergarten.“ Herbert Ihering war der Ansicht: „Reigen‘ ist eine der reizendsten Dichtungen Schnitzlers, weil seine Dialoge aus diesem erotischen Nervengefühl geboren sind... ‚Reigen‘ ist auch eine der reinlichsten Dichtungen Schnitzlers.“¹³⁰

Ohne das Stück überhaupt zu kennen, erklärten rechtsradikale Verbände, was dort geschah, müßte als „jüdische Schweinerei“ angeprangert werden. Inzwischen war der *Reigen* aber am 3. Januar 1921 freigegeben und mit dem Prädikat „eine sittliche Tat“ versehen worden. Doch die antisemitischen Banden ließen sich hierdurch nicht abschrecken. Bei der Premiere in Wien Mitte Januar hatten halbwüchsige Raufbolde sämtliche Hydranten geöffnet und das Theater unter Wasser gesetzt. Da wollten die Berliner Krawallmacher doch nicht nachstehen. Am 22. Februar schickte man gegen diese jüdische „Verschmutzung“ des deutschen Theaters fünfzehnjährige Burschen in den Zuschauerraum, die im vierten Bild nach einem verabredeten Stichwort grölten und Stinkbomben ins Parkett warfen. Dann kam es zum Prozeß, der in zwei Instanzen das Stück und den Dichter freisprach. Die ganze Episode ist bemerkenswert vor allem darum, weil sie als Vorbild diente für spätere Theater-skandale und Anwendung ähnlicher Gewalt- und Terrorismethoden gegen Filme, Vortragende, usw., die den nationalistisch gesinnten Kreisen nicht genehm waren.

Die Wahrheit nach diesem verlorenen Kriege war überhaupt schwer zu ertragen. Die Niederlage war ja nur durch den „Dolchstoß von hinten“, womit man natürlich die Juden meinte, erfolgt. Und wenn dann gar ein jüdischer Schriftsteller die Schmach jener Jahre preisgab, so kannte die Entrüstung keine Grenzen. Es waren in der Tat unbequeme Sätze, mit denen Karl Kraus

¹²⁹ Zitiert nach *Ludwig Marcuse*, *Obszön. Geschichte einer Entrüstung*, München 1962, 259.

¹³⁰ *Günther Rühle*, *Theater für die Republik 1917–1933 im Spiegel der Kritik*, Frankfurt a. M. 1967, 279–280.

schon im Vorwort seiner großen, fünftaktigen Marstragödie *Die letzten Tage der Menschheit* Anklage erhob:

„Die Mitwelt, die geduldet hat, daß die Dinge geschehen, die hier aufgeschrieben sind, stelle das Recht, zu lachen, hinter die Pflicht, zu weinen. Die unwahrscheinlichsten Taten, die hier gemeldet werden, sind wirklich geschehen; ich habe gemalt, was sie nur taten. Die unwahrscheinlichsten Gespräche, die hier geführt werden, sind wörtlich gesprochen worden; die grellsten Erfindungen sind Zitate.“

1915 hatte Kraus mit der Arbeit an den *Letzten Tagen der Menschheit* begonnen, 1919 ließ er sie als Sonderhefte seiner seit 1899 herausgegebenen *Fackel* erscheinen. Wenn Kraus in den Nachkriegsjahren aus dieser gewaltigen Tragödie vorlas, wurde die Bühne zum Tribunal. Wo er auftrat, rotteten sich die Nationalisten, die Revanchesüchtigen, die schon wieder von neuen Kriegen träumten, zusammen, randalierten und versuchten, diese anmaßende Wahrheit zum Schweigen zu bringen. Als Kraus, der sich schon zu Beginn des Krieges gegen die „Reklamierung Gottes für Kriegszwecke“ gewandt hatte, nun noch 1919 seine Kriegsaufsätze aus der *Fackel* gesammelt in zwei Bänden unter dem Titel *Weltgericht* herausbrachte, wurde er den Antisemiten erst recht verhaßt, die ihm als Juden einfach das Recht absprachen, ethische Forderungen an das deutsche Volk zu stellen.

Wenige Figuren dieser Zeit haben so heftige Leidenschaften und auch Kontroversen hervorgerufen wie Karl Kraus. In Wien, aber auch weit über die Grenzen Österreichs hinaus, folgte ihm eine Schar von bedingungslos ergebenen Anhängern, die ihn wegen seines ethischen Pathos und wegen seiner scharfen, gegen kulturelle Zersetzungserscheinungen gerichteten Kritik geradezu als einen Propheten verehrten. Nicht weniger entschieden waren aber auch seine Gegner, die ihn als selbstgefällig, egozentrisch und überheblich empfanden. In beiden Gruppen waren viele Juden, darunter prominente literarische Figuren der Zeit. Unter den jüdischen Literaten, die mit Kraus in heftiger Fehde lagen, seien nur erwähnt Alfred Kerr, Anton Kuh (*Der Affe Zarathustras*), Franz Werfel (*Spiegelmensch*), Max Brod (in *Streitbares Leben*), Willy Haas (der wie manche andere junge Schriftsteller nach anfänglicher Verehrung von ihm abfiel). Das Wesentliche an diesen Kontroversen war, daß sie nicht nur einen literarischen und persönlichen, sondern auch einen ethischen Hintergrund hatten. Sie stellten eines der charakteristischen Phänomene in jenem Stadium des Auftretens von Juden im deutschen literarischen Leben dar, die wir in der Rückschau heute als unerfreulich bezeichnen dürfen. Dies soll nicht die Bedeutung von Kraus als Dichter (Lyriker) und Kulturkritiker in Zweifel stellen. Es mag nur darauf hingewiesen werden, wie kompliziert sich die ganze Problematik des Wirkens solcher jüdischer Schriftsteller in der Gesamtschau darstellt.

Gehen wir von dem auf österreichischem Boden Erwachsenen wieder in das noch immer kaiserliche Deutschland zurück, so fällt unsere Sicht auf einen viel genannten, viel gespielten und viel gelesenen Schriftsteller, über dessen

Wertung sich die Forschung allerdings bis heute uneinig geblieben ist. Maximilian Harden nannte Carl Sternheim, um den es hier geht, gerade 1916, in einer Zeit, in der dieser den meisten Anfeindungen ausgesetzt war, den „hurtigsten Geißler neudeutscher Seelenschwachheit, dessen Hohn manchmal ins Genialische züngelt“¹³¹. Dieser durchaus politische Dichter schrieb in noch nicht einmal einem Jahrzehnt ein knappes Dutzend Komödien, die laut Hellmuth Karasek „wohl die besten sind, die das deutsche Drama im zwanzigsten Jahrhundert bisher aufzuweisen hat“¹³². Diese Stücke „aus dem bürgerlichen Heldenleben“ sind ohne Zweifel von großer Bedeutung für die Erkenntnis der Zeit zwischen 1910 und 1920. Daneben verfaßte Sternheim in etwa fünfzehn Novellen eine *Chronik von des zwanzigsten Jahrhunderts Beginn*, die geschlossen 1918 zum ersten Male herauskam. Sternheim hat nicht nur die Entwicklung des deutschen Charakters, sondern insbesondere in seinem im Jahre 1913 geschriebenen Drama *1913* die mit einem Kriege einsetzende Katastrophe vorausgesehen. Anders als die Mehrzahl der Geistigen im damaligen Deutschland war er vom Kriegsausbruch schwer getroffen und behauptete geradezu, daß dieses Volk nur durch einen verlorenen Krieg sein „besseres Gewissen“ wiederfinden könne.

An Theaterskandale war Sternheim gewöhnt. Schon 1912, bei der Uraufführung seiner von Felix Holländer bearbeiteten Tragödie *Don Juan* kam es in Berlin zu Radauszenen, so daß die Aufführung abgebrochen werden mußte. „In der Loge, gegen die sich drohend das Publikum wandte, stellte sich Walther Rathenau schützend vor Sternheim.“¹³³ Dann allerdings setzte mit seinen Komödien, vor allem dank Max Reinhardts Regiekunst, der Erfolg ein. Das Schauspiel *1913* erschien Anfang 1915 im Druck, seine Aufführung wurde aber noch im selben Jahr von der Kriegszensur untersagt. Bemerkenswert ist, was die *Vossische Zeitung* am 12. Januar 1916 schrieb:

„Das Deutsche Theater hat im vorigen Kriegswinter mit Rücksicht auf den herrschenden Geist nationaler Besonnenheit und auf den Ernst der Zeit davon abgesehen, ein Werk Sternheims aufzuführen, dessen Dichtungen sonst zu dem ständigen Stoff dieses Theaters gehören. Was nicht der Größe und Würde jener ersten Kriegsmonate entsprach, ist natürlich auch im zweiten Kriegswinter nicht geeignet, als Kunst dem deutschen Volke vorgesetzt zu werden, und was jener auf das Würdige und Nationale gerichteten Gesinnung nicht standzuhalten vermochte, sollte überhaupt nicht ans Tageslicht gezogen werden. Wozu machten wir denn mit allem nichtigen und undeutschen damals Kehraus. Halten wir uns doch auch die Zukunft frei von ihm.“¹³⁴

Sternheim war der Sohn einer nichtjüdischen Mutter, von Vaters Seite her jedoch mit Heinrich Heine verwandt. Von seinem Judentum oder Halbjuden-

¹³¹ Theater im Krieg, in: *Die Zukunft*, XXIV (19. Februar 1916), 107.

¹³² *Hellmuth Karasek*, Carl Sternheim, Velber 1965, 14.

¹³³ *Wolfgang Wendler*, Carl Sternheim. Wertvorstellung und Kunstprinzipien, Frankfurt a. M. 1966, 7.

¹³⁴ Zitiert nach *Karasek*, op. cit., 47.

tum machte er aber wenig Gebrauch, ja seine jüdischen Gestalten sind – man kann wohl sagen: durchweg – mit unsympathischen Zügen ausgestattet. Erst als es im Frühjahr 1919 zum Prozeß um seine Novelle *Ulrike* kam, in der der jüdische Maler Posinsky¹³⁵ als Beherrscher einer nichtjüdischen Gräfin dargestellt ist, nahm er in einem Artikel in Hardens *Zukunft*¹³⁶ das Recht für sich in Anspruch, als Jude einen Juden in Verbindung mit der deutschen Aristokratie zu schildern. In seinem in manchem richtig gesehenen, in anderem aber verzeichneten *Versuch über Sternheim* schrieb Arnold Zweig 1922:

„Er sieht das Jüdische rein funktionell und in einer einzigen Sphäre: nämlich in seiner Rolle als kapitalistischer und literarischer Faktor, und kann aus diesem Grunde den bösen Mut herleiten, auch antisemitisch zu schreiben in einer Zeit, die fast nur antisemitisch ist, und das allgemeine Schweigen mitzuschweigen, das heute in Deutschland die geradezu grauenvolle Untergangssituation der besten Volksteile und Ideen des Judentums begräbt . . .“¹³⁷

Walter Hasenclever, 1890 in Aachen von einer jüdischen Mutter geboren, stand von Jugend auf in Gegensatz zu seinem Vater, der „seine Kinder wie ein Wachtmeister traktierte“¹³⁸. Obwohl er als Lyriker begonnen hatte, fand er doch bald auf der Bühne sein eigentliches Betätigungsfeld als dramatischer Dichter. Der ewige Konflikt der Generationen wird bei ihm zu loderndem Alarm des werdenden Menschen, der sich aus der Erstarrung der Gegenwart einen Weg in die Zukunft bahnen will. Von seinem fünftaktigen Drama *Der Sohn*, das Ernst Deutsch bei der einmaligen Aufführung „vor geladenen Gästen“ am 8. Oktober 1916 im Albert-Theater zu Dresden zum Erfolg führte, sagte Hasenclever später selber:

„Wichtiger als dies Bekenntnis eines, wenn man will, expressionistischen Dramas ist das Manifest, um dessen Willen es auf die Bühne gelangt. Ein Jahr vor dem Ausbruch geschrieben, wird es heute zum Alarm an die Menschheit. Der Verfasser weiß, daß wir alle Söhne, daß wir mehr als Söhne: daß wir Brüder sind. Er hat in diesen Akten die Geschichte des Jünglings geschrieben, der von der Freiheit der Anderen zu seiner Freiheit gelangt. Vor ihm liegt der Weg des Mannes; der Aufbruch des Gewissens in die Zeit. So darf sich der Dichter erheben in die große, noch ferne, schon politische Tragödie.“¹³⁹

¹³⁵ Angeblich ließ sich Sternheim „zur Gestalt von Posinsky und zur Handlung von ‚Ulrike‘ durch seine Bekanntschaft mit Carl Einstein anregen“, der während des Krieges in Brüssel „eng mit einer preußischen Gräfin befreundet“ war. Siehe *Wendler, op. cit.*, 290.

¹³⁶ *Die Zukunft*, XXVII (26. Juli 1919).

¹³⁷ *Krojanker*, loc. cit., 316. Über Sternheim siehe außerdem *Manfred Georg, Carl Sternheim und seine besten Bühnenwerke*, Berlin 1923, sowie vor allem *Wilhelm Emrich*, Vorwort, in: *Carl Sternheim, Das Gesamtwerk*, Bd. I, Neuwied 1963. Vor dem verfehlten Buch von *Winfried Georg Sebald, Carl Sternheim, Kritiker und Opfer der Wilhelminischen Ära*, Stuttgart 1969 ist zu warnen.

¹³⁸ *Walter Hasenclever, Gedichte, Dramen, Prosa. Unter Benützung des Nachlasses hrsg. und eingeleitet von Kurt Pinthus*, Hamburg 1916, 10.

¹³⁹ AaO, 20.

Nach einem weiteren Drama *Der Retter*, das auch erst wie *Der Sohn* nach dem Kriege öffentlich in Erscheinung treten konnte, schrieb Hasenclever im Winter 1916/17 eine Neufassung der sophokleischen *Antigone*, mit der er „zur Irreführung der Zensur“ im antiken Gewand „gegen Krieg und Vergewaltigung protestierte“¹⁴⁰. Paul Cassirer brachte das Werk 1917 als Buch heraus, und so erhielt es den Kleist-Preis für 1917, wurde auch am 15. Dezember 1917 im Leipziger Stadttheater uraufgeführt, doch dann von der Zensur verboten. Hasenclever war – auch in seiner sogenannten mystischen Periode – ein eminent politischer Dichter, der fast jedes Jahr ein neues Schauspiel oder eine Komödie mit politischem Hintergrund schrieb. Erwähnenswert ist noch, daß er, der schon in dem von Kurt Pinthus zusammengestellten Kinobuch von 1913/14 mit einem „Film in drei Akten“ *Die Hochzeitsnacht* vertreten war, unter dem Titel *Die Pest* 1920 bei Paul Cassirer ein Drehbuch herausgab, das den Vermerk trug: „Die Pest ist der erste Filmtext, der in Buchform gedruckt wurde.“ Am 21. Juni 1940, drei Wochen vor seinem 50. Geburtstag, machte er in einem französischen Lager seinem Leben ein Ende.

Der Name des aus Prag stammenden Paul Kornfeld (1890–1942 Vernichtungslager Lodz), des Freundes von Werfel, Ernst Deutsch und Willy Haas, erscheint in fast allen Anthologien, Sammelbüchern und Zeitschriften jener Zeit. Sein erstes Werk *Die Verführung*, eine Tragödie in fünf Akten, legt der S. Fischer Verlag 1916 in einer Buchausgabe vor. Am 8. Dezember 1917 kommt dieses Schauspiel in Frankfurt zur Uraufführung. In einer ausführlichen Besprechung in der *Frankfurter Zeitung* bezeichnet Bernhard Diebold es „als Dichtung genialisch, viel versprechend“¹⁴¹. Kornfeld selber gab in einer Art Nachwort zu dieser seiner ersten Tragödie eine Definition seiner Kunstauffassung, in der es heißt:

„Das eben mag die letzte Mission und der letzte Sinn aller Kunst sein, nichts als das: die Menschheit zu erinnern, daß sie aus Menschen besteht, um den Menschen zu erinnern, daß er Gottes ist und eine Seele hat, daß sie sein einziger Mittelpunkt, sein einziges Wesen ist und alles andere nur Last, das sie niederzieht, und das Netz, in das sie eingefangen sein muß, um auf der Erde zu sein; letzter Sinn aller Kunst, dem Menschen vorzuführen, wie alle Wirklichkeit nur Schein ist und hinschwindet vor dem wahren menschlichen Dasein . . . So ist die Kunst . . . Werkzeug der Ethik und Mittel der Religion, und Bewußtsein dieser Mission . . . ist jene höchste Eigenschaft des Künstlers, die ihn mehr sein läßt als einen Verfertiger von Kunstwerken . . ., der Künstler aber sei das Gewissen der Menschheit!“¹⁴²

Kornfelds zweite Tragödie *Himmel und Hölle*, 1919 uraufgeführt im April 1920 am Deutschen Theater in Berlin in der Regie von Ludwig Berger, stellte gewissermaßen die szenische Umsetzung dieser als Vision entworfenen

¹⁴⁰ *Rühle*, op. cit., 146.

¹⁴¹ AaO, 91.

¹⁴² *Paul Kornfeld*, *Der beseelte und der psychologische Mensch, Kunst, Theater und Anderes*, erschienen in: *Das junge Deutschland, Monatsschrift für Literatur und Theater*, Hrsg. Deutsches Theater, Red. Arthur Kahane, Berlin 1918, Jg. 1. Hier zitiert nach *Pörtner*, op. cit., Bd. I, 366.

Schauspielkunst dar. Zugleich galt dieses Stück als der überzeugendste Ausdruck des expressionistischen Dramas. An Bühnenwerken hat Kornfeld noch einige Komödien geschrieben, die aber nicht die gleiche Darstellungsgewalt erreichten. Späterhin hat er sich auch an dem Jud Süß Stoff versucht. Als Nachlaßwerk ist das einzige größere Prosawerk Kornfelds, der Roman *Blanche oder Das Atelier im Garten* erschienen¹⁴³, wenn man seine 1917 im S. Fischer Verlag veröffentlichte Erzählung *Legende*¹⁴⁴ nicht auch schon als einen ersten Ansatzpunkt in dieser Richtung betrachten will.

Kornfelds Schaffen kommt aus jüdischen Quellen, auch wenn seine Personen nicht ausdrücklich als Juden gekennzeichnet sind. Es ist jüdisches Schicksal, das er zu gestalten versucht. In seinem Werk „werden wir vom absoluten Judentum zu einem bestimmten, ort- und zeitgebundenen Judentum in Kornfeld geführt. In Kornfeld hat jener Jude des Galuth seinen Dichter gefunden, der vor dem Wiedererwachen der nationalen Bewegung alle Hoffnung auf ein frohes Erdenleben aufgegeben und seine Sehnsucht ins jenseitige Reich ergossen hatte. Der nicht mehr strebte, mit seinem ganzen Dasein den Messias herbeizurufen, sondern der nur träumte vom messianischen Reich mit den Händen im Schoße.“¹⁴⁵ In diesem Sinne war Kornfeld ein Dichter der jüdischen Exilssituation. Er, der Prager, wußte, was Judesein in der Welt westlicher Intellektualität bedeutete.

Wollte man erschöpfend sein, so müßte man unter den jüdischen Dramatikern und Theaterdichtern noch viele Namen nennen. Wir können hier nur noch einige wenige anführen. Doch nennen wollen wir wenigstens Franz Molnar (1878–1952), der schon mit seiner Tragikomödie *Liliom* 1912 einen Weltenerfolg erzielt hatte. Von dem im Wiener Burgtheater 1924 uraufgeführten Schauspiel *Die rote Mühle* – 1968 in neuer Bühnenfassung von Ernst Jelinek als Oper von Eugen Zador in New York herausgekommen – sagte Robert Musil in einer Besprechung: „Es ist Faust und Göttliche Komödie im Zeitalter des Kinos.“ Sein *Spiel im Schloß* ging seit 1925 ebenfalls unzählige Male über die Bühne. Dann aber sei auch auf Theodor Tagger (1891–1958) aufmerksam gemacht, der als Lyriker (und Psalmennachdichter) im Jüngsten Tag begann, weiterhin aber mehr Prosa und Essays und unter dem Pseudonym Ferdinand Bruckner schließlich eine Reihe von Dramen (*Kapitän Christoph*, 1921; *Krankheit der Jugend*, 1924) schrieb. Auch Hans José Rehfisch (1891–1960) muß hier Erwähnung finden, der nach einem romantischen Stück *Die goldenen Waffen* (1913) in seinem Schauspiel *Heimkehr* (1919) den Untergang eines Frontoffiziers dramatisch gestaltete. Im gleichen Jahr kam er mit dem Stück *Paradies* heraus, in dem er die Gemeinschaft von fünf idealistischen Männern schilderte, die durch das Dazwischentreten eines Mädchens zerstört wird. 1920 folgte die Tragödie *Der Chauffeur Martin*, in der Gott für den Tod eines

¹⁴³ Hamburg 1957.

¹⁴⁴ Wieder gedruckt bei Karl Otten, *Das leere Haus*, 79 ff.

¹⁴⁵ Leo Sborowitz in: *Krojanker*, loc. cit., 229.

Menschen verantwortlich gemacht wird. Weniger Anklang fand *Die Erziehung durch Kolibri* (1922), während Rehfish durch die Tragikomödie *Wer weint um Juckenack?* (1924), die Erwin Piscator in der Berliner Volksbühne herausbrachte, über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt wurde.

Auch Heinrich Eduard Jacob (1889–1967) setzte sich mit den Problemen seiner Zeit auseinander. Schon in seiner Schrift *Reise durch den belgischen Krieg* protestierte er 1914 leidenschaftlich gegen die Mißachtung des europäischen Kulturgedankens. In seinen Dramen *Beaumarchais und Sonnenfels* (1919) und *Tulpenfrevell* (1921) rief er zur Völkerversöhnung und zur Besinnung auf einen sozialen Ausgleich auf. Von 1921–1924 gab er mit Fritz Gottfurcht zusammen die viel beachteten Blätter für Kunst und Dichtung *Der Feuerreiter* heraus.

Über Ernst Toller (1893–1939), den Dichter-Denker-Kämpfer, wie Kurt Hiller ihn genannt hat, braucht hier nur wenig gesagt zu werden. In den Trübel der Novemberrevolution hineingerissen* kam Toller nach dem Zusammenbruch der Bayerischen Räterepublik vor ein Sondergericht und wurde zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Inzwischen war die Aufführung seines Stückes *Die Wandlung* in der Berliner „Tribüne“ am 30. September 1919 zu einem ungeheuren Erfolg geworden. Noch im Gefängnis schrieb er *Masse – Mensch. Ein Stück aus der sozialen Revolution des 20. Jahrhunderts* (1919), *Die Maschinenstürmer* und die Tragödie *Hinkemann* (1922). Waren diese Stücke noch vorwiegend durch den Expressionismus geprägt, so überwand Toller mit der Zeitsatire *Der entfesselte Wotan* (1923) diese Literaturrechtung endgültig¹⁴⁶.

Ein ebenfalls erst nach dem Kriege zur Wirkung gekommener Theaterdichter war auch Friedrich Wolf (1888–1953). Seine phantastische Komödie *Die schwarze Sonne* (1921) spinnt den rousseauhaften Traum vom „Zurück zur Natur“ aus, während er, selber Arzt, in harmloser Weise – im Gegensatz zu seinem späteren Cyankali-Stück (1928) – in der *Schrankkomödie* gegen die Ärzte und die hergebrachte Medizin zu Felde zieht. *Der Mann aus dem Dunkel* heißt eine nicht sehr gelungene Komödie aus dem Jahre 1925.

Und da wir beim Theater sind, dürfen wir wohl auch nicht an der immerhin stattlichen Zahl der jüdischen Regisseure und ihrer z. T. bahnbrechenden Leistungen gerade in der von uns beschriebenen Periode vorbeigehen. Neben dem Zauberer Max Reinhardt, ragten – um wenigstens einige Namen zu nennen – Georg Altmann, Ernst Josef Aufricht¹⁴⁷, Viktor Barnowsky, Ludwig

* Über Tollers Betätigung in der Münchener Räterepublik siehe den Beitrag von Werner T. Angress, S. 280–286, 292–297 (Hrsg.).

¹⁴⁶ Siehe Ernst Toller, Prosa, Briefe, Dramen, Gedichte. Mit einem Vorwort von Kurt Hiller, Hamburg 1961. Siehe auch das Theaterstück von Tankred Dorst, Ernst Toller, Frankfurt a. M. 1968.

¹⁴⁷ Siehe Ernst Josef Aufricht, Erzähle, damit du dein Recht erweist, Berlin 1966.

Berger¹⁴⁸, Leopold Jessner, Gustav Lindemann, Moritz Seeler¹⁴⁹ und der schon an anderer Stelle erwähnte Berthold Viertel besonders hervor.

Auch die lange Reihe der bedeutenden und das Wesen der Theaterkunst damals mitbestimmenden jüdischen Theaterkritiker kann nur durch einige Namen stellvertretend erscheinen. Hier seien genannt: Julius Bab, Arthur Eloesser, Fritz Engel, Emil Faktor, Norbert Falk, Manfred Georg, Ernst Heilborn, Felix Holländer, Monty Jacobs, Siegfried Jacobsohn, Alfred Kerr, Kurt Pinthus und Alfred Polgar.

Wenn auch der Raum nicht ausreicht, die Leistungen der jüdischen Schauspieler darzustellen, so soll doch wenigstens in kurzen Umrissen die Pioniertätigkeit zahlreicher Juden auf dem Gebiete der sich neu entwickelnden Filmkunst berührt werden. Hier war Neuland zu erobern, bisher ungeahnte Möglichkeiten künstlerischer Gestaltung eröffnete die moderne Technik, aber zugleich konnte die filmische Illusion Gedankenprozesse erhellen, die sich als eine Botschaft an die Zeit auswirkten. Dem Bekehrungseifer von Paul Davidson, dem späteren Generaldirektor der Ufa, gelang es mit zäher Beharrlichkeit, die Gleichberechtigung des Films neben der Theaterbühne langsam durchzusetzen. Er wurde dabei frühzeitig von Max Reinhardt unterstützt, der schon 1910 gestattete, seine Pantomime *Sumurun* auf die Leinwand zu übertragen. Aber erst nach Beendigung des Krieges waren die Produktionsmittel so weit entwickelt, daß, nachdem auch die Ächtung des „Kintopps“ durch die Schauspieler nachgelassen hatte, an die Herstellung richtiger Spielfilme herangegangen werden konnte. Filmmanuskripte waren vorhanden oder wurden mit großer Schnelligkeit angefertigt. Der von Norbert Falk und Hans Kräly geschriebene Film *Madame Dubarry* konnte unter der Regie von Ernst Lubitsch schon am 18. September 1919 im Ufa-Palast am Zoo, Berlins größtem Lichtspielhaus, uraufgeführt werden. Noch im selben Jahre drehte Lubitsch einen weiteren Film dieser Serie, der unter dem Titel *Anna Boleyn* 1920 herauskam. Der wirkliche Pionier des modernen Films aber war der von Hans Janowitz und Carl Mayer verfaßte und von Robert Wiene inszenierte Streifen *Das Cabinet des Dr. Caligari*, der ebenfalls 1920 zum ersten Male lief. Dieser Caligari ist mit Recht der erste konsequente und gelungenste Film des Expressionismus genannt worden. Wiene hat hier „das organische Material in die technisch konstruktive Welt, die ihm seine Mitarbeiter boten, einzuordnen versucht“¹⁵⁰. Wiene schuf nach Dostojewskis Roman mit Mitgliedern des Moskauer Künstlertheaters auch den Film *Raskolnikow* (1923), ebenso wie ein Jahr später mit Carl Mayer den Welterfolg *Der letzte Mann*, in dem

¹⁴⁸ Siehe *Walther Huder*, Ludwig Berger 1892–1969. Ausstellungskatalog der Akademie der Künste, Berlin November 1969.

¹⁴⁹ Siehe *Hans Tramer*, Moritz Seeler – ein Gedenkblatt, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, VIII (1965), 250 ff.

¹⁵⁰ *Rudolf Kurtz*, *Expressionismus und Film*, Verlag der Lichtbildbühne, Berlin 1926. Photomechanischer Neudruck, Zürich 1965, 66.

„grotesk stilisierte Bilder aus dem Kleinbürgerleben die Zugeständnisse des Films an einen realistischeren Zeitgeschmack wieder wettmachen, wie er ums Jahr 1924 bereits zum Durchbruch gekommen war“¹⁵¹.

Für einen ersten abendfüllenden Kammerspielfilm schrieb Carl Mayer das Drehbuch und Leopold Jessner übernahm die Regie. Sie nannten ihn *Hinter-treppe* (1921). Auch hier hat Jessner versucht, die Formen expressionistischer Szenengestaltung auf den Film zu übertragen, da aber zuviel Elend und Gewalt in ihm vorkamen, fand der Film keinen Anklang beim Publikum. Anders verhielt es sich mit den von Lupu Pick 1921 und 1923 gedrehten Filmen *Scherben* und *Sylvester*. Einen echten Erfolg stellte ebenfalls die unter der Regie von Karl Grune 1922 aufgenommene Bearbeitung von Richard Beer-Hofmanns *Graf von Charolais* dar, wie auch der weitere Grune-Film *Die Straße* (1923). Als ein genialischer Regisseur erwies sich Richard Oswald mit seinem Film *Lukrezia Borgia* (1922), in dem zum ersten Male die Schauspieler ihr typisch stummfilmhaftes Gehabe abgelegt hatten.

Als ein meisterhafter Regisseur erwies sich auch Ludwig Berger¹⁵², der sich zumeist seine eigenen Drehbücher schrieb. Von ihm stammen: *Der Richter von Zalamea* (1920), *Ein Glas Wasser* (1920), *Der Roman der Christine von Herre* (1921), *Der verlorene Schuh* (1923) und *Ein Walzertraum* (1925, Buch: Norbert Falk und Robert Liebmann). Für die Bauten war stets sein Bruder Rudolf Bamberger verantwortlich. Aus dem Jahre 1924 sind zu nennen Paul Lenis Tyrannenfilm *Wachsfigurenkabinett* und Paul Czinnners erster Film mit Elisabeth Bergner *Nju*, nach einem Theaterstück von Ossip Dymow. Willy Haas schrieb nach einem Roman von Hugo Bettauer das Textbuch zu dem Film *Die freudlose Gasse* (1925), in dem die junge von Mauritz Stiller entdeckte Greta Garbo, neben Asta Nielsen, Marlene Dietrich und Werner Krauss, zum ersten Male in einem deutschen Film auftrat.

Es liegt nahe, noch einen kurzen Blick auf das zu werfen, was Juden zur Verbreitung des Buches getan haben. Ihre intensive Beschäftigung mit geistigen Dingen drängte sie wohl geradezu, auch als Verleger, Herausgeber, Lektoren ihren Teil zur allgemeinen Kulturentwicklung ihrer Epoche beizutragen. Aus der relativ großen Zahl der in jener Zeit wirkenden prominenten Verleger und Verlegerfirmen soll hier nur eine kleine Auswahl geboten werden. Dabei ist zunächst der Theaterverlag Felix Bloch Erben zu nennen, den Eduard Bloch (1831–1895) in Berlin gegründet hatte und der bis in die dreißiger Jahre bestand. In Wien gab es den von Emil Hertzka geleiteten Musikverlag „Universal Edition“, der u. a. die Kompositionen von Arnold Schönberg stechen ließ. Den von Samuel Fischer 1886 in Berlin begründeten S. Fischer Verlag hier besonders zu charakterisieren, erübrigt sich. Über ihn besteht heute schon eine reichhaltige Literatur. Aufmerksam gemacht werden

¹⁵¹ Siegfried Kracauer, *Von Caligari bis Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Films*, Hamburg 1958, 65.

¹⁵² Siehe Anm. 148.

sollte dagegen auf die alte Wiener Verlagsfirma R. Löwit, die 1913 in die Hände von Dr. Max Präger überging.

Seit 1899 zeichnete der Verlag Georg Bondi (gegr. 1895) offiziell für die *Blätter für die Kunst*, und Georg Bondi (1865-1935) wurde von da an der Verleger der Werke von Stefan George und fast sämtlicher Autoren seines Kreises. Es mag nicht ohne Reiz sein zu vermerken, daß die erste, 1892 erschienene Folge der *Blätter für die Kunst* den Hinweis enthält: „Einzelne hefte liegen auf Berlin: Behr's buchhandlung Unter den Linden, Wien: Leopold Weiß Tuchlauben.“ – 1908 eröffnete der gerade 21 Jahre alt gewordene Erich Reiss (gest. 1951) einen Verlag, der sich vorwiegend der jungen Literatur widmete, zeitweise für Maximilian Harden *Die Zukunft* und dann viele Zeitschriften der expressionistischen Dichtung herausbrachte. Schon sein Almanach *Das Jahrzehnt 1908–1918* zeigt, welche Fülle von Autoren Reiss von Altenberg über Edschmid, Klabund, Fritz von Unruh bis zu Huelsenbeck (*Dada-Almanach*) für seinen Verlag zu gewinnen wußte. Nicht unerwähnt darf hier auch Jakob Hegner (1882–1962) bleiben, der 1912 in Hellerau bei Dresden eine Druckerei gründete, aus der sein bedeutender Verlag hervorging. Hegner hat sich als feinsinniger Übersetzer, Vermittler und Verleger moderner französischer Literatur wie Paul Claudel, Francis Jammes und Georges Bernanos große Verdienste erworben. Während des Ersten Weltkrieges gab er, der damals zum katholischen Glauben übertrat, in Wien die Zeitschrift *Summa* heraus¹⁵³. In Weimar hatte sich der Literaturhistoriker und Verleger Erich Lichtenstein niedergelassen, der schon vor dem Kriege vielem Neuen zur Veröffentlichung verhalf und sich auch späterhin für die expressionistische Literatur einsetzte. Die Entstehung des von Wieland Herzfelde und Julian Gumperz geleiteten Malik-Verlags im Berlin des Kriegsjahrs 1917 wurde bereits erwähnt. Er wurde ab 1919 der repräsentative Verlag der deutschen Linken, die für Menschenwürde, Freiheit und Sozialismus kämpfte.

Ein würdiger Platz gebührt in dieser Zusammenstellung auch dem Kunsthändler, Kunstsammler, Verleger und Mäzen Paul Cassirer (1871–1926). Ursprünglich ganz dem Impressionismus verschworen, wandte er sich schon vor Ausbruch des Weltkrieges neuen Malern und Bildhauern zu. In seinem Kunstsalon fanden zahlreiche moderne Kunstausstellungen, ebenso wie Vorlesungen und sogar Aufführungen statt. Er war der Gatte der Schauspielerin Tilla Durieux, die Oskar Kokoschka malte, und den Cassirer ebenso wie Ernst Barlach in besonderer Weise förderte. In seinem Verlage erschienen viele Dichter der Avantgarde, wie z. B. Else Lasker-Schüler, Toller, Kautsky, Gustav Landauer und Kurt Eisner, wofür er von den Rechtskreisen als „Verlag der Kultur- und Salonbolschewisten“ geschmäht wurde.

Eine ähnliche Bedeutung ist seinem Vetter Bruno Cassirer (1872–1941) zuzuschreiben, von dem Alfred Döblin sagte: „Er treibt Verlag und Kunst-

¹⁵³ Siehe über ihn Rückschau und Ausblick. Jakob Hegner zum achtzigsten Geburtstag, Köln 1962.

handel, gemildert durch Pferdezucht.“ Die beiden Cassirers hatten schon 1898 einen Kunstsalon und Verlag eröffnet, trennten sich aber später, worauf Bruno sich ein eigenes Betätigungsfeld als Verleger suchte. Inzwischen hatte sich sein Unternehmen zum führenden Kunstverlag Deutschlands entwickelt, mit dem besonderen Bestreben, Wort und Bild miteinander zu verbinden. Max Slevogt, Max Liebermann, aber auch Alfred Kubin und George Grosz arbeiteten für Cassirer. Daneben schuf er die Zeitschrift *Kunst und Künstler*, die Karl Scheffler von 1906–1933 für ihn redigierte, machte Galsworthy in deutscher Sprache bekannt und brachte viele Russen, wie Dostojewski, Tolstoi und Maxim Gorki heraus. Außerdem besaß der Verlag eine Abteilung für Philosophie, in der die zehnbändige Kant-Ausgabe und u. a. auch Werke von Hermann Cohen und Ernst Cassirer erschienen. In der Verlagsvilla in der Berliner Derfflingerstraße wirkte viele Jahre als Lektor Christian Morgenstern, dessen Nachfolger dann Max Tau wurde¹⁵⁴.

Zu den besonders einflußreichen Lektoren der Zeit gehört neben dem fast schon legendär gewordenen Moritz Heimann vor allem auch Paul Mayer (1889–1970). Von letzterem hatte Ernst Rowohlt bereits für den Hyperion-Verlag den Lyrikband *Masken und Martern* erworben. Weitere Veröffentlichungen von Paul Mayer trugen ähnliche Titel wie z. B. *Wunden und Wunder*, *Der Kreuzzug* oder *Vox humana*. Als Rowohlt aus dem Ersten Weltkrieg heimkehrte und seinen Verlag neu begründete, machte ihn Martin Beradt auf den grundgebildeten und belesenen Paul Mayer aufmerksam. Sofort, noch im Frühjahr 1919, nahm Rowohlt ihn unter Vertrag, und so blieb er der Cheflektor des Verlages, bis die Nazis ihn zwangen, seine Tätigkeit aufzugeben¹⁵⁵.

Da ein Beitrag dieses Bandes die liberale Presse zum Gegenstand hat, entfällt für uns die Notwendigkeit, die Stellung der Juden im deutschen Journalismus darzustellen. Nur ein Wort zu diesem Thema sei erlaubt. Ohne Zweifel haben jüdische Journalisten eine beachtliche Rolle im kulturellen Leben gespielt, aber eingehende Studien haben erwiesen, daß ihr Einfluß auf die allgemeine journalistische Publizistik keineswegs so tiefgreifend und vor allem nicht in die Breite gehend war, wie allgemein angenommen wird. Vergessen wird nämlich meistens, daß die Juden an der großstädtischen Presse zwar einen recht erheblichen Anteil hatten, jedoch in der Provinz und an den überaus zahlreichen Blättern der Kreisgemeinden z. B. nur in ganz verschwindender Zahl vertreten waren. Es ist kein Zufall, daß die großen jüdischen Redakteure und Mitarbeiter wie Georg Bernhard, Samuel Breslauer, Julius Elbau, Ernst Feder, Manfred Georg, Philipp Goldschmidt, Moritz Goldstein, Bernhard Guttmann, Ernst Kahn, Richard Lewinsohn (Morus), Fritz Naph-

¹⁵⁴ Über Bruno Cassirer siehe *Max Tau*, Das Land, das ich verlassen mußte, Hamburg 1961.

¹⁵⁵ Siehe *Paul Mayer*, Ernst Rowohlt, Hamburg 1968. Außerdem *Walther Kiaulehn*, Mein Freund der Verleger. Ernst Rowohlt und seine Zeit, Hamburg 1967.

tali, Max Osborn, Felix Pinner, Max Wolf, Theodor Wolff und viele, viele andere, fast ausschließlich mit den Weltblättern in Verbindung standen. Was sie schrieben, richtete sich nicht an die Millionen und Abermillionen von Lesern, die aus ihrem Heimatblatt ihre politische Meinung bezogen. Und was das hohe geistige Niveau anging, so war es eben einer Oberschicht vorbehalten, die davon für ihre Unterhaltung, als Anregung, nicht selten sogar mit einer kritischen Note, Gebrauch machte. Wie wenig die politische Haltung eines Georg Bernhard oder eines Theodor Wolff die Massen des deutschen Volkes bestimmen konnte, ja ihnen überhaupt nur zur Kenntnis kam, hat die Entwicklung nur zu eindeutig bewiesen.

Im übrigen aber gab es Juden nicht nur auf der liberalen Seite. Ein extremes Gegenbeispiel ist Paul Nikolaus Cossmann, dem wohl mit Recht der zweifelhafte Ruf eines sozusagen skrupellosen deutschen Nationalisten anhaftete. Cossmann war 1869 geboren und trat 1905 zum Katholizismus über. Die von ihm von 1904–1933 in München herausgegebenen *Süddeutschen Monatshefte* ließen sich in bezug auf ihre nationale Richtung und ihren als Folge eines übersteigerten Nationalismus praktizierten Antisemitismus kaum überbieten. Cossmanns laut verkündete Ansichten während des Ersten Weltkrieges und seine Unterstützung der radikal nationalistischen Parteien als Verlagsleiter und politischer Berater der *Münchner Neuesten Nachrichten* seit 1920 stellen ein düsteres Kapitel deutsch-jüdischer Geschichte dar. Er starb am 19. Oktober 1942 im Konzentrationslager Theresienstadt, nachdem er noch fast ein Jahr im Münchner jüdischen Ghetto in Berg am Leim hatte verbringen müssen¹⁵⁶.

Ein ganz anderes Beispiel bietet der deutsch-österreichische, elterlicherseits dem Ostjudentum entstammende, hochgebildete und angesehene Wirtschaftsjournalist Gustav Stolper (1888–1947). Seit 1914 Mitherausgeber des *Österreichischen Volkswirt* und zugleich Wiener Korrespondent der *Frankfurter Zeitung*, sah er klar die schicksalhafte Entwicklung, die zu diesem Kriege geführt hatte und den Verlauf, den dieser nehmen mußte. Immer wieder entlarvte er die Geschichtsfälschung von dem sogenannten britischen Handelsneid, der als Vorwand für den Wilhelminischen Imperialismus angeführt wurde. Seit 1926 gab Stolper dann in Berlin seine eigene Zeitschrift *Der deutsche Volkswirt* heraus, die wegen ihrer unabhängigen Haltung bald einen außergewöhnlichen Ruf gewann¹⁵⁷.

Und damit sind wir überhaupt bei den von Juden herausgegebenen und redigierten Zeitschriften. So reizvoll auch eine Analyse der von Juden geleiteten Kunst- und Literaturzeitschriften auf ihren Gehalt und ihr Wesen in

¹⁵⁶ Siehe das sehr instruktive Buch von Wolfram Selig, Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914–1918. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen Publizistik im Ersten Weltkrieg, Osnabrück 1967.

¹⁵⁷ Siehe Toni Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888–1947, Tübingen 1960.

Hinblick auf Entwicklung, Erhaltung, Erweiterung oder gar Einengung des deutschen Geistesgutes im Vergleich zu den unter nichtjüdischer Redaktion stehenden wäre – wir müssen hier davon absehen. Jedoch wird schon eine bloße Titelangabe erweisen, welche Richtung dabei zum Ausdruck kam, daß selbst in ihrer Grundhaltung konservative Zeitschriften eine geistige Erneuerung erstrebten, jedenfalls jedwede reaktionäre Tendenz ablehnten. Auch wo man sich strikt von jedem Tagesliteratentum, wie man z. B. nicht selten den Expressionismus bezeichnete, fernhalten wollte, hütete man sich doch, dem Spießertum und seiner gerade nach dem verlorenen Krieg so gern geübten Rückbesinnung auf heldische Zeiten das Wort zu reden. Fast durchweg herrschte in all diesen Organen eine Abwehr des hypernationalen Ungeistes, der jene schwülstige Selbstbeweihräucherung zur Folge hatte, die sich in radikal nationalistischen Kreisen von Jahr zu Jahr mehr ausbreitete. Daß damit die Juden in eine schiefe Situation gerieten und zu allererst als „Verderber des deutschen Geistes“ gebrandmarkt wurden, liegt auf der Hand. Aber hätten sie von vornherein resignieren sollen? Da sie, insbesondere in den Anfangszeiten der Weimarer Republik, in einer nicht festgefügtten Staatsform und keineswegs einheitlichen Gesinnung wirkten, dachten, schrieben sie in der Hoffnung auf eine Neugestaltung. Und sie durften wohl auch glauben, sich mit ihren z. T. revolutionären Forderungen im Einklang mit dem Zeitgeist zu befinden. Schon die Republik und die Abschaffung der absoluten Obrigkeit hätten eigentlich die Abkehr von Vergangenen ausdrücken und den Blick für Neues, Zukünftiges freimachen sollen. Insofern hatte ihr Kampf etwas Folgerichtiges. Daß sie schließlich unterlagen, ist nicht die Schuld derjenigen, die sich ehrlich um ein neues Verhältnis zum Geist, zu den Werten der Kultur und um eine wahrhaft verstandene Humanität bemühten.

Zu den Zeitschriften, die um ein geistiges Fundament schon während des Krieges, noch mehr im Anschluß an den Zusammenbruch von 1918 rangen, gehört vor allem die Fischersche *Neue Rundschau*. Diese besaß seit 1890 oder jedenfalls seit 1894 eine feste Tradition, die Oskar Bie in fast dreißigjähriger Redaktionstätigkeit geschaffen hatte. 1923 übernahm Rudolf Kayser (1889 bis 1964), dessen Legende *Moses Tod* (1921) als letztes Heft des Jüngsten Tages erschienen war, und dessen ebenfalls 1923 veröffentlichte Essaysammlung bezeichnenderweise den Titel *Die Zeit ohne Maske* trug, die literarische Verantwortung für diese auf ein hohes Niveau wertlegende Monatsschrift.

Über den von ihnen geführten Kampf und die immerhin doch beträchtliche Wirkung der beiden Ein-Mann-Zeitschriften, *Die Zukunft*, die von 1892–1922 Maximilian Harden¹⁵⁸ in Berlin herausgab, und *Die Fackel*, die Karl Kraus von 1899–1936 in Wien schrieb, braucht hier nichts weiter gesagt zu werden. Beide gehören der deutschen Geistesgeschichte an, und über ihre

¹⁵⁸ Siehe das neue Buch von B. Uwe Weller, Maximilian Harden und die „Zukunft“, Bremen 1970.

Herausgeber ist inzwischen schon eine erhebliche Literatur entstanden. Das gleiche gilt für Siegfried Jacobsohns¹⁵⁹ Schöpfung, die seit 1905 bestehende, 1918 in *Weltbühne* umbenannte *Schaubühne*. Ebenso wenig bedarf an dieser Stelle das Wesen des dreizehn Jahre, seit 1920, von Stefan Großmann und Leopold Schwarzschild geleiteten *Tagebuchs* der näheren Erläuterung*.

Eher schon sollte bei dieser Gelegenheit mit einigen Worten des Wirkens von Kurt Tucholsky (1890–1935) gedacht werden, der seit 1913 auf das engste mit Siegfried Jacobsohn zusammenarbeitete. Unter den berühmten „fünf Pseudonymen“, zu denen er neben Kaspar Hauser, Peter Panther, Theobald Tiger, Ignaz Wrobel auch seinen eigenen Namen rechnete, hat Tucholsky unzählige Beiträge zur *Weltbühne* geliefert. Er galt als der glänzendste und schlagkräftigste Polemiker jener Jahre. Seine nur zu oft rücksichtslose Kritik richtete sich gegen alles Morsche und Faule, was sein durchdringendes Auge schon vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege am deutschen Geschehen erspähte. Von ihm stammt das Wort, die Geschichte habe höchstens einen Tag an die deutsche Revolution geglaubt. Mit nicht selten überscharfer Deutlichkeit stellte er die Schwächen der Weimarer Republik an den Pranger. Dafür war er, der getaufte Jude, den größten Anfeindungen ausgesetzt. Seine Erfindung des Herrn Wendriner, jenes reichen, kleinlichen, ängstlichen, sich überall und mit jedem arrangierenden Geschäftsjuden, den er seit Oktober 1924 immer wieder in Monologen auftreten läßt, gehört zum Thema des jüdischen Selbsthasses¹⁶⁰.

Was die übrigen Zeitschriften angeht, so wollen wir sie hier nach ihren Erscheinungsdaten geordnet mit ihren Herausgebern lediglich nennen. Es gibt heute schon reichhaltiges, die einzelnen Zeitschriften beschreibendes Material, aus dem man Näheres über ihre Programme, ihre Tendenzen und Ziele ohne Mühe entnehmen kann. Als die am längsten bestehende Wochenschrift, dann Halbmonatsschrift und schließlich Monatsschrift ist *Der Sturm* zu bezeichnen, der es unter Herwarth Waldens ausschließlicher Redaktion von 1910–1932 auf 21 Jahrgänge brachte. Im November 1910 wurde auch die Wochenschrift *Pan* von Wilhelm Herzog und Paul Cassirer ins Leben gerufen, die neben den beiden Genannten zeitweilig noch Albert Damm, Alfred Kerr und W. Fred redigierten. 1915 stellte *Pan* sein Erscheinen ein. *Kain* betitelt Erich Mühsam seine „Zeitschrift für Menschlichkeit“, die von 1911–1914 und dann wieder 1918/19 erscheinen konnte. Dann wären *Die Weißen Blätter* anzuführen, die von 1913–1921 erst von Erik-Ernst Schwabach, dann von René Schickele und

¹⁵⁹ Siehe *Alf Enseling*, *Die Weltbühne. Organ der intellektuellen Linken*, Münster 1962; sowie *Ausnahmestand. Eine Anthologie aus „Weltbühne“ und „Tagebuch“*, hrsg. von *Wolfgang Weyrauch*, München 1966.

* *Weltbühne* und *Tagebuch* sind im Rahmen des Beitrages von *Werner Becker*, *Die Rolle der liberalen Presse*, auf S. 102–107, 127 behandelt (Hrsg.).

¹⁶⁰ *Erich Gottgetreu*, *Zum Thema des jüdischen Selbsthasses. Der Fall Tucholsky versus Tucholsky*, in: *MB, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkass Europa* (18. September 1963).

schließlich von Paul Cassirer herausgebracht wurden. 1914 gründete Efraim Frisch in München die Monatsschrift für geistiges Leben *Der Neue Merkur*, die unter seiner vorbildlichen Leitung von 1914–1916 und dann wieder von 1919–1925 „nahezu eine Repräsentanz der deutschen Literatur jener Zeit“¹⁶¹ darstellte. Im selben Jahr erschien in Heidelberg die erste Nummer der Monatsschrift *Die Argonauten*, von der Ernst Blass zwischen 1914 und 1921 insgesamt zwölf Hefte herausbringen konnte. Wiederum in München konnte noch 1914 Wilhelm Herzog eine neue Zeitschrift *Das Forum* veröffentlichen, die mit Unterbrechungen, im August 1915 wurde sie für die ganze Kriegszeit verboten, bis 1929 bestand.

Als „Aufrufe zu tätigem Geist“ bezeichnete Kurt Hiller seine Jahrbücher *Das Ziel*, von denen insgesamt fünf, die ersten beiden 1916 und 1917 natürlich sofort verboten, erschienen. Die letzten drei Jahrbücher (1919, 20 und 23) trugen die Untertitel „für geistige Politik“. Ebenfalls 1916 kam Wieland Herzfelde auf die Idee seiner Monatsschrift *Die Neue Jugend*, aus der, wie schon berichtet wurde, der Malik-Verlag entstand. Von 1917–1919 gab Theodor Tagger unter dem Titel *Marsyas* eine Zweimonatsschrift für moderne Literatur und Kunst heraus. 1917 gründete Paul Westheim in Berlin *Das Kunstblatt*, ein Organ, dessen Urteile Autorität besaßen, „weil hinter ihnen ein Herausgeber stand, dessen Geschmack und kritische Vernunft einen Mittelpunkt der Kunstpublizistik bildete“¹⁶². Westheim veröffentlichte außerdem mit Carl Einstein zusammen 1925 einen *Europa Almanach*, der allgemeinen Anklang fand.

Von 1918–1920 erschien im Erich Reiss Verlag die Monatsschrift für Theater und Literatur *Das junge Deutschland*, die vom Deutschen Theater zu Berlin herausgegeben wurde. Für die ersten beiden Hefte war Paul Kornfeld, für die weiteren Arthur Kahane verantwortlich. In Wien brachte schon ab Januar 1918 (bis August 1919) Benno Karpeles eine „Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft und Literatur“ heraus, der er den Titel *Der Friede* gab. *Daimon* hieß eine Wiener literarische Zeitschrift des Expressionismus mit 12 Heften 1918/19, deren Schriftleiter Jakob Moreno Levy und Fritz Lampl waren. Sie wurde als *Die Gefährten* 1920–1921 von Albert Ehrenstein fortgesetzt. In Brünn gab 1918 Leo Reiß eine Zeitschrift böhmischer expressionistischer Autoren mit vielen Übersetzungen aus dem Tschechischen heraus, die einen Gesamtumfang von 152 Seiten erreichte.

Eine stark durch ihren Schöpfer Moritz Lederer geprägte politisch-literarische Zeitschrift war *Der Revolutionär* in Mannheim, der sich *Die Fackel* zum Vorbild nahm und während seines Bestehens von 1919–1923 vorwiegend

¹⁶¹ Konstellationen. Die besten Erzählungen aus dem „Neuen Merkur“ 1914–1925, hrsg. von Guy Stern, Stuttgart 1964, 9; siehe auch Efraim Frisch, *Zum Verständnis des Geistigen. Essays*, hrsg. von Guy Stern, Heidelberg 1963.

¹⁶² Wolfgang Frhr. von Löhneysen, *Zur deutschen Kunst um 1920*, in: *Zeitgeist der Weimarer Republik*, Stuttgart 1968, 85.

expressionistische Manifeste und von 1920 ab fast nur noch Beiträge Lederers veröffentlichte. In München erschien von 1919–1921 die „Zeitschrift für alte und werdende Kunst“, die von ihren Herausgebern Kurt Pinthus sowie Carl Georg Heise und Hans Mardersteig *Genius* genannt wurde. In Berlin brachten 1919 erst John Höxter und dann Carl Einstein und George Grosz einige Nummern einer *Der blutige Ernst* betitelten Zeitschrift heraus. Ihre Nummer 2 wurde als Sonderausgabe dem Thema „Der Jude“ gewidmet. Das Jahr 1919 brachte auch zwei Sammelbücher hervor, *Die Erhebung*, betreut von Alfred Wolfenstein, und *Die Ernte*, die Ernst Heilborn zusammenstellte¹⁶³.

Im Jahre 1920 begann Rudolph Lothar in Wien, die seit 1898 bestehende Wochenschrift *Die Wage* neu herauszubringen. Von 1921–1924 redigierten in Berlin erst Fritz Gottfurcht und dann Heinrich Eduard Jacob den *Feuerreiter*, eine zur neuen Sachlichkeit überleitende literarische Zeitschrift für „Dichtung, Kritik und Graphik“. Paul Landau, Anton Mayer und Ludwig Sternaux gaben von 1921–1926 ebenfalls in Berlin eine Monatsschrift für Kunst, Literatur und Musik *Faust* heraus. 1921 kam noch Alfred Flechtheims (1878 bis 1937), des Düsseldorfer Kunsthändlers *Querschnitt* hinzu, den ihr Herausgeber als eine „Zeitschrift der aktuellen Ewigkeitswerte“ aufgefaßt wissen wollte. Von dem *Querschnitt* hieß es damals, er sei so gut, daß es ihn eigentlich gar nicht geben könne. Und von Flechtheim hat sein Redakteur Hermann von Wedderkop einmal gesagt:

„Wenn Flechtheim traurig ist, ein Geschäft sich zerschlagen hat, eine Hoffnung fehlging und er sich aufrichten will, geht er abends in den jüdischen Boxklub Mackabi [sic], sieht sein Volk boxen. Sagt: ‚Siehe, wie tüchtig macht sich mein Volk in den Seilen!‘ Und in der Tat, es sind fast lauter hübsche, nette Jungens, die man da sieht . . . diese jungen, jüdischen Epheben brauchen keine Stütze an Sentimentalität. Sie springen frisch in den Ring und haben kaum in den Bewegungen etwas Jüdisches . . . Dieser Sport war ausgezeichnet, besonders wenn man bedenkt, daß diese Leute tagsüber in Büros herumsitzen.“¹⁶⁴

Als freundlich allerdings kann man die Atmosphäre nicht bezeichnen, in der die Juden damals ihren Beitrag zum deutschen Geist, zu deutscher Kultur und Wissenschaft entrichteten. So legte z. B. Richard Willstätter, der in jener Zeit berühmteste deutsche Chemiker, Nobelpreisträger von 1915, 1925 unter Protest seine Professur an der Münchner Universität nieder, da in der philosophischen Fakultät offen antisemitische Entscheidungen getroffen worden waren. Albert Einstein, der Physiknobelpreisträger von 1921, dessen Entdeckungen eine völlig neue Welterfassung einleiteten, und zu dessen von Erich Mendelsohn erbautem Observatorium in Potsdam, dem weithin bekannten Einsteinurm, Forscher aus allen Ländern pilgerten, war nicht nur überzeugter Jude und später sogar Zionist, sondern auch ein unerschrockener Pazifist. Jude und Pazi-

¹⁶³ 1920 erschien noch ein zweiter Band der „Ernte“.

¹⁶⁴ Facsimile – Querschnitt durch den Querschnitt, hrsg. von Wilmont Haacke und Alexander von Baeyer, München 1968, 92.

fist sein aber galt bei den Völkischen als schweres Verbrechen. Mit Walther Rathenau und Maximilian Harden stand er oben an der schwarzen Liste der rechtsradikalen Antisemiten.

1919 wurde in Weimar von dem Architekten Gropius, dem Maler Kandinsky u. a. das Bauhaus errichtet. 1923 fragte Kandinsky den Komponisten Arnold Schönberg an, ob er bereit sei, eine Professur an diesem künstlerisch-geistigen Zentrum anzunehmen. Schönberg war inzwischen schon als Pionier der auf dem Zwölftonsystem beruhenden atonalen Musik berühmt. Er hatte jedoch noch etwas anderes entdeckt: „Ich habe“, schreibt er am 20. April 1923 an Kandinsky zurück, „nun endlich kapiert und werde es nicht wieder vergessen. Daß ich nämlich kein Deutscher, kein Europäer, ja vielleicht kaum ein Mensch bin (wenigstens ziehen die Europäer die schlechtesten ihrer Rasse mir vor), sondern daß ich Jude bin.“ Und zwei Wochen später wird er noch deutlicher. Wie könnte er es unterlassen, fragt er Kandinsky,

„eine Weltanschauung zu bekämpfen, deren Ziel Bartholomäusnächte sind, in deren Finsternis man das Taferl, daß ich [als Jude] ausgenommen bin, nicht wird lesen können! . . . Wozu aber soll der Antisemitismus führen, wenn nicht zu Gewalttaten? Ist es so schwer, sich das vorzustellen? Ihnen genügt es vielleicht, die Juden zu entrechten. Dann werden Einstein, Mahler, ich und viele andere allerdings abgeschafft sein. Aber eines ist sicher: Jene viel zäheren Elemente, dank deren Widerstandsfähigkeit sich das Judentum 20 Jahrhunderte lang ohne Schutz gegen die ganze Menschheit erhalten hat, diese werden sie doch nicht ausrotten können. Denn sie sind offenbar so organisiert, daß sie die Aufgabe erfüllen können, die ihnen ihr Gott angewiesen hat: Im Exil sich zu erhalten, unvermischt und ungebrosen, bis die Stunde der Erlösung kommt!“¹⁶⁵

Das war Schönbergs Antwort, nachdem er erfahren hatte, daß am Bauhaus antisemitische Tendenzen vorhanden seien.

„Wir Deutschen ähneln einander nur in unseren negativen Eigenschaften. Jeder ist problematisch, jeder fängt von vorne an. Wir sind der Anregung hingegeben . . . Keine Form ist bei uns geschaffen worden . . . Dieses naive, geistig schlummernde Deutschland wurde unser Verhängnis, weil es sich von seinen Machthabern in sorgsamer Beachtung aller seiner Gefühlsbedürfnisse solange salben und kneten ließ, bis es zur Kriegsmaschine wurde . . .“¹⁶⁶ Diese Worte stehen in einem Aufsatz, den Walther Rathenau anlässlich des 80. Geburtstages von Hans Thoma im Oktober 1919 veröffentlichte. Das Verhängnis, von dem Rathenau sprach, traf auch ihn, obwohl er glaubte, sich durch seine Leistungen (Rohstoffversorgung) und seine Bemühungen um die geistige Kultur dieses Landes ein Daseins- und Wirkungsrecht innerhalb des deutschen Volkes erworben zu haben. Weder seine zahlreichen Schriften und schon gar nicht seine

¹⁶⁵ Arnold Schönberg, Briefe. Ausgewählt und hrsg. von Erwin Stein, Mainz 1958, 90, 91, 95.

¹⁶⁶ Zitiert nach Werner Doede, Berlin, Kunst und Künstler seit 1870. Anfänge und Entwicklungen, Recklinghausen 1961, 138.

Taten konnten indes dieses Deutschland lehren, einen Juden in einer Spitzenposition zu akzeptieren¹⁶⁷.

Das äußere Schicksal Gustav Landauers gilt es hier nicht darzustellen*. Seine Teilnahme am Münchener Umsturz verdeckt jedoch meistens die Tatsache, daß er vor allem und zuerst ein feinsinniger Künstler und Philosoph war. In welchem Maße sich Männer wie Kurt Eisner und Gustav Landauer sogar in den turbulenten Zeiten der Revolution um geistige Dinge sorgten, geht auch daraus hervor, daß man im Dezember 1919 in München dazu schritt, Theater und Universität auf sozialistischer Grundlage umzubauen.

Martin Buber hat in Landauers letztwilligem Auftrag seine Schriften gesammelt und herausgegeben. Sehr treffend nannte Landauer eines seiner Hauptwerke *Der werdende Mensch* (1921), denn das drückt zugleich auch sein vordringlichstes Streben als Sozialist aus. Seine besondere Liebe galt den Dichtungen Shakespeares. Das Prinzip der Freiheit, das er speziell in Shakespeare verkörpert sah, hat er in zwanzig Vorträgen vom Frühjahr 1917 bis November 1918 behandelt. Im Vorwort zum zweibändigen *Shakespeare* (1920) von Gustav Landauer zitiert Buber einen Brief vom Juni 1917, in dem Landauer das Prinzip der Freiheit definiert „in keinerlei politischem, auf Zustände abzielenden Sinn... nichts liegt Shakespeare ferner; Freiheit vielmehr im Menschlichen, Privaten, zumal in dem Verhältnis, das Shakespeares immerwährendes Problem ist, dem zwischen Trieb und Geist. Freiheit von Formeln, Konventionen theoretischer wie moralischer Art.“

Mit Shakespeare hat sich bekanntlich auch Friedrich Gundolf – ebenso wie Stefan George – intensiv beschäftigt. Schon 1911 erschien die erste Auflage seines Buches *Shakespeare und der deutsche Geist*, und ein volles Jahrzehnt, von 1908–1918, widmete er der Übersetzung der Werke Shakespeares. 1916 legt er sein bedeutendes, neue Wege einschlagendes Buch über *Goethe* vor (alles im Verlag Georg Bondi), das Fine von Kahler gewidmet ist. Dann folgen Bücher über *Stefan George* (1920), *Heinrich von Kleist* (1922) und 1924 *Caesar, Geschichte seines Ruhms*. Die Darstellung heroischer Gestalten zog damals anscheinend zur Bearbeitung an, denn auch Berthold Vallentin, ein anderes jüdisches Mitglied des George-Kreises, ließ 1923 ein großangelegtes Buch über *Napoleon* erscheinen.

Im übrigen hat auch Georg Simmel ein in vielen Auflagen erschienenenes Buch über *Goethe* (1913) geschrieben. Simmel, als ein radikaler Verteidiger des Individuellen – auch in seiner Soziologie, wo ihm das „individuelle Gesetz“ als eine normative Ethik vorschwebt – hat in den letzten Jahren des Krieges (und seines Lebens) auch zu aktuellen Fragen wiederholt Stellung genommen. *Der Krieg und die geistigen Entscheidungen* (1917), sowie sein Vortrag *Der Konflikt der modernen Kultur* (1918) sind Zeugnisse einer neuen Begründung

¹⁶⁷ Über Rathenau siehe jetzt das neueste Buch: *Peter Berglar*, Walther Rathenau. Seine Zeit, sein Werk, seine Persönlichkeit, Bremen 1970.

* Siehe hierzu den Beitrag von *Werner T. Angress*, S. 253–267 (Hrsg.).

des von ihm so hochgehaltenen Lebensbegriffes. Auch er, der nie ein Ordinarat in seiner Heimatstadt Berlin erlangte, starb im Grunde unaufgenommen von dem Volke, dem er sein Lebenswerk gewidmet hatte¹⁶⁸.

Auch auf dem Gebiete der reinen Philosophie haben Juden entscheidende Beiträge geleistet. Edmund Husserls Hauptwerk *Ideen zu einer reinen Phänomenologie und phänomenologischen Philosophie* (1913) war von weitreichender Wirkung. Max Scheler hat auf Husserls Methode eine neue Wertethik aufgebaut. Neben dem schon erwähnten anfechtbaren Buch *Der Genius des Krieges und der deutsche Krieg* hat er 1915 Abhandlungen und Aufsätze veröffentlicht, deren zweite Auflage er 1919 *Vom Umsturz der Werte* nannte. In seinem 1921 erschienenen Werke *Vom Ewigen im Menschen* entwickelte Scheler, der obwohl von einer jüdischen Mutter geboren, dem Judentum höchst labil gegenüberstand, eine Art katholisch-christliche Religionsphilosophie.

Von Ernst Blochs erstem bedeutenden Werke, *Geist der Utopie* (1918), das ihn als selbständigen Denker auswies, sagt Margarete Susman:

„Es war ein Buch voller Zauber, Geheimnis und Musik. Seine Sehnsucht ging nicht so sehr nach Gott wie nach der echten Heimat des Menschen: nach dem wahren ewigen Menschengesicht. Der Advent, die Zeit des heraufkommenden Lichtes, des Sterns der Zukunft und der Hoffnung, war seine eigentliche Sphäre. Er war ein gegen alles Bürgerliche gewaltsam sich auflehrender Mensch. Ich erinnere mich, daß mir damals aus seinem Wort, den großen Genies der Juden gegenüber seien alle anderen Genies der Geschichte nur bürgerliche Genies, zuerst der Begriff ‚bürgerlich‘, den ich längst durch Groethuysen und Landauer hätte begreifen können, in seiner vollen Bedeutung als Gesinnung einer Epoche klar wurde und daß ich erst damals die Empörung dagegen voll verstand.“¹⁶⁹

Auch sein Buch über *Thomas Münzer als Theologe der Revolution* (1921) entspricht dem hier definierten Geiste.

Erwähnung hier finden muß auch Constantin Brunner (eig. Leopold Wertheimer), der spätere Verfasser des Werkes *Die Lehre von den Geistigen und dem Volk* (1927). Schon 1910 war er mit einer Schrift hervorgetreten, die er betitelte *Spinoza gegen Kant und die Sache der geistigen Wahrheit*. Brunner, der sich zur Idee des Judentums, wie sie nach seiner Auffassung in Jesus am reinsten verkörpert ist, entschieden bekannte, war ein heftiger Gegner des Zionismus. 1918 gab er ein 447 Seiten starkes Buch heraus *Der Judenhaß und die Juden*. 1919 folgte dann in kleinerem Umfange die Schrift *Deutschenhaß, Judenhaß und Judenhaß der Deutschen*, und 1922 veröffent-

¹⁶⁸ Siehe *Hans Liebeschütz*, Von Georg Simmel zu Franz Rosenzweig. Studien zum Jüdischen Denken im deutschen Kulturbereich. Mit einem Nachwort von Robert Weltsch, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 23, Tübingen 1970; sowie *Margarete Susman*, Die geistige Gestalt Georg Simmels, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 3, Tübingen 1959.

¹⁶⁹ *Susman*, Ich habe viele Leben gelebt, 87.

lichte er noch einmal ein Büchlein zu dem Problem *Der Judenhaß und das Denken*. Offensichtlich lag Veranlassung vor, sich mit diesen bedrückenden Fragen immer wieder auseinanderzusetzen.

Dieser nur sehr andeutende Abriss kann aber nicht abgeschlossen werden, ohne die geniale Leistung Sigmund Freuds zu berühren, die dem gesamten Geistesleben, der Dichtung, der Kunst und Literatur, ganz neue Aspekte, im echten Sinne Neuland, eröffnete. Mit dem Einbruch der durch Freud gelehrten medizinischen Anschauungsweise in die europäische Geisteswelt hatte sich eine Erweiterung vollzogen, die eine völlige Umorientierung über die Erfahrung vom Menschen herbeiführte. Vielleicht ist es nicht übertrieben zu sagen, daß mit seinen 1917 erschienenen *Vorlesungen zur Einführung in die Psychoanalyse* eine neue Zeit der Menschenerkenntnis ganz allgemein einsetzte. Plötzlich konnte bewußt werden, was unentdeckt und demnach undurchgeistigt in der Innenwelt des Menschen vorging. Das Buch Freuds erlebte viele Auflagen, wurde in sechzehn Sprachen übersetzt und ist das wahre Ereignis jener Zeit gewesen.

Die Gestalt Freuds, der ein begnadeter Forscher, ein großer Arzt und ein überragender Schriftsteller war, kann hier natürlich nicht sachlich und ihrer wissenschaftlichen Bedeutung entsprechend gewertet werden. Aber daß sein Name am Schluß dieser Abhandlung steht, ist eben doch in gewisser Hinsicht symptomatisch. Denn das Kapitel moderner Kultur, das durch den Namen Sigmund Freud charakterisiert wird, hat eine betont jüdische Seite, obwohl das Werk sich nicht mit dem Judentum befaßt. Freud war ein bewußter Jude, ein typischer Angehöriger des alt-österreichischen aufgeklärten jüdischen Bürgertums; er sagte von sich, er sei Jude, aber weder in religiöser noch in nationaler Hinsicht. Sein eigenes Judesein bildete ein Geheimnis, das er selbst nicht ergründen konnte. Seine ersten Mitarbeiter und weite Kreise seiner Anhänger waren Juden, eine Tatsache, die er selbst als Problem empfand. Von allem Anfang stellten er, seine Person und seine Lehren einen Zielpunkt antisemitischer Angriffe dar. Für Freud war es nichts Ungewöhnliches oder Auffallendes, daß er seine berühmte Abhandlung *Die Traumdeutung* zuerst als Vortrag in der Wiener jüdischen B'nai B'rith Loge hielt, d. h. vor einem ausschließlich jüdischen Publikum. Aber natürlich wandte er sich an die übernationale Civitas Literarum, an die Gesamtheit der gebildeten Welt. Bewunderer Freuds unter bedeutenden Männern der Wissenschaft und Literatur aller Völker und Rassen sind heute Legion. Doch auch die Feindschaft, meist durchsetzt mit antisemitischen Momenten, ist unübersehbar. Dies illustriert die merkwürdige Ambivalenz der Position eines Juden in der Welt des Geistes. Die Anfänge von Freuds Wirken liegen in der in diesem Buch behandelten Zeit, doch die Ausstrahlung ist bis zum heutigen Tag nicht geringer geworden.

Auch wenn der Autor zu den Bewunderern Freuds gehört, ist er sich dessen bewußt, daß an diesem Fall, vielleicht mehr als an jedem andern, die Problematik des Wirkens großer Juden in der europäischen Kultur und vor allem

im deutschen Raum offenbar wird. Leidenschaftliche Bejahung, aber ebenso auch leidenschaftliche Verneinung begleiten bis auf unsere Tage den Namen und die Leistung Sigmund Freuds. Daß seine Gedankenwelt das Denken und Schaffen des Zeitalters geprägt, neue Wege der Welterkenntnis und Menschenbetrachtung erschlossen und eine geistige Bewegung entfacht hat, die vor allem auch in der Literatur ihren Niederschlag fand, wird jedenfalls niemand leugnen.

ZUR FRAGE DER WIRTSCHAFTLICHEN MOTIVE IM DEUTSCHEN ANTISEMITISMUS

von

Wilhelm Treue

Untersucht man die Position der Juden in der Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands während der kurzen Zeitspanne zwischen der Niederlage des wilhelminischen Kaiserreiches und dem Beginn der fünf „goldenen zwanziger Jahre“, dann muß man zunächst einige klare Voraussetzungen konstatieren. Außer dem zu dieser Zeit schon gewissermaßen traditionellen aus dem neunzehnten Jahrhundert und aus früheren Zeiten überkommenen Antisemitismus haben zwei Faktoren insbesondere das Urteil über die Juden, auch über ihre wirtschaftliche Tätigkeit und Position, in Deutschland nach dem November 1918 stark beeinflußt: einerseits die Behauptung, Juden hätten während des Krieges weniger Frontsoldaten und Gefallene gestellt und mehr Etappensoldaten sowie als „unabkömmlich“ Bezeichnete als ihrem prozentualen Anteil an der Bevölkerung Deutschlands entsprach – sie hätten sich „gedrückt“ und am Kriege verdient; und zum zweiten: sie seien anschließend verursachend und führend an der Novemberrevolution stärker beteiligt gewesen als ihrem Bevölkerungsanteil entsprochen hätte. Bei beiden Problemen geht es mithin, wie bei manchen anderen, um die Frage, ob die Juden mehr oder weniger etwas getan oder unterlassen haben, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprach – eine Frage, die weder für Männer noch Frauen, noch Protestanten und Katholiken, Ost-, West-, Nord- oder Süddeutsche, Polen oder Elsässer jemals gestellt oder untersucht worden ist, und die an sich schon den Antisemitismus erkennen läßt, der immanent in jeder derartigen Fragestellung oder Beschäftigung mit der Geschichte der Juden in Deutschland enthalten ist.

Auch muß man, will man sich mit dieser Geschichte in den Jahren 1918 bis 1923 beschäftigen, eigentlich weiter zurückgreifen als bis zum 9. November 1918. Stellt dieser Tag auch einen gewissen Einschnitt in der deutschen Geschichte dar – als erste und letzte Niederlage des Kaiserreiches und als dessen Zusammenbruch –, so bildet er keinen oder zumindest nur einen wenig bedeutungsvollen in der Geschichte der Juden in Deutschland – jedenfalls keinen

bedeutungsvolleren als in der Geschichte mancher anderer Bevölkerungsklassen und -kreise, etwa der Arbeiter oder der Sozialdemokraten.

Mit dieser Konstatierung befindet man sich bereits bei einem wichtigen Punkt. In der mehr oder weniger wissenschaftlichen historischen Literatur wird häufig hervorgehoben, daß mehr Juden, als ihrem Anteil der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte, der Sozialdemokratie und anderen „linken“ Gruppen und Parteien angehört oder nahegestanden hätten, und daß damit allein schon ihre Neigung zur Beseitigung des Kaiserreiches, zur Errichtung eines sozialistischen Staates bewiesen sei. Den „Beweis“ für diese Behauptung führt man mit der Zahl der jüdischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten vor dem 9. November 1918 und der jüdischen Politiker seit diesem Tage. Sicher gab es unter den führenden, den aktiven Politikern, Journalisten und Schriftstellern der „Linken“ einen verhältnismäßig stärkeren Prozentsatz an Juden – aber nicht so sehr, weil sie gläubige Sozialisten waren, als weil allein die Sozialisten, genau wie sie in der Gesellschaft der Zeit vor dem 9. November 1918 benachteiligt, konsequent und ohne Einschränkung für die Beseitigung *aller* gesellschaftlichen Beschränkungen eintraten, mochten sie nun Sozialisten oder Juden betreffen¹. Die Namen der jüdischen Politiker im wilhelminischen Reich, die links von der Mitte gestanden haben – was nicht zugleich „links“ bedeuten muß –, brauchen hier nicht aufgezählt zu werden. Toury nennt für die Zeit von 1893 bis 1914 25 Reichstagsabgeordnete – davon 20 im Reichstag von 1912, von denen wiederum 70 % die SPD vertraten; er bemerkt weiter: „Von den ungefähr 120 Redakteuren und Mitarbeitern bürgerlicher Blätter neigten etwa 10 % zur SPD. Zu den direkten Mitarbeitern an der sozialistischen Parteipresse und den zwar nicht parteigebundenen, aber eindeutig sozialistischen Publikationen zählten nochmals über 120 Mitarbeiter jüdischer Abstammung.“ Toury spricht schließlich von „ungefähr vierhundert aktiven jüdischen Politikern auf Reichsebene“ zwischen 1893 und 1914, und von „mehr als eintausendfünfhundert Lokalpolitikern, von denen rund tausendvierhundert als Stadtverordnete und Stadträte, der Rest als Parteifunktionäre tätig waren“² – doch ist fraglich, ob die Mehrzahl von diesen „links“ stand.

Abgesehen davon, daß es sich bei diesen weniger als 2000 Personen um einen geringen Prozentsatz des jüdischen Bevölkerungsteils handelte, und daß nicht alle ohne weiteres als „links“ stehend bezeichnet werden können – abgesehen auch davon, daß manche von ihnen „links“ nur die politische und wirtschaftliche Emanzipation der Juden, nicht aber z. B. den Marxismus vertraten –, steht fest, daß der weitaus überwiegende Teil der deutschen und der in Deutschland lebenden ausländischen Juden dem privatwirtschaftlichen Ka-

¹ Zum Thema grundsätzlich: *Jacob Toury*, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 15, Tübingen 1966.

² AaO, 229 ff.

pitalismus, wie er in Deutschland existierte, anhing. Gerade weil die meisten Juden wirtschaftlich, und viele von ihnen in der Stellung mehr oder weniger selbständiger Unternehmer tätig waren und sein wollten, konnten sie gar keine andere, insbesondere nicht die sozialdemokratische, auch nicht die revisionistische Auffassung vertreten. Manche von ihnen gerieten daher gewiß in einen Gewissenskonflikt, indem sie in einer Hinsicht gesellschaftspolitisch mit der Sozialdemokratie sympathisierten, wirtschaftspolitisch aber, und in mancher Hinsicht auch gesellschaftspolitisch, ihr mindestens nicht zuneigten.

Die sogenannten „Kaiserjuden“³ sind ein zwar durch Reichtum und soziale Stellung extremes, im ganzen aber doch wohl repräsentatives Beispiel für die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Haltung einer großen Mehrheit der Juden in Deutschland bis 1918. Diese Männer, wirtschaftlich die Spitze der Juden in Deutschland – Albert Ballin, Eduard Arnhold, James Simon, Carl Fürstenberg, Ludwig Max Goldberger, Emil und Walther Rathenau, Georg Solmssen, Wilhelm Herz, Franz von Mendelssohn, Max Steinthal, Maximilian Kempner, Max M. Warburg, Heinrich Grünfeld und andere –, vertraten alle eindeutig den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen feudalbürgerlichen Kapitalismus – auch Walther Rathenau, der freilich im Laufe der Zeit in Wort und Schrift *alles* vertreten und fast alles angegriffen hat. Nicht der alles in allem geringe Einfluß der Kaiserjuden auf den Kaiser und die Außenpolitik steht hier zur Diskussion⁴, sondern ihre Bedeutung in der Wirtschaft und ihre wirtschaftspolitische Einstellung. Sie waren – und hierin repräsentierten sie den jüdischen Bevölkerungsteil – alles andere als Sozialisten. Man kann, mit geringer Einschränkung in bezug auf die sozialdemokratisch aktiven Juden, als gesichert annehmen, daß die große Masse der Juden in Deutschland bis 1918 (und danach bis zum Ende der Weimarer Republik) wirtschafts- und gesellschaftspolitisch staatsbejahend und insofern „konservativ“ war.

Was die deutschen Juden im Kriege anbetrifft, so steht fest, daß sie entsprechend dem oben Angedeuteten, in ihrer großen Mehrzahl für den Sieg Deutschlands mit seiner bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eintraten, wengleich die alldeutsche Flüsterpropaganda die Behauptung verbreitete, Wilhelms II. und Bethmann Hollwegs Bedenken gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg beruhten auf dem „Einfluß des jüdisch-internationalen Großkapitals“⁵. Es gibt kein Beispiel dafür, daß die Juden sich während des Krieges gegenüber dem Deutschen Reich und seiner Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung irgendwie anders verhalten hätten als die anderen Deutschen.

Mit der Verschlimmerung der Kriegslage hatte eine verstärkte antisemitische Kampagne seitens der deutschen Nationalisten begonnen, die 1916 zu

³ Hans Tramer, Die Hamburger Kaiserjuden, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, III (1960).

⁴ Vgl. dafür Lamar Cecil, Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888–1918, Hamburg 1969.

⁵ Graf Westarp, Konservative Politik, Bd. II, Berlin 1935, 36.

einer Untersuchung über die religiöse Zugehörigkeit der Soldaten führte*. Später sollten dann die antisemitischen Agitatoren die jüdische Schuld am Zusammenbruch des Reiches und an der Herbeiführung der Revolution postulieren**. Zu den Anschuldigungen der „Drückebergerei“ und der „Zersetzung“ gesellten sich von Anfang an auch Behauptungen über die angeblich schädliche Rolle der Juden in der deutschen Wirtschaft. So wurde im Volk der Verdacht genährt, daß in den Kriegsgesellschaften⁶ und an anderen Stellen, wo wenig Gefahr für Leib und Leben bestand, indessen Kriegsgewinne gemacht werden konnten, mehr Juden beschäftigt waren, als der Bevölkerungsstatistik entsprochen hätte***, daß sich also unter ihnen überdurchschnittlich viele „Kriegsgewinnler“ befänden. Unpatriotisches Wirtschaftsverhalten in den Kriegsjahren und auch in der Nachkriegswirtschaft wurde jedenfalls zum festen Bestandteil der gegen die Juden gerichteten Propaganda.

In Wirklichkeit hatten jüdische Wirtschaftsführer die deutschen Wirtschaftsinteressen energisch vertreten. So hatte Ballin angesichts der unabwendbaren Niederlage Anfang November für ein „Gesetz über den Wiederaufbau einer deutschen Handelsflotte“ vorgesorgt und eine „Vereinigung für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens“ gegründet; Warburg, der schon Graf Hertling beraten und später in Hamburg seine Sorgen in bezug auf die Entwicklung des Krieges nicht verhehlt, dann im September 1918 seine Beteiligung an Max von Badens Kabinett als Finanzminister mit dem Hinweis darauf, daß die Deutschen an dieser Stelle keinen Juden akzeptieren würden, verweigert hatte, verhandelte wenig später mit dem Arbeiter- und Soldatenrat und war seit dem 16. November auch Berater der neuen Regierung – in der gleichen Zeit und mit dem gleichen Ziel wie sein Partner Carl Melchior und der Frankfurter Merton. Melchior war Finanzreferent des ersten deutschen Gesandten im bolschewistischen Moskau und anschließend Mitglied der Delegation des Botschafters von Mumm zu Verhandlungen in der Ukraine gewesen, danach Vorsitzender des Finanzausschusses der deutschen Waffenstillstandskommission bei den Verhandlungen Ende November 1918 in Spa und Anfang 1919 in Trier und schließlich einer der sechs Delegierten ge-

* Über die „Judenählung“ siehe ausführlich den Beitrag von *Werner Jochmann*, Die Ausbreitung des Antisemitismus, im vorliegenden Bande, S. 425 ff. (Hrsg.).

** Zur Rolle der Juden in der Revolution siehe den Beitrag von *Werner T. Angress*, Juden im politischen Leben der Revolutionszeit, in diesem Band (Hrsg.).

⁶ Vgl. *Otto Armin*, Die Juden in den Kriegsgesellschaften, München 1921. – Der jüdische Anteil an den Kriegsgesellschaften war natürlich schon in Anbetracht ihrer sozialen Struktur prozentual viel höher als ihr Anteil an der Bevölkerung des Reiches, wurde aber von der nationalistischen Propaganda maßlos übertrieben. Verlässliche Zahlen über die tatsächliche jüdische Beteiligung bietet *Hanns Falk*, Die Juden in den Kriegsgesellschaften, Berlin 1920.

*** Über die Kriegsgesellschaften siehe den Aufsatz von *Saul Friedländer*, Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage, in diesem Bande, S. 36 f. und den oben angeführten Beitrag von *Werner Jochmann*, S. 424 f. (Hrsg.).

worden, die unter der Führung des Außenministers Graf Brockdorff-Rantzau Ende April 1919 in Begleitung u. a. von Max M. Warburg nach Versailles reisten. Er arbeitete am deutschen Gegenvorschlag und an der deutschen Note vom 13. Mai mit, in der es hieß: „Werden diese Bedingungen durchgeführt, so bedeutet das einfach, daß viele Millionen Menschen in Deutschland zugrunde gehen müssen.“ Schließlich empfahl er der Nationalversammlung in Weimar die Ablehnung des Vertrages⁷. Die Alliierten betrachteten wegen seiner Intelligenz und überragenden Rolle zeitweise Melchior und nicht Brockdorff-Rantzau als deutschen Delegationsführer in Versailles. Warburg war aus wirtschaftlichen Gründen gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages. Zu den elf Sachverständigen, die die Reichsregierung zu beraten hatten, und die am 18. Juni 1919 einstimmig die Überzeugung vertraten, „daß diese Bedingungen unerfüllbar sind und den völligen wirtschaftlichen Ruin Deutschlands herbeiführen müssen“, und daß sie daher dem Kabinett empfehlen müßten, „die Friedensbedingungen abzulehnen“, gehörten neben Melchior die Bankiers Max M. Warburg und Louis Hagen⁸.

Als in Spa 1920 Stinnes den Bruch herbeiführen und damit den Einmarsch der Franzosen ins Reichsgebiet selbst mit der Folge der Bolschewisierung Deutschlands in Kauf nehmen wollte, widersprachen die Juden Dernburg, Rathenau und Melchior aus politischem Verantwortungsbewußtsein. Sie schlugen der Reichsregierung vor, die Kohlenforderungen der Siegermächte zu akzeptieren und „Erfüllungspolitik“ zu treiben um des Friedens für Deutschland und um dessen Zugehörigkeit zu Westeuropa willen. Wirth schrieb 1927 in einem Memoiren-Beitrag zu einem Buch über *Friedrich Ebert und seine Zeit*, nach Stinnes, der „wie ein Assyrer-König, hart und unbeweglich“, mit „niederschmetterndem“ Eindruck gesprochen hatte, sei eine lange Pause entstanden. Dann habe Dernburg sich „in knappen, kurzen Worten“ gegen Stinnes gewandt: „Er möchte das Blut nicht an seinen Fingern kleben sehen, das durch die Zerstörung der bürgerlichen Welt in Deutschland fließen werde.“ Rathenau schloß sich Dernburgs Ausführungen „mit feiner Gebärde und in edler Form der Sprache“ an⁹.

Eduard Arnhold, der im Kriege die von der OHL beabsichtigte Zerstörung der oberschlesischen Kohlengruben hatte verhindern können und als Sachverständiger in Versailles von der Ablehnung des Vertrages abgeraten hatte, gehörte auch in Spa zu den Sachverständigen; jetzt neigte er „wagemutig“ mehr

⁷ Kurt Zielenziger, *Juden in der deutschen Wirtschaft*, Berlin 1930, 236.

⁸ Eduard Rosenbaum, Albert Ballin. A Note on the Style of his Economic and Political Activities, in: Year Book III of the Leo Baeck Institute, London 1958, 298; Max M. Warburg, *Aus meinen Aufzeichnungen*, New York 1952 (Privatdruck), 64 ff.; Richard Merton, *Erinnerenswertes aus meinem Leben*, Frankfurt 1955, 60; Alfred Vagts, M. M. Warburg & Co., in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 45 (1958), 363 ff.

⁹ Friedrich Ebert und seine Zeit, Charlottenburg 1927, 315.

zur Ablehnung der, wie er meinte, vernichtenden Bedingungen; „indes kühler denkende Köpfe“, so schrieb er am 9. Juli 1920, „wie Bonn und Melchior, raten dringend: Nachgeben, Nachgeben“¹⁰. Stinnes ließ bei dieser Gelegenheit das Wort „Rassenabstimmung“ fallen; es seien die jüdischen Berater der Regierung gewesen, die zum Nachgeben geraten hätten. Auch schrieb er, die Tatsachen verdrehend, in einem von ihm selbst veröffentlichten Brief: „Eine Anzahl Vertreter in Spa haben aus einer fremdländischen Psyche heraus den deutschen Widerstand gegen unwürdige Zumutungen gebrochen“¹¹.

Ähnlich wie Warburg gegen Ende der Monarchie das Finanzressort des Reiches hätte übernehmen können, bot man dieses Ministerium 1922 noch einmal seinem Partner Melchior an. Melchior hatte es schon im Juli 1919 abgelehnt, als Nachfolger des wirren Wichart von Möllendorff Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium zu werden, dagegen sich bereit erklärt¹², als freier Berater der Regierung auch weiterhin tätig zu sein. Als seine Ablehnung – Hermes wurde Minister – bedauert wurde, meinte Warburg, sie beide seien eben der Ansicht, „daß es unter den augenblicklichen Umständen unmöglich ist, als Jude ein so hohes Staatsamt zu übernehmen . . . An eine ruhige Arbeit wäre unter der antisemitischen Hetzpropaganda nicht zu denken.“ Tatsächlich hat Hitler 1924 vor Gericht erklärt, sein November-Putsch habe u. a. eine Regierung Minoux-Gayl-Seeckt mit einem jüdischen Finanzminister an der Spitze verhindern sollen¹³.

Was den allgemeinen wirtschaftlichen Einfluß der Juden anbetrifft, so hat das Institut für Zeitgeschichte in München im Herbst 1961 von Hans Mommsen ein Gutachten „Zur Frage des Einflusses deutscher Juden auf die deutsche Wirtschaft in der Zeit der Weimarer Republik“ anfertigen lassen¹⁴. Abgesehen davon, daß damit der sowohl in bezug auf den „Einfluß“ selbst wie auf die psychologische Wirkung dieses Einflusses in Deutschland nicht ganz unwesentliche Einfluß ausländischer, also z. B. der Ostjuden nicht berücksichtigt wurde, hat der Autor sein Thema in anderer Hinsicht noch eingeschränkt: „Die wirtschaftliche Macht [! das ist etwas anderes als Einfluß] des Judentums gilt es zu prüfen, und zwar unter dem Gesichtspunkt, ob sich dabei objektive soziale Ursachen für die Ausbreitung des Nationalsozialismus ergeben. Davon ist die Frage zu unterscheiden, wie sich ein möglicher sozialer Antisemitismus zu dem vom Nationalsozialismus verfochtenen *rassischen* Antisemitismus verhält.“

In Mommsens Gutachten ist, ausgehend von einem knappen Überblick über die Bevölkerungs- und Berufsstatistik, ausgehend also von den 1925 564 379 in Deutschland gezählten Personen mosaischer Konfession (= 0,9% der Gesamtbevölkerung), insbesondere betont worden, daß der jüdische Bevölke-

¹⁰ Zielenziger, op. cit., 163 f.

¹² Zielenziger, op. cit., 238.

¹⁴ In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1966, 348–369.

¹¹ Warburg, Aufzeichnungen, 90 f.

¹³ Vagts, aaO, 379 ff.

rungsanteil insgesamt relativ zum gesamten deutschen Volk seit 1871 zurückging¹⁵ – auch nach 1918, als eine verstärkte Einwanderung von Juden aus dem osteuropäischen Raum, insbesondere aus den ehemaligen preußischen Provinzen, einsetzte. Eine überdurchschnittlich starke Auswanderung und sinkende Geburtenziffern im Zusammenhang mit überdurchschnittlich starker Verstädterung wurden als „Ursachen“ dafür angegeben: 1925 lebten in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern 82,8 % der jüdischen, dagegen nur 46,1 % der nichtjüdischen Bevölkerung, in Städten über 100 000 Einwohnern 66,8 % bzw. 26,8 %, in Berlin und Hamburg 34,1 % bzw. 7,9 %, in Berlin allein 173 000 Personen = 30,6 % bzw. 6,2 %, womit die jüdische Gemeinde der Reichshauptstadt ihre Höchstzahl überhaupt erreichte.

Zur regionalen, beziehungsweise städtischen Konzentration trat eine historisch mehr oder weniger erklärbare Spezialisierung der jüdischen Bevölkerung auf bestimmte Gruppen von Berufen, die wiederum hauptsächlich oder ganz in Städten, vielfach nur in Groß- und Größtstädten, ausgeübt wurden. Es braucht auf diese Berufsstatistik hier nicht näher eingegangen zu werden – Esra Bennathan hat „Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden“ mit vorbildlicher Gründlichkeit und Ausführlichkeit untersucht¹⁶. Hinzuweisen aber ist nachdrücklich darauf, daß – entgegen der landläufigen Auffassung, die in der antisemitischen Propaganda benutzt und gefördert wurde – das gewissermaßen traditionelle Übergewicht der Juden in Handel- und Kreditwesen „in kontinuierlichem Rückgang begriffen“ war – „und zwar

¹⁵ Die Bevölkerungsstatistik in bezug auf die Juden in Deutschland zwischen 1905 und 1925 ist so oft ganz und in Auszügen gedruckt und interpretiert worden, daß hier nur ganz kurz auf sie eingegangen zu werden braucht – um so mehr, als mit Hilfe einer immer weiter verfeinerten Interpretation der Zahlen schließlich fast alles „bewiesen“ und „widerlegt“ werden kann und worden ist. Sie bildet insofern ein Unglück, als sie weit mehr als die allgemeine Bevölkerungsstatistik von allen Seiten eben als „Beweismaterial“ herangezogen worden ist – ganz besonders nach 1933 und wieder nach 1945 – und daher stets politisiert wurde. Es gab 1871: 512 153 und 1905: 607 862 Juden in Deutschland; ihre Zahl wuchs von Jahrfünft zu Jahrfünft von 1871 bis 1905 um 1,64; 7,88; 0,21; 0,83; 3,33 und 3,58 %, während gleichzeitig die Reichsbevölkerung um 4,06; 5,87; 3,58; 5,49; 13,59 und 7,58 %, also insgesamt prozentual sehr viel stärker wuchs. „In diesen wenigen Zahlen spiegeln sich bereits die beiden bedeutsamsten Erscheinungen im Leben der deutschen Juden während der letzten 35 Jahre wider: die *Abwanderung* der deutschen Juden in den 80er Jahren und der *Zustrom* ausländischer Juden in der neuesten Zeit.“ (*Jacob Segall*, Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland, Berlin 1912, 3). Dieser nach 1905 fortgesetzt wachsende „Zustrom“, sowie die starke Konzentration der Juden in Groß- und Größtstädten, hat ihre Situation erheblich und die Diskussion über sie, die Stellungnahme ihnen gegenüber nach 1918, stark beeinflusst, dagegen nicht die Abnahme der Geburtenzahl, die die Abnahme der Sterbeziffer weit übertraf.

¹⁶ In: Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelband, hrsg. von *Werner E. Mosse* unter Mitwirkung von *Arnold Paucker*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 13, 2. Auflage, Tübingen 1966, 86 ff.

weit über den relativen Bevölkerungsrückgang hinaus“¹⁷. Der relative Anteil der Juden an Handel und Verkehr, an Handelsvermittlung, Bank- und Börsenwesen sank 1907 bis 1933 z. T. um mehr als 35 %: „Von den im Geldverkehrs- und Kreditwesen Beschäftigten in Preußen stellten Juden im Jahre 1882 21,9 %, im Jahre 1925 nur noch 3,84 %“ – bis 1933 fiel der Anteil weiter auf 2,05 %, was freilich mehr eine Folge der großen Wirtschaftskrisis sein mochte, in der Juden und Kommunisten stets zuerst entlassen und selten wieder eingestellt wurden, als ein Ergebnis freier Berufswahl. Aber die Zahlen für die Zeit bis 1925 sind bereits so eindeutig, daß Mommsen schreiben konnte:

„In diesen fallenden Ziffern macht sich neben dem relativen Bevölkerungsrückgang vor allem eine strukturelle Umschichtung des Judentums geltend. Diese Umschichtung ist nichts Anormales, sondern nur Ausdruck der wachsenden Anpassung der jüdischen Bevölkerung an die soziale Gesamtstruktur, ist also nur die soziale Folge der vollzogenen oder sich endgültig vollziehenden Assimilation.“¹⁸

Seit den siebziger Jahren hatte tatsächlich das Judentum mit wachsender Geschwindigkeit im Zuge nicht nur der gesetzlichen, sondern auch der praktischen Emanzipation den Übergang aus der wirtschaftlichen und sozialen Isolierung und Beschränkung auf gewisse Berufs- und Gesellschaftsbereiche in den normalen bürgerlichen Mittelstand sowie zum Großbürgertum vollzogen. Gewissermaßen am Anfang dieser Entwicklung stand die Tatsache, daß der jüdische Hausierer, eine einst die Vorstellung vom Judentum weithin bestimmende Figur, immer seltener wurde und 1925 sein Anteil am gesamten Hausiergeschäft unter den 0,9 % des Anteils der Juden an der Bevölkerung lag. Am Ende dieser Entwicklung standen bis 1918 Nobilitierung und „Kaiserjuden“, danach prominente wirtschaftliche, politische und soziale Funktion. Teils aus den traditionellen Ursachen, teils – und mit diesen zusammenhängend – weil es keine Landflucht und Stadtwanderung jüdischer Bauern und Bauernkinder nach der Bauernbefreiung hatte geben können, war der Anteil der Juden an Handwerk und Industriearbeiterschaft und damit am Industrieproletariat bis zur Jahrhundertwende sehr gering gewesen: 1861 waren in Preußen nur 16,5 % der jüdischen Erwerbstätigen in Handwerk und Industrie beschäftigt gewesen – 1925 waren es 21,9 %, und 1933 noch mehr. Die Berufsstruktur des jüdischen Bevölkerungsanteils befand sich also im Zuge von Handel und Kreditwesen zu Industrie und Handwerk auf dem Wege der Normalisierung.

Mommsen und Bennathan haben mit Recht darauf hingewiesen, daß es 1925 noch immer relativ wenige jüdische Arbeiter und relativ viele jüdische Angestellte gab – relativ noch mehr leitende Angestellte. Aber selbst bei diesen leitenden Angestellten, Pächtern und Eigentümern war jener statistisch nachweisbare Normalisierungs- und Angleichungsprozeß im Gange – und zwar

¹⁷ Mommsen, aaO, 358.

¹⁸ AaO.

nicht nur wegen des wachsenden Antisemitismus, der viele Juden zu führenden Stellungen nicht aufsteigen ließ oder sie aus ihnen verdrängte, sondern eben auch weil die jüdischen Staatsbürger „normaler“ und „durchschnittlicher“ wurden – was wiederum mit der Abnahme der Religiosität, der Zunahme der Mischehen, der Zahl der Kinder aus diesen und der fortdauernden Verbindung mit Ausgewanderten, die zu nicht traditionell jüdischen Berufen gelangt waren, zusammenhing.

Es braucht in einer Skizze über die wirtschaftliche Entwicklung nicht eine berufssoziologische Interpretation der Bevölkerungsstatistik vorgenommen, insbesondere nicht der Anteil der „Selbständigen“ und „Beamten“ untersucht zu werden. Auch das haben die beiden genannten Autoren getan, und aus ihren Ergebnissen sei nur übernommen, daß z. B. der jüdische Anteil am Bankwesen weit überdurchschnittlich, gemessen an Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern und Zeichnungsberechtigten dieser Anteil aber 1923 bis 1930 rückläufig war, während die absolute Zahl wuchs. Die Zahl der jüdischen Privatbanken ging anscheinend besonders in der Zeit der Weltwirtschaftskrise relativ mehr als doppelt so stark zurück wie die der nichtjüdischen. Eine entsprechende Entwicklung gab es im Getreide- und insbesondere im Metallhandel¹⁹.

So kommt Mommsen zu dem Schluß: „Der Anteil der deutschen Juden am Wirtschaftsleben in der Weimarer Republik ging . . . ständig zurück.“ Und an einer anderen Stelle resümiert er:

„Die führende Position des Judentums in einzelnen Zweigen der Wirtschaft, des Handels und des Kreditwesens tritt langsam zurück, und es bleiben nur regionale und spartenmäßig differenzierte Schwerpunkte jüdischen Übergewichts oder doch mitbeherrschenden Einflusses. Die Gesamttendenz lief . . . in zunehmendem Maße auf eine völlige strukturelle Angleichung an den deutschen Mittelstand hinaus. Dieser Prozeß war nicht überall gradlinig.“²⁰

Den wirtschaftlichen Umschichtungsprozeß des deutschen Judentums überhaupt hat Jakob Lestschinsky 1932 treffend umrissen:

„Alles in allem hat sich der jüdische Volkskörper im Verfolg der mannigfaltigen Wandlungen und Verschiebungen während der letzten hundert Jahre außerordentlich differenziert. Die berufliche Differenzierung, die Aufteilung der ehemals homogenen, ausschließlich handeltreibenden jüdischen Masse auf die verschiedenen Berufe, namentlich in der Industrie und den freien Berufen, ging zugleich mit einer sozialen Klassendifferenzierung der jüdischen Bevölkerung Preußens einher . . . Das deutsche Judentum . . . stellt gegenwärtig [1930] ein vielfach gegliedertes soziales Gebilde dar, in welchem die Lohnempfänger, die Proletarier, schon bei der Zählung von 1925 fast die Hälfte aller Erwerbenden ausmachten.“²¹

¹⁹ S. M. Auerbach, *Jews in the German Metal Trade*, in: Year Book X of the Leo Baeck Institute, London 1965, 188 ff.

²⁰ Mommsen, aaO, 366 f.

²¹ Jakob Lestschinsky, *Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums*, Berlin 1932, 86.

Es soll im folgenden versucht werden, diese allgemeinen Bemerkungen durch Einzelheiten zu belegen und zu ergänzen.

Seit Jahrzehnten gewohnte, gewissermaßen traditionelle Tatsachen – starker Anteil der Juden an Banken, Metallhandel, juristischen, journalistischen und medizinischen Berufen, am städtischen Grundbesitz, Konzentration der Juden in den größeren und den Großstädten – können in politischen und wirtschaftlichen Ausnahme- und Krisenzeiten leicht übertrieben wichtig, ja, als etwas ganz Neues, gerade jetzt Auftretendes, Unerwünschtes und Bedrohliches erscheinen und dadurch virulent werden – ganz besonders, wenn auf der „anderen“ Seite eine gegenläufige Bewegung zu beobachten ist – etwa bei Grunderwerb und Grundbesitz von Deutschen und Ausländern, wobei der Begriff „Ausländer“ vielfach ohne Zögern nicht nur gleich Jude, sondern verschärfend gleich „ausländischer Jude“ gesetzt wurde.

Zu diesen Tatsachen gehörte unmittelbar nach der deutschen Niederlage, 1918 einsetzend und bis weit über das Ende der Revolution sich ständig verstärkend, die Zuwanderung von „Ostjuden“ nach Deutschland²². Die erste Welle der Einreise und Einwanderung von Juden aus dem Osten nach Deutschland hatte bereits während des Krieges begonnen, als einerseits osteuropäische, darunter auch jüdische Arbeiter in Deutschland eingesetzt wurden, und andererseits die Lage der Juden sich in den von den Mittelmächten besetzten Gebieten bis zu direkten Pogromen verschlechterte, ohne daß die deutschen oder österreichischen Behörden zu wirksamen Schutzmaßnahmen geschritten wären*. In den Wochen des Zusammenbruchs und danach wurden dann viele ausländische jüdische Arbeiter von ihren Arbeitsstellen entlassen, wodurch sie zugleich mittel- und wohnungslos wurden, zumal sie teils infolge des Transportchaos nicht in ihre Heimat zurückkehren konnten, teils durch die dortigen Verhältnisse sich veranlaßt sahen, in Deutschland zu bleiben. Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung bezeichnete am 4. Dezember 1918 den „Abtransport ausländischer Ostarbeiter zur Zeit als unmöglich“. Auch hieß es, es seien „Ausländer, z. B. Juden, denen eine Heimreise aus triftigen Gründen augenblicklich unerwünscht ist, möglichst bis zu dem letzten Transport zurückzustellen.“

Um diese Zeit befanden sich in Deutschland an ausländischen Juden: 90 000, die bereits vor Kriegsausbruch in Deutschland gelebt hatten²³,

²² Zu diesem Thema siehe vor allem *S. Adler-Rudel*, Ostjuden in Deutschland 1880 bis 1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 1, Tübingen 1959.

* Zur Ostjudenfrage siehe ebenfalls die Beiträge von *Saul Friedländer*, S. 35, 54–56, und *Werner Jochmann*, S. 412–414, 462–463, 496–497, 503–507 (Hrsg.).

²³ Von diesen stammten etwa 10 000 bis 11 000 aus Westeuropa oder Übersee, von den restlichen 79 000 etwa 23 000 aus Rußland, 50 000 aus Österreich und 6 000 aus Ungarn in den Grenzen von 1914, nun also aus sehr viel mehr und fast durchweg neuen Staaten, die sie nicht unbedingt als ihre Staatsangehörigen anerkannten.

35 000, die als Arbeiter aus Rußland und Polen, unter Zwang oder mit Vertrag nach Deutschland gebracht worden waren, sowie
35 000 Kriegsgefangene und Zivilinternierte, die der Kriegsausbruch in Deutschland überrascht hatte,
also insgesamt:
160 000.

Zu diesen 160 000 Menschen, die durchweg zunächst einmal entwurzelt waren, kamen bald neue, die vor den in allen Staaten in Osteuropa wachsenden Judenverfolgungen nach Deutschland, dem Land der Ordnung, der Emanzipation und der durch die Verfassung garantierten Gleichberechtigung aller Staatsbürger, flüchteten – nicht ahnend oder ohne Rücksicht darauf, daß auch in Deutschland der Antisemitismus seit etwa 1916 ständig im Steigen begriffen war.

Unter den „Versuchen zur dauernden Eingliederung“²⁴ dieser Juden ist als erster der Erlaß des preußischen Innenministers, des Sozialdemokraten Wolfgang Heine, vom 1. November 1919 zu nennen, mit dem die Regierung sich entschied, Ostjuden,

„... soweit sie persönlich einwandfrei sind, bis auf weiteres im Inlande zu dulden, auch wenn dadurch die Möglichkeit einer gewissen Beeinträchtigung der Arbeitsgelegenheit für Inländer gegeben ist. Es bedarf indessen gewisser Sicherungsmaßnahmen, um Ordnungswidrigkeiten vorzubeugen und die tunlichste Anpassung jener, zum großen Teil einer fremden und nicht gleichwertigen Kultur entstammenden Bevölkerungselemente, so lange sie sich hier aufhalten, an die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland herbeizuführen.“

Die ganze doppelseitige Problematik dieses Komplexes geht aus den vorsichtigen, schließlich aber doch völlig eindeutigen Formulierungen des Ministers unmißverständlich hervor, den man auf jüdischer Seite antisemitischer Neigungen verdächtigte, bis Eduard Bernstein 1923 nachdrücklich zu seiner Verteidigung auftrat²⁵.

Was im Anschluß an diesen Erlaß vorwiegend seitens der Juden selbst geleistet wurde, hat Adler-Rudel dargestellt. Die Schwierigkeiten bestanden darin, daß man eine „Sozialpolitik für die Ostjuden in Deutschland“ trieb, die nach jüdischer Vorstellung zugleich eine „wahrhaft jüdische Politik“ sein sollte, und daß man es versäumte, für sie eine Wirtschaftspolitik, also eine Politik der wirtschaftlichen Integration, zu verfolgen, wohl auch in einer privatkapitalistischen Gesellschaft voll innerer Spannungen und mit einem latent stets vorhandenen Antisemitismus nicht verfolgen konnte.

Die etwa 79 000 in Deutschland 1918 ansässigen Ostjuden bildeten einen Anfang – weitere wanderten fortan nach Deutschland ein, während eine Auswanderung kaum noch möglich war. „Große Flüchtlingsmassen kamen aus

²⁴ Adler-Rudel, op. cit., 64 ff.

²⁵ AaO, 66.

dem sich zur Diktatur entwickelnden Rußland nach Berlin“²⁶. Die Ostjuden wurden zu einem Problem – auch für die deutschen Juden. Immer wieder beschäftigten sich z. B. die *Neuen Jüdischen Monatshefte* seit 1919 mit ihm. Arnold Zweig schrieb dort über „Außenpolitik und Ostjudenfrage“²⁷. Grete Pinner und Fritz Hammerschlag meinten im gleichen Heft vom Frühjahr 1920:

„Der eigentliche Strom *ostjüdischer Auswanderer* harrt noch darauf, daß die Wiederkehr geordneter Zustände den Weg zum Ziel, nämlich Amerika, Palästina und die westeuropäischen Länder weiter öffnet“;

sie sprachen von einem

„bisher wohl kaum bei irgend einem Volk mit dieser Schnelligkeit beobachtete[n] Prozeß der *Proletarisierung* ... auch Deutschland, das als Einwanderungsland augenblicklich leider keine Reize hat, hat schon heute eine einigermaßen bedeutende ostjüdische Durchwanderung. Der Realpolitiker hat also die Aufgabe, die Gefahren, die mit einem stärkeren ostjüdischen Zuzug unstreitig verknüpft sind, auf das geringste Maß herabzusetzen ... Das einzige würdige und zugleich radikale Mittel gegen alle Gefahren der Einwanderung ist die Eingliederung der ostjüdischen Arbeiter in die deutsche Volkswirtschaft durch Verteilung über den gesamten Arbeitsmarkt.“

Sie konnten darauf hinweisen, daß bei den Juden

„eine starke Abwanderung aus dem Handel und Handwerk und besonders in die Industrie im Laufe der Jahre stattgefunden hat.“²⁸

Das traf zu, wie wir heute statistisch gesichert wissen – aber die alte Auffassung gerade in bezug auf die Ostjuden war 1920 stärker als eine solche Feststellung aus jüdischer Quelle. Außerdem waren die Deutschen nicht gewillt, die Ostjuden, von denen es in den großen Städten bald immer mehr gab, in ihre Volkswirtschaft einzugliedern. Wollten auch die seit langer Zeit, seit Generationen und Jahrhunderten in Deutschland lebenden Juden ihre osteuropäischen Glaubensgenossen eingegliedert sehen oder hätten sie statt der Einwanderung lieber die Durchwanderung wohin auch immer bevorzugt? Die Vertreter der jüdischen Gemeinde in München ließen in der führenden Zeitung der Stadt erklären, man dürfe die alteingesessenen jüdischen Mitbürger nicht mit jenen Elementen aus dem Osten verwechseln, die Besitz und Ordnung bedrohten. Vertreter der jüdischen Wohlfahrtsinstitutionen, die versuchten, ihre Schützlinge – nicht nur, aber vorwiegend Ostjuden – bei jüdischen Firmen unterzubringen, stießen mehr und mehr auf Ablehnung²⁹.

²⁶ Georg Tietz, Hermann Tietz. Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1965, 210.

²⁷ Neue Jüdische Monatshefte, IV (10./25. März 1920), 244–249.

²⁸ Ostjuden und Volkswirtschaft, aaO, 249–255.

²⁹ Hans Lamm, Von Juden in München. Ein Gedenkbuch, München 1958, 319f; Bennathan, aaO, 110.

Daß viele Ostjuden Kommunisten seien, und daß bei den Revolutionsergebnissen Ostjuden führend aktiv gewesen seien, war eine weitverbreitete Ansicht in Deutschland, die der ostjüdischen Eingliederung entschieden im Wege stand. Aus Bayern wurden die seit 1914 eingewanderten Juden – etwa 5 000 – am 23. April 1920 geradezu ausgewiesen, weil man sie für die Träger der Räterepublik hielt – und zwar obwohl der Vorsitzende des Gesamtausschusses der Münchener Juden während der Räterepublik deren Präsidenten und Ministern erklärt hatte, „daß die Ostjuden absolut nichts mit dem Kommunismus zu tun haben wollten“. Es war nicht leicht, eine Einschränkung jener Verordnung zu erreichen, und nicht möglich, Sondermaßnahmen gegen die Ostjuden zu verhindern, die von der Fremdenpolizei als Drohung auch gegen alteingesessene Juden benutzt wurden. In Oberschlesien und Sachsen kam es zu Festnahmen und Abschiebungen³⁰.

Als Folge der wachsenden Einwanderung von Ostjuden schon seit Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts stieg der Anteil der Ausländer, d. h. in erster Linie der Ostjuden, an der jüdischen Bevölkerung Deutschlands von 7% im Jahre 1900 auf 19,1% im Jahre 1925. Mehr als die Hälfte kam aus Polen; es folgten Staatenlose (meist Russen), Österreicher, Tschechen, Ungarn und Rumänen. Zwar waren also von allen Juden in Deutschland 1925 nur 19,1% Ausländer, aber sie konzentrierten sich zumeist in den Großstädten: Von den Juden in

Berlin bildeten sie	25,4%
München bildeten sie	27,0%
Dresden bildeten sie	60,0%
Leipzig bildeten sie	80,7%.

Im Jahre 1925 waren unter den Juden Sachsens etwa 65% seit den Kriegsjahren Zugewanderte³¹.

Gegen die an Zahl wachsende und in den Industrie-Großstädten konzentrierte Masse der Ostjuden richteten sich immer stärker Abneigung und aktive Maßnahmen. Der preußische Landtagsabgeordnete Limbertz, Essen, konnte im Juni 1922 eine öffentlich bekanntgegebene Anweisung im Regierungsbezirk Düsseldorf zitieren, in der es hieß, die ostjüdischen Einwanderer könnten nicht als wünschenswerte Bevölkerungselemente angesehen werden: „Sie sind durchweg als Arbeiter in der hiesigen Industrie, in der Qualitätsarbeit gefordert werden muß, zur Verwendung ungeeignet.“ Sie neigen „zu den politisch radikalen Richtungen“ und „stellen eine große Zahl krimineller Elemente. Sie vermehren durch ihren Aufenthalt im Bezirk die herrschende Wohnungsnot und die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung“. Dagegen erklärte das „Gewerkschaftskartell“ in Essen, den 35 Gewerkschaften mit 35 000 Mitgliedern sei „nicht bekannt geworden, daß eine starke Zuwande-

³⁰ Lamm, op. cit., 320 f.; Adler-Rudel, op. cit., 115.

³¹ Bennathan, aaO, 98 f.

rung von ostjüdischen Arbeitern in dem Maße stattgefunden hätte, daß durch die Zuwanderung die Wohnungsverhältnisse der ansässigen Bevölkerung verschlechtert worden wären“³². Tatsächlich lebte offenbar eine beträchtliche Zahl von Ostjuden an Rhein und Ruhr. „Es gibt kaum einen Schacht ohne jüdische Arbeiter. Jede Eisengußfabrik hat ihre jüdische Gruppe.“³³

Von 1921 bis 1925 gab es kein Jahr, in dem die „Ostjuden“ nicht Gegenstand erregter Debatten im Preußischen Landtag und im Reichstag gebildet hätten. Sie litten vielfach darunter, daß es keine zuverlässigen Zahlen über Zu- und Abwanderung, über Rasse und Religion gab, zumal „Ostjuden in zum Teil beträchtlichem Umfang die Meldepflicht nicht erfüllen“. Über die (allerdings nicht sehr starke) Wiederauswanderung gab es sogar überhaupt keine Zahlen³⁴. Das Jahr 1925 „stellte den Höhepunkt der ostjüdischen Einwanderung dar“³⁵. Nach Adler-Rudel waren zu dieser Zeit „ungefähr 18 0/0“, nach Bennathan 19,1 0/0 der gesamten jüdischen Bevölkerung Deutschlands „ausländische Juden“. Die Zuwanderung aus dem Osten hörte zwar in den folgenden Jahren nicht auf, aber die Weiterwanderung nahm von jetzt ab wieder zu.

Eng verbunden mit dem Problem der ausländischen Juden, speziell der Ostjuden, war die „Überfremdung des städtischen Grundbesitzes“. Während viele Deutsche in unserer Gegenwart wenig Verständnis dafür haben, daß Schweizer, Österreicher, Italiener, Iren und Spanier gegen die Überfremdung beim Grundbesitz ihrer Heimat durch Deutsche protestieren und Abwehrmaßnahmen fordern oder durchführen, gab es in Deutschland insbesondere bis etwa 1924/25 eine weitverbreitete heftige Erregung über die schnell wachsenden „Anteile der Ausländer und der im Ausland wohnenden Eigentümer“ am städtischen Grundbesitz³⁶. Das Ausmaß dieser Anteile genau festzustellen, ist unmöglich, da nur über den Besitz physischer Personen vollständige Angaben vorliegen, nicht dagegen über den juristischer Personen. In den preußischen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern befanden sich 1927 3 0/0 aller Grundstücke im Besitz ansässiger Juden; 87 0/0 davon waren seit dem Juli 1918 erworben worden³⁷. Annähernd 1 0/0 hätte dem Anteil der Juden an der Bevölkerung Preußens entsprochen — sie besaßen also prozentual dreimal so viel, nachdem sie vor dem Sommer 1918 offenbar weit unter ihrem Bevölkerungsanteil am Grundstücksbesitz beteiligt gewesen waren.

Es gab 1930 in Preußen 1,442 Millionen bebaute Grundstücke, von denen 492 000 nach dem 1. Juli 1918 erworben worden waren. 15 334 Grundstücke

³² Adler-Rudel, op. cit., 91 f.

³³ David Einhorn, Deutsche Juden rühmen sich ihrer jüdischen Bergarbeiter, in: Forward (Jiddische Tageszeitung), New York, 28. Juni 1922, zitiert bei Adler-Rudel, op. cit., 94.

³⁴ Adler-Rudel, op. cit., 120.

³⁵ AaO, 109.

³⁶ Preußische Statistik 299, Berlin 1930 an vielen Text- und Tabellenstellen.

³⁷ Bennathan, aaO, 117.

gehörten physischen Personen mit Wohnsitz im Ausland, davon 12 772 erst nach dem 1. Juli 1918 erworbene; 21 284 Grundstücke waren im Besitz physischer Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, davon 16 891 erst nach dem 1. Juli 1918 erworbene, 11 706 gehörten ausländischen Staatsangehörigen mit Wohnsitz im Ausland.

Von je 100 bebauten Grundstücken überhaupt waren 34,6 nach dem 1. Juli 1918 erworben worden, befanden sich 1,08 im Eigentum physischer Personen mit Wohnsitz im Ausland und 1,5 im Eigentum physischer Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Von je 100 bebauten Grundstücken im Eigentum physischer Personen mit Wohnsitz im Ausland waren 83,29 nach dem 1. Juli 1918, von je 100 bebauten Grundstücken im Eigentum physischer Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit waren 79,36 nach dem 1. Juli 1918 erworben worden.

Bei weitem die meisten dieser Grundstücke im Besitz von physischen Personen, die im Ausland wohnten bzw. eine ausländische Staatsangehörigkeit besaßen, befanden sich in den Großstädten — nämlich 80,6 % bzw. 73,3 %, so daß dort also ein den Durchschnitt weit übersteigender ausländischer Grundbesitz existierte; in Berlin allein lagen 48,5 % bzw. 41,9 % dieser Grundstücke. Es folgten die Regierungsbezirke Schleswig, Wiesbaden und Düsseldorf. Daher befanden sich z. B. 2,44 bzw. 3,07 % aller bebauten Grundstücke in den Großstädten im Besitz dieser beiden Gruppen; für Berlin waren die Zahlen 7,36 bzw. 8,82 %; es folgten in bezug auf die Großstädte die Regierungsbezirke Königsberg, Breslau, Schleswig, Wiesbaden und Aachen — also meist Grenzbezirke, denn außer den Großstädten waren hauptsächlich Grenzstädte von der „Überfremdung“ betroffen, und zwar besonders solche, die ehemals deutschen Gebieten benachbart waren. Dort entstand die Überfremdung nach dem 1. Juli 1918 häufig dadurch, daß nicht das Grundstück den Eigentümer, sondern der Eigentümer durch die Gebietsabtretung die Nationalität wechselte.

Deutlich hing die Überfremdung mit der Inflation zusammen: Fast 90 % des Auslandsbesitzes in den Großstädten ging erst nach dem 1. Juli 1918 in die Hände der fremden Eigentümer über. Dabei erwarben die Ausländer mit Vorliebe Grundbesitz in den engbesiedelten oder durch Park- und andere Anlagen besonders wertvollen inneren Stadtteilen mit großen Wohnhäusern. Die Berliner Bezirke mit dem stärksten Ausländerbesitz waren Prenzlauer Berg (22,8 %), Schöneberg (18,1 %), Friedrichshain (16,9 %), Charlottenburg (16,5 %), Wedding (15,5 %), Tiergarten (14,8 %), während der Besitz in den Außenbezirken nicht über 10 % (Neukölln) stieg und meist bei 3–4 % lag.

Nun war — im Gegensatz zu der weit verbreiteten und propagierten Annahme der Zeitgenossen — „ausländischer Besitz“ keineswegs identisch mit „jüdischem“ oder „ostjüdischem“ Besitz. 18,42 % der „ausländischen“ Besitzer waren Niederländer. Aus Polen stammten 16,1 %, aus Österreich 11,13 %, aus der Tschechoslowakei 9,91 %, aus Rußland, Litauen, Estland

und Finnland 5,74%, aus den sonstigen osteuropäischen Staaten 7,26%. Diese insgesamt 68,56% = 14 592 Personen, vorwiegend aus Ländern mit zeitweise starkem Währungsverfall, dürften zu einem großen Teil Juden gewesen sein. Die *Preußische Statistik* erklärte zu diesem Phänomen vorsichtig, es werde dazu beigetragen haben, „daß gerade aus diesen Ländern nach dem Kriege eine starke Einwanderung einsetzte, und daß diese Einwanderer aus ihrer Heimat die Erfahrung mitbrachten, wie man den vermögensvernichtenden Wirkungen der Inflation am besten entgehen kann – vor allem aber, daß in den vier Ländern [Polen, Österreich, Tschechoslowakei und Rußland] eine stabilisierte Währung schon zu einer Zeit bestand, als die deutsche Mark noch im Abwärtsgleiten war“³⁸.

Diese gewiß weniger als 14 000 „ostjüdischen“ Grundstückserwerber in Preußen – für Bayern liegen undeutliche Angaben über Besitzwechsel, Hypotheken, Grundschuld und Rentenschuld vor³⁹, die auf ähnliche, mindestens nicht akzentuiertere Verhältnisse schließen lassen – haben mit ihrem nach dem 1. Juli 1918 in Deutschland erworbenen Besitz an bebauten Grundstücken ohne Zweifel gesamt- oder volkswirtschaftlich keine große Bedeutung gehabt – politisch bzw. psychologisch dagegen unbeabsichtigt und unbewußt eine beträchtliche. Anders ausgedrückt: Die Tatsachen sind vielfach aufgebauscht und politisch zielbewußt ausgenutzt worden – nicht zuletzt von denen, die als Opfer der Nachkriegsverhältnisse mehr oder weniger gezwungen waren, ihre Grundstücke an Ausländer zu verkaufen – keineswegs immer unmittelbar gegen gute Valuta.

Für die hier behandelte Zeitspanne ist zu konstatieren, daß es zwischen dem 9. November 1918 und dem Tag der Beendigung der Inflation wohl demographische, nicht aber wirtschaftliche Veränderungen unter den Juden gegeben hat, die für sie spezifisch waren. Wenn zu 500 000 deutschen Juden in Deutschland, die 0,9% der Gesamtbevölkerung ausmachten, etwa 100 000 oder 150 000 ausländische Juden, Ostjuden, hinzukamen, die anderen Sprachen und Kulturvorstellungen sowie anderen Emanzipationsstufen zugehörig waren und anderen Gesellschaftsvorstellungen huldigten, auch andere wirtschaftliche und gesellschaftliche Nahziele verfolgten, dann war das ein Ereignis von weittragender Bedeutung. Zwar hätte der nationalsozialistische Antisemitismus nicht um Haaresbreite andere Ziele gehabt, wären diese Ostjuden nicht nach Deutschland eingewandert. Jedoch wäre seine Propaganda vielleicht ein wenig schwieriger gewesen. Die Reserve vieler deutscher Juden gegenüber den neu zugewanderten, die meist auf Wanderung oder Flucht alles oder fast alles verloren hatten und nun schnell den wirtschaftlichen und sozialen Besitzstand der deutschen Juden erreichen wollten, ist *ein* Zeichen für

³⁸ Seite 71.

³⁹ Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes, 58 (1926), 88 und 493.

die Schwierigkeiten in diesem zahlenmäßig kleinen Bereich der großen demographischen Veränderungen seit 1914 in Mittel- und Osteuropa. Wir haben das alles nach der Vernichtung der Juden in zahlenmäßig unvergleichlich größerem Ausmaß seit 1945 erlebt. Die Einstellung von „Flüchtlingen“ zu Recht, Sitte und Brauchtum, ihr oft verzweifelter Drang, wieder aufzusteigen, es zu etwas zu bringen, wieder eine sozial gehobene Stellung zu erlangen, den Kindern eine Ausgangsposition für den Aufstieg zu bieten, ihre Ungeduld, ihre Fremdheit in bezug auf Sprache, Kleidung und selbst auf bevorzugte Speisen in einer Gesellschaft, die mit der Überwindung eines nie geahnten Berges an eigenen Nöten, Verlusten, Ängsten und Veränderungen beschäftigt ist – das alles kennen wir aus den Nachkriegsjahren und erleben es jetzt täglich in Asien, in Afrika, auch noch in Mitteleuropa. Die demographische Seite also bietet im einzelnen schwer greifbare, im ganzen sehr deutliche, wenn auch zahlenmäßig nicht genau belegbare Veränderungen. Und dennoch ist Vorsicht bei der Beurteilung, ja, schon bei der „Konstatierung“ von Tatsachen am Platze. Die angebliche überdurchschnittliche Kriminalität unter den Ostjuden war eines der schlagendsten und wirkungsvollsten Argumente gegen sie – nachgewiesen hat sie niemand. Aber wenn heute in der Schweiz von der überdurchschnittlichen Kriminalität unter den Ausländern, d. h. angeblich unter den Gastarbeitern, die Rede ist, dann läßt sich schnell beweisen, daß die Touristen weit mehr zur Kriminalstatistik der Ausländer beitragen als jene Gruppe. Stand es mit den Ostjuden nach 1918 in Deutschland vielleicht prinzipiell ähnlich? Waren alle aus dem Wehrdienst entlassenen arbeitslosen Männer, die gestern noch unter strenger militärischer Disziplin gestanden hatten, heute als freie Zivilisten rechtsbewußte und korrekte Staatsbürger? Wenn die Kriminalität in Kriegszeiten zurückgeht, dann liegt das nicht an einer gestiegenen Moral, sondern ausschließlich daran, daß die meisten großen und kleinen Verbrecher nun unter militärischer Kontrolle stehen – nach einer solchen Zeit treten meist nicht gleich wieder „normale“, sondern zunächst einmal recht „lockere“ Verhältnisse ein.

Wirtschaftlich haben die Juden in den fünf Jahren zwischen Revolution und Ende der Inflation das Schicksal aller anderen Deutschen geteilt. Soweit es firmen- und unternehmergeschichtliche Studien gibt, die detailliert genug sind, genaue Feststellungen zu erlauben, erhält man den Eindruck, daß jüdische Unternehmer nach dem Zusammenbruch sich zurückhaltend und abwartend verhielten. Auch die internationalen Beziehungen waren unterbrochen und zerrissen. Bevor sie, behindert durch wachsenden Antisemitismus nicht nur in Deutschland, wieder hergestellt und wieder ausgenutzt werden konnten, waren die „goldenen zwanziger Jahre“ bereits vorüber. Nicht selten waren Konzentrationspunkte des Handels während des Krieges ins Ausland gewandert und blieben dort auch nach 1918 – so etwa die Metallbörse⁴⁰. Beim Bank-

⁴⁰ *Auerbach*, aaO, 200 f.

haus Warburg in Hamburg wurde „in jenen Jahren des Übergangs das alltägliche Bankgeschäft mit Vorsicht und ohne den Wunsch nach Ausdehnung geführt“. Man ging an die Wiederaufbau- und Anpassungsarbeit; doch „die jährlichen Berichte, die Max M. Warburg nach seinem Eintritt in die Firma zunächst für seinen Vater, später für sich und seine Partner zu schreiben pflegte, sagen für die Jahre 1921 und 1922 sehr wenig über alte oder neue Geschäfte. Gleichzeitig aber sind sie voller Vorahnungen über die sozialen Folgen der Inflation mit ihrer Verarmung der Mittelklassen.“ Im Jahre 1923 gab es dann „das wirkliche Drama“ der Ruhrbesetzung, des passiven Widerstandes mit seinen hohen Kosten. Mitte September gründete man die Hamburger Bank von 1923. – Sie „war das erste deutsche Institut, dem durch die Vermittlung des Hauses Warburg von der International Acceptance Bank in New York ein Dollar-Rediskontkredit eingeräumt wurde. Er wurde das Vorbild für sehr viel größere Kredite gleicher Art, die Warburgs später für die Reichsbank durchführten.“⁴¹

Max M. Warburg selbst⁴² hat die Jahre 1920 und 1921 als „Jahre der Ratlosigkeit“ bezeichnet. Er hat in dieser Zeit die Bildung eines Hamburger Wirtschaftsrates empfohlen, der mit dem politischen Parlament hätte zusammenarbeiten sollen; er sprach 1920 auf dem V. Allgemeinen Bankiertag, vor dem er auch 1907 schon (gleichfalls in Hamburg) ein wichtiges Referat über „die notwendigen Vorbedingungen für die Gesundung der deutschen Währung“ sowie gegen eine staatliche Planwirtschaft gehalten hatte.

Auch andere jüdische Privatbanken hielten sich in jenen Jahren zurück – um so mehr, als man im allgemeinen erkannte, daß die zuweilen bedeutenden Gewinne, die das Effektengeschäft und das der vielen Kapitalerhöhungen in Aktiengesellschaften in der Inflationszeit brachte, mit einem allgemeinen wirtschaftlichen Verfall erkaufte wurden. Nicht wenige alte Privatbanken, darunter natürlich auch jüdische, gingen gleichwohl in jenen Jahren ein – nicht selten im Zusammenhang mit den Sequestrierungen und Lahmlegungen deutscher Überseebank- und Handelshäuser in Südamerika, Ostasien und Afrika. Niemals wieder haben die großen jüdischen Privatbankiers in Berlin, Köln, Hamburg und Frankfurt die glanzvolle wirtschaftliche und soziale Stellung erreicht, die sie sich bis 1914 geschaffen und genossen hatten. „Ein gesellschaftliches Leben gab es in Berlin erst wieder ab 1925“, erinnert sich Hans Fürstenberg⁴³. Dem britischen Botschafter in Berlin, Viscount d'Abernon, fiel im Frühjahr 1922 in den Theatern ein „neuer Mittelstand“ auf – „keine Schieber, nicht überwiegend jüdisch, sondern offenbar ‚respektable Leute‘ ...“ Gewiß darf man eine solche gelegentliche Bemerkung eines Snobs, die von einem anderen Snob, dem Grafen Kessler, in dessen eigenen Worten ins Tagebuch

⁴¹ *Eduard Rosenbaum*, *M. M. Warburg & Co. Merchant Bankers of Hamburg*, in: *Year Book VII of the Leo Baeck Institute*, London 1962, 143.

⁴² *Warburg*, op. cit., 92.

⁴³ *Hans Fürstenberg*, *Erinnerungen*, Wiesbaden 1965, 152.

geschrieben wurde⁴⁴, nicht überbewerten. Aber zusammen mit Erinnerungen anderer, ernstzunehmender Zeitgenossen erhält sie ein gewisses Gewicht. Zu solchen Erinnerungen gehören etwa die des bedeutenden Berliner Kohlen-Großhändlers, Industriellen, Reeders und Mäzens Eduard Arnhold, der – er hatte 57 Jahre der Firma Caesar Wollheim, seit 1875 als Teilhaber, seit 1882 als Chef angehört – im Jahre 1925 starb, nachdem auch er in den letzten fünf Jahren nur Wiederaufbau- und Neuordnungsarbeit hatte leisten können – nichts von jener großen Expansion und Organisation, welche Kennzeichen der Jahrzehnte zwischen 1871 und 1914 gewesen waren. Alfred Leonhard Tietz kaufte zwar im Zuge der „Flucht in die Sachwerte“ Textilfabriken in Sachsen und Bayern auf, veräußerte sie aber sofort nach dem Ende der Inflation. Vor einer Enquête-Kommission erklärte er: „Wenn ein Rückschlag kommt, dann hat man bei der Selbstfabrikation das Risiko sowohl im Handel wie in der Fabrikation zu tragen. Allerdings hat man bei der Hausse auch die Möglichkeit zweimal zu verdienen. Aber wir sahen ein, daß die Gefahr, bei der Baisse zweimal Verluste zu haben, größer sei als der Vorteil, bei der Hausse zweimal Gewinne zu erzielen.“⁴⁵

Carl Fürstenberg „weigerte“ sich, die Inflation zu „begreifen“. „Seine Natur war dazu“, wie Pinner am 18. August 1925 im *Berliner Tageblatt* schrieb, „viel zu solide, seine Tradition zu ehrlich und zu gefestigt“. Tatsächlich hat seine Bank, die Berliner Handelsgesellschaft, durch die Inflation eine Schwächung ihrer Position erlitten, die Fürstenberg zwang, das Kapital 1924 im Verhältnis 5 : 1 zusammenzulegen⁴⁶.

Das Unternehmen des berühmtesten aller jüdischen Kunstmäzene und Wohltäter in Berlin, Gründers des Hilfsvereins der deutschen Juden, James Simon⁴⁷, die seit 1852 bestehende OHG Gebr. Simon, die vor und zunächst auch nach dem Kriege die größte Textilwaren-Großhandlung Deutschlands darstellte, die bei 30 000 Abnehmern um 1910 bis 1913 einen Jahresumsatz von etwa 40 bis 50 Millionen Mark gehabt und ganz aus eigenen Mitteln finanziert hatte, erlitt in den Nachkriegsjahren erhebliche Verluste, als die Lieferanten, insbesondere Spinnereien und Webereien, schon früh ihre Verkäufe an die Firma nicht mehr in Mark, sondern nur noch in ausländischer Währung, hauptsächlich in Dollars, tätigten. Während die Rechnung der Lieferanten also jeweils zum Tageskurs bezahlt werden mußte, verkaufte die Firma noch bis in das Jahr 1923 hinein ihre Waren in Mark. Hatten Gebr. Simon schon durch den Zusammenbruch des Weltverkehrs im Jahre 1914 einen

⁴⁴ Harry Graf Kessler, Tagebücher 1918–1937, Frankfurt a. Main 1961, 285.

⁴⁵ Zielenziger, op. cit., 219.

⁴⁶ AaO, 153 f.

⁴⁷ Zum Folgenden siehe u. a. den Aufsatz: James Simon. Industrialist, Art. Collector, Philanthropist, in: Year Book X of the Leo Baeck Institute, London 1965, 3–23; sowie Ulrich Steinmann, Some Notes on James Simon, in: Year Book XIII of the Leo Baeck Institute, London 1968, 277–282; und Arnold Paucker, Searchlight on the Decline of the Weimar Republic. The Diaries of Ernst Feder, aaO, 161–234 passim.

schweren Schlag erlitten, so gerieten sie seit 1918 durch Inflation und politisch verursachte Handelserschwerungen in so starke Substanzverluste, daß sie sich von diesen nie wieder wirklich erholten und in der Weltwirtschaftskrisis vollends zusammenbrachen, nachdem James Simon, einst Mitbegründer der Deutschen Orientgesellschaft, Finanzier verschiedener Ausgrabungen und führendes Mitglied des Kaiser-Friedrich-Museums-Vereins in Berlin, zur Beschaffung von Betriebskapital seine Tiergarten-Villa, praktisch ein Privatmuseum von größter Qualität und hohem materiellem Wert, verkauft, sowie den größten und wertvollsten Teil seiner Sammlungen, darunter die Nofretete und den Kopf der Teje, versteigert und seine Stiftungen eingestellt hatte. Im Katalog der großen Auktion schrieb der berühmte Museumsdirektor Wilhelm v. Bode⁴⁸, ein enger Freund von James Simon: „Über die schwere Zeit des Krieges und seiner Nachwirkungen ist uns nur einer von den Museumsfreunden treu geblieben: James Simon hat uns weiter mit wertvollen Geschenken bedacht, obwohl gerade er durch den Krieg auf das Schwerste geschädigt wurde.“ Das war in jenen Jahren ein Fall von nicht wenigen⁴⁹, aber eben der eines weltbekannten Juden und seines Unternehmens, während die von Krieg und Inflation schwer betroffene und damit zu Neid und Mißgunst, zur Suche nach einem Schuldigen für ihr Unglück getriebene klein- und mittelbürgerliche Gesellschaft in Berlin sich immer mehr angewöhnte, von den Juden als den Schuldigen am Kriege, an der Niederlage und am Wechsel von der Monarchie zur „Juden“-Republik, von Kriegsgewinnlern, Novemberverbrechern und Inflationsgewinnlern zu sprechen.

Als Hermann Bahr im Jahre 1894 den Antisemitismus die Revolte des Kleinbürgertums gegen die Industrialisierung nannte, steckte in dieser Formulierung ein großer Teil Wahrheit, wenngleich keineswegs die ganze⁵⁰. Ein Vierteljahrhundert später gab nicht allein die gleiche, an Zahl gewachsene Schicht des deutschen Volkes den Juden die Schuld an den wirtschaftlichen Folgen des Krieges, des Zusammenbruchs der Weltwirtschaft und der Erschütterung der Volkswirtschaft, sondern auch die andere des einst wohlhabend oder wirtschaftlich gesichert gewesenen Bürgertums der Ärzte, Anwälte, Lehrer, Pfarrer, Kaufleute und auch der Bauern. Die gesetzliche Emanzipation der Juden war im neunzehnten Jahrhundert abgeschlossen, mit der Verfassung von 1919 bestätigt und bekräftigt worden. Daß die Assimilierung – auf 100 volljüdische Ehen kamen 1927: 64 Mischehen⁵¹ – nicht, wie in anderen Ländern, den entsprechenden Grad erreicht hatte und abgeschlossen

⁴⁸ *Wilhelm v. Bode*, Einleitung zum Versteigerungskatalog James Simon (25. u. 26. Oktober 1927, von Anton W. M. Mensing, Auktionshaus Frederik Muller & Co. in Amsterdam).

⁴⁹ *F. A. Theilhaber*, Der Untergang der deutschen Juden, Berlin 1920, 2. Aufl., 1921.

⁵⁰ *Hermann Bahr*, Der Antisemitismus: Ein internationales Interview, Berlin 1894, 214.

⁵¹ *Adler-Rudel*, op. cit., 145.

worden war, zeigte sich sofort, als man nach Ursachen und Schuldigen für Mißstände suchen mußte. Durchleuchtet man die wirtschaftlichen Realitäten der Jahre 1918 bis 1925 von den Banken bis zum Handel, von der Berufsstatistik bis zur Statistik von Grundbesitz und Ostjuden, dann zeigt sich schnell, daß die Juden in diesen Jahren wirtschaftlich das durchschnittliche deutsche Schicksal geteilt haben – und zusätzlich das Anwachsen des Antisemitismus derer erlitten, die aus verschiedenen, auch aus parteipolitischen Ursachen, diese Tatsache nicht wahrhaben wollten.

Als Felix Pinner (Frank Faßland) im Jahre 1924 sein Buch *Deutsche Wirtschaftsführer* veröffentlichte, das innerhalb eines guten Jahres fünfzehn Auflagen erfuhr und dabei erheblich erweitert wurde, befanden sich unter 34 in eigenen Namenskapiteln behandelten „Wirtschaftsführern“ nicht weniger als 11 Juden, darunter allerdings einige inzwischen Verstorbene, wie die beiden Rathenau und Ballin. Sie zählten, wie die übrigen, zu den wichtigsten Schrittmachern Deutschlands in der Zeit des Hochkapitalismus und auf dem Weg durch das Tal der Nachkriegsjahre. Pinner fügte der fünfzehnten Auflage ein Kapitel „Die Barmats“ hinzu. Der „Fall Barmat“ gehört, genau genommen, nicht mehr in den hier zu betrachtenden Zeitraum. Da er aber innerhalb desselben zu entstehen begann, und da er, wie der „Fall Kutisker“, viel Aufsehen erregt hat und von den Antisemiten immer wieder angeführt worden ist, sei er hier erwähnt. Zweifellos war er ein „Fall“. Pinner sagt richtig, die Barmats seien „in den Monaten von Juni bis Dezember 1924 weidlich bewundert“ und wären gewiß noch weiter bewundert worden, wenn alles gut gegangen wäre. „Da die Dinge aber schief gegangen waren und nun von hinten aufgerollt wurden, so nahmen sie die Färbung von Affären und Skandalen an“. Darüber hinaus waren sie für die Juden in Deutschland ebensowenig charakteristisch wie viele ähnliche nichtjüdische Fälle für das kapitalistische Bürgertum, die Fälle fürstlicher und gräflicher „Sünder“ und des „Hauses Tippelskirch“ für den unternehmerisch tätigen Adel – oder ein paar Jahre später der „Fall Nordwolle“ für das Unternehmertum in Bremen. Eine Summierung solcher Affären ist schwer, eine dermaßen unsichere Summe in konfessionelle Prozentsätze zu unterteilen und daraus wirtschafts-, skandal- oder rassegeschichtliche Folgerungen zu ziehen, unmöglich und jeder Versuch in dieser Richtung von vornherein verdächtig.

Es sei noch eine abschließende Bemerkung erlaubt. Daß die Inflation ein Werk der Juden gewesen sei, daß diese aus ihr am meisten Gewinn gezogen hätten, ist eine immer wieder wiederholte, jedoch unbeweisbare Behauptung, die jeder Wahrscheinlichkeitsgrundlage entbehrt. Fest aber steht, daß Hilferding, der schließlich in Buchenwald der nationalsozialistischen Verfolgung zum Opfer fallen sollte – ursprünglich ein Anhänger der USPD, dann seit deren Wendung zum Kommunismus ein Mitglied der SPD und als solches MdR sowie zweimal Reichsfinanzminister – auf Stresemanns Veranlassung die Vorarbeiten zur Währungsanierung von 1923 geleitet hat.

Am 4. Oktober 1923 trat er nach wenigen Wochen ministerieller Tätigkeit mit dem ersten Kabinett Stresemann zurück. Wäre dieses Kabinett ein paar Wochen länger im Amt geblieben, dann wäre aller Wahrscheinlichkeit nach nicht sein Nachfolger Luther sondern Hilferding selbst auch der offizielle Vater der von ihm vorbereiteten Währungsreform und der Rentenmark geworden.

DIE AUSBREITUNG DES ANTISEMITISMUS

von

Werner Jochmann

Der moderne Antisemitismus entstand im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts als Teil einer großen Protestbewegung gegen den Liberalismus. Diese Opposition formierte sich in einer sozialen Krisensituation, in der es bestimmten Bevölkerungsschichten bewußt wurde, daß sie den Anschluß an die große ökonomische und soziale Entwicklung verloren hatten. Durch eine planmäßige Agitation gelang es den antisemitischen Parteien und Gruppen nach und nach, ein Bewußtsein für die Existenz einer „Judenfrage“ zu schaffen. Diese Tatsache blieb aber ohne Bedeutung, so lange die Volksmehrheit einem allgemeinen Fortschrittsoptimismus huldigte. So konnten die Juden in Deutschland – abgesehen von manchen Bereichen des öffentlichen Lebens – gleichwohl ihre Kräfte und Fähigkeiten entfalten. Waren sie doch tatsächlich an ihre Umwelt assimiliert. Die Mehrheit der Juden betrachtete sich ohne Vorbehalt als zugehörig zur deutschen Nation und namentlich zu der Kultur und Wissenschaft des Landes, in dem sie lebten.

Der Kriegsausbruch 1914, die damit verbundene Steigerung des Nationalbewußtseins und die enthusiastischen Kundgebungen der Opferbereitschaft wurden auch von den Juden als Beginn einer neuen Epoche nationaler Solidarität begrüßt. Nun war die Gelegenheit gegeben, durch persönlichen Einsatz und durch die Tat die volle Zugehörigkeit zum deutschen Volk und den bedingungslosen Patriotismus auch denen zu beweisen, die noch immer offen oder versteckt an der Haltung der Juden zweifelten. Das Wort des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ wurde dahin gedeutet, daß auch die Juden nunmehr in diese Einheit des Volkes aufgenommen seien. Es sollte, da das Vaterland in Gefahr war, keinen Klassenkampf und keine Sondergruppen mehr geben. Eine große Zahl von Dokumenten zeugen von den Hoffnungen, die damals im jüdischen Lager vorhanden waren. Wir brauchen nur in den jüdischen Zeitschriften von 1914 zu blättern, um die Stimmung jener Zeit zu erfassen. Auch die zur Verteidigung der jüdischen Rechte bestehenden Organisationen wie der Verein zur Abwehr des Antisemitismus oder der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen

Glaubens, die den apologetischen Kampf gegen Fälle von Verletzung der jüdischen Ehre und gegen versuchte Untergrabung der jüdischen Existenz geführt haben, glaubten, daß ein Wendepunkt gekommen sei. Dies ist aus den in ihren Mitteilungsblättern veröffentlichten spontanen Äußerungen ebenso deutlich zu ersehen wie aus späteren Darstellungen. Alle jüdischen Verbände gaben patriotische Erklärungen ab; der C.V. forderte die Juden sogar auf, „über das Maß der Pflicht hinaus die Kräfte dem Vaterlande zu widmen“¹. Ein prominenter Jude wie Walther Rathenau sprach die Erwartung aus, der Krieg werde „das überlebte Alte, Unerträgliche“ beseitigen und die Voraussetzungen dafür schaffen, daß „ein echter Friede innerer Wahrhaftigkeit erreicht und ein neues Leben, kraftvoll, gütig und einig“, begründet werden würde².

Äußerungen dieser Art ließen sich noch in großer Zahl anführen. Nahum Goldmann zum Beispiel, damals zwanzig Jahre alt, erwartete eine soziale Neugestaltung des deutschen Volkes gerade aus dem Geist des Militarismus heraus, der in einem Volkskrieg die Schranken zwischen Ständen und Gruppen niederreißen würde. Er war der Überzeugung, Deutschland kämpfe – insbesondere in seinem Krieg gegen den Zarismus – für eine neue Idee, die allen Unterdrückten und Entrechteten Freiheit und Gerechtigkeit verhieß³.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß der Überschwang der ersten Tage nicht lange anhielt. Bald zeigte es sich, daß die Erwartungen der Juden nicht mehr waren als eine Illusion. In Wahrheit brachte der weitere Verlauf der Dinge den Juden die bitterste Enttäuschung.* Statt des Verschwindens aller Animosität kam es zu einer immer steigenden Verschärfung der Gegensätze. Es ist die Absicht dieses Aufsatzes, dieser Entwicklung im einzelnen nachzugehen und ihre verhängnisvollen Folgen für die deutsch-jüdischen Beziehungen darzustellen.

I

In einer Zeit äußerster Gefahr war der Staat auf die Solidarität und Loyalität aller Bürger angewiesen. Freilich war damit auch die Forderung verbunden, daß keiner Minderheitsgruppe innerhalb dieser Gemeinschaft gesellschaftliche Gleichberechtigung vorenthalten werden dürfe. Dies galt auch für die Juden, die sich ebenso wie andere in großer Zahl freiwillig an die Front meldeten.

¹ Aufruf vom 1. August 1914, Archiv Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg [Fst. Hbg.] 623.

² Walther Rathenau an Wilhelm Schwaner, 24. August 1914, Bundesarchiv Koblenz [BA Koblenz], Nachlaß Rathenau Nr. 3.

³ *Nahum Goldmann*, Der Geist des Militarismus, in: Der Deutsche Krieg, Hrsg. Ernst Jäckh, 52. Heft, Stuttgart/Berlin 1915.

* Siehe hierzu den nachfolgenden Beitrag von *Eva G. Reichmann*, Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden, S. 514 ff. (Hrsg.).

Die Regierungen in Reich und Ländern haben zunächst diese Tatsache durchaus anerkannt, gelegentlich auch Versuche zur Überwindung der eingewurzelten Vorurteile gemacht. Sie unterbanden die antisemitische Agitation und beriefen Juden in zentrale und verantwortliche Stellungen. Vereinzelt gaben 1914 sogar Antisemiten der Wahrheit die Ehre und räumten ein, die Juden hätten der deutschen Bevölkerung an Opferbereitschaft und Patriotismus in keiner Weise nachgestanden⁴.

Aber das blieben Ausnahmen. Weder die Judenfeinde noch die um ihre Vorrechte besorgten Führungsschichten waren in Wirklichkeit bereit, echte Zugeständnisse an den „Geist von 1914“ zu machen. Sie respektierten den Burgfrieden nur, soweit er ihren Zwecken diene. Der 1912 begründete Reichshammerbund, eine der aktivsten antisemitischen Organisationen, forderte bereits am 28. August 1914 die eigenen Mitglieder und die aller befreundeten Vereinigungen auf, „Kriegsermittlungen“ über die Juden anzustellen⁵. Die Bundesleitung bat Anhänger und Gesinnungsgenossen, „Material“ über die aktive Beteiligung der Juden an Feldzügen, ihre Verluste sowie ihre Mitarbeit in den Einrichtungen der „öffentlichen Mildtätigkeit“ zu sammeln.

Ähnlich negativ reagierten auch andere Rechtskreise. Als Franz Oppenheimer Worte des Gedenkens für den am 3. September 1914 gefallenen jüdischen Reichstagsabgeordneten Ludwig Frank sprach und hervorhob, dieser hervorragende Politiker habe für eine Versöhnung der Klassen und die Gleichberechtigung der Juden in Deutschland gekämpft und sei dafür gestorben, höhnte die konservative Presse bereits ungeniert und zügellos. Den Tenor dieser Ausführungen faßte Oppenheimer in dem Satz zusammen: „Macht euch keine Hoffnung, ihr seid und bleibt die Parias Deutschlands.“⁶

Später, als die Hoffnungen auf ein rasches und siegreiches Ende des Krieges verblaßt waren, verstärkten sich die alten Gegensätze erneut. Schwere Opfer, Not und Entbehrungen schwächten die physische und psychische Widerstandskraft der Bevölkerung. Die Folge war eine außerordentliche Verschärfung der

⁴ *Houston Stewart Chamberlain*, *Kriegsaufsätze*, München 1915, 46. „... Deutschland zählt aber zehnmal so viele Juden [wie England], und wo sind sie jetzt? Wie weggeputzt von der gewaltigen Erhebung; als ‚Juden‘ nicht mehr auffindbar, denn sie tun ihre Pflicht als Deutsche vor dem Feinde oder daheim...“

⁵ Rundschreiben vom 28. August 1914, Fst. Hbg. 412, Reichshammerbund. „Die Juden arbeiten fieberhaft nach einem bestimmten Plan, dessen Durchführung das Erscheinen eines neuen Buches nach dem Kriege ‚Die Juden im Heer‘ zum Endzweck hat. Da müssen auch wir rechtzeitig auf dem Posten sein. Wir wollen ‚Kriegsermittlungen‘ anstellen... Wir müssen uns darüber heute schon völlig klar sein, daß die Judenfrage nach dem Kriege brennend wird. Die Juden werden zu allen ihnen verfügbaren Mitteln greifen, um ihre alte Forderung dem deutschen Heere gegenüber durchzusetzen.“ – *Alfred Roth*, der Bundeswart des Reichshammerbundes, veröffentlichte 1919 unter dem Pseudonym *Otto Armin* die Tendenzschrift „Die Juden im Heer“. Vgl. unten Anm. 59.

⁶ *Franz Oppenheimer*, *Antisemitismus*, Neue Jüdische Monatshefte, II (10. Oktober 1917), 3.

sozialen Spannungen. Parteien und Verbände konzentrierten sich deshalb mehr und mehr auf die Vertretung von Interessen ihrer eigenen Mitglieder. Den rechtlichen und gesellschaftlichen Belangen anderer Gruppen schenkten sie kaum noch Beachtung. So gerieten die Juden sehr rasch wieder in die alte Isolierung.

Die veränderte Volksstimmung stärkte die Position der Antisemiten und ermutigte sie, in ihrer Propaganda den Juden die Verantwortung für alle kriegsbedingten Nöte und Entbehrungen aufzubürden⁷. Die *Deutschvölkischen Blätter*⁸ wie auch andere antisemitische Zeitungen und Zeitschriften ließen jetzt keine Möglichkeit mehr ungenützt, die Juden zu verleumden. Um der Zensur zu entgehen, richteten sie ihre Angriffe zunächst in erster Linie gegen seit längerer Zeit im Ausland lebende ehemalige deutsche Juden, die antideutsche Erklärungen unterzeichnet hatten. Diese Propaganda sollte in der deutschen Bevölkerung den Eindruck erwecken, als äußere sich darin die Haltung, die die deutschen Juden aus taktischen Rücksichten zur Zeit nur zu verbergen suchten⁹. Nach altbewährter Methode wurde das Verhalten einzelner verurteilt und völlig übertrieben verallgemeinert.

Die erste Gelegenheit, trotz des Burgfriedens eine systematische Kampagne gegen die Juden zu inszenieren, bot sich den antisemitischen Gruppen nach der Besetzung größerer Gebiete des zaristischen Rußland, namentlich Polens, durch die deutschen Armeen. Obwohl es wenig Grund zu der Annahme gab, die deutschen Militärbehörden im besetzten Polen würden den dort lebenden Juden größere Freizügigkeit gewähren, behaupteten Antisemiten dennoch sofort, dem Reich drohe von den Ostjuden her Gefahr. Sie sandten Denkschriften an Reichs- und Länderregierungen, um – wie sie es ausdrückten – die Aufmerksamkeit „auf eine Sorge zu lenken, die weite Kreise des deutschen Volkes“ erfülle, nämlich die um eine „Einwanderung jüdischen Proletariats aus den besetzten Gebieten Rußlands ins deutsche Reich“¹⁰. In charakteristischer Übertreibung wurde erklärt, bereits in dem Jahrzehnt vor dem Kriege sei die ostjüdische Zuwanderung für viele Städte und Provinzen Deutsch-

⁷ Ein bekannter Publizist hörte bereits zu Beginn des Jahres 1915 von einem konservativ-agrarischen Politiker, „daß man von dieser Seite sich mit dem Gedanken trage, die Aktion gegen die Händler durch eine solche gegen die Juden, weil diese ‚populärer‘ sei, zu ersetzen“. Versammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus [Mitteilungen], XXV, Nr. 24 (1. Dezember 1915).

⁸ Die *Deutsch-Sozialen Blätter* wurden sofort nach Kriegsbeginn umbenannt. Mit der Nr. 83 des 29. Jahrgangs vom 17. Oktober 1914 trugen sie der Änderung des Parteinamens Rechnung und firmierten als *Deutschvölkische Blätter*.

⁹ Beispiele dieser Art: *Deutschvölkische Blätter*, XXIX, Nr. 83 (17. Oktober 1914) und folgende Nummern. Vgl. auch Mitteilungen, XXV, Nr. 7 (7. April 1915).

¹⁰ Dr. Sellentin, Darmstadt, an General von Beseler, Warschau, vom 10. September 1915, BA Koblenz, H 08 – 30/27; General Frh. von Gebattel an das Königl. Bayerische Staatsministerium vom 30. August 1915, Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Geh. Staatsarchiv [Bayer. HStA, Geh. STA.] Ma 97 948.

lands eine „Plage“ gewesen. Der Reichstag habe unter dem Druck der „liberalen“ Parteien und „aus Mitleid mit den Ostjuden“ dieser Entwicklung tatenlos zugesehen. Auch jetzt sei mit einem raschen Sinneswandel nicht zu rechnen. Da aber eine akute Gefahr drohe, sei unverzügliches Handeln geboten. Hierzu seien, da der „amtliche Apparat“ der Reichsleitung viel zu langsam arbeite, vornehmlich die Militärbehörden berufen. Diese müßten die Grenzen rücksichtslos sperren und verhindern, daß Ostjuden „wie ein Heuschreckenschwarm über das deutsche Reich“ herfielen. Nur das Militär werde humanitäre Erwägungen niederzwingen und konsequent Maßnahmen einleiten, die „im Einklang mit einer der gesichertsten Erfahrungen der Geschichte“ ständen, „daß nämlich das Judentum zu allen Zeiten ein Schädling unter den Völkern“ gewesen sei¹¹.

Dies war die Methode, die deutsche Antisemiten seit Jahrzehnten angewandt hatten: Man verwies nachdrücklich auf die ostjüdische Einwanderung in der Vorkriegszeit und übertrieb sie maßlos¹², damit sie als „Beweis“ für die Behauptung dienen konnte, dem Reich drohe die akute „Gefahr“ einer „Masseinwanderung“ von „6 Millionen minderwertiger, vermongolisierter Menschen“. Die Forderung nach einer rigorosen „Grenzsperre“ diene rein demagogischen Zwecken, denn die Verfasser der Denkschriften, Eingaben, Broschüren und Zeitschriftenartikel mußten wissen, daß von August 1914 bis zum Sommer 1915 kaum osteuropäische Juden nach Deutschland gekommen waren, ebenso, daß die bestehenden Gesetze und Verordnungen den Behörden bisher und auch in Zukunft hinreichende Handhabe boten, die Einwanderung von Ausländern zu verhindern. Ziel der Agitation war es, Regierung und Behörden zu inhumanen Maßnahmen gegen die Juden zu veranlassen oder – wenn sie widerstrebten – als judenfreundlich zu denunzieren. So wurde mit der häufig aufgestellten Behauptung, eine Erörterung der Ostjudenfrage sei amtlicherseits verboten, der Eindruck erweckt, als gebe die Reichsleitung aus Rücksicht auf die Juden elementare Interessen des deutschen Volkes preis¹³. Die Antisemiten interessierten sich weder jetzt noch später ernst-

¹¹ Sellentin an Beseler, aaO. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Randbemerkung General v. Beselers: „Man kann sie doch nicht totschiagen!“

¹² S. *Adler-Rudel*, Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 1, Tübingen 1959, 22. Danach lebten 1900 laut amtlicher Statistik 823 000 Ausländer in Deutschland, von denen 41 000 (5%) Juden waren, 1910 waren es 1 259 000 Ausländer, darunter 79 000 (6,3%) Juden.

¹³ So in der Denkschrift Gebtsattels vom 30. August 1915, aaO, Anm. 10. Die Antisemiten ließen keine Gelegenheit ungenutzt, in Zeitungen und insbesondere Zeitschriften immer wieder die Ostjudenfrage zu diskutieren. Vgl. u. a. *Theodor Fritsch*, Die fremde Rassenflut, Hammer, XIV, Nr. 319 (1. Oktober 1915); *Wolfgang Heinze*, Ostjüdische Einwanderung, Preußische Jahrbücher, 162. Bd. (Oktober 1915), 98 ff.; *Georg Fritz*, Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschluß, München 1915. Über die Absichten dieser Diskussion vgl. u. a. *Gustav Landauer*, Ostjuden und Deutsches

haft dafür, wie groß die Zahl der in Deutschland lebenden Ostjuden tatsächlich war. Es berührte sie auch nicht, daß in der Folgezeit es gerade die Militärbehörden waren, die mit der großen Zahl ausländischer Arbeiter auch Juden aus Polen und Rußland zur Arbeit in der deutschen Kriegswirtschaft verpflichteten oder selbst zwangen¹⁴.

Zunächst hatten die extremen Nationalisten und Judenfeinde aber noch Bedenken, die innerdeutschen Gegensätze zu verschärfen. Sie bemühten sich daher, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung durch die Propagierung weitgesteckter Kriegsziele abzulenken. Als Freiherr von Gebattel Anfang Mai 1915 dem Reichskanzler die Kriegszielforderungen des Alldeutschen Verbandes überreichte, hielt er den Zeitpunkt für gekommen, dem verantwortlichen Leiter der deutschen Politik zu erklären, das Volk werde die immer schwereren Opfer des Krieges künftig nur noch auf sich nehmen, wenn ihm die Regierung einen hinreichend großen Lohn in Aussicht stelle. Ohne dieses Versprechen werde die Unruhe wachsen und sich endlich in einer Revolution entladen¹⁵.

Erst als offenbar wurde, daß kein Kriegszielprogramm seine Funktion als „sicher wirkendes Ableitungsmittel“ erfüllte, schritt man zum Kampf gegen das vorgebliche Anwachsen des jüdischen Einflusses innerhalb Deutschlands.

Reich, *Der Jude*, I (Oktober 1916), 433 ff., und *Mitteilungen*, XXV, Nr. 22 (3. November 1915), 109.

¹⁴ *Adler-Rudel*, op. cit., 34 ff. Die Probleme, die ostjüdische Arbeiter in Deutschland verursachten, waren zu einem Teil durch die deutschen Behörden geschaffen worden. Man warb die Arbeiter an, setzte sie ohne Rücksicht auf Eignung oder Fähigkeit bei Arbeiten ein, denen sie oft nicht gewachsen waren. Oft ließen auch Betreuung und Versorgung zu wünschen übrig. Kam dann noch ein ausgesprochener Judenhaß in der deutschen Umgebung hinzu, so wird es verständlich, warum zahlreiche Ostjuden ihre Arbeitsplätze verließen und in die Städte flüchteten, wo sie andere Arbeit zu finden hofften. 1915/16 kamen rund 10–15 000 ostjüdische Arbeiter nach Deutschland. Bei Kriegsende 1918 befanden sich ca. 160 000 ausländische Juden in Deutschland und zwar ca. 90 000, die bereits vor 1914 im Reichsgebiet lebten (davon etwa 10–11 000 aus Ländern Westeuropas), ca. 35 000, die als Arbeiter in Rußland und Polen angeworben oder von dort verschleppt worden waren und ca. 35 000, die der Krieg in Deutschland überrascht hatte und die zunächst interniert wurden oder als Kriegsgefangene nach Deutschland kamen.

¹⁵ Frh. von Gebattel an den Reichskanzler, 5. Mai 1915. Veröffentlicht in: *Deutsche Zeitung*, XXII, Nr. 267 (27. Mai 1917). „Mein Gewissen gebietet mir, vor solch einem Verzicht zu warnen – es wäre der verhängnisvollste politische Fehler, der gemacht werden könnte, und seine nächste Folge wäre die Revolution. Dies Wort muß ausgesprochen werden! Bedenkt man, welche eine Schuldenlast nach dem Kriege auf dem Reich ruhen wird, so ist klar, daß die Steuern ins ungeheure wachsen müssen, wenn das Kriegsergebnis unzulänglich ist; man versetze sich in die zurückkehrenden Krieger, von denen jeder sich bestimmt seine Hoffnungen auf irgendwelchen Lohn macht: statt dieses Lohnes finden sie eine wesentlich gewachsene Steuerlast . . . Eine ungeheure Enttäuschung und Erbitterung wird das Ergebnis sein – es wird keinen Halt geben und das nach solchen Leistungen enttäuschte Volk wird sich erheben. Die Monarchie wird gefährdet, ja gestürzt werden; damit wird das Schicksal unseres Volkes besiegelt sein.“

Keine andere Tatsache, so erklärte Theodor Fritsch in einer Eingabe an den König von Sachsen und das sächsische Innenministerium, rufe eine solche „Beunruhigung der besten nationalgesinnten Kreise“ hervor. Sie werde auf die Dauer zu einer „Entfremdung“ zwischen Regierung und Volk und endlich zu „schweren inneren Kämpfen“ führen¹⁶. Die Politik des Burgfriedens wurde jetzt als schwächlich und destruktiv verurteilt. Sie zerstöre, so klagten die Antisemiten, die „innere Geschlossenheit“ des Volkes und untergrabe die Siegeszuversicht. Dies geschehe vornehmlich dadurch, daß in „der schwierigsten Kampfphase die fähigsten Männer beiseite geschoben“ und mehr und mehr „Fremdblütige in die wichtigsten Verwaltungsposten der Kriegswirtschaft“ eingesetzt würden.

Die Antisemiten brachten selbst den Sturz des Staatssekretärs Tirpitz in einen Zusammenhang mit dem Aufbau der Kriegswirtschaftsorganisationen und der angeblichen Begünstigung von Juden. Eine Regierung, die nach „außen schwächlich, im Innern gegen demokratische Machtgelüste nachgiebig“ sei, höhle den bestehenden Staat aus, indem sie die staatstragenden Schichten demoralisiere. Gerade diese würden nun aus Enttäuschung radikal und geneigt sein, sich revolutionären Bewegungen anzuschließen¹⁷. Diese Gefahr müsse gebannt, entschlossene Maßnahmen zur Überwindung der Vertrauenskrise müßten eingeleitet werden. Voraussetzung dafür sei allerdings der Rücktritt des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, der die Nation in diese Lage gebracht habe und sie nun ohne Führung lasse. Dringlicher denn je brauche das Reich jetzt „starke Führer“.

Die alldeutschen und antisemitischen Extremisten gaben damit die Parole aus für alle Gegner der Demokratisierung. Diese lautete: sofortige Errichtung einer Militärdiktatur. Nur ein militärischer Diktator, so glaubte man, würde an den Fronten den Krieg mit kompromißloser Härte führen, im Innern gestützt auf die „nationalen Kreise“ jede Demokratisierung verhindern und opponierende Kräfte niederzwingen.

Es ging Fritsch und seinen Gesinnungsgenossen an erster Stelle nicht um Kritik an einzelnen Mißständen in der Kriegsversorgung oder an bestimmten Maßnahmen der Regierung. Gewiß behaupteten sie, es lägen in bestimmten Orten des rückwärtigen Frontgebietes ungenutzte Rohstoffreserven, die in der Heimat dringend gebraucht würden, und klagten jüdische Firmen an, lebenswichtige Güter zurückzuhalten, um die Verknappung zu Preissteigerungen zu benutzen. Sie scheuten auch nicht vor der Unterstellung zurück, jüdische Mitglieder der Zentraleinkaufsstellen kauften im Ausland illegal ein

¹⁶ Fritsch sandte seine Denkschrift vom 22. August 1916 durch Vermittlung des Generals Frh. von Gebstättel am 26. August 1916 auch an den König von Bayern. Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 327.

¹⁷ Schreiben Fritschs, aaO, 5 und 9; vgl. auch den Brief des Verlegers J. F. Lehmann an H. St. Chamberlain vom 11. September 1915, in: Verleger J. F. Lehmann. Ein Leben im Kampf für Deutschland, München 1935, 133 f. Dort auch zahlreiche andere Belege.

und lieferten im Austausch dafür kriegswichtige Erzeugnisse an die Alliierten¹⁸. Der eigentliche Zweck, den man mit diesen ständigen Eingaben und der Agitation in Zeitungen und Zeitschriften¹⁹ verfolgte, war der, den Haß gegen die Juden erneut zu entfachen und die Regierungen zu zwingen, jegliches Entgegenkommen gegenüber der jüdischen Minderheit aufzugeben.

Es steht somit außer Zweifel, daß es Anhänger der radikalen Rechten waren, die zuerst den so hoch gepriesenen „Geist von 1914“ systematisch torpedierten²⁰. Sie denunzierten Politiker und Publizisten, die den sozialen Ausgleich propagierten und die Beseitigung überlebter Schranken zwischen den Klassen und Konfessionen forderten. Rücksichten auf die Bedürfnisse des Krieges, die die Respektierung jeder Leistung und die Nutzung aller Kräfte erforderten, kannten diese Fanatiker nicht. Für sie waren dies nur Zeichen der Schwäche, wenn nicht planmäßige Aktionen zur „Schürung des Hasses und Argwohns gegen die höheren Schichten“²¹. Da aber nicht die „höheren Schich-

¹⁸ Dazu die zahlreichen „Belegstücke“ zu der Eingabe von Theodor Fritsch, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 327. In diesem ganzen Material gibt es kaum eine Angabe, die überprüfbar war. Es handelte sich in fast allen Fällen um Behauptungen, um Berichte aus zweiter und dritter Hand ohne Ortsangabe und oft sogar – wie auch eingestanden wird – um bloße Vermutungen.

¹⁹ In dieser Hinsicht taten sich seit 1915 außer dem Hammer, den Deutschvölkischen Blättern namentlich die Kreuz-Zeitung, das Deutsche Tageblatt sowie zahlreiche Partei- und Verbandskorrespondenzen unruhlich hervor. Vgl. dazu u. a. Mitteilungen, XXV, Nr. 24 (1. Dezember 1915) und die folgenden Hefte. Die Zensurbehörden mußten immer wieder gegen diese Verhetzung einschreiten und antisemitische, alldeutsche und sogenannte unabhängige Korrespondenzen verbieten, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 65 614.

²⁰ Daß es sich bei den zahlreichen Eingaben und „Beschwerdebrieffen“ an die Reichs- und Landesbehörden im Jahr 1916 um eine zentral gesteuerte Aktion handelte, bezeugt der Bundeswart des Reichshammerbundes und spätere Hauptgeschäftsführer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, Alfred Roth, in mehreren Briefen und Schriften. „Im Frühjahr 1916 war es, daß ich ... gemeinsam mit dem Altmeister der völkischen Bewegung der Vorkriegszeit, Theodor Fritsch, zunächst den Kaiser, die Bundesfürsten, die Abgeordneten, die leitenden Persönlichkeiten der Staatsämter und andere Stellen auf jene Gefahren [des Überhandnehmens des jüdischen Einflusses] in immer wiederholten Eingaben und Aufrufen hinwies und auf Abhilfe drängte.“ Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Eine Erinnerungsschrift vom ehemaligen Hauptgeschäftsführer *Alfred Roth*; Hamburg 1939, 13. Vgl. auch Hammer-Flugblatt Nr. 189: „Eingabe an die deutschen Fürsten gegen den Kriegswucher“ [1916]. Außer Fritsch, Roth, Frh. von Gebattel und anderen Völkischen tat sich in dieser Hinsicht schon früh Franz von Bodelschwingh, der berühmte Agitator des Bundes der Landwirte, hervor. So z. B. sein als Handschrift gedruckter Brief an den Reichskanzler vom 27. November 1915 und sein Schreiben an den Innenminister von Loebell vom 25. Februar 1916, BA Koblenz, P 135/1296 sowie eine Eingabe an die bayerische Staatsregierung vom Sommer 1916. In der Anlage zu diesem Schreiben befindet sich ein Flugblatt, das die Antisemiten zur Aufhetzung der Bevölkerung verschickten, Bayer. HStA, Geh. StA, MA 97 668.

²¹ F. v. Bodelschwingh an Innenminister v. Loebell, 25. Februar 1916, BA Koblenz, P 135/1296.

ten“ allein Krieg führten, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, konnten Reichs- und Länderregierungen nicht umhin, dieser Tatsache Rechnung zu tragen. Sie mußten auch künftig, mitunter widerstrebend, jüdische Bürger weit mehr als in Friedenszeiten zur Mitarbeit heranziehen. Juden standen an der Front als Soldaten und Offiziere, als Flieger, Ärzte und Techniker. Andere übten ihre Tätigkeit in kriegswichtigen Industrien, in Forschungsinstituten und Laboratorien, schließlich auch in Wirtschaftsorganisationen und staatlichen Behörden aus.

Als die Antisemiten erkannten, daß ihre Eingaben bei den Regierungen wenig erreichten, schlugen sie alle taktischen Bedenken in den Wind. Sie warfen Kanzler und Behörden die Duldung „staatsfeindlicher Kräfte“ sowie die offenkundige Begünstigung „einer besonderen Klasse von Staatsbürgern“ vor. Endlich mußte sich die kaiserliche Regierung sogar sagen lassen, sie fördere die Unterminierung des „auf christlicher und monarchischer Grundlage aufgebauten Staatswesens“, namentlich durch ihre Kontakte zur *Frankfurter Zeitung* und zum *Berliner Tageblatt*²².

Früher und planmäßiger als die Führer der extremen Linken leiteten die Antisemiten durch ihre Agitation die Radikalisierung ihrer Anhänger und der durch die Kriegsnot in Existenzangst geratenen Mittelstandsschichten ein. Dabei lenkten sie die Empörung bewußt auch gegen die Staatsorgane, weil diese angeblich Unredlichkeiten deckten. Es waren radikale Nationalisten, die bereits 1916 der Reichsregierung den Gehorsam verweigerten und sie mit Racheaktionen bedrohten²³. Darüber hinaus kündigten sie für die Nachkriegszeit innerdeutsche Auseinandersetzungen an, da alle „Deutschbewußten“ entschlossen seien, „das Treiben des übermächtigen Judentums“ dann auf keinen Fall länger zu dulden, „auch wenn darüber ein Gegensatz zu den zur Zeit in den Parteien führenden Männern hervortreten sollte“²⁴.

Die radikalen Gruppen der Rechten und allen voran die Antisemiten waren mithin entschlossen, die 1914 teilweise überwundenen oder verdeckten Gegensätze im deutschen Volk nicht nur wieder aufzureißen, sondern sogar noch zu vertiefen. Sie organisierten gleichzeitig die Kader zum Kampf gegen die Regierung, in der ihrer Auffassung nach „Charakterhalunken“

²² So ein nichtgezeichneter Brief an den König von Bayern vom September 1916. Ferner ein als „vertraulich“ bezeichnetes Schreiben, das „eine Anzahl hochachtbarer Männer“ angeblich zu unterzeichnen bereit seien, Bayer. HStA, Geh. StA, MA 97 668. – Bodelschwingh an den Reichskanzler, BA Koblenz, P 135/1296 und die „Denkschrift“ von *Junius Alter* [d. i. *Franz Sontag*] „Das deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode“, deren Verbreitung am 6. Juni 1916 vom Kriegsministerium verboten wurde, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 65 614.

²³ Vgl. die Dokumente Anm. 22. Ferner die sogenannten „Belegstücke“ zur Eingabe von Theodor Fritsch an den König von Sachsen und das Sächsische Innenministerium vom 22. August 1916, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 327.

²⁴ F. v. Bodelschwingh an Innenminister v. Loebell, 25. Februar 1916, BA Koblenz, P 135/1296.

maßgeblichen Einfluß besaßen²⁵, und trugen damit nicht unwesentlich zur Unterminierung des Kaiserreiches bei. Nicht die Juden, nein die Konservativen und Antisemiten arbeiteten – wenn auch zumeist unbewußt – auf den Zusammenbruch des Reiches hin, als sie während des Krieges einen innenpolitischen Machtkampf entfesselten²⁶. Nun ließen sich gewiß weder Kaiser noch Fürsten noch die Regierungen in Reich und Ländern von den Antisemiten beeinflussen. Aber es war doch eine Frage, ob die endlosen „Beschwerden“ auf die Dauer ohne Wirkung bleiben würden. Jeder urteilsfähige Deutsche wußte, wie ungerecht die einseitigen antisemitischen Behauptungen waren und daß nicht nur Juden es waren, die gegen einzelne Kriegswirtschaftsgesetze verstießen. Schließlich konnten auch konservative oder den Antisemiten genehme Minister und Beamte die Versorgung der deutschen Bevölkerung im Kriege nicht gewährleisten und erst recht nicht Preistreibereien unterbinden, zumal sie dabei in einen Konflikt mit eigenen Gesinnungsfreunden im Bund der Landwirte, in der „judenreinen“ Schwerindustrie und in den Mittelstandsorganisationen geraten wären. Dennoch waren sich gewisse einflußreiche Regierungs- und Wirtschaftskreise darüber einig, daß es „national“ sei, „an Kanonen und Panzerplatten“ zu verdienen, es sich dagegen „bei Eiern und Strümpfen“ um „Landesverrat“ handele²⁷. Das Solidaritätsgefühl bestimmter herrschender Gruppen und ihre vielfach nur mühsam unterdrückte Sympathie für die „nationale Opposition“ haben auf die Dauer schließlich doch den Widerstand gegen die antisemitischen Behauptungen geschwächt. Zudem waren die teilweisen Zugeständnisse an die „nationale Opposition“ gerade in einer Zeit der sich rasch verschlechternden Volksstimmung besonders verhängnisvoll. Unzählige Menschen hatten den gewohnten Arbeitsplatz verloren, waren aus ihren Berufen und gesellschaftlichen Bindungen gerissen worden, sie litten unter ungewohnten Lebensbedingungen und Entbehrungen, besonders unter der wach-

²⁵ Lehmann an seine Frau, 16. Juni 1915, in: Verleger J. F. Lehmann, 132.

²⁶ So schreibt ein angeblicher Großkaufmann aus Süddeutschland: „In unserem Volk besteht bereits eine große Kluft zwischen der gut deutschen – ich will mich kurz ausdrücken – Militärpartei und der Regierungsgesellschaft. Diese Kluft wird sich noch erweitern und ich will hoffen, daß die Militärpartei, die ihre Sprachrohre in den großen nationalen Zeitungen hat, die Oberhand gewinnt, sonst treiben wir mit Sturmschritt in den Judenstaat hinein, der eigentlich jetzt schon besteht. Juda herrscht! Nur eine Militärdiktatur kann uns vom jüdischen Elend noch befreien.“ Belegstücke zur Eingabe von Fritsch, 22. August 1916, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 327.

²⁷ *F. G[oldstein]*, Alldeutsch oder international, Im deutschen Reich, XXIII (Dezember 1917), 503. Zahlreiche Belege in dem Bericht über „Kriegswucher“, in: Mitteilungen, XXV, Nr. 24 (1. Dezember 1915). Ferner *Leo Lippmann*, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit, hrsg. von *Werner Jochmann*, Hamburg 1964, 217, 219, 222 ff.; *Willy Albrecht*, Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912–1918, Berlin 1968. Albrecht bringt zu diesem Thema wichtiges neues Material. Grundsätzlich: *Gerald D. Feldman*, Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918, Princeton 1966.

senden Teuerung. Der Krieg hatte eine „innere Wandlung“ gebracht, aber sie sah anders aus, als das nationale Bürgertum sie sich vorgestellt hatte. Die Folge waren Unruhe und Unsicherheit, die sich auch in Vorwürfen gegen die Regierung entluden²⁸. Diese Erregung konnten die Antisemiten, infolge des Fehlens einer staatlichen Presse- und Informationspolitik, für ihre Zwecke nutzen, da ihnen die Behörden nicht entschlossen Einhalt geboten. Sie stießen in ein Vakuum und politisierten gerade diejenigen Volksschichten, auf die die Staatsführung sich bisher gestützt hatte. Aus der Sorge heraus, das nationale Bürgertum zu verstimmen, vermieden es die politischen und besonders die militärischen Instanzen zumeist, von den Aktionen und Haßkampagnen der Antisemiten Kenntnis zu nehmen²⁹. Nach und nach wurden selbst gemäßigte und liberale Bürger, ja sogar Sozialdemokraten von der antisemitischen Zeitkrankheit befallen³⁰.

²⁸ *Emil Lederer*, Zur Soziologie des Weltkriegs, Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 39. Bd., 1915, 375 f.; *Karl Heinrich Höfele*, Epochengefühl und Wandlungsbewußtsein im Ersten Weltkrieg, Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanist. Abt., 10. Bd., 1958, 157 f.; umfangreiches Material findet sich in den Zeitschriften und Zeitungen der Zeit, so z. B. in der Deutschen Zeitung. Wir zitieren hier nur den aufschlußreichen Artikel „Aufstieg und Niedergang“, XXII, Nr. 300 (15. Juni 1917). In den drei Kriegsjahren, so heißt es dort, sei namentlich den Mittelstandsschichten der „Boden unter den Füßen fortgezogen“ worden. Diese Bevölkerungsgruppen sähen dem Kriegsende und dem Frieden mit Unruhe und Besorgnis entgegen. Vgl. auch *Francis L. Carsten*, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt 1968, 10 f.

²⁹ Diese Tatsache löste bei den deutschen Juden, die sich bisher jeder Kritik an Regierungs- und Behördenmaßnahmen enthalten hatten, zum Teil heftige Reaktionen aus. Herausforderung und Entgegnung erreichten 1916 bereits eine Schärfe, wie sie vor Kriegsbeginn kaum denkbar gewesen war. Die Judenfrage nach dem Kriege, Mitteilungen, XXV, Nr. 22 (3. November 1915); der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Eduard David notiert am 15. August 1916 in sein Tagebuch: „Zorn über die verblendete Agitation der konservativen und nationalliberalen Annexionspolitiker; Heydebrand, Westarp, Fuhrmann, Gebattel; der naive Glaube an die Allmacht der Gewalt; dabei empörende Versagung fortschrittlicher Forderungen. Die Reaktion glaubt allen Ernstes, ihre Zeit sei gekommen . . .“ *Eduard David*, Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, in Verbindung mit *Erich Matthias* bearbeitet von *Susanne Miller*, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4, Düsseldorf 1966, 193; *Julius Simon*, Die Juden und die Gebildeten unserer Tage, Mitteilungen, XXVI, Nr. 6 (23. März 1916). Die Redaktion veröffentlichte diesen Artikel mit der Vorbemerkung, daß er „Empfindungen widerspiegelt, die heute Tausende von deutschen Juden bewegen, die gehofft hatten, daß die schöne Stimmung der Versöhnlichkeit . . . zu Anfang des Krieges den bisherigen konfessionellen und Rassenkämpfen ein Ende machen werde und nun durch das Wiederaufleben des alten verbitternden und unser ganzes politisches und gesellschaftliches Leben vergiftenden Kampfes schwer enttäuscht worden sind.“

³⁰ Notiz Davids vom 14. März 1916: „Nachmittags: Sitzung der Steuerkommission: Haase, Landsberg, Cohn und Dittmann an einem Strang. Todmüde. Gehe nicht mehr zur Vorstandssitzung. Gradnauer muß mich ablösen. Er ist der letzte der Juden, auf den ich noch Vertrauen setze.“ *David*, op. cit., 165. Ferner auch 17. Mai 1916,

Damit war praktisch der Burgfriede gebrochen. Ohne eine klare Stellungnahme in den inneren Auseinandersetzungen und eine entschlossene Politik mit dem innenpolitischen Kriegsziel des sozialen Ausgleiches und der Demokratisierung ließ sich diese Entwicklung nicht mehr steuern. Hierzu besaß die Regierung Bethmann Hollweg aber weder den Willen noch die erforderliche Macht. So handhabten z. B. die Militärbehörden die Zensur oft sogar zugunsten der Antisemiten³¹. Die vom Reichskanzler inaugurierte Pressepolitik war in dieser Hinsicht vage. So wurde eine klare Stellungnahme zugunsten der jüdischen Minderheit ebenso vermieden wie eine Zurückweisung unwahrer Beschuldigungen gegen im Dienste des Staates tätige Juden³².

Auch ein anderer Versuch der Staatsorgane, der wachsenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu begegnen, blieb erfolglos. Die 1916 mit unzulänglichen Kräften und improvisiert eingeleitete Propagandaaktion, die unter dem irreführenden Namen „Kriegsaufklärung“ in die Geschichte einging, sollte eine „Mobilmachung“ der „geistigen und moralischen Heimatkräfte“ zugunsten der Regierung herbeiführen. Da diese Aufklärungstätigkeit jedoch überwiegend in die Hände unerfahrener Beamter oder rechtsextremer und antisemitscher Pfarrer, Lehrer und Verbandsfunktionäre gelegt wurde, entglitt der Regierung der Einfluß auf diese Kampagne zur „Hebung und Neubelebung der Volksstimmung“ bald³³. Viele „Kriegsaufklärer“ – an den Fronten wie im

176 und die sachlich unbegründete Notiz vom 6. Juni 1916: „Die Juden Cohn, Haase, Davidsohn besorgen wieder mal gründlich die Geschäfte der Antisemiten“ (aaO, 181).

³¹ Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollweg im Juli 1917, Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, XIX (1968), 666 f.; Wolfgang J. Mommsen, Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914–1917, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, XVII (1969) 151.

³² Eine solche Stellungnahme seitens der Reichsregierung war zu dieser Zeit kaum noch möglich, da sich der Kanzler bereits so starkem Druck seitens der öffentlichen Meinung, der OHL und maßgeblicher Regierungskreise ausgesetzt sah, daß er zurückwich. Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche öffentliche Meinung, aaO. Bezeichnend auch, daß Rathenau vom Kriegsministerium Schutz gegen Verleumdungen und öffentliche Angriffe zugesagt wurde, das Ministerium aber kaum etwas unternahm. Rathenau an Schwaner, 15. Februar 1916, BA Koblenz, Nachlaß Rathenau Nr. 4.

³³ Bereits am 1. Februar 1916 wandte sich der bayerische Kriegsminister an seine Ministerkollegen mit der Anregung, alle Kräfte aufzubieten, „die an der Hebung und Neubelebung der Volksstimmung außerordentlich wirksam mitzuarbeiten vermöchten. Es darf hier insbesondere auf die Geistlichen, Beamten, Lehrer und Lehrerinnen hingewiesen werden... Auch vaterländisch gesinnte Leiter von Organisationen, Gesellschaften und Vereinen... werden in hervorragendem Maße zur Aufmunterung beitragen können.“ Am 22. März 1916 regten dann auch Reichskanzlei und das Reichsamt des Innern die geistige „Mobilmachung“ der Bevölkerung an. Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 327. – Vgl. auch Wolfgang J. Mommsen, Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914–1917, aaO, 150, dort besonders Einzelheiten aus einem Protokoll vom 30. August 1916, „Meinungsaustausch darüber... in welcher Weise durch ein planmäßiges Vorgehen in den einzelnen Verwaltungen die Festigung der Volksstimmung und Stärkung des Volkswillens zu

Lande – haben das Vertrauen in die politische Führung des Reiches eher untergraben als gefestigt, die Klassengegensätze verschärft und damit der weiteren Radikalisierung der Bevölkerung Vorschub geleistet³⁴.

Nahezu widerstandslos nahmen Monarchen und amtliche Stellen endlich die rapide Ausbreitung des Antisemitismus im Offizierkorps hin, besonders bei Reserveoffizieren und Beamten der Militärverwaltung. Diese Tatsache war von besonderer Tragweite, da sich die ohnehin dominierende Stellung des Offizierkorps in der Gesellschaft im Kriege noch einmal verstärkt hatte. Die Mehrheit des Offizierkorps war auch während des Krieges darauf bedacht, Privilegien und die exklusive Stellung zu erhalten und auszubauen. Jede Bereitschaft zum innenpolitischen Ausgleich galt als Zeichen der Schwäche und verfiel der Ablehnung.

Alle Behauptungen über mangelnde militärische Qualifikationen der Juden waren seit Kriegsbeginn durch die Tatsachen widerlegt worden. Die Juden hatten in Pflichterfüllung hinter keinem anderen Soldaten zurückgestanden. Viele hatten Tapferkeitsauszeichnungen erhalten und einige waren trotz mancher Widerstände schon frühzeitig zu Offizieren befördert worden³⁵. Gerade dies aber stärkte den Unwillen derjenigen, die aufgrund ihrer Qualifikation allein niemals Offiziere geworden wären. Gerade sie weigerten sich, Juden als gleichberechtigte Kameraden anzuerkennen. Sehr bald wurden Offizierskasinos Zentren antisemitischer Agitation. Durch „abfällige Bemerkungen über die Juden“ zollten dort zahlreiche Offiziere dem „Zeitgeist“ ihren Tribut³⁶. Ihr Ziel war es, Juden Anerkennung und insbesondere Beförderung

siegreicher Durchführung des Krieges weiter gefördert werden könnte“. Danach sollte jedes Ressort auf seinem Gebiet und in seiner Weise diese „Kriegsaufklärung“ durchführen. Über die Kriegsaufklärung in Norddeutschland und die dort tätigen Propagandisten, siehe Fst. Hbg. 11 – D 24. Einige Einblicke in die bislang noch nicht erforschte Materie bringt neuerdings *Karl-Ludwig Ay*, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges, Berlin 1968.

³⁴ Beispiele für die Unterstützung der Antisemiten in ihrem Kampf gegen die Politik der Reichsregierung durch Universitätsprofessoren, Richter, Lehrer und andere einflußreiche Beamte vgl. Fst. Hbg. 11 – C 2. Ferner die vielen Beispiele in den Mitteilungen, insbesondere XXVI, Nr. 17 (23. August 1916), Antisemitische Richter; aaO, XXVI, Nr. 19 (20. September 1916), Politik in der Schule; aaO, XXVII, Nr. 17 (5. September 1917), Universität und Antisemitismus. Ferner der bereits genannte Aufsatz von *Julius Simon*, Die Juden und die Gebildeten unserer Tage, aaO, XXVI, Nr. 6 (23. März 1916) und Nr. 18 (6. September 1916).

³⁵ Justizrat Cassel in seinem Bericht „Die Juden im Heer“ anlässlich der Hauptversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens am 4. Februar 1917, Stenographischer Bericht, 10 f. Laut Geschäftsbericht des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus vom 26. November 1915 hatten unvollständigen Informationen zufolge bis Anfang November 1915 bereits 5000 jüdische Soldaten das Eiserne Kreuz, 650 andere Auszeichnungen erhalten. Beim preußischen Kontingent waren bis dahin ca. 500, beim bayerischen 200, beim württembergischen 10 jüdische Offiziere ernannt worden. Mitteilungen, XXV, Nr. 24 (1. Dezember 1915).

³⁶ *Julius Simon*, Die Juden und die Gebildeten unserer Tage, aaO. Bald wurden

zu verwehren. Schon Ende 1915 knüpften Offiziere, unter ihnen ein namentlich nicht bekannter, aber einflußreicher General, Verbindungen mit prominenten Antisemiten an, um sich von diesen das erforderliche „Rüstzeug“ zu verschaffen, insbesondere aber um ihr Vorgehen zu koordinieren und gemeinsame Aktionen vorzubereiten und einzuleiten³⁷. Diese Entwicklung verdient Beachtung, bezeichnet sie doch den Beginn der Zusammenarbeit zwischen Offizieren und den von ihnen gesellschaftlich bis dahin abgelehnten „Radau-Antisemiten“.

Seit dieser Zeit häuften sich die Fälle, in denen jüdische Soldaten zurückgesetzt, beleidigt und verdächtigt wurden. Zweifellos unter dem Druck der wachsenden antisemitischen Ressentiments im Offizierkorps und aus Furcht vor Auflockerungserscheinungen im gesellschaftlich und damit politisch so homogenen ersten Stande der Nation fanden auch Militärkabinett und Kriegsministerium den alten „Schneid“ wieder und ließen Ernennungen von Juden zu Offizieren nur noch in Ausnahmefällen zu³⁸.

Die maßgeblichen antisemitischen Kreise und die entscheidenden Militärbehörden hatten längst erkannt, daß es hier nicht mehr um die Verteidigung gesellschaftlicher Positionen oder die Anerkennung der Erfordernisse des Krieges ging, sondern um die Grundlage der politischen Ordnung des Kaiserreiches. Das starke Verlangen nach Demokratie – eine zwangsläufige Folge des Krieges –, ebenso wie das befürchtete Vordringen besser qualifizierter Nebenbuhler beunruhigten sie im höchsten Maße³⁹.

Je mehr sich der Krieg ausweitete, je länger er dauerte, desto unverhüllter trat der Antisemitismus in der Armee hervor. Waren schon die zahlreichen Zurücksetzungen und Beleidigungen jüdischer Soldaten eine „öffentliche Schande“, so noch mehr die Methoden, mit denen einzelne Kommandeure, Bezirkskommandos und das preußische Kriegsministerium selbst diese Tatsachen zu decken oder durch irreführende Auskünfte vor dem Parlament

auch antisemitische Filme an der Front gezeigt. Stenographischer Bericht über die Hauptversammlung des C.V. am 4. Februar 1917, 56.

³⁷ An dieser Besprechung Ende 1915 nahmen von antisemitischer Seite teil: Adolf Bartels, Schmidt-Gibichenfels, Theodor Fritsch, Graf Reventlow, Hofrat Lehmann und der Generalsekretär der Deutschvölkischen Partei, Johannes Henningsen. Vgl. *Im deutschen Reich*, XXIV (Januar 1918), 16 ff., und *Georg Davidsohn* (MdR – SPD), *Neu-Orientierung*, *Neue Jüdische Monatshefte*, II (25. Januar 1918), 172.

³⁸ Zu den wenigen höheren Offizieren, die hier eine andere Position bezogen, gehörte General Walther Reinhard. Dieser schrieb anlässlich seiner Versetzung ins preußische Kriegsministerium am 3. November 1918 an seine Frau: „Ich gehöre als Württemberger eigentlich nicht dorthin, dann fühle ich, daß ich zu viel Wärme und zu wenig Kühle für eine halbpolitische Rolle habe und schließlich nehme ich in der Judenfrage eine andere Stelle ein – volle Rechtsgewährung, auch Offiziersernennung –, die vielleicht von mir anders erwartet wird.“ *Fritz Ernst*, *Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhard*, Stuttgart 1958, 5.

³⁹ Abschrift des Briefes, den ein junger jüdischer Industrieller von der Front schrieb, als Anlage zum Schreiben von I. Stern an Gothein (Anlage II) vom 3. April 1917, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 31 und 54.

und der Öffentlichkeit zu verschleiern suchten⁴⁰. Den Parlamentariern der Opposition versicherten Sprecher des Ministeriums wiederholt, es gäbe keinen Erlaß oder Grundsatz, der Juden die Offizierslaufbahn verwehre. Die Offiziersernennung sei ausschließlich Sache der Regimenter, und das Kriegsministerium beeinflusse diese nicht⁴¹.

Mit derartigen Methoden versuchten maßgebliche militärische Instanzen während eines Krieges, der von allen Schichten des Volkes die schwersten Opfer verlangte, ein brüchig gewordenes politisches System zu erhalten. Zu Recht klagten jüdische Sprecher und Abwehrorgane, daß die Militärbehörden den Antisemitismus nicht nur duldeten, sondern ihn teilweise bewußt förderten, um die Unzufriedenheit des Volkes und der Soldaten in eine ihnen erwünschte Richtung abzuleiten⁴². Viele Offiziere verbreiteten Behauptungen, so etwa daß die Juden grundsätzlich schlechte Soldaten und „Drückberger“⁴³ seien, Geld oder Beziehungen nutzten, um in Schreibstuben, Etappenkommandos oder in den Kriegsgesellschaften gefahrlos durch den Krieg zu kommen und – wenn möglich – noch gut zu verdienen. Um den Eindruck zu erwecken, daß es sich dabei um eine generelle Erscheinung handele, sorgten die Antisemiten innerhalb und außerhalb der Armee dafür, daß die verantwortlichen Dienststellen und namentlich das Kriegsministerium mit „Denunziationen und Beschwerden“ aller Art geradezu „überschwemmt“ wurden. Gleichzeitig wurde auch in „dienstlichen Berichten“ auf die angeblichen „schlechten soldatischen Leistungen der Juden“ und die dadurch verursachte Unruhe bei der Truppe hingewiesen⁴⁴.

⁴⁰ Auf eine Beschwerde beim Kriegsministerium erhielt der Abg. Gothein von General v. Wrisberg im Auftrage des Kriegsministeriums am 15. September 1916 eine Antwort, in der es heißt: „Es erweist sich im Gegenteil, daß der Vicewachtmeister Wolff seine Beförderung zum Offizier, die er durch Geeignetheit und sittliche Reife nicht hat erreichen können, nun durch Ausnutzung des Umstandes, daß er Jude ist, durchzusetzen versucht.“ BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 54. Ebenso auch ein Schreiben aus dem Staatssekretariat des Reichsmarineamtes an Gothein vom 9. November 1917. In einigen Fällen wurden auch Beschwerdebriefe, die von den Abgeordneten dem Kriegsministerium übersandt wurden, an die Regimenter gesandt, die dann Strafverfahren gegen die Beschwerdeführer einleiteten. Brief Gotheins an das Kriegsministerium vom 24. Oktober 1917, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 54.

⁴¹ Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 308, Heine in der Sitzung am 3. November 1916, 2047 f.; Stern an Gothein, 3. April 1917, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 31.

⁴² Schon in der Besprechung Ende 1915 (siehe oben Anm. 36) hatte es sich um die Frage der „Verwendung des umfangreichen belastenden Materials, das der Weltkrieg gegen das Judentum ergeben hat“ gehandelt. Damit war der Hetzfeldzug gegen die Juden eingeleitet worden. Im deutschen Reich, XXIV (Januar 1918), 15 ff.

⁴³ *Julius Simon*, Die Juden und die Gebildeten unserer Tage, aaO, bringt eine Fülle solcher Belege; vgl. auch *Julius Marx*, Kriegstagebuch eines Juden, Frankfurt/Main 1964, 21 (7. September 1914), 32 (5. Oktober 1914), 112 (12. Mai 1916), 113 (3. Juni 1916), 118 (2. September 1916).

⁴⁴ Der Münchener Rabbiner Prof. Werner berichtete auf der Hauptversammlung des C.V. am 4. Februar 1917 über ein Gespräch mit dem bayerischen Kriegsminister.

Nach und nach wurden auch kritische Menschen, den Parteien der Mitte nahestehend, und Persönlichkeiten, die sich über jeden „Verdacht des Antisemitismus erhaben“ wähnten⁴⁵, schwankend und daher geneigt, an die Berechtigung dieser Beschwerden zu glauben. Vor allem aber zeitigte der ständige Druck seine Wirkungen im Kriegsministerium. In einer Chefkonferenz vom 9. Juni 1916 wurde darüber beraten. Man bestritt zunächst jedes „Verschulden militärischer Dienststellen“ sowohl hinsichtlich des Verhaltens gegenüber jüdischen Soldaten wie auch in bezug auf die Entwicklung der Stimmung in der Truppe. Es wurde jedoch erklärt, daß „erstens ein großer Teil der Juden tatsächlich infolge Mindertauglichkeit für den Felddienst“ nicht geeignet sei, bei vielen auch „wenig Neigung für den Felddienst“ bestehe und sie es daher erreichten, nicht an die Front geschickt zu werden. Zweitens konstatierten die verantwortlichen Militärs, daß Juden „in großer Zahl durch ihre geschäftliche Tüchtigkeit Heereslieferanten geworden und darauf ordnungsgemäß reklamiert worden“ seien⁴⁶. Die Juden waren durch die laute Propaganda ihrer Gegner gewarnt und entschlossen, Angriffe solcher Art zu widerlegen⁴⁷.

Unter Berufung auf die „Volksstimmung“ beantragte schließlich sogar das sonst nicht antisemitisch festgelegte Zentrum im Hauptausschuß des Reichstages die „Vorlegung einer Statistik über die Zahl der beim Kriegsernährungsamt und den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen, über ihr Gehalt und ihre Konfession“⁴⁸. Die Partei wollte mit diesem Vorstoß, wie sie versicherte, eine Nachprüfung der zahlreichen Denunziationen und Vorwürfe veranlassen, denen zufolge „eine übergroße Anzahl von Personen jüdischer

Sein Ministerium werde, so erklärte der Minister, mit Denunziationen und Beschwerden über jüdische Drückeberger, mit Behauptungen über schlechte soldatische Leistung der Juden etc. geradezu überschwemmt. Stenographischer Bericht über die Hauptversammlung, 23; vgl. auch *Otto Armin* [d. i. *Alfred Roth*], *Die Juden im Heer*, München 1919, 11.

⁴⁵ Dr. Heinz Potthoff an Gothein am 1. September 1916, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 54, und Mitteilungen, XXVI, Nr. 22 (1. November 1916) und Nr. 23 (15. November 1916).

⁴⁶ *Otto Armin*, *Die Juden im Heer*, 11 f.

⁴⁷ Deshalb hatten die jüdischen Organisationen, namentlich der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Verein zur Abwehr des Antisemitismus schon frühzeitig begonnen, statistisches Material über die Teilnahme der jüdischen Soldaten am Kriege, ihre Leistungen und Auszeichnungen, den Kriegseinsatz der Juden in der Heimat, Unterlagen über Kriegswucher und die Kriegsgesellschaften zu sammeln. Bereits 1915 waren sie mit einem Aufruf zur moralischen Unterstützung dieser Aktion und Beschaffung geeigneter Materialien an die Öffentlichkeit getreten. Versammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 26. November 1915, Mitteilungen, XXV, Nr. 24 (1. Dezember 1915); Schreiben Heinz Potthoff an Gothein vom 1. September 1916, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 54; Umschau, Im deutschen Reich, XXIV (Januar 1918), 16.

⁴⁸ *Georg Gothein*, *Die Judenzählung in den Kriegsgesellschaften*, Mitteilungen, XXVI, Nr. 22 (1. November 1916).

Konfession“ in diesen Ämtern und Gesellschaften beschäftigt würde⁴⁹. Unterstellt man, daß die katholischen Antragsteller der antisemitischen Verhetzung nicht Vorschub leisten wollten, dann waren auf jeden Fall die politischen Folgen dieses Schrittes verhängnisvoll. Wenn überhaupt geprüft werden sollte, ob sich mehr Juden als Deutsche dem Frontdienst entzogen, dann galt es nicht nur die personelle Besetzung des Kriegsernährungsamtes und der Kriegsgesellschaften zu untersuchen, sondern es hätte ebenso überprüft werden müssen, wie groß die Zahl der kriegsverwendungsfähigen Personen in anderen Behörden und Ämtern, in militärischen Schreibstuben und Intendanturen, insbesondere aber in den Verwaltungen großer Industrie- und Wirtschaftsunternehmen war. Schon dieser Einwand läßt vermuten, daß mit dem Antrag eine tendenziöse Absicht verfolgt wurde⁵⁰. Er wurde schließlich parlamentarisch nicht behandelt, weil er durch eine andere Aktion überholt wurde.

II

Am 11. Oktober 1916, fünf Tage nach Zeichnungsschluß für die fünfte Kriegsanleihe, ordnete das preußische Kriegsministerium eine statistische Erhebung über die Dienstverhältnisse der deutschen Juden während des Krieges an⁵¹. Kriegsminister Wild von Hohenborn hielt es für angebracht, sich in seinem Erlaß direkt auf die „Klagen“ aus der Bevölkerung zu beziehen, nach welchen sich „eine unverhältnismäßig große Zahl wehrpflichtiger Angehöriger des israelitischen Glaubens“ unter vielerlei Vorwänden dem Heeresdienst entziehe. Die Erklärungen des Ministeriums, es wolle mit dieser Zählung die jüdischen Soldaten in keiner Weise diskreditieren, sondern Material zur Widerlegung antisemitischer Angriffe sammeln, waren kaum glaubwürdig. Bisher war das Kriegsministerium auf Beschwerden der Bevölkerung niemals so beflissen eingegangen. Wie sollten beispielsweise zu anderen Truppeneinheiten versetzte, abkommandierte, verwundete und gefangene jüdische Soldaten registriert werden? Wurde nach Alter, Gesundheitsbefund und Tauglichkeit gefragt? Wie konnte erfaßt werden, ob jüdische Soldaten in Schreibstuben oder andere rückwärtige Dienste versetzt oder kommandiert worden

⁴⁹ Zentrum-Parlaments-Korrespondenz, zitiert nach *Gothein*, aaO.

⁵⁰ Auf diesen Umstand hat u. a. der Abgeordnete Stücklen (SPD) im Reichstag hingewiesen. Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 308, 72. Sitzung, 2. November 1916, 2012.

⁵¹ Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 308, Sitzung vom 3. November 1916, 2048 ff.; *Franz Oppenheimer*, Die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums, München 1922; über die unmittelbare Wirkung u. a. Stenographischer Bericht über die Hauptversammlung des C.V. am 4. Februar 1917, 14 ff.

waren, etwa weil sie als Spezialisten, Dolmetscher oder aus anderen Gründen dort gebraucht wurden?⁵²

Über diese und zahlreiche andere Fragen und Bedenken hat sich das Ministerium hinweggesetzt und es den Kommandobehörden und Truppenstäben überlassen, damit fertig zu werden. Dabei konnte in Berlin niemand daran zweifeln, daß die Mehrheit der Offiziere und Unteroffiziere weder bereit noch in der Lage war, diese Erhebung objektiv und gerecht durchzuführen. Die einzelnen Generalkommandos versandten völlig unzulängliche Fragebogen, so daß die Erhebung schon dadurch zu falschen Ergebnissen führen mußte⁵³. Dort, wo Antisemiten für die Bearbeitung zuständig waren, wurden ohne Zögern Verwundete, Kriegsbeschädigte und Abkommandierte als Etappensoldaten gezählt. Zuweilen verfielen sie auch noch auf andere Unkorrektheiten, um zu „beweisen“, daß die betreffenden Juden nicht an der Front waren.

Wie immer aber der wirkliche Sachverhalt war, diese Judenzählung trug zur entscheidenden Entfremdung zwischen Juden und ihren Kameraden bei. Zudem untergrub das Ministerium auch die Autorität der jüdischen Vorgesetzten, der Offiziere, Truppenärzte und Unteroffiziere, weil bereits in der Begründung für die Maßnahmen der Vorwurf der Drückebergerei und Feigheit anklang⁵⁴. Die Judenzählung ist als die „größte statistische Ungeheuerlichkeit“ bezeichnet worden, „deren sich eine Behörde jemals schuldig gemacht hat“⁵⁵. Es war auch die folgenschwerste innenpolitische Handlung des Kriegsministeriums⁵⁶.

Die Judenzählung war – darüber konnte kein Schweigen und keine beschönigende Erklärung hinwegtäuschen – „eine durchaus populäre Sache“⁵⁷.

⁵² Darauf wies besonders der Abgeordnete Heine (SPD) in der Reichstagssitzung vom 3. November 1916 hin, aaO, 2049.

⁵³ Der Abgeordnete Dr. Quarck (SPD) hat in der Reichstagssitzung vom 3. November 1916 Details über die Handhabung der Statistik beim XVIII. Armee Korps mitgeteilt. Über die Art der mildesten „Zählung“ an der Front vgl. *Julius Marx*, op. cit., 138 (2. November 1916).

⁵⁴ Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 308, 2049 ff., namentlich die Reden der Abgeordneten Heine und Dr. Haas.

⁵⁵ *Franz Oppenheimer*, Die Judenstatistik . . ., 14. Dr. Quarck (SPD) sprach schon am 3. November 1916 im Reichstag von einer „konfessionellen Tendenzstatistik“. Stenographische Berichte, Bd. 308, 2053.

⁵⁶ Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ludwig Haas (Fortschrittliche Volkspartei), selbst jüdischer Offizier und kurze Zeit Kompanieführer, erklärte in der Reichstagssitzung vom 3. November 1916, in den vielen Briefen, die er erhalten habe, klänge überall das „Nun-sind-wir-gezeichnet“ an.

⁵⁷ Großherzoglicher Oberrat der Israeliten an das Großherzogliche Ministerium des Kultus und Unterrichts, 15. November 1916, BA Koblenz 43 I/2192. *Ernst Simon*, Unser Kriegserlebnis, in: Jüdische Jugend, hrsg. vom Kartell jüdischer Verbindungen und von der jüdischen Turnerschaft, Heft 1, Berlin 1919, 43. Für die wachsende „Popularität“ des Antisemitismus ließe sich eine Fülle von Belegen bringen. Der Verfasser verweist hier nur im akademischen Bereich auf die Wingolfblätter, das

Die Ergebnisse der Erhebungen wurden nicht veröffentlicht, aber das Ministerium unterließ es, den antisemitischen Behauptungen entgegenzutreten. Vielmehr kursierten bald Gerüchte, die Veröffentlichung erfolge nur aus Rücksicht auf die Juden nicht, denn sie habe „vernichtende“ Ergebnisse gezeitigt⁵⁸. Das Ministerium unterließ es, trotz des Drängens der jüdischen Organisationen, ein klärendes Wort zu veröffentlichen. Die Begünstigung der Antisemiten wurde auch dadurch erwiesen, daß unmittelbar nach dem Kriege einer der extremsten antisemitischen Agitatoren, Alfred Roth, Zugang zu dem einschlägigen Material erhielt und unter einem Pseudonym zwei Tendenz-Broschüren veröffentlichte⁵⁹.

Walther Rathenau diagnostizierte schon im August 1916 den Zustand treffend. Er hatte jede Hoffnung auf „eine Milderung dieses Hasses“ verloren. „Je mehr Juden in diesem Kriege fallen“, so schrieb er, „desto nachhaltiger werden ihre Gegner beweisen, daß sie alle hinter der Front gesessen haben, um Kriegswucher zu treiben. Der Haß wird sich verdoppeln und verdreifachen“, und deshalb schien es ihm zwecklos, überhaupt noch etwas dagegen zu unternehmen⁶⁰. Die meisten deutschen Juden jedoch glaubten, daß nach dem Krieg eine gerechtere Beurteilung Platz greifen werde. Aber diese Anschauung verlor unter dem Eindruck des Geschehens an Überzeugungskraft. Der Abwehrkampf gegen den Antisemitismus nahm nicht nur härtere Formen an, er spiegelte auch die Enttäuschung und zeitweilige Ratlosigkeit wider, die angesichts des Scheiterns aller zu Kriegsbeginn genährten Hoffnungen durchaus verständlich waren⁶¹. Die Mehrheit der Juden entschloß

Organ der evangelischen Studentenvereine, auf die katholische Studentenzeitschrift *Unitas*, auf Diskussionen in wissenschaftlichen Gremien und Gesellschaften. Mitteilungen, XXVI, Nr. 17 (23. August 1916) und alle weiteren. *Hans Ehrenberg*, Weltkrieg, Geschichtsstaat und Judenfrage, Nord und Süd. Eine deutsche Monatsschrift, hrsg. von *Ludwig Stein*, XLII, Bd. 163 (Oktober/Dezember 1917), 260 ff. setzt sich besonders mit antisemitischen Äußerungen von Professor Bauch und Vorgängen in der Kant-Gesellschaft auseinander. Weitere Belege in der Zeitschrift *Im deutschen Reich*, im Stenographischen Bericht über die Hauptversammlung des C.V. vom 2. Februar 1917.

⁵⁸ *Franz Oppenheimer*, Die Judenstatistik . . ., 5; *Otto Armin*, Die Juden im Heer, 90.

⁵⁹ *Otto Armin*, Die Juden im Heer, München 1919; *Otto Armin*, Die Juden in den Kriegsgesellschaften und in der Kriegswirtschaft, München 1921.

⁶⁰ Rathenau an Schwaner, 4. August 1916, BA Koblenz, Nachlaß Rathenau Nr. 4. Die Resignation Rathenaus, der nach dem Zeugnis seiner Schwester erst „durch den Krieg“ wieder „an seinem Judentum gelitten“ habe (*Harry Graf Kessler*, Tagebücher 1918–1937, Frankfurt 1961, 557 f.) kommt namentlich in den ersten Sätzen dieses Briefes zum Ausdruck: „Versuche nicht, die Leute zu überzeugen; ihr Glaube an die Verworfenheit der anderen dient ihnen zum Leben . . . Wenn Du ihnen diesen Glauben nimmst, so nimmst Du ihnen etwas, das Du nicht ersetzen kannst; auch wenn es Haß ist, so wärmt er sie fast so wie Liebe. Übrigens trennt sich keiner so leicht von dem Gespenst, an das er sein Leben gehängt hat; und willst Du es ihm rauben, um ihm gesund zu machen, so ist es vergeblich, und seine Rache unerbittlich.“

⁶¹ So sprach Justizrat Dr. Horwitz in der Eröffnungsansprache der Hauptver-

sich, für eine bessere und gerechtere Ordnung zu kämpfen, und dies konnte nach Lage der Dinge nur die parlamentarische Demokratie sein.

Ein Teil der politisch aktiven Juden, der meistens eine Bindung an das Judentum nicht mehr besaß⁶², wandte sich unter dem Eindruck der Kriegserfahrungen radikalen und revolutionären Ideen zu. Darin sahen die Antisemiten den Beweis für die Behauptung, das Ziel der Juden sei die Beseitigung der „gewachsenen“ ständischen Ordnung in Deutschland und die Revolution⁶³. Sie forderten den Zusammenschluß aller „deutschbewußten“ Bürger zum Kampf gegen die „Überhebung des Judentums“. Als Voraussetzung für entscheidende antisemitische Aktionen betrachteten die Alldeutschen die Einschränkung der Kompetenzen des Reichstages oder gar seine Ausschaltung. Das Parlament behindere eine entschlossene Kriegführung ebenso wie ein „rücksichtsloses“ Vorgehen gegen die inneren Feinde des Reiches. An die Stelle des Reichstages sollte ein „deutscher Volksrat“ treten, als „organisch aus der natürlichen Gliederung des Volkes herausgewachsene“ berufsständische Repräsentanz⁶⁴. Aber alle Versuche der Blockbildung seitens der radikalen und antisemitischen Nationalisten scheiterten⁶⁵. Einmal waren die Bedenken, die kaiserliche Regierung und den Reichstag offen zu bekämpfen, in konservativen Kreisen zu groß und zum anderen wehrten sich auch die nationalen

sammlung des C.V. am 4. Februar 1917 davon, daß man nach Friedensschluß mit den Gegnern „Abrechnung“ halten werde. Stenographischer Bericht, 4. *Sigbert Feuchtwanger*, Grundsätzliches zur deutschen Judenfrage, Neue Jüdische Monatshefte, I (10. August 1917), 615 erklärte, in Zukunft gehe es nicht mehr an erster Stelle „um die Verwirklichung der gesetzlichen Gleichberechtigung der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens“, sondern vielmehr „um die gedankliche Neuorientierung, die Erziehung der Geister zu wahrhafter Staatsgesinnung“.

⁶² Ausnahmen unter denen, die dann in der Revolutionszeit 1918/19 hervortraten, bildeten Gustav Landauer, der stets seine Zugehörigkeit zum Judentum betonte und sich auch mit der Judenfrage literarisch auseinandersetzte, oder z. B. Oskar Cohn, der aktiv am jüdischen Leben teilnahm.

⁶³ „Ein Preuße“ an den König von Bayern, September 1916, Bayer. HStA, Geh. StA, Ma 97668. „Unser Land steht vor einem Abgrund. Ruchlose Volksverräter treiben unser deutsches Reich dem Untergang entgegen.“

⁶⁴ Diesen Plan propagierte, soweit sich erkennen läßt, zuerst Alfred Roth im Hammer, XV, Nr. 337 (1. Juli 1916). Geistiger Urheber und intensivster Vorkämpfer war aber der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Justizrat Claß. Er drängte Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg und andere einflußreiche Persönlichkeiten, an die Spitze dieses „Volksrates“ zu treten. Er war gedacht als eine Zusammenfassung der großen nationalen Verbände (Alldeutscher Verband, Flottenverein, Volksbund für das Deutschtum im Ausland bis hin zu allen regionalen Gruppen und – antisemitischen – Vereinigungen), die gegen die „unfähigen Regierungen des Reiches und der Bundesstaaten“ Front machen und gegenüber „dem Versagen der Volksvertretungen... dem nationalen Willen rücksichtslos Ausdruck verleihen“ sollten. Fst. Hbg. 11–C 2.

⁶⁵ So u. a. die ersten, 1916 bereits eingeleiteten Versuche, in der Fichtegesellschaft eine Art „völkische Führerschaft“ zu organisieren. Brief O. Gräff an Schwaner vom 8. August 1916, BA Koblenz, Nachlaß Rathenau Nr. 4 und weitere „Einigungsversuche“ von Claß. Fst. Hbg. 11 – C 2.

Interessenverbände dagegen, sich alldeutschen und antisemitischen Führungsgremien unterzuordnen und sich von diesen in folgenschwere Abenteuer verwickeln zu lassen⁶⁶. Was erreicht wurde, war eine weitere Verschärfung und Steigerung der Agitation. Heinrich Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, rechnete es sich und seinen Gesinnungsfreunden später als Verdienst an, den „Widerstand aus dem Volke“ in dieser Zeit belebt, vertieft und „zur stärksten Wirkung gegen die amtliche Politik und das Gebaren der Parteien“ gebracht zu haben. Symptomatisch dafür waren die Neugründung oder das Wiedererscheinen antisemitischer und national-radikaler Zeitungen und Zeitschriften⁶⁷.

Die radikalen Nationalisten und Antisemiten versuchten, immer größere Volksschichten nicht nur gegen die Juden und alle demokratischen Kräfte, sondern auch gegen den Reichskanzler aufzuwiegen. Der Kanzler, die verantwortlichen Beamten in den Reichsämtern, in der Umgebung des Kaisers und die maßgebenden Parteiführer sollten durch eine erregte öffentliche Meinung gezwungen werden, jede Politik des Ausgleichs und der Mäßigung jetzt endgültig aufzugeben. Da Bethmann Hollweg die Forderungen der Extremisten unter keinen Umständen akzeptieren wollte, bemühte er sich um einen stärkeren Rückhalt bei den großen Parteien im Reichstag und den gemäßigten, einflußreichen Zeitungen des Landes. Notwendige Reformen mußte er jedoch vertagen, nicht zuletzt aus Rücksicht auf den Kaiser. So mußte er zwischen den widerstreitenden Kräften lavieren und nach allen Seiten Zugeständnisse machen. Daher wandten sich schließlich alle Parteien gegen ihn⁶⁸. Unter dem Eindruck dieser Entwicklung drängte Bethmann Hollweg den Monarchen, Konzessionen zu machen und das gleiche Wahlrecht in Preußen einzuführen. Damit rief er nicht nur die herrschenden Schichten, sondern auch die Oberste Heeresleitung gegen sich auf den Plan. Hindenburg und Ludendorff hatten vom Kanzler schon zu Beginn des Jahres 1917 ein härteres Vorgehen gegen die Sozialdemokraten und alle für innere Reformen agitierenden Kräfte gefordert. Vor allem wünschten sie jede Kritik an den Maßnahmen der Militärbehörden hart geahndet zu sehen. Bethmann hatte sich diesen Forderungen erfolgreich widersetzt. Da er nun gerade den Mehrheitsparteien des Reichstages und den demokratischen Kräften entgegenkommen wollte, hielt es die Oberste Heeresleitung für angebracht, die allgemeine Vertrauenskrise im Juli 1917 zu nutzen, um den verhaßten Kanzler zu stürzen.

⁶⁶ AaO. Fst. Hbg. 11 – C 2.

⁶⁷ AaO. Am 1. April 1917 ging die Deutsche Zeitung in den Besitz des Alldeutschen Verbandes über. Schon seit 1916 erschien die Monatsschrift des Verbandes gegen die Überhebung des Judentums mit dem Titel „Auf Vorposten“ neu. Ebenfalls seit 1917 erschien im J. F. Lehmann Verlag die Zeitschrift Deutschlands Erneuerung. Über andere Aktivitäten siehe u. a. Mitteilungen, XXVII, Nr. 6 (21. März 1917).

⁶⁸ Wolfgang J. Mommsen, Die deutsche öffentliche Meinung, aaO, 667 ff.

Bei ihrer Offensive gegen den Kanzler und namentlich bei der Forderung nach einer „autoritären Führung der öffentlichen Meinung“⁶⁹ und kompromißloser Unterdrückung jeder Opposition wurde die OHL von den extremen Nationalisten, namentlich Claß und einigen seiner einflußreichen Gesinnungsfreunde, unterstützt. Mit Hilfe dieser Opposition in den Führungsschichten wurde der Kanzler gestürzt. Da Claß für seine Auffassungen und politischen Ideen gerade beim Offizierkorps großes Verständnis gefunden hatte, bemühte er sich in der Folgezeit um Unterstützung für seinen Plan, eine Militärdiktatur zu errichten, mit ihrer Hilfe bestimmte verfassungsmäßige Rechte aufzuheben und sein 1912 entwickeltes antisemitisches Programm durchzusetzen⁷⁰. Dann müsse ein weitgestecktes Kriegszielprogramm verkündet und damit die Siegeszuversicht der Bevölkerung gestärkt oder wiederhergestellt werden. War dies erreicht, sollten die Diktatoren daran gehen, die „parlamentarische Regierungsform“ zu beseitigen, die öffentliche Meinung zu kontrollieren und zu lenken und eine neue Standesordnung zu errichten⁷¹. Nur die Militärs hatten die Macht zur Durchführung so weitgehender und einschneidender Maßnahmen. Man nahm an, das Offizierkorps würde für seine Stellung als vornehmster und erster Stand des Staates mit allen Mitteln kämpfen⁷².

In diesem Punkt hatten Claß und seine Freunde sich allerdings getäuscht. Ludendorff und Oberst Bauer bekundeten zwar ihr Interesse für den Plan einer Militärdiktatur und stimmten auch sonst mit vielen alldeutschen Vorstellungen überein. Als Claß aber mit konkreten Vorbereitungen für die Ausrufung einer Diktatur begann, zogen sich die Offiziere wieder zurück⁷³. Ludendorff scheute, soweit sich dies erkennen läßt, vor der Verantwortung zurück, die er mit einem solchen Schritt übernehmen mußte. Solange die Oberste Heeresleitung einen unkontrollierten Einfluß auf die Innenpolitik

⁶⁹ AaO, 665.

⁷⁰ Fst. Hbg. 11 – C 2. Vgl. auch Anm. 24. Claß hatte unter dem Eindruck des sozialdemokratischen Erfolges bei den Reichstagswahlen 1912 unter dem Pseudonym *Daniel Frymann* ein Buch geschrieben: *Wenn ich der Kaiser wär' – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, Leipzig 1912. Darin entwickelte er seine Pläne, die darauf abzielten, jede weitere Demokratisierung Deutschlands zu verhindern und die bereits eingeleiteten Entwicklungen rückgängig zu machen. Claß forderte u. a. die Aufhebung der Judenemanzipation; Verhinderung jeder jüdischen Einwanderung, Ausweisung aller nichteingebürgerten Juden und ein Fremdenrecht für alle deutschen Juden (aaO, 74 ff.).

⁷¹ Fst. Hbg. 11 – C 2. Für Claß war es seit Ende 1916 sicher, daß Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und SPD „die Umbildung der Bismarckschen Verfassung in der Richtung des ausgesprochenen westlerischen Parlamentarismus“ erstrebten. Dies war in seinen Augen ein Verbrechen.

⁷² Claß wurde in dieser Auffassung vornehmlich von seinem Stellvertreter im Vorstand des Alldeutschen Verbandes, General der Kav. z. D. Konstantin Frh. von Gebstättel und einigen anderen Offizieren seines Kreises, wie Admiral v. Grapow, bestärkt. Fst. Hbg. 11 – C 2 und 412 – Alldeutscher Verband.

⁷³ Fst. Hbg. 11 – C 2 und 412 – Alldeutscher Verband.

ausübte, konnte sie bei Rückschlägen stets der Reichsleitung die Verantwortung aufbürden. Verließ sie aber diese sichere Position, hatte sie für ihr Tun selbst einzustehen. Den meisten Offizieren widerstrebte es, in die Politik, wie sie sie verstanden, aktiv einzugreifen. Das Recht der Kritik und des Einspruchs gegen politische Entscheidungen nahm nahezu jeder General für sich in Anspruch, eine Verpflichtung zu verantwortlichem politischen Handeln verspürte dagegen kaum jemand⁷⁴. Entscheidend aber war, daß auch der Kaiser nicht für den Gedanken einer Militärdiktatur zu gewinnen war. Gegen den Willen des Kaisers zu handeln, waren aber die radikalen Nationalisten und die Offiziere nicht bereit⁷⁵.

Die Demokratisierung jedoch konnte nicht mehr aufgehalten werden. Nach der Erfahrung des modernen Volkskriegs, in dem es auf die Arbeitskraft und das Können jedes einzelnen in der Heimat, auf jeden Soldaten an der Front, auf die Opferbereitschaft des gesamten Volkes ankam, hielten es die Nachfolger Bethmann Hollwegs für untunlich, dem Bürger „die Mitbestimmung an seinem Schicksal“ vorzuenthalten⁷⁶. Außerdem waren während des Krieges den politischen Parteien neue und größere Aufgaben bei der Interessenvertretung ihrer Anhänger gegenüber einer immer mächtiger werdenden Verwaltung, den Verbänden und Gewerkschaften bei der sozialen Betreuung und Versorgung ihrer Mitglieder und den Selbstverwaltungsorganen bei der Erfassung und gerechten Verteilung der ohnehin zu knappen Bedarfsgüter zugefallen. Die Position des Parlaments war auch dadurch stärker geworden, daß die Kanzler einen erheblichen Teil ihrer Energien in Konflikten mit der Obersten Heeresleitung und einflußreichen Hofkreisen auf der einen Seite, in Auseinandersetzungen mit der von extremen Gruppen aufgeputschten öffentlichen Meinung auf der anderen, verzehrten⁷⁷.

In der Krise, die am 13. Juli 1917 mit dem Rücktritt Bethmann Hollwegs endete, hatten die Mehrheitsparteien des Reichstages, Zentrum, Fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokraten sich auf gemeinsame Grundsätze der inneren und äußeren Politik geeinigt. Bereits in den am 6. Juli aufgenommenen interfraktionellen Besprechungen war eine grundsätzliche Einigung darüber erzielt worden, daß die Beseitigung des Klassenwahlrechts in Preußen wichtigstes innenpolitisches Ziel der Mehrheitsparteien sein sollte. In der

⁷⁴ Kriegsminister von Stein wies den Gedanken an eine Militärdiktatur oder ein aktives Eingreifen in politische Fragen weit von sich und erklärte Claß: „Wir haben unsere Soldatenpflicht getan und nie Politik getrieben.“ Fst. Hbg. 11 – C 2.

⁷⁵ In einer Throneingabe schrieb Claß am 7. Mai 1917: „Was kommen wird, erfüllt die wahren Getreuen des Kaisertums mit Sorgen – nicht mit Furcht – und der zunächst entfesselte Kampf Aller gegen Alle im Innern des Vaterlandes verpflichtet sie, sich um den Träger der Kaisergewalt zu scharen . . .“ Fst. Hbg. 11 – C 2.

⁷⁶ Reichskanzler Michaelis in einem Gespräch mit Claß am 24. Oktober 1917. Fst. Hbg. 11 – C 2.

⁷⁷ *Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente*, Berlin und Leipzig 1927, 112.

Außenpolitik sprachen sie sich für einen Frieden ohne Annexionen aus und beschlossen, diesen Forderungen durch einen gemeinsamen Schritt im Reichstag Nachdruck zu geben. Dieser Friedensresolution stimmte trotz heftiger Opposition der Rechten am 19. Juli 1917 die Reichstagsmehrheit zu. Die Majorität wünschte „einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker“, der Gebietserwerbungen sowie „politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen“ ausschloß⁷⁸.

Die nationalen Extremisten jedoch nahmen die Friedensresolution des Reichstages zum Anlaß, erneut mit allen Mitteln alle diejenigen, die sich aufgrund von „Bildung und Besitz zur Führung“ des deutschen Volkes berufen wähnten⁷⁹, zum Widerstand aufzurufen. Schon nachdem die SPD am 21. April 1917 mit einer ersten Friedensresolution in die Öffentlichkeit getreten war, hatte die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes ihre Anhänger aufgefordert, „im ganzen Reiche“ Protestkundgebungen zu veranstalten. Es sollte „kraftvoller Einspruch gegen die volksverderbliche Verzichtserklärung“ erhoben und die Bevölkerung darüber „aufgeklärt“ werden, wie „unausbleiblich“ die Sozialdemokraten Deutschland auf den „Weg zum Untergang“ führten. Die SPD fordere einen Frieden im Sinne der „Internationale“ zur „Vergewaltigung aller deutschen, nationalen Notwendigkeiten der näheren und weiteren Zukunft“⁸⁰. Damit war die Formel für den Gegensatz innerhalb des deutschen Volkes gefunden: Hier Annexions-, dort Verzichtspolitiker; hier kraftvolle Nationalisten, dort schwächliche Anhänger der Internationale; hier das Lager der artbewußten Deutschen mit einer „alldeutschen“ Vorhut, dort das der „entarteten Undeutschen“ unter „alljüdischer“ Leitung⁸¹. Die

⁷⁸ Wortlaut der Friedensresolution bei *Prinz Max von Baden*, op. cit., 115; zur Vorgeschichte und Geschichte der Entstehung vor allem: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, hrsg. von *Erich Matthias* unter Mitwirkung von *Rudolf Morsey*, Quellen zu Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, Bd. 1, Teil 1, Düsseldorf 1959, 110 ff.

⁷⁹ *Heinrich Claß* im Leitartikel der Deutschen Zeitung, XXII, Nr. 167 (1. April 1917).

⁸⁰ Kundgebung des Alldeutschen Verbandes, Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 220 (1. Mai 1917).

⁸¹ *Konstantin Frh. von Gebattel*, Alldeutsch – vielleicht alljüdisch?, aaO, XXII, Nr. 305 (18. Juni 1917). Gebattel hatte diesen Aufsatz zwar gezeichnet, geschrieben hatte ihn aber Claß selbst, um, wie er schrieb, „das Gelände aufzuklären“. *Uwe Lohalm*, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923, Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. VI, Hamburg 1970, 49. Nach Claß hat Heinrich Rippler, der alldeutsche Chefredakteur der Täglichen Rundschau das Schlagwort „alljüdisch“ erstmalig geprägt. Zu dieser Gegenüberstellung gelangten die Alldeutschen mit dem Hinweis darauf, sie und ihre Bestrebungen würden publizistisch in Permanenz vom Berliner Tageblatt, der Frankfurter Zeitung und vom sozialdemokratischen Zentralorgan Vorwärts bekämpft. Das trifft ohne Zweifel zu, denn alle drei Organe nahmen eindeutig gegen die wilden Annexionspläne Stellung und forderten eine Liberalisierung und Demokratisierung Deutschlands. Da alle drei Zeitungen in jüdischem Besitz waren oder jüdische Chefredakteure und Redakteure hatten, schien den Alldeutschen der Beweis erbracht, daß

Agitation wurde dann hemmungsloser, als Bethmann Hollweg kurz vor seiner Entlassung die Wahlrechtsreform einleitete, indem er den Kaiser zu der Botschaft vom 11. Juli veranlaßte, in der das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für Preußen in Aussicht gestellt wurde. Sofern überhaupt noch ein Burgfriede in Deutschland bestand, wurde er nun von den Reformgegnern aufgesagt. Sie riefen zum Kampf gegen die Regierung und nach der Friedensresolution auch gegen die Parteien der Reichstagsmehrheit auf. Die „unabhängigen Völkischen“ – so hieß es – mußten all ihre Kraft daran setzen, „den mit Hilfe verblendeter Volksgenossen von den Fremden geführten Ansturm abzuwehren“. Unter der Parole „Deutschland den Deutschen“ sollten sich alle Deutschbewußten sammeln und sich den inneren Reformen und der Demokratisierung widersetzen. „Gelingt die Absicht diesen im guten Sinne demokratischen Staat in eine üble Demagogie und ein der Massenherrschaft unterworfenen Staatsgebilde umzuformen, dann ist es vorbei mit der deutschen Herrschaft im deutschen Staate, und die Fremden werden in ihm die Macht haben.“⁸²

Die ausgesprochenen Gegner der Friedensresolution gründeten am 1. September 1917 im Yorksaal des Ständehauses in Königsberg die Deutsche Vaterlandspartei⁸³. Sie waren überzeugt davon, daß jetzt „Masse“ entschlossen „gegen Masse auftreten“ müsse. Während aber Großadmiral Tirpitz und die anderen Vorstandsmitglieder der neuen Partei vornehmlich gegen jede Form eines „Verzichtfriedens“ opponierten, boten Claß, Gebattel und ihre Gesinnungsfreunde nun ihre Anhänger und Verbündeten gegen diejenigen Kräfte auf, die für die Parlamentarisierung und Demokratisierung stritten. Die Verhetzung des Volkes nahm jetzt Formen an, die alles bisher Gewesene übertrafen. Jeder Deutsche sollte „den Abgrund erkennen“, an den er „durch ein Zusammenwirken verderblicher Kräfte in der Reichsleitung, in den Parteien und in der Presse geführt“ worden sei. Das Volk müsse „sich aufbäumen gegen den Reichstag der Judenwahlen, der ihm einen Judenfrieden“ und die Demokratie bescheren wolle⁸⁴.

hier nach einem einheitlichen Plan „gehandelt werde“. Worum sie sich selbst stets bemühten, um eine Zusammenfassung und zentrale Leitung aller Gruppen und Kräfte der „nationalen Opposition“, das unterstellten sie ganz selbstverständlich ihren Gegnern, auch wenn es absurd war.

⁸² Die Losung gab wiederum Heinrich Claß mit einem Artikel, den er abermals seinen Freund und Stellvertreter im Alldeutschen Verband, Frh. von Gebattel, veröffentlichten ließ: Deutsche Saat – Fremde Ernte, Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 366 (22. Juli 1917).

⁸³ Über den „Geist“, der bei der Gründung der Partei vorherrschte, gibt eine Auswahl aus Reden, Kundgebungen und Resolutionen im gesamten Reichsgebiete Aufschluß. Die Vaterlandspartei, Mitteilungen, XXVII, Nr. 22–26 (19. Dezember 1917).

⁸⁴ K. von Gebattel, Judenwahlen – Judenfriede?, Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 480 (21. September 1917). Gebattel behauptet unter Berufung auf das Kaiserbuch seines Freundes Claß (*Frymann*, Wenn ich der Kaiser wär!), die Mehrheits-

Antisemitische Parteien, Organisationen und Verbände agitierten seit 1917 für passive Resistenz gegen bestimmte Maßnahmen der Reichsleitung und für offenen Widerstand gegen die Legislative in Reich und Ländern. Systematisch wurden nun die Juden und „ihre“ Presse für die verzweifelte Stimmung der Bevölkerung verantwortlich gemacht, der Verfall der nationalen Widerstandskraft auf „planmäßige Zersetzung“ zurückgeführt⁸⁵. Die Not des kleinen Mittelstandes, der bisher die „festeste Stütze“ des Staates gewesen sei, wachse, so hieß es jetzt, nur deshalb so beängstigend, weil andere Stände und Gruppen bedenkenlos „an dem Kriege verdienen“ wollten. Dabei handele es sich nicht um einen zwangsläufigen, sondern um einen sorgfältig vorbereiteten Umschichtungsprozeß. „Die bisher bewährten und den Staat tragenden Schichten“ würden bei diesem „Sturm auf die politische Speisetafel“ völlig „überannt“ und damit ihres „Einflusses“ auf den Staat beraubt⁸⁶. Nicht die Gleichberechtigung strebten die Juden und ihre deutschen Verbündeten an, so schrie man immer wieder in das Land hinaus, sondern die Vorherrschaft. Schon vor dem Kriege seien überall dort, wo es einen „ungehemmten Wettbewerb“ gegeben habe, ganze Berufsstände den Juden und ihren deutschen Gesinnungsfreunden in die Hände gefallen. Werde nun auch in der Politik, der Verwaltung und in der Armee Chancengleichheit geschaffen, würden die Juden in Kürze das deutsche Volk uneingeschränkt beherrschen⁸⁷.

So unsinnig diese Behauptungen auch waren, in einer Zeit schwerster sozialer Erschütterungen, in der Millionen in ständiger Angst vor der Zukunft lebten, verfehlten sie nicht ihren Eindruck auf viele Bürger. In Wirklichkeit fürchteten die Antisemiten und ihre Parteigänger im Adel und Offizierkorps, in der Beamtschaft, Wirtschaft und Wissenschaft keineswegs, daß eine Minderheit von rund 500 000 Menschen das gesamte deutsche Volk beherrschen könne. Sie lehnten aber Wettbewerb und Chancengleichheit, namentlich in bestimmten Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens ab. Sie bekämpften deshalb nicht nur andere Auffassungen als „undeutsch und unpatriotisch“, sondern manche sagten offen, daß „die Familien, die Deutschland geschaffen“, besondere Vorrechte und vornehmlich Anspruch auf Förderung hätten⁸⁸. Es galt, die unwandelbar nordisch-deutschen Art- und Rassen-

parteien des Reichstages hätten mit Hilfe jüdischen Geldes und unterstützt durch die jüdische Presse 1912 ihren Wahlsieg errungen.

⁸⁵ Franz Oppenheimer, *Der Antisemitismus*, Neue Jüdische Monatshefte, II (10. September 1918), 529; *Im deutschen Reich*, XXIV (Januar 1918), 15 ff.

⁸⁶ *Aufstieg und Niedergang. Die Not des Mittelstandes*, Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 300 (15. Juni 1917); *Sozialpolitik nach dem Kriege – für wen? Hebung des Mittelstandes*, aaO, XXII, Nr. 331 (3. Juli 1917); *Die wirtschaftliche Zukunft unseres Beamtenstandes*, aaO, XXIII, Nr. 7 (4. Januar 1918), u. a. m.

⁸⁷ Georg Fritz, *Deutschtum und Judentum*, aaO, XXII, Nr. 321 (28. Juni 1917).

⁸⁸ *Rassenzucht*, Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 276 (2. Juni 1918). Der Verfasser der Zuschrift, von Brockhusen-Langen, fordert: „Nicht für die Masse ist zu sorgen, sondern für den Wohlgeborenen.“ Wie die Wohlgeborenen ohne die „Masse“ allerdings einen Volkskrieg führen wollten, wußte er nicht zu sagen.

eigenschaften zu schützen. Diesen sozialdarwinistischen Vorstellungen gemäß konnte es überhaupt keinen Zweifel geben, daß „die Träger des rassistisch wertvollsten Erbgutes die Oberschicht bildeten“⁸⁹. Nun, da diese als unerschütterlich betrachtete Stellung angefochten wurde, sahen sie den Staat, den sie als den ihren betrachteten, vom Chaos bedroht. Zutreffend stellte bereits 1917 Franz Oppenheimer fest, nicht Juden, Sozialisten oder Demokraten hätten den Burgfrieden in Deutschland gebrochen, sondern diejenigen, „deren Privilegien vor dem Geiste des Burgfriedens nicht Bestand haben konnten, wenn er der Geist des neuen Deutschlands würde“⁹⁰.

III

Als der Krieg, der als nationaler Machtkampf begonnen hatte, immer stärkere soziale Konflikte auslöste, verlor der Nationalismus seine integrierende Kraft. Er mußte nun umgestaltet werden durch die Verwirklichung der demokratischen und sozialen Forderungen der Zeit. Aber gerade dazu waren die adligen und bürgerlichen Schichten nicht bereit. Sie verhinderten also, daß der „Geist von 1914“ zur prägenden Kraft wurde. Angesichts der nicht mehr zu verbergenden Tatsache, daß sich das deutsche Volk während des Krieges in zwei feindliche, einander bekämpfende Lager spaltete⁹¹, haben kritische Beobachter die unvermeidbare militärische Niederlage des Kaiserreiches vorausgesagt, und zwar zu einer Zeit, als dies den meisten Zeitgenossen noch kaum bewußt geworden war⁹². Unzweifelhaft hat der 1917 entbrannte innerdeutsche Machtkampf die Kräfte des Volkes zersplittert. Die Antisemiten glaubten nicht mehr nur die Entfernung aller Juden aus verantwortlichen Stellungen fordern zu müssen, sondern sie wünschten sie sogar aus Wirkungsbereichen verdrängt zu sehen, wo sie schlechterdings unersetzlich waren⁹³.

⁸⁹ Hans-Günter Zmarzlik, *Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem*, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, XI (1963), 253.

⁹⁰ Franz Oppenheimer, *Antisemitismus*, Neue Jüdische Monatshefte, II (10. Oktober 1917), 5.

⁹¹ Houston Stewart Chamberlain spricht bereits im Oktober 1917 von den beiden Deutschland, die miteinander im Widerstreit leben. Das eine und das andere Deutschland, *Deutsche Zeitung*, XXII, Nr. 513 (11. Oktober 1917).

⁹² Julius Marx besuchte am 5. Mai 1917 in Valenciennes während einer Kampfpause einen französischen Bekannten aus der Vorkriegszeit. Dieser erklärte ihm aufgrund seines Eindrucks aus Gesprächen mit vielen, auch hohen deutschen Offizieren: „Ein Volk, das so wenig Toleranz besitzt, in dem so wenig Einigkeit besteht, das zuerst nach Stand und Geld und Glaube fragt und dann erst nach der Vaterlandsliebe, ein solches Volk kann den Krieg nicht gewinnen.“ *Julius Marx*, op. cit., 166 f. (5. Mai 1917).

⁹³ Schon am 8. August 1916 schrieb der aus einem antisemitischen Flügel der Jugendbewegung hervorgegangene Leutnant O. Gräff: „... denn selbst wenn es so wäre, daß er [W. Rathenau] unser Retter ist, eine Schande wäre es fürs deutsche Volk, daß ein Semit es sein muß. Ich glaube an Friedrich Ludwig Jahns Wort: Den

Die gesellschaftlichen Führungsschichten brauchten einen „Sündenbock“, den sie für den kriegsbedingten Auflösungsprozeß der ständischen Ordnung verantwortlich machen konnten, der in Not geratene Mittelstand einen „Blitzableiter“ für seinen Zorn⁹⁴. Welche Nöte und Beschwerden es auch immer gab – und während des Krieges waren sie Legion –, die Juden wurden stereotyp als die Urheber und eigentlich Schuldigen für alle Übel angeprangert.

Bis zum Beginn des Krieges war der organisierte Antisemitismus relativ unbedeutend und einflußlos gewesen, weil seine Propagandisten nahezu alle dem unteren Mittelstand angehörten und es dem Bildungs- und Besitzbürgertum nicht standesgemäß erschien, zu ihnen Beziehungen zu unterhalten. Man verachtete die dort praktizierten Methoden und den Radau auf Straßen und in Bierlokalen. Der Krieg bewirkte hier einen radikalen Wandel. Es ist aber mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der Antisemitismus auch schon vor 1914 in den führenden Gesellschaftsschichten sehr viel weiter verbreitet war, als dies den Anschein hatte. Zweifellos hat sich in der Friedenszeit wohl kaum die Volksmehrheit „gegen die Zulassung von tüchtigen Juden zu Hochschulordinariaten, zum diplomatischen Dienst“ und anderen Staatsämtern gesträubt, sondern dies taten ausschließlich die „von dem jüdischen Mitbewerb betroffenen Kreise“⁹⁵. Aber diese haben doch offene antisemitische Agitation gescheut und eine politische Ausmünzung ihrer Ressentiments vermieden. Im Kriege aber waren sie dazu bereit, da sie um ihren gesellschaftlichen Einfluß bangten. Willig verbreiteten nun auch sie antisemitische Behauptungen und benützten die vulgäre antisemitische Phraseologie⁹⁶.

Deutschen kann nur durch Deutsche geholfen werden, fremde Helfer bringen uns immer tiefer ins Verderben.“ Brief an Schwaner, BA Koblenz, Nachlaß Rathenau Nr. 4. Über die Forderung des Ausschlusses der Juden aus öffentlichen Ämtern, Hochschulen, den Forschungsstätten etc. Deutsche Judenordnung in der Zeitschrift Auf Vorposten, VI (Juli–September 1918) 72 ff.

⁹⁴ Franz Oppenheimer, Der Antisemitismus, Neue Jüdische Monatshefte, II (10. September 1918), 528. „Auch die Klasse selbst spürt, daß ihre Sturmflut naht. Und gerade darum nutzt sie die letzte Frist ihrer Hegemonie aus, um womöglich noch das Schicksal zu wenden, indem sie einen Damm errichtet, und versucht, wenigstens noch vor dem Sturz ihr Mütchen zu kühlen. Das ist die sozialpsychologische Wurzel des neuen Antisemitismus oder der neuen Woge des Antisemitismus. Man bereitet für jeden Fall einen Sündenbock vor, den das Volk an Stelle des wirklich Schuldigen in die Wüste jagen mag...“ Die Auffassung, daß die Antisemiten die Juden als „Blitzableiter“ für den Unmut des verängstigten Mittelstandes brauchten, findet sich zuerst bei Georg Davidsohn, Neu-Orientierung, aaO, II (25. Januar 1918), 173.

⁹⁵ Sigbert Feuchtwanger, Grundsätzliches zur deutschen Judenfrage, aaO, I (10. August 1917), 619.

⁹⁶ So Prof. Dietrich Schäfer, wenn er das Berliner Tageblatt als „schmutziges Judenblatt“ bezeichnete, der Straßburger Staatsrechtler Erich Jung, der in der antisemitischen Zeitschrift Deutschlands Erneuerung die Phrase von der jüdischen Weltverschwörung übernahm, Prof. Hans von Liebig in seinen zahlreichen Broschüren und politischen Traktaten. Vgl. Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral,

Durch das Bündnis der Besitz- und Bildungsschichten mit dem radikalen Kleinbürgertum, namentlich der Handwerker und der Angestellten, wurde der Antisemitismus zu einem politischen Faktor in Deutschland. Das wurde im letzten Kriegsjahr bereits weithin sichtbar. Von einflußreichen Stellen und Persönlichkeiten gefördert und toleriert, entfalteten die antisemitischen Organisationen, wie der Reichshammerbund, der Verband gegen die Überhebung des Judentums, der Deutschbund und zahlreiche andere Organisationen eine weitverzweigte Tätigkeit. Zu ihnen gesellten sich neue Gruppen, wie zum Beispiel die Deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei, die Deutschvölkische Beamtenvereinigung, ein Bund völkischer Frauenvereine⁹⁷. Bald erscholl angesichts dieser „Hochflut von Gründungen“ erneut der Ruf nach einem organisatorischen „Zusammenschluß der Deutschbewegung“, damit der Kampf wirkungsvoller und nachhaltiger geführt werden könne⁹⁸. Dieser Ruf verhallte allerdings wie viele andere, die bereits früher erschollen waren. Aber die Saat, die jahrelang ausgestreut worden war, ging auf. Die Volksleidenschaften waren entfacht; in einigen Städten rief man bereits zum Pogrom auf⁹⁹.

Als angesichts der unausweichlichen militärischen Niederlage des Reiches Prinz Max von Baden im Oktober 1918 die erste parlamentarische Regierung bildete und damit die Parteien der Friedensresolution die politische Verantwortung übernahmen, gaben die extremen Nationalisten und Antisemiten jede Form der Zurückhaltung, auch dem Kaiser gegenüber, auf. Die all-deutschen Führer entschlossen sich nun im „Kampf der Weltanschauungen“ im Innern des Landes, die Führung zu übernehmen¹⁰⁰. Am 15. Oktober 1918

Göttingen 1969, 152ff. Auf zahlreiche andere Beispiele in der Verwaltung und den Parlamenten wird weiter unten noch eingegangen.

⁹⁷ Gründungsaufruf der Deutschen Arbeiter- und Angestelltenpartei in der Deutschen Zeitung, XXIII, Nr. 149 (22. März 1918). Ferner insbesondere der unvollständige Bericht über die „Organisierung des Rassen-Antisemitismus“ in den Mitteilungen, XXVIII, Nr. 10/11 (12. Juni 1918).

⁹⁸ AaO. Erstmals weist Georg Davidsohn, Neu-Orientierung, Neue Jüdische Monatshefte, II (25. Januar 1918) 173, auf die Tendenzen zum Zusammenschluß der antisemitischen Organisationen hin.

⁹⁹ Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Davidsohn fragte nach dem Erscheinen der Arbeiter-Schutz-Zeitung, Organ eines neu gegründeten Arbeiter-Schutz-Bundes, bei den Behörden an, namentlich dem Oberkommando in den Marken, wer Geld, Papier und Genehmigung für das Erscheinen dieser Pogromzeitung gegeben hätte. „Auf zum Pogrom!“, aaO, II (25. März 1918), 268. Er erhielt, wie nicht anders zu erwarten, keine Auskunft.

¹⁰⁰ Der Kaiser hatte anlässlich seines 30. Regierungsjubiläums davon gesprochen, daß der Weltkrieg ein Kampf zweier Weltanschauungen sei. Dieses Wort griff Claß sofort auf und sprach davon, daß es auch in Deutschland Anhänger der fremden Weltanschauung gäbe. Heinrich Claß, Der Kampf der Weltanschauungen, Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 309 (20. Juni 1918). Gebtsattel führte diesen Gedanken sofort weiter. Der Kampf der Weltanschauungen in der inneren Politik, aaO, XXIII, Nr. 326 (29. Juni 1918). In der Sprache des primitiven Verbandsantisemitismus hieß es dann: „Deutsch-aristokratische und jüdisch-demokratische Weltanschauung.“ Auf Vorposten, VI, (Juli-September 1918), 46 ff.

kündigte Freiherr von Gebattel an, er und seine Gesinnungsgenossen betrachteten die neue Regierung als illegitim und man werde alles tun, sie zu stürzen. Nachdem die Juden, so schreibt er, seit längerer Zeit „im Sinne der äußersten Radikalisierung des preußischen Wahlrechts“ gewirkt hätten, seien sie nun wieder „bei dem unblutigen Umsturz“ in Berlin, wie er die Bildung der parlamentarischen Regierung nannte, die eigentlich „treibenden Kräfte“ gewesen. Ohne Verständnis für „deutsches Denken und Fühlen“, ja sogar dem „Volke kalt und fremd gegenüberstehend“, seien sie nur darauf bedacht gewesen, ihre „Machtgier“ und ihren „Ehrgeiz“ zu befriedigen. Die „Schuld“, die sie mit ihrem Vorgehen und namentlich mit dem Berliner „Umsturz“ auf sich geladen, fordere „die äußersten Maßnahmen von deutscher Seite“ heraus¹⁰¹. Gebattel räumt ein, daß unter den Anhängern der Parlamentarisierung in der Presse und namentlich in den Parlamenten auch Nichtjuden zu finden seien, und daß diese sogar eine Mehrheit des Volkes hinter sich hätten. Gerade dies erfüllt ihn mit Zorn, denn „das Gift, von dem sie angesteckt“ und das sie nun auf die Volksmassen übertrügen, hätten Juden gemischt, und zwar in den Redaktionen der *Frankfurter Zeitung*, des *Berliner Tageblattes* und des *Vorwärts*. Dieses „Gift“ habe die „Zersetzung“ der gesamten politischen und moralischen Widerstandskraft des deutschen Volkes bewirkt. Alle Einwände gegen seine Behauptungen wehrt der katholische Aristokrat und bayerische General mit der „Feststellung“ ab, die Juden handelten nicht etwa mit „Absicht“ oder gar „teuflischer Bosheit“ so, sondern aus einer Art naturgesetzlichem rassistischen Zwang¹⁰². Daß viele Juden ausgesprochen konservativ dachten und die Mehrheit sich jeder aktiven politischen Tätigkeit enthielt, bestreitet er keineswegs. Ihm „genügte“ es, daß einige Juden die Demokratisierung Deutschlands erstrebten und sich dafür in den Parlamenten, den Parteien und der Presse einsetzten. Für Gebattel, Claß und ihre Freunde in der alldeutschen Verbandsleitung stand fest: demokratische Ideen waren „Gift“ und dieses war „jüdischer Herkunft“. Damit konstatierten sie die unumstößliche „Schuld des Judentums“ an sämtlichen politischen Veränderungen in Deutschland und an allen Erscheinungen des wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Lebens, die von ihnen mißbilligt wurden.

Vier Tage nach der Veröffentlichung dieses Artikels, in dem neue Aktionen der „nationalen Opposition“ angekündigt wurden¹⁰³, versammelten

¹⁰¹ *Konstantin Frh. von Gebattel*, Das „Ferment der Dekomposition“, Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 526 (15. Oktober 1918).

¹⁰² AaO. „Wir ... sprechen ... von dem Geiste, von dem Gifte der Zersetzung, der von dem Judentum ausgeht – nicht in dem Sinne etwa, als ob eine böse Absicht, noch viel weniger, als ob teuflische Bosheit die Träger dieses zersetzenden Geistes treibe und veranlasse, ihre staatsgefährdende Tätigkeit auszuüben. Sie ist etwas Tatsächliches, an den guten oder bösen Willen nicht Gebundenes, geradezu etwas Naturgesetzliches, das als Erbe einer jahrtausendelangen Entwicklung mit dem Judentum nun einmal untrennbar verbunden ist.“

¹⁰³ Auch dieser Artikel wurde wieder von Claß und Gebattel gemeinsam konzi-

sich in Berlin Hauptleitung und Geschäftsführender Ausschuß des Alldeutschen Verbandes. Die Vertreter des extremen Nationalismus, die bis in den Herbst 1918 hinein weitgesteckte Kriegsziele verkündet hatten, mußten sich nun mit der Tatsache des deutschen Waffenstillstandsgesuches auseinandersetzen. Es galt, den neuen Kurs des Verbandes festzulegen, der sich jetzt vorzugsweise auf Probleme der Innenpolitik bezog¹⁰⁴. Welcher Art das künftige Aktionsprogramm des Verbandes sein würde, war nach den eindeutigen Stellungnahmen der Vorsitzenden nicht mehr zweifelhaft.

Claß begründete in seiner Rede zunächst das starke Engagement des Verbandes in der Innenpolitik während des Krieges. Namentlich in der Wahlrechtsfrage habe der Einfluß des Verbandes geltend gemacht werden müssen, weil es darauf angekommen sei, der „Bagage“, die sich mit ganzer Kraft auf diese Sache konzentriert habe, die Initiative streitig zu machen. Weit davon entfernt, die Parlamentarisierung als definitiv anzuerkennen, rief Claß seine Mitarbeiter auf, weiterhin für die Errichtung der Diktatur in Deutschland zu kämpfen. „Wenn das politische Kriegsziel sich diktatorisch gestalten läßt, dann ist das Aufrollen der Judenfrage unnötig.“ Gelingen das aber nicht, sei dies unerläßlich, denn in der Auseinandersetzung mit dem parlamentarischen System lasse sich „als eins der stärksten Einwirkungsmittel die jüdische Angst [sic! gemeint ist wohl auch die Angst vor den Juden] gebrauchen“¹⁰⁵. Der Redner ging mit der politischen und militärischen Führung des Reiches hart ins Gericht. Eine Politik der Halbheiten und Unentschlossenheit habe Deutschland in seine verzweifelte Lage gebracht. Für ihn und seine Freunde sei es „eine der fürchterlichsten Enttäuschungen dieses Krieges“ gewesen, „daß einer nach dem anderen von den Leuten, die unser Idol waren, zusammengebrochen“ wäre.

Diese Kritik des alldeutschen Verbandsvorsitzenden an der deutschen Oberschicht war allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Dort galt es vielmehr, die Mehrheit der Politiker und Militärs von jeder Verantwortung freizusprechen, wollte man nicht die eigenen elitären Vorstellungen, namentlich die Überzeugung von der rassistischen und geistigen Überlegenheit der Führung über die „Bagage“, – und das war in ihren Augen die Mehrheit des Volkes – antasten und in Frage stellen. Nicht die Führung, sondern die Geführten hatten geirrt und versagt. Den Juden – obgleich politisch ohne jeden Einfluß – bürdete man letztlich die Verantwortung für das auf, was die Regierung getan oder unterlassen hatte. Die Angst vor jüdischem „Machtstreben“ und jüdischer „Ausbeutung“, die man jahrelang geschürt hatte,

piert, wobei Gebattel nicht mehr als seinen Namen beigesteuert hat, da er zu dieser Zeit krank war.

¹⁰⁴ Protokoll der Sitzung der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses am 19. und 20. Oktober 1918 in Berlin, Deutsches Zentralarchiv [DZA] Potsdam ADV 121; Fst. Hbg. 412 AV.

¹⁰⁵ Protokoll . . ., aaO.

sollte nun dazu dienen, das Volk zu verwirren und abzulenken. Ohne alle Umschweife forderte Claß die versammelten alldeutschen Aktivisten im Namen seines erkrankten Freundes Gebattel auf, „die Lage zu Fanfaren gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen“¹⁰⁶.

Mit sichtlicher Befriedigung wies Claß auf die während des Krieges erzielten Erfolge der antisemitischen Agitation hin, die es nun mit allen Kräften auszubauen gelte. Er rechnete dabei künftig mit einer Unterstützung seiner Aktionen seitens der Schwerindustrie, der Armee und des preußischen Adels. Nur wenn alle verfügbaren Kräfte und Mittel eingesetzt würden, könne es gelingen, „Furcht und Schrecken... in der Judenschaft“ zu erregen. Am Schluß seiner Ausführungen versicherte Claß: „Ich werde vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleists¹⁰⁷... halten: ‚Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht!‘“

In dem Augenblick, in dem der Kriegsbrand an den Fronten zu verlöschen begann, entfachten die Antisemiten und radikalen Nationalisten den innerdeutschen Kampf. Die Versammelten haben zu dieser Zeit alle gewußt, wohin eine solche Entfesselung niedrigster Triebe führen mußte. Seit Jahren erhielten sie Zuschriften aus dem Kreis ihrer Anhänger, hörten sie Zwischenrufe in ihren Versammlungen, die zeigten, wie die Stimmung in dem von ihnen beeinflussten Teil des Volkes war. Schon 1916 drohte ein fanatischer Forstmeister in einem Brief an Theodor Fritsch: „Die Männer, die seit Jahren im Schützengraben mit Handgranate und Dolch zu arbeiten gewohnt sind... die werden sich an niemand kehren, wenn es gilt daheim Rache zu nehmen...“¹⁰⁸

Die Alldeutschen waren fest davon überzeugt, daß das deutsche Volk nur nach ihren „Rezepten“ zu retten sei¹⁰⁹. Es kam darauf an, eine neue Ideologie zu schaffen, die der gereizten Stimmung großer Schichten des Volkes entsprach. Man nutzte das während des Krieges gesteigerte Selbstgefühl, die Vorstellung von der „unvergleichlichen Überlegenheit der eigenen Nation über

¹⁰⁶ AaO.

¹⁰⁷ *Heinrich v. Kleist*, Germania an ihre Kinder. Dort heißt es: „Schlagt ihn tot! Das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht!“

¹⁰⁸ Belegstücke zur Eingabe Theodor Fritschs an den König von Sachsen, das Innenministerium, den König von Bayern vom 22. August 1916. Schreiben eines kgl. Forstmeisters an Fritsch, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 327. Es gab in dieser Zeit genügend Anzeichen dafür, in welcher Weise der jahrelange Grabenkrieg gerade jüngere Soldaten geformt hatte. Vgl. dazu neuerdings *Karl Heinrich Höfele*, op. cit., 151, „Der Krieg erzeugte sozusagen den Kämpfer an sich, der nicht mehr nach Ziel und Zweck des Kampfes fragt, für den der Kampf Eigenwert besitzt... Dieser neue Typus des Kriegers... grübelt nicht über Recht und Unrecht, Gut und Böse, er packt einfach zu und kämpft, um zu kämpfen. Ein Menschenleben bedeutet für ihn nichts Heiliges, Unantastbares; Menschen zu töten ist für ihn eine Kleinigkeit, da sie ja doch einmal sterben müssen.“

¹⁰⁹ So Claß in seinen Schlußworten. Protokoll... , aaO.

alle anderen“¹¹⁰, um glaubhaft zu machen, daß ein Volk mit so einmaligen Tugenden überhaupt nur durch Verrat und Verschwörung zu bezwingen sei. Besänne sich das Volk auf seine Art, bekämpfe es jeden „fremden“ Einfluß, so sei jede Sorge um die Zukunft der Nation und um die eigene Existenz unbegründet. Die alldeutsche Propaganda zielte darauf ab, die Menschen zu überzeugen, sie könnten die Gefahren und Ängste der unmittelbaren Zukunft nur dann bestehen, wenn sie hinreichend Gelegenheit hätten, ihre Verzweiflung und Enttäuschung abzureagieren. Damit sich das Volk nicht gegen diejenigen empörte, die den Krieg geführt hatten und für die Niederlage verantwortlich waren, mußte ihm ein anderer „Feind“ gezeigt werden, auf den sich alle Aggressionen ablenken ließen¹¹¹.

Die Alldeutschen wußten, daß die „improvisierte Parlamentarisierung“¹¹² eine Machtverschiebung zu ihren Ungunsten einleitete. Noch bevor das Ausmaß der militärischen Niederlage erkannt und erste Anzeichen der Revolution sichtbar wurden, trafen sie Vorsorge für die Zukunft. Ihr Nahziel war es, den neuen „Machthabern einen Block entgegenzusetzen, an dem sie scheitern“ sollten¹¹³. Da sie aber genau wußten, daß sie in kurzer Zeit kein Widerstandszentrum schaffen konnten, faßten sie sogleich das Fernziel ins Auge, nämlich das deutsche Volk „von unten an“ zu „erziehen“. Neue Männer sollten „es mit Idealen erfüllen und an harten Kampf gewöhnen, damit es beim Endkampf bereit und schlagfertig“ befunden werde. Wahrscheinlich würde die letzte und entscheidende Auseinandersetzung erst von der kommenden Generation geführt werden. Darauf gelte es sich einzustellen, denn es komme nicht auf den Zeitpunkt des entscheidenden „Endkampfes“ an, sondern allein darauf, daß diejenigen Menschen, die ihn zu führen hätten, so gut vorbereitet wären, daß sie „im zweiten Punischen Krieg“ auf jeden Fall „den Sieg an ihre Fahnen heften“ könnten¹¹⁴. Um das Volk an den Kampf zu gewöhnen, entfesselten die radikalen Nationalisten nun die Auseinandersetzung mit dem „inneren Feind“.

Außer den Alldeutschen trafen im Oktober 1918 auch die Oberste Heeresleitung und namentlich Ludendorff Vorsorge für die Zukunft. Die OHL hatte auf die Bildung einer parlamentarischen Regierung in Deutschland ge-

¹¹⁰ Die Verzerrung des Nationalismus, Mitteilungen, XXVI, Nr. 7 (5. April 1916).

¹¹¹ Vgl. dazu u. a. *Eduard Lamparter*, Evangelische Kirche und Judentum – Ein Beitrag zu christlichem Verständnis von Judentum und Antisemitismus, Gotha 1928. Neudruck in: *Versuche des Verstehens. Dokumente jüdisch-christlicher Begegnung aus den Jahren 1918–1933*, hrsg. von *Robert Raphael Geis* und *Hans-Joachim Kraus*, München 1966, 299.

¹¹² *Hugo Preuß*, Die Improvisierung des Parlamentarismus, Norddeutsche Allgemeine Zeitung vom 26. Oktober 1918. Zitiert nach: *Hugo Preuß*, Staat, Recht und Freiheit, Hildesheim 1964, 361 ff.

¹¹³ *Konst. Frh. von Gebattel*, Das „Ferment der Dekomposition“, Deutsche Zeitung, XXXIII, Nr. 526 (15. Oktober 1918).

¹¹⁴ J. F. Lehmann an die Frau eines Freundes, 25. Oktober 1918, in: Verleger J. F. Lehmann, 150.

drungen, weil sie verhindern wollte, daß Vertreter des alten Systems den verlorenen Krieg liquidieren müßten. Nicht die Oberste Heeresleitung, sondern eine parlamentarische Regierung und vor allem „die linksstehenden Parteien“ sollten „das Odium dieses Friedensschlusses auf sich nehmen“. Dann würde sich „der Sturm der Entrüstung des Volkes“ unvermeidlich „gegen diese kehren“ und die wahrhaft Verantwortlichen verschonen. Gelingte dies, so hoffte man sich nach einer gewissen Zeit „wieder in den Sattel zu schwingen und nach dem alten Rezept weiter zu regieren“¹¹⁵.

Dieser Strategie der extremen Rechten waren die Demokraten in keiner Weise gewachsen. Die Situation komplizierte sich bei Kriegsende in einer unvorhergesehenen Weise, weil infolge der Auflösungserscheinungen in Heer und Flotte und der Aktionen der radikalen linken Gruppen, die sich im Spartakusbund sammelten, der im November 1918 gebildete Rat der Volksbeauftragten, der vorzugsweise aus Vertretern der gemäßigten linken Parteien bestand und über keine eigenen militärischen oder parlamentarischen Hilfskräfte verfügte, gezwungen war, sich der Hilfe des ehemals kaiserlichen Militärs und der Generäle zu bedienen, um die Ruhe im Lande wiederherzustellen. Dies schwächte die Position der Demokratie gegenüber den Rechtskreisen, auf deren Hilfe die Regierung nun angewiesen war. In unserem Zusammenhang genügt es festzustellen, daß durch diese Ereignisse und die sich daraus ergebende Konstellation die Festigung des demokratischen Regimes und die Durchsetzung demokratischer Ideen außerordentlich erschwert worden ist, was für die ganze Zukunft der Weimarer Republik von ausschlaggebender Bedeutung war. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Mehrheit der gemäßigten demokratischen Gruppen, bestürzt über die Revolutionsereignisse und den kompromißlosen Kurs einiger revolutionärer Führer, nicht den Mut hatten, sich mit der erforderlichen Energie gegen die Aktionen und die Propaganda der aggressiven Rechtskreise zu wenden.

So kam es, daß die radikalen Antisemiten, die sich in den Tagen der Revolution unsicher gefühlt und aus taktischen Erwägungen zurückgehalten hatten, bald wieder mit lauter Propaganda auf den Plan traten, wobei ihnen das Argument zugute kam, daß ebenso wie in der gemäßigten Linken auch in den radikalen Linksgruppen und unter den Führern der russischen Revolution Juden waren. Es konnte der Eindruck erweckt werden, als seien die Anschauungen derjenigen Rechtskreise, die schon während des Krieges die kommende Revolution vorausgesagt und vor ihr gewarnt hatten, durch die Ereignisse bestätigt worden. Diese irreführende Interpretation wirkungsvoll zu widerlegen, zeigte die Regierung weder genügend Festigkeit noch Kraft. Sie war zu sehr damit in Anspruch genommen, die dem Bestand des Staates

¹¹⁵ Bericht des Königl. Bayer. Militärbevollmächtigten im Gr. Hauptquartier an den Kriegsminister. Sonderbericht Nr. 8 geh. vom 7. Oktober 1918, Bayer. HStA, Kriegsarchiv, MKr 1832.

unmittelbar drohenden Gefahren abzuwehren. In dieser Zeit hatte die antisemitische Propaganda somit freies Feld.

Die Größe der den Juden drohenden Gefahr ist von niemandem wirklich erkannt worden. Die Mehrheit des deutschen Volkes beruhigte sich mit der Feststellung, die Alldeutschen und ihre antisemitischen Verbündeten hätten keine Massen hinter sich. Zwar leugnete man nicht, daß der Antisemitismus während des Krieges Auftrieb erhalten hatte, erklärte dies aber damit, daß sich dort „malkontente Reaktionäre“ sammelten. Die eigene Untätigkeit rechtfertigte man mit der These, die „Reaktionäre“ müßten zwangsläufig scheitern, weil niemand auf die Dauer gegen den Strom der Zeit schwimmen könne. Im Vertrauen auf die Urteilsfähigkeit des Volkes schauten daher viele Sozialisten und Demokraten geringschätzig auf die geistlosen antisemitischen Demagogen herab. Eine Auseinandersetzung mit ihnen hielten viele für überflüssig, andere führten sie mit überlegener Ironie.

Eine entschlossene und planmäßige politische Auseinandersetzung mit dem drohend anwachsenden Antisemitismus unterblieb also nicht nur, weil das Machtstreben der Alldeutschen und ihre demagogische Geschicklichkeit nicht erkannt wurden, sondern auch infolge der Fehleinschätzung der Urteilsfähigkeit und politischen Reife der Volksmehrheit. Dies war freilich überraschend angesichts der Erfahrungen während des Krieges. Hatten doch große Schichten des Volkes bis zum Herbst 1918 an den baldigen Siegfrieden geglaubt¹¹⁶. Warnungen wurden nicht ernst genommen, Kritiker vielfach auch verhöhnt und geächtet¹¹⁷.

Als die Nachricht von den Waffenstillstandsverhandlungen Millionen von Gläubigen aus ihren Illusionen riß, drohte die Gefahr, daß die Ernüchterten sich in neue Illusionen und einen Glaubensersatz flüchten würden. Sie waren prädisponiert für antisemitische Parolen, die den Zusammenbruch als das Werk „volksfremder Elemente“ und „Verräter“ bezeichneten. Vor allem Beamte, Lehrer, Pfarrer, Journalisten, Verbands- und Parteisekretäre, die bisher amtliche Zweckpropaganda getrieben hatten, machten sich nun die antisemitischen Thesen zu eigen als Entschuldigung dafür, daß sie bis zum Schluß den Sieg der deutschen Armeen verkündet hatten. Auch wenn sie sich nicht selbst antisemitisch betätigten, so verhielten sie sich doch der Verhetzung gegenüber gleichgültig oder wohlwollend neutral.

Als die Alldeutschen am 20. Oktober 1918 in Berlin ihre Mitglieder anwiesen, auf die Straßen zu gehen, zu demonstrieren und Aktionen gegen die

¹¹⁶ Ballin schrieb von einem kurzen Aufenthalt in Eilsen am 19. September 1918 an Harden: „Ich bin in großer Sorge um das, was werden soll. Dabei spielt hier von morgens bis abends spät Musik, und die Leutchen sind seelenvergnügt und denken nicht an den Winter des äußersten Mißvergnügens, der ihnen bevorsteht. Warum sind wir nicht Optimisten geworden? Optimist und Korpsstudent, damit läßt sich alles ertragen.“ BA Koblenz, Nachlaß Harden Nr. 7.

¹¹⁷ Leutnant Reinhold Mosgau an Maximilian Harden, 3. Oktober 1917, BA Koblenz, Nachlaß Harden Nr. 75.

Juden und alle Deutschen, die ihnen beistanden, durchzuführen, geboten sie allenfalls über hunderttausend Aktivisten in den eigenen und verbündeten Organisationen. Diese Gruppen fanden Beachtung und schließlich auch starken Zulauf nicht zuletzt infolge der Haltung vieler Intellektueller, die die Unruhe der Bevölkerung spürten und sie – bereitwillig dem Zug der Zeit folgend – unterstützten, ohne die Konsequenzen ihres Tuns zu bedenken.

Einzelnen konservativen Politikern wurde allerdings schon vor Beginn der Revolution bewußt, welche Folgen die Radikalisierung der Rechten für Staat und Gesellschaft haben mußte. Ein prominenter Konservativer, Professor Otto Hoetzsch, faßte nach der Verfassungsänderung vom Oktober 1918, die auch er als „Revolution“ empfand, seine Gedanken über die Zukunftsaufgaben konservativer Politik in einer Denkschrift zusammen, die er am 5. November 1918 dem Grafen Westarp und einigen anderen Politikern seiner Partei übersandte¹¹⁸. Zwar sei, so konstatiert Hoetzsch, während des Krieges auch von den Konservativen viel von einer „Neuorientierung“ der Politik gesprochen, konkret aber kaum etwas dafür getan worden. Selbst in dem langjährigen Ringen um die Wahlrechtsreform in Preußen habe die Partei abseits gestanden und diese passive Haltung bis zum Herbst 1918 nicht aufgegeben¹¹⁹. Nun, da die Einführung des gleichen Wahlrechts unmittelbar bevorstehe, reagiere man mit „Niedergeschlagenheit, ja Verzweiflung“ auf die Entwicklung. Nachdem die Partei durch ihre Untätigkeit jeden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen Politik verloren habe und ihr daher viele Anhänger den Rücken gekehrt hätten, sei es an der Zeit, ein neues Programm zu entwickeln und erst danach wieder aktiv in das Geschehen einzugreifen. Sonst wachse die „Gefahr“, daß gerade „in diesem entscheidenden Augenblick“ sich andere „Kreise des Gedankens einer Neueinrichtung und Neusammlung der Rechtsstehenden“ bemächtigten. Die Führer und Propagandisten des „extremnationalen Radikalismus“ würden künftig „mit noch größerer Schärfe auftreten“ als während des Krieges und ihre Anhänger ausschließlich auf der „Grundlage des nationalen Gedankens“ und unter Ausnutzung der „antisemitischen Welle“ organisieren. Hoetzsch drängte seine Parteifreunde, zeitgemäße Leitbilder aufzugeben, jedoch an den konservativen Grundforderungen festzuhalten und „mit aller Offenheit und Entschiedenheit“ den Boden der parlamentarischen Demokratie zu betreten.

Hoetzschs Vorschlag, die konservative Partei als Kern einer neuen demokratischen Massenpartei zu erhalten, kam zu spät. Die Alldutschen hatten sich mit ihrem antisemitischen Anhang schon eine breite Basis in der Be-

¹¹⁸ Denkschrift mit Begleitschreiben vom 5. November 1918 im DZA Potsdam, Nachlaß Westarp, Fst. Hbg. 7533.

¹¹⁹ Über die passive Haltung der Parteileitung wurde in den letzten Kriegsjahren überall Beschwerde geführt. Vgl. auch *Annelise Thimme*, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969, 9 ff., besonders auch Zitat Anm. 5, 162.

völkerung geschaffen, und ein großer Teil der Schichten, die Hoetzsch für die Konservativen gewinnen wollte, war bereits zu den Alldutschen und Antisemiten abgewandert. Infolge des Versagens der gemäßigt christlich-konservativen Gruppen, die in den Monaten des militärischen Zusammenbruchs und der Revolution dem rechtsstehenden deutschen Bürgertum keine Alternative zu den Programmen der Gruppen um Claß und Gebattel anzubieten hatten, gelang die Radikalisierung breiter rechtsstehender Schichten des deutschen Volkes.

Als symptomatisch für die Stimmung, die nach viereinhalb Kriegsjahren viele deutsche Juden erfaßt hatte, kann man einen Satz aus einem Brief Albert Ballins ansehen: „Gegen die Mächte, die am Werke sind, ist nicht anzukommen, man kann nur resigniert der Entwicklung dieses furchtbaren Erlebens zusehen. Ich bin von einer tiefen Melancholie erfaßt, aus der ich mich gar nicht wieder loslösen kann.“¹²⁰ Ballin litt vornehmlich unter der außenpolitischen Isolierung des Reiches, die Mehrheit der Juden unter der gesellschaftlichen Ächtung und politischen Verfemung.

So mußten sich die Juden bei Kriegsende eingestehen, daß sogar ihre Existenz stark gefährdet war. Das deutsche Volk hatte im „Schmelztiegel“ des Krieges¹²¹ viel verloren. Davon blieb das Denken und Handeln der Menschen nicht unbeeinflusst: sie haßten alle, die anders waren, die der Nivellierung und Uniformierung trotzten,¹²² weil sie an ihrem Glauben und ihrer Tradition festhielten. Die Hoffnung der Juden, sich durch Leistungen „Achtung und die Gleichberechtigung zu erkämpfen“, hatte getrogen¹²³.

IV

Nach den Enttäuschungen der Kriegszeit wurde der Sturz des Kaiserreiches von der Mehrheit der Juden als „ein Ereignis von größter historischer Tragweite“ begrüßt, das ihnen die langentbehrte „wirkliche Gleichberechtigung“ verhieß¹²⁴. Sie gründeten die Zukunftserwartung nicht nur darauf, daß die ständige „Zurücksetzung der deutschen Juden im politischen Leben des Landes“ überwunden werden würde, sondern viele idealistische Juden – ebenso wie Nichtjuden – glaubten, daß mit der Revolution ein Schritt auf dem Weg der „Selbsterlösung“ der Menschheit getan, ein „Sieg des Geistes“,

¹²⁰ Ballin an Harden, 4. Januar 1918, BA Koblenz, Nachlaß Harden Nr. 7.

¹²¹ *Georg Simmel*, Deutschlands innere Wandlung. Rede in Straßburg am 7. November 1914, Straßburg 1914, 5.

¹²² Vgl. das Kapitel Das große Hassen in dem Werk von *Joseph Wohlgemuth*, Der Weltkrieg im Lichte des Judentums, Berlin 1915, 51 ff.

¹²³ *Leo Plaut*, Über Antisemitismus, Der Jude, VIII (Juli 1924), 425.

¹²⁴ *M. R. [Moritz Rosenthal]*, Die Revolution, Neue Jüdische Monatshefte, III (10./25. November, 16. Dezember 1918), 49.

der „Freiheit und Gerechtigkeit will“¹²⁵, errungen worden sei. Immer wieder wurde die – freilich etwas naive – Hoffnung ausgesprochen, der freiheitliche Geist würde das Zusammenleben der Menschen von Grund auf verändern und dazu führen, daß alle Deklassierten, darunter auch Juden und Angehörige anderer Minderheiten, die in einer feindlichen Atmosphäre „empfindsam, überaus ängstlich und mißtrauisch“ geworden waren, freier, stolzer und selbstbewußter würden leben und zum Nutzen der Gemeinschaft wirken können¹²⁶.

Aus Kreisen jüdischer Intellektueller kam auch die Idee, daß in einem Moment, wo die ganze Welt von Deutschenhaß erfüllt war, gerade Juden dem neuen Deutschland entscheidende Dienste leisten könnten, indem sie dabei mitwirkten, den Weg zur Annäherung und Verständigung der Völker zu bahnen. War doch, wie damals häufig von Deutschen festgestellt wurde, der irrationale Deutschenhaß dem Judenhaß vergleichbar. „Die Deutschen erleiden jetzt das Los der Juden“, konstatierte man wiederholt, ohne daß freilich daraus die logische Folgerung gezogen worden wäre, auch den Judenhaß als eine emotionale und irrationale Erscheinung zu erkennen. Die Völker Westeuropas und der USA und oft auch der neutralen Staaten betrachteten Deutschland als Hort der Reaktion“ und nach dem Ende der Zarenherrschaft 1917 schließlich auch als „stärkstes Bollwerk des Antisemitismus“. Konnten nicht gerade die Juden helfen, diese Vorurteile abzutragen und damit die Isolierung Deutschlands zu durchbrechen¹²⁷? Gerade wegen der ihnen bisher verübelten internationalen Verbindungen wollten sie die „Rolle als Mittler zwischen den Nationen“ spielen¹²⁸. Auch das war eine redliche und gutgemeinte, aber naive Überschätzung des wirklichen Einflusses der Juden.

Jedenfalls war jedes Eintreten der Juden für Deutschland von vornherein zum Scheitern verurteilt und auch psychologisch unmöglich, solange die antisemitische Propaganda ungehemmt weiterging. Wie konnte man da die Welt überzeugen, daß eine neue Gesinnung und Bereitschaft zur Völkerverständigung vorhanden war? Zunächst galt es also, von den „Flächen des Staats-

¹²⁵ *Amitai [Nahum Goldmann]*, Chronik, Der Jude, III (Januar 1919), 449 f.

¹²⁶ *M. R.*, Die Revolution, aaO, 50; *Amitai*, Chronik, aaO, 451.

¹²⁷ *M. R.*, Die Revolution, aaO, 50. Der Ansatz zur Verständigung sollte vornehmlich im kulturellen Bereich gesucht werden. „Die an sich ja zweifellos vorhandene starke Verbundenheit weiter Kreise des Judentums mit der deutschen Kultur wird jetzt erst sich frei äußern und auswirken können . . .“

¹²⁸ *Amitai*, Chronik, aaO, 450. Auf die besondere Aufgabe der Juden als „Mittler der Nationen“ hat Eduard Bernstein schon während des Krieges hingewiesen. *Eduard Bernstein*, Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege, Berlin 1917, bes. 23 f. Dieser Vortrag Bernsteins löste in der SPD unerfreuliche antisemitische Reaktionen und Ressentiments aus. *David*, op. cit., 112 f. (14. März 1915). Die Antisemiten haben die Äußerungen Bernsteins später tendenziös entstellt und agitatorisch ausgenutzt. Sie verbreiteten auch das Büchlein von *Emil Kloth*, Einkehr. Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie, München 1920.

lebens“ den „Schutt“ zu räumen. Mehr als dort aber lag dieser Schutt „in den Tiefen des Gesellschaftslebens“, von wo er nur unter großen Mühen zu entfernen war. Gerade diese Mühen – dies war für Martin Buber und viele andere Zeitgenossen Anlaß zur berechtigten Sorge – wurden gescheut. Die Absichten der neuen Träger der Staatsgewalt hatten nur den „Charakter von Notstandsaktionen“. Mit unzulänglichen Mitteln ließ sich aber das „innere Gefüge des menschlichen Zusammenlebens“ nicht entscheidend umgestalten. Als die entscheidende Aufgabe sah Buber die generelle Verbesserung der „Beziehungen von Mensch zu Mensch, von Gruppe zu Gruppe“ und endlich auch „von Volk zu Volk“¹²⁹.

Befreiung des Menschen aus alten Vorurteilen und Neugestaltung der Gesellschaftsordnung forderten Publizisten, Künstler, Pazifisten und linke Sozialisten. Die Juden unter ihnen nahmen sich oft besonders leidenschaftlich der Nöte aller Entrechteten an und verkündeten kompromißlos die Idee einer neuen und gerechteren Welt¹³⁰. In ihrem Eifer schossen manche über das Ziel hinaus und erzielten durch ihre Übertreibungen und Angriffe auf die deutsche Tradition den gegenteiligen Effekt von dem, was sie bezweckt hatten¹³¹. (Die Mehrheit der sozialistischen und demokratischen Politiker und Publizisten verurteilte den Radikalismus und Rigorismus der extremen linken Gruppen. Man sah Ruhe und Ordnung durch die Revolutionäre von links gefährdet.) Im Enthusiasmus der Stunde glaubten jugendliche Idealisten, mit der Allmacht des Staates würden auch Zwang und Gewalt ein Ende haben. Dann werde der Mensch sich seiner wahren Individualität bewußt werden und Terror, Furcht und Opportunismus würden verschwinden. Der Staat der Zukunft sollte „nicht mehr Selbstzweck und absolutes Wesen, sondern Mittel und Werkzeug im Dienste des Geistes“ sein¹³².

Nun läßt sich gewiß darüber streiten, ob das Kaiserreich allmächtig gewesen war und wie weit diese „Allmacht“ gereicht hatte. Auf keinen Fall hatte das Kaiserreich den Menschen „in seiner Totalität“ für sich beansprucht. Tendenzen dieser Art waren jedoch von den extremen Nationalisten verfolgt worden. Gleichwohl konnten sich die Schöpfer der neuen Verfassung und die Parteien der Weimarer Koalition bloß dazu verstehen, die Bevölkerung gegen Machtmißbrauch der Regierungen, gegen Übergriffe und Willkürakte der Staatsorgane zu sichern, nicht aber gegen Gewalttaten und Pressionen, die von

¹²⁹ *Martin Buber*, *Die Revolution und Wir*, *Der Jude*, III (November/Dezember 1918), 346.

¹³⁰ *Adler-Rudel*, op. cit., 58; vgl. auch *Bertha Badt-Strauss*, *Rosa Luxemburg*, *Der Jude*, VIII (März 1924), 188.

¹³¹ So bezeichnete es z. B. Wieland Herzfelde als das Ziel seines und des Freundes George Grosz' Wirkens, „alles, was den Deutschen bisher lieb gewesen sei, in den Dreck zu treten“, d. h. alle abgelebten „Ideale“ zu beseitigen, um freie Bahn und frische Luft zu schaffen. *Kessler*, op. cit., 114.

¹³² *Amitai*, *Chronik*, aaO, 452.

Minderheiten des Volkes durch „demagogische Aufwühlung der Massenleidenschaften“ gegen andere Minderheiten verübt wurden¹³³.

Das Gefühl, daß ein als ungerecht und reaktionär empfundenes Herrschaftssystem zusammengebrochen war, berauschte die Demokraten in Deutschland, einschließlich vieler Juden, und trübte ihren Blick so weit, daß sie die Zukunft zu optimistisch beurteilten¹³⁴. So trafen sie wohl Vorsorge, eine Rückkehr der Gegner von Gestern zu verhindern, versäumten es aber, hinreichenden Schutz gegen die Feinde von Morgen zu schaffen. Die Parteien der Weimarer Koalition trugen der Tatsache kaum Rechnung, daß die Alldeutschen und ihre zahlreichen Verbündeten nicht nur eine Offensive gegen die Juden, sondern damit zugleich auch gegen die neue Republik einleiteten. Weil man sich dieser Erkenntnis verschloß, konnten sich die antisemitischen Kader agitatorisch und organisatorisch ungehindert betätigen. Der Ausbruch der Revolution und die Angriffe der extremen, auch von den Ideen der russischen Revolution beeinflussten Gruppen von Aufständischen erzeugten das Gefühl, daß der neue Staat vor allem gegen linksgerichtete Umsturzversuche verteidigt werden müsse.

Der Alldeutsche Verband hatte jedoch bereits am 20. Oktober 1918 in Berlin zum Bürgerkrieg aufgerufen und die Parole für die kommenden Aktionen ausgegeben. Nach Gebtsattels Plan sollten die Juden zu „Blitzableitern für alles Unrecht“ gemacht werden, das als Folge des Krieges über das deutsche Volk hereinbrach, und es galt, keine Zeit zu verlieren, wenn die alldeutsch-antisemitische Version vom Kriegsausgang im Volk verbreitet werden und auf fruchtbaren Boden fallen sollte, bevor eine sachliche und neutrale Stellungnahme zu ihm drang. Der Antisemitismus war als Mittel dazu bestimmt, „die Massen einzufangen“¹³⁵, um sie dann zu organisieren und gegen die neue Staatsordnung zu führen.

Im dem Bemühen um die „Massen“ wollte sich Claß aber „nicht allein auf die Rechte stützen“, sondern „auch die Linke“ heranziehen, wo seiner Überzeugung nach ebenfalls „zahlreiche Antisemiten“ zu finden seien. Mit diesem Plan konnten sich einige Teilnehmer der Sitzung aus ideologischen Gründen

¹³³ *Adolf Leschnitzer*, *Geschichte der deutschen Juden vom Zeitalter der Emanzipation bis 1933*, in: *Judentum. Schicksal, Wesen und Gegenwart*, hrsg. von *Franz Böhm* und *Walter Dirks*, Bd. 1, Wiesbaden 1965, 278. „Die ‚freieste demokratische Verfassung der Welt‘ wurde geschaffen für ein Volk, das Demokratie bisher nur vom Hörensagen kannte. Manche Sicherung wurde eingebaut, um eine Wiederkehr der feudalen Mächte zu verhüten. Jeder Schutz fehlte gegen etwas Neues und doch Ur-altes, mit dessen Kommen keiner der Baumeister gerechnet hatte, gegen die demagogische Aufwühlung der Massenleidenschaften, die schon so oft in der Geschichte zum Sturz einer Demokratie und der Aufrichtung einer Tyrannis geführt hat.“

¹³⁴ *Hans Reichmann*, *Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, in: *Festschrift zum 80. Geburtstag von Leo Baeck am 23. Mai 1953*, London 1953, 67.

¹³⁵ Justizrat *Stolte*, ähnlich auch *Claß* und *Jacobsen*. Protokoll der Sitzung, Fst. Hbg. 412 AV.

nicht befreunden. Sie verwiesen daher auf das starke antisemitische Potential in den „nationalen Arbeiter-Berufsverbänden“. Die Mitglieder dieser Organisationen hielt man für leichter lenkbar. Um „an das Volk heranzukommen“, sollten grundsätzlich neue Wege beschritten und Methoden angewandt werden, die der Verband bisher verschmäht hatte, so zum Beispiel die Entsendung von Diskussionsrednern in politische Versammlungen, die Durchführung planmäßiger Agitationskampagnen in Betrieben und Gewerkschaften und die Inszenierung aufsehenerregender Straßendemonstrationen¹³⁶. Nun wußten die alldeutschen Honoratioren nur zu gut, daß sie kaum Kontakt zum „Volk“ besaßen und als Agitatoren höchst ungeeignet waren. Für die Lösung solcher „praktisch-demagogischen“ Aufgaben hatten sich während des Krieges zahlreiche Verbandsantisemiten aufs beste empfohlen. Diese sollten nun die tägliche „Kleinarbeit“ leisten. Die Alldeutschen gedachten sie zu lenken und „gedanklich“ zu „befruchten“¹³⁷. Solche Demagogen wurden angeworben und zur sofortigen Aktion eingesetzt. So konnten Claß und seine Gesinnungsfreunde im Hintergrund bleiben und den Kontakt mit der „Canaille“ oder „Bagage“ – und mehr war für sie das ungebildete und besitzlose Volk nicht – bezahlten, ehrgeizigen und skrupellosen Hetzern überlassen¹³⁸.

Zur Lenkung und Koordinierung der antisemitischen Organisationen und Aktionen hatte der Alldeutsche Verband bereits im September 1918 einen besonderen Ausschuß gebildet. In diesen wurden alle bekannteren Partei- und Verbandsantisemiten berufen¹³⁹. Eine für November 1918 anberaumte Sitzung, die den Auftakt zu den zentral gesteuerten Aktionen bilden sollte, mußte

¹³⁶ Justizrat Stolte, aaO: „Eine Unzahl von Agitatoren muß in den Gewerkschaften arbeiten und wir müssen auf die Straße gehen . . . Derartige Demonstrationen wirken nach außen hin, in die Provinz, suggestiv.“

¹³⁷ Claß, aaO. Wie weit die Alldeutschen in ihren Bemühungen um die Anwerbung primitiver Demagogen gingen, mag ein Beispiel zeigen. Frh. von Gebattel schrieb persönlich an den Sekretär einer rheinischen Genossenschaft, den „Hochwohlgeborenen“ Herrn Heinrich Dolle, der in dem Arbeitsblatt der Bezugs- und Absatzvereinigung der Kleinviehzüchter zu Moers am 1. Oktober 1918 einen groben antisemitischen Artikel geschrieben hatte, und forderte ihn zur Mitarbeit im alldeutschen Judenausschuß auf. „Arbeitsblatt“ und Brief Gebattels an Dolle vom 6. November 1918, Fst. Hbg. 11 – D 25.

¹³⁸ Fst. Hbg. 412; über die „Notwendigkeit“ der taktischen Zurückhaltung in der täglichen Agitation äußerte sich Claß auch an anderer Stelle. Fst. Hbg. 11 – C 2. Auf die Tatsache, daß das Volk für die Alldeutschen nur die „Canaille“ war, wies der C.V. wiederholt hin, so u. a. Im deutschen Reich, XXIV (Dezember 1918), 456. Hinsichtlich der Praktiken alldeutscher Führer heißt es, sie seien „Machtpolitiker mit steinhartem Gewissen, die alle Kniffe und Pfiße der Demagogie kennen und anwenden, ohne sich selber in die ‚Drecklinie‘ zu stellen“ (aaO, 457).

¹³⁹ Den Vorsitz in diesem Ausschuß hatte Frh. von Gebattel, sein Vertreter war Georg Fritz. Ihm gehörten an: vom Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes, Bacmeister, Calmbach, Gebhard, Joerges, Lehmann, Lohmann, Pezoldt und Schlüter. Aus dem Vorstand des Alldeutschen Verbandes wurden entsandt: Jacobsen, Langhans, Lucius, Roth und v. Vietinghoff-Scheel. Später wurden noch Adolf Bartels und Ferdinand Werner berufen. *Lohalm*, op. cit., 51 ff.

infolge der Revolutionsereignisse verschoben werden. So wurden die endgültigen organisatorischen Entscheidungen erst auf der Tagung der Gesamtleitung des Alldeutschen Verbandes Mitte Februar 1919 in Bamberg getroffen¹⁴⁰. Aber auch ohne eine zentrale Lenkung und Planung entfalteten die antisemitischen Gruppen und Bünde, die alldeutschen Funktionäre und Publizisten in den Revolutionswochen eine zügellose Agitation. Sie bemühten sich, die durch die Revolution entstandene Verwirrung und Angst nach Kräften zu steigern und für ihre Zwecke zu nutzen. Dies wirkte sich in einer Zeit, in der sich die Parteien und Verbände der bürgerlichen Rechten auflösten oder nach schweren Krisen neu zu formieren suchten, ganz besonders nachteilig aus. Die Anhänger aller dieser Organisationen waren fast ausschließlich der antisemitischen Beeinflussung ausgesetzt. Die gemäßigten Konservativen, die schon vor dem Zusammenbruch Deutschlands gefürchtet hatten, das Gesetz des Handelns an die radikalen Nationalisten zu verlieren, gaben es nun aus Rat- und Hilflosigkeit freiwillig preis. Da von den maßgebenden Politikern und Repräsentanten des Kaiserreichs keine einigermaßen befriedigenden Antworten auf quälende Fragen¹⁴¹, wie die nach den wirklichen Ursachen der Niederlage und des Zusammenbruchs gegeben wurden, konnten die Antisemiten unwidersprochen die unsinnigsten Behauptungen verbreiten. Dabei wurden namentlich die Soldaten der Heimatgarnisonen und des rückwärtigen Frontgebiets, die bereits antisemitischer Beeinflussung ausgesetzt gewesen waren, nun vollends Opfer radikaler Verhetzung¹⁴². Der von den Rassen- und Volkstumsfanatikern verbreitete Haß mußte bei vielen durch den Krieg ohnedies abgestumpften und nicht selten brutalisierten Menschen verheerende Wirkungen zeitigen¹⁴³. Er breitete sich durch diese Soldaten nach der Demobilisierung über das Land aus, drang in der Frühzeit der Republik mit seinen Trägern in viele Freikorps, Einwohnerwehren und auch in einige Polizeiformationen ein¹⁴⁴.

¹⁴⁰ Fst. Hbg. 11 – C 2; Gebtsattel an Dolle, 6. November 1918, Fst. Hbg. 11 – D 25; *Lohalm*, op. cit., 55.

¹⁴¹ Hans-Ulrich Schweizer an Georg Gothein vom 14. November 1918, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 30.

¹⁴² Hugo Schey an Gothein vom 12. Januar 1919, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 54. In Berlin wandte sich namentlich der „Arbeiter-Schutz-Bund“ an die heimkehrenden Soldaten. Im deutschen Reich, XXIV ((Dezember 1918), 455 ff. Völlig berechtigt wird dort in der „Umschau“ festgestellt: „Es weht Pogromluft in Deutschland.“ Über die planmäßige Verhetzung der Truppen siehe Mitteilungen, XXIX, Nr. 17 (21. August 1919).

¹⁴³ *Georg Davidsohn*, Die Mentalität der Sentimentalität, Neue Jüdische Monatshefte, III (25. August 1919), 467.

¹⁴⁴ Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 138; einen wichtigen Einblick gewähren die Schreiben und Denkschriften des Kaufmanns Hans Knodn, Angehöriger des Freikorps Epp, an Ministerpräsidenten von Kahr vom 16. April 1920, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 282; vgl. *Alfred Wiener*, Gegenrevolution, Im deutschen Reich, XXVI (April 1920), 130 ff. Besonders aufschlußreich sind die Zeugnisse der Soldaten und Offiziere über Hitlers „Aufklärungstätigkeit“ im Lager Lechfeld im

Gerade dies war von Anbeginn beabsichtigt. Der Revolution sollte durch gegenrevolutionäre Kräfte Einheit geboten werden. Es galt daher, im gegenrevolutionären Lager die gleiche radikale Dynamik und Aktionsbereitschaft zu entfesseln, und diese suchte man vornehmlich bei den Soldaten. Mit diesem Vorgehen erwarben sich die Alldeutschen große Sympathien bei einem Teil des deutschen Bürgertums. Alle, die seit den Novembertagen 1918 um Besitz und berufliche Existenz fürchteten, hielten Ausschau nach Menschen und Gruppen, die bereit waren, mit „Terror gegen Terror“ vorzugehen¹⁴⁵. Diesen Polarisationsprozeß um jeden Preis zu beschleunigen und politisch zu nutzen, ließen die Alldeutschen und ihre antisemitischen Verbündeten kein Mittel ungenutzt. Seit Anfang Dezember 1918 folgte eine Flugblattaktion der anderen¹⁴⁶, da große Veranstaltungen und Demonstrationen infolge schwieriger Verkehrsverhältnisse und anderer Behinderungen sowie aus Sorge vor Gegenaktionen der Arbeiter- und Soldatenräte kaum stattfanden. Es gab keine Notlage, für die die Antisemiten nicht augenblicklich die übliche „Erklärung“ zur Hand gehabt hätten. Jeder Straßenauflauf und Hungerkrawall wurde genutzt, die Empörung der Menschen auf die Juden abzulenken¹⁴⁷. Reinhold Wulle, Chefredakteur der *Deutschen Zeitung*, gab schließlich die Losung aus, „die Tiefen des Volkes zu erregen“: Die Revolution ist der „Stern Judas“¹⁴⁸. Das internationale Judentum habe, so hieß es, den Umsturz vorbereitet und durchgeführt. Als Arbeiter getarnt, habe man während des Krieges russische und polnische Juden nach Deutschland gebracht, und diese hätten dann mit russisch-jüdischem Geld deutsche Verbündete geworben und auf den Umsturz vorbereitet. Nun richteten sich die Bemühungen darauf, die Revolution permanent vorwärtszutreiben. Die Reichsregierung vermöge infolge der Tatsache, daß sie den Juden ihre Existenz verdanke, dagegen nicht einzuschreiten. Das deutsche Volk müsse zur Selbsthilfe greifen und sich „jüdischer Machtgier“ erwehren. Dafür galt es eine Vorbedingung zu er-

Sommer 1919. *Ernst Deuerlein*, Hitlers Eintritt in die Politik und in die Reichswehr, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, VII (1959), 177 ff., besonders 197–201.

¹⁴⁵ Max Schacht, Warnemünde, an Gothein am 22. Februar 1919: „Die Wohlhabenden und die vom Stande wünschen heute lieber als morgen den Zustand herbei: Terror gegen Terror.“ Sie setzten ihre Hoffnungen besonders auf Ludendorff. BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 130.

¹⁴⁶ So verteilte die kleine, kaum einige hundert Mitglieder zählende „Deutsche Erneuerungsgemeinde“ Theodor Fritschs von November 1918 bis Ende März 1919 allein 2 Millionen Flugblätter. *Mitteilungen*, XXIX, Nr. 7 (1. April 1919). Der Deutschvölkische Bund, der Verband gegen die Überhebung des Judentums und viele andere Gruppen übertrafen sie noch weit. Bericht des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 2. September 1919, BA Koblenz, R 43 I 2193.

¹⁴⁷ A. und S. Rat von Augsburg an das Bayerische Innenministerium über Zwischenfälle in Augsburg am 21. Februar 1919, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 65 617.

¹⁴⁸ Fst. Hbg. 412 – Wulle: Der Stern Judas, *Deutsche Zeitung*, XXIV, Nr. 111 (13. März 1919).

füllen: die Regierung, allein durch die „jüdische“ Revolution zur Macht gelangt und deshalb den Einfluß der Juden sichernd, müsse beseitigt werden.

Diese Parole der Antisemiten war nicht neu, hatten sie doch schon während des Krieges die Juden ständig umstürzlerischer Neigungen bezichtigt. In der erregten Atmosphäre des Bürgerkrieges wirkte sie aber wie „ein Schlachtruf“ zur physischen Vernichtung der Gegner. Nachdem Claß unter dem Beifall seiner Mitarbeiter schon im Oktober 1918 dazu aufgerufen hatte, die Juden totzuschlagen, gebot er nun, die Empörung bestimmter Schichten des Volkes bis zur Siedehitze zu steigern, um „Gewalt gegen Gewalt“ zu setzen. In „diesem Kampfe, in dem es für alle Bürger um Sein oder Nichtsein“ gehe, dürfe man sich auf keinen Fall „aus Furcht vor dem Vorwurf der Grausamkeit“ dazu verleiten lassen, „irgendwelche Rücksichten zu nehmen“¹⁴⁹.

Mit diesem Ziel vor Augen begannen die Alldeutschen mit der Organisation aller antirepublikanischen und antisemitischen Kräfte. Kurz nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung in Weimar eröffneten in Bamberg Hauptleitung und geschäftsführender Ausschuß des Alldeutschen Verbandes einen „Antirevolutionskonvent“. Ihre „echt deutsche Gesinnung“ gebot den Versammelten, bereits den Entwurf der neuen Verfassung grundsätzlich zu verwerfen. Sie wollten das „nationale“ Deutschland mit dem demokratischen konfrontieren. Dies geschah in einem Manifest, das die alldeutschen Gremien am ersten Sitzungstag, dem 16. Februar 1919, berieten und kurze Zeit später in großer Auflage verbreiteten¹⁵⁰. Im Sinne Ludendorffs bezeichneten die Repräsentanten „schärfster nationaler Opposition“ alle Politiker und namentlich die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission, die den verlorenen Krieg zu liquidieren hatten, als „gewissenlose Volksverräter“¹⁵¹. Sie zu bekämpfen, wurde als Pflicht jedes national denkenden Deutschen bezeichnet. Erst wenn das Volk seine Feinde erkenne, würde es sich von ihnen distanzieren. Als Vorbedingung für eine „Neubesinnung“ des Volkes wurden eine Politisierung aller Lebensbereiche und die „Umbildung des Schul- und Erziehungswesens im deutschen Sinn“ sowie rigoroses Vorgehen gegen das „zersetzende und verhetzende Treiben der alljüdischen und der ihr gleichgerichteten Presse gefordert. Das Erziehungswesen sollte zentralisiert und nationalisiert, die öffentliche Meinung gelenkt und kontrolliert werden. Die Forderung nach Eindämmung des „jüdischen Einflusses“ auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens lief letztlich hinaus auf einen Kampf gegen alle demokratischen Re-

¹⁴⁹ Sturmzeichen, Deutsche Zeitung, XXIV, Nr. 158 (7. April 1919).

¹⁵⁰ Erklärung des Alldeutschen Verbandes. Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente, Frankfurt 1963, Dok.: 2, 10 ff. Diese Erklärung wurde in rund 300 000 Exemplaren gedruckt und den großen nationalen Zeitungen beigegeben, so der Täglichen Rundschau, der Deutschen Zeitung, der neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung, der Deutschen Tageszeitung, dem Hannoverschen Kurier, den Hamburger Nachrichten und der Süddeutschen Zeitung. Vgl. *Lohalm*, op. cit., 19 und 337.

¹⁵¹ Bamberger Erklärung, aaO, 22.

gungen im Volke¹⁵². Diesen Kampf gelobten Claß und seine Anhänger zu führen, ja sie wollten als „Stoßtrupp des völkischen Gedankens“ in ihm allen anderen Kräften der nationalen Opposition den Weg bahnen.

Der „völkische Gedanke“, den die Alldeutschen nun neu formulierten und propagierten, fand Eingang bei jenen Bevölkerungsschichten, die mit den Fragen des Alltags in einer Zeit revolutionären Umbruchs nicht fertig werden konnten und in ständiger „Furcht vor kommenden Dingen“ lebten¹⁵³. Der von Bismarck geschaffene Staat, so verkündeten die völkischen Ideologen, habe den Deutschen zwar äußeren Schutz, nicht aber die erwünschte soziale Sicherheit gewährt. Unabdingbare Voraussetzung dafür sei das Bewußtsein gemeinsamen Blutes, denn nur dieses erzeuge „die Liebe, welche die Glieder eines Volkes zur Einheit verbindet“¹⁵⁴. Gleiches Streben, gemeinsame Sprache und Geschichte verbänden zwar die Menschen, erwiesen sich aber in Zeiten der Belastung als nicht genügend widerstandsfähig. Nur das reine blutmäßige Volkstum, dessen Pflege und Bewahrung daher unerlässlich sei, garantiere den Bestand einer politischen Ordnung. Volkstum hieß für die Völkischen zugleich auch Bejahung „gewachsener“ Formen in Politik und Kultur, hieß insbesondere die Hinnahme einer ständischen Gesellschaftsordnung. Die eigentliche „Sünde wider das Blut“ war jene „Selbstsucht“, die den einzelnen dazu verleitet, „um äußerer Güter willen ohne Verantwortung vor dem kommenden Geschlecht nur seinem Vorteil“ nachzugehen¹⁵⁵. Nur wenn die „gesunde Gliederung“ des Volkes, derzufolge jeder die Arbeit leistet, zu der ihn natürliche Anlagen und die Lebensbedingungen hinleiten, wiederhergestellt und respektiert werde, sei die „Verjudung“ des deutschen Geistes überwunden und damit der entscheidende Schritt zur Wiederherstellung deutscher Größe getan¹⁵⁶.

¹⁵² AaO, 17, „Diese machtpolitische Voraussetzung staatlicher Wiedergeburt findet auf dem Gebiete innerpolitischer, sittlicher und kultureller Fragen sein Gegenstück in der Notwendigkeit, den jüdischen Einfluß zurückzudämmen; der Alldeutsche Verband wird alle Bestrebungen zu fördern versuchen, die ruhig und bestimmt dafür eintreten, daß Deutschland den Deutschen gehört, und daß es demgemäß in allen inneren, äußeren, kulturellen und wirtschaftlichen Fragen geleitet werde. Sein Verhalten in dieser Frage gründet sich auf die unbestreitbare Tatsache, daß die Juden ein volksfremder Bestandteil der Reichsbevölkerung sind, und daß die Zurückweisung ihrer Machtansprüche mit Glaubensfragen gar nichts zu tun hat.“ Da die Alldeutschen sich als die wahren Repräsentanten des Volkes fühlten, war alles fremd, was sie nicht verstanden oder was ihren Auffassungen widersprach.

¹⁵³ Denkschrift Hans Knodn an Ministerpräsidenten von Kahr vom 11. Mai 1920, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 282.

¹⁵⁴ Max Wundt, Was heißt völkisch?, Langensalza 1924, 6 ff.

¹⁵⁵ AaO, 14.

¹⁵⁶ AaO, 10 und 14 f. Hier begegnet uns der von protestantischen Konservativen so stark betonte Gedanke der christlichen Schöpfungsordnung in besonders klarer Form. „Es ist der Gedanke des Berufes, wie ihn uns Luther hat verstehen lassen, da jeder zu seinem bestimmten Werke von Gott berufen ist, einem Werk, in dem das

Da die Völkischen der gesellschaftlichen Dynamik im Industriezeitalter verständnislos gegenüberstanden, konnten sie glauben, im Klassen- und Ständestaat des ausgehenden neunzehnten Jahrhunderts habe das deutsche Volk die ihm gemäße allgemeingültige politische Ordnung gefunden. Daher beschuldigten sie grundsätzlich alle, die eine Verfassungsreform gefordert oder gar einen Umsturz propagiert hatten, das Deutsche Reich mit „volksfremden“ Ideen planmäßig zugrunde gerichtet zu haben. Das tatsächliche Verhalten der Juden wurde so völlig irrelevant. Mochte ihr Einfluß in Politik und Wirtschaft, in Wissenschaft oder kulturellem Leben stark oder unbedeutend sein, dieser Auffassung gemäß waren die Juden als Repräsentanten „fremden“ demokratischen Geistes Feinde der „völkischen Art“ und folglich ohne Ausnahme kompromißlos zu bekämpfen¹⁵⁷. Antisemitische Leidenschaften entzündeten sich in der Regel ebenso stark an bedeutenden Leistungen einzelner Juden wie an den Fehlern und Schwächen anderer.

Vereinzelt haben demokratische Politiker die Tatsache erkannt, daß die völkischen Extremisten die Juden vornehmlich als vermeintliche Vorkämpfer der Demokratie verfolgten. Gleichwohl hielten sie eine entschiedene Abwehr für unnötig, da die innen- und sozialpolitischen Vorstellungen der Völkischen diese ohnedies zum Scheitern verurteilen würden. Auch viele Juden urteilten ähnlich. Sie hielten es für undenkbar, daß die Alldeutschen, nun allen Rückhalts bei amtlichen Stellen beraubt, mit so unsubstantiierten und „reaktionären“ Vorstellungen einen nennenswerten Anhang finden würden¹⁵⁸. Die

Beste seines Innern, sein ganzes sittliches Streben und Wollen, seinen Ausdruck findet. Damit entsteht der Reichtum und die Mannigfaltigkeit des Volkstums.“

¹⁵⁷ Kampf, Im deutschen Reich, XXV (Oktober 1919), 407; Die richtige Behandlung der Judenfrage, Deutsche Zeitung, XXIV, Nr. 450 (6. Oktober 1919). Besonders charakteristisch sind folgende Ausführungen: „Unsere Gesundheit hängt davon ab, daß wir bewußt an die eigene Vergangenheit anknüpfen, das Eigene organisch weiterentwickeln, uns freihalten von der Vorstellung, daß irgendeine, auch noch so eindringlich verfochtene Idee allgemein gültig sei. Es handelt sich um das Abwerfen jedes Respektes vor internationalen Strömungen: dazu gehört die Abkehr von den Trägern des Internationalismus im eigenen Land. Und diese Träger sind nun einmal in erster Linie die Angehörigen des Volkes ohne Vaterland . . . Es handelt sich gar nicht darum, ob prozentual mehr Juden gewuchert und weniger gefochten haben als Deutsche: nicht wegen Kriegswuchers oder Drückebergerei gibt es eine Judenfrage, sondern wegen der Notwendigkeit, den Prozeß der Heilung unseres Volkskörpers dadurch zu beschleunigen, daß man das erneute Einsickern von Säften verhindert, die den unseren nicht homogen sind. Diese Säfte sind nicht die bloße Anwesenheit, selbst nicht die Zuwanderung von Juden, sondern ihre Ideen, ihre unausrottbare Gesinnung, die selbstverständliche Voraussetzung ihres Denkens, daß alles in allen Ländern gleichmäßig zu sein habe und daher das eine Land die Einrichtungen des anderen nachzuahmen und zu übernehmen berufen sei.“

¹⁵⁸ Vgl. u. a. hier nur *M. R.*, Die Revolution, aaO: „Die Parteien und Richtungen, die sie [die Revolution] herbeigeführt haben und durch sie zur Macht gelangt sind, haben seit jeher das Prinzip der wahrhaften und restlosen Gleichberechtigung vertreten und gegen den Antisemitismus des alten Regimes gekämpft. Ein Deutschland, in dem diese Richtungen und Kräfte vorherrschend sein werden, wird ein Deutsch-

derart rational argumentierenden Demokraten ließen – trotz aller Erfahrungen – bei ihren Überlegungen die Neigung der Menschen zum Selbstbetrug und ihre Glaubensbereitschaft in krisenhaften Situationen vollständig außer acht. So ließen sie den Feinden der Demokratie weitgehende Handlungsfreiheit, die diese bedenkenlos nutzten.

V

Während in Weimar die Nationalversammlung die Verfassung beriet und die Parteien der Regierungskoalition um eine feste Fundierung des neuen Staates rangen, begannen die völkischen Führer mit der Organisation aller Antisemiten und Republikgegner. Noch während der Bamberger Tagung gründete der Alldeutsche Verband den Deutschen Schutz- und Trutz-Bund, zur Aufnahme der mobilisierten und „eingefangenen“ Massen. Die geheime, diktatorische Leitung der neuen Organisation übernahm Freiherr von Gebattel, welcher seinerseits Führung und öffentliche Vertretung des Bundes einem Hauptgeschäftsführer, dem Vorstandsmitglied Alfred Roth, übertrug. Roth verfügte infolge seiner langjährigen Tätigkeit in der Zentrale des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, seiner Mitgliedschaft in der Deutschsozialen und Deutschvölkischen Partei, im Germanenorden und anderen derartigen Verbänden über Kontakte zu allen antisemitischen Gruppen. Als Bundeswart des 1912 gegründeten Reichshammerbundes hatte er in zahlreichen Städten auch einen organisatorischen Rückhalt¹⁵⁹.

Der Deutsche Schutz- und Trutz-Bund erstrebte laut Satzung „die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes durch die Erweckung und Förderung seiner gesunden Eigenart“. Da als Vorbedingung für diese Wiedergeburt einzig und allein die „Beseitigung des unterdrückenden und zersetzenden jüdischen Einflusses“ bezeichnet wurde, erhielt der Bund praktisch nur den Auftrag, „über Wesen und Umfang der jüdischen Gefahr aufzuklären“ und die Juden mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen¹⁶⁰.

Unmittelbar nach der Gründung des Bundes erschienen in völkischen Blättern Werbeanzeigen, mit dem Ziel, möglichst rasch Stammgruppen für dessen Aufbau bilden zu können. Noch bevor die Geschäftsstelle in Hamburg ihre

land sein, in dem die Frage der Gleichberechtigung der Juden nicht mehr existieren wird.“

¹⁵⁹ Vgl. dazu *Roths* während des Zweiten Weltkrieges geschriebenen, im Januar 1944 als Privatdruck veröffentlichten Lebensbericht „Auf gerader Linie. Ein Rückblick auf 45 Jahre Kampf ums Deutschtum.“ Im Anhang befindet sich ein Verzeichnis aller Schriften Roths mit Auflagenhöhe.

¹⁶⁰ *Alfred Roth*, Unser Wollen – unsere Arbeit. Eine Antwort auf die Frage nach Zweck und Ziel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, Hamburg 1921. Der Verfasser verweist hier besonders auf die soeben erschienene Arbeit über den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund von *Uwe Lohalm*, op. cit., 77 ff.

Arbeit zu Beginn des Sommers 1919 aufnahm, fanden in verschiedenen Städten Werbeveranstaltungen statt. Von Anfang an wurde besonderer Wert auf engen Kontakt zu gesinnungsverwandten Gruppen und Verbänden gelegt, weil eines der Ziele die weitgehende Koordinierung aller antisemitischen Aktivitäten war. Zu diesem Zweck wurden auch die bekanntesten Führer anderer Verbände sowie andere namhafte Judenfeinde in einen Beirat des Schutz- und Trutz-Bundes berufen¹⁶¹.

Kurz nach der Gründung des Bundes unternahm die Leitung einen ersten Vorstoß in Richtung auf den Zusammenschluß der einzelnen Organisationen. Ein greifbarer Erfolg blieb allerdings aus. Die eifernden und sektiererischen Verbandsfunktionäre konnten sich in einer Besprechung, die am 22. Juni 1919 in Berlin stattfand, nur zu einer losen Zusammenarbeit verstehen. Der im Anschluß an diese Konferenz gebildeten Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde schlossen sich zehn Organisationen an, und zwar der Deutsche Schutz- und Trutz-Bund, der Reichshammerbund, der Ausschuß für Volksaufklärung, der (völlig unbedeutende) Bund deutschvölkischer Juristen, der Bund zur Pflege nordischer Kunst und Wissenschaft, der Deutschbund, die Deutsche Erneuerungsgemeinde, der Deutschvölkische Bund, der Deutschvölkische Schriftsteller-Verband sowie der Orden für arisches Wesen¹⁶². Eine Initiative hat diese Gemeinschaft, in der die einzelnen Verbände ihre volle Selbständigkeit bewahrten, auch nach der Aufstellung von Richtlinien und der Wahl einer gemeinsamen Leitung nicht entfaltet¹⁶³. Sie blieb ein Diskussionsforum zur Vorbereitung größerer Veranstaltungen und zur Koordinierung bestimmter Propagandaaktionen¹⁶⁴. Die Bildung dieser Gemeinschaft war jedoch insofern

¹⁶¹ Die Mitglieder des Beirats unterzeichneten, um dem Bund den raschen Durchbruch in alle Kreise zu ermöglichen, das erste Flugblatt des Bundes. Deutschland den Deutschen. In: *Werner Jochmann*, Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 3, 25 ff. Zu den Unterzeichnern gehörten u. a. Adolf Bartels, Franz von Bodelschwingh, Alfred Brunner, Theodor Fritsch, E. v. Hertzberg-Lottin, J. F. Lehmann, Georg v. Stössel, Ferdinand Werner.

¹⁶² Ein – wenn auch sehr unzureichendes – Verzeichnis deutschvölkischer Vereine, Bünde und Orden mit Gründungsdaten, Tätigkeitsbereichen und – gelegentlich – Mitgliederzahlen gibt *Roth* in: *Deutschvölkisches Jahrbuch*, 1920, 232. Der Bund zur Pflege nordischer Kunst und Wissenschaft war eine Tarnorganisation des Germanenordens. Von den Mitgliederzahlen her gesehen waren alle diese Bünde unbedeutend. An der Spitze stand der Reichshammerbund mit ca. 5000 Mitgliedern und der Deutschvölkische Bund, die Nachfolgeorganisation der Deutschvölkischen Partei. Diese Partei hatte im Dezember 1918 ihre Verschmelzung mit der DNVP beschlossen, jedoch die alte Organisation als „Bund“ weitergeführt und auch die alten Parteiblätter weiter herausgegeben.

¹⁶³ *Lohalm*, op. cit., 78 ff. Die Leitung der Gemeinschaft bestand aus den Professoren Kloß und Langhans und aus Alfred Roth.

¹⁶⁴ Daneben wurden in diesem Kreis immer wieder erbitterte Fehden ausgetragen. Roth hat später die inneren Zwistigkeiten der Völkischen heftig beklagt: „Jeder [Völkische] glaubt, das allein seligmachende Heilmittel für die völkische Gesundheit gefunden zu haben, und wird dadurch zum schlimmsten Dogmatiker, der keine an-

ein Erfolg, als damit die internen Rivalitäten vorübergehend eingedämmt oder gemildert wurden.

Da nun die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde in keiner Weise den Vorstellungen der alldeutschen Leitung von einer großen antiparlamentarischen völkischen Massenbewegung entsprach, betrieben Roth und seine Auftraggeber mit vermehrtem Eifer den Zusammenschluß einzelner, namentlich auch regionaler Gruppen, um rasch in allen Gebieten Deutschlands Einfluß zu erlangen¹⁶⁵. Nach längeren Bemühungen vereinigten sich schließlich am 1. Oktober 1919 Reichshammerbund und Deutscher Schutz- und Trutz-Bund und diese wiederum mit dem Deutschvölkischen Bund zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund. In der Folgezeit schlossen sich weitere Gruppen an, so beispielsweise der Deutsche Bund in Stuttgart, der Verband zur Befreiung vom Judenjoch in Göttingen und der Deutsche Volksbund in Berlin¹⁶⁶.

Nach diesem Zusammenschluß der größeren antisemitischen Gruppen und Bünde waren Roth und der zum neuen geschäftsführenden Vorsitzenden ernannte ehemalige Landrat Gertzlaff v. Hertzberg in der Lage, in den meisten Provinzen und namentlich in allen größeren Städten Gaue und Ortsgruppen zu errichten und von hier aus in kleinere Orte und selbst auf das platte Land vorzudringen. Von nun an rollte eine Veranstaltungs- und Agitationswelle nach der anderen über das Land. Die Aktivierung der Mitglieder gelang der Bundesleitung schon deshalb so rasch, weil sie die vom Deutschvölkischen Bund herausgegebenen Organe, und zwar die *Deutschvölkischen Blätter* und – für die Funktionäre – die *Deutschvölkische Warte* übernahm. Vor allem aber ging das Verlagsunternehmen der ehemaligen Deutschvölkischen Partei, die Hamburger Deutschvölkische Verlagsanstalt, in den Besitz des Bundes über.

Konnte sich der Hauptgeschäftsführer nach der Gründung des Bundes im Februar 1919 nur auf die etwa 5000 Mitglieder des Reichshammerbundes und seine einflußreichen Förderer aus dem Alldeutschen Verband stützen, so hatte er bis Ende des Jahres 1919 über 20 000 neue Mitglieder gewonnen. Nach dem Zusammenschluß der Bünde im Oktober 1919 wuchs die Mitgliederzahl rasch an: Ende 1920 waren es laut Geschäftsbericht rund 110 000, ein Jahr später 150 000 und zur Zeit des Verbots nach dem Rathenaumord Ende Juni 1922 rund 200 000. Wahrscheinlich lag die tatsächliche Mitgliederzahl erheblich höher¹⁶⁷. Die 19 Gauverbände und 530 Ortsgruppen des Bundes ent-

deren Götter neben sich duldet.“ *Alfred Roth*, Einsichten und Bekenntnisse, Stuttgart 1924, 28.

¹⁶⁵ Schließt die Reihen! Eine Anregung zum Zusammenschluß völkischer Vereine und Verbände, *Deutsche Zeitung*, XXIV, Nr. 393 (28. August 1919).

¹⁶⁶ Von diesen Organisationen hatte namentlich der Anfang 1919 gegründete Deutsche Volksbund, in dem sich der radikale Jürgen von Ramin besonders hervortat, traurige Berühmtheit erlangt. Die Pogromhetze, *Mitteilungen*, XXIX, Nr. 14 (10. Juli 1919).

¹⁶⁷ Fst. Hbg. 412; *Lohalm*, op. cit., 89 ff. *Roth* selbst gibt die Mitgliederzahl zur

falteten gewiß eine unterschiedliche Aktivität, daß sie aber ausnahmslos erheblich betriebsamer waren und öffentlichkeitswirksamer arbeiteten als die nationalen und bürgerlichen Parteien, steht außer Zweifel¹⁶⁸.

Gaue und Ortsgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes veranstalteten außerhalb ihrer regulären Versammlungstätigkeit bei jeder sich bietenden Gelegenheit Demonstrationen oder „Protestkundgebungen“. Zu den regelmäßigen Rednern auf derartigen Veranstaltungen gehörten außer Alfred Roth vornehmlich Adolf Bartels, Franz von Bodelschwingh, Artur Dinter, Dietrich Eckart, Gottfried Feder, ferner Richard Kunze, Jürgen von Ramin, Ferdinand Werner und Reinhold Wulle. Nicht selten stellten sich aber auch namhafte Hochschullehrer, ehemalige hohe Staatsbeamte, Generäle und Wirtschaftsführer den Antisemiten zur Verfügung¹⁶⁹.

In zahlreichen Fällen führten Veranstaltungen des Schutz- und Trutz-Bundes zu Gewalttaten gegen Andersdenkende und zu Prügelszenen, wenn sich jemand dem Terror der Versammlungsleitung und des sogenannten Ordnungsdienstes widersetzte. Wiederholt wurde eine regelrechte Pogromstimmung erzeugt, so daß es im Anschluß an die Veranstaltungen zu Ausschreitungen, Plünderungen und Überfällen und zu Mißhandlungen von Juden und anderen politischen Gegnern kam¹⁷⁰.

Zeit des Verbots mit rund 280 000 an. Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Eine Erinnerungsschrift vom ehemaligen Hauptgeschäftsführer Alfred Roth, Hamburg 1939, 11. Dabei muß berücksichtigt werden, daß eine starke Fluktuation herrschte, viele Mitglieder schon nach kurzer Zugehörigkeit sich wieder anderen Gruppen anschlossen, viele Offiziere, Soldaten, Beamte und Staatsbedienstete aus Furcht vor Entlassungen, namentlich nach dem Kapp-Putsch, und der z. T. verschärften Überwachung nach der Ermordung Erzbergers wieder austraten oder die Mitgliedschaft ruhen ließen.

¹⁶⁸ Vgl. die Geschäftsberichte und die Korrespondenz des Hauptgeschäftsführers Roth, Fst. Hbg. 412 und 11 – R 14. Die stärksten Ortsgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes bestanden in München (3900 Mitglieder), Berlin (3702), Hamburg (3579), Hannover (3024), Stettin (2464).

¹⁶⁹ So sprach u. a. wiederholt auf Veranstaltungen des Bundes General v. Lettow-Vorbeck, so etwa in Halle, Berlin, Hamburg. Hamburger Nachrichten, Nr. 149 (29. März 1922); desgleichen muß hier auf die Professoren Freytagh-Loringhoven, Jung, von Liebig, Passarge und Roethe hingewiesen werden. Besonders aktiv waren im Bund und für den Bund protestantische Pastoren tätig, allen voran der Flensburger Hauptpastor Friedrich Andersen. Unter den Industriellen trat besonders Geheimrat Kirdorf aktiv hervor, viele andere förderten die Bestrebungen des Bundes sehr nachdrücklich, ebenso wie Angehörige ehemals regierender Häuser und zahlreiche Großgrundbesitzer. Fst. Hbg. 11 – C 2 und 412. Dazu auch der Bericht des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung über die von ihm bisher getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der antisemitischen Hetze vom 2. September 1919, BA Koblenz, R 43 I/2193; vgl. auch *Lohalm*, op. cit., 127 ff. und 290 ff.

¹⁷⁰ Die Pogromhetze, Mitteilungen, XXIX, Nr. 14 (10. Juli 1919); *Alfred Wiener*, Gegenrevolution, Im deutschen Reich, XXVI (April 1920), 130 ff.; *Zeitschau*, aaO, XXVI (Juli/August 1920), 233 ff.; und viele andere Beispiele Fst. Hbg. 412.

Die beträchtlichen finanziellen Zuwendungen, die der Bund vom Alldeutschen Verband, aus Kreisen der Industrie und namentlich von mittleren und kleineren Unternehmern erhielt¹⁷¹, gaben der Bundesführung die Möglichkeit, das Land mit Handzetteln, Flugblättern und Pamphleten aller Art zu überschwemmen. Während die bürgerlichen Parteien lediglich vor Wahlen eine größere propagandistische Aktivität entfalteten, veranstalteten Funktionäre des Bundes Sonderaktionen und Werbekampagnen in Betrieben und Kasernen, in Gaststätten, Schulen, Verkehrsmitteln und Büros. Für jede Berufsgruppe oder soziale Schicht wurden spezielle Flugblätter und Handzettel gedruckt¹⁷². Schier unübersehbar war die Zahl der Broschüren und Pamphlete, die der Bund herausgab, förderte oder verbreitete. Hier sind an erster Stelle die vom Bund unter dem Titel *Hammerschläge* herausgegebene Broschürenreihe und die 1920 übernommene, von Otto Schmidt-Gibichenfels herausgegebene *Politisch-Anthropologische Monatsschrift* zu nennen¹⁷³.

Als eine Art „Programmschrift“ wurde mit gewissem Recht ein unmittelbar nach der Gründung des Schutz- und Trutz-Bundes erschienenes Pamphlet unter dem Titel *Judas Schuldbuch* angesehen. Es stammte aus der Feder des sächsischen Oberfinanzrats Paul Bang¹⁷⁴ und bot wenig mehr als eine Zusammenstellung aller Vorwürfe, die während des Krieges gegen die Juden erhoben worden waren. Diese Schrift markiert das Niveau, auf welches hinfort deutsche Akademiker bei ihren antijüdischen Angriffen herabstiegen. Seit dem Sommer 1919 erschien eine Schrift nach der anderen, in denen angebliche Verschwörungen und Umtriebe einzelner Juden „aufgedeckt“ oder „Wahrheiten“ über jüdische „Geheimlehren“ und „Herrschaftspläne“ enthüllt wurden. Dabei gaben die Autoren stets vor, sich auf „amtliches“ oder „ganz geheimes“ Material zu stützen. Zur gleichen Zeit wurden von den Antisemiten auch alle judenfeindlichen Schriften, die jemals in Deutschland oder im Ausland erschienen waren, neu verlegt und übersetzt¹⁷⁵, handelte es sich nun um extreme Äußerungen Luthers, Fälschungen wie August Rohlings *Talmudjuden*, um Richard Wagners Broschüre über *Das Judentum in der Musik* oder

¹⁷¹ Fst. Hbg. 11 – C 2 und 412; *Lohalm*, op. cit., 100 ff.

¹⁷² 1920 verteilte der Bund laut Geschäftsbericht allein 7,6 Millionen Flugblätter, 4,7 Millionen Handzettel und 7,8 Millionen Klebmarken. Geschäftsbericht für das Jahr 1920, Fst. Hbg. 412.

¹⁷³ Diese Zeitschrift war 1902 von Ludwig Woltmann gegründet worden. Schmidt-Gibichenfels übernahm die Redaktion 1911.

¹⁷⁴ *Judas Schuldbuch*. Eine deutsche Abrechnung von *Wilhelm Meister*, München 1919. Wie viele andere Antisemiten stand *Bang* nicht mit seinem Namen für diese Schrift ein. Sie erschien im März 1919 in erster Auflage und erreichte bis August 1920 insgesamt 6 Auflagen mit über 30 000 Exemplaren. Mitteilungen, XXX, Nr. 16/17 (21. August 1920).

¹⁷⁵ *Hans Reichmann*, Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, aaO, 68.

um die unsinnigen Ritualmordgeschichten von Konitz¹⁷⁶. Alles, was Emotionen wachrief, war willkommen.

Eine besonders traurige Berühmtheit erlangte hier Artur Dinters Roman *Die Sünde wider das Blut*, von dem innerhalb weniger Jahre mehr als 200 000 Exemplare verkauft wurden¹⁷⁷. Nach vorsichtigen Schätzungen hat dieses Buch in Deutschland rund eineinhalb Millionen Leser gefunden. Die Zahl derer, die unter dem Einfluß dieser Lektüre in die Fänge der Antisemiten gerieten, war nicht gering¹⁷⁸. Wie Dinter mit diesem und den beiden folgenden Romanen seiner Trilogie über „die Sünden der Zeit“ das Denken und Fühlen beeinflusste, so tat dies Müller von Hausen, der Vorsitzende des Verbandes gegen die Überhebung des Judentums, durch die Veröffentlichung der *Protokolle der Weisen von Zion*. Durchaus zutreffend ist die von ihm unter dem Pseudonym Gottfried zur Beek besorgte Ausgabe dieser Fälschung später vom Reichsgericht als „die Bibel der Rathenaumörder“ bezeichnet worden¹⁷⁹. Die

¹⁷⁶ Eine „kleine Liste“ dieses Schrifttums ist im Anhang des Deutschvölkischen Jahrbuchs 1920, 242 ff. zusammengestellt; *Alfred Falb*, Luther und die Juden, München 1921; *August Rohling*, Der Talmud-Jude, Hamburg 1920; *Richard Wagner*, Das Judentum in der Musik, Weimar 1914 – Neudruck 1920; *Der Blutmord in Konitz*, Hamburg 1920. Auch von der berühmtesten Schrift von *H. Naudh* [d. i. *Johannes Nordmann*], Die Juden und der Deutsche Staat, in 1. Aufl. 1859 erschienen, kam 1920 eine Neuausgabe heraus.

¹⁷⁷ Die erste Auflage dieses Romans erschien – der Zeitpunkt ist bezeichnend – im Dezember 1917. Sie war bald vergriffen, so daß im September 1918 die zweite erscheinen mußte. In den Jahren 1919 und 1920 folgten rasch aufeinander 12 weitere Auflagen, Ende 1920 waren 100 000, im Herbst 1922 bereits 200 000 Exemplare verkauft. C.V.-Zeitung, I (14. September 1922), 234. „Die Sünde wider das Blut“ war der 1. Teil einer Trilogie. Der 2. Band „Die Sünde wider den Geist“ erschien 1921, von ihm wurden noch im Erscheinungsjahr 100 000 Exemplare verkauft. Der 3. Band „Die Sünde wider die Liebe“ 1922, fand nicht mehr so viele Käufer.

¹⁷⁸ Hauptpastor Felden-Bremen, Bericht in der Hamburger Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 18. September 1921, Mitteilungen, XXXI, Nr. 21 (23. Oktober 1921). Felden schrieb, da er die Entwicklung Dinters und seines Judenhasses seit der gemeinsamen Schüler- und Studentenzeit genau kannte, einen Abwehrroman, der aber bezeichnenderweise nicht einmal in demokratischen Kreisen Beachtung fand. *Emil Felden*, Die Sünde wider das Volk, Berlin 1921. – Andererseits verdient Erwähnung, daß eine Parodie, *Artur Sünder* [*Hans Reimann*], Die Dinte wider das Blut. Ein Zeitroman, Hannover-Leipzig 1921, damals hingegen einen erheblichen Erfolg hatte. Zur Verbreitung dieses Bändchens trug zweifellos die geistreiche Art der Auseinandersetzung und die überlegene Ironie des Verfassers bei. Die Schrift wurde von allen Gegnern der Völkischen begrüßt, hat aber wohl keinen Schwankenden überzeugt. Wer auch nur geringfügig vom Antisemitismus infiziert war, der lehnte sie natürlich als unsachlich und unseriös ab. Gerade die Schwankenden, die Halbverführten, die Felden erreichen wollte, ließen sich durch Reimanns Parodie nicht überzeugen.

¹⁷⁹ Die Geheimnisse der Weisen von Zion. Herausgegeben von *Gottfried zur Beek* [d. i. *Ludwig Müller von Hausen*]. Die erste Auflage erschien im Juli 1919 im Verlag „Auf Vorposten“, benannt nach der gleichnamigen Zeitschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums. Louis Müller, vor dem Ersten Weltkrieg lange

alldrutschen Organisationsstrategen haben Veröffentlichungen dieser Art stets gefördert. Sie entfachten die Furcht vor den „kommenden Dingen“ und dazu eignete sich kaum etwas so sehr wie der Mythos von einer jüdischen Weltverschwörung, noch dazu, da die „Geheimnisse der Weisen von Zion“, die zu lüften man ja vorgab, nichts anderes denn eine Zusammenstellung aller Verdächtigungen und Anklagen brachten, die Antisemiten in den vorangegangenen Jahrzehnten jemals ersonnen hatten. Aber in einer Zeit der Krisen und Erschütterungen wurde nicht sachlich argumentiert und kritisch geprüft. Wer Besitz und Vermögen verloren hatte, seine berufliche Existenz bedroht oder die Zukunftshoffnungen für sich und seine Kinder schwinden sah, der wollte glauben, daß Zusammenbruch und Revolution nichts anderes als das Ergebnis einer Verschwörung waren. Und was Alldeutsche und Antisemiten immer wieder dunkel prophezeit hatten, das schien durch diese „Protokolle“ bestätigt zu sein: die Juden hatten die öffentliche Meinung manipuliert, die Widerstandskraft des Volkes gelähmt, es durch liberale und demokratische Parolen getäuscht, durch den Klassenkampf entzweit und damit endlich für die Revolution reif gemacht. Es schien also nur eine Rettungsmöglichkeit zu geben: totale Umkehr, Kampf gegen die Juden und alle demokratischen Kräfte bis zur Gewaltanwendung¹⁸⁰.

Wieviel aber auch immer einzelne Schriften zur Radikalisierung der Bevölkerung beigetragen haben mögen, zu einer gewaltigen „Sturmflut“ wuchs

Jahre im Vorstand der Konservativen Partei, war Mitbegründer des Verbandes (1912) und seither unter dem Schriftstellernamen Ludwig Müller von Hausen dessen eigentlicher Vorsitzender (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes [PAAA Bonn], Deutschland 126 Nr. 2: Berliner Presse, Bd. 19). Bis zum Herbst 1923 erschienen insgesamt 8 Auflagen. 1929 ging der Verlag „Auf Vorposten“ in den Parteiverlag der NSDAP über. Im Vorwort zur 9. Auflage, Pfingsten 1929, betonte der Eher-Verlag: „Es ist selbstverständlich, daß unser Verlag in noch viel größerem Maße die Geheimnisse der Weisen von Zion verbreiten wird, als dies bisher möglich war, denn hinter unserem Parteiverlag steht die Kraft und die Energie der bestorganisiertesten und diszipliniertesten Partei Deutschlands: der nationalsozialistischen Bewegung.“ Zur Geschichte der Fälschung zunächst ihre erste wichtige Entlarvung, die vom C. V. veröffentlichte Gegenbroschüre, *B[injamin] Segel*, Die Protokolle der Weisen von Zion kritisch beleuchtet. Eine Erledigung, Berlin 1924 (populäre Fassung: Welt-Krieg. Welt-Revolution. Welt-Verschwörung. Welt-Oberregierung, Berlin 1926); und Anti-Anti, 7. Auflage, Berlin o. J., [1932], 76 a. Grundsätzlich *Hermann Bernstein*, The Truth about „the Protocols of Zion“, New York 1935 und *Emil Raas – Georges Brunschvig*, Vernichtung einer Fälschung. Der Prozeß um die erfundenen „Weisen von Zion“, Zürich 1938; und das neueste, grundlegende Werk von *Norman Cohn*, Warrant for Genocide. The Myth of the Jewish World-Conspiracy and the Protocols of the Elders of Zion, London 1967, Deutsche Ausgabe: Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Köln-Berlin 1969.

¹⁸⁰ *Alex Bein*, Die Judenfrage in der Literatur des modernen Antisemitismus als Vorbereitung zur „Endlösung“, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, VI (1963), 28 ff.; *Norman Cohn*, Die Protokolle der Weisen von Zion, 170 ff.

der Antisemitismus nur darum an, weil alle Gruppen der völkischen Bewegung systematisch und bedenkenlos die Alltagsnöte der Bevölkerung politisch auszumünzen verstanden. Nicht die Flugblätter, Broschüren oder Bücher brutalisierten die Menschen, sondern die ständige Ablenkung aller Unlustgefühle und Protesthaltungen auf einen „Feind“.

Die Völkischen organisierten die Kampagne gegen Juden und Demokraten mit einer solchen Planmäßigkeit, daß diese schon nach kurzer Zeit völlig in die Defensivstellung geraten waren. Die Regierungen sowie die sie tragenden Parteien des Reichstages hatten es versäumt, den absurden Behauptungen über jüdische Kriegssabotage und die Schuld der Juden an der Niederlage wirkungsvoll entgegenzutreten¹⁸¹; so sahen sie sich selbst sehr bald als Nutznießer des Zusammenbruchs und Vollstrecker „jüdischer Herrschgewalt“ verleumdet¹⁸². Hatte man jahrelang die Diskriminierung und Ächtung der Juden hingenommen oder sich gar daran beteiligt, so konnte es nicht wundernehmen, wenn die Verleumdung sich nun auch auf jene ausdehnte, die den Geächteten die politische und gesellschaftliche Gleichberechtigung garantierten. In dem Maße, in dem es gelang, den neuen Staat als „Judenrepublik“ verächtlich zu machen, konnte das deutsche Bürgertum zum Aufgeben seiner sprichwörtlichen Staatstreue und Loyalität bewogen werden. Damit waren die Voraussetzungen für die Auflehnung und den offenen Terror gegen die Staatsgewalt geschaffen¹⁸³.

Seit dem Frühsommer 1919 erschienen die Anhänger des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zu Demonstrationen und Protestaktionen auf der Straße. Wurde in einer Stadt gegen eine angebliche Bevorzugung der Juden bei der Wohnungszuteilung protestiert, so in einer anderen gegen die Verteuerung von Lebensmitteln. Brachte eine Ortsgruppe eine Demonstration gegen einen jüdischen Künstler zustande, beeilte sich die andere, die Bevölkerung gegen einen jüdischen Stadtrat aufzuwiegeln. Wo immer es Erregung oder Unwillen gab, waren die Antisemiten zur Stelle und wo ein konkreter Anlaß fehlte, da wurde er geschaffen. Wie schon während des Krieges so mythisierten die Antisemiten auch jetzt die Gefahren, die dem deutschen Reich angeblich

¹⁸¹ *Adam Röder*, Reaktion und Antisemitismus, Berlin 1921, 27; *Rabbiner Samuel*, „Der Stern Judas ist die Revolution“, Im deutschen Reich, XXVI (Februar 1920), 49 ff.

¹⁸² Judas Schuldbuch, 13 ff.; *Alfred Roth*, Judas Herrschgewalt, Fst. Hbg. 412; *Otto Kernholt* [d. i. *Otto Bonhard*, Schriftleiter der Alldeutschen Blätter], Vom Ghetto zur Macht. Die Geschichte des Aufstiegs der Juden auf deutschem Boden, Leipzig/Berlin 1921. Ferner *Prof. Hans Frh. von Liebig*, Der Betrug am deutschen Volke, München 1919 und sein unter dem Pseudonym *Dr. Walter Liek* erschienener Artikel: Der Anteil des Judentums an dem Zusammenbruch Deutschlands, Deutschlands Erneuerung, III (1919), 29–43. Dieser Artikel wurde vom Alldeutschen Verband und anderen Organisationen als Sonderdruck mit einer hohen Auflage verbreitet.

¹⁸³ *Jakob Scherek*, Die „Schuld“ der Juden, Im deutschen Reich, XXV (Januar 1919), 1 ff.; Umschau, aaO, XXV (September 1919), 308.

wiederum durch eine Überflutung mit Ostjuden drohten. Die Agitatoren des Schutz- und Trutz-Bundes fanden überall im Lande, selbst dort, wo es kaum Ostjuden gab, Anklang mit der Behauptung, die Reichsregierung begünstige die Einwanderung von Ostjuden, „um eine sichere bolschewistische Leibgarde“ aufzubauen¹⁸⁴.

Gerade am Verhalten der Bevölkerung zu den ostjüdischen Flüchtlingen und Vertriebenen ließen sich die Verheerungen erkennen, welche die antisemitische Agitation in Deutschland seit dem Beginn des Krieges angerichtet hatte. Gegenüber den Ostjuden fielen menschliche Rücksichten, die viele Deutsche von einem bedenkenlosen Vorgehen gegen ansässige Juden noch immer zurückhielten, vollständig fort. Roth forderte die Teilnehmer einer Versammlung auf, diese Juden „mit Peitschen aus Deutschland auszutreiben“. Als eine Art Sofortmaßnahme bis zur restlosen Austreibung wurde in allen völkischen Versammlungen die unverzügliche „Unterbringung lästiger Juden in Konzentrationslagern“ gefordert¹⁸⁵. Es blieb aber keineswegs nur bei Drohungen. Wenn man ständig zu Gewaltaktionen aufrief, so konnten auf die Dauer Exzesse nicht ausbleiben.

Die Völkischen behaupteten mit immer größerem Nachdruck, die Juden revolutionierten das deutsche Volk aus blindem Haß gegen ihre „artbewußten“ Gegner. Gerade das Gegenteil war nun aber der Fall. Die Antisemiten waren es, die die „blinden Mächte der Leidenschaften“ mobilisierten, um eine Gegenrevolution zu organisieren¹⁸⁶. Schon im Dezember 1918 hatte Ferdinand Werner, ehemaliger Vorsitzender der Deutschvölkischen Partei, die Errichtung eines Staatsgerichtshofs gefordert, um die verantwortlichen Journalisten des *Berliner Tageblatts*, der *Frankfurter Zeitung* und des *Vorwärts* und namhafte jüdische und sozialdemokratische Politiker für ihr Verhalten während des Krieges zur Verantwortung zu ziehen¹⁸⁷. Diesen „Vorschlag“ griff der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund wieder auf, als die Alliierten um die Jahreswende 1919/20 die Auslieferung des Kaisers und namhafter deutscher Offiziere und Politiker forderten, um sie unter öffentliche Anklage zu stellen. Nicht Deutsche, sondern ausschließlich Juden, so hieß es in den Protestresolutionen, trügen die Verantwortung für alles Unglück, das über das deutsche und alle anderen Völker gekommen sei. Deshalb müßten

¹⁸⁴ So Alfred Roth in einer „Protestkundgebung“ des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes im Zirkus Busch, Berlin am 7. Mai 1922. Fst. Hbg. 412 und Deutsche Zeitung, XXVII, Nr. 208 (8. Mai 1922).

¹⁸⁵ AaO, XXVII, Nr. 208 ((8. Mai 1922); andere Beispiele Fst. Hbg. 412.

¹⁸⁶ Paul Bang schrieb: „Volk kann überhaupt nicht Willensträger oder Willensbildner sein, wie es als solches auch kein Organ des Denkens hat. Nur das Empfindungsleben spielt für das Volk eine Rolle, und zwar eine verhängnisvolle. Es sind nicht Willens- und Verstandesregungen, sondern die blinden Mächte der Leidenschaften, die das sturmgepeitschte Meer des Volkes treiben.“ Volkswille, aaO, XXVII, Nr. 155 (4. April 1923).

¹⁸⁷ Ferdinand Werner, Staatsgerichtshof, aaO, XXIII, Nr. 618 (5. Dezember 1918).

diese vor ein Gericht gestellt werden. Wenn die Reichsregierung nicht die Auslieferung deutscher Offiziere und hoher Staatsbeamter verhindere, wäre das eine Mißachtung der „völkischen Empfindungen“ aller guten Deutschen, die Regierung trage die Verantwortung, wenn es dann zu Gewalttätigkeiten seitens des empörten Volkes käme¹⁸⁸. Zu derartigen Gewalttätigkeiten, für die die Reichsregierung verantwortlich gemacht werden sollte, hatten völkische Agitatoren ihre Anhänger aufgerufen. Sie waren auch nicht bereit, die Erregung, die sie geschürt hatten zu dämpfen, nachdem die Alliierten aufgrund ständiger Bemühungen der Reichsregierung auf eine Auslieferung deutscher Soldaten verzichtet hatten. Das Zugeständnis von deutscher Seite, Verstöße einzelner Offiziere gegen das Kriegsrecht von regulären Gerichten untersuchen und ahnden zu lassen, bot den Völkischen Gelegenheit, die weit verbreitete Opposition gegen diese Prozesse für sich auszubeuten. Der Schutz- und Trutz-Bund forderte in einem Aufruf die Einsetzung eines „Deutschen Volksgerichts“ zur Aburteilung der Personen, auf die der Bund die Verantwortung für den verlorenen Krieg abzuwälzen suchte. Dabei richtete sich der Haß gegen Männer, die sich gegen die Hybris aufgelehnt und vor einer maßlosen Politik gewarnt hatten. Im einzelnen wurden in diesem Aufruf öffentlich „angeklagt“: Rudolf Mosse, Theodor Wolff, Maximilian Harden, Max M. Warburg, Karl Kautsky, Oskar Cohn, Bernhard Dernburg, Walther Rathenau, Felix Cassirer, die *Frankfurter Zeitung*, Eduard Bernstein und Magnus Hirschfeld¹⁸⁹.

Gegen die meisten der hier genannten Männer und einige Politiker der Republik, die man, wie den Katholiken Erzberger, kurzerhand als Juden oder „Judengenossen“ bezeichnete, wurde in der Folgezeit mit allen Mitteln der Haß geschürt. Nach der Ermordung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und einiger Führer der bayerischen Rätebewegung wie Kurt Eisner und Gustav Landauer konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, wessen die Völkischen fähig waren. Wenn ständig zum rücksichtslosen, brutalen Vorgehen „bis zum Äußersten“ gegen jüdische Politiker und Publizisten aufgerufen wurde, dann war dies unter den vorwaltenden Umständen offene Aufforderung zum Mord¹⁹⁰. Er wurde nicht nur propagiert, sondern auch tatsächlich

¹⁸⁸ Hauptgeschäftsführer Roth an den Reichspräsidenten, 24. Januar 1920, Fst. Hbg. 11 – R 14. Nach der üblichen Methode drohten die Völkischen mit Gewalt, für die nicht sie, die dazu aufriefen, sondern die Politiker die Verantwortung zu tragen hätten, die vor diesen Drohungen nicht zurückwichen. „Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund hat es stets als seine Aufgabe betrachtet, bei der Verfolgung seiner Ziele nur gesetzliche Mittel anzuwenden und wir haben demgemäß auch stets vor Gewalttätigkeiten gewarnt. Es ist uns aber nicht zweifelhaft, daß das empörte Volk diese Warnungen in den Wind schlagen würde, wenn es seine Ehre vollends preisgegeben oder gar verloren sähe.“

¹⁸⁹ Flugblattsammlung Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund und Tätigkeitsbericht des Bundes für das Jahr 1920/21, Fst. Hbg. 11 – R 14. – Kautsky wird auch hier wieder fälschlich als Jude bezeichnet.

¹⁹⁰ So u. a. Alfred Roth in einem Artikel am 24. September 1921: „An uns liegt

geplant und ausgeführt. Es waren Funktionäre des Schutz- und Trutz-Bundes, die entscheidend bei der Vorbereitung der meisten Attentate mitwirkten und die – allen Warnungen aus nahestehenden konservativen Kreisen zum Trotz¹⁹¹ – teilweise auch die Mörder dinsten und mit Waffen und Geld versahen¹⁹². Die ehemaligen Soldaten, die die Morde verübten, die sich zu Attentaten und Sprengstoffanschlägen bereit fanden, waren ausnahmslos Opfer völkischer Verhetzung. Die Mörder Erzbergers und Rathenaus, wie die Hauptverantwortlichen für die Attentate auf Scheidemann und Harden, gehörten ebenso wie zahlreiche andere Gewalttäter dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund kürzere oder längere Zeit als Mitglieder an¹⁹³.

Es verdient vermerkt zu werden, daß nicht die offene Mordhetze und der hemmungslose Terror gegen Juden und Demokraten, sondern erst die Ermordung eines Reichsministers Reichs- und Länderregierungen zu einem Vorgehen gegen den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund bewog. Nach der Ermordung Rathenaus am 24. Juni 1922 wurde der Bund aufgrund des Gesetzes zum Schutz der Republik verboten; im Januar 1923 bestätigte auch der Staatsgerichtshof diese Maßnahme der Länderregierungen. Die Verheerungen,

es, uns dagegen bis zum Äußersten zu wehren. Die Stunde naht, da wir gewogen werden. Deutschvölkische seid bereit!“ Und am 13. Februar 1922 hieß es: „Wir harren der kommenden Dinge; erklären aber mit aller Deutlichkeit, daß in Deutschland für einen Trotzky-Rathenau keine Statt ist. Wir sind zum Äußersten entschlossen und bereit.“ *Alfred Roth*, Rathenau. „Der Kandidat des Auslandes“, Hamburg 1922, 20 und 32. Diese Schrift, in der zahlreiche Artikel Roths zusammengefaßt sind, erschien einen Monat vor dem Mord an Rathenau. Konsequenterweise haben daher die Länderbehörden und endlich auch das Reichsgericht wegen dieser und zahlreicher anderer Schriften und Handlungen dem Schutz- und Trutz-Bund die Verantwortung für den Mord zugesprochen und Roth selbst wegen „geistiger Urheberchaft“ verurteilt. Fst. Hbg. 412 u. 11 – R 14.

¹⁹¹ So warnte der Potsdamer Pastor Wagner schon 1920 den Schutz- und Trutz-Bund davor, skrupellos nach dem Grundsatz zu handeln: „Der Zweck heiligt die Mittel . . . Wenn man . . . aufbauen will, dann darf man niemals Kräfte in seinen Dienst stellen, die nichts weiter können, als niederreißen und zerstören . . . Wenn Sie in Ihrer bisherigen Kampfweise fortfahren, dann werden auch Sie einmal ausrufen müssen: Die Geister, die ich rief, nun werd' ich sie nicht los.“ Nochmals: Was wollen wir Deutschvölkischen? Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 452 (28. September 1920).

¹⁹² So war der Kaufmann Christian Karl Ilseman, der bei der Vorbereitung des Mordes an Walther Rathenau eine wichtige Rolle spielte, Angestellter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Der Buchhändler Albert Grenz, der den Oberleutnant Walter Ankermann und den Landwirt Herbert Weichardt für das Attentat auf Maximilian Harden gewann und sie vor der Tat in Berlin besuchte und mit Geld versorgte, war Vorsitzender des Schutz- und Trutz-Bundes in Oldenburg. Grenz gab offen zu, seinen Auftrag „ernst genommen“ zu haben. Er sei „schon lange geistig darauf eingestellt“ gewesen, Gewalt anzuwenden und sich „vor der Judengefahr selbst [zu] schützen“. Grenz bedauerte deshalb vor Gericht das Attentat nicht, sondern erklärte, es sei für ihn die „Ausführung eines Rechtsanspruchs“ gewesen. BA Koblenz, Nachlaß Harden Nr. 127.

¹⁹³ *Lohalm*, op. cit., 210 ff.

die die von ihm entfachte „gewaltige antisemitische Sturmflut“¹⁸⁴ angerichtet hatte, waren zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht mehr zu übersehen. Ob sie je wieder zu beseitigen sein würden, hing ganz davon ab, ob die bestehenden Dämme und Bastionen zur Sicherung gegen derartige Katastrophen nur überflutet oder schon unterspült und fortgerissen worden waren.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund war zweifellos, darin ist dem Staatsgerichtshof zuzustimmen, die größte und radikalste antisemitische Organisation in der Frühzeit der Weimarer Republik¹⁸⁵. Claß und seinen Freunden und Verbündeten war es nicht nur gelungen, mehr als 200 000 Menschen aller Altersgruppen zu organisieren, sondern auch mit ihrer Hilfe die Konsolidierung der Weimarer Republik erheblich zu erschweren. Durch seine Aktionen hat dieser Bund in der Bevölkerung stärkere Beachtung gefunden als andere Organisationen und Verbände, die obzwar mitgliederstärker, infolge ihrer Zurückhaltung und politischen Inaktivität nur geringen Einfluß ausübten. So überließen auf dem Boden der Demokratie stehende Organisationen den Antisemiten vielfach widerstandslos das Feld. Und gerade dadurch, daß Standes- und Interessenverbände, namentlich die Gewerkschaften, die kirchlichen Organisationen und kulturellen Vereinigungen, den radikalen Antisemiten indifferent oder bewußt neutral gegenüberstanden, bestärkten sie diese nicht nur in ihrem hemmungslosen Vorgehen, sondern ermöglichten auch das Eindringen der antisemitischen Denkweise in ihre eigenen Organisationen und in jene Bereiche des öffentlichen Lebens, für die sie eine spezielle Verantwortung trugen. Dies war ein Zeichen dafür, daß auch Menschen, die sich dies selbst nicht eingestanden, wenigstens partiell antisemitischen Ressentiments eine Berechtigung zuerkannten.

VI

Die völkischen Führer hatten zweifellos ein wichtiges Teilziel erreicht: im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund gelang es erstmalig, einen großen Teil der Antisemiten zu organisieren und – ganz neu im bürgerlichen Bereich – auch zu aktivieren. Aber schließlich ging die Absicht nicht nur dahin, Aktivisten zu gewinnen, sondern „Massen einzufangen“. Die Völkischen suchten zu verhindern, daß sich eine Volksmehrheit mit dem neuen Staat abfand. Daher galt es den „völkischen Gedanken“ in alle Berufsgruppen hineinzutragen und dort zu verbreiten. Zu diesem Zweck wandte sich der Schutz- und Trutz-Bund an alle sozialen Schichten und Gruppen¹⁸⁶. Es kam ihm darauf an, spezielle

¹⁸⁴ *Alfred Wiener*, Die Pogromhetze, Im deutschen Reich, XXV (Juli/August 1919), 289.

¹⁸⁵ Fst. Hbg. 412 und 11 – R 15. Aufzeichnungen Roths über den Prozeß.

¹⁸⁶ Roth an den Vorstand des Reichshammerbundes in Stuttgart, 19. April 1919; Roth an Berlin, 21. April 1919 sowie zahlreiche andere Belege, Fst. Hbg. 11 – R 14.

völkische Berufsorganisationen zu schaffen, die jede Tagung oder gesellschaftliche Zusammenkunft nutzen sollten, um völkische Programme zu verkünden. Einzelne dieser Gruppen entfalteten eine rege Tätigkeit. Sie protestierten gegen tatsächliche oder vermeintliche Benachteiligung der Interessen ihres Standes durch den Gesetzgeber oder die Verwaltung, stellten finanzielle Forderungen, rügten die Parteien, die ihre Interessen nicht hinreichend vertraten. Überall forderte man die Eindämmung des jüdischen Einflusses oder der jüdischen Konkurrenz. Keine Veranstaltung, in der nicht gegen die Juden agitiert wurde! Die völkischen Aktivisten hatten die Aufgabe, sich ganz besonders intensiv an der Arbeit aller „Vereine“ zu beteiligen, „die als Träger, Heger und Pfleger deutscher Kultur und Sitte“ tätig waren und sie „mit deutschvölkischem Geiste“ zu durchdringen. Weitere bevorzugte Objekte völkischer Propaganda waren Jugend- und Sportgruppen¹⁹⁷.

Es ist schlechterdings unmöglich, die Fülle der völkischen Aktionen in ihrer Tragweite und Bedeutung hinlänglich zu analysieren. Sie waren je nach den regionalen und örtlichen Gegebenheiten von unterschiedlicher Intensität, und der Erfolg hing wesentlich von den sozialen und politischen Umständen ab, unter denen die völkische Beeinflussung versucht wurde. Das lebhafteste Echo fanden der Alldeutsche Verband, der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund und die übrigen in der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde zusammengeschlossenen Gruppen bei denjenigen Interessenverbänden, die bereits vor dem Krieg antisemitisch orientiert gewesen waren, so besonders beim Reichslandbund, beim Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, dem Verein deutscher Studenten und bei vielen kleinen Handwerker- und Mittelstandsvereinigungen¹⁹⁸.

Die großen und einflußreichen Organisationen, wie Landbund oder Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, stellten dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund von Anfang an Räume für Veranstaltungen, leistungsfähige Büros, Zeitungen und Mitteilungsblätter sowie vielfältige Verbindungen und Kontakte zu Betrieben, Firmen und Behörden zur Verfügung¹⁹⁹. So vielfältig gefördert, konnten die völkischen Gruppen rasch bis in kleinste und entlegenste Orte vordringen und dort oft auch Fuß fassen.

¹⁹⁷ Alfred Roth, Das sollt ihr tun! Vorschläge und Anregungen für die Tätigkeit in den Gliederungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1921, 18.

¹⁹⁸ Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. VI, Frankfurt 1967; Umschau, Im deutschen Reich, XXV (Januar 1919), 11 ff. Dazu weitere Belege in der Korrespondenz von Alfred Roth, Fst. Hbg. 11 – R 14.

¹⁹⁹ Dazu u. a. die Flugschrift: Der DHV und die Judenfrage. In vielen Fällen wurden Mitglieder des DHV, des Landbundes zu den Gründungsversammlungen des Schutz- und Trutz-Bundes eingeladen. Sie warben unter ihren Gesinnungsfreunden für die völkischen Organisationen. Ganz besonders tat sich in dieser Beziehung die einflußreiche Presse des Reichslandbundes hervor. Fst. Hbg. 412 u. 11 – R 14 und 15.

Auf das flache Land drangen Schutz- und Trutz-Bund und andere Gruppen in der Regel überhaupt nur dank der Unterstützung durch den Reichslandbund, die Bauernverbände und die Genossenschaftssekretäre vor.

Mit besonderer Intensität bemühten sich die Antisemiten um die Beeinflussung der Truppen²⁰⁰. Hier fanden sie die günstigsten Vorbedingungen, waren doch in vielen Verbänden an der Front sowie in der Heimat antisemitische Ressentiments schon während des Krieges nach Kräften geschürt worden. Zudem unterstützten und förderten viele Offiziere die völkische Propaganda, sei es aufgrund antisemitischer Umgebung oder antisemitischer Erziehung, sei es in der Hoffnung, hierdurch ihre Truppen gegen revolutionäre und demokratische Strömungen zu immunisieren. Die traditionelle Vorzugsstellung der Armee in Staat und Gesellschaft war infolge der tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen während des Krieges und durch die Revolution ernstlich in Frage gestellt. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften fühlten sich in der Armee geborgen, die ihnen sowohl Rückhalt in der Gemeinschaft als auch berufliche Chancen geboten hatte, und standen diesem Phänomen und vielfach auch noch einer ungewissen Zukunft weithin unvorbereitet und ratlos gegenüber²⁰¹. Sich selbst von jeder Schuld an gewissen Mißständen in der Armee und damit ganz allgemein an der Entstehung einer militärfeindlichen Haltung in Teilen der Bevölkerung frei fühlend, wähnten sie, daß auch das politische System unantastbar und makellos gewesen sei. In dieser Auffassung wurden sie von Claß und seinen Anhängern bestärkt. Da die einfachen und eingängigen Formeln der Völkischen dem undifferenzierten Denken vieler Soldaten entsprachen, nahmen diese sie besonders bereitwillig auf. Einflußreiche und maßgebliche Militärs unterstützten die antisemitischen Argumente, weil sie nun ein Interesse daran hatten, jede Möglichkeit zur eigenen Entlastung zu nutzen. So kam ihnen der antisemitische Ablenkungseffekt wie gerufen.

General von Wrisberg, seit Januar 1915 Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im preußischen Kriegsministerium und in dieser Stellung mitverantwortlich für die Judenstatistik des Ministeriums und andere innenpolitische Fehlgriffe der Militärbehörden während des Krieges, reagierte als einer der ersten höheren Offiziere auf Angriffe gegen das Offizierkorps und die Armee mit antisemitischen Gehässigkeiten²⁰². Wrisberg erklärte, das Heer und mit ihm das Offizierkorps habe seine Pflicht getan, es sei ungeschlagen in die Heimat zurückgekehrt. Der Anspruch des Offizierkorps auf Dank für die ruhmreiche Verteidigung des Landes und den Schutz seiner Ehre werde

²⁰⁰ Alfred Wiener, Die Pogromhetze, aaO, 292 ff.

²⁰¹ Unser Offizierkorps und die Revolution. Zuschrift eines von der Front zurückkehrenden Stabsoffiziers, Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 593 (21. November 1918).

²⁰² Generalmajor von Wrisberg, Über die Angriffe gegen den Offizierstand, Militärwochenblatt. Zeitschrift für die deutsche Wehrmacht, 103. Jg., Nr. 113 (25. März 1919).

gröblich mißachtet; ein Teil der Öffentlichkeit laufe in „unerhörtester Weise“ gegen die Offiziere Sturm, verleumde und beschimpfe den Offiziersstand unausgesetzt. Die Anklagen kämen einzig und allein von jenen „Elementen“, gegen die in der kaiserlichen Armee mit „aller Strenge des Gesetzes vorgegangen“ worden sei, nämlich von Deserteuren, Drückebergern, Plünderern, Dieben und – Juden²⁰³. Da der General mit Rücksicht auf seinen sozialdemokratischen Minister mit der Kritik an den Demokraten zurückhalten wollte, wandte er seinen Zorn gegen die Juden.

Von der antisemitischen Agitation wurden sowohl die von der Front heimkehrenden Regimenter als auch die in der Revolutionsphase neu gebildeten Freikorps und Freiwilligenverbände erfaßt²⁰⁴. Einzelne Freikorps wandten sich an bekannte antisemitische Verbandsführer mit der Bitte, die Werbung für den Eintritt in die Korps zu übernehmen²⁰⁵. In anderen Fällen forderten Kommandanturen und Truppenkommandeure antisemitische Flugschriften und Flugblätter an, um sie an Offiziere und Mannschaften zu verteilen²⁰⁶. Die Listen von Rednern, die die Truppen politisch informieren oder „aufklären“ sollten, führten an erster Stelle die Völkischen an. Wie im Reichswehrgruppenkommando 4 in München der Gefreite Adolf Hitler, so wurde im Korps Lettow-Vorbeck der Eisenbahnkanonier Joseph Knauer, Hauptgeschäftsführer des radikal antisemitischen Deutschen Volksbundes in Berlin, bevorzugt im politischen Aufklärungsdienst eingesetzt²⁰⁷. In vielen Fällen wandten sich Offiziere direkt an den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund und andere völkische Organisationen mit der Bitte um Unterstützung. Andere traten selbst in diese Bünde ein und wirkten aktiv mit bei der Schürung der Pogromstimmung innerhalb der Truppe²⁰⁸. Daß antisemi-

²⁰³ *Wrisberg*, aaO, „Hinter der deutschen Revolution steht ein Teil der Judenschaft. Kein Wunder, wenn dieser Stamm alles daransetzt, den Stand zu vernichten, der ihm schon lange ein Dorn im Auge war. Wohl waren während des Krieges viele brave tapfere Juden Offiziere geworden. Das genügte aber nicht. Der Stand hatte sich vor dem Kriege und während desselben der Aufnahme vieler ungeeigneter Elemente widersetzt, das genügte.“

²⁰⁴ Vgl. dazu u. a. die Dokumentation von *Ernst Deuerlein*, Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, VII (1959), 197 ff.

²⁰⁵ Alfred Roth erklärte sich in einem Brief an Major Kreckler am 24. März 1919 bereit, eine Werbestelle für das Freikorps Dohna einzurichten. Fst. Hbg. 11 – R 14.

²⁰⁶ Unter anderem die Kommandantur Berlin. Roth an Major Frh. v. Schimmelmann vom 19. April 1919, Fst. Hbg. 11 – R 14; das Korps Lettow-Vorbeck vgl. *Werner Jochmann*, Nationalsozialismus und Revolution, Dokument 5, 33 f., und bei den Truppen des Grenzschutzes Ost. *Alfred Wiener*, Die Pogromhetze, aaO, 292 f.

²⁰⁷ *Alfred Wiener*, Die Pogromhetze, aaO, 292 f. und Mitteilungen, XXIX, Nr. 17 (21. August 1919); siehe auch Tagesbefehl des Korps Lettow-Vorbeck vom 16. Juli 1919 und Anlage. Staatsarchiv Hamburg, Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten V 27 b.

²⁰⁸ Leutnant Hermann Jäger vom Pionier Batl. 16 in Wittenberg. Brief an Roth vom

tische Parolen von Offizieren und Soldaten bereitwillig angenommen und geglaubt wurden, hatte seine Ursache in der Angst vor den veränderten Verhältnissen. Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages waren die Chancen des sozialen Aufstiegs, die die Armee in Deutschland so vielen jungen Menschen geboten hatte, verloren. Die meisten von ihnen mußten einen bürgerlichen Beruf finden und sich dort unter weitaus schwereren Bedingungen zu behaupten suchen. Hiermit konnten sich nun diejenigen, welchen Herkunft und Besitz vorher bessere Aussichten gewährt hatten, nicht abfinden. Daher haßten sie die parlamentarische Demokratie und die sozial aufstrebenden, progressiven Schichten. Unter diesen Umständen wurde eine Aussöhnung zwischen dem alten Heer und dem neuen Staat unmöglich. Eine Armee im Dienste eines Staates, dessen Verfassung sie verhöhnte²⁰⁹, bestärkte die staatsfeindlichen Kräfte. Und der Geist, welchen man in der aktiven Truppe pflegte, strahlte aus auf Traditionsverbände, auf Zeitfreiwilligenverbände und Einwohnerwehren²¹⁰. Bereits im Frühsommer 1919 wurde aus allen Teilen des Reiches von antisemitischen Ausschreitungen berichtet, an denen sich Offiziere und Soldaten der Reichswehr beteiligt hatten²¹¹. In zahlreichen Fällen schützten Reichswehrtruppen und Freikorps die radikalen Antisemiten. Wo militärische Organe nach Verhängung des Belagerungszustandes über besondere Vollmachten verfügten, entzogen sie völkische

3. Mai 1920, Fst. Hbg. 11 – R 14 und der Hauptmann i. G. Baumann von der Reichswehr-Brigade 24 in Nürnberg, der der Bundesleitung des Schutz- und Trutz-Bundes am 24. November 1919 sogar eine längere Denkschrift mit Vorschlägen „für die praktische antisemitische Arbeit“ sandte. Fst. Hbg. 11 – R 14. Auf andere Beispiele weisen der Verein zur Abwehr des Antisemitismus und der C.V. hin. Vgl. Mitteilungen, XXIX, Nr. 17 (21. August 1919) und *Alfred Wiener*, Die Pogromhetze, aaO, 292 sowie *Alfred Wiener*, Gegenrevolution, Im deutschen Reich, XXVI (April 1920), 132; vgl. dazu auch den Brief J. F. Lehmanns an seinen Pflegesohn vom 15. Mai 1919 über seine Erfahrungen bei den württembergischen Truppen und namentlich über sein Gespräch mit General Haas, in: Verleger J. F. Lehmann, 174.

²⁰⁹ Rittmeister Jürgen von Ramin in einem Vortrag im Alldeutschen Verband Berlin. Deutsche Zeitung, XXIV, Nr. 694 (7. November 1919); Bericht über den Stand der antisemitischen Bewegung in Nordbayern, Polizeistelle von Nordbayern, den der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung am 26. November 1919 an den Reichskanzler sandte, BA Koblenz R 43 I/2193; Die antisemitische Hetze in der Reichswehr, Im deutschen Reich, XXV (September 1919), 375; *Max Maurenbrecher*, Völkische Einigung, Deutsche Zeitung, XXVIII, Nr. 513 (21. November 1923).

²¹⁰ Über Einwohnerwehren vgl. Beschwerde Israel. Kultusverein Rosenheim an die Landesleitung der Einwohnerwehren Bayerns vom 17. Mai 1920 und die folgende Korrespondenz, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 138; für Nord- und Mitteldeutschland zahlreiche Belege, Fst. Hbg. 412, 4132, 4133. Allgemein Fst. Hbg. 32 823, Facs. I und II und Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung über die von ihm getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der antisemitischen Hetze vom 2. September 1919, BA Koblenz R 43 I/2193.

²¹¹ *Alfred Wiener*, Die Pogromhetze, aaO, 292; Mitteilungen, XXIX, Nr. 17 (21. August 1919;) Beschwerde über Ausschreitungen von Grenztruppen in Schlesien, BA Koblenz R 43 I/2193.

Rechtsbrecher der Verfolgung. Demgemäß erwiesen sich die Truppen als unzuverlässig, wenn es um den Schutz der Juden vor Übergriffen ging²¹².

Ein ungeschminktes Bild von der Haltung vieler Truppen erhielt die deutsche Öffentlichkeit während des Kapp-Putsches. Nicht nur marschierte die Brigade Ehrhardt mit Hakenkreuzen an Stahlhelmen, Geschützen und Fahrzeugen in Berlin ein, sie verteilte auch Flugblätter und Handzettel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes an die Berliner Bevölkerung. Soldaten rempelten jüdische Bürger auf der Straße an und inhaftierten viele, die gegen derartige Gewalttaten protestierten. Und wie in Berlin, so haben sich auch in zahlreichen anderen Garnisonen des Reiches Offiziere und Soldaten der Reichswehr an den Übergriffen beteiligt²¹³.

Welches Ausmaß die antisemitische Verhetzung in der Truppe bereits im Jahre 1920 erreicht hatte, mag ein Beispiel zeigen. Kurze Zeit nach dem Kapp-Putsch sandte ein Angehöriger des Schützen-Regimentes 41 in Passau eine Denkschrift an den bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr. Dem rückschauenden Betrachter erscheinen die darin niedergelegten Vorschläge zur „Lösung der Judenfrage“ wie eine Vorwegnahme der Beschlüsse der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Der Verfasser, ein 26jähriger Kaufmann, war nach Auskunft des bayerischen Landtagsabgeordneten Gymnasialprofessor Dr. Eggersdörfer ein „durchaus gutmeinender, ehrenwerter junger Mann“, der, wie es im damaligen Sprachgebrauch so bezeichnend hieß, „von dem edelsten Bemühen beseelt“ sei, „Volk und Vaterland aus dem Elend“ retten zu helfen²¹⁴. Die von diesem Freiwilligen geforderte „radikale aber gerechte Lösung der Judenfrage“ sollte frei von „humanitären Erwägungen“ durchgeführt werden. 1. Innerhalb 24, längstens 48 Stunden habe sich „der größte Teil der Juden“ mit den „notwendigsten Bekleidungsstücken“ versehen an „bestimmten Sammelstellen“ einzufinden. „Von diesen Plätzen aus hätte dann der Abtransport in die Konzentrationslager zu erfolgen.“ 2. „Juden, die sich durch Flucht oder durch Bestechung dieser Internierung zu entziehen suchen“, sollten zum Tode verurteilt werden. Ihr Vermögen sei einzuziehen. 3. „Deutsche, die den Juden zur Flucht“ verhelfen, sollten „das gleiche Schicksal zu gewärtigen“ haben. 4. „Eröffnet die Entente die Feindseligkeiten gegen uns, so muß unverzüglich mit Repressalien an den Juden geantwortet werden. Bei Verhängung der Blockade müssen die Juden dem Hungertode ausgeliefert werden. Erfolgt der Vormarsch der Feinde, so muß

²¹² Bericht des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung über die von ihm bisher getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der antisemitischen Hetze vom 2. September 1919, BA Koblenz R 43 I/2193; Brief von Walther Hoffmann, Hamburg, an Gustav Pott vom 12. August 1919 in: *Werner Jochmann*, Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 5, 39 f. Grundsätzlich auch *Lohalm*, op. cit., 215 ff.

²¹³ *Alfred Wiener*, Gegenrevolution, Im deutschen Reich, XXVI (April 1920), 131 ff.

²¹⁴ Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 282.

die Niedermetzlung der Juden stattfinden, bis der Vormarsch eingestellt wird.“ 5. Die Internierung sollte so lange aufrecht erhalten werden, wie Deutschland von „inneren und äußeren Feinden bedroht“ bleibe. Für den Fall, daß Juden noch überlebten, sollte nach der Beseitigung der „inneren und äußeren Gefahren“ deren „restlose Abschiebung“ und zwar „nach Palästina“ erfolgen, selbstverständlich unter Zurücklassung ihres Besitzes und Vermögens. Eine Rückkehr nach Deutschland habe als todeswürdiges Verbrechen zu gelten²¹⁵.

Derartige Äußerungen sind in jenen Jahren von nahezu allen Politikern und insbesondere von höheren Staatsbeamten belächelt und als Hirngespinnste krankhafter Fanatiker abgetan worden, obwohl Mißhandlungen und Terror immer stärker dominierten. Nach dem Kapp-Putsch gab es keinen Zweifel mehr, wozu einige Freikorps fähig waren, wenn sie sich durch einflußreiche Volkskräfte gedeckt wähnten. Da aber alle Parteien bis zu den Sozialdemokraten an erster Stelle Gewalttaten der radikalen Linken fürchteten und von dort her den Staat am stärksten gefährdet sahen, waren sie bereit, den völkischen Extremisten gegenüber Milde und Nachsicht walten zu lassen²¹⁶. Sie durften als mögliche Hilfstruppe gegen einen Aufstand der Kommunisten auf keinen Fall „verprellt“ werden. Dabei waren, wie noch zu zeigen ist, auch starke Gruppen in den Regierungsparteien und viele ihrer Repräsentanten bereit, antisemitischen Argumenten eine gewisse Berechtigung zuzuerkennen. Sie verschlossen sich der Erkenntnis, daß damit nicht nur die jüdische Minderheit, sondern die Zukunft der Demokratie gefährdet war. Die Reichswehr, – einmal infiziert – hat den völkischen Bazillus nie wieder ausgeschieden. In der Truppe waren kaum noch Juden vorhanden. Dieser Bereich des öffentlichen Lebens war somit „judenfrei“. An dieser Tatsache änderte sich auch nichts, als nach dem Kapp-Putsch General von Seeckt Chef der Heeresleitung wurde und die Entpolitisierung der Reichswehr erzwang. Er erreichte zwar, daß nach und nach alle Rechtsextremisten und engagierten Antisemiten aus der Reichswehr ausschieden²¹⁷, jedoch das traditionsbewußte Offizierkorps, dessen Geist er entscheidend prägte, sorgte ohne jedes Aufsehen, aber mit harter Konsequenz dafür, daß keine „ungeeigneten“ Kräfte, und das waren Juden und Demokraten, in dieses Bollwerk „vordemokratischer Ordnung“ eindringen²¹⁸.

²¹⁵ Hans Knodn am 11. Mai 1920 an Ministerpräsidenten von Kahr, Bayer. HStA, Allgem. StA M Inn 66 282.

²¹⁶ Hugo Haase in der 67. Sitzung der Nationalversammlung am 26. Juli 1919. Stenographische Berichte Bd. 328, 1969; Beschwerdebrief des demokratischen Parteisekretärs Seyffert, Breslau, an Reichsminister Gothein vom 4. November 1919, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 30.

²¹⁷ Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln–Berlin 1964, 270.

²¹⁸ Karl Dietrich Bracher, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Bern–München–Wien 1964, 91.

Die weite Verbreitung der völkischen Ideologie in der Reichswehr und in den Freikorps hatte noch andere Folgen. Offiziere und Soldaten, die aus der Reichswehr entlassen wurden, Mitglieder der Freikorps und der Zeitfreiwilligenverbände, die nach deren Auflösung beschäftigungslos wurden, suchten nach adäquaten Betätigungen. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von ihnen fand ein Unterkommen in der Polizei²¹⁹. Sie haben auch dort mit den Völkischen sympathisiert und diese oft gegen Maßnahmen der demokratischen Staatsorgane geschützt. Polizeiaktionen oder Ermittlungen gegen antisemitische Verbände hatten zumeist keinen Erfolg²²⁰. Einige Polizeibeamte betätigten sich aktiv in völkischen Bündeln oder antisemitischen Parteien²²¹. Aber auch diejenigen, die aus menschlichen oder beruflichen Gründen ein politisches Engagement scheuten, waren in der Regel nicht bereit, gegen frühere Kameraden, auch wenn diese den Staat gefährdeten, entschieden einzuschreiten. Die Mehrzahl der entlassenen Berufssoldaten und die Mitglieder der aufgelösten Freikorps und Zeitfreiwilligenverbände beteiligte sich an der Organisation der völkisch orientierten vaterländischen Verbände.

Gemäß der alldeutschen Methode, bestehende Vereine und Institutionen mit Hilfe eigener Anhänger von innen her zu erobern und dann zu dirigieren²²², wurden der Verband nationalgesinnter Soldaten, der Nationalverband deutscher Offiziere, der Reichsbund ehemaliger Kadetten und zahlreiche regionale Gruppen gegründet, die nach einem einheitlichen Plan handeln soll-

²¹⁹ So wurden z. B. in Hamburg zahlreiche Mitglieder des Freikorps Schleswig-Holstein in die Ordnungspolizei übernommen. Vgl. dazu die demnächst in den Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus erscheinende Studie von *Henning Timpke* über die Geschichte der Polizei von 1918 bis 1933.

²²⁰ Reichswehrminister Noske beklagte sich in einer Rede vom 26. Juli 1919 in der Nationalversammlung, daß bei Aktionen gegen die Antisemiten die Polizei „nicht immer so funktioniert, wie das wünschenswert ist“. Stenographische Berichte, Bd. 328, 1970. In Hamburg war der Beamte der politischen Polizei, der den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund zu überwachen hatte, selbst Mitglied antisemitischer Verbände. Er hat deshalb alles getan, um den Bund vor Behelligung zu schützen. Fst. Hbg. 11 – R 14; in München schirmte die Polizei besonders wirksam die Antisemiten ab. Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 281; Georg Davidsohn an Harden, 25. Juni 1921, BA Koblenz, Nachlaß Harden Nr. 27.

²²¹ Vgl. dazu das insgesamt sehr problematische Erinnerungsbuch von *Alf Krüger*, *Der Weg, auf dem wir angetreten*, Berlin 1938.

²²² Winke für die Arbeit in den Gliederungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. *Alfred Roth*, *Unser Wollen – unsre Arbeit*, Hamburg 1921, 14 ff.: „Unsere Mitglieder sind anzuhalten, an Vereinen sich zu beteiligen, die als Träger, Heger und Pfleger deutscher Kultur und Sitte wirken wollen. Deren Wirksamkeit muß mit deutsch-völkischem Geiste durchsetzt werden . . . Das gleiche gilt natürlich auch für Vereine zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend und für Vereine zur Jugendpflege.“ Diese Frage diskutierten Hauptleitung und geschäftsführender Ausschuß des Alldeutschen Verbandes wiederholt. Fst. Hbg. 11 – C 2 und 412 sowie das Material im Sonderbestand Vereinigte Vaterländische Verbände.

ten²²³. Als einige dieser Gruppen infolge ihrer Beteiligung am Kapp-Putsch oder an verfassungsfeindlichen Aktionen in mehreren Ländern verboten wurden, erhielten die Mitglieder jede nur erdenkliche Unterstützung. Antisemitische Propaganda und Exzesse waren mit keinem nennenswerten Risiko verbunden. Deshalb blieben die Verbote wirkungslos. Zumeist erstanden nach kurzer Zeit die aufgelösten und verbotenen Organisationen unter neuen Namen wieder²²⁴. Solange die völkischen Führungszentren nicht ausgeschaltet wurden, war die Gefahr nicht zu bannen. Aber gegen die verantwortlichen, gesellschaftlich einflußreichen Verbandsvorsitzenden wagte niemand entschlossen vorzugehen.

Wie ehemalige Offiziere und Soldaten, so wurden auch Studenten, Schüler und viele Gruppen der bürgerlichen Jugendbewegung von der „gewaltigen antisemitischen Sturmflut“²²⁵, die Claß und seine Gesinnungsfreunde verursacht hatten, fortgerissen. Gerade um die Studentenschaft bemühten sich die Völkischen besonders intensiv. Unmittelbar nach dem Ausbruch der Revolution, Ende November 1918 rief Reinhold Wulle die Studenten auf, sich politisch zu organisieren, da die Gefahr bestehe, „daß die geistigen Kräfte Alldeutschlands sich ausschalten“ ließen beim Aufbau eines neuen Staates, der dann mit Notwendigkeit „banausisch“ werden würde²²⁶. In einem Augenblick, in dem Millionen „zur Macht“ strebten und die „alte Form“ zerschlugen, seien vornehmlich die Studenten berufen, den Geist zu retten, den diese alte Form umschlossen hatte. Sie vor allem hätten einen „Zustand“ zu fürchten, in dem die „geistige Blüte des deutschen Volkes“ keinen Einfluß mehr besitze. Sie müßten deshalb alles daran setzen, diese Gefahr zu bannen. Die „wahrhaft deutschdenkenden“ Studenten waren nur zu bereit, sich einem „Führer“, der sie einte, ihnen das Ziel wies und sie zum Kampf gegen die Demokratie führte, vorbehaltlos anzuschließen²²⁷. Zunächst galt es aber erst einmal, die akademische Jugend „schnell und gründlich aufzuklären“ und alle, die „dem völkischen Gedanken fremd geworden“, zu gewinnen. Die völkischen Studenten wußten, worauf es in dieser Zeit ankam. Sie verkündeten die Parole, die kurze Zeit danach von Hitler aufgenommen wurde: wer „im neuen Deutschland die Jugend für sich hat“, dem

²²³ G. von Hertzberg-Berlin, Nur Einigkeit verbürgt den Sieg, Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 295 (1. Juli 1920). Max Maurenbrecher, Völkische Einigung, aaO, XXVIII, Nr. 513 (21. November 1923).

²²⁴ Staatsarchiv Hamburg, Cl I Lit. T Nr. 1 Vol. 57 Facs. 4 Conv. I. Bericht des Polizeipräsidenten Campe an Senator Hense vom 6. Dezember 1922, Fst. Hbg. 11 – C 2 und 412. Vgl auch die Aufzeichnungen von Ludolf Haase, Aufstand in Niedersachsen. Der Kampf der NSDAP 1921/1924, 2. vermehrte und verbesserte Niederschrift (Maschinenschrift) 1942.

²²⁵ Alfred Wiener, Die Pogromhetze, aaO, 289.

²²⁶ Reinhold Wulle, Burschen heraus! Zeitbilder der Deutschen Zeitung, Ausgabe A, XXIII, Nr. 4 (27. November 1918).

²²⁷ Hans Stelter, Studenten! Schließt die Reihen!, aaO, XXIII, Nr. 655 (25. Dezember 1918).

gehöre die Zukunft²²⁸. Nur durch schnelles Handeln könne das Judentum, das in der „akademischen Welt“ wie im Staat, „die Führung an sich zu reißen“ gewußt habe, „noch ehe die Tapferen von der Front und die draußen stehenden Kommilitonen zurückgekehrt“ seien, wieder aus seiner Position verdrängt werden²²⁹.

In Wirklichkeit hatte gerade an den Hochschulen der Antisemitismus seit den letzten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts eine besondere Pflegestätte besessen. Die Korporationen, fast alle farbentragenden und ein großer Teil der nichtfarbentragenden Verbindungen, waren satzungsgemäß antisemitisch orientiert²³⁰. Der Boden für die völkische Agitation war also durch Jahrzehnte vorbereitet. Die Studenten entstammten zum überwiegenden Teil jenen Kreisen, „die durch die Revolution am meisten verloren“ hatten²³¹. Und sie würden – davon war man überzeugt – bei fortschreitender Demokratisierung noch mehr verlieren, namentlich jene „Privilegien“, die bisher das Leben erleichtert hatten. Wenn in Zukunft auf Herkunft, gesellschaftliche Verbindungen oder die Zugehörigkeit zu einem angesehenen Korps kein Wert mehr gelegt wurde, es vielmehr nur auf Begabung und Leistung ankommen sollte, fürchteten viele Studenten, ins Hintertreffen zu geraten. Angesichts dieser unsicheren Zukunftsaussichten, die durch wirtschaftliche Not im Elternhaus und die Überfüllung vieler Berufe – hervorgerufen durch die Ausweisung der Beamten aus den abgetretenen Gebieten und die Verkleinerung der Armee – weiterhin verschlechtert wurden, zeigten sich die Studenten zum Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse bereit. Die Richtung wiesen Claß und viele Hochschullehrer²³². Schon Heinrich von Treitschke, so hieß es, habe gelehrt, daß es im politischen Kampf allein auf die Macht und die Bereitschaft ankomme, „sich durchzusetzen“. Deshalb müßten die Studenten „heute vor allem wieder nach Macht“ streben. Sie sollten sich die Forderung Treitschkes zu eigen machen, die er in seiner letzten Festrede in der Berliner Universität verkündet habe: „Bis an das Ende aller Geschichte wird das Männerwort gelten: durch Gewalt wird Gewalt überwältigt.“²³³

Um nun rasch Einfluß auf die Entwicklung an den Hochschulen zu nehmen, formierte man in allen Universitäten mit Unterstützung der antisemitischen Verbände deutschvölkische Hochschulgruppen, die sich noch 1919 in

²²⁸ *cand. jur. Grote*, Studenten und nationale Parteien!, aaO, XXIII, Nr. 655 (25. Dezember 1918).

²²⁹ Schwarz-Rot-Gold. Burschenschaft und Studentenschaft, aaO, XXIV, Nr. 7 (4. Januar 1919).

²³⁰ *Oskar Franz Scheuer*, Burschenschaft und Judenfrage. Der Rassenantisemitismus in der deutschen Studentenschaft, Berlin 1927; *Felix Goldmann*, Hochschulantisemitismus, Im deutschen Reich, XXVIII (März/April 1922), 54 ff.

²³¹ *Felix Goldmann*, aaO, 58 f.

²³² Wir nennen hier nur die Professoren Jung, von Liebig, von Below, Wundt, von Freytag-Loringhoven, Roethe, Passarge.

²³³ *Max Lohan*, Was spricht heute Treitschke zu den deutschen Studenten?, Das junge Deutschland, Beilage zur Deutschen Zeitung, XXIV, Nr. 184 (23. April 1919).

verschiedenen Orten mit gesinnungsverwandten Gruppen zu „Hochschulringen deutscher Art“ zusammenschlossen²³⁴. Diese schufen eine Dachorganisation für das gesamte Reichsgebiet. Die Hochschulringe bekämpften die Demokratisierung der Hochschule, vor allem aber forderten sie die Isolierung der jüdischen Studenten und – wenn möglich – ihre Verdrängung von den Universitäten überhaupt²³⁵. Bald gab es keine studentische Veranstaltung mehr, in der nicht Mitglieder des Hochschulringes gegen die Berufung jüdischer Dozenten und die Teilnahme jüdischer Politiker an akademischen Feiern protestiert oder die Einführung des *numerus clausus* für jüdische Studenten gefordert hätten²³⁶. An verschiedenen Universitäten kam es zu Ausschreitungen, wiederholt auch zu Mißhandlungen jüdischer Kommilitonen. Völkische Studenten waren führend an allen radikalen Aktionen außerhalb der Universität beteiligt und taten sich auch in Freikorps und Selbstschutzverbänden durch besondere Gewalttätigkeit und Brutalität hervor²³⁷. Im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, in den vaterländischen Verbänden und endlich auch in den Gliederungen der NSDAP stellten Studenten besonders starke Kontingente.

Und wie die Studenten, so wurden auch die Schüler der Gymnasien, die jugendlichen Mitglieder vieler bürgerlicher Turn- und Sportvereine, zahlreicher Jugendverbände und einige Bünde der Jugendbewegung von der antisemitischen Welle erfaßt²³⁸. Dies war keine spontane und gefühlsmäßige Reaktion, wie die Antisemiten die Öffentlichkeit glauben machen wollten. Die Alldeutschen, die Führung des Schutz- und Trutz-Bundes und andere antisemitische Propagandisten haben sich systematisch um Einfluß in den Schulen und Jugendgruppen bemüht, weil sie verhindern wollten, daß die Jungen und Mädchen dem Staat und seinen Institutionen unvoreingenommen

²³⁴ *Walter Fischer*, Der Hochschulring deutscher Art als Pflegestätte des deutschen Nationalbewußtseins, aaO, XXV, Nr. 227 (26. Mai 1920). Besonders große Erfolge hatten die Hochschulringe bis zu diesem Zeitpunkt in Greifswald, Berlin, Breslau, Göttingen, Hannover und Darmstadt.

²³⁵ *Deutsche Zeitung*, XXV, Nr. 240 (2. Juni 1920), und Nr. 344 (28. Juli 1920).

²³⁶ *Felix Goldmann*, Hochschulantisemitismus, aaO, 57; [Rechtsanwalt] *Braubach*, „Jugend und Antisemitismus“. Vortrag in der Außerordentlichen Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Mitteilungen, XXXI, Nr. 4/5 (24. Februar 1921), 29 f.

²³⁷ [*Ludwig*] *Foerder-Breslau*, Antisemitismus, Jugend und Erzieher. Im deutschen Reich, XXVIII (März/April 1922), 71. Besondere Rohheiten ließen sich Studenten in den Selbstschutzverbänden in Oberschlesien zuschulden kommen. Sie drohten den Juden auf offener Straße an, sie „in ihrem eigenen Blut zusammen mit den Polen ersäufen“ zu wollen. Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 281.

²³⁸ [*Ludwig*] *Foerder-Breslau*, Antisemitismus, Jugend und Erzieher, aaO, 67 ff.; *Braubach*, Jugend und Antisemitismus, aaO.; *Arnold Zweig*, Der Antisemitismus und die deutsche Jugend, Der Jude, VI (Dezember 1921), 146. Von grundsätzlicher Bedeutung ist die Auseinandersetzung von *Oskar Baum* mit *Hans Blüher*s Schrift „Secessio judaica“ und dem Geist der Jugendbewegung in dem Aufsatz: Die jüdische Gefahr, Der Jude, VII (Juli 1923), 416 ff.

gegenübertraten²³⁹. Oft besaßen sie die Unterstützung und Förderung durch Gymnasiallehrer, Pastoren und Jugendgruppenleiter. Die meisten dieser Jugenderzieher hatten ja in den Jahrzehnten vor dem Krieg an deutschen Universitäten studiert und waren dort als Mitglieder des Vereins deutscher Studenten, der Korps oder vieler Burschenschaften selbst „durch die Schule des Antisemitismus gegangen“²⁴⁰. Im Kampf gegen die verhaßte Republik, in der sie ihr Ansehen geschmälert, viele Überlieferungen zerstört und die religiösen und ideologischen Werte in Frage gestellt sahen, waren ihnen alle Mittel recht²⁴¹. Die Jugenderzieher, Gymnasiallehrer und Universitätsdozenten, die nach dem Ersten Weltkrieg völkische Ideen verkündeten oder offen tolerierten, haben an erster Stelle die Verantwortung dafür zu tragen, daß die Mehrheit der von ihnen geprägten Nachkriegsgeneration, als sie in verantwortlichen Stellungen stand, bei der Ausschaltung und Vernichtung der deutschen Juden mitwirkte und das deutsche Volk in den Ruin führen half²⁴².

Wie bei den Truppen, in den Universitäten und Schulen und in zahlreichen Jugendorganisationen breitete sich der Antisemitismus auch in anderen Mittelstandsschichten aus. Ob in den Organisationen des gewerblichen Mittelstandes, in Angestellten- und Beamtenvereinigungen, den Standesvertretungen der Unternehmer oder der freiberuflich Schaffenden, überall fanden die völkischen Akteure Wirkungsmöglichkeiten. Endlich gerieten auch bürgerliche Frauenvereine, Wohltätigkeitsorganisationen und Gesellschaften zur Pflege geistiger und kultureller Interessen unter den Einfluß der völkischen Agitation²⁴³. Dabei waren das Unbehagen über den raschen Wandel aller politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse und die Sorgen, sich unter veränderten Bedingungen so gut wie möglich zu behaupten, die entscheidenden Faktoren für die Annahme der antisemitischen Parolen. Darüber hinaus tru-

²³⁹ *Alfred Roth*, Unser Wollen – unsre Arbeit, Hamburg 1921 besonders die „Winke für die Arbeit in den Gliederungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“. Die Hauptgeschäftsstelle des Bundes empfahl den Gauen und Ortsgruppen die Errichtung besonderer Deutschvölkischer Schulämter, die Arbeitsgemeinschaften mit allen Jugendgruppen zur Pflege deutscher Art ins Leben rufen sollten. Vgl. auch den Brief von Roth an Bucher vom 21. April 1919, Fst. Hbg. 11 – R 14.

²⁴⁰ *Felix Goldmann*, Hochschulantisemitismus, aaO, 54.

²⁴¹ *Braubach*, Jugend und Antisemitismus, aaO; Max M. Warburg an Staatsrat A. Zinn am 12. Juli 1922, Staatsarchiv Hamburg B I; Zeitschau, Im deutschen Reich, XXVI (Juli/August 1920), 234 ff.

²⁴² *Adam Röder*, Reaktion und Antisemitismus. Zugleich ein Mahnwort an die akademische Jugend, Berlin 1921, 28; *RA Foerder*, Antisemitismus, Jugend und Erzieher, aaO, 71; *Joachim Seligsohn*, Der „Allgemeine Deutsche Burschenbund“ und die Juden, Im deutschen Reich, XXVI (Februar 1920), 81: „Diese akademische Jugend ist als künftige Führerin des deutschen Volkes undenkbar! Sie würde uns ganz zum Ruin führen.“

²⁴³ Fst. Hbg. 412, Gedanken zur deutschvölkischen Frauenarbeit, hrsg. vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund Ortsgruppe Erfurt. Die Zahl der weiblichen Mitglieder des Bundes war recht beträchtlich.

gen aber auch der elementare Durchbruch lange zurückgestauter avantgardistischer Bestrebungen in Kunst und Literatur, neue Disziplinen und Forschungsergebnisse in allen Bereichen der Wissenschaft und daraus folgend eine grundsätzliche Kritik an den politischen und geistigen Traditionen des neunzehnten Jahrhunderts in starkem Maße dazu bei, daß große Schichten des Volkes schockiert waren. Wer niemals an den Überlieferungen gezweifelt hatte, der glaubte, daß mit dem November 1918 „der Geist der Zerstörung alles bodenständigen, echten Wesens, dem nichts heilig ist“, hereingebrochen sei und der „Untergang des Abendlandes“ begonnen habe²⁴⁴. Und da die Antisemiten diesen sogenannten „Geist der Zerstörung“ als „typisch jüdisch“ bezeichneten und schließlich sogar noch – wenig schmeichelhaft für das deutsche Volk – mit der Gleichung Intellektueller = Jude aufwarteten, ja darüber hinaus sogar noch die Freiheit schlechthin als jüdische „Falschmünzerei“ ablehnten²⁴⁵, fanden sie ein Echo bei Millionen unkritischer und verstörter Menschen. Diese fühlten sich durch die im Zeichen der neuen Freiheit vielfach sehr radikal vorgetragene Kritik an Überlieferungen und Verhaltensweisen oft mit Recht verletzt*. Es ist nicht zu bezweifeln, daß einzelne jüdische Journalisten, Schriftsteller und Künstler in ihrer Kritik an fragwürdig gewordenen Traditionsbeständen, namentlich soweit es sich um Produkte einer künstlerisch wertlosen Heimat- und Volkskunst handelte, oft überscharf und auch ungerecht waren²⁴⁶. Aber die Auffassung, daß das morsch gewordene Alte beseitigt und Platz für eine gerechtere Welt geschaffen werden müsse, vertraten durchaus nicht nur Juden. Sie waren in ihrer Mehrheit bildungs- und kulturpolitisch keineswegs ausgesprochen progressiv. Obwohl dies den intellektuell redlichen Erziehern und Publizisten, die die Bewahrung geistiger und kultureller Überlieferung als ihre Aufgabe betrachteten, bewußt war, ließen sie sich in ihrer Auflehnung gegen den Geist der Moderne nur zu bereitwillig von den Antisemiten unterstützen. Gerade damit und durch die zahlreichen zentral gesteuerten Proteste und Demonstrationen gegen die Aufführung von Werken jüdischer Autoren auf deutschen Bühnen, gegen moderne Inszenierungen klassischer Dramen oder andere kulturelle Darbietungen wurden auch solche Schichten der Be-

²⁴⁴ Aufruf des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes vom Jahre 1920, Fst. Hbg. 412 und 11 – R 14. Es ist bezeichnend, daß ein radikaler völkischer Sektierer, der Augsburger *Otto Dickel*, sich berufen fühlte, einen „Anti-Spengler“ zu schreiben: Die Auferstehung des Abendlandes. Die abendländische Kultur als Ausfluß des planetarischen Weltgefühls. Entwicklung und Zukunft, Augsburg 1921.

²⁴⁵ So u. a. *Hans Blüher*, *Secessio Judaica*. Philosophische Grundlegung der historischen Situation des Judentums und der antisemitischen Bewegung, Berlin 1922, 23 ff. und 53; vergleiche dazu auch *Oskar Baum*, Die jüdische Gefahr, Der Jude, VII (Juli 1923), 426.

* Siehe hierzu den Beitrag von *Hans Tramer*, Der Beitrag der Juden zu Geist und Kultur, im vorliegenden Bande, S. 322, 325 f. (Hrsg.).

²⁴⁶ *Wolfgang Scheumann*, Deutsche und jüdische „Schuld“ und Aufgabe, Der Jude, VIII (Juli 1924), 384.

völkerung in Erregung versetzt, die sozial nicht gefährdet und durch die Revolution kaum beunruhigt worden waren²⁴⁷.

Besonders empfänglich für antisemitische Kulturkampfpaparen waren Geistliche der beiden christlichen Konfessionen und, unter ihrem Einfluß, die Redakteure der in hohen Auflagen verbreiteten Kirchenblätter sowie viele kirchlich aktive Laien. Die Führung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes hatte das sofort erkannt und daher unmittelbar nach der Gründung des Bundes mit einer planmäßigen Beeinflussung der Geistlichen begonnen²⁴⁸. Besonders in der evangelisch-lutherischen Kirche verhielt sich ein solcher Vorstoß Erfolg, betätigten sich doch schon seit mindestens zwei Jahrzehnten namhafte protestantische Geistliche im Alldeutschen Verband und in anderen nationalen und vaterländischen Vereinigungen. Sie haben die Gefahren, die dem Christentum von den stark antichristlichen völkischen Tendenzen drohen, entweder nicht erkannt oder mißachtet²⁴⁹. Sie lebten in einer Tradition, die ihrer Meinung nach ungebrochen von Luthers judenfeindlichen Schriften bis zu Stoecker und in die Gegenwart reichte, und die viel nachhaltiger, als sich dies die kirchlichen Behörden jemals eingestanden, „Gesinnung und Haltung der evangelischen Geistlichkeit gegenüber dem Judentum“ geprägt hatte. So war die Mehrheit der Pastoren nicht nur bereit, das Judentum als einen „Fremdkörper innerhalb des deutschen Volkes“, einer weitgehend christlichen Gemeinschaft, abzulehnen²⁵⁰, sondern auch alle geistigen Bewegungen des Aufklärungszeitalters, die das Christentum in Frage stellten, den Juden zuzuschreiben²⁵¹.

²⁴⁷ *Alfred Roth*, Das sollt Ihr tun! gibt auf Seite 17 folgende Anweisungen für den Schutz- und Trutz-Bund: „Kampf gegen Schmutz in Wort und Schrift. Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, dem entsittlichenden Treiben jüdischer Schriftsteller und Künstler und ihnen gleichgearteter Schmutzfinken mit aller Tatkraft entgegenzuwirken. Rücksichtslos muß gegen solche schamlosen Darbietungen und ihre Verbreitung vorgegangen werden. Theater- und Kinovorführungen, Einzelvorträge solcher Art, sowie die Ausstellungen von Bildern, Büchern und sonstiger Kunstwerke sind daraufhin zu überwachen. Man lasse sich nicht durch das echt jüdische Geschrei über die Freiheit der Kunst oder Kunstschmüffelei irre machen. Die Kunst bietet keinen Freibrief für gemeine Darbietungen. Sie soll erheben, nicht niederziehen und die Volksseele vergiften.“ – Siehe hierzu auch *Lohalm*, op. cit., 155 ff. Vgl. ebenfalls das Gespräch des Grafen Kessler mit dem Schauspieler Moissi. *Kessler*, op. cit., 317 (14. Mai 1922); grundsätzlich dazu u. a. *Friedrich v. Oppeln-Bronikowski*, Antisemitismus? Eine unparteiische Prüfung des Problems, Charlottenburg 1920, 59 ff.

²⁴⁸ Roth an den Vorstand des Reichshammerbundes Stuttgart am 19. April 1919, Fst. Hbg. 11 – R 14.

²⁴⁹ *Felix Goldmann*, Antisemitismus und Religion, Im deutschen Reich, XXIV (März 1918), 103.

²⁵⁰ *Eduard Lamparter*, Evangelische Kirche und Judentum (in dem in Anm. 111 zitierten Neudruck), 284.

²⁵¹ *Friedrich G. Friedmann*, Judentum und Christentum. Brief an Karl Rahner, in: *F. G. Friedmann*, Politik und Kultur, München 1969, 29.

Es gab aber auch Pastoren, die die Heilige Schrift gründlicher als das völkische Schrifttum lasen und sich, der hebräischen Sprache mächtig, ein selbständiges Urteil über das Judentum bildeten. Diese traten in der Regel den Völkischen entgegen und bekämpften sie, soweit es in ihren Kräften stand. Um eine Verstärkung dieser antivölkischen christlichen Gruppe zu verhindern, forderte die Leitung des Schutz- und Trutz-Bundes die Mitglieder und alle Anhänger auf, künftig „auf die Berufung von Geistlichen Einfluß zu nehmen“, namentlich durch Mitwirkung bei den Kirchenwahlen. Ohne Skrupel unternahmen evangelische Christen den Versuch, die Kirche zu einem Werkzeug völkischer Politik zu degradieren²⁵². Wie in so vielen anderen Fällen haben hier die Völkischen Praktiken angewandt, die später Hitler übernahm und mit deren Hilfe er die evangelischen Kirchen von innen her zu erobern versuchte²⁵³.

Oft bedurfte es nicht einmal eines massiven Druckes seitens der Völkischen auf die Geistlichkeit und die Kirchenbehörden. Da diese die sozialen Probleme der Zeit nicht klar diagnostizierten, lenkten sie von der schweren Glaubenskrise durch Anklagen gegen den „zersetzenden Geist des Judentums“ ab. Nur eine Minderheit allerdings folgte den Bestrebungen des Flensburger Hauptpastors Friedrich Andersen, der versuchte, die christliche Religion radikal von allen „artfremden“ Einflüssen zu reinigen. Dies hieß die restlose Verdammung des Alten Testaments und seine Ersetzung durch einen Bluts- und Volksmythos²⁵⁴. Nach deutschkirchlicher Lehrmeinung waren sogar ge-

²⁵² *Max Wundt*, *Der ewige Jude* (Sonderdruck aus: *Wundt*, *Deutsche Weltanschauung*, München 1926), 22 f. unternimmt den Versuch, die völkische Ideologie religiös zu verbrämen. „Zwei Geister ringen um die Seele des deutschen Volkes, der Christusgeist und der Judengeist... Dem Deutschen ist heute vor anderm die Bewahrung des christlichen Geistes anvertraut... Stoßen wir Christus von uns, so wie die Juden ihn von sich stießen, weil er ihr König sein wollte, so werden wir das Schicksal der Juden teilen. Dann wird der lebendige Quell auch unseres Daseins versiegen und unser Volkstum von innen heraus verdorren.“

²⁵³ *Alfred Roth*, *Das sollt Ihr tun*, 18: „Einflußnahme auf die Kirchenwahlen. Die bedauerliche Tatsache, daß vielfach Geistliche sich zu Wortführern des Judentums aufwerfen, macht es uns zur Pflicht, überall da, wo es möglich ist, auf die Berufung von Geistlichen Einfluß zu nehmen. Das geschieht am besten dadurch, daß die Gliederungen versuchen, die Wahlen zu den Kirchenbehörden im Sinne unserer deutschvölkischen Bestrebungen zu beeinflussen. Es darf keine kirchliche Wahl mehr stattfinden, ohne daß unsere Gesinnungsfreunde mit Macht sich daran beteiligen.“

²⁵⁴ *Friedrich Andersen*, *Der deutsche Heiland* (Neuaufgabe des „*Anticlericus*“), München 1921. Die deutschkirchliche Sekte wurde bereits kurz vor Beginn des Ersten Weltkrieges von Andersen, der ein prononciertem Alldeutscher war, gemeinsam mit Adolf Bartels ins Leben gerufen. Sie erreichte erst nach 1919 stärkere Ausdehnung, als Andersen als eifriges Mitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes dort einen völkischen Anhängerkreis gewann. „*Der deutsche Heiland*“ war eine Art Programmschrift dieser völkisch-kirchlichen Gruppe. In ihr fehlen auch die unsinnigsten antisemitischen Thesen nicht. Seine Kenntnis vom Judentum hat Andersen aus antisemitischen Hetzbroschüren bezogen. Vgl. auch *Lamparter*, op. cit., 287 f. Andersen war Mitbegründer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes

wisse Mängel und Schwächen innerhalb der christlichen Kirchen auf „geheime Machenschaften“ des Judentums zurückzuführen; an der „Schuld“ der Juden für die „sittliche Entartung und Verderbnis“ der christlichen Völker bestand für sie kein Zweifel. Ersteres nahmen nur die Anhänger ernst, letzteres – obwohl nicht minder unsinnig – eine große Zahl gläubiger Christen. Sie ignorierten „das Gebot der Nächstenliebe“²⁵⁵. Einige von ihnen betätigten sich führend in den radikalen Verbänden²⁵⁶. Viele Pastoren beeinflussten ihre Gemeinden und namentlich die Jugendgruppen im antisemitischen Sinne²⁵⁷.

Völkische Tendenzen vertraten auch die Redakteure zahlreicher kirchlicher Zeitschriften und Zeitungen. In den in hohen Auflagen verbreiteten regionalen *Kirchenboten* und *Sonntagsblättern* wurden gehässige antisemitische Artikel gedruckt. Den Christen wurden nicht nur Dinters Romane zur Lektüre empfohlen, sondern auch nahezu alle anderen antisemitischen Pamphlete einschließlich der gefälschten *Protokolle der Weisen von Zion*. In einigen Fällen haben diese Blätter durch demagogische Berichterstattung sogar Pogrome verursacht²⁵⁸. Der Einfluß dieser Kirchenpresse ist nicht verläßlich zu bestimmen. Er dürfte namentlich in Landgebieten ziemlich groß gewesen sein²⁵⁹. In den katholischen Organen fehlte eine offene Parteinahme für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund und andere

in Flensburg und später auch der NSDAP, deren erster Stadtverordneter er in Flensburg war. Der Hauptpastor stellte dem Bund und später der NSDAP kirchliche Räume für Versammlungen und Gruppenveranstaltungen zur Verfügung und schirmte die völkischen Aktionen gegenüber den Behörden ab. Handschriftlicher Bericht Friedrich Andersens: „Die nationalsozialistische Bewegung in Flensburg 1919–1932.“ Stadtarchiv Flensburg, Mappe Andersen.

²⁵⁵ Hauptpastor Felden in der Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 18. September 1921, Mitteilungen, XXXI, Nr. 21 (23. Oktober 1921).

²⁵⁶ Der Pastor Egbert Vierow war Schriftleiter der Zeitschrift *Auf Vorposten* und propagierte dort die Thesen des skrupellosen Müller von Hausen. Im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund betätigten sich zahlreiche Pastoren, so Hauptpastor Andersen–Flensburg, Pastor Ebert–Hamburg und andere mehr. BA Koblenz, Nachlaß Gothein, Nr. 54; Fst. Hbg. 11 – R 14 und 412. Vgl. auch *Lohalm*, op. cit., 172 ff.

²⁵⁷ Mitteilungen, XXXII, Nr. 8 (26. April 1922), und Fst. Hbg. 412.

²⁵⁸ So die *Allgem. Evangel.-Luth. Kirchenzeitung*, deren Herausgeber, Pfarrer Dr. W. Laible, immer wieder die Lügen von den Geheimnissen der Weisen von Zion verbreitete und das *Stuttgarter Sonntagsblatt*, das nach Berichten gut unterrichteter Kreise für antisemitische Ausschreitungen in Memmingen im Jahre 1921 verantwortlich war. Vgl. den Bericht des Hauptpastors Felden in der Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus vom 18. September 1921, Mitteilungen, XXXI, Nr. 21 (23. Oktober 1921), und aaO, XXXI, Nr. 11/12 (20. Juni 1921); weitere Belege Fst. Hbg. 11 R 14 und 412.

²⁵⁹ Vgl. dazu die (ungedruckte) Dissertation von *Ino Arndt*, *Die Judenfrage im Licht der Evangelischen Sonntagsblätter von 1918–1933*, Phil. Diss., Tübingen 1960. Weitere Belege in *Hamburger Kirchenblättern* Fst. Hbg. 7533 und 631.

völkische Verbände. Ebensovienig wurde dort das völkische Schrifttum zur Lektüre empfohlen. Gleichwohl traten auch in einigen katholischen Blättern antisemitische Tendenzen zutage²⁶⁰. Die meisten katholischen Presseorgane jedoch legten ebenso wie viele kirchlich und politisch unabhängige oder neutrale Zeitschriften und Zeitungen Wert darauf, als unvoreingenommen zu gelten. Das hinderte sie andererseits nicht immer daran, durch die Art ihrer Berichterstattung den „Pogromhetzern Vorspanndienste“ zu leisten. Vollbrachte ein Jude etwas von Bedeutung, wurde seine Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft verschwiegen. Bot das Verhalten von Juden Anlaß zur Kritik, wurde der ganzen Judenheit die Mißbilligung ausgesprochen. Vor allem verriet die Methode, in der diese Zeitungen die Reden und Äußerungen jüdischer Politiker zitierten, die Tendenz der Herausgeber und Redakteure²⁶¹.

Ein Blick in die Presse der Nachkriegsjahre vermittelt ein Bild von den Verheerungen, die die antisemitische „Sturmflut“ in Deutschland angerichtet hatte. Die antisemitischen Blätter²⁶² und die vielen kleinen, mitunter nur kurzlebigen völkischen Verbandsorgane²⁶³ haben nur relativ kleine Kreise erreicht. Zur Ausbreitung antisemitischer Tendenzen haben vielmehr entscheidend beigetragen die großen und angesehenen bürgerlichen Zeitungen, viele Zeitschriften, Fachorgane und Familienmagazine. Viele Journalisten trugen aus Gedankenlosigkeit oder Schwäche dem Zug der Zeit Rechnung oder aber – und das war häufiger der Fall – sie nutzten ihn aus kommerziellem Interesse. Allerdings war auch die Zahl der überzeugten Antisemiten unter Journalisten und Publizisten nicht gering²⁶⁴.

Angesehene Zeitschriften, wie etwa die *Süddeutschen Monatshefte*, polemisierten ständig gegen die „Zersetzung“ der alten moralischen Werte, für die

²⁶⁰ So u. a. das Paderborner, von einem katholischen Geistlichen geleitete Wochenblatt „Leo“. Vgl. Umschau, Im deutschen Reich, XXV (Oktober 1919), 421 und zahlreiche andere Beispiele.

²⁶¹ Aufruf des Oberrats der Israeliten Badens vom 1. Oktober 1919, BA Koblenz, R 43 I/2192.

²⁶² Hier seien nur genannt: Die Deutsche Zeitung, das Organ des Alldeutschen Verbandes, die Deutsche Tageszeitung, die Tägliche Rundschau, die Hallesche und Süddeutsche Zeitung.

²⁶³ Außer den Verbandsorganen der völkischen Gruppen und Bünde sind u. a. zu nennen: Deutsches Wochenblatt, Hammer, Reichswart, Deutscher Volkswart, Deutsche Wochenschau, Deutscher Vorwärts, Münchener Beobachter, Miesbacher Anzeiger, Staatsbürger-Zeitung, Sturm.

²⁶⁴ Daß die Völkischen von Anfang an bemüht waren, die Presse zu beeinflussen, geht aus einem Brief Roths vom 12. April 1919 an Baurat Lucius hervor, Fst. Hbg. 11 – R 14; später richtet der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund Presseauschüsse ein, um namentlich die Tageszeitungen mit Nachrichten, Berichten und „Informationen“ zu versorgen, da „die Einwirkung auf die Presse als eine der ersten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit der Gliederungen des Bundes betrachtet werden muß“. *Alfred Roth*, Das sollt Ihr tun!, 16.

sie vornehmlich die jüdischen Intellektuellen verantwortlich machten²⁶⁵. Die berechtigte Kritik, die lange Zeit am persönlichen Regiment des Kaisers geübt worden war, die Opposition gegen Regierungs- und Verwaltungspraxis des Kaiserreiches, das Unbehagen angesichts der unsozialen Politik der alten Führungsschichten, wurden vergessen oder aus dem Bewußtsein verdrängt. Die untergegangene Welt erschien in einem verklärten Licht, weil die Republik nicht brachte, was viele erhofft hatten. Die Freiheit der Meinung endlich aber war verhaßt, weil sie auch Sozialisten, Demokraten und Juden zugute kam. Die nationalen Journalisten und Publizisten haben ihnen unerwünschte Meinungen und avantgardistische Versuche in Kunst und Literatur nicht nur kritisiert, sondern als „zersetzend“, „volksfeindlich“ und „jüdisch“ angeprangert. Diese Publizistik erreichte es, daß die Leser nach und nach alles als „jüdisch“ klassifizierten, was sie ablehnten und verwarfen²⁶⁶. Freilich war in gebildeten Kreisen der Einfluß der vorzüglich redigierten demokratischen, von den Antisemiten als „jüdisch“ bezeichneten Presse, noch immer viel größer. Darum hat man die Wirkung der antisemitischen Presse lange Zeit gering geschätzt.

Als Alfred Roth Anfang 1919 im alldeutschen Auftrag damit begann, eine Massenbewegung zu organisieren, galt es zunächst, Voraussetzungen dafür zu schaffen, „daß nach einem einheitlichen Plane von den verschiedenen Stellen gewirkt“ werden konnte²⁶⁷. Zwar hatten Claß und seine Mitarbeiter bereits viele alte und neue Antisemiten angeworben und aktiviert. Um aber die Agitation auch in das letzte Dorf, in den kleinsten Betrieb und das bescheidenste Büro zu tragen²⁶⁸, benötigte man sehr viel mehr Funktionäre und Gesinnungsfreunde in möglichst allen Berufsgruppen. Insbesondere suchten die völkischen Propagandisten, die befähigt waren, bestimmte Volksschichten, die der antisemitischen Agitation früher nicht zugänglich gewesen waren, mit Erfolg zu beeinflussen. Nach diesem Plan sollten die Juden soweit wie möglich isoliert und dann von allen Seiten angegriffen werden. Nur, wenn sie völlig schutzlos den entfesselten Gewalten ausgeliefert wären, würden sie ihre Positionen aufgeben, vielleicht sogar Deutschland verlassen²⁶⁹.

²⁶⁵ *Wolfram Selig*, Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914–1918, Osnabrück 1967, 67. – Ironischerweise war Cossmann selbst jüdischer Herkunft, ein Repräsentant des nicht seltenen jüdischen Selbsthasses. Er ist 1942 deportiert worden und im Konzentrationslager Theresienstadt zugrunde gegangen.

²⁶⁶ *Sigbert Feuchtwanger*, Grundsätzliches zur Deutschen Judenfrage, Neue Jüdische Monatshefte, I (10. Juli 1917), 547 ff. Feuchtwanger spricht von dem „Kryptoantisemitismus“ der Presse, die sich äußerlich neutral gibt, insgeheim aber doch antisemitische Ressentiments nährt.

²⁶⁷ Roth an Dr. Beutel, 21. April 1919, Fst. Hbg. 11 – R 14.

²⁶⁸ Roth an Masius, 8. April 1919, Fst. Hbg. 11 – R 14.

²⁶⁹ So u. a. *Hans Blüher*, op. cit., 21 „Es spielt sich noch ein . . . geschichtliches Ereignis ab: die Ablösung der Juden von den Gastvölkern, genannt *secessio judaica*. Die Juden haben versucht, sich auf Deutschland aufzupropfen, so daß man die Verwachsungsstelle nicht mehr sieht. Sie lieben die deutsche Rasse mit einer un-

Nachdem die Propaganda große Teile des Bürgertums, namentlich Beamte und Angestellte, Kaufleute und Gewerbetreibende, Publizisten, Soldaten, Studenten und Schüler und viele Frauen erfaßt hatte²⁷⁰, boten die völkischen Führer alles auf, um auch Teile der Arbeiterschaft zu gewinnen. Hier hatten die Völkischen allerdings große Schwierigkeiten zu überwinden, weil sie bis zum Ende des Krieges die organisierte Arbeiterschaft bekämpft und verachtet hatten. Da die alldeutschen Justizräte und antisemitischen Verbandssekretäre zur geistigen Welt der Arbeiter keinen Zugang hatten, blieben sie weiterhin erfolglos. Wenige Ausnahmen bestätigen die Regel namentlich im Nürnberger Gebiet, wo es dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund gelang, zahlreiche Arbeiter an sich zu binden²⁷¹. Angesichts dieser Mißerfolge nahmen die Alldeutschen und vor allem die Führer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Fühlung mit solchen nationalen Organisationen auf, die sich speziell an die Arbeiterschaft wandten. Mit deren Hilfe sollten neue Anstrengungen unternommen werden. Schon 1919 besprachen völkische Blätter das Büchlein des Münchener Werkzeugschlossers Anton Drexler, des Gründers und Führers der kleinen Deutschen Arbeiterpartei, und empfahlen dessen Verbreitung in der Industrie – und namentlich in der Landarbeiterschaft²⁷². Als Adolf Hitler als Redner dieser Partei Aufsehen erregte und im Februar 1920 das Programm der neuen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verkündete, informierten die Völkischen ihre Mitglieder regelmäßig über die Aktionen und Erfolge dieser Partei²⁷³. Sie waren erfreut darüber, daß sich nun endlich die in „deutschfühlenden Kreisen längst ersehnte Möglichkeit“

glücklichen Leidenschaft... Wir stehen heute im Zeichen der Ablösung, und diese ist ein rein historisches Ereignis, für das die wachsende antisemitische Bewegung der empirische Ausdruck ist.“

²⁷⁰ *Alfred Wiener* wies bereits im Sommer 1919 darauf hin, daß sich die Völkischen in ihrer Propaganda besonders auf Handwerker, Lehrer, Geistliche, Schüler und Studenten, Anwälte, Ingenieure und die Frauen konzentrierten, Die Pogromhetze, Im deutschen Reich, XXV (Juli/August 1919), 293. Über die Ergebnisse dieser Bemühungen wird schon ein Jahr später eingehend berichtet, Zeitschau, Im deutschen Reich, XXVI (Juli/August 1920), 234 ff. Die erste grundlegende Untersuchung über die soziale Herkunft der Mitglieder eines völkischen Verbandes gibt *Lohalm*, op. cit., 110 ff.

²⁷¹ Bericht der Polizeistelle von Nordbayern, Bamberg, über den Stand der antisemitischen Bewegung in Nordbayern vom Herbst 1919, BA Koblenz, R 43 I/2193. „Die antisemitische Bewegung ist auch in Nordbayern allenthalben in der Zunahme begriffen. Sie beschränkt sich nicht... auf einen kleinen Kreis weit rechts stehender (reaktionärer) Persönlichkeiten, sondern auf alle Schichten des Volkes und umfaßt Angehörige aller politischen Parteien bis hinein in die radikale Linke...“ Vgl. dazu *Lohalm*, op. cit., 308 ff.

²⁷² *Anton Drexler*, Mein politisches Erwachen, München 1919; Alldeutsche Blätter, XXIX, Nr. 44 (1. November 1919); Deutsche Zeitung, XXIV (5. November 1919); mit Nachdruck wird für die 2. Aufl. geworben. Siehe Alldeutsche Blätter, XXXI, Nr. 1 (8. Januar 1921).

²⁷³ Die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 204 (10. Mai 1920).

bot, „an die Arbeitermassen“ heranzukommen. Und da sich die im Umgang mit Arbeitern völlig ratlose alldeutsche Führung viel von Hitlers „hinreißender Dämonie“ versprach, förderte und unterstützte sie ihn nach Kräften²⁷⁴. Bald luden ihn völkische Verbände Süddeutschlands und nationale Klubs und Herrengesellschaften in anderen Teilen des Reiches ein, bei ihnen zu sprechen²⁷⁵. Die völkischen Honoratioren wollten den Mann kennenlernen, dessen Energie sie bewunderten. Hitler hatte die von ihnen entwickelte Methode übernommen, er war nur viel skrupelloser und rücksichtsloser bei ihrer Anwendung. Ihrer Auffassung nach war der Terror, den die Nationalsozialisten gegen Andersdenkende und besonders gegen die Repräsentanten der „Judenrepublik“ ausübten, für alle völkischen Verbände vorbildlich. Anlässlich des ersten Deutschen Tages, den der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund und die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde 1920 veranstalteten²⁷⁶, unterrichteten die süddeutschen Delegierten die versammelten völkischen Verbandsfunktionäre eingehend über die von Hitler in München entwickelte Praxis des politischen Kampfes²⁷⁷. Diese Informationen beeindruckten einzelne Tagungsteilnehmer so nachhaltig, daß sie sich selbst der NSDAP anschlossen und – sofern die Voraussetzungen dafür gegeben waren und Hitler die Genehmigung gab – auch nationalsozialistische Ortsgruppen außerhalb Bayerns ins Leben riefen²⁷⁸. Nahezu alle nationalsozialistischen Parteigruppen, die vor dem Hitlerputsch von 1923 außerhalb Bayerns entstanden, wurden von Mitgliedern des Schutz- und Trutz-Bundes gegründet. In Bayern gingen die jüngeren und aktiveren Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes ganz zur NSDAP über, weil sie aktiver, rücksichtsloser und damit auch erfolgreicher war. Bald zeigte sich, wie falsch Claß und Führer des Schutz- und Trutz-Bundes die Lage beurteilt hatten. Hitler gewann wohl jüngere Arbeiter, aber an erster Stelle zog er die Menschen aus dem alldeutschen Lager an²⁷⁹.

²⁷⁴ Otto Helmut Hopfen, Nationalsozial, Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 383 (19. August 1920).

²⁷⁵ Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt-Bonn 1965, 233, 236 ff.; Hitlers erste Einladung nach Berlin. Geh. Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Rep. 320, 334 und 337.

²⁷⁶ Der erste „Deutsche Tag“ fand Anfang Oktober 1920 in Weimar, der zweite 1921 in Detmold, der dritte 1922 in Coburg statt. Lohalm, op. cit., 128 f. und 285 ff.

²⁷⁷ Deutscher Tag 1920. Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 463 (5. Oktober 1920). Danach verwies man besonders auf das Vorbild der Arbeiterschaft im politischen Kampf. Daraus sollten alle lernen, namentlich „wie man Versammlungen beherrscht“. Vgl. auch die Berichte Fst. Hbg. 412.

²⁷⁸ Ludolf Haase, op. cit., 112 ff. Besonders aufschlußreich ist auch der Bericht des Gründers der Ortsgruppe Hannover der NSDAP, Gustav Seifert, über den Deutschen Tag in Weimar. Niedersächs. StA Hannover, Hann. Des. 310 I G 1. Vgl. auch Werner Jochmann, Kommentar zu Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945, hrsg. von Hans-A. Jacobsen und Werner Jochmann, Bielefeld 1966, 15 ff. Ausführlich Lohalm, op. cit., 283 ff. und 301 ff.

²⁷⁹ Otto Helmut Hopfen, Nationalsozial, Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 383

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund selbst hatte ihm den Weg gezeigt, auf dem er alle seine Gönner und Verbündeten überholte²⁸⁰. Was die Völkischen ständig angekündigt hatten, wovor sie aber häufig zurückgeschreckt waren, das tat Hitler. Er ging mit brutaler Gewalt gegen seine Gegner vor. In der direkten Aktion übertraf er die Völkischen so weit, daß er ihnen schon 1922 – wenn auch widerstrebend – das Gesetz des Handels aufzwingen konnte²⁸¹. Hitler zog mit seinen militanten Kampfmethoden namentlich die Soldaten und die Jugend an, die durch den Schutz- und Trutz-Bund mobilisiert und radikalisiert worden waren. Daher scheiterte der Versuch der völkischen Führer, die NSDAP in ihre überparteiliche völkische Bewegung einzugliedern. Die Bürgerkriegsformationen kehrten ihren alten Führern den Rücken, die ihnen zu zögernd erschienen. Sie waren zum Kampf gegen die „Judenrepublik“ mobilisiert worden; nun wollten sie in den Kampf ziehen und deshalb folgten sie dem, der sie zum Angriff gegen die demokratische Ordnung führte²⁸². Seit 1922 sympathisierten alle antisemitischen Gruppen ebenso wie die radikalsten vaterländischen Verbände mit der Partei Adolf Hitlers²⁸³.

VII

Cläß und seine Gesinnungsgenossen haben ihr Ziel, alle Antisemiten Deutschlands in einer Organisation unter ihrer Führung zusammenzufassen, nicht erreicht. Zunächst scheiterten sie am Eigensinn vieler völkischer Sektierer, die jeder Ein- und Unterordnung widerstrebten. Vor allem aber gerieten die Alldeutschen mit ihren organisatorischen und agitatorischen Praktiken in einen nicht lösbaren Konflikt mit der eigenen Ideologie. Sie brauchten die „Massen“, glaubten aber, deren Wünsche und Erwartungen mißachten zu können. Im Zeichen der Demokratisierung ließen sich wohl verängstigte Menschen in großer Zahl „einfangen“, jedoch nicht auf die Dauer widerspruchslos und gegen ihren Willen kommandieren. Ganz und gar nicht waren dazu die

(19. August 1920) stellt bereits fest, einzelne national-sozialistische Ortsgruppen seien „als Fortsetzung des Schutz- und Trutz-Bundes anzusehen“.

²⁸⁰ *Lohalm*, op. cit., 290 ff.

²⁸¹ Bayer. Staatsministerium des Innern an die Reg. Präsidenten, 5. Oktober 1920, Staatsarchiv Speyer, Landratsamt Pirmasens IV D 1; *Jochmann*, Kommentar..., 25 f.; *Lohalm*, op. cit., 289 ff.

²⁸² *Ludolf Haase*, op. cit., 113; dazu auch Hitlers Denkschrift „Der völkische Gedanke und die Partei“ von 1922 (Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus und *Jochmann*, Kommentar . . ., 25 f.).

²⁸³ Nach dem Verbot des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes forderten Gebattel und G. von Hertzberg die Mitglieder auf, sich der NSDAP anzuschließen, Fst. Hbg. 11 – C 2; seit 1922 sympathisierte auch der Verband gegen Überhebung des Judentums mit Hitler. Auf Vorposten, X (Januar/April 1922), 3; für die vaterländischen Verbände vgl. Deutsche Zeitung, XXVIII, Nr. 459 (19. Oktober 1923), und zahlreiche andere Belege, Fst. Hbg. 4131.

Funktionäre der einzelnen völkischen Gruppen bereit. Sie kämpften zwar gegen die Juden und Demokraten, auf keinen Fall aber für eine Diktatur, in der die alten Führer wieder Einfluß erlangen und alte Klassenvorrechte erneuern würden. Sie wünschten eine politische Ordnung, in der ihnen die Verantwortung und das Risiko des Existenzkampfes abgenommen wurde, sie aber ihr gesteigertes Geltungsbedürfnis befriedigen konnten. Die Volksbewegung, die die Alldeutschen und die mit ihnen verbündeten einflußreichen Kreise hervorgerufen hatten, ist schon nach kurzer Zeit ihrer Kontrolle entglitten und schließlich von anderen, skrupelloseren Führern weiter vorangetrieben und beherrscht worden.

Die organisatorischen Schwächen vieler antisemitischer Verbände und endlich auch das Gegeneinander im völkischen Lager haben nicht wenig dazu beigetragen, daß die Gefahr, die den Juden und der Republik von dieser Seite drohte, unterschätzt wurde. Dabei konnte dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Völkischen mit ihrer Agitation erfolgreich gewesen waren. Die Mehrheit des Volkes war von ihnen erfaßt und mitgerissen worden²⁸⁴. In welchem Ausmaß, zeigt ganz besonders die Tatsache, daß alle politischen Parteien sich entweder von der antisemitischen Flut tragen ließen oder völlig untätig blieben, weil sie das Risiko scheuten, sich diesen Gewalten entgegenzustellen.

Die Deutschnationale Volkspartei, in der sich nach der Revolution Konservative, Freikonservative, Christlich-Soziale und Deutschvölkische vereinigt hatten, war offiziell zunächst jeder Stellungnahme in der sogenannten Judenfrage ausgewichen²⁸⁵. Es läßt sich nachweisen, daß die konservative Führung der Partei diese Zurückhaltung lediglich aus opportunistischen Gründen geübt hatte. Die Mitglieder der Partei waren entweder selbst Antisemiten oder gehörten jedenfalls zu den Gesellschaftskreisen, die durch den Zerfall der alten Ordnung am stärksten betroffen waren und daher, von einer kleinen Minderheit abgesehen, „die Juden“ verantwortlich machten. Im Gegensatz zur Berliner Parteizentrale beteiligten sich daher einzelne Landes-, Kreis- oder Ortsverbände der DNVP, in denen die Antisemiten den Ausschlag gaben, aktiv an völkischen Aktionen oder deckten sie gegenüber den Behörden²⁸⁶.

²⁸⁴ Bericht der Polizeistelle von Nordbayern über den Stand der antisemitischen Bewegung und Begleitschreiben des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung an den Reichskanzler vom 26. November 1919, BA Koblenz, R 43 I/2193.

²⁸⁵ *Walter Graef*, *Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928*, in: *Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928*, hrsg. von *Max Weiß*, Berlin 1928, 16 f., 41 f.; vgl. dazu jetzt auch *Ernest Hamburger*, *One Hundred Years of Emancipation*, in: *Year Book XIV of the Leo Baeck Institute*, London 1969, 32 ff.

²⁸⁶ So namentlich die Landesverbände Berlin, Potsdam I und II, Hamburg, Hannover, Leipzig, Schleswig-Holstein, Fst. Hbg. 11 – D 9 Korrespondenz Nachlaß Diller; *Gottfried Traub* in der Rundschau der von ihm herausgegebenen *Eisernen Blätter*, I, Nr. 7 (17. August 1919), 105 ff.

In zahlreichen Parteiveranstaltungen kamen radikale Völkische, die in den meisten Fällen deutschnationale Parteimitglieder waren, zu Wort²⁸⁷. In dem Maße, in dem die antisemitischen Verbände erstarkten, wurde die deutschnationale Parteiführung unter Druck gesetzt. Einmal verlangten die Völkischen von ihren Mitgliedern, soweit sie der DNVP angehörten, daß sie innerhalb der Partei ihren Einfluß geltend machten. Gleichzeitig versuchten sie – ferngesteuert vom Alldeutschen Verband – von außen einen Druck auf die zögernde Parteileitung auszuüben²⁸⁸. Der Antisemitismus, planmäßig in die Massen hineingetragen, sollte „elementar aus den Massen wieder empordringen“, um sich die Anerkennung, wenn nötig mit Gewalt, zu erzwingen²⁸⁹. Und vor diesem Druck wich die „intelligente Minderheit“ in der DNVP, namentlich in der Parteiführung und den Parlamentsfraktionen, Schritt für Schritt zurück. Während des ersten Parteitages der DNVP im Juli 1919 verhinderten christliche und konservative Gruppen zwar noch eine offizielle Erklärung im Sinne der Völkischen; aber schon am 13. Oktober 1919 beschloß der Hauptvorstand der Partei, den völkischen Forderungen künftig stärker Rechnung zu tragen und „gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist“ und namentlich „gegen die Vorherrschaft des Judentums“ zu kämpfen²⁹⁰. Damit hat sich die DNVP offen der antisemitischen Richtung angeschlossen²⁹¹; in

²⁸⁷ Alfred Roth, Jürgen von Ramin, Ferdinand Werner und viele andere mehr, Fst. Hbg. 11 – R 14 und die Korrespondenz, Fst. Hbg. 11 – D 9; siehe dort auch das Programm der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der DNVP.

²⁸⁸ Umschau, Im deutschen Reich, XXV (Juli/August 1919), 303 ff.; *Gottfried Traub*, „Rundschau“, Eiserne Blätter, I, Nr. 7 (17. August 1919), 108. Bezeichnend für die Einstellung der sogenannten „Gemäßigten“ in der DNVP sind folgende Ausführungen Traubs: „Das deutsche Volk kann und will nicht vergessen, daß die spartakistische Welle hauptsächlich von Juden getragen worden ist. Es wäre unverständlich, wenn sich in ihm nicht etwas von Zorn regte bei dem Anblick der ersten Ministerbank in Weimar. In der Zeit des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das deutsche Volk den Anspruch erhebt und durchsetzt, von Deutschen regiert zu werden.“

²⁸⁹ *Oppeln-Bronikowski*, op. cit., 6 ff. weist besonders auf den Druck hin, den die fanatischen Anhänger und Wähler auf die Parteileitung und eine kleine „intelligente Minderheit“, die sich dem radikalen Antisemitismus widersetzte, ausübten. – Allerdings waren selbst für gemäßigte Deutschnationale wie Oppeln-Bronikowski nur deutsch gesinnte Juden konservativen Schlages akzeptabel. Siehe hierzu seine spätere Broschüre, in der die Juden zur Abkehr vom Liberalismus und zum Anschluß an die „Nationale Bewegung“ aufgefordert werden, *Gerechtigkeit! Zur Lösung der Judenfrage*, Berlin 1932. Über die Geschichte dieser Schrift siehe *Arnold Paucker*, „Gerechtigkeit!“. The Fate of a Pamphlet on the Jewish Question, in: Year Book VIII of the Leo Baeck Institute, London 1963, 238–251.

²⁹⁰ Fst. Hbg. 7533: „Die DNVP steht auf dem Boden des deutschen Volkstums. Von dieser Grundlage aus kämpft sie gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Sie wendet sich insbesondere gegen die Vorherrschaft des Judentums, die seit der Revolution in Regierung und Öffentlichkeit immer verhängnisvoller hervortritt.“ Vgl. auch die Umschau in: Im deutschen Reich, XXV (Juli/August 1919), 303 ff.

²⁹¹ Am 27. September 1919 erklärte der deutschnationale Parteivorsitzende Hergt

welchem Ausmaß, zeigte sich schon während des Reichstagswahlkampfes 1920. Die Fälle, in denen es nach deutschnationalen Veranstaltungen zu Tätlichkeiten gegen Juden kam, mehrten sich zusehends²⁹². Einzelne Landesverbände weigerten sich, gemäßigten konservativen Politikern überhaupt das Wort zu erteilen oder sie zu Veranstaltungen einzuladen. Anna von Gierke, die durch ihre soziale Tätigkeit während des Krieges sehr populär gewordene Tochter des bedeutenden Berliner Juristen Otto von Gierke, wurde wegen ihrer teilweise jüdischen Abkunft von der zuständigen Parteiorganisation, in der die Völkischen den Ausschlag gaben, nicht wieder als Kandidatin für die Reichstagswahl 1920 nominiert. Sie trat daraufhin ebenso wie ihr Vater aus der Partei aus²⁹³. Zum gleichen Schritt entschlossen sich in der Folgezeit auch noch andere bekannte Parlamentarier, nach dem Kapp-Putsch zum Beispiel Siegfried von Kardorff, später Dr. Adalbert Düringer²⁹⁴. Aber diese Reaktionen Einzelner machten auf die Menge wenig Eindruck. Die Parteiführer reagierten auf Warnungen und Mahnungen fast immer mit vermehrter Aggressivität. Sie wünschten die kleine, aber einflußreiche Gruppe, die sich der Radikalisierung widersetzte, nach und nach auszuschalten²⁹⁵. Dies gelang nicht, weil die altkonservativen und christlichen Gruppen innerhalb der DNVP doch so stark waren, daß sie auf den Parteitagen in Hannover (1920) und München (1921) weiterhin einen offenen und betont völkischen Kurs der Partei verhinderten²⁹⁶. Gleichzeitig vermied man aber auch eine offene Absage an die Radikalen. Die Partei ließ sich weiterhin von ihnen unterstützen, sie duldeten, daß in ihren Veranstaltungen gegen die Juden gehetzt wurde.

während einer Parteiversammlung in Greifswald: „Die antisemitische Welle werde den kommenden Wahlkampf für die Deutschnationalen aber ganz außerordentlich erleichtern.“ Fst. Hbg. 7533; dazu ferner der Bericht, Die Hoffnung auf die antisemitische Welle, Mitteilungen, XXIX, Nr. 21 (16. Oktober 1919), und die Rede von Georg Gothein anlässlich der ordentlichen Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 16. November 1919, Mitteilungen XXIX, Nr. 24 (24. November 1919).

²⁹² Zeitschau, Im deutschen Reich, XXVI (Juli/August 1920), 233, und zahlreiche Belege, Fst. Hbg. 7533.

²⁹³ Ulrich Kahrstedt, Kritik, Eiserne Blätter, I, Nr. 50, 864 ff. und die anschließende Diskussion in dieser Zeitschrift z. B. II, Nr. 4, 55 und II, Nr. 6, 84. Vgl. dazu auch Werner Liebe, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924, Düsseldorf 1956, 64 ff.

²⁹⁴ Graef, Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei, aaO, 41; zum Übertritt der Abgeordneten von Kardorff, von Dewitz und Dr. Arendt von der DNVP zur DVP vgl. Liebe, op. cit., 59 ff.

²⁹⁵ So erklärte Ferdinand Werner während des Deutschen Tages in Weimar 1920, es sei „Sache des Schutz- und Trutz-Bundes, die Parteien in seinem Sinne zu beeinflussen“. In der DNVP wüchse die „Erbitterung“ über die Vernachlässigung des völkischen Gedankens so sehr, daß eine Spaltung drohe. Dann würde endlich „auf den Trümmern zermorschter Parteigebilde“ eine neue deutsche „Freiheitspartei“ entstehen. Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 463 (5. Oktober 1920).

²⁹⁶ Vgl. Die vertraulichen Rundschreiben der Parteileitung, Fst. Hbg. 11 – D 9.

Weder ein Konservativer noch einer der vielen protestantischen Theologen, die so leidenschaftlich ein Gesetz gegen Schund und Schmutz forderten, verwahrte sich gegen die Volksvergiftung durch deutschnationale Agitatoren und Publizisten²⁹⁷. Es waren vorwiegend Stilfragen und taktische Erwägungen, die schließlich den Ausschlag zugunsten eines „gemäßigten“ Kurses der Partei gaben. Ein Beispiel mag die Haltung von Angehörigen der gebildeten Schichten der DNVP beleuchten. Der Göttinger Althistoriker Ulrich Kahrstedt, der als Schriftleiter der *Eisernen Blätter* die radikal völkischen Tendenzen in der Partei mißbilligte und in seinem Blatt gegen zahlreiche antisemitische Schriften und Bücher polemisierte²⁹⁸, gab gleichwohl offen zu, daß er Antisemit sei, seit er in der Politik stehe. Ihn „beängstige“ es lediglich, daß der Haß des Volkes nach dem verlorenen Krieg durch die Völkischen so ausschließlich auf die Juden, nicht auf die ausländischen Feinde des Reiches abgelenkt wurde. Für ihn waren die Siegermächte die Hauptfeinde und deshalb wollte er das deutsche Volk „bis zum Platzen“ mit „einer hysterischen Wut“ gegen andere Nationen erfüllt sehen²⁹⁹. Da Kahrstedt wußte, daß für nahezu alle seine Parteifreunde der „nationale Gedanke mit dem Antisemitismus aufs engste verbunden“ blieb, hätte er sich darüber klar sein sollen, daß der Haß gegen die „Fremden“ zugleich auch immer gegen die Juden gerichtet war. Letztlich ging es ihm darum, daß in der Auseinandersetzung mit den innenpolitischen Gegnern und besonders mit den Juden, die ja auch unter seinen Kollegen an der Universität zu finden waren, gewisse Formen gewahrt blieben. Der Kampf sollte dort „mit reinen Waffen“ und mit „Verstand“ geführt werden. Hier traten nun die Gegensätze innerhalb der DNVP zwischen den „anständigen“ und den „unanständigen Leuten“, das hieß, zwischen den Gebildeten und Ungebildeten, zutage³⁰⁰.

²⁹⁷ *Rabbiner Samuel*, „Der Stern Judas ist die Revolution“, Im deutschen Reich, XXVI (Februar 1920), 51; zahlreiche Belege auch Fst. Hbg. 7533.

²⁹⁸ *Eiserne Blätter*, II, Nr. 31, 495 f.

²⁹⁹ Antisemitismus und Sozialismus lenkten beide „die Fähigkeit des Hasses gegen den Nachbarn im Innern statt gegen den auswärtigen Fronvogt; gegen den Juden, gegen den Arbeitgeber, statt gegen den Engländer und Franzosen.“ *Ulrich Kahrstedt*, Nochmals zum Antisemitismus, *Eiserne Blätter*, II, Nr. 4, 55. Ähnlich auch in der Vorbemerkung zum zweiten Jahrgang, Nr. 1, dieser Zeitschrift. Kahrstedt hatte schon vor dem 1. Parteitag der DNVP „Vorschläge zu politischen Aktionen“ gemacht, in denen er vorschlug, mit allen Mitteln den Haß gegen die Siegermächte des Krieges zu schüren. Er schrieb am Schluß seiner Denkschrift an den Parteivorstand: „Wenn die deutsche Nation bis zum Platzen angefüllt wird von einer hysterischen Wut gegen alles, was französisch, englisch, polnisch, tschechisch ist, findet zugleich eine wohlthätige Ablenkung des Haßbedürfnisses von den eigenen Volksgenossen anderer Bildungsklassen und anderer Berufsstände statt.“ Fst. Hbg. 7533.

³⁰⁰ Prof. Otto Hoetzsch an Prof. Pflug, Staatspolitische Arbeitsgemeinschaft der DNVP vom 24. Juli 1922. Abschrift in den Akten der AG, Fst. Hbg. 11 – D 9: „Mit dem nationalen Gedanken und der Arbeit für ihn ist, wie die Dinge nun einmal liegen, der Antisemitismus aufs engste verbunden, wobei wir uns darüber klar

Diese Männer erkannten durchaus die Gefahren jeder Radikalisierung und hatten teilweise auch schon frühzeitig davor gewarnt³⁰¹. Aber um nicht völlig ausgeschaltet und entmachtet zu werden, hatten sie sich in die Gesellschaft der „unanständigen“ Radikalen begeben und waren nach und nach von ihnen abhängig geworden³⁰². Da viele Abgeordnete und Parteifunktionäre ihre Mandate oder Ämter völkischen Agitatoren verdankten, konnten sie nur matt protestieren, wenn die „anständigen Leute“ in der Partei diffamiert und zurückgesetzt wurden. Widerspruchslos hatten sie es hingenommen, als einige Landesverbände ehrenhafte Mitglieder, die sich der Radikalisierung aus Überzeugung widersetzen, aus der Partei ausschlossen oder zum Austritt zwangen. Die gemäßigten Deutschnationalen befanden sich überall in der Defensive. Sie waren schon zu Beginn der Weimarer Republik nicht mehr in der Lage, in entscheidender Weise Einfluß auf das Geschehen zu nehmen. Während sie noch zu führen wähnten, waren sie schon zu Mitläufern geworden.

Als die Unruhen 1922 mit Synagogenschändungen, Überfällen, Sprengstoffanschlägen, Attentaten und Morden dem Höhepunkt zutrieben, empörten sich die „anständigen Leute“ in der DNVP zum ersten und einzigen Mal entschieden gegen den „Sauherdenton“ völkischer Blätter und Gruppen³⁰³. Mit Attentätern und Mördern wollten sie nichts gemein haben, deshalb versuchten sie sich von den „Gruppen und Grüppchen“ – in Wirklichkeit handelte es sich um die Mehrheit der Parteimitglieder – zu distanzieren, die die „unverzichtbare Grundlage“ des politischen Kampfes der DNVP, nämlich ihre „Ziele nur auf verfassungsmäßigem Wege zu erreichen“, nicht anerkennen woll-

sind, daß dieses Programm als nur negativ allein nicht ausreicht und daß es praktisch-politische Ziele nur in der Ostjudenfrage hat, daß der Kampf also nur auf geistig-ethischem und wirtschaftlichem Gebiet liegen kann. Wir sind uns ebenso einig darüber, daß es eine Negierung unseres ganzen Staates bedeutet, wenn man die Aufhebung der politischen Gleichberechtigung der Juden fordert, und daß der Kampf im antisemitischen Sinne nur in anständigen Formen, mit reinen Waffen – und nicht zu vergessen mit Verstand – geführt werden darf. Der Gegensatz in der Partei ist nicht der zwischen schärferem und gemäßigterem Flügel . . ., sondern dieser Kampf ist einmal der Gegensatz zwischen einem völlig bedingungs- und hemmungslosen, jeder Vernunft baren und jedes Maß vermessen lassenden Radikalismus und dem Willen zur positiven Mitarbeit am Staat auf Grund der Verfassung, aber unter Wahrung unserer Grundsätze, und andererseits vor allem . . . der Kampf zwischen den anständigen und unanständigen Leuten. Das letztere ist die Hauptsache und zwingt daher alle anständigen Leute, in diesem Kampf rücksichtslos bis zum Schluß zu gehen, weil . . . unsere Partei tatsächlich in der Gefahr ist, daß die anständigen Leute ihr den Rücken kehren.“

³⁰¹ Vgl. Denkschrift Hoetzsch an den Grafen Westarp vom 5. November 1918, DZA Potsdam, Nachlaß Westarp, Fst. Hbg. 7533.

³⁰² Dies auf jeden Fall hatte Hoetzschs Parteifreund Friedrich v. Oppeln-Bronikowski schon zu Beginn des Jahres 1920 festgestellt. Vgl. seine Schrift *Antisemitismus?* 21, 25 ff., 66 ff.

³⁰³ Vertrauliches Rundschreiben (Nr. 28) des Parteivorstandes der DNVP vom 1. Juli 1922, Fst. Hbg. 11 – D 9.

ten³⁰⁴. Nach den Attentaten auf Scheidemann und Harden, der Ermordung Rathenaus und der Aufdeckung der Mordpläne gegen zwölf weitere jüdische Persönlichkeiten blieb ein solcher Eindämmungsversuch ohne Effekt. Die Parteileitung trennte sich zwar von einigen unbotmäßigen Extremisten³⁰⁵, sie bemühte sich aber mit allen Mitteln, das Gros der Völkischen in der DNVP zu halten³⁰⁶. Niemand in der Partei dachte ernsthaft an eine entschiedene Abkehr vom Antisemitismus. Und da man wußte, daß selbst eine zurückhaltende Kritik an der völkischen Ideologie den Bestand der Partei gefährden würde, mußten die „anständigen Leute“ nachgeben. So beschloß der Görlitzer Parteitag im Oktober 1922, als die Abgeordneten Henning, Wulle und von Graefe mit ihrem Anhang endgültig die DNVP verließen, die Bildung eines „Völkischen Reichsausschusses“ innerhalb der Partei, der Vorschläge für die Neufassung des Parteiprogramms ausarbeiten und insbesondere den „positiv völkischen Gedanken“ in der Zukunft „läutern und in alle Kreise tragen“ sollte. Dieser Ausschuß, dem radikale Alldeutsche und Verbandsantisemiten angehörten, sorgte dafür, daß sich die antisemitische Flut auf keinen Fall verlief³⁰⁷. Nichts kennzeichnet die Situationen besser als die Tatsache, daß ein Unterausschuß Informationen aus Polen und Rumänien über die dort herrschende Entrechtung der Juden zusammentrug, damit Modelle für eine deutsche Judengesetzgebung entwickelt werden konnten. Gerade diejenigen Deutschen, die stolz auf ihre Bildung waren und voller Verachtung auf Polen und Rumänien herabschauten, beneideten diese Völker doch um ihre Erfolge in der institutionalisierten Willkür gegenüber der jüdischen Minderheit³⁰⁸.

³⁰⁴ Rundschreiben des Parteivorstandes der DNVP an die Mitglieder der Parteivertretung vom 3. Juli 1922, Fst. Hbg. 11 – D 9.

³⁰⁵ Unmittelbar nach dem Rathenau-Mord hob die DNVP die Fraktionsgemeinschaft mit dem Abg. Henning auf. Bald darauf erklärten sich die Abg. Graefe und Wulle mit Henning solidarisch und schieden ebenfalls aus der Fraktion aus. Deutsche Zeitung, XXVII, Nr. 312 (20. Juli 1922); ferner Fst. Hbg. 7533.

³⁰⁶ Sitzung des engeren Ausschusses der Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft der DNVP am 25. Juli 1922. Diskutiert wurde die Frage, ob es notwendig sei, „daß eine Trennung der völkischen Kreise Wullescher Art von der Partei eintritt“. Eine kleine Gruppe trat – wenn auch zurückhaltend – für eine Trennung ein. Die Mehrheit war anderer Meinung. „Aus den Äußerungen der zur Parteileitung gehörigen Herren Graef, v. Jecklin und v. Lindeiner ging hervor, daß man die Hoffnung hat, mit dem Ausscheiden der Herren Henning, v. Graefe und Wulle werde nicht eine Abspaltung größerer und wertvoller Kreise von der Partei erfolgen, und daß man die Aufgabe erkennt, den positiv völkischen Gedanken... in der Partei zu läutern und alle Kreise mit ihm zu erfüllen.“ Fst. Hbg. 11 – D 9.

³⁰⁷ Den Vorsitz des Ausschusses übernahm der Abg. Graef, später Prof. v. Freytag-Loringhoven. Dem geschäftsführenden Ausschuß dieses Gremiums gehörten ferner u. a. an: Ferdinand Werner, Baron v. Vietinghoff-Scheel, Alfred Roth, Robert M. Gerstenhauer, Walther Lambach sowie Jenne, Steinhoff und Knauer. In den 7 Unterausschüssen wirkten weitere völkische Extremisten mit. Protokoll über die Verhandlungen des Reichsausschusses am 22. April 1923. Fst. Hbg. 7533, Sonderbestand Deutschvölkischer Reichsausschuß.

³⁰⁸ AaO, Korrespondenz einzelner Mitglieder.

Die alldeutsche Führung tadelte zunächst das Ausscheiden der kleinen Extremistengruppe aus der DNVP. Claß empörte sich, daß seine früheren Vertrauten von Graefe und Wulle entgegen seinen Plänen, anstatt die Führung der DNVP an sich zu reißen, am 16. Dezember 1922 eine neue Organisation, die Deutschvölkische Freiheitspartei, gründeten³⁰⁹. Bald aber stellte sich heraus, daß diese neugegründete Partei in Mittel- und Norddeutschland ebenso wie die NSDAP in Süddeutschland alle vorher organisierten Antisemiten sammelte, die infolge des Verbots ihrer Bünde und Vereine nach dem Rathenaumord ohne organisatorischen Rückhalt waren. Die Deutschvölkische Freiheitspartei wurde in Nord- und Mitteldeutschland zur großen Auffang- und Nachfolge-Organisation des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, dessen Methoden und Praktiken sie auch übernahm, ohne sie allerdings so planmäßig weiterzuentwickeln, wie die NSDAP es in Süddeutschland tat. Und wie der Schutz- und Trutz-Bund so suchte nun auch die Freiheitspartei engen Kontakt mit Hitler. Die Zusammenarbeit funktionierte nicht reibungslos, aber der Aggressivität namentlich der jüngeren Anhänger wurde auf diese Weise Genüge getan³¹⁰. Als schließlich die Reichswehr nach der Ruhrbesetzung mit Unterstützung der Reichsregierung in größerem Stil „schwarze“ Truppenverbände ausrüstete, wurden auch die Völkischen herangezogen und mit Hilfe öffentlicher Mittel ausgerüstet und militärisch ausgebildet. Die Unterstützung, die Freiheitspartei und NSDAP während der Staats- und Wirtschaftskrise des Jahres 1923 von allen Seiten erhielten, hat sie wesentlich in ihren Putsch- und Staatsstreichplänen bestärkt. Im Vorgehen gegen die Juden hatten sie eine Mehrheit auf ihrer Seite. Nun fühlten sie sich auch stark genug zum Kampf gegen den neuen Staat³¹¹.

³⁰⁹ Fst. Hbg. 11 – C 2 und Bestand Dv.-Freiheitspartei.

³¹⁰ Protokoll über eine Besprechung im Preußischen Ministerium des Innern am 25. März 1923, BA Koblenz, R 43 I/2678, ferner das von der Hamburger Polizei gesammelte Material, StA Hamburg, CI I Lit. T No 1 Vol. 57 Facs. 13; weitere Zeugnisse Fst. Hbg. Bestand Dv.-Freiheitspartei.

³¹¹ *Hauptmann Engelbrecht*, Wir fordern Einigkeit in der Führung!, Deutsche Zeitung, XXVII, Nr. 508 (16. November 1923). „Die völkische Bewegung hat heute die weitesten Volkskreise ergriffen... Es ist die Bewegung unseres Volkes...“; Es gärt, Deutsche Zeitung, XXVIII, Nr. 52 (31. Januar 1924); *Claß* zieht in einem Artikel, Um den deutschen Staat, Deutsche Zeitung, XXVIII, Nr. 100 (2. März 1924) nach dem mißglückten Hitler-Putsch Bilanz: „Es wird kein Kunststück sein, mit der Demokratie jüdisch-marxistisch-ultramontaner Färbungen fertig zu werden...“ Das völkische Lager müsse nur einig und entschlossen sein und „bei fortgesetztem Krieg in anderer Form alles daran setzen, die Parlamentsherrschaft zu beseitigen, die Parteien zu erdrücken und die äußerste Zusammenfassung des Volkswillens in der nationalen Diktatur zu erreichen“. Kurz darauf, bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 erzielten die antisemitischen Parteien große Erfolge: DNVP 96 Abgeordnete, Völkischer Block (Dv.-Freiheitspartei und NSDAP) 32 Abgeordnete, Deutsch-Soziale Partei des berühmten Richard Kunze 4 Abgeordnete. Wie stark bis 1924 die völkische Flut gestiegen war, wurde auch in allen Landtagswahlen sichtbar. Vgl. dazu u. a. Mitteilungen, XXXIV, Nr. 3/4 (25. Februar 1924).

Bereits 1923 waren die Juden in Deutschland ernstlich bedroht. Ihre gewalttätigsten Feinde, die Nationalsozialisten und die Deutschvölkische Freipartei, die Alldutschen und die von ihnen dirigierten vaterländischen Verbände, bereiteten den Staatsstreich vor, und ihre Sturmkolonnen wurden, amtlich beschirmt, von der Reichswehr ausgebildet und teilweise auch bewaffnet. Vor allem aber: ein großer Teil der Bevölkerung haßte und verachtete die Juden; und der andere Teil – kaum noch die Mehrheit – hatte sie entweder innerlich preisgegeben oder zeigte keine Neigung, sich für sie zu engagieren. Die Deutsche Volkspartei, in der Frühzeit der Republik die zweitgrößte bürgerliche Rechtspartei, verhielt sich zwar dem völkischen Radikalismus gegenüber reservierter als die Deutschnationalen; gleichwohl unterstützte der kleine schwerindustrielle Flügel der Partei antisemitische Organisationen mit Geld³¹², und örtliche Parteivertreter beugten sich in den Veranstaltungen der Stimmung des Volkes, besonders wenn Wahlen bevorstanden³¹³. Die Parteileitung hat sich jedoch stets zurückgehalten; sie war nicht bereit, sich von der Woge des Hasses tragen zu lassen. Allerdings folgte sie insofern dem Zeitgeist, als sie es trotz intensiver Bemühungen einflußreicher jüdischer Kreise unterließ, die Bekämpfung des Antisemitismus in ihr Programm aufzunehmen oder sich auch nur entschieden von den völkischen Bestrebungen zu distanzieren. Die Volkspartei wollte weder von den Deutschnationalen abrücken noch etwa gar das Odium einer „Judenpartei“ auf sich nehmen, denn im Fall einer Frontstellung gegen den Antisemitismus war zu erwarten, daß sich „eine große Zahl“ konservativer Juden ihr angeschlossen hätte³¹⁴.

Schwieriger und komplexer war das Verhältnis des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei zu den Juden. Beide Parteien hielten sich zwar von den Rohheiten des politischen Antisemitismus fern, dafür aber war die gerade in der katholischen Bevölkerung tief verwurzelte kirchliche Judenfeindschaft stets zumindest latent vorhanden. Besonders in Landgebieten erlagen viele katholische Geistliche, Zentrumsfunktionäre oder dem Zentrum nahestehende Genossenschafts- und Verbandssekretäre den Schlagworten von „städtischem Ungeist“ und der Abneigung gegen die moderne weltliche Zivilisation, für die man die Juden mitverantwortlich machte. Schon unmittelbar nach der Revolution beschuldigten Zentrumszeitungen die Juden, sie wollten dem gläubigen Volk die „Kirche und das Christentum rauben“, um den Geist der Moderne in Deutschland zu verbreiten und mit seiner Hilfe herrschen zu

³¹² Umschau, Im deutschen Reich, XXV (Januar 1919), 11 ff. Bericht des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung über die von ihm bisher getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der antisemitischen Hetze vom 2. September 1919, BA Koblenz, R 43 I/2193.

³¹³ Brief des H. D. Brachmanns Verlags, Schweidnitz, an Georg Gothein, 13. Januar 1920, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 16.

³¹⁴ Großloge B'nai B'rith, Professor Timendorfer, an Arnold Rechberg, 21. Juli 1922, BA Koblenz, Nachlaß Rechberg Nr. 89.

können³¹⁵. Die Juden wurden beschuldigt, Familie, Ehe und Sitte zu untergraben und in der Presse einen Kampf gegen die christliche Schule und gegen das religiöse Empfinden zu führen. Mochten im einzelnen Klagen gegen einen kulturpolitischen Rigorismus, der nicht auf Juden beschränkt war, verständlich sein, die Form, in der einflußreiche Zentrumskreise das gesamte Judentum apostrophierten, verriet nur zu deutlich die Absicht³¹⁶. Auch die *Germania* scheute nicht davor zurück, mit Pogromen zu drohen³¹⁷; um wieviel mehr manche Provinzblätter, untere Parteinstanzen und Sekretäre einiger der Partei nahestehender Verbände³¹⁸. In kulturpolitischen Fragen waren namhafte Zentrumsabgeordnete bereit, mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund und anderen radikalen antisemitischen Gruppen gemeinsame Sache zu machen, so etwa bei Protestaktionen gegen jüdische Künstler, jüdische Pädagogen oder bei Störaktionen anläßlich der Aufführungen von Werken, die man als unmoralisch empfand³¹⁹.

Es konnte nicht ausbleiben, daß von der Volksstimmung auch Mitglieder der Parteien beeinflußt wurden, die die Stützen der Demokratie und des neuen Staates waren. Die Deutsche Demokratische Partei, von den Völkischen stets als „Judenpartei“ verhöhnt, ist offiziell gegen jede Volksverhetzung und besonders prononciert gegen den Rassenhaß aufgetreten*. Mit Proklamationen und guten Vorsätzen allein ließ sich aber die steigende Flut des Antisemitismus nicht eindämmen. Dies hätte nur durch eine klare und konsequente Politik erreicht werden können. Daran fehlte es aber bei den Demokraten. Schon bei der Wahl zur Nationalversammlung beklagten sich jüdische Organisationen darüber, daß lokale Parteileitungen zu nachgiebig gegenüber antisemitischen Strömungen seien. Ein Bezirksverein versicherte sogar den Wählern, die Partei hielte Juden zwar nicht von der Politik fern, sie werde aber dafür sorgen, daß sie keinen nennenswerten Einfluß gewännen. Die Parteizentrale tadelte derartige Eigenmächtigkeiten, vermochte sie aber doch nicht

³¹⁵ Die parteipolitischen Neubildungen in Deutschland und die Juden, Stenographischer Bericht über einen Erörterungsabend des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands am 18. Dezember 1918 in Berlin, Berlin 1919, Diskussionsbeitrag von Ludwig Holländer, 33 ff. „Aber wir haben es gerade seit dem Beginn der Revolution erlebt, daß wir in der Zentrumspresse vielfach mit einem geradezu schrecklichen Judenhass *und mit der Aufforderung zum Judenhass* zu rechnen haben.“ Vgl. auch *Hamburger*, One Hundred Years of Emancipation, aaO, 31.

³¹⁶ Umschau, Im deutschen Reich, XXV (Januar 1919), 15.

³¹⁷ Die Pogromhetze, Mitteilungen, XXIX, Nr. 14 (10. Juli 1919); Die „Germania“ auf den Spuren der Pogromhetzer, Im deutschen Reich, XXV (Juli/August 1919), 300 ff.

³¹⁸ Justizrat Werner Bamberg an den bayerischen Minister des Innern vom 25. April 1919, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 65 617.

³¹⁹ So engagierten sich der Zentrumsabgeordnete Professor Martin Faßbender und andere Parteifreunde u. a. bei den Protesten gegen die Aufführung von Schnitzlers „Reigen“ in Berlin. Fst. Hbg. 7533.

* Zum Nachfolgenden siehe ebenfalls den Beitrag von *Werner Becker*, Die Rolle der liberalen Presse, im vorliegenden Band, S. 115–122 (Hrsg.).

ganz zu unterbinden, weil sie nicht so selten waren und weil auch einige einflußreiche und wohlmeinende Mitglieder der Parteileitung meinten, daß der Antisemitismus doch eine gewisse Berechtigung habe³²⁰. In dem Bestreben, die Demokratische Partei als die große bürgerliche Kraft neben den Sozialdemokraten zu konstituieren³²¹, war man letztlich auch hier bereit, sich den Stimmungen in den umworbenen Wählerkreisen wenigstens zum Teil zu fügen. Dies besonders, wenn es um die Besetzung von Parteiämtern und um die Aufstellung von Kandidatenlisten für Reichs- und Landtagswahlen ging. Dabei wurde wiederholt aus taktischen Erwägungen darauf geachtet, daß nicht zu viele Juden nominiert wurden³²². Es unterblieben auch nahezu alle eindeutig klaren Aktionen gegen die völkischen Verleumdungskampagnen, wie sie von einzelnen Mitgliedern immer wieder gefordert wurden. Die Demokraten verließen sich auf den Sieg der Vernunft. Deshalb verschmähten sie den Einsatz staatlicher Machtmittel gegen Kräfte, die gestützt auf die demokratischen Freiheiten, im Kampf gegen die Juden das Recht verletzten. Sie waren auch aus grundsätzlichen Erwägungen gegen effektivere Maßnahmen zum Schutz der Republik³²³. Zahlreiche Demokraten haben die wirklichen Triebkräfte dieser völkischen Bewegung völlig verkannt. Es wurden in ihrem Lager auch Stimmen laut, die die Ursache für die rapide Ausbreitung des Antisemitismus bei den Juden selbst suchten, z. B. in der ostjüdischen Einwanderung und der „Begünstigung“ dieser Einwanderung durch jüdische Organisationen und Institutionen in Deutschland, die diese in Not geratenen Ostjuden betreuten³²⁴.

Es ist im vorliegenden Kontext nicht möglich, auf die komplizierte Frage der Einwanderung von Juden aus den von Deutschland bis zum Kriegsende besetzten ehemals russischen Ostgebieten einzugehen. In der gereizten Stimmung nach der Niederlage nahmen viele Anstoß an dieser – wenn auch zahlenmäßig geringen – Zuwanderung. Hatte man doch den Deutschen bis Oktober 1918 eingeredet, sie würden den Osten beherrschen; statt dessen, so interpretierten es viele, kamen nach dem Rückzug der Deutschen aus Polen nun

³²⁰ Eugen Fuchs, Was nun?, Neue Jüdische Monatshefte, III (10./25. Januar 1919), 138 f.

³²¹ Graf Bernstorff an Harden, 5. Juli 1919, BA Koblenz, Nachlaß Harden Nr. 14.

³²² Im Dezember 1918 wird darüber von Dr. Cora Berliner erstmalig Beschwerde geführt. Die parteipolitischen Neubildungen in Deutschland und die Juden, Stenographischer Bericht über einen Erörterungsabend des Verbandes jüdischer Jugendvereine Deutschlands am 18. Dezember 1918 in Berlin, Berlin 1919, 39. In der Folgezeit traten diese Tendenzen noch viel stärker in Erscheinung. Vgl. u. a. Schwierigkeiten der Judenfrage. Von einem Süddeutschen, Eiserne Blätter, II, Nr. 6 (8. August 1920), 84 f.

³²³ Die parteipolitischen Neubildungen in Deutschland und die Juden, aaO, Diskussionsbeitrag von Ludwig Holländer, 32; Parteisekretär Seyffert, Breslau, an Georg Gothein, 4. November 1919, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 30.

³²⁴ Otto Fischbeck, Preußischer Minister für Handel und Gewerbe, an Georg Gothein, 3. August 1920, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 20.

noch jüdische Flüchtlinge an. Jedenfalls bot diese Tatsache auch manchen demokratischen Politikern ein willkommenes Argument; sie machten sich die Meinung zueigen, daß erst der Unwille über diese Einwanderung zu der Ausbreitung des Antisemitismus geführt habe³²⁵. Das war freilich eine bewußte oder unbewußte Verkennung der Tatsachen, zu der man nur gelangen konnte, wenn man alle die laut vorgetragenen rassenbiologischen und politischen Motive der Antisemiten ignorierte, die – lange vor der Ostjudeneinwanderung – sich gerade gegen die deutschen Juden gerichtet hatten. Viele alte Demokraten waren bestürzt darüber, daß in der Demokratischen Partei, die stets als eine Vorkämpferin der Ideen der Humanität und als ein letzter Hort des Liberalismus betrachtet wurde, die Animosität gegen diese Opfer des von den Deutschen im Osten angerichteten Chaos um sich griff. Das war gegen die Traditionen der Partei, und konnte daher nur begriffen werden als eine Anpassung an die antisemitische Stimmung und als ein Versuch der Rationalisierung des Antisemitismus. Fischbeck ging noch einen Schritt weiter und richtete seinen Angriff gegen langjährige und angesehene eigene Parteifreunde, die den bedrängten ostjüdischen Flüchtlingen halfen³²⁶.

Mit einer derartigen verständnisvollen Haltung, die als Rechtfertigung des Antisemitismus angesehen werden konnte, haben einige demokratische Politiker nicht unwesentlich zur Lähmung der Abwehrkräfte im deutschen Volk beigetragen. Unvoreingenommenen Beobachtern mußte doch klar sein, daß die Ostjuden nur als sichtbarste, von der Bevölkerung als fremdartig empfundene Gruppe stellvertretend für die gesamte jüdische Minderheit angegriffen wurden und daß die Völkischen daraus eine Waffe zum Kampf gegen die parlamentarische Demokratie schmiedeten.

Wie Teile des demokratischen Bürgertums so wurden auch sozialdemokratische Arbeiter und manche ihrer Führer und Parlamentarier von der antisemitischen Propaganda beeinflusst. Schon während des Krieges hatten sich gelegentlich sozialdemokratische Regionalblätter an der antisemitischen Verleumdungskampagne beteiligt³²⁷. Teilweise war die Abneigung gegen die Juden sogar innerhalb der Reichstagsfraktion der SPD zu spüren³²⁸. Nach der Revolution breiteten sich antisemitische Stimmungen vereinzelt besonders in dem „rechten Flügel“ der Partei aus³²⁹. Es kamen Fälle vor, in denen

³²⁵ AaO.

³²⁶ AaO. „Fühlen sich aber die Herren Dr. Nathan und Genossen etwa völkisch zu den ausländischen Juden hingezogen, so hat der Antisemitismus gewonnenes Spiel, dann gehören solche Kreise selbst unter das Fremdenrecht, das ist die unerbittliche Logik.“ Fischbeck fand es „sehr erfreulich“, daß sein Parteifreund Koch-Weser als Reichsinnenminister so energisch und entschlossen gegen die Ostjuden vorging. Er hielt es für „dringend erforderlich, daß wir auch parteipolitisch diese Linie inne halten“.

³²⁷ So z. B. der „Fränkische Volkfreund“, Mitteilungen, XXV, Nr. 18 (8. September 1915), und andere Beispiele.

³²⁸ David, op. cit., 112 f (18. März 1915), 165 (14. März 1916), 181 (6. Juni 1916).

³²⁹ August Winnig, Glossen zur Ratifizierung, Die Glocke, V, Heft 16 (19. Juli

sich sozialdemokratische Versammlungsredner antisemitischer Parolen bedienen. In einigen Bezirken wechselten Sozialdemokraten zu den völkischen Verbänden über³³⁰. Doch dies blieben immerhin Ausnahmeerscheinungen. Gelegentlich haben auch Kommunisten antijüdische Parolen benutzt und regionale Parteiorganisationen, die sich davon taktische Vorteile versprachen, verschmähten es nicht, mit völkischen Gruppen in einen Wettstreit um die Gunst bestimmter Wählerschichten einzutreten³³¹. Folgeschwerer war aller-

1919), 500 f., die Antwort von Georg Landsberg, aaO, Heft 20 (16. August 1919), 638 und Winnigs unsachliche Polemik gegen Landsberg in der Glosse „Trotz alledem“, aaO, Heft 21 (23. August 1919), 703. Wie weit sich Winnig den Rassenantisemiten genähert hatte, zeigen folgende Sätze seiner ersten Glosse: „Es erscheint . . . nötig, einmal ein offenes Wort über das Gebaren der nichtdeutschen Mitglieder unserer Partei zu sagen. Wir haben eine ganze Anzahl solcher Männer und Frauen an führenden Stellen der Partei . . . Aber sie sollen . . . sich in allen Fragen, die nationale Gefühle berühren, zurückhalten und darauf verzichten, dem deutschen Volke da ihren Rat zu erteilen, wo ihnen durch ihre volksfremde Abstammung der Weg zum Verständnis für das Fühlen des Volkes versperrt ist . . .“ (aaO, 500). Als ihm G. Landsberg vorwarf, daß er sich antisemitischer Argumente bediente, reagierte Winnig sehr bezeichnend: „Dieser Herr Georg Landsberg wirft mich zu den Antisemiten! Er hat allerdings keine Schuld daran, daß ich's nicht bin – auch in dieser Zeit nicht geworden bin, wo 90 von 100 aller Genossen sich gestehen, daß es ihnen allmählich doch auf die Nerven fällt. Gäbe es nicht so ausgezeichnete Vertreter des nationalen Gedankens in der Partei, wie z. B. Otto Landsberg es ist und wie Ludwig Frank es war – es gibt ihrer Stammesgenossen viele, die die ganze Partei längst verantisemitet hätten“ (aaO, 703). Winnig war allerdings zu dieser Zeit bereits ein Außenseiter in der Partei, die er bald darauf verlassen hat. Seine Haltung ist nicht typisch für die große Mehrheit der Sozialdemokraten, aber typisch für den Einfluß des Antisemitismus auf einen Mann, der zuerst seine politische Heimat in der SPD suchte. Seinen damaligen antijüdischen Äußerungen sind auch in der Partei charakteristischerweise nur Juden ausdrücklich entgegengetreten.

³³⁰ Bericht der bayerischen Grenzpolizeistelle Salzburg vom 10. Februar 1920 an die Polizeidirektion München, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 282; Vorwärts vom 18. Februar 1924 und Mitteilungen XXXIV, Nr. 3/4 (25. Februar 1924) und zahlreiche andere Beispiele. Besonderes Aufsehen erregte der Übertritt des zeitweiligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Braunschweig, Sepp Oerter, zur NSDAP.

³³¹ Referentenmaterial der KPD zur bayerischen Landtagswahl (1924). – Gelegentliche antisemitische Tendenzen oder antijüdische Entgleisungen, die für die junge KPD festzustellen sind, konnten hier nicht gesondert behandelt werden. Beispiele geben *Werner T. Angress*, *Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921–1923*, Princeton, New Jersey, 1963, 339–340, und *Hans-Helmuth Knütter*, *Die Linksparteien [zur Judenfrage]*, in: *Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*. Ein Sammelband hrsg. von *Werner E. Mosse* unter Mitwirkung von *Arnold Paucker*, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 13, 2. Auflage, Tübingen 1966, 330, 336. Die Frage der Einstellung der KPD zu den Juden wird z. B. hinsichtlich der Nominierung jüdischer Kandidaten jetzt ebenfalls angeschnitten von *Hamburger*, *One Hundred Years of Emancipation*, aaO, 49–51. Hamburgers Aufsatz verdient überhaupt für das Thema des Antisemitismus in der frühen Weimarer Republik Beachtung.

dings die Tatsache, daß die sozialdemokratische Parteileitung es vermied, sich aktiv für die Rechte der jüdischen Minderheit einzusetzen und daß die örtlichen und regionalen Parteioorganisationen bei Wahlen zum Reichstag und zu den Länderparlamenten nur ungern jüdische Kandidaten nominieren³³². Die Sozialdemokraten haben – und zwar im Reich wie in den Ländern – bei der Abwehr des Antisemitismus weithin versagt. Weder die Agitatoren noch die Gewalttäter und erst recht nicht die amtlichen Stellen, die ihnen Vorschub leisteten, wurden von sozialistischen Ministern zur Rechenschaft gezogen³³³. Ein Einsatz staatlicher Machtmittel zum Schutz der Gesetze erfolgte stets nur zögernd und unvollkommen. Im Verhalten gegen die Ostjuden haben einige verantwortliche Sozialdemokraten sogar offen die Geschäfte der Antisemiten besorgt³³⁴.

Ob nun Indifferenz, Rücksichtnahme auf die Volksstimmung, unbewußte oder gar bewußte Voreingenommenheiten ausschlaggebend waren für das Verhalten der Sozialdemokraten, jedenfalls zeigte es, daß es einen festen und mächtigen Widerstandsblock gegen den Antisemitismus in Deutschland nicht mehr gab. Wenn überhaupt, so wäre nur die organisierte Arbeiterschaft stark genug gewesen, dem völkischen Terror zu begegnen³³⁵. Geling es den Antisemiten – und all ihre Bemühungen zielten darauf ab –, größere Teile der Arbeiterschaft zu gewinnen oder auch nur zu neutralisieren, dann war die Entrechtung der Juden nicht mehr aufzuhalten³³⁶. Obwohl einzelne Sozialdemokraten die Gefahr, die damit dem gesamten Volk und dem demokrati-

³³² Schwierigkeiten in der Judenfrage. Von einem Süddeutschen, *Eiserne Blätter*, II (8. August 1920), 85: „... aber zu viel[e] jüdische Kandidaten aufzustellen, das erscheint doch auch der Sozialdemokratie im Hinblick auf den Wahlausfall bedenklich.“ Vgl. auch *Walter Gross*, Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik, in: *Hans Tramer* (Hrsg.), In Zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel Aviv 1962, 549.

³³³ Parteisekretär Seyffert, Breslau, an Gothein, 4. November 1919, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 30; Hugo Haase am 26. Juli 1919 in der Nationalversammlung, Stenographische Berichte, Bd. 328, S. 1969, 67. Sitzung; Umschau, Im deutschen Reich, XXV (September 1919), 370 f.; Aufzeichnungen über eine Besprechung im Reichjustizministerium am 14. April 1923, BA Koblenz, R 43 I/2678.

³³⁴ So der preußische Staatsminister, spätere Ministerpräsident Otto Braun. Fischbeck an Gothein, 3. August 1920, BA Koblenz, Nachlaß Gothein Nr. 20; Ministerpräsident Braun an den Reichskanzler, 5. November 1923, BA Koblenz, R 43 I/2193; ebenso Gustav Noske und andere maßgebliche Sozialdemokraten, Ausführungen des preußischen Innenministers Heine, der seine maßvolle Politik in der Frage der ostjüdischen Einwanderung gegen harte Angriffe auch seitens seiner Parteifreunde verteidigen mußte. Aufzeichnungen Heines vom 23. Februar 1920, Fst. Hbg. 11 – S 2 und C. Z. *Klötzel*, Razzia!, Neue Jüdische Monatshefte, IV, (10./25. März 1920), 242.

³³⁵ Otto Landsberg in der ordentlichen Generalmitgliederversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 16. November 1919. Mitteilungen, XXIX, Nr. 24 (24. November 1919), 182 f.

³³⁶ Staatsrat Cohn-Dessau in der Hauptversammlung des C.V. am 20./21. November 1921, Im deutschen Reich, XXVIII (Januar/Februar 1922), 6.

schen Staat drohte, richtig erkannten, haben sie den Kurs der Gesamtpartei nicht bestimmen oder verändern können. Im Vertrauen auf die Stärke der eigenen Organisation und unerschüttert im Glauben an die unbesiegbare Kraft der Vernunft haben die meisten sozialdemokratischen Funktionäre die von den Alldeutschen entfachte Bewegung nicht genügend ernst genommen³³⁷. Unwillkommene politische und soziale Tendenzen wurden als belanglos abgetan oder als Nachwirkungen eines nun überwundenen reaktionären Geistes, als Folge mangelnder Aufklärung verharmlost. Viele Sozialdemokraten neigten dazu, Verfehlungen oder politische Ungeschicklichkeiten einzelner Juden als Symptome zu deuten; sie gaben dann der Vermutung Raum, die Juden seien am Ende doch nicht ganz ohne „Schuld“ an der Entstehung des Hasses, der ihnen überall entgegenschlug³³⁸.

Die antisemitische Sturmflut hatte viele Dämme gesprengt, die in Jahrhunderten zum Schutz des Individuums und der Minderheiten vor Willkür und Entrechtung errichtet worden waren. Daß dies in einem solchen Ausmaß geschehen konnte, haben auch die Regierungen der Weimarer Koalition mit zu verantworten. Den Parteien der Weimarer Koalition fehlte zumeist der Wille, die Macht, die in ihre Hände gefallen war, gegen Rechtsbrecher und Volksverhetzer einzusetzen³³⁹.

³³⁷ Rudolf Breitscheid bat im Dezember 1918 die Juden, die antisemitische Propaganda nicht „zu tragisch zu nehmen“. Man griffe zwar die Juden an, meinte aber „die ganze sozialistische Regierung . . . Ich sage das, damit Sie sich nicht etwa übertriebenen Beängstigungen wegen etwaiger Judenverfolgungen hingeben. Es geht nur gegen die Regierung, die man dadurch zu diskreditieren sucht, daß man die Namen ihrer jüdischen Mitglieder besonders in den Vordergrund stellt und besonders unterstreicht.“ Die parteipolitischen Neubildungen in Deutschland und die Juden (aaO, 27). Was die SPD zum Schutz der Juden und der Regierung zu tun gedachte, sagte Breitscheid nicht. – Eine ähnliche Bagatellisierung jüdischer Befürchtungen seitens maßgeblicher Männer der SPD ist auch gut belegt für die Spätzeit der Republik. Siehe *Arnold Paucker*, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*, *Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte*, Bd. IV, 2. Auflage, Hamburg 1969, 85, 96, 269 und passim.

³³⁸ *Wolfgang Schumann*, *Deutsche und jüdische „Schuld“ und Aufgabe*, *Der Jude*, VIII (Juli 1924), 382.

³³⁹ Am 9. November 1918 bat der christlich-soziale Reichstagsabgeordnete Mumm den Unterstaatssekretär Lewald, „doch das Seinige zu tun, damit nicht . . . eine große Welle von Schund und Schmutz“ über das Land hereinbreche. Lewald fühlte sich nicht berufen, selbst in dieser Hinsicht etwas zu tun, glaubte aber auch nicht, der Rat der Volksbeauftragten werde etwas unternehmen. Seine resignierte Antwort: „Gewiß, die neuen Machthaber werden immer die Schmutzwellen bedauern. Aber sie werden praktisch nichts tun“, gilt weit grundsätzlicher, als es hier zunächst gemeint war. *Reinhard Mumm*, *Der christlich-soziale Gedanke*, Berlin 1933, 93. Vgl. auch *Umschau*, *Im deutschen Reich*, XXV (September 1919) 370.

VIII

Die Revolution vom November 1918, von der Bevölkerung entweder als totaler Umsturz und Ende einer Epoche erlebt oder als Beginn einer neuen Zeit mit Enthusiasmus begrüßt, hatte, wie sich sehr bald zeigte, in gewissen Bereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens kaum einen Wandel gebracht. Der Kaiser und die Fürsten waren gestürzt worden, die Verwaltung jedoch war „in den Händen des alten Beamtenapparates“ konservativen Zuschnitts geblieben³⁴⁰. Es war nun nicht zu erwarten, daß die alten Beamten ihre antisemitische Praxis ändern würden. Bei der allgemeinen Aver-sion der Fachmänner und Gebildeten gegen die neu in die Verantwortung aufgestiegenen demokratischen Kräfte mußte sogar mit einer Begünstigung der nationalistischen Organisationen durch einen großen Teil der Beamtenschaft gerechnet werden.

In welchem Ausmaß dies dann auch geschah und von den Regierungen in Reich und Ländern hingenommen, ja sogar gedeckt wurde, das hatte angesichts der traditionellen Korrektheit und Loyalität der deutschen Beamten kaum jemand für möglich gehalten. Der Staat wurde durch diejenigen, die ihm dienten, ausgehöhlt, die Rechtsordnung durch viele, die zu ihrem Schutz berufen waren, systematisch torpediert. Die hohe Ministerialbürokratie konnte es nur schwer verwinden, daß nach der Revolution vereinzelt Juden in Reich und Ländern Minister und damit ihre Vorgesetzten geworden waren³⁴¹. Je nach Einstellung und Temperament gaben Mitglieder dieser Gruppe entweder selbst ihren Gefühlen offen Ausdruck oder – und das war die Regel – sie deckten antisemitisches Verhalten der ihnen unterstellten Beamten³⁴².

³⁴⁰ *Hugo Marx*, Werdegang eines jüdischen Staatsanwalts und Richters in Baden, Villingen 1965, 127.

³⁴¹ So berichtete der Hamburger Senator Sthamer, von 1920 bis 1930 deutscher Botschafter in London, über die Verfassungsberatungen in Weimar an Bürgermeister Predöhl am 26. Februar 1919, Hugo Preuß habe sich zwar „als ein kluger, kenntnisreicher Jurist“ erwiesen, er tadelte aber seine Allüren und die Neigung zur „Effekt-hascherei“, die „in einem Kollegium wie dem alten Bundesrat wenig am Platze waren und mißbilligende Kritik hervorriefen. Auch sonst begegnete seine Persönlichkeit, die den rassereinen Juden nicht verleugnen konnte, vielfach einer gewissen Abwehr.“ StA Hamburg, Senatskommission f. Reichs- u. ausw. Angelegenheiten IA I a 1. Bd. I.

³⁴² Das Berliner Tageblatt (21. Januar 1922) berichtete, Staatssekretär Bredow vom Reichspostministerium habe am 6. Juli 1921 auf dem Lehrter Bahnhof im Beisein eines jüdischen Kaufmanns zu einem an die See reisenden Jungen gesagt: „Höre . . . wenn ihr angekommen seid, kaufst Du Dir am Strand sofort eine große schwarz-weiß-rote Fahne mit einem Hakenkreuz und schlägst alle Juden tot.“ Vgl. Mitteilungen, XXXII, Nr. 2 (26. Januar 1922). Ferner der bereits zitierte jüdenfeindliche Artikel des *Generalmajors v. Wrisberg* im Militärwochenblatt, 103. Jg., Nr. 113 (25. März 1919); Hermann Rosenow berichtet aus Madrid, daß sich

Es ist kaum möglich, einen vollständigen Überblick über das Ausmaß behördlicher Rechtsbeugungen zu gewinnen³⁴³. Bereits in den ersten Jahren der deutschen Republik hielt, von vielen Aufsichtsbehörden begünstigt, der Geist der Intoleranz sowie des Rassen- und Völkerhasses in deutschen Schulen, besonders in Gymnasien, verstärkten Einzug³⁴⁴. Die demokratischen Regierungen nahmen das ebenso widerstandslos hin wie die Benachteiligung jüdischer Schüler und Studenten und die Zurücksetzung qualifizierter jüdischer Lehrer und Dozenten. Keine Regierung konnte das verhindern. Es wurde hingegenommen, wenn Hochschullehrer die durch die Verfassung garantierten Rechte des Individuums verletzten und die Freiheit der Lehre mißbrauchten³⁴⁵. Antisemitische Willkürakte deutscher Richter waren in vielen Gerichten an der Tagesordnung. Die Skala reichte von der ungesetzlichen Inhaftierung jüdischer Bürger über die Behinderung ihrer Verteidigung bis hin zu besonders harter Verurteilung bei Bagatellfällen³⁴⁶. Solches Unrecht wird in seinem ganzen Ausmaß sichtbar, wenn man es gegenüberstellt der milden Beurteilung antisemitischer Heißsporne und Attentäter durch viele Richter und Staatsanwälte³⁴⁷.

der deutsche Geschäftsträger von Hoesch und der Militärattaché von Koss bei einem Empfang in der britischen Botschaft in Madrid „in scharfer Weise gegen die deutschen Juden“ ausgelassen hätten. Hermann Rosenow an Harden, 4. März 1920, BA Koblenz, Nachlaß Harden Nr. 88. Notiz über eine Besprechung im Reichsinnenministerium am 20. Dezember 1918, *Kessler*, op. cit., 76; *Umschau*, Im deutschen Reich, XXV (Juni 1919), 254 f. und (September 1919), 370 f.; Bericht der Polizeidirektion München an das Bayer. Staatsministerium des Innern vom 25. November 1919, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 281; Brief Georg Davidsohns an Harden 25. Juni 1921, BA Koblenz, Nachlaß Harden Nr. 27; Halbmonatsbericht des Reg.-Präsidiums von Oberbayern vom 5. Juli 1922, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 66 304.

³⁴³ Dr. Cremer an den Staatssekretär der Reichskanzlei, 22. November 1923, BA Koblenz, R 43 I/2193.

³⁴⁴ U. a. *Foerder*, Antisemitismus, Jugend und Erzieher, Im deutschen Reich, XXVIII (März/April 1922), 71 f.; vgl. auch *Lohalm*, op. cit., 160 ff.

³⁴⁵ AaO; *Ernst Goth*, Auf Deutschlands hohen Schulen . . ., C.V.-Zeitung, I (30. November 1922), 341–342; *Foerder*, Antisemitismus, Jugend und Erzieher, 71 f.; erforscht werden muß die Stellung der jüdischen Wissenschaftler an den einzelnen Universitäten und in diesem Zusammenhang die Berufungspolitik der Fakultäten. Schon in dieser Zeit verließen anerkannte Wissenschaftler Deutschland aus Protest gegen völkische Barbarei an den Hochschulen. Anfang 1924 protestierte Professor Richard Willstätter in München gegen die antisemitischen Machenschaften in seiner Fakultät. Mitteilungen, XXXIV, Nr. 12/13 (15. Juli 1924).

³⁴⁶ Beschwerde RA Dr. Graf, Leipzig, an Reichskanzler Bauer, 27. Dezember 1919, BA Koblenz, R 43 I/2193; *Hugo Marx*, op. cit., 154; andere Belege Fst. Hbg. 412.

³⁴⁷ Besonders eklatant im Prozeß gegen die Harden-Attentäter. Brief Hardens an den Präsidenten des Schwurgerichts Berlin, 19. April 1924, BA Koblenz, Nachlaß Harden 127. Harden weigerte sich am 2. Prozeß gegen den – später verhafteten – Hauptattentäter teilzunehmen. Im 1. Prozeß sei nicht gegen die Attentäter, sondern

Die Regierungen in Reich und Ländern haben solche Verstöße gegen die Amtspflichten und die vielen Fälle der Rechtsbeugung, wenn sie der Öffentlichkeit bekannt wurden, stets bedauert und teilweise auch scharf verurteilt, letztlich aber wenig getan, um den ständigen Machtmißbrauch einzelner Beamter und Richter und die Behördenwillkür zu unterbinden. Sofern überhaupt gehandelt wurde, fehlte es an Tatkraft und Konsequenz. Reichswehrminister Noske entfernte, als sich Unteroffiziere und Mannschaften über die skrupellose antisemitische Hetze im Heer empörten, den Eisenbahnkanonier Knauer und einige andere radikale Demagogen aus dem Mannschaftsstand. Generalmajor von Wrisberg aber beließ er nicht nur im Amt, sondern verteidigte ihn sogar noch, als sich der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens beschwerdeführend an ihn wandte. Wer Macht und Einfluß in der Administration besaß und als Experte unentbehrlich war, der hatte kaum etwas zu fürchten. Die Regierungen vermieden es, jemals öffentlich entschiedene Stellung zu beziehen³⁴⁸, selbst dann, als die Ehre der Juden durch tendenziöse Veröffentlichungen aus dem Material der 1916 angeordneten Statistik verletzt wurde. Niemand schritt dagegen ein, als amtliche Akten des Kriegsministeriums antisemitischen Agitatoren in die Hände gespielt wurden und General Wrisberg nach seiner Verabschiedung unter Berufung auf dieses Material die deutschen Juden in der gehässigsten Weise verleumdete³⁴⁹.

Die politisch verantwortlichen Instanzen und die Fraktionen der Regierungsparteien im Reichstag reagierten auch nicht, als jüdischerseits darum gebeten wurde, die einschlägigen Akten des Kriegsministeriums einer unparteiischen Kommission zugänglich zu machen oder eine amtliche Nachprüfung aller gegen die Juden erhobenen Vorwürfe anzuordnen³⁵⁰.

Schließlich muß noch der Behandlung der eingewanderten Ostjuden durch die Staatsbehörden in der unmittelbaren Nachkriegszeit ein Wort gewidmet werden, da dieses Problem einen Zündstoff in dem Aufflackern des Antisemitismus darstellt. Während des Krieges hatten die deutschen Behörden

gegen ihn verhandelt worden. Er sei nicht „verpflichtet“, sich „vor Gericht von gemieteten Mördern und strebsamen Anwälten besudeln, verdächtigen zu lassen . . .“

³⁴⁸ Schreiben des Bayer. Staatsministeriums des Innern an Justizrat Werner in Bamberg, 30. April 1919, Bayer. HStA, Allgem. StA, M Inn 65 617.

³⁴⁹ Ernst von Wrisberg, Erinnerungen an die Kriegsjahre im Königl. Preußischen Kriegsministerium, Bd. 2: Heer und Heimat, Leipzig 1921.

³⁵⁰ Franz Oppenheimer, der über die Erhebung und Verarbeitung des Judenzählungsmaterials im Kriegsministerium das schärfste Verdammungsurteil ausgesprochen hat (siehe oben, S. 426), regte eine „unparteiische Nachprüfung“ des von den jüdischen Verbänden gesammelten statistischen Materials zur Widerlegung der antisemitischen Verleumdungen an. Seiner Meinung nach „hätte das Reich, um der immer gefährlicher werdenden Hetze ein Ende zu machen, das stärkste Interesse daran, eine solche Prüfung unter allen Kautelen der vollen Unparteilichkeit, also unter Heranziehung der Vertrauensleute der Judenfeinde, so schnell wie möglich zu veranstalten“. (Franz Oppenheimer, Die Judenstatistik . . ., 40 f.)

Hunderttausende fremder Arbeiter nach Deutschland geholt. Auch nach der Revolution gestatteten die dafür zuständigen Stellen verhältnismäßig großzügig die Einwanderung von Ausländern in das Reich. Nur den Ostjuden gegenüber hatte man Vorbehalte³⁵¹. Die deutschen Militärbehörden hatten 1914 öffentlich proklamiert, ihr Ziel sei es, die Juden Osteuropas von der russischen Herrschaft zu befreien. Von den 35 000 ostjüdischen Arbeitern, die dann während der Okkupation mit mehr oder weniger Zwang nach Deutschland gebracht worden waren, um dem Mangel an Arbeitskräften im Reich abzuwehren, wurden nach Kriegsende viele wieder rücksichtslos abgeschoben, obwohl die Bevölkerung der eigenen Länder sie der Zusammenarbeit mit den Deutschen bezichtigte. Viele dieser Unglücklichen mußten bald darauf erneut flüchten, als in den neuen Staaten Ostmitteleuropas Pogrome ausbrachen und man die Juden für alles Ungemach und alle Entbehrungen der Nachkriegswirren verantwortlich machte. Das gab den Völkischen Anlaß zu erklären, die deutschen Juden riefen diese „minderwertigen Elemente“ ins Land, um „ihre Macht zu vergrößern“, Verwirrung zu stiften und das geschwächte deutsche Volk beherrschen zu können, und wie wir gesehen haben, verstieg sich gelegentlich die völkische Agitation sogar zu der unsinnigen Behauptung, die Regierung der Republik ziehe sich durch die ostjüdische Einwanderung verlässliche militärische Hilfskräfte heran³⁵². Die Ostjuden, so hieß es ferner, seien vielfach an Verbrechen, Schiebergeschäften und unlauteren finanziellen Transaktionen beteiligt³⁵³. An diesen letzten Beschuldigungen war ein wahrer Kern, wenn man auch nicht generalisieren darf. Zu solchen Vorkommnissen kommt es oft, wenn Menschen aus einem Kulturkreis in einen anderen wandern. In vielen Fällen haben diese Juden das feindselige Verhalten der deutschen Bevölkerung zu fühlen bekommen³⁵⁴. Es gab keine große Partei mehr in Deutschland, die sich für eine menschenwürdige Behandlung dieses Problems einsetzte³⁵⁵. Obwohl diese Einwanderung weder eine Gefahr für die Sicherheit des Staates noch ein ernsthaftes sozialpolitisches Problem darstellte, ließen sich auch die demokratischen Parteien von ihren Polemiken gegen die Ostjuden nicht abbringen³⁵⁶. Zunächst wurde noch mit Rücksicht auf die

³⁵¹ *Theodor Behr*, Grenzschutz, *Der Jude*, III (September 1918), 248; Dr. Hantke, Vorsitzender der Zionistischen Vereinigung von Deutschland, in einer Sitzung im Auswärtigen Amt am 10. April 1919, PAAA Bonn, Nachlaß Sobernheim 202/5.

³⁵² *Zeitschau*, Im deutschen Reich, XXVI (Juli/August 1920), 236 f.; Roth in der Kundgebung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes (siehe Anm. 184).

³⁵³ *Gottesfrieden*, Mitteilungen, XXXII, Nr. 9/10 (16. Mai 1922).

³⁵⁴ *Hugo Marx*, op. cit., 46; Schreiben des Reichsministers des Innern an den Präsidenten des Preußischen Staatsministeriums vom 31. Mai 1920 nebst Anlagen, BA Koblenz, R 43 I/2192.

³⁵⁵ Von August 1914 bis 1922 sind circa 110 000 Ostjuden nach Deutschland gekommen. Vgl. dazu grundsätzlich *Adler-Rudel*, op. cit., 146 ff.; *Paul Nathan*, Die Einwanderung der Ostjuden, eine Gefahr oder ein sozialpolitisches Problem, Berlin 1920.

³⁵⁶ Charakteristisch dafür sind die Artikel von *Theodor Müller*, Die Einwanderung

öffentliche Meinung des Auslandes von Repressionen Abstand genommen. Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages jedoch entfielen diese Bedenken³⁵⁷; die Ausweisung und Drangsalierung der Ostjuden begann.

Der preußische Innenminister Heine, der sich angesichts der akuten Notlage der Ostjuden zu einem Entgegenkommen bereit gefunden hatte, sah sich bald von allen Seiten, auch von den eigenen Parteifreunden, unter Druck gesetzt. Obwohl Heine nur die Gebote der Menschlichkeit und letztlich auch die Grundsätze seiner Partei befolgte, so mußte er sich doch ständig gegen den Vorwurf einer Begünstigung unerwünschter Ausländer verteidigen³⁵⁸. Die dem Innenminister unterstellte Polizei ging einseitig gegen die Wehrlosen vor. Mit Haussuchungen und Razzien in ostjüdischen Zentren, über die die Presse berichtete, wollten einzelne Behörden den Eindruck erwecken, daß sie im Sinn berechtigter Beschwerden einschritten³⁵⁹. Mit diesen Aktionen, die gelegentlich als „legale Pogrome“ bezeichnet wurden³⁶⁰, sollten Handhaben zur Entrechtung und Ausweisung der Ostjuden gefunden werden³⁶¹. Jeder Ostjude, der keine gültigen Papiere besaß, der ohne „nutzbringende Beschäftigung“ war oder dem Verfehlungen nachgewiesen werden konnten, wurde ausgewiesen. Für den Fall, daß die Herkunftsländer, namentlich Polen, die Ausgewiesenen nicht aufnahmen, verlangte der Berliner Polizeipräsident Ernst deren „Überführung in Konzentrationslager“³⁶². Die preußische Staats-

der Ostjuden, *Neue Zeit*, XXXIX, Bd. 2, Nr. 13 (24. Juni 1921), 293 ff. und Nr. 14 (1. Juli 1921), 325 ff.

³⁵⁷ Protokoll über die Sitzung im Auswärtigen Amt am 10. April 1919, PAAA Bonn, Nachlaß Sobernheim 202/5.

³⁵⁸ Der Reichsinnenminister spricht in seinem Schreiben vom 31. Mai 1920 an den Präsidenten des Preußischen Staatsministeriums von einem „Sonderrecht allein zu Gunsten der Ostjuden“, BA Koblenz, R 43 I/2192.

³⁵⁹ C. Z. Klötzel, *Razzia!*, aaO, 238 ff.

³⁶⁰ So der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Davidsohn an Harden, 25. Juni 1921, BA Koblenz. Nachlaß Harden Nr. 27.

³⁶¹ Besonders unrühmlich tat sich dabei das Berliner Polizeipräsidium hervor. Man ließ ganze Hundertschaften die Grenadier- und Dragonerstraße durchkämmen, verhaftete 700 Personen, um endlich einige Personen ohne Papiere oder mit unerlaubten Gütern zu finden. Die Razzia wurde in der Öffentlichkeit bekanntgegeben, die Tatsache, daß dabei zumeist mehr Deutsche als Juden bei Schiebergeschäften ertappt wurden, aber verschwiegen. Die antisemitischen Ressentiments der verantwortlichen Beamten und des sozialdemokratischen Präsidenten Ernst sind klar nachzuweisen. Vgl. Bericht an den Innenminister vom 9. Juni 1920: „Die Ostjudenplage wird, da es sich hier nicht nur um lästige, sondern höchst gefährliche Ausländer handelt, in ihrer jetzigen Duldung und wohlwollenden Behandlung künftighin politisch, wirtschaftlich und gesundheitlich die furchtbarsten Gefahren zeitigen.“ Man fordert eine „Beseitigung dieses Krebschadens“, eine „durchgreifende Regelung“ und eine „Ausdehnung der Strafbestimmungen“. BA Koblenz, R 43 I/2192.

³⁶² Für den Polizeipräsidenten Ernst waren die Ostjuden ein „Krebschaden am deutschen Volkskörper“. Sie seien nach Deutschland gekommen, „um die deutschen Gesetze zu umgehen und das deutsche Nationalvermögen zu schädigen“. Wie die

regierung beschloß in ihrer Sitzung vom 27. Dezember 1919 aufgrund des ihr vorgelegten „Materials“ grundsätzlich die Einweisung aller „unerwünschten“ Ostjuden in spezielle Lager³⁶³.

Seither nahmen die Willkürmaßnahmen der Verwaltung zu. Als die preußische Regierung im November 1920 und erneut im Februar 1921 ihren Beschluß verwirklichte und die Einweisung „unerwünschter Ostjuden“ in die Konzentrationslager Stargard und Cottbus verfügte³⁶⁴, wurden in manchen Städten und Provinzen wahllos unschuldige Menschen auf den Straßen, an den Arbeitsplätzen, ja sogar während der Nacht verhaftet und interniert³⁶⁵. Ihr einziges Verbrechen bestand darin, daß sie als Juden in Osteuropa geboren waren.

Noch planmäßiger und systematischer als unter der demokratischen Preußenregierung wurden die Ostjuden, gleichgültig wie lange sie in Deutschland lebten und in welcher Stellung sie sich befanden, von der konservativen bayerischen Regierung des Herrn von Kahr verfolgt. Ein erster Versuch, im April 1922 alle Juden, die sich nach 1914 in Bayern niedergelassen hatten, innerhalb weniger Tage auszuweisen³⁶⁶, scheiterte noch. Was aber im ersten Anlauf aus vielerlei Gründen noch nicht gelang, das versuchte der Generalstaatskommissar unter für ihn weit günstigeren Bedingungen 1923 erneut. Unter dem Beifall der Nationalsozialisten, die hier ihre ersten diesbezüglichen Erfahrungen sammelten, wurden von den bayerischen Behörden binnen weniger Stunden zahlreiche ostjüdische Familien, teilweise schon seit Jahrzehnten in Bayern ansässig und geachtete und angesehene Bürger, aus München und anderen Städten des Landes verwiesen³⁶⁷. Kahr führte aus, was völkische Radikale forderten. Es gab im antidemokratischen Lager zwi-

Antisemiten war Ernst der Überzeugung, alle Ostjuden seien „Schieber“ und „Bolschewisten“, die jede ehrliche Arbeit hassen und den „Schleichhandel“ und noch Schlimmeres auf ihren Schild erhoben hätten. C. Z. Klötzel, *Razzia!*, aaO, 239.

³⁶³ Materialzusammenstellung des Preußischen Innenministers für eine bevorstehende Besprechung „über die Frage der östlichen Einwanderung“ vom 23. Februar 1920, PAAA Bonn, Nachlaß Sobernheim 202/5. Vgl. auch Klötzel, *Razzia!*, aaO, 239 und generell *Adler-Rudel*, op. cit., 113 ff.

³⁶⁴ Erlaß des Preußischen Innenministers Severing vom 17. November 1920 und vom 28. Februar 1921, Fst. Hbg. 11 – S 2. Die Preußische Staatsregierung hatte die Internierung der „unerwünschten Ostjuden“ gegen die Stimme des Innenministers Severing verfügt.

³⁶⁵ Die jüdische Arbeiterstimme, I, Nr. 6 (1. Juni 1921), „Hölle Stargard“. Nach dem Bericht wurden die Internierten im Lager in der gemeinsten Weise beschimpft, mit Gewehrkolben geschlagen und in überfüllten Baracken ab 20 Uhr gewaltsam eingeschlossen. Die Verantwortung für die Gewalttaten hatte als Preußischer Innenminister nun der Demokrat Dominicus zu tragen.

³⁶⁶ Nach *Adler-Rudel*, op. cit., 114, handelte es sich dabei um etwa 5000 Menschen.

³⁶⁷ Bericht von Augenzeugen über die Ausweisung aus München und die antisemitischen Übergriffe in allen Teilen des Landes. Undatiert, wahrscheinlich Ende Oktober 1923, BA Koblenz, R 43 I/2193.

schen den Gemäßigten und den Radikalen in dieser Hinsicht kaum noch Gegensätze.

Zusammenfassend müssen wir feststellen, daß schon in den ersten Jahren der Republik die antisemitische Sturmflut alle Dämme der Rechtsstaatlichkeit überflutet hatte. Noch größer war die Verwüstung im geistigen Bereich. Sogar die demokratischen Parteien und die Regierungen der Republik glaubten, dem auf sie ausgeübten Druck zu entinnen, wenn sie den Juden Zurückhaltung im politischen und gesellschaftlichen Leben empfahlen und die Ostjuden auswiesen oder internierten. Dabei erkannten doch manche Politiker, daß sich der Kampf der Völkischen primär gegen den Bestand des Staates selbst richtete³⁶⁸. Die in der Republik zur Macht gelangten linksstehenden Politiker haben Positionen preisgegeben, die nie wieder zurückzuerobert waren. Wie weit sie selbst an der Zerstörung des Rechtsstaates mitgewirkt hatten, wurde ihnen erst völlig bewußt, als sie selbst oder ihre politischen Freunde ein Jahrzehnt später als „unerwünschte Elemente“ in Konzentrationslager eingewiesen wurden.

IX

In dem Jahrzehnt von 1914 bis 1924 war für das deutsche Volk eine Welt in Trümmer gesunken. Eine Epoche relativen Gleichgewichts der Kräfte im Staatensystem wie in der Gesellschaft und demzufolge auch der Sicherheit und Stabilität hatte ihr Ende gefunden. Der Krieg riß Millionen Menschen aus ihren Bindungen und versetzte sie in Unruhe. Sie wurden von Existenzangst erfaßt, als das Kaiserreich zusammenbrach und in der Revolution ihre Traditionen und überkommenen ethischen Werte in Frage gestellt wurden. Die Angst steigerte sich in Kreisen des Besitzbürgertums bis zur Panik, als mit dem Währungsverfall der von Generationen geschaffene Wohlstand und damit der wirtschaftliche Rückhalt schwanden und die noch vorhandene Illusion der Rückkehr zur Ordnung der Vorkriegszeit aufgegeben werden mußte. Eine Periode tiefgreifender sozialer Umwälzungen hatte begonnen³⁶⁹.

Daß sich die sozialen Spannungen in Deutschland in so heftigen Ausbrüchen entluden, hatte seine Ursache darin, daß die Führungsschichten im Kaiserreich bis zum Kriegsausbruch die friedliche Lösung gesellschaftlicher Konflikte durch entsprechende Reformen verhindert hatten. Unter weit ungünstigeren Bedingungen während des Krieges und besonders nach Ausbruch der Revolution zeigten sie sich noch weniger zu Zugeständnissen bereit. Indem sie die

³⁶⁸ Vgl. dazu u. a. die Ausführungen Breitscheids vom Dezember 1918, siehe oben Anm. 337; Umschau, Im deutschen Reich, XXV (September 1919), 368 und Kampf, aaO (Oktober 1919), 407. Aufschlußreich ist auch die selbstkritische Rede Rudolf Wissells auf dem Parteitag der SPD in Weimar am 14. Juni 1919, Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgehalten in Weimar 10.–15. Juni 1919, Berlin 1919, 364 f.

³⁶⁹ Carsten, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, 51.

Empörung des Volkes auf die Juden ablenkten, hofften die „staatstragenden“ Schichten des Bürgertums ihre bedrohte Stellung wenigstens teilweise zu retten. Der Erfolg nationaler Agitatoren beruhte nicht zuletzt darauf, daß sie schon seit Jahren mit dem Gespenst der Revolution gedroht hatten. Als ihr tatsächlicher Ausbruch das Durchschnittsbürgertum in Schrecken versetzte, war dieses geneigt, die Formel von der „jüdischen Schuld“ bereitwilligst zu akzeptieren. Es glaubte an die Möglichkeit, das Schicksal zu wenden, wenn es gelänge, „die Parlamentsherrschaft zu beseitigen, die Parteien zu erdrücken und die äußerste Zusammenfassung des Volkswillens in der nationalen Diktatur zu erreichen“³⁷⁰.

Dieser völkischen Herausforderung waren die demokratischen Kräfte in Deutschland, obwohl numerisch zunächst durchaus überlegen, in keiner Weise gewachsen. Den Parteien der Weimarer Koalition fehlte das große politische Programm, vor allem aber die „seelenformende Gewalt der Volksbefreiung, die klassenüberwindende Gewalt der Idee des Volkes“³⁷¹. Die in der Demokratischen Partei vereinigten Kräfte, sowie namentlich auch die Sozialdemokraten, hatten zwar im Kaiserreich in der Opposition gestanden, sich jedoch mehr, als ihnen bewußt geworden war, der bestehenden Gesellschaftsordnung angepaßt. Schließlich hatten sie mehr die eigene Integration in diese Gesellschaft als deren Umgestaltung erstrebt. Als jetzt mit der Revolution, die niemand in den Mehrheitsparteien des Reichstages gewollt hatte, dieses Ziel erreicht schien, war es ihnen vor allem darum zu tun, das einmal Erreichte zu sichern. Die Revolution bedeutete deshalb für Mehrheitssozialisten und Demokraten nichts weniger als den Anfang einer neuen Ära menschlichen Zusammenlebens, wie ihn viele Juden sowie der größte Teil der deutschen Jugend ersehnt hatten. Wenn überhaupt, engagierten sich Sozialisten und Demokraten für die jüdischen Mitglieder der eigenen Partei; für die Juden als solche einzutreten, wurde im Hinblick auf die Volksstimmung tunlichst vermieden.

³⁷⁰ *Heinrich Claß*, Um den deutschen Staat, Deutsche Zeitung, XXVIII, Nr. 100 (2. März 1924).

³⁷¹ *Arnold Zweig*, Der Antisemitismus und die deutsche Jugend, Der Jude, VI (Dezember 1921), 148; Rudolf Wissell erklärte am 14. Juni 1919 auf dem Parteitag der SPD in Weimar: „Es ist Selbstkritik, die ich hier übe. Aber gerade weil ich mich von dieser Kritik nicht ausschließe, kann ich um so offener aussprechen, daß es uns an dem Geist und an den Ideen gefehlt hat, mit denen wir Herz und Seele des Volkes wecken konnten. Wir haben im wesentlichen in den alten Formen unseres staatlichen Lebens regiert. Neuen Geist haben wir diesen Formen nur wenig einhauchen können. Wir haben die Revolution nicht so beeinflussen können, als daß Deutschland von einem neuen Geist erfüllt erschiene. Das innere Wesen der deutschen Kultur, das gesellschaftliche Leben erscheint wenig verändert. Vielfach nicht zum Besseren. Und das Volk glaubt, daß die Errungenschaften der Revolution lediglich negativen Charakter haben, daß an die Stelle einer militärischen und bürokratischen Herrschaft einzelner nur eine andere getreten ist, und daß sich die Regierungsmaximen im Wesen nicht von denen des alten Regimes unterscheiden.“ Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, Berlin 1919, 364.

Gegen die Juden wandte sich aber auch diejenige Generation, die, nicht mehr vom Geist des Kaiserreichs geprägt, nun in die politische Verantwortung hineinwuchs. Im Banne des Kriegserlebnisses forderte diese Jugend äußerst militant und selbstbewußt die vorbehaltlose Aufgabe aller Sonderinteressen zugunsten der Gemeinschaft. Sie suchte in der vermeintlich unauflöselichen Gemeinschaft von Menschen gleichen Blutes die Grundlage für jene heroische Haltung³⁷², die ihr inneren Halt und das verlorene Selbstbewußtsein wiedergab. Deshalb folgte sie nur zu bereitwillig den völkischen Agitatoren³⁷³.

Die Anhänger der revolutionären Linken (einschließlich starker Gruppen in der sozialdemokratischen Arbeiterjugend), die niemals dem Bann der nationalen Leidenschaften verfallen waren oder sich desillusioniert von ihnen befreit hatten, standen in so kompromißlosem Gegensatz zu der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß sie ihre Kräfte ausschließlich dem totalen Umsturz der bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse widmeten. Die Sorgen einer religiösen oder nationalen Minderheit waren ihnen gleichgültig. In der neuen, klassenlosen Gesellschaft würden Probleme dieser Art aufhören zu existieren. Wer sich der revolutionären Linken anschloß, gleich ob Deutscher oder Jude, mußte mit der Tradition brechen. Für die Juden einzutreten, galt als rückständig.

An zwei historischen Zeitpunkten, zu Kriegsbeginn und bei Ausbruch der Revolution, hatten sich die deutschen Juden der Hoffnung hingegeben, sie stünden trotz aller äußeren Gefährdungen vor der „Krönung der emanzipatorischen Entwicklung eines ganzen Jahrhunderts“³⁷⁴. Beide Male jedoch stand am Ende der Entwicklung nicht ihre Integration in die Gesellschaft, sondern die zunehmende Isolierung. Wie immer sie handelten oder auf die Umwelt reagierten, sie wurden von ihren eingefleischten Gegnern verdammt. Zutreffend wies der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Georg Davidsohn, als Jude auch in seiner Partei ein Außenseiter, bereits im Sommer 1919 auf die Tatsache hin, daß die Juden von sich aus nicht mehr in der Lage seien, ihre Position in Deutschland zu verbessern. Als Sozialdemokrat richtete er seine Anwürfe vor allem gegen die deutsche „Bourgeoisie“. Diese (hier stellvertretend gesetzt für alle Antisemiten) würden die Juden niemals zufrieden-

³⁷² So namentlich *Hans Blüher*, *Secessio Judaica*, 49: „Es ist aber bereits Ereignis geworden, daß jeder Deutsche es im Blute hat: Preußentum und Heroismus gehören zusammen, zusammen gehören Judentum und Geist der Niederlage. Jeder Deutsche weiß, daß die Gesinnung, durch die wir seit der Niederlage verachtet sind, jüdische Gesinnung ist.“

³⁷³ Hauptpastor Emil Felden in der Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 18. September 1921 in Hamburg. Mitteilungen, XXXI, Nr. 21 (23. Oktober 1921); *Max Maurenbrecher*, *Die Republik und die Jugend*, Deutsche Zeitung, XXVI, Nr. 128 (19. März 1922).

³⁷⁴ *Walter Gross*, *Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik*, aaO, 546.

zustellen vermögen. Völkische Intoleranz gebot Verneinung von allem, was der Jude tat. Davidsohn schreibt:

„Dieser Jude will vom Zionismus nichts wissen. Er sollte lieber Zionist sein, meinen die Antisemiten. Jener Jude ist Zionist. Warum sitzt er dann nicht schon längst in Palästina? fragen die Antisemiten. Dieser Jude ist orthodox. Die Juden sind seit 6000 Jahren von ihrer Art nicht abzubringen, konstatieren die Antisemiten. Jener Jude ist irreligiös. Die ‚gottlosen‘ Juden sind die schlimmsten, nörgeln die Antisemiten. Ein dritter hat sich taufen lassen. Der will ja doch nur ein Geschäft oder Carriere machen, höhnen die Antisemiten. Dieser Jude bleibt allen Verfolgungen und Mißhandlungen zum Trotz in Deutschland wohnen. Warum packt er nicht sein Bündel?, heißt es bei den Antisemiten. Jener Jude schnürt sein Bündel und versucht sein Glück anderwärts denn im ‚gastlichen‘ Deutschland. Seht!, der hat seinen Rebach gemacht, kreischen die Antisemiten, nun nimmt er das in Deutschland erworbene Geld und verzehrt es im fremden Lande! Dieser Jude bettelt seit Jahrzehnten vergebens um seine Naturalisation. Der aufdringliche Semit soll sich zum Teufel scheren!, wünschen die Antisemiten. Jener Jude hat das Einbürgerungsgesuch nach tausend Beispielen für nutzlos gehalten und gar nicht erst einzureichen gewagt. Da seht ihr’s ja, schimpfen die Antisemiten, die Juden *wollen* gar nicht Deutsche sein!“³⁷⁵

Das deutsche Volk, geistig und politisch durch den Zusammenbruch des Kaiserreiches erschüttert, wurde zunehmend anfälliger für die Agitation von Extremisten. Die wachsenden antisemitischen Umtriebe hatten in einem solchen Ausmaß eine Verzerrung des Bildes des Juden im deutschen Bewußtsein bewirkt, daß von jüdischer Seite mit einigem Grund die düstere Behauptung aufgestellt werden konnte: „Leider steht es so, daß der Jude heute vogelfrei ist. Wenn auch nicht im juristischen Sinn, so doch im Gefühl des Volkes.“³⁷⁶

³⁷⁵ Georg Davidsohn, Die Mentalität der Sentimentalität, Neue Jüdische Monatshefte, III (25. August 1919), 469; Jakob Wassermann, Mein Weg als Deutscher und Jude, Berlin 1921, 122 f.

³⁷⁶ Wassermann, op. cit., 117.

DER BEWUSSTSEINSWANDEL DER DEUTSCHEN JUDEN

von

Eva G. Reichmann

„Und es gibt Zeitalter der Wende, in denen Umwälzungen erfolgen, die im äußersten Fall bis in die Tiefe des Menschseins selbst zu dringen scheinen.“ *

Karl Jaspers

Der Erste Weltkrieg und die Jahre, die ihm folgten, waren ein Zeitalter der Wende. Ob man, wie Alfred Weber¹, in dem Krieg nur noch das „Symptom einer aufgelöstheit, das weltgeschichtliche Fanal des Endes und des Umbruchs“ sehen will, Zeichen, die sich lange schon angekündigt hatten, ob man ihm die Rolle einer bewirkenden Ursache zuerkennt, – an dem Charakter der Epoche als einer Zeit alles umfassender Umwälzungen kann kein Zweifel obwalten.

Es bedarf darum keiner besonderen Hervorhebung, daß auch der Gegenstand der Untersuchungen dieses Bandes, die Situation der Juden in Deutschland, in diesen Jahren Veränderungen ausgesetzt war, deren Folgen weitreichend und nachhaltig waren. In raschen Fluß geraten waren die Lebensbedingungen der Umwelt; die die Juden unmittelbar berührenden Ereignisse entwickelten sich in ihrer Folge. Aus dem weiteren und aus dem engeren Lebenskreis schließlich wirkte der Anprall der Geschehnisse auf das jüdische Bewußtsein der Zeit, das durch sie „bis in die Tiefe des Menschseins“ aufgerührt wurde.

Es soll im folgenden der Versuch gemacht werden, möglichst viele Zeugnisse von Zeitgenossen – individuelle sowohl, wie solche, die für Gruppen und Parteien sprachen – selbst zu Wort kommen zu lassen. Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß einer derartigen Dokumentation eine Reihe von Fehlerquellen innewohnt. Sie müssen, gerade, weil sie unvermeidlich sind, immer im Bewußtsein bleiben, wenn nicht Darstellung und Ergebnisse zu einer Verzerrung der Wirklichkeit führen sollen.

* Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, 222–223.

¹ Alfred Weber, Kulturgeschichte als Kulturosoziologie, München 1951, 425.

Die hauptsächlichliche Fehlerquelle liegt darin, daß sich die hier durchgeführte Untersuchung lediglich auf dokumentierte Äußerungen stützen kann. Gedruckte Reflektionen vermögen aber nur ein sehr unzulängliches Bild von den in einer wie immer bestimmten Allgemeinheit von Menschen vorherrschenden Meinungen und Gefühlen zu vermitteln. Nicht umsonst sind daher in neuerer Zeit, d. h. seit etwa der Mitte der dreißiger Jahre, die Methoden der sog. Repräsentativ-Befragung zu einer Art soziologischer Hilfswissenschaft herangebildet worden. Ihre Aufgabe ist es, durch eine bis ins einzelne durchdachte Technik der Meinungsforschung gerade der nicht zu objektiver Darstellung gelangenden öffentlichen Meinung zum Ausdruck zu verhelfen. Für die Zeit unserer Untersuchung liegen derartige Hilfsmittel noch nicht vor. Wir sind daher auf die uns überlieferte Literatur angewiesen. Um sie richtig zu bewerten, d. h. ihre Beweiskraft nicht zu überschätzen, muß man sich darüber klar sein, daß nur sehr bewußte Gedankengänge sprach- und schriftgewandter Personen den Weg in das gedruckte Wort finden; das gedruckte Wort allein kann daher nicht als ein gültiges Barometer der öffentlichen Meinung angesehen werden.

Die zweite Einschränkung hinsichtlich des uns zur Verfügung stehenden Materials ist die folgende.

Dem Thema des „jüdischen Bewußtseinswandels“ entsprechend mußten die relevanten Zeugnisse vorwiegend in der jüdischen Literatur gesucht werden. Diese vom Stoff her gebotene Methodik führt gleicherweise zu einer Verengung und könnte zu Mißverständnissen führen, wenn nicht auch dieser Gefahr ausdrücklich Erwähnung getan würde. Äußerungen zu jüdischen Themen sind verständlicherweise vorwiegend im Zusammenhang jüdischer Betrachtungen anzutreffen. Aber nur ein verhältnismäßig geringer Teil der jüdischen Bevölkerung in Deutschland nahm auch in diesen kritischen Jahren so bewußt am jüdischen Leben teil, daß sich ihre Stimmungen und Denkvorgänge in der jüdischen Presse oder Buchproduktion niedergeschlagen hätten.

So wird zunächst die große Zahl der ganz allgemein Uninteressierten von uns nicht erfaßt werden können. Bei ihnen allerdings handelte es sich um eine Schicht von Personen, die allen geistigen Problemen gleichermaßen gleichgültig gegenüberstanden. Auch sie dürfen zwar bei einer Gesamtbeurteilung nicht vernachlässigt werden, aber doch nur in dem Sinne, daß Menschen dieser Art ihrer Natur nach bei keiner Meinungsbildung eine Rolle zu spielen geeignet sind.

Wichtiger als sie ist eine andere Gruppe von Menschen, die man mit einem von Isaac Deutscher geprägten Wort als die „nicht-jüdischen Juden“ dieser Zeit bezeichnen könnte. Sie gehörten sehr wohl zu der reflektierenden Schicht der Bevölkerung, vielfach sogar gerade zu den Intellektuellen. Sie waren auch in jüdischer Beziehung nicht unbedingt uninteressiert. Aber sie lehnten eine organisatorische, ja selbst eine gesinnungsmäßige Einordnung in das lebendige Judentum bewußt ab, sei es, daß sie als humanitär gerichtete Men-

schen die jüdische Kategorisierung als überwunden betrachteten, oder als Sozialisten die Lösung der Judenfrage als Beiprodukt des Sozialismus erhofften. Dafür, daß es auch bei manchen von ihnen in dieser Zeit des neu anstürmenden Antisemitismus eine Art jüdischer Besinnung gab, werden im Laufe dieser Arbeit Beispiele herangezogen werden. Aber für diese Beispiele gilt alles bisher für die Beweiskraft fertig vorliegender Dokumentation kritisch Vermerkte. Der größere Teil der von menschheitlicher Vervollkommnung träumenden Menschen hat jüdische Bekenntnisse nicht hinterlassen. Ein Vakuum aber läßt sich nicht dokumentieren.

Es muß schließlich noch eine dritte Gruppe erwähnt werden, die außerhalb der jüdischen Bewegung ihrer Zeit verblieb. Bei ihr handelt es sich vermutlich um die Majorität der damals lebenden Juden. Sie bestand weder aus den völlig Teilnahmslosen, noch aus den einem außerjüdischen Ideal bewußt Zustrebenden. Es waren vielmehr diejenigen, ganz „normalen“ jüdischen Bürgerschichten, die ein Grundgefühl der Genugtuung über die fortschreitende Gleichberechtigung mit all ihren hoffnungsvollen Begleiterscheinungen empfanden. Sie waren ganz ausgefüllt mit ihrer – oft erfolgreichen – geschäftlichen Betätigung und der rezeptiven Teilnahme am Kultur- und Genußleben, ohne über die eigene Situation viel zu reflektieren. Sie nahmen auch die drohenden Zeichen wachsender Gefahr nur wie das Wetterleuchten eines fernen Gewitters wahr, von dem sie hofften, daß es den Himmel über ihnen niemals verdunkeln würde.

Trotz solcher Unvollkommenheiten – oder vielmehr: gerade, wenn man sich solcher Unvollkommenheiten bewußt ist und sie dadurch bis zu einem gewissen Grade neutralisiert – wird sich, so hoffen wir, aus unserer retrospektiven „Meinungsforschung“ ein möglichst authentisches Bild des Zeiterlebnisses und der es unmittelbar begleitenden Reflektionen ergeben. Dieses Bild in den historischen Rahmen hineinzufügen, wird die Aufgabe der Schlußbemerkungen sein.

I

Die Worte „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, mit denen der deutsche Kaiser der nationalen Erhebung des Kriegsbeginns Ausdruck und Aufschwung gab, wurden wahrscheinlich von keinem Teil der Bevölkerung dankbarer und freudiger aufgenommen als von den deutschen Juden. Hiermit, so empfand die überwältigende Mehrheit, war das langwierige, wechselvolle und enttäuschungsreiche Ringen um die volle Anerkennung als gleichberechtigte Staatsbürger endgültig zum Abschluß gekommen. „Der Krieg schuf mit einem erlösenden Schlage den Gottesfrieden“, heißt es bei Paul Rieger²; „... Das Volk ward zur Familie. Deutschland hatte sich in der

² *Paul Rieger*, Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden, Berlin 1918, 61.

Liebe und Sorge für das Vaterland zu einer heiligen Einheit zusammengefunden. Die Liebe riß alle Scheidewände nieder.“

Sie sollten sich nur zu bald wieder erheben – trennender und drohender als zuvor. Aus dem Kriegstagebuch eines besonders hoffnungsvollen, viele positive neben weniger guten Erlebnissen registrierenden jüdischen Kriegsteilnehmers, Julius Marx³, klingt schon im Oktober 1914 die große Enttäuschung heraus, die sehr bald und sich stetig vertiefend die Zeugnisse von der Front wie aus dem Inland gleichermaßen kennzeichnet. „Seit einiger Zeit kann ich es ja mit Händen greifen“, schreibt er, „daß man mich als Juden scheel ansieht. Bei Kriegsbeginn schien jedes Vorurteil verschwunden, es gab nur noch Deutsche. Nun hört man wieder die alten verhaßten Redensarten. Und plötzlich ist man einsam inmitten von Kameraden, deren Not man teilt, die einem ans Herz gewachsen sind, mit denen man für die gemeinsame Sache marschiert.“ Daß der Schreiber kein Schwarzseher war, wird durch etliche spätere Aufzeichnungen bewiesen, in denen er – z. B. am 20. Februar 1915⁴ – die einwandfreie Haltung christlicher Kameraden hervorhebt. Und doch stellt er im nächsten Jahr resignierend fest⁵: „Die Kriegslage scheint sich verschlimmert zu haben. Um das Volk abzulenken, macht man in Antisemitismus.“ Kurze Zeit darauf, am 24. September 1916⁶, fühlt er sich durch seine schmerzlichen Eindrücke bewogen, allgemeinere Betrachtungen anzustellen: „Der Durchschnittsdeutsche mag eben den Juden nicht. Ich möchte hier nichts sein als ein deutscher Soldat – aber man sorgt nachgerade dafür, daß ich anders weiß! Und wie im Feld, so ist es auch daheim: seit über 200 Jahren wohnt meine Familie in einem schwäbischen Dorf... Und dennoch – auch dort dieser Abstand! Wir lieben unsere Heimat, wengleich man uns nicht liebt, und müssen fast froh sein, sie überhaupt lieben zu dürfen... Da steht man in der Gegend herum, der ganze Jammer kotzt einen an – dabei das bohrende Gefühl, fremd zu sein, abgelehnt von den andern...“

Das gemeinsame Fronterlebnis, die gemeinsamen Leiden und Opfer christlicher und jüdischer Kriegsteilnehmer hatten neben dem Kaiserwort in ihrer Weise die große Hoffnung genährt, daß Hinderungen und Trennungen nunmehr beseitigt sein würden. Dr. Georg Salzberger, der als Feldrabbiner wirkte, spricht von dieser starken Zuversicht⁷: „Im Kriege herrscht... der Geist unterschiedsloser Kameradschaftlichkeit. Jeder ist auf den andern angewiesen und muß schlecht und recht mit ihm auskommen. Dies enge Zusammenleben hat ein sehr genaues Kennenlernen zur Folge: ein jeder gibt sich wie er ist. Wir Juden können uns dessen nur freuen: wird man uns kennen lernen, so wird man uns auch verstehen und achten lernen.“ Übrigens werde es ein weiterer Faktor gegenseitiger Bindung sein, daß nun auch die Juden die Christen eigentlich erst richtig kennen lernten und auch gewisse Vorurteile

³ Julius Marx, Kriegs-Tagebuch eines Juden, Zürich 1939, 32.

⁴ AaO, 52.

⁵ AaO, 113.

⁶ AaO, 129.

⁷ Georg Salzberger, Aus meinem Kriegstagebuch, Frankfurt a. M. 1916, 17.

auf ihrer Seite abzubauen imstande sein würden. Der Optimismus – das Buch wurde schon 1916 veröffentlicht – ist zunächst uneingeschränkt; aber auch er mußte gegen Ende der Aufzeichnungen der Enttäuschung über den wachsenden Antisemitismus weichen.

Ähnlich zwiespältig ist das aus anderen Schilderungen des Schützengrabenerlebnisses sich ergebende Bild. Langsam scheint der Schwerpunkt auf die Seite des sich durchsetzenden Fremdheitsgefühls zu gleiten. Zwar wird deutlich, daß Menschen, die schon vor dem Kriege ideologisch geprägt waren, geneigt sind, das zu erleben, was sie zu erleben erwarteten. Und doch muß selbst der überzeugte K. C.er und C. V.er Bruno Weil zugeben, daß bei aller guten Kameradschaft das „Empfinden des Andersseins“, die „gewisse Fremdheit Juden und jüdischen Dingen gegenüber“ unverkennbar sei⁸. Er ist allerdings der Meinung, daß die Kluft sich allen Gebildeten gegenüber auftue und daß Juden verhältnismäßig oft zu diesen gehörten. So vermag er schließlich doch zu dem verhältnismäßig günstigen Ergebnis zu gelangen, es sei „zwischen jüdischen und christlichen Kameraden eine sehr starke Angleichung gegeben“ und von einer „tief verankerten Judenfeindschaft“ könne keine Rede sein⁹.

Daß sich der überzeugte Zionist Walter Preuß im Gegensatz hierzu von vornherein „als Fremder, Außenstehender“¹⁰ empfindet und schon den Kriegsausbruch bewußt distanziert erlebt, kann ebensowenig überraschen. Aufschlußreicher ist die Bemerkung des an jüdischen Fragen nicht primär interessierten Historikers der deutschen Arbeiterbewegung Gustav Mayer¹¹, nach der „in der scheinbaren Endlosigkeit des Stellungskrieges deutsche Feldgraue sich von den jüdischen Kameraden . . . feindlich“ abgesondert hätten, und daß sich „diese neue antisemitische Woge“ von der Front „alsbald der Heimat“ mitgeteilt habe.

Eine besonders eingehende Analyse der ambivalenten Wirkung des engen Zusammenlebens von ehemals in getrennten Lebenssphären beheimateten jungen Menschen gibt Rabbiner Reinhold Lewin in einem Aufsatz „Der Krieg als jüdisches Erlebnis“¹². Er stellt zunächst fest, daß die Juden, obwohl ihnen das Kriegshandwerk nicht vertraut gewesen sei, durchweg ihre Pflicht erfüllt hätten; und er fügt die folgende nicht uninteressante, weil für den Gesamtcharakter des jüdischen Kriegserlebnisses bezeichnende Bemerkung hinzu: „So paradox es klingt, waren es oft jugendliche Zionisten, geweckte, entflammte Nationaljuden, in denen deutsches Draufgängertum sprühte.“ Aber nahe bei aller anfänglichen Begeisterung wohnte auch das Bewußtsein

⁸ Im deutschen Reich, XXII (September 1917), 359.

⁹ AaO, 358.

¹⁰ Walter Preuß, Ein Ring schließt sich. Von der Assimilation zur Chaluziuth, Tel Aviv, 85.

¹¹ Gustav Mayer, Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, Zürich-Wien 1949, 367.

¹² Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, 63. Jahrgang, Neue Folge 27. Jahrgang (Juli/Dezember 1919) 1 ff.

des Trennenden. Es habe sich bald herausgestellt, daß die vielgerühmte Kameradschaftlichkeit etwas Äußerliches war. Ja, gerade die körperliche Nähe sei es gewesen, die die Andersartigkeit manchmal stärker spürbar machte. Ähnlich wie Salzberger, aber viel nachdrücklicher, betont Lewin, daß vor allen Dingen die Juden erst jetzt die Deutschen „entdeckt“ hätten, daß sie merkten, wie sehr sie vorher im Ghetto lebten. „Wie Schuppen fiel es dem jüdischen Kameraden vom Auge, daß er sich vorkam, als entdeckte er eine unbekannte Welt.“ So wahr diese Annäherung dazu beigetragen habe, Vorurteile zu beseitigen, so stark habe sie auch die Verschiedenheiten enthüllt. Nicht nur bei Trinkgelagen mit sexuellen Witzeleien seien diese zutage getreten, sondern selbst in ernstesten Gesprächen hätten sie sich bemerkbar gemacht. Das Heimweh habe die Juden stärker gepackt als die Nichtjuden, besonders dann, wenn jüdische Feiertage häusliche Erinnerungen in ihnen wachgerufen hätten. Richtiges Verständnis dafür habe es eben nur bei jüdischen Kameraden gegeben, was auch Julius Marx in seinem *Kriegs-Tagebuch*¹³ bestätigt: „Einen jüdischen Landsmann getroffen . . . reden uns das Heimweh vom Herzen. Ich bin so froh, daß ich ihn gefunden habe.“

Den entscheidenden Anstoß dazu, daß das enge Miteinander des Schützengrabens schließlich stärker die Entfremdung als die Anziehung förderte, aber bildete der wachsende Antisemitismus. Zwar meint Lewin, es habe nicht seiner bedurft, um den „Gegensatz des Wesens bloßzulegen“¹⁴; aber die „Verwüstung“, die er angerichtet habe, sei furchtbar gewesen. Im Gegensatz zu Gustav Mayer sieht er die Richtung seiner Wirkung als von der Heimat ausgehend und von dort die Front erfassend – „Der Antisemitismus hätte aufleben müssen, wäre er im Felde erstorben“¹⁵ –; aber an den verheerenden Folgen gerade dort läßt er keinen Zweifel. „Er erweiterte den Spalt . . . Er riß ihn mancherorts so weit auf, daß der jüdische Kamerad . . . sich isoliert, sich vereinzelt dünkte.“

Der tiefste Einschnitt sei schließlich durch den Erlaß des Kriegsministeriums vom 11. Oktober 1916 vollzogen worden, der die jüdischen Soldaten zu zählen anordnete*, diesen „untilgbar schmähhlichsten Schimpf, der unsere Gemeinschaft seit ihrer Einbürgerung schändete“¹⁶. Der Erlaß wurde damit begründet, daß man auf diese Weise Gerüchten auf den Grund zu gehen beabsichtigte, nach denen Juden sich vom Frontdienst gedrückt haben sollten. Etwa gleichzeitig veranlaßte auch der Wirtschaftsausschuß des Reichstages eine Zählung der Juden in den Kriegsgesellschaften, in deren von der Verwendung

¹³ Marx, op. cit., 170.

¹⁴ Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, 63. Jahrgang, Neue Folge 27. Jahrgang (Juli/Dezember 1919), 8.

¹⁵ AaO, 9.

* Siehe hierzu ebenfalls ausführlich den vorhergehenden Beitrag von Werner Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus, S. 425 ff. (Hrsg.).

¹⁶ Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, 63. Jahrgang, Neue Folge 27. Jahrgang (Juli/Dezember 1919), 9.

an der Front sichernden Büros eine übergroße Zahl von Juden vermutet wurde. Diese zweite Zählung aber wurde nicht durchgeführt, und der Zählung der Soldaten ließ das Kriegsministerium einen Monat später, am 11. November 1916, einen zweiten Erlaß folgen, der dazu dienen sollte, angebliche Mißverständnisse über die Absicht der Zählung zu beseitigen. Der Erlaß sei, so wurde erklärt, nicht aus jüdenfeindlichen Motiven erfolgt, sondern im Gegenteil zu dem Zwecke, die Beschwerden darüber zu entkräften, daß Juden sich dem Frontdienst zu entziehen versucht hätten.

Wie es um die tiefsten Gründe der Judenzählung aussah, darf hier dahingestellt bleiben. Ob sie der Bloßstellung oder der Rechtfertigung dienen sollte, ist letzten Endes deshalb gleichgültig, weil in jedem Falle der Ausgangspunkt feststeht. Er lag darin, daß offenbar die Verdächtigung mangelnder Pflichterfüllung schon so weit um sich gegriffen hatte, daß ein derart drastischer Schritt der Diskriminierung für notwendig erachtet wurde. Da es an dieser Stelle lediglich um die Wirkung auf die von ihm betroffenen Juden geht, muß festgestellt werden, daß sie in ihrer erschütternden Wucht kaum zu überschätzen war. Wenngleich ruhig unterstellt werden mag, daß die Stimmung im Felde im allgemeinen, wie unter den jüdischen Soldaten im besonderen, um diese Zeit schon merklich gesunken war und von der ursprünglichen Begeisterung kaum noch Spuren vorhanden waren, so war es doch diese von einer offenen Verdächtigung ausgehende Maßnahme, die allem latenten Unbehagen nun sozusagen zur Rechtfertigung verhalf. Hier war nach leisem Grollen und unbestimmten Vermutungen ein weithin sichtbares Zeichen aufgerichtet worden, das auf jüdischer Seite nur als Entehrung empfunden werden konnte. Von nun an konnten – mit Recht oder Unrecht – alle Beschwerden über unterschiedliche Behandlung sich darauf berufen. Doch lassen wir die unmittelbaren Zeugen des Geschehens wieder selbst zu Worte kommen.

Der Reichstagsabgeordnete und führende Sprecher des Centralvereins, Ludwig Haas, erörterte die Judenzählung in einer Rede im Reichstag am 3. November 1916¹⁷. In der betont zurückhaltenden Weise, in der die Angelegenheit, wie noch ausgeführt werden wird, vom C.V. behandelt wurde, erklärte er, sie habe „lebhaftes Befremden erregt“. Darauf schlug er eine Note an, die, wenn sie zur Generallinie der jüdischen Reaktion gemacht worden wäre, wahrscheinlich würdiger gewesen wäre als die üblichen Äußerungen der Empörung oder der Apologetik. Er ließ die Möglichkeit offen, daß tatsächlich die Kriegsfreudigkeit und Kriegstauglichkeit unter Juden sich als geringer erwiesen habe als unter Nichtjuden, erklärte aber unumwunden, daß, falls das so sei, „die nichtjüdischen Urgroßväter und Ururgroßväter“ durch die „jahrhundertelange Unterdrückung“, die sie den deutschen Juden zugefügt hätten, die Schuld daran trügen. „Wir lähmen sie und grollen, wenn sie

¹⁷ Im deutschen Reich, XXII (Dezember 1916), 258.

hinken“, hatte Grillparzer den König in der „Jüdin von Toledo“ sagen lassen¹⁸.

Der schon mehrfach zitierte Julius Marx verzeichnet in seinem *Kriegs-Tagebuch*¹⁹, was er fühlte, als im Verlauf der Zählung auch seine Personalien aufgenommen worden seien: „Pfu! Deubel! Dazu also hält man für sein Land den Schädel hin.“ Und als er am Tage darauf mit Munition in die vorderste Linie marschiert, reflektiert er²⁰: „Dabei wurde ich mir zum ersten Mal bewußt, daß ich, ein Jude, an der Spitze von dreißig Mann durchs Feuer marschierte, und ich wunderte mich, daß die Leute dem ‚Gezählten‘ nicht den Gehorsam verweigerten.“ Feldrabbiner Salzberger²¹ klammert sich noch an den Zweifel, daß das Kriegsministerium wirklich in wohlmeinender Absicht gehandelt haben könnte. Doch auch er ist sich klar darüber, daß die Wirkung schlimm gewesen sei, und zwar nicht etwa wegen des zahlenmäßigen Ergebnisses, das die Juden nicht hätten zu fürchten brauchen. „Aber daß jeder Kompagnieschreiber den ‚Geheimerlaß‘ in die Hände bekam, ihn mißverstand und mißverstehen mußte, als sei er, der Kompagnieschreiber, nunmehr befugt, ja verpflichtet, seine jüdischen Kameraden... auf Drückebergerei zu untersuchen“ – das habe die Eintracht sowohl wie die Autorität untergraben. „Die Kluft zwischen Juden und Christen, die überbrückt gewesen war, tat sich von neuem auf. Der Jude fühlte sich als Gezeichneter.“

Dieser bei den hohen Erwartungen des Schreibers besonders schwerwiegenden Enttäuschung folgt eine Schlußbetrachtung, die für den gesamten Umkreis dieser Untersuchung als höchst typisch gelten kann: der Rabbiner kompensiert seine bittere Erfahrung mit der Überzeugung, daß die jüdischen Soldaten als um so bessere Juden aus dem Felde heimkehren würden. Zwar habe sich ihre Freude am Dienst fürs Vaterland nicht erhöht; aber sie alle, selbst die bis dahin ihrem Judentum völlig Entfremdeten, seien nun „nachdrücklichst daran erinnert“ worden. „Ein Solidaritätsbewußtsein, wie es kein Glück und keine Freiheit uns gebracht hat, ist unter Drang und Anfeindung uns erwachsen... Eines kündigt sich heute schon durch deutliche Zeichen an: wir Juden bleiben nicht dieselben. Von unseren heimkehrenden Söhnen und Brüdern wird... ein neuer fester Wille zum Judentum ausgehen, der die Lauen und Lässigen... mit sich fortreißt, ein Wille, der die Erneuerung des Judentums verbürgt.“²²

Die Judenzählung war nur eine Etappe im Prozeß der fortschreitenden Desillusionierung, wenn auch eine besonders einschneidende. Mit geringen Ausnahmen, die noch zu registrieren sein werden, ergibt sich aus fast jedem Zeugnis dieser letzten Kriegs- und ersten Friedensjahre der Eindruck, sie seien zu einer Epoche unaufhaltsamer Entfremdung zwischen Juden und Nichtjuden geworden. Jedes politische Ereignis, in dem sich das niedergehende

¹⁸ Akt II.

²⁰ AaO, 139.

¹⁹ Marx, op. cit., 138.

²¹ Salzberger, op. cit., 131.

²² AaO, 133.

Kriegsglück und die zunehmende Friedenssehnsucht manifestierten, wurde in einen Zusammenhang mit der jüdischen Problematik hineingezwungen. „Uns [Juden] steht ein Krieg nach dem Kriege bevor“, heißt es in düsterer Voraussicht in der Monatsschrift des Centralvereins *Im deutschen Reich*²³. „Wenn die Waffen ruhen, werden für uns des Krieges Stürme noch lange nicht schweigen . . . Der Reichstag nimmt eine Friedensresolution an, die den Alldeutschen nicht gefällt: es ist eine Judenresolution; der ganze Reichstag hat nicht das Glück, die Gunst der Antisemiten zu besitzen: es ist ein Judenreichstag . . . Ein Verständigungsfriede widerstrebt ihnen – es ist ein Judenfriede.“

So ergibt sich die Frage, ob in der Tat zwischen der politischen Haltung der Juden und der Nichtjuden in diesen Jahren typische Unterschiede zutage traten. Die Frage muß bejaht werden. Stärker als in anderen Ländern waren in Deutschland Parteipolitik und Judenfrage miteinander verquickt. Da die politische Rechte, die Konservativen und ihre Splittergruppen, ein ausgesprochen antisemitisches Programm verfolgten und auch die Nationalliberalen den antisemitischen Alldeutschen nahestanden, blieb dem Gros der jüdischen Wählerschaft keine andere Wahl, als sich der politischen Linken anzuschließen²⁴. Die soziologische Zugehörigkeit der überwiegenden Mehrzahl zum Bürger- und Kleinbürgertum wiederum brachte es mit sich, daß sie sich mehr zum bürgerlichen Liberalismus als zur Sozialdemokratie hingezogen fühlten. Zwar gab es auch andere objektive Tatbestände, – die überproportional hohe Beteiligung der jüdischen Erwerbstätigen an Handel, Bank, Börse, freien Berufen und Leichtindustrie – die sie veranlaßten, ihre politische Vertretung auf der gemäßigten Linken zu suchen; aber im allgemeinen darf man sagen, daß die einseitige politische Ausrichtung der deutschen Juden weniger ihrer eigenen Entscheidung als dem Charakter des deutschen Antisemitismus zuzuschreiben war.

Unbeschadet jedoch der Ursachen: der Tatbestand dieser Einseitigkeit war unbestreitbar. Und als der kurze Traum des politischen „Burgfriedens“ zwischen den politischen Parteien ausgeträumt war und sie sehr entschieden voneinander abweichende Ansichten über Krieg und Frieden zu entwickeln begannen, da bot die deutsche Judenheit ein ziemlich einheitliches Bild. Sie lehnte den vor allem von der Schwerindustrie propagierten Annexionismus, d. i. die Einverleibung der im Laufe der militärischen Eroberungen besetzten Gebiete im Westen und Osten, ab, hielt sich in der Frage des unbeschränkten Unterseebootkrieges weitgehend zurück, befürwortete einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Reparationen und trat vor allem innenpolitisch für die sich anbahnende „Neuorientierung“ ein, unter der man u. a. die Ab-

²³ *Im deutschen Reich*, XXIII (Oktober 1917), 395.

²⁴ *Jacob Toury*, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 15, Tübingen 1966, 245.

schaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts und die Parlamentarisierung des Reichstags nach westlichen Vorbildern verstand.

Hätte man in jener Zeit eine nach Konfessionen getrennte Volksbefragung über die Meinungen und Wünsche hinsichtlich der Fortführung und Beendigung des Krieges veranstaltet, so wäre die unterschiedliche Haltung von Juden und Nichtjuden ohne Zweifel offenbar geworden. Die liberalen jüdischen Bürger lasen das *Berliner Tageblatt* und folgten seiner Führung zu Mäßigung und Ausgleich. Die andere große liberale Berliner Zeitung, die *Vossische*, in der sich ihr Chefredakteur Georg Bernhard als eine Art jüdischer Außenseiter zum Sprecher der Militärpartei gegen den einen Mittelkurs verfolgenden Reichskanzler Bethmann Hollweg aufwarf, fand damals in jüdischen Kreisen weniger Gefolgschaft. Als Walther Rathenau sie zu seinem Sprachrohr wählte, um die Ablehnung der Waffenstillstandsbedingungen und die „Erhebung des Volkes“ in letzter Stunde zu befürworten, leitete er seine Ausführungen mit diesen Worten ein: „Wir, die wenigen, haben gemahnt und gewarnt, als keine Regierung daran dachte, der Wahrheit ins Auge zu blicken. Nun hat man sich hinreißen lassen, in unreifem Augenblick, in unreifem Entschluß.“²⁵ Gemahnt und gewarnt vor dem unbeschränkten U-Boot-Krieg hatte auch ein anderer für die Kriegführung an maßgebender Stelle verantwortlicher Jude, Albert Ballin²⁶. Und ein nicht weniger repräsentativer jüdischer Prominenter, Max M. Warburg, äußert sich folgendermaßen: „Ich versuchte, Helfferich das ungeheure Risiko dieser Maßnahme [des unbeschränkten U-Boot-Krieges] vor Augen zu führen. Aber ich mußte rasch einsehen, daß es für Warnungen zu spät war.“²⁷

Es waren nicht nur politische Gesichtspunkte, die die sich mehr und mehr voneinander entfernende Haltung von Juden und Nichtjuden zum Kriege bestimmten. Wie in manchen Aufrufen zu Beginn des Krieges, so findet man auch wieder und wieder in jüdischen Erlebnisberichten und Tagebüchern die Mahnung, daß man als Jude mehr tun müsse als seine Pflicht. Endlich, endlich sei jetzt die ernste und schwere Gelegenheit gegeben zu beweisen, daß man von ganzem Herzen das deutsche Schicksal als sein eigenes empfinde. Wie ein solcher vorsätzlich überhöhter Enthusiasmus das Bewußtsein der Andersartigkeit ins Positive zu wenden suchte, so mußte das gleiche Bewußtsein ins Negative ausschlagen, nachdem sich allzu oft die gesuchte Bewährung als vergeblich erwiesen hatte, und der wachsende Antisemitismus wachsende Resentiments zur Folge hatte. Was sich zunächst nur leise anzudeuten beginnt, etwa das Bekenntnis einer grundsätzlichen Gewaltfeindlichkeit der Juden,

²⁵ Zit. nach *Emil Herz*, *Denk' ich an Deutschland in der Nacht*, Berlin 1951, 291.

²⁶ *Eduard Rosenbaum*, Albert Ballin. A Note on the Style of his Economic and Political Activities, in: *Year Book III of the Leo Baeck Institute*, London 1958, 296 f.

²⁷ *Max M. Warburg*, *Aus meinen Aufzeichnungen*, New York 1952 (Privatdruck), 53.

die sie allerdings in sich zu besiegen trachteten²⁸, das wagt man später sich einzugestehen und sogar der Öffentlichkeit anzuvertrauen. Noch während des Krieges erklärt Amitai im *Juden*²⁹: „Wir haben nichts mit diesem Krieg zu tun; er ist uns in seinen Entstehungsursachen, in seinen Zielen, in seinem Gehalt völlig fremd. Er verläuft ganz und gar außerhalb unserer nationalen Sphäre.“ Und nach seinem Abschluß wiederholt Arnold Zweig³⁰: „Die Seele des Juden mußte neutral sein, unverstrickbar in ein Chaos, das aus einer ganz wilden, fremden Ordnung ausgebrochen war.“ Die jüdischen Söhne mögen in feindlichen Stellungen einander gegenübergelegen haben; ihre Väter auf neutralem Boden hätten sich immer verstanden.

Tatsächlich spielten die sich bekämpfenden „jüdischen Söhne“, vor allem die Vorstellung ihrer leiblichen Begegnung an der Front, im Bewußtsein der jüdischen Soldaten sowohl wie ihrer Angehörigen in der Heimat eine besondere Rolle. Ob solche Episoden sich tatsächlich zugetragen hatten oder ob sie der Phantasie entsprangen, sie gingen in anekdotischer Ausschmückung von Mund zu Mund. In ihnen kam das häufig noch sehr dunkle Bewußtsein zum Ausdruck, daß die zwischenstaatlichen Bindungen, die Juden über die waffenstarrten Fronten hinüber verknüpften, doch wahrscheinlich anderer Art seien als die, die zwischen Katholiken und Protestanten bestanden. „Wenn der jüdische Soldat im deutschen Heer den jüdischen Soldaten im französischen Heer tötet, so tut er es . . . in Erfüllung der Pflicht gegen das Vaterland, die höher ist als die Bruderpflicht gegen den Stammesgenossen“, heißt es zwar noch unentwegt bei Sigbert Feuchtwanger in „Grundsätzliches zur Judenfrage“³¹; aber C. Z. Klötzel gesteht in einem Aufsatz „Kriegsende“³²: „Der jüdische Mensch, unter welchem Banner er immer auch focht, trug schwer an dem Wissen dessen, daß auf der andern Seite Brüder standen, gegen die er die Waffe führen mußte.“ Er zieht die logische Konsequenz: „Der Jude sollte Pazifist sein vom Mutterleib her!“ Es beständen nun einmal internationale Bindungen über die Grenzen hinweg, und so sollten denn die Juden überall für den Frieden wirken. Nicht nur der Antisemitismus sei es, der sie vom Nationalismus der Umgebung trenne, sondern eben jenes Friedensstreben, das allein ihnen gemäß sei.

Mit großer Eindringlichkeit brachte ähnliche Gedankengänge noch während des Krieges der sozialistische Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein zum Ausdruck, als er im Jahre 1917 seine Schrift *Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege*³³ erscheinen ließ. Er, der einstige Revisionist, dessen Stellungnahme früher die Entwicklung der Sozialdemokratie von einer revo-

²⁸ M. A. in: *Der Jude*, I (April 1916), 54.

²⁹ *Der Jude*, Chronik, III (August 1918), 197 ff.

³⁰ AaO, IV (Juni 1919), 97 ff.

³¹ *Neue Jüdische Monatshefte*, I (10. August 1917), 613.

³² AaO, IV (10./25. Januar 1920), 141 ff.

³³ Erschienen Berlin 1917.

lutionären zu einer sozial-reformerischen Bewegung mitbestimmt hatte, gehörte damals aus Gründen der Kriegsgegnerschaft zu der radikalen Minderheitsfraktion der Unabhängigen Sozialdemokraten. Er brauchte sich daher im Aussprechen pazifistischer Gedankengänge keine Zurückhaltung mehr aufzuerlegen. Auch er sieht die Juden als die natürlichen Vorkämpfer der Friedensidee und erklärt ausdrücklich, daß diese Rolle nicht im Widerspruch zu dem ihm selbstverständlichen Patriotismus stehe. Aber neben diesem Landes-patriotismus müßten die Juden einen „Stammes-patriotismus“ pflegen, ein „Solidaritätsempfinden von Juden für die Judenheit im allgemeinen“³⁴. In einer Selbstanzeige unter der Überschrift „Vom Mittlerberuf der Juden“³⁵ drückt er den Gedanken folgendermaßen aus: „... zu allen Zeiten das die Völker Verbindende zu betonen, in Zeiten des Streites... der Stimme der Vernunft zu ihrem Recht zu verhelfen und dadurch als Mittler der Nationen sich zu betätigen, das ist nach meiner Ansicht eine Mission, zu der neben andern gerade die Juden berufen wären.“

Von seiner für die Mehrheit der deutschen Juden geradezu klassischen Haltung weitgehender Angleichung an die deutsche Umwelt bei betonter Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinschaft legte Eduard Bernstein in einem Beitrag zum *Juden*, „Wie ich als Jude in der Diaspora aufwuchs“³⁶, Zeugnis ab. Da er jedoch als Ausweg aus der jüdischen Problematik die „erlösende Macht der sozialistischen Internationale“ anpries, konnte er bei den offiziellen Wortführern der jüdisch-bewußten Assimilation keine Zustimmung finden. Niemals, so heißt es in einem Aufsatz „Alldeutsch oder international“ in *Im deutschen Reich*³⁷, sei das „völkerverbindende Ideal im Sinne Bernsteins auch nur theoretisch verfochten worden und auf keine Strömung unserer Tage“ könne er sich stützen. Ja, höchst unwillig wird der Gedanke abgewiesen, daß man etwa ihm zu Gefallen „in den Bahnen der unabhängigen Sozialdemokratie“ gegen das deutsche Vaterland arbeiten werde. Es sei im Gegenteil dringend vonnöten, „auf die frivole Leichtfertigkeit des Juden Bernstein zu verweisen, der für sein von allen Seiten als vaterlandsfeindlich gebrandmarktes Treiben dem Judentum die Verantwortung zuschieben möchte“.

So wuchtig die Schläge nachgerade waren, mit denen das Judenschicksal die Festung erbeben machte, die sich die deutschen Juden, die im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.) vertreten waren, aus ihrer Synthese von Patriotismus und jüdischem Bekenntnis erbaut hatten, noch glaubten sie, sie überhören zu können.

Bernstein setzte sich ausdrücklich vom Zionismus ab, verständnisvoll, anerkennend, aber entschieden. Obwohl er sich bewußt ist, „einem in der Welt

³⁴ *Bernstein*, op. cit., 41.

³⁵ Neue Jüdische Monatshefte, I (25. April 1917), 397 ff.

³⁶ Der Jude, II (Juni 1917), 186 ff.

³⁷ Im deutschen Reich, XXIII (Dezember 1917), 499.

als Gast vieler Völker lebenden Volke“ anzugehören³⁸, erklärt er, Zionist nicht sein zu können, weil er sich zu sehr als Deutscher fühle. „Aber ich kann den Zionismus als Gegenwehr gegen die staatliche und soziale Zurücksetzung begreifen . . . und bin nicht blind dagegen, daß das idealistische Element im Zionismus einen Wert für das kulturelle Leben darstellen kann“; keineswegs brauche auch der Zionismus im Widerspruch zu „weltbürgerlichem Denken“ zu stehen.

Noch ein anderes erschütterndes Bekenntnis eines Einzelnen mündete in die Vision der Menschheitszukunft. In den *Neuen Jüdischen Monatsheften*³⁹ veröffentlichte der viel gelesene und viel geliebte Autor der Romane *Jettchen Gebert* und *Henriette Jacoby* – erschienen 1906 und 1908 –, Georg Hermann, einen Aufsatz mit der Überschrift „Zur Frage der Westjuden“. Er leitete ihn damit ein, daß er darin auszusprechen glaube, „was viele, viele Tausende in Deutschland und darüber hinaus in diesem Augenblick fühlen“, was aber „bei ihnen doch nur dumpf, unbewußt und rudimentär“ geblieben sei. Er, Georg Hermann, habe sich immer als deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gefühlt, als ein typischer Westjude, der sich dem Deutschtum innerlich stark assimiliert und gegen Ostjuden eine „ziemlich heftige Abneigung“ empfunden habe. Das Judentum sei ihm nur noch ein gewisser „Beigeschmack“ gewesen; er wußte sich zuerst als Deutscher, als Jude hingegen nur noch aus Pietät. „In den nun vergangenen Jahren hat sich das geändert“, fährt der Aufsatz fort. Es habe im assimilierten Westjuden etwas wie eine Waage gelegen, auf der das Deutschtum in seiner Bedeutungsschwere die eine Schale tief hinuntergedrückt habe, während das Judentum federleicht in der oberen Schale schwebte. Aber „langsam im Laufe von fünf Jahren mit jeder neuen Enttäuschung . . . stieg die Schale des Deutschtums, und die Schale des Judentums sank mehr und mehr dafür. Ob wir es wollten oder nicht, wir mußten uns auf unser Judentum besinnen, denn der Krieg und die Grundanschauungen, die mit ihm Hand in Hand gingen, zeigten von Jahr zu Jahr mehr und stärker die Wesensverschiedenheiten und die Wesensfremdheiten, die uns von jenen trennten. Wir haben eine große Enttäuschung am Deutschen erlebt, und wir erleben sie noch heute jede Stunde. Laßt mich offen ein hartes Wort sagen, – wozu es verschweigen und vertuschen?! Die Deutschen haben sich als schlechte Siegelbewahrer des Menschentums bewährt.“ Nun fühle sich seine Seele entwurzelt, und er spüre, daß er im Grunde niemals ganz Deutscher gewesen sei, wie ein Jude es überhaupt nie sein könne. Die Juden seien in Wahrheit mit ihrem sozialen Gewissen der Zukunft zugewandt.

Ebensowenig wie Eduard Bernstein vollzieht Georg Hermann den Sprung in den Zionismus. Nie könne Zion ihm ein neues Heimatland sein, sagt er. „Soll wirklich wieder eine dieser bis in die Knochen blamierten Institutionen, Staat

³⁸ *Bernstein*, op. cit., 32.

³⁹ *Neue Jüdische Monatshefte*, III (10./25. Juli 1919), 399 f.

geheißen, geschaffen werden?“ Das Zion, an das er glaube, sei die Zukunft der Menschheit. Als er in den *Süddeutschen Monatsheften*⁴⁰ nochmals zu dem Fragenkomplex Stellung nimmt, wird diese Absage noch pointierter: „Ich gehöre als Jude einer zu alten Rasse an, um den Massensuggestionen zu verfallen. Worte wie Volk, Krieg und Staat sind für mich farb- und klanglos.“

Georg Hermanns Bekenntnis erregte Aufsehen. Zwar wurde es von seiten des C.V. durch einen seiner Sprecher, Dr. Katzenstein-Bielefeld⁴¹, als zu subjektiv-emotional zurückgewiesen mit dem Bemerkung, daß Hermann den Gegensatz zwischen Judentum und Deutschtum künstlich konstruiert habe; und es wurde durch Cheskel Zwi Klötzel in der *Jüdischen Rundschau*⁴² als unzureichend erklärt, da in ihm nur eine Kursminderung des Deutschtums, nicht jedoch eine Kurserhöhung des Judentums zum Ausdruck käme. Klötzel allerdings unterstreicht, daß Hermann für sehr viele gesprochen habe, ja, vielleicht für „die Allgemeinheit des deutschen Judentums“, obwohl „Parteien und Institutionen so tun, als sei in der Seele des deutschen Juden nichts vorgegangen“. Wichtig ist, daß auch ein Mitglied des auf dem Boden des C.V. stehenden Kartell-Convents der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens (K. C.), Leo Oppenheim⁴³, hervorhebt, eine wie weit verbreitete Stimmung sich in den Worten Georg Hermanns niedergeschlagen habe. Sie seien, meint er, „bezeichnend . . . für die ganze Geistesrichtung unserer Zeit“. Der Haß von außen schmerze eben gerade „die Besten und Empfindlichsten und Feinsten“ unter den Juden. Andererseits erklärt er sich tief betroffen dadurch, daß Georg Hermann sich „rassenmäßig“ dem Judentum zurechne, weil das nichts anderes bedeute, als daß er die Argumente des Antisemitismus übernommen habe.

Ohne parteipolitische Hemmungen fällt in einem Offenen Brief von Dr. Julius Simon in den *Neuen Jüdischen Monatsheften*⁴⁴ die Zustimmung unbedingter und rückhaltsloser aus. Der Schreiber gesteht, den gleichen inneren Kampf durchkämpft zu haben wie Hermann: „Sie haben es richtig erkannt“, fährt er fort; „Unzählige unter den deutschen Juden, ja wohl jeder von ihnen . . . hat Stellung nehmen, hat umlernen müssen, hat blutenden Herzens so vieles in sich zerbrechen müssen, was ihm lieb und teuer war.“ Auch er sei begeistert ins Feld gegangen. Aber im Schützengraben habe auch er – aus innerem Erleben, nicht etwa aus äußeren Konflikten heraus – erkannt, daß eine Kluft den Deutschen von dem Juden trennt, eine Kluft in Lebensanschauungen, im Fühlen und Denken, eine Kluft in der Stellungnahme zu den sittlichen und geistigen Fragen des Lebens, und andererseits, daß bei aller sozialen,

⁴⁰ XVII (November 1919), 167.

⁴¹ Neue Jüdische Monatshefte, IV (10./25. Januar 1920), 165 ff.

⁴² Jüdische Rundschau, XXIV (29. August 1919), 468.

⁴³ KC-Blätter, IX (November/Dezember 1919), 187.

⁴⁴ Neue Jüdische Monatshefte, IV (10. Dezember 1919), 113 ff.

sprachlichen und regionären Verschiedenheit ein Band des Verstehens und der Zusammengehörigkeit ihn mit seinen jüdischen Brüdern diesseits und jenseits der deutschen Grenzen verbinde. Er, Simon, sei freilich den Weg bis ans Ende gegangen, bis zum Zionismus. Nun sei er beglückt in dem Bewußtsein, den Kampf durchgekämpft zu haben. Er habe darum auch nicht das Gefühl der Vereinsamung und Enttäuschung, sondern das Hochgefühl, in der großen Zeit leben zu dürfen, in der sich die Wiedergeburt des jüdischen Volkes vollziehe: „zum dritten Male“ würden die Juden „aus dem Galuth . . . in die alte heilige Heimat“ zurückgeführt. Es folgt ein zionistisches Bekenntnis reinsten Idealismus, wie es nicht nur für diesen neu Bekehrten, sondern für viele Menschen der Epoche charakteristisch ist. Individuell an ihm ist vielleicht die bleibende starke Verbundenheit mit der deutschen Kultur; aber auch sie ist keineswegs vereinzelt. Weil die visionäre Lauterkeit, die aus dem Offenen Brief von Julius Simon spricht, die Anziehungskraft verständlich macht, die der nationaljüdische Gedanke auf viele enttäuschte Gemüter dieser Zeit ausübte, seien Auszüge hier wiedergegeben: „In dieser Bejahung des jüdischen Gemeinschaftsgedankens liegt nicht die Spur von Gehässigkeit gegenüber der Gemeinschaft, in der wir leben. Ich bin dankbar und ergeben der deutschen Kultur, aus der und in der ich aufgewachsen bin und der ich so viel Liebe und Verständnis zu geben glaube, wie nur irgend ein Deutscher . . . Dieser Gedanke des Zionismus . . . hat ja gar nichts gemein mit den nationalistischen und chauvinistischen Bestrebungen, . . . nichts gemein mit Macht- und Herrschaftsgelüsten.“ Von jeher seien die Juden die Verkünder der Nächstenliebe und der sozialen Gerechtigkeit gewesen. „Von jenen alten Propheten, von Moses und Jesus bis zu Marx und Lassalle, ja bis zu den – oft irrenden und unklaren, aber doch mit sittlichem Ernst, mit warmem Herzen und mit bewundernswertem Mut sich betätigenden – revolutionären Führern unserer Tage.“ Hier haben wir sie alle, die Bestandteile einer nationalen und sozialen Utopie, die damals noch ohne die Korrektur einer harten und konfliktreichen Realität in die Zukunft projiziert werden konnte.

Daß sie in dieser Gestalt eine Utopie war und bleiben mußte, nahm ihr freilich nichts von dem, was man ihren therapeutischen Effekt nennen könnte. Ganz abgesehen von ihren objektiven Verwirklichungschancen und erst recht außerhalb jeder moralischen Wertung muß festgestellt werden, daß ihre Wirkung auf die jüdischen Menschen, die sich damals enttäuscht und niedergeschlagen aus der deutschen Umwelt zurückziehen zu müssen glaubten, subjektiv nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Sie bedeutete inmitten einer äußerst schwer erträglichen seelischen Verwirrung die heilsame Hingabe an eine neue Aufgabe. Wer zu ihr hinfand, ertrug die Erschütterung des Zurückgestoßen-Werdens nach der flüchtigen Illusion voller bürgerlicher Anerkennung durch das gemeinsame Kriegserlebnis leichter als der andere, der in der Abkehr verharrte oder die Zuwendung zum Judentum nur in vagerer Form zu vollziehen vermochte.

Um an dieser Stelle jedes Mißverständnis auszuschalten, das aus einer fehlerhaften Gedankenverbindung mit der Gegenwart entstehen könnte, sei ausdrücklich – wenn auch sozusagen in Parenthese – darauf hingewiesen, daß diese positive psychologische Funktion der zionistischen Konzeption, der sich in jener Zeit eine zunehmende Anzahl von Menschen näherte, in genau der gleichen Weise registriert werden müßte, auch wenn sie politisch völlig unreal geblieben wäre und nicht als eine von vielen Ursachen zur Entstehung des Staates Israel beigetragen hätte. –

Einer von denen, dessen jüdisches Erlebnis ihn damals nicht zum Zionismus, aber in dessen Nähe führte, war der Komponist Arnold Schönberg. Am 20. April 1923 schreibt er an Wassily Kandinsky zur Begründung der Absage auf ein an ihn ergangenes Angebot⁴⁵: „Denn was ich im letzten Jahre zu lernen gezwungen wurde, habe ich nun endlich kapiert und werde es nicht wieder vergessen. Daß ich nämlich kein Deutscher, kein Europäer, ja vielleicht kaum ein Mensch bin, . . . sondern, daß ich Jude bin. Ich bin damit zufrieden! . . . Es war ein Traum.“ Als Kandinsky, den Schönberg selbst des ausgesprochenen Antisemitismus bezichtigt, sich durch diesen Brief erschüttert zeigt, läßt Schönberg nur wenige Tage darauf – am 4. Mai 1923 – einen weiteren ausführlicheren Brief an ihn folgen, in dem er seiner Empörung über die herrschende Judenhetze noch entschiedeneren Ausdruck gibt. Er kommt darin zu folgenden Feststellungen: „Wozu aber soll der Antisemitismus führen, wenn nicht zu Gewalttaten? Ist es so schwer, sich das vorzustellen? Ihnen genügt es vielleicht, die Juden zu entrechten. Dann werden Einstein, Mahler, ich und viele andere allerdings abgeschafft sein. Aber eines ist sicher: Jene viel zäheren Elemente, dank deren Widerstandsfähigkeit sich das Judentum zwanzig Jahrhunderte ohne Schutz gegen die ganze Menschheit erhalten hat, diese werden sie doch nicht ausrotten können. Denn sie sind offenbar so organisiert, daß sie die Aufgabe erfüllen können, die ihnen ihr Gott angewiesen hat: Im Exil sich zu erhalten, unvermischt und ungebrochen, bis die Stunde der Erlösung kommt!“ (In den späteren zwanziger Jahren plante Schönberg die Gründung einer jüdischen nationalen Partei, und 1949 widmete er seine in Amerika entstandene Vertonung von Psalm 130 dem Staate Israel.)

„Im Exil sich zu erhalten“ – ebenso wie hier wird der Wert einer wie immer gearteten jüdischen Existenz, in diesem Falle bei klarer Ablehnung ihres nationalen Charakters, von einem andern großen Juden dieser Zeit neu entdeckt, von Walther Rathenau. Auch in ihm, dem Verfasser des ominösen, seinerzeit unter einem Pseudonym veröffentlichten Aufsatzes „Höre, Israel!“⁴⁶, der noch 1918 schrieb⁴⁷: „Meine Aufgabe ist keine jüdische. Ich fühle deutsch

⁴⁵ Deutsche Briefe des 20. Jahrhunderts, 110 ff.

⁴⁶ Erschienen in der von Maximilian Harden herausgegebenen Zukunft, 6. März 1897.

⁴⁷ Brief an G. H. Bärenstein vom 6. August 1918. Zit. nach Franz Kobler, Juden und Judentum in deutschen Briefen aus drei Jahrhunderten, Wien 1935, 390.

und werde mich nie von meinem deutschen Volke trennen“, erwachte in diesen Jahren ein stärkeres jüdisches Bewußtsein. In seiner „Streitschrift vom Glauben“, die 1917 als Antwort auf eine entsprechende Herausforderung Kurt von Trützschler-Falkensteins erschien, lehnte er unumwunden ab, das Judentum zu verlassen, obwohl, wie er aussagte, er „auf dem Boden der Evangelien stehe“⁴⁸. Entschiedener sprach er von seiner jüdischen Überzeugung in einem Brief an Leutnant Hanns Breisig vom 29. November 1919⁴⁹, in dem es heißt: „Wissen Sie, wozu wir [die Juden] in die Welt gekommen sind? Um jedes Menschenantlitz vor den Sinai zu rufen. Sie wollen nicht hin? Wenn ich Sie nicht rufe, wird Marx Sie rufen. Wenn Marx Sie nicht ruft, wird Spinoza Sie rufen. Wenn Spinoza Sie nicht ruft, wird Christus Sie rufen . . .“

So entschieden Rathenau auch weiter den Zionismus als „einen Anachronismus von mehreren Jahrtausenden“⁵⁰ ablehnte⁵¹, so erregte doch die Idee einer jüdischen Besiedlung Palästinas sein Interesse. In einem Brief vom 28. März 1921 an Julius Kaliski, ein Redaktionsmitglied der *Sozialistischen Monatshefte*⁵², spricht er die Ansicht aus, „daß man sich den Aufgaben des jungen Landes . . . nicht entziehen“ solle. Er halte es angesichts der sich widersprechenden Nachrichten „für nötig“, sich „gelegentlich ein eigenes Urteil zu bilden“, und er habe den Wunsch, eine Reise nach Palästina zu unternehmen, sobald seine Belastung es gestatten würde. Es ist zu dieser Reise nicht gekommen. Mit seiner Ermordung am 24. Juni 1922, knapp fünf Monate nach seiner Ernennung zum Reichsaußenminister, erreichte die jüdenfeindliche Haßkampagne einen Höhepunkt, dem jedoch kein Umschwung folgte. Die Hinwendung einer ursprünglich den jüdischen Lebensfragen so überaus kritisch, ja feindselig gegenüberstehenden Persönlichkeit wie Walther Rathenau zu gewissen Aspekten des Judentums dieser Zeit muß als ein Symptom von starker Beweiskraft gewertet werden.

Fast noch erstaunlicher ist der Wandel, der während der gleichen Jahre auch in Rathenaus damaligem Freund und späteren persönlichen Feind, Maximilian Harden, vor sich ging. Im Unterschied zu Rathenau war er zum Christentum übergetreten. An „Selbsthaß“, dem zeitweise auch Rathenau frönte, an begeisterter Bejahung des Deutschtums hat er ihn, wenn möglich, übertroffen. Auch er war später das Opfer eines Attentats, das ihn jedoch glücklicherweise nicht das Leben kostete. In dem Prozeß, der dem Attentat folgte, legte er von der in ihm unterdessen erwachsenen Erkenntnis Zeugnis ab, daß es unmöglich sei, sich vom Judentum loszusagen. „Wenn Ihr mich nicht wollt, weil ich als jüdischer Junge geboren wurde“, erklärte er⁵³, „laßt es. Ich habe Rathenau

⁴⁸ AaO, 391.

⁴⁹ *Walther Rathenau*, Neue Briefe, Dresden 1927, 85 f.

⁵⁰ Brief an Frau K. H. vom 8. Januar 1920, zit. nach *Kobler*, op. cit., 393.

⁵¹ Vgl. auch *Kurt Blumenfeld*, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus, Stuttgart 1962, 138 ff.

⁵² *Walther Rathenau*, Briefe, Dresden 1926, Bd. II, 303.

⁵³ *Erich Gottgetreu*, Maximilian Harden. Ways and Errors of a Publicist, in: Year Book VII of the Leo Baeck Institute, London 1961, 215.

oft gesagt: Warum schreiben Sie immer ‚Wir Deutschen‘? Man will die Juden nicht zu den Deutschen rechnen“. In einer Zusammenstellung von Pressestimmen, die die *Jüdische Rundschau*⁵⁴ nach den Palästinaerklärungen des Großwesirs Talaat-Pascha im Namen der türkischen und des Stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen Amts, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, im Namen der deutschen Regierung über die Förderung des Palästinaaufbaus veröffentlichte⁵⁵, ist vermerkt, daß Maximilian Harden in der *Zukunft* eine „bedingungslos pro-zionistische“ Haltung eingenommen habe. So wenig man die Schwankungen temperamentvoller Journalisten überschätzen sollte, so dürfen sie doch als Anzeichen einer allgemeineren Entwicklung registriert werden, zumal, wenn sie wie im Falle Rathenau und Harden eine so weite Stimmungsdivergenz zwischen einst und jetzt anzeigten.

Auch wo die Entwicklung weniger abrupt war, weil schon am Ausgangspunkt gewisse jüdische Sympathien deutlich waren, verdienen Äußerungen festgehalten zu werden, die damals von viel gelesenen und weithin beachteten Zeitgenossen getan wurden. Der erfolgreiche Autor Emil Ludwig verfolgte, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, die zionistische Bewegung mit starker Anteilnahme. „Ein uralter, halbverwirrter Rasseninstinkt ist es“, schrieb er am 20. November 1917⁵⁶, „der die reifsten und reinsten Vertreter dieses Volkes mit mächtigen Impulsen immer aufs neue an die Küste treibt, von der vor zwei Jahrtausenden die Väter vertrieben wurden“. Von besonderem Gewicht ist die Bejahung, die der Dichter und Essayist Moritz Heimann dem Zionismus zuteil werden läßt, nicht nur seiner verehrungswürdigen Persönlichkeit wegen, sondern weil er fördernd und schaffend im deutschen Kulturkreis tief verwurzelt war. Er war vielleicht der erste, der die „persönliche“ Judenfrage – die „ein auf eine einsame Insel verschlagener Jude“ noch in seinem Innern empfinden würde – als das eigentliche Hauptproblem bezeichnete. In Hinsicht auf seine Stellung zu Deutschtum und Judentum prägte er das viel zitierte Wort: „Es ist nichts Unnatürliches darin, seine Bahn mit zwei Mittelpunkten zu laufen; einige Kometen tun es und die Planeten alle.“ Auch in einem Aufsatz in der *Neuen Rundschau* mit dem Titel „Zionismus und Politik“⁵⁷ bestätigt er zunächst, daß er „als Jude deutsch orientiert“ sei, wodurch die folgenden Ausführungen an Nachdruck gewinnen: „Der Zionismus, Urbarmachung eines Stückes Erd- und Menschenbodens, Arbeit, Entsagung, Hingebung, Vertrauen und verschwenderische Saat in die Zukunft – es gehört schon die grinsende Verwesung dazu, andere Gefühle gegen ihn zu haben und zu erweisen, als die der bewundernden, verehrenden, helfenden, nacheifernden Teilnahme.“ Er ist höchst kritisch gegen Theodor Herzl, und er sieht klar, daß Palästina die tatsächliche Einheit des Judentums nicht bringen werde.

⁵⁴ *Jüdische Rundschau*, XXIII (18. Januar 1918), 17.

⁵⁵ Siehe S. 545.

⁵⁶ Zit. nach *Jüdische Rundschau*, XXII (23. November 1917), 378.

⁵⁷ AaO, (14. Dezember 1917), 403.

Aber er hat die Zuversicht, daß es helfen werde, „die vielgesuchte innere Einheit“ des heute „unendlich zerklüfteten Judentums“ zu formen.

Ein anderer, weit unbekannter Diener an der deutschen Kultur, der Maler Karl Jakob Hirsch⁵⁸, gesteht, daß ihm sein Judentum völlig verschwunden gewesen sei. Aber Martin Buber habe es ihm lebendig gemacht. „Es war“, schreibt er rückschauend, „ein seltsames Gefühl damals, als ich der einzige Jude in Worpswede war und“ – er illustrierte die Legenden des Baal Schem – „ein jüdisches Leben in Bildern aufbaute, das mir im Grunde fremd war. Doch ich wollte irgendeine Form des Judentums in meinem Leben Gestalt werden lassen“.

Auch unter den sozialistischen Literaten, die sich, wie schon angedeutet, meist grundsätzlich durch ihre politische Überzeugung über „konfessionelle“ Fragen erhaben dünkten, entdeckten damals einige ihr Herz für ein nationales oder zum mindesten pro-palästinensisches Judentum. Alfons Goldschmidt, ein regelmäßiger Mitarbeiter der *Weltbühne*, äußerte sich in diesem Sinne in einem Beitrag „Von den Juden“⁵⁹. Der Herausgeber der *Weltbühne*, Siegfried Jacobsohn, schrieb nach der Aufführung von Richard Beer-Hofmanns dramatischer Dichtung *Jaákobs Traum*⁶⁰: „Ich bin Jude genug, um Jaákobs Traum als ein National-Gedicht zu empfinden, von dem ich widerstandslos besiegt wurde.“ Alfred Kerrs Urteil über das Stück lautete: „Fast alles, was auf der Rampe seit Jahren und Jahren erschien, ist gegen diese Dichtung bloß Literatur.“⁶¹

Sehr ernst zu nehmen ist auch folgende Bemerkung, mit der der Philosoph Ernst Bloch in seinem 1918 erschienenen Werk *Der Geist der Utopie*⁶² von dem um ihn her wahrnehmbaren Stimmungsumschwung in jüdischen Kreisen Kenntnis nimmt: „Überdies scheint bei vielen jungen und ernst gewordenen Menschen . . . eine eigentümliche Einkehr und gleichsam unbedenklichere, direktere Strenge heraufzuziehen.“ Sie hätten, meint er, viel gelernt, sowohl von den Antisemiten, „wie auch von den Strebungen eines staatlich festgelegten Zionismus, dessen Schaden freilich ist, daß er die gesamte Kraft des Auserwähltseins leugnet und derart . . . aus Judäa eine Art von asiatischem Balkanstaat machen möchte . . . Beides, der Judenhaß wie die Nationalflagge sind bloße Hilfslinien zur Selbstbesinnung des Judentums.“ Die Selbstbesinnung jedenfalls bedeutet auch ihm einen unbezweifelbaren Fortschritt.

Erwähnenswert ist ferner der Rechenschaftsbericht, den der schon erwähnte Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, Gustav Mayer, über seinen Bewußtseinswandel gibt⁶³. Obgleich seine Darstellung der Zeit nach der Hitlerkatastrophe angehört, ist sie doch auch für die hier behandelte Periode maß-

⁵⁸ Heimkehr zu Gott. Briefe an meinen Sohn, München 1946, 51.

⁵⁹ Von den Juden, in: *Weltbühne*, XIX/2 (6. September 1923), zit. nach *Jüdische Rundschau*, XXVIII (14. September 1923), 486.

⁶⁰ Zit. nach *Jüdische Rundschau*, XXIV (28. November 1919), 657.

⁶¹ AaO.

⁶² 2. Aufl., 287 ff.

⁶³ *Mayer*, op. cit., 364.

gebend. Gustav Mayer berichtet u. a. von einem Gespräch mit Gustav Landauer aus dem Jahre 1909, in dem sich die beiden Partner darüber unterhielten, ob sie „deutsche Juden“ oder „jüdische Deutsche“ wären. Landauer habe erwidert, „wir seien das eine wie das andere, und wir müßten immer beides bleiben. Ich stimmte ihm ganz zu“, setzt Mayer hinzu; aber, fragt er, „wäre es Landauer heute noch möglich, auf diese Frage die gleiche Antwort mit der gleichen Zuversicht zu erteilen? Und mir?“ „Ich empfand mich ohne Einschränkung als ein Glied der deutschen Nation“, fährt er fort; „ihr Schicksal teilte ich und wünschte, es zu teilen. Doch nachträglich glaube ich, eine Grenzlinie zu entdecken, die ich früher wenig beachtete.“ Die alte deutsche Geschichte sei ihm im Gegensatz zur alten jüdischen fremd geblieben, und erst der Geist der deutschen Klassik habe ihn zum Deutschen gemacht. „Wo ich von meiner Jugend erzählte, verschwieg ich nicht, wie fremd ich mich jenem Menschen schlage fühlte, in dessen Mitte ich dort auf der Schulbank aufwuchs.“⁶⁴ „Die Frage: ‚Inwiefern bin ich noch Jude?‘ beantwortete das Herz mir deutlicher als der Verstand. Doch die unzweideutigste Antwort auf diese Frage gab mir meine deutsche Umgebung. In ihren Augen blieb ich stets der Jude. Und wenn ich selbst voll Überzeugung ‚Wir Deutsche‘ sagte, hätte ich nicht immer schon schärfer darauf acht geben müssen, ob nicht um den Mund der anderen ein ironisches oder gar höhnisches Lächeln aufzuckte? Dürfte ich heute, nachdem das deutsche Blut den deutschen Geist verriet, noch behaupten, daß jene im Unrecht gewesen wären, die die Unbefangenheit belächelten, mit der ich mich als einen Deutschen ‚aufspielte?‘“⁶⁵ Gustav Mayer ist einer von denen, für die es eine zionistische Lösung nicht gibt. Er sei immer dagegen gewesen, „neben den vielen kleinen Nationen . . . eine neue kleine Nation ins Leben zu rufen“⁶⁶. „Während ich es unter meiner Würde gehalten hätte, über Vererbung und Rasse mit Nazis zu streiten, konnte ich Diskussionen nicht aus dem Wege gehen, wo sich Zionisten dieser Argumente bedienen wollten, um mich auf ihren Standpunkt hinüberzuziehen.“ Seine Antwort an einen Zionisten in solch einer Unterhaltung habe gelautet: „Du fühlst dich ‚blutgebunden‘. Ich suche nicht in biologischer Dunkelheit nach der Wurzel der sittlichen Kräfte, die in mir lebendig sind. Alles Bewußtsein in mir ist das Ergebnis abendländischer Kulturentwicklung und morgenländischer nur insofern, als die abendländische Kultur dies Gut von ihr übernahm.“ Der Bericht endet mit dem Bekenntnis, daß sich Gustav Mayer nach der Katastrophe seinem Gesprächspartner näher gefühlt habe. Er habe für den Palästinaaufbau Verständnis gewonnen, wenn er sich dem Zionismus gegenüber auch weiter ablehnend verhalte.

Ernst Simon will „nur ganz schlicht erzählen“⁶⁷. Aber in einer geradezu klassisch zu nennenden Vollzähligkeit, in der u. a. die oben er-

⁶⁴ AaO, 365.

⁶⁵ AaO, 364 f.

⁶⁶ AaO, 364.

⁶⁷ Unser Kriegserlebnis, in: Jüdische Jugend, Heft 1 (1919), 39 ff.

währte psychologische Wirkung des Zionismus stark anklingt, faßt sein Bericht über sein Kriegserlebnis die Motive seiner Verwandlung von „einem völlig entjudeten Ästhetem zum Zionisten“ zusammen. Er selbst ist überzeugt davon, daß seine Entwicklung für „die manches jungen Juden“ typisch ist. Er habe nicht zu denen gehört, „die das große Glück hatten, im Osten in lebendiger Berührung mit der jüdischen Masse ihr Volk als Volk . . . zu finden“, noch habe in ihm schon vor dem Kriege das Judentum irgendwelche Bedeutung gehabt. Aber er habe sich während der Schulzeit in einer gewissen Sonderstellung gefühlt und gerade deshalb die Kriegsbegeisterung als eine Erlösung empfunden. Endlich habe er sich hineingewachsen geglaubt „in das Leben dieses fremden und geliebten Volkes“. Diese „traumhafte Selbsttäuschung“ habe sogar noch im Zeichen der sinkenden Kriegsbegeisterung angehalten, doch habe es damals nur noch eines geringen Anstoßes bedurft, um all diese gekünstelte Sicherheit zerbrechen zu lassen. „Dieser Anstoß war die Judenzählung.“ Sie sei es vor allem gewesen, „weil sie so wie wenige Amtshandlungen des alten Regimes . . . eine durchaus populäre Sache war, realer Ausdruck der realen Stimmung . . . Der Traum von Gemeinsamkeit war dahin, mit einem furchtbaren Schlage tat sich vor uns zum andern Male die tiefe, nie verschwundene Kluft auf.“ „Dies alles“, fährt Ernst Simon fort, „traf uns nun mit der vollen Schärfe eines fürchterlichen Erwachens: wir waren zum zweiten Male entwurzelt . . . Unsere ganze Lebenskraft . . . drohte zu zerbrechen, . . . wenn sich nun nicht der zweite große Lebenskreis geöffnet hätte, dem wir entstammten und zu dem wir zurückkehrten: wenn nicht das Judentum liebend seine Arme ausgebreitet hätte . . . Wir waren nun dazu reif, das Judentum als etwas Positives zu erleben . . . Mit geöffneter Seele genossen wir das Glück des Zusammenlebens mit jüdischen Kameraden . . . Hier war die Gemeinschaft, die wir unser ganzes Leben gesucht hatten . . . Wir waren nun Zionisten, zunächst ohne es zu wollen und zu wissen.“ Andere hätten das jüdische Erlebnis durch die Begegnung mit dem Ostjudentum oder durch die Kriegsgegnerschaft gefunden. Noch andere seien nun gerade Weltbürger geworden und Sozialisten. Aber Ernst Simon zählt auch diese der neu erweckten jüdischen Substanz hinzu: „Diese jüdischen Weltbürger sind so echte Juden, daß man im Grunde keine Sorge um sie zu haben brauchte; denn setzen sie nicht die Reihe der Männer fort, die seit Moses über Jesaias, Jesus Christus, Spinoza, Marx, Lassalle bis zu Eisner und Trotzki ihre prophetische Aufgabe darin sahen, ihren Mitmenschen soziale Gerechtigkeit zu predigen und vorzuleben?“

Die Fülle der Kronzeugen für den Gesinnungswandel dieser Jahre scheint unerschöpflich. Franz Rosenzweig und seine Neu-Entdeckung, Deutung und Neu-Fundierung des Judentums ist so sehr Bestandteil der jüdischen Geistesgeschichte geworden, daß sie hier nur erwähnt zu werden braucht. Von ihrer Breitenwirkung wird später die Rede sein. Am 25. Dezember 1917 erschien – um nur diese wesentliche Stufe seiner Entwicklung zu vermerken – sein Anruf

an Hermann Cohen „Zeit ist's“⁶⁸, in dem er das Judentum als „das Ziel aller Zukunft“ bezeichnet und den Grundstein für die jüdischen Lehrhäuser legt, die sich auf ihn berufen.

Festgehalten aber sei, daß auch Albert Einstein seine „Bekehrung“ jenen Jahren des turbulenten Antisemitismus zuschreibt. In *Erlebte Judenfrage*⁶⁹ gibt Kurt Blumenfeld einen ausführlichen Bericht von seinen Versuchen, Einstein für die zionistische Bewegung zu gewinnen. Sie machten seit einer Unterredung im Jahre 1920 stetige Fortschritte. Trotz seiner Abneigung gegen jede Art des Nationalismus fand sich Einstein mehr und mehr geneigt, den Zionismus zu unterstützen und unternahm schließlich eine Amerikareise, um auf Wunsch Chaim Weizmanns dort für die Hebräische Universität zu werben. Obwohl das tätige Eintreten Einsteins für den Zionismus und Palästina sicherlich nicht zuletzt den persönlichen Bemühungen Kurt Blumenfelds zuzuschreiben ist, so darf man annehmen, daß diese nicht die gleiche Resonanz gefunden hätten, wenn nicht die Zeitereignisse ihre vorbereitende Wirkung getan hätten. In einem Interview unter der Überschrift „Wie ich Zionist wurde“⁷⁰ erklärt Einstein seine neue Überzeugung als eine eindeutige Reaktion auf diese. Von seinem eigenen Erlebnis schließt er auf das allgemeine, indem er erklärt: „Ich glaube, daß das deutsche Judentum dem Antisemitismus seinen Fortbestand verdankt! . . . Ich habe das an mir selbst beobachtet.“ Solange er, bis vor sieben Jahren, in der Schweiz gelebt habe, sei er sich seines Judentums nicht bewußt gewesen. In Berlin jedoch, unter dem Eindruck der Judenfeindschaft, die vor allem die Ostjuden zum Sündenbock erkoren habe, habe sich das geändert. Er sei Zionist geworden, ohne deshalb seine kosmopolitischen Anschauungen aufzugeben.

„Als „Kosmopolit“ und doch von dem neuen „nationalen Enthusiasmus“ ergriffen bezeichnet sich auch der dänisch-jüdische Schriftsteller Georg Brandes. Er sei, schreibt er in einem Aufsatz „Meine Stellung zum nationalen Judentum“⁷¹, ursprünglich in jeder Beziehung ein Randjude gewesen. Er habe im Judentum nur eine Religion gesehen und sich ihr nicht zugehörig gefühlt. Dann aber wurde auch er von der charakteristischen Entwicklung erfaßt: „In den letzten Jahren hat sich meine Auffassung in der jüdischen Frage sehr geändert . . . In Osteuropa gibt es jüdische Volksmassen, in denen große schöpferische Kräfte schlummern, und sie haben ein Recht, den Versuch zu machen, sich als eine Nation auf eigenem Boden zu konstituieren. Ich verstand und wußte das vor zweiundzwanzig Jahren nicht.“ Seither aber sei der Judenhaß mächtig angeschwollen, und ein gewaltiger nationaler Enthusiasmus habe die Juden ergriffen, der auch ihn, den Kosmopoliten, mit großer Sympathie erfülle. Der Zionismus scheine die Zukunft für sich zu haben. Natürlich würde der Aufbau von Palästina die Antisemiten um ein Schlagwort bereichern.

⁶⁸ Neue Jüdische Monatshefte, II (25. Dezember 1917), 133.

⁶⁹ 126 ff.

⁷⁰ Jüdische Rundschau, XXVI (21. Juni 1921), 351.

⁷¹ Der Jude, II (Dezember 1917), 592 ff.

Das jüdische Ansehen aber werde durch ihn bedeutend gestärkt werden, und um ein Schlagwort sei der Judenhaß auch vorher niemals verlegen gewesen.

Qual, Zweifel und letzte Ungelöstheit aber rangen in keinem andern Bekenntnis erschütternder um Ausdruck als in der Schrift von Jakob Wassermann *Mein Weg als Deutscher und Jude*⁷². Hier ertönte der Aufschrei eines deutsch-jüdischen Schriftstellers, der die Tragik seiner Zwienatur über Hindernisse und Enttäuschungen hinweg nicht zur Harmonie zu bringen vermochte: „Heikel war das Thema stets“, hebt er an⁷³; „heute ist es ein Brandherd“. „Leider steht es so“, sieht er sich festzustellen gezwungen, „daß der Jude heute vogelfrei ist. Wenn auch nicht im juristischen Sinn, so doch im Gefühl des Volkes.“⁷⁴ Einer ins Geheimnisvolle weisenden inneren Verwandtschaft zwischen deutschem und jüdischem Geist tief bewußt und eines Leidens, das immer dort am schwersten ist, „wo man am tiefsten liebt, wenn auch am vergeblichsten“⁷⁵, wird ihm „die Bitterkeit in der Brust zum tödlichen Krampf.“⁷⁶ „Es ist vergeblich“, variiert er in zehnfacher Abwandlung die Gründe seiner Verzweiflung: „Es ist vergeblich, das Volk der Dichter und Denker im Namen seiner Dichter und Denker zu beschwören. Jedes Vorurteil, das man abgetan glaubt, bringt, wie Aas die Würmer, tausend neue zutage.“ „Es ist vergeblich“, Worte der Vernunft zu sprechen, beispielschaffend zu wirken, die Verborgenheit zu suchen oder unter ihnen zu wirken; ihnen die Treue zu halten oder ihnen zu helfen, Sklavenketten zu brechen. „Es ist vergeblich, das Gift zu entgiften. Sie brauen frisches. Es ist vergeblich, für sie zu leben und für sie zu sterben. Sie sagen: er ist ein Jude.“⁷⁷

Jakob Wassermann lehnte es ab, „im Jahrhundert des Nationalitätenwahnsinns die zwei Dutzend kleinen, in Hader verstrickten, aufeinander eifersüchtigen, einander zerfleischenden Nationen“ durch die Schaffung einer jüdischen zu zwei Dutzend und einer werden zu lassen⁷⁸. Er zeigte auch keinen andern Ausweg, es sei denn den exklusiven der eigenen schöpferischen Leistung. Als ein „mene tekell“ jenseits von Trost und Hoffnung verdüsterte seine lichtlose Resignation lange die Blickrichtung seiner Zeitgenossen.

II

Die Aufzählung individueller Zeugnisse von dem sich wandelnden Verhältnis zum Judentum in der Zeit, der diese Untersuchung gilt, konnte selbstverständlich nur einige Beispiele herausgreifen. Obwohl sie – vor allem diejenigen, die zu einer jüdischen Positivierung vordrangen – als typisch angesehen werden dürfen, müssen ihnen, sozusagen stellvertretend für die wahrscheinlich zahlreicheren ungeschriebenen, auch Äußerungen eines gegenteiligen

⁷² Berlin 1921.

⁷⁴ AaO, 117.

⁷⁶ AaO, 122.

⁷³ Wassermann, op. cit., 7.

⁷⁵ AaO, 124.

⁷⁷ AaO, 122–3.

⁷⁸ AaO, 107.

Erlebens an die Seite gestellt werden. Wie eingangs ausgeführt wurde, finden sie sich verständlicherweise im Zusammenhang jüdischer Betrachtungen sehr viel seltener, weil ja schon dieser Zusammenhang selbst eher eine positive als eine indifferente oder negative Wendung vermuten läßt.

Wir sind bei aller Einsicht in die Begrenzung ihrer Beweiskraft auch hier gezwungen, uns an gedruckte Dokumente zu halten. Eines, das von dem erweckten jüdischen Bewußtsein nicht zu einer jüdisch gerichteten Lösung fortschreitet, ist das Bekenntnis des jüdischen Dramatikers und Revolutionärs Ernst Toller, das er während der Festungshaft nach seiner Teilnahme an der bayerischen Räterepublik niederlegte⁷⁹. Er gesteht unter heftigen Gewissensbissen, daß er sein Judesein als Kind nur als etwas Schmerzhaftes empfunden habe. Das sei so weit gegangen, daß er froh gewesen sei, nicht als Jude erkannt zu werden. Am Tage des Kriegsbeginns war er von dem leidenschaftlichen Wunsch erfüllt, durch den Einsatz seines Lebens zu beweisen, daß er Deutscher, nichts als Deutscher sei. Aus dem Felde habe er dem Gericht geschrieben, daß er aus den Listen der jüdischen Gemeinschaft gestrichen zu werden wünsche. Doch auch ihm blieb die furchtbare Einsicht in die Sinnlosigkeit solcher Opfer nicht erspart. „War alles umsonst?“ fragte er. Aber er liebe doch dieses Land; in der reichen Landschaft des Mittelmeers habe er sich nach den kargen, sandigen Kiefernwäldern und den stillen, versteckten Seen des deutschen Nordens gesehnt. Die deutschen Dichter hätten ihn zu dankbarer Ergriffenheit gerührt, und die deutsche Sprache sei ein Teil seines Wesens, die Heimat, die ihn nähre, in der er wuchs. „Aber“, so fährt Ernst Toller fort, „bin ich nicht auch Jude? Gehöre ich nicht zu jenem Volk, das seit Jahrtausenden verfolgt, gejagt, gemartert, gemordet wird, dessen Propheten den Ruf nach Gerechtigkeit in die Welt schrien, den die Elenden und Bedrückten aufnahmen und weitertrugen für alle Zeiten . . .?“ So wahr das alles sei, so ändere es nichts an der Gewißheit, daß seine jüdische Zugehörigkeit nichts mit Deutschland zu tun habe. Sie mache ihn nicht zum Fremden. „Fragte mich einer, sage mir, wo sind deine deutsche Wurzeln und wo deine jüdischen, ich bliebe stumm.“ Niemals würde ihn das Erlebnis des deutschen „verblendeten Nationalismus und lächerlichen Rassenhochmuts“ dazu treiben, „statt des deutschen Dünkels den jüdischen anzunehmen“. Schon die Hoffnung des Sozialismus, daß er „den Haß der Nationen ebenso wie den der Klassen überwinden“ werde, habe ihn gegen diese Versuchung gefeit. Würde ihn einer fragen, wohin er gehöre, so würde seine Antwort lauten: „Eine jüdische Mutter hat mich geboren, Deutschland hat mich genährt, Europa mich gebildet, meine Heimat ist die Erde, die Welt mein Vaterland.“

Charakteristischer – in dem oben angedeuteten Sinne – als dieses von dem tiefen Erleben eines Dichters zeugende Bekenntnis ist vielleicht die schlichte „Fehlanzeige“ eines andern Sozialisten, des Reichstagsabgeordneten Hugo

⁷⁹ Eine Jugend in Deutschland. Taschenbuch-Ausgabe, Hamburg 1963, 161 f.

Heimann, der in der Emigration seine Erinnerungen niederschrieb⁸⁰. Zwar ist er sich seines Judeseins durchaus bewußt und war es wahrscheinlich schon, bevor es ihn zur Auswanderung gezwungen hatte. Aber in seinen autobiographischen Aufzeichnungen fehlt jeder Hinweis darauf, daß der dadurch erfolgte Bruch seines Lebens als deutscher Politiker ihn zu irgendwelchen Reflektionen über das Judentum veranlaßt hätte.

Ähnlich unbewegt zeigt sich auch der hervorragende Biochemiker und Nobelpreisträger Professor Richard Willstätter bei allem Stolz auf die jüdische Leistung, von dem er in seiner Einleitung zu der Anthologie *Juden im deutschen Kulturbereich*⁸¹ Zeugnis ablegt. In seiner Autobiographie findet sich weder bei der Erwähnung der Ermordung Gustav Landauers⁸², noch bei der Walther Rathenaus⁸³ eine Andeutung der Rolle, die das Judentum beider bei ihrem Tod gespielt hatte. Den Tod Rathenaus nennt er lediglich eine Quittung für Rapallo und ist nicht ohne Verständnis für die Erbitterung der Freikorpsler⁸⁴.

Daß es neben Indifferenz um die gleiche Zeit sogar eine ausgesprochene Abwendung vom Judentum gegeben hat, wird aus einem Leitartikel der kulturhistorischen Zeitschrift *Ost und West*⁸⁵ deutlich, der die Überschrift trägt: „Die Flucht in das Nichts.“ Er beklagt das Anwachsen der Austrittsbewegung nach dem Kriege, die zwar nicht mehr ins Christentum führe wie die Übertrittsbewegung zur Zeit des Kaiserreichs und deren Motiv nicht mehr in der Erleichterung des sozialen Aufstiegs zu suchen sei. Heute handele es sich vorwiegend um das Einsparen der Gemeindesteuer, und das Endergebnis sei die Konfessionslosigkeit.

Neben Gleichgültigkeit, Steuerflucht und ähnlichen menschlichen Schwächen, die der jüdischen Selbstbesinnung entgegenwirkten, gab es aber auch eine ernster zu nehmende Erwägung, die sich als eine außerhalb des jüdischen Bereichs liegende Kompensation für die Mißstimmung der Zeit anbot. Der Kampf um die staatsbürgerliche Anerkennung hatte das jüdische Bewußtsein der deutschen Juden seit Jahrzehnten so entscheidend geprägt, daß es nahezu mit ihm identisch wurde. Jetzt aber, da dem Streben endlich Erfolg beschieden schien, war die Freude daran verdüstert. Obwohl die Vielen ihn zunächst nicht sahen oder nicht sehen wollten, tat sich hinter dem erreichten Gipfel ein Abgrund auf.

Zwar ist nicht zu verkennen, daß zur Kriegszeit die politische „Neu-Orientierung“, wie das volkstümliche Schlagwort für die Demokratisierung hieß,

⁸⁰ Vom tätigen Leben, Fünfzig Jahre im Dienste des sozialen Fortschritts, Berlin 1949.

⁸¹ *Sigmund Kaznelson* (Hrsg.), *Juden im deutschen Kulturbereich*. Ein Sammelwerk, 2. Ausgabe, Berlin 1959.

⁸² *Richard Willstätter*, *Aus meinem Leben. Von Arbeit, Muße und Freunden*, Weinheim 1949, 302.

⁸³ AaO, 307.

⁸⁴ AaO, 338.

⁸⁵ XX (Januar/Februar 1920).

Hoffnungen auslöste. In einer Rede zum 25. Stiftungsfest des Centralvereins sagte der Vorsitzende Eugen Fuchs am 2. März 1918⁸⁶: „Die Regierung ist vorurteilsloser geworden. Das hat sie durch Ernennung von Juden zu Richtern an höheren Stellen, zu Offizieren kundgetan . . . Sie wird einsehen, daß die wohlverstandenen Interessen des Vaterlandes und des Judentums nicht auseinandergehen.“ Vorher schon und nachher wieder kehrt in den Äußerungen des Centralvereins, der ja für den Kampf um die Vollemanzipation sozusagen federführend war, das Vertrauen auf die zunehmende Rechtllichkeit der Regierung leitmotivisch wieder, wenn auch oft genug getrübt durch die Erkenntnis der wachsenden antisemitischen Flut. Im Oktober 1918 begrüßt seine Monatsschrift *Im deutschen Reich*⁸⁷ nach dem Sturz des Reichskanzlers Hertling das „erste parlamentarische Kabinett“, das am 30. September unter Prinz Max von Baden gebildet wurde. Und im Februar 1919 drückt die gleiche Zeitschrift ihre Genugtuung über den politischen Fortschritt folgendermaßen aus⁸⁸: „Das Preußische Dreiklassenhaus war der Fels der Reaktion. Der Fels ist zertrümmert, die Klassenscheidewände niedergebrochen.“ Auch in der überparteilichen Zeitschrift *Neue Jüdische Monatshefte*⁸⁹ fühlt sich M. R. (Moritz Rosenthal) zunächst durchaus zu optimistischen Sichten berechtigt: die Revolution habe die „wirkliche Gleichberechtigung“ gebracht, die von jetzt ab nicht mehr in Frage gestellt werden würde. Dieser große Schritt vorwärts werde auch internationale Folgen haben. Zwischen dem neuen Deutschland und dem Judentum werde sich ein Verhältnis der Sympathie und Freundschaft sehr bald entwickeln. Die „an sich ja zweifellos vorhandene starke Verbundenheit weiter Kreise des Judentums mit der deutschen Kultur wird jetzt erst sich frei äußern und auswirken können“.

Ungleich häufiger jedoch als solche uneingeschränkte Bekundungen starker Hoffnung sind die Betrachtungen, die dem „Ja“ zu der politischen Neugestaltung das schwere „Aber“ des drohend anschwellenden Antisemitismus folgen lassen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Einleitung, die J. Landau dem sonst nur selten zu aktuellen Fragen Stellung nehmenden *Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur*⁹⁰ in einem „Rückblick auf das Jahr 5678“ vorausschickt: „Von allen höchsten amtlichen Stellen ist uns die volle Achtung unserer Gleichberechtigung feierlich verheißen worden, und von der jungen Volksregierung . . . dürfen wir vollends Gerechtigkeit erwarten. Dabei sehen, nein, spüren wir aber doch allerorten den Antisemitismus rastlos am unterirdisch-heimlichen Werke, den Rechtsboden, auf dem die Juden stehen, zu unterwüh-

⁸⁶ Um Deutschtum und Judentum. Gesammelte Reden und Aufsätze. Herausgegeben im Auftrage des Centralvereins von Leo Hirschfeld, Frankfurt a. M. 1919, 343.

⁸⁷ *Im deutschen Reich*, XXIV (Oktober 1918), 381.

⁸⁸ *AaO*, XXV (Februar 1919), 75.

⁸⁹ *Neue Jüdische Monatshefte*, III (10./25. November, 10. Dezember 1918), 49 ff.

⁹⁰ *Bd. 22* (1919), 1 ff.

len, ja die Sicherheit von Leben und Eigentum zu gefährden.“ Und ein Aufsatz in der *Jüdischen Rundschau* vom 7. November 1919⁹¹, in dem F. L. (Fritz Löwenstein) gleichfalls die Bilanz des ersten Jahres nach der Revolution zieht, drückt die Spannung zwischen dem neu etablierten Recht und der allenthalben anstürmenden Hetze ähnlich aus: „Ein behördlich protegierter Antisemitismus wie im Wilhelminischen Zeitalter tritt freilich kaum mehr zutage. Die gesetzlich längst statuierte Gleichberechtigung scheint Wirklichkeit werden zu wollen ... Es scheint ..., als ob eine direkte Zurücksetzung deutscher Staatsbürger um ihres Judentums willen nicht mehr vorkommt. Wenn das als ein Plus zu werten ist, so steht ihm ein ungeheures Minus gegenüber im Anwachsen der antisemitischen Bewegung, die einen unerhörten Umfang angenommen hat. Noch niemals ... war die Lage des deutschen Judentums so kritisch.“

Die Tragödie des deutschen Judentums kündigt sich an. Gleichzeitig mit seinem Aufstieg zu voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung, der Krönung des Strebens von mehr als hundert Jahren, ist seine Lage kritischer denn je. So wahr für die Menschen, die im allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Bereich tätig und von der engeren jüdischen Problematik weniger berührt waren – auch für die Juden –, neue Chancen und eine neue Zuversicht im Vordergrund standen, so wahr ist die Stimmung der dieser Problematik bewußten Menschen für die psychologische Gesamtsituation entscheidend in Anrechnung zu bringen. Wo von dem Wandel des jüdischen Bewußtseins der Zeit gesprochen wird, stehen sie als seine Träger im Vordergrund der Betrachtung.

III

Die große Enttäuschung über die Kriegs- und Nachkriegsentwicklung des deutsch-jüdischen Verhältnisses war nicht die einzige Ursache, die den Betroffenen neue tastende Versuche, sich mit ihr abzufinden, nahelegten. Nicht nur die innerdeutschen Geschehnisse, auch der äußere Kriegsverlauf selbst lieferte Anstöße umwälzender Bedeutung. Einer der wichtigsten war die Begegnung mit dem Ostjudentum.

Im Februar 1916 geben die *Süddeutschen Monatshefte*⁹² ein Sonderheft *Ostjuden* heraus. Es soll der „ruhigen Aussprache“ über dieses offenbar schon zu einer allgemeinen Beunruhigung gewordene Thema dienen. „Wer aber unbefangen an das Studium der Ostjuden herantritt“, heißt es in der Einleitung, „dem tut sich eine Welt auf – so eigenartig und seltsam wie keine in Europa und wenige in anderen Erdteilen. Wir hatten keine Ahnung, daß es dicht vor unserer Tür so etwas gibt.“ Die Ahnungslosigkeit war keineswegs auf Nichtjuden beschränkt. Ebenso rückhaltlos spricht der Zionist Gerhard

⁹¹ XXIV (7. November 1919), 609.

⁹² München-Leipzig, Februar 1916.

Holdheim⁹³ von der „Entdeckung des Ostjudentums“ als dem großen jüdischen Erlebnis der Kriegszeit. Es habe notwendigerweise den Wunsch nach einer Revision der jüdischen Gemeinschaftsformen zur Folge haben müssen. „Wir wußten es nun durch eigene Wahrnehmung oder durch Schilderung von Gesinnungsfreunden, daß dort im Osten ein starkes, ungebrochenes Judentum lebt, im eigenen Volkstum wurzelnd und voll leidenschaftlicher Zukunftshoffnung, und es wurde uns zur erschreckenden Gewißheit, wie völlig abstrakt und inhaltslos unser Nationalismus ist und wie sehr sich unsere, der Assimilation entstammenden Anschauungen und Lebensformen der Herstellung innerlicher Beziehungen zu den östlichen Brüdern als hinderlich erwiesen.“ Trotz allem schon vorhandenen Willen zur jüdischen Intensivierung habe „erst die unmittelbare Berührung mit dem Osten, die lebendige Anschauung ... den entscheidenden Anstoß gegeben ... das wirkliche Verlangen nach gelebtem Judentum“ hervorzurufen.

Wenn auch nicht jeder Feldpostbrief zionistischer Studenten so weitgehende Folgen zieht, so sind doch die meisten in der gleichen Zeitschrift veröffentlichten, selbst dort, wo sie die Kritik nicht ganz unterdrücken, in ähnlich begeistertem Ton gehalten. „Daß mir noch jetzt, wo der Krieg, wenigstens im Osten, doch allmählich zu Ende geht“, schreibt Emanuel Roer am 12. Juni 1918⁹⁴, „mein alter Wunsch in Erfüllung gegangen ist, ... den Osten und das östliche Judentum kennen zu lernen, kann ich nur als eine glückliche Fügung bezeichnen. Was ich in diesen vier Monaten gesehen und erlebt habe an jüdischem Leben und Organisationen ... auf der Straße und auf dem Markt und vor allem in den Familien, kann ich Dir nicht annähernd ... schildern.“ Genauso tief beeindruckt berichtet Fritz Loebenstein⁹⁵ von Minsk: „Drei Wochen hatte ich das Glück, dort zu leben unter vielen Tausenden von Juden ... Solche Stärke geben all diese Menschen ... von sich, daß wir, die wir fremd dorthin kommen, selbst unter ihnen erstarken.“

Kein Wunder, daß Max Brod später⁹⁶ diejenigen, die angesichts der Konfrontierung mit dem Ostjudentum noch an der Existenz einer jüdischen Nation zweifelten, als „Spaßvögel“ bezeichnete, über die „man zur Tagesordnung übergehen“ könne. „Daß die Juden, zumindest im Osten, alle Merkmale eines Volkes ... aufweisen, ist im Kriege jenen, die von der Fachliteratur nicht Notiz nehmen wollten, durch Feldpostbriefe bekannt geworden.“

Selbst der überzeugte Zionist Walter Preuß bekennt⁹⁷, daß die Berührung mit dem Ostjudentum auch ihn „erst eigentlich erweckt und zur wahren Bewußtheit“ des „jüdischen Volkstums, seiner geistigen Eigenart und sozialen

⁹³ Das K. J. V. Seine Tendenz, seine Erziehungsmethoden und seine Gemeinschaftsformen, in: *Der jüdische Wille*, I (April 1918/April 1919), 222 ff.

⁹⁴ AaO, I (April 1918/April 1919), 210 f.

⁹⁵ AaO, I (3. Mai 1918), 211 f.

⁹⁶ *Im Kampf um das Judentum*, Wien-Berlin 1920, 37.

⁹⁷ *Preuß*, op. cit., 90.

Sonderheit emporgehoben“ habe. Aber für die Breitenwirkung des Erlebnisses vielleicht bemerkenswerter ist die – wenn auch nicht gerade tiefgehende – Äußerung eines Mitglieds der paritätischen Studentenverbindung „Salia“⁹⁸, also einer Gemeinschaft, in der das Jüdische nicht nur nicht gepflegt, sondern eher verdrängt wurde. Es heißt da: „... so habe ich die Bewohner [des Ostens] etwas näher kennen gelernt und muß sagen, daß sie auf einer recht niedrigen Kulturstufe stehen. Der einzige Lichtblick sind die Juden, die sämtlich deutsch sprechen und in deren Wohnungen es relativ sauber ist...“ Höchst eindringlich zeugt auch von dem Eindruck, den die ostjüdische Begegnung in für eine solche positive Wertung nicht vorbereiteten Kreisen auslöste, die begeisterte Besprechung des Werkes *Das ostjüdische Antlitz* von Arnold Zweig und Hermann Struck, das im Jahre 1920 erschienen war, in den *K. C.-Blättern*, dem Organ der deutsch-jüdischen, sog. „assimilatorischen“ Studenten⁹⁹: „Allen Verächtern der Ostjuden, in jüdischen wie außerjüdischen Kreisen, sei das Buch dringend empfohlen. Es wird sie lehren, daß hinter dem mißgestalteten, vom Unglück gejagten Prügelknaben der Weltgeschichte ein wahrer Mensch steckt, ein Mensch mit einer großen freien Seele.“¹⁰⁰

Daß, wie nicht anders zu erwarten, auch die soziale Rückständigkeit der Ostjuden und die kulturellen Unterschiede empfunden wurden, kommt mehr in der Zurückweisung derartiger Vorwürfe als in ihrer ausdrücklichen Erhebung zum Ausdruck. So spricht Nahum Goldmann¹⁰¹ von Feldpostbriefen jüdischer Soldaten aus Polen, auch von Zionisten, die von den Ostjuden „in Worten des Abscheus und der Verachtung berichten“. Deutsche Juden hätten sich für jede Kopeke verantwortlich gefühlt, um die der jüdische Händler die Ware verteuerte, schilt Julius Berger¹⁰². Der deutsche Soldat dagegen sei nur froh gewesen, etwas kaufen zu können, und sei achselzuckend darüber zur Tagesordnung übergegangen. Aber im deutschen Juden werde es „zur fressenden Wunde, zur bohrenden Angst, man könne ihn identifizieren“. Berger selbst identifiziert sich, allerdings in einem Sinne, der als Beispiel für den Pendelausschlag zu extremster Glorifizierung des Ost- auf Kosten des Westjudentums angeführt werden mag¹⁰³. Er warnt davor, westeuropäische Maßstäbe nach dem Osten zu verpflanzen, „um diesen ganzen Skandal der westeuropäischen sog. Kultur dort einzuführen. Immer wieder“, fährt er fort,

⁹⁸ „Salia“-Kriegsbericht, Nr. 39 (1. November 1917), 13 f.

⁹⁹ XI (März/April 1921), 56.

¹⁰⁰ Es verdient Beobachtung, daß im Gegensatz hierzu das Buch in einer Besprechung von *Paul Zucker* in: *Der Jude* (VII [Juli/August 1923], 464 f.) als „unerlaubte Selbstverherrlichung“ entschieden abgelehnt wird. „Geben wir hierin nur etwas nach“, heißt es dort, „so wird auch unsere nationale Kunst bald zum Zerrbild eines gutgemeinten völkischen Dilettantismus“.

¹⁰¹ *Psychologie der Ostjuden*, in: *Süddeutsche Monatshefte*, Sonderheft „Ostjuden“ (Februar 1916), 821 ff.

¹⁰² *Der Jude*, I (Juni 1916), 145.

¹⁰³ *AaO*, II (August/September 1917), 298.

„wenn wir vor einem Juden des Ostens stehen, arm mag er sein, simpel mag er sein, schmutzig mag er sein, aber mit welcher innerer Überlegenheit steht er diesem ganzen Brodel von höchster Technik und höchster Verworfenheit gegenüber, die wir westeuropäische Kultur nennen.“

Zu einem ähnlichen Verdammungsurteil der westlichen Kultur läßt sich Gustav Landauer durch die Begegnung mit dem Ostjudentum verleiten, in dem er, der Anarcho-Sozialist, so etwas wie den Urzustand vor dem Sündenfall der Zivilisation erblickt. In einem geradezu schwärmerischen Aufsatz, „Ostjuden und deutsches Reich“¹⁰⁴ versteigt er sich zu der Auffassung, daß man dem Schicksal würde dankbar sein müssen, wenn es den Westjuden „die Gnade gewährt“, daß „die Not der Ostjuden in all ihrer Gräßlichkeit“ ihre eigene würde. Nichts Besseres könne ihnen geschehen, als wenn sie „in dieser europäischen Menschheit . . . als ganz Fremde, Verlassene, Verstoßene“ sich wieder zu fühlen lernten.

Ruhiger und weitsichtiger lehnt Nahum Goldmann eine schematische Übertragung westlicher Grundsätze auf den Osten ab. Der Emanzipationsprozeß, der nun dort einsetzen werde, dürfe nicht, wie einst im Westen, zu einer nur individuellen Emanzipation führen; er müsse die „politische und nationale Gleichberechtigung“ verwirklichen, ohne die Preisgabe von Sprache und Kultur¹⁰⁵. Ein anonymen Schreiber „von zionistischer Seite“¹⁰⁶ zieht aus dieser sich angesichts der ostjüdischen Struktur aufdrängenden Erkenntnis den Schluß einer Revision des jüdischen Status auch im Westen. Auch er ist von der Begegnung mit der ostjüdischen Welt, die er „ergreifend und erregend“ nennt, aufs tiefste angerührt. Es sei, „als sähe ein Mann seine Urahnen . . . lebendig auf ihn zukommen“. Aber, so fährt er fort, Deutschtum und Judentum seien keine Widersprüche. Deutschland bestehe aus vielen Stämmen, die stolz ihre Stammeseigenart bekennen. Das gleiche müßten die Juden tun, indem sie die „Gleichberechtigung nationaler Eigenart“ anstrebten.

Nichts wird nach dem Eintritt des Ostjudentums in das westjüdische Blickfeld dasselbe bleiben, was es vorher war. Ob man weiter versucht, die Unterschiede herauszustreichen und so einer weitgehenden, den eigenen Status gefährdenden Identifizierung vorzubeugen, ob man um tieferes Verstehen sich bemüht, ob man das neu entdeckte jüdische Volk, in dem man seine eigene Vergangenheit und Zukunft zugleich erblickt, liebevoll als das seine begrüßt – das jüdische Weltbild hat sich verändert. „Mit progressiver Intensität“ vollziehe sich ein Prozeß, dem Sigbert Feuchtwanger¹⁰⁷ „welthistorische Bedeutung“ zusprechen möchte: der Eintritt der Ostjuden in die Geschichte. „Von hier datiert eine neue Epoche der jüdischen Geschichte, d. h. ein Eindringen

¹⁰⁴ AaO, I (Oktober 1916), 433 ff.

¹⁰⁵ Psychologie der Ostjuden, in: Süddeutsche Monatshefte, Sonderheft „Ostjuden“ (Februar 1916), 821 ff.

¹⁰⁶ Neue Jüdische Monatshefte, III (10./25. Januar 1919), 149 ff.

¹⁰⁷ Die Judenfrage als wissenschaftliches und politisches Problem, Berlin 1916, 46.

gänzlich ‚unverbraucher‘, bisher fast geschichtsloser Juden ... in die westliche Kultur. Millionen armer, aber glückshungriger, unkultivierter, aber äußerst kulturfähiger jüdischer Menschen schieben sich in langsamem, aber unaufhaltsamem Zug nach Westen – eine der größten Völkerwanderungen, die die Geschichte kennt.“¹⁰⁸

Die Neueinwanderung von bisher im Lande nicht vertretenen fremdnationalen Gruppen stellt die sie empfangende Gesellschaft in erster Linie vor soziale Probleme, während die Probleme der Eingliederung und Anpassung auf die einwandernde Minorität beschränkt bleiben. Trifft eine solche Einwanderungswelle jedoch auf einen schon ansässigen Bevölkerungsteil, mit dem sie Merkmale irgendwelcher Art teilt, sollten sich diese selbst im Zuge der getrennt durchlebten Epoche noch so sehr verdünnt haben, so muß die Begegnung dazu führen, daß auch unter den Ansässigen sämtliche schon überwunden geglaubten Probleme wieder aufbrechen. Die Mehrheit der deutschen Juden hatte mit mehr oder minder Nachdruck der These angehangen, daß sie eine konfessionelle Gemeinschaft darstellte wie Protestanten und Katholiken. Aber der nationale Charakter der ostjüdischen Massen, mit denen sie nun konfrontiert waren, war nicht zu übersehen. Sie hatten mit ehrlicher, nur da und dort etwas forcierter Überzeugung geglaubt, daß ihr Zusammenhang mit nichtdeutschen Juden etwa demjenigen gleichkäme, den Protestanten und Katholiken mit fremdnationalen Glaubensbrüdern verbände. Aber angesichts der sich fast täglich zuspitzenden Schwierigkeiten, die im Laufe des Krieges für die Juden des Ostens erwachsen, erwachte in ihnen eine über bloße Anerkennung formeller Glaubensgemeinschaft hinausgehende Anteilnahme, die sich mit solchen Überzeugungen nicht vereinen ließ. Daß man unglücklichen Menschen beizustehen habe, war gewiß eine Forderung, die Juden immer ernst zu nehmen pflegten. Aber nur die starrsinnigsten Doktrinäre hätten leugnen können, daß die Hilfeleistung für die entwurzelten Juden des Ostens, zu der sich nunmehr weite Kreise anschickten, nicht einfach allgemeiner charitativer Verpflichtung entsprang, sondern der stark gefühlten Solidarität mit diesen Menschen, so sehr man sich auch weiterhin über die Natur des Verwandtschaftsgrades den Kopf zerbrechen mochte. Max Naumann, ein nur von einer kleinen Schar begleiteter Einzelgänger, blieb ein solcher Doktrinär. „Dem nationaldeutschen Juden“, schrieb er noch 1920¹⁰⁹, „ist der Ostjude ein Fremder, er ist ihm gefühlsmäßig, geistesmäßig, körperlich fremd ... Deutschland ist zu krank, um den gefährlichen Gästen aus dem Osten Asylrecht gewähren zu können, mögen sie jüdischen oder slawischen Stammes sein ... Das Ostjudenproblem ist für uns kein jüdisches, es ist ein deutsches Problem.“

Alle andern jüdischen Richtungen fanden sich in der Hilfeleistung zusammen. Ob sie dabei noch Bedenken in sich zu besiegen hatten oder ob sie in

¹⁰⁸ Diese Prophezeiung hat sich später erfüllt, freilich nicht in Deutschland, sondern in Amerika.

¹⁰⁹ Von nationaldeutschen Juden, Berlin 1920, 21 f.

der neuen Tätigkeit die willkommene Bestätigung ihrer schon früher gehegten Überzeugung sahen: in der Schaffung des „Komitees für den Osten“, des „Sekretariats für ostjüdische Arbeiter“ sowie des „Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen Deutschlands“ vereinten sich Persönlichkeiten aller jüdischen Richtungen. S. Adler-Rudel, der Historiker der ostjüdischen Einwanderung nach Deutschland¹¹⁰, sieht hierin „die sichtbaren Zeichen, daß das offizielle Judentum in Deutschland an den Problemen der Juden im Osten und jener Ostjuden, die sich in Deutschland befanden, aktives Interesse nahm“. Von dem noch in vollem Gange befindlichen Gärungs- und Klärungsprozeß, den die äußeren Tatsachen für das Bewußtsein der einzelnen Richtungen in Bewegung gesetzt hatten, zeugt die Vielfalt der Ideologien, mit denen die Arbeit gerechtfertigt wurde. „Zu Beginn des Krieges“, schreibt der Vorsitzende des Centralvereins, Eugen Fuchs, im Jahre 1916¹¹¹, „ist das ‚Komitee für den Osten‘ begründet worden in der Absicht, sich . . . den Interessen der Zentralmächte dienlich zu erweisen.“ Auch Professor Franz Oppenheimer, der mit seinem vitalen Elan so manche Widersprüche in sich zur Synthese zu bringen vermochte, findet es nötig, die deutsche Bedeutung der Arbeit für den Osten zu betonen. Er wehrt sich in *Im deutschen Reich*¹¹² gegen die Unterstellung des Antisemiten (Geheimrat) Georg Fritz, daß ein von ihm an anderer Stelle gebrauchtes Wort vom „außenpolitischen Interesse der deutschen Judenheit“ als Eingeständnis „internationaler Gemeinbürgerschaft“ der Juden gedeutet werden dürfte. In diesem Zusammenhang erklärt er, daß das außenpolitische Interesse der deutschen Judenheit an dem Schicksal der Juden im Osten und Südosten „ein aus sehr verschiedenen Fäden zusammengewobenes Band“ sei: „Wir deutschen Juden sind erstens Stammesgenossen der Ostjuden. Als solche haben wir nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, uns ihrer nach Kräften anzunehmen . . . Wir deutschen Juden sind zweitens Glaubensgenossen der Ostjuden. Läuft es den ‚deutschen Staatsbelangen‘ zuwider, daß wir uns unserer Glaubensgenossen annehmen? . . . Wir deutschen Juden sind aber drittens auch . . . unbestrittene Deutsche. Und wir haben auch als Deutsche starke außenpolitische Interessen an dem Schicksal der Ostjuden.“ Als jiddisch sprechenden, d. h. deutsch verstehenden Menschen müsse ihnen auch aus Gründen des Deutschtums beigestanden werden.

So vorbehaltlos Eugen Fuchs im Einleitungsartikel der *Neuen Jüdischen Monatshefte*¹¹³ die Forderung vertritt, „für das richtige Verhältnis von Ost und West das nötige Verständnis“ zu gewinnen und die Pflicht zu erkennen, „den Ostjuden die Möglichkeit ungehemmter wirtschaftlicher, politischer und geistiger Entwicklung schaffen zu helfen“, so intensiv und meist unreflektiert

¹¹⁰ Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 1, Tübingen 1959, 47.

¹¹¹ Süddeutsche Monatshefte, Sonderheft „Ostjuden“ (Februar 1916), 847.

¹¹² XXIV (April 1918), 145 ff.

¹¹³ I (10. Oktober 1916), 1 ff.

solidarisch das Interesse ist, das man in dem Vereinsorgan des C. V. den jüdischen Brüdern jenseits der Grenzen zuwendet, so natürlich kommt dabei doch auch immer wieder der deutsche Gesichtspunkt zum Ausdruck. Man verfißt mit besonderem Nachdruck die Verleihung gesetzlicher Gleichberechtigung nach kaum abgewandeltem deutschen Muster und hofft auf diese Weise, den Juden in ihren derzeitigen Wohnländern zu einer lebenswürdigen Existenz zu verhelfen. Man stellt apologetisch die von antisemitischer Seite überhöhten Zahlenangaben betr. jüdischer Einwanderung richtig¹¹⁴ und gibt wohl auch zu, diese Einwanderung nicht eben gefördert zu haben. „So kommen sie denn zu uns“, schreibt Rabbiner Felix Goldmann in *Im deutschen Reich*¹¹⁵, „zwar nicht annähernd in der Anzahl, von der phantasiebegabte Judenfeinde fabeln . . . – aber immerhin in Mengen, die nicht übersehen werden können. Und ein schwieriges Problem entsteht. Es sind unsere Brüder, Menschen unseres Glaubens, die um ihres Glaubens willen leiden. Wir müssen ihnen helfen, wir wollen ihnen helfen.“ Aber die jüdischen Kräfte seien gering, Deutschland sei arm und mit ihm die deutschen Juden. Es sei unmöglich, Massen von Einwandernden aufzunehmen.

Einer Grenzsperrre auf Grund von Ausnahmebestimmungen gegen Juden widersetzt sich der C.V. entschieden, da sie eine Rechtsverletzung darstellen würde, der man wie auf allen andern so auch auf diesem Gebiet Widerstand leisten müsse¹¹⁶. Allerdings gibt im Namen des C.V. Paul Nathan in einer Replik an Max Naumann zu¹¹⁷, daß der C.V. gegen die zur Zeit verhängte Grenzsperrre gegen den Osten keinen Einspruch bei der Regierung erhoben habe. Die vor der Grenzsperrre Eingewanderten auszuweisen, wie Naumann es gern gesehen hätte, wäre allerdings unanständig und unklug und würde sich überdies an deutschen Auswanderern im Ausland rächen. In einer 1922 veröffentlichten Broschüre *Die Ostjuden in Deutschland und die antisemitische Reaktion* führt Paul Nathan diese Gedankengänge weiter, indem er darauf hinweist, daß eine von bestimmter Seite befürwortete Ausweisung von Ostjuden einen Präzedenzfall darstellen würde, der der Ausweisung von Deutschen aus USA, Australien etc. Tür und Tor öffnen würde. Deutschland sei auf Humanität angewiesen. – Wie schwierig sich in diesen Jahren der steigenden Arbeitslosigkeit das Ostjudenproblem gestaltet haben muß, geht u. a. auch daraus hervor, daß der Sekretär des Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen Deutschlands, der Zionist Werner Senator¹¹⁸, der antisemitischen Propaganda gegenüber hervorhob, „daß als einzige Stelle in Deutschland das Arbeiterfürsorgeamt es war, das eine größere freiwillige Rückwanderung . . . in die Wege leiten konnte“. Ein anderer Zionist, Dr. M. I. Boden-

¹¹⁴ *Im deutschen Reich*, XXVI (Juli/August 1920), 237 ff.

¹¹⁵ *AaO*, XXVI (Dezember 1920), 366 f.

¹¹⁶ *Mitteilungen des Syndikus des C. V.*, II (17. Mai 1920), 91.

¹¹⁷ *Im deutschen Reich*, XXVII (Januar 1921), 31.

¹¹⁸ *AaO*, XXVII (Juli/August 1921), 219.

heimer-Köln, hatte noch während des Krieges öffentlich festgestellt, „daß weder die Ostjuden selbst, noch die Zionisten oder gar die deutschen und die österreichischen Juden irgendein Interesse oder irgendeinen Nutzen an der Förderung einer Masseneinwanderung von Juden aus den besetzten Gebieten haben“¹¹⁹.

Nichts steht in der deutsch-jüdischen Welt noch am gleichen Fleck, an dem es vor dem im Krieg erfolgten direkten Zusammentreffen zwischen West und Ost gestanden hat. Der der Grenzziehung früher sehr bewußte Centralverein kann es jetzt mit seinem deutschen Bewußtsein nicht nur vereinen, sondern wird geradezu von ihm getrieben, in allen Gremien zur Linderung der ost-jüdischen Not mitzuwirken. Den Zionisten, die in grundsätzlicher Beziehung nicht hatten umzulernen brauchen, tun sich angesichts der lebendigen Einblicke in den jüdischen Osten und der in Deutschland einwandernden Teilgruppen neue Welten auf. Eine völlig neue Intensität ist selbst in ihren Reihen zu spüren. Zwei repräsentative jüdische Zeitschriften, die überparteilichen, dem „Komitee für den Osten“ nahestehenden *Neuen Jüdischen Monatshefte* und die nationaljüdische, von Martin Buber herausgegebene *Der Jude*, verdanken dem Jahre 1916 ihre Entstehung. Auf Anregung des Medizinstudenten Siegfried Lehmann wird in demselben Jahr im stark von Ostjuden bewohnten sog. Berliner „Scheunenviertel“ das Jüdische Volksheim eröffnet, zu dessen Einweihung Gustav Landauer eine Rede über „Judentum und Sozialismus“ hält. Es verkörperte eine Art Revolution gegen die übliche Art jüdischer Wohlfahrtspflege. In dem darin ermöglichten Zusammenleben von proletarischen Ost- und bürgerlichen Westjuden empfanden sich die Westjuden mindestens ebenso als die Nehmenden wie als die Gebenden. Hier entstand eine Lebensform, in der die alte Scheidewand verschwand. „Im Volksheim erwuchs aus Festen und Feiern, aus Fahrten und Ferienlagern, aus freiem Spiel und schöpferischer Werkätigkeit, aus der Bereitschaft bürgerlicher jüdischer Jugend, soziale Verpflichtungen zu erfüllen, aus dem Bedürfnis armer ostjüdischer Jugend nach Anlehnung und Förderung, eine echte Gemeinschaft, in der Ost und West, Lehrende und Lernende sich zusammenfanden. Es wurde allen, die sich um das Volksheim sammelten, zu einem unvergeßlichen Erlebnis.“¹²⁰

Das Gesamtergebnis ist eine Vertiefung der jüdischen Substanz der deutschen Juden. Selbst wenn sie sich den Neueinwanderern gegenüber zunächst reserviert verhalten, können und wollen sie doch, wie gezeigt wurde, einen Kontakt nicht völlig vermeiden. Und selbst wenn dieser Kontakt im Anfang auf karitativem Gebiet liegt, führt er schließlich zu einer persönlichen Begegnung mit weitreichenden Folgen. Durch die Konfrontierung mit einer in Deutschland schon überwundenen frühen oder noch nicht existenten Stufe der Assimilation wird eine Erinnerung hervorgerufen, die in einigen Fällen zu

¹¹⁹ Einwanderungsbeschränkung der Ostjuden, *Süddeutsche Monatshefte*, Sonderheft „Ostjuden“ (Februar 1916), 734.

¹²⁰ *Adler-Rudel*, op. cit., 54.

verstärkter Abwehr seitens der eingesessenen Judenheit führen mag; in anderen erregt sie neue Fragestellungen, die Antwort erheischen. In jedem Falle aber tritt das Judentum aufs neue ins Bewußtsein. Es ist kein Zufall, daß die legendäre Figur des Ahasver zugleich die Züge des Wanderns wie des ewigen Lebens trägt.

IV

Unter den äußeren Ereignissen, die das jüdische Bewußtsein in neue Bahnen lenkten, ist weiter der Eintritt Palästinas in die politische Realität der Zeit zu nennen.

Am 2. November 1917 schrieb der damalige britische Außenminister Lord Balfour jenen Brief an Lord Rothschild, der als Balfour-Deklaration in die Geschichte eingegangen ist. Daß unter seinen Hintergründen die Befürchtung, es könnte zu einer ähnlichen Sympathieerklärung für die jüdische Besiedlung Palästinas seitens der deutschen Regierung kommen, eine erhebliche Rolle spielte, ist von Leonard Stein in seinem Standardwerk *The Balfour Declaration*¹²¹ eingehend dargelegt worden. Sie wurde u. a. dadurch genährt, daß die deutsche Presse damals eine pro-zionistische Politik befürwortete, was auf eine zumindest nicht gegenteilige Haltung der Regierung schließen ließ. Andererseits war eine öffentliche Bekundung von Regierungssympathien in Deutschland durch das Bündnis mit der Türkei erschwert. Immerhin folgte der Balfour-Deklaration, wenn auch in schattenhafter Abschwächung, ein Interview des Türkischen Großwesirs Talaat-Pascha mit dem deutschen Zionisten Julius Becker, das am 31. Dezember 1917 in der *Vossischen Zeitung* veröffentlicht wurde. Es führte über vage Andeutungen gewisser Zugeständnisse, die man seitens der Türkei den Juden in Palästina zu machen bereit sei, nicht hinaus. Unmittelbar darauf aber, am 5. Januar 1918, empfing der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von dem Bussche-Haddenhausen, führende Repräsentanten des deutschen Judentums, und zwar Professor Dr. Warburg und Dr. Hantke vom „Zionistischen Aktionskomitee“ sowie Professor Franz Oppenheimer, Dr. Friedemann und Professor Sobernheim vom „Komitee für den Osten“, um die türkische Erklärung zu interpretieren und zu unterstreichen. In dieser Regierungserklärung wird zunächst die „wohlwollende Unterstützung“ der „auf Entwicklung ihrer Kultur und Eigenart gerichteten Wünsche der jüdischen Minderheit in den Ländern, in denen sie ein stark entwickeltes Eigenleben haben“, zugesagt. Sie fährt dann fort: „Hinsichtlich der von der Judenheit, insbesondere von den Zionisten, verfolgten Bestrebungen in Palästina, begrüßen wir daher die Erklärungen, die der Großwesir Talaat-Pascha kürzlich abgegeben hat, insbesondere die Absicht der Kaiserlich Osmanischen Regierung, gemäß ihrer den Juden stets bewie-

¹²¹ London 1961, 533 ff.

senen freundlichen Haltung die aufblühende jüdische Siedelung in Palästina durch Gewährung von freier Einwanderung und Niederlassung in den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Landes, von örtlicher Selbstverwaltung entsprechend den Landesgesetzen und von freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern.“¹²² Noch einige Monate später folgte die Gründung des deutschen, vorwiegend aus Nichtjuden bestehenden Pro-Palästina-Komitees, als dessen Ziel es bezeichnet wurde, „das im Zionismus verkörperte Streben nach unbehinderter und organischer Entfaltung nationaler jüdischer Kultur und Wirtschaft in der alten Heimat des jüdischen Volkes“ zu fördern. Würde es gelingen, „aus dem durch Mangel an Bevölkerung und durch wirtschaftliche Vernachlässigung verarmten Palästina ein blühendes Wirtschaftsgebiet zu machen“, so würde eine solche Entwicklung der mit Deutschland verbündeten Türkei wie der Verbreitung deutscher Kultur und der Wirtschaftsbeziehungen im Vorderen Orient dienen. Das Ziel müsse daher von Deutschland gefördert werden¹²³.

Das internationale Siegel unter die durch die Balfour-Deklaration eingeleitete Entwicklung wurde schließlich auf der Konferenz von San Remo gesetzt, wo am 25. April 1920 der Oberste Rat des Völkerbundes Großbritannien das Mandat über Palästina unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Balfour-Deklaration übertrug.

Innerhalb von sechs Monaten war Palästina aus dem utopischen Traum einer kleinen jüdischen Minderheit zu einem Faktor der Weltpolitik geworden. Nach weiteren zwei Jahren hatte es seine volle völkerrechtliche Anerkennung erfahren. Der Wiedereintritt der Juden in die Geschichte war damit Tatsache geworden.

Die Reaktion der jüdischen Öffentlichkeit in Deutschland entsprach der Bedeutung dieser Entwicklung. Schon in ihrer Aufnahme der doch immerhin noch vom feindlichen Auslande ausgehenden Balfour-Deklaration legt sich die *Jüdische Rundschau*¹²⁴ kaum noch Reserve auf. Höchstens fügt sie ihrer unverhüllten Begeisterung über das „Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung“, als welche sie die Balfour-Deklaration bezeichnet, die Hoffnung hinzu, „daß auch die Mittelmächte und insbesondere die Türkei den gleichen Standpunkt vertreten werden“. In ihrer nächsten Nummer¹²⁵ zieht sie weitere Folgerungen: „Von nun an ist kein Jude und kein Nichtjude mehr berechtigt, zu behaupten, daß der Zionismus politisch nicht ernst genommen werden dürfe.“ Es werde von nun an auch unmöglich sein, einen Gegensatz zwischen Zionismus und staatsbürgerlichem Bewußtsein zu konstruieren. An die deutschen Juden aber ergehe die Mahnung, „in diesem ernstesten Augenblick . . . nicht kleiner zu sein als die Zeit es verlangt“. Als dann in der Tat die Türkei und

¹²² Neue Jüdische Monatshefte, II (10. Januar 1918), 1 ff.

¹²³ Jüdische Rundschau, XXVIII (3. Mai 1918), 133.

¹²⁴ AaO, XXVII (16. November 1917), 369.

¹²⁵ AaO, XXVII (23. November 1917), 377.

Deutschland in die gleiche Richtung einschwenken, kommentiert das Blatt¹²⁶: „Niemals hat der Zionismus eine günstigere politische Situation gehabt als heute.“

Schwieriger als für den Zionismus stellte sich die Situation verständlicherweise dem Centralverein dar, dessen Grundauffassungen durch die offizielle Anerkennung zionistischer Bestrebungen – wie vage auch immer die darauf bezüglichen Hinweise formuliert gewesen sein mögen – eine neue Herausforderung erfuhren.

„Durch einen sehr geschickten Schachzug“, schreibt Justizrat Eugen Fuchs in *Im deutschen Reich*¹²⁷, haben die Engländer sich einerseits „als Protektoren und Befreier des Judentums aufgespielt“ und andererseits „versucht, die Türkei zu spalten und zu schwächen“. Daraufhin sei es darauf angekommen, „diesen Schachzug so zu parieren, daß er, ohne die Türkei zu schädigen, die neutralen und nicht gerade englischen zionistischen Juden aus den Armen der Engländer trieb. Die zionistischen Blätter Deutschlands“, fährt Eugen Fuchs fort, „haben fast durchweg diesen englischen Liebeswerbungen gegenüber eine vom vaterländischen Standpunkt aus nicht zu beanstandende Politik verfolgt“. Auf dem deutsch-nationalen Flügel des deutschen Judentums habe man Protestkundgebungen verlangt; diese habe jedoch der Centralverein abgelehnt, da sie auch vom vaterländischen Standpunkt aus ein Fehler gewesen wären. Denn auch die Reichsregierung sei den Zionisten entgegengekommen, ohne die Türkei zu schwächen; sie habe dabei auch ihre eigenen Interessen verfolgt, die den Mittelmächten in ihrer Balkanpolitik förderlich sein würden. „Das Deutsche Reich durfte den Engländern das Prestige alleiniger Judenfreundlichkeit nicht lassen.“ Fuchs begrüßt sodann die Erklärungen Talaat-Paschas und des Freiherrn von dem Bussche-Haddenhausen. Hierdurch sei „eine glückliche Synthese zwischen deutschen, jüdischen und vaterländischen Interessen herbeigeführt“ worden. „Den Engländern ist damit der Judenfang gelegt, der Judenwind aus den Segeln genommen.“

Im deutschen Reich schlägt auch in dem Bericht über die Gründung des Pro-Palästina-Komitees¹²⁸ weiter die vaterländische Note an. Es wird betont, daß in der Gründungsversammlung sämtliche Redner sich von der Idee des Zionismus distanzieren und vor allem die menschliche Bedeutung der Palästinasiedlung hervorgehoben hätten, die darin liege, daß „das traurige Los osteuropäischer Juden . . . zu bessern“ sei. Mit Zustimmung wird ein Aufsatz des Abgeordneten Gothein, eines Vorstandsmitglieds des Pro-Palästina-Komitees, abgedruckt, in dem sich der Schreiber gleichfalls vom Zionismus distanzieren, die englische Palästinapolitik als eine Tarnung des britischen Imperialismus bezeichnet und nachdrücklich für die Ostjuden eintritt. Gotheins Folgerung, daß es von nun an „nicht mehr eine einseitige Aufgabe der deutschen Juden,

¹²⁶ AaO, XXVIII (11. Januar 1918), 9.

¹²⁷ *Im deutschen Reich*, XXIV (Februar 1918), 53 ff.

¹²⁸ AaO, XXIV (Juli/August 1918), 295 ff.

sondern ... eine deutsche Aufgabe“ sei, „die jüdischen Bestrebungen, das Land ihrer Väter zu einer jüdischen Kolonie zu machen, tatkräftig zu unterstützen“, findet die volle Billigung des Centralvereins.

Auch nach der Übergabe des Mandats in San Remo erklärt der Centralverein, daß sich an „der Stellung der überwiegenden Mehrheit der deutschen Juden im und zum Vaterlande nichts geändert“ habe¹²⁹; „sie fühlen sich staatsbürgerlich, kulturell und national wie bisher als Glieder des deutschen Volkes“, was sie nicht hindere, „aus Juden- und Menschenpflicht an allen Bestrebungen mitzuarbeiten, die darauf abzielen, normale, menschenwürdige Daseinsbedingungen allerorten und insbesondere in Palästina für alle diejenigen Glaubensgenossen zu schaffen, die in ihren gegenwärtigen Verhältnissen nicht leben können“. Diese reservierte Zustimmung zu der neuen Palästina-Charter geht mit einer ausgesprochen anti-britischen Stellungnahme einher sowie mit einer zwar sehr ausführlichen, aber äußerst kritischen Berichterstattung über die Verhältnisse in Palästina selbst. „Die Verquickung der Judenfrage in den Golusländern wie in Palästina mit der hohen Weltpolitik“ wird z. B.¹³⁰ als „eine der schlimmsten Irreführungen, der die Judenheit je zum Opfer gefallen ist“, bezeichnet. Es ist nicht ganz klar, welche Befürchtungen diesem Ausbruch, der in solcher Stärke selbst in diesen Kreisen selten ist, zugrunde liegen. Jedenfalls ist kaum anzunehmen, daß er sich mit Martin Bubers Bedenken begegnete, daß „das Zionszeichen auf eine Karte gemalt und diese Karte ins Spiel geworfen worden“ sei, „aber nicht von der Hand des Zionismus“, der damit nur zum Objekt, nicht zum Subjekt geworden sei¹³¹. Immerhin kehrt Bubers Vorbehalt gegenüber der Entwicklung, die er grundsätzlich mit „stolzer Freude“ begrüßt¹³², noch einmal in der Form wieder, daß er die „Verstrickung“ Palästinas in die Machtpolitik mit Sorge sieht. Sie beschwöre die Gefahr herauf, daß es „eine zionisierende Galuth-Dependance“ werde, weil „an die Stelle der Anpassung von Individuen die Anpassung des Volkes treten werde“.

Doch das sind Einzelstimmen, die dann überhört werden dürfen, wenn es um die Tonführung des Massenchors der öffentlichen Meinung geht. An dieser Stelle sollen weder sie, noch auch die chronologisch-ideologische Entwicklung der verschiedenen jüdischen Richtungen abgehandelt werden, die später im Zusammenhang betrachtet werden wird. Hier ging es zunächst lediglich darum, die unmittelbare Reaktion auf Ereignisse vorwegzunehmen, die das Weltbild der deutschen Juden in dieser Zeit umgestalteten.

Sowohl im orthodoxen wie im liberalen Lager erhält die Auseinandersetzung mit dem Zionismus, über die gleichfalls noch berichtet werden wird, einen neuen Anstoß. Keine der beiden religiösen Richtungen gibt dabei ihre grundsätzliche Ablehnung dem Zionismus gegenüber auf; aber es kommen

¹²⁹ AaO, XXVI (Juli/August 1920), 219.

¹³⁰ AaO, 248.

¹³¹ Der Jude, II (August/September 1917), 290.

¹³² AaO, III (März 1919), 543.

starke palästinafreundliche Kräfte zu Wort, deren Einfluß auf die Dauer zunimmt. Es verdient fernerhin verzeichnet zu werden, daß der Allgemeine Rabbinerverband, der Rabbiner aller Richtungen mit Ausnahme der Trennungsothodoxie umfaßte, am 17. und 18. Mai 1921 in Frankfurt eine Entschließung annahm, in der es u. a. hieß¹³³: „Durch die Neugestaltung der Verhältnisse in Palästina ist die Hoffnung gegeben, daß für zahlreiche unserer Glaubensbrüder dort eine Heimstätte geschaffen wird. Der Rabbinerverband erklärt es für eine heilige Pflicht des gesamten Judentums, an diesem Werk Anteil zu nehmen . . . in der Voraussetzung, daß der Aufbau im Geiste der Lehre des Judentums erfolgt.“ Etwa um die gleiche Zeit beschloß auch die Großloge Unabhängiger Orden B'nai B'rith (U.O.B.B.) ihre Beteiligung an der Leitung des Aufbauwerks in „paritätischer Zusammensetzung“, betont jedoch, daß dadurch die „Mitarbeit beim Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes“ und die „Fürsorge für das notleidende deutsche Judentum“ nicht beeinträchtigt werden dürfe¹³⁴. Vorbehalte auf allen Seiten – aber sie hemmen nicht den Strom, der immer weitere Kreise des deutschen Judentums der Mitarbeit am Aufbau Palästinas zuführt.

Es gab in diesem Zusammenhang Zeichen dafür, daß auch unter jüdischen Sozialisten ein Gesinnungswandel sich anbahnte. Der jüdische Sozialdemokrat Max Cohen-Reuss äußerte sich kurz nach Erlaß der Balfour-Deklaration in den *Neuen Jüdischen Monatsheften*¹³⁵ mit einer Entschiedenheit, die seinen Beitrag über die Bedeutung eines individuellen Bekenntnisses hinaushebt: „Kein Ereignis hat den nationalen Forderungen der Juden einen so starken Antrieb gegeben wie der gegenwärtige Krieg . . . Auch in bisher gänzlich teilnahmslosen Kreisen zeigt man steigendes Interesse sowohl für die Forderungen des Ostjudentums im allgemeinen, als auch für die speziellen Bestrebungen des Zionismus . . . Die Tatsachen dieses Krieges haben jüdischen und nicht-jüdischen Kreisen Deutschlands, die früher allem Nationaljüdischen feindlich gegenüberstanden, für alles Nationale erheblich die Sinne geschärft . . . Einer der letzten Ententeschachzüge auf diesem Feld war die Veröffentlichung des Briefes, den der englische Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Balfour, am 2. November dieses Jahres an Lord Rothschild gerichtet hat“, und zwar nicht etwa aus besonderer Vorliebe für das Judentum, sondern aus wohlwogenem eigenen Interesse. Leider sei Deutschland nicht so klug gewesen, obwohl auch die verbündete Türkei aus einer jüdischen Palästinasiedlung nur Nutzen ziehen könne. Die zionistische Bewegung sei ein deutsches Produkt, und es sei bedauerlich, wenn sich die deutsche Diplomatie die nächstliegenden Dinge entgehen lasse.

Etwa zur gleichen Zeit mit diesem Hervortreten von Cohen-Reuss für Zionismus und Palästina erließ auch eine sozialistische Konferenz in Stockholm

¹³³ Jüdische Rundschau, XXVI (24. Mai 1921), 285.

¹³⁴ AaO.

¹³⁵ II (25. Dezember 1917), 128 ff.

ein Friedensmanifest an die Sozialistische Internationale, in dem u. a. gleichfalls der „Schutz der jüdischen Kolonisation in Palästina“ gefordert wurde. „Die Aufnahme der Judenfrage in das Friedensprogramm“, berichtet dazu Helene Hanna Cohn¹³⁶, wäre nicht möglich gewesen, „wenn nicht die Weltanschauung der jüdischen Nationalisten über diejenige der jüdischen Assimilanten gesiegt hätte“. Auch unter den Sozialdemokraten habe sich die Neigung zur Anerkennung des Nationalitätenprinzips ständig weiter durchgesetzt. „Die Nationalisierung des Judentums und die Nationalisierung der Sozialdemokratie haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten als zwei gleichzeitige . . . Strömungen entwickelt.“ Das Verständnis, das die russische Revolution für die Nationalitäten gezeigt habe, sowie die Kriegereignisse als solche hätten viele Sozialisten bewogen, vom Staaten- zum Nationalitätenprinzip überzugehen. Und selbst der Widerstand, den besonders die deutschen und österreichischen jüdischen Parteiführer geleistet hätten, sei zum großen Teil durch die „Kunde von der eigenen jüdischen Sprache, eigenen Literatur und Presse, von den eigentümlichen Bedingungen“, unter denen die Juden im Osten lebten, besiegt worden.

Die jüdische Presse allgemeinen, nicht parteigebundenen Charakters schließt sich mit den bekannten Vorbehalten dem zionistischen Ziele der Palästinaarbeit gegenüber dem neuen Konsensus an. Und auch die nichtjüdische deutsche Presse, selbst die bisher am stärksten ablehnende *Germania*, das Organ der Zentrumsparterie, schwenkt ein¹³⁷. Am 4. April 1918 gibt – um nur dieses eine Beispiel zu erwähnen – das *Meißener Tageblatt* der weit verbreiteten Stimmung folgendermaßen Ausdruck: „Was noch vor kurzem als Hirnspinnst einiger Querköpfe erschien, steht als Tatsache vor uns . . . Als möglich erscheint die Erfüllung des Traumes der national empfindenden Juden, einen eigenen Staat im Lande der Erzväter wieder aufzubauen.“¹³⁸

V

Der Entdeckung des Ostens, der neuen Wendung der Palästinapolitik, ist als auslösender Faktor jüdischen Bewußtseinswandels nun auch das historisch größte Ereignis dieser Zeit an die Seite zu stellen: die russische Revolution mit ihrem schwachen, durch die räumliche Nähe aber um so stärker wirksamen deutschen Nachspiel, der Novemberrevolution von 1918 und ihren Nebenerscheinungen.

Mit der Beseitigung der zaristischen Autokratie in Rußland und des zwar in liberalisierender Umbildung begriffenen, aber doch im Prinzip den Juden gegenüber restriktiven deutschen Kaiserreichs fielen zwei Bollwerke der Reak-

¹³⁶ Neue Jüdische Monatshefte, II (25. Dezember 1917), 136 ff.

¹³⁷ Jüdische Rundschau, XXIII (1918) passim.

¹³⁸ Zit. nach Jüdische Rundschau, XXIII (17. Mai 1918), 151.

tion. Was aber die revolutionären Ereignisse außer ihren den Zeitgenossen nicht sofort übersehbaren Konsequenzen für das jüdische Bewußtsein der Zeit so einschneidend machte, war die relativ hohe Beteiligung von jüdischen Revolutionären, sowohl in Rußland wie in Deutschland.

Wieder war es aus offensichtlichen Gründen der Centralverein, der den sich überstürzenden Ereignissen gegenüber den schwersten Stand hatte. Zwar hatte er die Liberalisierung des deutschen Regierungssystems maßvoll befürwortet; aber seine im letzten doch mehr auf Bewahrung als auf gewaltsame Änderung gerichtete Grundauffassung hatte ihn bewogen, noch am 2. November 1918 eine Kundgebung einzuberufen, die in Übereinstimmung mit einem im Oktober veröffentlichten „Aufruf“, das „Gelübde unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich“ zu erneuern, in das viel kritisierte Bekenntnis gleichen Inhalts ausklang¹³⁹. Über sie berichtet *Im deutschen Reich*¹⁴⁰: „Die Kundgebung galt in jenen brodelnden und beklemmenden Tagen dem festen Bekenntnis zu Vaterland und Glaubensgemeinschaft.“ Dem Eigenbericht folgt ein Zitat aus dem Hamburger *Israelitischen Familienblatt* vom 7. November: „Hingegeben an den Ernst der Zeit, aber unerschütterlich im starken Vertrauen auf die Zukunft Deutschlands, klang die Versammlung des Centralvereins in ein Treuegelöbnis an das Vaterland aus.“ „Mit jubelndem Beifall“ sei die Erklärung aufgenommen worden, „daß Deutschland bereit ist, für die hereinbrechende Völkerdämmerung alles zu opfern, aber nicht die Ehre“. Der C.V. habe zu dieser Veranstaltung die Vertreter der höchsten Reichs- und Staatsbehörden eingeladen.

Wie stark diese Kundgebung, die dem Centralverein später oft zum Vorwurf gemacht wurde, der Zeitstimmung entsprach, geht u. a. aus dem Leitartikel des völlig unpolitischen *Jahrbuchs für jüdische Geschichte und Literatur*¹⁴¹ hervor, der nach längeren Ausführungen über die Lage in Deutschland und im Ausland mit der Anerkennung dieser Stellungnahme des C.V. endet. Es sei richtig gewesen, daß sich der C.V. „vom sturmumbrandeten Kaiserthron . . . nicht eilfertig abgewendet“ habe, sondern daß er im Kriegsunglück dem Kaiser die Treue hielt, die er früher nie vordringlich beteuert hätte¹⁴².

Dementsprechend kann es nicht überraschen, daß der Umsturz nicht eben mit Begeisterung begrüßt wurde*. Im Vordergrund der Kommentare steht die schwere Enttäuschung, die der verlorene Krieg und die harten Waffenstillstandsbedingungen hervorgerufen hatten. „Der Krieg ist zuende“, klagt das C.V.-Organ *Im deutschen Reich*¹⁴³. „Am Revolutionssonntag, am 11. November, wurden die ungeheuerlichen Waffenstillstandsbedingungen bekannt.

¹³⁹ Zit. nach Deutsche Israelitische Zeitung, XXXV, Nr. 44 (31. Oktober 1918).

¹⁴⁰ XXIV (November 1918), 427 ff.

¹⁴¹ Bd. 22 (1919), 1 ff.

¹⁴² AaO, 16 f.

* Vgl. ebenfalls den Beitrag von *Werner T. Angress*, Juden im politischen Leben der Revolutionszeit, im vorliegenden Bande, S. 142–149 (Hrsg.).

¹⁴³ XXIV (November 1918), 425 f.

Die Regierung der deutschen Republik mußte sie annehmen ... Wir alle haben das Aufhören des Blutvergießens mit ständig wachsender Sehnsucht erfleht, und nun vermochten wir uns über den nahenden Frieden nicht zu freuen ... Darum die unermesslichen Opfer ... um trotz glänzendsten Siegen ... am Ende ein Zusammenbrechen aller Hoffnungen auf ein unversehrtes deutsches Reich zu erleben ... Die Aussicht auf einen Rechtsfrieden ist geschwunden. Der Völkerbund wird ... eine Utopie bleiben oder eine Karikatur werden.“

Sehr bald verlagert sich das Schwergewicht der C.V.-Kommentare auf die Abwehr judenfeindlicher Angriffe, die mit dem Fortgang der Revolution schwerer und häufiger werden. „Die Mißstände, die sich während der krampfhaften Zuckungen der Revolution zeigten“, heißt es im Januar 1919¹⁴⁴, „werden ebenfalls auf die Juden zurückgeführt“. Und es wird mit Besorgnis festgestellt: „In der Revolutionsregierung und in den Vollzugsräten sind allerdings Juden in einer Zahl vertreten, die sich mit der Ziffer 1 zu 100 nicht vertragen will.“ So sei die „Schuld“ der Juden offenkundig geworden und „ausnahmsweise sogar mit Zahlen zu belegen“.

„Die Schuld der Juden.“ Man meint es ironisch und verfällt damit persiflierend in die Ausdrucksweise der Antisemiten. Aber gar so fern liegt es nicht, von Schuld und Verantwortung an dem Umsturz zu sprechen. Ein paar Seiten später schon¹⁴⁵ wird es als „eine ungewöhnliche Niedertracht“ bezeichnet, „die Judenheit für die Revolution verantwortlich zu machen“. Warum mache man denn nicht das Christentum für alle die christlichen Revolutionäre verantwortlich? Schon im März 1918 hatte Eugen Fuchs im Hinblick auf die Rolle Trotzki in Rußland geschrieben¹⁴⁶: „Wir sind für die jüdischen Trotzki so wenig verantwortlich wie Herr von Wangenheim [vom antisemitisch-reaktionären Bund der Landwirte] für die christlichen Lenins.“ Auch in dem immer wiederkehrenden Argument, daß die „Schuldigen“ von sich selbst auf Sündenböcke abzulenken trachten und daß sich ihnen in vorderster Linie als bewährter Sündenbock das Judentum präsentiere, ist die apologetische Note unüberhörbar. Von Zeit zu Zeit allerdings bricht die Erkenntnis durch, daß die ungehemmter denn je anstürmende antisemitische Flut und die einsetzende Gegenrevolution im Grunde den gleichen Motiven entspringen. „Letzten Endes“, sagt Ludwig Holländer auf der Hauptversammlung des Centralvereins im Mai 1919, „haben alle diese Bewegungen das Ziel, die Revolution durch Gegenrevolution zu ersetzen“¹⁴⁷.

Nicht weniger besorgt, aber dafür viel primitiver ist die Abwehr gegenüber der Revolution und den für sie eintretenden Juden in der bayerisch-orthodoxen *Deutschen Israelitischen Zeitung*. So wenig sie etwa für die Orthodoxie

¹⁴⁴ Im deutschen Reich, XXV (Januar 1919), 3.

¹⁴⁵ AaO, 9. ¹⁴⁶ Fuchs, op. cit., 335.

¹⁴⁷ Im deutschen Reich, XXV, Beilage: Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1919; vgl. auch Im deutschen Reich, XXV (Januar 1919), 10.

als solche repräsentativ war, so war sie doch wahrscheinlich für das Denken und Fühlen des jüdischen „Mannes auf der Straße“ charakteristischer als manche feiner nuancierte Äußerung gebildeter Ideologen. Schon im Februar 1918 fordert ein Polizeibericht über die vorangegangenen ersten politischen Streiks, in dem die jüdischen Namen Kurt Eisner und Sara Sonja Lerch, geb. Rabinowitz, erwähnt werden, das Blatt zu folgendem Ausbruch heraus: „Solche Pflanzen wie diese Sara Sonja Rabinowitz sind auf dem Boden Rußlands gewachsen, der mit unschuldig vergossenem Blute gedüngt ist. In Bayern wird man unter den Juden oder unter Christen solche Weiber nicht finden. Man kann nur die Geduld der Behörden bewundern, die zugesehen haben, wie die solchen aus dem Ausland kommenden Personen gewährte Gastfreundschaft so schmählich und unerhört mißbraucht wird. Die israelitische Religionsgemeinschaft steht solchen Dingen vollständig fern, ja feindlich gegenüber.“¹⁴⁸

Auch hier verband sich die scharf antirevolutionäre Note und die deutlich apologetische Tendenz mit unbeirrtem Patriotismus noch zu einer Zeit, als sogar in der großen Politik unverkennbare Mißerfolge schon kritische Betrachtungen herauszufordern begannen. Unter den Ereignissen in Rußland hatten lediglich die Pogrome Beachtung gefunden, gegen die der Vormarsch der deutschen „Retter“ als „Erlösung für die Bevölkerung“ begrüßt worden sei¹⁴⁹. Kurz darauf ist in einem Aufruf zur Zeichnung von Kriegsanleihe davon die Rede, daß zwar „im Osten die Morgenröte des Friedens heraufdämmt“, aber die „verblendeten westlichen Gegner die Hand zum Frieden noch nicht reichen“ wollen. „Sie werden erkennen müssen“, fährt der Schreiber fort, „daß das deutsche Schwert die alte Schärfe besitzt“ und daß das brave deutsche Heer ebenso unwiderstehlich im Angriff wie unerschütterlich in der Verteidigung dastehe¹⁵⁰. Daß diese patriotische Begeisterung im orthodoxen Lager nicht auf die „Stimme des Volkes“ beschränkt war, geht aus einem Aufsatz des klassischen Philologen Professor Dr. Isaak Heinemann in der auf beträchtlichem intellektuellen Niveau stehenden Zeitschrift *Jeschurun*¹⁵¹ hervor, der den Zusammenbruch des Reiches beklagt: „So brach denn schließlich überlegene Feindesmacht den beispiellosen Heldenmut unserer Verteidigung... Von Woche zu Woche wurde deutlicher, daß der Krieg verloren war. Aber nun folgte der militärischen und politischen Umwälzung eine geistige von ungeheurer Tragweite. Der ganze Bau der Bismarckschen Geschichtsanschauung, daß ‚Blut und Eisen‘ die großen Fragen der Weltgeschichte lösen, da stets dem Siegeswürdigsten auch der Preis zufalle, – er mußte ins Wanken geraten für jeden Deutschen, der die Niederlage sah und doch wußte und fühlte, daß Deutschland nie größere Stärke bewiesen, sich nie des Sieges werter gezeigt

¹⁴⁸ Deutsche Israelitische Zeitung, XXXV, Nr. 6 (7. Februar 1918).

¹⁴⁹ AaO, Nr. 10 (7. März 1918).

¹⁵⁰ AaO, Nr. 12 (21. März 1918).

¹⁵¹ V (November/Dezember 1918), 609 ff.

als in diesem Kampf gegen eine Welt.“ Professor Heinemann findet Worte höchsten Lobes für das, was er die „preußische Religion“ nennt, die Religion der Offiziere, der Helden von 1914, der tapferen Familienväter. „Sie stehen wahrlich in der selbstlosen Größe ihrer Gesinnung turmhoch über einer Philistermoral, die sich hinter pazifistische Grundsätze verschanzt, weil ihr die Opfer zu groß sind.“ Auch die Bibel bejahe den Heroismus, wenn sie auch den Militarismus ablehne.

Auch solche Gesinnungsbeweise gehören zu dem Gesamtbild des jüdischen Bewußtseins der Zeit. Zu vielseitig, zu aufwühlend waren die Erlebnissphären, innerhalb derer es sich neu zu orientieren hatte, als daß sich nicht höchst verschiedenartige Reaktionen hätten ergeben müssen. Nur wenn die Stärke der Identifizierung mit der deutschen Umwelt, wie sie trotz aller vorangegangenen Anfechtungen aus solchen Zeugnissen spricht, in vollem Ernst gewürdigt wird, kann die Resultante, die sich aus den divergierenden Kraftlinien schließlich ergeben wird, richtig eingeschätzt werden. Und ganz besonders, wenn man sich klar macht, wie diese Identifizierung gerade in Bayern den Krieg überlebt hatte, wird man die Gleichgewichtsstörung begreifen, die die prominente Beteiligung von Juden an der bayerischen Räterevolution hervorrufen mußte.

„Die bayerischen Juden sind durchweg monarchisch gesinnt“, erklärt die *Deutsche Israelitische Zeitung*, München, vom 31. Oktober 1918¹⁵² in einem Artikel, der sich gegen die „Revolutionsmacher“ Kurt Eisner und Professor Edgar Jaffé richtet. „Ein wenig Zurückhaltung wäre sehr am Platze.“ Als das Schicksal der Monarchie besiegelt ist, stellt das Blatt eine Anzahl königstreuer Pressestimmen zusammen und schließt mit den Sätzen: „Wir glaubenstreuen Juden aber sehen mit einer Träne der Wehmut Ludwig III. scheiden und senden ihm, wie einem teuren Freunde, den die harte Schicksalsfügung zwingt, uns zu verlassen, die heiligen Worte des altjüdischen Priestersegens nach.“¹⁵³

„Zu viel Juden an der Spitze“, ruft die gleiche Zeitung wieder einen halben Monat später¹⁵⁴. Sie kommt zu dem Schluß, daß „dieser plötzliche embarras de richesse an jüdischen Politikern in hohen, verantwortlichen Stellungen der neuen Regierung gewiß nicht ein Segen für die Gesamtheit des Judentums ist, sondern im Gegenteil die schwere Gefahr in sich birgt“, daß daraufhin auch Nicht-Antisemiten zu Antisemiten werden würden. Zur Unterstützung ihrer eigenen Ansicht zitiert die Zeitung andere jüdische Stimmen, die das Hervortreten der jüdischen Revolutionäre ähnlich oder noch schärfer verurteilen. So habe z. B. eine Frau Elise Neumeyer aus Augsburg in der *Augsburger Postzeitung* folgenden Ruf der Verzweiflung ausgestoßen: „Ich . . . wage zu sprechen für einen überwältigenden Teil der deutschen Juden, indem ich sage, daß wir tief unglücklich sind über die Lage, in die unser über alles geliebtes Vaterland gebracht worden ist, daß wir uns sehnen nach dem Augenblick, in dem wir zu-

¹⁵² XXXV, Nr. 44 (31. Oktober 1918).

¹⁵³ AaO, XXXV, Nr. 48 (28. November 1918).

¹⁵⁴ AaO, XXXV, Nr. 50 (12. Dezember 1918).

sammenstehen können mit allen nationalgesinnten Bayern und Deutschen, um die Heimat wieder zu Ehren und zu geordneten Verhältnissen zu bringen. So wie 1914 die jüdischen jungen Leute der Fahne der Begeisterung gefolgt sind, so werden jetzt die deutschgesinnten bürgerlichen Juden ohne Bedenken Hab und Gut hingeben, um mit den deutschen Brüdern das Vaterland von der Herrschaft der Ideologen und Theoretiker zu befreien . . . Ich stehe nicht allein, Tausende von deutschen Juden denken so wie ich.“

Wahrscheinlich sprach Frau Elise Neumeyer wirklich im Namen anonymer Tausender. Denn kontrapunktisch begleitete ihre Klage die Anklage eines anderen jüdischen Wortführers, dessen Name und Leistung ebenso bekannt waren wie der ihrige unbekannt. Nathan Birnbaum schmäht das „gehäufte plötzliche Erscheinen jüdischer Persönlichkeiten an Steuerstellen der neu montierten Staatsmaschine“ als „mehr als Taktlosigkeit“¹⁵⁵. Er verurteilt daran nicht nur „die Abwesenheit echter Opferwilligkeit für das Volk, dessen Heimat sie teilen und dessen Schwierigkeiten sie durch ihr Auftreten notorischermaßen vermehren“, sondern auch die Verantwortungslosigkeit gegenüber dem eigenen, jüdischen Volke, das sie durch ihren Mangel an Zurückhaltung . . . geradezu gefährden“. Es handele sich um eine totale Abirrung von jüdischer Geistesart.

Ganz anders ist das Echo auf die revolutionären Ereignisse in den Reihen der Nationaljuden. „Ketten fallen“, lautet die Überschrift des Leitartikels, mit dem „S.“ (Salman Rubaschow–Schazar) in der *Jüdischen Rundschau*¹⁵⁶ die russische Revolution unter Kerenski begeistert begrüßt. „Der letzte Hort des Mittelalters bricht zusammen. Das geknechtete Rußland, das unter der Knute des regierenden Frevels jahrhundertlang der Korruption preisgegeben war, reißt jetzt mit einer heroischen Bewegung die Herrschaft an sich und bricht sein Joch entzwei.“ Weitreichende Folgen für die russischen Juden seien zu erwarten. Die Gefahr einer individuellen Emanzipation im westeuropäischen Stil brauche nicht gefürchtet zu werden; die nationale Erhaltung werde durch „neue und sichere Waffen“ verbürgt sein. „Gerüstet ist die frei werdende russische Judenheit, ihres Freiwerdens würdig.“ In zwei weiteren Aufsätzen untersucht der gleiche hier als „R. S.“ zeichnende Verfasser die Rolle der Juden in der russischen Revolution eingehender. Es habe sich bei ihnen „ein starker alt-testamentarischer Einschlag zu erkennen“ gegeben, „der mit dem Problem von Gut und Böse bitteren Ernst machte“¹⁵⁷. „Was der westeuropäischen Judenheit im Verlaufe von Jahrzehnten nach deren Emanzipation nicht glücken konnte – das Hervortreten des jüdischen Elementes als solchen auf der Arena der öffentlich-politischen Tätigkeit der Wirtsvölker, dies scheint dem russischen Judentum durch die Tatsache der russischen Revolution mit

¹⁵⁵ Jeschurun, VI (Januar/Februar 1919), 119.

¹⁵⁶ XXII (23. März 1917), 99.

¹⁵⁷ Neue Jüdische Monatshefte, I (10./25. Mai 1917), 428; II (10. Dezember 1917), 104 f.

einem einzigen Schläge in den Schoß gefallen zu sein.“ Aber dies scheine nur so. Vorhergegangen sei die lange und zähe Mitarbeit der russischen Juden am Kampf gegen die Autokratie. Sie hätten gekämpft, während die Westjuden die Emanzipation geschenkt bekommen hätten. So erkläre sich auch die starke Beteiligung der Juden an den russischen Revolutionsregierungen.

Auch der deutsche Jude Leo Herrmann preist den Anteil der russischen Juden an der Revolution, in dem er eine Selbst-Befreiung sieht, die sie „nicht mit Verzicht auf die nationale Freiheit zu bezahlen gesonnen“ seien. „Das russische Judentum ist frei und ist national . . . Die Befreiung des russischen Judentums . . . gilt dem ganzen jüdischen Volke“¹⁵⁸.

Als im nächsten Jahre in Deutschland die Revolution näher rückt, ähnlicher zwar einem müden Zusammenbruch als einer kraftvollen Rebellion, aber doch zunächst ganz ohne Führungsstriche als Revolution empfunden, wird sie im zionistischen Lager ebenso freimütig willkommen geheißen wie seinerzeit die russische. „Wir begrüßen die Revolution!“ heißt es in der *Jüdischen Rundschau*¹⁵⁹. Sie werde auch den Kräften, die im Innern des deutschen Judentums revolutionierend am Werk gewesen seien, durch den Sieg der Freiheit und Demokratie einen ungeahnten Auftrieb geben.

Aber es geschieht mehr. Ohne belastende Schuldgefühle und durch sie herausgeforderte Apologie sieht ein Kreis jüdischer Denker innerhalb und außerhalb des Nationaljudentums der Tatsache der übergroßen Zahl jüdischer Revolutionäre ins Auge und deutet sie, wie es weiter oben schon von Ernst Simon erwähnt wurde, auf Grund selbstbewußter Einsicht in die jüdische Geschichte und Tradition. „So trieb es ihn [den Juden]“, schreibt Martin Buber¹⁶⁰, „an der Umwälzung mitführend teilzunehmen; so wird er dort [in Rußland] wie hier zum Auslöser und Kampfgefährten. Von je hat er an die ‚Erneuerung‘ geglaubt, an den ‚Neubuch‘, an die ‚neue Erde‘, an das ‚Neuwerden aller Dinge‘ . . . Mit der wirkenden Kraft dieses Glaubens und dieses Verlangens stellt er sich in die beginnende Umwälzung ein . . . Nicht als Nutznießer, sondern als Mitkämpfer und Mitträger grüßen wir die Revolution.“

Ein anderer jüdischer Schriftsteller, Paul Amann, der zwischen der Entscheidung für den Zionismus und der für Europa schwankte und sich schließlich für dieses entschied, sieht die jüdischen Revolutionäre Friedrich Adler, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner, Gustav Landauer mit Stolz als das Zeichen dafür, daß die Juden mit der nichtjüdischen Umwelt „nicht nur als Leidende, Beeinflusste“ verflochten seien, „sondern auch als Wirkende, auf deren Tat Millionen warten“¹⁶¹. Die jüdischen Sozialisten, die meist keine bewußten Juden seien, erbrächten den Beweis, daß nicht alle jüdischen Aktivisten Nationaljuden seien, wie man etwas großsprecherisch angenommen habe. Es seien

¹⁵⁸ Der Jude, II (Juli 1917), 218.

¹⁵⁹ XXIII (15. November 1918), 357.

¹⁶⁰ Der Jude, III (Oktober 1918), 345 ff.

¹⁶¹ AaO, IV (Juli 1919), 145 ff.

vielmehr „beste jüdische Seelenkräfte . . . auch im ‚weltlichen‘ Leben der Westjuden wirksam“.

„Beste jüdische Seelenkräfte“ – so ähnlich sieht es auch noch ein anderer außerhalb des Nationaljudentums stehender Schriftsteller, der langjährige Herausgeber der *Neuen Rundschau* Rudolf Kayser. In einem Aufsatz „Der jüdische Revolutionär“¹⁶² bezeichnet er den von antisemitischer Seite übertriebenen, vom jüdischen Bürgertum ängstlich geleugneten aber trotzdem unleugbar großen jüdischen Anteil an der revolutionären Bewegung als „Auswirkung des jüdischen Wesens in eine modern-politische Richtung“. Der Jude als Revolutionär sei ein „ethischer Optimist“. „Er will in den Tagen der Revolte und Zertrümmerung das verschüttete menschliche Gut, Religiosität, Liebe und Geist, erwecken und zu sieghafter Wirklichkeit bringen“. Männer wie Kurt Eisner und Gustav Landauer seien „hinreißende Beispiele für die tragische Mission der Juden“ der Gegenwart gewesen. „In ihren Gesichtern – dem milden Patriarchenantlitz Eisners, dem stillen Urchristenkopf Landauers – spiegelte sich zutiefst das jüdische Wesen . . . Durch das alte jüdische Schicksal: der Einsamkeit unter Freunden gingen sie zugrunde.“ Wie Jesus von Nazareth und alle andern jüdischen Märtyrer seien sie gestorben: „Eisner ward von einem adligen Mordbuben erschossen – im Augenblick, als er seine gesamte politische Macht niederlegen wollte. Landauer schlug eine tierische Soldateskatot, als er – Worte der Güte und Menschlichkeit sprach.“

Selbst der Misrachist Oskar Wolfsberg, der seinem Standpunkt entsprechend die Entfremdung der meisten jüdischen Sozialisten – nicht nur der Zeitgenossen – vom religiösen Judentum bedauert und in ihr die Ursache ihrer „Irrungen“ erblickt, ist sich bewußt, daß der Grundzug ihres Sozialismus das echt jüdische Streben nach Gerechtigkeit ist. Es brauche daher den Juden „nicht leid darum zu sein, daß fast alle Führer dieser Bewegung“ den jüdischen Reihen entstammten. Obwohl er im allgemeinen den Juden in der Politik mehr die Rolle des Beobachters als des Akteurs zuweisen möchte, glaubt er, daß „für die Großen, Marx, Lassalle etc.“ doch wohl die Ausnahme gelte, daß sie zum Sprechen berufen, ja sogar verpflichtet gewesen seien. „Das Licht, das in Tausende von Hütten hineinstrahlte, geht von ihnen aus . . . Ich wage es“, fügt er hinzu, „den kühnen Satz zu prägen, der unsern Gegnern gewiß als Arroganz erscheinen wird: das Judentum ist der Quell des edlen Wollens in all diesen revolutionären Gestalten.“¹⁶³

Der jüdische Aktivismus hat in diesen Jahren zwei Ausdrucksformen gefunden. So gewiß sich in vielen Individuen jüdischer Nationalstolz und Sozialismus zu einer Synthese vereinen, so gewiß sind die Kollektive, die von dem einen oder von dem andern geprägt werden, dazu bestimmt, später in ihren historischen Verkörperungen zu divergieren, wie sie ihre Anhänger schon an

¹⁶² Neue Jüdische Monatshefte, IV (10. Dezember 1919), 96 ff.

¹⁶³ Jeschurun, VII (Juli/August 1920), 329 ff.

diesem Wendepunkt zu einem Entweder-Oder bestimmten. Es wäre falsch, darin eine prästabilisierte Disharmonie zu sehen. Wahrscheinlich sind für den zukünftigen Antagonismus, der eine vorübergehende Phase sein mag, machtpolitische Konstellationen ausschlaggebend. Aber wie immer sich das Schicksal der Ideen gestalten wird, in denen sich damals jüdischer Tatwille manifestierte, sie waren beide das Ergebnis einer Richtung, die aus dem Konformismus hinausführte. Der Gegendruck, der durch den Druck jahrhundertelanger und nun in tragischer Desillusionierung neu erlebter Verfolgung entstanden war, machte sich in einer Sprengung alter Bindungen bemerkbar. Noch besaß der Konformismus, in dem sich die deutschen Juden mit der deutschen Umwelt zusammenzufinden bemüht hatten, starke Widerstandskräfte, wie aus so manchen hier festgehaltenen Zeugnissen deutlich wurde. Aber sein Gebilde zeigte erhebliche Bruchstellen.

„Rosa Luxemburg, Eisner, Leviné, Hugo Haase, vor allem der innerlich schon ganz von der gegenwärtigen Revolution abgelöste Landauer fallen nacheinander – alles Juden und dem Volke, das sie tötet, leidenschaftlich ergeben“, schreibt der brillianteste und darum der Vieldeutigkeit der Geschehnisse am nächsten kommende Kommentator Arnold Zweig¹⁶⁴; „... Vielleicht haben sie Recht gehabt...“ „Was hat man für alle diese, die unsere innere Schöpferkraft am deutlichsten bezeugen ... für einen gemeinsamen Namen gefunden? Einen Schimpf- und Spottnamen im Munde jedes zionistischen Schmocks? Man nennt sie Assimilanten und bläht sich dabei.“ Sei nicht die gesamte deutsche Judenheit assimiliert und doch durch viele Bande am Judentum gehalten? Seien die Zionisten etwa weniger assimiliert? Mittlerweile sei diese Erkenntnis Allgemeingut geworden, weshalb „die dumme Großmäuligkeit unserer zionistischen Flegeljahre sich verloren hat, nicht ohne sehr geschadet zu haben“. Wie ein Rausch sei einstmals die Assimilation über die Juden gekommen und habe große Werte geschaffen. Trotzdem: so klar bewußt er sich ihrer schöpferischen Kraft ist – sie führe zum Verlust wertvollster Menschen an die Umwelt. Das Fazit bleibe: „Hier wirft sich etwas weg...“

Hoffnung und Enttäuschung, Beharrung und Vorwärtstreiben, Voll-Emanzipation und Sturmflut des Judenhasses, liebende Werbung und feindselige Zurückweisung, Geburt und Tod – es gab in jenen Jahren der Weltenwende kein Extrem im äußeren wie im inneren Erleben der deutschen Juden, das sie nicht zu neuen Entscheidungen herausforderte. Hier wurden einige der unmittelbaren Reaktionen von Menschen und Gruppen auf die auf sie einstürmenden Ereignisse zur Illustration dieser Ereignisse selbst vorbereitend herangezogen; die innere Entwicklung der repräsentativen Gruppen wird nun im Zusammenhang geschildert werden.

¹⁶⁴ Der Jude, V (November/Dezember 1920), 456, 557 ff.

VI

Als die größte jüdisch-politische Organisation sei wiederum der Centralverein an die Spitze der innerparteilichen Analysen gestellt. Ihm kommt auch noch aus dem andern Grunde erhöhte Bedeutung zu, weil in seinen und den ihm nahestehenden Kreisen der Wandel des jüdischen Bewußtseins jener Jahre am deutlichsten zutage tritt, während aus naheliegenden Gründen die Entwicklung in nationaljüdischen Kreisen vorwiegend als Bestätigung empfunden wird oder sich in einer Differenzierung bisher konformer Auffassungen auswirkt.

Wie schon erwähnt, wurde dem großen Wendepunkt der Kriegspolitik den Juden gegenüber, dem Judenzählerlaß vom Oktober 1916, seitens des C.V. zunächst eine sehr verhaltene Reaktion zuteil. Auf der Hauptversammlung vom 4. Februar 1917 erklärte der Geheime Justizrat Abg. Cassel, man habe zur Zeit nur den einen Gedanken, „dem Vaterlande zum Siege zu verhelfen“¹⁶⁵. Erst wenn die Waffen ruhen würden, werde man auf den Gegenstand zurückkommen. Im übrigen habe ja – wie auch schon erwähnt – der einen Monat nach dem ursprünglichen Erlaß erfolgte zweite Erlaß jede antisemitische Absicht der Zählung in Abrede gestellt. Dazu äußerte sich Rabbiner Kälter (Danzig)¹⁶⁶: „Wir haben nicht immer draußen verstanden, warum der C.V. nichts getan hat, das der flammenden Entrüstung adäquaten Ausdruck gegeben hätte. Jetzt wissen wir, warum wir schweigen müssen. Es muß geschehen um des Vaterlandes willen . . . Wir wollen unsern braven Soldaten draußen das Herz nicht noch schwerer machen.“ Noch ein Jahr später klingt es in den Gedenkworten wieder, die der Vorsitzende Eugen Fuchs seinem Vorgänger Maximilian Horwitz nachruft¹⁶⁷: „Wir durften . . . nicht das Vaterland vor der Umwelt ins Unrecht versetzen . . . Die Stunde der Abrechnung mit unsern innern Widersachern müssen wir aufschieben, und wir werden sie suchen, wenn das Vaterland wieder frei ist.“ Trotz dieser Zurückhaltung bricht immer wieder die Empörung und Erregung durch: „Unsere gezählten Kriegsteilnehmer haben die Empfindung, wie wenn ihnen, ungeachtet ihrer Feuertaufe und Bluttaufe, die sie empfangen, der gelbe Schandfleck angeheftet worden wäre“, heißt es im C. V.-Organ *Im deutschen Reich*¹⁶⁸.

Der Centralverein geht durch eine schwere Zeit. Statt daß die Angriffe gegen die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens verstummen, wie man im Rausch des Kriegsbeginns zu hoffen wagte, vermehren und verschärfen sie sich. Aber man glaubt an eine vorübergehende Phase, die aus dem durch den Krieg verschuldeten Unglück ihre Antriebe erhalte. Und man hält an der Zuversicht fest, daß, wenn eine allgemeine Beruhigung eingetreten sein würde,

¹⁶⁵ Im deutschen Reich, XXIII (Februar 1917), 52 f.

¹⁶⁶ Jüdische Rundschau, XXII (9. Februar 1917), 54.

¹⁶⁷ Fuchs, op. cit., 166.

¹⁶⁸ XXIII (Februar 1917), 68 f.

die jüdischen Kriegsoffer schließlich doch anerkannt werden und eine innere Befriedung bewirken würden. So stark ist die Überzeugung, daß auf die sich verschärfende Lage innen und außen ein betonter Patriotismus die einzig mögliche Reaktion sein dürfe, daß man noch unmittelbar vor dem Kriegsende, an jenem 2. November 1918, die – schon erwähnte – Versammlung einberuft, die in ein Bekenntnis zu „Kaiser und Reich“ ausklingt. „Wir wollen nicht klagen, aber auch nicht anklagen“ sagt Eugen Fuchs; „wir wollen nicht fragen, wer schuld ist, daß so unermeßliches Leid über unser Vaterland gekommen ist“¹⁶⁹.

So klingt es in den Verlautbarungen von leitender Stelle. Man muß schon tiefer hineinhorchen, um die Untertöne der „Verstimmung und Verärgerung, die fast schon der Verzweiflung Platz gemacht haben“, zu hören, von denen Rabbiner Felix Goldmann im Sommer 1917¹⁷⁰ spricht. Auch er freilich mahnt zur Besonnenheit und warnt davor, die Dinge zu schwerzunehmen. Aber der Wortlaut solcher Mahnungen ist eine Reflexion der Stimmung, der entgegenzutreten er für notwendig hält: „Wozu uns eindringen wollen, wo man uns immer wieder zurückstößt? Wozu uns als deutsch ausgeben, wenn die Deutschen uns als fremd empfinden? . . . Warum nicht, wenn die Welt uns fremd wissen will und uns ausschließt, die logische und menschenwürdige Folgerung ziehen und dem Hasse der Welt unseren Stolz entgegensetzen, den Stolz darauf, etwas eigenes, etwas ganzes zu sein?“ Man fühlt die Stärke der Versuchung, die einen so aufrechten Juden wie den Schreiber dieser Worte angekommen haben muß; aber er weist sie zurück. Eine solche Haltung, so lautet sein Fazit, würde Verbitterung bedeuten, der man sich nicht ergeben dürfe. Es sei sinnlos, unreal, sich in einen „Schmollwinkel“ zurückzuziehen. „Ein vollendetes Chaos“ würde die Folge sein.

Rabbiner Goldmanns Feingefühligkeit für die zionistische Entscheidung war wahrscheinlich aus einer großen inneren Nähe zu verstehen, die ihn auf der anderen Seite dazu veranlaßte, sich selbst immer wieder seiner Ablehnung zu versichern. Bei der erwähnten Hauptversammlung vom Februar 1917 zum Beispiel führte er bewegte Klage darüber, daß in allen führenden Zeitschriften, wie auch in der allgemeinen Parteipresse die Judenfrage vom nationaljüdischen Standpunkt behandelt würde. Die Ideale von 95 % der deutschen Juden würden ungenügend berücksichtigt. Außerhalb der Kreise des C.V. kenne man nur noch das Nationaljudentum. Da bei der gleichen Gelegenheit auch Eugen Fuchs festzustellen für notwendig fand, daß man vielfach auf die Auffassung stoße, es gebe außer Zionisten gar keine andern Juden – z. B. bei dem deutschen Botschafter in Amerika, dem Grafen Bernstorff –, so muß man wohl den Schluß ziehen, daß um diese Zeit die zionistische Publizität die nichtzionistische überflügelte hatte¹⁷¹. Als weltpolitischer Faktor erregte verständlicher-

¹⁶⁹ Fuchs, op. cit., 357 ff.

¹⁷⁰ Im deutschen Reich, XXIII (Juli/August 1917), 296 ff.

¹⁷¹ Jüdische Rundschau, XXII (9. Februar 1917), 49.

weise der Zionismus in Kriegszeiten mehr Interesse als rein innerpolitische Fragen.

Zwei Jahre später ruft ein anderer zionistischer Vorstoß Dr. Felix Goldmann auf den Plan, und wieder ist seine Abwehr symptomatisch, nicht nur für die Stärke seines eigenen Widerstandes, sondern für die Breitenwirkung des Angriffs, dem er entgegentritt. Seine Polemik richtet sich gegen einen Aufsatz von Erich Cohn in der *Jüdischen Rundschau*, von dem Goldmann behauptet¹⁷², daß er das Tischtuch zwischen deutschen Juden und Deutschen zu zerschneiden versucht habe. „Nicht daß sich solche Stimmen vernehmen lassen“, meint Goldmann, „ist erstaunlich . . . Auffallen muß etwas anderes. Daß sie einen Widerhall finden bei einer Jugend, die . . . doch im Grunde gesund denkt.“ Allerdings müßte die durch den Krieg geschaffene eigentümliche Lage in Betracht gezogen werden. „Historische Ereignisse sind eben eingetreten, die . . . doch zum mindesten verblüffend wirken.“ In Deutschland als dem einzigen Kulturland der Erde werde der Antisemitismus eine immer sich verstärkende Macht. Die unglückselige Judenzählung brenne noch immer wie ein Wundmal. „Kann es wundernehmen, daß wir zornig werden?“ Aber wieder folgt die Mahnung, sich nicht verbittern zu lassen. Die Juden dürften nicht gleichgültig, „oder gar zu Gegnern des Vaterlandes“ werden. „Eine Volksbewegung ist der Zionismus bei uns noch lange nicht“, tröstet sich Dr. Goldmann. Es seien ausländische Juden, die zu ihm ein erhebliches Kontingent stellten. „Und wenn wir deutschen Juden uns auch ganz gewiß durch Religion, Abstammung, Geschichte und gemeinsame Leiden mit den Juden aller Welt verbunden fühlen, . . . unsere vaterländischen Gefühle werden wir uns von ihnen nie und nimmer vorschreiben lassen.“ Zwar empfänden auch viele Zionisten „gut deutsch“, doch die wenigen andern seien eine erhebliche Gefahr für die staatsbürgerliche Stellung der deutschen Juden und Wasser auf die Mühle der Antisemiten. Der Staat habe das Recht, ein Bekenntnis zu deutscher Gesinnung, deutschem Kulturwillen und Mitarbeit zu fordern.

Zu beachten ist hier sowohl die stärker als früher differenzierte Begründung der überstaatlichen jüdischen Solidarität, wie andererseits die Anerkennung der Forderungen, die über die staatsbürgerliche Loyalität hinaus der Staat an seine Bürger zu stellen berechtigt sei.

Der Vorwurf, der Zionismus bestätige das antisemitische Standard-Argument, daß die Juden nicht zum deutschen Volk gehören, und befördere dadurch den Antisemitismus, spielt naturgemäß in der innerjüdischen Polemik eine erhebliche Rolle. Es sei deshalb hervorgehoben, daß, im Gegensatz zu Goldmann, Eugen Fuchs diesen Vorwurf zurückweist. Selbst wenn er berechtigt sei, hält er das für gleichgültig. „Was gibt den Antisemiten nicht Wasser auf ihre Mühle?“ fragt er¹⁷³; „Wenn wir unser Verhalten danach einrichten,

¹⁷² Im deutschen Reich, XXV (Februar 1919), 56 ff.

¹⁷³ Fuchs, op. cit., 256, 257.

was sie sagen oder denken, so werden wir entweder zu Narren oder Schurken werden.“ In dem gleichen Aufsatz, der einer großangelegten Auseinandersetzung mit dem Zionismus gilt, weist Eugen Fuchs auch das andere soeben erwähnte antizionistische Argument zurück, indem er sagt: „Daß das Staatsbewußtsein übrigens kein schwächerer Kitt ist als der nationaler Zusammengehörigkeit, hat die Geschichte der letzten Jahre selbst dem Widerwilligen und Blöden gezeigt. Nicht die Völker, nicht die Rassen, sondern die Staaten kämpfen gegeneinander und bestehen die Feuerprobe des Zusammenhaltens.“

Staat gegen Staat also, und dem Staat seien die Zionisten bei allem jüdisch-nationalen Sonderbewußtsein treu ergeben – wird hier in ritterlicher Zurückweisung des Vorwurfs, daß die Zionisten „undeutsch“ seien, betont. Aber über staatliche Grenzen hinüber beginnt die wie immer zu definierende Zusammengehörigkeit mit den jenseits der Grenzen wohnhaften Juden auch in den Diskussionen des Centralvereins einen sich stetig verbreiternden Raum einzunehmen. Unter der Rubrik „Jüdische Rundschau“ findet sich in jeder Nummer von *Im deutschen Reich* ein Überblick über die Situation der Juden in sämtlichen Ländern des europäischen Ostens. Ihr Verfasser zeichnete „Verax“ und war identisch mit dem aus Galizien stammenden Publizisten Benjamin Segel, einem hervorragenden Sachkenner. „Verax“ war im besten Sinne „alljüdisch“, dabei ein Gegner des Zionismus und infolgedessen auch der nationalen Autonomie, ein Befürworter westlicher Emanzipation und Assimilation, dieses gegenseitigen Nehmens und Gebens, innerhalb der gegenwärtigen Wohnländer. Er ist der Ansicht, daß jenseits aller Ideologie die deutschen Juden sich jederzeit mit den Juden jenseits der Grenzen solidarisch gefühlt hätten, was auch nicht verwunderlich sei, da ja bekanntlich die berühmtesten deutschen Juden aus dem Osten gestammt hätten. Im übrigen wendet er sich mit großer Entschiedenheit gegen den Ostjudenkult, zu dem die „Entdeckung“ der Ostjuden im Westen geführt habe. Er spottet darüber, daß die Kulturlosigkeit, in der sie vegetieren, verhimmelt und „mit einem erlogenen romantischen Schimmer umgeben“ werde. „Alles, worunter er [der Ostjude] seufzt und wovon er sich selber nach Kräften . . . zu befreien sucht, wird als seine ‚Eigenart‘ gepriesen, ja als die Eigenart des Juden überhaupt beinahe heilig gesprochen.“¹⁷⁴

Die „Verax“-Artikel sind kaum als C.V.-„offiziell“ zu betrachten; aber die Tatsache ihrer regelmäßigen Wiederkehr und ihres Umfanges ist an sich bemerkenswert. Im Oktober 1917 wird ein überaus sympathischer Aufsatz über die galizischen Juden von Björn Björnson mit sichtlicher Genugtuung abgedruckt, die offensichtlich nicht nur der Freude über den prominenten Mitarbeiter entspringt. An ihn schließt sich – um noch ein weiteres Beispiel dafür zu geben, welchen Umfang der ostjüdische Stoff damals angenommen hatte – ein Aufsatz über den „Vernichtungskampf gegen die Juden in Rumänien“ – gewiß eine Abrechnung mit dem Landesfeind, aber doch vor allen Dingen eine

¹⁷⁴ *Im deutschen Reich*, XXVII (Januar 1921), 18 ff.

weitere Solidaritätserklärung mit einer schwer bedrängten Gruppe „ausländischer“ Juden. „Durch den Krieg aber“, erklärte Eugen Fuchs in einer Rede zum 25. Stiftungsfest des Centralvereins am 2. März 1918¹⁷⁶, „ist eine Fülle von Problemen aufgetaucht, bei denen es notwendig war, über den Rahmen der inneren Politik hinaus sich mit dem Schicksal der auswärtigen Juden insoweit zu beschäftigen, als dadurch deutsch-vaterländische Interessen berührt wurden... Die Ostjudenfrage hat ihre Schatten in unsere innere Politik hineingeworfen, und es galt, zu ihr Stellung zu nehmen“. „Deutsch-vaterländische Interessen“ stehen weiter im Vordergrund, aber die Bedeutung der Wendung ist nicht zu übersehen.

Während der ganzen Zeit seines Wirkens ist Eugen Fuchs ein stetiger Befürworter innerjüdischer Kooperation. Er vermeidet es, die Konturen zu verwischen, aber er predigt Einigkeit, wo er sie für geboten hält. So berichtet er¹⁷⁶ mit besonderer Genugtuung, daß in der „Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands“ (VioD) eine Organisation „zur Wahrung der Rechte der Juden des Ostens“ ins Leben getreten sei, in der sämtliche jüdische Verbände sich zusammengeschlossen hätten, um ein gemeinsames Vorgehen bei den künftigen Friedensverhandlungen vorzubereiten. Fuchs hebt hervor, daß in den der Gründung vorhergehenden Besprechungen Differenzen darüber bestanden hätten, „ob und inwieweit die Zionisten zuzuziehen seien“. Der Vorstand des Centralvereins habe mit Nachdruck die Auffassung vertreten, daß ein Ausschluß der Zionisten nicht zu billigen sei.

„Zum ersten Male seit langer Zeit“, ist der freudige Kommentar Franz Oppenheimers zu diesem Ereignis¹⁷⁷, „geht fast die gesamte Judenschaft Deutschlands auf gleichem Wege zu gleichen Zielen... Die Zeit selbst, unsere große, von Zukunft schwangere Zeit, hat mehr zu dem Werk der Einigung getan als alle Bemühung Einzelner.“ Man stehe vor ungeheuren praktischen Aufgaben, „die nur ein in sich geeinigtes, in machtvoller Vertretung geschlossenes deutsches Judentum zu lösen hoffen kann“.

Als nach Kriegsende die politische Tätigkeit des C.V. während des Krieges in dem weiteren Gremium einer Hauptversammlung zur Debatte steht, spricht Eugen Fuchs über sie mit den folgenden charakteristischen Worten¹⁷⁸: „Man wird mir entgegenhalten: Was geht das alles uns im C.V. an? An und für sich ist es ja richtig, der C.V. ist ein innerdeutscher Verein. Je länger, desto mehr aber haben wir erkannt, daß wir eine starre Begrenzung nicht vornehmen können. Wir haben schon im Kriege gesehen, daß das Schicksal fremdländischer Juden abhängig war von deutschen Behörden“, jedoch habe die für eine außenpolitische Betätigung notwendige jüdische Gesamtvertretung gefehlt. „Wir erkennen die Einheit des Judentums an“, lautet die Schlußfolgerung; „sie ist

¹⁷⁵ *Fuchs*, op. cit., 339.

¹⁷⁶ AaO, 304.

¹⁷⁷ Neue Jüdische Monatshefte, II (10. März 1918), 243 f.

¹⁷⁸ Im deutschen Reich, XXV, Beilage: Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1919, 18 f.

uns aber nicht mehr als eine Glaubensgemeinschaft und Stammeseigentümlichkeit“.

Die praktischen Aufgaben fordern die Einigkeit; aber die deutschen Juden sind keine Pragmatiker. Wie sehr auch immer die äußere Not sie aneinanderdrängt, ihre ideologischen Auseinandersetzungen nehmen ihren Fortgang. In anderem Zusammenhang wurde bereits der Aufsatz „Glaube und Heimat“ von Eugen Fuchs erwähnt, der einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Zionismus gewidmet war¹⁷⁹. In ihm wehrt sich Fuchs gegen das von den Zionisten dem C.V. zum Vorwurf gemachte Schlagwort der Assimilation. Die Dinge liegen im Osten und Westen verschieden, heißt es bezeichnenderweise auch hier wieder. „Im Osten sind die Juden nicht bloß eine Glaubensgemeinschaft, sondern eine Nationalität mit besonderer Sprache, besonderer Kultur ... Wer dort die jüdische Nationalität aufgibt, sich germanisiert oder polonisiert, den mag man einen Assimilanten nennen; wer aber hier dem Judentum die Treue bewahrt, wird nicht Assimilant, wenn er an deutscher Kultur mitarbeitet ... Wenn man uns ... unjüdisch nennt, jüdischen Stolz und Selbstbewußtsein abspricht, so widerspricht das der Wahrheit und Gerechtigkeit. Wir haben das Renegatentum abgelehnt, Taufe als Fahnenflucht und Treulosigkeit gebrandmarkt, noch ehe die zionistische Bewegung da war ... Je länger, je mehr hat er [der C.V.] sich bemüht, über negative Abwehrtätigkeit herauszuwachsen, positiver, innerlicher, jüdischer zu werden.“ Die jüdisch-nationale Auffassung aber sei ein Schritt zurück. „Weshalb sollen wir noch einmal Nation und Staat schaffen? Nach meiner Auffassung degradieren wir das Judentum, wenn wir seinem geistigen Ideenkreise einen Körper geben, der raum-zeitlich lebt und stirbt, der blüht und verwelkt. Völker und Staaten vergehen wie Spreu vor dem Winde ... In der Diaspora aber ist durch Jahrhunderte und Jahrtausende der jüdische Gedanke leben geblieben und immer lebendiger geworden. Glauben die Zionisten, daß jetzt, wo die Nationen sich immer mehr abschließen und nur noch die Ideen Brücken zu den Nationen schlagen, daß wir die Idee des Judentums kräftigen, wenn wir sie nationalisieren?“

Unter dem noch grundsätzlicheren Aspekt, daß die Ära des Nationalismus sich ihrem Ende zuneige – er wird später noch deutlicher zum Ausdruck kommen –, lehnt ein anderer Sprecher des C.V., Professor Julius Goldstein, das verspätete Zugeständnis des Judentums an ihn ab¹⁸⁰: „Es droht wieder das Verhängnis des Judentums zu werden, daß es in dem heute herrschenden Nationalismus sich einem Geiste verschreibt, der weltgeschichtlich – trotz aller äußeren traurigen Triumphe – gerichtet ist.“

Es ist ein deutsches Assimilationsprodukt, dieses Bestreben, die ideologischen Grenzziehungen geradlinig und eindeutig erscheinen zu lassen. Im

¹⁷⁹ Neue Jüdische Monatshefte, I (25. August 1917), 629 ff.; *Fuchs*, op. cit., 247 ff.

¹⁸⁰ Im deutschen Reich, XXVII (Juli/August 1921), 201.

Grund handelt es sich um mit absoluter Schärfe gar nicht zu erfassende Existenz- und Gefühlsnuancen und ihre Unterordnung unter vieldeutige Definitionen. Hermann Cohen z. B. spricht von der Notwendigkeit¹⁸¹, die jüdische „Nationalität“ zu wahren, hält aber ihre Zugehörigkeit zum deutschen Nationalstaat für selbstverständlich. „Ist denn aber der moderne Nationalstaat etwa durch eine Nationalität bedingt? Oder aber beruht seine Modernität nicht gerade in der Aufgabe . . . verschiedene Nationalitäten in der Idee des Staates zu der Einheit einer Nation, eines nationalen Staates zu vereinigen?“ Eine bemerkenswerte Einsicht in das Verhängnis, daß häufig ein Streit um Worte der Verständigung im Wege steht, zeigt das Hauptvorstandsmitglied des C.V., Berthold Haase, in einem Aufsatz mit der Überschrift „Ausgleich. Ein Wort der Verständigung“¹⁸². „Wir sind Deutsche und wir sind Juden“, sagt er und fügt hinzu, daß in Westeuropa und in Amerika aus diesem doppelten Bekenntnis keinerlei Schwierigkeiten erwachsen. Er ist der Ansicht, daß es heute zwischen führenden Juden, selbst wenn sie sich verschiedenen Lagern zurechnen, keine unüberbrückbaren Gegensätze mehr gebe. „Die Verschiedenheiten sind eigentlich nur Gradunterschiede . . . Dieser Ausgleich ist das Ergebnis einer naturgemäßen Entwicklung der letzten Jahrzehnte . . . Wie das deutsche und das jüdische Gemeinschaftsempfinden erklärt wird – ob die Gemeinschaft als eine ‚nationale‘ Gemeinschaft, Glaubensgemeinschaft oder Stammesgemeinschaft charakterisiert wird – ist für den praktischen Politiker ebenso gleichgültig wie für die urwüchsig und natürlich empfindende Masse . . . Nur die einseitig theoretische Betrachtung . . . hat die Kluft zwischen den Juden Deutschlands geschaffen.“ Aber Berthold Haase bleibt ein Rufer in der Wüste: selbst Eugen Fuchs glaubt ihm widersprechen und auf die keineswegs nur theoretischen, sondern sehr realen Differenzen hinweisen zu müssen.

Immer wieder weist die praktisch-politische Arbeit die verschiedenen Richtungen aufeinander hin; immer wieder tritt die Ideologie trennend dazwischen. Im März 1921 unterzieht Paul Nathan¹⁸³ das Palästina-Mandat einer eingehenden Kritik. Er begrüßt es, daß die „türkische Gesetzlosigkeit englischer Gesetzmäßigkeit“ weichen werde, und sieht darin einen gesunden Fortschritt. Nach seiner Ansicht seien die Pläne der Zionisten in hohem Grade eingeeengt worden, wodurch aber zugleich der Gegensatz zwischen Zionisten und Nichtzionisten zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft sei. Die Nichtzionisten ständen einer Sachlage gegenüber, die Raum für einen Gegensatz zu den Zionisten nicht mehr biete. Ihrer aller Sympathie gelte Palästina, „wo ein gemeinsames Wirken aller Juden demnächst als durchführbar erscheint“. Auch hier folgt ein distanzierendes Nachwort der C.V.-Führung: In der nächsten Nummer von *Im deutschen Reich*¹⁸⁴ lehnt Ludwig Holländer

¹⁸¹ Neue Jüdische Monatshefte, I (25. Januar 1917), 224.

¹⁸² AaO, III (10./25. Januar 1919), 145 ff.

¹⁸³ Im deutschen Reich, XXVII (März 1921), 88.

¹⁸⁴ AaO, XXVII (April 1921), 111 ff.

den Gedanken einer Einheitsfront ab, der wohl auch von Paul Nathan nicht eigentlich gemeint gewesen sei. Er tut es in Form einer temperamentvollen Polemik gegen den Begründer des „Verbandes nationaldeutscher Juden“, Dr. Max Naumann, was kein vereinzelter Hinweis darauf ist, daß der C.V. unter dem Druck der von dieser Seite kommenden Verdächtigungen auf einen intransigenteren Standpunkt getrieben wird, als er ihn sonst vielleicht manchmal bezogen hätte.

Im politischen Kampfe, noch dazu wenn es sich wie beim Centralverein um einen Zweifrontenkrieg gegen Zionismus einerseits und „nationaldeutsche Juden“ andererseits handelt, darf nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden. Die Meinungen weichen vielfach voneinander ab, was bei einer Massenorganisation von ca. 60 000 Mitgliedern nicht überraschen kann. Aber wie in der Vereinspraxis – und trotz gelegentlicher Verwahrungen schließlich auch in seiner Ideologie – ein Zug zur innerjüdischen Kooperation erkenntlich ist, so ist noch deutlicher und einheitlicher die Richtung zu einer allgemeinen jüdischen Positivierung feststellbar.

Schon zu Beginn des Jahres 1917¹⁸⁵ fordert Felix Goldmann Gleichberechtigung nicht nur für jüdische Individuen, sondern für das Judentum. Eine Einigung auf ein jüdisches Mindestprogramm sei unerlässlich; auf diese Weise werde auch der Abwehrkampf seine kleinlichen Züge verlieren. Als Punkte eines solchen Programms nennt er: eine Professur für jüdische Kultur an einer deutschen Universität, eine staatliche Fakultät für jüdische Theologie, eine Gesamtorganisation der deutschen Juden. Die Schaffung solcher jüdischer Stützpunkte, so meint er, würde mehr wert sein als Tausende jüdischer Reserveoffiziere. Solche Vorschläge sind ein Anfang, wichtiger zunächst als Symptom als um ihres konkreten Inhalts willen.

Interessant als Zeichen des in Bewegung geratenen jüdischen Selbstverständnisses der Zeit ist auch die folgende Aussage von Eugen Fuchs¹⁸⁶: „Meine Eltern und Großeltern sind ihr ganzes Leben und ich den größten Teil meines Lebens gar nicht auf den Gedanken gekommen, daß wir Fremde in Deutschland sein könnten . . .“ In seinem Leben also ist die Fragwürdigkeit zutage getreten. Er hat sie im deutschen Sinne beantwortet, entschieden und eindeutig; aber ihr bloßes Akut-Werden hat seiner Antwort unverkennbare Nuancen hinzugefügt, die er vorher bestimmt nicht in gleicher Klarheit empfunden hatte. „Es wäre unaufrichtig zu leugnen“, fährt Eugen Fuchs fort, „daß ich als Jude *eine besondere Eigenart*¹⁸⁷ habe, daß die jüdische Abstammung, das jüdische Vaterhaus mir nicht eine bloß religiöse, sondern auch eine besondere geistige und wohl auch körperliche Prägung mitgegeben haben. Was Achad Haam [ceteris paribus] von sich sagt, kann ich auch von mir sagen: Ich denke deutsch und fühle jüdisch.“

¹⁸⁵ Neue Jüdische Monatshefte, I (10. Februar 1917), 237 ff.

¹⁸⁶ Fuchs, op. cit., 251.

¹⁸⁷ Im Original hervorgehoben.

Was er als Mensch erlebte, spiegelte sich in den großen Zügen seiner Vereinspolitik. Wiederholt betont er mit Befriedigung die Entwicklung des Centralvereins von einem Instrument rein negativer Abwehr zu einer Organisation, die der Wiederbelebung des Judentums diene¹⁸⁸: „Auch wir wollen innere Wiederbelebung, Renaissance des Judentums, nicht einseitige Assimilation“, heißt es im März 1918. „Für uns ist wesentlich, daß man treu und stolz in der Eigenart sein, vom Gedanken der Selbstwehr, des Selbstbewußtseins und der Selbstzucht erfüllt sein soll.“ Wie gebieterisch damals der Abwehrkampf nach seinem Korrelat, d. i. nach dem aufs neue bewußt gewordenen Judentum, verlangte, geht aus vielen gleichzeitigen Äußerungen hervor. In seinem 1918 erschienenen *Rückblick auf die Geschichte des Centralvereins*¹⁸⁹ formuliert Paul Rieger: „Der C.V. ist nicht nur eine Abwehrvereinigung, er ist ein Kulturverband. Der Abwehrverband bedeutet die Heimkehr zum Judentum. Wer eine Sache verteidigen will, muß sie kennen.“ In den vereinsinternen „Mitteilungen des Syndikus“¹⁹⁰ wird der Brief eines Freundes mit der Erklärung beantwortet, der C.V. sei ursprünglich ein reiner Abwehrverein gewesen, seine Aufgaben hätten sich aber im Laufe der Jahre gewandelt. „Es hat sich mit Recht die Überzeugung Bahn gebrochen, daß . . . wenn wir unsern Mitgliedern nicht nur stumpfe Waffen in die Hand geben wollen, wir sie ausrüsten müssen, sich ein lebendiges Judentum zu schaffen, . . . damit sie das finden, wofür sie kämpfen.“

Nach der ersten Hauptversammlung nach Kriegsende im Mai 1919 berichtet *Im deutschen Reich*¹⁹¹ unter der Überschrift „Das positive Programm“, Fuchs habe ausgeführt, daß die Jugend nicht nur negative Abwehrtätigkeit wolle, sondern ein positives Programm. Sollte das den Indifferenten nicht passen, so sollten sie gehen, „und wir behalten die Jugend“. Über die gleiche Hauptversammlung schreibt Heinrich Stern¹⁹², Fuchs' Vortrag über das „positive Programm“ habe „jedem nicht direkt Übelwollenden zeigen“ müssen, „wie gewaltig die Entwicklung ist, die der Verein vom bloßen ‚Denunzianten‘- und ‚Beschwerdeverein‘ an zum innerjüdischen Positivismus durchgemacht“ habe. Zwar muß Stern hinzufügen, daß sich in der Debatte einige Redner scharf gegen den Zionismus ausgesprochen hätten; schließlich aber sei die Zusammenarbeit für das „jüdische Außenprogramm“, auf das sich im Kriege Zionisten und C.V.er geeinigt hätten, gutgeheißen worden.

Aber auch bei dieser Gelegenheit folgte der Billigung der praktischen Zusammenarbeit nicht ein entsprechender Ausgleich der ideologischen Gegensätze, wie er der Situation adäquat gewesen wäre. Ein langjähriger Freund

¹⁸⁸ Fuchs, op. cit., 329.

¹⁸⁹ Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden, Berlin 1918, 68.

¹⁹⁰ Mitteilungen des Syndikus des C. V., I (1. März 1919), 23.

¹⁹¹ Im deutschen Reich, XXV (Mai 1919), 42 ff.

¹⁹² Neue Jüdische Monatshefte, III (10./25. Juli 1919), 416 ff.

des C. V., Professor Carl Lewin, der sich im Laufe der Zeit dem Zionismus zugewandt hatte, kämpfte um seine weitere Zugehörigkeit zum Centralverein. Er suchte dessen Richtlinien in der Weise zu revidieren, daß sie auch Menschen seiner Gesinnung einschlossen. Er brachte eine Resolution ein, nach der der Centralverein jeden Versuch, aus dem Bekenntnis zum jüdischen Volk eine Beeinträchtigung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung herzuleiten, auf das entschiedenste bekämpfen werde. Sein Antrag wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt, und Professor Lewin sah sich genötigt, sich vom C. V. zu trennen. „Der jetzige Kampf hätte vermieden werden müssen“, erklärte er in der Debatte; es sei bedauerlich, daß der C. V. wie gewisse deutsche Kreise auch das „Bekenntnis zu der spezifisch chauvinistischen, konservativen, preußisch-deutschen Staatsauffassung eines vergangenen Jahrhunderts“ fordere. Es müsse, im Gegenteil, der Grundsatz der Demokratie sein, daß der Staat von seinen Bürgern keine über die Pflicht guten Staatsbürgertums hinausgehende Bekenntnisse zu verlangen berechtigt sei. Insbesondere sei ein Bekenntnis zum „deutschen Volkstum“ nicht erforderlich¹⁹³.

Unter dem Druck von außen setzt sich um diese Zeit wahrscheinlich eine langsame Entschärfung innerjüdischer Gegensätze durch. Aber die Entwicklung ist nicht geradlinig. Am 10. April 1921 z. B. nimmt der Hauptvorstand des C. V. mit geringer Stimmenmehrheit die folgende Resolution an, die sich entschieden gegen den nationaljüdischen Palästinaaufbau wendet¹⁹⁴: „Wäre die Besiedlung von Palästina nichts weiter wie ein großes soziales Hilfswerk, so wäre vom Standpunkt des Central-Vereins aus gegen die Förderung dieses Werkes nichts zu sagen. Die Besiedlung von Palästina ist aber in erster Linie das Ziel der nationaljüdischen Politik, ihre Förderung und Unterstützung daher abzulehnen“, vor allen Dingen, da deutsche und jüdische Einrichtungen sowie zahlreiche heimatlos gewordene Juden vordringlich auf den „jüdischen Gemeinschaftsgeist und Wohltätigkeitssinn“ angewiesen seien. Diese EntschlieÙung wurde in den eigenen Reihen kritisiert und interpretiert. Sie verhinderte nicht, daß eine erhebliche Anzahl von C. V.-Mitgliedern sich dem Keren Hajessod anschlossen, unter ihnen führende Mitglieder des Hauptvorstands wie Rabbiner Dr. Leo Baeck, Dr. Felix Goldmann, Dr. David Krombach, Dr. Eugen Strauß u. a. Sie ist wahrscheinlich ein Zeichen für das, was Robert Weltsch in einem Bericht über die Hauptversammlung des gleichen Jahres¹⁹⁵ die „innere Gärung“ nennt, die dort spürbar gewesen sei. Die Jugend fordere ein jüdisches Ideal und jüdische Inhalte, schreibt er; aber ihrem Verlangen ständen „ungeheure Trägheitswiderstände“ entgegen. Jedenfalls darf der Historiker der preußischen Judenemanzipation, Dr. Ismar

¹⁹³ Jüdische Rundschau, XXIV (6. Juni 1919), 317; Im deutschen Reich, XXV, Beilage Hauptversammlung (Mai 1919), 23.

¹⁹⁴ Ludwig Foerder, Die Stellung des Central-Vereins zu den innerjüdischen Fragen in den Jahren 1919–1926, Breslau 1927, 23.

¹⁹⁵ Jüdische Rundschau, XXVI (25. November 1921), 667 f.

Freund, in einem Abschlußbericht über die gleiche Hauptversammlung unterstreichen, daß der C.V. nicht nur ein Abwehrverein, sondern „ein Centralverein von Juden“ ist. „Ein Trutzjudentum kann keine dauernde Existenzgrundlage sein. Ein Trutzjudentum ist kein Judentum. Wir brauchen jüdische Inhalte, jüdische Weltanschauung. Das positive Programm muß kommen. Wir müssen unsern Mitgliedern und vor allem der Jugend ein jüdisches Ideal bieten.“¹⁹⁶ Und als in der nächsten Nummer der Zeitschrift, die zugleich ihre letzte ist, bevor sie von der *C.V.-Zeitung* abgelöst wird, Ludwig Holländer ihr die Abschiedsworte spricht, haben sie diesen Inhalt: „Das Angesicht der jüdischen Deutschen hat sich völlig verändert. Sie haben ihren Stolz zum größten Teil wiedergefunden und mit diesem Stolz die Verehrung und Liebe für das angestammte Judentum, das ihnen heiliger und schöner erschien, als sie sich mehr und mehr darein vertieften.“¹⁹⁷ Das die Monatsschrift *Im deutschen Reich* ablösende Wochenblatt *C.V.-Zeitung* ist in seinen Anfängen vom Kampf gegen den Antisemitismus derart absorbiert, daß ihm gegenüber die Auseinandersetzung mit den innerjüdischen Gegnern zurücktritt.

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß Definitionsfragen in dieser Auseinandersetzung eine große Rolle spielten. Daß es sich bei dem Wesen des Judentums, wie es sich im Laufe der Jahrtausende entwickelt hatte, letzten Endes um etwas undefinierbares handelte, das sämtliche bekannte und anerkannte Kategorien sprengte, wurde bisher auf beiden Seiten nur von wenigen Erleuchteten geahnt. Man strebte nach der geometrischen Geradlinigkeit des Zeichenblocks und suchte die Wirklichkeit da, wo sie durch Metaphysik, Geographie und Geschichte am komplexesten geworden war, darin auszudrücken. Aber auch in diesem zur Vergeblichkeit verurteilten Bemühen wird die schon früher festgestellte Tendenz zu einer jüdischen Positivierung erkennbar. Klingt schon im April 1917 an, daß die Juden „ein Stamm“ sind wie auch die Sachsen und Bayern¹⁹⁸, und bestätigt Eugen Fuchs in einer Abhandlung über „Deutschtum und Christentum“¹⁹⁹, die heutige Welt wisse, „daß die nationale Verschmelzung sich mit sozialen Gruppierungen“ vertrage, so wird er deutlicher in einem öffentlichen Vortrag²⁰⁰: „Wir sind Deutsche jüdischen Glaubens, verkennen aber nicht, daß wir einen Stamm in Deutschland bilden, einen jüdischen Stamm . . . Wir haben uns auch gewandelt, sind . . . innerlich positiver geworden.“ Der Zionismus aber wird auch in diesem Zusammenhang als „eine Konzession an die Zeitlichkeit“ bezeichnet, die er nicht mitzumachen gewillt sei. Denn wenn das Judentum den messianischen Beruf erfüllen solle, die Brücke zwischen den Völkern zu bilden, so sei „Entnationalisierung eine Stufe auf seinem Wege zur messianischen Mission“. Die jüdische Stammeseigenschaft schließt für Fuchs auch nicht die ausländischen Juden ein. Er

¹⁹⁶ *Im deutschen Reich*, XXVIII (Januar/Februar 1922), 16.

¹⁹⁷ *AaO*, XXVIII (März/April 1922), 50.

¹⁹⁸ *AaO*, XXIII (April 1917), 149.

¹⁹⁹ *Fuchs*, op. cit., 352.

²⁰⁰ Zit. nach Mitteilungen des Syndikus des C.V., I (14. April 1919), 29 f.

erklärt, daß ihn mit den englischen und französischen Juden keine andere Gemeinschaft als die Glaubensgemeinschaft verbinde. „Ich ‚hasse‘ und ‚liebe‘ sie, um im Jargon der Alldeutschen zu reden, gerade so, wie ich die französischen und englischen Christen ‚hasse‘ und ‚liebe‘.“ Besser gesehen hatte es wahrscheinlich der Würzburger Professor Binder, als er in einem Vortrag erklärte, nicht allein das Gefühl der Menschlichkeit sei es gewesen, das seinerzeit die Juden aller Welt bewogen hätte, für Dreyfus einzutreten. Daß er an diese Bemerkung die typisch deutsch-monolithisch-nationalistische Folgerung knüpft, gerade diese übernationale Treue schliesse, so sehr sie menschlich zu achten sei, die Juden aus der deutschen Nation aus, kann nicht Wunder nehmen. Daß aber auch in der Auseinandersetzung mit ihm Eugen Fuchs die jüdische Solidarität zu relativieren versucht, indem er sie mit beruflichen und landsmannschaftlichen Solidaritäten gleichstellt, weist auf die Bedrängnis hin, in die die C.V.-Ideologie geraten ist, so realistisch die praktische Hilfstätigkeit in der Zwischenzeit über überholte Bedenken hinweggeschritten war: „Das Mitgefühl für einen fremden Juden“, waren die Worte von Eugen Fuchs, „kann ich mir nicht aus dem Herzen reißen, so wenig ich mir das Mitgefühl für meine schlesischen Landsleute, meine Fakultätsgenossen, die Anwälte insonderheit, aus dem Herzen reißen kann . . .“²⁰¹

Die Entwicklung der sich vertiefenden Einsicht erfolgt in Stoß und Gegenstoß. Die Stöße waren oft so gewaltsam, daß das sie rationalisierende Bewußtsein, zumal es sich um das Bewußtsein einer das Bestehende wahrenen und den Wandel fürchtenden bürgerlichen Schicht handelte, mit ihnen nicht immer Schritt zu halten vermochte.

VII

Die Untersuchung der Folgen, die die Zeiterscheinungen im orthodoxen Lager auslösten, wird im wesentlichen auf zwei Ebenen erfolgen, die beide ihrerseits auch nur partes pro toto darstellen. Beschrieben werden soll die Wirkung, wie sie sich in der von J. Wohlgemuth herausgegebenen, sich an einen intellektuellen Leserkreis wendenden Monatsschrift *Jeschurun* abzeichnete, sowie gewisse charakteristische Reaktionen der für ein allgemeineres Publikum bestimmten *Deutschen Israelitischen Zeitung*.

Jeschurun repräsentiert etwa die neo-orthodoxe Richtung, wie sie in Deutschland von Esriel Hildesheimer geprägt worden war. Sie ist allen Erscheinungen des Zeitgeistes auch außerhalb des jüdischen Umkreises weit aufgetan; eingehende Auseinandersetzungen mit seinen Vertretern, wie Romain Rolland, Rabindranath Tagore u. a. sind regelmäßige Züge der Zeitschrift. Andererseits steht sie streng auf dem Boden der Gesetzestradiation und ihrer alles durchdringenden Bedeutung auch für den modernen Juden. Sehr charakteristisch ist auch

²⁰¹ Fuchs, op. cit., 345, 354.

hier der unentwegte deutsche Patriotismus. Noch im sturmbewegten Juli 1918 fordert er den Herausgeber Dr. J. Wohlgemuth zu folgenden Betrachtungen heraus²⁰²: „Noch immer steht uns die Gerechtigkeit der deutschen Sache beim Ausbruch des Krieges außer Zweifel . . . Noch immer kann ich in dem Neutralitätsbruch gegenüber Belgien kein Verbrechen sehen . . . Noch immer bin ich der Überzeugung, daß die unsympathischen Gestalten unter den führenden Männern im Völkerringen jene sind, die das Wort vom heiligen Egoismus und dem gottgesegneten Volke geprägt haben.“ Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson erscheint ihm immer noch „als ein Heuchler und ein Narr“ – und so sieht er alle Figuren des In- und Auslandes im Lichte der damals selbst in Deutschland schon heftig umstrittenen offiziellen Propaganda. Es ist bemerkenswert, daß gerade im Lager der Orthodoxie, wie wir schon früher festzustellen Gelegenheit hatten, der Wunsch, das vaterländische Bewußtsein hervorzukehren, alle Anfechtungen überdauert. Beharrung und Bewahrung gelten eben nicht nur den jüdischen Werten gegenüber.

Auf der anderen Seite wird in jeder neuen Ausgabe deutlich, daß die Bewegung, die die Judenheit erfaßt hat, auch hier auf das stärkste empfunden wird. Man versucht, ihre Kräfte soweit wie möglich dem eigenen Lager dienstbar zu machen. Dr. Wohlgemuth spricht von der „Revolutionierung, welche die Umwälzungen des Weltkrieges in den äußeren Verhältnissen und im Innenleben des Einzelnen hervorgebracht haben“²⁰³, und Rabbiner Dr. Simonsohn begrüßt zwei Neuerscheinungen der jüdischen Literatur – Nathan Birnbaums *Gottes Volk* und Franz Rosenzweigs *Zeit ist's* – als verheißungsvolle Zeichen dafür, daß „nach den Jahrzehnten des Niedergangs, die selbst manchem Glaubensfesten den unaufhaltsamen Verfall vorzubereiten schienen, heute wieder . . . gerade in den Besten, in den geborenen Führernaturen, Liebe zum echten Judentum aufkeimt“²⁰⁴.

Gerade deshalb bedauert es Wohlgemuth, daß sich in dieser schicksalsträchtigen Zeit die gesetzestreuen Organisationen nicht der „Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands“ (VioD)²⁰⁵, die an der Lösung der Ostprobleme zu arbeiten sich bemühe, angeschlossen haben. Er empfindet es schmerzlich, daß es zwar gelungen sei, Assimilanten und Zionisten darin zusammenzufassen, daß aber die gesetzestreuen Juden „wieder einmal draußen geblieben seien“²⁰⁶. Denn gerade die Begegnung mit dem Ostjudentum ist es, die auch in diesem Kreise als entscheidender Faktor der neuen Entwicklung angesehen wird. Dankbar registriert man den positivierenden Einfluß, der von ihr ausgeht, und von dem man Wandlungen erhofft, die noch gar nicht übersehbar seien²⁰⁷. „Der Einfluß des Ostjudentums hat eine Renaissance des Thorastudiums in Deutschland erstehen lassen . . . Es ist rührend zu sehen, mit welchem Eifer

²⁰² Jeschurun, V (Juli 1918), 430 ff.

²⁰⁴ AaO, V (Mai/Juni 1918), 376.

²⁰⁶ Jeschurun, V (Mai/Juni 1918), 257 ff.

²⁰⁷ AaO, VII (November/Dezember 1920), 505 ff.

²⁰³ AaO, IV (Januar 1917), 1 ff.

²⁰⁵ Siehe S. 563.

die Jugend das ‚Lernen‘ in den Mittelpunkt rückt.“ Zwar erhebt sich auch eine Gegenstimme, die dem ‚Lernen‘ im ostjüdischen Sinne gegenüber kritisch ist und vor der Rückkehr auf eine schon überwundene Stufe warnt, da man schon „zu sehr in nichtjüdischer Kultur und Wissenschaft“ wurzele und sich selbst wenn man es wollte, gegen diese Einflüsse nicht abschließen könne²⁰⁸; aber Wohlgemuth glaubt, daß „die alte Forderung des Ausgleichs zwischen Judentum und Kultur . . . auch eine Forderung des heutigen Tages“ sei und begrüßt grundsätzlich „die bedeutende Rolle, die das Hebräische als lebendige Sprache, die die verschiedenen Formen des Irrationalen im Judentum jetzt spielen, die weite Verbreitung, die die Methodik des Talmudstudiums . . . durch die engere Berührung von Ost und West gefunden“ habe²⁰⁹.

Mit Bedenken sieht man hingegen einen möglichen schädlichen Einfluß des Westens auf den Osten. Der begeisterten Schilderung einer litauischen Fabrik, „schwirrend und hallend in Mammeloschen [Jiddisch]“, dieses schaffenden, lebenden Bildes bewußter Jüdischkeit, folgt der sorgenvolle Nachsatz: „Vielleicht nur ein Phantom – aber ein schönes. Schade, wenn es vor einer sog. Kultur weichen müßte.“²¹⁰ Ernster als solch romantisch getönter Impressionismus ist die mehrfach wiederkehrende Befürchtung, daß das dem Zusammenstoß mit dem aufgeklärten, verdünnten Judentum des Westens ungerüstet gegenüberstehende Ostjudentum sich ihm nicht gewachsen zeigen könnte. Entjudung, Radikalisierung, im günstigsten Falle Zionisierung könnten dazu führen, daß das Ergebnis der Säkularisierung nicht besser wird als es der Westen zeitigte. „Blendend drang das Licht westlicher Kultur ins Land – es gilt hier, die Jugend, allen neuen Einwirkungen zum Trotz, wieder zur ewigfrischen Quelle jüdischen Geistes zu führen.“²¹¹

Wird trotz gewisser Bedenken der Einfluß des Ostjudentums grundsätzlich als etwas Positives empfunden, so ruft der gleichzeitige Fortschritt des Zionismus schwerste Zweifel hervor. Mit seiner kompromißlosen Ablehnung des säkularen jüdischen Nationalismus unterscheidet sich *Jeschurun* nicht von der Stellungnahme anderer orthodoxer Kreise. Was ihn diesen gegenüber auszeichnet, ist die bewundernde, fast liebevolle, wenn auch tief traurige Würdigung, die die Zeitschrift dem neu erstarkten innerjüdischen Gegner zuteil werden läßt. Der Zionismus wird als „eine Kraft von elementarer Gewalt“ bezeichnet, die in dieser Zeit, in der das „thoratreue Judentum an Umfang und Tiefe einen erschreckenden Verlust zu verzeichnen“ habe, „in gewaltigem Maßstab hier die Lücken“ füllte. So habe das Nationaljudentum in unermüdlicher Arbeit der drohenden Assimilation der Ostjuden einen Damm entgegengestellt und Millionen wieder mit einem Ideal erfüllt. Dieses Ideal aber dürfe nur ein Hilfsmittel zu dem höheren Zwecke sein, der Tradition des

²⁰⁸ AaO, VII (März/April 1920), 189 ff.

²⁰⁹ AaO, X (September/Oktober 1923), 337.

²¹⁰ AaO, IV (Februar 1917), 104.

²¹¹ AaO, IX (Januar/Februar 1922), 65, Anm.

jüdischen Gesetzes wieder ihren Vorrang zu sichern. Emporgetragen auf der Woge einer außerordentlichen Steigerung nationaler Gefühle, sei es dem Nationaljudentum gelungen, das Bewußtsein dafür zu stärken, „daß wir anders sind als unsere Umgebung, daß wir anders sein sollen, daß wir in manchen Ländern das vergessen haben, in andern nie aufgehört haben es zu sein . . . Und wo Ost und West sich begegnen, da feiern sie eine Verbrüderung“: das „Ideal der Gemeinbürgerschaft aller Juden“ trete wieder in den Mittelpunkt²¹².

All das wird freimütig anerkannt. Aber es wird als die tragische Schuld des gesetzestreuen Judentums in Deutschland bezeichnet, daß es selbst in dieser Hinsicht versagt und dem Nationaljudentum den Vorrang überlassen habe.

Eine ähnlich selbstkritische Note schlägt J. Simonsohn an. Er bezeichnet die Geburtsstunde des Zionismus als den „tragischen Moment in der Geschichte des thoratreuen Judentums. Damit werden“, fährt er fort, „gegen es Mächte wirksam, die, ihm dienstbar gemacht, ihm denselben unerhörten Aufschwung gebracht hätten, den wir . . . mit Bitterkeit bei den andern beobachtet haben. Die ganze Wucht der nationalen Leidenschaften . . . brach sturzwellegleich über uns, wie über das assimilatorische Judentum hinweg, die wir, unfähig sie zu meistern, fast ihr Spielball wurden und von dem wenigen, uns gebliebenen Terrain viel und nicht das schlechteste verloren.“²¹³

Konstruktiver ist die Kritik, in der Nathan Birnbaum zu einer Art Synthese von Zionismus und Orthodoxie vorstößt. Auch er beklagt zunächst den Einfluß, den bisher der Westen auf die große gläubige Masse des jüdischen Volkes gehabt habe. Die Assimilation habe gehörig an ihm genagt, und der jüdische Nationalismus habe die Nagearbeit mit noch größerem Erfolg fortgesetzt; allerdings habe er denen, die sich in Zukunft noch würden besinnen wollen, wenigstens die Brücke zur Vergangenheit nicht abgebrochen. „Will nun“, so ruft er aus, „unsere westliche Orthodoxie ihre Vorgängerinnen noch überbieten? Will sie Schuld tragen, daß Hunderttausende abbröckeln – entweder auf dem Wege über den Nationalismus oder gar auf dem Wege, der ihnen noch nicht einmal die Brücke läßt – in die Wüste des Unglaubens und Unvolks?“ Ein „wirkliches Volksjudentum, Gottes Volk und Gottes Volk in einem“ laute die Forderung für den Westen wie für den Osten, vor allem aber für Palästina. Und in diesem Zeichen sieht sich auch Dr. Wohlgemuth imstande, die neu erschlossene Palästinaarbeit zu bejahen, indem er in einem Nachwort hinzufügt: „An die Arbeit *innerhalb* der Aguddas Jisroel für Palästina und in Palästina!“²¹⁴

Die Wendung, die sich hier vorbereitet, wird deutlicher in der darauf folgenden Nummer der Zeitschrift. Hier stellt J. Kahan mit freudiger Genugtuung fest, daß sich in der öffentlichen Meinung der Welt im Laufe des Krieges

²¹² AaO, V (März/April 1918), J. Wohlgemuth, Zionismus, Nationaljudentum und gesetzestreu Judentum, III. Fortsetzung, 133 ff.

²¹³ AaO, V (August/September 1918), 513 ff.

²¹⁴ AaO, V (November/Dezember 1918), 712, 715/716.

ein umfassender Wandel vollzogen habe. Habe man bisher stets von einer jüdischen „Glaubensgemeinschaft“ und jüdischen „Glaubensgenossen“ gesprochen, so sei jetzt der nationale Charakter der jüdischen Gemeinschaft von aller Welt anerkannt. „Und galten denn ferner nicht die Zionisten vor nicht allzu langer Zeit als politische Schwärmer, als Utopisten? Jetzt aber ist das Recht des jüdischen Volkes auf Palästina von führenden Weltmächten öffentlich anerkannt worden . . . Um es kurz zu sagen: die Juden sind in diesem Kriege zum ersten Mal als eine geschlossene Nation, als ein einheitlicher politischer Faktor aufgetreten und sind auch von den Mächten der Welt demgemäß behandelt worden.“ Bisher hätten die deutschen Juden das Zentrum der anti-jüdischnationalen Bewegung gebildet. Aber: „Vor unsern Augen beginnt nun diese feindliche Stellung sich zu ändern“, und zwar sowohl bei Liberalen wie bei Orthodoxen. Zwar seien die sich mehrenden Solidaritätserklärungen bisher vielleicht mehr auf äußere Anpassung als auf Selbstprüfung und ein wirkliches Umlernen zurückzuführen. Schließlich aber müsse Palästina ein Teil „unserer selbst“ werden, nicht nur ein Teil „unseres Programmes“²¹⁵.

Zwar folgen auch diesem Vorstoß weitere entschiedene Verwahrungen gegen die in Gestalt des Zionismus vordringende Säkularisierung; ganz besonders das Erscheinen der zweiten Auflage von Jakob Klatzkins *Probleme des modernen Judentums* fordert Wohlgenuth zu einem entschiedenen Gegenstoß heraus. Der in diesem Buch vertretene Radikalismus, so meint er, lasse den Zionismus in seiner ganzen Gefährlichkeit erkennen. Gegen ihn müsse sich das überlieferte Judentum „wie gegen seinen Todfeind wehren“²¹⁶. Doch ist der Vormarsch der Ereignisse, der durch die Weltpolitik bestätigt worden zu sein scheint, offenbar nicht aufzuhalten. In einem Bericht über einen internationalen Kongreß der Agudas Jisroel, der u. a. zur Balfour-Deklaration Stellung zu nehmen hatte, erklärt Max Landau trotz schwerwiegender Zweifel²¹⁷: „Die Tatsache, daß die Mächte der Erde den Anspruch des jüdischen Volkes auf Palästina feierlich anerkannt haben, ist jedenfalls schon als unverlierbares Gut in unsern nationalen Besitzstand übergegangen: dieser Waffe dürfen wir uns nicht freiwillig berauben . . . Unsere jüdische Pflicht ist es, die einmal gegebene Situation mit energischer Aktivität auszunutzen.“

Zu einer solchen Stellungnahme fühlte sich der Schreiber dieses Berichts berechtigt, obwohl er ein Gegner des Misrachi war. So war es von dort kein weiter Schritt mehr, den der hervorragende Vertreter des Misrachi, Dr. Oskar Wolfsberg, zu gehen hatte, wenn er in den Spalten der Zeitschrift inmitten all der kämpferischen Gegner zu einer Rechtfertigung des Zionismus – wenn auch natürlich auf gesetzestreuer Grundlage – das Wort ergriff²¹⁸. Er bezeichnet es als „historisch vollkommen unzutreffend und ungerecht – um nicht

²¹⁵ AaO, VI (Januar/Februar 1919), 38 ff.

²¹⁶ AaO, VIII (Juli/August 1921), 278.

²¹⁷ AaO, X (September/Okttober 1923), 338 ff.

²¹⁸ AaO, VI (November/Dezember 1919), 512 ff.

zu sagen unwahr“, der Jugend den Zionismus als den gefährlichsten Gegner des Judentums hinzustellen. Für viele Tausende sei „der Zionismus das Milieu der Erneuerung geworden, für viele, die ganz verloren waren“. Der Zionismus sei kein Feind der gesetzestreuen Observanz, zum mindesten müsse er es nicht sein.

Von allen Seiten stürmen die Geschehnisse auch gegen die Bastionen der orthodoxen Gemeinschaft an, die im Wandel der Jahrhunderte ein „ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht“ zu bleiben sich bemüht hatte. Sie veranlassen Dr. Wohlgemuth zu folgenden Worten resignierender Weitsicht²¹⁹: „Und wieder stehen wir an einer Wende. Vielleicht der einschneidendsten, die das Judentum je erlebt. Der Wirbelwind, der die Judenheit aus der Gebundenheit des Ghettos vor mehr als einem Jahrhundert zuerst in seinen Strudel zog, hat jetzt erst seine ganze Sturmesstärke erreicht.“

Was in der Zeitschrift *Jeschurun* an verantwortungsvollem Ringen um die von den Zeitumständen neu gestellten Probleme vor sich geht, findet in den Spalten der *Deutschen Israelitischen Zeitung* ein dem bayerischen jüdischen „Mann auf der Straße“ gemäÙes primitives Echo. Man nimmt von den äußeren Veränderungen Kenntnis, ohne sich jedoch zu einer inneren Auseinandersetzung mit ihnen genötigt zu fühlen, es sei denn in einem rein negativen Sinne. „Die Zeit des Messias ist noch nicht gekommen“, heißt es dort kategorisch²²⁰. „Freie Einwanderung nach Palästina – gut! Aber nur keinen Judenstaat!“ Vom Osten nimmt man etwa zur Kenntnis, daß Jiddisch ein „schönes Kauderwelsch“ sei, ein „eigentlich furchtbar verdorbenes, mißhandeltes, mittelalterliches Deutsch“, von dem es nicht verständlich sei, daß die ostjüdischen Arbeiter daran hängen²²¹. Man sympathisiert – im Gegensatz zu *Jeschurun*²²² – mit dem in Warschau fungierenden Vertreter der Agudas, Rabbiner Dr. Pinchas Kohn, der sich allen jüdischen Autonomiebestrebungen im Osten kompromißlos widersetzt, weil sie „die Leitung der Volksangelegenheiten den der Religion entfremdeten nationalistischen Führern in die Hand“ spielen könnten²²³. Es heiÙe in Polen infolge der zionistischen Agitation schon, daß „die Auswanderung der Juden ‚sehr erwünscht‘ sei“²²⁴. In all der neuerwachten Palästinas Sehnsucht wird die nationaljüdische Note höchstens als Störung empfunden. Daß der Wiederaufbau des Landes mit Hilfe einer möglichst großen Zahl der Umsiedlung bedürftiger jüdischer Brüder den Begriff der „Mizwas Jischuw Erez Jisroel“, des religiösen Gebotes, sich in Palästina

²¹⁹ AaO, X (Juli/August 1923), 254 ff.

²²⁰ Deutsche Israelitische Zeitung, XXXV, Nr. 7 (14. Februar 1918).

²²¹ AaO, XXXV, Nr. 13 (26. März 1918).

²²² *Jeschurun*, V (Mai/Juni 1918), 267 ff.

²²³ Deutsche Israelitische Zeitung, XXXV, Nr. 8 (21. Februar 1918). Am 11. Mai 1917 beklagt die Jüdische Rundschau (XXII, 157) den „toratreuen Antizionismus“ der Frankfurter Jüdischen Monatshefte, die gleichfalls für die Warschauer Vertreter der Agudas eintreten, als „anti-zionistische Besessenheit“.

²²⁴ Deutsche Israelitische Zeitung, XXXV, Nr. 7 (14. Februar 1918).

niederzulassen, bilde, habe man immer gewußt. Der Jischuw aber müsse ein „heiliger Jischuw“ sein. Dagegen wäre „der von England angebotene angeblich selbständige, de facto zwischen Hammer und Amboß der feindlichen Mächte und des Arabertums befindliche jüdische Staat . . . ein Abenteuer, das der tränenreichen Golusgeschichte des jüdischen Volkes nur ein neues Blatt hinzufügen müßte“²²⁵. „Wir sind“, so heißt es unentwegt, „. . . nach Überzeugung, Wille und Gefühl Bayern jüdischen Glaubens. Diese Überzeugung und dieses Gefühl sind uns heilig, wir lassen sie nicht antasten . . . Das Wohl unseres Vaterlandes ist unser Wohl, sein Glück ist unser Glück, seine Sprache ist unsere Muttersprache.“²²⁶

Wo von jüdischem Bewußtseinswandel einer Epoche die Rede sein soll, ist es unerläßlich festzustellen, vor welchem Hintergrund der Wandel sich abspielt und was die Ausgangspositionen waren. Während die geistigen Vertreter der Orthodoxie sich bei all ihrem heiligen Eifer für das angestammte und unabänderliche Glaubensgut dem drängenden Ansturm der Zeit nicht widersetzen können und vielleicht nicht widersetzen wollen, spiegelt das orthodoxe Volksblatt die beharrliche Stimmung des breiten jüdischen Publikums. Daß es sich nicht ausschließlich um das orthodoxe Publikum handelte, wurde an schon früher aufgezeigten Momenten der Beharrung deutlich.

VIII

Die jüdisch-liberale Bewegung hätte ihrem Charakter als einer fortschrittlichen Richtung entsprechend den zeitbedingten Neuerungen gegenüber eigentlich elastischer sein müssen, als ihre Presse sie ausweist. Obwohl für einen erheblichen Teil der Zionisten das jüdisch-nationale Bekenntnis sich mit einer religiös-progressiven Haltung fugenlos vereinte, bildete sich ein scharfer Gegensatz zwischen dem jüdisch-nationalen und dem jüdisch-liberalen Lager heraus. Im Grunde handelte es sich um ein begriffliches Paradoxon.

Das offizielle Sprachrohr der Liberalen, die *Jüdisch-liberale Zeitung*, trat erst im Jahre 1921 ins Leben. Ihr voran ging die *Allgemeine Zeitung des Judentums*, die u. a. von Gustav Karpeles und Ludwig Geiger geleitet wurde und später als Untertitel der *C. V.-Zeitung* fortlebte. In dem liberalen Organ macht sich ein ähnlicher Gegensatz zwischen Theorie und Praxis bemerkbar, wie er uns bei der Haltung des C.V. entgegentrat. Im Sommer 1918 z. B. protestierte die *Allgemeine Zeitung des Judentums* heftig gegen einen Grenzschluß gegenüber der ostjüdischen Einwanderung, indem sie einen Aufsatz der *Jüdischen Rundschau* wörtlich übernahm, der schärfstens dagegen Stellung genommen hatte. An den Abdruck knüpft Professor Ludwig Geiger die fol-

²²⁵ AaO, XXXV, Nr. 12 (21. März 1918).

²²⁶ AaO, XXXV, Nr. 49 (5. Dezember 1918).

gende Schlußbemerkung²²⁷: „So selten wir sonst mit dem zionistischen Blatte übereinstimmen können, so möchten wir den vorstehenden Artikel völlig unterschreiben.“ Der gleiche Ludwig Geiger andererseits bespricht um die gleiche Zeit das Buch *Aus dem nahen Osten* von Scholem Alejchem folgendermaßen²²⁸: „Gegen die Titelgebung des Buches . . . möchte ich Einspruch erheben. Denn dieser Titel *Aus dem nahen Osten* entspricht unserm Gefühle wahrlich nicht; geographisch nahe mag uns dieser Osten sein, aber innerlich steht er uns furchtbar fern; wir mögen diese kulturlosen Massen bemitleiden . . . aber wir bekennen, daß sie unserer ganzen Auffassung, unserem Begriffsvermögen unendlich fernstehen.“

Ähnlich widerspruchsvoll ist die Haltung gegenüber dem Zionismus. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß der Grundton der liberalen Presse in bezug auf die eigene Bewegung noch erheblich defätistischer ist als er zeitweise bei der Orthodoxie hörbar wurde. Durchgehend ist die Klage über den Niedergang des Liberalismus zugunsten des Nationaljudentums und der Orthodoxie. „Während die Zionisten durch geschickte und zielbewußte Propaganda weit über den Kreis der Parteigenossen hinaus für das große Palästinawerk Interesse wecken und der idealen Sehnsucht unserer Jugend einen Inhalt geben, während die Orthodoxie durch den Zuzug Gleichgesinnter eine beträchtliche Stärkung erfährt, verliert unsere liberale Partei von einem Tag zum andern an Einfluß und Bedeutung.“²²⁹ Es besteht die Neigung, die Anziehungskraft der innerjüdischen Gegner auf deren geschicktere Propaganda zurückzuführen; aber man verhehlt sich auch nicht, daß es sich um eine religiöse Krise und wohl auch um eine Rebellion gegen zu eng gezogene, wirklichkeitsfremde Schranken handelt, die dem jüdisch-nationalen Gedanken die Chance gibt, sich das ideologische Vakuum zunutze zu machen. So mahnt Heinrich Stern, aus dem eigenen Versagen zu lernen und neue Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung des Liberalismus zu schaffen²³⁰: „Sie [die Jugend] vermißte in unserer Bewegung die Großzügigkeit, den Zusammenhang mit dem Weltgeschehen und lief zum Zionismus viel weniger, weil ihr sein Endziel behagte und seine theoretischen Grundlagen recht waren, als darum, weil sie in den Reihen des Nationaljudentums große Gemeinschaftsarbeit zu leisten glaubten . . . Diese Zeitung soll . . . zeigen, daß man nicht nur vom nationalen und orthodoxen Standpunkt aus Stellung nehmen kann zu dem jüdischen Geschehen auf der Welt, sondern daß auch das liberale Judentum eine solche Stellungnahme möglich macht, ja gebieterisch erfordert . . . Der religiöse Liberalismus hat seine Stätte an allen Orten, wo Juden wohnen. Es gilt, die durch den Krieg zerrissenen Fäden mit unsern Brüdern wieder anzuknüpfen.“

²²⁷ Zit. nach Jüdische Rundschau, XXIII (26. Juli 1918), 229; XXIII (23. August 1918), 261.

²²⁸ Jüdische Rundschau, XXIII (4. Oktober 1918), 314.

²²⁹ Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 16 (21. April 1922).

²³⁰ AaO, II, Nr. 14 (7. April 1922).

Bevor in der Palästinafrage im engeren Sinne die innere Auseinandersetzung zwischen Anhängern und Gegnern anhebt, warnt einer der Führer des liberalen Judentums, Rabbiner Dr. Cäsar Seligmann, es trotz des nicht zu leugnenden Gegensatzes zwischen Liberalismus und Zionismus nicht zu einem Kampfe zwischen den Richtungen kommen zu lassen²³¹. Eine andere Stimme mahnt sogar zur Zusammenarbeit²³²: „Sie [die Zionisten] werden uns in deutschen, wir werden ihnen in palästinensischen Fragen entgegenkommen. Und wenn es etwas gibt, das uns zusammenführt, uns alle, die wir positiv jüdisch gerichtet sind, . . . so ist es die Karikatur eines Juden, wie sie uns aus Naumanns Schilderung ein bißchen lächerlich und ein bißchen drohend entgegenblickt.“

Aber das drohend-lächerliche Spottbild vermochte es nicht, die einträchtige Zusammenarbeit zustande zu bringen. Zwar veröffentlicht die *Jüdisch-liberale Zeitung*²³³ den vollen Wortlaut des Aufrufs für den Keren Hajessod, das Jüdische Palästinawerk, mit sämtlichen Unterschriften, von denen nicht wenige den eigenen Reihen entstammen, z. B. Dr. Baeck, Cohn-Dessau, Dr. Salzberger, Dr. Felix Goldmann, Rabbiner Levy-Mainz, Rabbiner Dr. Max Wiener-Stettin; aber es scheint, als hätten daraufhin Proteste bei der Redaktion die Zeitung zu einer Distanzierung veranlaßt. In einem Leitartikel „Irrungen – Wirrungen“²³⁴ nimmt Hermann Becker diese Distanzierung vor. Auch er stellt bemerkenswerterweise zunächst fest: „Das Judentum, insbesondere das deutsche Judentum, steht gegenwärtig vor einer Schicksalswende, wie sie in seiner Geschichte seit der Judenemanzipation nicht zu verzeichnen war.“ Nach einem kurzen historischen Überblick gibt der Schreiber dann dem Gefühl der Enttäuschung darüber Ausdruck, daß sich alle Opfer, die während des Krieges auf jüdischer Seite gebracht worden seien, als vergeblich erwiesen hätten. Weil infolgedessen „in der vaterländischen Gesinnung der Juden eine natürliche Reaktion“ habe eintreten müssen, „so konnte die zionistische Bewegung sowohl als auch die kulturfeindliche Orthodoxie reiche Erfolge ernten . . . An diesem Wendepunkt steht jetzt das deutsche Judentum.“ Der Zionismus predige die Trennung von der deutschen Kultur und huldige der Idee von zwei Vaterländern. Es sei darum zu verwundern, daß „liberale Rabbiner, Lehrer und Gemeindevorsteher sich einen Teil der zionistischen Schlagworte zu eigen gemacht haben. Auch sie unterschreiben Aufrufe für den Aufbau des heiligen Landes . . .“

Aber wie in andern jüdischen Parteien auch ist in diesen Jahren die Stimme des Fortschritts ebensowenig wie die des unbedingten Stillstandes die letzte, die sich Gehör verschafft. Auch hier folgt ihr in Kürze die von Rabbiner Dr. Sigfried Behrens ausgesprochene Mahnung, bei voller Wahrung des eigenen

²³¹ Zit. nach Jüdische Rundschau, XXIII (22. Februar 1918), 57.

²³² AaO, XXVI (11. März 1921), 136.

²³³ Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 3 (20. Januar 1922).

²³⁴ AaO, II, Nr. 9 (3. März 1922).

Standpunktes dem „Gebot der Stunde“ zu folgen und dem „Gegner zur Verständigung die Hand zu reichen“. Der Zionismus sei mit der Balfour-Deklaration „an ein Ziel gelangt, das ihm die Möglichkeit praktischer Arbeit“ eröffne, und es seien gemeinsame jüdische Bestrebungen vorhanden, die die getrennten Richtungen zusammenzuführen imstande seien²³⁵. Wieder einige Wochen später nimmt Rabbiner Dr. Norden-Elberfeld ganz ausgesprochen für den Palästinaaufbau Stellung²³⁶. Die liberalen Rabbiner, so führt er aus – und korrigiert damit die zu Beginn dieses Abschnittes kritisierte Begriffsverwirrung –, hätten bei der Begründung der Liberalen Vereinigung nicht an einen Kampf gegen den Zionismus gedacht. Ein liberaler Jude könne Zionist, Nicht-Zionist oder Anti-Zionist sein. Der Aufbau Palästinas sei eine allgemein-jüdische und zwar in hohem Grade eine jüdisch-religiöse Angelegenheit. Seiner Sehnsucht nach dem Wiedererstehen eines jüdischen Heiligtums in Palästina brauche sich kein Liberaler zu schämen. Palästina solle wieder zum Mittelpunkt religiösen und kulturellen Lebens werden. Es sei das Land „unauslöschlicher heiliger Erinnerungen und das Land unauslöschlicher heiliger Sehnsucht“.

Doch der Meinungs austausch verstummt nicht. Auch bei diesem entschiedenen Eintreten für Palästina durfte es offenbar nicht bleiben. Als nächster Rufer im Streite nimmt Rechtsanwalt Katzenstein-Bielefeld das Wort²³⁷. Auch er versichert zunächst, daß alle Juden der Welt ein Band umschlinge, daß es „Verpflichtungen . . . gegenüber den verfolgten und bedrängten Stammesgenossen anderer Länder gebe“, und zwar insbesondere solche religiöser Natur. „Aber über diese Bindungen hinaus“, fährt der Schreiber fort, „gibt es für uns keinerlei Gemeinschaft mit dem einer ganz andern Kultur angehörenden Juden des Ostens: er ist uns ein Volksfremder.“ „. . . Palästina ist uns ein fremdes Land“, folgt in Fettdruck, „nach dem uns keine Sehnsucht zieht.“ Es sei falsch zu behaupten, daß die Auseinandersetzung mit dem Nationaljudentum nicht Sache der Liberalen Vereinigung sei. Man solle sich an den Sammlungen für Palästina nicht beteiligen und sich dem zionistischen „Seelenfang“, der leider unter den Nichtzionisten nicht erfolglos geblieben sei, widersetzen.

Auch Rabbiner Dr. Jacob-Dortmund nimmt gegen eine Pro-Palästina-Entscheidung des liberalen Judentums Stellung. Eine Hoffnung, das Land im liberal-religiösen Sinne aufzubauen, bestehe nicht. Dr. Jacob fürchtet, das Eintreten für Palästina könne dem Verdacht Vorschub leisten, daß es sich dabei um einen „Akt der Verzweiflung“ handle. Es könne der Anschein erweckt werden, daß „der Liberalismus . . . an seiner eigenen Lebenskraft verzweifelnd, nach diesem letzten Rettungsanker greift“²³⁸. Vielleicht spreche in

²³⁵ AaO, II, Nr. 11 (17. März 1922).

²³⁶ AaO, II, Nr. 21 (26. Mai 1922).

²³⁷ AaO, II, Nr. 27 (7. Juli 1922).

²³⁸ AaO, II, Nr. 30 (28. Juli 1922).

der Tat „bei einzelnen, die sich dem jüdisch-völkischen Nationalismus in die Arme werfen, . . . die Verzweiflung am deutschen Volk und seiner Zukunft mit“. Sicherlich habe es „erbärmliche Seiten gezeigt“, und seine Zukunft sei „über alle Maßen düster“. Doch dürfe das den Ausschlag nicht geben: „Es ist unser Vaterland, und wir sind Kinder seines Geistes.“

Einen interessanten Schritt vom partei-offiziellen Wege der angeblichen Unvereinbarkeit von Liberalismus und Nationaljudentum tut Rabbiner Dr. Sonderling in einem Aufsatz über den auf dem Boden der Reform stehenden Hamburger Tempel²³⁹. In einer Fußnote fordert er die Revision des seiner Ansicht nach falschen Standpunktes, daß der liberale Gedanke mit nationalem Bewußtsein unvereinbar sei. Im Text heißt es zu diesem Punkte: „Die ausschließliche Betonung des nur Konfessionellen rächte sich. Gewiß ist Judentum zuerst und im wesentlichen Religion . . . Aber! Wir sind doch zum Unterschiede von unserer christlichen Umgebung eine Bekennerchaft auf stammlicher Grundlage, und fast das ganze zeremonielle Beiwerk hat nationale Herkunft und nationale Begründung.“ Fälschlich habe der jüdische Liberalismus die „Kluft zwischen sich und den Juden anderwärts“ aufgerissen. Man habe den „innigen Zusammenhang mit der Gesamtheit“ vergessen. Nun aber deuten die Anzeichen darauf hin, daß sich die Kluft werde überbrücken lassen, denn auch im nationalen Lager sei man im Begriff, die dort so lange geübte „Negierung des Religiösen“ zu überwinden. Männer wie Martin Buber und Achad Haam hätten den Weg gewiesen, den die Jugend beschreiten werde: beide Bewegungen gehörten zusammen.

Noch volle vier Jahre später aber dauert der Gegensatz in ganzer Schärfe fort; denn Heinrich Stern muß Wert darauf legen, nur für sich persönlich zu sprechen, als er zu der von ihm als „lächerlich“ empfundenen Entnationalisierung der Gebetstexte folgendermaßen Stellung nimmt²⁴⁰: „Endlich noch eins, auf die Gefahr hin, hier als starker Rückschrittler verschrien zu werden. Ich halte die Rückrevidierung der Gebetstexte für unbedingt notwendig. Die ängstliche Vermeidung aller Gebete für Jerusalem habe ich niemals verstanden . . . Dasselbe gilt für den Gedanken des Messias und für die Idee der Auserwählung.“

So wogt der Streit der Meinungen hinüber und herüber. Selbst wo eine eindeutige Wendung sich nicht klar ergibt, beweist er, daß die Dinge in Fluß geraten sind. Daß eine entscheidende Neuorientierung nur in seltenen Fällen aufgezeigt werden kann, liegt zum Teil an der Beschränkung dieser Untersuchung auf eine begrenzte Reihe von Jahren. Fest steht, daß Einbrüche in bisher für unverrückbar gehaltene Stellungen erfolgten. Sie zeigten sich manchmal noch deutlicher an der Heftigkeit der Verteidigung als in der Stärke des Vorstoßes. Und sämtliche Einbrüche hatten die gleiche Richtung zu jüdischer Solidarität und jüdischer Positivierung.

²³⁹ Neue Jüdische Monatshefte, III (10. Oktober 1918), 12 ff.

²⁴⁰ Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 47 (24. November 1922).

IX

„Die Jugend ist die ewige Glückschance der Menschheit, die ihr ewig von neuem dargebotene und von ihr ewig von neuem vertane Glückschance.“ Es kann nicht wundernehmen, daß dieses Wort dichterischen Sehertums von Martin Buber in der Zeit ausgesprochen wurde, der diese Untersuchung gilt²⁴¹. „Das jüdische Volk entscheidet heute über sein Schicksal.“²⁴²

Es war eine von Enttäuschung und Erschütterung geforderte Entscheidung, zu der sich die deutsche Judenheit genötigt sah; eine „Herausforderung“ (challenge) im klassischen Sinne des englischen Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee. Und wenn vielleicht dereinst wird gesagt werden dürfen, daß die „Antwort“ (response) nicht ganz unangemessen gewesen ist, so wird an dieser Antwort zugleich abzulesen sein, in welchem Sinne „die Glückschance der Jugend“ in dieser Zeit nicht vollends „vertan“ wurde.

Die schmerzliche Unruhe, die durch den zurückgewiesenen Patriotismus vor allem der jungen Juden erregt wurde, war bis in die Reihen derer zu spüren, für die das Judentum kaum noch mehr als eine so rasch wie möglich zu überspringende Barriere vor der ersehnten einhundertprozentigen „Eindeutschung“ gebildet hatte. Gemeint sind die sog. „paritätischen“ Studentenverbindungen, die es zwar infolge mangelnden Integrationswillens auf der nichtjüdischen Seite nie zu wirklicher Parität brachten, die aber grundsätzlich das Ideal interkonfessioneller Verbrüderung am hartnäckigsten aufrechterhielten; de facto, wenn auch nicht de statute blieben sie fast rein jüdische Verbindungen.

Die Würzburger Verbindung „Salia“ im Burschen-Convent (B. C.) war eine von ihnen. Sie veröffentlichte in zwangloser Folge „Kriegsberichte“ ihrer Mitglieder, die sich zumeist nicht von denen anderer studentischer Verbände unterschieden. In der Nummer aber, die unmittelbar nach der Judenzählung am 1. Dezember 1916 erschien, klingt es wie ein Aufschrei²⁴³: „Gibt es keine Vereinigung, die sich an hoher Stelle laut gegen diese Beleidigung der jüdischen Soldaten wendet?! Wir lassen unsere toten Bundesbrüder nicht beleidigen.“ Und einen Monat später findet sich folgende Feststellung²⁴⁴: „Für den späteren Leser unserer ‚Kriegsberichte‘ wird es von großem Interesse sein, wie, anfangs nur andeutungsweise, dann plötzlich mit einer gewissen gewaltigen Wucht, die Judenfrage jetzt gleichsam offiziell auf der Tagesordnung unserer ‚Salia‘ erscheint.“ Die gleiche Nummer druckt den Brief eines Arztes ab, dessen gleichfalls durch die Judenzählung angeregte Schlußfolgerungen noch deutlicher werden²⁴⁵: „Es ist wohl das erste Mal, daß ein Salier gewisser-

²⁴¹ Der Jude, III (Juni 1918), 99.

²⁴² AaO, 102.

²⁴³ 28. „Salia“-Kriegsbericht (1. Dezember 1916), 43.

²⁴⁴ 29. „Salia“-Kriegsbericht (1. Januar 1917), 42.

²⁴⁵ AaO, 44.

maßen offiziell eine rein jüdische Frage vor das Forum der Verbindung bringt. . . . Nun müssen wir uns aber klar darüber werden, ob dies bei dem Charakter unserer Verbindung als einer ‚neutralen‘ angängig ist, oder ob dieser Charakter so ganz allmählich unbemerkt ein anderer, mehr konfessioneller geworden ist. Ich will gleich bemerken“, fügt der Briefschreiber hinzu, „daß ich dies nicht bedauern würde.“

Von da ab kehrt die Judenfrage in den Spalten der „Salia“-Berichte häufig wieder. Es wird zu verstärktem Selbstbewußtsein gemahnt, wenn auch mitunter wieder davor gewarnt wird, die Jugend mit „derlei Dingen“ zu „belasten“²⁴⁶. Trotzdem ließ sich offenbar die „Belastung“ nicht ganz vermeiden, denn im Sommer 1918 wendet sich ein Mitglied entrüstet dagegen, daß die Verbindung drei Vertreter zu einer Sitzung des Centralvereins entsandt habe. „Seit wann sind die Statuten unserer Corporation dahingehend verändert, daß sie offiziell an derartigen Bestrebungen teilnimmt? . . . Sollte das Schiff unserer Corporation . . . in diesem Fahrwasser weiter geleitet werden, so wäre ich leider gezwungen, die Consequenzen zu ziehen.“²⁴⁷

Am Ende des Krieges ist der Patriotismus offenbar ungebrochen: „Dieses Heer ist unbesiegt“²⁴⁸, heißt es im Schlußbericht. Doch kurze Zeit darauf folgen „Einige Gedanken über unsere Entwicklung nach dem Kriege“²⁴⁹, die zu dem folgenden Geständnis führen: „Fort mit dem greulichen Wort ‚paritätisch‘; es ist verlogen . . . Dieses Wort hat etwas Unwürdiges an sich. Wir sind doch ein Bund von Studenten jüdischer Abstammung, weshalb denn immer darum herum geredet? . . . Ich habe während des Feldzuges jedem, der mich fragte: ‚Ist das eine jüdische Verbindung?‘ mit einem frischen ‚Ja‘ geantwortet . . . Ich halte es für richtig, für unserer ganzen Tradition entsprechend, wenn wir wieder unsern Nachwuchs in guten deutschen, jüdischen Familien suchen.“ Nach solchen weitgehenden Zugeständnissen an den jüdischen Charakter der Verbindung stellt sich der Autor sodann die rhetorische Frage, ob damit nicht die Unterscheidungsmerkmale zwischen B. C. und K. C. völlig verschwinden würden, aber er verneint sie. Man wolle ja nicht wie der K. C. einen „festumschriebenen Kampf“ führen; zwar wolle man überall für Gleichberechtigung eintreten, aber man wolle nicht Gegensätze schaffen und vergrößern, wie es nach der Ansicht des B. C. der K. C. offenbar tat.

Tatsächlich will es bei einem Studium der *K. C.-Blätter* dieser Jahre scheinen, als seien die Voraussetzungen für eine Fusion mit dem sich nur eben vorsichtig an jüdische Fragen herantastenden B. C. nicht gegeben gewesen. Ausgesprochenener als in dem der gleichen grundsätzlichen Richtung angehörenden C.V. machen sich im K. C. die Bestrebungen geltend, jüdische Inhalte neu zu entdecken und zu einer tragenden Kraft der studentischen Gemeinschaft zu

²⁴⁶ 30. „Salia“-Kriegsbericht (1. Februar 1917), 23.

²⁴⁷ 46. „Salia“-Kriegsbericht (1. Juni 1918), 17 f.

²⁴⁸ 50. „Salia“-Kriegsbericht (15. Januar 1919), 16.

²⁴⁹ „Salia“-Bericht (12. April 1919), Beilage.

machen. Zwar sind es – wenn dieser Exkurs noch nachgetragen werden darf – auch im Centralverein die jugendlichen Stimmen, die am nachdrücklichsten zu einer jüdischen Neubesinnung aufrufen: „... die jüdische Jugend, deren Selbstbewußtsein durch den Krieg zweifellos in erfreulichem Maße entwickelt worden ist, betrachtet heute alle jüdischen Fragen mit einer Aufmerksamkeit und einem Eifer, die uns zu den größten Hoffnungen berechtigen“, schreibt ein junger Leser aus dem Felde an *Im deutschen Reich*²⁵⁰. Ständig sei die Zahl der Wißbegierigen im Wachsen, „die ernsthaft in die Welt des Judentums eindringen wollen“. „Seit Jahrhunderten hat keine Zeit ein so großes Geschlecht gefordert“, heißt es im Geist jüdischer Gesamtverantwortung in der Erklärung „einer Reihe jüdischer Feldgrauer“²⁵¹; es gehe nicht nur darum, die Stellung der jüdischen Gemeinschaft im Inland zu wahren, sondern das Elend und die Not von Millionen gequälter Juden in Rußland, der Ukraine, Kurland, Litauen, Polen, Bessarabien, Galizien, Rumänien, Saloniki und auf dem Boden „des uns allen heiligen Landes“ zu lindern und ihre Zukunft sicherzustellen. Einer Forderung dieser Größenordnung könne nur eine jüdische Einheitsfront gerecht werden.

Ähnlich bewegt und um Neuorientierung ringend klingt es auch aus einem Beitrag des Studenten Ludwig Frank²⁵² unter der Überschrift „Antisemitismus und bewußte Jungjuden“: Die Bezeichnung „Staatsbürger jüdischen Glaubens“ reiche nicht aus, denn es handele sich beim Judentum um mehr als jüdischen „Glauben“. Der immer höher ansteigende Antisemitismus habe ein wachsendes Selbstgefühl ausgelöst, wie auch den Wunsch nach vertiefter Erkenntnis. „So fühlen wir, treu uns selbst und in dem Bewußtsein, daß ‚anders sein‘ nicht ‚schlechter sein‘ heißt, daß in uns . . . ein in Abstammung und Religiosität, Geschichte und Tradition wurzelndes Wesen lebendig ist . . ., das wir erhalten müssen, wenn wir nicht damit einverstanden sind, dem wachsenden Assimilierungsprozeß zu verfallen.“ „Selbst bei der vollsten und begeistertsten Hingabe an das Vaterland und seine Kämpfe bleibt das Jüdische, geistig Übernationale in uns, national frei und ungebunden“, tönt es ebenso positiv aus einer Auseinandersetzung von Franz Fuchs mit Jakob Klatzkin²⁵³. Die Grenzen zwischen C.V.-Nachwuchs und K. C. sind fließend; doch kehren wir zum eigentlichen K. C. zurück.

Dort erklärt der einflußreiche Führer beider Organisationen, Dr. David Krombach, nachdrücklich²⁵⁴, daß „die Aufrollung der tragischen Probleme der ostjüdischen Massen das jüdische Gemeinschaftsgefühl von neuem wacherüttelt“ habe. „Unsere Feldgrauen kehren ‚jüdischer‘ heim, als sie hinausgegangen sind . . . So mancher, der bis dahin von seinem Judentum nichts gewußt hat

²⁵⁰ *Im deutschen Reich*, XXIV (März 1918), 112 f.

²⁵¹ AaO, XXIV (April 1918), 173.

²⁵² AaO, XXVI (November 1920), 333.

²⁵³ AaO, XXV (Mai 1919), 220 f.

²⁵⁴ K. C.-Blätter, IX (Januar/Februar 1919), 1 ff.

und nichts hat wissen wollen, ist durch die praktische Lehrschule des Krieges in dem Nebeneinander der Kameraden mit allem Nachdruck zum Bewußtsein seines Judeseins gebracht worden. Meint man mit jenem Mehr an Judentum zugleich“, sieht Krombach sich genötigt fortzufahren, „daß es auf Kosten des deutschen Gemeinschaftsgefühls entstanden sei, so ist auch dieser Wahrnehmung eine gewisse Berechtigung nicht abzuspochen . . . Die bittere Schmach der Judentzählung hat tief getroffen.“ Aber noch hält er die Konsequenz unversöhnlicher Verbitterung, „aus der Gemeinschaft der ewig Unduldsamen zu scheiden und das Band mit dem deutschen Volksganzen preiszugeben“, für eine „gefährliche Selbsttäuschung“. Verwunderlich sei es freilich nicht, daß die gesamte „jüdische Gedanken- und Gefühlswelt sich in Aufruhr und Unordnung“ befinde; denn die „hochbedeutsamen Tatsachen der weltgeschichtlichen Gegenwart“ hätten zu solchen „Schwankungen des Empfindens“ beigetragen: „Die von der Friedenskonferenz zu erwartende Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina, . . . zugleich die völkerrechtliche Anerkennung der kulturellen Autonomie für die Ostjuden.“ Ein neues Gleichgewicht werde sich nur wieder herstellen lassen, wenn auf der einen Seite des jüdischen Wollens *vermehrte und vertiefte [jüdische] Werte eingesetzt werden*²⁵⁵. „Der oft geflissentlich genährte Gedanke, daß lediglich das religiöse Bekenntnis uns von den . . . Gliedern des deutschen Volkes scheidet, die Verkennung gewisser . . . Momente unserer Religion und unserer Geschichte, die Verleugnung unserer besonderen Stammesart, alle diese krampfhaft versuchten Einengungen des jüdischen Fühlens“, durch die man sich vom Zionismus abzugrenzen versucht habe, „werden vor der Macht der warm hervorquellenden jüdischen Empfindungen nicht mehr Bestand haben. Das Bewußtsein der durch Glauben, Stammesart und Geschichte fest begründeten Solidarität mit den jüdischen Brüdern außerhalb der deutschen Grenzen, das man in kleinlicher Scheu vor dem antisemitischen Geschrei . . . mehr und mehr hat verkümmern lassen, bricht sich mit natürlicher Gewalt wieder Bahn.“ Das Basler Programm des Zionismus aber wird auch von einem so begeisterten Juden wie David Krombach abgelehnt. Es gilt ihm nur als „die kolonisatorische Sicherung der ostjüdischen Massen“, während die deutschen Juden weiter „mit allen ihren Lebensfasern im deutschen Gemeinwesen wurzeln“ würden.

In dem gleichen Heft schreibt Dr. Max Oppenheimer²⁵⁶ über den „Zionismus und die deutschen Juden“. Er polemisiert gegen die Stellungnahme des C.V. und des Verbandes der Deutschen Juden zum Zionismus. Weder in Deutschland noch in irgendeinem andern Lande seien die Juden „nur eine Religionsgesellschaft“. Selbst die wissenschaftliche Autorität der Nichtzionisten, der verstorbene Professor Hermann Cohen, habe gesagt, die Juden seien zwar keine Nation, aber eine Nationalität. Dieses Bekenntnis zur jüdi-

²⁵⁵ Im Original hervorgehoben.

²⁵⁶ K. C.-Blätter, IX (Januar/Februar 1919), 9 ff.

schen Nationalität aber bedeute doch immerhin „ein Bekenntnis zum jüdischen Volke“. Jüdische und deutsche Nationalität seien nach seiner, Oppenheimers, Auffassung durchaus vereinbar. „Aber“, so fährt er fort, „wieviel fehlt denn eigentlich noch, um gerade den Charaktervollsten unter den Juden das Leben so zu verbittern, daß sie das bittere Brot der Fremde einem Wohlleben in der Heimat vorziehen... Es brauchen... durchaus keine zionistischen Motive zu sein, welche die Unlösbarkeit der Gemeinschaft zweifelhaft machen.“ In einer Anmerkung der Redaktion, die damals in den Händen von Dr. Felix Goldmann lag, wird der Terminologie widersprochen, und auch in einem eigenen Artikel der gleichen Nummer bezieht Dr. Goldmann einen fast resignierten Standpunkt gegenüber der jüdischen Heimstätte in Palästina. Man habe sich damit „abzufinden“, schreibt er, „daß ein Staatswesen von Juden mit Selbstverwaltung und dem Versuche einer eigenen Kultur entstehen wird... Und wenn in Zukunft sich dort eine Gemeinschaft von Juden angesiedelt haben wird, ... so werden die deutschen Juden nicht beiseite stehen, ... mag auch die neugeschaffene Kultur ihnen noch so gekünstelt vorkommen, die Hauptsache sind die Menschen! Es sind Menschen unseres Stammes, und es ist das Land unseres Glaubens! ... Ob wir die Besiedlung gewünscht haben oder nicht, was vorhanden sein wird, muß auch von uns gestützt werden!“ Da dem Begriff „Volk“ ein „politisch-nationaler Sinn“ beigelegt worden sei, könne man von einem jüdischen Volk nicht sprechen. „Wir reden von der jüdischen Gemeinschaft und verstehen darunter jene Masse, die durch die Vergangenheitswerte gemeinsamer Abstammung, gemeinsamer Geistes- und Leidensgeschichte, wie durch die Zukunftswerte gemeinsamer religiöser Ideale zusammengehalten wird.“

Immer wieder begegnen wir den mühsamen Versuchen, die sich umgestaltenden Ereignisse auf das Prokrustesbett sprachlicher Begriffe zu zwingen. Terminus = der Begriff ist zugleich Terminus = die Grenze. In strenger Übereinstimmung mit der terminologiebewußten Umwelt vermeidet man sprachliche Zugeständnisse, die für prinzipielle Zugeständnisse gehalten werden könnten. Aber wie in dem Märchen von „des Kaisers neuen Kleidern“ ein Kind die Nacktheit des Kaisers enthüllt, so wird auch hier die aus Naivität und Weisheit geborene Offenbarung laut, daß es sich eigentlich nur um einen Streit um Worte handelt. Das „Selbstbewußtsein des Geistes“, mit dem man dem sich neu bewaffnenden Antisemitismus entgegentreten müsse, so führt der K. C. er Paul Meyer aus²⁵⁷, könne nur in dem Empfinden wurzeln, daß die jüdische Religion einen umfassenderen Inhalt habe als nur die Religion. Unbestritten sei, daß das Judentum ein Eigenes geblieben sei. Wie man diese Eigenart benenne, sei letzten Endes gleichgültig, und er würde auch gegen den Begriff „Volk“ nichts einzuwenden haben, da im Grunde immer das gleiche gemeint sei. Es ist charakteristisch, daß der Schreiber ebenso großzügig und

²⁵⁷ AaO, IX (Mai/Juni 1919), Vertrauliche Beilage, 8 ff.

unbedenklich dem Begriff der Assimilation ins Auge schaut und nach Verlust und Gewinn ihre Bilanz zu ziehen unternimmt. Es ist ein bedauerliches Zeichen der Zeit, daß er sich in dem gleichen Zusammenhang gegen den gegnerischen Vorwurf zur Wehr setzen muß, daß der K. C. ein „Verräter an der jüdischen Sache“ sei.

Tatsächlich liegt in jenen Jahren der Wende selbst den radikalsten Vertretern der Assimilation – abgesehen vielleicht von einigen sich außerhalb der jüdischen Gemeinschaft stellenden „nationaldeutschen Juden“ – ein „Verrat am Judentum“ ferner denn je. Eine weitere Tatsache ist, daß es zum Teil die geistige Herausforderung ist, die von den diskussionsfreudigen Wortführern des Zionismus ausgeht, die den statischeren K. C. immer von neuem zu Klärung und Vertiefung des eigenen Standpunktes zwingt. So bekennt sich Erwin Seligmann in einem Aufsatz „K. C.-Geist. Zur Auseinandersetzung mit dem K. J. V. [Kartell Jüdischer Verbindungen]“²⁵⁸ zu Achad Haam mit den Worten: „Wir teilen mit ihm den Willen zur Erhaltung der jüdischen Seele in ihrer wundervollen Eigenart . . . Ich bin fest überzeugt, daß eine Einigung zwischen dem zionistischen und dem K. C.-Standpunkt sich herbeiführen ließe . . . Auch die Zionisten schicken sich an, Golusarbeit zu leisten . . . Die Lösung kann nur lauten: Wir machen ernst mit der Mission des Judentums als des Trägers des religiös-ethischen Menschheitsgedankens, und wir bewahren als kostbarstes Gut die jüdische Seele in ihrer eigengearteten Prägung.“

„Andächtig schwärmen“, das im Sinne von Lessings „Nathan“ immer leichter als „gut handeln“ ist, war damals eine von jungen Juden aller Richtungen gemeinsam gepflegte Übung.

Aber die – auch noch recht jugendlichen – „alten Herren“ sahen darauf, daß die Schwärmerei mit der traditionellen K. C.-Tendenz nicht allzusehr in Widerspruch geriet. Erklärt nach der Übergabe des Palästina-Mandats in San Remo Walter Heimann-Hatry, daß nunmehr „die zionistische oder vielleicht besser gesagt, die nationale Orientierung eines Teils der Juden prinzipielle Anerkennung . . . erfahren“ habe und daß „nach seiner tatsächlichen Anerkennung als geschichtlicher Erscheinung . . . eine Bekämpfung seines Prinzips“ nicht mehr in Frage komme, so trägt ihm das eine redaktionelle Rüge von Goldmann ein²⁵⁹. Beteuert Hans Block, aus voller Überzeugung K. C.er und Nationaljude zu sein und begründet er seine Auffassung damit, daß die Sympathie für das werdende Palästina zur herrschenden Stimmung aller Juden der Welt und ebenso in Deutschland werde, woselbst sich in den letzten Wochen und Monaten sämtliche nichtzionistische Tagungen für das Aufbau-Werk ausgesprochen hätten²⁶⁰, so erwidert ihm Ludwig Holländer: „Aus einem K. C.er wird nie ein richtiger Zionist“, und Siegfried Urias nimmt

²⁵⁸ AaO, IX (März/April 1919), 35 ff.

²⁵⁹ AaO, X (September/Oktober 1920), 107 f.

²⁶⁰ AaO, X (September/Oktober 1920), 106 f.; XI (Mai/Juni 1921), Vertrauliche Beilage, 37 ff.

zwar Palästina für alle Juden in Anspruch, lehnt aber den weitergehenden Inhalt des Zionismus entschieden ab: es gebe nur das Entweder-Oder zwischen national-jüdischer und national-deutscher Gesinnung. Auf dem K. C.-Tag vom März 1921 in Breslau wird mit 37 gegen 24 Stimmen der Antrag der Verbindung „Albingia“ angenommen, nach dem die Mitgliedschaft in der Zionistischen Vereinigung für Deutschland mit der Zugehörigkeit zum K. C. unvereinbar sei²⁶¹. In einem Rückblick auf die Entschließung erwähnt Felix Goldmann lange, oft recht stürmische Verhandlungen, die ihr vorangegangen seien²⁶², und auch die „Vertrauliche Beilage“ der *K. C.-Blätter*, die sie verzeichnet²⁶³, weiß von einer scharfen Kontroverse zu berichten, die bis zur Forderung eines Referendums gegangen sei. Zu diesem Referendum ist es nicht gekommen, und die Zionistentendebatte ebte ab. Vielleicht hing das freilich auch damit zusammen, daß um diese Zeit der ihrem Höhepunkt zutreibenden Inflation die *K. C.-Blätter* immer dünner wurden.

Auch in einer anderen durch Krieg und Nachkriegszeit heraufbeschworenen Auseinandersetzung innerhalb des K. C. war es schließlich die Tradition, die sich gegenüber den von den Jüngeren geforderten Neuerungen durchsetzte: auch im K. C. gab es wie im K. J. V. damals einen heftigen Kampf gegen das Farbentragen und die studentischen Messuren. Aber im Gegensatz zum K. J. V. wurde der Kampf im K. C. zugunsten der Beibehaltung der alten Formen entschieden.

Wie in andern jüdischen Gruppen auch geht die Entwicklung in dieser stürmischen Zeit in Vor- und Gegenstößen vor sich. Aber es ist unverkennbar, daß die Vorstöße innerhalb des K. C. manchmal eine erstaunliche Radikalität und Originalität aufweisen. So dringt in seiner Kritik der Judenemanzipation des 19. Jahrhunderts Fritz Freund²⁶⁴ zu der Forderung einer zweiten Emanzipation vor: „Damals vor reichlich hundert Jahren“, so führt er aus, „wurde der einzelne Jude emanzipiert. Oder besser gesagt, man emanzipierte ihn als Menschen, nicht als Juden.“ Aber: „Die Reghettoisierungstendenzen unserer Tage haben die jüdische Sonderart . . . wieder erstarken lassen.“ Dafür sieht er zwei Gründe: „Einmal der Druck der antisemitischen Bewegung. Zweitens aber, und das ist der ausschlaggebende und tiefere Grund, die Herrschaft jener geistigen Strömung, die man als ‚Ungleichheitsempfinden‘, als Reaktion der für Eigenwüchsigkeit geschärften Sinne auf die Ideen von 1789 begreifen kann . . . Die jüdische Gemeinschaft . . . gewinnt damit nicht mehr wie früher als eine Summe von Individuen, sondern als ein Ganzes . . . einen transpersonellen, kollektivistischen Charakter . . . So muß im bevorstehenden Kampfe um die zweite Emanzipation . . . das Recht für die jüdische Gemeinschaft erstritten werden! Hier handelt es sich . . . um die Verankerung jüdischer

²⁶¹ AaO, XI (März/April 1921), Vertrauliche Beilage, 13 f.

²⁶² AaO, XI (Oktober/Dezember 1921), 140 ff.

²⁶³ AaO, XI (März/April 1921), Vertrauliche Beilage, 13.

²⁶⁴ AaO, XIV (Mai/Juni 1924), 19 ff.

Ungleichartigkeit aber Gleichwertigkeit.“ Ganz gleichgültig, ob diese Forderung von der K. C.-Führung gebilligt oder auch nur anerkannt wurde: daß sie in dieser Form erhoben werden konnte, bezeichnet die Weite des Weges, den der K. C. um diese Zeit zurückgelegt hatte, und die Richtung, die einige seiner Wortführer einzuschlagen im Begriff standen.

Im Märzheft des Jahres 1919 gibt die Monatsschrift *Im deutschen Reich* die Gründung des Wanderbundes „Kameraden“ bekannt. Der Bund stehe „fest auf dem Boden des C.V.“. Es sei sein Ziel, seine Mitglieder „zu selbstbewußten Juden heranzuziehen, die sich unlösbar mit ihrem deutschen Vaterland verbunden fühlen“. Er lehne das Nationaljudentum entschieden ab. Kein Jugendbund jedoch, wenn er wirklich ein solcher ist, läßt seine Tendenzparagraphen lange unangetastet. Die „Kameraden“ waren keine Ausnahme. Von Anfang an bildete in ihren Reihen die Problematik ihrer deutschen, jüdischen und deutsch-jüdischen Identität das bevorzugte Thema der Aussprache. Von Anfang an auch setzte sich gegenüber gewissen entgegengesetzten Bestrebungen der Wunsch nach jüdischer Vertiefung unaufhaltsam durch. „Sie [die ‚Kameraden‘] wollten ins Judentum eindringen“, stellt einer der ihren, Erich Hirschberg, bei einem Elternabend in der Gründungsstadt Breslau fest²⁶⁵, „um bewußte Juden zu werden, die das Recht hätten, stolz auf ihr Judentum zu sein“. Die Entscheidung, im Verein mit den Jugendgruppen anderer Richtungen zum Keren Hajessod beizutragen und für ihn zu arbeiten, war schon vorgegangen²⁶⁶. So braucht man wohl kaum auf die im Jahre 1933 erfolgte Abspaltung der sich für Zionismus und Auswanderung nach Palästina entscheidenden „Werkleute“ zu verweisen, um den im folgenden zitierten Aufsatz von Alfred Berliner in der Zeitschrift des K. J.V., *Der Jüdische Student*²⁶⁷, für eine gute, wenn auch vielleicht teilweise wunschbestimmte Beobachtung zu halten²⁶⁸. Berliner behauptet, daß es dem C.V. mit der Gründung der „Kameraden“ wie mit dem „Zauberlehrling“ ergangen sei: „Die ich rief, die Geister, werd’ ich nun nicht los.“ Beschworen worden sei „der Geist der Jugend, der Geist des frischen Lebens, der Geist des Judentums. Dieser letzte kam zunächst zwar nur als Torso – er hatte nur ein Bein zum Stehen, nämlich die ‚Religion‘. Aber da ihm bald die andern beiden Geister zur Hilfe kamen, wuchsen die fehlenden Glieder nach, und heute spukt im „Kameraden“-Bund ein leibhaftiges, ‚positives‘, ‚kulturelles‘ usw. Judentum ... Die ‚Kameraden‘ leisten uns heute den wichtigsten Dienst, sie schulen einen bedeutenden Teil der assimilatistischen Jugend für eine jüdische Auffassung, die von nationaler nur durch den Namen verschieden ist. Dieser Prozeß ist noch

²⁶⁵ Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 13 (31. März 1922).

²⁶⁶ Jüdische Rundschau, XXIII (1. März 1921), 119.

²⁶⁷ *Der Jüdische Student*, XIX (April 1922), 114 ff.

²⁶⁸ Tatsächlich wurde er in *Der Jüdische Student*, XIX (Mai 1922), 168 ff. in einer Antwort von *Hans Oppenheim* mit dem Titel „KJV und Jugendbewegung“ in wesentlichen Teilen in Frage gestellt.

nicht zu Ende.“ Vor allem der K. C. habe ihn zu spüren bekommen, meint Berliner. Die von ihm gestellten Führer seien zum Teil hinausgeflogen, zum Teil dem K. C. entfremdet worden. Einige „Kameraden“ seien Zionisten geworden und haben sogar „namhafte Führer“ gestellt. „Ich glaube“, schließt Berliner, „daß die ‚Kameraden‘ . . . in einigen Jahren der stärkste Faktor in der nationaljüdischen Jugendbewegung in Deutschland sein werden.“

Verbanden sich in der deutschen Jugendbewegung im Ursprung die Auflehnung gegen Schule und Elternhaus mit dem Suchen nach einer Sinnerfüllung vertieften und geläuterten Deutschtums, so war die unter ihrem Einfluß entstandene jüdische Jugendbewegung von Anfang an auf Neuentdeckung und Neuinterpretation der jüdischen Werte bedacht. Die älteste und für lange Zeit repräsentative, sog. „neutrale“ Jugendorganisation, der Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, aber mußte für sich außerdem auch noch die Umwandlung von einem „Verein“ in eine „Jugendbewegung“ nachholen. Lange Zeit steht dieser Vorgang so im Vordergrund der Erörterungen der Vereinszeitschrift, der *Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands*²⁶⁹, daß es den Anschein hat, als würde sich die „Wesensumformung“, von der man spricht, mehr diesem Ziel als dem der Re-Judaisierung zuneigen. Der Ton ist schwärmerisch, gefühlsbetont, romantisch. Ganz im Stile der deutschen Jugendbewegung wird etwa gegen das „Übermaß an Intellektualismus“²⁷⁰ polemisiert. „Nicht die grinsende, glatte Vernunft“, schreibt Alfred Cahn, „soll uns tragen . . ., sondern das Gefühl unseres innersten Erlebens.“ Träger dieser Ideen ist bezeichnenderweise die sich innerhalb des Verbandes bildende Wanderbewegung. Daß es dieser offenbar nicht ganz gelang, den Verband in eine wirkliche Jugendbewegung umzuformen, geht daraus hervor, daß sich im Jahre 1921 von ihm „als Reaktion gegen Vereinsmeierei“ der „Jung-Jüdische Wanderbund“ (J. J. W. B.) abspaltete. Aber das in der jüdischen Jugendbewegung zu dieser Zeit umgehende Witzwort, daß sie sich „durch Spaltung fortpflanze“, bewahrheitete sich gerade hier höchst augenscheinlich, wobei auch der innerjüdische Meinungsstreit eine Rolle spielte. Da die Mehrheit des „Jung-Jüdischen Wanderbundes“ neutral zu bleiben beabsichtigte, spaltete sich von ihm im August 1921 wiederum eine Gruppe ab, die sich „Jung-Jüdische Schar“ nannte und von der die Zeitschrift des K. J. V., *Der Jüdische Student*²⁷¹, mit Genugtuung berichtet, daß sie in Darmstadt, Frankfurt und Berlin „in musterhafter Weise durchaus zionistisch“ arbeite. Weitere Abspaltungen blieben allerdings auch ihr nicht erspart.

Nicht viel länger neutral blieb auch der „Jung-Jüdische Wanderbund“ selbst. Im Januar 1923 berichtet die *Jüdische Rundschau*²⁷², „daß sich im

²⁶⁹ *Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands.*

²⁷⁰ AaO, XI (Juni 1920), 30.

²⁷¹ *Der Jüdische Student*, XIX (April 1922), 116.

²⁷² XXVIII (16. Januar 1923), 23.

J. J. W. B. in den letzten Jahren eine begrüßenswerte Entwicklung vollzogen“ habe, „die zu einer immer stärkeren Betonung des nationalen Gedankens und der Verpflichtung gegenüber dem Aufbau von Palästina geführt“ habe. Bei seiner Tagung in Frankenberg seien u. a. folgende Beschlüsse gefaßt worden: „Der J. J. W. B. bekennt sich zur jüdischen Volksgemeinschaft ... Als die wichtigsten Aufgaben erachten wir: die aktive und unterstützende Mitarbeit an der Schaffung eines jüdischen Kulturzentrums in Palästina und die Arbeit im Galuth im Sinne der jüdischen Volksgemeinschaft.“ Auch die Forderung des „Maasser“ sei erhoben worden. Von der späteren Entwicklung des J. J. W. B. berichtet Adler-Rudel²⁷³, daß das Jüdische Volksheim im Berliner „Scheunenviertel“ in seiner letzten Periode zu seinem eigentlichen Zentrum geworden sei und hierdurch „erheblich zur Weckung des zionistischen Verwirklichungswillens in der ärmeren jüdischen Jugend in Berlin beigetragen“ habe. Zu den ersten Chalutzim, die nach dem Ersten Weltkrieg von Deutschland nach Palästina gingen – also zu einer Zeit, in der in Deutschland noch kaum ein Anfang der Chalutzbewegung vorhanden war – hätten Jugendliche aus dem Kreise des Volksheims gehört.

Parallel zu dieser inneren Ab- und Umwandlung ist auch in den dem Verband treu bleibenden jungen Menschen das Streben nach stärkerer Anlehnung an die jüdische Entwicklung der Zeit spürbar. „Die jüdische Jugend ist aus dem Kriege mit einer tiefen Sehnsucht nach dem Judentum zurückgekehrt“, erklärte der Verbandsvorsitzende Dr. Alfred Apfel auf einer Delegiertentagung im Sommer 1919²⁷⁴. Da er aber gleichzeitig von der leidenschaftlichen Sehnsucht nach vaterländischer Betätigung spricht, die unter den Jugendlichen herrsche, zieht er sich von zionistischer Seite den Tadel zu, er habe sich als Zionistenfeind erwiesen²⁷⁵. Allerdings wird dabei bemerkt, es habe sich deswegen ein Sturm gegen ihn erhoben. Tatsächlich mußte Dr. Apfel seinen Entschluß und den seiner Mitstreiterin, Dr. Cora Berliner, dem Hauptvorstand des Centralvereins beizutreten, auf der gleichen Tagung verteidigen. Er tat es mit folgenden Worten: „Es scheint doch nicht genügend bekannt zu sein, daß der C. V. sich unter der derzeitigen Führung ganz stark im Sinn positiver jüdischer Arbeit gewandelt hat, und daß die leider noch viel zu zahlreichen Kreise des C. V., die denselben in erster Linie zu einem antizionistischen Sammelbecken machen wollen, ... erheblich an Boden verloren haben.“²⁷⁶ Dr. Apfel ist bemüht, den „neutralen“ Charakter des Jugendverbandes herauszustreichen, indem er die „reinsten Grundsätze des Patriotismus“ der „Pflege bewußten Judentums“ in einem entsprechenden Antrag die Waage halten läßt.

²⁷³ Adler-Rudel, op. cit., 55.

²⁷⁴ Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, X (Juli/September 1919), 52.

²⁷⁵ Neue Jüdische Monatshefte, III (25. Juni 1919), 382.

²⁷⁶ Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, X (Juli/September 1919), 60.

Aber auch hier waren es manchmal Außenstehende oder sogar Gegner, die sich als hellhöriger für die im Gange befindlichen Veränderungen erwiesen. So klagt z. B. in den *K. C.-Blättern*²⁷⁷ Fritz Mendershausen in einem Aufsatz „Wohin geht die Fahrt?“ darüber, daß die neutralen Jugendverbände dem Zionismus zuneigen, bzw. einen günstigen Nährboden für ihn darstellen. Auch in der darauffolgenden Nummer der *K. C.-Blätter*²⁷⁸ behauptet Erich Schlesinger, daß die Mitgliedschaft des neutralen Jugendverbandes zu einem Drittel aus zionistisch beeinflussten Jugendlichen bestehe, und daß auch die übrigen zwei Drittel nie etwas vom C.V. gehört hätten und unter dem Einfluß der zionistisch Entschiedenen für ihn für immer verloren seien.

Die Stimmung, die auf einer späteren Tagung des neutralen Verbandes, am 2. Februar 1921, herrscht, scheint die Feststellungen zu bestätigen. „Es ist aus vielen Gründen erforderlich“, erklärte damals Dr. Apfel²⁷⁹, „daß die nicht-zionistischen Juden so schleunig wie möglich, wenn irgend möglich in vollem Einklang mit der zionistischen Parteileitung Deutschlands, den bisherigen theoretischen Sympathieerklärungen für Palästina Beschlüsse praktischer Natur folgen lassen.“ Es sei zu befürchten, daß „wenn die zur Zeit fast einheitliche Stimmung nicht bald ausgenutzt wird, . . . der Wunsch, großzügige gesamtjüdische [nicht parteimäßige] praktische Palästina-Arbeit der deutschen Juden herbeizuführen, schwerer zu verwirklichen sein wird als heute.“ Dazu bemerkte Kurt Blumenfeld im Bericht der *Jüdischen Rundschau*: „Zum ersten Mal hat der Führer einer der größten jüdischen Organisationen anstelle der üblichen unverbindlichen Sympathieerklärungen auf die Verpflichtung aller Juden hingewiesen, am Aufbau Palästinas praktisch mitzuarbeiten.“

Es war ein Ereignis außerhalb des neutralen Verbandes, nämlich die oben erwähnte Zionisten-Resolution des Centralvereins vom 10. April 1921²⁸⁰, die dieser Entwicklung weiteren Antrieb gab. Unmittelbar nach ihrer Annahme seitens des Hauptvorstands des C.V. fand in Dresden eine Tagung des Jüdischen Jugendverbandes statt. Dort erklärte Dr. Apfel, daß das die deutschen Juden in ihrem jüdischen Grundgefühl aufwühlende Palästina-Problem dicht vor seiner Bewältigung gestanden hätte. Man habe Ernst damit gemacht, die Palästinaarbeit als eine gesamtjüdische Arbeit zu betrachten und die „selbstmörderischen Parteikämpfe“ beizulegen. Diese Möglichkeit scheine durch die Anti-Palästina-Resolution des Centralvereins vernichtet. Die Resolution sei, im Gegenteil, geeignet, „die innerjüdischen Kämpfe in Deutschland zur Siedehitze zu steigern“²⁸¹. „Gibt es noch Auswege aus diesem Tohuwaboju?“ ruft Dr. Apfel verzweifelt aus. Er sowohl wie Dr. Cora Berliner leg-

²⁷⁷ K. C.-Blätter, IX (Juli/August 1919), 115 ff.

²⁷⁸ AaO, IX (November/Dezember 1919), 175 ff.

²⁷⁹ Jüdische Rundschau, XXVI (8. Februar 1921), 73 ff.

²⁸⁰ Siehe S. 568.

²⁸¹ Jüdische Rundschau, XXVI (20. April 1921), 213.

ten daraufhin ihre Mandate im Hauptvorstand des Centralvereins nieder. Die partielle Bundesgenossenschaft beider Organisationen hatte ein Ende.

Dafür nahm Dr. Apfels Eintreten für die Palästinaarbeit an Intensität zu. Im Namen der nichtzionistischen Juden hielt er auf einer Keren Hajessod-Konferenz in Köln am 2. April 1922 eine Rede mit der Überschrift „Der Mutterboden des jüdischen Genius“²⁸², in der er ausrief: „Palästina ist nun einmal das Gemeinschaftserlebnis des modernen Judentums geworden.“ Am 16. bzw. 17. November 1922 melden *C.V.-Zeitung* und *Jüdisch-liberale Zeitung*, daß Dr. Alfred Apfel Mitglied der Zionistischen Vereinigung geworden ist.

Es ist leichter, den Werdegang eines in seiner Bewegung prominenten Individuums zu verfolgen als das wogende Auf und Ab der Bewegung selbst. Aber man geht wahrscheinlich nicht fehl in der Annahme, daß der Gesinnungswandel Dr. Apfels für den des neutralen Jugendverbandes nicht uncharakteristisch war.

X

Die hier vorsichtig tastende, dort leidenschaftlich vorwärts stürmende Suche nach neuen Wegen zu neuen Zielen, die damals die Jugend – und mit ihr erhebliche Teile der Erwachsenen – erfaßt hatte, war eine Folge der großen Enttäuschung, die der Krieg hinterlassen hatte. Er war in einer heute kaum noch nachzuempfindenden Begeisterung begrüßt worden; aber die Hochstimmung war längst in einem Sumpf von Elend und Verzweiflung erstickt. Jetzt erwuchs daraus der Wunsch, ein ganz neues Leben zu beginnen. Er erfüllte nicht nur die Juden, sondern führte in der deutschen Umwelt u. a. zu revolutionären Ansätzen verschiedensten Gepräges. In der zu einem neuen jüdischen Bewußtsein erwachten zionistischen Jugend aber gab es dazu noch die Chance einer völligen Abkehr von dem in Barbarei versunkenen Europa, einer Zuwendung zu dem konstruktiven Ideal des Aufbaus einer neuen, besseren Gemeinschaft auf der Grundlage geläuterter jüdischer Menschlichkeit. Revolution? Ja; aber Revolution durch Veredlung des Menschen. Nationalismus? Ja; aber ein Nationalismus, der die Bejahung anderer Nationen in sich begriff und der nie zu Feindseligkeit und Krieg führen würde.

Es war, wie wir heute wissen, eine Utopie, aber eine Utopie, die den Träumern Ehre machte. Nur ein sehr kleiner Bruchteil dieser Jugend ging, bevor der Zwang der Verfolgung einsetzte, wirklich nach Palästina. Die es taten, taten es mindestens ebenso sehr in Auflehnung gegen das zionistische Bürgertum, wie gegen das jüdische „Establishment“ von damals, das trotz aller Rückschläge sich weiter in Deutschland fest verwurzelt fühlte. Die Erschütterung, die der Kriegsausgang auslöste, bewirkte Veränderungen der verschiedensten Richtungen. Aber eines war allen gemein: das jüdische Leben war in Bewegung geraten.

²⁸² Stimmen deutscher Juden zum Palästina-Aufbau, Heft II, Berlin 1922, 5.

Als im Jahre 1919 die Zeitschrift des K. J. V. und der Jüdischen Turnerschaft *Jüdische Jugend* ins Leben tritt, heißt es im Geleitwort in jugendlichem Überschwang²⁸³: „Die Weltgeschichte hat zu unsern Gunsten entschieden . . . So fällt uns die Rolle der Führer im jüdischen Leben ganz von selber zu.“ Die gleiche Hochstimmung erfüllt einen andern Aufsatz des gleichen Heftes²⁸⁴: „Sie [die Zionisten] stehen heute vor dem ersten Sieg, dessen Nähe niemand – außer Herzl, dem genialen Erwecker – gefühlt hat und dessen Größe alle überwältigt. Die verlachten und totgeschwiegenen ‚Utopisten‘ stehen als die einzigen von den Weltmächten ernst genommenen jüdischen Politiker an der Pforte zum Land ihrer Träume.“

Nicht nur die nationaljüdische Jugend und die vielen andern Gruppen von Jugendlichen, die sich ihr damals näherten, empfanden den Triumph der Erfüllung. Verständlicherweise durchdrang er die gesamte Anhängerschaft des Zionismus, und zwar desto vorbehaltloser, je stärker sie durch politische im Gegensatz zu geistig-ideologischen Motiven dorthin geführt worden war. Aber es bleibt ein – vielleicht sehr jüdischer, vielleicht sogar spezifisch zionistischer – Zug dieser Triumphstimmung, daß sie von Anfang an von Kritik an den äußeren Umständen sowohl wie an der eigenen Haltung durchsetzt war. Sie glitt von Grad zu Grad auf der Gefühlsskala hinab, bis sie manchmal mehr der Verzweiflung als der Siegesgewißheit ähnelte.

Als im Dezember 1918 Hans Goslar zu den Ereignissen das Wort nimmt, ist der Jubel noch fast ungetrübt: „Aus dem Munde der Vertreter sämtlicher Kulturmächte der Welt ist es kund geworden, daß das Anrecht der Juden auf Palästina anerkannt worden ist . . . Die Schranken sind gefallen, das Wunder ist geschehen, der Traum wird Wirklichkeit.“²⁸⁵ Als zu Beginn des Jahres 1919 in London die erste Zionistenkonferenz nach dem Kriege stattfindet, ist auch Fritz Löwenstein davon überzeugt, daß nunmehr „die zionistische Organisation . . . zur unbestrittenen Führerin des jüdischen Volkes“ geworden sei, „seine anerkannte Vertretung, . . . die allein dem 15-Millionenvolk Heimat und Sicherheit erkämpft“ habe. Es handele sich fortan nicht mehr um eine Partei im Judentum: „das organisierte jüdische Volk hielt in London seine erste Tagung nach dem Kriege ab.“²⁸⁶ Selbst Martin Buber spricht trotz der seherischen Last, die zu tragen ihm auferlegt ist²⁸⁷, von der „stolzen Freude“, die überall empfunden werde, wo jüdisches Volkstum oder der Wille zu ihm lebt: „Ich freue mich mit . . . So viele und so lange Jahre war ich mit einem großen Teil meines Wesens Volk, ein getretenes, gehetztes, sein Leben erduldenes Volk; wie sollte ich heut nicht ein sich aufrichtendes, heimkehrendes,

²⁸³ I, Heft 1 (1919), 6.

²⁸⁴ AaO, 20.

²⁸⁵ Neue Jüdische Monatshefte, III (25. Dezember 1918), 125 ff.

²⁸⁶ Volk und Land, I (3./10. April 1919), 417 ff.

²⁸⁷ Der Jude, III (März 1919), 541 f.

sein Leben zu schaffen entschlossenes Volk sein?“ Doch wird bei ihm die warnende Note vernehmbar, die die damals noch weithin übersehene Araberfrage in das Glück des Erfolgs hineinträgt; ein „dauerndes, freundschaftliches Einvernehmen mit den Arabern, . . . eine umfassende brüderliche Solidarität“ ist es, die er herbeisehnt. In dem gleichen Geist nutzt auch Hans Kohn die Stunde der Verwirklichung²⁸⁸: „Der fünfjährige Weltkrieg und die russische Revolution haben eine neue Welt geschaffen . . . Einer neuen Welt sieht sich der Zionismus gegenüber, einer neuen Lage des intellektuellen und Gefühlslebens.“ Aber nur, wenn Messianismus und Sozialismus gemeinsam ans Werk gingen, würden sie aus Palästina Zion machen. Der Staat dürfe kein „Staat“, die Herrschaft keine „Herrschaft“ sein. Palästina sei ein arabisches Land und werde lange ein Nationalitätenstaat bleiben. Ein friedliches und freundliches Einvernehmen zwischen den Nationen sei gefordert.

Als der weitere Schritt zur politischen Verankerung der nationalen Heimstätte in Gestalt der Mandatsübergabe in San Remo erfolgt ist, schreibt voller Zuversicht Michael Jizchaki²⁸⁹: „Diese ‚Erklärung der politisch-nationalen Rechte‘ des jüdischen Volkes, die in San Remo ausgesprochen worden ist, ist nunmehr eine Tatsache . . . Das macht den Tag der Verkündung, den 24. April 1920 zum Datum in unserer Geschichte, zum Wendepunkt, zum Beginn der neuen Ära.“

Aber gleichzeitig – es war in der Zwischenzeit in Jerusalem zu einem Pogrom gekommen, das die Schärfe der Araberfrage grell beleuchtete – setzt auch eine tiefgehende Kritik ein, die zeitweise von Niedergeschlagenheit zeugt. Das Mandat sei zwar erteilt, schreibt Martin Buber²⁹⁰; aber „nun können wir nicht mehr jubeln. Wir sind in eineinhalb Jahren . . . der kalten Pein still geworden.“ Nach Feilschen und Hadern und endlosen Verhandlungen sei es bei den Arabern zu einem Ausbruch aggressiven Nationalismus gekommen. Gerade deshalb ergeht sein Ruf an die Menschen des eigenen Volks, ihre „Seele dem falschen Nationalismus aus den Klauen zu reißen“.

Im gleichen Sinn sieht Achad Haam die Ereignisse²⁹¹. Auch ihm ist der Jerusalemer Pogrom die Folge der „prahlerischen Übertreibungen“, zu denen die Juden durch die Balfour-Deklaration und die Mandatsübergabe von San Remo verführt worden seien. Man habe die Tatsache, daß der von England akzeptierte Text die Koexistenz von Juden und Arabern vorsehe, mißachtet, so daß die Araber hätten fürchten müssen, die Juden kämen, sie zu verjagen.

Ein anderer, den die Gefahr der äußeren Erfolge bedenklich stimmt und damit zu bemerkenswerten Betrachtungen über den Bewußtseinswandel der Zeit veranlaßt, ist Franz Rosenzweig. In einem Brief an die Redaktion der *Jüdischen Rundschau*²⁹², der der Besprechung von Hermann Cohens *Religion*

²⁸⁸ AaO, IV (Februar 1920), 488; IV (März 1920), 567.

²⁸⁹ AaO, V (April 1920), 5 ff. ²⁹⁰ AaO, 1 ff.

²⁹¹ AaO, V (August/September 1920), 257 ff.

²⁹² XXVI (23. Dezember 1921), 729.

der Vernunft aus den Quellen des Judentums gilt, erklärt Rosenzweig, daß der – inzwischen verstorbene – Hermann Cohen auch heute noch wie früher den Zionismus eine „Episode“ nennen würde. Er würde nach wie vor, obwohl zur Zeit die Sympathien für Palästina modern geworden seien, „nicht mitmachen“. „Ich aber“, schließt Franz Rosenzweig seinen Brief, „wünsche Ihnen . . ., daß Ihre Partei dies ganze Geschlecht der San Remo-Zionisten . . . wieder los wird und daß der Zionismus ganz und gar die Sache derer und nur derer wird, die ihn – für keine Episode halten. Ich glaube (und weiß aus beglückender Erfahrung), daß zwischen diesen Zionisten und uns anderen . . . ein tieferer und vollerer Einklang besteht, als zwischen Ihnen und dem Mitläufervolk im jeweils eigenen Lager.“

„Ein tieferer und vollerer Einklang“ zwischen Zionisten und jenen „anderen“, denen Franz Rosenzweig sich zuzählte, schien sich in der Tat vorzubereiten. Aber die Entwicklung zu ihm hin vollzog sich nicht ausschließlich auf der Seite der „anderen“. Die Zionist Dr. Adolf Friedemann, der Vorsitzende des Arbeiterfürsorgeamts der jüdischen Organisationen Deutschlands, bereitete in seiner Weise eine Annäherung vor, indem er darüber klagt²⁹³, daß die zionistische Propaganda sich der veränderten Situation nicht genügend angepaßt habe und „den naturgemäß zagenden und unsicheren Tastversuchen der bodenständigen Kreise“ nicht entgegengekommen sei; sie habe sie, im Gegenteil, immer wieder zurückgestoßen. Worauf es ankomme sei, sich die Diaspora geneigt zu machen, denn in der Diaspora werde die überwiegende Mehrzahl der jüdischen Brüder auch in Zukunft wohnen müssen. Die Furcht des jüdischen Bürgertums andererseits, daß man sich nicht „als ein Mitglied des jüdischen Volkes fühlen . . . und doch mit Liebe an dem Lande der Geburt hängen und mit ihm Leid und Freud teilen“ könne, sei ein Hindernis, das gleichfalls weggeräumt werden müsse. Weder in Amerika noch in England spiele diese Problematik eine Rolle.

Je unzweideutiger sich etwaigen frühen Träumen gegenüber die Gewißheit durchsetzte, daß neben der Stätte jüdischer Sammlung in Palästina die Diaspora als jüdische Lebensform werde fortbestehen müssen, um so intensiver mußte man sich mit der Einbeziehung der Diaspora in das Zukunftsbild beschäftigen. Zwar glaubte Abraham Schwadron das „Dogma von der ewigen Galuth“²⁹⁴ mit der Voraussage widerlegen zu können: „Wenn Millionen Juden einmal gekostet haben werden, ohne Galuth zu leben, so wird keine Schwierigkeit der Welt die andern abhalten, sich mit aller Gewalt und Anstrengung aus der Galuth hinauszudrängen“; aber die meisten seiner Freunde waren realistischer. Ob man die Gewinnung der Diaspora für den Palästina-gedanken propagierte und dabei, wie es Ignaz Zollschan tat, den „Diaspora-Nationalismus“ entschieden verneinte, oder ob man gerade die Nationalisie-

²⁹³ Neue Jüdische Monatshefte, III (10./25. November, 10. Dezember 1918), 58 ff.

²⁹⁴ Der Jude, IV (Juni 1919), 103 ff.

rung der Diaspora forderte, wie es Ernst Pinner im *Jüdischen Willen*²⁹⁵ unter der Überschrift „Das Programm der Zurückbleibenden“ tat, – beiden Richtungen kam es darauf an, angesichts der Vielheit der Gründe, die die Begrenztheit der Palästina-Wanderung offenbarten, die zionistische Idee für die Diaspora und die Diaspora für den Zionismus akzeptabel zu machen. Zollschan nennt sein Buch geradezu *Revision des jüdischen Nationalismus*²⁹⁶. Er erstrebt eine jüdische Einheitsfront auf Grund eines – revidierten – Programms, dem nahezu alle Juden würden zustimmen können, weil dadurch u. a. die Gefahr, daß „ex lege eine Sonderstellung der Gesamtjudenschaft ... für ewige Zeiten“ geschaffen werden könne, gebannt sein würde²⁹⁷. Er spricht auch von einer starken Mißstimmung gegenüber dem offiziellen Zionismus, die aber nicht der palästinensischen Idee, sondern den „innerpolitischen“ Tendenzen der zionistischen Partei“ gelte. Gerade zu einer Zeit, in der es nach seiner Ansicht möglich sei, „die Gesamtheit der Judenschaft für das zionistische Palästinaideal zu gewinnen“, müsse alles getan werden, um zu verhüten, „daß sich die übrigen Organisationen und die weit überwiegende Masse der Juden wieder zu einem Block gegen den Zionismus zusammenschließen und daß die zionistische Partei zum Dasein einer Minorität verurteilt bleibt“²⁹⁸. Als Felix Goldmann zur Gründung der zionistischen Partei „Binjan Haarez“ Stellung nimmt²⁹⁹, bezeichnet er sie als eine auf Zollschan zurückgehende Neuerscheinung und setzt hinzu: „Und in Wirklichkeit ist ihr Ideengehalt eine verschämte Rückkehr zu den Anschauungen, die bezüglich des Nationalismus im Zentralverein und allen deutschgesinnten Kreisen von jeher üblich waren.“ So nahmen sich gewisse Anzeichen eines Bewußtseinswandels im Zionismus im Blickfeld der anderen Seite aus.

Am temperamentvollsten aber nimmt zu ihnen der Oberrabbiner von Schweden, Professor Markus Ehrenpreis, in einem Aufsatz Stellung, den er „Meine Kongreßrede“ nennt, mit dem Zusatz: „Nicht gehalten zum Karlsbader Kongreß“³⁰⁰. „Jeder klar Denkende“, schreibt Rabbiner Ehrenpreis, „weiß heute, daß die Judenfrage ... durch den Zionismus nie und nimmer gelöst werden kann, daß Palästina ... nur einen geringen Bruchteil der wanderbedürftigen Juden aufnehmen wird, daß somit die wirtschaftlich-politische Struktur der Weltjudenheit durch den Aufbau des jüdischen Palästina kaum nennenswert geändert werden mag ... Das Gerede der Golusverneinung nimmt hoffentlich keiner mehr ernst.“ Zwar wollen „Massen ... ihren Rausch haben“; aber das dürfe nicht dazu führen, sich einer „Lebenslüge“ hinzugeben. „Wir sind nicht das jüdische Volk, sondern nur ein gewisser Bruchteil seiner Massen. Seit dreißig Jahren verkünden wir die ganz willkürliche Tei-

²⁹⁵ I (April 1918), 159 ff.

²⁹⁶ Mai 1919.

²⁹⁷ Zit. nach 2. Aufl.: „Vorwort zur ersten Auflage“, 160 f.

²⁹⁸ AaO, 186 f.

²⁹⁹ K. C.-Blätter, XI (März/April 1921), 46 ff.

³⁰⁰ Der Jude, VII (1923), 389 ff.

lung des Judentums in ‚Volk‘ und ‚Antizionisten‘ . . . Wir müssen . . . den Weg zur größten jüdischen Realität finden, den Weg zur gesamten Judenheit.“

„Wir haben uns geirrt; der Zionismus ist nicht die Lösung der Judenfrage“, ist auch in einer anderen innerzionistischen Polemik zu lesen³⁰¹. Aber der enttäuschte Zionist, Davis Trietsch, der dort spricht, legt die Worte der zionistischen Leitung, vor allem der deutschen, zu der er das Vertrauen verloren hat, in den Mund. Er wirft ihr vor, daß sie, seit die äußeren politischen Erfolge erzielt worden seien, einen ‚Minimalismus‘ predige, der die Einwanderung drastisch zu beschränken suche. Davis Trietsch sagt allen denen, die von einer begrenzten Aufnahmefähigkeit des Landes sprächen, erbitterten Kampf an. „Das Geistige . . . in allen Ehren“, eifert er³⁰²; „aber auch die volksfeindliche Verstiegtheit und jene Pseudo-Geistigkeit, die sich auf die falschesten Sach-Unterlagen stützt, dahin, wo sie hingehört: in den Orkus!“

Hie Maximalismus – hie Minimalismus heißt es in dieser Zeit nicht nur für das Teilproblem der Einwanderung. Der Kampf der Extreme mit allen ihren Zwischenstufen ist angesichts der Chance der Verwirklichung in einen Wirbel der Meinungen geraten. In seinem *Heiligen Weg* hatte Martin Buber dem Nationalismus der Völker seine Absage erteilt: „An dem Tage, an dem wir wie alle Völker würden, verdienten wir nicht mehr zu sein.“³⁰³ Daß das nationale Gemeinwesen in Palästina der Welt ein Muster übernationalen, kosmopolitischen, universalen Ethos bieten müsse, wiederholte Max Brod – und nicht er allein – in *Im Kampf um das Judentum*³⁰⁴. Aber, so fühlt er sich gedrängt zu fragen: „Wird nicht auch der Jude, sobald er ein wirklich vorhandenes, nicht bloß gedachtes Palästina zu verwalten, zu verteidigen haben wird, von allmenschlicher Harmonie zu träumen aufhören und sich, um nicht unterzugehen, ‚nach der Weise der Völker‘ einrichten müssen – d. h. die ganze Skala vom Verteidigungs- zum Präventivkrieg und Annexionismus hinableitend?“³⁰⁵ Aber noch glaubt er, daß die Gefahr zu bannen sein werde. Denn der Jude sei festgelegt auf „die notwendige Doppelstellung . . .: anti-national zu sein und zugleich jüdisch-national. Anti-national deshalb, weil die Welt von Mißbräuchen des Nationalismus wimmelt, . . . national deshalb, weil wir unsere Forderungen von vornherein auf das Geistige richten und uns

³⁰¹ Volk und Land, I (4./11. September 1919), 1117 ff.; I (30. Oktober/6. November 1919), 1373 ff.

³⁰² AaO, I (17./24. Dezember 1919), 1609/1610. Einer der entschiedensten Anhänger des Programms von Davis Trietsch war Dr. Joseph Bloch, der Herausgeber der Sozialistischen Monatshefte. Sein Eintreten für sofortige jüdische Masseneinwanderung nach Palästina, auch gegen den Widerstand der Mandatarmacht, war freilich mehr von seiner weltpolitischen anti-englischen Einstellung diktiert als von inner-jüdischen oder gar deutsch-jüdischen Erwägungen.

³⁰³ Rede gehalten Mai 1918, erschienen 1919.

³⁰⁴ Geschrieben 1918, veröffentlicht 1920.

³⁰⁵ Max Brod, *Im Kampf um das Judentum*, Wien-Berlin 1920, 12.

mit einem Minimum begnügen wollen, sofern nur unsere Existenz als Volk gewährleistet wird.“³⁰⁶

Die Denker und Träumer hatten an der Wiege des Zionismus – vor allem in seiner westlichen Prägung – Pate gestanden. Noch diesseits jeder schuldverstrickten Wirklichkeit hatten sie das Bild mit allen leuchtenden Verheißungen, aber auch mit allen strengen Forderungen jüdisch-menschlicher Ethik ausgestattet. Daß „hart im Raume . . . sich die Sachen“ stoßen würden, hatte man lange übersehen dürfen. Aber vielleicht hatte der utopische Überschwang zu lange des strengen Maßes der Wirklichkeit entbehrt. Kaum machten sich ihre Gesetze fühlbar, so schlug die Begeisterung in Depression um. „Das Schicksal des jüdischen Volkes steht in einer Krise“, schreibt Hans Kohn³⁰⁷. „. . . Man hat von einer neuen Zeit gesprochen und in die Fanfaren gestoßen . . . Die Ernüchterung ergreift alle Welt. Man beginnt zu sehen, daß keine neue Zeit begonnen hat.“ Und er beschwört die „Denker und Träumer“, noch nicht abzutreten. Man könne ihrer noch nicht entbehren.

Hans Kohn ist nicht der einzige, der unter der „Krise“ seufzt. Nahum Goldmann³⁰⁸ erhebt die gleiche Klage. Man habe sich zu große Hoffnungen gemacht; sie seien enttäuscht worden. Die Londoner zionistische Leitung mahne zu Geduld und Abwarten, und England treibe eine pro-arabische, fast anti-jüdische Politik³⁰⁹. Es drohe „eine seelische Katastrophe“. Es fehle u. a. „die neue schöpferische hinreißende Idee“. Der Zionismus hätte sie sein können und sei sie eine Zeitlang gewesen. Aber der große Schwung sei ihm abhanden gekommen. Er sei eine bourgeoise Bewegung geworden. Die Möglichkeit, das jüdische Volk „unter der Führung der zionistischen Idee zu einen“, schein ihm „gering, ja fast endgültig dahin zu sein“³¹⁰.

Diese wenigen Beispiele für die Meinungs- und Stimmungsunterschiede innerhalb der zionistischen Bewegung sollen hier genügen. Ihr Zweck war lediglich, darauf hinzuweisen, daß auch das starke magnetische Feld, das zur Zeit der Auflockerung der hergebrachten Beziehungen die Wünsche einer zunehmenden Zahl jüdischer Wortführer zu sich hinzog, keine Einheit darstellte. Auf dem Wege von der Utopie zur Wirklichkeit war es gleichfalls in Bewegung geraten. Von dem „tieferen und volleren Einklang“ zwischen den jüdischen Richtungen, von dem Franz Rosenzweig „aus beglückender Erfahrung“ zu wissen vermeinte, war weder im gegenseitigen Verhältnis, noch in der jeweils inneren Auseinandersetzung viel zu spüren. Aber eben deshalb sei hervorgehoben, daß es immer wieder eine Figur wie Franz Rosenzweig ist, die die streitenden Gegner über sich selbst hinaus zu einer höheren Einheit aufzurufen unternimmt. In einer Besprechung von Rosenzweigs *Zeit ist's*³¹¹ begrüßt es Hugo Bergmann, daß eben diese von Rosenzweig hier ausgespro-

³⁰⁶ AaO, 61.

³⁰⁷ Der Jude, V (November/Dezember 1920), 437 ff.

³⁰⁸ AaO, V (April 1920), 47 ff.

³⁰⁹ AaO, IV (November 1919), 337 ff.

³¹⁰ AaO, V (April 1920), 47.

³¹¹ AaO, III (April 1918), 42.

chenen „Gedanken über das jüdische Bildungsproblem des Augenblicks“ den Beweis dafür erbrächten, daß auch außerhalb des zionistischen Lagers „Freude am Aufbau und Willen zum Schaffen in einem Maße leben“, wie man es besser nicht wünschen könnte. Es sei gut zu sehen, wie nahe die Intentionen dieser deutschen Judenpolitik den eigenen kämen. Ebenso hebt in einer Besprechung von Rosenzweigs *Bildung und kein Ende* Moses Calvary hervor³¹²: „In dem, worauf es ankommt, . . . steht der deutsche Zionismus tatsächlich nicht eben viel weiter als die übrigen deutschen Juden auch.“ Und er läßt dieser Anerkennung des Gegners die folgenden selbstkritischen Bemerkungen folgen: „Es gab in ihm [dem Zionismus] etwas wie eine jüdische Bewegung, inneren Aufruhr der Jugend, Sehnsucht nach Judentum, die sich in die Tat umsetzen wollte; vieles davon hat der Krieg und die Revolution verschlungen. Aus einer jüdischen Kulturbewegung . . . ist er wieder vielfach zu einer Partei, einer politischen Richtung geworden.“ Indem Calvary im Anschluß hieran die jüdisch-europäische Dualität als das zu erstrebende Ziel bezeichnet, beweist er, wie nahe sich im Grunde die innerjüdischen Richtungen gekommen waren. Die Woge, die sie erfaßt hatte, schäumte wieder und wieder zischend auf, wenn die Ströme der verschiedenen Ursprünge aneinanderprallten, sich mischten, auf Abwegen versickerten oder in getrennten Flußbetten vorwärtsstrebten. Aber die Fülle der Wellen trieb sie der gleichen Richtung zu.

Zwei Frauen versuchen, sich den Wandel bewußt zu machen. Die eine in einem einfachen Stimmungsbild, in dem über die Hintergründe nicht reflektiert wird und das nur von dem freudigen Erstaunen über die erlebte Veränderung zeugt. Rosalie Perles, die Frau des Münchner Rabbiners, Sprach- und Altertumsforschers Joseph Perles, versetzt sich in den Geist der Großväter ihrer Generation und stellt sich vor, daß sie aufstehen und unter die Lebenden treten würden³¹³: „Wie würden sie staunen, welch durchgreifende Veränderung mit ihren Nachkommen vorgegangen ist! Wie würden sie staunen, daß das von ihnen befürchtete Aufgehen gar nicht eingetreten ist, daß sogar das genaue Gegenteil sich vollzogen hat! . . . Die Heutigen tragen ihr Judentum stolz zur Schau, von allen Ständen, auf allen Gebieten wird es hervorgekehrt. Sogar die bildenden Künstler unter den Juden, die Maler und Bildhauer, stellen mit Vorliebe jüdische Stoffe dar . . ., noch mehr tritt das jüdische Element in dem Musikleben hervor. Da werden lange Konzertabende mit dem Vortrag jüdischer Melodien, jüdischer Volkslieder und alter Synagogengesänge ausgefüllt. Jüdische Gedichte und Sagen werden von den Vortragskünstlern dargeboten, dramatische Dichter gehen bis in die biblische Zeit zurück . . ., während andere moderne Bilder aus dem Leben der Ostjuden oder der palästinensischen Kolonien dem Publikum darbieten.“ Die größte Veränderung aber sei in bezug auf die Haltung der Jugend festzustellen. Sie

³¹² AaO, V (Mai 1920), 123 ff.

³¹³ Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur, Bd. 22, 1919, 111 ff.: „Unsere Großväter“.

studiere die hebräische Sprache, und selbst die Religion verjüngen sich wieder. Die jungen Menschen hätten sich in eigenen Verbänden zusammengeschlossen, und niemand dürfe mehr wagen, sie zu beleidigen.

Selbst wenn man geneigt sein sollte, diesen gefühlsbetonten Bericht als das einseitige Zeugnis einer selbst vom Erlebnis der neuen jüdischen Selbstbejahung erfüllten Persönlichkeit zu sehen, die den unübersehbaren Komplex der einzelnen jüdischen Wege weder erfassen konnte noch wollte, so muß die Stimme der bedeutenden Historikerin Selma Stern um so ernster genommen werden. Auch sie stellt in einer umfassenden Studie über den „Wandel des jüdischen Frauentypus seit der Emanzipation in Deutschland“³¹⁴ die tief greifende Wandlung fest, legt sich aber zugleich über die Gründe Rechenschaft ab: „Das Erwachen der ostjüdischen Literatur, die nationale Bewegung, das intensive Studium der jüdischen Vergangenheit, das moderne Nationalitätenprinzip, vor allem aber die moderne Psychologie, die dem Unterschied der Nationen und Rassen nachspürt, hat ein helles Bewußtwerden der jüdischen Psyche hervorgerufen. War für die Jüdin der dritten Generation das Judentum nur eine Frage der Religion, so ist es für die moderne Jüdin wie für den modernen Juden eine Frage der Nationalität und der Rasse geworden.“

Die Werke, in denen die gesteigerte jüdische Bewußtheit dieser Jahre sich ihre literarischen Zeugnisse schuf, sind Gegenstand der deutschen Literaturgeschichte, und hier ist nicht der Ort, eine auch nur annähernd zulängliche Übersicht über sie zu geben.* Sie wären ein fruchtbares Feld, auf dem nach jüdischer Sonderart in der Wahl sowohl wie in der Behandlung der Themen zu suchen, zu bemerkenswerten Ergebnissen über Art und Grad jüdischer Bestimmtheit von Dichtern und Literaten führen könnte, die sich selbst vorwiegend oder sogar ausschließlich als Deutsche empfanden. Zunächst einmal war der jüdische Anteil an der allgemeinen literarischen Produktion unverhältnismäßig groß. Schon im Kriege kommentierte Max Brod hierüber³¹⁵ in einem Aufsatz „Unsere Literaten und die Gemeinschaft“. Er nennt als Literaturschaffende Kurt Hiller, Ludwig Rubiner, Hugo v. Hofmannsthal, Franz Werfel, Albert Ehrenstein, Karl Kraus, Paul Adler und Franz Kafka. Judah L. Magnes³¹⁶ schildert die schwere äußere Bedrängnis der deutschen Judenheit und bemerkt dazu: „Um so interessanter ist, daß gegenwärtig die deutschen Juden mehr echte literarische und künstlerische Werke hervorbringen als jeder andere Teil der Judenheit.“ Ebenso sichtbar war die Zuwendung zu jüdischen Stoffen. Es war die Zeit, in der wie kein zweiter Martin Buber – er selbst gewiß kein „Gewandelter“ – mit seinen flammenden Worten in

³¹⁴ Ost und West, XXII (Mai/Juni 1922), 127 ff.

* Siehe hierzu den Aufsatz von Hans Tramer, Der Beitrag der Juden zu Geist und Kultur, im vorliegenden Band (Hrsg.).

³¹⁵ Der Jude, I (Oktober 1916), 457 ff.

³¹⁶ Das Judentum am Ende des Krieges, in: Neuer Merkur, V (August 1921), 360 ff. Zitat: 363.

Rede und Schrift weitere Wandlung bewirkte. Es war die Zeit grundlegender jüdischer Publikationen des anderen jüdischen Großen, Hermann Cohens, und die Zeit ihrer beider wegweisenden Auseinandersetzung. 1920 erschien die deutsche Übersetzung des ersten und zweiten Bandes von S. M. Dubnows *Neuester Geschichte des jüdischen Volkes 1789–1914*, 1922 die zweite verdoppelte Auflage von Leo Baecks *Wesen des Judentums*. Auf dem Gebiete der schönen Literatur erschienen 1918 Stefan Zweigs *Jeremias*, sowie Richard Beer-Hofmanns *Jaákobs Traum* – beides weithin sichtbare Fanale der an Kriegs- und Judennot entzündeten Leuchtkraft.

Eine in diesen Zusammenhang gehörende Überschau förderte auch der an anderer Stelle ausführlich behandelte Briefwechsel zutage, der sich an Georg Hermanns Bekenntnis über seinen Gesinnungswandel angeschlossen hatte³¹⁷. Zu einer Gegenäußerung herausgefordert fühlte sich damals u. a. auch Felix A. Theilhaber³¹⁸, der in einem „Offenen Brief“ ausführte: „Vor Ihnen haben übrigens Moritz Heimann und Brod ihr jüdisches Ich in ähnlicher, ja noch betonterer Weise offenbart, auch Jakob Wassermann . . . Schnitzler ging seinen Weg ins Freie, Stefan Zweig gab sich im Jeremias, Beer-Hofmann sah jüdische Geschichte in Jaakobs Traum, und Arnold Zweig erlebte das Judentum dichterisch im Ritualmord in Ungarn. So haben sich die besten dichterischen Interpreten der deutschen Juden auf ihr Sein besonnen.“ Als dann sehr viel später, schon unter dem Schatten der erzwungenen Emigration, Emil Herz³¹⁹ über den jüdischen Anteil an der deutschen Literatur nachdenkt, sind verständlicherweise seine Sinne geschärft durch das Erlebnis der nationalsozialistischen Verfolgung. Auch er erwähnt die Zweigs, Felix Holländer, Arthur Schnitzler, Jakob Wassermann, Lion Feuchtwanger, Alfred Neumann, Franz Werfel. Er kommt zu diesem Ergebnis: „Aber über dem Leben von allen können als Motto die Worte stehen, die eine Generation zuvor Berthold Auerbach . . . geschrieben hatte: ‚Vergeblich gelebt und gestrebt, vergeblich gelitten und gestritten‘. Alle diese Modernen haben die Tragik ihrer Doppelstellung empfunden. In ihren Werken klingt die jüdische Note an, . . . bald leidenschaftlich anklagend, bald müde verzichtend. Je weiter die Zeit vorrückt, desto schmerzlicher wird der Verzicht. Diese sensiblen Schriftsteller fühlen die Spannungen, das Bedrückende, Nicht-Greifbare, noch nicht Gestaltete, aber unheimlich Reale . . . Unruhe, Unsicherheit, Furcht lähmen ihre Arbeit. Der Donner kommt näher, und bald bedarf es keiner besonderen Feinhörigkeit, ihn zu vernehmen.“

Wenngleich es sich hier um eine nach rückwärts gewandte Betrachtung handelt, trägt sie die Marke der Glaubwürdigkeit auch für das unmittelbare Zeiterlebnis. Insoweit den Schriftstellern einer Epoche eine seismographische Fähigkeit zugesprochen werden darf, wiesen auch hier die Zeichen auf die Ret-

³¹⁷ Siehe S. 523.

³¹⁸ Neue Jüdische Monatshefte, III (25. August 1919), 482 ff.

³¹⁹ Herz, op. cit., 312 ff.

tung eines sich erneuernden Judentums aus dem Chaos einer untergehenden Welt.

„Weniger als je bedürfen wir heut der Bücher. Mehr als je – nein, aber so sehr wie je bedürfen wir heut der Menschen.“ Es ist trotz des Wortlauts kein Widerspruch zu dem Gesagten, der in Franz Rosenzweigs schon wiederholt erwähneter Schrift *Bildung und kein Ende* zum Ausdruck kommt; er nimmt in ihr das Leitmotiv seines zwei Jahre vorher veröffentlichten *Zeit ist's* auf und führt es weiter. Seit der Emanzipation habe man das Leben nur noch mit den „Scheuklappen des Apologetischen“³²⁰ gesehen. Was jetzt gefordert sei, sei der „kleine Ruck“, der darin bestehe, „in einer wirren Welt einmal still vor uns hin ‚wir Juden‘ [zu] sagen und damit zum ersten Mal jene unendliche Bürgerschaft [zu] übernehmen, die der alte Spruch meint, der jeden Juden für jeden Bürge sein läßt.“³²¹ Rosenzweig, jener Prototyp eines „Gewandelten“ dieser Epoche, war auch darin beispielgebend, daß sein eigener Wandel als wandelnde Kraft in die Gemeinschaft hineinwirkte. Auf seine Aufrufe zu einer Verjüngung der jüdischen Bildungsarbeit in Deutschland sind die Gründungen der jüdischen Volkshochschulen und Lehrhäuser zurückzuführen. Am 24. Februar 1919 nahm die Freie Jüdische Volkshochschule in Berlin mit einem Vortrag von Professor Löwe über „Jüdische Volkskunde“ ihre Lehrtätigkeit auf. In der zweiten der genannten Broschüren, *Bildung und kein Ende*, spricht Franz Rosenzweig von seiner Hoffnung, daß sie „der Mittel- und Kernpunkt für das jüdische Leben des jüdischen Menschen“ werden könnte³²². Als am Ende des zweiten Arbeitsjahres die *K. C.-Blätter*³²³ von ihrem guten Besuch berichten, fügen sie hinzu: „Wenn gerade in jüngster Zeit das Beispiel ... auch in andern Städten [Breslau, Frankfurt, Mannheim und München] Nachahmung gefunden hat“, so möge dies als Beweis dafür angesehen werden, daß die Gründung einem wirklichen Bedürfnis der jüdischen Allgemeinheit entsprochen habe.

Zu Beginn des vierten Lehrjahres widmet Richard Koch im *Juden*³²⁴ dem mit Rosenzweig besonders eng verbundenen Frankfurter Jüdischen Lehrhaus eine eingehende Betrachtung. Es sei recht eigentlich seine, Rosenzweigs, Schöpfung gewesen, wenn auch aus seiner Wirksamkeit die Namen von Hermann Cohen und Rabbiner Nobel nicht fortzudenken seien. Als die geistigen Hintergründe der Lehrhausidee erwähnt Koch: „Die zu Ende gehende große Aufklärungsepoche, die Abnutzung der Wissenschaft und Kunst als Ersatz der Religionen, die Zersplitterung der philosophischen Erkenntnis und Skepsis, die wissenschaftliche Vorbereitung einer neuen Einheit von Wissenschaft und Glauben. Dann die Zeit: der Krieg, die Niederlage, die Revolution, die hoffnungslose Verwirrung in den politischen Wünschen; der Antisemitismus und der Zusammenbruch der alten Abwehr, die, auf Humanität und Toleranz

³²⁰ Franz Rosenzweig, *Bildung und kein Ende*, Frankfurt a. M. 1920, 14.

³²¹ AaO, 16.

³²² AaO, 19.

³²³ XI (Januar/Februar 1920), 26.

³²⁴ VII (1923), 116 ff.

angewiesen, mit ihnen gedeihen, und mit ihnen absterben mußte, der Krise im Zionismus und im Liberalismus.“

Symptom zugleich und weiter wirkende Ursache des jüdischen Bewußtseinswandels der Zeit aber waren nicht nur die Volkshochschulen und Lehrhäuser. Nicht nur sie hatte Franz Rosenzweigs Lern- und Lehreifer auf den Plan gerufen. Auch die Gründung der Akademie für die Wissenschaft des Judentums führt Hermann Cohen auf die Anregung „des jungen Historikers und Philosophen Dr. Franz Rosenzweig“ zurück, „der mit heiligem Glaubenseifer von seinem Felddienst aus in seiner Abhandlung *Zeit ist's* den Aufruf an die deutsche Judenheit richtete“³²⁵. In einem Rückblick auf die ersten vier Lehrjahre stattet Professor Julius Guttmann nochmals den Dank an ihn und den Mitvollstrecker seiner Idee, Hermann Cohen, ab und stellt dann die Akademie mitten hinein in den Zeitzusammenhang: „Diese neue wissenschaftliche Organisation ist so aus dem neuen Lebensimpuls herausgewachsen, der das Judentum wieder zu erfüllen begonnen hat. Die schöpferischen Energien der jüdischen Gegenwart haben den Gedanken einer Erneuerung jüdischer Wissenschaft erzeugt.“ Alle jüdischen Richtungen hätten sich zur Förderung vereint. „Der neue jüdische Wille unserer Zeit sucht überall zu einer neuen Erkenntnis des Judentums zu gelangen“, vor allem in der jüdischen Jugend, „die jetzt ihren Weg zum Judentum neu zurückfindet“. Die „Wissenschaft des Judentums“ hätte sich von der geistigen Bewegung der Zeit ferngehalten; die neue Bewegung der „Akademie“ hingegen suche Verjüngung. Sie sehe es als ihre Aufgabe an, die Verbindung zwischen den „in westlicher Umgebung herangebildeten Gelehrten“ und den „mit der traditionellen jüdischen Bildung des Ostens Gesättigten“ herzustellen. Ihr Ziel sei „eine vom Geist jüdischen Lebens bewegte Forschung“³²⁶.

Es kann hier nicht geprüft werden, ob die Akademie die Aufgaben, die die Gründer ihr gesetzt haben, voll erfüllt hat, d. h. ob sie bei der Masse der deutschen Juden wirklich ein Echo gefunden hat. Worauf es in unserem Zusammenhang ankommt, ist die Gesinnung, die aus den zitierten Worten spricht – der Wunsch nach Erneuerung jüdischen Wissens – und die oft ins Ekstatische gesteigerte Betonung eines neu erwachten „Lebensimpulses“ bei den führenden jüdischen Intellektuellen.

Gleichfalls nur um ihres symptomatischen Wertes willen und ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei schließlich noch eine Anzahl von weiteren Entwicklungen auf jüdischem Gebiete erwähnt, die immer wieder von einem erstarrenden jüdischen Bewußtsein und einer nach neuen Bereichen ausgreifenden jüdischen Aktivität zeugen.

Ob es sich – im Februar 1917 – um die Gründung eines Jüdischen Museums durch die Jüdische Gemeinde Berlin handelt, ob um die neuen modernen jüdischen Buchhandlungen „Ewer“ (Dezember 1919) oder „Kedem“ (Januar

³²⁵ Neue Jüdische Monatshefte, II (10. März 1918), 256.

³²⁶ Der Jude, VII (Juli/August 1923), 490.

1921); ob die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden die Einrichtung eines großen Fachausschusses für jüdische Auslandshilfe beschließt³²⁷; ob anstatt der lang erstrebten, aber erst unter dem unmittelbaren Eindruck der Nazikatastrophe endlich verwirklichten jüdischen Gesamtorganisation im Sommer 1922 doch immerhin der Preußische Landesverband Jüdischer Gemeinden ins Leben tritt³²⁸, oder auch nur im Auswärtigen Amt ein Dezernat für jüdische Angelegenheiten unter Professor Dr. Sobernheim errichtet wird – überall gibt es Anzeichen einer neuen Bewegtheit in allen Sphären jüdischen Lebens, die auf mehr Eigenständigkeit, die Aneignung erweiterter Tätigkeitsgebiete, auf eine neue jüdische Selbstbesinnung schließen lassen.

XI

Was war geschehen? „Heute trennt sich das jüdische Volk von den andern Völkern in dem Augenblicke, wo das deutsche Staatswesen . . . mit der vollen Gleichberechtigung der Juden ernst macht“; so beschreibt Arnold Zweig die Situation³²⁹. Wahrscheinlich ist von keinem Zeitgenossen das dramatische Kräftespiel zwischen äußerer Erfüllung und innerer Entziehung, zwischen Hingabe, Schöpfertum, Zurückweisung und Selbstbesinnung tiefer erfaßt worden als von diesem hell bewußten Opfer der Tragödie. Ohne durch die diversen zeitbedingten Masken des Antisemitismus sich beirren zu lassen, sieht er sein bedrohliches Wachstum als ein Produkt des Verlangens der Deutschen, sich ein Fluchtziel aus der Erkenntnis des eigenen Versagens zu schaffen. Zu einem „Phänomen nationaler Hysterie“³³⁰, zu einem „Rudel von Affekten“³³¹ sei in dieser Weltstunde geworden, was man lange Zeit fälschlich als Atavismus abtun zu können geglaubt hatte, worin sich jedoch eines der Daseinsgesetze des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Mehrheit und Minderheit manifestierte. Wie Arnold Zweig den kultivierten Antisemiten versteht, der sich selbst bejahe, ohne den Juden zu verneinen, der sich aber in seinem Kulturbewußtsein durch die konfliktreiche Berührung mit den Juden gestört fühle, so ist er, bei aller Einsicht in ihre Verirrungen und Gefahren, auch von einem tragischen Enthusiasmus für die Assimilation erfüllt. „Ihre Repräsentanten sind Husserl, Cohen und Simmel, Heimann, Bab und Kerr, Gundolf, Borchardt und Hofmannsthal, Bruno Walter, Siegfried Ochs und Joachim Liebermann, Wassermann, Mombert, Döblin, Paul Adler und Sternheim – und Brahm und Reinhardt; ganz und gar erfüllt das Deutsche ihr Bewußtsein und ihr Leben: und wenn sie vor einem Erlebnis deutscher Kunst erschüttert

³²⁷ Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 12 (24. März 1922).

³²⁸ AaO, II, Nr. 26 (30. Juni 1922).

³²⁹ Der Jude, V (Februar 1921), 629.

³³⁰ AaO, V (Mai 1920), 65 ff.

³³¹ AaO, V (Oktober 1920), 373 ff.

und hingerissen atmen, erleben sie mindestens so sehr das Deutsche wie das Kunsthafte. Ihnen sagen, daß sie Juden sind, heißt ihnen nicht viel mehr als einen besonderen Akzent auf Körperlänge oder Haarfarbe zu legen . . . Sie wissen zu gut, daß dieses deutsche Volk ein Gemisch von deutschen Stämmen tiefster Verschiedenheit . . . ist und fügen den jüdischen Bestandteil diesem werdenden Volkstum gelassen und gerechtfertigt ein. Und wir sind nicht dumm genug zum Widerspruch.“³³²

Aber Arnold Zweig weiß auch, daß es gerade „der edle und reine, in deutscher Umwelt erwachsene Jude“, nicht der jüdische „Pfuscher“ ist, dem der neu entbrannte Kampf gilt³³³. „Je mehr er sich selbst verleugnet, je tiefer entzündet und hingegeben an die Größe, Weite und Mission seines Heros er sich verschwendet . . ., um so boshafter verzerrt sich die heroische oder liebenswerte, bahnbrechende oder lebenbezwingende Gestalt . . . vor den Augen des verführten und belogenen Volkes.“³³⁴ In solcher Zerrissenheit habe das Leben der jüdischen Gemeinschaft sich nicht anders darstellen können als „niedergehend und dissonant, konfliktvoll und tragisch; niedergehend als Teil des jüdischen Volkes, dissonant zum Deutschtum, konfliktvoll im Verhältnis zur Öffentlichkeit und voll tiefer Tragik für die edelsten und wertvollsten Individuen, sofern sie innerhalb der deutschen Kultur und als Teil des deutschen Volkes ihren Ort“ gesehen hätten³³⁵. Trotz allem ist Arnold Zweig nicht bereit, vor der so konfliktreichen Realität zu kapitulieren. Zwar empfindet er in heller Klarheit den Zeitpunkt der Wende, aber noch glaubt er nicht an eine endgültige Trennung von Deutschen und Juden, die nach seiner Auffassung die deutsche Nation sprengen würde³³⁶. „Wir stehen vor der kühnsten Wendung, die je ein Volk gewagt hat: bar jeder äußeren Macht, politischer wie wirtschaftlicher, ganz aus der Seele nur ein Volk zu sich zurückzubringen“, die „innere Trennung von der europäischen Umwelt“ zu bewirken³³⁷. Er begrüßt es, daß das Judentum ein Maximum von Forderungen geltend mache, „indem es sich als Nation konstituiert, in den Ländern jüdischer Massensiedlung und in den Nationalitätenstaaten . . . Autonomie beansprucht und ein jüdisches Gemeinwesen gründet . . . das neue Land Israels“. Aber trotz „innerer Trennung“ und solcher neuer Anfänge werde das Zusammenleben von Deutschen und Juden fort dauern. Der Jugend müsse die Wahl zwischen beiden Daseinsformen freigegeben werden. Vor allem müsse auch von dem assimilierten und deutsch-jüdischen Juden gefordert werden, daß er klar zu scheiden lerne „zwischen dem legitimen Anspruch des Staates auf treues Bürgertum und redlichem Bürgerdienst und den Übergriffen eines hypertrophierten Natio-

³³² AaO, V (Februar 1921), 627.

³³³ AaO, V (November/Dezember 1920), 454.

³³⁴ AaO, 451 f.

³³⁵ AaO, V (Oktober 1920), 388.

³³⁶ AaO, 377.

³³⁷ AaO, II (April/Mai 1917), 21 ff.

nationalismus, der die Selbstaufgabe als Preis für Bürgerrechte verlangt“³³⁸. Auch er müsse „ein voller Jude“ zu sein lernen.

So war für Arnold Zweig die „Trennung“ des jüdischen Volkes von dem deutschen, von der er gesprochen hatte, noch keineswegs eine totale. Wohl sah er eine innere Ablösung voraus, aber schließlich doch eine Neu-Einfügung des innerlich abgelösten, d. h. seiner selbst bewußt gewordenen jüdischen Teils in die staatliche Gesamtheit. Ein ähnlich beschaffenes Ziel zeigt sich von ähnlichem Ausgangspunkt aus auch Hermann Cohen, dessen Werk anderen Sphären angehörte als sie uns hier beschäftigen, der aber, wie schon mehrfach betont wurde, doch nicht selten ein Wort zur Zeit sprach. Auch er fühlt sich schon 1917 bewogen zu fragen: „Was hat sich in unserer heutigen Lage unseren deutschen Staatsgenossen gegenüber verändert?“³³⁹ Nach der einigenden Kriegsbegeisterung und den gemeinsamen Opfern stoße man den Juden „in solchen Tagen tiefer Trauer . . . nun noch diesen besonderen Dolch ins Herz . . ., sodaß man zu dem teuflischen Verdacht gebracht“ werde, als ob man den Patriotismus der Juden vereiteln wolle, weil er den Deutschen „das Konzept für ihren Haß verdirbt“. Für ihn lautet in der ihm eigenen, schon erwähnten Terminologie die Konsequenz dieser Lehre, daß die Bekenner der jüdischen Religion „zwar, um diese zu erhalten und ihren Fortbestand zu sichern, ihre Nationalität zu wahren haben, daß sie aber in dieser Wahrung keineswegs ihre Pflicht verkümmern lassen für ihre Zugehörigkeit zum deutschen Nationalstaat“. Denn die jüdische Religion bedürfe für ihren Fortbestand des Fortbestandes der jüdischen Nationalität; der Begriff der Assimilation, wie er von den Judengegnern aufgefaßt werde, sei gleichbedeutend mit Ausrottung. Sei denn, so fragt Hermann Cohen, „der moderne nationale Staat etwa durch eine Nationalität bedingt?“ Beruhe nicht seine Modernität „gerade in der Aufgabe, . . . verschiedene Nationalitäten in der Idee des Staates zu der Einheit einer Nation, eines nationalen Staates zu vereinigen?“ „Wir sind Deutsche, weil wir Deutsche sein wollen“, fährt er fort; jede Assimilation aber, wie sie die Gegner fordern, sei „Falschheit“, sei ein „plumpes und gleißnerisches Wort“.

So strebte in einigen der geistigen Wegbereiter auch das sich vertiefende jüdische Eigenbewußtsein noch zu dem Zusammenhang mit der deutschen Umwelt hin, einer Umwelt allerdings, die von der monolithischen Form des herrschenden Nationalismus sich zu dem entwickelt haben würde, was man heute den pluralistischen Staat zu nennen gewohnt ist. Doch dürften solche Versuche eher einem dritten Stadium zuzurechnen sein, einer Synthese auf höherer Ebene. Die unmittelbare Gegenwart stand noch im Zeichen der Antithese, eben jener reaktiven Emotionen auf den Rückschlag in der deutsch-jüdischen Integration, die die These, den Ausgangspunkt des Prozesses gebildet hatte. Noch war das entscheidende Neue jene jüdische Bewußtwerdung, die

³³⁸ AaO, V (Februar 1921), 631.

³³⁹ Neue Jüdische Monatshefte, I (25. Januar 1917), 223 ff.

selbst da, wo sie nicht auf territoriale Trennung abzielte, ihr zukünftiges Verhältnis zur Umwelt vorwiegend als Abkehr und Ablösung empfand.

Für den Fortschritt kultureller Angleichung ist es wichtig, vielleicht unerläßlich, daß die sich angleichende Gemeinschaft die sie umgebende Mehrheitsgesellschaft als höherwertig anerkennt. Mit geringen Ausnahmen hatte die aus dem Ghetto entlassene Judenheit, „geblendet von der Sonne der Humanität“³⁴⁰ – in Wahrheit und Irrtum –, die deutsche Umwelt so gesehen. Dieser Sicht war ihre Hingabe entsprungen und alle die großartigen Manifestationen, die als einer von vielen Arnold Zweig erschüttert geschildert hatte. Aber: „Die Deutschen haben sich als schlechte Siegelbewahrer des Menschentums bewährt“, hatte Georg Hermann geklagt; „es ist vergeblich“, lautete Jakob Wassermanns resigniertes Fazit. Mit dem Absturz in die neue Verzweiflung nach der großen Illusion des Kriegsrausches endete für viele deutsche Juden die Vorstellung, daß die deutsche Welt ein Preis sei, um den es sich noch zu ringen lohnte.

XII

Die Wirkung politischer Krisen und kultureller Spannungen auf Minderheitsgruppen noch so verblaßter Identität ist Gemeingut historischer, soziologischer und sozialpsychologischer Forschung. Sie führen zu einem verstärkten kollektiven Selbstbewußtsein innerhalb der Gruppen, durch das sich die ihr angehörigen Individuen für den geschwächten Gesamtzusammenhang zu entschädigen suchen. Jacob Burckhardt³⁴¹ spricht von den „geschichtlichen Krisen“ als den Auslösern gewaltiger Kräfte, denen die „Emporstrebenden“ „den idealen Glanz verleihen“. „Der Volksgeist im größten Sinne des Wortes kann sich als ein unterdrückt gewesener bewußt werden.“³⁴² „Und nun beginnt das brillante Narrenspiel der Hoffnung, diesmal für ganz große Schichten eines Volkes in kolossalem Maßstab. Auch in den Massen vermischt sich der Protest gegen das Vergangene mit einem glänzenden Phantasiegebilde der Zukunft, welches alle kaltblütige Überlegung unmöglich macht.“³⁴³ In der nüchternen Sprache eines der Klassiker der Sozialpsychologie, William McDougall³⁴⁴, stellt sich der Vorgang folgendermaßen dar: „Of all forms of intercourse, conflict and competition are the most effective in developing national consciousness and character, because they bring a common purpose to the minds of all individuals . . . It is under these conditions that the idea of the nation and the will to protect it and to forward its interests become predominant in the minds of individuals.“ McDougall lehnt sich in seinen Untersuchungen über das Wesen der Nation an Professor Ramsay Muirs Werk *Nationalism*

³⁴⁰ Der Jude, II (April/Mai 1917), 26.

³⁴¹ Weltgeschichtliche Betrachtungen, Bern 1941, 267.

³⁴² AaO, 261. ³⁴³ AaO, 267.

³⁴⁴ The Group Mind, Cambridge 1939, 166.

and *Internationalism*³⁴⁵ an. Dieser nennt sieben Vorbedingungen für die Existenz einer nationalen Gemeinschaft. Es sei in unserm Zusammenhang als eine Art Randbemerkung festgehalten, daß er sechs dieser Vorbedingungen für entbehrlich hält, nur die siebente für unerlässlich. Diese lautet folgendermaßen: „Besitz einer gemeinsamen Tradition, der Erinnerung an gemeinsam ertragene Leiden und gemeinsam errungene Siege, die fortleben in Liedern und Sagen, in den teuren Namen großer Persönlichkeiten, die in sich selbst das Wesen und die Ideale der Nation zu verkörpern scheinen, und ebenso in den Namen der heiligen Plätze, die dem nationalen Gedenken geweiht sind.“³⁴⁶ Während also etwa das Zusammenleben in einem geschlossenen Gebiet, Einheit der Rasse, Einheit der Sprache etc. für den nationalen Zusammenhang als nicht erforderlich bezeichnet werden, sieht Muir und mit ihm McDougall in dieser siebenten Vorbedingung den „mächtigsten aller eine Nation konstituierenden Faktoren“, ja den einzig wirklich unerlässlichen. So ist nach diesen Theoretikern des Nationalismus von allen Kriterien das allein unentbehrlich, das die Diaspora-Judenheit, der fast sämtliche nationale Kriterien fehlten, tatsächlich besaß.

Während McDougall die Idee der Nation – er schrieb 1920 – noch als die beherrschende Idee der Weltgeschichte bezeichnet, ist Karl Jaspers der Wortführer der unmittelbaren Gegenwart, wenn er erklärt, daß „auf das Ganze gesehen . . . offenbar die Zeit der Nationalstaaten vorüber“ sei. „Jedoch ist“, so fährt er fort, „vermöge des Fortlebens der Gespenster der Vergangenheit heute noch, und sogar gesteigert, vom Nationalen die Rede, während es schon nicht mehr ein Faktor des politisch entscheidenden Geschehens ist“³⁴⁷. Dieser Widerspruch wird auch von Alfred Weber³⁴⁸ mit Bedauern festgestellt. „Die Erdverkleinerung, die alle technischen Möglichkeiten gegenseitiger Verständigung erhöhte, hat diese Verständigung nicht gefördert. Sie hat das . . . als solches wertvolle nationale Bewußtwerden früher im Schoße größerer Einheiten ruhender, nicht nur führender, sondern auch bisher geführter Völker bis zu einer Überhelligkeit gesteigert.“ Bei äußerer Angleichung sei eine „see-lische Verdichtung in der als Wert empfundenen Verschiedenheit“ feststellbar. „Der neue kleine Stern, auf dem wir leben, scheint . . . wie ein zu klein gewordener Raum die gegenseitige nationale Abstoßung zu fördern.“

Während in dieser Sicht das Negative des nationalen Antagonismus überwiegt, gelingt es Hans Kohn, obwohl er die Überzeugung vom Niedergang der nationalen Idee teilt, das scheinbare Paradoxon, daß gerade jetzt die Juden sie für sich neu entdeckt hätten, in hellerem Lichte zu sehen.³⁴⁹ Der Mythos des Nationalismus als des letzten ordnenden Prinzips der Geschichte, so glaubt auch er, sei tot. Aber noch herrsche viel „Wildheit und Verwirrung“,

³⁴⁵ London 1917.

³⁴⁶ *McDougall*, op. cit., 97.

³⁴⁷ Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, Taschenbuch-Ausgabe, Frankfurt a. M.-Hamburg 1956, 194 f.

³⁴⁸ *Weber*, op. cit., 427.

³⁴⁹ *Der Jude*, VI (August 1922), 674 ff.

und es sei die Aufgabe des heutigen Menschen, in dieser Wirrnis zu leben. Auch die deutsche Jugendbewegung habe inmitten dieses Widerstreits die nationale Idee umworben und einen nationalen Aufschwung zur Ursache sowohl wie zur Folge gehabt: „Man spürt überall die Verzweiflung der glaubens-, der mythoslosen Zeit, die Müdigkeit des Endes, aber man will sich ihnen entreißen, ein neuer Sang der Lebensbejahung und starken Mutes soll anheben . . . Unter den Juden war es Martin Buber, der dieser Bewegung Ausdruck und Form verlieh . . . Der jüdische Nationalismus wurde vor den Richterthron der moralischen Werte, der Ewigkeit gestellt.“

Inmitten der „Wildheit und Verwirrung“ der Zeit fühlt man sich vor den Richterthron der Ewigkeit gerufen. Eine grandiose Utopie des Restes, der zurückkehren würde, hatte diese Schar ergriffen, die entschlossen war, der Rest zu sein. Sie würde das Urteil der „moralischen Werte“ kaum zu scheuen brauchen. Gewiß war da jede Versuchung des Traumes, der Wirklichkeit zu entgehen, jedes Maß an Irrealität, ja an Irrationalismus. Gewiß war da auch ein oft allzu unkritisches Zurückweichen vor zeitgebundenen Versuchungen, wie der Mystik von Blut und Boden oder der summarischen Absage an gesellschaftliche Ordnungsprinzipien überzeitlicher Geltung wie den Liberalismus als geistige Leitidee. Bevor der Geist der Umwelt seiner schaurigsten Entartung anheimfallen sollte, aber doch schon auf dem Wege dahin, hatte er der jüdischen Gemeinschaft in seiner Mitte noch diese Gabe anvertraut, diese romantische Phantasie mit ihrer Hoffnung und ihrem Verhängnis. Es darf gesagt werden, daß die Juden von ihrem kurzfristigen Recht zu träumen, bevor sie unwiderruflich mit der Realität konfrontiert wurden, keinen schlechten Gebrauch gemacht haben. In ihren Vorstellungen von dem Land der Zukunft fehlt es weder an Großmut nach außen, noch an entsagungsvoller Strenge gegen sich selbst. Mindestens für diesen Ausgangspunkt bilden sie darum eine rühmliche Ausnahme von der von Robert Michels³⁵⁰ formulierten Norm, nach der Mission stets einen aggressiven Charakter habe, weil „der Glaube der nationalen Einzelteile der Menschheit, Missionen erfüllen zu sollen“, „ganz Willkür“ sei, „jeder Nachprüfung entzogen, gegebener Mutterboden für Psychosen“.

Aber nicht nur die Stimmung der Zeit, auch ihre Realität drängte in die gleiche Richtung. Mochte in der Sicht ihrer Philosophen die Weltstunde des Nationalismus vorbei sein; in der sich zur Geschichte formenden Politik der Kriegs- und Nachkriegszeit reifte sie noch ihre reichsten Früchte. Mit der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker hatte Woodrow Wilson ihr das Stichwort gegeben, dessen Wirkung nicht leicht zu überschätzen ist. Von der „Wucht des nationalen Gedankens“ im jüdischen Bereich spricht ein Außenstehender schon im Kriege, der österreichische Sozialist Pernerstorfer³⁵¹: „Alle Nationen werden nach dem Kriege kommen . . . Auch die Juden

³⁵⁰ Patriotismus, München-Leipzig, 1929, 41.

³⁵¹ Der Jude, I (August 1916), 308.

werden kommen.“ Mit der Frage „Ja, sind sie denn eine Nation?“ wird er sich der Fragwürdigkeit bewußt, aber nur, um sie mit einer bejahenden Antwort zu verwerfen. Als dann Wilsons explosive Parole ihre Kraft entfaltet, sind die Juden ihre Anhänger und zugleich ihre Opfer. Auch sie fühlen sich dadurch zur Selbstbestimmung legitimiert; doch vor jeder Möglichkeit ihrer praktischen Verwirklichung beraubt sie der Zerfall der großen Staatenverbände in Mittel- und Osteuropa der gewohnten Lebenszusammenhänge. Wenn sich diese Vorgänge auch vorwiegend außerhalb der deutschen Grenzen abspielen, so erstreckt sich ihre Wirkung doch bis ins Inland. „Die Juden fast der ganzen alten Welt“, schreibt Felix A. Theilhaber³⁵², „wurden zu Millionen aus den Reichsverbänden, in denen sie lebten, herausgezerrt und neuen Staaten und Völkern zugeteilt . . . Diese Durchrüttelung der Juden, die Zerreißung all ihrer Gemeinschaften zeigt überall andere Formen, weist jeweils auf neue Probleme hin.“ Trotz solcher noch unübersehbarer Einordnungs- und Anpassungsschwierigkeiten sieht doch auch Theilhaber in der „Anerkennung der nationalen Rechte des jüdischen Volkes“ das „wertvollste Ergebnis der Weltkriegszeit“. „In der großen französischen Revolution“, so folgert auch er, „wurde das Recht des einzelnen Individuums aufgestellt . . . Der Weltkrieg findet seinen Abschluß in der grandiosen These, daß die Freiheit und Gleichheit der Völker, des Kollektivbegriffs der Einzelnen, anerkannt werden muß.“ Dies ist ein weiteres Beispiel für die Kluft zwischen den damals herrschenden Illusionen und der Wirklichkeit.

Ein anderer, anonym er Autor sieht gleichfalls das Risiko der neuen Kleinstaaterei für die jüdische Situation, kommt aber zu sehr individuellen Schlußfolgerungen³⁵³: „Man muß weit in die jüdische Geschichte zurückgreifen, um einen Zeitpunkt zu finden, in welchem die ganze Judenheit sich in einer so gefährlichen Lage befand wie jetzt nach dem Zusammenbruch des alten Europa, da eine neue Epoche der Weltgeschichte heranbrechen soll.“ Eine der Hauptgefahrenquellen sieht auch er in dem Zerfall der Donaumonarchie. Nach eingehender Schilderung der Rolle der Juden in den bisherigen Auseinandersetzungen der Nationalitäten erhebt der Schreiber die Mahnung an sie, sich nie und nirgends zu Helfern der neuen Starken gegen die Schwachen machen zu lassen, sondern, im Gegenteil, immer für die Unterdrückten einzutreten. Denn dazu seien die Juden in der Welt: „Mein ganzes vieltausendjähriges Dasein war eine ununterbrochene Kette von erduldetem Unrecht und Vergewaltigung. Wenn das einen Sinn hat, so kann es nur der sein, daß ich jedes Unrecht, jede Mitwirkung am Unrecht absolut vermeide . . . An meiner Wiege wurde mir gesungen: Du sollst zum Segen werden.“

So gibt es in dieser Zeit eine Utopie der Galuth, wie es eine Utopie der „Heimkehr“ gibt. „Der Mythos des Woher“³⁵⁴, des Ursprungs, der in die

³⁵² Volk und Land, I (23. Januar 1919), 97 ff.

³⁵³ Ost und West, XX (November/Dezember 1920), 272 ff.

³⁵⁴ Michels, op. cit., 1.

Zukunft wirken soll, ist in den Juden mächtig geworden; er hat unter den Schlägen der neuen antisemitischen Zurückweisung der sehr akuten Gefahr von Minderwertigkeitsgefühlen und Selbstflucht entgegengewirkt und eine neue Selbstachtung erstehen lassen, wenn auch erkauft mit der „Befriedigung des kollektiven Dranges nach scharfer Abhebung gegenüber den übrigen Völkern, mit denen sie sich im Verhältnis historischen, unaufhaltsamen, antagonistischen Wettlaufes“³⁵⁵ befunden hatten.

Wie wir feststellen konnten, blieb der „Mythus des Woher“ mit seiner kraftspendenden Wirkung erhöhten Selbstvertrauens nicht auf die Kreise derer beschränkt, die sich in nationalem Sinn als Juden fühlten. Auch in der noch immer die überwiegende Mehrheit der deutschen Judenheit erfüllenden Gesinnung, in der man in wechselndem Mischungsverhältnis Deutschtum und Judentum vereinen zu können glaubte, war eine Einkehr zu den „Müttern“ unverkennbar. Der Geist der Zeit trieb von außen und zog nach innen zu jenem wacheren Bewußtsein der Eigenart, das die jüdischen Äußerungen aller Richtungen charakterisiert. „Die Renaissance des Judentums wird auch vom C.V. als erstrebenswertes Ziel bezeichnet“, bestätigt neben vieler Kritik im einzelnen der Zionist Moritz Bileski³⁵⁶. Daß diese „Renaissance“ bei einer Organisation, die der Wahrung der überkommenen Ordnung oder höchstens ihrer vorsichtig-taktischen Fortentwicklung diene, anders aussehen mußte als bei einer Richtung, für die die Krisensituation die Chance zu entschlossener Neuerung bedeutete, versteht sich von selbst. Jeder Radikalismus ist ästhetisch befriedigender, brillanter und konsequenter als die mühselig-kompromißreiche Rechtfertigung einer bestehenden Ordnung. Und wie stark in dieser bestehenden Ordnung die Kräfte divergierten, ist an einigen, zum Teil extremen Beispielen dargelegt worden. Trotzdem hatte auch die Idee einer erhofften Synthese von Deutschtum und Judentum ihren Radikalismus. Er hatte zum Beispiel immer mit bedingungsloser Entschlossenheit dem Kampf gegen Taufe und Selbstaufgabe gegolten; und unter dem Einfluß einer neuen Generation, der das Deutschtum selbstverständlicher Besitz, das Judentum dagegen ein problematisch gewordenes und eben deshalb eifervoll umworbenes Wunschziel bedeutete, wuchs nun die Forderung nach jüdischer Vertiefung stetig an Macht. Nur mußte diese Forderung unter der Last der Verantwortung für eine heterogene Massenorganisation mit der ganzen Komplexheit, Ungereimtheit, Veränderlichkeit und zunehmenden Feindseligkeit einer Umwelt in Übereinstimmung gebracht werden, deren Bereitschaft zur Hergabe gleicher Rechte für die Ungleichen – unbeschadet der soeben erst erfolgten Bestätigung durch die Weimarer Verfassung – in stetem Schwinden begriffen war.

Aus ganz anderen Kategorien entlehnten Beweggründen ist der englische Geschichtsphilosoph Arnold Toynbee der Wahrung der jüdischen Identität

³⁵⁵ AaO.

³⁵⁶ Der Jude, V (April 1920), 20 ff.

im Laufe der Geschichte und besonders dem Zionismus gegenüber sehr kritisch gewesen³⁵⁷. Trotzdem hat für die Schlüsselposition seines Werkes, für die Lehre von „Challenge and Response“ und ihre drei Unterabteilungen, „The Stimulus of Blows“, „The Stimulus of Pressures“ und „The Stimulus of Penalization“, die Haltung der Juden zu der Herausforderung des deutschen Antisemitismus ein geradezu klassisches Beispiel geliefert.

„Übergang aber ist immer.“³⁵⁸ Die Selbstbesinnung der deutschen Juden in den Jahren der Wende hat sie vor dem Schicksal bewahrt, daß hier Übergang zum Untergang wurde.

³⁵⁷ *A Study of History*, Vol. XII, London-New York-Toronto 1961, 511 ff.

³⁵⁸ *Jaspers*, op. cit., 234.

SCHLUSSWORT

von

Robert Weltsch

Der Erste Weltkrieg ist der entscheidende Einschnitt in der Geschichte dieses Jahrhunderts. Er ist nicht nur ein politisches Ereignis, sondern eine Zeit tiefster Aufwühlung, erschütternder Zweifel, eine Zeit der tiefgehenden Wandlung herkömmlicher Begriffe und Umwertung der Werte, die sich freilich schon lange vorher vorbereitet hatte und deren Folgen sich erst allmählich zeigten und lange gar nicht verstanden wurden. Der Weltkrieg war auch eine Zeit der Hoffnungen und Enttäuschungen und oft falscher Deutungen der Geschichte. Er war der Ursprung einer sozialen Umwandlung, denn zum ersten Mal traten Massenheere in Aktion, die Vorstufe zum totalen Krieg, das ganze Volk in Waffen. Es war unvermeidlich, daß die riesigen Menschengruppen, von denen jeder Einzelne sein Leben einsetzte, nun auch Rechte forderten innerhalb der sozialen Struktur der Gesellschaft. Die Menschheitsdämmerung, von der Werner Mosse in der Einleitung zu diesem Buch spricht, schien eine Neugeburt der Welt heraufzuführen, deren Wehen 1914 beinahe wonnevoll empfunden wurden: Erneuerung zugleich auf der politischen und auf der geistigen Ebene. Politisch mußten tiefgehende Reformen, ja Revolutionen folgen, um Veraltetes und Erstarrtes zu beseitigen und die Welt, in der wir leben, besser zu machen. Zugleich aber mußte auch der Mensch besser werden; das Menschengeschlecht hatte zu viel Schuld des Unrechtes und der Herzensträgheit auf sich geladen. Nun schien der Tag der Sühne und der Glorie gekommen: statt Selbstsucht und Eigennutz sollte Hingabe und Selbstaufopferung treten. Blutopfer im echten sakralen Sinn, zur Versöhnung der zürnenden Mächte. Der Mensch konnte nun sich selbst erhöhen durch rückhaltlosen Anschluß an die Gemeinschaft. Sogar Martin Buber drückte es damals so aus: „Niemals so wie jetzt galt der Satz ‚Wer sein Leben bewahren will, wird es verlieren‘.“

Das war die satanische Vorspiegelung eines Völkerfrühlings; das Erwachen aus diesem Traum ließ nicht lange auf sich warten. Vielleicht aus einem Instinkt der Selbstverteidigung der in den Abgrund der Selbstvernichtung sinkenden europäischen Menschheit wurden Ideen proklamiert und geglaubt, die

sich als leichtfertige Schlagworte erwiesen und dennoch Illusionen hervorriefen. Dieser Krieg war in Wirklichkeit keineswegs, wie man sich rühmte, ein Krieg zur Erfüllung aller berechtigten nationalen Wünsche und zur Beendigung jedes Nationalismus, ebensowenig wie er „der Krieg zur Beendigung aller Kriege“ (Präsident Wilson) war. In Wirklichkeit eröffnete er das Zeitalter des rücksichtslosen Nationalismus, der sich nun durch das Prinzip der „Selbstbestimmung“ legitimiert fühlte, wenn auch eine Zeitlang in manchen Ländern, besonders im geschlagenen, vom Griff nach der Weltmacht geheilten Deutschland, Intellektuelle die Parole ausgaben, daß ihre Nation nun, von ihrem Machtstreben ernüchert, zu einer „geistigen Nation“ werden könnte. Die schrecklichsten Ausbrüche des Nationalismus sollten erst kommen. Nicht das Prinzip der Kooperation setzte sich durch, wie es in schönen Worten in der demokratischen Welt als Kriegsziel ausgemalt worden war, sondern das Balkan-Prinzip. Die – natürlich begrüßenswerte – Anerkennung des Rechtes kleiner (vorher oft als „geschichtslos“ bezeichneter) Nationen führte keineswegs zur Befriedigung nationaler Ansprüche und auch nicht zur Befriedung, sondern zu vervielfachten Gegensätzen und Rivalitäten, um so mehr als die neuen Staaten natürlich nicht national einheitlich waren, sondern in ihrem Innern dieselben Probleme vorfanden, die man durch Auflösung der großen Reiche und Nationalitätenstaaten zu lösen vorgegeben hatte. Von einer Einheit der Menschheit war trotz der politischen Fata Morgana einer „Liga der Nationen“ (deutsch zumeist fälschlich mit „Völkerbund“ übersetzt) wenig zu spüren.

Die tiefe Erschütterung durch die jähe Zerstörung von übersteigerten Erwartungen in einer fieberhaft erregten und bestürzten Welt hatte ihre Rückwirkungen auch auf dem Gebiet, mit dem sich dieses Buch hauptsächlich beschäftigt: dem politischen und geistigen Schicksal der Juden in Deutschland. Dies war scheinbar ein Nebengebiet der Geschichte, deren gewaltige, von Werner Mosse angeführten Umwälzungen alle Völker trafen: Juden hatten als solche damals kein eigenes Blatt in Geschichtsbüchern. Aber später zeigte sich die enge Verflochtenheit der Juden als solchen mit dem Gesamtgeschehen, in ihren alle Anderen unausweislich mitangehenden katastrophalen Ausmaßen. Das erklärt vielleicht manche der Phänomene, um deren Deutung wir uns in diesem Buch bemühen: Das Fortwirken der Motive, von denen wir oben sprachen, das Festhalten, nun erst recht, an dem verzweifelten Versuch zu bewirken, daß die Leiden nicht umsonst gewesen sein sollen, daß für die Menschheit nach dem Purgatorium die Tore – wenn auch nicht des Paradiso, so doch – des Turms der Hoffnung sich öffnen sollten, hat gerade intellektuelle Juden in eine Richtung gelenkt, der sich auf der Seite der sich nun gewitzigt Glaubenden und der Verführung idealer Lockworte nicht Zugänglichen der gepanzerte Wille zur Rückkehr zum Alten entgegensetzte.

Bewußt und oft auch unbewußt hat das nationale Gruppengefühl nach dem Ersten Weltkrieg eine unerwartete Stärke erreicht. Das Erlebnis des vorher nicht für möglich gehaltenen politischen Erdbebens (das die noch kurz zuvor

als unabänderlichen Bestandteil der europäischen Wirklichkeit betrachteten drei großen Kaiserreiche zum Zusammenbruch gebracht hat) hat die Empfindlichkeit gegenüber dem Fremden bis zum äußersten gesteigert. Das war es, was sich besonders für die Stellung der Juden verhängnisvoll auswirkte, andererseits aber auch ihr eigenes Gruppengefühl verstärkte. Zuerst hatte es ganz anders geschienen. Hatten doch die jungen Juden sich der kämpfenden Gemeinschaft vorbehaltlos angeschlossen, nicht als „Fremde“, sondern als Zugehörige. Martin Buber hat damals, in Abwägung der besonderen Position des einzelnen Juden in einem Krieg, wo Juden in verschiedenen Lagern gegeneinander kämpfen, es so ausgedrückt: „In Sturm der Begebenheit hat der Jude mit elementarer Gewalt erfahren, was Gemeinschaft ist“, er hat „in dem katastrophalen Vorgang, den er in den Völkern miterlebte, bestürzend und erleuchtend das große Leben der Gemeinschaft entdeckt . . . Er blieb nicht Atom; er wurde mitgerissen; er schloß sich glühend der Gemeinschaft an, die ihm so ihr Leben offenbarte, – der Gemeinschaft, die ihn in diesem Augenblick am stärksten brauchte . . .“¹ Nun aber war es anders gekommen. Die Gemeinschaft wollte ihn nicht in ihren Reihen. Der Kulturphilosoph David Koigen formulierte diese Erkenntnis wie folgt: „Der Jude ist und bleibt das größte Ereignis für den Nichtjuden; und insbesondere ist er es für ihn in den historischen Zeiten, wo der Nichtjude meistens vom Zentrum aus, auf Befehl der eigenen Staats- und Volksgeschichte handelt, wo er also an den Bau und Wiederaufbau eines total historischen Wirkungszusammenhanges herantritt. Wo daher die Völker Geschichte machen, dort ist die Gegnerschaft dem Judentum gegenüber am stärksten.“² In dieser volkpsychologischen Maxime liegt vielleicht die Erklärung für eines der merkwürdigsten Phänomene der hier behandelten Periode, nämlich das erneute und intensivere Aufflammen des Antisemitismus in Deutschland und dessen scheinbar unaufhaltsames Wachstum als Folge des „Geschichte-Machens“ im Kriege. Diese Erscheinung war um so erstaunlicher, als bei Beginn des Krieges in der Zeit der Not die Idee der Sammlung aller Kräfte der Nation und des gemeinsamen Kampfes so prononciert gewesen war. Wohl wissen wir, daß es im deutschen Volk immer einen latenten oder auch vokalen Antisemitismus gegeben hat; viele führen dies zurück auf tiefere Ursachen der deutschen Geschichte und Philosophie des neunzehnten Jahrhunderts. Aber gerade die letzten Jahre vor dem Weltkrieg schienen diese Triebe zurückgedrängt zu haben, so daß die Optimisten unter den Juden sich an den Glauben klammerten, daß ihre rechtliche Eingliederung endgültig sei und daß „Aufklärung“ und „Fortschritt“ einen bleibenden Sieg

¹ Aus der Rede, gehalten bei der Makkabäerfeier der Berliner Zionistischen Vereinigung am 19. Dezember 1914, abgedruckt in: *Martin Buber*, Die jüdische Bewegung, Berlin 1916, 240–241.

² *David Koigen*, der aus Rußland stammende Hegelianer, veröffentlichte 1910 in München das Buch *Ideen zur Philosophie der Kultur*. Der hier zitierte Satz ist entnommen der posthumen Anthologie *Das Haus Israel* (Schocken Bücherei).

erringen würden. Das Aufflammen des Antisemitismus ist das entscheidende Faktum in dem Verhältnis von Juden und Nichtjuden in Deutschland in dieser Zeit. Es ist nur natürlich, daß sämtliche Beiträge dieses Buches im Grunde um dieses eine Thema kreisen.

Wie unerwartet diese Wendung zur Feindschaft den meisten Juden kam, dafür lassen sich viele literarische Beispiele anführen. Besonders häufig wird die Schrift von Jakob Wassermann *Mein Weg als Deutscher und Jude* zitiert. Oder aber nehmen wir etwa den Historiker Gustav Mayer (1871–1948), der 1919 an der Berliner Universität eine Professur für Geschichte der Parteien erhielt (er war ein Schwager Karl Jaspers'). In seiner Selbstbiographie³ schilderte er die typische Einstellung der am Ende des neunzehnten Jahrhunderts heranwachsenden jüdischen gebildeten Jugend wie folgt:

„... meine Ansicht war damals, daß die noch bestehenden Unstimmigkeiten zwischen deutschen Juden und deutschen Christen – der ‚Arier‘ spielte noch keine Rolle – mit der Zeit abklingen würden und daß beide ganz von selbst zusammenwachsen würden, allmählich, ohne wesentliche Störungen. Dachte ich an meinen eigenen künftigen Weg, so lag die Befürchtung abseits, daß es zwischen dem Juden und dem Deutschen in meiner Brust jemals zu einem ernstlichen Konflikt kommen könnte... Niemals wäre mir eingefallen zu bezweifeln, daß in Zukunft nicht nur die Eisenbahnzüge immer schneller fahren und das Briefporto immer billiger werden mußten, sondern daß auch die Menschen ihre Vorurteile immer restloser ablegen würden. Dies bedeutete für mich an erster Stelle, daß die bei meinen Landsleuten noch bestehenden Vorurteile gegen die Juden allmählich schwinden, und daß die deutschen Juden vollständig in das deutsche Volk aufgehen würden und zwar ohne deshalb ihre ehrwürdige Religion ablegen zu brauchen.“⁴

In der Rückschau aber sah er es anders:

„Suche ich mir heute den Charakter jenes Antisemitismus zu vergegenwärtigen, der seine Schatten auf meine Schuljahre warf, so gewinne ich den Eindruck, daß das meiste von dem, was sich später zu einer so üppigen Giftblüte entfaltete, in meiner norddeutschen Heimat damals schon im Keim vorhanden war. Es gab aber noch keine allgemein anerkannte oder gar von der Obrigkeit begünstigte Theorie des Antisemitismus, die Rassenlehre war noch nicht zur allgemeinen Geltung gekommen, und so äußerte sich die stillschweigend sehr weit verbreitete Abneigung gegen die Juden geräuschvoll nur bei besonderen Anlässen... Ich hatte schon damals den Eindruck, daß die Religion bei der Abneigung meiner Landsleute gegen die Juden nur noch eine untergeordnete Rolle spielte. Wohl aber war ein starkes Gefühl des Anderssein vorhanden. Religiöser Haß hätte religiösen Fanatismus vorausgesetzt; von einem solchen habe ich bei den nüchternen Uckermärkern niemals etwas wahrgenommen.“⁵

Und schließlich, viele Jahre später, die Erfahrungen des Krieges:

„Je länger der Krieg sich hinauszog, um so häufiger erreichte mich die Kunde, daß in der scheinbaren Endlosigkeit des Stellungskrieges deutsche Feldgraue sich von

³ *Gustav Mayer, Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, Zürich-Wien 1949.*

⁴ AaO, 7.

⁵ AaO, 13–14.

den jüdischen Kameraden, die im Schützengraben neben ihnen lagen, feindlich absonderten. Und von der Front teilte sich diese neue antisemitische Woge alsbald der Heimat mit . . .“⁶

Eine Sachlage, die freilich schreckliche Konsequenzen hatte, bietet sich hier dem Historiker (im Gegensatz zum Politiker oder Moralisten) als objektives Problem dar. Das Zitat von Gustav Mayer zeigt, wie schwer dessen Erfassung für Juden war, die in den vorausgegangenen fünfzig oder mehr Jahren aufgewachsen waren in der Überzeugung, daß die Assimilation eine abgeschlossene, unabänderliche Tatsache sei. Daher waren sie über jedes Symptom eines bestehenden Differenz-Affektes besonders bestürzt. Es ist nicht unsere Aufgabe, diese organisch entstandene und logisch folgerichtige Haltung zu kritisieren, sondern es gilt sie zu verstehen. Der Krieg brachte das verblüffende Erlebnis, daß die latenten Differenz-Affekte neu erwachten und allmählich ins Ungemessene gesteigert wurden – oft begründet, oft rationalisiert (mit Scheinbegründungen), oft unverblümt emotionell und irrational. Schließlich wurde der im Kriege unkritisch aufgebrochene Haß gegen alles Fremde übertragen auf das, was man im Innern als das Fremde empfand und abstempelte, und dieser Affekt steigerte sich zur Psychose. Dies alles wurde von den herrschenden Schichten zunächst nur als ein – nicht ganz unverständlicher, vielleicht auch nicht ganz unbegründeter – Gefühlskomplex angesehen, aber keineswegs in seiner politischen Potenz voll gewürdigt. Es fehlte der entscheidende Wille, vielleicht auch die praktische Möglichkeit, dagegen ernstlich anzukämpfen. Man meinte – vielleicht nicht völlig grundlos –, mit dem Abflauen der überreizten neurotischen Stimmung von Krieg, Not und Krise würde auch diese Gefühlsreaktion wieder abflauen oder auf ein „normales“ Maß reduziert werden. Die antisemitische Schimpferei von Organen, die als intellektuell nicht gerade hochstehend betrachtet wurden, wurde schließlich zu einer Begleiterscheinung des politischen Lebens, an die man sich gewöhnte. Das ungefähr war die Einstellung der Reste des gebildeten Bürgertums, der Sozialdemokratie (die alle Erscheinungen nur aus sozialen Ursachen erklären wollte) und schließlich des größten Teiles der Juden selbst. Als in den zwanziger Jahren eine wirtschaftliche Festigung (nach der Stabilisierung der Währung) und eine ungewöhnliche kulturelle Blüte die Atmosphäre des Lebens bestimmte, fühlte man sich wieder sicher. In der Tat hatte das viel für sich. Nun glaubte man, sich über die Auswüchse vulgärer Propaganda hinwegsetzen zu dürfen. Wie sich später zeigte, war diese relative Beruhigung eine vorübergehende Phase; als die große Depression und politische Unsicherheit überhand nahm, verstärkte sich die judenfeindliche Agitation ins Maßlose.

Wie war der überraschende erneute Ausbruch des Antisemitismus während des Krieges mit allen seinen Folgen möglich? Wir wissen heute, daß diese Frage eine wichtige Seite des deutschen Problems des zwanzigsten Jahrhunderts an-

⁶ AaO, 367.

rührt. Daß es für die Juden selbst ein Verhängnis und ein unverrückbarer Markstein ihrer Geschichte wurde, braucht nicht hinzugefügt zu werden. Dieses Phänomen wird noch viele Generationen von Forschern beschäftigen, die, um mit König Marke zu sprechen, nach dem „unerforschlich tief geheimnisvollen Grund“ dennoch fragen und forschen werden. In dieser Bemühung will die unter den Auspizien des Leo Baeck Instituts durchgeführte Serie von Untersuchungen, an denen jüdische und nichtjüdische Autoren beteiligt sind, ein Schritt vorwärts sein. Wie schon hervorgehoben wurde, ist bei einem so vielseitigen Fragenkomplex nicht mit voller Einheitlichkeit der Meinungen zu rechnen. Der Gegenstand ist auch noch zu nahe unseren eigenen Empfindungen, und man darf sich nicht wundern, wenn manche Mitarbeiter ihren Gefühlen, oft auch ihrer Entrüstung, hin und wieder freien Lauf lassen. Der Gegenstand ist schmerzlich für uns alle. Aber selbst berechtigte moralische Entrüstung genügt nicht zur Erklärung der Dinge. Worauf es ankommt, ist zunächst ein Bild der Tatsachen, in all ihrer Verworrenheit und Verflechtung, zu erarbeiten. Nicht ob es zwangsläufig so kommen mußte, können wir entscheiden, wenn wir uns nicht einem post-hoc Determinismus verschreiben. Aber doch warum es so kam, welche geschichtlichen Mächte hier am Werk waren, welche geprägte Formen hier aufeinander prallten, oft ohne dessen gewahr zu werden, können wir zu enträtseln versuchen. Denn es kann doch nicht übersehen oder geleugnet werden, daß es sich hier um einen schicksalhaften Zusammenprall zweier disparater Gegebenheiten handelt. Wir können uns nicht mit dem in der Tagespolemik populären Standpunkt begnügen, daß der Antisemitismus nichts als eine boshafte, nur auf Eigennutz oder Unmenschlichkeit zurückgehende Erscheinung war.

Daß das Leo Baeck Institut und die mit ihm verbundenen Menschen den Antisemitismus als politische Bewegung und menschliche Haltung ablehnen, bedarf keiner besonderen Betonung. Nichts was hier gesagt wird, kann gedeutet werden als eine „Rechtfertigung“ des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen, auch nicht seiner Vorläufer. Aber das Spiel von Meinungen und politischen Kräften in der Periode 1916–1923, dieses gewaltige Drama in seiner tragischen Größe, unabhängig davon wie wir dazu stehen, ist eine Tatsache, die wir so objektiv als möglich analysieren müssen.

Obwohl antisemitische Äußerungen schon im zweiten Kriegsjahr nicht selten waren und mit zunehmender Dauer des Krieges sich das Unbehagen gegenüber den Juden zusehends verstärkte und offene antisemitische Angriffe nun häufiger wurden, werden wir kaum fehlgehen, wenn wir, soweit die Politik in Betracht kommt, als einen entscheidenden Wendepunkt die Friedensresolution des deutschen Reichstages vom Juli 1917 betrachten. Nicht daß nicht schon vorher die Zuspitzung der internen Gegensätze in politischen Grundsatzen fühlbar gewesen wäre und die Juden in diese Problematik verwickelt wurden; aber zur Verdeutlichung, und auf die Gefahr zeitlicher und sachlicher

Ungenauigkeit, halten wir uns an dieses Datum. Es ist besonders aufschlußreich, weil ja a priori in der Diskussion über Friedensmöglichkeiten und über erreichbare Friedensbedingungen, wie sie fast immer in Krisen kriegführender Nationen vor sich gehen, nichts Ungewöhnliches zu finden ist. Bei zunehmender Kriegsmüdigkeit und angesichts der Härte der Lebensbedingungen ist es nicht zu verwundern, daß Menschen sich Gedanken darüber machen, ob nicht ein ehrenhafter Ausweg zu finden sei. Und solche Überlegungen werden um so intensiver, je weniger man die objektiven Bedingungen gegeben sieht zur Erreichung extremer Kriegsziele, d. h. eines absoluten Sieges. Es ist nicht die Aufgabe dieses Buches, im einzelnen darzulegen, aus welchen Gründen sich im Sommer 1917, nach dem Scheitern des U-Boot-Krieges und nach dem Eintritt Amerikas in die Reihe der Feinde, Zweifel in bezug auf die militärischen Aussichten aufdrängen mußten. Wenn ein Mann wie Bethmann Hollweg, der als Reichskanzler über genaue Informationen verfügte, einen „Verständigungsfrieden“ in Erwägung zog, so war er dabei gewiß von tiefer Sorge für das Vaterland erfüllt und strebte nach dem unter den Umständen, wie er sie (wie die Zukunft zeigte: mit Recht) beurteilte, bestmöglichen Ergebnis. Dies jedoch brachte ihm den Vorwurf ein, daß er „unter jüdischem Einfluß stände“⁷. Man nannte ihn den „Kanzler des deutschen Judentums“, der sich nur „mit Hilfe der Presse und Parteien des Judentums“ halten könne.

Obwohl solche Anschauungen damals wohl nur bei einer kleinen Zahl von Politikern ernst genommen wurden, fanden sie doch in dem von den Anspannungen des Krieges irritierten Volk ein starkes Echo. Von diesem Augenblick an war die Szene gesetzt für das was folgte. Hier stehen wir vor dem eigentlichen Problem, auf das die übliche Argumentation der Vereine und Organisationen „zur Abwehr des Antisemitismus“ keine Antwort hat.

Daß man auf die Idee kommen konnte, den Wunsch nach Beendigung des Krieges und den Versuch eines Verständigungsfriedens, der natürlich nicht aufgrund des Maximalprogramms absoluter deutscher Hegemonie möglich sein konnte, als eine jüdische Domäne zu betrachten, ist vielleicht nicht so überraschend, wenn man bedenkt, daß Weltoffenheit und liberale Haltung, somit ein gewisses Verständnis auch für die andere Seite, gerade bei manchen Juden zu beobachten war. Das hängt damit zusammen, daß die Juden als ein von den Konservativen zurückgesetztes Element oft als Wortführer in der demokratischen Bewegung auftraten und daß vor allem die bedeutendsten Zeitungen von Weltruf in jüdischem Besitz waren und größtenteils auch von Juden geschrieben wurden. Diese Organe waren es, die die heftigste Gegnerschaft und oft unverhüllten Haß bei den nationalistischen Extremisten, vor allem bei den Alldeutschen und in militärischen Kreisen, hervorriefen. In einem Brief vom 14. Mai 1926 an den Reichspräsidenten Feldmarschall von Hindenburg er-

⁷ Vgl. *Egmont Zechlin*, Die deutsche Politik und die Juden im ersten Weltkrieg, Göttingen 1969, 518. Dort auch mehrere wörtliche Zitate der antisemitischen Angriffe gegen den Kanzler.

innert General von Seeckt daran, daß er während des Krieges die Aufmerksamkeit der obersten Behörden des Reiches und der Armee auf die revolutionäre Bewegung im Innern hingelenkt und dabei konkrete Vorschläge gemacht habe, um den Gefahren vorzubeugen. Unter diesen seinen Vorschlägen aus der Kriegszeit führt Seeckt hier an: Verbot des *Berliner Tageblatts*, der *Frankfurter Zeitung* und des *Vorwärts*, und unbarmherzige Bestrafung der Parlamentarier, insbesondere der bei der ersten Meuterei der Marine beteiligten Führer der USPD⁸. Die Erwähnung der Blätter, die im Volksmund als Judendruck bezeichnet wurden oder von Juden redigiert waren, legt die Vermutung nahe, daß in der Kontroverse zwischen den Anhängern einer Annexionspolitik und den Befürwortern des Verständigungsfriedens die Juden schlechthin als Defätisten gebrandmarkt werden sollten. Daß dies in Wirklichkeit nicht zutraf, ändert nichts an der entstandenen Wirkung. In Wahrheit hatten die Juden als solche keine einheitliche politische Haltung. Prominente Juden haben auch im annexionistischen Lager eine Rolle gespielt. Viele von ihnen waren Anhänger der Idee eines großdeutschen Wirtschaftsraums, für den gewisse Gebiete wegen ihrer Rohstoffe unentbehrlich waren. Es ist für heutige Leser wohl überraschend, etwa in Fritz Fischers *Griff nach der Weltmacht*⁹ zu lesen, daß noch im Juli 1918 deutsche Bankiers sehr aktiv waren bei der Vorbereitung der deutschen Ausbeutung der Rohstoffe der Ukraine, die man auch damals noch, wenige Monate vor dem Zusammenbruch, als künftiges deutsches Betätigungsfeld betrachtete. Diese Bankiers waren fast durchweg Juden¹⁰. Rückschauend können wir nur sagen, daß es diesen zum Teil sicherlich hoch intelligenten Persönlichkeiten offenbar an politischer Urteilsfähigkeit gemangelt hat, wenn sie 1918 ernstlich meinten, daß diese Gebiete unter deutscher Herrschaft bleiben würden. Aber in der öffentlichen Meinung wurden solche Männer nicht als jüdische Repräsentanten betrachtet; das „Jüdische“ war vielmehr repräsentiert durch die oben genannten Presseorgane, denen man verübte, daß sie die den Nationalisten verhaßte Wahrheit sagten.

Freilich, ob echter Patriotismus sich unbedingt im Umschmeicheln nationalistischer Machtwünsche äußern müsse, ist eine alte Frage. Auch wenn man von moralischen Gesichtspunkten absieht und sich auf den Boden von Realpolitik stellt, bringen nicht immer extreme Forderungen, Eroberungswille und Zustimmung zu weitgesteckten Kriegszielen das Heil des Vaterlandes. Wer Krieg führt, muß wissen, daß man Kriege auch verlieren kann. Durch Vermeidung eines Krieges oder, falls er bereits ausgebrochen ist, durch seine verhandlungsmäßige Beendigung ist oft dem eigenen Interesse besser gedient. Dennoch: die

⁸ Der Brief ist in vollem Wortlaut in französischer Übersetzung abgedruckt in *George Bonnins* Beitrag zum Sammelbuch *A Century of Conflict*, herausgegeben von Martin Gilbert, London 1966, 209–211.

⁹ Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands 1914/1918, Düsseldorf 1964.

¹⁰ AaO, 730.

Antinomie der zwei Menschentypen, schematisch gesprochen, ist nicht zu leugnen. Der eine, der Krieger, Eroberer und Herrscher, wird von den Nationalisten aller Schattierungen und meist auch von der Nachwelt bewundert und akklamiert. Der andere sieht Ehre und Größe des Vaterlandes in dem Ziel einer menschlich und sittlich vorbildlichen Gemeinschaft. Ihm erscheint auch die Vermeidung von Konflikten und friedliche Ko-Existenz erstrebenswert. Solches Ideal kann sich als Utopie erweisen, aber es ist ein Motiv, das man weder ethisch verwerfen noch in bestimmten Konstellationen den nationalen Interessen widersprechend erachten kann.

Machtpolitik stützt sich auf den Glauben, daß durch harten Willen und militärischen Kraftaufwand jedes Ziel erreichbar ist und zu dauerndem Besitz werden kann, ohne Rücksicht auf die Proportion entgegenstehender Kräfte. Das ist die Logik in der strengen Welt der Freund-Feind Beziehung. Dem gegenüber aber steht immer auch die Einsicht, daß dies nicht der einzige Weg zur Größe ist. Durch Feindschaft und Kampf können Völker sich gegenseitig, kann die Menschheit sich selbst vernichten; aber in Menschen lebt auch die Sehnsucht nach Brüderlichkeit und das Bewußtsein von der Gemeinsamkeit des metaphysischen Menschenloses. Irgendwo lebt der Glaube an übernationale Werte, an Recht und Sitte, ohne die wir alle ins Chaos versinken. Auch hier muß das Mißverständnis vermieden werden, als ob es sich um eine Einteilung in Juden und Andere handelte. Das wäre zu simpel. Im jüdischen Volk ebenso wie überall sind beide Tendenzen vorhanden; das ist in einprägsamer und klassischer Weise in der Bibel selbst vorgezeichnet, in der Konfrontation von Königen und Propheten, und besteht bis auf den heutigen Tag. Es wäre absurd und überheblich, vom jüdischen Standpunkt die Welt der Nichtjuden als die der rohen Kraft und der Kampflust zu definieren. Die größten Deutschen des achtzehnten Jahrhunderts bezeichneten sich selbst als Weltbürger. Die Schrift *Vom ewigen Frieden* stammt von Immanuel Kant. Es war nicht ein Jude, der gedichtet hat: „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!“ Und der in diesem Buch mehrfach zitierte Thomas Mann sagte in seiner berühmten Rede „Von deutscher Republik“, 1922, unter Berufung auf Novalis, „... Um das Nationale nicht völlig in Verruf kommen ... zu lassen, wird nötig sein, daß es, statt als Inbegriff alles Kriegsgeistes und Geräufes, vielmehr, seiner künstlerischen und fast schwärmerischen Natur durchaus entsprechend, immer unbedingter als Gegenstand eines Friedenskultus verstanden werde.“ (Dies wurde freilich von der studentischen Zuhörerschaft mit „Scharren“ aufgenommen.)

So arrogant kann kein Jude sein, für sein Volk eine Art Monopol auf universale Ideen zu postulieren. Viele betrachten den Nationalismus als ein Phänomen jüdischen Ursprungs. Keine anderen als heilig betrachteten Dokumente sind so voll des Tadels des eigenen Volkes für seine Sünden und seine Verworfenheit, für seine Gewalttaten und Rechtsbeugungen, wie die Dokumente des jüdischen Volkes. Immer gab es Männer, die zu einem anderen

Leben aufriefen, aber auch Massen, die diese Männer verwarfen oder kreuzigten. Solche Gegensätze bestehen in jedem Volk und auch bei den Juden.

Wieso kam man doch auf die Idee, die „Friedensresolution“ von 1917, für die es doch durchaus plausible Gründe gab, als eine „jüdische“ Intrige zu bezeichnen? Wieso konnte eine so absurde Erklärung Anklang finden in breiten Massen – nicht immer direkt durch Zustimmung etwa zum Alldeutschen Manifest, aber doch indirekt, im Unterbewußtsein unzähliger Menschen, die bezaubert waren von den Wunschträumen eines erweiterten siegreichen Großdeutschland, auch wenn die Logik der Tatsachen gegen die Erfüllung solcher Träume sprach, im Kohlrübenwinter, angesichts der großen Not des Hinterlandes, angesichts der teilweisen Mißerfolge an der Front, und nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg, dessen Bedeutung man unterschätzte?

Das – als ein Symptom genommen – rührt an die eigentliche Sache, mit der wir zu tun haben. Es ist nicht nur ein rationales Problem, etwa zu erklären oder zu widerlegen durch Statistiken oder durch den Hinweis auf – freilich wahre – Tatsachen, heroische Opfer, Leistungen im Feld und in der ebenso wichtigen Kriegsversorgung. Ausschlaggebend war vielmehr jenes irrationale Fremdheitsgefühl, das als innere Erfahrung in der Seele des Einzelnen erwachsen oder bestärkt worden war. Dies ist durch unzählige literarische Zeugnisse bestätigt.

Nun kann man sagen, daß solche Affekte und Xenophobie auch anderswo in Krisenzeiten auftreten. Den geradezu klassischen Ausdruck dafür hat ein englischer Dichter, Rudyard Kipling, gegeben in seinem Gedicht *The Stranger*. Aber in Deutschland hatte all dies einen verhängnisvollen Charakter, weil hier in breiten Schichten der Sinn für das „Völkische“ als oberster Wert besonders entwickelt worden war. Man war hier weit davon entfernt, wie es Walther Rathenau einmal formuliert hat, „nicht mehr nach Herkunft und [religiösem] Bekenntnis zu fragen“¹¹. Im Gegenteil, man kultivierte das Mißtrauen gegen Mitbürger, über deren „Herkunft“ man nicht sicher war. In der Tat hatte ja, trotz Kipling, der Differenz-Affekt in anderen Ländern im zwanzigsten Jahrhundert nicht die Relevanz, die er in Deutschland durch die völkische Ideologie erhalten hatte, obwohl man auch die Dreyfus-Affäre nicht vergessen darf, aus der viel zu lernen ist in bezug auf die Ohnmacht der Wahrheit gegenüber aufgepeitschtem Massenwahn und Hexenglauben. Im allgemeinen aber erklärt der Kultus von „Blut und Boden“ den entscheidenden Unterschied zwischen dem überall verbreiteten Antisemitismus und seiner deutschen Variante. Man könnte argumentieren, daß in Deutschland unter dem Druck der herrschenden Stimmung und einer Wertskala, die auch von Juden übernommen wurde, viele Juden bewußt oder unbewußt das Jude-sein als eine Art Makel empfanden, für das man sich entschuldigen muß; und daß dieser Eifer des sich für etwas Unabänderliches, historisch Gewordenes zu

¹¹ Zechlin, op. cit., 547.

entschuldigen – durch Selbstverteidigung, Apologetik, oder auch Trotz – das Mißtrauen verstärkte, sogar wenn die Beweiskraft der Apologetik unwiderleglich war. Die These dieses Buches – wenn man von einer solchen angesichts der individuellen Meinungen und der Fülle des Stoffes sprechen kann – scheint mir zu sein, daß in der Tat eine gewisse Verschiedenheit der inneren Haltung bei Juden und Nichtjuden sich dann auch in der praktischen Politik äußerte: Friedenswunsch, Ablehnung von Annexionen, Eintreten für Demokratie wurden oft in sichtbarer Weise von Juden postuliert. Immer wieder ist jedoch zu warnen vor Generalisieren. Natürlich waren die Lager nicht konfessionell oder rassistisch geschieden; auf beiden Seiten gab es beides. Aber der aus Publikationen und Handlungen entstandene Eindruck und dessen propagandistische Ausnutzung erwiesen sich als ausschlaggebend.

Überdies aber kann es nicht als ganz unsinnig bezeichnet werden, wenn beim Auftreten von Männern, die das Evangelium der Menschenliebe verkündeten und sich schauernd von Krieg und seinen Greueln abwandten, man in ihrer Haltung etwas „Jüdisches“ zu entdecken glaubte. Im modernen Zeitalter haben solche Tendenzen, die zum Teil aus den Ideen der Aufklärung stammten und sicher nicht, oder nicht immer, aus bewußt „jüdischen“ Impulsen kamen, sich in Literatur oder gar Publizistik geäußert. Der Aufruf „O Mensch“ findet sich schon bei Nietzsche; aber unter den Dichtern des sogenannten Expressionismus, die die existentielle Situation des Menschen, des Menschen schlechthin und nicht des Volksgenossen, als das Wesentliche und auch als das Alle Verbindende empfanden, gab es viele Juden. Schon 1911 hat Franz Werfel seinem Gedichtband *Der Weltfreund* die Worte vorangestellt „Mein einziger Wunsch ist, Dir, o Mensch, verwandt zu sein“. Das war vor dem Weltkrieg. Inzwischen kamen viele Enttäuschungen. In wehmütiger Anspielung auf die verlorenen Illusionen schreibt Werfel 1927 in dem Nachwort zu der Ausgabe seiner *Gesammelten Gedichte*: „Wenn Kriegsjahre für den Soldaten doppelt gelten, so für den Schriftsteller zehnfach! Was alles haben wir von 1914 bis 1920 geglaubt, gewöhnt, gehaßt, bekämpft, ertrotzt, ersehnt, erlitten? Sind es sechs Jahre gewesen, oder hundert?“ Werfel selbst hatte in Wien im November 1918, wie andere Stammgäste des Literatencafés Central, revolutionäre Reden gehalten. Dies stand freilich im Widerspruch mit seinem im Januar 1917 unter dem – für einen bewußt jüdischen Autor ungewöhnlichen – Titel *Die christliche Sendung*, in der *Neuen Rundschau* veröffentlichten Aufsatz, in dem er den politischen „Aktivisten“ vorwarf, mit Mitteln der Macht das Glück und die Gerechtigkeit unter den Menschen verwirklichen zu wollen, was in Wahrheit nur durch die Durchdringung des Weltlichen mit Göttlichem erreichbar sei. Die Debatte, die sich darauf mit Max Brod entspann¹², kann hier nicht weiter verfolgt werden. Brod gehörte zu der damals entstandenen Gruppe meist jüdischer Literaten, die sich als Aktivisten be-

¹² In der Zeitschrift *Der Jude*, I (Februar 1917), 717–724.

zeichneten. „Aktivismus“ war die Forderung an die Geistigen, sich nicht von der Politik fernzuhalten, nicht im Bereich des Ästhetischen und der ethischen Proklamation Genüge zu finden, sondern aktiv in das Geschehen einzugreifen. Dieser Ruf an die Geistigen verstärkte sich mit elementarer Gewalt, je mehr die Unmenschlichkeit des Krieges offenbar wurde. Es ist hier nicht die Absicht, die Produkte, die unter dem Schlagwort „Tätiger Geist“ damals entstanden, und die an anderer Stelle dieses Bandes dargestellt werden, auf ihren poetischen oder philosophischen Wert zu prüfen. Worauf es in diesem Zusammenhang in der Gesamtschau ankommt, ist die Wirkung und Gegenwirkung, die von solcher Bewegung ausging.

Die Ansprache an die „Dichtersleute“, die Gustav Landauer im Oktober 1918 veröffentlichte¹³, gipfelte in dem Ruf „Wir brauchen in Wahrheit die immer wiederkehrende Erneuerung, wir brauchen die Bereitschaft zur Erschütterung, ... wir brauchen den Frühling, den Wahn und den Rausch und die Tollheit, wir brauchen ... die Revolution, wir brauchen den Dichter“. Solche ekstatischen Worte zeugen für den seelischen Zustand, der Menschen dieser Art in die Revolution trieb, eine Revolution der „Dichter“; das war weit entfernt von dem, was die Massen auf beiden Seiten der Barrikaden sich unter Revolution vorstellten. Man könnte noch andere Dokumente anführen. In dem gleichen Sammelbuch *Die Erhebung* (herausgegeben von Alfred Wolfenstein)¹⁴, die die Rede Landauers enthält, finden wir eine „Rede“ des Dichters und Publizisten Kurt Pinthus, bei der vermerkt ist „geschrieben als Soldat Sommer 1918“. Er sagt, was der Geistige zu tun hat: „Er verläßt seine büchergefüllte Stube, die Plaudereien des Salons, das einsame Landhaus: er klopft an Eure Fenster, verfolgt Euch bis in die Ruhe Eurer Nächte und hinter den sichernden Wall Eurer Kapitalien: er fordert die Tat für die Zukunft ... die Tat, die den Geist verwirklicht, die Zukunft für sich zu schaffen nach seiner Idee.“¹⁵ Diese Sprache war charakteristisch für viele intellektuelle junge Juden, die sich dann der Revolution anschlossen. Die Sehnsucht nach „Wahn“ und „Rausch“ – die „Mania“ Platons? – und nach immer wiederkehrender Erneuerung war gewiß, menschlich gesehen, eine Quelle edler Begeisterung und nach dem Guten und Schönen verlangender Menschlichkeit; aber für die große Masse der in der Niederlage verzagenden Menschen erschien solcher Appell deplaciert, ja, in Anbetracht der Verhältnisse geradezu beleidigend. Und da die Worte von Juden kamen, verstärkten sie die Antipathie.

Jedes Studium der Dokumente über die Vorgänge vom November 1918 enthüllt die wahre Situation von 1918 und die Motive der Revolution, das

¹³ Neu abgedruckt in dem Sammelband *Zwang und Befreiung*, Hegner, Köln 1968.

¹⁴ Berlin 1919.

¹⁵ Neu abgedruckt in: *Der Aktivismus 1915–1920*, herausgegeben von Wolfgang Rothe, DTV, München 1969, wo sich auch Landauers Rede an die Dichter befindet. Sieben von den hier vertretenen elf Autoren sind Juden.

Ringen von extremen und gemäßigten Elementen und die Rolle einzelner Führer der Linken, darunter mancher Juden. Die Dokumente beweisen die Ursachen der militärischen Niederlage und die Unfähigkeit der alten Führungsschichten, einschließlich Fürsten und Militärs, einen Ausweg zu finden. All das wird besonders deutlich exemplifiziert an der Flucht des Kaisers nach Holland (einem der erstaunlichsten Ereignisse der Weltgeschichte) und die Flucht eines Heerführers wie Ludendorff. Nichts von alledem verhinderte die Mythenbildung, die schließlich den stärksten Anstoß zu der Hochflut des Antisemitismus gab.

Das kann nicht anders erklärt werden als durch die Erkenntnis, daß in den letzten Jahren des Krieges – wieder ungefähr gesprochen: seit der Friedensresolution – die Entfremdung zwischen den zwei Lagern unüberbrückbar geworden war. Daß es sich in bezug auf die Haltung von Juden in beiden Lagern in Wahrheit anders verhielt, als die Mythen behaupteten, wird in der Studie von Angress nachgewiesen. Aber man brauchte, wie oft gesagt wird, einen Sündenbock. Kürzlich ist ein führender deutscher Historiker¹⁶ der Frage nachgegangen, welche Rolle der Reichsgedanke bei Neuordnung der Verfassung in der Weimarer Nationalversammlung gespielt hat. Dabei knüpft er an eine Diskussion zwischen zwei Juden, dem Abg. Dr. [Oskar] Cohn und dem Autor des Verfassungsentwurfes Hugo Preuß. Preuß verteidigte entschieden den Einheitsstaat und den Gefühlswert des Wortes Reich; ein anderer Jude, der preußische Ministerpräsident Paul Hirsch, sprach am 28. November 1919 von der „Verwirklichung der Idee des einigen Deutschland durch Preußen“. Zugleich erinnert Schieder an das 1923 erschienene Buch *Das Dritte Reich* von Moeller van den Bruck, von dem er sagt: „Hier wurden die chiliaistischen Elemente, die in diesem Begriff seit dem Mittelalter steckten, mit der Hoffnung auf eine kommende Neuordnung verschmolzen, in der die Einheit aller politischen Gegensätze hergestellt sein sollte. Der Reichsgedanke erscheint, wie auch in anderen Schriften der Zeit, als ein metapolitischer, mythischer Begriff, und ohne eigentliche reale politische Substanz. Er geht vom Universalismus des mittelalterlichen Reiches aus und erhöht ihn zu einem nationalen deutschen Messianismus.“

In der Hypostasierung des Reichsgedankens könnte man wohl ebenso ein „jüdisches“ Element entdecken. Man könnte in diesem Zusammenhang auch an das Werk eines Juden erinnern, an Ernst Kantorowicz *Friedrich der Zweite* (1927). Messianismus ist eine Grundidee des Judentums, die von ihrer „reinen“, eschatologischen Konzeption her, im Zuge der Geschichte in wechselnden religiösen, quasi-religiösen und säkularisierten Verkleidungen und in Wahn-Vorstellungen auftritt. Den Zusammenhang deutscher nationaler Mystik

¹⁶ Theodor Schieder, *Das deutsche Reich 1871–1945*, in: *Reichsgründung 1870/71, Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen*, herausgegeben von Theodor Schieder und Ernst Deuerlein, Stuttgart 1970. Vgl. bes. 428–433.

mit dem Judentum hat wohl am offensten der judenfeindliche Hans Blüher¹⁷ anerkannt. Die Erlösungsideen, die aus dieser Wurzel wachsen, sind ein Bestandteil der Ideologien des modernen Nationalismus ebenso wie des Sozialismus geworden. In beiden Formen wohnt ihnen eine zerstörerische Kraft inne, da sie zu Hybris, Fanatismus und Gewalt verleiten. Wer sich selbst als Messias präsentiert, der betrachtet gewaltsame Durchsetzung als ein gottgefälliges legitimes Ziel. Auch dafür haben wir genug geschichtliche Beispiele¹⁸, noch vor dem Überhandnehmen der gegenwärtigen Paranoia des nationalistischen und sozialistischen Pseudo-Messianismus. Bei den Juden hat in Notzeiten ihrer Geschichte sich die nationale mit der universalen Erlösung identifiziert. Dieses Motiv kehrt bei nationalen Ideologien anderer Völker wieder, man denke nur an Fichte und Dostojewski. Die Probleme, die daraus entstanden, können hier nicht erörtert werden, aber es darf vielleicht behauptet werden, daß diese Vorstellung ihre Spuren in der „Volksseele“ hinterlassen hat.

Möglicherweise hat diese atavistische Seelenstimmung, zusätzlich zu dem ganz natürlichen Umsturz-Verlangen einer verfolgten und zurückgesetzten ethnischen Minorität, auch in Rußland dazu beigetragen, die jüdischen Intellektuellen ins Lager der Revolution zu treiben. Auch dort ist es deutlich, daß der aus dem Ghetto entlaufene und von den alten religiösen Bindungen und Bräuchen befreite Jude (im Gegensatz zu der großen Masse der in den alten überkommenen Lebensformen verharrenden Mehrheit) in der Revolution eine Art Religionsersatz sah und sich ihr mit idealistischer Leidenschaft und Opfermut hingab. Daher waren in der ersten Phase der 1917 ausgebrochenen Revolution verhältnismäßig viele Juden in beiden sozialistischen Fraktionen, Menschewiken wie Bolschewiken, an führender Stelle. In der Umgebung Lenins an der obersten Spitze, aber auch in den mittleren Rängen der bolschewistischen Funktionäre, waren Juden sehr sichtbar. Sogar bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk im Frühjahr 1918 standen den deutschen Unterhändlern Juden gegenüber als Vertreter Rußlands. Feinde der Revolution konnten leicht die antisemitischen Instinkte der Massen benützen, um den Bolschewismus als „jüdisch“ zu diskreditieren. In Deutschland fand man eine Bestätigung dieses Epithetons in der Tatsache, daß in der Welle der Sympathie für die russische Revolution, die Europa überflutete, auch viele Juden – darunter viele Literaten – ihre Stimme erhoben, daß die kurzlebige Räteregierung Bela Kuns in Ungarn in ihrer Mehrheit aus Juden bestand (auch dort soziologisch erklärbar), daß schließlich in der bayerischen Räteregierung viele Juden hervortraten, auch wenn diese sich vom Bolschewismus distanziereten. Das Schlagwort vom „jüdischen“ Bolschewismus hat jedenfalls später in

¹⁷ „... Wenn für uns die Worte Deutsches Reich noch einen Sinn haben können, so kann es nur der sein, der für den Juden im Worte Zion liegt...“ *Hans Blüher* in einem am 19. Januar 1919 in Berlin gehaltenen Vortrag, gedruckt als *Deutsches Reich, Judentum und Sozialismus*, Anthropos Verlag, Prien 1920.

¹⁸ Vgl. *J. L. Talmon*, *Political Messianism*, London 1960.

der Propaganda eine gewaltige Rolle gespielt. Es war glaubhaft, weil es sich auf Tatsachen stützte. Es hat fünfzig Jahre gedauert, bevor offenbar wurde, daß die scheinbare Verwandtschaft von Judentum und Bolschewismus im besten Fall eine temporäre Erscheinung war, die auf einem Mißverständnis auf beiden Seiten beruhte. Es kam die Zeit, wo der russische Bolschewismus die Juden abschüttelte, Stalin die jüdischen Genossen ermordete und die mit den Juden identifizierte „kosmopolitische“ Seite des Sozialismus zum Verbrechen stempelte, und schließlich Sowjetrußland eine unverhohlenen antisemitische Haltung einnahm. Aber in der hier behandelten Zeit lag das noch in weiter Ferne.

Das alles wird in diesem Buch weder aus apologetischen Gründen gesagt, noch um eine „Schuldfrage“ zu stellen. Es soll vielmehr die Verschlungenheit der Tatbestände gezeigt werden, mit ihren vielseitigen Aspekten. Daß aus allem eine Anklage gegen das Judentum gezimmert werden konnte, die für große Massen überzeugend war, beweist nur, daß das jüdische Element, nachdem es einmal ausgeklammert worden war, sich als Angriffsobjekt darbot, dem man dämonische Kräfte zuschreiben konnte.

Dieser unheimliche Vorgang wird in den Beiträgen dieses Buches von verschiedenen Seiten beleuchtet. Ebenso wesentlich ist es vom jüdischen Standpunkt, die Wirkung der Geschehnisse und der Summe der persönlichen Erlebnisse auf die Juden selbst und besonders auf die post-assimilatorische Jugend, die nun zum ersten Mal diese Erfahrungen machte, zu analysieren. Für die Juden war diese Zeit ein Anstoß zur Besinnung auf sich selbst. In dieser Hinsicht ist das vom Leo Baeck Institut herausgegebene Buch von Hans Liebeschütz *Von Georg Simmel zu Franz Rosenzweig*¹⁹ als eine Ergänzung des Gesamtbildes zu betrachten. Franz Rosenzweig ist die jüdische Symbolfigur dieser Epoche. Eva Reichmann zeichnet nach, was in jüdischen Köpfen damals vorging. Teils aus Trotz, aus verletztem Ehrgefühl, aus Entrüstung über das moralische Unrecht, dem der Einzelne wehrlos preisgegeben war, aber auch aus Einsicht in die Natur eines sich überraschend offenbarenden tiefer liegenden inneren Konfliktes entstand, besonders in jungen Menschen, ein neuer Judenstolz. Keimhaft hatte ein neues Kapitel der jüdischen nicht weniger als der deutschen Geschichte begonnen. Die Position der Juden in Deutschland war in der Republik formal und gesetzlich nach dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung geregelt worden, doch waren stärkere Mächte am Werk, die den Buchstaben des Gesetzes und der Verfassung als Illusion erscheinen ließen. Von hier führte der sturmerfüllte Weg durch viele Nachhutgefechte zu dem Schicksalsjahr 1932, in dem sich die verhängnisvollen Entscheidungen konzentrierten. Diese Dynamik ist in dem vom Leo Baeck Institut herausgegebenen Band *Entscheidungsjahr 1932* behandelt worden.

¹⁹ Studien zum Jüdischen Denken im deutschen Kulturbereich, Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 23, Tübingen 1970.

Unsere Erfahrungen nach 1933 werfen in der Rückschau ihre Schatten auf die Vergangenheit, und spätere Generationen sehen auch die „goldenen zwanziger Jahre“ durch diesen düsteren Wolkenschleier. So macht es manchmal Mühe, die richtige Perspektive zu wahren. Vielen Forschern, die in der Vergangenheit nach Symptomen der Judenfeindschaft suchen (und solche Symptome gab es natürlich immer), erscheint der Antisemitismus der Kaiserzeit wie durch ein Vergrößerungsglas. In Wirklichkeit sollten wir heute verstehen, daß es damals zwar eine Distanzierung von den Juden gegeben hat, die als eine gesonderte Gruppe (aber nicht immer in odiosem Sinn) empfunden wurden und natürlich auch wesentlichen Benachteiligungen auf gewissen Gebieten, wie im Militär, in der Beamtschaft, auf den Universitäten, ausgesetzt waren, aber trotz oft betonter Abneigung kam es, abgesehen von Ausschreitungen z. B. in der nationalistischen Studentenschaft oder auch Aufflammen von mittelalterlichen Beschuldigungen, nicht zu brutalen Exzessen und auch nicht zu einer Aufhebung der einmal gewährten Gleichberechtigung. Zur Liebe kann man niemanden zwingen, aber die Haltung der staatlichen Behörden und auch der Justiz gegenüber den Juden war im allgemeinen korrekt. Ebensowenig ist es zutreffend, die Situation der Juden nur unter sozialen oder Parteigesichtspunkten zu betrachten. Adelige und konservative Schichten waren nicht mit Naturnotwendigkeit antisemitisch, wie das heute manchen Betrachtern erscheint, die alles durch die Brille des Klassengegensatzes sehen. Es ist freilich richtig, daß verschiedene reaktionäre Verbände programmatisch antisemitisch waren, aber stark war auch der „altpreußische“ Sinn für Anstand und Recht. Das liberale Bürgertum und die teilweise von jüdischen Intellektuellen geführte Sozialdemokratie mußten schon aus prinzipiellen Gründen den Antisemitismus grundsätzlich ablehnen, der in ihren Augen, nach dem Ausspruch Babels, der „Sozialismus des dummen Kerls“ war. Aber vor Simplifikationen müssen wir uns hüten, wenn wir dem Problem auf den Grund kommen wollen.

Die relativ jungen Menschen, die die letzten dreißig Jahre entweder selbst erlebt haben oder unter ihrer allgegenwärtigen Nachwirkung stehen, sind emotionell so festgelegt, daß sie auch zeitlich vorhergehende Dinge unter diesem einen Gesichtspunkt betrachten. So wird zuweilen fast unbewußt die Begriffswelt des totalen Staates auf die Vergangenheit übertragen. Daß die kaiserliche Regierung außenpolitisch nicht prinzipiell antijüdisch war, zeigte sich schon in Bismarcks Haltung auf dem Berliner Kongreß 1878 (wo es um die Bürgerrechte der Juden der Balkanstaaten ging), und im Weltkrieg hat Deutschland oft die Juden geschützt, besonders auch in Palästina²⁰. Daß dabei

²⁰ Über die deutsche Politik und Haltung siehe die Urteile von solchen zionistischen Zeugen wie *Nahum Goldmann* (in seiner Autobiographie Staatsmann ohne Staat, Köln 1970) und *Richard Lichtheim* (in: Rückkehr. Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1970).

eigene Interessen mitspielten, ändert nicht an der Tatsache. In der Innenpolitik war Deutschland damals ein zwar autoritärer, aber grundsätzlich liberaler Staat, wo freie Meinungsäußerung und Achtung vor dem Recht herrschte. Ein Mann wie Maximilian Harden durfte sagen, was er wollte; erst in der Weimarer Zeit konnte ein Mordanschlag auf Harden verübt werden und das Gericht nicht für den schwer Verletzten, sondern für seine Angreifer Partei nehmen²¹.

Die Situation in Deutschland nach dem Kriege hat aber auch eine andere Seite. In all dem Elend, in Kälte, Hunger, Aussicht auf eine ungewisse Zukunft gab es eine unerhörte intellektuelle Spannung, ein unklares Gefühl, daß nun etwas total anderes beginnt. Der Physiker Franz Ollendorff, damals ein junger Student, hat kürzlich in einem Vortrag in Haifa²² eine Szene in einem – natürlich ungeheizten – Berliner Hörsaal im Januar 1919 geschildert; am Tische saßen Einstein, Max Planck, Max von Laue, der alte Nernst. Neben Ollendorff saß der ungarische Student Leo Szilard, der später in Amerika eine führende Rolle in der Atomforschung spielte. „Um uns, dicht gedrängt, in abgerissenen feldgrauen Uniformen, bleichgesichtige Studenten ... Doch keiner von uns spürt Kälte oder Hunger: Ist nicht der Morgen eines neuen Zeitalters angebrochen, das ‚Nie wieder Krieg!‘ auf seine Fahne geschrieben hat? Und hat nicht dieser gewaltige, wunderbare Durchbruch gerade hier in Berlin begonnen?“ Voll Erregung raunte Szilard seinem Kollegen ins Ohr: „Man spürt, wie die ganze Welt sich ändert“. Wer kann sich heute das Gefühl jener jungen Menschen vergegenwärtigen, die, wie Goethe bei der Kanonade von Valmy, glaubten, „von heute und von hier geht eine neue Periode der Weltgeschichte an, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen!“ Solche Erinnerungen beleuchten das wirkliche Lebensgefühl der damaligen Menschen klarer als die politische Chronik. Freilich, auch in jenem akademischen Physiksaal zeigte sich schon die Wirkung des Giftes, denn selbst dort, wie der zitierte Bericht zeigt, gipfelte die Diskussion um Einstein in persönlichen Angriffen gegen den Mann. Es ist vielleicht übertrieben, wenn manchmal gesagt wurde, daß das Berlin der beginnenden zwanziger Jahre das „Berlin Einsteins“ war; aber wer die Zeit miterlebt hat, wird kaum Zweifel haben, daß Einstein damals der berühmteste Mann Berlins war. Durch ihn wurde die Hauptstadt eines besiegten und gedemütigten Reiches gleichzeitig zu einer Hauptstadt des Geistes, zu der bedeutende Menschen aus aller Welt pilgerten. Und ebenso bedeutend wurde Berlin paradoxerweise als ein Zentrum von Kultur, Musik, Theater und Kunst. Es war schließlich auch für viele das „Berlin Max Reinhardts“! Diese Würdigung wird nicht dadurch aufgehoben, daß man manche Erscheinungen oder Produkte dieser Geistesblüte negativ beurteilen mag. Auch war diese gesellschaftliche, geistige und künstlerische Welt nur sehr marginal ein

²¹ Siehe darüber *B. Uwe Weller*, Maximilian Harden und die „Zukunft“, Bremen 1970, bes. Kapitel Der Prozeß, 88 ff.

²² Siehe MB, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkass Europa (7. August 1970).

politischer Faktor, selbst wenn Künstler auch politisch hervortraten. Mit Recht sagt Gerhard Schulz²³, „daß die Substanz an Werten, die dem Aufbau einer Demokratie zu dienen vermochten, außerordentlich gering war“. Und er fügt hinzu: „Beachtlich hoher zivilisatorischer Blüte und geistiger Leistung auf vielen Gebieten, die sich in dem gesellschaftlich-politischen Pluralismus der Republik dank einer unpersönlichen, zwangsläufigen lebensermöglichenden Toleranz zu entfalten vermochte, stand die notorische Labilität der politischen Kräfteverhältnisse gegenüber . . .“

Aber auch wer die kulturellen Leistungen der Juden anerkannte, machte häufig kein Hehl aus seinen Vorbehalten. Nicht allen war sie genehm, die besondere Art der jüdischen Intellektualität, die „Ironie des modernen Juden“, von der Martin Buber in seiner epochemachenden ersten *Rede über das Judentum* (gehalten 1909, gedruckt mit leichten stilistischen Veränderungen 1911 und 1920) sagte, daß sie „ja nur daraus stammt, daß wir Jahrhunderte lang, wenn wir ins Gesicht geschlagen wurden, nicht zurückschlügen, sondern uns umdrehten und sagten ‚Wir sind eben die geistigen Menschen‘“²⁴. Diese Überheblichkeit gegenüber der rohen Kraft, wie man sie etwa in den Massen von betrunkenen, um sich schlagenden russischen Bauern verkörpert sah, war im Grunde eine Kompensation des Gefühls der physischen Unterlegenheit. „Diese lebensferne, gleichgewichtsfremde, gleichsam außerorganische Intellektualität“, sagt Buber, „ist daran großgeworden, daß wir Jahrhunderte und Jahrtausende lang kein gesundes, gebundenes, vom Rhythmus der Natur bestimmtes Leben kannten.“²⁵ Als die Juden mit der freieren Luft der Aufklärung in Berührung gekommen waren, empfanden sie das Abnormale ihres Lebens als eine Folge der Ghetto-Existenz. Ausgesprochen oder unausgesprochen ist nun die Parole des durch die Aufklärung des neunzehnten Jahrhunderts geformten modernen Juden der Ruf „Heraus aus dem Ghetto“. Daß dieser Wunsch der Befreiung aus der Enge verschiedene Formen annimmt, ist eine der Besonderheiten dieses für die Juden entscheidenden Geschichtsmomentes. Während die einen die Normalisierung in der durch völlige Verschmelzung mit der Umwelt errungenen Freiheit sehen (dies der Standpunkt der großen Mehrheit der deutschen Juden), erstreben andere ein „natürliches“ Eigenleben, das von Buber angedeutete „gesunde, vom Rhythmus der Natur bestimmte Leben“, in dem eine freie und ungezwungene Entfaltung der Persönlichkeit und des Kollektivs möglich ist, auf „eigener Erde“. Beide – hier freilich nur in kürzester Schematik charakterisierten – Tendenzen sind aus dem Geist der Aufklärung und der modernen europäischen Ideen entstanden²⁶. Durch die

²³ Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit, München 1969, 371.

²⁴ Hier zitiert nach der tatsächlich gehaltenen Rede; im Druck, Drei Reden über das Judentum, 24, ist der Text leicht verändert.

²⁵ AaO.

²⁶ Über die tiefgreifende Einwirkung der modernen europäischen Ideen auf die

Befreiung aus dem Ghetto bekamen die Juden den Geruch der Freiheit zu spüren. Die radikale Wandlung des jüdischen Bewußtseins zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts ist eine der unvorhergesehenen Folgen der Assimilation, bzw. des Eintritts der Juden in die europäische Gesellschaft. Damit ändert sich auch die von der Umwelt als traditionell betrachtete „jüdische“ Haltung. Von diesem Ruf „Heraus aus dem Ghetto“ bis zum Anschluß intellektueller Juden an die Revolution ist nur ein Schritt; allerdings überraschend für die Umwelt, die für die Verleihung der Emanzipation Dank und Einfügung in die bestehenden Ordnungen erwartet hatte.

Aus den Vorgängen der Dekade, mit der dieses Buch sich beschäftigt, werden verschiedene Interpreten verschiedene Schlüsse ziehen. Die Sorge unserer Mitarbeiter war es, die Dinge so sachlich darzustellen, wie sie sich aus den Quellen ergeben und dokumentieren lassen. Daß das keine leichte Aufgabe ist, weiß jeder, der einmal mit der unübersehbaren Menge von oft widerspruchsvollen Quellen konfrontiert war. Gedruckte Belege erfordern eine kritische Behandlung. Literarische Produkte sind oft tendenziös, Zeitungsberichte und offizielle Meinungsäußerungen sind nicht immer wörtlich zu nehmen. Um das in bezug auf Vergangenes voll zu würdigen, braucht man nur an Ereignisse und Kundgebungen unserer eigenen Zeit zu denken, z. B. an Reden von Politikern sogar vor einem solchen Forum wie der Völkerbund oder die United Nations, wo Propaganda-Motive und Rücksichtnahme auf Empfindlichkeit und Vorurteile der eigenen Anhänger oft dem Redner wichtiger sind als die Wahrheit. Ebenso schwer ist es, nach vielen Jahren klar zu erkennen, welche Motive oder Tendenz eine Stellungnahme hatte, die sich uns als ein Dokument präsentiert. Umstände der Umwelt, oder sogar taktische Absichten, die mit der Sache selbst nur indirekt zu tun haben, können den Inhalt einer Aussage färben. In der hier behandelten Zeit ist diese Verzerrung vielleicht noch nicht so weit gegangen wie in dem folgenden Zeitalter der totalitären Politik, wo gedruckte Kundgebungen und Äußerungen einer privilegierten Gruppe nichts zu tun haben mit dem, was wirklich ist oder was die Masse, in deren Namen gesprochen wird, wirklich empfindet. Der Historiker ist bei der Einschätzung solcher Dokumente auf sein eigenes kritisches Urteil angewiesen.

In diesem Zusammenhang drängt sich eine andere Erwägung auf. Loyalitätserklärungen oder andere pathetische Proklamationen werden oft als Beweis dafür angeführt, wie eng verbunden die Juden mit dem Staat und der Nation waren. Daß sie diese Verbundenheit betonten, kann als ehrlich angenommen werden. Aber daß sie glaubten, es sagen zu müssen, zeugt dafür, daß sie sich doch etwas unsicher fühlten. Solche Proklamationen können also auch aufgefaßt werden als Symptome dafür, daß auf beiden Seiten Zweifel an der

Juden beider Richtungen vgl. die ausgezeichnete Darstellung von *Adolf Böhm*, in: Die Zionistische Bewegung, Berlin 1920, zitiert nach 2. Aufl. (1935), 21–31.

vollen rechtlichen und gefühlsmäßigen Integrierung bestanden. Überdies kann man aus der unübersehbaren Vielfalt des Lebens leicht „Beweise“ für das Herausfischen, was man gerade beweisen will. Das gilt in allen Dingen, es gilt auch im Falle der Juden. Der moderne Jude ist weit entfernt davon, Beziehungen der Art wie sie zwischen Juden und Nichtjuden bestehen, nur in Schwarz-Weiß zu zeichnen. Niemand kann sich wundern, daß von jüdischer Seite der Antisemitismus verdammt wird; das heißt aber nicht, daß wir stets die Juden als unschuldige Opfer böswilliger Verleumdungen und feindlicher Gesinnung betrachten. Warum sollten die Juden reine Engel sein? Jüdische Denker haben oft von der Polarität des jüdischen Wesens gesprochen. Es wurde gesagt, daß der Jude zu Extremen neigt, sowohl in Verfolg von Idealen als auch in seinen Verfehlungen. Daß beides für die nichtjüdische Welt oft ein Ärgernis ist, zeigt die Erfahrung. In der hier behandelten Epoche war es besonders deutlich.

Von dem extremen Streben nach menschheitlichen Idealen und nach Verbesserung der Welt, die viele Juden zur Formulierung unerfüllbarer Forderungen und manchmal zu einer „wirklichkeitsfremden“ Haltung trieb, haben wir schon gesprochen. Aber auch extreme Erscheinungen materiellen Eigennutzes haben in dieser Zeit viel zur Schürung von Judenfeindschaft beigetragen. Nun muß jeder zugeben, daß materieller Eigennutz und Ausnutzung von Konjunkturen in einer so verworrenen, aus den Fugen geratenen Zeit, keineswegs ein jüdisches Monopol war. Unter denen, die sich bereicherten oder die sich solche Verfehlungen zuschulden kommen ließen, waren die Juden eine kleine Minderheit. Aber gerade sie waren sichtbar, sie wurden auch besonders sichtbar gemacht. Da Juden gewöhnlich als minderwertig betrachtet werden, neigen sie dazu, sich mit Erfolgen zu brüsten. Snobismus ist für jüdische Parvenüs ebenso verlockend wie ihnen das Gefühl für Proportion fehlt. Das lenkt die Aufmerksamkeit auf sie. Jedenfalls war in dieser Zeit, als die Gleichberechtigung der Juden formell verbrieft war, gang und gäbe, bei unsympathischem Auftreten oder gar bei Vergehen von Juden deren Zugehörigkeit zur jüdischen Gruppe oder Rasse hervorzuheben: das war Nahrung für die antijüdische Propaganda. Es sollte damit bewiesen werden, daß die Juden die ihnen in der Demokratie gewährte Stellung mißbrauchen. Die prinzipiell akzeptierte Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied der religiösen oder rassischen Gruppenzugehörigkeit ging nicht so weit, den Juden auch das „Recht“ eines Anteiles an Verbrechen oder asozialen Elementen zuzuerkennen. Man könnte argumentieren, daß in dieser Haltung eines großen Teiles der Öffentlichkeit im Grunde ein Kompliment für das Judentum enthalten war: man erwartete von ihnen ein besseres Benehmen als von dem Rest der Bevölkerung. Es ist hier nicht der Ort zu erklären, warum bei Juden Berufsvergehen oder Verstöße im Geschäftsleben öfter vorkamen als solche Verbrechen wie Mord und Raub; darüber ist in der apologetischen Literatur viel geschrieben worden. Worauf es aber im Zusammenhang unserer Betrachtung ankommt, ist die Lehre, daß

auch bei solchen Fällen der Differenz-Affekt in aller Stärke hervortrat. Das war der Boden, auf dem das Kraut des Antisemitismus gedeihen konnte.

Der Historiker muß sich bemühen zu ergründen, „wie es wirklich gewesen ist“. Dieser Versuch wird unternommen in den Studien, die hier vorgelegt werden. Was sich daraus ergibt, muß der Leser entscheiden. Wenn wir selbst eine Art zusammenfassende Schlußfolgerung mit aller Vorsicht wagen, so kann man vielleicht, ganz allgemein gesprochen, sagen, daß sich in dieser kritischen Zeit eines Zusammenbruchs der alten Welt und einer Erschütterung hergebrachter Begriffe, in dem Versuch einer neuen Orientierung, eines gezeigt hat: Die Scheidewand, die jahrhundertlang zwischen Juden und Nichtjuden bestanden hatte, war nach einem Jahrhundert der Emanzipation und Assimilation vielleicht unsichtbar geworden, aber nicht beseitigt. Darum auch der bewußte oder unbewußte Horror der Juden vor dem „Ghetto“, der sich auch in ihrer Politik niederschlug²⁷. Der zunächst das ganze Volk zusammenschweißende Krieg hat daran nichts geändert, sondern überraschenderweise die Scheidung verschärft. In Anbetracht der Stärkung des völkischen Bewußtseins empfand man, daß die Denkstrukturen von Juden und Nichtjuden verschieden waren. Das müßte an sich kein negatives Kriterium sein; es kann auch, wie viele aufgeklärte Männer anerkannt haben, befruchtend und kulturfördernd wirken. Aber die historische Erfahrung zeigt, daß diese Erkenntnis oder vage Empfindung ein Stein des Anstoßes war.

Jede Gruppe trägt das Erbe der Vergangenheit in sich, auch wenn wir uns des zweideutigen und diskreditierten Begriffs „nationaler Mythos“ enthalten wollen. Es handelt sich im praktischen und geistigen Leben oft nur um subtile Nuancen, aber in dem Schock nationaler und seelischer Krisen wurde diese Verschiedenheit, vorher oft ignoriert oder als eine natürliche Gegebenheit toleriert, emotionell übersteigert. Sie wurde zu einer Mauer, wie eine Frontlinie zwischen feindlichen Mächten.

Auf diesen Hintergrund wurden unliebsame Einzelfälle verallgemeinert und als Beweise der Berechtigung schrankenlosen Judenhasses interpretiert. Für politische Zwecke konstruierte man ein Charakterbild des Juden schlechthin, ob es sich nun um Kriegsgewinnler oder Schwarzhändler, Verständigungspolitiker oder Revolutionäre, Schriftsteller oder Nobelpreisträger handelte. Niemand nahm sich die Mühe, die Gründe spezifischer Eigenschaften oder Situationen zu untersuchen; das wäre auch zu viel verlangt von der Masse der

²⁷ Es ist charakteristisch für das Gefühl der Enttäuschung und der Verletztheit hochstehender intellektueller Juden, daß schon mehr als zwanzig Jahre vor der hier behandelten Zeit, unter dem Eindruck der Dreyfusaffäre, zwei jüdische Schriftsteller fast zugleich und unabhängig voneinander sich des anklagenden Titels „Das neue Ghetto“ bedienten: *Bernard Lazare* in seinem Aufsatz in *La Justice*, 17. November 1894, und *Theodor Herzl* in seinem neun Tage vorher vollendeten Schauspiel gleichen Namens. – Vgl. *Michael R. Marrus*, *The Politics of Assimilation*, Oxford 1971, 179–180.

Durchschnittsmenschen in Kriegszeiten. Historische und volkpsychologische Studien sind nicht ein Teil der Tagespolitik, die vielmehr von Gegenwärtseindrücken und irrationalen Emotionen bestimmt wird; vielleicht auch von einem Gefühl wachsender Unsicherheit in bezug auf die Richtigkeit der eigenen nationalen Belange, einer inneren Unsicherheit, die man betäuben muß durch Aggression gegen vermeintliche Saboteure. Auch wenn der Beobachter dieser Entwicklung erstaunt ist über die entstandenen verhängnisvollen Spannungen, über die Fehlschlüsse und Mißdeutungen, über die Wirkungslosigkeit von Argumenten; auch wenn er dazu neigt zu jammern und zu verurteilen, ändert das nichts an der Tatsache, daß es so gekommen ist und daß von dem äußeren und inneren Geschehen Wirkungen von größter Tragweite ausgegangen sind.

Wir haben hier nicht von Vorgängen gesprochen, die sich in weiter Ferne oder in weiter Vergangenheit zugetragen haben. Die Dinge sind uns sehr nahe, vieles davon durchzittert noch die Luft, die wir selber atmen. Vieles, auch das muß ohne Scham gesagt sein, ist schmerzlich. Aber die Absicht der Studien über eine Periode der Geschichte und über ihre Bedeutung für die Beziehungen zwischen Deutschen und Juden ist es nicht, Anklagen vorzubringen. Für Gefühlsausbrüche ist hier nicht der Ort. Es ist die Hoffnung der Herausgeber, daß die hier vorgelegten Arbeiten zur Klärung des – nun zu einem Kapitel der Historie gewordenen – Problem es etwas Wesentliches beitragen werden.

BIBLIOGRAPHIE

BIBLIOGRAPHIE

Diese Bibliographie enthält die hauptsächlichsten der von den Verfassern ausgewerteten gedruckten und ungedruckten Quellen. Wichtige Zeitungsartikel, vor allem aus der jüdischen Presse, sind eingeschlossen.

A. Gedruckte Quellen und Literatur

- A [. .], M [. .], ‚Helden und Drückeberger‘, in: *Der Jude*, I, Heft 1 (April 1916).
- Abel, Theodore*, *Why Hitler Came into Power. An Answer Based on the Original Life Stories of Six Hundred of his Followers*, New York 1938.
- Achad Haam*, ‚Eine Vorrede‘, in: *Der Jude*, V, Heft 5/6 (August/September 1920).
- Adler-Rudel, S.*, *Ostjuden in Deutschland 1880–1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts*, Bd. 1, Tübingen 1959.
- Albrecht, Willy*, *Landtag und Regierung in Bayern am Vorabend der Revolution von 1918. Studien zur gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung Deutschlands von 1912–1918*, Berlin 1968.
- Alexander, Kurt*, ‚Ostjudenfrage‘, in: *Mitteilungen des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, II, Nr. 7 (17. Mai 1920).
- , –, ‚Zeitschau‘, in: *Im deutschen Reich*, XXVI, Nr. 7/8 (Juli/August 1920).
- Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin, *Stenographische Berichte*, Berlin o. J.
- Amann, Paul*, ‚Westjüdische Dynamik‘, in: *Der Jude*, IV, Heft 4 (Juli 1919).
- Amitai* (d. i. Na(c)hum Goldmann), ‚Chronik‘, in: *Der Jude*, III, Heft 5 und 10 (August 1918, Januar 1919).
- Andersen, Friedrich*, *Der deutsche Heiland* (Neuaufl. des ‚Anticlericus‘), München 1921.
- Angress, Werner T.*, *Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany, 1921–1923*, Princeton, N. J. 1963.
- Anti-Anti: *Blätter zur Abwehr, Tatsachen zur Judenfrage*, hrsg. vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 1. und 4. Aufl., Berlin o. J.
- Anti-Anti: *Tatsachen zur Judenfrage*, hrsg. vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 6. und 7. Aufl., Berlin 1932.
- ‚Die antisemitische Hetze in der Reichswehr‘, in: *Im deutschen Reich*, XXV, Nr. 9 (September 1919).
- Apfel, Alfred*, ‚Der Mutterboden des jüdischen Genius‘, in: *Keren-Hajessod* (Hrsg.), *Stimmen deutscher Juden zum Palästina-Aufbau*, Heft 2 (Berlin 1922).
- , –, ‚Die Opposition im Zentralverein‘. Rede Dr. Apfels in Dresden, in: *Jüdische Rundschau*, XXVI, Nr. 31/32 (20. April 1921).
- Arendt, Hannah*, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1958; Deutsche Ausg.: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1962.

- Armin, Otto* (d. i. Alfred Roth), Die Juden im Heer. Eine statistische Untersuchung nach amtlichen Quellen, München 1919.
- , –, Die Juden in den Kriegsgesellschaften und in der Kriegswirtschaft. Unter Benutzung amtlicher und anderer Quellen, München 1921.
- Arndt, Ino*, Die Judenfrage im Licht der Evangelischen Sonntagsblätter von 1918 bis 1933 (Diss.), Tübingen 1960.
- Auerbach, S. M.*, ‚Jews in the German Metal Trade‘, in: Year Book X of the Leo Baeck Institute, London 1965.
- Aufricht, Ernst Josef*, Erzähle, damit du dein Recht erweist. Die Erinnerungen des ehemaligen Direktors am Schiffbauerdamm-Theater, Berlin 1966.
- ‚Aufstieg und Niedergang‘. Die Not des Mittelstandes, in: Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 300 (15. Juni 1917).
- Ay, Karl-Ludwig*, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges, Bd. I der Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Berlin 1968.
- Bab, Julius* (Hrsg.), Der Deutsche Krieg im Deutschen Gedicht, 1914.
- , –, ‚Liberale Erneuerung‘, in: Weltbühne, XIV/2 (28. November 1918).
- , –, Über den Tag hinaus. Kritische Betrachtungen. Ausgewählt und hrsg. von Harry Bergholz, mit einer Einführung von C. F. W. Behl, Veröffentlichungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt, Bd. 21, Heidelberg 1960.
- Bachmann, Hermann*, ‚Üble Methoden‘, in: Vossische Zeitung, Nr. 290 (10. Juni 1920), A.
- Badt-Strauss, Bertha*, ‚Rosa Luxemburg‘, in: Der Jude, VIII, Heft 3 (März 1924).
- Baeck, Leo*, Das Wesen des Judentums, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1922.
- Bahr, Hermann*, Der Antisemitismus. Ein Internationales Interview, Berlin 1894.
- Barth, Emil*, Aus der Werkstatt der deutschen Revolution, Berlin o. J. [1919].
- Baum, Oskar*, ‚Die jüdische Gefahr‘, in: Der Jude, VII, Heft 7/8 (Juli/August 1923).
- Baumgart, Winfrid*, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, Wien 1966.
- Baumont, Maurice*, La faillite de la paix, Bd. I, Paris 1960.
- Becher, Johannes R.*, ‚Über Jakob van Hoddis‘, in: Raabe, Paul (Hrsg.), Expressio-nismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen der Zeitgenossen (siehe dort).
- Becker, Hermann*, ‚Irrungen – Wirrungen‘, in: Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 9/10 (3. u. 10. März 1922).
- , –, ‚Was erwarten wir Juden von der demokratischen Regierung?‘, in: Allgemeine Zeitung des Judentums, LXXXII (22. November 1918).
- Becker, Werner*, Demokratie des sozialen Rechts. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, der Vossischen Zeitung und des Berliner Tageblatts 1918 bis 1924, Göttingen 1970.
- Becke, Karl Hermann*, Die Gründung der Deutschen Staatspartei im Jahre 1930 im Zusammenhang der Neuordnungsversuche des deutschen Liberalismus (Diss.), Köln 1955.
- Beek, Gottfried zur* (d. i. Ludwig Müller von Hausen) (Hrsg.), Die Geheimnisse der Weisen von Zion, hrsg. im Auftrage des Verbandes gegen Überhebung des Judentums, 1. Aufl., Charlottenburg 1919.
- Beermann, Rabb.*, ‚Unsere Propheten und der Völkerbund‘, in: Im deutschen Reich, XXIV, Nr. 12 (18. Dezember 1918).
- Behr, Theodor*, ‚Grenzschutz‘, in: Der Jude, III, Heft 8 (September 1918).

- Behrend, Hans-Karl*, ‚Zur Personalpolitik des preußischen Ministeriums des Innern‘, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, hrsg. vom Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Bd. VI, Tübingen 1957.
- Behrens, Sigfried*, ‚Liberalismus und Zionismus‘, in: Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 11 (17. März 1922).
- Bein, Alex*, ‚Die Judenfrage in der Literatur des modernen Antisemitismus als Vorbereitung zur „Endlösung“‘, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, VI, Nr. 21 (1963).
- Bennathan, Esra*, ‚Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden‘, in: Entscheidungsjahr 1932 (siehe dort).
- Benoist-Méchin, J.*, Histoire de l'Armée Allemande, II: De la Reichswehr à l'armée nationale, 1919–1938, Paris 1938.
- , –, Geschichte des deutschen Heeres seit dem Waffenstillstand 1918–1938, hrsg. von Carl Henke. Aus dem Französ. übersetzt, Bd. I: Vom Kaiserheer zur Reichswehr, Berlin 1939.
- Beradt, Charlotte*, ‚Martin Beradt – Sein Kreis und sein Werk‘, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, VIII, Nr. 29 (1965).
- , –, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969.
- Berger, Alfred*, ‚Europäische Revolutionen. IV. Die Revolutionen vom 1917/18, B. Deutschland‘, in: Jüdisches Lexikon, Bd. IV/1, Berlin 1930.
- Berger, Julius*, ‚Deutsche Juden und Polnische Juden‘, in: Der Jude, I, Heft 3 (Juni 1916).
- , –, ‚Zionismus in Polen‘, in: Der Jude, II, Heft 5/6 (August/September 1917).
- Berglar, Peter*, Walther Rathenau. Seine Zeit, sein Werk, seine Persönlichkeit, Bremen 1970.
- Berliner, Alfred*, ‚K. J. V. und Jugendbewegung‘, in: Der Jüdische Student, XIX, Heft 3 (April 1922).
- Das Berliner Tageblatt gegen die deutschen Turner. Von einem alten Wettturner, Berlin 1913.
- Bericht über die Verhandlungen des ersten Parteitags der DDP, Berlin o. J. [1919].
- Bericht über die Verhandlungen des 2. (außerordentlichen) Parteitags der DDP, Berlin o. J. [1919].
- Bericht über die Verhandlungen des 2. Ordentlichen Parteitags der DDP (1920), Berlin o. J. [1921].
- Bernhard, Georg*, ‚Anfang oder Ende?‘ in: Vossische Zeitung, Nr. 251 (19. Mai 1919).
- , –, ‚Demokratie‘ in: Vossische Zeitung, Nr. 581 (13. November 1918), M.
- , –, Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik, Prag 1933.
- , –, ‚Friedenslast‘, in: Vossische Zeitung, Nr. 276 (2. Juni 1919).
- , –, ‚Gegenwart oder Zukunft?‘, in: Vossische Zeitung, Nr. 225 (5. Mai 1919).
- , –, ‚Die Kriegspolitik der Vossischen Zeitung‘, Berlin 1919.
- , –, Land oder Geld, Reihe: ‚Der deutsche Krieg‘, Heft 84, Berlin 1916.
- , –, ‚Neue Werte‘, in: Vossische Zeitung, Nr. 1 (1. Januar 1919).
- , –, ‚Prinz oder Programm?‘, in: Vossische Zeitung, Nr. 504 (2. Oktober 1918), A.
- , –, ‚Sind wir frei?‘, in: Vossische Zeitung, Nr. 9–22 (13. Januar 1919), M.
- , –, ‚Verleumder‘, in: Vossische Zeitung, Nr. 205 (3. Mai 1921), A.
- Bernstein, Eduard*, Die deutsche Revolution. Ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk, 1. Bd.: Geschichte der Entstehung und ersten Arbeitsperiode der deutschen Republik, Berlin 1921.
- , –, ‚Vom Mittlerberuf der Juden‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, I, Heft 14 (25. April 1917).

- , –, Von den Aufgaben der Juden im Weltkriege, Berlin 1917.
- , –, ‚Wie ich als Jude in der Diaspora aufwuchs‘, in: Der Jude, II, Heft 3 (Juni 1917).
- Bernstein, Hermann*, The Truth about ‚The Protocols of Zion‘, New York 1935.
- Beyer, Hans*, Von der Novemberrevolution zur Räterepublik in München, Berlin (Ost) 1957.
- Bileski, Moritz*, ‚Die deutschen Juden in der deutschen Politik‘, in: Der Jude, I, Heft 4 (Juli 1916).
- , –, ‚Das Kompromiß des deutschen Judentums‘, in: Der Jude, V, Heft 1 (April 1920).
- Birnbaum, Immanuel*, ‚Juden in der Münchener Räterepublik‘, in: Lamm, Hans (Hrsg.), Von Juden in München (siehe dort).
- Birnbaum, Nathan*, ‚Glossen‘, in: Jeschurun, VI, Heft 1/2 (Januar/Februar 1919).
- , –, ‚Der neue Typ‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 7/8 (10./25. Januar 1919).
- , –, ‚Strenggläubigkeit und Volkstum‘, in: Jeschurun, V, Heft 11/12 (November/Dezember 1918).
- Bloch, Ernst*, Der Geist der Utopie, Berlin 1918, 2. Aufl. Berlin 1923.
- Block, Hans*, ‚Rede gehalten auf dem K. C.-Tag am 13. März 1921‘, in: K. C.-Blätter, Vertrauliche Beilage, XI (Mai/Juni 1921).
- , –, ‚Die Wendung‘, in: K. C.-Blätter, X, Heft 9/10 (September/Oktober 1920).
- Blüher, Hans*, Deutsches Reich, Judentum und Sozialismus. Eine Rede an die Freideutsche Jugend, Prien 1920.
- , –, *Secessio Judaica*. Philosophische Grundlegung der historischen Situation des Judentums und der antisemitischen Bewegung, Berlin 1922.
- Blume, G[ustav]*, Herr Theodor Wolff und das Ressentiment. Offener Brief an den Chefredakteur des ‚Berliner Tageblatt‘, Berlin 1920.
- Blumenfeld, Kurt*, Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert Deutscher Zionismus. Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1962.
- , –, ‚Der Kampf um den Palästinatedanken im Zentralverein‘, in: Jüdische Rundschau, XXVI, Nr. 31/32 (20. April 1921).
- Der Blutmord in Konitz, mit Streiflichtern auf die staatsrechtliche Stellung der Juden im Deutschen Reiche. Nach authentischen Quellen dargestellt von einem besorgten Vaterlandsfreunde. Vorwort von Max Liebermann von Sonnenberg, Hamburg 1920.
- Bode, Wilhelm von*, Einleitung zum Versteigerungskatalog James Simon (25. u. 26. Oktober 1927) von Anton M. W. Mensing, Auktionshaus Frederik Muller & Co. in Amsterdam.
- Böhm, Adolf*, Die Zionistische Bewegung, Berlin 1920.
- Bonn, M[oritz] J[ulius]*, So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953.
- Borchardt, Rudolf*, ‚Der Krieg und die deutsche Selbsteinkehr‘, in: Argonauten (Hrsg.) Ernst Blass, Heft 8, 1915.
- Borée, Karl Friedrich*, Semiten und Antisemiten. Begegnungen und Erfahrungen, Frankfurt/Main 1960.
- Borkenau, Franz*, The Communist International, London 1938.
- Borries, Achim von* (Hrsg.), Selbstzeugnisse des deutschen Judentums 1870–1945, Frankfurt/M. 1962.
- Bosl, Karl* (Hrsg.), Bayern im Umbruch. Die Revolution von 1918, ihre Voraussetzungen, ihr Verlauf und ihre Folgen, München–Wien 1969.
- Boveri, Margret*, Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler, Olten und Freiburg i. Br. 1966.

- Bracher, Karl Dietrich*, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur, Bern-München-Wien 1964.
- Brandenburg, Hans*, ‚Münchener Juden, die ich kannte‘, in: Lamm, Hans (Hrsg.), Von Juden in München (siehe dort).
- Brandes, Georg*, ‚Meine Stellung zum nationalen Judentum‘, in: Der Jude, II, Heft 9 (Dezember 1917).
- Braubach, RA.*, ‚Jugend und Antisemitismus‘, Vortrag in der Außerordentlichen Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, XXXI, Nr. 4/5 (24. Februar 1921).
- Braun, Otto*, Von Weimar zu Hitler, Hamburg 1949.
- Braunthal, Julius*, Geschichte der Internationale, Band 2, Hannover 1963.
- Brecht, Arnold*, Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927, Stuttgart 1966.
- Breines, Paul*, ‚The Jew as Revolutionary. The Case of Gustav Landauer‘, in: Year Book XII of the Leo Baeck Institute, London 1967.
- Brenner, Hildegard*, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Hamburg 1963.
- Broch, Hermann*, Dichten und Erkennen, Essays, Bd. I, Zürich 1955.
- Brod, Max*, ‚Franz Werfels „Christliche Sendung“‘, in: Der Jude, I, Heft 11 (Februar 1917).
- , –, Heidentum, Christentum, Judentum. Ein Bekenntnisbuch, München 1922.
- , –, Im Kampf um das Judentum, Wien-Berlin 1920.
- , –, Der Prager Kreis, Stuttgart 1966.
- , –, Streitbares Leben. Autobiographie, München und Berlin 1969.
- , –, ‚Unsere Literaten und die Gemeinschaft‘, in: Der Jude, I, Heft 7 (Oktober 1916).
- Brüning, Heinrich*, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.
- Brunner, Constantin* (d. i. Leo Wertheimer), Der Judenhaß und die Juden, Berlin 1918.
- , –, Memscheleth sadon. Letztes Wort über den Judenhaß und die Juden, Berlin 1920. Neuaufl.: Die Herrschaft des Hochmuts (memscheleth sadon). Mit einem Geleitwort von Heinz Stolle, Stuttgart 1969.
- Buber, Martin*, Drei Reden über das Judentum, Frankfurt a. M. 1911.
- , –, ‚Ein politischer Faktor‘, in: Der Jude, II, Heft 5/6 (August/September 1917).
- , –, ‚Erinnerungen an einen Tod‘, in: Lamm, Hans (Hrsg.), Von Juden in München (siehe dort).
- , –, Der Heilige Weg. Ein Wort an die Juden und an die Völker, Frankfurt/M. 1919.
- , –, ‚In später Stunde‘, in: Der Jude, V, Heft 1 (April 1920).
- , –, Die jüdische Bewegung. Gesammelte Aufsätze und Ansprachen, 1. Folge 1900 bis 1914, Berlin 1916.
- , –, Kampf um Israel. Reden und Schriften 1921–1932, Berlin 1933.
- , –, Pfade in Utopia, Heidelberg 1950.
- , –, ‚Die Revolution und Wir‘, in: Der Jude, III, Heft 7 (Oktober 1918).
- , –, ‚Vor der Entscheidung‘, in: Der Jude, III, Heft 12 (März 1919).
- , –, ‚Zion und die Jugend‘, in: Der Jude, III, Heft 3 (Juni 1918).
- Buber, Martin* und *Ina Britschgi-Schimmer* (Hrsg.), Gustav Landauer. Sein Lebensgang in Briefen, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1929.
- Buchholtz, Arend*, Die Vossische Zeitung. Geschichtliche Rückblicke in drei Jahrhunderte, Berlin 1904.
- Burchardt, Lothar*, ‚Walther Rathenau und die Anfänge der deutschen Rohstoffbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg‘, in: Tradition. Zeitschrift für Firmen-

- Geschichte und Unternehmer-Biographie, XV, Heft 4 (Juli/August), München 1970.
- Burckhardt, Jacob*, Weltgeschichtliche Betrachtungen, Bern 1941 (Erste Aufl. 1905).
- Burdick, Charles B. und Ralph H. Lutz* (Hrsg.), The Political Institutions of the German Revolution 1918–1919, New York–Washington–London 1966.
- Cahen, Fritz Max*, ‚Der Alfred Richard Meyer-Kreis‘, in: Raabe, Paul (Hrsg.), Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen (siehe dort).
- Cahn, Alfred*, ‚Aufgabe und Arbeit‘, in: Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, XI, Heft 2 (Juni 1920).
- Calvary, Moses*, ‚Erziehung‘, in: Der Jude, V, Heft 2 (Mai 1920).
- Carlé, W.*, Weltanschauung und Presse, eine soziologische Untersuchung an zehn deutschen Tageszeitungen, Leipzig 1931.
- Carsten, Francis L.*, Der Aufstieg des Faschismus in Europa, Frankfurt a. M. 1968.
- , –, Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln–Berlin 1964.
- Cassel*, Justizrat, ‚Die Juden im Heer‘. Bericht an die Hauptversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Stenographischer Bericht, 4. Februar 1917.
- Cecil, Lamar*, Albert Ballin. Business and Politics in Imperial Germany 1888–1918, Princeton 1967; (Deutsche Ausg.): Albert Ballin. Wirtschaft und Politik im deutschen Kaiserreich 1888–1918, Hamburg 1969.
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hrsg.), ‚An die deutschen Juden!‘, in: Im deutschen Reich, XXVI, Nr. 4 (April 1920).
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hrsg.), ‚Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1969‘, in: Beilage zu: Im deutschen Reich, XXV, Nr. 5 (Mai 1919).
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (Hrsg.), Stenographischer Bericht über die Hauptversammlung des C.V. am 2. und 4. Februar 1917.
- Chamberlain, Houston Stewart*, Kriegsaufsätze, München 1915.
- Claß, Heinrich*, ‚Der Kampf der Weltanschauungen‘, in: Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 309 (20. Juni 1918).
- , –, ‚Um den deutschen Staat‘, in: Deutsche Zeitung, XXVIII, Nr. 100 (2. März 1924).
- Cohen, Hermann*, Deutschtum und Judentum. Mit grundlegenden Betrachtungen über Staat und Internationalismus, 11. und 12. Tausend, Gießen 1923.
- , –, ‚Streiflicher über jüdische Religion und Wissenschaft‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, I, Heft 8 (25. Januar 1917).
- , –, ‚Zur Begründung einer Akademie für die Wissenschaft des Judentums‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 11 (10. März 1918).
- Cohen-Reuss, Max*, Der Aufbau Deutschlands und der Rätegedanke. Revolutionsstreitfragen, Heft 2, Berlin 1919.
- , –, ‚Die außenpolitische Bedeutung der nationaljüdischen Bewegung‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 6 (25. Dezember 1917).
- Cohn, Erich*, ‚Die Wahlen zur Nationalversammlung‘, in: Jüdische Rundschau, XXIII (24. Dezember 1918).
- Cohn, Helene Hanna*, ‚Die Judenfrage in der Internationale‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 6 (Dezember 1917).
- Cohn, Norman*, Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung, Aus dem Englischen von Karl Römer, Köln 1969. (Engl. Orig.), Warrant for Genocide. The Myth of the Jewish World-Conspiracy and the Protocols of the Elders of Zion, London 1967.

- Collasius, Franz*, Die Außenpolitik der Frankfurter Zeitung im Weltkrieg (Diss.), Greifswald 1921.
- Comfort, Richard A.*, Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the early Weimar Republic, Stanford, California 1966.
- D'Abernon, Viscount*, An Ambassador of Peace, Bd. I, London 1929.
- David, Eduard*, Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918, in Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4, Düsseldorf 1966.
- Davidsohn, Georg*, 'Auf zum Pogrom!', in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 12 (25. März 1918).
- , –, 'Die Mentalität der Sentimentalität', in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 22 (25. August 1919).
- , –, 'Neu-Orientierung', in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 8 (25. Januar 1918).
- Deak, Istvan*, 'Budapest and the Hungarian Revolutions of 1918–1919', in: The Slavonic and East European Review, XLVI, Nr. 106 (Januar 1968).
- , –, Weimar Germany's Left-Wing Intellectuals. A Political History of the 'Weltbühne' and its Circle, Berkeley und Los Angeles 1968.
- Degener, A. L.* (Hrsg.), Wer ist's? Unsere Zeitgenossen. Biographien von rund 15 000 lebenden Zeitgenossen . . ., IX. Ausg., Berlin 1928.
- Delbrück, Hans*, Vor und nach dem Weltkrieg. Politische und historische Aufsätze 1902–1925, Berlin 1926.
- Deuerlein, Ernst*, 'Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr', in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, VII, Heft 2 (April 1959).
- 'Deutsch-aristokratische und jüdisch-demokratische Weltanschauung', in: Auf Vorposten, Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums, VI, Heft 1–3 (Juli–September 1918).
- Der DHV (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) und die Judenfrage, Flugschrift, Berlin.
- Deutsche und Juden – ein ungelöstes Problem. Reden zum Jüdischen Weltkongreß in Brüssel 1966, Emmerich 1966.
- 'Deutsche Judenordnung', in: Auf Vorposten, Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums, VI (Juli–September 1918).
- Dickel, Otto*, Die Auferstehung des Abendlandes. Die abendländische Kultur als Ausfluß des planetarischen Weltgefühls. Entwicklung und Zukunft, Augsburg 1921.
- Dinter, Artur*, Die Sünden der Zeit. I.: Die Sünde wider das Blut. Ein Zeitroman, Leipzig 1917. II.: Die Sünde wider den Geist. Ein Zeitroman, Leipzig 1921. III.: Die Sünde wider die Liebe. Ein Zeitroman, Leipzig 1922.
- Doebel, Michael*, Sozialismus, soziale Revolution, sozialer Volksstaat, München 1920.
- Döblin, Alfred*, Reise in Polen. In Verbindung mit den Söhnen des Dichters hrsg. von Walter Muschg, weitergeführt und mit einem Nachwort versehen von Heinz Graber. Ausgewählte Werke, Bd. 12, Olten und Freiburg i. Br. 1968 (Erstausg. Berlin 1926).
- , –, Schicksalsreise. Bericht und Bekenntnis, Frankfurt a. M. 1949.
- , –, Unser Dasein. Mit Nachwort und in Verbindung mit den Söhnen des Dichters hrsg. von Walter Muschg, Ausgewählte Werke Bd. 9, Olten und Freiburg i. Br. 1964 (Erstausg. Berlin 1933).
- Doede, Werner*, Berlin, Kunst und Künstler seit 1870. Anfänge und Entwicklungen, Recklinghausen 1961.

- Dorst, Tankred*, Ernst Toller, Frankfurt a. M. 1968.
- , –, (Hrsg.), Die Münchner Räterepublik. Zeugnisse und Kommentar. Mit einem Kommentar versehen von Helmut Neubauer, Frankfurt a. M. 1966.
- Drexler, Anton*, Mein politisches Erwachen. Aus dem Tagebuch eines deutschen sozialistischen Arbeiters, München 1919.
- Drill, R[obert]*, ‚Antisemitische Hetzpropaganda‘, in: Frankfurter Zeitung, LXIV, Nr. 548 (27. Juli 1919).
- , –, ‚Die Judenfrage‘, in: Frankfurter Zeitung, LXVI, Nr. 131 (15. Februar 1921).
- Droz, M.*, Les forces politiques dans la République de Weimar de 1919 à 1933, Paris 1967.
- Dubnow, Simon M.*, Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes (1789–1914), Deutsch von Alexander Eliasberg und Elias Hurwicz, 3 Bände, Berlin 1920 bis 1923.
- Eberle, Joseph*, Großmacht Presse, Enthüllungen für Zeitungsgläubige, Forderungen für Männer, Wien–Regensburg 1920.
- Ebert, Friedrich*, Schriften, Aufzeichnungen, Reden. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß, 2 Bände, Dresden 1926.
- Friedrich Ebert und seine Zeit. Ein Gedenkwerk über den ersten Präsidenten der Deutschen Republik, Charlottenburg 1927.
- Ehrenberg, Hans*, ‚Weltkrieg, Geschichtsstaat und Judenfrage‘, in: Nord und Süd. Eine deutsche Monatsschrift, XLII, Bd. 163 (Oktober/Dezember 1917).
- Ehrenkrook, Hans Friedrich et al* (Hrsg.), Genealogisches Handbuch des Adels, Gräfliche Häuser A, Bd. 1 (Bd. 2 der Gesamtreihe), Glücksburg/Ostsee 1952.
- Ehrenpreis, Markus*, ‚Meine Kongreßrede‘, in: Der Jude, VII, Heft 7/8 (Juli/August 1923).
- Ehrenstein, Albert*, Ausgewählte Aufsätze, hrsg. von M. Y. Ben-Gavriel, Veröffentlichungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt, Heidelberg 1961.
- Ehrlich, Ernst Ludwig*, ‚Judenfeindschaft in Deutschland. Von der Römerherrschaft bis zum Zeitalter der Totalität‘, in: Thieme, Karl (Hrsg.), Judenfeindschaft. Darstellung und Analysen, Frankfurt a. M. 1963.
- Eigenbrodt, August*, Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887–1914, Berlin 1917.
- Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung, begründet von Leopold Sonnemann, 1856 bis 1956, Sonderheft der „Gegenwart“, Frankfurt a. M. 1956.
- ‚Eine Erklärung der deutschen Regierung‘, in: Jüdische Rundschau, XXIII, Nr. 2 (11. Januar 1918).
- ‚Eine Erklärung der englischen Regierung für den Zionismus‘, in: Jüdische Rundschau, XXII, Nr. 46 (16. November 1917).
- ‚Die Erklärung der englischen Regierung‘, in: Jüdische Rundschau, XXII, Nr. 47 (23. November 1917).
- ‚Eingabe an die deutschen Fürsten gegen den Kriegswucher‘, in: Hammer-Flugblatt Nr. 189, Leipzig 1916.
- Einhorn, David*, ‚Deutsche Juden rühmen sich ihrer jüdischen Bergarbeiter‘, in: Forward (Jiddische Tageszeitung), New York 28. Juni 1922.
- Einstein, Albert*, ‚Wie ich Zionist wurde‘, in: Jüdische Rundschau, XXVI, Nr. 49 (21. Juni 1921).
- Eisner, Kurt*, Die halbe Macht den Räten. Ausgewählte Aufsätze und Reden. Eingeleitet und hrsg. von Renate und Gerhard Schmolze, Köln 1969.
- , –, ‚Hermann Cohen‘, Zum 70. Geburtstag des Philosophen (4. Juli 1912), in: Die halbe Macht den Räten (siehe dort).

- Elben, Wolfgang*, Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution. Die Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung vom November 1918 bis Februar 1919, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 31, Düsseldorf 1965.
- Enseling, Alf*, Die Weltbühne. Organ der intellektuellen Linken, Studien zur Publizistik, Bd. 2, Münster 1962.
- Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelband, hrsg. von *Werner E. Mosse* unter Mitwirkung von *Arnold Paucker*. Zweite revidierte und erweiterte Auflage. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 13, Tübingen 1966.
- Epstein, Klaus*, Matthias Erzberger and the Dilemma of German Democracy, Princeton, N. J. 1959. (Deutsche Ausgabe): Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962.
- Erger, Johannes*, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 35, Düsseldorf 1967.
- Erkelenz, Anton*, ‚Demokratische Partei und Presse‘, in: Die Hilfe, Nr. 24, 1926.
- Ernst, Fritz*, Aus dem Nachlaß des Generals Walther Reinhard, Stuttgart 1958.
- [*Escherich, Georg*] (Hrsg.), Der Kommunismus in München. Auf Grund amtlichen, bisher unveröffentl. Materials bearbeitet von einem in der Eisnerzeit an höherer Stelle tätigen Manne, Escherich-Heft, Nr. 1, 2, 4, 6–8, München 1921.
- Eyck, Erich*, Geschichte der Weimarer Republik, Bd. I: Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs, Bd. II: Von der Konferenz von Locarno bis zu Hitlers Machtübernahme, Erlenbach–Zürich 1954/56.
- Falb, Alfred*, Luther und die Juden, Reihe: Deutschlands führende Männer und die Juden, Bd. 4, München 1921.
- Falk, Hanns*, Die Juden in den Kriegsgesellschaften. Nach amtlichem Material (Das Licht, I), Berlin 1920.
- , –, Juden, Regierung und Spartakus. Nach amtlichem Material (Das Licht, I, Heft 2), Berlin 1920.
- Fechenbach, Felix*, Der Revolutionär Kurt Eisner, Berlin 1929.
- Feder, Ernst*, ‚The Diaries . . .‘, siehe Paucker, Arnold, ‚Searchlight . . .‘.
- , –, ‚Der Mord als politisches System‘, in: Berliner Tageblatt, L, Nr. 403 (27. August 1921).
- , –, ‚Das Münchner Angst-Urteil‘, in: Berliner Tageblatt, LIII, Nr. 157 (1. April 1924), A.
- , –, ‚Der 9. November‘, in: Berliner Tageblatt, XLVIII, Nr. 533 (9. November 1919), M.
- , –, ‚Paul Nathan, the Man and his Work‘, in: Year Book III of the Leo Baeck Institute, London 1958. (In deutsch): ‚Paul Nathan – Politiker und Philanthrop‘, in: Weltsch, Robert (Hrsg.), Deutsches Judentum – Aufstieg und Krise. Gestalten, Ideen, Werke, Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1963. (Ferner): ‚Das Lebenswerk Paul Nathans‘, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, Nr. 7 (1959).
- Feiler, Arthur*, Der Staat des sozialen Rechts, Flugschriften der Frankfurter Zeitung ‚Zur deutschen Revolution‘, Nr. 1, Frankfurt a. M. 1919.
- , –, ‚Die Tragik der deutschen Revolution‘, in: Frankfurter Zeitung, LXV, Nr. 827 (7. November 1920), 1. M.
- , –, Vor der Übergangswirtschaft, Flugschriften der Frankfurter Zeitung, Frankfurt a. M. 1918.

- Felden, [Emil]*, ‚Bericht in der Hamburger Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 8. September 1921‘ in: Mitteilungen des Vereins . ., XXXI, Nr. 21 (23. Oktober 1921).
- , –, Die Sünde wider das Volk, Roman, Berlin 1921.
- Feldman, Gerald D.*, Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918, Princeton, N. J. 1966.
- Feuchtwanger, Sigbert*, ‚Grundsätzliches zur deutschen Judenfrage‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, I, Heft 19, 20, 21 (10., 25. Juli, 10. August 1917).
- , –, Die Judenfrage als wissenschaftliches und politisches Problem, Berlin 1916.
- Fischart, Johannes* (d. i. Erich Dombrowski), Das alte und das neue System, Bd. I: Die politischen Köpfe Deutschlands, Bd. II: Neue Folge: Die Männer der Übergangszeit, Berlin 1919/1920.
- Fischenberg, Günter*, Der deutsche Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik (Diss.), Münster 1958.
- Fischer, Fritz*, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918, Düsseldorf 1961.
- Fischer, Peter*, Alfred Wolfenstein. Der Expressionismus und die verendende Kunst, München 1968.
- Fischer, Walter*, ‚Der Hochschulring deutscher Art als Pflegestätte des deutschen Nationalbewußtseins‘, in: Das junge Deutschland, Beilage zur Deutschen Zeitung, XXV, Nr. 227 (26. Mai 1920).
- Flechtheim, Ossip K.*, Die Kommunistische Partei Deutschlands in der Weimarer Republik, Offenbach a. Main 1948.
- ‚Die Flucht in das Nichts‘, (Zur Austrittsbewegung), in: Ost und West, XX, Heft 1/2 (Januar–Februar 1920).
- Foerder, Ludwig*, ‚Antisemitismus, Jugend und Erzieher‘, in: Im deutschen Reich, XXVIII, Nr. 3/4 (März–April 1922).
- , –, Die Stellung des Centralvereins zu den innerjüdischen Fragen in den Jahren 1919–1926. Eine Denkschrift für die Vereinsmitglieder. Zweite, unveränderte Aufl. Als Manuskript gedruckt, Breslau 1927.
- Foerster, Friedrich Wilhelm*, Erlebte Weltgeschichte 1869–1953. Memoiren, Nürnberg 1953.
- Frank, Ludwig*, ‚Antisemitismus und bewußte Jungjuden‘, in: Im deutschen Reich, XXVI, Nr. 11 (November 1920).
- Fraenkel, Sigmund*, ‚Ein Brief aus der Räterepublik und ein Aufsatz aus der Frühzeit des Nationalsozialismus. Offener Brief an die Herren Erich Mühsam, Dr. Wadler, Dr. Otto Neurath, Ernst Toller und Gustav Landauer‘, in: Lamm, Hans (Hrsg.) Von Juden in München (siehe dort).
- Franz, Georg*, ‚Birthplace and Center of the National Socialist German Workers’ Party‘ in: The Journal of Modern History, XXIX, Chicago (Dezember 1957).
- Frauenkräfte in Deutschlands Not und Hoffnung, Bremerhaven 1924.
- Freund, Fritz*, ‚Motive und Fragmente‘, in: K. C.-Blätter, XIV, Heft 1, 2, 3 (Januar bis April, Mai–Juni, August–Oktober 1924).
- Friedemann, Adolf*, ‚Die Juden und der Friedenskongreß‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 3/5 (10./25. November, 10. Dezember 1918).
- Friedmann, Friedrich G.*, ‚Judentum und Christentum‘. Brief an Karl Rahner, in: Politik und Kultur, München 1969.
- Friedmann, Hermann und Otto Mann* (Hrsg.), Deutsche Literatur im XX. Jahrhundert, Heidelberg 1959.
- Friedmann, Lazarus*, Die Emanzipation der Ostjuden und ihr Einfluß auf die Westjuden. Ein Wort zur rechten Zeit, Frankfurt/M. 1917.

- Frisch, Efraim*, ‚Jüdische Aufzeichnungen‘, in: Der Neue Merkur, V, Heft 5 (München, Berlin 1921).
- , –, Zum Verständnis des Geistigen. Essays, hrsg. und eingel. von Guy Stern, Veröffentlichungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt, Bd. 31, Heidelberg 1963.
- Fritsch, Theodor*, ‚Die fremde Rassenflut‘, in: Hammer, Blätter für deutschen Sinn, XIV, Nr. 319 (1. Oktober 1915).
- Fritz, Georg*, ‚Deutschtum und Judentum‘, in: Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 321 (28. Juni 1917).
- , –, (Hrsg.), Deutschvölkisches Jahrbuch, Bd. I und II, Weimar 1920/1921.
- , –, Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschluß, München 1915.
- Frölich, Paul*, Rosa Luxemburg. Her Life and Work, London 1940. (Deutsche Ausg.): Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat. Mit einem Nachwort von Iring Fetscher, Frankfurt am Main 1967.
- Frye, Bruce*, ‚A Letter from Max Weber‘, in: The Journal of Modern History, XXXIX, Chicago (Juni 1967).
- Frymann, Daniel* (d. i. Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912.
- Fuchs, Eugen*, ‚Deutschtum und Christentum‘, in: Um Deutschtum und Judentum (siehe dort).
- , –, ‚Die Einheitsfront, Herrenhaus, Palästina und Friedenskongreß‘, in: Im deutschen Reich, XXIV, Nr. 2 (Februar 1918).
- , –, ‚Glaube und Heimat‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, I, Heft 22 (25. August 1917). (Dasselbe): Mit einem Vorwort von Franz Eugen Fuchs, Sonderabdruck aus: Neue Jüdische Monatshefte, Berlin 1928.
- , –, ‚Jüdische Organisationen in Deutschland‘, in: Ostjuden, Sonderheft Süddeutsche Monatshefte (siehe dort).
- , –, ‚Das jüdische Problem‘, in: Im deutschen Reich, XXIV, Nr. 12 (12. Dezember 1918).
- , –, ‚Nochmals Klatzkins „Probleme des modernen Judentums“‘, in: Im deutschen Reich, XXV, Nr. 5 (Mai 1919).
- , –, ‚Das positive Programm‘, in: Im deutschen Reich, XXV, Nr. 5 (Mai 1919).
- , –, Um Deutschtum und Judentum. Gesammelte Reden und Aufsätze (1894–1919). Im Auftrage des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hrsg. von Leo Hirschfeld, Frankfurt a. M. 1919.
- , –, ‚Vortrag des Geheimrat Fuchs‘, in: Mitteilungen des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, I, Nr. 2 (1. März 1919).
- , –, ‚Was nun?‘ in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 7/8 (10./25. Januar 1919).
- , –, ‚Zur Aussprache‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, I, Heft 1 (10. Oktober 1916).
- Fürstenberg, Hans*, Erinnerungen. Mein Weg als Bankier und Carl Fürstenbergs Altersjahre, Wiesbaden 1965.
- Gatzke, Hans W.*, Germany’s Drive to the West. A Study of Germany’s Western War Aims during the First World War, Baltimore 1950.
- Gay, Peter*, The Dilemma of Democratic Socialism. Eduard Bernstein’s Challenge to Marx, New York 1962.
- , –, Weimar Culture. The Insider as Outsider, New York–Evanston 1968.
- Gebtsattel, Konstantin Frh. von*, ‚Alldeutsch – vielleicht alljüdisch?‘, in: Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 305 (18. Juni 1917).

- , –, ‚Deutsche Saat – fremde Ernte‘, in: Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 366 (22. Juli 1917).
- , –, ‚Das Ferment der Dekomposition‘, in: Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 526 (15. Oktober 1918).
- , –, ‚Judenwahlen – Judenfriede?‘, in: Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 480 (21. September 1917).
- , –, ‚Der Kampf der Weltanschauungen in der inneren Politik‘, in: Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 326 (29. Juni 1918).
- Geiss, Imanuel*, Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur deutschen Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg, Lübeck und Hamburg 1960.
- ‚Geleitwort‘, in: Jüdische Jugend, hrsg. vom Kartell Jüdischer Verbindungen und von der Jüdischen Turnerschaft, Heft I (Berlin 1919).
- Georg, Manfred*, Carl Sternheim und seine besten Bühnenwerke, Berlin 1923.
- , –, ‚Max Brod‘, in: Krojanker, Gustav (Hrsg.): Juden in der deutschen Literatur (siehe dort).
- Gerlach, Hellmut* von, Von Rechts nach Links. Hrsg. von Emil Ludwig, Zürich 1937.
- Gerland, Heinrich Balthasar*, ‚Antisemitismus und Demokratie‘, in: Berliner Tageblatt, XLVIII, Nr. 520 (2. November 1919).
- ‚Die „Germania“ auf den Spuren der Pogromhetzer‘, in: Im deutschen Reich, XXV, Nr. 7/8 (Juli/August 1919).
- Germanicus* (d. i. Robert Breuer), ‚Die Neuordnung der Welt‘, in: Schaubühne, Nr. 1 (3. Januar 1918).
- , –, ‚Wir und die Alldeutschen‘, in: Weltbühne, XIV/1 (25. April 1918).
- Gerstl, Max*, Die Münchener Räte-Republik, München 1919.
- Gerteis, Klaus*, Leopold Sonnemann. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Nationalstaatsgedankens in Deutschland, Studien zur Frankfurter Geschichte, Heft 3, Frankfurt a. M. 1970.
- Geschichte der Frankfurter Zeitung, Volksausgabe, Frankfurt a. M. 1911.
- Getz, F.*, ‚Das jüdische Lehrerseminar in Litauen‘, in: Jeschurun, IX, Heft 1/2 (Januar/Februar 1922).
- Giesecke, Hermann*, ‚Zur Schulpolitik der Sozialdemokraten in Preußen und im Reich 1918/19‘, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, XIII (April 1965).
- Gilbert, Martin* (Hrsg.), A Century of Conflict, London 1966.
- Goldmann, Felix*, ‚Alldeutsch oder international‘, in: Im deutschen Reich, XXIII (Dezember 1917).
- , –, ‚Antisemitismus und Religion‘, in: Im deutschen Reich, XXIV, Nr. 3 (März 1918).
- , –, ‚Hochschulantisemitismus‘, in: Im deutschen Reich, XXVIII (März/April 1922).
- , –, ‚Judentum und Judenheit‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, I, Heft 9 (10. Februar 1917).
- , –, ‚Der K. C.-Tag in Breslau‘, in: K. C.-Blätter, XI, Heft 10, 11/12 (Oktober–November–Dezember 1921).
- , –, ‚Nationaljüdischer Radikalismus‘, in: Im deutschen Reich, XXV, Nr. 2 (Februar 1919).
- , –, ‚Neue Strömungen im Zionismus‘, in: K. C.-Blätter, XI, Nr. 3/4 (März–April 1921).
- , –, ‚Umschau‘, in: K. C.-Blätter, IX, Heft 1 und 2 (Januar/Februar 1919).
- , –, ‚Vom nationaldeutschen Juden‘, in: K. C.-Blätter, XI, Nr. 3/4 (März–April 1921).
- , –, ‚Wandersturm‘, in: Im deutschen Reich, XXVI, Nr. 12 (Dezember 1920).
- , –, ‚Zukunftsarbeit‘, in: Im deutschen Reich, XXIII, Nr. 7/8 (Juli/August 1917).
- Goldmann, Na[c]hum*, ‚Chronik‘, in: Der Jude, IV, Heft 8 (November 1919).

- , -, ‚Der Geist des Militarismus‘, in: Jäckh, Ernst (Hrsg.), *Der deutsche Krieg*, Heft 52, Stuttgart/Berlin 1915.
- , -, *Staatsmann ohne Staat. Autobiographie*, Köln 1970.
- , -, ‚Zionismus und nationale Bewegung‘, in: *Der Jude*, V, Heft 1 (April 1920).
- , -, ‚Zur Psychologie der Ostjuden‘, in: *Ostjuden, Sonderheft Süddeutsche Monatshefte* (siehe dort).
- Goldschmidt, Alfons*, ‚Von den Juden‘, in: *Die Weltbühne*, XIX/2, Nr. 36 (6. September 1923).
- Goldschmidt, Hermann Levin*, *Das Vermächtnis des deutschen Judentums*. Dritte, stark erw. Aufl., *Bibliotheca Judaica*, Frankfurt a. M. 1965.
- Goldstein, Julius*, ‚Betrachtungen zum jüdischen Nationalismus‘, in: *Im deutschen Reich*, XXVII, Nr. 7/8 (Juli/August 1921).
- Goldstein, Moritz*, ‚German Jewry’s Dilemma. The Story of a Provocative Essay‘, in: *Year Book II of the Leo Baeck Institute*, London 1957.
- Gordon, Harold J. Jr.*, *The Reichswehr and the German Republic 1919–1926*, Princeton N. J. 1957.
- Goslar, Hans*, ‚Zionistischer Delegiertentag‘, in: *Neue Jüdische Monatshefte*, III, Heft 6 (25. Dezember 1918).
- Goth, Ernst*, ‚Auf Deutschlands hohen Schulen...‘, in: *C. V.-Zeitung*, I, Nr. 30 (30. November 1922).
- Gothein, Georg*, ‚„Die Hoffnung auf die antisemitische Welle“‘, Rede anlässlich der ordentlichen Generalversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 16. November 1919, in: *Mitteilungen aus dem Verein...*, XXIX, Nr. 24 (24. November 1919).
- , -, ‚Die Judenzählung in den Kriegsgesellschaften‘, in: *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, XXVI, Nr. 22 (1. November 1916).
- ‚Gottesfrieden‘, in: *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, XXXII, Nr. 9/10 (16. Mai 1922).
- Gottgetreu, Erich*, ‚Arnold Schönbergs nicht erfüllter Wunsch‘, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, XI, Nr. 43–44 (1968).
- , -, ‚Maximilian Harden. Ways and Errors of a Publicist‘, in: *Year Book VII of the Leo Baeck Institute*, London 1961.
- , -, ‚Zum Thema des jüdischen Selbsthasses. Der Fall Tucholsky versus Tucholsky‘, in: ‚MB‘, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkaz Europa, XXXI, Nr. 37/38 (18. September 1963).
- Graber, Heinz*, *Alfred Döblins Epos ‚Manas‘*, Bern 1967.
- Graef, Walter*, ‚Der Werdegang der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928‘, in: *Weiss, Max (Hrsg.), Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918–1928*, Berlin 1928.
- Graf, Oskar Maria*, *Wir sind Gefangene. Ein Bekenntnis aus diesem Jahrzehnt*, München 1927.
- Grassmann, Siegfried*, *Hugo Preuß und die deutsche Selbstverwaltung*, *Historische Studien*, Heft 394, Lübeck und Hamburg 1965.
- Green, Allen Taber Jr.*, *Hugo Preuss and the Weimar Republic (Diss.)*, Emory University, Atlanta, Georgia 1965.
- ‚Grenzschluß gegen Juden in Deutschland‘, in: *Jüdische Rundschau*, XXIII, Nr. 30 (26. Juli 1918).
- Greuner, Ruth*, *Gegenspieler. Profile linksbürgerlicher Publizisten aus Kaiserreich und Weimarer Republik*, Berlin (Ost) 1969.
- Groener, Wilhelm*, *Lebenserinnerungen. Jugend, Generalstab, Weltkrieg*. Hrsg. von Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, *Deutsche Geschichtsquellen des 19. und*

20. Jahrhunderts, Bd. 41, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Göttingen 1957.
- Gross, Walter, ‚Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik‘, in: Tramer, Hans (Hrsg.), In Zwei Welten. Siegfried Moses zum Fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel Aviv 1962.
- Grossmann, Kurt R., ‚Deutsche Juden auf der Linken. Ihre politische Aktivität in der Weimarer Republik‘, in: Strauss, Herbert A. und Kurt R. Grossmann (Hrsg.), Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn, Heidelberg 1970.
- Grossmann, Stefan, ‚Secessio Judaica‘, in: Tagebuch, III/1, Heft 19 (13. Mai 1922).
- Grote, cand. jur., ‚Studenten und nationale Parteien‘, in: Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 655 (25. Dezember 1918).
- ‚Die Gründung des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden‘, in: Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 26 (30. Juni 1922).
- Gumbel, E. J., ‚Gustav Landauers Ende‘, in: Die Weltbühne, XX/1, Nr. 7 (14. Februar 1924).
- Gundolf, Friedrich, ‚Tat und Wort im Krieg‘, in: Frankfurter Zeitung, 11. Oktober 1914.
- Guttman, Bernhard, ‚Jüdische Wissenschaft. Die Akademie für die Wissenschaft des Judentums‘, in: Der Jude, VII (Juli/August 1923).
- , –, Schattenriß einer Generation 1888–1919, Stuttgart 1950.
- , –, ‚Die Zeitung und das Reich‘, in: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung (siehe dort).
- Haacke, Wilmont und Alexander Baeyer (Hrsg.), Faksimile-Querschnitt durch den Querschnitt, München 1968.
- Haas, Ludwig, ‚Die Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Haas‘, in: Im deutschen Reich, XII, Nr. 11/12 (Dezember 1916).
- Haas, Willy, Gestalten. Essays zur Literatur und Gesellschaft, Mit einer Einführung von Hermann Kesten und einem Nachwort von Walter Benjamin, Berlin 1962.
- Haase, Berthold, ‚Ausgleich. Ein Wort der Verständigung‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 7/8 (10./25. Januar 1919).
- Haase, Ernst (Hrsg.), Hugo Haase. Sein Leben und Wirken, mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, Berlin o. J. [1929].
- Haase, Ludolf, Aufstand in Niedersachsen. Der Kampf der NSDAP 1921/1924, 2. verm. und verb. Niederschrift, 1942 (Maschinenschrift).
- Hamburger, Ernest, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 19, Tübingen 1968.
- , –, ‚Jüdische Parlamentarier in Berlin 1848–1933‘, in: Strauss, Herbert A. und Kurt R. Grossmann (Hrsg.), Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin 25 Jahre nach dem Neubeginn, Heidelberg 1970.
- , –, ‚One Hundred Years of Emancipation‘, in: Year Book XIV of the Leo Baeck Institute, London 1969.
- Hamburger, Richard, Zeitungsverlag und Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Musterbetriebe Deutscher Wirtschaft, Bd. 3, Berlin 1928 (?).
- Hamel, Iris, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Bd. VI, Frankfurt a. M. 1967.

- Hannover, Heinrich und Elisabeth Hannover-Drück*, Politische Justiz 1918–1933, Frankfurt a. M. 1966.
- Hannover-Drück, Elisabeth und Heinrich Hannover* (Hrsg.), Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens, Frankfurt a. M. 1967.
- Harden, Maximilian*, ‚Theater im Krieg‘, in: Die Zukunft, XXIV (19. Februar 1916).
- Hartenau, W.* (d. i. Walther Rathenau), „Höre, Israel.“, in: Die Zukunft, V, Nr. 23 (6. März 1897).
- Hartenstein, Wolfgang*, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918–1920, Düsseldorf 1962.
- Hausenstein, Wilhelm*, [aus]: ‚Erinnerung an Eisner‘, (Frühjahr 1919), in: Lamm, Hans (Hrsg.), Von Juden in München (siehe dort).
- Heer, Friedrich*, Gottes erste Liebe. 2000 Jahre Judentum und Christentum. Genesis des österreichischen Katholiken Adolf Hitler, München 1967.
- Heffter, Heinrich*, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, Stuttgart 1950.
- Heidegger, Hermann*, Die deutsche Sozialdemokratie und der nationale Staat 1870 bis 1920, unter besonderer Berücksichtigung der Kriegs- und Revolutionsjahre, Göttingen 1956.
- Heidner, Georg*, Der politische Charakter der Deutschen, Berlin 1919.
- Heilborn, Ernst* (Hrsg.), Die Ernte. Jahrbuch der Halbmonatsschrift ‚Das literarische Echo‘, Band 1 und 2, Stuttgart 1919/1920.
- Heimann, Hugo*, Vom tätigen Leben. 50 Jahre im Dienste des sozialen Fortschritts, Berlin 1949.
- Heimann, Moritz*, Kritische Schriften. Ausgewählt, eingeleitet und erläutert von Helmut Prang, Zürich 1969.
- , –, Die Wahrheit liegt nicht in der Mitte. Essays. Mit einem Nachwort von Wilhelm Lehmann, Frankfurt a. M. 1966.
- , –, ‚Zionismus und Politik‘, in: Neue Rundschau, XXVIII, Heft 12 (Dezember 1917).
- Heimann-Hatry, Walter*, ‚San Remo‘, in: K. C.-Blätter, X, Heft 9 und 10 (September/Oktober 1920).
- Heinemann, I[saak]*, ‚Der Völkerbund im Lichte des Judentums‘, in: Jeschurun, V, Heft 11/12 (November/Dezember 1918).
- , –, Zeitfragen im Lichte jüdischer Lebensanschauung. Fünf Vorträge, Frankfurt/M. 1921.
- Heinze, Wolfgang*, ‚Ostjüdische Einwanderung‘, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 162 (Oktober 1915).
- Hermann, Georg* (eigentl. Borchardt), ‚Zur Frage der Westjuden‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 19/20 (10./25. Juli 1919).
- Herold, A.* (d. i. E. Schilasky), Die Sünden des Berliner Tageblatts. Ein Mahnwort an Christen und Juden, Hannover 1920.
- Herrmann, Leo*, ‚Aktivierung‘, in: Der Jude, II, Heft 4 (Juli 1917).
- Hertzberg-Berlin, G. von*, ‚Nur Einigkeit verbürgt den Sieg‘, in: Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 295 (1. Juli 1920).
- Herz, Emil*, Denk‘ ich an Deutschland in der Nacht. Die Geschichte des Hauses Steg, Berlin 1951.
- Herzfelde, Wieland*, ‚Wie ein Verlag entstand‘, in: Raabe, Paul (Hrsg.), Expressionismus. Aufzeichnungen und Erinnerungen (siehe dort).
- Herzl, Hechler*, the Grand Duke of Baden and the German Emperor 1896–1904. Documents found by *Hermann und Bessi Ellern*, Foreword by Hermann Ellern,

- Introduction by Alex Bein, List of Documents (Reproduced in Facsimile) Annotated and Compiled by Josef Wenkert, Tel Aviv 1961.
- Herzog, Wilhelm*, Menschen, denen ich begegnete, Bern und München 1959.
- „Die „Hetzer“ der Wahrheit!“, in: Adolf Hitlers Reden, hrsg. von Ernst Boepfle, München 1933.
- Heuss, Theodor*, An und über Juden. Aus Schriften und Reden (1906–1963), zusammengestellt und hrsg. von Hans Lamm, Vorwort von Karl Marx, Düsseldorf 1964.
- , –, Erinnerungen 1905–1933, Tübingen 1963.
- , –, „Erinnerungen“, in: Ein Jahrhundert Frankfurter Zeitung (siehe dort).
- , –, „Landauers politischer Nachlaß“, in: Das literarische Echo (15. Juni 1919), abgedruckt in: An und über Juden (siehe dort).
- Heynen, Walter* (Hrsg.), Deutsche Briefe des 20. Jahrhunderts, München 1962.
- Hiller, Kurt*, Köpfe und Tröpfe, Hamburg 1950.
- , –, „Ludwig Rubiner“, in: Der Monat, XIII, Heft 148 (Januar 1961).
- Hirsch, Karl Jakob*, Heimkehr zu Gott. Briefe an meinen Sohn, München 1946.
- Hirsch, Paul*, Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen, Berlin 1925.
- Höfele, Karl Heinrich*, „Epochengefühl und Wandlungsbewußtsein im Ersten Weltkrieg“, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abtlg., Bd. 10, 1958.
- Hoff, Ferdinand*, Politische Zeit- und Streitfragen in demokratischer Beleuchtung. Ein Wort der Aufklärung für die kommenden Wahlen. Berlin o. J. [1920].
- „Die Hoffnung auf die antisemitische Welle“, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, XXIX, Nr. 21 (16. Oktober 1919).
- Hofmannsthal, Hugo von*, Die Berührung der Sphären. Reden und Betrachtungen aus dem Nachlaß, Berlin 1931.
- Hofmiller, Josef*, Revolutionstagebuch 1918/19. Aus den Tagen der Münchner Revolution, Leipzig 1938.
- Holdheim, Gerhard*, „Das K. J. V. Seine Tendenz, seine Erziehungsmethoden und seine Gemeinschaftsformen“, in: Der jüdische Wille, I (April 1918/April 1919).
- Holländer, Ludwig*, „Unsere Lage und unsere Arbeit“, in: Im deutschen Reich, XXV, Nr. 5 (Mai 1919), Beilage: Hauptversammlung des Centralvereins vom 28. und 29. Mai 1919.
- , –, „Verband nationaldeutscher Juden und Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, in: Im deutschen Reich, XXVII, Nr. 4 (April 1921).
- „Hölle Stargard“, in: Die jüdische Arbeiterstimme, I, Nr. 6 (1. Juni 1921).
- Hopfen, Otto Helmut*, „Nationalsozial“, in: Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 383 (19. August 1920).
- Horkenbach, Cuno* (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1930.
- Hughes, H. Stuart*, Consciousness and Society, London 1959.
- Hultschiner, Richard*, „Die nationalsozialistische Gefahr“, in: Vossische Zeitung, Nr. 556 (24. November 1922).
- Jacob, Benno*, Die Juden und das Berliner Tageblatt. Ein Briefwechsel, Berlin 1920.
- , –, Krieg, Revolution und Judentum. Rede gehalten im Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Neue, durch Nachtrag vermehrte Auflage, Berlin 1920.
- , –, „Zionistischer Liberalismus?“, in: Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 30 (28. Juli 1922).
- Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur, hrsg. vom Verbands der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland, Bd. 22, 23, Berlin 1919, 1920.

- Jaspers, Karl*, Vom Ursprung und Ziel der Geschichte, Taschenbuch-Ausgabe, Frankfurt a. M.–Hamburg 1956.
- Jizchaki, Michael*, ‚Der Vierundzwanzigste April‘, in: *Der Jude*, V, Heft 1 (April 1920).
- Jochmann, Werner*, Kommentar zu: Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945, hrsg. von Hans-A. Jacobsen und Werner Jochmann, Bielefeld 1966.
- , –, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente. Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Band III, Frankfurt a. M. 1963.
- Joseph, Artur*, Meines Vaters Haus. Ein Dokument, Stuttgart 1959.
- ‚Der Jude als Ministerpräsident‘, in: *Im deutschen Reich*, XXIV, Nr. 12 (Dezember 1918).
- ‚Der Jude zwischen den Nationalitäten‘, in: *Ost und West*, XX, Heft 11/12 (November–Dezember 1920).
- Die Juden in Deutschland. Hrsg. vom Institut zum Studium der Judenfrage, München 1936.
- ‚Die Judenfrage nach dem Kriege‘, in: *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, XXV, Nr. 22 (3. November 1915).
- Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens, hrsg. von Georg Herlitz und Bruno Kirschner, 4 Bände in 5, Berlin 1927–1930.
- ‚Jüdisches Volkstum und deutsches Staatsbürgertum‘, in: *Neue Jüdische Monatshefte*, III, Heft 7/8 (10./25. Januar 1919).
- Der Jüngste Tag. Die Bücherei einer Epoche. Neu hrsg. und mit einem dokumentarischen Anhang versehen von Heinz Schöffler, Bd. I und II, Frankfurt a. M. 1970. (Erschien Leipzig von 1913–1921).
- Kahan, J.*, ‚Keine „Neuorientierung!“‘, in: *Jeschurun*, VI, Heft 1/2 (Januar/Februar 1919).
- Kahn, Ernst*, ‚Bernhard Guttman‘, in: ‚MB‘, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkas Europa, XXVII, Nr. 9 (27. Februar 1959).
- , –, ‚The Frankfurter Zeitung‘, in: *Year Book II of the Leo Baeck Institute*, London 1957.
- Kalz, Wolf*, Gustav Landauer. Kultursozialist und Anarchist. Schriften zur politischen Wissenschaft, Bd. 6, Meisenheim am Glan 1967.
- Kantorowicz, Ernst H.*, The Fundamental Issue. Documents and Marginal Notes on the University of California Loyalty Oath, o. O. 1950.
- Karasek, Hellmuth*, Carl Sternheim, Velbert 1965.
- Karl, Josef*, Die Schreckensherrschaft in München und Spartakus im bayerischen Oberland. Tagebuchblätter und Ereignisse aus der Zeit der ‚bayerischen Räterepublik‘ und der Münchener Kommune im Frühjahr 1919. Nach amtlichen Quellen aufgezeichnet, München o. J. [1919].
- Kasack, Hermann*, Mosaiksteine. Beiträge zu Literatur und Kunst, Frankfurt a. M. 1956.
- Kastein, Josef*, Juden in Deutschland, Wien 1935.
- Katzenstein, Willy*, ‚Ein liberaler deutscher Jude zu den jüdischen Problemen‘, in: *Jüdisch-liberale Zeitung*, II, Nr. 27 (7. Juli 1922).
- , –, ‚Zur Frage der Westjuden‘, in: *Neue Jüdische Monatshefte*, IV, Heft 7/8 (10./25. Januar 1920).

- Kaufmann, Fritz Mordechai* und *Werner Senator*, Die Einwanderung der Ostjuden. Eine Gefahr oder ein sozial-politisches Problem. Vier Aufsätze. Schriften des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands, Berlin 1920.
- Kaulla, Rudolf*, Der Liberalismus und die deutschen Juden. Das Judentum als konservatives Element, München-Leipzig 1928.
- Kayser, Rudolf*, ‚Der jüdische Revolutionär‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, IV, Heft 5 (10. Dezember 1919).
- Kaznelson, Siegmund* (Hrsg.), Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelband. 2., verm. Aufl., Berlin 1959.
- Kernholt, Otto* (d. i. Otto Bonhard), Vom Ghetto zur Macht. Die Geschichte des Aufstiegs der Juden auf deutschem Boden, Leipzig/Berlin 1921.
- Kerr, Alfred* (eigentl. Kempner). Die Welt im Drama, Bd. I, Berlin 1917, (Neuausg.), hrsg. von Gerhard F. Hering, Köln-Berlin 1954.
- , –, Die Welt im Licht, Bd. II, Berlin 1920. (Neuausg.), Auswahl aus: Die Welt im Licht, hrsg. von Friedrich Luft, Köln 1961.
- Kessler, Harry Graf*, Tagebücher 1918–1937. Politik, Kultur und Gesellschaft der zwanziger Jahre. Hrsg. von Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt a. M. 1961.
- , –, Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk, Berlin 1928. Neuaufl. mit einem Kommentar von Hans Fürstenberg, Wiesbaden 1962.
- Klatzkin, Jakob*, Krisis und Entscheidung im Judentum. Probleme des modernen Judentums. Zweite, erg. Aufl., Berlin 1921.
- Klippel, Joachim*, Geschichte des ‚Berliner Tageblatts‘ von 1872–1880 (Diss.), Leipzig 1935.
- Kloth, Emil*, Einkehr. Betrachtungen eines sozialdemokratischen Gewerkschaftlers über die Politik der deutschen Sozialdemokratie, München 1920.
- , –, Sozialdemokratie und Judentum, München 1920.
- Klötzl, C[heskel] Z[wi]*, ‚Kriegsende‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, IV, Heft 7/8 (10./25. Januar 1920).
- , –, ‚Razzia‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, IV, Heft 11/12 (10./25. März 1920).
- , –, ‚Die Wandlung im Westjude‘, in: Jüdische Rundschau, XXIV, Nr. 61 (29. August 1919).
- , –, ‚Zwei Tagungen‘. (Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens – Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands), in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 18 (25. Juni 1919).
- Knütter, Hans-Helmuth*, ‚Die Linksparteien‘ (zur Judenfrage), in: Entscheidungsjahr 1932 (siehe dort).
- Kobler, Franz* (Hrsg.), Juden und Judentum in deutschen Briefen aus drei Jahrhunderten, Wien 1935.
- Koch, Richard*, ‚Das Freie Jüdische Lehrhaus in Frankfurt am Main‘, in: Der Jude, VII (1923).
- Koepf, Friedrich*, ‚Die Juden im deutschen öffentlichen Leben‘, in: Deutsche Politik. Ein völkisches Handbuch, bearb. von Angehörigen des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten und hrsg. in seinem Auftrage durch Wilhelm Berensmann, Wolfgang Stahlberg, Friedrich Koepf, Frankfurt/Main 1926.
- Kohn, Hans*, ‚Der Augenblick‘, in: Der Jude, V, Heft 8/9 (November–Dezember 1920).
- , –, The Idea of Nationalism, New York 1946.
- , –, Karl Kraus – Arthur Schnitzler – Otto Weininger. Aus dem Jüdischen Wien der Jahrhundertwende. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 6, Tübingen 1962.
- , –, ‚Nationalismus‘, in: Der Jude, VI, Heft 11 (August 1922).
- , –, ‚Perspektiven‘, in: Der Jude, IV, Heft 11 (Februar 1920).

- , –, ‚Zur Araberfrage‘, in: *Der Jude*, IV, Heft 12 (März 1920).
- Koigen, David*, *Ideen zur Philosophie der Kultur*, München 1910.
- Kolb, Eberhard*, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*. Hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 23, Düsseldorf 1962.
- Kolb, Eberhard* und *Reinhard Rürup* (Hrsg.), *Der Zentralrat der Deutschen Sozialistischen Republik 19. 12. 1918–8. 4. 1919. Vom Ersten zum Zweiten Rätekongreß. Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19*, Bd. I, Leiden 1968.
- Kornfeld, Paul*, ‚Der beseelte und der psychologische Mensch, Kunst, Theater und Anderes‘, in: *Das Junge Deutschland, Monatsschrift für Literatur und Theater*, I, Berlin 1918.
- Kracauer, Siegfried*, *Von Caligari bis Hitler. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Films*, Hamburg 1958.
- Kreutzberger, Max* unter Mitarbeit von *Irmgard Foerg*, Leo Baeck Institute New York. Bibliothek und Archiv (siehe dort).
- ‚Kriegswucher‘, in: *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, XXV, Nr. 24 (1. Dezember 1915).
- Krojanker, Gustav* (Hrsg.), *Juden in der deutschen Literatur. Essays über zeitgenössische Schriftsteller*, Berlin 1922.
- Krombach, David*, ‚Auf zur Arbeit‘, in: *K. C.-Blätter*, IX, Heft 1 und 2 (Januar/Februar 1919).
- Kruck, Alfred*, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939. Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte, Mainz, Bd. 3 (III. Hauptteil: 1918 bis 1939)*, Wiesbaden 1954.
- Krüger, Alf*, *Der Weg, auf dem wir angetreten*, Berlin 1938.
- ‚Die Kundgebung des Centralvereins in der Berliner Philharmonie am 2. November 1918‘, in: *Im deutschen Reich*, XXIV, Nr. 11 (November 1918).
- Kurtz, Rudolf*, *Expressionismus und Film*, Berlin 1926. Photomechanischer Neudruck, Zürich 1965.
- L[. .], J[. .], ‚Die Rassen-Legende‘, in: *Im deutschen Reich*, XXIII, Nr. 4 (April 1917).
- ‚Die Lage in Rußland‘, in: *Deutsche Israelitische Zeitung*, XXXV, Nr. 10 (7. März 1918).
- Lamm, Hans* (Hrsg.), *Von Juden in München. Ein Gedenkbuch*, München 1958.
- Lamparter, Eduard*, *Evangelische Kirche und Judentum – Ein Beitrag zu christlichem Verständnis von Judentum und Antisemitismus*, Gotha 1928. Neudruck in: *Versuche des Verstehens. Dokumente jüdisch-christlicher Begegnung aus den Jahren 1918–1933*, hrsg. von Robert Raphael Geis und Hans-Joachim Kraus, München 1966.
- Landau, J.*, ‚Rückblick auf das Jahr 5678‘, in: *Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur*, Bd. 22 (siehe dort).
- Landau, Max*, ‚Die Knessia Gdola‘, in: *Jeschurun*, X, Heft 9/10 (September/Oktober 1923).
- Landauer, Carl*, ‚The Bavarian Problem in the Weimar Republic, 1918–1923‘, Part I, in: *The Journal of Modern History*, Chicago (Juni 1944).
- Landauer, Gustav*, *Aufruf zum Sozialismus*, 4. Aufl., Köln 1923.
- , –, *Gustav Landauer. Sein Lebensgang in Briefen*. Hrsg. von Martin Buber und Ina Britschgi-Schimmer (siehe dort).
- , –, ‚Ostjuden und deutsches Reich‘, in: *Der Jude*, I (Oktober 1916).

- Landsberg, Otto*, ‚Der Rat der Volksbeauftragten‘, in: Friedrich Ebert und seine Zeit (siehe dort).
- Laqueur, Walter*, ‚Die Ideologen der Revolution‘, in: Hoffman, Kurt (Hrsg.), Macht und Ohnmacht der Intellektuellen, Hamburg 1968.
- Leber, Julius*, Ein Mann geht seinen Weg. Schriften, Reden und Briefe, hrsg. von seinen Freunden, Berlin–Frankfurt/Main 1952.
- Lederer, Emil*, ‚Zur Soziologie des Weltkriegs‘, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 39, 1915.
- Lehmann, Melanie* (Hrsg.), Jul. Frdr. Lehmann. Ein Leben im Kampf für Deutschland. Lebenslauf und Briefe, München 1935.
- Leiser, Walter*, ‚Die Juden in den Kriegsgesellschaften. Auch eine Judenstatistik‘, in: Im deutschen Reich, XXVII, Nr. 5/6 (Mai/Juni 1921).
- Leo Baeck Institute New York. Bibliothek und Archiv. Katalog Band I, hrsg. von *Max Kreuzberger* unter Mitarbeit von *Irmgard Foerg*. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 22, Tübingen 1970.
- Leschnitzer, Adolf*, ‚Geschichte der deutschen Juden vom Zeitalter der Emanzipation bis 1933‘, in: Böhm, Franz und Walter Dirks (Hrsg.), Judentum. Schicksal, Wesen und Gegenwart, Bd. 1, Wiesbaden 1965.
- , –, ‚Der Gestaltwandel Ahasvers‘, in: Tramer, Hans (Hrsg.), In Zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel Aviv 1962.
- Lestschinsky, Jakob*, Das wirtschaftliche Schicksal des deutschen Judentums. Aufstieg, Wandlung, Krise, Ausblick, Berlin 1932.
- , –, Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Juden in Deutschland und Polen, Paris/Genf 1936.
- Levi, Paul*, Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. und eingel. von Charlotte Beradt, Frankfurt und Wien 1969.
- Leviné, Eugen*, Skizzen. Rede vor Gericht und Anderes, 2. Ausg., Berlin 1925.
- Leviné, Rosa* (Meyer-Leviné), Aus der Münchener Rätezeit, Berlin 1925.
- Lewin, Reinhold*, ‚Der Krieg als jüdisches Erlebnis‘, in: Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums, LXIII, N. F. XXVII (Juli/Dezember 1919).
- Lewkowitz, Julius*, ‚Die Krisis im liberalen Judentum‘, in: Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 16 (21. April 1922).
- Lichtheim, Richard*, Rückkehr. Lebenserinnerungen aus der Frühzeit des deutschen Zionismus. Mit einer Einleitung von Pinchas Rosen. Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1970.
- Liebe, Werner*, Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 8, Düsseldorf 1956.
- Liebeschütz, Hans*, Von Georg Simmel zu Franz Rosenzweig. Studien zum Jüdischen Denken im deutschen Kulturbereich. Mit einem Nachwort von Robert Weltsch. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 23, Tübingen 1970.
- Liebig, Hans Frhr. von*, Der Betrug am deutschen Volke. Flugblatt aus ‚Deutschlands Erneuerung‘, Monatsschrift für das deutsche Volk, München 1919.
- Liek, Walter* (d. i. Hans Frhr. von Liebig), Der Anteil des Judentums am Zusammenbruche Deutschlands. Flugblatt aus ‚Deutschlands Erneuerung‘, München 1919.
- Lindau, Rudolf*, Revolutionäre Kämpfe 1918–1919. Aufsätze und Chronik, Berlin (Ost) 1960.
- Lion, Ferdinand*, ‚Deutsches und Jüdisches Schicksal‘, in: Der Neue Merkur, V, Heft 5, München–Berlin 1921.
- Lippmann, Alwin*, ‚Als Freikorpsführer in Oberschlesien‘, in: Der Schild, XII (15. August 1933).

- Lippmann, Leo*, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Erinnerungen und ein Beitrag zur Finanzgeschichte Hamburgs. Aus dem Nachlaß hrsg. von Werner Jochmann. Veröffentlichungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Band XIX, Hamburg 1964.
- Lissauer, Ernst*, ‚Bemerkungen über mein Leben. Zu den Aufzeichnungen des Dichters Ernst Lissauer aus dem Jahre 1933‘, in: Bulletin des Leo Baek Instituts, V, Nr. 20, 1962.
- , –, ‚Worte in die Zeit. Flugblätter 1914, Göttingen 1914.‘
- Loebenstein, Fritz*, ‚K. J. V.-er Feldbrief‘, in: Der Jüdische Wille, I (April 1918 bis April 1919).
- Löhneysen, Wolfgang Frhr. von*, ‚Zur deutschen Kunst um 1920‘, in: Zeitgeist der Weimarer Republik, Stuttgart 1968.
- Loerke, Oskar*, Literarische Aufsätze aus der Neuen Rundschau, hrsg. von Reinhard Tgahrt, Heidelberg 1967.
- L[öwenstein], F[ritz]*, ‚Ein Jahr deutsche Revolution‘, in: Jüdische Rundschau, XXIV (7. November 1919).
- , –, ‚Zwei Konferenzen‘, in: Volk und Land, I, Heft 14/15 (3./10. April 1919).
- Lohalm, Uwe*, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923. Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. VI, Hamburg 1970.
- Lohan, Max*, ‚Was spricht heute Treitschke zu den deutschen Studenten?‘, in: Das junge Deutschland, Beilage zur Deutschen Zeitung, XXIV, Nr. 184 (23. April 1919).
- Lowenthal, E. G.*, ‚Die Juden im öffentlichen Leben‘, in: Entscheidungsjahr 1932 (siehe dort).
- Ludendorff, Erich*, Kriegführung und Politik, Berlin 1922.
- Ludwig, Emil* (eigentl. Cohn), ‚Der Zionismus und die Türkei‘, in: Vossische Zeitung, 20. November 1917. A. (Hierzu): ‚Zionismus und Palästina-Problem‘, in: Jüdische Rundschau, XXII, Nr. 47 (23. November 1917).
- Luxemburg, Rosa*, ‚An die Proletarier aller Welt‘, in: Die Rote Fahne, I, Nr. 10 (25. November 1918).
- , –, ‚Der Anfang‘, in: Die Rote Fahne, I, Nr. 3 (18. November 1918).
- , –, ‚Ein gewagtes Spiel‘, in: Die Rote Fahne, I, Nr. 9 (24. November 1918).
- , –, ‚Das Menschliche entscheidet. Briefe an Freunde, München 1958.‘
- , –, ‚Die Nationalversammlung‘, in: Die Rote Fahne, I, Nr. 5 (20. November 1918).
- , –, ‚Die Ordnung herrscht in Berlin‘, in: Die Rote Fahne, II, Nr. 14 (14. Januar 1919).
- , –, ‚Die russische Revolution. Eingel. und hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt a. M. 1963.‘
- , –, ‚Versäumte Pflichten‘, in: Die Rote Fahne, II, Nr. 8 (8. Januar 1919).
- , –, ‚Was machen die Führer?‘, in: Die Rote Fahne, II, Nr. 7 (7. Januar 1919).
- , –, ‚Was will der Spartakusbund?‘, in: Die Rote Fahne, I, Nr. 29 (14. Dezember 1918).
- , –, ‚Der Weg zum Nichts‘, in: Die Rote Fahne, I, Nr. 13 (28. November 1918).
- Maas, Georg* (Hrsg.), Die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung. Lebensgang, Lebensarbeit, Lebensziele ihrer Mitglieder nach eigenen Mitteilungen und mit Bildnissen, Charlottenburg 1919.
- McDougall, William*, The Group Mind, Cambridge 1939.
- März, Josef*, ‚Judenpresse‘, in: Heide, Walter (Hrsg.), Handbuch der Zeitungswissenschaft, Leipzig 1940.

- Magnes, Judah L.*, ‚Das Judentum am Ende des Krieges‘, in: *Neuer Merkur*, V (August 1921).
- Mann, Golo*, ‚Über Antisemitismus‘, in: *Geschichte und Geschichten*, Frankfurt/Main 1961.
- Mann, Klaus*, *Der Wendepunkt. Ein Lebensbericht*, Frankfurt a. M. 1952.
- Mann, Thomas*, *Betrachtungen eines Unpolitischen*, 1. Aufl. Berlin 1918.
- , –, *Doktor Faustus*, Stockholm 1947.
- , –, *Der Zauberberg*, 2 Bände, 1. Aufl. Berlin 1925.
- Mannheim, Karl*, *Ideology and Utopia*, London–New York 1946.
- Marcuse, Ludwig*, *Mein zwanzigstes Jahrhundert. Auf dem Weg zu einer Autobiographie*, München 1960.
- Marrus, Michael R.*, *The Politics of Assimilation*, Oxford 1971.
- Marx, Hugo*, *Werdegang eines jüdischen Staatsanwaltes und Richters in Baden 1892 bis 1933. Ein soziologisch-politisches Zeitbild*, Villingen 1965.
- Marx, Julius*, *Kriegs-Tagebuch eines Juden*, Zürich 1939.
- Maser, Werner*, *Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt am Main–Bonn 1965.
- Massing, Paul W.*, *Rehearsal for Destruction. A Study of Political Anti-Semitism in Imperial Germany*, New York 1949. (Deutsche Ausg.): *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1959.
- Masur, Gerhard*, *Prophets of Yesterday*, London 1963.
- Matthias, Erich und Rudolf Morsey* (Hrsg.), *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 1. Reihe, Bd. 1/I und 1/II, Düsseldorf 1959.
- , –, *Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Hrsg. im Auftrage der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus*, 1. Reihe, Bd. 2, Düsseldorf 1962.
- Matthias, Erich und Eberhard Pikart* (Hrsg.), *Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, 1. Reihe, Band 3/I, 1898–1914, Band 3/II, 1914 bis 1918, Düsseldorf 1966.
- Maurenbrecher, Max*, ‚Die Republik und die Jugend‘, in: *Deutsche Zeitung*, XXVI, Nr. 128 (19. März 1922).
- , –, ‚Völkische Einigung‘, in: *Deutsche Zeitung*, XXVIII, Nr. 513 (21. November 1923).
- Max von Baden, Prinz*, *Erinnerungen und Dokumente*, Berlin und Leipzig 1927.
- May, Ernst R.*, *The World War and American Isolation 1914–1917*, Cambridge 1963.
- Maydell, Bodo Frhr. von*, ‚Jüdisch, und deutsch zugleich. Ein Beitrag zum Verständnis Karl Wolfskehls‘, in: *Judaica*, XXV, Heft 3/4, November, Zürich 1969.
- Mayer, Gustav*, *Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung*, Zürich–Wien 1949.
- M[ayer], M[ax]*, ‚Im Zentralverein‘, in: *Jüdische Rundschau*, XXII, Nr. 6 (9. Februar 1917).
- , –, ‚„Toratreuer“ Antizionismus‘, in: *Jüdische Rundschau*, XXII, Nr. 19 (11. Mai 1917).
- ‚Mehr Aufklärung!‘. Von einem im Felde stehenden jungen Leser, in: *Im deutschen Reich*, XXIV, Nr. 3 (März 1918).
- Mehring, Walter*, *Als das Jahrhundert jung war*, Zürich 1961.
- Meinecke, Friedrich*, *Die Deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, 3. Aufl., Wiesbaden 1947.
- , –, *Straßburg, Freiburg, Berlin. 1901–1919. Erinnerungen*, Stuttgart 1949.

- Meister, Anton*, Die Presse als Machtmittel Judas. 2. erw. Aufl. Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 18, München 1930.
- Meister, Wilhelm* (d. i. Paul Bang), Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung. 3. und 4. Aufl. München 1919, 5. und 6. Aufl. München 1920.
- Melchior, David*, ‚Stiefkind der Geschichte? Zum 100. Geburtstag von Kurt Eisner‘, in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, XXII, Nr. 7 (12. Mai), Düsseldorf 1967.
- Mendelssohn-Bartholdy, A[lbrecht]*, The War and German Society. The Testament of a Liberal, New Haven 1937.
- Mendelssohn, Peter de*, ‚Die Geschichte der „Neuen Rundschau“‘. Aus Anlaß des achtzigjährigen Bestehens der Zeitschrift, in: Die Neue Rundschau, LXXX, Heft 4, Frankfurt a. M. 1969.
- , –, S. Fischer und sein Verlag. Die Geschichte eines epochemachenden Verlegers und seiner Lebensarbeit, Frankfurt a. M. 1970.
- , –, Zeitungstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse, Berlin 1959.
- Mendershausen, Fritz*, ‚Wohin geht die Fahrt?‘, Über Gegenwart und Zukunft des deutschen Zionismus unter besonderer Berücksichtigung der Jugendbewegung, in: K. C.-Blätter, IX, Heft 7/8 (Juli/August 1919).
- Merton, Richard*, Erinnerungswertes aus meinem Leben, Frankfurt a. M. 1955.
- Metzler, Georg*, ‚Juden raus!‘, in: Weltbühne, XV/2, Nr. 50 (4. Dezember 1919).
- Meyer, Oscar*, Von Bismarck zu Hitler. Erinnerungen und Betrachtungen, New York 1944.
- Meyer, Paul*, ‚Zur Frage der Vertiefung der Tendenz‘, in: Vertrauliche Beilage der K. C.-Blätter, IX (Mai/Juni 1919).
- Meyer-Frank, Julie*, ‚Erinnerungen an meine Studienzeit‘, in: Lamm, Hans (Hrsg.), Von Juden in München (siehe dort).
- Michels, Robert*, Patriotismus, München–Leipzig 1929.
- Miller, Susanne und Heinrich Potthoff* (Hrsg.), Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Eingel. von Erich Matthias. 1. Reihe, Bd. 6, Düsseldorf 1969.
- Mitchell, Allan*, Revolution in Bavaria 1918–1919. The Eisner Regime and the Soviet Republic, Princeton N. J. 1965. (Deutsche Ausg.): Revolution in Bayern 1918–1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. Aus dem Amerikanischen übers. von Karl-Heinz Abshagen, München 1967.
- Mitteilungen des Syndikus des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Berlin.
- Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands, Jg. 10–11, Berlin 1919/1920.
- Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte (Münchens), Nr. 5 (18. April 1919), Nr. 13 (26. April 1919), Nr. 15 (29. April 1919).
- Mommsen, H[ans]*, ‚Zur Frage des Einflusses deutscher Juden auf die deutsche Wirtschaft in der Zeit der Weimarer Republik‘, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. II, Stuttgart 1966.
- Mommsen, Wolfgang J.*, ‚Die deutsche öffentliche Meinung und der Zusammenbruch des Regierungssystems Bethmann Hollweg im Juli 1917‘, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, XIX, Heft 11 (November 1968).
- , –, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, Tübingen 1959.
- , –, ‚Die Regierung Bethmann Hollweg und die öffentliche Meinung 1914–1917‘, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, XVII, Heft 2 (April 1969).
- Morgenthau, Hans J.*, The Tragedy of German-Jewish Liberalism, The Leo Baeck Memorial Lecture 4, New York 1961.

- Morse, Rudolf*, Die deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 32, Düsseldorf 1966.
- Mosse, George L.*, The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich, New York 1964.
- , –, Germans and Jews. The Right, the Left, and the Search for a ‚Third Force‘ in Pre-Nazi Germany, New York 1970.
- , –, ‚The Influence of the Völkisch Idea on German Jewry‘, in: Studies of the Leo Baeck Institute, New York 1967.
- Rudolf Mosse 1867–1917. Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse, Berlin o. J. [1917].
- Mosse, Werner E.*, ‚The Conflict of Liberalism and Nationalism and its Effect on German Jewry‘, in: Year Book XV of the Leo Baeck Institute, London 1970.
- , –, unter Mitwirkung von *Arnold Paucker* (Hrsg.), Entscheidungsjahr 1932 (siehe dort).
- , –, ‚Der Niedergang der Weimarer Republik und die Juden‘, in: Entscheidungsjahr 1932 (siehe dort).
- , –, ‚Rudolf Mosse and the House of Mosse 1867–1920‘, in: Year Book IV of the Leo Baeck Institute, London 1959.
- Muche, Georg*, Blickpunkt. Sturm, Dada, Bauhaus, Gegenwart, München 1961.
- Mühsam, Erich*, Auswahl: Gedichte, Drama, Prosa, mit einem Nachruf von Erich Weinert, Berlin (Ost) 1961.
- , –, Unpolitische Erinnerungen. Ausgewählte Werke, Berlin (Ost) 1961.
- , –, Von Eisner bis Leviné. Die Entstehung der bayerischen Räterepublik. Persönlicher Rechenschaftsbericht über die Revolutionsereignisse in München vom 7. XI. 1918 bis zum 13. IV. 1919, Berlin 1929.
- Müller, Hermann*, Die Novemberrevolution. Erinnerungen, Berlin 1928.
- Müller, Karl Alexander von*, Das betörte deutsche Volk. Mahnworte für die Wahlen zur Nationalversammlung. Deutschnationale Flugschrift Nr. 14, Berlin 1919.
- , –, Mars und Venus, Erinnerungen 1914–1919, Stuttgart 1954.
- Müller, Robert*, ‚Der Jude‘, in: Tagebuch, II/2, Heft 42, 43, 44 (22., 29. Oktober, 5. November 1921).
- Müller, Theodor*, ‚Die Einwanderung der Ostjuden‘, in: Neue Zeit, XXXIX, Bd. 2, Nr. 13 (24. Juni 1921), Nr. 14 (1. Juli 1921).
- Müller-Meinigen, Ernst*, Aus Bayerns schwersten Tagen. Erinnerungen und Betrachtungen aus der Revolutionszeit, Neue Ausg., Berlin und Leipzig 1924.
- Muir, Ramsey*, Nationalism and Internationalism, London 1917.
- Mumm, Carl*, Alfred Wolfenstein. Eine Einführung in sein Werk und eine Auswahl, Wiesbaden 1955.
- Nathan, Paul*, Die Einwanderung der Ostjuden, eine Gefahr oder ein sozialpolitisches Problem, Berlin 1920.
- , –, ‚Die jüdisch-nationale Heimstätte in Palästina‘, in: Im deutschen Reich, XXVII, Nr. 3 (März 1921).
- , –, Die Ostjuden in Deutschland und die antisemitische Reaktion. Zeit- und Streitfragen, Heft 5, Berlin 1922.
- ‚Nationaljudentum? Chanuckah 5679‘, in: Deutsche Israelitische Zeitung, XXXV, Nr. 49 (5. Dezember 1918).
- Naudh, H.* (d. i. Johannes Nordmann), Die Juden und der deutsche Staat, 1. Aufl. 1859, 13. erg. Aufl. Leipzig 1920.
- Naumann, Max*, Von nationaldeutschen Juden, Berlin 1920.
- , –, ‚Vom nationaldeutschen Juden. Eine Erwiderung‘, in: Im deutschen Reich, XXVII, Nr. 1 (Januar 1921).

- Nettl, J[ohn] P[eter]*, Rosa Luxemburg, 2 Bände, London–New York–Toronto 1966.
(Deutsche Ausg.): Rosa Luxemburg. Aus dem Engl. von Karl Römer. Die Zitate aus den polnischen Briefen Rosa Luxemburgs ins Deutsche übertragen von Wanda Bronska-Pampuch, Vorwort des Autors, Köln 1967.
- Neubauer, Helmuth* (Hrsg.), Deutschland und die Russische Revolution, Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz 1968.
- , –, München und Moskau 1918/1919. Zur Geschichte der Rätebewegung in Bayern. Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Beiheft 4, München 1958.
- Neumann, Sigmund*, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Fachschriften zur Politik und staatsbürgerlichen Erziehung, Berlin 1932.
- , –, Die Parteien der Weimarer Republik. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart 1965.
- Neurath, Otto*, Bayerische Sozialisierungserfahrungen, Wien 1920.
- Niekisch, Ernst*, Gewagtes Leben. Begegnungen und Begebnisse, Köln–Berlin 1958.
- Nipperdey, Thomas*, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18, Düsseldorf 1961.
- Norden, Joseph*, ‚Was bedeutet das heilige Land dem religiösen Juden?‘, in: Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 21 (26. Mai 1922).
- Noske, Gustav*, Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie, Offenbach/Main 1947.
- , –, ‚Ostjüdisches‘, in: Die Glocke, II (30. Dezember 1916).
- Nossig, Alfred*, Zionismus und Judenheit. Krisis und Lösung. Hrsg. von Davis Erdtracht, 2. Aufl., Berlin–Wien–New York 1922.
- Nuschke, Otto*, ‚Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist‘, in: Erkelenz, Anton (Hrsg.), Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik, Berlin 1928.
- Oehme, Walter*, Damals in der Reichskanzlei. Erinnerungen aus den Jahren 1918/1919, Berlin (Ost) 1958.
- Oelsner, Fred*, Rosa Luxemburg. Eine kritische biographische Skizze, Berlin (Ost) 1956.
- Oertzen, Peter von*, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 25, Düsseldorf 1963.
- Olden, Rudolf*, ‚Die Sünde wider das Blut‘, in: Tagebuch, II/1, Heft 13 (2. April 1921).
- Ollendorff, Franz*, ‚Einsteins Persönlichkeit‘, in: ‚MB‘, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkas Europa, XXXVIII, Nr. 32 (7. August 1970).
- Oppeln-Bronikowski, Friedrich von*, Antisemitismus? Eine unparteiische Prüfung des Problems, Charlottenburg 1920.
- , –, ‚Gerechtigkeit‘. Zur Lösung der Judenfrage, Berlin 1932.
- Oppenheim, Leo*, ‚Die Juden und der Judenhaß‘, in: K. C.-Blätter, IX, Heft 11/12 (November–Dezember 1919).
- Oppenheim-Hirschberg, Hans*, ‚K. J. V. und Jugendbewegung‘, in: Der Jüdische Student, XIX, Heft 5 (Mai 1922).
- Oppenheimer, Franz*, ‚Antisemitismus‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 1 (10. Oktober 1917).
- , –, ‚Der Antisemitismus‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 23 (10. September 1918).

- , →, ‚Die Erklärung der Reichsregierung‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 7 (10. Januar 1918).
- , →, Erlebtes, Erstrebtes, Erreichtes. Lebenserinnerungen, Berlin 1931. Neuaufl. ergänzt durch Berichte und Aufsätze von und über Franz Oppenheimer, hrsg. von Ludwig Yehuda Oppenheimer, Düsseldorf 1964.
- , →, ‚Gemeinbürgerschaft‘, in: Im deutschen Reich, XXIV, Nr. 4 (April 1918).
- , →, Die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums, München 1922.
- , →, „Viod“, in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 11 (10. März 1918).
- , →, ‚Der Zionismus und die deutschen Juden‘, in: K. C.-Blätter, IX, Heft 1 und 2 (Januar/Februar 1919).
- , →, ‚Zur Erklärung der Reichsregierung über die Judenfrage‘, in: Israelitisches Gemeindeblatt, XXXI, Nr. 3 (18. Januar 1918), Köln.
- ‚Organisierung des Rassenantisemitismus‘, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, XXVIII, Nr. 10–11 (12. Juni 1918).
- Osborn, Max* (Hrsg.), Fünfzig Jahre Ullstein 1877–1927, Berlin 1927.
- Osterroth, Franz* (Hrsg.), Biographisches Lexikon des Sozialismus, I. Teil: Verstorbene Persönlichkeiten, Hannover 1960.
- Ostjuden. Sonderheft Süddeutsche Monatshefte, XIII, Heft 5 (Februar 1916). München–Leipzig.
- Otten, Karl* (Hrsg.), Ahnung und Aufbruch. Expressionistische Prosa, Neuwied 1957.
- , →, Das leere Haus. Prosa jüdischer Dichter, Stuttgart 1959.
- Die parteipolitischen Neubildungen in Deutschland und die Juden. Stenographischer Bericht über einen Erörterungsabend des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands am 18. Dezember 1918 in Berlin, Berlin 1919.
- ‚Das Parteiprogramm der DDP‘, in: Bericht über die Verhandlungen des 2. (außerordentlichen) Parteitags der DDP (siehe dort).
- Paucker, Arnold*, ‚Gerechtigkeit. The Fate of a Pamphlet on the Jewish Question‘, in: Year Book VIII of the Leo Baeck Institute, London 1963.
- , →, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte, Band IV, 2. Aufl., Hamburg 1969.
- , →, Searchlight on the Decline of the Weimar Republic. The Diaries of Ernst Feder‘, in: Year Book XIII of the Leo Baeck Institute, London 1968.
- Penkert, Sybille*, Carl Einstein. Beiträge zu einer Monographie, Göttingen 1969.
- Pentha-Tull, Siegfried* (d. i. Hans Schliepmann), Die siegreiche Weltanschauung (Neo-Macchiavellismus) und wir Juden, Leipzig 1920.
- Perles, Rosalie*, ‚Unsere Großväter‘, in: Jahrbuch für Jüdische Geschichte und Literatur, Bd. 22 (siehe dort).
- Pernerstorfer, Engelbert*, ‚Zur Judenfrage‘, in: Der Jude, I, Heft 5 (August 1916).
- Pfemfert, Franz* (Hrsg.), Die Aktion. Einführung und Kommentar von Paul Raabe, 4 Bde., Stuttgart 1911–1914. Photomechanischer Nachdruck 1961.
- Picard, Jacob*, ‚Ernst Blass, seine Umwelt in Heidelberg (und) „Die Argonauten“‘, in: Imprimatur, Neue Folge, Bd. III, 1961/62.
- Pinner, Ernst*, ‚Das Programm der Zurückbleibenden‘, in: Der Jüdische Wille, I (April 1918).
- Pinner, Felix* (d. i. Frank Faßland), Deutsche Wirtschaftsführer, Berlin 1924.
- Pinner, Grete* und *Fritz Hammerschlag*, ‚Ostjuden und Volkswirtschaft‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, IV, Heft 11/12 (10./25. März 1920).
- Pinson, Koppel S.*, Modern Germany. Its History and Civilization, 2. Ausg., New York 1966.

- Pinthus, Kurt*, Das Kinobuch. Dokumentarische Neu-Ausgabe des ‚Kinobuchs‘ von 1913/14, Zürich 1963.
- , –, *Menschheitsdämmerung*. Ein Dokument des Expressionismus, mit Biographien und Bibliographien neu hrsg., Hamburg 1959 (Erstausg. Berlin 1920).
- Plaut, Leo*, ‚Über Antisemitismus‘, in: *Der Jude*, VIII, Heft 7 (Juli 1924).
- ‚Die Pogromhetze‘, in: *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, XXIX, Nr. 14 (10. Juli 1919).
- ‚Politik in der Schule‘, in: *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, XXVI, Nr. 19 (20. September 1916).
- Portner, Ernst*, Der Ansatz zur demokratischen Massenpartei im deutschen Linksliberalismus, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, XIII, Heft 2 (April 1965).
- Pörtner, Paul*, *Literatur-Revolution 1910–1925*. Dokumente, Manifeste, Programme, Darmstadt/Neuwied 1960.
- Prager, Eugen*, *Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin 1921.
- Preuß, Hugo*, *Bergbriefe*. Flugschriften der Frankfurter Zeitung, Frankfurt a. M. 1921.
- , –, *Staat, Recht und Freiheit*. Aus 40 Jahren deutscher Politik und Geschichte. Mit einem Geleitwort von Theodor Heuss, Hildesheim 1964.
- , –, ‚Volksstaat oder verkehrter umgekehrter Obrigkeitsstaat?‘, in: *Berliner Tageblatt*, XLVII, Nr. 583 (14. November 1918).
- Preuß, Walter*, *Ein Ring schließt sich*. Von der Assimilation zur Chaluziuth, Tel Aviv o. J. [1950?].
- Pross, Harry* (Hrsg.), *Die Zerstörung der deutschen Politik*. Dokumente 1871–1933, Frankfurt a. M. 1959.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Weimar vom 10. bis 15. Juni 1919, Berlin 1919.
- Pudor, Heinrich*, *Wie kriegen wir sie hinaus? Deutsche Nutzenwendungen*. Eine Antwort auf die Berliner Tageblatt-Pöbelei, Leipzig 1913.
- Pulzer, Peter G. J.*, *The Rise of Political Anti-Semitism in Germany and Austria*, New York/London 1964. (Deutsche Ausg.): *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914*, Gütersloh 1966.
- Raabe, Paul* (Hrsg.), *Expressionismus*. Aufzeichnungen und Erinnerungen der Zeitgenossen, hrsg. und mit Anmerkungen versehen von Paul Raabe, Walter-Texte und Dokumente zur Literatur des Expressionismus, Olten und Freiburg i. Br. 1965.
- , –, *Expressionismus*. Der Kampf um eine literarische Bewegung, München 1965.
- , –, *Die Zeitschriften und Sammlungen des literarischen Expressionismus*. Repertorium der Zeitschriften, Jahrbücher, Anthologien, Sammelwerke, Schriftenreihen und Almanache 1910–1921, Stuttgart 1964.
- Raas, Emil* und *Georges Brunschwig*, *Vernichtung einer Fälschung*. Der Prozeß um die erfundenen ‚Weisen von Zion‘, Zürich 1938.
- Raatjes, John*, *The Role of Communism during the Munich Revolutionary Period*, November 1918 – May 1919 (Diss.), University of Illinois, Urbana 1958.
- Radezun, Günter*, ‚Zum Kampf Eduard Bernsteins gegen die marxistische Lehre vom Staat und von der proletarischen Revolution‘, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, VIII, Berlin (Ost) 1966.
- Rat, Hans*, *Schicksalswende*. Ein Wort an die deutschen Juden, Berlin 1920.
- Rathenau, Walther*, *Briefe*, 2 Bände, Dresden 1926.
- , –, ‚Ein dunkler Tag‘, in: *Vossische Zeitung*, Nr. 512 (7. Oktober 1918), M.

- , –, „Höre, Israel.“, in: Die Zukunft, V, Nr. 23 (6. März 1897).
- , –, Neue Briefe, Dresden 1927.
- Redlich, Alexander*, ‚Die neue Weltordnung‘, in: Vossische Zeitung, Nr. 237 (11. Mai 1919).
- Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, siehe *Miller, Susanne* und *Heinrich Potthoff* (Hrsg.).
- Reichmann, Eva G.*, ‚Diskussionen über die Judenfrage 1930–1932‘, in: Entscheidungsjahr 1932 (siehe dort).
- , –, Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe, Frankfurt a. M. o. J. [1956].
- Reichmann, Hans*, ‚Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘, in: Festschrift zum 80. Geburtstag von Rabbiner Dr. Leo Baeck am 23. Mai 1953, London 1953.
- Reichsgeschäftsstelle der DVP (Hrsg.), Die Entstehung der Deutschen Volkspartei, Berlin 1919.
- ‚Reichswehrminister Noske gegen die antisemitische Hetze bei der Reichswehr‘, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, XXIX, Nr. 17 (21. August 1919).
- Reifenberg, Benno*, Einleitung zum Facsimile-Querschnitt durch die Frankfurter Zeitung, Bern–München–Wien 1964.
- Reve, Ludwig*, ‚Deutschlands Verjudung‘, in: Tagebuch, I/1, Heft 14 (17. April 1920).
- ‚Revolution‘, in: Jüdische Rundschau, XXIII, Nr. 46 (15. November 1918).
- ‚Die richtige Behandlung der Judenfrage‘, in: Deutsche Zeitung, XXIV, Nr. 450 (6. Oktober 1919).
- Rieger, Paul*, Ein Vierteljahrhundert im Kampf um das Recht und die Zukunft der deutschen Juden. Ein Rückblick auf die Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in den Jahren 1893–1918, Berlin 1918.
- , –, Vom Heimatrecht der deutschen Juden, 4., erw. Aufl. (Das Licht, Heft 4), Berlin 1930.
- Ritter, Gerhard*, Staatskunst und Kriegshandwerk, 4. Band: Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918, München 1968.
- Ritter, Gerhard A.* und *Susanne Miller* (Hrsg.), Die deutsche Revolution 1918–1919, Frankfurt/Main 1968.
- Röder, Adam*, Reaktion und Antisemitismus. Zugleich ein Mahnwort an die akademische Jugend, Berlin 1921.
- Roderich-Stolthheim, F.* (d. i. Theodor Fritsch), Das Rätsel des jüdischen Erfolges, Leipzig 1919.
- Roer, Emanuel*, ‚K. J. V.-er Feldbrief‘, in: Der Jüdische Wille, I (April 1918/April 1919).
- Robling, August*, Der Talmud-Jude. Zur Beherzigung für Juden und Christen aller Stände dargestellt, Hamburg 1920.
- Roland-Horst van der Schalk, Henriette*, Rosa Luxemburg. Ihr Leben und Wirken, Zürich 1937.
- Rosenbaum, Eduard*, ‚Albert Ballin. A Note on the Style of his Economic and Political Activities‘, in: Year Book III of the Leo Baeck Institute, London 1958 (und) ‚A Postscript to the Essay on Albert Ballin‘, in: Year Book IV of the Leo Baeck Institute, London 1959.
- , –, ‚M. M. Warburg & Co. Merchant Bankers of Hamburg. A Survey of the first 140 Years, 1798 to 1938‘, in: Year Book VII of the Leo Baeck Institute, London 1962.

- Rosenberg, Arthur*, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik, hrsg. von Kurt Kersten, Frankfurt/Main 1955.
- Rosenfeld, Günter*, Sowjetrußland und Deutschland 1917 bis 1922, Berlin 1960.
- Rosenstein, Paul*, Narben bleiben zurück. Die Lebenserinnerungen des großen jüdischen Chirurgen, Bad Wörishofen 1954.
- R[osenthal], M.*, ‚Die Revolution‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 3/5 (10./25. November, 10. Dezember 1918).
- Rosenzweig, Franz*, Bildung – und kein Ende. Wünsche zum jüdischen Bildungsproblem des Augenblicks, insbesondere zur Volkshochschulfrage, Frankfurt a. M. 1920.
- , –, ‚Zeit ists...‘, Gedanken über das jüdische Bildungsproblem des Augenblicks (An Hermann Cohen), in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 6 (25. Dezember 1917).
- Roth, Alfred*, Auf gerader Linie. Ein Rückblick auf 45 Jahre Kampf ums Deutschtum, Hamburg 1944.
- , –, Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Eine Erinnerungsschrift vom ehemaligen Hauptgeschäftsführer Alfred Roth, Hamburg 1939.
- , –, Das sollt ihr tun! Vorschläge und Anregungen für die Tätigkeit in den Gliederungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, 1921.
- , –, Deutschvölkisches Jahrbuch, München 1920.
- , –, Einsichten und Bekenntnisse, Stuttgart 1924.
- , –, Rathenau. „Der Kandidat des Auslandes“, Hamburg 1922.
- , –, Unser Wollen – unsere Arbeit. Eine Antwort auf die Frage nach Zweck und Ziel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, Hamburg 1921.
- Rothe, Wolfgang* (Hrsg.), Der Aktivismus 1915–1920, München 1969.
- , –, Expressionismus als Literatur, Bern 1969.
- R[ubaschow-Schazar], S[alman]*, ‚Die Juden und die russischen Revolutionsregierungen‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, II, Heft 5 (10. Dezember 1917).
- , –, ‚Der jüdische Revolutionär in Rußland. Der jüdische Sozialist und die Revolution in Rußland‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, I, Heft 15/16 (10./25. Mai 1917).
- , –, ‚Ketten fallen‘, in: Jüdische Rundschau, XXII, Nr. 12 (23. März 1917).
- Rühle, Günther*, Theater für die Republik 1917–1933 im Spiegel der Kritik, Frankfurt a. M. 1967.
- Rumpelstilzchen* (d. i. Adolf Stein), ‚Friedrich der Vorläufige‘ (2. Februar 1919), ‚Im Untersuchungsausschuß‘ (21. Oktober und 15. November 1919), ‚Schwarz-Rot-Gold‘ (2. Juli 1919) und ‚Das Urteil hat Rechtskraft‘ (9. Juli 1919), in: Politisches, Militärisches, Weltanschauung, Berlin 1928.
- Runge, Wolfgang*, Politik und Beamtenum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933. Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsg. von Werner Conze, Bd. V, Stuttgart 1965.
- Ryder, A. J.*, The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt, Cambridge 1967.
- „Salia“-Kriegsbericht, September 1914–August 1919, 2 Bände, Würzburg 1920.
- Salomon, Ernst von*, Die Geächteten, Berlin 1935.
- Salzberger, Georg*, Aus meinem Kriegstagebuch. Von dem Feldgeistlichen bei der 5. Armee, Frankfurt a. M. 1916.
- Samuel, Rabb.*, ‚Der Stern Judas ist die Revolution‘, in: Im deutschen Reich, XXVI, Nr. 2 (Februar 1920).

- Sauer, Wolfgang*, Das Bündnis Ebert-Groener. Eine Studie über Notwendigkeit und Grenzen der militärischen Macht (Diss.), Freie Universität Berlin 1957.
- Schade, Franz*, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie. Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1961.
- Schay, Rudolf*, Juden in der deutschen Politik, Berlin 1929.
- Scheidemann, Philipp*, The Memoirs of Philipp Scheidemann. Transl. from the German, 2 Bde., New York 1929. (Deutsche Ausgabe): Memoiren eines Sozialdemokraten. Ungekürzte Volksausgabe, Dresden 1930.
- Scherek, Jakob*, 'Die „Schuld“ der Juden', in: Im deutschen Reich, XXV, Nr. 1 (Januar 1919).
- , -, 'Umschau', in: Im deutschen Reich, XXIV, Nr. 12 (Dezember 1918) und XXV, Nr. 1 (Januar 1919).
- , -, 'Umwälzung und Kriegsende', in: Im deutschen Reich, XXIV, Nr. 11 (November 1918).
- Scheuer, Oskar Franz*, Burschenschaft und Judenfrage. Der Rassenantisemitismus in der deutschen Studentenschaft, Berlin 1927.
- Schieder, Theodor und Ernst Deuerlein* (Hrsg.), Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, Stuttgart 1970.
- Schiff, Viktor*, So war es in Versailles. Mit Beiträgen von Otto Landsberg, Hermann Müller, Friedrich Stampfer, Berlin 1929.
- Schiffer, Eugen*, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin-Grünwald 1951.
- Schlesinger, Abraham*, Einführung in den Zionismus, Frankfurt/M. 1921.
- Schlesinger, Erich*, 'Korreferat zur Jugendbewegung', K. C.-Blätter, IX, Heft 11/12 (November/Dezember 1919).
- 'Schließt die Reihen! Eine Anregung zum Zusammenschluß völkischer Vereine und Verbände', in: Deutsche Zeitung, XXIV, Nr. 393 (28. August 1919).
- Schmitt, Franz August*, Die Neue Zeit in Bayern, München 1919.
- Schmoller, Gustav*, Walther Rathenau und Hugo Preuß. Die Staatsmänner des neuen Deutschland, München 1922.
- Schmolze, Gerhard*, 'Eugen Leviné-Nissen. Israelit unter den jüdischen Dissidenten der bayerischen Revolution', in: Emuna. Blätter für christlich-jüdische Zusammenarbeit, IV (Oktober 1969).
- , -, (Hrsg.), Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten. Mit einem Vorwort von Eberhard Kolb, Düsseldorf 1969.
- Schneider, Hansjörg*, Jakob van Hoddis. Ein Beitrag zur Erforschung des Expressionismus, Bern 1967.
- Schönberg, Arnold*, Briefe. Ausgewählt und hrsg. von Erwin Stein, Mainz 1958.
- Schüddekopf, Otto-Ernst*, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960.
- Schulz, Gerhard*, Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920, München 1967.
- , -, Das Zeitalter der Gesellschaft. Aufsätze zur politischen Sozialgeschichte der Neuzeit, München 1969.
- , -, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaues 1919–1930, Berlin 1963.
- Schulze-Wilde, Harry*, 'Ein Toter auf Urlaub. Kurt Eisner (1867–1919)', in: Der Monat, XIX, Heft 221 und 222 (Februar-März), Berlin 1967.
- Schumann, Wolfgang*, 'Deutsche und jüdische „Schuld“ und Aufgabe', in: Der Jude, VIII, Heft 7 (Juli 1924).
- Schwab, Hermann*, Orthodoxie und Zionismus. Ein Wort zu den Geisteskämpfen der Gegenwart, Zürich (1919).
- Schwabe, Klaus*, Wissenschaft und Kriegsmoral, Göttingen 1969.

- Schwadron, Abraham*, ‚Das Dogma von der ewigen Galuth‘. Eine Kardinalfrage der zionistischen Ideologie, in: *Der Jude*, IV, Heft 3 (Juni 1919).
- Schwärzler, Gertrud* (Hrsg.), *Dichter des humanistischen Aufbruchs*. Carl Sternheim, Walter Hasenclever, Georg Kaiser, Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig. Porträts, München 1960.
- Schwarz, Gotthart*, Theodor Wolff und das ‚Berliner Tageblatt‘. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906–1933. *Tübinger Studien zur Geschichte und Politik*, Nr. 25, Tübingen 1968.
- Schwarz, Max*, *Biographisches Handbuch der Reichstage*, Hannover 1965.
- ‚Schwarz-Rot-Gold. Burschenschaft und Studentenschaft‘, in: *Deutsche Zeitung*, XXIV, Nr. 7 (4. Januar 1919).
- Schwend, Karl*, *Bayern zwischen Monarchie und Diktatur*. Beiträge zur bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933, München 1954.
- ‚Schwierigkeiten der Judenfrage‘. Von einem Süddeutschen, in: *Eiserne Blätter*, II, Nr. 6 (8. August 1920).
- Sebottendorff, Rudolf von*, *Bevor Hitler kam*. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung, München 1933, 2. Aufl. 1934.
- Segall, Jakob*, *Die beruflichen und sozialen Verhältnisse der Juden in Deutschland*. Veröffentlichungen des Bureaus für Statistik der Juden, Heft 9, Berlin 1912.
- , –, *Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914–1918*. Eine statistische Studie. Mit einem Vorwort von Heinrich Silbergleit, Berlin 1922.
- Segel, B[injamin]*, *Philosophie des Pogroms*, Berlin 1923.
- , –, *Die Protokolle der Weisen von Zion kritisch beleuchtet*. Eine Erledigung, Berlin 1924.
- , –, *Welt-Krieg – Welt-Revolution – Welt-Verschwörung – Welt-Oberregierung*, Berlin 1926.
- Selig, Wolfram*, *Paul Nikolaus Cossmann und die Süddeutschen Monatshefte von 1914–1918*. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalen Publizistik im Ersten Weltkrieg, Osnabrück 1967.
- Seligmann, Erwin und Kurt Alexander*, ‚K. C.-Geist‘. Zur Auseinandersetzung mit dem K. J. V., in: *K. C.-Blätter*, IX, Heft 3 und 4 (März/April 1919).
- Seligsohn, Joachim*, ‚Der „Allgemeine Deutsche Burschenbund“ und die Juden‘, in: *Im deutschen Reich*, XXVI, Nr. 2 (Februar 1920).
- Sell, Friedrich C.*, *Die Tragödie des deutschen Liberalismus*, Stuttgart 1953.
- Senator, Werner*, ‚Zur Ostjudenfrage‘, in: *Im deutschen Reich*, XXVII, Nr. 7/8 (Juli/August 1921).
- Sender, Toni*, *The Autobiography of a German Rebel*, New York 1939.
- Simmel, Georg*, *Deutschlands innere Wandlung*. Rede in Straßburg am 7. November 1914, Straßburg 1914.
- Simon, Ernst*, *Brücken*. Gesammelte Aufsätze. Geleitwort von Martin Buber, Heidelberg 1965.
- , –, ‚Nationalismus, Zionismus und der jüdisch-arabische Konflikt in Martin Bubers Theorie und Wirksamkeit‘, in: *Bulletin des Leo Baeck Instituts*, IX, Nr. 33 (1966).
- , –, ‚Unser Kriegserlebnis‘, in: *Jüdische Jugend*, hrsg. vom Kartell Jüdischer Verbindungen und von der Jüdischen Turnerschaft, Heft 1 (Berlin 1919).
- ‚James Simon, Industrialist, Art Collector, Philanthropist‘, in: *Year Book X of the Leo Baeck Institute*, London 1965.
- Simon, Julius*, ‚Die Juden und die Gebildeten unserer Tage‘, in: *Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus*, XXVI, Nr. 6 (22. März 1916).
- , –, ‚Offener Brief an Georg Hermann‘, in: *Neue Jüdische Monatshefte*, IV, Heft 5 (10. Dezember 1919).

- Simonsohn, J.*, ‚Die Aufgabe der Aguddas-Jissroel‘, in: Jeschurun, V, Heft 8/9 (August/September 1918).
- Sinsheimer, Hermann*, ‚Paul Nikolaus Cossmann‘, in: Lamm, Hans (Hrsg.), Von Juden in München (siehe dort).
- Sonderling, Rabb.*, ‚Die neueren Bestrebungen des Hamburger Tempels‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 1 (10. Oktober 1918).
- Sonthheimer, Kurt*, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1968.
- Sozialdemokratische Partei in Bayern. Die Bayerische Sozialdemokratie vom 8. November 1918 bis 2. Juni 1920, München o. J.
- Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927.
- ‚Sozialpolitik nach dem Kriege – für wen? Hebung des Mittelstandes‘, in: Deutsche Zeitung, XXII, Nr. 331 (3. Juli 1917).
- Spengler, Oswald*, Briefe 1913–1936, München 1963.
- , –, Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, Bd. I: Gestalt und Wirklichkeit, Bd. II: Welthistorische Perspektiven, München 1918/1922.
- Stadler, Ernst*, Dichtungen. Gedichte und Übertragungen mit einer Auswahl der kleinen kritischen Schriften und Briefe. Eingeleitet, textkritisch durchgesehen und erläutert von Karl Ludwig Schneider, Bd. I, Hamburg 1954.
- Stampfer, Friedrich*, Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus meinem Leben, Köln 1957.
- Stapel, Wilhelm*, Antisemitismus und Antigermanismus. Über das seelische Problem der Symbiose des deutschen und des jüdischen Volkes, Hamburg–Berlin–Leipzig 1928.
- Stauf von der March, Ottokar* (Hrsg.), Die Juden im Urteil der Zeiten. Eine Sammlung jüdischer und nichtjüdischer Urteile, München 1921.
- Stein, Arthur*, ‚Der jüdische Student an der deutschen Hochschule‘, in: Jüdische Jugend, hrsg. vom Kartell Jüdischer Verbindungen und von der Jüdischen Turnerschaft, Heft 1 (Berlin 1919).
- Stein, Leonard*, The Balfour Declaration, London 1961.
- Steinmann, Ulrich*, ‚Some Notes on James Simon‘, in: Year Book XIII of the Leo Baeck Institute, London 1968.
- Stelter, Hans*, ‚Studenten! Schließt die Reihen!‘, in: Deutsche Zeitung, XXIII, Nr. 655 (25. Dezember 1918).
- Stenographische Berichte der 67. Sitzung der Nationalversammlung am 26. Juli 1919, Band 328.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. Februar bis 8. März 1919, München o. J., Nr. 6.
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. Februar bis 8. März 1919, München o. J., Nr. 4.
- ‚Stenographischer Verhandlungsbericht der vierten Delegiertentagung des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands‘, in: Mitteilungen des Verbandes . . ., X, Heft 3/5 (Juli/September 1919).
- Stern, Heinrich*, ‚Die Hauptversammlung des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 19/20 (10./25. Juli 1919).
- , –, ‚Zum Geleit‘, in: Jüdisch-liberale Zeitung, II, Nr. 14 (7. April 1922).

- Stern, Selma*, ‚Wandel des jüdischen Frauentypus seit der Emanzipation in Deutschland‘, in: Ost und West, XXII (Mai/Juni 1922).
- Stimmen deutscher Juden zum Palästina-Aufbau, hrsg. vom Keren Hajessod, Heft II, Berlin (1922).
- Stolper, Toni*, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888–1947, Tübingen 1960.
- Straus, Rahel*, Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin 1880 bis 1933, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Max Kreutzberger. Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1961.
- Strauß, Eduard*, Judentum und Zionismus, Frankfurt/M. 1919.
- Strauß, Ludwig*, Dichtungen und Schriften. Hrsg. von Werner Kraft, mit einem Geleitwort von Martin Buber und einem Nachwort von Werner Kraft, München 1963.
- Strich, Fritz*, Kunst und Leben, Bern 1960.
- Sünder, Artur* (d. i. Hans Reimann), Die Dinte wider das Blut. Ein Zeitroman. Parodie zu Artur Dinters ‚Die Sünde wider das Blut‘, Hannover–Leipzig 1921.
- Susman, Margarete*, Die geistige Gestalt Georg Simmels. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 3, Tübingen 1959.
- , –, Ich habe viele Leben gelebt. Erinnerungen. Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1964.
- , –, ‚Spinoza und das jüdische Weltgefühl‘, in: Vom Judentum. Ein Sammelbuch, hrsg. vom Verein jüdischer Hochschüler Bar Kochba in Prag, Leipzig 1913.
- , –, Das Wesen der modernen deutschen Lyrik, Stuttgart 1910.
- Sußmann, Arthur*, Demokratie und Judenfrage, Berlin 1920.
- Talmon, J. L.*, Political Messianism, London 1960.
- Tau, Max*, Das Land, das ich verlassen mußte, Hamburg 1961.
- Theilhaber, Felix A.*, ‚Jüdische Weltpolitik‘, in: Volk und Land, I, Heft 4 (23. Januar 1919).
- , –, ‚Offener Brief an Herrn Georg Hermann‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, III, Heft 22 (25. August 1925).
- , –, Der Untergang der deutschen Juden. Eine volkswirtschaftliche Studie, Berlin 1920. 2. Aufl. 1921.
- Thimme, Annelise*, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969.
- , –, Gustav Stresemann. Eine politische Biographie zur Geschichte der Weimarer Republik, Hannover und Frankfurt a. M. 1957.
- Thomas, Oskar*, Demokratie, Landwirtschaft und Landarbeiterschaft. Deutschnationale Flugschrift Nr. 29, Berlin 1919.
- Tietz, Georg*, Hermann Tietz. Geschichte einer Familie und ihrer Warenhäuser. Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts, Stuttgart 1965.
- Tötter, Heinrich*, Warum wir den Ruhrkampf verloren? . . . Die Methoden der französischen Pressepropaganda und ihr Zusammenspiel mit der deutschen Linkspresse, Habilitationsschrift, Köln 1940.
- Toller, Ernst*, Eine Jugend in Deutschland. Ungekürzte Taschenbuch-Ausgabe, Hamburg 1963. (Erste Ausgabe Amsterdam 1933).
- , –, Prosa, Briefe, Dramen, Gedichte. Mit einem Vorwort von Kurt Hiller, Hamburg 1961.
- Tormin, Walter*, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 4, Düsseldorf 1954.

- Toury, Jacob*, Die politischen Orientierungen der Juden in Deutschland. Von Jena bis Weimar. Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, Bd. 15, Tübingen 1966.
- Toynbee, Arnold*, *A Study of History*, Bd. XII, London–New York–Toronto 1961.
- Tramer, Hans*, ‚Berliner Frühexpressionisten. Leben und Schaffen von Erwin Loewenson‘, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, VI, Nr. 23 (1963).
- , –, ‚Die Hamburger Kaiserjuden‘, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, III, Nr. 11 (1960).
- , –, ‚Materialien zum Thema: Juden am Rande‘, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, II, Nr. 6 (1959).
- , –, ‚Moritz Seeler – ein Gedenkblatt‘, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts, VIII, Nr. 31 (1965).
- , –, ‚Vom deutsch-jüdischen Dichtertum‘, in: Weltsch, Robert (Hrsg.), *Deutsches Judentum. Aufstieg und Krise. Veröffentlichung des Leo Baeck Instituts*, Stuttgart 1963.
- Traub, Gottfried*, ‚Rundschau‘, in: *Eiserne Blätter*, I, Nr. 7 (17. August 1919).
- Treue, Wilhelm*, ‚Caesar Wollheim und Eduard Arnhold – Geschichte einer Kohlen-Großhandelsfirma von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1925‘, in: *Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie*, Heft 2 und 3, Baden-Baden 1961.
- Trietsch, Davis*, ‚Vor dem Wandersturm‘, in: *Volk und Land*, I, Heft 44/45 (30. Oktober/6. November 1919).
- , –, ‚Der Zionismus am Scheidewege‘, in: *Volk und Land*, I, Heft 36/37 (4./11. September 1919).
- , –, ‚Zur neuesten Lage‘, in: *Volk und Land*, I, Heft 51/52 (17./24. Dezember 1919).
- Troeltsch, Ernst*, *Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918 bis 1922*. Hrsg. von Hans Baron, Geleitwort von Friedrich Meinecke, Tübingen 1924.
- Tucholsky, Kurt*, *Mit 5 PS*, Berlin 1928.
- Ullstein, Hermann*, *The Rise and Fall of the House of Ullstein*, New York o. J. [1943?].
- ‚Umschau‘, in: *Im deutschen Reich*, XXIV, Nr. 10 (Oktober 1918), XXV, Nr. 1, 2, 6, 7/8, 9 (Januar, Februar, Juni, Juli/August, September 1919).
- Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin, Berlin o. J. [1919].
- ‚Unannehmbar‘, in: *Frankfurter Zeitung*, LXIII, Nr. 327 (25. November 1918), A.
- Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Hrsg. von Albrecht Philipp unter Mitwirkung von Eugen Fischer und Walther Bloch. Das Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassungsgebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1926, IV. Reihe, 16 Bde., Berlin 1925/1929.
- Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Bd. II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs, Bd. III: Der Weg in die Weimarer Republik. Hrsg. von Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel, Berlin o. J. [1961].
- Vagts, Alfred*, ‚M. M. Warburg & Co. Ein Bankhaus in der deutschen Weltpolitik 1905–1933‘, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, Bd. 45, Heft 3 (September), Wiesbaden 1958.

- Vallentin, Berthold*, ‚Deutschlands Berufung‘, in: Frankfurter Zeitung, 30. Oktober 1914.
- ‚Die Vaterlandspartei‘, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, XXVII, Nr. 22–26 (19. Dezember 1917).
- Verax* (d. i. Benjamin Segel), ‚Jüdische Rundschau‘, in: Im deutschen Reich, XXVII, Nr. 1 (Januar 1921).
- Verein jüdischer Hochschüler Bar Kochba in Prag (Hrsg.). Vom Judentum. Ein Sammelbuch, 4. Aufl., Leipzig 1914.
- Verein zur Abwehr des Antisemitismus (Hrsg.), Die Juden im Heere, Berlin [1915?].
- Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Band 326 und 327, Berlin 1919.
- Verhandlungen des provisorischen Nationalrates des Volksstaates Bayern im Jahre 1918–1919. Stenographische Berichte Nr. 1 bis 10 (8. November 1918 bis 4. Januar 1919), München o. J.
- Verhandlungen des Reichstags, 13. Legislaturperiode. Stenographische Berichte, Bd. 307 und 308 (1916).
- ‚Die Verzerrung des Nationalismus‘, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, XXVI, Nr. 7 (5. April 1916).
- Viertel, Berthold*, Dichtungen und Dokumente. Gedichte, Prosa, Autobiographische Fragmente, hrsg. und ausgewählt von Ernst Ginsberg, München 1956.
- Volkmann, E[rich] O[tto]*, Revolution über Deutschland, Oldenburg 1930.
- Wagner, Pastor*, ‚Nochmals: Was wollen wir Deutschvölkischen?‘, in: Deutsche Zeitung, XXV, Nr. 452 (28. September 1928).
- Wagner, Richard*, Das Judentum in der Musik, Weimar 1914, Neudruck 1920.
- Waldmann, Eric*, The Spartacist Uprising of 1919 and the Crisis of the German Socialist Movement: A Study of the Relation of Political Theory and Party Practice, Milwaukee 1958.
- Wallenberg, Hans* (Hrsg.), Berlin Kochstraße, Berlin 1966.
- Warburg, Max M.*, Aus meinen Aufzeichnungen. Privatdruck, New York 1952.
- Wassermann, Jakob*, Lebensdienst. Gesammelte Studien, Erfahrungen und Reden aus drei Jahrzehnten, Leipzig 1928.
- , –, Mein Weg als Deutscher und Jude, Berlin 1921.
- , –, ‚Das Nationalgefühl‘, in: Das große Jahr 1914–15, S. Fischer Almanach, Berlin 1915. (Auch in): Die Neue Rundschau, XXVlter Jg. der Freien Bühne, Bd. 1, Berlin 1915.
- Weber, Alfred*, Kulturgeschichte als Kultursoziologie. 5.–13. Tausend, München 1951.
- Weber, Hermann* (Hrsg.), Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt/M.–Wien 1969.
- , –, Völker hört die Signale. Der deutsche Kommunismus 1916–1966, München 1967.
- Weber, Max*, ‚Deutscher Parlamentarismus in Vergangenheit und Zukunft‘, in: Frankfurter Zeitung, LXII (26. April, 27. Mai, 5., 6., 24. Juni, 8. September 1917). Verändert und erweitert als ‚Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland‘, in: Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1958.
- , –, Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1958.
- Wehrling, Thomas*, ‚Weder jüdisches, noch farbiges Weib‘, in: Tagebuch, II/1, Heft 6 (12. Februar 1921).
- Weil, Bruno*, ‚Unsere Soldaten und die Judenfrage. Eine Untersuchung‘, in: Im deutschen Reich, XXII, Nr. 9 (September 1917).

- Die Weimarer Reichsverfassung. Flugschrift der Frankfurter Zeitung, 1919.
- Weller, B[jörn] Uwe*, Maximilian Harden und die ‚Zukunft‘. Studien zur Publizistik, Bremen 1970.
- , –, ‚Karl Kraus und Maximilian Harden‘, in: Publizistik, XIII, Heft 1, Konstanz 1968.
- Weltsch, Robert*, ‚Erinnerungen an ein vergessenes Buch‘, in: Schlösser, Manfred (Hrsg.), Auf gespaltenem Pfad. Für Margarete Susman. Festschrift zum 90. Geburtstag, Darmstadt 1964.
- , –, ‚Nationaldeutsche Juden‘, in: Jüdische Rundschau, XXVI, Nr. 20 (11. März 1921).
- , –, ‚Schlußbetrachtung‘, in: Entscheidungsjahr 1932 (siehe dort).
- , –, ‚Zentralverein und Palästina‘, in: Jüdische Rundschau, XXVI, Nr. 94 (25. November 1921).
- Werfel, Franz*, ‚Die christliche Sendung‘, in: Die Neue Rundschau, XXVIII, Heft 1 (Januar 1917).
- Werner, Alfred*, ‚Kurt Eisner‘, in: Der Zuschauer. Offene Tribüne für alle Probleme der Zeit, Nr. 2 (Wien, Februar 1934).
- Werner, Paul* (d. i. Paul Frölich), Die bayerische Räterepublik. Tatsachen und Kritik. 2. Aufl., erweitert durch einen Anhang: Dekrete, Aufrufe, Erklärungen usw., Leipzig 1920.
- , –, Eugen Leviné, Berlin 1922.
- Westarp, Kuno Graf*, Konservative Politik, Bd. II, Berlin 1935.
- Wheeler-Bennett, John W.*, Die Nemesis der Macht. Die deutsche Armee in der Politik 1918–1945, Düsseldorf 1954 (Engl. Orig.): The Nemesis of Power. The German Army in Politics 1918–1945, London 1953.
- Wichtl, F[riedrich]*, Weltfreimaurerei – Weltrevolution – Weltrepublik. Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges, München 1922.
- Wiener, Alfred*, ‚Gegenrevolution!‘, in: Im deutschen Reich, XXVI, Nr. 4 (April 1920).
- , –, ‚Paul Nathan – Darstellung und Deutung. Zum 100. Geburtstage am 25. April 1957‘, in: AJR Information, XII, April (London 1957).
- , –, ‚Die Pogromhetze‘, in: Im deutschen Reich, XXV, Nr. 7/8 (Juli/August 1919).
- The Wiener Library Catalogue Series, No. 2: From Weimar to Hitler – Germany 1918–1933, hrsg. von Ilse R. Wolff, London 1964.
- The Wiener Library Catalogue Series, No. 3: German Jewry. Its History, Life and Culture, hrsg. von Ilse R. Wolff, London 1958.
- Wiener, RA.*, ‚Bemerkungen zu dem Kapitel: Wir und die Ostjuden‘, in: Jeschurun, VII, Heft 3/4 (März/April 1920).
- Wiesemann, Falk*, ‚Kurt Eisner. Studie zu seiner politischen Biographie‘, in: Bosl, Karl (Hrsg.), Bayern im Umbruch (siehe dort).
- Wilhelm, Kurt*, ‚Benno Jacob. A Militant Rabbi‘, in: Year Book VII of the Leo Baeck Institute, London 1962.
- Willstätter, Richard*, Aus meinem Leben. Von Arbeit, Muße und Freunden, Weinheim 1949.
- [–, –,], ‚Der wissenschaftliche Antisemitismus‘, in: Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus, XXXIV, Nr. 12/13 (15. Juli 1924).
- Winnig, August*, ‚Glossen zur Ratifizierung‘, in: Die Glocke, V, Heft 6 (19. Juli 1919).
- , –, ‚Trotz alledem‘, in: Die Glocke, V, Heft 21 (23. August 1919).
- W[ohlgemuth], J.*, ‚Die große Versammlung‘, in: Jeschurun, X, Heft 7/8 (Juli/August 1923).

- , –, ‚Der konsequente Nationalismus‘, in: *Jeschurun*, VIII, Heft 7/8 (Juli/August 1921).
- , –, ‚Vier Jahre Weltkrieg‘, in: *Jeschurun*, V, Heft 7 (Juli 1918).
- , –, *Der Weltkrieg im Lichte des Judentums*, Berlin 1915.
- , –, ‚Zionismus, Nationaljudentum und gesetzestreu es Judentum‘, in: *Jeschurun*, V, Heft 1/2, 3/4, 5/6 (Januar–September 1918).
- , –, ‚Zum fünfzigjährigen Bestehen des Rabbinerseminars‘, in: *Jeschurun*, X, Heft 9/10 (September/Oktober 1923).
- Wolfenstein, Alfred* (Hrsg.), *Die Erhebung. Jahrbuch für neue Dichtung und Wertung*, I und II, Berlin o. J. [1919], 1920.
- , –, ‚Jüdisches Wesen und neue Dichtung‘, in: *Edschmid, Kasimir* (Hrsg.), *Tribüne der Kunst und Zeit. Schriftensammlung*, Berlin 1922.
- , –, ‚Das neue Dichtertum des Juden‘, in: *Krojanker, Gustav* (Hrsg.), *Juden in der deutschen Literatur* (siehe dort).
- Wolff, Kurt*, *Autoren, Bücher, Abenteuer. Betrachtungen und Erinnerungen eines Verlegers*, Berlin 1965.
- , –, *Briefwechsel eines Verlegers 1911–1963*, hrsg. von Bernhard Zeller und Ellen Otto, Frankfurt a. M. 1966.
- Wolff, Theodor*, ‚Aufruf: „Die große demokratische Partei“‘, in: *Berliner Tageblatt*, XLVII, Nr. 587, 16. November 1918, M.
- , –, ‚Leitartikel‘, in: *Berliner Tageblatt*, XLVII, Nr. 576, 10. November 1918, M.
- , –, *Der Marsch durch zwei Jahrzehnte*, Amsterdam 1936.
- , –, ‚Die unannehmbaren Friedensbedingungen‘, in: *Berliner Tageblatt*, XLVIII, Nr. 209 (9. Mai 1919), A.
- , –, *Vollendete Tatsachen*, Berlin 1918.
- , –, *Das Vorspiel* (zum 2. Weltkrieg), München 1924.
- , –, ‚Was ist zu tun?‘, in: *Berliner Tageblatt*, XLVIII, Nr. 213 (12. Mai 1919), M.
- Wolfsberg, Oskar*, ‚Erziehungsfragen‘, in: *Jeschurun*, V, Heft 11/12 (November/Dezember 1918). (Fortsetzung in): VI, Heft 11/12 (November/Dezember 1919).
- , –, ‚Die Zeitkultur und die traditionelle Anschauung‘, in: *Jeschurun*, VII, Heft 7/8 (Juli/August 1920).
- Wolfskehl, Karl*, *Offener Brief an Romain Rolland*, in: *Frankfurter Zeitung*, LIX, 12. September 1914.
- , –, *Zehn Jahre Exil. Briefe aus Neuseeland 1938–1948*, hrsg. und eingeleitet von Margot Ruben. Veröffentlichung der deutschen Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt, Bd. 13, Heidelberg 1959.
- Wollenberg, Erich*, *Als Rotarmist vor München. Reportage aus der Münchener Räterepublik*, Berlin 1929.
- Wondrak, Eduard*, *Einiges über den Arzt und Schriftsteller Ernst Weiss. Mit einer autobiographischen Skizze von 1927: Ernst Weiss über sich selbst, und dem Versuch einer Bibliographie der Werke von Ernst Weiss*, Icking und München 1968.
- Wrisberg, Ernst von*, *Erinnerungen an die Kriegsjahre im Königl. Preußischen Kriegsministerium*, Bd. 2: *Heer und Heimat*, Leipzig 1921.
- , –, ‚Über die Angriffe gegen den Offizierstand‘, in: *Militärwochenblatt, Zeitschrift für die deutsche Wehrmacht*, CIII, Nr. 113 (25. März 1919).
- Wulle, Reinhold*, ‚Burschen heraus!‘. *Zeitbilder der Deutschen Zeitung*, XXIII, Nr. 4 (27. November 1918), A.
- , –, ‚Der Stern Judas‘, in: *Deutsche Zeitung*, XXIV, Nr. 111 (13. März 1919).
- Wundt, Max*, *Der ewige Jude. Ein Versuch über Sinn und Bedeutung des Judentums*. Sonderabdruck aus: *Wundt, Deutsche Weltanschauung*, München 1926.
- , –, ‚Was heißt völkisch? Schriften zur politischen Bildung, hrsg. von der Gesellschaft ‚Deutscher Staat‘, Heft 16, Langensalza 1924.

- Young, Harry F.*, Maximilian Harden. Censor Germaniae. The Critic in Opposition from Bismarck to the Rise of Nazism, The Hague 1959. (Deutsche Ausg.): Maximilian Harden. Censor Germaniae. Deutsche Erstausgabe bearb. von Ulla C. Lerg-Kill. Wissenschaftliche Schriftenreihe für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Bd. VI, Münster 1969.
- Zarek, Otto*, Splendor and Shame. My German Odyssey, Indianapolis–New York 1941.
- Zechlin, Egmont*, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.
- ‚Zerstörung und Neugeburt‘, in: Der Israelit, LIX, Nr. 46 (14. November 1918), Frankfurt a. M.
- Ziegler, Wilhelm*, Die deutsche Nationalversammlung 1919/1920 und ihr Verfassungswerk, Berlin 1932.
- Zielenziger, Kurt*, Juden in der deutschen Wirtschaft, Berlin 1930.
- Zimmermann, Werner Gabriel*, Bayern und das Reich, 1918–1923. Der bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion, München 1953.
- Zmarzlik, Hans-Günter*, ‚Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem‘, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, XI, Heft 3 (Juli 1963).
- Zollschan, Ignaz*, Revision des jüdischen Nationalismus, 2. Aufl., Wien–Leipzig 1920.
- ‚Zu viel Juden an der Spitze‘, in: Deutsche Israelitische Zeitung, XXXV, Nr. 50 (12. Dezember 1918).
- Zucker, Paul*, ‚Mythos der Gegenwart‘, in: Der Jude, VII, Heft 7/8 (Juli/August 1923).
- ‚Zum Grenzscluß‘, in: Jüdische Rundschau, XXIII, Nr. 34 (23. August 1918).
- ‚Zur liberalen Jugendtagung‘, in: Jüdische Rundschau, XXVIII, Nr. 5 (16. Januar 1923).
- Zweig, Arnold*, ‚Die antisemitische Welle‘, 1. Grotesk-Antisemitismus und Mittelstand. 2. Das antisemitische Problem. 3. Antisemitismus und Jüdischer Kongreß, in: Weltbühne, XV/1, Nr. 15, 16, 17 (3., 10., 17. April 1919).
- , –, ‚Außenpolitik und Ostjudenfrage‘, in: Neue Jüdische Monatshefte, IV, Heft 11/12 (10./25. März 1920).
- , –, ‚Der Antisemitismus und die deutsche Jugend‘, in: Der Jude, VI, Heft 3 (Dezember 1921).
- , –, Bilanz der deutschen Judenheit 1933. Ein Versuch. Amsterdam 1934. Mit einem Nachwort von Achim von Borries, Neudruck, Köln 1961.
- , –, Caliban oder Politik und Leidenschaft. Versuch über die menschlichen Gruppenleidenschaften dargetan am Antisemitismus, Potsdam 1927.
- , –, ‚Der heutige deutsche Antisemitismus‘. Vier Aufsätze: Antisemitismus als jüdische Angelegenheit. Antisemitismus als Phänomen. Bewertungen. Der jüdische Anteil, in: Der Jude, V, Heft 2–11 (Mai 1920–Februar 1921).
- , –, Herkunft und Zukunft. Zwei Essays zum Schicksal eines Volkes, Wien 1929.
- , –, ‚Die Internationalität der Juden‘, in: Der Jude, IV, Heft 3 (Juni 1919).
- , –, ‚Jude und Europäer‘. (Entgegnung an Max Hildebert Boehm), in: Der Jude, II, Heft 1/2 (April–Mai 1917).
- , –, Juden auf der deutschen Bühne, Berlin 1927.
- , –, ‚Schweigen‘, in: Freie Zionistische Blätter, Januar, Heidelberg 1921.
- , –, ‚Versuch über Sternheim‘, in: Krojanker, Gustav (Hrsg.), Juden in der deutschen Literatur (siehe dort).
- , –, und *Hermann Struck*, Das ostjüdische Antlitz, Berlin 1920.
- Zweig, Stefan*, Die Welt von gestern. Erinnerungen eines Europäers, Berlin 1965. (1. Aufl. Stockholm 1941).

B. Ungedruckte Quellen

1. Aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv München:
 - Abt. I Allgemeines Staatsarchiv
Bayerisches Staatsministerium des Innern.
 - Abt. II Geheimes Staatsarchiv
Bayerisches Staatsministerium des Äußern.
 - Abt. IV Kriegsarchiv
Berichte des Milit. Bevollmächtigten im Großen Hauptquartier.
2. Aus dem Bundesarchiv zu Koblenz:
 - Nachlaß von Beseler [jetzt Militärarchiv Freiburg i. Br.].
 - Nachlaß Gothein.
 - Nachlaß Harden.
 - Nachlaß Lambach.
 - Nachlaß Rathenau.
 - Nachlaß Rechberg.
 - Nachlaß Silverberg.
 - Nachlaß Traub.
 - Preußisches Justizministerium [jetzt Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem].
 - Reichskanzlei-Akten betr. Antisemitismus.
 - Reichskanzlei-Akten betr. Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei.
 - Reichskanzlei-Akten betr. Deutschnationale Volkspartei.
 - Reichskanzlei-Akten betr. Großdeutsche (deutschvölkische) Freiheitspartei.
 - Reichskanzlei-Akten betr. jüdische Angelegenheiten im allgemeinen.
 - Reichskanzlei-Akten, Protokolle der Kabinettsitzungen aus der Zeit der Regierung der Volksbeauftragten (eingesehen als Mikrofilm Nr. 8935 H aus dem Foreign Office Research Department, London). Inzwischen veröffentlicht. Siehe Bibliographie: *Miller, Susanne* und *Heinrich Potthoff* (Hrsg.) . . .
3. Aus dem Deutschen Zentralarchiv, Potsdam:
 - Alldeutscher Verband.
 - Nachlaß Westarp.
4. Aus der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg:
 - Deutschnationale Volkspartei.
 - Deutschvölkische Freiheitspartei.
 - Einwohnerwehren.
 - Freikorps.
 - Innere Unruhen.
 - Jüdische Organisationen und Verbände.
 - Nachlaß Diller.
 - Nachlaß Dolle.

- Nachlaß Roth.
Nationale und völkische Verbände.
Privatsammlung Alideutscher Verband.
5. Aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem:
Reichsministerium des Innern.
6. Aus dem Leo Baeck Institute, New York:
Löwenfeld, Philipp, Memoiren.
7. Aus der Library of Congress, Washington (Manuscript Division):
Rehse-Collection, Akte Eisner und Mühsam
Akte Landauer
Akte Toller.
8. Aus dem Niedersächsischen Staatsarchiv Hannover:
Gauleitung Südhannover – Braunschweig.
9. Aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn:
Akten betr. Jüdisch-Politische Angelegenheiten.
Nachlaß Sobernheim.
10. Aus dem Staatsarchiv Hamburg:
Senatsakten.
Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.
11. Aus dem Staatsarchiv Speyer:
Landratsamt Pirmasens.
12. Aus dem Stadtarchiv Flensburg:
Hauptpastor Andersen.

REGISTER

PERSONENREGISTER

- Abel, Karl von 76
 Abel, Theodore 38, 50
 d'Abnnon, Edgar Vincent 59, 404
 Achad Haam (Uscher Ginzberg) 566,
 580, 586, 594
 Adler, Friedrich 341
 Adler, Friedrich 556
 Adler, Paul 355, 600, 604
 Adler-Rudel, S. 397, 400, 542, 590
 Agnon, Schmucl Joseph 346
 Alexander III. 9
 Altenberg, Peter 349, 374
 Altmann, Georg 371
 Amann, Paul 556
 Amitai *siehe* Goldmann, Nahum
 Andersen, Friedrich 458, 480–481
 Andreae, Edith (geb. Rathenau) 427
 Ankermann, Walter 465
 d'Annunzio, Gabriele 4
 Anschütz, Gerhard 191
 Apfel, Alfred 590, 591–592
 Arco, Graf Anton auf Valley 248, 250
 Arendt, Hannah 57
 Arendt, Otto 489
 Armin, Otto *siehe* Roth, Alfred
 Arnhold, Eduard 389, 391, 405
 Arnhold, Georg 306
 Arnim, Achim von 236
 Asew, Jewno 18
 Auer, Erhard 238, 239, 247, 252, 268,
 269
 Auerbach, Berthold 601
 Auerbach, Erich 336
 Aufricht, Ernst Josef 371
 Axelrod, Paul 293
 Axelrod, Towia 51, 162, 253, 293, 294,
 297

 Baake, Curt 193
 Bab, Julius 103, 105, 359, 360, 372, 604
 Bachmann, Hermann 94
 Bacmeister, Wilhelm 449

 Baden, Prinz Max von 42, 79, 138, 139,
 140, 230, 302, 390, 437, 536
 Badrian, Alfred 301
 Baeck, Leo 324, 568, 578, 601
 Baerwald, Moritz 312
 Bahr, Hermann 349, 364, 406
 Bakunin, Michail 268
 Balfour, Lord Arthur 545, 549
 Ballin, Albert, 22, 29, 36, 41, 42, 43, 389,
 407, 443, 445, 520
 Ballod, Carl 210
 Bamberg, Werner 495
 Bamberger, Ludwig 86
 Bamberger, Rudolf 373
 Bang, Paul 65, 459, 463
 Barbusse, Henri 6
 Bärenstein, H. G. 526
 Barlach, Ernst 374
 Barmat, Henri 407
 Barmat, Julius 407
 Barnowsky, Victor 371
 Barrès, Maurice 15
 Bartels, Adolf 422, 449, 456, 458, 480
 Barth, Emil 166, 168, 169, 170, 171, 173,
 177, 178, 179, 180, 181, 184, 205, 214
 Barth, Theodor 86, 163, 185
 Bauch, Bruno 427
 Baudelaire, Charles 349
 Bauer, Felice 348
 Bauer, Gustav 208, 502
 Bauer, Max 430
 Baum, Oskar 341, 355
 Baumann (Hauptmann) 410
 Bebel, August 75, 165, 628
 Becher, Johannes R. 334, 343
 Becker, Hermann 144, 578
 Becker, Julius 545
 Beek, Gottfried zur *siehe* Müller von
 Hausen, Ludwig
 Beer-Hofmann, Richard 266, 324, 364,
 373, 529, 601
 Behrend, Hans-Karl 196

- Behrens, Siegfried 578
 Beilis, Mendel 9
 Below, Georg von 475
 Benjamin, Walter 336
 Bennathan, Esra 123, 393, 394, 400
 Beradt, Martin 362–363, 375
 Berger, Alfred 50
 Berger, Ernst 296
 Berger, Julius 539
 Berger, Ludwig 369, 371–372, 373
 Bergmann, Hugo 598
 Bergner, Elisabeth 360, 373
 Bergson, Henri 4, 6, 14, 15
 Berlin, Christian 466
 Berliner, Alfred 588
 Berliner, Cora 496, 590, 591–592
 Bermann, Richard *siehe* Höllriegel, Arnold
 Bernanos, Georges 374
 Berndl, Ludwig 257
 Bernhard, Margarete 91
 Bernhard, Georg 42, 45, 70, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 107, 108, 109, 113, 118, 127, 129, 131, 132, 133, 375, 376, 520
 Bernstein, Eduard 11, 52, 159, 166, 177, 199, 207, 210–212, 213, 246, 302, 304, 306, 307, 312, 397, 446, 464, 521–523
 Bernstorff, Johann Heinrich Graf von 496, 560
 Beseler, Hans Hartung von 412, 413
 Bethmann Hollweg, Theobald von 33, 36, 41, 87, 95, 96, 103, 389, 414, 415, 416, 417, 420, 429, 430, 431, 433, 520, 619
 Bettauer, Hugo 373
 Beutel, Georg 483
 Beyer, Hans 249, 283
 Bezruc, Petr 341
 Bialik, Chajim Nachman 346
 Bie, Oskar 377
 Bileski, Moritz 611
 Binder, Julius 570
 bin Gorion, Micha Josef 328, 359
 Birnbaum, Nathan 555, 571, 573
 Bismarck, Otto von 2, 15, 20, 23, 25, 71, 73, 75, 93, 174, 185, 187, 192, 307, 430, 453, 553, 628
 Björnson, Björn 297, 562
 Blank, Alexander 18
 Blass, Ernst 334, 335, 336, 337, 379
 Blei, Franz 35, 336, 346
 Bloch, Eduard 373
 Bloch, Ernst 336, 383, 529
 Bloch, Joseph 597
 Block, Paul 124
 Blüher, Hans 53, 127, 265, 626
 Blum, Léon 10
 Blumenfeld, Kurt 33, 532, 591
 Bode, Wilhelm von 406
 Bodelschwingh, Franz von 416, 417, 456, 458
 Bodenheimer, Max I. 31, 32, 543–544
 Bondi, Georg 374, 382
 Bonhard, Otto 462
 Bonn, Moritz Julius 74, 392
 Borchartd, Rudolf 336, 604
 Borée, Karl Friedrich 154
 Borodin (Michail Markowitsch Grusen-berg) 19
 Bosch, Carl 118
 Bosch, Robert 96
 Boveri, Margret 44
 Brahm, Otto 604
 Brandes, Alwin 52
 Brandes, Georg 532
 Braun, Adolf 153, 212, 299, 312
 Braun, Otto 194, 196, 198, 199, 212, 499
 Braunstein/Bronstein *siehe* Trotzki, Leo
 Brecht, Arnold 169
 Bredow, Hans 501
 Breisig, Hanns 527
 Breitscheid, Rudolf 194, 500, 507
 Brentano, Lujo 78, 277
 Breslauer, Dr. 247
 Breslauer, Samuel 375
 Breslauer, Walter 123
 Bretholz, Wolfgang 124
 Breuer, Robert 103, 160
 Brezina, Ottokar 341
 Broch, Hermann 363
 Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von 172, 306, 338, 391
 Brockhusen-Langen, von 434
 Brod, Max 324, 336, 339–340, 347, 348, 355, 366, 538, 597, 600, 601, 623
 Bruckner, Ferdinand *siehe* Tagger, Theodor
 Brüning, Hermann 69
 Brunner, Alfred 456
 Brunner, Constantin 383–384
 Buber, Martin 52, 146, 254, 255, 266, 324, 328, 330, 338, 339, 345–346, 350,

- 359, 382, 447, 529, 544, 548, 556, 580,
581, 593, 594, 597, 600–601, 609, 613,
615, 630
- Budennyj, Semen Michailowitsch 18
- Bülow, Fürst Bernhard von 29, 217
- Burckhardt, Jacob 3, 607
- Burschell, Friedrich 336
- Bussche-Haddenhausen, Hilmar Freiherr
von dem 528, 545, 547
- Cahén, Fritz Max 338
- Cahn, Alfred 589
- Calmbach, Heinrich 449
- Calvary, Moses 599
- Campe, Hugo 474
- Carbe, Martin 70, 91, 118
- Cassel, Oscar 421, 559
- Cassirer, Bruno 374–375
- Cassirer, Ernst 297, 375
- Cassirer, Felix 464
- Cassirer, Paul 333, 369, 374, 375, 378,
379
- Cecil, Lamar 29
- Chamberlain, Houston Stewart 83, 415,
435
- Chaplin, Charles 356
- Claß, Heinrich 351, 428, 429, 430, 431,
432, 433, 437, 438, 439, 440, 445, 448,
449, 452, 453, 466, 468, 474, 475, 483,
485, 486, 493
- Claudé, Paul 374
- Clemenceau, Georges 85, 97, 246
- Cohen, Hermann 236, 324, 375, 532,
565, 584, 594–595, 601, 602, 603, 604,
606
- Cohen-Reuss, Max 97, 158, 160, 173,
188, 219–225, 302, 304, 306, 307, 312,
549
- Cohn, Erich 147, 561
- Cohn, Helene Hanna 550
- Cohn, Hermann 499, 578
- Cohn, Norman 60, 61
- Cohn, Oskar 46, 56, 57, 153, 159, 161,
165, 174, 203, 211, 213–219, 302, 304,
306, 312, 419, 420, 428, 464, 625
- Cohnstaedt, Ludwig 76, 78
- Cohnstaedt, Wilhelm 78, 116
- Cornelius, Hans 260
- Cossmann, Paul Nikolaus 246, 376, 483
- Cremer, Carl 502
- Croissant, Hermann 255
- Curti, Theodor 75
- Czinner, Paul 373
- Damm, Albert 378
- Danton, George Jacques 273
- Darwin, Charles 11
- Däubler, Theodor 355
- Däumig, Ernst 175, 213
- David, Eduard 169, 174, 211, 218, 419
- Davidsohn, Georg 153, 218, 312, 420,
437, 473, 502, 505, 509–510
- Davidsohn, Hans *siehe* Hoddis, Jakob
van
- Davidson, Paul 372
- Deak, Istvan 102
- Dehmel, Richard 344, 360
- Delbrück, Hans 47, 57, 78, 87, 152
- Dernburg, Bernhard 58, 85, 87, 91, 153,
159, 312, 391, 464
- Descartes, René 11
- Dessoir, Max 357
- Deutsch, Ernst 368, 369
- Deutsch, Felix 306
- Deutscher, Isaac 512
- Dewall, Wolf von 78
- Dewitz, Johann Georg von 489
- Diaghilew, Sergej Pawlowitsch 2
- Dickel, Otto 478
- Diebold, Bernhard 129, 369
- Dietrich, Marlene 373
- Dinter, Artur 63, 64, 127, 351, 458, 460,
481
- Disraeli, Benjamin 13
- Dittmann, Wilhelm 167, 170, 174, 177,
178, 179, 180, 181, 184, 216, 230, 419
- Döblin, Alfred 352–354, 374, 604
- Dohna-Schlodien, Graf Nicolaus 469
- Dolle, Heinrich 449, 450
- Dombrowski, Erich 86, 103, 105
- Dominicus, Alexander 506
- Dostojewski, Feodor Michailowitsch
359, 372, 375, 626
- Dove, Heinrich von 70
- Drews, Wilhelm (Bill) Arnold 194
- Drexler, Anton 47, 484
- Dreyfus, Alfred 9, 85, 570, 622, 633
- Drill, Robert 78, 128, 134, 135
- Droz, M. 57
- Drumont, Edouard Adolphe 29
- Dubnow, Simon M. 601
- Düringer, Adalbert 489
- Dühring, Eugen 29

- Durieux, Tilla 374
 Durkheim, David Emile 14
 Dürr, Oskar 258
 Dynow, Ossip 373
- Eberlein, Hugo 287
 Ebert, Friedrich 52, 57, 90, 107, 140,
 141, 164, 165, 166, 167, 168, 170, 172,
 173, 174, 177, 178, 179, 184, 185, 188,
 190, 194, 202, 204, 206, 207, 208, 209,
 210, 216, 220, 221, 222, 230, 232, 302,
 464, 499
 Ebert, Paul 481
 Eckart, Dietrich 458
 Edschmid, Kasimir 342, 374
 Egelhofer, Rudolf 285, 296
 Eggersdörfer (Bayerischer Landtags-
 abgeordneter) 471
 Ehrenpreis, Markus 596
 Ehrenstein, Albert 330, 331–332, 343,
 349, 379, 600
 Ehrhardt, Hermann 471
 Ehrlich, Ernst Ludwig 154
 Ehrlich, Heinrich 124
 Ehrlich, Paul 30
 Eichhorn, Emil 199, 200, 232
 Einstein, Albert 11, 85, 297, 380, 381,
 526, 532, 629
 Einstein, Carl 355–356, 368, 379, 380
 Eisner, Elisabeth *siehe* Hendrich-Eisner,
 Elisabeth
 Eisner, Else Belli 236, 250, 264
 Eisner, Kurt 51, 139, 146, 161, 162, 188,
 189, 192, 193, 203, 213, 235–251, 252,
 253, 254, 255, 257, 258, 259, 265, 267–
 269, 270, 271, 274, 276, 277, 280, 281,
 282, 297, 299, 302, 303, 304, 306, 312,
 374, 382, 464, 531, 553, 554, 556, 557,
 558
 Elbau, Julius 99, 127, 133, 375
 Elben, Wolfgang 206
 Eloesser, Arthur 360, 372
 Engel, Fritz 123, 372
 Engels, Friedrich 16, 18
 Engländer, Richard *siehe* Altenberg,
 Peter
 Epp, Franz Xaver Ritter von 50, 450
 Erkelenz, Anton 118
 Ernst, Eugen 199, 505–506
 Ernst August, Herzog von Braunschweig
 139
 Ernst, Paul 336
- Erzberger, Matthias 29, 37, 110, 114,
 206, 216, 458, 464, 465
 Esslinger, Wilhelm 299
 Eulenberg, Herbert 344
 Eyck, Erich 53, 59, 105, 127
- Faktor, Emil 70, 341, 372
 Falk, Bernhard 312
 Falk, Norbert 372, 373
 Falkenhayn, Erich von 41
 Faßbender, Martin 495
 Faßland, Frank *siehe* Pinner, Felix
 Fechenbach, Felix 161, 162, 245, 249,
 271, 312
 Fechter, Paul 360
 Feder, Ernst 86, 91, 112, 114, 118, 123,
 133, 375
 Feder, Gottfried 458
 Fehrenbach, Konstantin 59
 Feigl, Ernst 341
 Feiler, Arthur 78, 81, 82, 116, 118, 127,
 128, 129, 133
 Felden, Emil 460, 481, 509
 Feuchtwanger, Lion 601
 Feuchtwanger, Sigbert 483, 521, 540
 Fichte, Johann Gottlieb 236, 626
 Fischart, Johannes *siehe* Dombrowski,
 Erich
 Fischbeck, Otto 70, 91, 116, 122, 496,
 497, 499
 Fischer, Fritz 620
 Fischer, Samuel 332, 346, 349, 354, 363,
 364, 373
 Flake, Otto 103
 Flaubert, Gustave 2
 Flechtheim, Alfred 380
 Fleißner, Hermann 52
 Flex, Walter 351
 Förster-Nietzsche, Elisabeth 356
 Foerster, Friedrich Wilhelm 37, 245
 Fontane, Theodor 93, 361
 Forster, Georg 93
 France, Anatole 85
 Frank, Bruno 362
 Frank, Ludwig 165, 174, 411, 498
 Frank, Ludwig 583
 Frankfurter, Richard 119
 Fred, W. 378
 Frenkel, Hermann 300
 Freud, Sigmund 2, 11, 352, 354, 384–
 385

- Freund, Friedrich Theodor 160, 197, 200, 312
Freund, Fritz 587
Freund, Ismar 568–569
Freytagh-Loringhoven, Axel von 458, 475, 492
Friedberg, Robert 116, 121
Friedell, Egon 103
Friedemann, Adolf 545, 595
Friedländer, Lucian *siehe* Breuer, Robert
Friedländer, Salomo 356–357
Friedrich August III. (König von Sachsen) 415, 417, 440
Frisch, Efraim 379
Fritsch, Theodor 60, 63, 64, 415, 416, 417, 418, 422, 440, 451, 456
Fritz, Georg 449, 542
Frymann, Daniel *siehe* Claß, Heinrich
Fuchs, Eugen 536, 542, 547, 552, 559, 560–561, 562, 563–564, 565, 566, 567, 569–570
Fuchs, Franz 583
Fuchs, Rudolf 341
Fürstenberg, Carl 389, 405
Fürstenberg, Hans 404
Fuhrmann, Paul 419
Fulda, Ludwig 30

Galsworthy, John 375
Gandorfer, Karl 239
Gandorfer, Ludwig 239
Garbo, Greta 373
Garibaldi, Giuseppe 12
Gayl, Wilhelm Freiherr von 392
Gebhard, August 449
Gebesattel, Konstantin von 412, 413, 414, 416, 419, 430, 432, 433, 437, 438, 439, 440, 445, 448, 449, 450, 455, 486
Geiger, Ludwig 576–577
Gentizon, Paul 51
George, Manfred 372, 375
George, Stefan 330, 331, 335–336, 347, 374, 382
Gerlach, Hellmut von 37, 70, 105, 118, 197
Gerland, Heinrich 91, 134
Gerschuni, Gregor 18
Gerstenhauer, Robert M. 492
Gesell, Silvio 279
Geßler, Otto 69
Geyer, Curt und Friedrich 52
Ghuttman, Wilhelm Simon 334
Gierke, Anna von 153, 312, 489
Gierke, Lili von 153
Gierke, Otto von 153, 185, 489
Gneisenau, August Graf Neidhardt von 336
Gneist, Rudolf von 185
Goethe, Johann Wolfgang von 356, 382, 629
Goldberger, Ludwig Max 389
Goldmann, Felix 543, 560, 561, 566, 568, 578, 585, 586, 587, 596
Goldmann, Nahum 126, 410, 521, 539, 540, 598, 628
Goldmann, Paul 107
Goldschmidt, Alfons 103, 529
Goldschmidt, Philipp 375
Goldstein, Julius 564
Goldstein, Moritz 127, 352, 375
Goll, Iwan 337, 338–339, 343
Gorki, Maxim 2, 375
Goslar, Hans 593
Gothein, Georg 56, 70, 119, 153, 159, 306, 312, 422, 423, 424, 450, 451, 472, 489, 494, 496, 499, 547
Gottfurcht, Fritz 371, 380
Gotz, Abram 18
Gotz, Michail 18
Grabowsky, Adolf 297
Gradnauer, Georg 153, 154, 163, 164, 174, 236, 312, 419
Graef, Walter Reinhold Viktor 492
Graefe-Goldebee, Albrecht von 492, 493
Gräff, Otger 428, 435
Graf, Dr. 502
Grapow, Max von 430
Grenz, Albert 465
Grillparzer, Franz 518
Groener, Wilhelm 69, 141, 163, 204
Groethuysen, Bernhard 383
Gropius, Walter 381
Grosz, George 48, 357, 375, 380, 447
Großmann, Stefan 102, 106, 107, 129, 378
Grune, Karl 373
Grünfeld, Heinrich 389
Gumpert, Martin 344
Gumperz, Julian 374
Gundolf, Friedrich 331, 382, 604
Gutmann, Franz 299
Guttman, Bernhard 77–78, 83, 118, 128, 129, 133, 375
Guttman, Julius 603

- Haas, Ludwig 163, 306, 313, 426, 517
 Haas, Otto 470
 Haas, Willy 359, 361, 366, 369, 373
 Haase, Berthold 565
 Haase, Ernst 166, 176
 Haase, Hugo 45, 47, 50, 56, 153, 159,
 164, 165, 166, 168, 169, 170, 174–184,
 203, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 218,
 230, 246, 297, 302, 304, 305, 306, 307,
 313, 419, 420, 472, 499, 558
 Haber, Fritz 30
 Hadwiger, Viktor 341
 Haecker, Theodor 43, 44
 Hagen, Louis 391
 Hahn, Kurt 306
 Hahn (Staatsanwalt) 298
 Halbe, Max 297
 Hamburger, Ernest 203, 208, 498
 Hammerschlag, Fritz 398
 Hantke, Arthur 504, 545
 Harden, Maximilian 22, 40, 44–45, 85,
 94, 102, 183, 245, 297, 367, 368, 374,
 377–378, 381, 443, 445, 464, 465, 473,
 492, 496, 502, 505, 526, 527, 528, 629
 Hasenclever, Walter 330, 343, 348, 368
 –369
 Hauptmann, Carl 344
 Hauptmann, Gerhart 344, 358, 359, 361,
 362
 Hauschner, Auguste 254
 Hausenstein, Wilhelm 247
 Haußmann, Conrad 69, 87
 Heartfield, John 342
 Heer, Friedrich 52
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 236,
 357
 Hegner, Jakob 343, 355, 374
 Heidegger, Hermann 222
 Heidner, Georg 53
 Heilborn, Ernst 372, 380
 Heilbrunn (Justizrat) 119
 Heile, Wilhelm 70
 Heilmann, Ernst 45
 Heimann, Hugo 153, 160, 313, 360,
 534–535
 Heimann, Moritz 107, 346, 358–360,
 375, 528, 601, 604
 Heimann-Hatry, Walter 586
 Heine, Heinrich 22, 367
 Heine, Wolfgang 397, 423, 426, 499, 505
 Heinemann, Isaak 553–554
 Heise, Carl Georg 380
 Helfferich, Karl 217, 520
 Hendrich-Eisner, Elisabeth 249–250, 254
 Henning, Wilhelm 492
 Henningsen, Johannes 422
 Hense, Karl 474
 Hergt, Oskar 121, 488–489
 Hermann, Georg 362, 523–524, 601, 607
 Hermes, Andreas 392
 Herrmann, Leo 556
 Hertling, Georg Graf von 390, 536
 Hertzberg, Gertzlaff von 457, 486
 Hertzberg-Lottin, Ernst von 456
 Hertzka, Emil 373
 Herz, Emil 601
 Herz, Wilhelm 389
 Herzfeld, Joseph 159, 165, 188, 313
 Herzfelde, Wieland 342, 374, 379, 447
 Herzl, Theodor 9, 14, 32, 351, 528, 593,
 633
 Herzog, Wilhelm 378, 379
 Hess, Moses 10, 77
 Hesse, Hermann 107, 348
 Heuss, Theodor 74, 96, 107, 186, 191,
 208, 249, 265, 267
 Heydebrand und der Lasa, Ernst von
 419
 Heym, Georg 333, 335
 Heymann, Berthold 163, 313
 Hieronymus, Robert 70
 Hildesheimer, Esriel 570
 Hilferding, Rudolf 56, 154, 160, 161,
 177, 313, 407–408
 Hille, Peter 271, 341
 Hiller, Kurt 103, 334, 336, 343, 371,
 379, 600
 Hilsner, Leopold 9
 Hindenburg, Paul von 34, 40, 53, 56,
 82, 100, 145, 217, 429, 619
 Hintze, Paul von 42
 Hipper, Franz Ritter von 138
 Hirsch, Karl Jakob 337, 529
 Hirsch, Paul 159, 193–203, 207, 306,
 313, 625
 Hirschberg, Erich 588
 Hirschfeld, Magnus 464
 Hirschfeld (Justizrat) 119
 Hitler, Adolf 34, 38, 47, 55, 65, 114, 151,
 219, 225, 392, 469, 474, 480, 484, 485,
 486, 493, 529
 Hoch, Gustav 153, 211, 313
 Hoddis, Jakob van 333–334, 335
 Hoesch, Leopold von 502

- Hoetzsch, Otto 444, 445, 490, 491
 Hoff, Ferdinand 120, 134
 Hoffmann, Adolf 199
 Hoffmann, Camill 341
 Hoffmann, Johannes 162, 235, 252, 259,
 262, 263, 272, 273, 277, 278, 279, 283,
 284, 286, 290, 292, 299, 303
 Hoffmann, Walther 471
 Hofmann, Isaak Löw 363
 Hofmannsthal, Hugo von 6, 336, 339,
 347, 349, 363–364, 600, 604
 Hofmiller, Josef 246, 297
 Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig
 Fürst zu 174
 Hohenzollern, Wilhelm II. von 20, 30,
 31, 32, 36, 43, 44, 49, 80, 88, 138–140,
 172, 173, 237, 389, 409, 416, 418, 429,
 431, 433, 437, 463, 483, 501, 513, 514,
 551, 560, 625
 Hohenzollern, Wilhelm von (Kron-
 prinz) 139, 140
 Holdheim, Gerhard 537–538
 Holitscher, Arthur 362
 Holländer, Felix 362, 367, 372, 601
 Holländer, Ludwig 495, 496, 552, 565–
 566, 569, 586
 Höllriegel, Arnold 362
 Höxter, John 380
 Horwitz, Maximilian 427, 559
 Huelsenbeck, Richard 374
 Hultschiner, Richard 114
 Husserl, Edmund 383, 604
- Ibsen, Henrik 361
 Ihering, Herbert 365
 Ilseman, Christian Karl 465
- Jacob, Benno 126, 579–580
 Jacob, Heinrich Eduard 330, 337, 371,
 380
 Jacobs, Monty 127, 360–361, 372
 Jacobsen, Alfred 448, 449
 Jacobsohn, Siegfried 96, 102, 103, 105,
 107, 129, 132, 372, 378, 529
 Jaffé, Edgar 161, 239, 252, 253, 277,
 313, 554
 Jäger, Hermann 469
 Jahn, Ludwig 435
 Jammes, Francis 374
 Janowitz, Franz 341
 Janowitz, Hans 372
- Jaspers, Karl 511, 608, 616
 Jaurès, Jean 237
 Jecklin, Wilhelm von (Deutschnationale
 Volkspartei) 492
 Jellinek, Ernst 370
 Jenne, Ernst 492
 Jessner, Leopold 372, 373
 Jizchaki, Michael 594
 Joachim, Joseph 604
 Joël, Curt Walter 160, 313
 Joerges, Ernst 449
 Joffe, Adolf 19, 46, 52, 163, 214, 215,
 217, 288
 Jogiches, Leo 51, 140, 161, 226, 227,
 229, 230, 287, 288, 289, 291, 313
 Johann Albrecht, Herzog zu Mecklen-
 burg 428
 Jung, Erich 436, 458, 475
 Jung, Franz 336, 342
 Jünger, Ernst 320
 Jurisch, Ludwig 103, 104
- Kälter, Robert 559
 Kafka, Franz 11, 324, 347–348, 352,
 355, 600
 Kahan, J. 573–574
 Kahane, Arthur 379
 Kahl, Wilhelm 87
 Kahler, Fine von 382
 Kahn, Ernst 74, 128, 375
 Kahr, Gustav von 450, 453, 471, 472,
 506
 Kahrstedt, Ulrich 490
 Kaliski, Julius 160, 218, 223, 527
 Kamenew, Lew Borrissowitsch 18, 52
 Kamper, Walter 78
 Kandinsky, Wassily 2, 317, 318, 381,
 526
 Kant, Immanuel 174, 236, 237, 249, 250,
 356, 375, 621
 Kantorowicz, Ernst H. 301, 625
 Kapp, Wolfgang 101, 114, 207, 458,
 471, 472, 474, 489
 Karasek, Hellmuth 367
 Kardorff, Siegfried von 489
 Karl, Josef 298, 299
 Karpeles, Benno 379
 Karpeles, Gustav 576
 Katz, Richard 362
 Katzenstein, Simon 153, 161, 217, 313
 Katzenstein, Willy 524, 579
 Kauffmann, Robert 70

- Kaufmann, Adolf 299
 Kautsky, Karl 166, 217, 230, 374, 464
 Kayser, Rudolf 340, 344, 377, 557
 Kemp, Friedrich 345
 Kempner, Maximilian 389
 Kerenski, Alexander 17, 555
 Kerr, Alfred 85, 123, 335, 361–362, 365, 366, 372, 387, 529, 604
 Kessel, Gustav von 342
 Kessler, Harry Graf 48, 174, 189, 191, 404, 479
 Kestenberg, Leo 257
 Kipling, Rudyard 622
 Kirdorf, Emil 458
 Kisch, Egon Erwin 341, 362
 Klabund (Alfred Henschke) 344, 374
 Klages, Ludwig 351
 Klatzkin, Jakob 126, 574, 583
 Kleist, Heinrich von 440
 Klingelhöfer, Gustav 285, 286, 294
 Klötzl, Cheskel Zwi 521, 524
 Kloß, Max 456
 Knauer, Joseph 469, 492, 503
 Knief, Johann 268, 269
 Knodn, Hans 450, 453, 472
 Koch, Richard 602
 Koch-Weser, Erich 69, 153, 313, 497
 Koeth, Joseph 205
 Kohn, Hans 347, 594, 598, 608
 Kohn, Pinchas 575
 Koigen, David 615
 Kokoschka, Oskar 332, 374
 Kolb, Annette 85
 Kolb, Eberhard 158, 196, 222, 260
 Königsberger, Kurt 161
 Kornfeld, Paul 336, 341, 369–370, 379
 Koss, von (Militärattaché) 502
 Kößler (DDP) 119
 Köster, Adolf 56
 Kracauer, Siegfried 129
 Kraft, Paul 346
 Kraft, Werner 345, 346
 Kräly, Hans 372
 Kraus, Karl 102, 335, 343, 349, 365–366, 377–378, 600
 Krauss, Werner 373
 Krebs, Emil 357
 Kreckler, Major 469
 Kries, Wolfgang von 34
 Krojanker, Gustav 337
 Krombach, David 568, 583–584
 Kropotkin, Peter 268
 Kruck, Alfred 46
 Kubin, Alfred 375
 Kuh, Anton 366
 Kun, Bela 18, 52, 163, 252, 288, 626
 Kunze, Richard 458, 493
 Kutisker, Iwan Baruch 407
 Kuttner, Erich 300
 Laband, Paul 30, 185
 Lachmann, Adolf 259
 Lachmann, Franziska 259
 Lachmann, Julius 259
 Lachmann, Otto 259
 Lachmann-Mosse, Hans 118
 Laible, Wilhelm 481
 Lambach, Walther 492
 Lampe, Fritz 379
 Landau, J. 536
 Landau, Max 574
 Landau, Paul 380
 Landauer, Carl 299
 Landauer, Charlotte 254, 255, 259, 261
 Landauer, Gustav 51, 52, 162, 241, 253–267, 269, 271, 272, 274, 276, 279, 284, 285, 303, 308, 313, 332, 374, 382, 383, 428, 464, 530, 535, 540, 544, 556, 557, 558, 624
 Landauer, Hugo 254, 255, 256, 257
 Landsberg, Georg 498
 Landsberg, Otto 50, 56, 153, 154, 159, 164, 165, 167–180, 184, 188, 207, 209, 302, 304, 306, 314, 419, 498, 499
 Langhans, Paul 449, 456
 Laqueur, Walter 251
 Lasker, Eduard 86
 Lasker-Schüler, Else 333, 337, 341–343, 374
 Lassalle, Ferdinand 10, 75, 525, 531, 557
 Lasson, Georg 357
 Laue, Max von 629
 Laufenberg, Heinrich 306
 Lauinger, Artur 129
 Lautensack, Heinrich 357
 Lazare, Bernard 633
 Leber, Julius 198, 201
 Ledebour, Georg 169, 175, 178, 213
 Lederer, Emil 161, 314
 Lederer, Moritz 379, 380
 Legien, Carl 165
 Lehmann, Julius Friedrich 415, 418, 422, 441, 449, 456, 470

- Lehmann, Siegfried 544
Lehmann, Wilhelm 359
Lembert (Pfarrer) 297
Lemm (Lehmann), Alfred 335
Leni, Paul 373
Lenin, Wladimir Iljitsch 16, 17, 60, 261,
272, 288, 294, 303, 552, 626
Leo, Heinrich 3
Leonhard, Rudolf 330, 338, 343, 344
Lerch, Sara Sonja (geb. Rabinowitz)
161, 553
Lerch, Towia 22
Lessing, Carl Robert 93
Lessing, Gotthold Ephraim 93, 586
Lessing, Karl Gotthelf 93
Lestschinsky, Jakob 395
Lettow-Vorbeck, Paul von 458, 469
Levi, Paul 51, 161, 229, 289, 291, 303,
314
Levien, Johann Ludwig 242
Levien, Max 242, 258, 270, 272, 275,
288, 289, 295, 303
Levien, Katharina 242
Levin, Georg *siehe* Walden, Herwarth
Levin, Julius 363
Levin, Schmarjah 33
Leviné, Eugen 18, 51, 162, 253, 261,
263, 280, 286–297, 298, 303, 314, 558
Leviné, Rosa *siehe* Meyer-Leviné, Rosa
Levy, Jakob Moreno 379
Levy, Sally 578
Levy-Rathenau, Josephine 119
Lewald, Theodor 500
Lewin, Carl 568
Lewin, Reinhold 515, 516
Lewinsohn, Richard (Morus) 127, 195,
375
Lichnowsky, Karl Max Fürst von 85
Lichtenstein, Alfred 334–335, 337, 344
Lichtenstein, Erich 374
Lichtheim, Richard 33, 628
Liebermann, Joachim 604
Liebermann, Max 30, 375
Liebeschütz, Hans 627
Liebig, Hans von 436, 458, 462, 475
Liebknecht, Karl 17, 34, 37, 45, 51, 140,
161, 166, 167, 173, 175, 181, 229, 232,
233, 291, 338, 464
Liebknecht, Wilhelm 75, 237
Liebmann, Robert 373
Liek, Walter *siehe* Liebig, Hans von
Limbertz, Heinrich 399
Lindeiner-Wildau, Hans Erdmann von
492
Lindemann, Gustav 372
Lipinski, Richard 52, 163, 309, 314
Lipp, Franz 272
Lippmann, Alwin 300, 301
Lippmann, Julius 153, 314
Lissauer, Ernst 6, 30–31, 331
Liszt, Franz von 70
Loebell, Friedrich Wilhelm von 416, 417
Loebenstein, Fritz 538
Loerke, Oskar 356, 359, 360, 363
Lohmann, Karl 449
Lothar, Rudolph 380
Löwe, Heinrich 602
Löwenfeld, Philipp 162, 241, 284, 286,
297, 299, 306, 314
Löwenfeld, Walter 162, 259, 263, 269,
299
Löwenson, Erwin 334
Löwenstein, Fritz 537, 593
Lubasch, Kurt 335
Lubitsch, Ernst 372
Lucas, Alexander 70
Lucius, Paul 449, 482
Ludendorff, Erich 34, 36, 37, 40, 43,
45, 56, 88, 95, 131, 138, 141, 217, 336,
429, 430, 441, 451, 452, 625
Ludwig III. (König von Bayern) 237,
415, 417, 428, 440, 554
Ludwig, Emil 528
Lueger, Karl 9
Luft, Friedrich 362
Luther, Hans 408
Luther, Martin 453, 459, 479
Luxemburg, Rosa 10, 17, 18, 22, 34,
45, 47, 51, 140, 142, 161, 173, 175,
181, 199, 203, 225–234, 287, 288, 289,
291, 303, 304, 307, 314, 464, 556, 558
Maeterlinck, Maurice 2
Magnes, Judah L. 600
Mahler, Gustav 381, 526
Mamlock, Gustav 124
Mann, Golo 49, 155
Mann, Heinrich 318
Mann, Thomas 1, 2, 4, 5, 6, 11, 12, 21,
25–26, 30, 107, 297, 318, 319, 322,
352, 621
Männer, Emil 293, 294
Marc, Franz 317
Marcus, Julian 299

- Marcuse, Ludwig 345
 Mardersteig, Hans 380
 Marschalk, Max 127
 Martow, Julij Ossipowitsch 18
 Marum, Ludwig 163, 314
 Marx, Julius 435, 514, 516, 518
 Marx, Karl 10, 11, 16, 18, 174, 221, 236, 525, 527, 531, 557
 Marx, Salomon 300
 Massing, Paul W. 29
 Masius (Alldeutscher) 483
 Matthias, Leo 362
 Maurras, Charles 9, 15
 Mauthner, Fritz 254, 257, 259, 262, 266, 341, 360
 May, Ernst K. 41
 Mayer, Anton 380
 Mayer, Carl 372, 373
 Mayer, Gustav 255, 515, 516, 529–530, 616–617
 Mayer (Kommerzienrat) 247
 Mayer, Paul 375
 Mazzini, Giuseppe 12
 McDougall, William 607, 608
 Meidner, Ludwig 338, 356, 358
 Meinecke, Friedrich 85, 137, 301
 Meister, Wilhelm *siehe* Bang, Paul
 Melchior, Carl Joseph 36, 306, 389, 391, 392
 Mendelsohn, Erich 380
 Mendelssohn, Felix 217
 Mendelssohn, Franz von 389
 Mendelssohn, Moses 93
 Mendelssohn-Bartholdy, Albrecht 306
 Mendershausen, Fritz 591
 Merton, Wilhelm 390
 Meyer, Alfred Richard 335, 357
 Meyer, Conrad Ferdinand 234
 Meyer, Ernst 161, 229
 Meyer, Georg Heinrich 335
 Meyer, Oscar 153
 Meyer, Paul 585
 Meyer-Frank, Julie 266
 Meyer-Leviné, Rosa 161, 287, 288, 289
 Meyrink, Gustav 341
 Michaelis, Georg 431
 Michels, Robert 609
 Minoux, Friedrich 392
 Mirbach Ernst von 186
 Misch, Carl 127
 Mitchell, Allan 249
 Möllendorff, Wichard von 392
 Moeller van den Bruck, Arthur 320, 351, 625
 Moissi, Alexander 479
 Molkenbuhr, Hermann 165
 Molnar, Franz 370
 Moltke, Helmuth von 15
 Molzahn, Johannes 357
 Mombert, Alfred 344, 347, 604
 Mommsen, Hans 392, 394, 395
 Montesquieu, Charles de 93
 Morazé, Charles 2
 Morgenstern, Christian 375
 Mosgau, Reinhold 443
 Mosse, George 29, 35
 Mosse, Rudolf 70, 84, 85, 91, 93, 95, 117, 118, 124, 464
 Muche, Georg 357
 Mugdan, Otto 107
 Mühsam, Erich 51, 162, 241, 253, 257, 258, 260, 261, 262, 264, 267–274, 275, 276, 289, 303, 304, 314, 332–333, 378
 Muir, Ramsey 607, 608
 Müller, Hermann 160, 207, 212, 216, 220
 Müller, Louis *siehe* Müller von Hausen, Ludwig
 Müller, Richard 175, 178, 213
 Müller, Robert 348
 Müller von Hausen, Ludwig 62, 460–461, 481
 Müller-Meiningen, Ernst 246, 298
 Mumm, Reinhard 500
 Mumm von Schwarzenstein, Alfons 390
 Muschg, Walter 353
 Musil, Robert 322, 336, 370
 Mynona *siehe* Friedländer, Salomo
 Nachmann, Fritz 129
 Nadel, Arno 344–345
 Naphtali, Fritz 128, 129, 375–376
 Nassauer, Siegfried 118
 Nathan, Paul 72, 86, 124, 134, 497, 534, 565–566
 Naumann, Friedrich 69, 78, 85, 92, 125
 Naumann, Max 541, 543, 566, 578
 Nernst, Walter 629
 Neubauer, Helmut 288
 Neumann, Adolf 254, 255
 Neumann, Alfred 601
 Neumann, Sigmund 69, 84
 Neumeyer, Elise 554–555
 Neurath, Konstantin von 33

- Neurath, Otto 162, 274, 276–280, 314
 Newton, Isaac 11
 Niekisch, Ernst 257, 259, 261, 262, 263,
 274, 277, 279, 283, 284
 Nielsen, Asta 373
 Nietzsche, Friedrich 4, 356, 357, 358,
 623
 Nikolaus II. 9, 31
 Nilus, Sergej Alexandrowitsch 19
 Nobel, Nehemias Anton 602
 Norden, Josef 579
 Noske, Gustav 104, 164, 169, 171, 473,
 499, 503
 Novalis (Hardenberg, Friedrich Freiherr
 von) 621
 Nuschke, Otto 70, 91, 116, 117, 118,
 121
- Ochs, Siegfried 604
 Oehme, Walter 221
 Oerter, Sepp 498
 Oertzen, Peter von 223
 Oeser, Rudolf 69, 78
 Olden, Rudolf 105, 124
 Ollendorff, Franz 629
 Oppeln-Bronikowski, Friedrich von 125,
 488, 491
 Oppenheim, Emmi Freiin von 248
 Oppenheim, Hans 588
 Oppenheim, Leo 524
 Oppenheimer, Franz 31, 411, 435, 503,
 542, 545, 563
 Oppenheimer, Max 334
 Oppenheimer, Max 584, 585
 Osborn, Max 127, 376
 Ossietzky, Carl von 105
 Oswald, Richard 373
 Otten, Ellen 356
 Otten, Karl 332, 343, 355
- Parvus-Helphand, Alexander 18, 22, 107
 Passarge, Siegfried 458, 475
 Payer, Friedrich 75
 Péguy, Charles 6, 15
 Perles, Joseph 599
 Perles, Rosalie 599
 Pernerstorfer, Engelbert 609
 Petersen, Carl Wilhelm 120, 153, 217,
 314
 Petljura, Simon 126
 Pezoldt, Gustav 449
 Pfemfert, Franz 334, 336, 338, 357
- Pfitzner, Hans 318
 Pflug, Karl 490
 Picard, Jacob 336
 Pick, Lupu 373
 Pick, Otto 341
 Pinner, Ernst 596
 Pinner, Felix 86, 105, 123, 129, 376,
 405, 407
 Pinner, Grete 398
 Pinthus, Kurt 330, 333, 337, 338, 361,
 369, 372, 380, 624
 Piscator, Erwin 371
 Planck, Max 629
 Plehwe, Wenzel von 9
 Pobedonoszew, Konstantin Petrowitsch
 9
 Poincaré, Henri 97
 Polgar, Alfred 103, 372
 Pott, Gustav 471
 Potthoff, Heinz 424
 Präger, Max 374
 Predöhl, Max 501
 Preuß, Hugo 56, 69, 70, 81, 86, 89, 90,
 91, 119, 154, 159, 172, 173, 184–193,
 200, 203, 207, 209, 218, 240, 257, 302,
 304, 306, 307, 314, 501, 625
 Preuß, Walter 515, 538
 Pringsheim, Frau (DDP) 119
 Proudhon, Pierre Joseph 254, 268
 Proust, Marcel 11
 Przygode, Wolf 344
 Pulzer, Peter G. J. 29
- Quarck, Max 426
 Quidde, Ludwig 37, 110
- Raatjes, John 242, 299
 Radbruch, Gustav 336
 Radek, Karl 17, 18, 22, 52, 161, 217,
 288
 Ramin, Jürgen von 457, 458, 470, 488
 Rathenau, Emil 389
 Rathenau, Mathilde 59
 Rathenau, Walther 22, 36, 49, 56, 58,
 59, 60, 69, 80, 85, 98, 99, 100, 106,
 107, 108, 114, 119, 154, 156, 205, 367,
 381, 382, 389, 391, 407, 410, 420, 427,
 435, 457, 464, 465, 492, 493, 520, 526,
 527, 528, 535, 622
 Rechberg, Arnold 494
 Redlich, Alexander 98–99, 109
 Rehfish, Hans José 370–371

- Reibnitz, Kurt Freiherr von 197
 Reifenberg, Benno 73
 Reimann, Hans 460
 Reinhard, Walther 422
 Reinhardt, Max 30, 361, 363, 364, 367, 371, 372, 604, 629
 Reiss, Erich 374, 379
 Reventlow, Graf Ernst zu 422
 Richter, Jean Paul Friedrich 359
 Richthofen, Freiherr Hartmann Oswald von 70, 91
 Rieger, Paul 513, 567
 Riesser, Jakob 153, 314
 Rilke, Rainer Maria 336, 337, 340, 341, 347
 Rippler, Heinrich 124, 432
 Robbespierre, Maximilian de 256
 Roderich-Stoltheim, F. *siehe* Fritsch, Theodor
 Roer, Emanuel 538
 Roethe, Gustav 458, 475
 Rohling, August 459
 Rolland, Romain 331, 570
 Roon, Albrecht von 15
 Rosenbaum, Eduard 306
 Rosenfeld, Kurt 153, 159, 160, 194, 198, 199, 304, 315
 Rosenow, Hermann 501, 502
 Rosenthal, Heinrich Bernhard 74
 Rosenthal, Moritz 536
 Rosenzweig, Franz 324, 531–532, 571, 594–595, 598–599, 602, 603, 627
 Roth, Alfred 411, 416, 427, 428, 449, 455, 456, 457, 458, 463, 464, 465, 466, 467, 469, 479, 482, 483, 488, 492, 504
 Rothschild, Lord Walter 545, 549
 Rousseau, Jean Jacques 3
 Rowohlt, Ernst 106, 107, 330, 333, 356, 361, 375
 Rubiner, Ludwig 343, 600
 Ruest, Anselm 357–358
 Rumpelstilzchen *siehe* Stein, Adolf

 Salomon, Ernst von 48
 Salten, Felix 364
 Salus, Hugo 341
 Salzberger, Georg 514, 516, 518, 578
 Samuel, Ernst *siehe* Ruest, Anselm
 Sarwey, Hellmuth 70
 Schacht, Hjalmar 69, 70, 91
 Schacht, Max 451
 Schade, Franz 249
 Schäfer, Dietrich 436
 Schazar, Salman (Rubaschow) 555–556
 Scheidemann, Philipp 69, 99, 140, 159, 165, 167, 170, 172, 177, 179, 184, 207, 209, 214, 232, 465, 492
 Scheler, Max 336, 357, 383
 Scheüch, Heinrich von 141, 179, 180
 Scheurer-Kestner, Auguste 85
 Schey, Hugo 450
 Schickele, René 35, 330, 348, 378
 Schieder, Theodor 625
 Schiffer, Eugen 69, 153, 159, 203–208, 209, 210, 211, 306, 315
 Schiller, Friedrich von 124
 Schimmelmann, Freiherr von (Major) 469
 Schlageter, Albert Leo 301
 Schlemmer, Oskar 357
 Schlesinger, Erich 591
 Schlesinger, Paul 105, 127
 Schlüter, Wilhelm 449
 Schmidt, Botho 296
 Schmidt-Gibichenfels, Otto 422, 459
 Schmitt, Franz August 240
 Schneider, Karl Ludwig 330
 Schneppenhorst, Ernst 284
 Schnitzler, Arthur 11, 324, 349, 361, 364–365, 495, 601
 Scholem Alejchem 577
 Schönberg, Arnold 2, 373, 381, 526
 Schönerer, Georg Ritter von 9
 Schopenhauer, Arthur 357
 Schotthöfer, Fritz 78
 Schröder, Rudolf Alexander 344
 Schücking, Walther 37
 Schulz, Gerhard 630
 Schwab, Joseph 123
 Schwabach, Erik-Ernst 378
 Schwadron, Abraham 595
 Schwaner, Wilhelm 410, 420, 427, 428, 436
 Schwarzschild, Leopold 106, 378
 Schweizer, Hans-Ulrich 450
 Schwerin, Friedrich von 34
 Sebottendorff, Rudolf Freiherr von 46, 246
 Seeckt, Hans von 57–58, 392, 472, 620
 Seeler, Moritz 372
 Segall, Jakob 38
 Segall, Sali 119
 Segel, Benjamin 562

- Seifert, Gustav 485
 Seligmann, Cäsar 578
 Seligmann, Erwin 586
 Sellentin, Dr. 412, 413
 Senator, Werner 543
 Severing, Carl 506
 Seyffert, Friedrich 472, 496, 499
 Shakespeare, William 124, 254, 382
 Shaw, George Bernard 360, 361
 Silbergleit, Arthur 339
 Simmel, Georg 382–383, 604
 Simon, Ernst 321, 530, 531, 556
 Simon, Heinrich 128
 Simon, Hugo 159, 315
 Simon, James 389, 405–406
 Simon, Josef 277
 Simon, Julius 524–525
 Simonsohn, J. (Rabbiner) 571, 573
 Sinowjew, Georgij 18, 52
 Sinsheimer, Hermann 124, 360
 Sinzheimer, Hugo 56, 153, 161, 163,
 217, 223, 315
 Slevogt, Max 375
 Sobelsohn *siehe* Radek, Karl
 Sobernheim, Moritz 54, 545, 604
 Solf, Wilhelm 58, 176
 Solmssen, Georg 389
 Sombart, Werner 21
 Sonderling, Jakob 580
 Sonnemann, Leopold 74–77, 93, 128
 Sorel, Georges 4, 15
 Spengler, Oswald 2, 25, 320, 351, 478
 Spinoza, Baruch 347, 527, 531
 Springer, Georg 255
 Sproul, Robert G. 301
 Stadler, Ernst 330
 Stalin, Joseph 18, 627
 Stampfer, Friedrich 160, 211, 214, 306
 Stapel, Wilhelm 154, 351
 Stark, Oskar 118
 Stehr, Hermann 344, 358
 Stein, Adolf 216, 217
 Stein, August 43, 87
 Stein, Hermann von 431
 Stein, Karl Freiherr von und zum 185,
 190
 Stein, Leonard 545
 Steinhoff, Werner 492
 Steinthal, Max 389
 Stern, Heinrich 567, 577, 580
 Stern, Herbert 129
 Stern, Isidor 422, 423
 Stern, Selma 600
 Stern-Rubarth, Edgar 127
 Sternaux, Ludwig 380
 Sternheim, Carl 336, 367–368, 604
 Sthamer, Friedrich 501
 Stiller, Mauritz 373
 Stinnes, Hugo 58, 80, 391, 392
 Stirner, Max 268, 357, 358
 Stoecker, Adolf 9, 479
 Stolper, Gustav 376
 Stolte, Erich 448, 449
 Stößel, Georg von 456
 Stößinger, Felix 160, 344
 Strack, Hermann 62
 Straus, Rahel 74
 Strauß, Emil 358
 Strauß, Eugen 568
 Strauss, Isaac 33
 Strauß, Ludwig 345–346
 Strauß, Max 346
 Strauss, Richard 363
 Strawinski, Igor Feodorowitsch 2
 Stresemann, Gustav 58, 78, 80, 81, 91,
 92, 95, 99, 100, 106, 111, 116, 125,
 219, 407, 408
 Strich, Fritz 323
 Ströbel, Heinrich 104, 194, 196
 Struck, Hermann 352, 539
 Stücklen, Daniel 425
 Susman, Margarete 255, 256, 346–347,
 383
 Süßheim, Max 162, 259, 271, 299, 315
 Sußmann, Arthur 120, 134
 Sziland, Leo 629
 Tagger, Theodor 370, 379
 Tagore, Rabindranath 570
 Talaat-Pascha 528, 545, 547
 Tau, Max 375
 Techow, Ernst-Werner 60
 Thalheimer, August 161
 Theilhaber, Felix A. 601, 610
 Thimme, Annelise 58
 Thoma, Hans 381
 Tietz, Alfred Leonhard 405
 Timendorfer, Berthold 494
 Tirpitz, Alfred von 41, 415, 433
 Toller, Ernst 18, 51, 162, 183, 213, 253,
 261, 262, 263, 274, 275, 278, 280–
 286, 292, 293, 294, 295, 296, 297,
 298, 303, 304, 306, 307, 315, 343, 371,
 374, 534

- Tolstoi, Leo 2, 3, 343, 375
 Toury, Jacob 388
 Toynbee, Arnold 581, 611–612
 Trakl, Georg 333
 Traub, Gottfried 487, 488
 Trebitsch-Lincoln, Ignaz Timotheus 107
 Treitschke, Heinrich von 21, 128, 475
 Trietsch, Davis 597
 Troeltsch, Ernst 69, 85, 87
 Trotha, Lothar von 227
 Trotzki, Leo 10, 18, 52, 124, 217, 303, 465, 531, 552
 Trützschler-Falkenstein, Kurt von 527
 Tschchow, Anton 2
 Tucholsky, Kurt 37, 103, 104, 105, 129, 132, 378

 Ullstein, Franz 93, 94, 118
 Ullstein, Hans 93, 94, 118
 Ullstein, Hermann 93, 94, 118
 Ullstein, Leopold 70, 93, 94, 95
 Ullstein, Louis 93, 94, 118
 Ullstein, Rudolf 93, 94, 118
 Unger, Erich 334
 Unruh, Fritz von 374
 Urias, Siegfried 586
 Urzidil, Johannes 341

 Vallentin, Berthold 331, 382
 Verhaeren, Emile 2
 Verlaine, Paul 336
 Vierow, Egbert 481
 Viertel, Berthold 343, 372
 Vietinghoff-Scheel, Leopold von 449, 492
 Vogelstein, Max Theodor 91, 161, 315
 Voltaire 92, 343
 Voss, Christian Friedrich 92–93

 Wacker, Albert 70
 Wadler, Arnold 162, 264, 274–276, 279, 315
 Wagner (Pastor) 465
 Wagner, Richard 2, 21, 459
 Waldeck-Rousseau, Pierre Marie René 85
 Walden, Herwarth 339, 342, 353, 378
 Waldstein, David Felix 315
 Walter, Bruno 604
 Wangenheim, Konrad Freiherr von 552
 Warburg, Aby 28
 Warburg, Max M. 28, 36, 42, 306, 389, 390, 391, 392, 404, 464, 477, 520
 Warburg, Otto 32, 545
 Wassermann, Armin 334
 Wassermann, Jakob 154, 324, 349–352, 359, 533, 601, 604, 607, 616
 Wassermann, Oskar 306
 Weber, Alfred 70, 91, 116, 511, 608
 Weber, Hermann 161
 Weber, Max 69, 80, 82, 85, 87, 113, 121, 185, 188, 217, 218, 249, 295
 Wedderkop, Hermann von 380
 Wehberg, Hans 37
 Wehrlin, Thomas 107
 Weichardt, Herbert 465
 Weil, Bruno 515
 Weinert, Erich 270
 Weiß, Ernst 332, 354
 Weizmann, Chaim 30, 532
 Wels, Otto 179
 Weltsch, Felix 355
 Weltsch, Robert 568
 Werfel, Franz 324, 336, 337, 340–341, 343, 348, 366, 369, 600, 601, 623
 Werner, Alfred 503
 Werner, Ferdinand 449, 456, 458, 463, 488, 489, 492
 Werner, Mose Coßmann 423
 Werner, Paul 263, 270, 291
 Wertheimer, Leopold *siehe* Brunner, Constantin
 Westarp, Kuno Graf von 36, 419, 444, 491
 Westheim, Paul 379
 Weyl, Hermann 160
 Wheeler-Bennett, John W. 52
 Wiemer, Otto 107
 Wiene, Robert 372
 Wiener, Alfred 484
 Wiener, Max 578
 Wiener, Oskar 341
 Wießner, Max 70, 116
 Wild von Hohenborn, Adolf 425
 Willstätter, Richard 380, 502, 535
 Wilson, Thomas Woodrow 44, 89, 108, 138, 571, 609, 610, 614
 Winder, Ludwig 355
 Winnig, August 498
 Wirth, Joseph 58, 59, 80, 83, 99, 100, 106, 107, 208, 391
 Wissell, Rudolf 507, 508

- Wohlgemuth, Joseph 570, 571–572, 573, 574, 575
Wolf, Friedrich 371
Wolf, Max 376
Wolfenstein, Alfred 336–338, 343, 344, 380, 624
Wolff, Kurt 331–361 passim
Wolff, Theodor 41, 43, 44, 45, 58, 69, 70, 73, 85–92, 95, 96, 98, 101, 102, 110, 111, 113, 116, 117, 118, 119, 123, 124, 125, 129, 132, 133, 376, 464
Wolf-Metternich, Paul W. Graf zur Gracht 87
Wolfsberg, Oskar 557, 574–575
Wolfskehl, Karl 323, 331
Wolfstein, Rosi 161
Wollenberg, Erich 242, 295
Wollheim, Caesar 405
Woltmann, Ludwig 459
Wrisberg, Ernst von 423, 468–469, 503
Wulle, Reinhold 451, 458, 474, 492, 493
Wundt, Max 475
Wurm, Emanuel 153, 159, 207, 208–209, 304, 306, 315
Wurm, Mathilde 227, 228
Zador, Eugen 370
Zech, Paul 330
Zielenziger, Kurt 127
Zinn, Alexander 477
Zola, Emile 2, 318
Zollschan, Ignaz 595, 596
Zuckermann, Hugo 341
Zweig, Arnold 126, 127, 305, 324, 352, 361, 368, 398, 521, 539, 558, 601, 604–606, 607
Zweig, Stefan 324, 331, 339, 601

SACHREGISTER

- Agudath Israel 573–574
 Akademie für die Wissenschaft des Judentums 603
 „(Die) Aktion“ 334, 336, 338, 339, 343, 355–357
 „Alldeutsche Blätter“ 462
 Alldeutscher Verband 46, 414, 428, 430, 432, 433, 438–441, 443–445, 448–450, 453–455, 457, 459, 467, 476, 479, 492, 494, 500, 622
 „Allgemeine Evangel.-Luth. Kirchenzeitung“ 481
 „Allgemeine Zeitung des Judentums“ 84, 144–145, 576–577
 Allgemeiner Rabbinerverband 549
 Alliance Israélite Universelle 19
 „Anti-Anti“ 153, 461
 Antisemitismus *siehe* einzelne politische Parteien, Organisationen, Länder usw.
 Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschlands 56, 542, 543, 595
 Arbeiter- und Soldatenräte 139–142, 168, 196, 212, 225, 228, 451
 Bayerische 162, 235, 239, 241, 244, 248, 256, 257, 275, 281, 283
 Berliner 167, 194
 Juden und 50, 144, 158, 160, 179, 192, 197, 205, 219–224, 257, 275, 281, 287, 390
 Arbeiter-Schutz-Bund 437, 450
 „Arbeiter-Schutz-Zeitung“ 437
 Arbeiterschaft und Antisemitismus 484, 485, 497, 499, 509
 „(Die) Argonauten“ 336, 379
 Armee, Antisemitismus 421–423, 430, 450–451, 468–469. *Siehe auch* Reichswehr
 „Auf Vorposten“ 429, 460–461, 481
 „Augsburger Postzeitung“ 554–555
 Ausschuß für Volksaufklärung 456
 Auswärtiges Amt 54, 215, 504, 604
 Balfour-Deklaration 23, 545–547, 574, 579, 594
 Bamberger Programm 450, 452, 455
 Bauhaus 381
 Bayerische Volkspartei, Antisemitismus 51, 494
 Bayerischer Bauernbund 162, 252
 Bayern
 Antisemitismus 235, 246–248, 253, 263, 276, 297–298, 399, 506
 Räterepublik, erste 50, 113, 162, 235, 252, 259–263, 274, 276, 278, 290
 Räterepublik, zweite 51, 162, 183, 235, 263–264, 279, 280, 284, 290 bis 296
 Revolution 50–51, 142, 161–162, 234 bis 297, 371
 Beamtenschaft, Antisemitismus 501–507
 Berlin
 Januar-Aufstand 17, 171, 181, 199 bis 200, 206, 216, 222, 223, 232–233, 291, 300
 Freie Jüdische Volkshochschule 602
 Jüdisches Krankenhaus 85, 335
 Jüdisches Museum 603
 Jüdisches Volksheim 544
 „Berliner Börsen-Courier“ 70, 118
 „Berliner Tageblatt“ 39, 40–41, 43–44, 61, 69–72, 83–92, 96–98, 108, 114, 184, 360, 405, 520, 620
 Angriffe gegen 40–41, 92, 117–118, 132, 417, 432, 436, 438, 463
 und Antisemitismus 71, 122–126, 134
 Außenpolitik 88–89, 92, 110
 und Revolution 44, 90, 111, 113
 „Berliner Volkszeitung“ 84, 91, 116
 „Blätter für die Kunst“ 331, 374
 „(Der) blutige Ernst“ 380
 B'nai B'rith, Großloge 549
 Bruno Cassirer Verlag 374–375
 Bund der Landwirte 416, 418
 Bund deutschvölkischer Juristen 456

- Bund völkischer Frauenvereine 437
 Bund zur Pflege nordischer Kunst und Wissenschaft 456
- Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C. V.) 94, 120–121, 124, 145, 409–410, 421, 423, 424, 425, 428, 522, 536, 542–544, 548, 551, 559–570, 588, 611
 Abwehr 299, 424, 461, 503, 517, 552, 566–567, 569
 und Deutsche Demokratische Partei 120–121
 und Zionisten 547, 560–568, 584, 590, 591–592
 „C. V.-Zeitung“ 84, 86, 569, 576, 592
- „Demokratische Parteikorrespondenz“ 115, 119
 Deutschbund 437, 456
 Deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei 437
 Deutsche Arbeiterpartei (DAP) *siehe* NSDAP
 (Der) Deutsche Bund, Stuttgart 547
 Deutsche Demokratische Partei (DDP) 7, 57, 68–73, 105, 107, 110, 188, 207, 217
 und Antisemitismus 72, 117, 119–122, 443, 495–497
 Juden und 57–58, 119, 217–218, 312 bis 315
 und Presse 69–70, 81–83, 86, 90–92, 95, 99, 105, 115–119
 Reichstagswahlen und Wahlen zur Nationalversammlung 69, 113, 121 bis 122, 495, 496
 Deutsche Erneuerungsgemeinde 451, 456
 Deutsche Friedensgesellschaft 104
 „Deutsche Israelitische Zeitung“ 552 bis 554, 570, 575–576
 Deutsche Liga für Menschenrechte 104, 133
 Deutsche Orientgesellschaft 406
 Deutsche Vaterlandspartei 433
 Deutsche Volkspartei (DVP) 81, 91 bis 92, 95, 100, 107, 115, 116, 489
 und Antisemitismus 119, 121, 494
 Juden in 153
Siehe auch Süddeutsche Volkspartei
 „(Der) deutsche Volkswirt“ 376
 „Deutsche Wochenschau“ 482
- „Deutsche Zeitung“ 429, 451, 452, 454, 457
 Deutscher Flottenverein 428
 Deutscher Schutz- und Trutz-Bund *siehe* Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund
 Deutscher Volksbund 457, 469
 „Deutscher Volkswart“ 482
 „Deutscher Vorwärts“ 482
 Deutsches Komitee zur Befreiung der russischen Juden 31
 „Deutsches Tageblatt“ 416
 „Deutsches Volkstum“ 154, 351
 „Deutschlands Erneuerung“ 429, 436
 Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 456
 Antisemitismus 121, 123, 125, 128, 130, 487–493
 Juden in 153, 312, 489
 Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband (DHV) 455, 467
 „Deutsch-Soziale Blätter“ *siehe* „Deutschvölkische Blätter“
 Deutschsoziale Partei 455, 493
 Deutschvölkische Beamtenvereinigung 437
 „Deutschvölkische Blätter“ 46, 60, 412, 416, 457
 Deutschvölkische Freiheitspartei 493, 494
 Deutschvölkische Partei 422, 455, 457, 463
 Deutschvölkische Verlagsanstalt Hamburg 457
 „Deutschvölkische Warte“ 457
 Deutschvölkischer Bund *siehe* Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund
 Deutschvölkischer Schriftsteller-Verband 456
 Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund 416, 451, 455–459, 462–467, 469, 471, 476, 479–480, 481, 484–486, 493, 495
 „(Die) Dichtung“ 344
 Dolchstoßlegende 52–53, 82, 88, 100, 351, 365
 Dreyfus-Affäre 9, 85, 570, 622, 633
 „(Der) Einzige“ 357–358
 „Eiserne Blätter“ 490
 Erfüllungspolitik 56, 58–59, 80, 99, 111, 391
 Ernst Rowohlt Verlag 106, 347, 356, 361, 375

- Evangelische Kirche
 und Antisemitismus 420, 466, 477, 479–481
 Kirchenboten 481
 Schöpfungsordnungen 453–454
 Sonntagsblätter 481
 Studentenzeitschriften 426–427
 Völkische Ideologie 479–481
 Expressionismus 327, 330, 358, 377, 623
 Juden und 329, 332, 334–335, 343, 355, 368, 369–370, 371, 372, 374, 379, 623

 „(Die) Fackel“ 335, 366, 377, 379
 „Faust“ (Monatsschrift) 380
 „(Der) Feuerreiter“ 371, 380
 Fichtegesellschaft 428
 (S.) Fischer Verlag 332, 337, 339, 346, 349, 354, 358, 364, 370, 373
 Fortschrittliche Volkspartei 28, 41, 57, 72, 84, 89, 164, 184, 426, 430, 431
 „(Das) Forum“ 379
 Frankfurter Jüdisches Lehrhaus 602 bis 603
 „Frankfurter Zeitung“ 40–41, 43, 70 bis 83, 86, 96, 98, 114, 116–118, 236, 331, 347, 369, 376, 620
 Angriffe gegen 40–41, 82–83, 92, 417, 432, 438, 463–464
 und Antisemitismus 77, 78, 83, 84, 86–89, 127, 134–135
 und Außenpolitik 79–80, 108, 110 bis 111
 und Revolution 80–81, 112–113
 „(Die) Freiheit“ 160, 222, 239
 Freie Ausschüsse für den Arbeitsfrieden 46
 „Freie Zionistische Blätter“ 126
 Freikorps 20, 50, 223, 300–301, 476, 535
 Antisemitismus 450, 469–473
 Freisinnige Volkspartei 72, 157, 164
 „(Der) Friede“ 379
 Friedensresolution 131, 164, 431–432, 433, 618, 622, 625

 „(Die) Gefährten“ 379
 Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde 456–457
 „Genius“ 380
 Georg Bondi Verlag 374, 382

 George-Kreis 331, 335, 374, 382
 Gerichte und Antisemitismus 502–503
 Germanenorden 455, 456
 „Germania“ 186, 495, 550
 Gestapo 85, 336
 Gewerkschaften und Antisemitismus 29, 466
 Gruppe Internationale *siehe* Spartakusbund

 „Hamburger Fremdenblatt“ 70
 „Hammer“ 60, 416, 482
 „Hammerschläge“ 459
 Handwerker und Antisemitismus 467
 „(Die) Hilfe“ 70
 Hilfsverein der deutschen Juden 124, 405
 Hochschulringe Deutscher Art 476

 „Im deutschen Reich“ 145–146, 151 bis 152, 519, 522, 536, 542, 543, 547, 551, 559, 562, 565–566, 567, 569, 588
 Inflation, Juden und 402, 404–406, 407
 Institut für Zeitgeschichte, München 392
 „(Der) Israelit“ 148
 „Israelitisches Familienblatt“ 152, 551
 „(Das) Israelitische Gemeindeblatt“ 143 bis 144, 152

 „Jeschurun“ 553, 570–575
 „(Der) Jude“ 521, 522, 544, 602
 Juden
 Abgeordnete 153, 388, 496
 Angestellte 394–395
 und Annexionspläne 41–45, 87, 432, 519, 620, 623
 und Antisemitismus 144–145, 147, 152, 173, 186, 192, 218, 221–222, 227–228, 247, 266–267, 298, 308, 325, 351–354, 367–368, 427–428, 511–569, 581, 583–584, 587, 602, 604, 606–607, 611–612
 Assimilation 8–10, 77, 128–129, 133, 146, 321, 409, 523, 539, 558, 562, 564, 567, 573, 586, 606, 617, 631
 im Bank- und Börsengeschäft 57, 394, 395, 404–405, 519, 620
 in der Beamtenschaft 157
 Bevölkerungsstruktur 38, 123, 390, 393–395

- Bildungsarbeit 602–604
 Emanzipation 8, 11, 21, 129, 155, 394, 406, 509, 536, 540, 556, 562, 587, 602
 und Film 361, 369, 372–373
 in den freien Berufen 519
 getaufte 102, 128, 149–150, 159–160, 203–208, 328–329, 352–354, 378
 im Handel und Verkehr 394, 405 bis 406, 519
 im Handwerk 394
 im Heer 37–39, 50, 222, 390, 417, 421–424, 472, 514–516, 521. *Siehe auch* ‚Judenzählung‘
 in der Industrie 394, 519
 konfessionslos 102, 149–150, 173, 535
 und Kriegsgesellschaften 36–37, 47, 390, 415–416, 423–425, 516, 622
 Kriminalität 55, 399–400, 403, 504
 und Kunst 327, 358, 374–375, 405 bis 406, 478, 479, 495, 599
 Liberale und Zionistische Bewegung *siehe* Zionistische Bewegung
 und Liberalismus 8–10, 41, 45, 86, 89, 95, 132–134, 184, 519, 609
 in der Literatur 327, 328, 331–371, 382, 478, 479, 599, 600–602, 623 bis 624
 Mischehen 406
 in der Musik 327, 373, 381, 599
 als nationale Minderheit 32, 218, 545, 562, 575, 584, 605
 Nichtdeutsche *siehe* Ostjuden
 im öffentlichen Dienst 56, 133, 159 bis 161, 184–187, 210, 307, 388, 417
 Orthodoxe und Zionistische Bewegung *siehe* Zionistische Bewegung
 Patriotismus 14, 23, 30, 42, 145, 155, 158, 169, 183, 300, 306, 331, 389, 409–411, 513–514, 551–553, 560, 571, 590, 606, 622, 631
 Pazifismus 37, 103, 105, 211–212, 217, 338, 360, 380–381, 521–522
 in der Philosophie 356–358, 382–384
 und Presse 21–22, 28, 40, 42, 67–68, 71, 92, 101, 102, 119, 123, 126 bis 129, 132, 327, 375–380, 388, 452, 478, 619–620
 in den Regierungen 56, 137–315, 381
 und Revolution 18–19, 24, 45–46, 50 bis 52, 137–315, 338, 343, 387, 428, 442, 451, 551–558, 624–625, 626 bis 627
 im Schulwesen 495
 Staatsbürgerliche Gleichberechtigung 77, 119, 125, 126, 133–134, 326, 411, 434, 445, 454, 462, 491, 513, 535–537, 566, 568, 604
 Stadtverordnete 388
 im Theater 327, 345, 360–361, 362, 363–372, 373, 478, 629
 als Verleger und Herausgeber 327, 373–375. *Siehe auch* einzelne Verlage
 in der Wirtschaft 389–390, 392, 407, 417
 und Wissenschaft 380, 384–385, 417, 629
 und ‚Zersetzung‘ 11–12, 390, 434, 438, 452, 455, 480, 482, 488
 ‚Judenrepublik‘ 58, 67, 151, 307, 406, 462, 485, 486
 ‚Judenzählung‘ 37–38, 47, 124, 217, 321, 390, 425–427, 468, 503, 516–518, 531, 559, 561, 584
 Jüdische Buchhandlungen 603–604
 Jüdische Jugend 539, 544, 567, 572, 581 bis 593, 599
 und Zionistische Bewegung *siehe* Zionistische Bewegung
 ‚Jüdische Jugend‘ 593
 Jüdische Jugendbewegung 589–593. *Siehe auch* einzelne jüdische Jugendverbände
 Jüdische Kriegsgefallene 38, 387, 427
 ‚Jüdisch-liberale Zeitung‘ 576, 578, 592
 ‚Jüdische Rundschau‘ 146–147, 524, 528, 537, 546, 555–556, 561, 576, 589 bis 590, 591, 594
 ‚(Der) Jüdische Student‘ 588, 589
 Jüdische Turnerschaft 593
 Jüdische Volkshochschulen 602–603
 ‚Jüdische Weltverschwörung‘ 49, 61–65, 436. *Siehe auch* Protokolle der Weisen von Zion
 Jüdischer Nationalismus *siehe* Zionistische Bewegung
 ‚(Der) Jüdische Wille‘ 596
 Jugendbewegung, Antisemitismus 435, 467, 474, 476, 481, 509
 Jung-Jüdische Schar 589
 Jung-Jüdischer Wanderbund (J.J.W.B.) 589–590

- „(Das) junge Deutschland“ 379
 „(Der) jüngste Tag“ 335, 338, 339, 344, 346, 348, 356, 362, 370
- „Kain“ (Zeitschrift für Menschlichkeit) 269, 270, 333, 378
 Kaiserjuden 306, 389
 Kameraden, Deutsch-Jüdischer Wanderbund 588–589
 Kant-Gesellschaft 427
 Kapp-Putsch 101, 114, 207, 458, 471, 472, 474, 489
 Kartell-Convent der Verbindungen deutscher Studenten jüdischen Glaubens (K. C.) 524, 586–588, 589
 „K. C.-Blätter“ 539, 587, 591, 602
 Kartell Jüdischer Verbindungen (K.J.V.) 587, 588, 589, 593
 Katholische Kirche
 Antisemitismus 481–482
 Presseorgane 41, 146, 482
 Studentenzeitschriften 427
 Keren Hajessod 568, 578, 592. *Siehe auch* Palästina-Aufbau
 Kirche *siehe* Evangelische, Katholische Kirche
 „Kölnische Volkszeitung“ 41
 „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ 70, 118
 Komitee für den Osten 31–32, 542, 544, 545
 Kommunistische Partei Deutschlands 18, 20, 105, 139, 235, 242, 244, 256, 260 bis 264, 284–286, 289, 296, 472
 Antisemitismus 498
 Juden und 24, 120, 161, 229, 287 bis 295, 302, 303, 305, 313–314
 und SPD *siehe* Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Konzentrationslager 85, 246, 376, 471, 483, 505, 506, 507
 „Kreuzzeitung“ 186, 248, 416, 452
 Kriegsschuldfrage 241, 245, 250
 Kulturkampf 74, 75
 Kulturpolitischer Bund der deutschen Jugend 280
 „Kunst und Künstler“ 375
 „(Das) Kunstblatt“ 379
 Kurt Wolff Verlag 331, 335, 338, 339, 344, 346, 348, 361, 362, 363
- „Leipziger Neueste Nachrichten“ 70, 118
 „Leo“ 482
- Liberaler Vereinigung 162
 Liga für jüdische Kolonisation 354
 „(Die) literarische Welt“ 361
- Malik-Verlag 343, 374
 „Marsyas“ 379
 „Mein Kampf“ 38, 114
 „Meißener Tageblatt“ 550
 „Miesbacher Anzeiger“ 77, 482
 Misrachi 557, 574–575
 „Mitteilungen des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands“ 589
 „Mitteilungsblatt des Verbandes Nationaldeutscher Juden“ 247
 Mittelstand
 Antisemitismus 28–29, 417, 467, 477, 509
 in der Inflation 404
 Mosse-Verlag 70, 84, 91, 93, 95, 117, 118, 160
 „Münchener Beobachter“ 151, 236, 246, 482
 „Münchner Neueste Nachrichten“ 70, 269, 376
- „(Die) Nation“ 185
 Nationaldeutsche Juden *siehe* Verband Nationaldeutscher Juden
 Nationalliberale Partei 28, 70, 81, 84, 116, 164, 203
 NSDAP 38–39, 47, 49, 60, 114, 130, 151, 267, 301, 476, 481, 484–486, 493, 506
 November-Putsch 392
 Nationalverband Deutscher Offiziere 473
 Nationalversammlung 69, 110, 111, 112, 142, 144, 184, 189, 198, 200, 205, 211, 307, 390, 452, 455
 Juden und 120–121, 147, 153, 182, 216, 218, 221, 244, 625
 Wahlen zur 90, 121, 141, 142, 146, 167–168, 170, 177, 179, 187, 204, 209, 220, 224, 229, 495
 „Neue Jüdische Monatshefte“ 398, 523, 524, 536, 542, 544, 549
 „(Die) Neue Jugend“ 342, 343, 379
 „(Der) Neue Merkur“ 379
 „Neue Rundschau“ 348, 350, 359, 377, 528, 557, 623

- Neuer Club 334
Numerus clausus 476
- Orden für arisches Wesen 456
„Ost und West“ 535
„Ostdeutsche Rundschau“ 53
Ostjuden 22, 34–35, 49, 54–56, 134, 392, 396–400, 407, 496–497, 499
Antisemitische Agitation gegen 54, 55, 403, 412–414, 451, 463, 491, 532, 543
Deutsche Juden und 31–32, 398, 402, 496, 497, 523, 531, 538–545, 547, 549, 562–563, 571–572, 575, 576 bis 577, 579, 599, 600
Grundbesitz 400–402
als Revolutionäre 161, 226–234, 286 bis 296, 451, 553
Verfolgung von 54, 126, 399, 503 bis 506
Zwangsarbeiter 35, 396, 397, 414, 504
- Palästina
als jüdische Heimstätte 549, 568, 575, 578–579, 584–585
Palästina-Aufbau 527, 528, 588, 591.
Siehe auch Keren Hajessod
Palästina-Mandat 546, 548, 565, 586, 594
„Pan“ 378
Paul Cassirer Verlag 369, 374–375
Poale Zion 219
„Politisch-Anthropologische Monatschrift“ 459
Polizei, Antisemitismus 473, 505
Prag, Juden in der Literatur 339–341, 347–349, 354–355, 369
- Preußen
Jüdische Bevölkerung 395, 400, 402
Verfassung 89, 185, 187, 188, 198, 200
„Preußische Jahrbücher“ 33
Preußischer Landesverband Jüdischer Gemeinden 604
Pro-Palästina-Komitee 94, 546–547
„Protokolle der Weisen von Zion“ 19, 22, 60–63, 351, 460–461, 481
- „Querschnitt“ 380
- Rassenideologie, Rassische Minderwertigkeit 61, 63–68, 438, 616. *Siehe auch* NSDAP, Völkische Ideologie
Rassenzucht 434
Rat der Volksbeauftragten 50, 99, 113, 140, 159, 161, 166–170, 175–179, 184, 187, 196, 230, 241
Rätesystem *siehe* Arbeiter- und Soldatenräte
Rechtsparteien, Antisemitismus 23, 119 bis 120, 131, 216–217. *Siehe auch* einzelne Parteien und Völkische Bewegung
Reichsbund ehemaliger Kadetten 473
Reichshammerbund 411, 416, 437, 455, 456, 457, 466
Reichslandbund 467, 468
Reichspräsidentenwahl 1925 82
Reichsverband der deutschen Presse 94
Reichsverband deutscher Warenhäuser 94
„(Der) Reichswart“ 482
Reichswehr 82, 88, 104
und Antisemitismus 470–472, 473, 503
„Republikanische Partei“ 91
„(Der) Revolutionär“ 379
Ritualmordbeschuldigung 9, 61, 352, 460
ROSTA 286, 287, 288, 293
„(Die) Rote Fahne“ 229, 230, 289
„Roter Vorwärts“ 287
- Sachsen 18, 163, 399
„Salia“ Studentenverbindung 539
„(Die) Schaubühne“ *siehe* „(Die) Weltbühne“
Schulen, Antisemitismus 119, 476–477, 502
SDKPiL 226
Sekretariat für ostjüdische Arbeiter 542
„Simplicissimus“ 244, 360
Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft 166
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 20–21, 24, 34, 41, 45, 68–69, 81, 90, 100, 113, 121–122, 177, 212, 224–225, 227, 235, 241, 259–262, 430, 431, 432, 550
und Antisemitismus 120, 307, 419, 443, 446, 497–500, 505, 617, 628

- Juden und 24, 72, 149, 157–158, 164 bis 175, 193–203, 210–212, 213 bis 214, 219–225, 237, 299–300, 312 bis 315, 388, 519, 628
 und Kommunistische Partei Deutschlands 242, 252, 270
 Revolution 139–141, 179–181, 233, 508
 „Sozialistische Monatshefte“ 97, 220, 223, 527, 597
 Sozialistischer Bund 332
 Spartakusbund 17, 20, 24, 45, 50, 113, 139, 149, 158, 161, 171, 175, 213, 220, 225–233, 286, 289, 301, 442
 Münchener Ortsgruppe 242
 Sportvereine und Antisemitismus 476
 „Staatsbürger-Zeitung“ 482
 „Stimmen der Zeit“ 41
 Strafrecht, Politisches 86
 Studentenschaft und Antisemitismus 474 bis 476, 628
 „Sturm“ 482
 „(Der) Sturm“ 339, 342, 353, 378
 „Stuttgarter Sonntagsblatt“ 481
 „Süddeutsche Monatshefte“ 246, 376, 482–483, 524, 537
 Süddeutsche Volkspartei 75, 76
 Synagogenschändungen 491

 „(Das) Tagebuch“ 71, 102, 106–107, 117, 118, 127, 132, 378
 „Tägliche Rundschau“ 124, 432, 452, 482
 Thule-Gesellschaft 46, 248, 296

 U-Boot-Krieg 40–41, 79, 96, 204, 619
 Juden und 87, 95, 219, 389, 519, 520
 Ullstein-Verlag 70, 87, 93–94, 95, 98, 101, 160
 Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) 50, 104, 113, 139–141, 158, 194, 199, 225, 230, 232, 233, 235, 244, 252, 285, 338, 620
 Juden und 45, 166–168, 170, 175 bis 184, 208–210, 212–219, 237, 282 bis 284, 304–305, 312–315, 522
 „Unitas“ 427
 Universitäten, Antisemitismus 475–476, 502, 628

 Verband der Deutschen Juden 584
 Verband der jüdischen Jugendvereine Deutschlands 589–590, 591

 Verband gegen Überhebung des Judentums 429, 437, 451, 460, 486
 Verband Nationaldeutscher Juden 247, 541, 566, 586
 Verband nationalgesinnter Soldaten 473
 Verband zur Befreiung vom Judenjoch, Göttingen 457
 Verein zur Abwehr des Antisemitismus 409, 412, 424, 460, 481, 509
 Vereine Deutscher Studenten 467, 477
 Vereinigung jüdischer Organisationen Deutschlands (VioD) 563, 571
 Vereinigung revolutionärer Internationalisten 268–269
 Versailler Vertrag 58–59, 80, 88, 98, 109–111, 131, 207, 470
 Juden und 172, 200–201, 211–212, 224, 306, 391–392
 Revision 79–80, 183
 Völkische Bewegung 59, 89, 100, 114, 119, 127, 130, 365, 381, 411–510.
Siehe auch Evangelische Kirche
 Völkische Ideologie 411–510
 „Völkischer Beobachter“ 60
 Volksbund für das Deutschtum im Ausland 428
 „Volkszeitung“ 146
 „Vorwärts“ 160, 231, 236, 287, 300, 306, 620
 Angriffe gegen 432, 438, 463
 „Vossische Zeitung“ 40, 41, 42, 70–71, 92–95, 97–101, 114, 118, 132, 192, 220, 360, 361, 367, 520, 545
 und Antisemitismus 127, 134
 und Außenpolitik 88, 97–99, 100 bis 101, 108–109, 111
 und Revolution 112–113

 „(Die) Wage“ 380
 (M. M.) Warburg & Co. 42, 403–404
 Weimarer Verfassung 69, 80, 111, 307
 Angriffe gegen die 188, 216, 240, 452
 Juden und 90, 100, 184–185, 187 bis 193, 222–223, 326, 611
 „(Die) Weißen Blätter“ 35, 348, 378
 „(Die) Welt am Montag“ 70, 118
 „(Die) Weltbühne“ 71, 96, 102–106, 117, 118, 127, 132, 378, 529
 Werkleute 588
 Wien, Antisemitismus 365
 „Wingolfblätter“ 426

- Zentral-Einkaufs-Gesellschaft 36
Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen
 Juden 604
Zentrumspartei 20, 41, 59, 75, 146, 164,
 424, 430, 431, 550
 und Antisemitismus 146, 424, 494 bis
 495
„(Das) Ziel“ 379
Zionistische Bewegung 9, 14, 23–24, 32
 bis 33, 77, 129, 146–148, 351, 359,
 383, 522, 523–533, 586–587, 593–599,
 608–611. *Siehe auch* Palästina-Auf-
 bau
 und Antisemitismus 147, 326, 352
 und C. V. *siehe* Centralverein deut-
 scher Staatsbürger jüdischen Glau-
 bens
 und deutsche Politik 32–33, 146–148,
 545–546, 549–550
 und jüdische Jugend 568, 575, 577,
 586–592, 599
 und liberale Juden 548, 576–580
 und orthodoxe Juden 548, 572–576
Zionistisches Aktionskomitee 545
„(Die) Zukunft“ 40, 44–45, 85, 94, 368,
 374, 377, 528

MITARBEITERVERZEICHNIS

ANGRESS, WERNER T., Ph. D. (University of California, Berkeley), geb. 1920 in Berlin. 1963–1969 Associate Professor, seit 1969 Professor für Geschichte an der State University of New York, Stony Brook, N. Y. Verfasser von: „Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany 1921–1923“ (Princeton 1963); und von zahlreichen Aufsätzen auf dem Gebiet der modernen europäischen Geschichte. Fellow des New Yorker Leo Baeck Instituts.

BECKER, WERNER, Dr. phil. (München), geb. 1938 in Nassau/Lahn. 1966 bis 1968 Redakteur in Mannheim; seit 1968 Wissenschaftlicher Referent der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Bonn-Bad Godesberg. Verfasser von: „Der Staat des sozialen Rechts. Die politische Haltung der Frankfurter Zeitung, des Berliner Tageblatts und der Vossischen Zeitung 1918–1924“ (Göttingen 1970).

FRIEDLÄNDER, SAUL, geb. 1932 in Prag. Früher Professor für International Relations, The Graduate Institute of International Studies, Genf. Jetzt Professor für Geschichte und International Relations, Hebräische Universität, Jerusalem. Verfasser von (u. a.): „Pius XII and the Third Reich“ (New York 1966); „Prelude to Downfall. Hitler and the United States 1939–1941“ (New York 1967); „Kurt Gerstein. The Ambiguity of Good“ (New York 1968).

JOCHMANN, WERNER, Dr. phil. (Hamburg), geb. 1921 in Biesig, Kr. Görlitz. Wissenschaftlicher Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg und der Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung. Verfasser von (u. a.): „Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente“ (Frankfurt 1963); „Leo Lippmann. Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit“ – Hrsg. (Hamburg 1964); „Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945“ – Mithrsg. (Bielefeld 1961–1966).

MOSSE, WERNER, M. A. (Cambridge), Ph. D. (Cambridge), Fellow of the Royal Historical Society, geb. 1918 in Berlin. 1952–1964 Senior Lecturer für Osteuropäische Geschichte an der Universität Glasgow. Seit 1964 Professor für Europäische Geschichte an der Universität von East Anglia, Norwich. Verfasser von (u. a.): „The European Powers and the German Question 1848

–1871“ (Cambridge 1958); „Alexander II and the Modernization of Russia 1855–1881“ (London 1959); „The Rise and Fall of the Crimean System 1855–1871“ (London 1963); „Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik“ – Hrsg. (Tübingen 1965; 2. Aufl. 1966). Mitglied des Londoner Board des Leo Baeck Instituts.

PAUCKER, ARNOLD, B. A. (Birmingham), M. A. (Nottingham), geb. 1921 in Berlin. Seit 1960 Direktor des Londoner Arbeitszentrums des Leo Baeck Instituts. Veröffentlichungen: „Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik“ (Hamburg 1968; 2. Aufl. 1969); „Entscheidungsjahr 1932“ – Mithrsg.; und Arbeiten auf dem Gebiet der jiddischen Volksliteratur und der modernen deutsch-jüdischen Geschichte.

REICHMANN, EVA G., Dr. phil. (Heidelberg), Ph. D. (London), geb. in Lublinitz, Oberschlesien. Ehem. Dezernentin beim Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Schriftleiterin des „Morgen“ bis 1938. Forschungsdirektorin bei der Wiener Library, London, bis 1959. Seither freie Publizistin. Verfasserin von (u. a.): „Hostages of Civilization. The Social Sources of National Socialist Antisemitism“ (London 1950; Boston, Mass. 1951); Deutsche Ausgabe: „Die Flucht in den Haß“ (Frankfurt a. Main 1956; 7. Aufl. 1969) und zahlreichen Aufsätzen in Zeitschriften und Sammelbänden. Mitglied des Londoner Board des Leo Baeck Instituts.

TRAMER, HANS, Dr. Generalsekretär des Irgun Olej Merkaz Europa, Tel-Aviv; Herausgeber des „MB“, Wochenzeitung des Irgun Olej Merkaz Europa und des „Bulletin des Leo Baeck Instituts“; Herausgeber von Kurt Blumenfeld: „Erlebte Judenfrage“ (Stuttgart 1962); Mitarbeiter an Sammelschriften. Mitglied des Jerusalemer Board des Leo Baeck Instituts.

TREUE, WILHELM, Dr. phil. (Berlin), geb. 1909 in Berlin. Seit 1950 Professor in Hannover. Wirtschafts-, Sozial-, Technik- und Unternehmenshistoriker. Verfasser einer Reihe von Büchern auf diesen Gebieten. Herausgeber von zwei Zeitschriften mit Schriftenreihen und einer Quellensammlung zur Kulturgeschichte. Vorsitzender mehrerer wissenschaftlicher Gesellschaften.

WELTSCH, ROBERT, Dr. jur. (Prag), geb. 1891 in Prag. 1919–1938 Chefredakteur der „Jüdischen Rundschau“, Berlin. Ab 1940 ständiger Mitarbeiter der Zeitung „Haaretz“, Tel-Aviv, und seit 1946 deren Korrespondent in London. Veröffentlichungen: Zahlreiche Aufsätze in Zeitschriften in deutscher, englischer und hebräischer Sprache. Beiträge zu Sammelbüchern (u. a.): „Klärung“ (1932), „Der Jud' ist schuld...?“ (1932); ferner „Martin Buber 1930 bis 1960“ in Hans Kohn: „Martin Buber“ (Köln 1961). Vorsitzender des Londoner Board des Leo Baeck Instituts und Herausgeber des „LBI Year Book“.